Jehuda Reinharz

Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882–1933

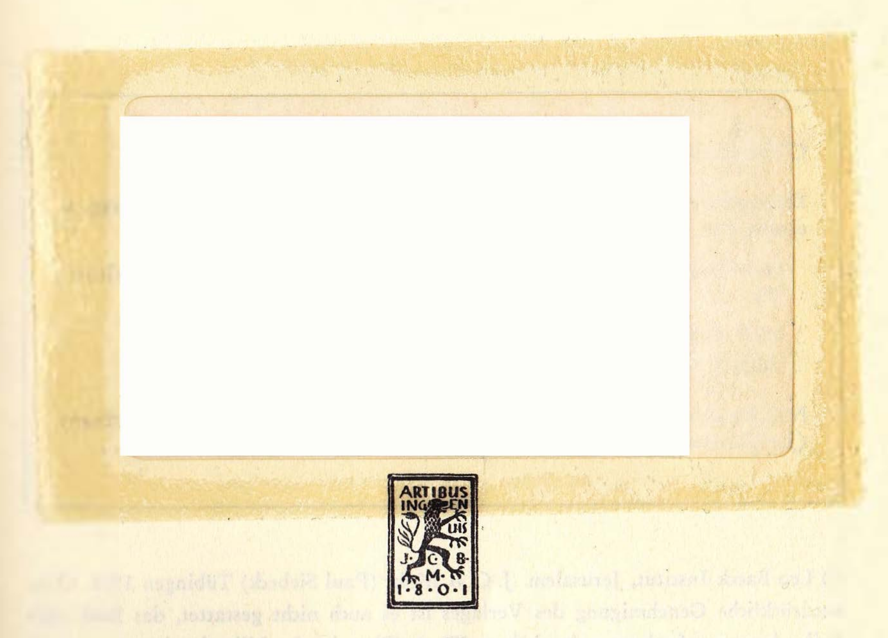


DOKUMENTE ZUR GESCHICHTE DES DEUTSCHEN ZIONISMUS 1882 - 1933

Herausgegeben und eingeleitet

von

JEHUDA REINHARZ



1 9 8 1

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

Die Veröffentlichung dieses Buches wurde
durch die Memorial Foundation for Jewish Culture unterstützt

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus: 1882–1933 / hrsg. u. eingel. von Jehuda Reinharz. – Tübingen : Mohr, 1981.

(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts ; 37)

ISSN 0459-097X

ISBN 3-16-743272-1

NE: Reinharz, Jehuda [Hrsg.]; Leo Baeck Institute of Jews from Germany ⟨Jerūšālajīm u. a.⟩: Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen . . .

Satz und Druck: Laupp & Göbel, Tübingen
Einband: Großbuchbinderei Heinr. Koch, Tübingen

MEINEN ELTERN

FRED UND ANITA REINHARZ

GEWIDMET



Danksagungen

Der größte Teil der Dokumente, die hier abgedruckt sind, befindet sich in den folgenden Archiven in Israel: dem Zionistischen Zentralarchiv, Jerusalem; dem Archiv und dem Museum der jüdischen Arbeiterbewegung, Tel Aviv; dem Jabotinsky-Institut, Tel Aviv; dem Archiv des religiösen Zionismus, Jerusalem; dem Weizmann-Archiv, Rechowot; dem Archiv der israelischen Arbeiterpartei, Bet Berl, Zofit; dem Zentralarchiv für die Geschichte des jüdischen Volkes, Jerusalem; dem Archiv von Yad Vashem, Jerusalem; dem Haus der Ghetto-Kämpfer im Kibbuz Lochame Hagetaot; dem Martin Buber- und dem Gustav Landauer-Archiv der Hebräischen Universität, Jerusalem; dem Archiv und der Handschriftenabteilung des Instituts für jüdische Gegenwartsgeschichte an der Hebräischen Universität, Jerusalem; dem Institut zur Erforschung der Diaspora-Judenheit an der Bar-Ilan Universität, Ramat Gan; dem Archiv des Leo Baeck Instituts, Jerusalem; dem Schocken-Archiv, Jerusalem; dem Archiv des Hakibbuz Hameuchad, Efal; dem Archiv des Kibbuz Daliah; dem Archiv des Kibbuz Giwat Brenner und dem Archiv der Makkabi-Weltorganisation, das sich in Kfar Hamakkabiah befindet. Weiterhin habe ich auch das Archiv des Leo Baeck Instituts in New York benutzt.

Den Leitern und Mitarbeitern der obengenannten Archive bin ich zu großem Dank verpflichtet. Die Zeitschriftensammlung der Jüdischen National- und Universitätsbibliothek in Jerusalem war für meine Arbeit von unschätzbarem Wert.

Finanzielle Hilfe für dieses Projekt habe ich wiederholt von der Horace H. Rackham School of Graduate Studies an der University of Michigan und dem American Council of Learned Societies erhalten. Das Leo Baeck Institut in Jerusalem hat meine beiden Forschungsaufenthalte in Israel im Jahre 1975/76 und im Sommer 1977 großzügig unterstützt. Dr. Fred Grubel, New York, verhalf mir zu einem Stipendium der Lucius N. Littauer Foundation, New York. Ich danke ihnen allen.

Besonderen Dank schulde ich Herrn Jochanan Ginat s. A., dem damaligen Leiter des Leo Baeck Instituts in Jerusalem, ohne dessen Hilfe dieses Buch niemals hätte erscheinen können. Er hat mich bei der Auswahl und Zusammenstellung der Dokumente beraten. Sein Verständnis, seine konstruktive Kritik und seine Kenntnis des deutschen Zionismus spiegeln sich in diesem Buche wider.

Die technischen Probleme, die mir im Laufe meiner Arbeit begegneten, habe ich dank der ständigen Zusammenarbeit und Hilfe der Mitarbeiter des Leo Baeck Instituts in Jerusalem und anderer Freunde lösen können. Dr. Alex Bein und Professor Jacob Toury machten Vorschläge, die mir von großem Nutzen waren. Dr. Michael Heymann las die ersten Entwürfe meiner Arbeit und hat mich auch später mit seinem Rat und seiner Sachkenntnis unterstützt. Dr. Abraham Margaliot beantwortete mit Geduld meine Fragen und scheute keine Mühen. Dr. Arnold Paucker, Dr. Joseph Walk, Herr Eli Rothschild, Professor Herbert H. Paper und Herr Jacob Zur halfen mir bei Beantwortung schwieriger Fragen in ihrem jeweiligen Fachgebiet. Dr. Hans Tramer s. A., Executive Vice-President des Leo Baeck Instituts, stand mir mit seinem Rat in allen Fragen zur Seite.

Professor Gershom Scholem, Professor Ernst Simon und Dr. Robert Weltsch bin ich zu Dank verpflichtet für die Erlaubnis, hier einige ihrer Essays und Briefe abdrucken zu dürfen.

Die Einleitung und die von mir gegebenen Erläuterungen zu den Dokumenten waren zum größten Teil in Englisch geschrieben, mußten also ins Deutsche übersetzt werden. Frau Kitty Steinschneider hat die Übersetzung mit Genauigkeit vorgenommen; Frau Lea Rosenbaum hat die schwierige Aufgabe des Schreibens des Manuskriptes erfüllt; Herr Dani Brecher hat wichtige technische Arbeiten ausgeführt. Herr Heinz Gerling und Dr. Joseph Walk haben die sprachliche Redaktion vorgenommen und machten inhaltliche Vorschläge zu den Anmerkungen. Frau Helga Nissenbaum las mit Sorgfalt die Korrekturen und befaßte sich mit allen Fragen der Drucklegung des Manuskripts. Das Register ist von Herrn Eli Rothschild sachkundig hergestellt worden. Ihnen allen habe ich für ihre Hilfe zu danken.

Trotz der Hilfe von Freunden und Mitarbeitern liegt die Verantwortung für diese Arbeit in all ihren Bereichen allein bei mir.

J. R.

Inhalt



Verzeichnis der Dokumente

Verzeichnis der Archive

(offizielle Bezeichnung)

Archives and Museum of the Jewish Labour Movement, Tel Aviv

Archive of Kibbuz Daliah

Archive of Kibbuz Givat Brenner

Archive of the Leo Baeck Institute (LBI), Jerusalem

Archive of the Leo Baeck Institute, New York

(The) Archive of the Maccabi World Organization, Kfar Hamaccabiah, Ramat Gan

(The) Archives of Religious Zionism, Jerusalem

Martin Buber Archive, Hebrew University, Jerusalem

Bundesarchiv, Koblenz

(The) Central Archives for the History of the Jewish People (CAHJP), Jerusalem

(The) Central Zionist Archives (CZA), Jerusalem

Ghetto Fighter's House in Memory of Yizhak Katznelson, Kibbuz Lohamei Haghetaot

Hakibbuz Hameuhad Archives, Efal

Institute of Contemporary Jewry (Oral History Division), Hebrew University, Jerusalem

(The) Institute for the Research of Diaspora Jewry, Bar-Ilan University, Ramat Gan

Israel Labour Party Archives, Beit Berl, Zofit

Jabotinsky Institute in Israel, Tel Aviv

(The) Jewish National and University Library, Jerusalem

Gustav Landauer Archive, Hebrew University, Jerusalem

Schocken Archive, Jerusalem

(The) Weizmann Archives, Rehovot

Yad Vashem Archives, Jerusalem

Zur Einführung

Die „Zionistische Vereinigung für Deutschland“ (ZVfD) war bis zum ersten Weltkrieg eine der einflußreichsten Landesorganisationen in der Zionistischen Weltorganisation (ZWO). Die Stärke der deutschen Zionisten beruhte auf den besonderen Fähigkeiten einiger ihrer führenden Persönlichkeiten; auch die Tatsache, daß sich die Büros der ZWO von 1905 bis 1911 in Köln und von 1911 bis 1920 in Berlin befanden, gab ihnen eine zentrale Stellung. Der Einfluß der ZVfD innerhalb der Gesamtbewegung war im Vergleich zu anderen zionistischen Landesorganisationen größer, als man nach der Zahl ihrer Mitglieder annehmen könnte. Die Mitgliederzahl der ZVfD wird vor 1914 auf höchstens 10 000 geschätzt, sie war jedoch viel aktiver und lebendiger als viele der anderen, größeren zionistischen Landesorganisationen.

Die Führung der deutschen Landesorganisation und der Zionistischen Weltorganisation war weitgehend identisch, und diese ständige Unterstützung durch die ZWO stärkte die Widerstandskraft der ZVfD gegen die Angriffe seitens der großen deutsch-jüdischen Organisationen, wie zum Beispiel des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (CV), der vor 1914 einige zehntausend und zur Zeit der Weimarer Republik bis zu 70 000 Mitglieder hatte.

Mitglieder der ZVfD stellten den größten Teil des Personals und der Abteilungschefs der Zentralbüros der ZWO. In der Zeit, in der sich das Büro in Köln befand, waren David Wolffsohn und Otto Warburg Mitglieder des Engeren Aktions-Comités (EAC) der ZWO. In den darauffolgenden Jahren in Berlin waren Arthur Hantke und Otto Warburg Mitglieder dieses Gremiums. Von 1905 bis 1911 amtierte David Wolffsohn, einer der Mitbegründer der ZVfD, als Präsident der ZWO, und von 1911 an war Otto Warburg Vorsitzender des EAC, bis Chaim Weizmann das Amt im Jahre 1920 übernahm und das Zentralbüro der Weltorganisation nach London überführt wurde. Auch die Führung der ZWO und der ZVfD war vor 1920 weitgehend identisch; so fungierte z. B. Arthur Hantke von 1911 bis 1920 gleichzeitig als Vorsitzender der ZVfD und als Mitglied des EAC.

Viele der Männer, die die ZVfD in den zwanziger Jahren führten, erwarben ihre ersten Erfahrungen in den Berliner Büros der ZWO, wie Kurt Blumenfeld, Richard Lichtheim und Martin Rosenblüth. Alle wichtigen Büros der

ZWO befanden sich in Deutschland und ihre Veröffentlichungen erschienen hier. Die enge Zusammenarbeit der ZVfD mit der ZWO fand ihren Ausdruck auch darin, daß sich beide Büros in demselben Gebäude in Berlin, in der Sächsischen Straße 8, befanden. Oft wurden die Sitzungen des EAC in Berlin abgehalten, so daß ein großer Teil der zionistischen Führer aus Osteuropa in direkten Kontakt mit den Gedanken und Ideologien der deutschen Bewegung kamen und vielleicht von ihnen beeinflußt wurden, wie auch sie ihrerseits die deutschen Zionisten beeinflußten.

Wie man den Dokumenten selbst entnehmen kann, ging der Einfluß der ZVfD innerhalb der ZWO im ersten Weltkrieg zurück, da die Weltorganisation so neutral wie möglich bleiben mußte. Nach Ende des Krieges, als das Hauptbüro der ZWO nach London verlegt wurde, verringerte sich der Einfluß der ZVfD noch weiter. Gleichwohl spielte die ZVfD, die jetzt auf etwa 20 000 Mitglieder angewachsen war, weiterhin eine wichtige Rolle im intellektuellen Leben des Weltzionismus. Viele ihrer Mitglieder waren im EAC, im Großen Aktions-Comité (GAC) und in anderen internationalen zionistischen Gremien aktiv.

Die Aufgabe dieser Dokumente ist, dem speziell wie dem allgemein interessierten Leser die historische Entwicklung des deutschen Zionismus vor Augen zu führen, seine inneren Konflikte, seine wichtigsten ideologischen Strömungen und Gruppierungen. Wir haben außerdem versucht, die Bewegungen und Gedanken innerhalb der Weltorganisation aufzuzeigen, die auf die ZVfD Einfluß ausgeübt haben und die in Deutschland zur Gründung von verschiedenen Gruppen führten, die nicht immer mit der Politik der deutschen zionistischen Führung übereinstimmten. Die meisten dieser Strömungen sind in den Dokumenten ausreichend dargestellt; kleinere ideologische Gruppen, die nur kurze Zeit existiert haben, glaubten wir auslassen zu können, weil sie unserer Meinung nach keinen wichtigen oder dauerhaften Einfluß auf den deutschen Zionismus hatten. Ideologische und organisatorische Veränderungen sind nur insoweit zum Ausdruck gebracht, als sie sich innerhalb der jeweils geltenden Grenzen Deutschlands im gegebenen historischen Zeitraum ereignet haben. Somit wurde, bis auf eine Ausnahme, in diesen Dokumenten kein Raum für die Ansichten von deutschen Zionisten gelassen, die nach Palästina ausgewandert waren und von dort über zionistische Angelegenheiten in Deutschland schrieben.

Die Darstellung dieser verschiedenen Elemente in der Geschichte der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland" ist nicht einfach. Die Archive der ZVfD sind verloren gegangen, und man weiß bis heute nicht, wo sie sich befinden oder ob sie überhaupt noch existieren. Der Historiker ist somit auf die Briefe, Memoranden und sonstige Korrespondenz angewiesen, die die ZVfD an das Londoner Hauptbüro der ZWO gesandt hat, oder auf persönliche Akten aktiver Zionisten wie Salman Schocken, Max Bodenheimer, Alfred Klee und anderer. Anhand dieser Dokumente haben wir hier versucht, vier

wichtige Abschnitte in der Entwicklung des deutschen Zionismus darzustellen: die Periode verstreuter nationaler Organisationen, die sich vor dem formellen Zusammenschluß der deutschen Zionisten in der ZVfD entwickelten; die organisatorische und ideologische Kristallisierung in den Jahren zwischen 1897 und 1914; die durch den ersten Weltkrieg geschaffene besondere Situation und die Umformung und Entwicklung des deutschen Zionismus während der Weimarer Republik. Innerhalb dieser größeren Abschnitte gibt es eine Anzahl von Themen, die eine weitgehendere Dokumentation erforderten, da sie wichtige Wendepunkte in der Geschichte der ZVfD darstellen. Dazu gehören der Leipziger Delegiertentag, die Kongreßbewegung, „Binjan Haarez" und andere mehr. Die größte Anzahl von Dokumenten über ein einzelnes Thema bezieht sich auf die arabischen Unruhen des Jahres 1929 und ihre Nachwirkungen in Deutschland, die ihren Höhepunkt auf dem Jenaer Delegiertentag fanden.



Die Dokumente sind in chronologischer Folge angeordnet und beginnen im Jahre 1882. Die Wahl gerade dieses Datums bleibt problematisch. Es gab im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts Gruppen von Zionsfreunden, die späteren *Chowewe Zion*, und einzelne Denker in Deutschland, mit denen man vielleicht diese Dokumentation hätte eröffnen können. Wir haben uns dafür entschieden, mit dem Beginn der organisierten und anhaltenden zionistischen Arbeit auf deutschem Boden anzufangen, einer Tätigkeit, deren dauerhafte und weitreichende Wirkung sich in den darauffolgenden Jahren zeigte. Wir beginnen mit dem „Verein Bnei Brith" in Kattowitz. Fast das gesamte neunzehnte Jahrhundert hindurch dominierten religiöse Motive die Tätigkeit des deutschen Judentums zugunsten Palästinas. Mit den frühen 1880er Jahren begann ein neues Kapitel. Zu den religiösen Faktoren traten praktische, moralische und philanthropische Elemente, verbunden mit nationalen Motiven. Diese ideologische Wandlung innerhalb Deutschlands war eng mit den Geschehnissen in Osteuropa verbunden sowie mit den Rückwirkungen des politischen Antisemitismus im Westen.



Der Ermordung von Zar Alexander II. in Rußland am 1. März 1881 folgte eine reaktionäre Regierung unter Alexander III. Kurz nach der Thronbesteigung des neuen Zaren breitete sich im Laufe des Sommers eine Welle von Pogromen über ganz Südrußland aus, die über hundert jüdische Gemeinden vernichtete. Die offizielle, reaktionäre Politik der neuen Regierung hieß die Pogrome gut und erließ die „Mai-Gesetze" des Jahres 1882, die die Juden Rußlands weiterhin auf eine bestimmte Niederlassungszone (Ansiedlungsrayon) beschränkten. Die Judenverfolgungen hielten bis in die 1890er Jahre an. Unter Zar Nikolaus II. (1894–1917) wurden die Pogrome und Ausweisungen mit Billigung der Regierung fortgesetzt[1].

Die Pogrome des Jahres 1881 waren ein Wendepunkt in der Geschichte des

[1] Siehe *Simon Dubnow,* History of the Jews in Russia and Poland, Bd. II, Philadelphia 1918, S. 243 ff.

jüdischen Volkes. Sie zerstörten ein für allemal die Hoffnung auf eine echte Emanzipation in Osteuropa. Die größte Auswanderung und Bevölkerungsumsiedlung in der jüdischen Geschichte setzte ein. Die meisten Emigranten entschieden sich für die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Massenbewegung berührte auch Deutschland und das deutsche Judentum. Von der Jahrhundertwende bis zum ersten Weltkrieg hatte Deutschland mit Rußland eine gemeinsame Grenze. Auf Grund seiner geographischen Nähe und seines Zugangs zum Meer wurde Deutschland zum Durchgangsland für die Juden Osteuropas auf ihrem Weg nach Amerika. Nicht alle, die auf der Durchreise durch Deutschland waren, erreichten ihren Bestimmungsort in Übersee; viele von ihnen ließen sich in Deutschland nieder, so daß die Zahl der osteuropäischen Juden in Deutschland in diesen Jahren erheblich zunahm. Die philanthropischen Organisationen des westlichen Judentums, und besonders die jüdischen Organisationen in Deutschland, machten es sich zur Aufgabe, diesen osteuropäischen Juden Hilfe zu leisten, vor allem ihre Auswanderung nach Amerika und andere Länder zu organisieren und zu lenken[2].

Im allgemeinen hatten die Pogrome einen erheblichen Einfluß auf einen Teil des deutschen Judentums und bestimmten die Einstellung gegenüber einer Besiedlung Palästinas. Das ganze neunzehnte Jahrhundert hindurch waren die Bemühungen, Palästina aufzubauen, zu besiedeln und den jüdischen Einwohnern zu helfen von orthodoxen Kreisen ausgegangen, deren Beweggründe religiöser und philanthropischer Natur waren. Infolge der Pogrome und beeinflußt durch das Wiedererwachen nationaler Gefühle unter den Juden Osteuropas begann auch eine wachsende Zahl deutscher Juden sich mit dem Gedanken der Besiedlung Palästinas innerhalb eines nationaljüdischen Rahmens zu befassen. Pläne zum Aufbau Palästinas wurden nun konkreter und diejenigen, die sich Vereinen anschlossen, welche diese Gedanken förderten, kamen nicht mehr ausschließlich aus orthodoxen Kreisen. Das Hauptproblem dieser neuen Vereine war die Beschaffung von Geldmitteln, um ihre Ideen zu verwirklichen[3].

Der erste dieser Vereine in Deutschland, „Bnei Brith“, wurde im Mai 1882 von Selig Freuthal und Moritz Moses in Kattowitz gegründet. Der Verein hatte etwa fünfzig Mitglieder und stand mit gleichartigen Verbänden in Rußland, Rumänien und Österreich in Verbindung. Er veröffentlichte einen „Monatsbericht“ und brachte gegen Ende des Jahres 1882 eine Zeitschrift, *Der Colonist*, heraus, die im folgenden Jahr als Wochenschrift mit dem Untertitel „Zeitschrift für Beförderung der Emigration der Juden aus den Ländern in denen ihre Menschenrechte nicht geschützt sind“ zu erscheinen begann. Dies

---

[2] Siehe *S. Adler-Rudel*, Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 1, Tübingen 1959, S. 6.

[3] Siehe *Mordechai Eliav*, Love of Zion and Men of HoD. German Jewry and the Settlement of Eretz-Israel in the 19th Century (hebr.), Tel Aviv 1970, S. 355–356.

war das erste Organ des deutschen Judentums, das gänzlich Palästinafragen gewidmet war[4].

Auf Initiative des „Bnei Brith" wurde im November 1884 eine Konferenz für alle *Chowewe Zion*-Vereine Ost- und Westeuropas, die sich die Besiedlung Palästinas zum Ziel gesetzt hatten, in Kattowitz anberaumt. Diese Vereine wählten ein Zentralkomitee unter der Führung von Leon Pinsker. Als Folge dieser Konferenz wurde 1885 in Hamburg der Verein „Ahavass Zijon" gegründet. Pinsker wurde in Deutschland tatkräftig durch den Rabbiner Isaak Rülf aus Memel unterstützt, der schon seit zwanzig Jahren ein Mitglied des „Israelitischen Vereins zur Kolonisation von Palästina" war. Tief beeindruckt von Pinskers *Autoemancipation, ein Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden* (1882), brachte Rülf sein Buch *Aruchas Bas-Ammi, Israels Heilung* heraus, in dem er die Rückkehr nach Palästina forderte[5].

Noch vor der Kattowitzer Konferenz wurden Anfang 1884 zwei weitere Vereine gegründet, einer, „Zion", von Hermann Schapira in Heidelberg. Der Verein setzte sich „Die Verbreitung der Kenntnis der hebräischen Geschichte, Sprache und Literatur unter den Juden ... Die Verwirklichung der Idee der Colonisation Palästinas durch Juden" zum Ziel. Dieser Verein fand nur dürftigen Widerhall und erreichte wenig. Im Januar 1884 gründete eine Gruppe junger Männer in Berlin den Verein „Esra, Sammelbüchse für Palästina" mit dem Ziel, die Ansiedlung in Palästina zu fördern. Obwohl der nationale Aspekt bei diesen Bemühungen nicht offen zutage trat, müssen sie doch als eine der ersten Anzeichen jüdischen Nationalismus in Deutschland gewertet werden.

Ein wesentlicher Schritt vorwärts in der Wiedererweckung nationalen jüdischen Geistes in Deutschland war die Gründung der Monatszeitschrift *Serubabel* durch führende Mitglieder des „Esra" im September 1886, die die eingegangene *Selbst-Emancipation* ersetzte. In den folgenden zwei Jahren wurde sie zum wichtigsten Sprachrohr der verschiedenen *Chowewe Zion*-Gruppen in Deutschland. Sie mußte im Juli 1888 ihr Erscheinen aus Mangel an Mitteln einstellen.

Kurz vor der Auflösung von *Serubabel* wurde im Mai 1888 auf Initiative von Rabbiner Esriel Hildesheimer ein weiterer Verein, „Lemaan Zion", ge-

---

[4] Siehe *Israel Klausner*, Ha'Agudah „Bnei Brith" b'Kattowitz, in: Sefer Hajowel mugasch lichwod Dr. N. M. Gelber (hebr.; Der Verein „Bnei Brith" in Kattowitz, in: Festschrift zu Ehren von Dr. N. M. Gelber), herausgegeben von *Israel Klausner, Raphael Mahler* und *Dow Sadan*, Tel Aviv 1963. Auch *Jacob Toury*, The First Issue of the Earliest German Hovevei-Zion Periodical (hebr.), in: Zionism, Studies in the History of the Zionist Movement and of the Jews in Palestine, herausgegeben von *Daniel Carpi*, Bd. III, Tel Aviv 1973. Siehe auch CZA, A 142/55/6.

[5] *Mordechai Eliav*, Zur Vorgeschichte der jüdischen Nationalbewegung in Deutschland, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, XII. Jg., Nr. 48, Tel Aviv 1969; *Julius H. Schoeps*, Autoemanzipation und Selbsthilfe. Die Anfänge der nationaljüdischen Bewegung in Deutschland 1882–1897, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, Bd. XXXI, Heft 4, Köln 1979.

gründet, der sich in seinem Charakter, Ziel und organisatorischen Rahmen von „Esra“ wesentlich unterschied. Sein Vorstand setzte sich aus Juden zusammen, die gegen das *Chalukah*-System, die bisher in der Diaspora übliche Form der Geldsammlung zur Unterstützung von bedürftigen Juden in Palästina, auftraten. „Lemaan Zion“ förderte Bestrebungen, die palästinensische Judenheit wirtschaftlich unabhängig zu machen, bekämpfte die Missionstätigkeit und versuchte, Juden zur Not auch in arabischen Dörfern und Städten anzusiedeln.

Die erste bewußt jüdisch-nationale Gruppe in Deutschland war jedoch der im Dezember 1888 gegründete „Russische jüdische wissenschaftliche Verein“. Seine Gründungsmitglieder waren zwölf russisch-jüdische Studenten und Heinrich Loewe aus Wanzleben. Der Verein setzte sich als eine seiner Aufgaben, jüdischen Flüchtlingen auf ihrem Weg durch Deutschland zu helfen. Ein gleichartiger Verein „Jung Israel“, im März 1892 von Heinrich Loewe, Wilhelm Böhlendorff und Willy Bambus in Berlin gegründet, versuchte deutsche Juden als Mitglieder zu werben.

Das Anwachsen der Bewegung der Zionsfreunde in Deutschland führte zu dem Beschluß, das Zentrum der zionistischen Aktivität von Wien nach Berlin zu verlegen. Als die *Selbst-Emancipation* ein zweites Mal im Jahre 1893 auf Grund finanzieller Schwierigkeiten einging, wurde die Zeitschrift nach Berlin überführt, wo sie unter dem Namen *Jüdische Volkszeitung, früher Selbst-Emancipation* herauskam. Dieses neue Organ und „Jung Israel“ wurden jetzt zu Brennpunkten der jüdisch-nationalen Tätigkeit in Deutschland[6].

Trotz aller Bemühungen gelang es „Jung Israel“ nicht, in Deutschland geborene Juden zum Eintritt in seine Reihen zu bewegen. Anscheinend waren seine etwa zwanzig Mitglieder noch immer zu ‚radikal‘ und ostjüdisch, um die Söhne der wohlhabenden deutsch-jüdischen Mittelklasse anzuziehen. Der unermüdliche Heinrich Loewe, Max Bodenheimer und Max Oppenheimer gründeten deshalb im Jahre 1893 die „Jüdische Humanitätsgesellschaft“, deren Programm so nebelhaft war wie ihr Name. Vielleicht gerade auf Grund dieses nebelhaften Programms, welches nichts als die Hebung jüdischen Selbstbewußtseins forderte, war die Gesellschaft unter der jüdisch-akademischen Jugend erfolgreicher[7]. Am 4. Juli 1895 schlossen sich „Jung Israel“ und die „Jüdische Humanitätsgesellschaft“ zur „Vereinigung Jüdischer Studierender“ (VJSt.) zusammen. Diese änderte um die Jahrhundertwende ihren Namen in „Verein Jüdischer Studenten an der Universität Berlin“. Der Studentenbund sympathisierte mit der aufsteigenden zionistischen Bewegung und kann daher als Vorläufer des „Kartells Jüdischer Verbindungen“ (KJV) betrachtet werden[8].

[6] Siehe *Jehuda Louis Weinberg*, Aus der Frühzeit des Zionismus – Heinrich Loewe, Jerusalem 1946. Siehe auch Statuten des „Jung Israel“, CZA, A 231/1/2.

[7] Jüdische Volkszeitung, Nr. 2, 9. Januar 1894.

[8] Siehe *Paul Graetz*, Organisatorische Daten zur Geschichte der Zionistischen Studentenbewegung in Deutschland, CZA, A 231 Aktenverzeichnis.

Die Geschichte des KJV ist bekannt. Am 16. Januar 1901 gründeten der VJSt.–Berlin und gleichgesinnte Studentenverbindungen in Leipzig, Breslau und München den „Bund Jüdischer Corporationen" (BJC). Um etwa dieselbe Zeit wurde 1902 die „Freie Verbindung Hasmonaea" an der Universität Berlin von Egon Rosenberg ins Leben gerufen, der vorher der zionistischen Verbindung „Veritas" in Brünn angehört hatte. Die „Hasmonaea" war mit der Zielsetzung geschaffen worden, die zionistische Idee zu fördern. Eine gleichartige Verbindung in München schloß sich der „Hasmonaea" 1905 an, und zusammen formten sie am 11. Januar 1906 das „Kartell Zionistischer Verbindungen" (KZV). Im Laufe des nächsten Jahrzehnts wurde auch das BJC sichtlich zionistischer. Die zwei Studentenverbindungen (BJC und KZV) schlossen sich am 19. Juli 1914 zum „Kartell Jüdischer Verbindungen" zusammen[9].

Unter dem Eindruck der Erlebnisse des Weltkrieges, insbesondere durch das Zusammentreffen mit den lebendigen jüdischen Massen im Osten und die durch die Balfour-Deklaration eröffneten Möglichkeiten zionistischer Verwirklichung, setzte nach 1918 eine Änderung in den Methoden und im Inhalt der KJV-Erziehung ein: Die bis dahin aufrechterhaltenen studentischen Formen fielen, Palästina rückte mehr in den Mittelpunkt, die Übersiedlung des Einzelnen wurde lebhaft diskutiert, und all das trat gleichberechtigt neben den Kampf um die Zionisierung des deutschen Judentums. 130–150 konservativere Mitglieder waren mit dieser neuen Richtung nicht einverstanden, splitterten sich ab und gründeten 1919 eine eigene Organisation, den „Bund Zionistischer Korporationen" (BZK), der bis zum Jahre 1929 bestand und sich dann wieder dem KJV anschloß.

Mitte 1891 veröffentlichte Max Bodenheimer, ein junger Anwalt aus Köln, eine Flugschrift mit dem Titel: *Wohin mit den russischen Juden? Syrien ein Zufluchtsort der russischen Juden* (im selben Jahr erschien auch die weniger bekannte Broschüre von Paul Demidow – Pseudonym für Isaak Turoff –: *Wo hinaus? Mahnruf an die westeuropäischen Juden*), in der er die Ansiedlung osteuropäischer Juden in Syrien und Palästina befürwortete, zu ihrem Schutze und zu ihrer sozialen Rehabilitierung durch Berufsumschichtung auf Landwirtschaft und Handwerk. Bodenheimers Flugschrift erschien in vielen Exemplaren. Sie erwies sich als nützlich, um mit anderen Zionsfreunden in Deutschland und im Ausland in Kontakt zu kommen. Von Nathan Birnbaum nahestehenden Kreisen ging im Juli 1891 die Initiative aus, in Paris eine Konferenz aller führenden Persönlichkeiten der Vereine der Zionsfreunde einzuberufen. Birnbaum unterrichtete Bodenheimer von seinem Plan, worauf



[9] Siehe *Jehuda Reinharz,* The Origin and Development of the Bund Jüdischer Corporationen, in: The Wiener Library Bulletin, Bd. XXX, New Series, Nr. 43/44, London 1977, S. 2–7.

dieser in der Hamburger *Menorah* den Aufruf: „Zionisten aller Länder vereinigt Euch!" veröffentlichte[10].

Im Jahre 1894 gründete Bodenheimer mit Hilfe von David Wolffsohn, einem jüdischen Kaufmann aus Osteuropa, der in Köln zu Vermögen gelangt war, den „Verein zur Förderung der jüdischen Ackerbaukolonien in Syrien und Palästina". Ein Jahr später übernahm er den Vorsitz des „Kolonialausschusses der Freien Israelitischen Vereinigung" in Hamburg. Beide Organisationen hatten nur geringen Erfolg.

Im Februar 1896 erschien Theodor Herzls *Der Judenstaat.* Seine politischen Pläne zur Besiedlung Palästinas wurden von den meisten *Chowewe Zion*-Gruppen in Deutschland sofort angenommen. Innerhalb der verschiedenen Gruppen bestanden jedoch Meinungsverschiedenheiten; einige schlossen sich seiner Bewegung an, andere, unter ihnen Willy Bambus und Hirsch Hildesheimer, zogen praktische Ansiedlung politischen Lösungen vor. Deutsche Zionisten wie Bodenheimer, die Herzls Standpunkt, wenn auch mit gewissen Unterschieden, grundsätzlich teilten, wurden zu politischen Zionisten. Bodenheimer achtete darauf, daß nichts geschah, was den staatsbürgerlichen und politischen Status der deutschen Zionisten und der jüdischen Gemeinschaft im allgemeinen untergraben könnte. Im Jahre 1896 gründete er gemeinsam mit Wolffsohn und anderen die „National-jüdische Vereinigung", Köln, deren Thesen „die nationale Gemeinschaft der Juden aller Länder" hervorhoben, die patriotische Gesinnung Deutschland gegenüber dabei aber nachdrücklich betonten[11].

Kurz darauf erließ Herzl seinen Aufruf zum ersten Zionistenkongreß in München. Ein Proteststurm der Münchener jüdischen Gemeinde und der Rabbiner Maybaum (Berlin), Vogelstein (Stettin) und anderer – Herzl nannte sie die „Protestrabbiner" – brach los. Sie griffen Herzls Plan mit religiösen, politischen und praktischen Argumenten an. Sie befürchteten, die zionistische Bewegung könnte die Loyalität der deutschen Juden dem Vaterland gegenüber in Zweifel stellen[12]. Die Reaktion der Zionisten auf diese Proteste war Gegenstand der Verhandlungen auf dem ersten Delegiertentag der deutschen Zio-

---

[10] In ähnlicher Weise wandte sich der Verein „Jung Israel" am 14. Juli 1893 an andere Chowewe Zion-Gruppen mit dem Aufruf, einen Kongreß einzuberufen, der über die Endziele und Taktiken aller nationalen jüdischen Gruppen entscheiden würde. Siehe *M. Ehrenpreis,* Vor Herzl und mit Herzl, in: Theodor Herzl Jahrbuch, begründet und herausgegeben von *Tulo Nussenblatt,* Brünn 1929. Siehe auch *Alex Bein,* Von der Zionssehnsucht zum politischen Zionismus. Zur Geschichte des Wortes und Begriffes „Zionismus", in: Robert Weltsch zum 70. Geburtstag, herausgegeben von *Hans Tramer* und *Kurt Loewenstein,* Tel Aviv 1961.

[11] Siehe die Korrespondenz zwischen Hermann Schapira und Max Bodenheimer in *Henriette Hannah Bodenheimer* (Hrsg.), Toldot Tochnit Basel (hebr.; Geschichte des Baseler Programms), Jerusalem 1947.

[12] Allgemeine Zeitung des Judentums, Nr. 29, 16. Juli 1897, S. 338. Diese Erklärung wurde durch die „Erklärung des Geschäftsführenden Vorstandes des Rabbinerverbandes in Deutschland" bekräftigt.

nisten, der in Bingen am 11. Juli 1897 stattfand. Der erste Punkt der Tagesordnung war die Formulierung einer Erwiderung auf die Angriffe der Rabbiner. Der zweite Punkt dieser Erwiderung betonte erneut die Loyalität zu Deutschland. Die Delegierten stimmten weiterhin überein, daß Juden ihren leidenden Brüdern helfen müßten, solange dies nicht mit ihren staatsbürgerlichen Pflichten in Widerspruch stand. Formulierungen wie ‚Aufbau eines Staates' oder ‚Jüdischer Staat' wurden vermieden.

In Bingen änderte die „National-jüdische Vereinigung", Köln ihren Namen in „National-jüdische Vereinigung für Deutschland". Die organisatorischen Maßnahmen wurden auf zwei späteren Treffen beschlossen, die im selben Jahr am 28. August in Basel und am 31. Oktober in Frankfurt am Main stattfanden. Auf diesen Treffen wurde einstimmig entschieden, der Organisation den Namen „Zionistische Vereinigung für Deutschland" (ZVfD) zu geben. Professor Hermann Schapira drängte auf diesen Namenswechsel, weil er der Meinung war, „Zionistische Vereinigung" sei weniger anstößig und bedrohlich für deutsche Juden als „National-jüdische Vereinigung", ein Name, den man leicht als Bekenntnis zu einer anderen als der deutschen Nation auslegen könne.

Trotzdem die Zionisten ihre Loyalität zu Deutschland immer wieder betonten, hörten die scharfen antizionistischen Angriffe aus liberalen und orthodoxen Kreisen, von Rabbinern und ihren Gemeinden und auch von Einzelnen nicht auf. Vom Jahre 1897 an wurde die ZVfD zum Gärstoff im deutschen Judentum. Die Zionisten wurden von vielen als Bedrohung des Assimilations- und Integrationsprozesses empfunden. Die Zionisten waren nicht sonderlich beunruhigt über Behauptungen von Antizionisten, daß nationales Judentum im Widerspruch zur jüdischen Religion stehe, da solche Angriffe im allgemeinen ohne politische Konsequenzen blieben. Auf diese Angriffe reagierten sie nur sporadisch, aber gegenüber Anschuldigungen, ihr jüdischer Nationalismus beeinträchtige ihren deutschen Patriotismus, waren sie um so empfindlicher. Dies war eine Beschuldigung, die sie nicht unwidersprochen lassen konnten[13]. Bis zur Auflösung der ZVfD in den 1930er Jahren wiederholten die Zionisten in unzähligen Artikeln, Flugschriften und Reden, daß kein Konflikt zwischen jüdischem Nationalismus und deutschem Staatsbürgertum bestehe. Außerdem neigte die ZVfD unter der Präsidentschaft von Max Bodenheimer in den Jahren 1897 bis 1910 zu einer nichtdoktrinären Ideologie, die den nationalen Charakter des Judentums möglichst wenig betonte. Diese Politik half Angriffe gegen den Zionismus zu entschärfen. Die jüdischen Organisationen ihrerseits zogen es vor, eine Politik des Totschweigens einzuschlagen, die davon ausging, daß Organisation und Idee des Zionismus geschwächt würden, wenn man ihnen die propagandistischen Möglichkeiten einer Diskussion in der Öffentlichkeit nahm.



[13] Siehe Flugblatt No. 2, [Juli/August] 1897 (Dok. 20).

Die neue Organisation brauchte ein öffentliches Organ. Die deutschen Zionisten machten die *Israelitische Rundschau* zu ihrem offiziellen Sprachrohr. Die ZVfD erwarb die Zeitung im Jahre 1901, und Heinrich Loewe wurde ihr Redakteur unter der Bedingung, daß ihr Name auf *Jüdische Rundschau* geändert werde. Diesen Namen behielt sie bis zu ihrer Einstellung 1938. Im Jahre 1919 wurde Robert Weltsch, ein ehemaliges Mitglied der Prager „Bar Kochba"-Gruppe, Redakteur der *Jüdischen Rundschau*, eine Stellung, die er bis 1938 inne hatte.

Die Zahl der zionistischen Zeitschriften in Deutschland in den Jahren 1897 bis 1938 wird auf 39 geschätzt[14]. Dieser Reichtum an Literatur und Propagandaschriften ist ein Zeichen für die Produktivität und Energie der zionistischen Bewegung in Deutschland. Der offizielle Verlag der ZWO, der „Jüdische Verlag" in Berlin, wurde 1902 gegründet. Wissenschaftler und Intellektuelle der Bewegung trugen zu seinen Veröffentlichungen bei. Der Verlag wurde zum kulturellen Mittelpunkt des deutschen Zionismus und der Weltorganisation.

Die zionistischen Veröffentlichungen in Deutschland berichteten nur selten über tagespolitische Ereignisse und Entwicklungen, außer wenn sie von direktem Interesse für die zionistische Sache waren. Bis in die letzten Jahre der Weimarer Republik beschäftigte sich die *Jüdische Rundschau* nur dann mit Problemen des Antisemitismus, wenn der Redakteur und die zionistische Führung es infolge von bestimmten politischen oder wirtschaftlichen Ereignissen für notwendig hielten. Vor 1914 wurde dieses Thema in der zionistischen Presse kaum behandelt. Die Zionisten waren der Überzeugung, daß der Kampf gegen den Antisemitismus mit den Methoden des Centralvereins sinnlos sei, weil das jüdische Problem eine Folge der Lebensbedingungen in der Diaspora sei und nicht durch Gerichtsverfahren oder andere Rechtsmittel gelöst werden könne. Daher war der Antisemitismus oft von zweitrangiger Bedeutung in der Ideologie der deutschen Zionisten, obwohl sie ihren Standpunkt in gewissen Ausnahmesituationen modifizierten. So arbeiteten die Zionisten beispielsweise eng mit dem „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" zusammen, als die Reichstagswahlen 1930 von besonders heftigen Ausbrüchen gegen die Juden begleitet wurden. Aber noch im Laufe dieser wenigen Wochen der Zusammenarbeit distanzierten sich die Zionisten von der Ideologie des Centralvereins und anderer Organisationen.

Aus zionistischer Sicht konnte Antisemitismus weder durch Aufklärung noch durch jüdische Assimilation erfolgreich bekämpft werden. Um der Assimilation entgegenzutreten, förderten die Zionisten eine Erziehung zu jüdischem Selbstvertrauen und nationalem Stolz. Einige wählten die Gemeinden

---

[14] *Reiner Bernstein*, Zwischen Emanzipation und Antisemitismus. Die Publizistik der deutschen Juden am Beispiel der „C.V.-Zeitung", Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 1924–1933, Diss., Freie Universität Berlin, 1969.

als Basis und Ziel für diese Arbeit und propagierten dort ihre Ideen. Da die meisten Gemeinden sich dem Zionismus widersetzten, beteiligten sich die Zionisten schon im Jahre 1901 an einigen Gemeindewahlen und versuchten dadurch dort Einfluß zu gewinnen.

Eines der wirksamsten Instrumente in diesem Kampf war die „Jüdische Volkspartei" (JVP), die viele Jahre lang von Max Kollenscher und Alfred Klee geleitet wurde. Sie zielte darauf hin, die zu Bürokratien erstarrten jüdischen Gemeinden, die sich nur mit Philanthropie und religiösen Fragen beschäftigten, in Institutionen umzuwandeln, die alle Bedürfnisse der Gemeinden erfüllten. Die Führung der ZVfD widersetzte sich anfänglich diesem Ansatz. Bis Mitte der 20er Jahre vertrat die ZVfD die Meinung, daß die Bemühungen der JVP wenig zur Erreichung zionistischer Ziele beitragen könnten. Später jedoch begann die ZVfD einen Teil ihrer Energien der Gemeindepolitik zu widmen und setzte eine Gemeinde-Kommission ein[15]. Ungeachtet der zögernden Mitarbeit der ZVfD gelang es der JVP, erhebliche Fortschritte innerhalb der deutsch-jüdischen Gemeinden zu machen. In den Jahren 1926 bis 1930 kontrollierten sie sogar eine Mehrheit in der Berliner jüdischen Gemeinde.

Die Anhänger der JVP blieben trotz allem in der Minderheit. Die verschiedenen Theorien des politischen, autonomen, praktischen und kulturellen Zionismus beeinflußten den deutschen Zionismus zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenem Maße, aber in der Zeit von 1897 bis 1910 war es vornehmlich Herzls Einfluß, der die Ideologie der ersten Generation der deutschen Zionisten bestimmte. Bodenheimer und andere, die früher Mitglieder der *Chowewe Zion* waren und für eine Besiedlung Palästinas eintraten, schlossen sich Herzls strikter Opposition gegen „Infiltration" an, wenn sie auch nicht in allen Punkten mit seiner Politik einverstanden waren. Man wollte seine Führung, weil man in ihm den einzigen sah, der fähig war, die verstreuten und wirkungslosen *Chowewe Zion*-Gruppen zu vereinigen. Die ZVfD hielt im allgemeinen ihre traditionelle Loyalität zur Führung der ZWO aufrecht, eine Tatsache, die in ihrer Unterstützung für Herzls Ugandaplan klar zum Ausdruck kam[16].

Trotz ihrer Zustimmung zu Herzls ideologischer Konzeption akzeptierten die ersten deutschen Zionisten nicht seine Auffassung über die Stellung der Juden in der Diaspora. Sie bestanden auf ihrem Status als deutsche Staatsbürger und nahmen im Gegensatz zu Herzl das Problem ihrer doppelten Loyalität als Deutsche und Zionisten sehr ernst. Sie forderten ihre Anhänger auf, am kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben ihres Landes teilzunehmen und sich gleichzeitig für den Aufbau Palästinas einzusetzen. Sie

---

[15] Protokoll der V. Sitzung des Landesvorstandes vom 20. Mai 1925, Schocken-Archiv, Akte 53/32.

[16] Siehe z. B. Entwurf der Resolution einer Anzahl deutscher Delegierten zum VI. Zionistenkongreß, 25. August 1903, CZA, A 142/36/1.

hielten, wie Herzl, die Gründung eigener jüdischer politischer Parteien für zwecklos, doch sie lehnten seine Ansicht ab, daß das Leben in der Diaspora für Zionisten sinnlos sei.

Im Gegensatz zu Herzl bejahte die erste Generation deutscher Zionisten das Leben in der Diaspora. Diese Gruppe setzte ihr gewohntes Leben in Deutschland fort. Sie sahen sich als echte Deutsche aufgrund ihrer sozio-kulturellen Werte und ihrer nicht hinterfragten Loyalität zum Vaterland. Nichtsdestoweniger traten sie für eine bewußte Förderung jüdisch-nationaler Identität ein, um der jüdischen Jugend ihr Erbe bewußt zu machen. Sie sahen in der Emanzipation einen humanitären und wohltätigen Akt, aber auch ein Stück Gesetzgebung, das auf der Illusion aufbaute, politische Emanzipation könne die „Jüdische Frage" lösen. Im Gegensatz zu der von der Mehrheit der deutschen Juden vertretenen Meinung, die z. B. in der Haltung des Centralvereins zum Ausdruck kam, wiesen die deutschen Zionisten die Gleichstellung von Staatsbürgertum mit einer Aufnahme in die deutsche Nation oder in das deutsche Volk zurück. Statt dessen forderten sie für die Juden, die ohnehin niemals völlig in die deutsche Nation integriert werden könnten, das Recht, ihre eigene nationale Identität im Rahmen einer loyalen Staatsbürgerschaft zu bewahren[17].

Wenn auch ein großer Teil der ZVfD-Mitglieder keine religiöse Lebensweise hatte und ebenso wie die Mitglieder des Centralvereins religiös-liberal war, sahen sich die Zionisten doch als die wahren Vertreter der jüdischen Kultur. Im Gegensatz zu den Liberalen fühlten die Zionisten sich in einer nationalen Gemeinschaft mit den Juden der ganzen Welt. Dieses Gefühl wurde im ersten Weltkrieg verstärkt, als sie tatsächlich mit dem Ostjudentum zusammentrafen. Ihr Gefühl gemeinsamer Verantwortlichkeit ergab sich aus dem Bewußtsein, daß die Juden zwar ein verstreutes, aber doch selbständiges Volk waren.

Die ZVfD hatte sich in dem kulturellen und politischen Milieu des Wilhelminischen Deutschlands des späten neunzehnten Jahrhunderts entwickelt. Trotz zionistischer Ideologie hatte diese erste Generation der deutschen Zio-

---

[17] Für eine Untersuchung des Centralvereins und der ZVfD und ihrer gegenseitigen Beziehungen siehe *Jehuda Reinharz*, Fatherland or Promised Land. The Dilemma of the German Jew 1893–1914, Ann Arbor 1975. Unter der veröffentlichten Literatur befinden sich einige andere Werke, die sich mit dem Centralverein in der Zeit vor 1914 beschäftigen. Zu ihnen gehören: *Ismar Schorsch*, Jewish Reactions to German Anti-Semitism, 1870–1914, New York and Philadelphia 1972; *Arnold Paucker*, Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft, in: Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914, herausgegeben von *Werner E. Mosse* unter Mitwirkung von *Arnold Paucker*, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 33, Tübingen 1976, und *Marjorie Lamberti*, Jewish Activism in Imperial Germany. The Struggle for Civil Equality, New Haven and London 1978. Siehe auch *Sanford Ragins*, Jewish Responses to Anti-Semitism in Germany, 1870–1914, Cincinnati 1980.

nisten eine ähnliche Weltanschauung wie die Mitglieder des Centralvereins, die zur selben Zeit aufgewachsen waren und den gleichen kulturellen Hintergrund besaßen. Beide Gruppen wurden von denselben Erfahrungen ihrer Generation geformt: Sie waren „Ehrenmänner", die trotz antisemitischer Beschimpfungen und Drohungen während ihrer Studentenjahre jüdische Organisationen gegründet hatten. Die Führerschicht beider Gruppen kam aus dem gleichen bürgerlichen sozio-ökonomischen Milieu, und sie ergriffen Berufe, die ihnen den Eintritt in die mittlere und obere Mittelklasse sicherten. Die Mehrheit der deutschen Zionisten war der jüdischen Religion genauso entfremdet wie die meisten Nichtzionisten. Ihre Kinder erhielten dieselbe Erziehung wie andere Kinder der liberalen jüdischen Mittelklasse, eine Erziehung, die jüdische oder hebräische Kultur in keiner Weise betonte.

Anders als die Mitglieder des Centralvereins wertete jedoch die erste Generation der deutschen Zionisten ihr Judentum und ihr Deutschtum zumindest gleich stark. Trotzdem blieb ihr Verhältnis zu jüdischen Dingen oft eine persönliche Angelegenheit oder das Thema interessanter Artikel in der *Jüdischen Rundschau.* Sie versuchten nicht einmal, ein begrenztes Kulturprogramm in der Diaspora aufzustellen. Da sie ihre Theorie vom jüdischen Nationalismus weder persönlich noch praktisch verwirklichten, wurden sie in dieser Hinsicht von den anderen liberalen jüdischen Organisationen einfach als Mitglieder eines weiteren philanthropischen Vereins geduldet.

Für die Gründungsmitglieder der ZVfD war es immer klar, daß ihre persönliche Zukunft in Deutschland lag. Ihre zionistische Ideologie gab ihnen ein Weltbild, das – in Deutschland verankert – ihre jüdische Identität mit deutscher Kultur harmonisierte. Im wesentlichen war das Programm der ersten Generation deutscher Zionisten fast ausschließlich auf die notleidenden Juden Osteuropas gerichtet. Es beabsichtigte nicht, das Leben seiner Anhänger in Deutschland zu ändern[18].

Diese Auffassung hielt sich bis in die Jahre 1910–1912. Kurz danach traten radikale Änderungen in der deutsch-zionistischen Ideologie ein, als Ergebnis von Entwicklungen in der Zionistischen Weltorganisation und den Erfahrungen der zweiten Generation junger deutscher Zionisten. Einerseits waren die jüngeren Mitglieder von der allgemeinen Tendenz der Weltorganisation beeinflußt, sich auf praktische und kulturelle Arbeit in Palästina und der Diaspora zu konzentrieren, wie auch beeindruckt von den Ideen Achad Haams und, zu einem gewissen Grad, Martin Bubers. Ihre ideologische Orientierung war bestimmt durch Herzls Verneinung der Diaspora und Bubers Mahnung, die eigenen Wurzeln im Judentum zu suchen. Andererseits wurde die zionistische Jugend in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg von den Ideen der Kinder des westeuropäischen Bürgertums angezogen: Ablehnung der Mechanisierung, Kritik an der Selbstzufriedenheit der bürgerlichen Mentalität und Hin-

[18] Siehe den Artikel von *Franz Oppenheimer* „Stammesbewußtsein und Volksbewußtsein" vom 18. Februar 1910 (Dok. 43).

wendung zu Natur, Einfachheit und Kameradschaft. Die Aktivität und Ideologie der deutschen Jugend wurden von den jungen Zionisten bewundert. Mit einem Auge auf die deutschen Wandervögel entstanden jüdische Wanderbünde, die später in Gruppen übergingen, die vor allem jüdische Selbstverwirklichung anstrebten („Blau-Weiß").

Die jungen Zionisten verstanden die „Jüdische Frage" ganz anders als die „konfessions-orientierten" Juden der älteren Generation und kritisierten ältere Zionisten und Mitglieder des Centralvereins unterschiedslos als schlimmste Assimilanten. Diese ‚Radikalen' hielten die Assimilation an das deutsche Volk für unerwünscht und unerreichbar. Im Gegensatz zu der älteren Generation beabsichtigten diese jungen Zionisten, ihre Theorien in die Tat umzusetzen. Obwohl sie einige ihrer Ideale aus denselben intellektuellen Quellen geschöpft hatten wie der „Wandervogel", betonten sie ihre Verschiedenheit von der deutschen Bevölkerung in Wesen, Sitte und Gewohnheiten. Sie gaben sich nicht mehr mit Gemeinplätzen und konventionellen Ideen zufrieden. Wie viele europäische Jugendliche dieser Zeit suchten sie ihre Wurzeln und eine neue, unverfälschte Identität. Diese Suche führte zu endlosen Diskussionen über Deutschtum–Judentum–Zionismus. Debatten mit Antizionisten und anderen erzwangen neue Definitionen von Begriffen und Ideen wie auch eine ständige Neueinschätzung ihrer Ideologie und ihres Selbstverständnisses.

Die junge Generation der ZVfD formulierte ihre Weltanschauung in den Jahren 1910–1912 in einem Programm. Im Jahre 1909 hatte die ZVfD Kurt Blumenfeld, einen profilierten Denker und guten Redner, zum Parteisekretär und Leiter der zionistischen Propaganda ernannt. Soweit überhaupt historische Veränderungen von einer einzelnen Persönlichkeit bewirkt werden können, wird man Blumenfeld den Wechsel des ideologischen Kurses der ZVfD in den Jahren 1910–1914 zuschreiben dürfen. In ihrem Kampf gegen die politisch-philanthropische Ausrichtung der Älteren, sah die junge, zweite Generation der deutschen Zionisten in Blumenfeld ihren fähigsten Wortführer und zionistischen Ideologen unter den gegebenen kulturellen und politischen Bedingungen Deutschlands. Es gelang ihm sofort, die zionistischen Studenten- und Jugendbewegungen für seine Ideologie zu gewinnen[19].

Blumenfelds Konflikt mit der liberalen jüdischen Mittelklasse begann mit einem scharfen Kampf gegen die Ideologie der älteren Generation deutscher Zionisten. Die jungen Zionisten kamen meistens aus demselben assimilatorischen Milieu wie die Älteren, aber ihre unterschiedliche Weltanschauung war das Ergebnis der Erfahrungen, die ihre Generation mit dem Antisemitismus gemacht hatte, ihrer Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Arbeit der älteren Generation und der ideologischen, praktischen und politischen Veränderungen, die sich in der ZVfD und der ZWO vollzogen hatten. Bubers Ermahnungen und die Erfahrungen, die sie für ihre Zwecke aus deutschen Quellen übernahmen, führten bei den jungen Zionisten zur Ablehnung von

[19] Siehe Jüdische Rundschau, Nr. 32, 12. August 1910, S. 377.

allem, was ihrer zionistischen Überzeugung im Wege stehen könnte. Während die erste Generation sich damit begnügt hatte, in Deutschland auf den „Charter“ für die Ostjuden zu warten, erklärten die jungen Zionisten, daß alle, die nicht Palästina in ihr Lebensprogramm einschlössen, keine wahren Zionisten seien.

Somit konnten diese Radikalen weder mit dem frühen Zionismus noch mit dem liberalen Establishment einen Kompromiß eingehen. Mit einiger Konsequenz versuchten sie, ihre Theorien in die Praxis umzusetzen. Auf drei Gebieten erreichten sie vor 1914 offensichtliche Erfolge: 1. Sie formulierten eine Theorie, die ihre Grundbedürfnisse zum Ausdruck brachte. 2. Sie brachen mit der Ideologie des etablierten Liberalismus und der ersten Generation der Zionisten. 3. Sie brachten ihre Mitglieder dazu, Distanz zwischen sich selbst und dem deutschen Nationalismus zu halten.

Als ganz kleine Minderheit in einer feindseligen jüdischen Umgebung konnten die jungen Zionisten nur durch Radikalisierung Erfolg haben. Das zeigte sich deutlich in den verschiedenen Auseinandersetzungen im *Kunstwart*, in der Sombartdebatte, im Sprachenkampf und im Konflikt mit dem Centralverein und dem „Antizionistischen Komitee“.

Ein wichtiger Katalysator in diesem Radikalisierungsprozeß und der stärkeren Betonung des jüdischen Nationalismus war die Posener Resolution vom Mai 1912, die die Idee des Palästinozentrismus als Grundlage der Ideologie der ZVfD annahm. In dieser Resolution erklärten die Zionisten Palästina zum integralen Teil ihres persönlichen Lebenszieles. Die Resolution war allenfalls vage, aber in den Augen der älteren Generation deutscher Zionisten und besonders der nichtzionistischen und antizionistischen Mehrheit der deutschen Juden war es eine radikale Erklärung, die bei vielen Gelegenheiten bekämpft und denunziert wurde. Die ältere Generation, die eine politisch-philanthropische Version des Zionismus entwickelt hatte, konnte die Änderungen innerhalb der ZVfD in den Jahren 1912–1914 nicht unbeachtet hinnehmen. Ebenso wie das nichtzionistische Judentum sahen sie ihre nackte Existenz, ihre wichtigsten ideologischen Prinzipien durch die radikalen Äußerungen der jungen Generation bedroht. Als dann der Leipziger Delegiertentag 1914 trotz ihres leidenschaftlichen Widerspruchs die Ideologie von Blumenfeld und seinen Anhängern bestätigte, traten die meisten von ihnen von allen aktiven Positionen in der ZVfD zurück[20].

Bis zum August 1914 schien die zionistische Linie in Deutschland klar festgelegt zu sein. Der erste Weltkrieg zeigte dann, daß die Radikalisierung der Zionisten noch nicht tief genug Wurzeln geschlagen hatte. Die Zionisten fühlten sich genau wie die übrigen deutschen Juden verpflichtet, dem Vaterland zu Hilfe zu kommen[21]. Nur ganz wenige Zionisten glaubten, daß Deutsch-

[20] Siehe Jüdische Rundschau, Nr. 25, 19. Juni 1914, S. 271.

[21] Siehe Jüdische Rundschau, Nr. 32, 7. August 1914, und den Aufruf „An die Blau-Weißen“, August 1914 (Dok. 73).

Junge Radikale

lands Krieg nicht ihre Sache sei, und rieten der jüdischen Jugend, statt dessen für die zionistische Sache zu kämpfen[22].

Der Krieg beeinflußte auch die Beziehungen innerhalb der deutsch-jüdischen Gemeinschaft. Angesichts des Patriotismus und der Opferbereitschaft von Zionisten hörten der Centralverein und die anderen antizionistischen Organisationen mit ihren Angriffen auf und erkannten den zionistischen Beitrag zum Kriegseinsatz an. Für fast vier Jahre wurden alle Bitterkeit und jeder Streit zwischen Zionisten und Antizionisten auf ein Minimum beschränkt.



Der erste Weltkrieg stellte die deutschen Zionisten vor neue Aufgaben. Wie alle deutschen Juden glaubten sie, daß ein deutscher Sieg der einzige Weg zur Befreiung der russischen Juden vom zaristischen Joch sei. Gleichzeitig konnten sie auf die Juden Osteuropas als potentiell wichtige Verbündete der Mittelmächte hinweisen. Einige Zionisten waren der Überzeugung, daß man den Juden Osteuropas sofort zu Hilfe kommen müßte. Millionen Juden waren zwischen den kämpfenden Armeen gefangen, und Massen von Flüchtlingen flohen vor den anrückenden russischen Truppen. Hunderttausende von Juden wurden von den Russen gewaltsam aus den Frontlinien evakuiert.

Am 6. Dezember 1914 wurde Lodz von den Deutschen erobert. Zwischen Mai und September 1915 besetzten sie viele kleinere und größere Städte wie Libau, Kowno und Warschau, in denen es große jüdische Gemeinden gab. Ab September 1915 lebte fast die Hälfte der Juden des russischen Reiches in polnischen, litauischen und weißrussischen Gebieten unter deutscher Besetzung[23]. Etwa 100 000 Juden standen in Deutschland unter Waffen, davon mindestens 78 Prozent an der Front[24]. Unter den jüdischen Soldaten waren viele Zionisten, die zum erstenmal ihren jiddisch sprechenden Brüdern begegneten und tief von der Solidarität, der innigen jüdischen Frömmigkeit und von der Herzlichkeit und Gastfreundschaft beeindruckt waren, die man ihnen entgegen brachte. So war auch die Gründung des „Jüdischen Volksheims" in Berlin am 18. Mai 1916 als Versuch deutscher Zionisten zu verstehen, den osteuropäischen Juden, die sich in Deutschland niedergelassen hatten, zu helfen und ihre Erziehung zu fördern.

Ein konkreter Versuch, den Juden Osteuropas zu helfen, wurde kurz nach Kriegsausbruch gemacht. Am 4. August 1914 unterbreitete Max Bodenheimer, damals Vorsitzender des „Jüdischen Nationalfonds", dem deutschen Auswärtigen Amt ein Memorandum, in dem er auseinandersetzte, auf welche Weise die Unterstützung der osteuropäischen Juden für Deutschlands Ziel, das Zarenreich zu zerstören, gewonnen werden könnte. Infolge dieses Memorandums und späterer Besprechungen mit deutschen Behörden wurde das „Komi-

[22] *Gerhard [Gershom] Scholem*, Laienpredigt, [September 1915] (Dok. 81).

[23] *Zosa Szajkowski*, The Komitee für den Osten and Zionism, in: Herzl Year Book, Bd. VII, New York 1971, S. 202–203.

[24] *Abraham Duker*, Jews in the World War, in: Contemporary Jewish Record, Bd. II, New York 1939.

tee für den Osten" gegründet. Einige der prominenteren deutschen Zionisten der älteren Generation setzten sich mit stillschweigender Billigung der Zionistischen Weltorganisation an die Spitze des „Komitees". Hauptaufgabe des „Komitees" war der Schutz der Rechte der osteuropäischen Juden, in der Hoffnung, zionistische Ziele durch Unterstützung deutscher Kriegsanstrengungen zu fördern. Zur großen Enttäuschung von Bodenheimer und seinen Mitarbeitern nahm das Interesse der deutschen Regierung an der Arbeit des „Komitees" zusehends ab. Nach anfänglicher Billigung rückte auch die Führung des Engeren Aktions-Comités und der ZVfD vom „Komitee" ab, da sie befürchteten, seine Politik könne die Gesamtinteressen des Zionismus durch zu enge Identifizierung mit den deutschen Kriegszielen gefährden[25]. Von 1916 ab beschränkte das „Komitee" seine Arbeit auf philanthropische Tätigkeit.

Eine weitere Sorge der deutschen Zionisten war das Schicksal der Juden in Palästina. Bei Beginn des ersten Weltkrieges kam der *Jischuw,* die jüdische Bevölkerung in Palästina, in eine sehr schwierige Lage. Von der Flotte der Alliierten blockiert, ohne Zugang zu den westlichen Märkten, drohte dem Land eine wirtschaftliche Lähmung. Sogar der Zufluß von *Chalukah*-Geldern war abgeschnitten. Inzwischen wurde der *Jischuw* von Schikanen und Verfolgungen durch den türkischen Gouverneur von Palästina, Djemal Pascha, heimgesucht. Die politische Zukunft des *Jischuws* war in Frage gestellt. Die Türkei wurde als ein historischer Bundesgenosse Großbritanniens betrachtet, hatte sich aber am Anfang des Krieges den Mittelmächten angeschlossen.

Die deutschen Zionisten wie Zionisten in der ganzen Welt versuchten die Verfolgung des *Jischuws* zu verhindern, indem sie direkt an die Hohe Pforte appellierten. Gleichzeitig suchten sie die Unterstützung des deutschen Auswärtigen Amtes. In der Regel intervenierte das Auswärtige Amt auf solche Ersuche hin, weil man sich der Tatsache bewußt war, daß der Zionismus in Zukunft ein nützlicher Verbündeter der deutschen Orientpolitik werden könnte[26]. Andererseits paßte die deutsche Außenpolitik in der Frage der Juden Palästinas und Osteuropas nicht zur deutschen Innenpolitik gegenüber seinen eigenen jüdischen Bürgern. Die Anweisung des Kriegsministers vom 11. Oktober 1916, die jüdischen Soldaten in der deutschen Armee zu zählen, entsetzte und bestürzte die Zionisten nicht weniger als andere Teile des deutschen Judentums. Die Worte des deutschen Kaisers bei Kriegsbeginn: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", waren anscheinend nicht auf die Juden gemünzt.

Nachdem es klar war, daß nicht einmal der Krieg einen echten Burgfrieden zwischen Deutschen und Juden schaffen konnte, schlug Kurt Blumenfeld vor,

---

[25] Siehe *Egmont Zechlin,* Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969.

[26] Siehe *Kurt Blumenfelds* „Der Zionismus", 1915 (Dok. 79), auch *Isaiah Friedman,* Germany, Turkey and Zionism 1897–1918, Oxford 1977.

eine Einigung herzustellen oder zumindest einen Burgfrieden *innerhalb* des deutschen Judentums zu schließen. In dem Artikel „Innere Politik", der in der neu geschaffenen Zeitschrift *Der Jude* im Februar 1917 erschien, unterstrich er die Unterschiede zwischen dem Zionismus und dem assimilierten Judentum. Er stellte fest, daß ein volles Einvernehmen zwischen diesen beiden Lagern nicht möglich sei, schlug aber trotzdem eine ‚Bündnispolitik' vor – eine begrenzte Zusammenarbeit zwischen Zionisten und Nichtzionisten für bestimmte Zwecke und beschränkte Ziele. Mitten im Krieg fand dieser Vorschlag von Blumenfeld keinen Widerhall, aber seine Ideen für eine Zusammenarbeit mit Nichtzionisten wurden in den 20er Jahren in zwei Institutionen verwirklicht: dem „Keren Hajessod" und der „Jewish Agency". Seiner Ideologie treu, führte Blumenfeld seinen scharfen ideologischen Kampf gegen die Nichtzionisten fort, auch wenn er mit ihnen seither in praktischen Dingen zusammenarbeitete.

Manche Zionisten brachte der Krieg nicht dazu, konstruktive zionistische Arbeit *innerhalb Deutschlands* zu leisten, mit oder ohne Nichtzionisten. Sie störte vielmehr der Kompromiß, der nun einmal ein notwendiger Bestandteil des Lebens in Deutschland war. Wie in der Zeit vor 1914 riefen diese jungen Zionisten ihre Freunde auf, die logische Konsequenz zu ziehen und sofort nach Kriegsende nach Palästina auszuwandern, bevor sie noch tiefere berufliche Wurzeln in Deutschland schlagen konnten[27]. Die Unterzeichner dieses Aufrufs stießen auf große Widerstände, fanden aber unerwarteten politischen Rückhalt in der Balfour-Erklärung vom 2. November 1917. Kurz darauf erklärte auch die deutsche Regierung ihre Unterstützung für die zionistischen Ziele in Palästina in einer besonderen amtlichen Note vom 5. Januar 1918.

Im Frühling 1918 unterstützte die deutsche Regierung auch die Gründung des „Deutschen Komitees Pro-Palästina", dessen Ziel es war, „die deutsche öffentliche Meinung auf die Bedeutung hinzuweisen, die das vor allem im Zionismus verkörperte Streben der Juden nach Schaffung eines großen zusammenhängenden Siedlungsgebiets in Palästina für die politische Entwicklung gewinnen kann". Die Tätigkeit des „Pro-Palästina-Komitees" endete nach der deutschen Niederlage im Jahre 1919[28]. Im Dezember 1926, nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, wurde das „Pro-Palästina-Komitee" wiederbelebt. Seine Aufgabe war, für die zionistischen Bestrebungen in Palästina in Privat- und Regierungskreisen Unterstützung zu gewinnen. Wiederum zeigte das Auswärtige Amt ein gewisses Interesse am Komitee, mit dessen Hilfe es sich die Entwicklung wirtschaftlicher Verbindungen mit Palästina erhoffte. Außerdem beabsichtigte es, das Komitee zur Förderung seiner Verbindungen mit der zionistischen Führung zu benutzen[29].

---

[27] Siehe „Nach Palästina!", 26. Januar 1916 (Dok. 83).

[28] Denkschrift betreffend Gründung eines Deutschen Comités pro Palästina, Bundesarchiv (Koblenz), R 43 I/2192. Auch Mitteilungen des Pro Palästina Komitees, CZA, 1401.

[29] Siehe Schocken-Archiv, 531/67.

Der ZVfD und Zionisten in anderen Ländern erschien der Zeitraum kurz vor und nach dem Ende des ersten Weltkrieges als eine vielversprechende Ära für zionistische Aufbauarbeit in der Diaspora und in Palästina. Die ZVfD schien ihre führende Rolle in der Zionistischen Weltorganisation verloren zu haben. Nach der deutschen Niederlage wurde das Hauptbüro der ZWO von Berlin nach London verlegt. England war jetzt das Zentrum der Macht, und das polnische und amerikanische Judentum traten zunehmend in den Vordergrund. Die ZVfD verlor ihre zentrale Rolle in der Formulierung zionistischer Politik, behielt aber eine wichtige Position in der Gestaltung der zionistischen Ideologie.

Die internationale Anerkennung des Zionismus als eine politische Macht führte dazu, daß, im Gegensatz zur Vorkriegszeit, die ZVfD einen anerkannten und geachteten Platz in der deutschen Judenheit einnahm. Diese neue Stellung milderte die antizionistische Propaganda innerhalb Deutschlands. Für einige Zeit wurde die ZVfD von den übrigen deutschen Juden als gleichberechtigt angesehen und gewann Einfluß, der allerdings nur für wenige Jahre anhielt.

In den Wirren, die die deutsche Niederlage und die revolutionären Ereignisse des November 1918 hervorriefen, waren die Zionisten die einzigen, die sofort ein Aktionsprogramm parat hatten. Ihr Ziel war, in Deutschland eine Kongreßbewegung, ähnlich wie in den Vereinigten Staaten, Rußland, Österreich und den österreichischen Nachfolgestaaten, zu gründen. Dieser Kongreß sollte, als Teil der jüdischen Weltkongreßbewegung, die Meinungen und Forderungen des gesamten jüdischen Volkes auf der Friedenskonferenz vertreten. Die ZVfD sah in der Kongreßbewegung in Deutschland auch ein geeignetes Instrument zur Durchsetzung einer selbständigen Vertretung der deutschen Juden. Der zionistische Plan fand bei den deutschen Juden ein beachtliches Echo und hatte gute Aussichten auf Erfolg, schlug aber Ende 1919, hauptsächlich auf Grund des Widerstandes des Centralvereins, fehl[30].

Die Erfahrungen des ersten Weltkrieges – die Begegnung mit dem osteuropäischen Judentum, der verstärkte Antisemitismus in der Armee und in der deutschen Bevölkerung überhaupt, und auf der anderen Seite die Balfour-Deklaration – hatten auf den deutschen Zionismus eine große Wirkung. Die Nachkriegszeit stellte die zionistische Jugend Deutschlands vor neue Aufgaben. Die Gründung des „Keren Hajessod", das britische Mandat, der Kampf des *Jischuws* um die Erweiterung seiner wirtschaftlichen und politischen Basis, die Zusammenarbeit mit Nichtzionisten, die ihren Höhepunkt in der Schaffung der „Jewish Agency" fand, all dies stellte neue, höhere Ansprüche an jeden Zionisten und verlangte eine Überprüfung seiner Stellung als ein in Deutschland lebender nationaler Jude.

[30] Siehe *Jacob Toury*, Organizational Problems of German Jewry – Steps towards the Establishment of a Central Organization (1893–1920), in: Year Book XIII of the Leo Baeck Institute, London 1968.

Die entscheidenden Fragen der Selbstverwirklichung und Auswanderung nach Palästina erhielten unter den jungen Zionisten eine neue Tendenz. Diese Neuorientierung war nicht nur auf Deutschland beschränkt. Sie erfaßte ganz Mittel- und Osteuropa. Diese Pionier-Bewegung kam in Deutschland in der Gründung des „Jung-Jüdischen Wanderbundes" und des „Hechaluz" zum Ausdruck und, unter den religiösen Zionisten, in der Gründung der „Zeire Misrachi" und des „Brith Chaluzim Dathiim". Alle diese Gruppen schlossen Einwanderung nach Palästina und die Vorbereitung dazu in ihr Programm ein. Von 1919 ab widmete jeder ZVfD-Delegiertentag einen erheblichen Teil seiner Zeit und Energie Diskussionen über Palästina und die Rolle der deutschen Zionisten am Aufbau des Landes. Auf diesen Delegiertentagen wurden von Vertretern aus Palästina häufig Berichte über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritte des *Jischuws* gegeben und die deutschen Zionisten aufgefordert, sich persönlich an dieser Arbeit zu beteiligen. Keine andere zionistische Organisation setzte sich so entschieden wie die ZVfD dafür ein, daß ihre Mitglieder die Steuer des Zehnten *(Maasser)* für die zionistische Sache leisteten.

Wer waren die Mitglieder der dritten zionistischen Generation in Deutschland und was war ihre ideologische Position? Sie sahen sich selbst als ‚dritte Generation' des deutschen Zionismus, weil sie nach dem ersten Weltkrieg zu Zionisten wurden, als Palästina bereits eine Wirklichkeit war, die ihre Ideologie formte[31]. Es gab eine Anzahl von wichtigen Grundsätzen, die dem Charakter dieser Generation ihren Stempel aufdrückte:

1. ihre Verbundenheit mit der palästinensischen Arbeiterbewegung;
2. ihr Versuch, als Pioniere selber den Zionismus zu verwirklichen und der Glaube, daß dies der Weg sei, um Zion zu erlösen;
3. ihre Verpflichtung, das jüdische Leben in Palästina, besonders auf sozialem Gebiet, zu regenerieren und der Wille, ihr eigenes Leben nach diesem Ideal auszurichten;
4. ihr Versuch, eine Synthese zwischen Sozialismus und Zionismus zu schaffen. Obwohl sie sich der antizionistischen Tendenzen im europäischen Sozialismus bewußt waren, bemühten sie sich, einen Weg zu finden, die Kluft zwischen den beiden Ideologien zu überbrücken.

Das Ideal des jüdischen Arbeiters in *Erez Israel*, der das Land und eine neue und freie Gesellschaft aufbaut, erregte die Phantasie der jüdischen Jugend in Deutschland. Die Balfour-Erklärung, die Übernahme des Palästina-Mandats durch England und die Aussicht auf eine große Einwanderung gaben der zionistischen Bewegung neuen Auftrieb. Durch die Reihen der Zionisten in Deutschland und anderen Ländern ging eine Welle der Selbstlosigkeit und Hingabe.

---

[31] Siehe „Unsere Lage", Der Junge Jude, Nr. 1, November 1927 (Dok. 171).

Die „Hechaluz"-(Pionier-)Bewegung wurde zuerst in Rußland gegründet und bildete sich sehr bald auch in anderen Ländern. Der „Hechaluz" wollte seine Mitglieder beruflich für die Einwanderung nach Palästina vorbereiten. Die Organisation gründete Lehrgüter und Ausbildungsstätten und versuchte, zum Einsatz bereite Kader von Arbeitern für Palästina aufzubauen. Kurz nach dem Krieg war die Parole der Berufsumschichtung auch von der größten zionistischen Jugendorganisation in Deutschland, dem „Blau-Weiß", der 1912 gegründet wurde, ausgegeben worden. Viele junge Zionisten verließen Schulen und Universitäten, um sich als Bauern oder Facharbeiter auszubilden und damit praktisch am Aufbau Palästinas teilzunehmen. Ein neues Ideal wurde geschaffen. Der *Chaluz* (Pionier) wurde zum Typ des neuen Juden, der ganz anders war als die Anhänger des orthodoxen Judentums, die hauptsächlich mit ihren eigenen internen Angelegenheiten beschäftigt waren, und anders als die sich assimilierende große Masse des deutschen Judentums[32].

Die zionistische Jugend- und Studentenbewegung in Deutschland war natürlich von den zeitgenössischen Ideologien innerhalb der zionistischen Weltbewegung beeinflußt, stand aber in gleichem Maße auch unter dem Einfluß der europäischen Jugendbewegung. Diese beiden Kräfte bestimmten die Richtung der deutschen zionistischen Jugend, auch wenn sie zeitweilig im Gegensatz zueinander standen. Das Ziel blieb Palästina, aber manchmal hatte der „Wandervogel", der von Individualismus, einem „Programm der Absichtslosigkeit" und einer „Insel der Werte im Meere der Zwecksetzerei" sprach, einen größeren Einfluß auf die zionistische Jugend.

Die Verstrickung und der Konflikt zwischen zionistischen und europäischen Ideen war im „Wanderbund Blau-Weiß" am deutlichsten sichtbar. In der Zeit vor dem ersten Weltkrieg orientierte sich der „Blau-Weiß" am „Wandervogel", von dem er die Fahrt, das Feuer, das Lied, den Ton, die Tracht und die Haltung übernahm. Allmählich traten die Ideale der jüdischen Befreiungsbewegung mehr in den Vordergrund. Die vom „Wandervogel" entliehenen Symbole und Formen erhielten neue, jüdische und zionistische Inhalte. Nach dem Krieg, als die Möglichkeit, sich in Palästina niederzulassen, Wirklichkeit schien, erklärte der „Blau-Weiß" Berufsumschichtung und Einwanderung nach Palästina zu seinen erzieherischen Zielen. Der *Chaluz*, der Pionier, war das Ideal und Landarbeit in Palästina das wichtigste Ziel. ‚Bürgerliche' Berufe wurden beiseite geschoben, weil sie zu ihren Idealen im Widerspruch standen. Viele Blau-Weiße folgten dem Ruf ihrer Führer, sich in Palästina niederzulassen. Ihre Begeisterung zerschellte an der harten Wirklichkeit der Lebensbedingungen im Palästina der frühen 20er Jahre. Die Handwerkersiedlung und die „Blau-Weiß"-Werkstätten waren ein Fehlschlag. Der „Blau-Weiß" in Deutschland löste sich auf, und nur eine kleine Anzahl seiner Mit-

---

[32] *Siegfried Kanowitz*, Die zionistische Jugendbewegung, in: Die neue Jugend, Forschungen zur Völkerpsychologie und Soziologie, Bd. IV, herausgegeben von *Dr. Richard Thurnwald*, Leipzig 1927.

glieder schloß sich in der „Praktikantenschaft Blau-Weiß" zusammen, die sie für ein landwirtschaftliches Leben in Palästina vorbereitete. Selbst in seiner Blütezeit hatte der „Blau-Weiß" niemals eine zentrale Stellung in der ZVfD errungen, weil er auf systematischer Trennung zwischen sich und der Welt der Erwachsenen bestand. Andererseits war es vielleicht gerade dieser starke Unabhängigkeitsdrang, der eine Anziehungskraft auf die jüdische Jugend ausübte, die gegen Assimilation, aber hauptsächlich gegen den bürgerlichen Liberalismus ihrer Eltern rebellierte.

An die Stelle des „Wanderbundes Blau-Weiß" trat der „Kadimah, Ring jüdischer Wander- und Pfadfinderbünde". Ähnlich der deutschen Jugendbewegung entfernte er sich von den klassischen Idealen des „Wandervogels", z. B. die romantische Fahrt, und wurde zum zionistischen Pfadfinderbund. Außerdem reagierte „Kadimah" auf das Prunn-Gesetz und das Scheitern des „Blau-Weiß" – insbesondere auf den erhöhten Nachdruck, den der „Blau-Weiß" auf die zionistische Ideologie legte – mit schwächerer Betonung der politischen Aspekte des Zionismus. Er behauptete, daß die Kinder in seinen Gruppen für solche Lehren noch nicht reif genug seien. Erst in den späten 20er und frühen 30er Jahren näherte er sich wieder dem Zionismus und schloß sich 1933 mit „Brith Haolim" zum Bund „Habonim" zusammen.

Die wichtigste der Gruppen, die sich *Chaluziut* (Pioniertum) zum Ziele setzten, war um den „Brith Haolim" (Bund der Aufsteigenden), der am 1. Januar 1923 gegründet wurde, gesammelt. Diese Gruppe wurde durch ihre Vereinigung mit dem „Jung-Jüdischen Wanderbund" (JJWB) im Jahre 1925 verstärkt. Sie hatten zusammen etwa 2000 Mitglieder und wurden damit in Deutschland zur größten Nachwuchsbewegung für die palästinensische Arbeiterschaft. Ungeachtet früherer Vorbehalte seiner Mitglieder definierte der JJWB sein Ziel klar: „Wir glauben fest daran ..., daß dort in Erez Israel der Grundstein zu einer neuen Lebensgemeinschaft gelegt wird ... Wir können hier weiter nichts tun, als uns vorzubereiten, würdige Helfer der palästinensischen Arbeiter zu werden und der jüdischen Jugend Deutschlands das Ideal eines neuen würdigen Lebens in Erez Israel nahezubringen ..." [33]

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß jede Generation von deutschen Zionisten ihre zionistische Ideologie im Einklang mit ihrem jeweiligen kulturellen Milieu, ihrer Erziehung und der Erfahrung ihrer Generation sowie der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit innerhalb Deutschlands und in der Zionistischen Weltorganisation bildete. Die erste Generation ist durch ihr Festhalten am philanthropisch-politischen Zionismus gekennzeichnet. Die zweite Generation war mit ihrer ‚persönlichen Judenfrage' beschäftigt und ihre Ideologie entstand in der kulturellen Krise des Kaiserreichs. Die dritte Generation fühlte sich dem Sozialismus, der *Chaluziut* und der palästinensischen Arbeiterbewegung verpflichtet.

---

[33] Siehe Rundschreiben des JJWB vom 18. März 1925, Archiv des Hauses der Ghetto-Kämpfer, 2501.

Oberflächlich betrachtet scheinen sich diese Ideologien von Bingen bis zum Programm des „Brith Haolim" weiterzuentwickeln auf eine zunehmende persönliche Verpflichtung zur Einwanderung nach Palästina und zum persönlichen, physischen Einsatz für die Entwicklung des Landes. Tatsächlich wanderten jedoch sehr wenige deutsche Zionisten vor 1933 nach Palästina aus, nicht mehr als 30 deutsche Zionisten vor dem ersten Weltkrieg und in den Jahren 1919–1933 höchstens 2000[34]. Diese Ziffern zeigen, daß der größte Teil der deutschen Zionisten sich trotz zunehmender ideologischer Verneinung der *Galut* (Diaspora) in Deutschland wohlfühlte. Trotzdem hatte der Zionismus für die deutschen Juden aller drei Generationen Bedeutung, ob er zur Einwanderung nach Palästina führte oder als Katalysator für eine Rückkehr zum Judentum diente[35].

Trotz der vielen Parteien und verschiedenen Ideologien innerhalb der ZVfD, die von der „Poale Zion" und dem „Hapoel Hazair" auf der Linken bis zum „Misrachi" und den Revisionisten auf der Rechten reichten, waren die deutschen Zionisten stolz darauf, daß sie eine Einheitsorganisation und nicht eine bloße Dachorganisation bildete. Allein der ZVfD unter den zionistischen Organisationen anderer Länder gelang es, eine Art Burgfrieden unter ihrer Mitgliedschaft aufrecht zu erhalten, während die parteipolitische Zersplitterung in der Zionistischen Weltorganisation ständiger Gegenstand der Kritik von seiten der ZVfD war. Zwar waren die Kandidatenlisten bei den Wahlen zu den zionistischen Delegiertentagen mit Fraktionen in der Zionistischen Weltorganisation verbunden, aber alle diese Delegierten saßen gemeinsam in einer einzigen Versammlung ihrer Landesorganisation[36]. Sogar der deutsche „Misrachi", der Weltbewegung des „Misrachi" angeschlossen – der ersten Partei innerhalb der Zionistischen Weltorganisation, die 1902 eine Fraktion auf internationaler Ebene gebildet hatte –, blieb der ZVfD treu. Der deutsche „Misrachi" stand der ZVfD-Führung oft kritisch gegenüber, aber während er in Deutschland nicht aus den Reihen ausbrach, löste er sich aus nicht-ideologischen Erwägungen im Jahre 1931 von der „Misrachi"-Weltorganisation[37].

Auf dem Breslauer Delegiertentag 1928 und auf dem Jenaer Delegiertentag 1929 wurden Versuche unternommen, die Einheitsorganisation zu zerstören, jedoch ohne Erfolg. Ernstlich bedroht war diese Einheit aber in den frühen

---

[34] Ha'Alijah (hebr.; Die Einwanderung), herausgegeben vom Department of Immigration and Works der Jewish Agency for Palestine, Bd. I: 32, 1935. Diese Zahlen enthalten weder die Anzahl der Ostjuden, die von Deutschland aus einwanderten und somit als Deutsche eingetragen wurden, noch geben sie die Zahl derer an, die nach Deutschland zurückkehrten.

[35] Siehe *Jehuda Reinharz*, Three Generations of German Zionism, in: The Jerusalem Quarterly, Nr. 9, Oktober 1978.

[36] Siehe Jüdische Rundschau, Nr. 3, 9. Januar 1925, S. 3.

[37] Siehe die Kundgebung der Landeszentrale des Misrachi für Deutschland, Zion, Nr. 8/9, Oktober 1931.

20er Jahren. Wenn man den deutschen Zionismus bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs mit dem der Nachkriegszeit vergleicht, kann man feststellen, daß der erste Abschnitt eine Zeit ideologischer Streitigkeiten war, eine Tatsache, die sich in der Dokumentation widerspiegelt. Die Nachkriegszeit zeichnete sich durch den Willen aus, den zionistischen Traum zu erfüllen und zu verwirklichen. Eines der Mittel zu seiner Verwirklichung auf pragmatischem Wege war der „Keren Hajessod", der „Palästina-Aufbaufonds", der bei seiner Gründung einen Streit zwischen Chaim Weizmann und Louis D. Brandeis hervorrief, eine Meinungsverschiedenheit, die für die zukünftige zionistische Arbeit in der ganzen Welt weitreichende Folgen haben sollte.

Auf der Londoner Jahreskonferenz im Juli 1920 vertraten Weizmann und Brandeis grundsätzlich verschiedene Meinungen über die zukünftigen Aufgaben des Zionismus. Brandeis sah die zukünftige Arbeit der Zionistischen Weltorganisation hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Er meinte, daß auch Nicht-Zionisten durch die zionistische Bewegung beim Aufbau Palästinas mithelfen sollten. Weizmann und seine Mitarbeiter andererseits waren davon überzeugt, daß die politische Arbeit des Zionismus noch längst nicht beendet sei. Sie betonten die Notwendigkeit anhaltender zionistischer Propaganda und befürworteten Verbindungen mit wichtigen nichtzionistischen jüdischen Gruppen, um diese mit Hilfe eines jüdischen Gremiums zur Mitarbeit am Aufbau Palästinas heranzuziehen. (Das Gremium nahm später die Form der erweiterten „Jewish Agency" an.) Die Vorschläge der Brandeis-Gruppe zu Funktionen und Charakter der Zionistischen Weltorganisation wurden nicht angenommen, was zu einer Spaltung zwischen den Anhängern von Brandeis und Weizmann führte.

Ein weiteres umstrittenes Thema auf der Konferenz war die Budget-Frage. Man gründete einen Einwanderungs- und Siedlungsfonds, der unter dem Namen „Keren Hajessod" bekannt wurde. Mindestens 20 Prozent der vom „Keren Hajessod" gesammelten Gelder sollten an den „Jüdischen Nationalfonds" abgeführt werden. Von dem Rest des Geldes sollte nicht mehr als ein Drittel für laufende Ausgaben auf dem Gebiet der Erziehung, Sozialarbeit, Einwanderung und für ähnliche Zwecke in Palästina verwendet, und nicht weniger als zwei Drittel sollten in nationale Einrichtungen permanenten Charakters oder wirtschaftliche Unternehmen investiert werden. Brandeis und seine Mitarbeiter lehnten solche Investitionen seitens des „Keren Hajessod" völlig ab und bestanden darauf, daß die Finanzierung kommerzieller Unternehmen getrennt und auf rein geschäftlicher Basis gehandhabt werde. Diese Ansicht wurde nicht angenommen, und der Karlsbader Kongreß 1921 bestätigte Weizmanns Standpunkt.

Die Auseinandersetzungen der Londoner Jahreskonferenz und des Karlsbader Kongresses spiegelten sich in den Reihen der deutschen Zionisten wider. Sie führten zur Bildung der Gruppe „Binjan Haarez" (Aufbau des Landes), eine der wenigen ernstlichen Bedrohungen für die Einheit der ZVfD. Die Mit-

glieder dieser Gruppe waren zum größten Teil ältere Zionisten, Mitglieder der ersten Generation, die Blumenfeld und seine betont nationalistische Ideologie seit dem Leipziger Delegiertentag bekämpft hatten und oft auch mit der „Jüdischen Volkspartei" verbunden waren. Ihre seit langem bestehende Opposition zur Fraktion Blumenfelds, die für Weizmann eintrat, war mit ihrer Unterstützung für Brandeis und dem Ziel verbunden, private Kapitalanlagen in Palästina zu unterstützen und sozialistische Experimente zu unterbinden. Der Versuch von „Binjan Haarez", sich als unabhängige Partei zu konstituieren, wurde jedoch von einer Koalition der Mehrheit innerhalb der ZVfD zum Scheitern gebracht.

Es gelang Blumenfeld und seinen Mitarbeitern, die Mitglieder der ZVfD davon zu überzeugen, daß es dem Zionismus schaden würde, die tatsächlich bestehenden ideologischen Unterschiede zwischen ihnen und den Nichtzionisten zu verwischen. Seiner Meinung nach war eine echte Bündnispolitik ohne ideologische Kompromisse, wie er sie im Jahre 1917 formuliert hatte, der einzige konstruktive Weg.

Anfang Januar 1922 wandte sich der „Keren Hajessod" an die Öffentlichkeit, um Mitglieder zu werben[38]. In den zwanziger Jahren gehörte Deutschland zu den Ländern, die die höchsten Beiträge zum „Keren Hajessod" aufbrachten, zusammen mit den Vereinigten Staaten, Kanada, Südafrika und Großbritannien.

Im Jahre 1924 wurde Kurt Blumenfeld zum Vorsitzenden der ZVfD gewählt, nachdem diese Stellung in den Jahren 1920–1924 von Felix Rosenblüth, Alfred Klee und Alfred Landsberg bekleidet wurde. Diese Position behielt Blumenfeld bis zu seiner Auswanderung nach Palästina im Jahre 1933. Unter seiner Leitung setzte die ZVfD ihre Unterstützung der Führung der Zionistischen Weltorganisation, die von Chaim Weizmann bis zum Jahre 1931 geleitet wurde, fort. Wie schon erwähnt, waren die deutschen Zionisten seit den Tagen Herzls ‚Loyalisten' in ihrer Einstellung zur offiziellen Führung. Auf Grund ihrer ideologischen Übereinstimmung mit Weizmanns Politik wurde diese Verbindung noch enger und beruhte auf gegenseitigem Vertrauen. Der Präsident der Weltorganisation schätzte die Unterstützung der deutschen Zionisten. Die Folge war, daß in den 20er Jahren die ZVfD trotz ihrer geringen Mitgliederzahl näher ins Zentrum der Macht rückte. Männer wie Kurt Blumenfeld und Robert Weltsch hatten ständigen Zugang zu Weizmann und damit einen direkten und indirekten Einfluß auf die zionistische Politik. In allen Fragen, die in diesen Jahren aufkamen – die durch Großbritanniens Stellung zum Zionismus geschaffenen Probleme, die Bemühungen, eine erweiterte „Jewish Agency" zu gründen, die Beschaffung von Geldmitteln für den *Jischuw*, der Versuch, der aufkommenden nationalistischen arabischen Bewegung in Palästina gerecht zu werden –, gaben die deutschen Zionisten ohne Vorbe-

[38] Jüdische Rundschau, Nr. 4, 13. Januar 1922.

halt Weizmann ihre Unterstützung. Ihre Stellung in der zionistischen Weltbewegung, die sich auf eine sozialistisch-idealistische Richtung, das „Linke Zentrum", hin bewegte, wurde auf den Kongressen erstaunlicherweise nicht von Arbeitern vertreten, sondern von Intellektuellen, die sich mit Parteien in *Erez Israel* vereinigten, die links vom Zentrum standen.

Eine der zentralen Fragen in den 20er Jahren war die Erweiterung der „Jewish Agency" durch die Einbeziehung von Nichtzionisten. Artikel 4 des Palästina-Mandats, welches vom Völkerbund im Jahre 1922 bestätigt wurde, sah eine angemessene „jüdische Vertretung als öffentliche Körperschaft zum Zweck der Beratung und Zusammenarbeit mit der palästinensischen Verwaltung ..." vor. Im Mandat selbst wurde die Zionistische Weltorganisation als eine solche jüdische Vertretung anerkannt. Kurz danach begann Chaim Weizmann Verhandlungen mit führenden nichtzionistischen Juden, um sie in eine erweiterte „Jewish Agency" zu kooptieren. Eine Anzahl führender Zionisten war gegen diesen Plan, da sie befürchteten, eine gemischte zionistische und nicht-zionistische Körperschaft würde die Durchführung des zionistischen Programmes hemmen statt es zu fördern und seinen politischen Charakter gefährden. Sie blieben jedoch in der Minderheit, und nach sechsjährigen Verhandlungen billigte der XVI. Zionistenkongreß (Zürich 1929) Weizmanns Plan. Wie in der Frage des „Keren Hajessod" unterstützte die ZVfD auch hier Weizmanns Stellungnahme, die mit ihrer eigenen Bündnispolitik im Einklang stand.

Das Gründungsjahr der „Jewish Agency" brachte bedeutende Ereignisse mit entscheidenden Folgen für die Zionistische Weltorganisation, Ereignisse, die in Deutschland scharfe Auseinandersetzungen auf dem Jenaer Delegiertentag hervorriefen. Die Beratungen in Jena waren die Folge von Debatten zwischen deutschen Zionisten über das arabische Problem. Im allgemeinen waren die Zionisten immer der Meinung gewesen, daß eine Verständigung mit den palästinensischen Arabern möglich sei. Die offiziellen Vertreter des deutschen Zionismus traten für eine beträchtliche Mäßigung und Zurückhaltung bei der Verfolgung zionistischer Interessen in Palästina ein. Der stärkste und am klarsten vernehmliche Vorkämpfer dieser Politik war Robert Weltsch, der Redakteur der *Jüdischen Rundschau.* Er warnte vor übertriebenem Nationalismus und befürwortete eine durch internationale Garantien gesicherte binationale Föderation. Weltsch und seine Mitarbeiter setzten sich für den „Brith Schalom" ein und unterstützten seine Arbeit; der „Brith Schalom" war eine kleine, 1925 in Palästina entstandene Gruppe, die ein bi-nationales Übereinkommen mit den Arabern anstrebte. Sie gründeten eine deutsche Gruppe, die sich „Arbeitsgemeinschaft für zionistische Realpolitik" nannte.

Diese Ideen blieben zum großen Teil unangefochten, solange zwischen Arabern und Juden Friede herrschte. Den arabischen Unruhen vom Mai 1921 folgte eine Zeit verhältnismäßiger Ruhe. Der unsichere Waffenstillstand wurde im August 1929 gebrochen. Als Vorwand für den Zusammenstoß, der

schon ein Jahr lang drohte, dienten die zwischen Juden und Arabern strittigen Rechte um die Klagemauer in Jerusalem. Die Zwischenfälle im Jahre 1929 erreichten am 23. August ihren Höhepunkt und führten in den darauffolgenden Tagen zu allgemeinen Unruhen in Jerusalem und anderen Städten, bei denen Hunderte von Juden verletzt und getötet wurden.

Die Nachricht von den Unruhen in Palästina rief innerhalb der ZVfD heftige Debatten hervor, die von einer Reihe von Artikeln, die Robert Weltsch geschrieben und in der *Jüdischen Rundschau* veröffentlicht hatte, ausgelöst wurden. Nachdem er in seinen Artikeln die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und den Schutz von Leben und Besitz verlangt und die britische Regierung krimineller Nachlässigkeit beschuldigt hatte, wiederholte Weltsch seine Forderung nach einer Politik der Verständigung mit den Arabern. Er beschuldigte die zionistische Führung, die Gelegenheit verpaßt zu haben, einen modus vivendi und einen Weg zur Aussöhnung mit den Arabern zu finden und in dieser Frage nur nichtssagende Erklärungen abgegeben und allgemeine Beschlüsse gefaßt zu haben. Da die Zionisten mit ihren Nachbarn in und rund um Palästina in Frieden leben müßten, seien sie gezwungen, realistische und ernste Pläne für ein Zusammenleben auszuarbeiten, das am besten in einem bi-nationalen Staat verwirklicht werden könnte. Er widersetzte sich entschieden jeder Gewaltanwendung zur Lösung des Konflikts. Diese Ansichten wurden in einer Denkschrift wiederholt, die am 16. September 1929 an die Zionistische Exekutive geschickt wurde und außer der Unterschrift von Weltsch auch die Unterschriften von acht anderen, führenden deutschen Zionisten, unter ihnen Kurt Blumenfeld, trug[39].

Die Ansichten von Weltsch riefen aus verschiedenen Richtungen scharfe Kritik hervor, auch von deutschen Zionisten, die nach Palästina ausgewandert waren. Unter diesen Umständen wurde die Frage, ob die Stellungnahme von Weltsch von der Mitgliedschaft der ZVfD unterstützt würde, besonders wichtig, und diese Frage stand im Mittelpunkt der Diskussionen des Jenaer Delegiertentages Ende Dezember 1929. In der sogenannten ‚Entscheidungsschlacht' von Jena sollte die Stellung der ZVfD zur Araberfrage festgelegt werden. Weizmann, der auf dem Delegiertentag sprach, wich aus und legte sich nicht fest. Blumenfeld jedoch gab Weltsch öffentlich seine volle Unterstützung, wenngleich er auch privat Bedenken geäußert hatte. Der Delegiertentag bestätigte die Stellungnahme von Weltsch und Blumenfeld. Ein Mißtrauensantrag gegen die *Jüdische Rundschau* erlitt eine Niederlage, und Blumenfeld wurde als Vorsitzender der ZVfD wiedergewählt.

Weniger als ein Jahr nach dem Jenaer Delegiertentag gewannen die Nationalsozialisten 107 Sitze im Reichstag. Im Wahlkampf des Jahres 1930 arbeiteten die Zionisten zum ersten Male mit dem Centralverein zusammen und waren, wie alle anderen deutschen Juden, entsetzt über die voraussichtlichen

---

[39] Siehe „Denkschrift an die Zionistische Executive in London" vom 16. September 1929 (Dok. 183).

Folgen der Kampfansage der Nazis und über ihre wachsende Macht. Die antisemitischen Elemente in Deutschland wurden immer aggressiver, und während die zionistische Debatte mit den Kommunisten theoretisch blieb, traten die Nazis den Juden in steigendem Maß mit Akten physischer Gewalt entgegen. Die offizielle Antwort der ZVfD auf die Herausforderung der Nazis wurde auf dem Frankfurter Delegiertentag gegeben, der im September des Jahres 1932 stattfand. Das war der letzte Delegiertentag, der in der Weimarer Republik stattfinden sollte. Zu Beginn gab Blumenfeld eine klare Analyse der Situation. Der Delegiertentag endete mit einer Erklärung, wonach der Zionismus jeden Nationalismus verurteile, der auf der Überzeugung basiere, daß andere nationale Gruppen minderwertig seien, und daß der Zionismus für die Erhaltung der rechtlichen Gleichstellung der Juden in Deutschland kämpfen werde. Abschließend verlangte die Erklärung den Schutz dieser Rechte.

Der Optimismus der Zionisten, unter der Herrschaft des Nationalsozialismus könnte ein nationaler Pluralismus und der Freiraum zur Entwicklung ihrer eigenen Ideale bestehen, wurde kurz nach der Machtübernahme der Nazis im Januar 1933 endgültig zerschlagen. Dieses Datum bezeichnet das Ende einer Epoche in der neueren jüdischen Geschichte in Deutschland, die vor rund 150 Jahren begonnen hatte. Die Nürnberger Gesetze von 1935 machten die jüdische Emanzipation endgültig rückgängig. Wie alle anderen deutsch-jüdischen Organisationen, blieb die ZVfD – nun unter der Führung von Siegfried Moses – formell noch einige Jahre bestehen, war aber wie die anderen auch aller sinnvollen Handlungs- und Gedankenfreiheit beraubt und gezwungen, sich den wechselnden äußeren Bedingungen anzupassen. Diese Tatsache spiegelte sich in der *Jüdischen Rundschau* wie auch in allen anderen offiziellen Organen und im Schriftwechsel der ZVfD wider. Alle waren dem Terror unterworfen und mußten, wenn sie überleben wollten, über viele gewalttätige, politische Geschehnisse schweigend hinweggehen. Es bedurfte des äußersten Mutes dieser offiziellen Organe, von Zeit zu Zeit einen Protest zu veröffentlichen. Ende des Jahres 1938 wurden sie auch dieser begrenzten Freiheit beraubt, und damit beendete die ZVfD ihre 41jährige Geschichte.

Die vorliegende Veröffentlichung schließt 1933 ab. Wir hätten es vorgezogen, Material bis zum Ende des deutschen Zionismus 1938 vorzulegen und haben tatsächlich eine erhebliche Anzahl wichtiger Unterlagen aus den verschiedenen Archiven in Israel und anderswo gesammelt. Wir haben uns jedoch entschieden, diese Auswahl aus den folgenden Gründen nicht mit einzubeziehen:

1. Da sich die ZVfD gleich anderen jüdischen Organisationen nach 1933 ihrer gefährdeten Lage und der dauernden Überwachung ihrer Tätigkeit und Korrespondenz seitens der Nazis voll bewußt war, bedienten sich diejenigen, die offizielle Memoranden, Briefe und Zirkulare im Namen der ZVfD schrieben, einer Art verschlüsselter Sprache und eines unklaren, unverbindlichen

Stiles. Nur durch viele Anmerkungen und genaue Erklärungen des Herausgebers, die in keinem Verhältnis zur Länge der Dokumente selbst ständen, wäre es möglich gewesen, diese Schriftstücke verständlich zu machen.

2. Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Zionisten und Nichtzionisten nach der Gründung der „Reichsvertretung der deutschen Juden“ bestanden, wurden durch die von der gesamten jüdischen Gemeinschaft anerkannte Notwendigkeit, der gemeinsamen Gefahr vereint gegenüberzutreten, weitgehend verschleiert.

Die ZVfD fuhr fort, als lebendige Organisation aktiv zu arbeiten, und einzigartige Leistungen wie der „Hechaluz“ und die „Jugend-Alijah“ bezeugen ihr Wirken in dieser Zeit. Überdies wurde die ZVfD nach 1933 zur Massenbewegung. Die Auflage der *Jüdischen Rundschau,* das offizielle Sprachrohr der ZVfD, stieg, kurz nachdem Hitler im Januar 1933 Reichskanzler wurde, von 15 000 auf 30 000 und erreichte 1935 mit einer monatlichen Durchschnittsauflage von 37 000, die gelegentlich bis zu 40 000 stieg, ihren Höhepunkt[40]. In ähnlicher Weise vergrößerte sich die Mitgliederzahl der ZVfD und des „Hechaluz“ erheblich. Trotz des Anwachsens der zionistischen Bewegung traten Unterschiede in Meinung, Stil und Ideologie zwischen den Zionisten und Nichtzionisten zurück hinter den gemeinsamen Anstrengungen, so viel Menschenleben als möglich zu retten. Zionistische Ideologie und das allgemeine Bedürfnis, aus Deutschland herauszukommen, waren kaum zu unterscheiden. Daher kann die zahlenmäßig große und bedeutende Auswanderung von Deutschland nach Palästina nach 1933 nicht ausschließlich als Auswanderung von Zionisten gesehen werden.

Aus diesen Gründen hielten wir die Aufnahme der Dokumente für den Zeitraum nach 1933 nicht für gerechtfertigt. Wir haben uns jedoch die Möglichkeit vorbehalten, zu einem späteren Zeitpunkt eine separate Dokumentensammlung zu veröffentlichen, falls genügend zusätzliches Material dafür zusammengebracht werden kann.

Art der Dokumente

Wir haben die Bezeichnung ‚Dokument‘ möglichst weit gefaßt. Einerseits haben wir das bisher noch nicht veröffentlichte, manchmal sogar in öffentlichen Archiven nicht zugängliche Material abgedruckt: Briefe, Memoranden, Beschlüsse, Berichte, Rundschreiben usw. Wenn wir jedoch keine archivalischen Quellen zur Veranschaulichung einer bestimmten ideologischen Position oder Gruppe finden konnten, haben wir Unterlagen benutzt, die im herkömmlichen Sinne nicht als Dokumente betrachtet werden, wie Kongreßansprachen, Flugblätter, Broschüren, die Provinzpresse, Zeitschriften und natürlich das Zen-

[40] Die Auflage verkleinerte sich nach 1935 durch die Auswanderung einer wachsenden Anzahl von Juden aus Deutschland. Die letzte Nummer der „Jüdischen Rundschau“ erschien am 8. November 1938.

tralorgan des deutschen Zionismus, die *Jüdische Rundschau*. In diesem Zusammenhang muß bemerkt werden, daß die Berichte über die Delegiertentage – mit Ausnahme des Delegiertentages 1918 – nur in der *Jüdischen Rundschau* zu finden sind.

Der größte Teil der Dokumente ist Archivmaterial. Da wir aber ein möglichst vollständiges Bild des deutschen Zionismus geben wollen, ohne uns durch starre Begriffe und Methoden einzuengen, haben wir uns weniger danach gerichtet, welche *Art* von Dokumenten wir zur Verfügung hatten, als nach ihrer Qualität und der Notwendigkeit, alle wichtigen Fragen zumindest hinreichend, wenn nicht vollständig zu behandeln. Andererseits haben wir vermieden – mit einigen Ausnahmen – Dokumente abzudrucken, die bereits in der Sekundärliteratur oder in Quelleneditionen erschienen sind. Dies erklärt zum Beispiel das Fehlen von mehr Material von Martin Buber.

Anordnung der Dokumente

Die Bearbeitung der Dokumente ergab, daß eine chronologische Anordnung einer thematischen vorzuziehen sei, da viele Dokumente sich mit mehr als einem Thema beschäftigen. Es wäre verwirrend und schwierig, sie nach thematischen Gruppen zu gliedern.

Datierung der Dokumente

Ein Dokument, für das wir nur die Jahreszahl oder den Monat ohne genauere Einzelheiten haben, erscheint am Ende aller Dokumente des betreffenden Jahres oder Monats. Das Datum der Veröffentlichung ist natürlich oft nicht der Zeitpunkt, an dem das Dokument ursprünglich verfaßt wurde. Aufgrund von Hinweisen oder verläßlicher Indizien im Text haben wir des öfteren das auf dem Dokument angegebene Datum außer Acht gelassen und das Datum selbst bestimmt. In Fällen, in denen die Datierung nicht sicher ist, erscheint das Datum ganz oder nur teilweise in eckigen Klammern.

Das von uns bestimmte Datum erscheint direkt hinter dem Titel des Dokuments. Wo immer ein Datum auf der letzten Titelzeile erscheint, ist es das der Quelle (im allgemeinen eine Zeitschrift) entnommene. Die beiden Daten sind natürlich oft identisch.

Beschreibung der Dokumente

Jedem Dokument wurde eine Überschrift gegeben, die die folgende Information in dieser Anordnung enthält: 1. Die Nummer des Dokuments in der chronologischen Folge, in der es im Band erscheint. 2. Da das Thema des Dokuments meistens nicht aus seinem Titel erkennbar ist, hat der Herausge-

ber eine kurze, den Inhalt kennzeichnende Überschrift beigefügt. 3. Die vom Herausgeber vorgenommene Datierung des Dokuments. 4. Der Fundort des Dokuments, z. B. Archiv und genaue Aktennummer, Zeitschrift und genaues Erscheinungsdatum, Buch, Broschüre usw.

Schreibweise

Die Schreibweise der Dokumente ist unangetastet geblieben. Auch haben wir keinerlei Versuch gemacht, die Schreibweise oder die Syntax bei Dokumenten, deren Deutsch sichtlich fehlerhaft ist, zu verbessern. Andererseits haben wir manchmal einfache Druckfehler richtig gestellt. Daher gibt es bestimmte, unwesentliche Unterschiede zwischen der Schreibart des nachgedruckten Dokuments und des Originals.

Weglassungen, unleserliche Wörter, Verstümmelungen

1. Wenn Teile eines Dokumentes vom Herausgeber weggelassen wurden, so ist dies mit einigen Punkten angedeutet.

2. Unbeabsichtigt ausgelassene Wörter oder Buchstaben, unvollständige oder unleserliche Wörter, an verstümmelten Stellen fehlende Buchstaben und Abkürzungen werden wie folgt behandelt:

a) Wo es unzweifelhaft ist, wie eine Lücke auszufüllen oder eine Abkürzung auszuschreiben sei, ist das Fehlende in eckigen Klammern eingefügt.
b) Wo die Einfügung zweifelhaft ist, steht sie in eckigen Klammern und ist mit einem Fragezeichen versehen.
c) In allen anderen Fällen, insbesondere wenn eine Lücke nicht ausgefüllt werden konnte, ist der fehlende Teil mit einem Fragezeichen in eckigen Klammern gekennzeichnet.

3. Eckige Klammern sind auch bei redaktionellen Einfügungen benutzt worden, die keiner Erklärung bedürfen.

Anmerkungen

Dem Text der Dokumente sind Anmerkungen angefügt, die Informationen über Personen, Geschehnisse, Institutionen usw. enthalten. Im allgemeinen haben wir uns bemüht, Informationen zu allen Personen zu geben, die im Text genannt sind.

Zusätzlich zu diesen Anmerkungen erscheinen des öfteren ausführlichere Anmerkungen im Anschluß an den Text, die mit einem Sternchen gekennzeichnet sind. Sie geben über den allgemeinen Hintergrund und den geschichtlichen Rahmen des Dokuments Auskunft.

University of Michigan — Jehuda Reinharz



Die Dokumente



[1]
Ins heilige Land – nicht gleich nach Amerika
MAI 1882
CAHJP, GA/BEUTHEN S 97/20

Vertraulich!

Verein בני ברית [Bnei Brith[1]]

Brüder!

Das schwere Unglück, welches die Gegenwart wieder einmal über Millionen unserer Glaubensbrüder gebracht hat, die Verfolgungen, wie man sie vor einigen Jahren noch nicht hätte glauben mögen und die so grenzenlos roh

---

* Rumäniens Unabhängigkeit im Jahre 1880 und die Ermordung des Zaren Alexander II. im März 1881 lösten in beiden Ländern eine Welle von Pogromen und Verfolgungen aus, die eine starke Auswanderung der Juden aus Osteuropa zur Folge hatte. Das einzige Ziel der meisten Einwanderer war Amerika, aber unterwegs kamen sie durch Westeuropa, wo sie oft aus Geldmangel wochen- und sogar monatelang verblieben. Es war dies die umfassendste und bedeutendste Wanderungsbewegung in der jüdischen Geschichte, in deren Verlauf etwa eindreiviertel Millionen Juden auf deutschen Schiffen von Bremen und Hamburg aus Europa verließen. Die philanthropischen Organisationen der Judenheit der westlichen Länder, an ihrer Spitze die deutschjüdischen Organisationen übernahmen es, die Auswanderung zu organisieren und nach Amerika, dem Britischen Commonwealth, Südamerika und anderen Ländern zu lenken.

In Oberschlesien gab es jedoch Juden, die mit dieser, den Einwanderern gewährten Hilfe nicht zufrieden waren. Sie strebten nach einer Dauerlösung der jüdischen Frage durch die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina. Sie gründeten in der Grenzstadt Kattowitz im Mai 1882 den „Verein Bnei Brith", dessen Hauptaufgabe es war, russischen und rumänischen Juden zur Ansiedlung in Palästina zu verhelfen. Dieser Verein, der bald auch an anderen Plätzen Schlesiens Ortsgruppen gründete, begann gegen Ende des Jahres 1882 mit der Veröffentlichung der Zeitschrift „Der Colonist", die ab 1883 wöchentlich erschien. Dies war die erste Zeitung in Deutschland, die sich ausschließlich mit Fragen der Ansiedlung in Palästina befaßte. Die Gründer des Vereins waren der Lehrer Selig Freuthal und der Kaufmann Moritz Moses. Siehe den Brief von Moses an Alfred Klee vom 17. Januar 1900, CZA, A 142/55/6.

Für eingehendere Informationen über die Geschichte des Vereins und seiner Zeitschrift vgl. *Israel Klausner*, Ha'Agudah „Bnei Brith" b'Kattowitz, in: Sefer Hajowel mugasch lichwod Dr. N. M. Gelber (hebr.; Der Verein „Bnei Brith" in Kattowitz, in: Festschrift zu Ehren von Dr. N. M. Gelber), herausgegeben von *Israel Klausner, Raphael Mahler und Dow Sadan*, Tel Aviv 1963.

Jacob Toury, The First Issue of the Earliest German Hovevei-Zion Periodical (hebr.), in: Zionism, Studies in the History of the Zionist Movement and of the Jews in Palestine, herausgegeben von *Daniel Carpi*, Bd. III, Tel Aviv 1973. Vgl. auch Statut des Vereins Bnei Brith vom 8. Mai 1882, CAHJP, GA/Beuthen S 97/20. Siehe den Brief von Moritz Moses an Samuel Pineles vom 6. März 1882, CZA, A 144/4/7.

[1] „Söhne des Bundes." Dies ist höchstwahrscheinlich die erste öffentliche Proklamation des Vereins.

auftreten, wie sie kaum die finstersten Zeiten des Mittelalters brachten, lassen nach aller menschlichen Berechnung sich kaum mehr abwenden. Es zieht wie ein böser Geist durch große Völker, der sie zum Morde, zum wenigsten zur Bedrückung der Juden anstachelt. Wer diesem Geiste verfallen ist, der ist unsern Brüdern gegenüber mitleidlos geworden, wie es Menschen nur sein können.

Auf wessen Hülfe schauen nun die Verfolgten? Wer soll sie retten, wer sich ihrer annehmen?

Brüder! Es gilt *hier* nicht, es *genügt* hier *nicht*, zu *unterstützen*, nein, es gilt zu *opfern*, zu opfern wie es große Zeiten erfordern. Verlasset Euch nicht allein auf die Thätigkeit des Central-Comites der Alliance[2], daß Ihr meinet, damit Eurer Pflicht genügt zu haben, sondern errichtet jeder in seinem Hause, jede Gemeinde in sich selbst einen Hochaltar der Hülfe, denn die Zeit fordert es. Die Zahl der hilfsbedürftig gewordenen ist so groß, die Wege ihrer Flucht sind so verschieden, daß man heute noch kaum im Stande ist, das ganze gräßliche Unheil zu überschauen.

Zwei Richtungen aber machen sich besonders bemerkbar und *leider* hat sich die allgemeine Aufmerksamkeit nur auf die *eine* gerichtet, nämlich auf *die* Emigranten, welche nach Amerika ziehen oder geschickt werden. Es mag ja vielleicht seine Berechtigung haben, in jenem freien Lande den Unglücklichen eine Stätte zu bereiten, aber – schon stellte es sich heraus, daß der Plan selbst in seinen Anfängen unausführbar ist. Das Central-Comite in Berlin giebt schon bekannt, daß nur eine *beschränkte Anzahl* und zwar nur die Rüstigsten und Tüchtigsten befördert werden können. Wo sollen nun die Schwachen, die Greise, die Weiber bleiben? Genügt es, die Besten zu retten? – Sollen die Schwachen der Vernichtung preisgegeben werden? Es ist ein Unglück, wenn in der Noth der Retter die Hilfsmittel nicht klar überschaut.

Dies, theure Glaubensbrüder, ist die eine Richtung, welche sich zur Rettung Israels zeigt und welche sich allein, (sonderbarerweise!) der Beachtung des

---

[2] „Alliance Israélite Universelle." Eine jüdische Wohltätigkeits-, Erziehungs- und Abwehrorganisation mit Hauptsitz in Paris; in vielen Teilen Europas, Asiens und Afrikas tätig. Gegründet von französischen Juden im Jahre 1860. Örtliche Komitees der Alliance wurden auch in Deutschland gegründet und im Jahre 1906 in der Deutschen Konferenzgemeinschaft der AIU vereinigt. Als infolge der Pogrome in Rußland 1881 Tausende von Juden nach Galizien flohen, organisierten die Repräsentanten der AIU in Brody die Auswanderung dieser Flüchtlinge nach Amerika, und zwar mit Hilfe der „Israelitischen Allianz" zu Wien und des Deutschen Zentralkomitees der AIU, das seine Zentrale in Berlin hatte. Dieses Dokument bezieht sich auf eine besondere Konferenz der Repräsentanten der Alliance aus ganz Westeuropa, die in Berlin am 23./24. April 1882 zusammentrat. Auf dieser Tagung bestätigte die Alliance aufs neue ihren Beschluß, daß die Auswanderung der Flüchtlinge nach den Vereinigten Staaten und nicht nach Palästina zu lenken sei. Für Einzelheiten über die Berliner Konferenz vgl. *Schmuel Jawneeli* (Hrsg.), Sefer Hazionut, Tekufat Chibbat Zion (hebr.; Buch des Zionismus, Die Epoche der Chibbat Zion), Bd. I, 2. Auflage, Jerusalem 1961.

Central-Comites in Berlin zu erfreuen hatte. In der Verwirrung des Unglücks griff man nach dem Strohhalm und ließ ein festes Tau unbeachtet.

Ein großer, ja der *größte* Theil der russischen Juden und *alle* rumänischen haben ihren Blick auf ein anderes Ziel gerichtet, auf ein Ziel, das so naturgemäß ist, das so leuchtend vor uns Allen ist, daß es unsere trüben Augen fast blenden könnte – *es ist das heilige Land*. Wer will es den Armen verdenken, daß sie, da die Nationen sie ausstoßen, die täglich gesprochenen Gebete für Entschlüsse halten und ihren flüchtigen Schritt dorthin wenden, wohin ihr Herz sich so lange gesehnt hat, dorthin wo verheißen ist, daß den Nachkommen Jakobs Frieden und Freiheit dereinst erblühen soll?

Und ist denn das Ziel so entfernt, ist der Weg dorthin so weit, sind die Hindernisse so unüberwindliche, ist die Aussicht dort eine solch trübe, daß die Unglücklichen lieber unter russischen Horden umkommen sollen, als dorthin zu ziehen? – oder schämt man sich, zu gestehen, daß man sich im Leide nach Zijon wendet, schämt man sich, die Hoffnung auszusprechen, daß es für Juda eine Zukunft gäbe, eine Zukunft, die ihm eine unbeneidete sichere Heimath bürgen soll? Wer dies nicht aussprechen *will*, der ist des Namens Israel nicht mehr würdig, der mag ihn aufgeben!

Übrigens tragen sich diese Flüchtlinge nicht mit phantastischen Zukunftsplänen, sondern sie rechnen mit der vollen Gegenwart. Daß sie dies thun, dafür mögen folgende Belege dienen.

1. Die Regierung der hohen Pforte ist mit der Einwanderung einverstanden, da Palästina nur sehr schwach bevölkert ist; sie gewährt sogar den Colonisten besondere Privilegien.

2. Das Land ist *nicht*, wie parteiische Reisende schrieben, unfruchtbar, sondern ein vom Herrn gesegnetes, dem nur die Cultur fehlt, ja, es ist fruchtbarer als die besten Länder Amerika's.

3. Die Colonisten sind dort keinem gefährlichen Klima oder raubenden Indianern ausgesetzt.

4. Die Kosten der Emigration nach Palästina sind so gering, daß für die Reisekosten einer Familie nach Amerika dieselbe im heiligen Lande untergebracht, mit Haus, Feld, Geräth und Vieh versehen werden kann.

5. Die Colonisten würden dort nicht zerstreut über tausend Meilen weite Territorien angesiedelt werden, sondern sie werden dicht an einander wohnen und sich gegen alle Unbill der Verhältnisse leicht selbst schützen können.

6. Sie sind dort der Civilisation nicht so weit entrückt, wie in Florida oder Texas oder Colorado, und der nachkommende Strom der Einwanderer würde die Lebensfähigkeit der Colonieen nur von Jahr zu Jahr stärken.

7. Es sind in den letzten Monaten schon einige Hundert Familien aus Rumänien und Rußland in Palästina und Syrien eingewandert und ganz gut untergekommen.[3]

---

[3] Ein Hinweis auf die russischen, polnischen und rumänischen Einwanderer, die Rischon Lezion und Sichron Jaakob gründeten.

Dergleichen Beweise ließen sich noch eine Menge anführen, aber die obigen dürften genügen.

Warum sollen nun diejenigen Unglücklichen, die jedenfalls nach einer höheren, heiligen Herzensrichtung ihren flüchtenden Fuß lenken und die sogar praktischer handeln, als es im Beschlusse des Berliner Central-Comites liegt, warum sollen die, die in der Mehrzahl sind – nicht unsere Sympathieen und unsere Unterstützung finden, warum sollen sie *gegen* ihren Willen nach Amerika geschickt werden?

Aus den angegebenen Gründen haben sich auch in Rumänien, in Rußland, in Wien und im heiligen Lande selbst Comites und Vereine gebildet, welche für die Colonisirung Palästinas wirken, und, dem Herrn sei Dank, sie finden tausende sympathische Herzen. Ein solcher Verein ist auch der in Kattowitz O.-S.[4] gegründete Verein ב״ב"[5]. Derselbe steht mit allen jenen Vereinen in engster Beziehung, die sich der heiligen Sache widmen. Dieser Verein will nicht der Alliance entgegenarbeiten, denn es können auch nicht alle Vertriebenen ins heilige Land auswandern, aber er macht es sich zur Aufgabe, die hochheilige, *nationale* Idee zu fördern.

Er will sein ein Hochaltar der *Zukunft* unseres Volkes!

Die beifolgenden Statuten, Kassen- und Geschäftsordnungen ermöglichen es, in jedem Orte sofort den Bau eines gleichen Altars zu beginnen.

Wer ein Herz noch hat für das Judenthum, für die Zukunft Israels, lege Hand an! Der Herr wolle, daß sich unter Israel selbst keine Störer dieses Baues finden!

Jeder Israelit erfülle seine Pflicht.

Anmeldungen, sowie Geldsendungen für den Verein wolle man vorläufig richten an den unterzeichneten Vorstand z. H. des Vorsitzenden *Moritz Moses* in Kattowitz O.-S.

Kattowitz, im Mai 1882.

Der Vorstand

M. Moses[6]	*S. Freuthal*[7]	*Albert Goldstein*
Vorsitzender	Schriftführer	Rendant[8]
Josef Schmidt	*Phil. Kaminer*	
Beisitzer	Beisitzer	

---

[4] Oberschlesien. [5] Hebräische Initialen von „Bnei Brith".

[6] Moritz Moses (1848–1903). Von Jugend an von Begeisterung für Zion und die Besiedlung des Heiligen Landes beseelt, erfüllte er verschiedene wichtige Aufgaben in der Chowewe Zion- und der zionistischen Bewegung. Er nahm am ersten Zionistenkongreß teil und gründete eine zionistische Ortsgruppe in Kattowitz.

[7] Selig Freuthal (1841–1922). Hatte einige Zeit in den Vereinigten Staaten gelebt und dort die Erfahrung gemacht, daß Juden nicht immer gut behandelt wurden; dies mag der Grund für seine Rückkehr nach Deutschland gewesen sein. Er lernte in Amerika die „Bnei Brith"-Logen kennen und war vielleicht sogar ein Mitglied dieser Organisation. So kann auch die Wahl des Namens des Kattowitzer Vereins erklärt werden.

[8] Rechnungsführer, Kassenverwalter.

[2]
STATUT UND AUFRUF DES VEREINS „ESRA", SAMMELBÜCHSE FÜR PALÄSTINA
[JANUAR–MÄRZ 1884]

Statut
des Vereins
„ESRA"

I.
Zweck des Vereins

§ 1. Der Verein hat den Zweck, *die jüdischen Kolonieen in Palästina zu unterstützen, sowie den Missionsbestrebungen daselbst entgegenzuwirken.*

II.
Name und Sitz des Vereins

§ 2. Der Verein führt den Namen *„Esra"* [1] und hat seinen Hauptsitz in Berlin. Der Verein erstreckt sich auf sämmtliche von Juden bewohnte Theile der Erde.

...

---

* Der Verein „Esra" ist im Frühjahr 1884 ins Leben gerufen worden. Über die Gründung des Vereins brachte die Zeitschrift „Esra, Sammelbüchse für Palästina" vom 24. März 1884 folgende Darstellung:

„Am Schlusse des vorgehenden Jahres traten mehrere Herren in Berlin zur Gründung eines Vereins zusammen, welcher die Kenntnis jüdischer Geschichte und Literatur unter den Juden zu verbreiten bezweckte. Es wurde eine Anzahl vorbereitender Versammlungen abgehalten, an denen sich viele jugendkräftige Männer und Jünglinge beteiligten. Bei ihren oftmaligen Zusammenkünften hatten sie sich für das Schicksal des jüdischen Volkes begeistert und das Interesse für die leidenden Brüder war ein großes geworden. Ganz besonders erweckten jene Juden das Mitgefühl, welche, um barbarischen Verfolgungen zu entgehen, ihre Wohnsitze verlassen hatten und nach dem Lande ausgewandert waren, aus welchem unsere Vorfahren nach heldenmütigen, blutigen Kämpfen vor fast 2000 Jahren von einem übermächtigen Feinde vertrieben worden waren. Sie wollten den heiligen Boden ihrer Väter kultivieren und sich im Schweiße ihres Angesichts als Ackerbauer ernähren. Für diese Märtyrer wurde in Rußland viel getan, während man in Deutschland allzusehr auf die ablehnenden Worte der klugen Zweifler hörte, eigentlich sogar für jene Bestrebungen gar keinen Sinn offenbarte und kaum ahnte, daß für diese Idee auch bei uns ein Boden vorhanden sei. Aus jenem Kreise beschlossen dann sieben Männer, einen großen, sich über ganz Deutschland erstreckenden Verein zu gründen, dessen Mitglieder für die armen, bedrängten Kolonisten Gelder sammeln sollten. Diese Grundsteinlegung des Vereins Esra fand am 26. Januar 1884 statt. Die Stifter waren die Herren Behrmann, J. Cohn, Dr. [H.] Hirschfeld, [Max] Karfunkel, [H.] Norwitzky, [Isaak] Turoff und Weinreich." Vgl. Festschrift zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum des „Esra", 1909, o. O., S. 2 und Die jüdische Presse, Nr. 15–16, 9. April 1884, S. 160. Siehe ferner *Jehuda Reinharz*, The Esra Verein and Jewish Colonisation in Palestine, in: Year Book XXIV of the Leo Baeck Institute, London 1979.

[1] Der ursprüngliche anspruchslose Name der Organisation war „Esra, Sammel-

[Verein „Esra"]

Aufruf!

Vergäße ich dein, Jerusalem,
Möge die Rechte mir schwinden!
(Psalm 137).

Palästina, das von allen gesitteten Völkern der Erde heilig gesprochene Land unserer Väter, hat auf deren im Exil lebende Söhne von jeher eine mächtige Anziehungskraft geübt. Wie einst unsere Ahnen, von Sehnsucht nach Zion erfaßt, an den Bächen Babylons heiße Thränen vergossen und bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit zum Wanderstabe griffen und ihre alte Heimath wieder aufsuchten, so wanderten auch von jeher Tausende von Juden nach dem Lande ihrer Väter zurück, fest entschlossen, allen Widerwärtigkeiten zum Trotze, sich da dauernd anzusiedeln. Es hätte, bei der schon Jahrhunderte lang dauernden Auswanderung, diese Sehnsucht nach Palästina vielleicht ganz Israel zum Heil gereichen können, wären die zahllosen Emigranten nur im Stande gewesen, am Ziele ihrer Sehnsucht angelangt, sich, wie einst ihre aus dem Babylonischen Exil zurückgekehrten Väter, im heiligen Lande mit Ackerbau zu beschäftigen; leider aber hat Israel dadurch, daß es fünfzehn Jahrhunderte hindurch auf den Ackerbau hatte unfreiwillig verzichten müssen, dieses einstige Handwerk seiner Väter nach und nach ganz verlernt, und die neuen Ankömmlinge in Palästina, welche weder Kraft noch Lust, weder die Kenntnisse noch die zum Ackerbau nöthigen Mittel besaßen, waren einzig auf die Mildthätigkeit ihrer Brüder im Abendlande angewiesen.

So großartig jedoch auch der bekannte jüdische Wohlthätigkeitssinn sich gerade Palästina gegenüber stets geäußert hat, und so reichlich die Spenden dahin seit undenklicher Zeit auch flossen, sie reichten doch bei weitem nicht aus, unsere dort zahlreich ansässigen, zum unfreiwilligen Müßiggang verurtheilten Brüder auch nur nothdürftig zu ernähren, und Armuth, Noth und Krankheit wüthen von jeher unter den Juden Palästinas, *zur großen Freude der Mission, die unter unseren hungernden Glaubensgenossen ihre Netze auswirft und im heiligen Lande einen unerhörten Seelenschacher treibt.*[2]

In Anbetracht dessen, daß der bisherige Unterstützungsmodus ein planloses Vergeuden von Geld und Kräften war und nur dazu geführt hat, daß die Mission das heilige Land als ergiebiges Jagdrevier und seine halbverhungerten jüdischen Bewohner als ihre Beute ansieht; in Anbetracht dessen, daß das

---

büchse für Palästina". Um die enge Verbindung mit den russischen Chowewe Zion-Gruppen zu betonen, wurde der Name Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts in „Esra, Verein zur Unterstützung ackerbautreibender Juden in Palästina und Syrien" umgewandelt.

[2] Der Kampf gegen die Tätigkeit der Mission unter den palästinensischen Juden wurde in den ersten Jahren des „Esra" betont, um die einmütige Unterstützung der deutschen Judenheit sicherzustellen, die dann bereitwilliger für den Verein spenden würde. Diese Tätigkeit war jedoch nie der Hauptzweck des Vereins.

Ackerbauhandwerk in Palästina einen goldenen Boden hat und gegenwärtig überhaupt die einzige zuverlässige Erwerbsquelle ist; in der Überzeugung endlich, daß man bei planmäßigem, rationellem Verfahren für die zur Armenunterstützung verausgabten Millionen unschwer in Palästina Land ankaufen und dasselbe systematisch mit jungen arbeitstüchtigen und arbeitslustigen jüdischen Ackerbauern bevölkern kann, haben sich in Rußland und Rumänien zahlreiche Vereine gebildet, die während ihrer dreijährigen Existenz im Ganzen acht [sic!] Kolonien (Mikwo-Israel, Rischon-Lezion, Rosch-Pina, Jesssod-Hamalo, Samarin, Ekron und Gadra) mit ca. 2000 Seelen gegründet haben!

Sollen wir deutsche Juden diesen reformatorischen Bestrebungen von ungeahnter Tragweite ganz fern bleiben? Unsere stets verfolgten und bedrückten, verarmten und verhungerten Glaubensgenossen in Rußland finden noch Muße zu neuen großartigen Schöpfungen. Sollen wir deutsche Juden, die unter einer gerechten, unparteiischen Regierung den vollen Schutz der Gesetze genießen, dabei den müßigen Zuschauer abgeben? Sollen uns die russischen Juden beschämen, uns, die wir seit den Tagen Mendelssohns die geistige Führerschaft des gesammten Judenthums übernommen haben?

Das unterzeichnete Central-Comité, welches die Unterstützung der jüdischen Ackerbaukolonien in Palästina, sowie die Bekämpfung der Missionsbestrebungen daselbst auf seine Fahne geschrieben hat, wendet sich an Euch, Ihr Männer und Frauen im Judenthum, in deren Herzen ein echt jüdisches, für das Wohl ihrer Glaubensgenossen warm schlagendes Herz noch pocht, mit der Bitte, überall den Local-Comités beizutreten, welche in Verbindung mit dem Central-Comité in Berlin das erhabene Ziel zu erreichen suchen, und Niemand, dessen Herz an der großen Vergangenheit seines Volkes hängt, wird sich unserer Bitte nicht [sic!] entziehen und zur Erreichung unseres Zieles das Seinige beizutragen sich weigern.

Der Jahres-Beitrag ist auf eine Mark normiert worden. והמוסיף יוסיפו לו מן השמים[3]. Mitgliederlisten, und Rechenschaftsberichte sollen mindestens einmal jährlich erscheinen, und hoffen wir, daß eine recht zahlreiche Betheiligung den Satz von Neuem bekräftigen wird:

ישראל רחמנים בני רחמנים הם![4]

Das Central-Comité des Vereins „Esra“.

[3] „Und wer über das hinaus gibt, dem wird es Gott ersetzen“, Traktat Beza, 16 a.
[4] „Die Juden sind von Natur aus barmherzig“, nach Traktat Jabmut, 79 a.

[3]
Statuten des Vereins „Zion“ in Heidelberg
[ANFANG 1884]
CZA, A 13/18

STATUTEN

des Vereins „ZION“

A. Ziele des Vereins

§ 1. Die Ziele des Vereins „Zion“ sind folgende:

I. Die Verbreitung der Kenntniss der hebräischen Geschichte, Sprache und Literatur unter den Juden.

II. Die Herstellung einer Einigkeit unter allen Bekennern des Judenthums ohne Unterschied zum Zwecke der gemeinsamen Verbesserung des Looses der Juden.

III. Die Verwirklichung der Idee der Colonisation Palästina's durch Juden.

IV. Die Schaffung eines einheitlichen Mittelpunctes für alle auf geistige Ausbildung gerichteten Bestrebungen in den zu gründenden palästinensischen Colonieen. Derselbe soll gewonnen werden durch die Herstellung einer Hochschule für die Erwerbung aller religiösen, wissenschaftlichen und practischen Kenntnisse (a. theologische, b. theoretische und c. technisch-agronomische Abtheilung).

§ 2. Die beiden ersten Ziele werden durch Vorträge, Besprechungen und Discussionen, wie durch Lehrkurse erreicht.

---

* Der Verein „Zion“ wurde Anfang des Jahres 1884 von Professor Hermann (Hirsch) Schapira (1840–1898) gegründet. Schapira wurde in Litauen geboren und war in seinen jungen Jahren als Rabbiner tätig. Später widmete er sich weltlichen Studien, besonders der Mathematik, und wurde im Jahre 1883 zum Privatdozenten und 1887 zum außerordentlichen Professor der Mathematik an der Universität Heidelberg ernannt. Er war ein aktives Mitglied in der Chowewe Zion-Bewegung. Obwohl er anfänglich, wie viele Chowewe Zion, den politischen Zionismus ablehnte, folgte er Herzls Ruf, nahm am ersten Zionistenkongreß teil und gehörte zu dem Komitee, das das Baseler Programm entwarf. Er legte dem Kongress eine schriftliche Resolution vor, nach deren Prinzipien später der „Jüdische Nationalfonds“ aufgebaut wurde. Auf demselben Kongreß brachte er eine weitere Resolution betreffend die Gründung einer Hochschule in Jerusalem ein.

Die Wirkung des Vereins war gering und die Resultate waren dürftig. Bemerkenswert ist, daß seine Statuten ursprünglich hebräisch geschrieben waren und daß die hebräische Fassung bei Fragen oder im Zweifelsfall als die ausschlaggebende anzusehen war. Die hier vorliegende deutsche Übersetzung wurde von den Vereinsmitgliedern angefertigt und zusammen mit dem hebräischen Original veröffentlicht.

§ 3. Behufs Erreichung des dritten Zieles kauft der Verein Land in Palästina an, wozu er die Mittel durch periodische Sammlungen unter seinen Mitgliedern erhält.

Der Verein setzt für diese Sammlungen Normalbeiträge fest.

Im Betrage von 80 Proz. der durch eine solche Sammlung gewonnenen Summe kauft der Verein in Palästina Landstücke von solcher Größe an, daß jedes für die Niederlassung einer Familie ausreicht, welche Landstücke er zugleich mit dem zur Bebauung nothwendigen Inventar versieht.

...

[4]
Zweifel und Ziele der Gründer der Bewegung
16. DEZEMBER 1884
ALTER DRUJANOW (HRSG), KTAWIM L'TOLDOT CHIBBAT ZION (SCHRIFTEN ZUR GESCHICHTE DER CHIBBAT ZION), BD. I, S. 349–351

[Dr. I. Rülf [1] an Dr. Pinsker [2].]

Memel, den 16 December 1884.

Geliebter Freund!

Nicht zu spät, viel zu früh, wenigstens zu früh um den Erfolg dessen zu sehen, was von dir angeregt worden ist, den Erfolg der Autoemancipation,

[1] Isaak Rülf (1831–1902). Rabbiner der jüdischen Gemeinde in Memel und Wegbereiter des deutschen Zionismus. Erhielt 1865 den Doktortitel und wurde Bezirksrabbiner von Memel; befaßte sich in dieser Eigenschaft mit dem Hilfswerk für die russischen Juden und Einwanderer aus Osteuropa; schrieb 1883 sein berühmtes Buch „Aruchas Bas-Ammi, Israels Heilung", das schon einige der Ideen des politischen Zionismus vorwegnahm. Mit dem Auftreten Herzls schloß Rülf sich der zionistischen Bewegung an und nahm an den ersten fünf Kongressen (1897–1901) teil; wurde auf dem Delegiertentag vom 31. Oktober 1897 in Frankfurt a. M., der zur Entstehung der späteren „Zionistischen Vereinigung für Deutschland" führte, in das Zentralkomitee gewählt; verbrachte seine letzten Lebensjahre in Bonn und wirkte aktiv an der Verbreitung des zionistischen Gedankens in ganz Deutschland mit.

[2] Leon Pinsker (1821–1891). Arzt und Führer der Chowewe Zion in Rußland. Verfaßte 1882 die „Autoemancipation, ein Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden", worin er seine jüdischen Mitbürger aufforderte, sich von der Illusion zu befreien, daß der Antisemitismus im Abnehmen sei. Pinsker gab nicht an, wo die Juden ihr Zentrum errichten sollten, ob in Amerika oder Palästina, sondern verlangte nur die Einberufung eines Nationalkongresses zur Wahl des Landes und zur Organisierung der Auswanderung. Pinskers Flugschrift blieb das Manifest sämtlicher Chowewe Zion-Gruppen bis zum Erscheinen von Herzls „Judenstaat" im Jahre 1896.

welche ich ins Hebräische übersetzt ארוכת בת עמי[3] „die Heilung oder Wiederherstellung" der[4] בת עמנו oder der Nationalität, genannt habe. Verehrter Freund, ob wir das, was wir erstrebt, erleben werden, ist mehr als zweifelhaft, aber den Gedanken angeregt und an dem schlummerenden Volksbewußtsein mächtig gerüttelt zu haben, das soll uns keiner streitig machen, und ich erkläre dir nochmals, daß es mir um die Kolonisation Palästinas niemals zu thun gewesen, daß ich die Indifferenten nur habe aufrüttelen, den Strebenden habe ein Ziel und den durch Meinung und Neigung geschiedenen habe den Einigungspunkt zeigen wollen. Du weißt doch, wenn die Juden [5] שמונה–עשרה dawwenen[6], wenden sie angeblich ihr Gesicht nach [7] מזרח. Komme in ein Haus, welches du willst, ein Jeder hat seinen besonderen מזרח. Ich habe den Juden nur einmal zeigen wollen, wo מזרח liegt. Vor allem gilt es mir darum, daß wir uns nicht mehr durch bucken und ducken vertheidigen oder aber durch Vertuschen und Verdrehen, sondern mit echtem Männermuth gestützt auf nationales Selbstbewußtsein und jedoch [das] zu vermögen muß ein solches doch erst wieder vorh[anden] sein. Ich hatte da ein Körnchen in der Mumie ge[funden], das wollte ich säen, wer weiß vielleicht kann mit [der] Zeit eine hübsche Saat erzielt werden.

...

Die Berliner[8] sind übrigens nicht so schlimm wie du glaubst. Sie müssen nur erst noch besser gerüttelt und geschüttelt werden, bis aller Spreu der Assimilationssucht und dgl. verflogen ist. Für diese Purification lassen wir den Antisemitismus sorgen. Glaube mir, der hat in der Geschichte unserer nationalen Wie[der]geburt noch einen großen Beruf. Stöcker[9] und Gen[ossen] sind unsere besten Mitarbeiter.

Lebe wohl und schreibe öfter.

Dein Freund *Dr. Rülf*

---

[3] „Heilung für mein Volk"; eigentlich ein selbständiges Werk des Verfassers und keine bloße Übersetzung.

[4] „Unser Volk."

[5] „Achtzehn Segenssprüche." Die übliche aschkenasische Bezeichnung für die Amidah – das „Stehen" – d. h. ein Gebet, das im Stehen gesagt wird.

[6] Jiddisch für „beten".

[7] „Osten." Überall wenden Juden sich im Gebet in Richtung des Tempels in Jerusalem, d. h. in den Ländern, die westlich von Israel liegen, nach Osten.

[8] An diese wandte sich Pinsker nach der Kattowitzer Konferenz mit der Bitte, ein Zentrum für die Chibbat Zion-Bewegung zu schaffen. Auf der Konferenz, die 1884 stattfand, wurde zum ersten Mal die Tätigkeit zahlreicher Chowewe Zion-Gruppen koordiniert.

[9] Adolf Stöcker (1835–1909). Deutscher antisemitischer Prediger und Politiker.

[5]
Aufruf des Vereins „Ahavass Zijon“ in Hamburg
[Mai 1885]
CZA, A 147/23/2

Verein „אהבת ציון“[1] *in Hamburg*

זכרו מרחוק את ה' וירושלים תעלה על לבבכם![2]
(Jeremias 51, 50)

Durchdrungen von der tiefsten Überzeugung,

1) daß die himmelschreiende Noth und die sich immer erneuernden Klagen unserer Brüder in Rußland, Rumänien und Marokko uns nicht gleichgültig lassen dürfen, sondern, daß sie die Forderung an uns stellen, durch unverzügliche, ernste und entschlossene Schritte ihrer jammervollen Lage abzuhelfen zu trachten;
2) daß auch in Deutschland der immer mehr sich ausbreitende und Wurzel schlagende *Antisemitismus* kein vorübergehendes Übel ist, sondern in dem eingeborenen mit der Hebung des germanischen Nationalbewußtseins sich immer verstärkenden Racenhaß und in der vollständigen Unmöglichkeit einer eigentlichen Amalgarmirung und Assimilirung des zu der christlichen Bevölkerung gänzlich heterogenen jüdischen Stammes, fest begründet ist, und ihm daher ein für allemal dauernde Abhülfe geschafft werden muß;

---

* Zum Zweck der organisatorischen Zusammenfassung der bis dahin getrennt arbeitenden Chowewe Zion-Vereine wurde 1884 auf Betreiben Leon Pinskers und seiner Mitarbeiter eine Konferenz dieser Vereine nach Kattowitz einberufen. Die Konferenz tagte vom 6.–11. November unter dem Vorsitz von Pinsker und beschloß, einen „Montefiore-Verband zur Förderung des Ackerbaus“ zur Unterstützung der Kolonisten in Palästina zu begründen. Ein Komitee von 18 Personen mit dem Sitz in Berlin sollte die Statuten für den Verband ausarbeiten, die Genehmigung der Landes-Regierungen erwirken und durch eine Delegation bei der Regierung der Türkei die Erlaubnis zur ungehinderten Ansiedlung jüdischer Kolonisten in Palästina anstreben. Siehe: Die Kattowitzer Konferenz 1884, Protokolle, herausgegeben und eingeleitet von *N. M. Gelber,* Wien–Brünn 1919.

Mangelnde Unterstützung und Initiative waren die Ursache für das Nichtzustandekommen eines Zentrums in Berlin. Eine Anzahl kleinerer Vereine wurde jedoch in Kattowitz, Heidelberg und Breslau gegründet. „Ahavass Zijon“ wurde als vierter Verein von H. Wolfsberg, Hirsch Veit, Ferdinand Wolff und Armand Kaminka am 3. Mai 1885 (Brief von Wolff an Nathan Birnbaum vom 13. Dezember 1885, CZA, A 188/4/6) gegründet und betrachtete sich als zum Montefiore-Verband gehörig. Im Jahre 1886 schloß sie sich dem Verein „Esra“ in Berlin in der Hoffnung an, daß dieser letztere sich über ganz Deutschland ausdehnen würde, mit Hauptsitz in Berlin.

[1] „Zionsliebe.“

[2] „Gedenket aus der Ferne des Ewigen und Jeruschalajim steige auf in eurem Herzen.“

3) daß alle *Vertheidigungskämpfe* unsererseits und seitens der officiellen Presse gegen die schmählichen Beschuldigungen und schändlichen Anklagen, welche die Mißgeburten des Antisemitismus gegen uns zu Tage fördern, von vornherein fruchtlos und vergebens sind und an sich nur erniedrigende Wirkungen auf jeden Israeliten ausüben, in dem das persönliche und nationale *Ehrgefühl* nicht erloschen ist und der mit Entrüstung jenem Treiben zusieht;
4) daß wir auf keine dauernde und gründliche Hilfe von außen, weder seitens der uns schützenden europäischen Staaten, noch vom Genius unserer gotterwählten Nation hoffen können, wenn wir nicht durch entschiedene und selbstbewußte Rückkehr zum unverfälschten und unverleugneten Judenthum mit seinen nationalen Gütern unsere innere Kraft solidarisch begründen, und durch ernstes Herbeistreben einer durch Selbsthülfe sich verwirklichenden Erlösung Israels unserm nationalen Wunsch und Willen vollen Ausdruck geben, und dadurch die Anbahnung der uns verheißenen glücklichen Zukunft, der Zeit der Versammlung unserer Zerstreuten, der Wiederherstellung unserer glorreichen Selbständigkeit bewirken, die wir täglich in unzähligen Gebeten herbeisehnen.
5) daß wir zu diesem Zwecke nichts Besseres thun können, als uns der seit den letzten Jahren aufgetretenen und durch die Verfolgungen in Rußland und Rumänien bedeutend verstärkten Bewegung zu Gunsten der *Colonisation Palästina's* durch Juden nach Kräften anzuschließen, und sowohl durch pekuniäre Unterstützung der Colonien, als durch lokale Bestrebungen zur Hebung des national-jüdischen Geistes, durch Förderung der hebräischen Sprache und Literatur zur Verbreitung der jüdischen Solidaritäts-Idee im Kampfe gegen die Decentralisation und den Indifferentismus zu wirken;

hat sich am 3. Mai 1885 (ל״ג בעומר[3]) nach dem Beispiele der vielen Vereine ähnlicher Tendenz, die in mehreren großen Gemeinden bestehen, und im Anschluß an den großen Montefiore-Verband, der vor Kurzem in Kattowitz getagt, ein Verein von Zionsfreunden constituirt, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, für die große Idee Propaganda zu machen, d. i. das Nationalbewußtsein zu heben.

Der Name des Vereins ist *„Ahavass Zijon"* in Hamburg.

Als Mitglieder können diejenigen aufgenommen werden, welche mit Eifer und Begeisterung ihre Kräfte der Förderung unserer nationalen Sache widmen wollen, oder auf *irgend eine Weise*, sei es durch wohlthätige Beiträge für das heilige Land, oder durch Unterstützung unserer Bestrebungen zu Gunsten der hebräischen Sprache, unserer Sache Vorschub leisten.

---

[3] Lag-Beomer – ein kleinerer Feiertag. Der 33. Tag der siebenwöchigen Omer-Zählung, die sich vom zweiten Pessach-Tage bis zum Wochenfest erstreckt. Wird von Schulkindern mit einem Fest im Freien begangen.

Zur Erfüllung obigen Zweckes ist folgendes Programm in Aussicht genommen:

1) Vorträge resp. Vorlesungen (in diesem Sinne gehalten), sowie sich daran anschließende Debatten;
2) Verbreitung dahinzielender Schriften;
3) Anschaffung einer den Tendenzen des Vereins entsprechenden Bibliothek;
4) Förderung der hebräischen Sprache (Anschaffung neu-hebräischer Werke und Zeitschriften);
5) Unterstützung der Colonisation Palästina's;
6) Zusammenwirken mit Vereinen, die gleiche Tendenz verfolgen.

„Wir appelliren an alle Diejenigen, denen das Wohl und die Ehre ihrer jüdischen Nation am Herzen liegt, die den Jammerschrei von Hunderttausenden unserer Brüder nicht unerhört verhallen lassen."

„Nichtswürdig ist die Nation, die nicht
Ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre."
(Schiller.)

האמבורג, א׳ סיון שנת ולא יבשו עמי לעלם לפ״ק.[4]

[6]
„SERUBABEL", ORGAN DER CHOWEWE ZION
29. SEPTEMBER 1886

Serubabel

Organ für die Interessen des jüdischen Volkes

I. Jg., Nr. 1, Berlin, 29. September 1886, S. 1–2

An unsere Leser.

Vorliegende Zeitschrift, deren erste Nummer wir hiermit unseren geneigten Lesern zur gefälligen Beachtung darbringen, repräsentirt ein Unternehmen, welches hinsichtlich seiner Entstehung von anderen Unternehmungen dieser

[4] Es ist bei den Juden üblich, Daten durch Buchstaben des hebräischen Alphabets auszudrücken. Da alle hebräischen Buchstaben feste Zahlenwerte haben, wird häufig ein im Zusammenhang sinnvoller Bibelvers benutzt, dessen Buchstaben die gewünschte Jahreszahl ergeben. Im vorliegenden Fall lautet der Vers: „Und mein Volk soll in Ewigkeit nicht zu Schanden werden" (Joel 2, 26) und die Endsumme aller Buchstaben beträgt (6)645 (=1885), das Gründungsjahr des Vereins „Ahavass Zijon".

* Dies ist die erste Nummer der Monatsschrift „Serubabel", die bis Juli 1888 erschien. Gründer dieser Publikation war der in Rußland geborene Albert Katz. Willy Bambus, ihr Herausgeber und die treibende Kraft, war ein aktives Mitglied der Chowewe Zion-Bewegung in Deutschland von ihren Anfängen an und später eine

Art durchaus zu unterscheiden ist. Vor Allem sind die Herausgeber dieses Blattes nicht nur keinem eigennützigen materiellen Interesse, sondern auch keiner Partei, keiner Secte, noch sonst irgend einer Gesellschaft mit privaten und persönlichen Interessen dienstbar. Dieses Organ hat einzig und allein dem idealen Streben einiger für das Wohl ihres Volkes wirkender Männer sein Dasein zu verdanken. Hier gilt es eine Idee zum Ausdruck zu bringen, deren ruhig glimmendes Licht ein Zeitraum von zwei Jahrtausenden und die mannigfachsten nationalen Stürme der Geschichte nicht auszulöschen vermochten, und deren Verwirklichung jetzt mehr denn je möglich zu werden verspricht.

... Wohl hoffte Israel auf mildere und bessere Zeiten, die da einst kommen würden für alle Schutzlosen und Bedrängten, wo die neu aufgegangene Sonne der Liebe und der Aufklärung mit ihren Töchtern: Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit die Herzen der muthwilligen Peiniger milder und zu Mitleid stimmen würden. Aber vergebens! Es war eine trügerische Hoffnung, die auf der Unkenntniss der thierischen Seite des menschlichen Charakters basirte. Denn was früher im Namen religiöser Intoleranz, das geschieht jetzt unter dem Vorwand socialer und politischer Interessen. Die alte Verachtung und Gehässigkeit des Stärkeren gegen den Schwächeren blieben nach wie vor dieselben, ja sie blieben und werden bleiben, so lange es noch Menschen giebt, die an den Qualen Schutzloser ihr Vergnügen finden, ebenso wie es physische und moralische Krankheiten giebt, von denen die Menschheit sich niemals befreien wird. Darum haben auch einsichtsvolle und weitblickende Männer in Israel stets eingesehen, daß alle solche palliativen, unwürdigen Reformirungs- und Assimilationsmittelchen, sowie alle chimärisch-kosmopolitischen und afterpatriotischen Hoffnungen ihrem alten ewigen Volke nichts nützen können, und so richteten sie immer wieder von Neuem ihr thränenvolles Auge gen Zion, doch jedesmal mit mehr Zuversicht als zuvor. Sie fingen an zu begreifen, daß es für immer nicht so bleiben kann, daß ihr Volk sogar, trotz des langen lethargischen Schlafes, noch eine Zukunft hat, und diese Zukunft nirgends anderswo liegt als im heiligen Lande ihrer Väter, in Palästina, wo es unter milder Regierung des Türken eine sichere Heimathstätte, oder wenigstens ein besser geschütztes Asyl und Culturcentrum für die arme bedrängte Masse des Volkes finden werde als in sonst irgend einem Lande der Welt. So dachten früher nur einzelne hervorragende Köpfe, so denken aber jetzt die Meisten in Is-

---

führende Persönlichkeit im Verein „Esra". Dem Redaktionskomitee gehörten Isaak Turoff, einer der Gründer und später Sekretär des Vereins „Esra", und Ferdinand Wolff, ein Führer der „Ahavass Zijon" in Hamburg, an. Während der zwei Jahre, in denen „Serubabel" erschien, wirkte sie als das Hauptorgan der Chowewe Zion-Gruppen in Ost- und Westeuropa und bemühte sich, ihre verschiedenen Tätigkeiten und Interessen zu koordinieren. Ihre Spalten waren Fragen der Kolonisation, Berichten über Chowewe Zion-Gruppen in ganz Europa und der Widerlegung von Argumenten gewidmet, die gegen die Ansiedlung in Palästina und eine nationale Renaissance benutzt wurden.

rael, namentlich nachdem ihnen die schmachvollen Ereignisse der letzten Jahre ein für alle Mal den Standpunkt klar gemacht hatten, wo und bei wem sie künftig ihren Schutz zu suchen haben, nämlich – bei sich selbst und in ihrem eigenen Herzen, in der Erinnerung an ihre glorreiche Vergangenheit und in der Hoffnung, *das* wieder zu werden, was sie einst gewesen, wieder ein ebenbürtiges, achtbares Mitglied im Bunde der Völker. Zu diesem Behufe rafften sich – namentlich in Rußland – alle jüngeren Kräfte auf, klammerten sich mit ganzer Seele an den großen nationalen Selbstständigkeits-Gedanken, gründeten allerlei Vereine und Gesellschaften, unterstützten durch öftere Geldsendungen die älteren Ansiedelungen in Palästina und gingen endlich selber hin, um mit frischen Kräften Ackerbaucolonien zu errichten und so in alter patriarchalischer Weise die liebe heimathliche Scholle ihrer Väter wieder zu bebauen und zu beleben.

Dieses erhabene Ziel nach Kräften durch Wort und That zu fördern, haben auch die Herausgeber des „Serubabel“ zu ihrer heiligsten Pflicht gemacht . . .

. . .

[7]
STATUTEN DES VEREINS „LEMAAN ZION“
MAI 1888
DIE JÜDISCHE PRESSE, NR. 19, 10. MAI 1888, S. 187, UND DRUJANOW (HRSG.), KTAWIM L'TOLDOT CHIBBAT ZION (SCHRIFTEN ZUR GESCHICHTE DER CHIBBAT ZION), BD. I, S. 611–613

STATUTEN

des Vereins LEMAAN ZION
(Palästinensischer Hilfsverein)

Genehmigt in der Generalversammlung vom 28 October 1888

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wird es den Israeliten des heiligen Landes fast unmöglich, ihr Brot selbstständig in ehrenhafter Weise zu verdienen. Für den Jugendunterricht ist in höchst mangelhafter Art gesorgt; die Arbeiter sind meist unvollständig ausgebildet, unzureichend mit Werkzeugen versehen, und es fehlt ihnen der Absatz für ihre Produkte. Daher war das

---

* Dieser Verein wurde auf Initiative des Berliner Rabbiners Esriel Hildesheimer (1820–1899) im Mai 1888 gegründet. Die Statuten wurden noch im Mai 1888 aufgestellt und am 28. Oktober 1888 von der Generalversammlung bestätigt. („Die jüdische Presse“ bringt kein genaues Datum der Sitzung im Mai. Das Datum des Oktober findet sich bei Drujanow.)

Die Gründer gehörten dem orthodoxen Sektor der deutschen und europäischen Juden an. Außer Hildesheimer, dem Vorsitzenden des Komitees, gehörten dazu

Bestreben, das sich in der letzten Zeit unter den Israeliten Palästinas geltend machte, sich einen selbstständigen Broterwerb zu sichern, bisher nicht von dem gewünschten Erfolge begleitet, und noch immer sind die meisten derselben darauf angewiesen, in ihrem Elend die Hülfe ihrer auswärtigen Glaubensgenossen in Anspruch zu nehmen. Um nun denjenigen palästinensischen Glaubensgenossen, die unter diesen traurigen Verhältnissen leiden, zu Hülfe zu kommen, hat sich der Verein „Lemaan Zion“ gebildet, dessen Statuten hiernach folgen.

§ 1. Der Zweck des Vereins „Lemaan Zion“ (Palästinensischer Hilfsverein) ist die Unterstützung der Israeliten in Palästina.

§ 2. Dieser Zweck soll erreicht werden dadurch, daß der Verein im Bedürfnissfalle unterstützt:

a) diejenigen, welche sich die Befähigung zum selbstständigen Lebensunterhalte aneignen wollen,
b) Gewerbetreibende aller Art in ihrem Erwerbe,
c) schon bewährte Unternehmungen und Anstalten, die die geistige und materielle Hebung der Israeliten in Palästina bezwecken, z. B. Schulen, Waisenhäuser, Spitäler u.s.w.

§ 3. Directe Geldunterstützungen sollen in der Regel nur an diejenigen gegeben werden, die längere Zeit im heiligen Lande ansässig sind, und zwar nur an solche, die durch Alter, Krankheit oder dergl. an der Gewinnung ihres Lebensunterhaltes behindert sind, oder an hervorragende würdige Talmudgelehrte, welche keine Subsistenzmittel besitzen. Die Bewilligungen erfolgen in der Regel auf Grund von Gutachten bewährter Vertrauensmänner in Palästina.

Emanuel Baumgarten, Wien; M. Erlanger, Paris; Benjamin Feuchtwanger, Fürth; Henry Franklin, London; Samuel Montagu, London; Rabbiner Adolf Salvendi, Dürkheim; Sigismund Simmel, Berlin und andere. Sie alle waren gegen das System der Chalukah (organisiertes Sammeln von Geldern in der Diaspora zwecks Verteilung an bedürftige fromme Juden in Palästina). Die erste Reaktion auf die Gründung dieses Vereins in der Öffentlichkeit war kühl und mitunter feindselig, aber nach der „Jüdischen Presse“ zu urteilen gelang es ihm, viele bedeutende Persönlichkeiten heranzuziehen. Der Verein ermutigte die Juden in Palästina, wirtschaftlich unabhängig zu werden und bekämpfte die Missionstätigkeit, besonders in Jerusalem und Tiberias. Einige der von ihm geplanten Neuerungen, die mit großer Energie von dem Jerusalemer Repräsentanten des Vereins, M. Edelmann, durchgeführt wurden, waren Ansiedlung jüdischer Handwerker in Ramle, Ludd, Nablus, Nazaret und Gaza, und der Versuch, jüdische Fischer bei Jericho zu etablieren. Der Verein entsandte auch Ärzte aus Deutschland nach Jerusalem, richtete Apotheken ein und unterstützte die Ansiedlung von Flüchtlingen in Jaffa und an anderen Orten.

Die Beiträge zu dem Verein gingen im Laufe der Jahre zurück, so daß er seine Tätigkeit sehr einschränken mußte. Im Jahre 1914 konnte er nur noch seine Apotheke in Jerusalem halten.

Für Einzelheiten vgl. Die jüdische Presse, Mai 1888 ff. und *Mordechai Eliav*, Love of Zion and Men of HoD. German Jewry and the Settlement of Eretz-Israel in the 19th Century (hebr.), Tel Aviv 1970, S. 311–316.

§ 4. Keine Nationalität unter den Israeliten des heil. Landes ist von den Wohlthaten des Vereins ausgeschlossen.

§ 5. Die Thätigkeit des Vereins beruht auf den Prinzipien des überlieferten Judenthums.

§ 6. Mitglied des Vereins kann jeder Israelite und jede Israelitin werden, welche sich zu einem Jahresbeitrage von mindestens Mark 5 auf wenigstens drei Jahre verpflichten.

§ 7. Die Leitung des Vereins geschieht durch einen Verwaltungsrath von 24 Mitgliedern, der sich durch weitere Mitglieder bis auf 30 verstärken kann. Den ersten Verwaltungsrath bilden die Mitglieder des provisorischen Comites . . .

[8]
STATUTEN DES „RUSSISCHEN JÜDISCHEN WISSENSCHAFTLICHEN VEREINS“
[JANUAR 1890]
CZA, A 126/12/1

Statuten

des

Russischen jüdischen wissenschaftlichen Vereins.

I. *Name und Ziel des Vereins.*

§ 1. Der Verein führt den Namen *„Russischer jüdischer wissenschaftlicher Verein“*.

§ 2. Das Ziel des Vereins ist, der jüdischen Jugend aus Rußland in Berlin die Möglichkeit zu geben, mit den Interessen und Bedürfnissen des jüdischen Volkes bekannt zu werden.

§ 3. Zur Erreichung des vorher angegebenen Zieles dienen:

a) Referate aus der Geschichte, Literatur und dem jetzigen Leben des jüdischen Volkes.

Anm.: Politische Angelegenheiten dürfen nicht besprochen werden.

b) Eine Lesehalle, in der specielle Organe in hebräischer, deutscher und russischer Sprache, sowie allgemeine russische Zeitungen, Journale und Bücher vorhanden sind.

. . .

* Der numerus clausus veranlaßte viele junge Juden aus dem Osten, ihre akademische Ausbildung an Universitäten im Westen zu suchen, unter anderen an der Berliner Universität, die keine besonderen Forderungen an ausländische Studenten stellte. So kam es, daß nach 1887 sehr viele Juden an der Universität Berlin studierten, die das Gymnasium in ihrer Heimat absolviert und infolge der neuen Bestimmungen keinen Zutritt zu den russischen Universitäten hatten.

Die russischen Studenten, isoliert sowohl von den christlichen wie auch den jüdischen deutschen Studenten, schlossen sich in eigenen Vereinigungen zusammen. Die meisten von ihnen waren Sozialisten und gehörten dem russischen Studentenverein

[9]

Ansiedlung russischer Juden in Syrien und Palästina

[JUNI] 1891

Wohin mit den russischen Juden?
Syrien
ein Zufluchtsort der russischen Juden
von
Dr. jur. M. J. Bodenheimer[1]

...

Indem ich diesen Entwurf eines Ansiedelungs-Planes der Öffentlichkeit übergebe, lasse ich mich von dem Gedanken leiten, daß es sich unter den heu-

---

an, der es trotz seiner überwiegend jüdischen Mitgliederzahl ablehnte, als ein jüdischer Klub betrachtet zu werden.

Im Dezember 1888 gründeten zwölf russisch-jüdische Studenten den „Russischen jüdischen wissenschaftlichen Verein". Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieses Vereins standen ideologische Diskussionen und kulturelle Veranstaltungen, bei denen die Probleme einer jüdischen nationalen Heimstätte besprochen wurden. (Selbst-Emancipation, Nr. 3, 2. Februar 1891.)

Die Hauptbedeutung des Vereins lag wahrscheinlich in seiner Wirkung auf einige deutsch-jüdische Studenten in Berlin, bei denen er ein jüdisches Nationalgefühl erweckte. Vgl. Selbst-Emancipation, Nr. 22, 16. November 1891, S. 5–6 und Jüdische Rundschau, Nr. 92, 17. November 1933. – 1898 änderte der Verein seinen Namen in „Russischer jüdischer wissenschaftlicher Verein – Kadimah".

* Im Jahre 1891 machte Max Bodenheimer, ein junger Kölner Rechtsanwalt, einen neuen Vorschlag zur Lösung des ostjüdischen Problems. Jugendjahre und Studentenzeit Bodenheimers, der, in Stuttgart geboren, aus einer völlig assimilierten Familie stammte, waren typisch für die jungen deutschen Juden des Mittelstandes. Das jüdische Problem in Deutschland und Osteuropa kam ihm zum ersten Mal, zumindest in stärkerem Maße, bei der Lektüre antisemitischer Propaganda zum Bewußtsein und brachte ihn zu der Überzeugung, daß Palästina wieder das nationale Zentrum des jüdischen Volkes und eine Zuflucht der Verfolgten werden müsse.

Bodenheimers öffentliche Bemühungen, Juden in Palästina anzusiedeln, begannen 1891, als er seine Flugschrift „Wohin mit den russischen Juden?" veröffentlichte, die eine Verbreitung in vielen Exemplaren fand. Darin entwickelte er den Gedanken der Ansiedlung von Juden in Verbindung mit der Anlage von Eisenbahn und Häfen in Syrien und Palästina. Dieses Ziel sollte durch eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung angestrebt werden, unterstützt von Hilfskomitees, die die zum Landankauf notwendigen Mittel durch freiwillige Spenden aufbringen sollten. An den Eisenbahnlinien sollten Siedlungen jüdischer Einwanderer liegen, die Landwirtschaft betreiben sollten. Vgl. *Max Bodenheimer*, So wurde Israel, Frankfurt am Main 1958 und Selbst-Emancipation, Nr. 16, 18. August 1891. Vgl. auch *Henriette Hannah Bodenheimer*, Der Durchbruch des politischen Zionismus in Köln 1890–1900, Köln 1978.

[1] Max Bodenheimer (1865–1940). Anwalt in Köln 1890–1933. Mitglied des GAC (Großes Aktions-Comité) 1897–1921. Erster Vorsitzender der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland" 1897–1910. Direktor des „Jüdischen Nationalfonds" 1907–1921 und Vorsitzender seines Direktoriums 1907–1914. War 1914 maßgebend an der Gründung des „Komitees für den Osten" beteiligt. Lebte ab 1935 in Palästina.

tigen Verhältnissen nicht darum handeln kann, einen Plan, der mit wissenschaftlicher Gründlichkeit, unter Berücksichtigung der finanziellen und technischen Einzelfragen, ausgearbeitet ist, vor das Publikum zu bringen. Die Verwirklichung der Letzteren ist ja von einer Reihe von Vorbedingungen abhängig, die im Voraus nicht in Betracht gezogen werden können, und die Ausführung des Planes in dieser oder jener Richtung beeinflussen. Ich habe daher die Absicht aufgegeben, den Plan einer Ansiedelung in Syrien, für welchen ich schon seit mehreren Monaten Notizen sammele, nach allen Seiten hin durchzuarbeiten, und wollte in diesem Schriftchen nur ein Gesammtbild davon geben, wie sich die Idee einer Besiedelung Syriens etwa ausführen ließe.

Es soll aber allen Kreisen Gelegenheit gegeben werden, bei diesem Plane mitzuwirken, da die Realisirung desselben nicht nur eine Lebensfrage für die Glaubensgenossen in Rußland, sondern für die der ganzen Welt bildet. Deshalb mögen diejenigen, welche sich für diese Idee interessiren und national-ökonomische, geographische, oder technische Erfahrungen besitzen, ihre Vorschläge zur Ausführung des hier vorgelegten Planes machen, und werden dieselben dringend gebeten, diese unter der Bezeichnung *„Syrisches Colonisations-Project"* an die Verlagsbuchhandlung gelangen zu lassen.

Die Mittel zur Verwirklichung des Planes, so gewaltig die erforderliche Summe auch scheinen mag, werden gewiss nicht fehlen. Warum sollte die Mitwirkung unserer Finanzgrößen für den Bau einer syrischen Eisenbahn so schwer zu erwerben sein, da doch für andere, weit utopischere Projecte, wie z. B. das Panama-Unternehmen, viele Hunderte von Millionen nutzlos geopfert worden sind!

Wo das Wohl und Wehe von sechs Millionen Menschen von dem Willen eines unbeschränkten Selbstherrschers[2] abhängt, der die unverkennbare Absicht kund gegeben hat, diesen Teil seiner Unterthanen aus seinem Lande zu vertreiben, weil sie sich zu einem andern Glauben bekennen, gilt es rasch zu handeln. Prüfen und erwägen können wir, wenn der ruhige Strom der Ereignisse es unserm Ermessen anheimstellt, den geeigneten Zeitpunkt für die Durchführung unserer Absichten frei zu wählen; hier ist kein Aufschub möglich. Wie durch die Gewalt eines elementaren Unglücks werden wir zu einem Entschlusse gedrängt. Die Zukunft unserer Glaubensgenossen ist mit einem dunkeln Schleier verhüllt. Von Ocean zu Ocean klingt der Ruf um Rettung an alle mitfühlenden Herzen. Beim Anblick solchen Elends darf uns keine kleinliche Betrachtung von der Hülfeleistung zurückhalten. So wie die Masse der russischen Auswanderer uns erscheint, muthlos und keines Entschlusses fähig, sind sie durch Jahrhunderte langen Druck barbarischer Knechtschaft geworden. Unser Glaube an die Seelengröße der Nationen ist durch die haßerfüllten Geister des Antisemitismus noch nicht so erschüttert worden, um nicht zuversichtlich zu hoffen, daß die Völker der ganzen Welt ihr vernich-

---

[2] Der russische Zar.

tendes Urtheil über diese Barbarei abgeben werden. Wir sind aber auch fest überzeugt, und haben es bereits in England gesehen, daß jedes menschlich fühlende Herz ohne Unterschied der Religion oder Abstammung mit Freuden sein Scherflein dazu beitragen wird, um diese Not zu lindern. Allein zunächst ergeht der Ruf an *uns*, die desselben Glaubens und desselben Stammes sind zu schleunigster Hülfe. Jede Zersplitterung der Kräfte würde dem Rettungswerke schädlich sein, darum gilt es eine Organisation zu schaffen, und nach einem bestimmten Plane vorzugehen. Wenn aber der hier dargelegte Plan auch nur in etwa Aussicht auf Erfolg verheißt, warum sollten wir zögern, energisch an die Ausführung desselben heran zu treten? Auf diesem Gebiet winkt allen denjenigen, welche Neigung zu socialer Wirksamkeit haben, die Gelegenheit, diese zu einem Zweck zu bethätigen, wie er edler und menschenwürdiger nimmer gedacht werden kann. Die Dankbarkeit Hunderttausender wird diesen Männern ein dauernderes Denkmal sein, als Standbilder von Erz und Stein.

Vor allem aber wird es die Sache unserer mit Glücksgütern gesegneter Glaubensgenossen sein, die Ausführung dieses Unternehmens mit den Mitteln ins Werk zu setzen, welche nöthig sind, um ein Gedeihen desselben zu ermöglichen. Wir dürfen uns nicht durch Pläne beirren lassen, welche eine Entwickelung der Colonien erst in weiter Ferne in Aussicht stellen. Nur ein Unternehmen, durch das sofort den Schaaren der Auswanderer ein Erwerb durch ihrer Hände Werk ermöglicht wird, darf unter den heutigen Verhältnissen in Angriff genommen werden. Mögen daher die Comités, welche allenthalben bereits in der Bildung begriffen sind, die Grundzüge dieses Planes in Erwägung ziehen, und sofort an die Ausführung desselben heran gehen!

Wenn dann ein armes Volk, das um seines Glaubens willen ohne Ruhe und Rast von Land zu Land gehetzt wird, in Syrien eine Ruhestätte gefunden, wenn dann durch die Thätigkeit desselben Handel und Industrie der Städte dieses Landes im Laufe der nächsten Jahrzehnte einen neuen Aufschwung nehmen, wenn Jahrhunderte lang verödete Strecken zu neuer Fruchtbarkeit erstehen, wenn Schulen für die Bildung der heranwachsenden Jugend sorgen und die hebräische Literatur einer neuen Blüthezeit entgegen geht, dann werden vielleicht auch die Worte des Dichters und Propheten zur Wahrheit werden:

„Wer hat solches gehört, wer solches gesehn?
Kann ein Land in einem Tage bevölkert werden?
Oder kann ein Volk auf einmal geboren werden?
Denn es kreiset Zion und gebiert ihre Söhne."

Jesaia 66, 18 fg.

[10]
Aufruf zur Vereinigung aller Zionsvereine
4. SEPTEMBER 1891
CZA, A 15/I/4

Die Menorah[1]
Hamburg, 4. September 1891

Zionisten aller Länder vereinigt Euch!

Von Neuem hat die Bewegung nach dem heiligen Lande und Syrien einen gewaltigen Aufschwung genommen. Die Bodenheimer'sche Broschüre „Wohin mit den russischen Juden?" (Verlag der Menorah) hat eine ungeahnte Verbreitung und allgemeinen Beifall gefunden. Von allen Seiten bringt man den Absichten der Zionsvereine Verständnis entgegen. Allein noch immer fehlt die mächtige Hand, alle diese Bestrebungen zu einem Ganzen zusammenzuschließen, noch immer fehlt der Impuls zu einem einigen, zielbewußten, praktischen Vorgehen. Da werden Pläne entworfen, dort Vereine gebildet, und immer größer wird unterdessen im heiligen Lande die Not derer, welche im Vertrauen auf die Zionsvereine nach Palästina ausgewandert sind, und nun sich in ihren Hoffnungen bitter getäuscht sehen, da sie auch nicht die geringste Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse mitgebracht haben und von keiner Seite gefördert werden.

...

Warum tritt denn nicht eine öffentliche Propaganda an die Stelle des stillen Wirkens? Heutzutage, wo die Notlage eines großen Teiles unserer Glaubensbrüder eine unerträgliche geworden ist, wo das Schicksal von 6 Millionen unserer Stammesgenossen von dem Federstrich eines unberechenbaren Despoten abhängt, ja wo die gedeihliche Fortentwicklung des Judentums überhaupt in Frage steht, da haben wir nicht das Recht, unsere idealen Bestrebungen in den Busen zu schließen, oder nur im vertrauten Freundeskreise zu äußern. Heute gilt es diese Absichten, welche auf der Grundlage reinster Menschenliebe beruhen, mit rücksichtsloser Offenheit kundzugeben und dieselben zur einzigen Richtschnur unseres Handeln[s] zu machen. Laut hinaus in die Welt müssen wir es rufen, daß wir bereit sind, an die Rettung unserer unglück-

---

* Bodenheimers Flugschrift „Wohin mit den russischen Juden?" erregte besonders in Rußland und Polen weites Interesse. Durch die Flugschrift kam er mit dem Verein „Jung Israel" in Berlin und dem „Kadimah", dem nationaljüdischen Studentenverein in Wien, in Verbindung. Er erhielt auch einen ermutigenden Brief von Leon Pinsker, der Bodenheimers Kolonisationsplan billigte. Im selben Jahr veröffentlichte Bodenheimer eine Anzahl kurzer Artikel in der „Menorah", vor allem: „Sind die russischen Juden eine Nation?" (Die Menorah, 27. März 1891, signiert mit dem Pseudonym Rabj Moscheh Jzchâk, Dr. jur.) und „Die Mission der Nationen und die Hebräer" (Die Menorah, 22. April 1891), sowie diesen Aufruf.

[1] „Die Menorah" (Wochenzeitung, Hamburg 1891–?) wurde um diese Zeit unter der Redaktion von M. Deutschländer herausgegeben.

lichen Glaubensbrüder heranzutreten, und ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, durch Ackerbau oder Handwerk im Schweiße ihres Angesichts ihr Brot zu verdienen. Wir wollen die rege Theilname der Juden der ganzen Welt zu diesem Werke in Anspruch nehmen, und wir sind fest überzeugt, nur wenige werden sich diesem warmen Appell an ihr jüdisches Herz entziehen.

Das Mittel zur Erreichung dieses Zieles liegt aber zunächst in der Vereinigung aller bestehender Zionsvereine zu einem die Länder des ganzen Erdballes umspannenden Verbande. Erst hiernach können wir mit einem klaren Programm diejenigen unserer Stammesbrüder, welche trotz Anfeindung und Not mutig und vertrauensvoll dem Glauben unserer Väter treu geblieben, zur Mitarbeit an dem Hilfswerk auffordern. Wir können ihnen dann aus der Geschichte unseres zweitausendjährigen Martyriums den Nachweis liefern, daß alles Streben nach völliger politischer bezw. sozialer Gleichberechtigung ein verlorenes Bemühen bleibt, solange wir nicht ein dauerndes Asyl geschaffen haben, wo unsere verfolgten Glaubensgenossen jederzeit vor der Gehässigkeit feindlicher Fanatiker geborgen sind.

Wo sich Haß und Unverstand der mächtigsten Männer des großen russischen Reiches gegen die fast verschwindende Minorität unserer Brüder verschworen hat, da können wir mit den Waffen der Wahrheit und Gerechtigkeit allein nichts ausrichten. Erst dann könnte die Wahrheit eine mächtige Waffe in der Hand unserer Glaubensbrüder werden, wenn sich die Folgen der grausamen Maßregeln zeigen werden, wenn es also zu spät ist.

Wenn nämlich das wirtschaftliche Leben dieses Colosses auf thönernen Füßen ins Stocken geraten ist, wenn die Machthaber die klaffende Lücke im System des Güterumlaufs, welche durch die Unterdrückung eines bedeutenden Volksbestandteiles zweifellos eintreten muß und eintreten wird, an der Verarmung der ganzen Bevölkerung bemerken werden, wenn diese ebenso dezimiert ist, wie dies bei der Bevölkerung Spaniens vor beiläufig vier Jahrhunderten in Folge der Judenvertreibung der Fall war[2]; dann werden sie vielleicht ihre barbarischen Verordnungen bereuen, durch die sie ihre jüdischen Untertanen genötigt haben, den Wanderstab zu ergreifen und an den Pforten des osmanischen Reiches um Gastfreundschaft zu bitten, welche die muhamedanischen Herrscher dem verfolgten Juden noch niemals versagt haben.

Wir dürfen aber nicht hoffen, daß die Not unserer Glaubensbrüder sobald ein Ende haben werde. Bis die Folgen derartiger Ereignisse in die Erscheinung treten, können Jahrzehnte verstreichen.

Wir müssen also selbst eingreifen, um unsere Glaubensbrüder zu retten.

Daß Spenden behufs Erleichterung der Auswanderung von sehr zweifelhaftem Werte sind, haben aber schon die Vorgänge des Jahres 1881 zur Genüge bewiesen.[3]

---

[2] Bezieht sich auf die Vertreibung der Juden aus Spanien im Jahre 1492.

[3] Hinweis auf die Pogrome von 1881 in Südrußland und die unorganisierte Auswanderung nach den USA.

Der Weg, welcher zur Rettung der Verfolgten beschritten werden muß, ist in der Bodenheimer'schen Schrift und durch die Tätigkeit der Zionsvereine klar und deutlich vorgezeichnet. Behufs der praktischen Ausführung, bedarf es nur des Zusammenwirkens aller nach dem gleichen Ziele strebenden Kräfte; darum rufen wir allen denen, welche eine Stimme in den Zionsvereinen haben, nochmals zu: *„Zionisten aller Länder vereinigt Euch!!!"*

[11]
Jüdischer Nationalismus im Osten und Westen
1. FEBRUAR 1892

Selbst-Emancipation[1]
V. Jg., Nr. 3, Wien, 1. Februar 1892, S. 31–32

Rede

des cand. math. *L. Mozkin*[2], gehalten im russisch-jüd. wiss. Verein in Berlin an dem IV. Stiftungs- und Makkabäerfeste desselben vor einem zum größeren Theile aus deutschen Juden bestehenden Publicum.

Die neueste Strömung unter den Juden, vielleicht die neueste ideale Bewegung in der Welt überhaupt, ist die national-jüdische, und wenn ich einige ernste Worte an Sie über dieselbe richte, so werde ich zugleich erklären, was unser Verein bezweckt, was sein Leben ausmacht, und wie es gekommen, daß er während des letzten Jahres ein so reges Leben entfaltet, so stürmische Versammlungen und so feurige begeisternde Discussionen, Reden, Gespräche hervorgerufen, und das Interesse vieler fernstehender Kreise erregt hat. Da nicht jetzt die passende Zeit ist, eine Theorie zu entwickeln, so muß ich, um die Festesstimmung nicht zu stören, mich der größten Kürze befleißigen, aber

---

[1] Erste zionistisch-nationale Zeitschrift vor Herzls Auftreten. Die erste Nummer erschien 1885 in Wien unter der Redaktion von Nathan Birnbaum. Nach großen finanziellen Schwierigkeiten stellte sie um die Mitte des Jahres 1886 ihr Erscheinen ein. Der Verein „Esra" veröffentlichte sie aufs neue im September 1886, überführte sie nach Berlin und wandelte ihren Namen in „Serubabel" um. Wegen finanzieller Schwierigkeiten mußte im Juli 1888 die Publikation eingestellt werden, sie erschien aber wieder am 1. April 1890 mit ihrem ursprünglichen Namen und Herausgeber. 1894 wurde der Name der Zeitung in „Jüdische Volkszeitung" abgeändert. Anfang 1895 stellte die Zeitung endgültig ihr Erscheinen ein.

[2] Leo Motzkin (1867–1933). Gründer des „Russischen jüdischen wissenschaftlichen Vereins" in Berlin; nahm 1897 am ersten Zionistenkongreß und an den meisten folgenden teil; stand nach dem II. Kongreß 1898 Herzl kritisch gegenüber und war 1901 Mitbegründer der Demokratischen Fraktion. Mitglied des GAC 1911–1921, 1923–1933 und dessen Vorsitzender ab 1925. Mitglied der Zionistischen Exekutive 1921–1923. Generalsekretär des „Comité des Délégations Juives" 1919–1927 und dessen Präsident ab 1927.

ich hoffe, ja ich halte es für die Pflicht derjenigen, welche von dem neuen beseeligenden Gedanken an dieser Stätte zum ersten Male heute etwas vernehmen, daß sie nicht nach dem Feste einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern ihre Aufmerksamkeit im größten Maße dieser Idee zuwenden werden, um die Richtigkeit derselben zu erforschen.

...

...Wir Nationaljuden sind der Überzeugung, daß wir Juden nur deswegen verspottet werden, weil wir ... uns meistens selbst verachten, weil wir uns als Volk zersetzen, weil wir in die Welt hinausposaunen, daß wir uns in andere Nationen aufgelöst haben oder auflösen müssen, ein Irrthum, in welchem wir durch tausendjähriges Ghettoleben beim Anblick der Freiheit gerathen sind. So tief sind wir durch unsere Assimilationsperiode gesunken, so sehr sind wir gefallen, daß wir unsere Geschichte vergessen, unsere Sprache verlernt, unsere Ideale verlassen, ohne die fremden in uns aufnehmen zu können, und daher nur Halbes, Zwiespältiges schaffen. Wenn wir uns vertheidigen wollen, dann erniedrigen wir uns, verleugnen wir unsere Existenz, und öffnen wir unser Innerstes, unser Heiligstes, so geschieht es nicht, um kund zuthun, daß wir Großes erzeugt, sondern, daß wir kein Christenblut gebrauchen, daß wir keine Menschenfresser sind. Beliebt es dann den Wirthsvölkern, uns als Fremde zu bezeichnen, dann sagen wir sogar, daß wir nicht wir sind, wir verlassen die Wahrheit, machen die schnellsten Metamorphosen. Können wir da Achtung verlangen?

Wie ganz anders klingt die Lehre der Nationaljuden: Setzen wir die Wahrheit, heißt es, auf unsere Fahne, lernen wir uns selbst kennen, verleugnen wir nirgends unsere Abstammung, am wenigsten dann, wenn wir wegen derselben auf die Anklagebank gezerrt werden, und wenn wir die Größe und Erhabenheit unserer Geschichte und die unbegrenzte, gewaltige intellectuelle Kraft unseres Volkes eingesehen, laßt uns selbst Schmiede unseres Schicksals werden, laßt uns zu normalem, selbständigen Leben auferstehen.

...

Innerhalb des letzten Jahres haben die westeuropäischen Juden Gelegenheit genug gehabt, die russischen Juden zu bedauern – sie haben ihnen auch grandiose Hilfe gebracht, sie ahnen aber kaum, daß gerade unter den bedrängten, heimathlosen Armen viele sich glücklicher fühlen, als sie selbst. Überhaupt hat Europa nur die Klagen und den Jammer der mißhandelten, die Schmerzensrufe der wie Thiere rastlos gehetzten russischen Juden vernommen, hat den Strom der Auswanderer sich über alle westlichen Länder ergießen sehen und das wilde Fliehen derselben beobachtet, nur das düstere Bild wurde vor den Augen der gesitteten Menschheit entrollt, die helle Lichtseite des Dramas blieb verhüllt, jene freiheitliche Regung, welche wir mit dem Worte „Nationaljudenthum" bezeichnen. Jener Reinigungs- und Läuterungsproceß, welcher im Innern des russischen Judenthums vor sich gegangen, welcher es moralisch emporgehoben und zu fieberhafter Thätigkeit aufgerüttelt,

hat leider noch nicht die Würdigung seitens der westlichen Judenheit gefunden, welche er verdient, ja er bleibt meistens unbekannt, was nicht zum geringen Theile durch die neueste jüdische Krankheit, durch die Furcht vor den Argusblicken des Antisemitismus bewirkt wird.

Vielleicht wären dann die westeuropäischen Juden zur Überzeugung gekommen, daß auch ihr Los nicht beneidenswerth ist, oder ist es nicht etwa ebenfalls ein großer moralischer Schmerz, wenn man mit ansehen muß, wie fast die gesammte heranwachsende Jugend mit dem größten Hohn und Spott auf die Juden herabschaut, wie täglich sich tausende versammeln, um die niedrigsten Schmähungen und Verläumdungen gegen uns auszustoßen, ohne daß wir gegen diese Volksbewegung etwas ausrichten können? Denen, welche sich trösten, einlullen und einreden lassen, daß der Judenhaß vorübergehen wird, wenn erst alle Menschen den Gipfel der Bildung erreichen werden – würden wir mit wirklichen, historischen Thatsachen beweisen können, daß die Civilisation, welche die Menschen keineswegs von ihren Schwächen zu befreien, sondern höchstens, dieselben zu bändigen vermag, auch den Judenhaß zu tilgen nicht im Stande ist, wenn auch die Messer, mit welchen unsere Feinde uns schneiden, immer feiner werden.

Welche Ruhe zieht aber in die Gemüther derjenigen Israeliten ein, welche den nutzlosen Kampf aufgeben, den Feinden die löbliche Neigung lassen, uns zu hassen, und nur daran denken, eine gemeinsame Heimath auf dem Boden ehemaligen jüdischen Glanzes allen denen zu gründen, welche als Juden geschlagen oder gekränkt werden, oder auch den Schutz nicht ertragen können, daß wir nicht mehr so entstellt und herabgedrückt seien.

Als vor etwa zehn Jahren die Nationaljuden in Rußland mit diesem dreifachen Programm: *„Wiederverjüngung unseres Landes, Wiedervereinigung unseres Volkes, Wiederbelebung unserer Sprache“* aufgetreten sind, da erhob sich von allen Seiten ein großer Sturm gegen dieselben. Die Fanatiker sagten: „Was, ihr wollt die Erlösung vor der Zeit herbeiführen, was soll aus dem Messiasglauben werden?“ Die Freigeister riefen: „Ihr werdet dadurch die Finsternis begünstigen“, ohne zu bedenken, daß Freiheit sich noch niemals mit Finsternis gepaart. Die Feiglinge schrien: „Wehe, wehe, was werden die Antisemiten dazu sagen“ und vergaßen ganz, daß den Juden ihre bisherige Selbstverleugnung auch wenig Nutzen gebracht. Die Opportunisten jammerten: „Warum wollt ihr uns unsere Bequemlichkeit nehmen, wir haben uns so gut eingerichtet, werden uns schon mit der Zeit besser einrichten“, ohne an die empfangenen Hiebe zu denken. Die jüdisch-nationale Partei aber ließ sich durch keine Hindernisse abschrecken, prahlerische, salbungsvolle Lügenprophezeihungen machten sie nicht irre, sie überwand alle Vorwürfe und Kämpfe, und, indem sie mit den Vorurtheilen der Väter und der Selbstverachtung der Jünglinge rang, vermochte sie es doch allmählich durch die Macht des Ideals durchzudringen und einen großen Theil des jungen Geschlechtes für sich zu gewinnen, hat sie es dahin gebracht, daß auf dem Boden der Väter

ein nationales Leben aufkommt, daß schon jetzt jüdische Bauern und jüdische Bäuerinnen in den Gauen Palästinas herumwandeln, und die judäischen Berge von hebräischen Liedern wiederhallen. Es ist ganz unzweifelhaft, daß es einer allgemeinen Volksbewegung gelingen muß, eine große jüdische Bevölkerung daselbst zu schaffen und auf den Ruinen Kanaans ein neues Israel aufzubauen. Durch ein solches Bestreben werden wir sicherlich an Achtung bei den Völkern gewinnen und es noch dahin bringen, daß die europäische Welt mit demselben Interesse, mit demselben Eifer und derselben Begeisterung von der Befreiung Israels, wie von der Befreiung des griechischen und italienischen Volkes sprechen wird.

Die meisten Verdienste um die Erreichung dieses erhabenen Zieles aber erwirbt sich die jüdisch-nationale Jugend, welche sich dieserhalb den größten Opfern und Entbehrungen unterzogen, welche ihre ganze Thatkraft in den Dienst der Zionsidee eingesetzt, ohne sich durch Bespöttelung zurückhalten zu lassen. Es ist daher nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn ich Sie auffordere mit mir in den Ruf einzustimmen: Die jüdisch-nationale Jugend, welche Israel die Freiheit bringt und es von den Ketten befreit, die es sich selbst angelegt, welche eine neue Blüthezeit für das hebräische Volk hervorrufen, welche dem jüdischen Fleiße und der jüdischen Energie neues Leben einhauchen will lebe hoch!

[12]
Das Wesen des jüdischen Nationalismus
30. Mai 1892

Selbst-Emancipation

V. Jg., Nr. 14, 18. Juli 1892, S. 142–144 (Nr. 16 u. 17, 29. August 1892, S. 168–169; Nr. 19, 9. Oktober 1892, S. 186–187); Nr. 21, 15. November 1892, S. 202

Der Nationaljude

Rede, gehalten in der ersten Sitzung des jüdisch-nationalen Vereins *„Jung-Israel“* in Berlin am 30. Mai 1892. Von *Heinrich Loewe*[1], Cand. hist.

---

* Die Gründung des jüdisch-nationalen Vereins „Jung Israel“ in Berlin im März 1892 war ein wichtiger Schritt zur Organisierung der jüdisch-nationalen Bewegung in Deutschland. Die Gründer waren Dr. Wilhelm Böhlendorff, Willy Bambus und Heinrich Loewe, der die treibende Kraft des Vereins war. Hauptzweck war die Förderung des Gefühls nationaler Zusammengehörigkeit im jüdischen Volk durch die Pflege von jüdischem Leben und Wissen. Obwohl der Verein nie eine große Mitgliederzahl hatte, spielte er eine führende Rolle in der Verbreitung des Gedankens einer jüdischen Nation unter den deutsch-jüdischen Studenten. Im Jahre 1893, also vor

Verehrte Versammlung! Meine Herren!

In Deutschland, wo *zuerst* das Licht der national-jüdischen Bewegung geleuchtet hat, wo zuerst die *Hess*[2], *Gutmacher*[3] und *Kalischer*[4] die Gedanken des Franzosen *Laharanne*[5] über die Neubelebung der jüdischen Nation

---

Herzls Auftreten, plante „Jung Israel" eine internationale Konferenz aller zionistischen Vereinigungen und nahm durch seine Zusammenarbeit mit dem Verein „Esra" und anderen palästinensischen Siedlungsgesellschaften an der praktischen Arbeit in Palästina teil. Im Jahre 1896 half der Verein, die erste Ausstellung palästinensisch-jüdischer Produkte im Palästina-Pavillon der Berliner Gewerbeausstellung zu arrangieren.

„Jung Israel" blieb in engem Kontakt mit dem Wiener Kreis um Nathan Birnbaum und versuchte mit Hilfe des deutsch-jüdischen Bankiers Heinrich Meyer-Cohn, die Zeitung „Selbst-Emancipation" zu unterstützen. Als diese Zeitung 1893 einging, wurde sie nach Berlin unter dem Namen „Jüdische Volkszeitung, früher Selbst-Emancipation" überführt. Die ersten Redakteure der Wochenschrift waren Markus Ehrenpreis und Leo Estermann, später Heinrich Loewe. Als nach kurzer Zeit auch dieses Blatt aus Mangel an Mitteln sein Erscheinen einstellen mußte, trat an seine Stelle „Zion, Monatsschrift für die nationalen Interessen des jüdischen Volkes", die von 1895–1899 erschien.

„Jung Israel" existierte ungefähr fünf Jahre und kann als ein Vorläufer der Berliner Zionistischen Vereinigung gesehen werden.

Vgl. *Jehuda Louis Weinberg*, Aus der Frühzeit des Zionismus – Heinrich Loewe, Jerusalem 1946. Die Statuten des „Jung Israel" siehe CZA, A 231/1/2; CZA, A 15/II/5 vom 25. Dezember 1895.

[1] Heinrich Loewe (1869–1951). Journalist, Historiker und Bibliothekar. Einziges deutsches Mitglied des „Russischen jüdischen wissenschaftlichen Vereins" während der 1890er Jahre in Berlin. Nahm am ersten Zionistenkongreß 1897 und mehreren folgenden Kongressen teil. Redakteur der „Jüdischen Rundschau" in Berlin 1902 bis 1908. Gehörte zu den Gegnern des Uganda-Projekts. Lebte ab 1933 in Palästina, wo er bis 1948 Direktor der Tel Aviver Stadtbibliothek war.

[2] Moses Hess (1812–1875). Philosoph. Vorläufer des modernen Sozialismus und des Zionismus. Die Blutbeschuldigung von Damaskus im Jahre 1840 erweckte in Hess jüdisch-nationale Gefühle, aber erst 1862 vertrat er in seinem Buch „Rom und Jerusalem" einen eindeutig jüdisch-nationalen Standpunkt. Die Lösung der Judenfrage sah er in dieser Schrift als einen Teil des allgemeinen menschlichen Fortschrittes.

[3] Elia Gutmacher (1796–1874). Rabbiner in Posen und Grätz. Vorläufer des Zionismus. Wie auch Kalischer trat er für eine Errichtung jüdischer landwirtschaftlicher Siedlungen in Palästina ein und sah darin einen entscheidenden Schritt in Richtung auf Israels Erlösung.

[4] Zwi Hirsch Kalischer (1795–1874). Rabbiner in Thorn und einer der ersten Vorkämpfer der Palästinabewegung. 1832 erklärte er, die Erlösung von Zion müßte mit Taten des jüdischen Volkes beginnen, dann würde das Wunder des Messias eintreten. Sein Buch „Drischat Zion" (Sehnsucht nach Zion, 1862), war das erste hebräische Buch, das in Osteuropa erschien und moderne jüdische landwirtschaftliche Ansiedlung in Palästina forderte und zur Gründung mehrerer palästinensischer Kolonisationsgesellschaften führte. Im Jahre 1864 gründete er in Berlin das „Zentralkomitee für die jüdische Kolonisation in Palästina".

[5] *Ernest(e) Laharanne.* Französischer Schriftsteller des 19. Jahrhunderts und Privatsekretär von Napoleon III. Verfaßte eine Flugschrift: La Nouvelle Question d'Orient: Empires d'Egypt et d'Arabie: Reconstruction de la Nationalité Juive

sich zu eigen machten und zuerst die Apostel jenes Jung-Israel wurden, das sich Nationaljudentum nennt, in Deutschland, sage ich, hat die jüdisch-nationale Bewegung seit den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts keine nennenswerten Erfolge mehr erzielt. Erst in den letzten Jahren gelang es, eine kleine Schaar Nationaljuden in Deutschland zu sammeln und auch die versprengten Reste jener ersten nationalen Bewegung wieder zu einigen. Der Antisemitismus, der inzwischen zu einer Bedeutung gelangt war, hat mit seinem rauhen Fuße innerhalb des Judentums alle die zarten Keime vernichtet, aus denen schon ein junges jüdisches Leben emporsprießen wollte. Die Juden, die eben noch daran denken durften, ihre nationale Ehre rehabilitieren zu wollen, sahen sich mit einem Schlage genötigt, sich auf die Abwehr der Angriffe von außen zu beschränken und die mühsam errungenen Vorteile zu verteidigen. Es war wichtiger geworden, das schon Gewonnene zu sichern, als an die Wiedererlangung der nationalen Ehre zu denken. Dazu kam, daß ein großer Teil der Nationaljuden selber sich von alten, eingewurzelten Vorurteilen nicht frei machen konnte und bald religiös-fortschrittliche, bald wieder conservativ- oder reactionär-religiöse Bestrebungen, bald irgendwelche volkswirtschaftliche Gedanken in die jüdisch-nationale Bewegung hineinzutragen sich bemüßigt fanden. In der jüngsten Zeit wiederum hat der nationale Eifer manche Anhänger unserer Idee dahin geführt, daß sie über die Emigrations- und Colonisationsfrage unserer russisch-jüdischen Brüder zum Teil die Nationalidee selbst vernachlässigt haben, – ein bedauernswertes Mißverständnis, von dem leider sehr viele von uns befangen waren. Und doch, trotz der veränderten, ungünstiger gewordenen Verhältnisse, trotz unserer eigenen Mißgriffe und Fehler, hat in letzter Zeit unser Nationalismus gerade in Deutschland so an Ausbreitung gewonnen, daß Jung-Israel einer frohen Zukunft, einer reichen Ernte entgegensehen darf.

...

Unsere Nationalgeschichte ist ein ehrenvolles Blatt der Weltgeschichte. Und anderseits könnten wir viel und mancherlei von der materiell, ideell und moralisch unwürdigen Stellung unseres Volkes in der Jetztzeit erzählen. Wir übergehen diese traurigen Erscheinungen, obwohl wir gerade zeigen könnten, wie die Nationalidee des jüdischen Volkes hier Besserung schaffen wird und teilweise sogar schon geschaffen hat. Wir wollen vielmehr hier ganz kurz zusammenfassen, was wir von Jung-Israel zu verlangen haben. *Einigkeit der Gesammtjudenheit* ist der erste Punkt unseres Programmes, Einigkeit und Einheit ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit oder religiöse Überzeugung, Einigkeit nach innen und Einigkeit nach außen, Einigkeit in den Zielen, denen unsere Nation zustreben muß, und auch Einigkeit gegenüber den Feinden unseres Volkstums. Mit der Pflege unserer Volksgeschichte muß die Bele-

---

(1860), in der er die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina vorschlug, der sich von Suez bis Smyrna erstrecken sollte. Moses Hess veröffentlichte große Teile aus diesem Werk in seinem Buch „Rom und Jerusalem".

bung unserer schönen hebräischen Nationalsprache Hand in Hand gehen. Wir wollen ferner nicht mehr etwas von dem ureigenen Wesen unseres hebräischen Volkes von uns abwerfen, ehe wir uns nicht durch genaue Untersuchung überzeugt haben, daß es wirklich mit der Fortentwicklung der Civilisation keinen gleichen Schritt gehalten; wir wollen dahin wirken, daß unser Volk als Volk unentwegt auf der Bahn fortschreitet, durch die es in den Stand gesetzt wird, als selbstständige Nation mitzuwirken an der großen Kulturarbeit der Menschheit. Wir wollen dahin wirken, daß unser jüdisches Volk endlich einmal aufhören kann, sich vor sich selbst zu graulen, daß es endlich einmal anfängt, sich selbst zu betrachten und sich selbst zu achten. *Wir stehen mitten in unserem Volke, mitten in der Menschheit. Abschließung und Absonderung kennen wir nicht und wollen wir nicht kennen!* Ebenso wie wir einen Kosmopolitismus, der den von der Natur gegebenen Boden des Nationalismus verläßt, für Schwärmerei halten, ebenso stehen wir auch nicht an, jenen Nationalismus zu verdammen, der anderen Nationen die Existenzberechtigung abspricht. Kosmopolitismus ohne Nationalismus ist Schwärmerei, und Nationalismus ohne Kosmopolitismus ist Chauvinismus. Mögen andere Nationen ihren falschen Nationalismus im Haß gegen das Fremde bethätigen, wir wollen unseren wahren Patriotismus in der Liebe zu unserem eigenen Volke zeigen. Und wir vergessen auch dabei nicht des Staates, dem wir angehören, und der Pflichten, die er uns auferlegt. *Wir sind treue deutsche Staatsbürger jüdischer Nationalität.* Wir haben die gleichen Rechte erhalten, das ist eine billige Förderung.

Und so wie wir selber national sind und auch Patriotismus haben, so ist es das beste, wir gestehen auch ein, was wir sind. Wir können und sollen stolz darauf sein, daß wir einer Race wie der semitischen, einem Volke wie dem jüdischen angehören, die einen großen Teil der modernen Kultur geschaffen und dieselbe in jeder Weise fortentwickelt haben. Wir müssen bedenken, daß wenn die Juden heute in *einem* Staate und in *einem* Lande vereinigt wären, sie das kultivirteste und intelligenteste Element unter allen Menschenrassen wären. Wir brauchen nicht erst eine vieltausendjährige, ehrenvolle Nationalgeschichte, noch die Blutsverwandschaft mit Tausenden und Abertausenden Blutzeugen des jüdischen Volkes zu leugnen, damit die schlanken Taillen gewisser jüdischer junger Leute offizierfähig werden. Wir brauchen nicht für einige kleine und kleinliche, äußerliche und materielle Vortheile an der höchsten und heiligsten und herrlichsten Idee Felonie[6] und Fahnenflucht zu begehen, um doch nichts zu erreichen. Unsere Kulturgeschichte, unsere Nationalliteratur und gar erst unsere politische Geschichte sind beredte Anwälte und Zeugen, die uns anklagen würden, wenn wir sie verrieten.

Das ist keine Absonderung von anderen Völkern – dergleichen kennt die jüdische Nation nicht – wir errichten durch das Hervorkehren des nationalen

---

[6] Treuebruch, Verrat (frz.).

Gedankens keinerlei Schranken zwischen der Judenheit und ihren Wirtsvölkern; aber wir vernichten ein für alle Male die schwarz-weiß-roten Grenzpfähle, die falscher Eifer und Opportunismus zwischen uns und den Juden verschiedener Länder errichten wollen. Meine Herren, die Idee, die wir vertreten, ist groß und herrlich und edel, möge unser Verein, möge das ganze Junge Israel, möge die hohe und heilige jüdische Nationalidee und die ganze jüdische Nation wachsen, blühen und gedeihen!

[13]
Der Zionismus kämpft für die Erhaltung des Judentums
[1894]
CZA, A 1/2/2/6, SAMMLUNG GEDRUCKTER MANUSKRIPTE

Bitte zu lesen und weiter zu geben!

Flugblatt Nr. 2 der „Jüdischen Volkszeitung"

Unsere Zukunft!

Wenn man sieht, wie angesichts der sich erneuenden Angriffe gegen das Jüdische Volk, dieses anstatt sich gegenüber der drohenden Gefahr enger zusammenzuschließen, scheinbar die Tendenz zeigt, sich allmählich aufzulösen, so muß man mit Recht die Frage aufwerfen, was geschehen kann und soll, um dem drohenden Zerfall entgegen zu arbeiten und zur

Erhaltung des Judenthums

Alles zu thun, was in unseren Kräften steht. Keine Partei im Judenthum hat es bisher verstanden, wirksam dem Verfall entgegenzutreten, weil diese Parteien nur für die *Gegenwart* kämpfen. Das ist der große Fehler, den *alle* heutigen Parteien und Richtungen sich haben zu Schulden kommen lassen. *Die*

Zionistische Partei

einzig und allein kämpft mit allen moralischen Mitteln dafür, daß das Judenthum auch eine Zukunft haben soll!

Denn darin liegt das große Geheimniss des Judenthums, daß es selbst in den allertrübsten Zeiten an seiner Zukunft nicht verzweifelt hat, daß es sich stets bewußt war und blieb, daß noch eine Zeit kommen müßte, in der es als Volk wieder zu Ehren käme! Darum wehrt es sich und muß es sich mit allen Kräften wehren, durch das Aufgehen in andere Völker zu Grunde zu gehen. Indem nun *die Zionistische Partei für die Erhaltung und Zukunft des Judenthums kämpft*, zieht sie alle diejenigen Mittel in Erwägung, die zugleich *sittlich und zweckentsprechend* sind, und sieht das wirksamste und erste Mittel

zu dauernder Erhaltung und Rettung des Jüdischen Volkes in der unzerstörbaren

Einheit der Gesammtjudenheit,

Einheit nach innen und Einigkeit nach außen. So wenig, wie die *Deutschen in Österreich oder in Kurland* bilden wir etwa einen *Staat* im *Staate*, wie man uns andichten möchte, aber wir fühlen uns überall als die Söhne des Jüdischen Stammes, der *überall in gleicher Weise verfolgt* wird. Wir sehen ferner in der Judenheit nicht nur eine Religionsgemeinschaft, sondern auch einen durch die *Bande des Blutes* geeinigten

Jüdischen Volksstamm

und glauben, daß es zum mindesten ebenso anständig und recht ist, *jüdisch-national* wie etwa wendisch-, polnisch- oder litthauisch-national zu sein. Das hat aber nichts mit unsern Rechten als Staatsbürger zu schaffen. Wir haben die gleichen Ansprüche auf das deutsche Bürgerrecht wie die *Polen* in Posen und Westpreußen, die *Wenden* im Spreewalde, die *Dänen* in Nord-Schleswig und die *Franzosen* in Lothringen. *Die Staatsbürgerrechte sind nicht abhängig von einer bestimmten politischen oder religiösen Überzeugung, noch auch von der Abstammung und Nationalität, sondern einzig und allein von der Übernahme der Staatsbürgerpflichten!*

Als *Bürger* unseres Staates wollen wir, soviel wir nur können, dem Wohle des Volkes nützen, unter dem wir wohnen, und uns als *gute und treue Staatsbürger bethätigen. Die gleichen Pflichten bedingen die gleichen Rechte, und die gleichen Rechte erfordern die gleichen Pflichten!*

Als *Juden* wollen wir:

Die Erhaltung des Judenthums und seiner Kultur,

wir wollen, daß die jüdische Eigenart nicht vernichtet werde, welche die Bibel geschaffen, und auf deren Schultern ein großer und wesentlicher Theil der modernen Kultur beruht. Indem sich das Judenthum in seine *eigene* Kultur vertieft, ist es am allermeisten in der Lage, zu der *Gesammtentwicklung der Kulturmenschheit* wirksam beizutragen. Darum, und weil es die Pflicht jedes auf Bildung Anspruch machenden Menschen ist, die Geschichte und Vergangenheit seines eigenen Stammes zu kennen, verlangt die *zionistische Partei* das eingehendste Wissen der Juden von der

Jüdischen Geschichte und Litteratur!

Indem die *Zionistische Partei* ferner in Erwägung zieht, daß eine Beschäftigung mit der jüdischen Litteratur nur dem des Hebräischen Kundigen möglich ist, daß ebenso wie die ältesten Denkmale unserer Kultur in der hebräischen Mundart uns überliefert sind, so auch *heute wieder* eine neue, hebräische Literaturblüthe dem Jüdischen Volke zu Theil wurde, und daß es endlich eines geistig so hoch stehenden Volkes wie des Jüdischen, unwürdig ist, seine eigene Sprache nicht zu kennen, verlangt die Zionistische Partei die eingehendste Beschäftigung mit der

Hebräischen Sprache!

Die *Zionistische Partei* ist aber nicht nur eine *kulturelle*, sondern auch eine *sociale Partei!* Indem sie einerseits die *„Erhaltung altjüdischer Moral und Sitte“* verlangt, sucht sie andererseits die *wirthschaftlich-sociale Gesundung des jüdischen Volksstammes* zu bewirken. Indem sie weiß, daß dem Judenthume ein *Bauernstand* geschaffen werden muß, daß dies Hand in Hand gehen muß mit der Gründung einer Zuflucht und einer Heimath für verfolgte und vertriebene Brüder, verlangt die Zionistische Partei die

Schaffung eines Jüdischen Bauernstandes durch Kolonisation Palästinas.

Indem wir für diese Ideale, für die Zukunft des Judenthums einen begeisterten Kampf führen, fordern wir unsere Jüdischen Mitbürger auf, für das Judenthum zu leben und zu kämpfen, indem sie *sich der Zionistischen (national-jüdischen) Partei anschließen!*

...

[14]
Aufruf der „Vereinigung Jüdischer Studierender“ zu Berlin
[4. JULI 1895]
CZA, A 231/4/2

Jüdische Kommilitonen!

Der Haß und die Verachtung, welche uns rings umdrängen, weil wir Juden sind, wird auch Euch nicht verschont haben. Euren Glauben, Eure Abstammung hat man Euch zum Vorwurf gemacht, *Eure Eltern* hat man beschimpft.

---

* Trotz unermüdlicher und enthusiastischer Bemühungen gewann „Jung Israel“ unter den in Deutschland geborenen Juden nur wenig Anhänger. Die wenigen, die sich anschlossen, waren großenteils Söhne früherer russischer Einwanderer. Dr. Max Oppenheimer, der sich nicht lange vorher der jüdischen Nationalbewegung angeschlossen hatte, erkannte, daß sowohl „Jung Israel“ wie auch der „Russische jüdische wissenschaftliche Verein“, dessen Mitgliedschaft meist aus russischen und galizischen Studenten bestand, die sich in Temperament und Einstellung sehr von ihren Kommilitonen unterschieden, nicht imstande sein würden, die deutsch-jüdischen Studenten heranzuziehen. Er gründete daher 1893 die „Jüdische Humanitätsgesellschaft“, die mit den Ideen des „Vereins“ und „Jung Israels“ sympathisierte. Ihre Mitglieder Adolf Friedemann, Arthur Hantke und Walter Munk waren alle in Deutschland geboren.

Die Mitglieder von „Jung Israel“ und der „Jüdischen Humanitätsgesellschaft“ vereinigten sich am 4. Juli 1895 zur „Vereinigung Jüdischer Studierender an der Universität Berlin“. Schon die Wahl des Namens deutete auf ihre nationale Ein-

Kommilitonen! Das Wort *„Jude"*, das man Euch als Schimpfwort zurief, sollt Ihr von nun an als *Ehrennamen* tragen. Erinnert Euch, daß es die stolzesten Parteien in der Geschichte, die charaktervollsten Männer waren, welche freudig den Namen trugen, durch den ihre Feinde sie der Verachtung preiszugeben trachteten. Wie die Geusen, die edlen Freiheitskämpfer der Niederlande, sich selbst stolz als „Bettler" bezeichneten, so wollen wir den Namen „Jude", die gelbe Farbe, die man unsern Vätern als Schandfleck auf das Gewand geheftet, als Ehrenzeichen tragen.

Wir *Juden* sind *stolz* auf unsere Vergangenheit, auf unsern Stamm, der zuerst die Grundlagen der Sittlichkeit gepredigt, auf unser Volk, das der Welt einen Gott gegeben, auf unsere Väter, die auch in den Zeiten grimmigster Verfolgung und tiefster Demütigung ihre Würde nie verleugneten!

Kommilitonen! Wer sollte da *schmachvoll* Verrat üben, um äußerer Ehren willen, wer sollte da *treulos* die zerschossene Fahne verlassen?!

„Blau, weiß und gelb wehn uns die Fahnen,
Die wir erwählt zu unserm Ehrenschild,
Sie sind ererbt von unsern edlen Ahnen,
Des Judentumes und der Treue Bild."

Kommilitonen! Helft uns diese Farben schützen, kämpfet mit uns für unser Judentum *durch Pflege der jüdischen Geschichte und Litteratur, durch Stählung der Körperkraft, durch Hebung des Selbstbewußtseins unserer jüdischen Brüder!* Tretet ein in unsere Reihen, streitet mit uns *für unsere Ehre, für Eure Ehre!*

Die „Vereinigung Jüdischer Studierender" [1]
zu Berlin.

Schlußkneipe, Ferienkneipen und Antrittskneipe der V.J.St. werden am schwarzen Brett der Universität bekannt gemacht.

---

stellung hin; die neue Verbindung nahm einen Namen an, der wohl jeden an den „Verein Deutscher Studenten" erinnern mußte, die akademische Brutstätte der deutschen nationalistischen Reaktion gegen die Emanzipation der Juden. Die Führer dieser Verbindung waren Walter Munk (Erster Vorsitzender), Robert Hantke (Zweiter Vorsitzender), Dr. Ernst Kalmus (Schriftführer), Theodor Zlocisti (Kassenwart), Dr. Heinrich Loewe (Turn- und Fechtwart). Die Farben der Vereinigung waren Blau-Weiß-Gelb.

Die „Vereinigung Jüdischer Studierender" muß als die Wiege des KJV, der zionistischen Studentenvereinigung, angesehen werden. Eine Anzahl ähnlicher Vereine wurde an den Universitäten Breslau, München, Leipzig und an der Technischen Hochschule Charlottenburg gegründet.

Vgl. Zion, Monatsschrift für die nationalen Interessen des jüdischen Volkes, 20. Juli 1895 ff. und *Richard Lichtheim,* Die Geschichte des deutschen Zionismus, Jerusalem 1954.

[1] Der Name wurde später in „Verein Jüdischer Studenten an der Universität Berlin" abgeändert.

[15]
THESEN DER „NATIONAL-JÜDISCHEN VEREINIGUNG“ IN KÖLN
[ANFANG 1896?]
CZA, A 147/23/3

National-jüdische Vereinigung

Köln, Datum des Poststempels[1]

Verehrter Gesinnungsgenosse!

Der Zionsgedanke gewann in den letzten Jahren auch in Deutschland an Kraft. Die jüdische Volksseele erwachte, und begeisterte die besten Stammesgenossen für die Sache der jüdischen Zukunft. Immer größer wird die Zahl der Einsichtigen, die zu der Überzeugung gelangen, daß es *nur ein Mittel zur Lösung der Judenfrage*, zur Befreiung der Juden von geistiger und sozialer Not gibt: *die Gründung eines eigenen Gemeinwesens auf dem historisch geweihten Boden unserer Väter.* Ganz impulsiv erwachte bei Manchem das national-jüdische Bewußtsein und die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Regeneration Israels auf nationaler Grundlage.

Allein noch stehen die Zionisten in Deutschland vereinsamt und entbehren einer umfassenden Organisation. Ohne einheitliches Vorgehen aber ist jede größere Aktion zur Verbreitung unserer Ideen unmöglich. Wir haben uns daher entschlossen, den Versuch zu machen, die Zionisten in Deutschland zu sammeln, und sie durch das Band der gemeinsamen Gesinnung zu vereinigen. Wir wissen wohl, daß unter den Zionisten in einzelnen Punkten noch verschiedene Meinungen herrschen, das darf aber Niemand abhalten, sich der einheitlichen Organisation anzuschließen. Es gilt vor allem, Führer der zionistischen Bewegung auszubilden und unter unseren Stammesgenossen den jüdisch-nationalen Geist zu wecken und zu pflegen. Das kann aber ohne rationelle Organisation nicht erreicht werden. Die Organisation denken wir uns als eine möglichst lose, daß nur die Grundideen des Zionismus das Eini-

---

* Anfang 1896 gründeten Max Bodenheimer, Fabius Schach, David Wolffsohn, Moritz Levy und Rahel Apfel die „National-jüdische Vereinigung“ in Köln.

[1] Das Gründungsdatum der „National-jüdischen Vereinigung“ in Köln ist fraglich. Gewöhnlich wird Anfang 1897 als Datum angegeben (Jüdisches Lexikon, Bd. V, 1623; *Lichtheim*, aaO., S. 134). *Max Bodenheimer* scheint in einem Kapitel seiner Memoiren (So wurde Israel) auf 1894 als Gründungsjahr der Vereinigung hinzuweisen. Sicher ist, daß die Organisation vor 1897 schon bestand, weil Bodenheimer seine ‚Thesen‘ oder ‚Grundsätze‘, wie er sie nannte, mit einem Begleitbrief an Theodor Herzl am 28. Mai 1896 gesandt hat. (Vgl. *Henriette Hannah Bodenheimer* (Hrsg.), Im Anfang der zionistischen Bewegung. Eine Dokumentation auf der Grundlage des Briefwechsels zwischen Theodor Herzl und Max Bodenheimer von 1896 bis 1905, Frankfurt a. M. 1965, S. 21–24.)

gungsband für alle Zionisten Deutschlands bilden. Als Grundideen betrachten wir folgende:

Thesen

der national-jüdischen Vereinigung Köln.[2]

I.

Durch gemeinsame Abstammung und Geschichte verbunden, bilden die Juden aller Länder eine nationale Gemeinschaft. Die Betätigung patriotischer Gesinnung und die Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten seitens der Juden insbesondere der deutschen Juden für ihr deutsches Vaterland wird durch diese Überzeugung in keiner Weise beeinträchtigt.

II.

Die staatsbürgerliche Emancipation der Juden innerhalb der anderen Völker hat, wie die Geschichte zeigt, nicht genügt, um die sociale und kulturelle Zukunft des jüdischen Stammes zu sichern, daher kann die endgültige Lösung der Judenfrage nur in der Bildung eines jüdischen Staates bestehen; denn nur dieser ist in der Lage die Juden als solche völkerrechtlich zu vertreten und diejenigen Juden aufzunehmen, die in ihrem Heimatland nicht bleiben können oder wollen. Der natürliche Mittelpunkt für diesen auf legalem Wege zu schaffenden Staat ist der historisch geweihte Boden Palästinas.

---

[2] Die Thesen, die von Bodenheimer gemeinsam mit anderen in Köln formuliert worden waren, wurden von einigen älteren Chowewe Zion in Deutschland nicht bereitwillig akzeptiert. So zum Beispiel befürchtete Professor Hermann Schapira in Heidelberg, daß sie zu Uneinigkeit unter den Juden führen könnten. Seiner Ansicht nach konnte diese Gefahr von seinen jungen zionistischen Gesinnungsgenossen ausgehen (d. h. Bodenheimer und dessen Freunden), die in ihrer Begeisterung doktrinär werden und dadurch eine doktrinäre Opposition hervorrufen könnten. Bodenheimer seinerseits begrüßte die Opposition – wenigstens anfänglich. Seine Ziele waren mehr politisch-zionistischer als Chowewe-zionistischer Natur, und in dieser Hinsicht stimmte er völlig mit Theodor Herzl überein.

Die Thesen weichen von Herzls Ansichten in einem wesentlichen Punkt ab. Bodenheimer und seine Kollegen hielten die Frage, was die zionistische Einstellung deutscher Zionisten in bezug auf den gegenwärtigen Stand der Bürgerrechte bedeuten könnte, für wichtig genug, um sie besonders zu erwähnen. Sie akzeptierten auch nicht Herzls vereinfachten Standpunkt, daß Zionismus von vornherein Verzicht auf jede andere als die jüdische Staatsangehörigkeit mit sich brächte. Der erste Satz der Thesen macht diese Stellung klar. Für spezifische Einzelheiten und Probleme dieser Thesen vgl. die Korrespondenz zwischen Schapira und Bodenheimer in: *Henriette Hannah Bodenheimer* (Hrsg.), Toldot Tochnit Basel (hebr., Geschichte des Baseler Programms), Jerusalem 1947. Außerdem *Ben Halpern*, The Idea of the Jewish State, 2. Auflage, Cambridge 1969, S. 136–139.

III.

Dieses Endziel muß sowohl durch die Hebung des jüdischen Selbstbewußtseins als durch zielbewußte praktische Thätigkeit vorbereitet werden. Als Mittel hierzu dienen:

a) Die Förderung der jüdischen Kolonien in Syrien und Palästina.

b) Die Pflege jüdischen Wissens und jüdischer Sitte (Literatur, Geschichte und hebräische Sprache).

c) Die Verbesserung der socialen und kulturellen Lage der Juden.

Wer sich zu diesen Thesen bekennt ist für uns ein Zionist, mit dem wir zusammen arbeiten können. Den Organisationsplan denken wir uns folgendermaßen:

1. In jeder Stadt, wo auch nur einige Zionisten vorhanden sind, treten dieselben zu einer Vereinigung auf Grund der obigen Thesen zusammen. Diese Vereinigung hat regelmäßige Zusammenkünfte zum Zwecke der Vertiefung und Orientirung.

2. Jede solche Vereinigung wählt einen Vertrauensmann aus ihrer Mitte, der mit der Centrale in Fühlung steht.

3. Die Centrale verkehrt mit den Vertrauensmännern regelmäßig durch Briefe und Rundschreiben, sie gibt Flugblätter heraus, betreibt die Propaganda und beruft einmal jährlich einen Delegirtentag der deutschen Zionisten ein.

4. Ort der Centrale ist bis zur defini[ti]ven Bestimmung des nächsten Delegirtentages *Köln am Rhein.* Als ersten Schritt zur Erreichung dieser Organisation erachten wir die Herstellung eines Verzeichnisses der deutschen Nationaljuden. Wir bitten Sie daher, uns gütigst die Namen aller Ihnen bekannten Gesinnungsgenossen anzugeben und uns mit Rat und That bei unserm Unternehmen zu unterstützen.

Briefe sind zu richten an die Adresse des *Herrn Rechtsanwalt Dr. Bodenheimer in Köln, Hohenzollernring No. 18.*

Mit Zionsgruß

Die nationaljüdische Vereinigung in Köln.

I. A.
Der geschäftsführende Ausschuß

Rechtsanwalt *Dr. Bodenheimer. D. Wolffsohn*[3]. *Mor. Levy* jr.[4]

[3] David Wolffsohn (1856–1914). Geboren in Litauen, später beruflich tätig in Memel und Ostpreußen, wurde 1888 Teilhaber in einer Holzfirma und ließ sich in Köln nieder. Seit 1892 für den Gedanken der Wiederbelebung Palästinas tätig und seit 1896 in enger Freundschaft mit Theodor Herzl verbunden, dessen Nachfolger er als Präsident der Zionistischen Weltorganisation von 1905–1911 wurde.

[4] Mitglied des „Vereins zur Förderung der jüdischen Ackerbaukolonien in Syrien und Palästina".

[16]
FÜR HERZLS JUDENSTAAT
3. JUNI 1896
CZA, NA 1 (1–3)

Dr. J. Rülf, Memel, den 3ten Juni 1896
Rabbiner

Herrn Dr. Th. Herzl [1], Wien

Vielgeehrter Herr Doktor,

Gestern und heute habe ich Ihren „Judenstaat" zum ersten Male ganz gelesen. Sehr viele Male getäuscht, habe ich trotzdem wieder geglaubt, die vielen kleineren und größeren Auszüge wohlwollender und miswollender Art könnten mir die Schrift ersetzen und ich sagte und dachte, was will denn der Herzl, was der da gesagt hat das habe ich in meinen Schriften, das hat mein Freund Dr. Pinsker in Odessa längst auch und vielleicht ebenso gut gesagt und haben es auch ganz gewiß eben so gut gemeint, wie er. Nachdem ich Ihre Schrift gelesen bin ich anderer Meinung geworden. Gewiß unsere Worte laufen auf Eins hinaus und trotzdem, welch ungeheurer Unterschied. Wir sprachen als warmfühlende, begeisterte, von der Leidensgeschichte unseres Volkes bis ins Lebensmark durchdrungene erschütterte Männer, allein es fehlte uns etwas, was Sie in reichstem Maße besitzen. Welterfahrung, wirtschaftliches Geschick, politischen Scharfblick, staatswissenschaftliche und staatsrechtliche Kenntnis und Erkenntnis und journalistische Gewandtheit.

Beim Lesen sind mir gar viele Zweifel und Unvollkommenheiten aufgestoßen und als ich das ganze beendet hatte wußte ich von alldem nichts mehr, als daß auf Seite 84 erste Reihe ein e auf dem Kopf stand. Alles war vergessen und verschwunden nur die volle Zustimmung, welche ich Ihrer Darlegung zu spenden mich gezwungen fühlte.

Als ich im Jahre 1883 mein „Aruchas Bas-Ammi" schrieb, „ein ernstes Wort an Glaubens- und Nichtglaubensgenossen", da habe ich alle Ihre Gedanken und Vorschläge nur schüchtern auszudenken vermocht. Einesteils aus den eben angedeuteten Gründen unserer Unzulänglichkeit, andererseits weil wir damals noch allzusehr unter dem Banne der Assimilation niedergedrückt

[1] Theodor Herzl (1860–1904). Vater des politischen Zionismus und Begründer der Zionistischen Weltorganisation. Von 1891–1895 Korrespondent der „Neuen Freien Presse" in Paris, wo er den Dreyfus-Prozeß miterlebte. Im Februar 1896 veröffentlichte Herzl den „Judenstaat". In dieser Abhandlung analysierte er die Judenfrage und schlug als ihre einzige Lösung die Errichtung eines jüdischen Staates vor. Als erstes sollte die politische Grundlage gelegt werden, der zweite Schritt die organisierte Masseneinwanderung der Juden in ihr neues Land sein. Viele Chowewe Zion nahmen Herzls Gedanken auf, und in kurzer Zeit wurde er der Führer der zionistischen Bewegung.

und niedergehalten lebten – das Verdienst wollen wir für uns in Anspruch nehmen, diesen Bann mit der Zeit gebrochen zu haben, derart daß das Volksbewußtsein sich heute frei auszusprechen vermag.

Genehmigen Sie den Ausdruck freundlichen und freundschaftlichen Gefühls,

Ihr
Dr. Rülf.

[17]
VORBEREITUNG DES ZIONISTENKONGRESSES
[ENDE MAI 1897]
CZA, A 1/VI/2/20

Correspondenz

der National-Jüdischen Vereinigung in Köln

Streng vertraulich.

Sehr geehrter Gesinnungsgenosse!

Die folgenden Mittheilungen haben den Zweck, die Beziehungen der deutschen Zionisten zu der provisorischen Centrale in Köln zum Zwecke der Organisation zu festigen.

Die Mittheilungen der N.J.V. werden zwar in der Regel durch die in Wien erscheinende Wochenschrift „Die Welt“ [1] erfolgen, da diese Wochenschrift als solche hierfür geeigneter ist, wie die „monatlich“ erscheinende Zeitschrift „Zion“.

Da wir jedoch nicht ohne Weiteres voraussetzen können, daß die sämmtlichen deutschen Zionisten regelmäßige Leser der „Welt“ sind; auch manche Angelegenheiten besser vertraulich, also nicht öffentlich besprochen werden, so werden wir Ihnen, falls Sie sich bereit erklären, für die zionistische Idee als Vertrauensmann zu wirken, regelmäßig die von Zeit zu Zeit erscheinende Correspondenz unserer Vereinigung zusenden.

...

3. *Der Münchener Congress.*

Das Projekt des Münchener Congresses hat in Deutschland seitens unserer Stammesgenossen durchaus keine günstige Aufnahme gefunden, ja, Vereine und Körperschaften haben direkt eine feindselige Stellung dagegen eingenommen. [2] Die Gründe sind offensichtlich. Es herrscht die Furcht, daß durch

[1] „Die Welt“ von Herzl gegründete zionistische Wochenschrift, erschien in Wien von 1897–1905, in Köln von 1906–1911 und in Berlin von 1911–1914. Herzl widmete einen Großteil seiner Kräfte und seines Privatvermögens dem Aufbau dieser Zeitschrift.

[2] Als Ende Mai 1897 bekannt wurde, daß die Zionisten am 25. August einen Kon-

die Kundgebung nationaler Sonderbestrebungen den Antisemiten eine Waffe in die Hand gegeben würde, und daß selbst billig denkende Christen in der Vertheidigung der politischen Rechte der Juden in Folge dessen lässig werden könnten. Es wird Aufgabe der deutschen Zionisten sein, durch entsprechende Resolutionen auf dem Congress, diese Furcht zu zerstreuen, und den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, daß die zionistische Idee in ebenso großem Maaße zum Wohle der Völker, als zum Heile der Judenheit gereichen wird.

...

6. *Vorconferenz deutscher Zionisten.*

Zur Besprechung aller hier oben angedeuteten Fragen, sowie insbesondere zur Ausarbeitung bestimmter Vorschläge für den Münchener Congress ist es unbedingt erforderlich, daß sich die deutschen Zionisten versammeln, sich als besondere Gruppe constituiren. Es wird zu diesem Zwecke zunächst eine Versammlung unserer Gesinnungsgenossen aus Deutschland am *11. Juli in Bingen* stattfinden, und werden Sie freundlichst zur Betheiligung hierbei eingeladen. Jedenfalls bitten wir Sie, Ihre Wünsche und Vorschläge dem Bureau der N.-J. Vereinigung in Köln rechtzeitig mitzutheilen. Die Anmeldungen zur Vorconferenz sind an den Unterzeichneten zu richten, welcher Ort und Zeit der Zusammenkunft den Theilnehmern bezeichnen wird. *Wir bitten Sie hiernach, auf beiliegender Karte sich gefl. darüber erklären zu wollen, ob Sie bereit sind, als unser Vertrauensmann an der Organisation unserer Vereinigung mitzuwirken, indem wir ausdrücklich bemerken, daß vorläufig, um den eigenartigen Verhältnissen Rechnung zu tragen, strenge Diskretion gewahrt werden [muß]. Wenn Ihnen unsere große Sache am Herzen liegt, so werden Sie gewiß gerne dieses kleine Opfer an Zeit und Kraft bringen, um unsere Bewegung in solche Bahnen zu lenken, daß unsere Gegner verstummen, und die große Masse der Indifferenten zu eifrigen Anhängern geworben werden kann.*

Beiträge zum Fond[s] für Agitation und Propaganda möge jeder nach seinem Vermögen an den Cassirer der Vereinigung Herrn D. Wolffsohn, Karolingerring 34, oder an den Unterzeichneten einsenden.

Köln, Datum des Poststempels.

Mit Zionsgruß!

Die National-Jüdische Vereinigung

I. A.:

Dr. Bodenheimer,
Rechtsanwalt.

---

greß nach München einberufen wollten, kam unter den Juden in Deutschland sofort Widerstand auf, besonders von seiten des Rabbinerverbandes. Daraufhin fand der erste Zionistenkongreß am 29. August 1897 in Basel und nicht in München statt.

[18]
Erster Delegiertentag in Bingen
11. JULI 1897
CZA, A 15/II/13; A 1/2/2/6, SAMMLUNG GEDRUCKTER MANUSKRIPTE

Delegirtentag zu Bingen den 11. Juli 1897.

Auf Einladung seitens der National-Jüdischen Vereinigung zu Köln versammelten sich heute Vormittag 11 Uhr auf dem Bureau unseres Gesinnungsgenossen Rechtsanwalt Dr. Schauer die Delegirten der zionistischen Gruppen in Berlin (Herr Estermann [1]) Heidelberg (Prof. Dr. Schapira) Frankfurt a. M. (Herren Maschinenbauer Birkenstein und Weinhändler Goitein) Bingen (Rechtsanwalt Dr. Schauer [2]) und Köln (Rechtsanwalt Dr. Bodenheimer, Holzhändler Wolffsohn, Schriftsteller Schach [3], Zahnarzt Dr. Rubinsohn, Kaufmann Wolff und Buchhalter Leiser).

Es fand zunächst ein reger Gedankenaustausch statt, der dazu diente, den bis dahin einander noch unbekannten Gesinnungsgenossen die Möglichkeit zu bieten, die Übereinstimmungen ihrer Meinungen bezügl. Organisation und Agitation für Ausbreitung der zionistischen Idee herbeizuführen.

Nach einem solennen Mittagessen begann dann die eigentliche Sitzung um 3 Uhr Nachmittags. Es wurde zunächst das Bureau der Versammlung konstituirt, indem Dr. Bodenheimer (Köln) als Vorsitzender und Rechtsanwalt Dr. Schauer und Leiser als Protokollführer gewählt wurden.

Herr Dr. Bodenheimer begrüßte die Versammlung, wies auf die hauptsächlichste Aufgabe der Vorkonferenz hin, etwa zwischen den Gesinnungsgenossen obwaltende Mißverständnisse aufzuklären, betonte insbesondere,

---

* Die Konferenz in Bingen, der erste Delegiertentag deutscher Zionisten, trat am 11. Juli 1897 zusammen. Hauptzweck dieser Zusammenkunft war es, eine einheitliche Stellungnahme aller deutschen Zionisten vor dem in Basel bevorstehenden ersten Kongreß herbeizuführen. Auf diesem Delegiertentag wurde ein neuer Name geprägt, der den nationalen Charakter betonen sollte – „National-jüdische Vereinigung für Deutschland". Das Hauptquartier blieb in Köln. Der Delegiertentag schloß mit folgender Botschaft an Theodor Herzl: „Die soeben hier konstituierte Vereinigung deutscher Zionisten begrüßt ihren tapfern Mitkämpfer herzlichst."

[1] Arieh (Leib) Leo Estermann (1869?–1944). Chemiker. Kam aus Litauen nach Berlin und schloß sich „Jung Israel" an. Ließ sich vor dem ersten Weltkrieg in Palästina nieder und gründete dort nach dem Krieg die „General Mortgage Bank for Palestine".

[2] Rudolf Schauer (1869–1930). Rechtsanwalt. Sprach auf dem ersten Zionistenkongreß (1897) über die Lage der Juden in Deutschland.

[3] Fabius Schach (1868–1930). Lehrer und Journalist. Sekretär des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus in Köln. Gehörte zu den ersten Mitarbeitern Bodenheimers. Nahm am ersten Zionistenkongreß teil, überwarf sich mit Theodor Herzl und arbeitete später für antizionistische Zeitungen und Zeitschriften.

daß wie in andern Ländern, so auch in Deutschland die Idee eines zionistischen Kongresses insoweit befruchtend gewirkt habe, als durch denselben die zionistischen Kreise in die Notwendigkeit versetzt seien, sich zu organisieren, um zu dem Kongreß und auf demselben eine bestimmte Stellung einzunehmen. Er spricht den Wunsch aus, daß die Verhandlungen das Ergebnis haben möchten, eine Organisation zu schaffen, die es auch der gemäßigten Richtung unter unsern Gesinnungsgenossen [4] ermöglicht, gemeinsam an der Förderung und Verbreitung unserer Idee unter der Masse der jüdischen Bevölkerung zu arbeiten. Derselbe berichtet sodann über die bisherige Thätigkeit der National-Jüdischen Vereinigung in Köln und konstatiert, daß über 100 Zuschriften mehr oder weniger zustimmenden Inhalts, die aber im Wesentlichen auf dem Boden unserer Thesen stehen, an dieselbe gelangt sind und bringt einige derselben zur Verlesung, u. a. diejenigen der Herren Dr. Belkowsky in Sofia, Dr. Badt [5] in Breslau, Dr. Schapira in Heidelberg, der Herren Rabbiner Dr. Rülf, Memel, Dr. Salvendi, Dürkheim, Dr. Kaminka [6], Prag usw., sowie der Herren Dr. med. Fränkel in Zittau, Dr. Kassel in Reinickendorf, mehrerer Rechtsanwälte und sonstiger Juristen und einer stattlichen Anzahl angesehener Kaufleute u. Akademiker. Er teilte ferner mit, daß über 20 Herren in verschiedenen Städten das Amt eines Vertrauensmannes übernommen haben und daß ein reges Interesse für unsere Sache sich kundgegeben habe . . .

. . .

[19]
PROTEST GEGEN DIE „PROTESTRABBINER“
23. JULI 1897

Die Welt
Nr. 8, Wien, 23. Juli 1897, S. 4

Gegen die „Protestrabbiner“ [1]

Aus *Köln* wird uns geschrieben: Die „national-jüdische Vereinigung für Deutschland“ erläßt in den großen deutschen Tagesblättern folgende von *Bin-*

[4] Gemeint ist wahrscheinlich Prof. Hermann Schapira.

[5] Benno Badt (1842?–1909). Professor am Breslauer Johannes-Gymnasium.

[6] Armand (Ahron) Kaminka (1866–1950). Hebräischer Schriftsteller und Forscher, Mitarbeiter des „Hameliz“. 1893–1897 Prediger in Prag, übersiedelte 1900 nach Wien, wanderte 1938 in Palästina ein.

* Der sechste Punkt der Agenda in Bingen wurde von Leo Estermann folgendermaßen formuliert vorgeschlagen: „Die Kölner National-Jüdische Vereinigung möge im Namen zionistischer Kreise Deutschlands eine Gegenerklärung gegen die Erklärung des Ausschusses des deutschen Rabbiner-Verbandes erlassen.“ Vgl. CZA, A 15/II/13.

[1] Von Theodor Herzl in dem zionistischen Zentralorgan „Die Welt“ vom 16. Juli

gen 11. Juli datirte Erwiderung auf die Erklärung des „Deutschen Rabbinerverbandes": 1. Es ist unrichtig, daß die zionistischen Bestrebungen den messianischen Verheißungen des Judenthums widersprechen. Wir verweisen in dieser Hinsicht nur auf das von einer der hervorragendsten rabbinischen Autoritäten, Rabbi Kalischer, unter dem Titel „Dr[is]chat Zion" veröffentlichte Werk, aus welchem das Gegentheil der Rabbinererklärung unwiderruflich hervorgeht. Mit dem Lehrinhalte des Judenthums beschäftigen sich übrigens unsere Bestrebungen überhaupt nicht, dieselben sind vielmehr lediglich darauf gerichtet, den abnormen Zustand des jüdischen Volkes zu beseitigen. 2. Den in der Rabbinererklärung durch die gänzlich unmotivirte Hervorhebung ihrer Vaterlandsliebe unterstellten Vorwurf, als ob die Zionistische Gesinnung uns an der Bethätigung vaterländischer und staatsbürgerlicher Pflichten hindere, weisen wir als eine jeder Begründung entbehrende Verdächtigung ganz entschieden zurück. 3. Daß die „edlen Bestrebungen, welche auf die Colonisation Palästina's durch jüdische Ackerbauer abzielen", mit den unsrigen nicht zu identifiziren sind, geben auch wir zu. Wenn wir aber dieselben von unserem Standpunkte aus ebenfalls unterstützen, so kann dies doch weder uns noch auch diesen Bestrebungen irgendwie zum Tadel gereichen. Vor dem Congresse in Basel zu warnen, liegt für Niemanden, am wenigsten für den „Deutschen Rabbinerverband" eine Veranlassung vor. Der Congreß wird sich hoffentlich zu einer imposanten Kundgebung dafür gestalten, daß das jüdische Volk auch heute auf seine nationale Existenz noch nicht verzichtet, sondern gewillt ist, als Volksindividualität Hand in Hand mit den anderen Nationen an dem Fortschritt der menschlichen Cultur zu arbeiten. Die Sympathien aller rechtlichen und vorurtheilslos denkenden Menschen bei der Förderung dieser Bestrebungen werden gewiß auf unserer Seite sein.

1897 gebrauchte Bezeichnung für die deutschen Rabbiner, die zwei Monate vor Eröffnung des ersten Zionistenkongresses in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums" eine von dem Vorstand des Rabbinerverbandes in Deutschland unterzeichnete „Protesterklärung" gegen die „sogenannten Zionisten" erlassen hatten. Darin wurde ausgeführt, daß: 1. Die Bestrebungen der „sogenannten Zionisten" den messianischen Verheißungen des Judentums widersprächen, 2. das Judentum seine Bekenner verpflichte, den nationalen Interessen des Vaterlandes, dem sie angehören, mit allen Kräften zu dienen, 3. mit dieser Verpflichtung die Bestrebungen auf die Kolonisation Palästinas nicht in Widerspruch ständen, da sie „zur Gründung eines nationalen Staates keinerlei Beziehungen" hätten. In einem Schlußsatz wurde zusammenfassend betont, daß „Religion und Vaterlandsliebe die Pflicht auferlegen", sich von den zionistischen Bestrebungen und dem geplanten Kongreß fernzuhalten.

Vgl. Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung des Rabbiner-Verbandes in Deutschland zu Berlin am 1. und 2. Juni 1898.

[20]
Jüdischer Nationalismus und deutscher Patriotismus
[JULI/AUGUST] 1897
CZA, W 147/1

Flugblatt No. 2

Herausgegeben von der National-Jüdischen Vereinigung für Deutschland in Köln

Der Nationaljude als Staatsbürger.

Es ist von jüdischer Seite die Behauptung aufgestellt worden, die Nationaljuden oder Zionisten seien keine guten Patrioten. So betrübend es ist, daß dieser Angriff von Juden ausgeht, welche doch an ihrem eigenen Leibe erfahren haben dürften, wie unehrlich und ungerecht es ist, solche Vorwürfe in Bausch und Bogen gegen politische und religiöse Gemeinschaften zu erheben, müssen wir uns mit unseren Gegnern befassen.

. . .

Der Jude kann seine Nationalität gar nicht verleugnen, ebensowenig wie er seine Geburt ungeschehen machen kann. *Es kann jemand seinen Glauben wechseln, seine Nationalität doch nicht.* Und seine Nationalität zu verleugnen, ist das nicht ein Verrath nicht nur an seinem Volke, sondern auch an seinem Glauben, an seiner ruhmvollen Vergangenheit, an dem Heiligen Lande, das der Israelit seine Urheimat nennt – an seinem Gott, an seinem ätherreinen Sittengesetze? Aber Gottesglaube und Sittengesetz, wird gesagt, sind doch nur die Hauptbestandtheile des jüdischen *Glaubens*, die *Nationalität* hat damit nichts zu schaffen. Wenn das nicht böswillige Verdrehung ist, so muß es wenigstens als schwerer Irrthum bezeichnet werden. Dieser Gottesglaube, dieses Sittengesetz bilden das geistige Wesen dieses Volkes; sie sind gleichsam sein spiritus familiaris und haben aus der Volksseele heraus ihren Ursprung genommen.

. . .

---

* In den Jahren 1897/98 veröffentlichten die deutschen Zionisten eine Anzahl Flugblätter, die das Programm der neu entstehenden nationalen Organisation verkündeten oder als Widerlegung von Angriffen gegen den Zionismus gedacht waren. Das Flugblatt Nr. 2 ist eine Antwort auf die Angriffe der Rabbiner S. Maybaum, Berlin und H. Vogelstein, Stettin, die mit anderen zusammen die Protestbewegung gegen die Einberufung eines Kongresses nach München angeführt hatten. Dieses Flugblatt ist gleichzeitig eine Antwort auf Angriffe des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens".

Vgl. *Eugen Fuchs*, Um Deutschtum und Judentum, Frankfurt am Main 1919, S. 58; Im Deutschen Reich, Nr. 4 (April 1896), S. 190 und 193. Vgl. auch Flugblatt Nr. 3: „Der Zionismus und die jüdische Religion" und Flugblatt Nr. 4: „Unser Programm", CZA, W 147/1.

Was sagen die Herren Staatsbürger jüdischen Glaubens? Die jüdisch-nationale Partei soll den Juden entnationalisiren? Das ist ja Unsinn! Weil wir behaupten, daß wir als Juden weder Germanen, Slaven oder Romanen sind? Dann müßten wir mit der Verleugnung der jüdischen Nationalität auch die verschiedenen Kennzeichen des jüdischen Stammes, den jüdischen Typus verleugnen können. Gerade das Gegentheil ist der Fall. *Die Folge der Verleugnung der jüdischen Nationalität ist eine ungesunde Schwärmerei weiter jüdischer Kreise für einen internationalen Menschheitsbrei, in welchem alle andern Nationen entnationalisirt werden sollen.*

Weh' den Juden, wenn sie diesen Weg in Masse betreten. Durch die Verleugnung meiner jüdischen Nation, werde ich doch noch kein Pole, Russe, Czeche oder Kroat? Ich bleibe doch, was ich bin und kann es leider allzuhäufig auf der Straße hören, wenn die Gassenbuben einem Stammesgenossen seine sogenannte Konfession in unsanfte Erinnerung bringen. *Das ist doch eine sonderbare Konfession, welche man Jemanden an der Nase oder am Gesicht ansieht.*

...

„Deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens", nennen sich die Herren stolz. „Jüdischen Glaubens" – wie kann man nur einen Glauben als Unterschiedsmerkmal hinstellen wollen den man so gering achtet, so wenig bethätigt, *einen Glauben, woran man schon gar nicht mehr recht glaubt.* Wir können in diesem Worte nur das Bestreben erkennen, auf abgelegenem Wege und verhüllten Angesichts, die Nationalität, das Stammesbewußtsein zur Geltung bringen zu wollen. Warum aber nicht offen, festen Schrittes und freien Blickes zu Werke gehen? Unser Staatsbürgerthum kann man uns so wie so nicht abstreiten, und unsere Geburt können wir so wie so nicht ungeschehen machen.

Es wäre gewiß unendlich besser in Bezug auf uns selbst, unseren Mitbürgern gegenüber, wenn wir uns offen bekennen wollten als *deutsche bezw. preußische Staatsbürger jüdischen Stammes oder jüdischer Nationalität. Wir würden uns selbst viel höher achten und würden deshalb auch von andern höher geachtet werden.*

...

... *Ein jüdisches Nationalbewußtsein ist undenkbar ohne die innigste Beziehung zum Heiligen Lande, die Erinnerung an seine Vergangenheit, die Hoffnungen auf seine Zukunft.* Wird denn die Liebe zum ehemaligen Vaterlande die Liebe zum jetzigen Vaterlande nicht stören und beeinträchtigen? Gerade im Gegentheil[;] die Liebe zur ehemaligen Heimath kann die Liebe zur jetzigen nur fördern und erhöhen. Was wir dort verloren, das haben wir hier wiedergefunden, warum sollen wir die gegenwärtige Heimath weniger lieben, als die ehemalige?

Wenn auch viele mit Herz und Hand dabei sind für Wiedererwerbung und Besiedelung des Heiligen Landes zu arbeiten, so ist ihnen dieses Bestreben durch die Macht der Verhältnisse aufgezwungen worden. *Gott weiß, ich habe*

mein deutsches Vaterland so lieb wie der beste Patriot; allein, diese Kränkungen, Beschimpfungen, Rechtsverweigerungen, Verfolgungen und Bedrohungen ruhig ohne zu zucken hinzunehmen, ist mehr, als selbst ein Judenrücken tragen kann – man sagt sich nur, was kann das Vaterland dazu, daß solches Unrecht darin verübt werden darf? Was aber *außerhalb* geschehen ist und geschieht, das ändert die Sachlage von Grund aus.

...

Wohlan gründen wir für die unterdrückten Brüder ein Asyl, so schließen wir uns den herrlichen Worten unseres Gesinnungsgenossen Herrn Rabbiner Dr. Rülf an, trotzdem soll aber die Liebe zu unserm deutschen Vaterlande nicht erkalten und unsere Rechte darauf sind uns um so theurer, je hartnäkkiger sie uns bestritten werden. Unseren jüdischen Verleumdern rufen wir die goldenen Worte zu: „O lernet fühlen, welches Stamms ihr seid. Werft nicht für eitlen Glanz und Flitterschein die echte Perle Eures Werthes hin." Und tief beschämen mag sie das Wort des deutschen Dichters:

„Nichtswürdig ist die Nation
Die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre." [1]

Die National-Jüdische Vereinigung
für Deutschland

...

[21]
ANNAHME DES NAMENS „ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND"
31. OKTOBER 1897
CZA, A 1/2//2/6, SAMMLUNG GEDRUCKTER MANUSKRIPTE

Protokoll des III. Delegirtentages
der deutschen Zionisten

am 31. Oktober 1897 zu Frankfurt a. M.

...

I. Punkt der Tagesordnung:
Berathung der Statuten.

Es liegt vor ein Entwurf der Kölner Vereinigung und es wird sofort in die Specialdebatte über dieses Statut eingetreten.

---

[1] Schiller: Jungfrau von Orleans.

* Der erste Delegiertentag der deutschen Zionisten fand am 11. Juli 1897 in Bingen statt. Dort wurde beschlossen, den zweiten Delegiertentag am 28. August 1897 in Basel, direkt vor der Eröffnung des ersten Zionistenkongresses, der vom 29.–31. August 1897 tagte, abzuhalten. Wegen ideologischer und organisatorischer Meinungs-

Dr. *Schauer-Bingen* schlägt die Umwandlung des bisherigen Titels „National-jüdische Vereinigung“ in den Namen „Zionistische Vereinigung“ vor, da der bisherige Name leicht Mißverständnisse hervorrufe. Dr. Sch. bemerkt ausdrücklich, daß er voll und ganz auf dem Baseler Programm stehe, aber dennoch aus praktischen Gründen für die Umwandlung des bisherigen Namens wäre.

Prof. *Schapira-Heidelberg* erklärt sich auch für eine Umwandlung des Namens in der von Dr. Schauer beantragten Weise, da das Publikum durch die bisher neben einander laufenden Bezeichnungen „Nat.-jüd. Vereinigung“ und „Zionist. Vereinigung“ leicht der Ansicht werden könnte, daß es mit zwei verschiedenen Vereinigungen zu thun hätte.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

. . .

[22]
STATUTEN DER „ZIONISTISCHEN VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND“
31. OKTOBER 1897
CZA, A 1/2/2/6, SAMMLUNG GEDRUCKTER MANUSKRIPTE

Statuten
der
Zionistischen Vereinigung für Deutschland

I. Zweck:

§ 1.

Die Zionistische Vereinigung für Deutschland hat den Zweck, die zionistische Idee im Sinne des Baseler Programms unter den in Deutschland lebenden Juden zu verbreiten.

---

verschiedenheiten zwischen den Anhängern der national-jüdischen Idee in Deutschland, und besonders in Berlin, waren viele deutsche Zionisten weder beim zweiten Delegiertentag noch bei den Verhandlungen des ersten Zionistenkongresses anwesend. Die Erfolge des Kongresses veranlaßten jedoch die deutschen Zionisten, bald danach ihren dritten Delegiertentag nach Frankfurt (31. Oktober 1897) einzuberufen, an dem 45 Delegierte teilnahmen. Auf diesem Delegiertentag wurden die organisatorischen Fragen der zionistischen Bewegung in Deutschland abschließend geregelt. Für die Leitung der Geschäfte wurde ein „Zentralkomitee“ eingesetzt, dem die folgenden Personen angehörten: Dr. Max Bodenheimer als Vorsitzender, David Wolffsohn als Schatzmeister, Fabius Schach, Rabbiner Dr. Rülf, Professor Schapira und ein Zionist holländischer Herkunft namens Lipman Prins.

Der Delegiertentag beschloß auch den offiziellen Namen für die nationale Organisation der deutschen Zionisten: „Zionistische Vereinigung für Deutschland“. Dieser Name blieb bis zur Auflösung der deutschen zionistischen Bewegung unter den Nationalsozialisten bestehen. Die Statuten der ZVfD wurden ebenfalls in Frankfurt angenommen.

II. Mitgliedschaft:

§ 2.

Mitglied der Vereinigung kann jeder in Deutschland wohnende unbescholtene Jude werden, der sich zu den Grundsätzen des Zionismus bekennt.

§ 3.

Über die Zugehörigkeit zur Vereinigung entscheiden die am Orte des Aufzunehmenden wohnenden Mitglieder, oder, wenn eine Ortsgruppe nicht vorhanden, das Comité der Vereinigung. Gegen diese Entscheidung steht dem Betreffenden die Berufung an den Delegirtentag zu.

§ 4.

Jedes Mitglied der Vereinigung hat einen jährlichen Beitrag von mindestens 3 Mark an die Centralleitung der zionistischen Vereinigung für Deutschland zu entrichten.

III. Vertrauensmänner:

§ 5.

Auf Vorschlag der Ortsgruppe ernennt das Centralcomité der Vereinigung in jedem Orte Vertrauensmänner[,] die in steter Fühlung mit dem Centralcomité stehen, die Beiträge und den Schekel[1] einsammeln und dem Centralcomité überweisen.

§ 6.

In solchen Städten, wo noch keine Ortsgruppe vorhanden ist, ernennt die Leitung die Vertrauensmänner.

IV. Delegirtentag:

§ 7.

Alljährlich findet ein Delegirtentag der deutschen Zionisten statt, der von der Leitung der Vereinigung einberufen wird.

Die Wahl des Ortes an dem der Delegirtentag stattfinden soll, wird entweder vom vorhergehenden Delegirtentag oder von der Leitung bestimmt.

§ 8.

Die Einberufung des Delegirtentages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben sämmtlichen Mitgliedern der Vereinigung mit der Tagesordnung mittelst Rundschreibens bekannt gemacht werden.

Anträge für den Delegirtentag müssen der Leitung spätestens 8 Tage vorher eingereicht werden.

---

[1] Althebräische Münze und Steuer zur Unterhaltung des Tempeldienstes. Auf dem ersten Zionistenkongreß wurde unter diesem Namen ein jährlich zu zahlender Beitrag als Ausdruck des Bekenntnisses zum Baseler Programm und der Zugehörigkeit zur Zionistischen Organisation eingeführt.

§ 9.

Der Delegirtentag bildet das oberste Organ der Vereinigung. Er beschließt über alle Angelegenheiten des Zionismus in Deutschland mit einfacher Majorität.

§ 10.

Zu den Aufgaben des Delegirtentages gehören:

a) Entgegennahme des Berichts über die Thätigkeit der Vereinigung und den Stand der zionistischen Bewegung
b) Stellungnahme zu den Beschlüssen des Kongresses und Beratung von Anträgen für denselben
c) Wahl der Leitung der Vereinigung
d) Beschlußfassung über Organisations- und Agitationsfragen.

§ 11.

In besonders dringenden Fällen ist die Leitung befugt, einen außerordentlichen Delegirtentag einzuberufen.

Für den außerordentlichen Delegirtentag gelten die selben Bestimmungen, wie für den ordentlichen (§§ 8, 9, 12 und 13).

§ 12.

Je 10 Mitglieder der Vereinigung wählen einen Delegirten, jedoch kann kein Ort durch mehr als drei Delegirte vertreten sein. An solchen Orten, wo die Mitgliederzahl von 10 noch nicht erreicht ist, gilt der Vertrauensmann als Delegirter.

§ 13.

Zum Delegirtentag hat jedes Mitglied der Vereinigung Zutritt. Stimmberechtigt sind jedoch nur die Delegirten mit je einer Stimme.

V. Leitung:

§ 14.

Die Leitung der Vereinigung liegt in den Händen eines Comités aus 7 Personen, von denen mindestens 3 ihren Wohnsitz am Orte der Centrale haben müssen.

§ 15.

Die Wahl des Comités erfolgt auf dem Delegirtentag mittelst Stimmzettel. Acclamationswahl ist ausgeschlossen.

§ 16.

Das Comité verfügt nach eigenem Ermessen über die Gelder der Vereinigung, muß aber auf dem Delegirtentage Rechenschaft darüber ablegen.

VI. Leitung:

§ 17.

Zum Ausbau der Organisation und zur Förderung der Agitation unterhält die Vereinigung ein Bureau.

§ 18.

Das Bureau untersteht der Leitung der Vereinigung und hat die Aufgabe, die zionistische Idee zu verbreiten und zwar:

a) durch Herausgabe geeigneter Flugblätter und Broschüren
b) durch Bedienung der Presse
c) durch Entsendung von Wanderrednern
d) durch Unterstützung aller Institutionen, die geeignet sind, den Zionismus zu fördern
e) durch die Herausgabe einer periodischen Correspondenz, die die Mitglieder über den Stand der Dinge aufklärt.

§ 19.

Der Sitz des Comités und des Bureaus wird von dem Delegirtentag bestimmt.

VII. Abänderungen:

§ 20.

Statutenänderungen können nur durch den Delegirtentag mit absoluter Mehrheit vorgenommen werden.

§ 21.

Anträge auf Statutenänderungen müssen spätestens 14 Tage vor Abhaltung des Delegirtentages zur Kenntniss der Mitglieder der Vereinigung gelangen.

Beschlossen auf dem Frankfurter Delegirtentag, den 31. October 1897.

Der Vorstand.

[23]
ERSTES PROPAGANDA-FLUGBLATT DER ZVfD
[ANFANG 1898]
CZA, Z 1/433

Flugblatt No. 1

Der Zionismus.

...

Daß gegenwärtig eine brennende Judenfrage existirt, sogar für die deutsche Judenheit existirt, das kann wohl nicht mehr Gegenstand einer ernsten Diskussion sein. Jeder, der mit klaren Augen die Erscheinungen betrachtet, weiß, wie ernst die Situation ist. Die bürgerliche Gleichberechtigung auf dem Papier, die so schwer erkämpft wurde, hat uns nicht viel genützt; sie ist in

Deutschland fast zu einer hohlen Phrase geworden. Die Juden sind in Deutschland thatsächlich Bürger zweiten Ranges, sie sind es politisch auf dem Wege der Verwaltung und noch mehr gesellschaftlich. Wer mag es leugnen, daß die augenblickliche soziale und moralische Lage der Juden oft unerträglich ist? All die Demütigungen, die der Jude trotz seines edlen Wollens und seines opferfreudigen Handelns erleidet, häufen die Verbitterung in seinem Herzen, und wenn sein Ehrgefühl noch nicht ganz abgestumpft ist, dann muß er ausrufen: Es darf nicht für alle Ewigkeiten so bleiben, denn wir müßten unter dieser Trostlosigkeit seelisch zu Grunde gehen! Wir sind nicht mehr im Ghetto, wo der gläubige Jude alle Leiden als himmlische Strafe resignirt hinnahm. Wir haben freiheitlich fühlen und bürgerlich denken gelernt, unser ganzes Innenleben ist mit der europäischen modernen Kultur verschmolzen. Wir haben an allen Errungenschaften der Neuzeit mitgearbeitet und nehmen an allen Erscheinungen des Lebens Teil. Alles in uns empört sich daher gegen die Stellung, die Staat und Gesellschaft uns anweisen. Und wenn die Reichen unter uns nur moralisch leiden, die soziale Lage der armen jüdischen Bevölkerung wird durch den schleichenden Antisemitismus, dessen Lauf Niemand aufzuhalten vermag, geradezu verzweifelt. Hunderte von jüdischen Existenzen gehen jährlich zu Grunde und die Aussicht für die Zukunft gestaltet sich immer trauriger.

...

Was philosophirt ihr, ob die antisemitische Bewegung kulturell und moralisch berechtigt ist? Nein, tausend Mal nein! Sie ist nicht berechtigt, sie ist ein Hohn auf jede Kultur, sie ist der Ruin jeder Moral, sie ist die Erzfeindin der Idee der Menschlichkeit. Aber – sie ist da, sie lebt, das ist eine traurige, bittere Thatsache, mit der wir einmal rechnen müssen. Ja, sie lebt, diese menschenfeindliche Bewegung, sie feiert jeden Tag ihre traurigen Triumphe, schart die bösen Elemente um sich und schürt das Feuer der wilden Leidenschaften im Volke.

...

Aber selbst wenn den deutschen Juden absolut keine Gefahr drohte, existirt dennoch eine brennende Judenfrage, die der Lösung harrt. Denn die größte Mehrzahl der Judenheit, die Juden Rußlands und Rumäniens, schmachten unter den Ketten barbarischer Knechtschaft, und sie ihrem Schicksal überlassen und warten, bis die Strahlen der Zivilisation auch diese Länder erhellen wird – wie die schöne Phrase lautet – das wäre Selbstmord. Diese Juden müssen, da auf eine Besserung gar nicht zu hoffen ist, allmählich aus dem Lande, dem sie ihr Bestes geopfert haben, heraus, und zwar je früher desto besser.

Die russischen und rumänischen Juden. Was gehen die uns an?

Sie sind ebenso wie die deutschen Juden unsere Brüder. Denn die Zionisten betrachten alle Söhne Israels als Brüder, alle Töchter Judas als Schwestern, die eine gemeinsame Abstammung, eine gemeinsame Geschichte und

eine gemeinsame Zukunft haben. Der Ort der Geburt ist Zufall, die Grenzen eines Landes verschieben sich durch äußere politische Verhältnisse, die Gemeinsamkeit liegt im Blute. Wir sind Glieder einer großen Familie, die zueinander gehören. So haben die besten und edelsten Juden aller Länder und aller Zeiten stets gedacht und empfunden.

Aber wohin mit all diesen jüdischen Proletariern, deren Elend himmelschreiend ist? Wo giebt es ein Land, das im Stande wäre, diese Armen in großen Massen aufzunehmen und ihnen eine sichere Zukunft zu bieten? Wie soll diesen Leuten dauernd geholfen werden, daß sie wieder in Ruhe und Frieden arbeiten lernen, daß sie physisch und moralisch gesunden?

Das sind Fragen, die wie drohende Zeichen in der Luft schweben und jede jüdische Brust mit ernsten Sorgen erfüllen.

Man hat allerhand Lösungen dieser Frage versucht, bezopfte Gelehrte und hohle Charlatane haben daran herumgedoktert. „Assimilirt Euch, dann wird es besser werden!" rief man uns mit Pathos zu. Wir haben es gethan, wir haben uns assimilirt bis auf die Nasen. Wir haben alle Sitten und Gebräuche der Völker, ohne sie auf ihren Wert zu prüfen, nachgeahmt, wir haben unsere eigenen Sitten verspottet, unserere eigene Kultur vernachlässigt. Was hat uns das genützt? Wir sind in den Augen der Völker *Juden* geblieben, d. h. nicht Bekenner des jüdischen Glaubens, sondern *Söhne eines andern Stammes. Wir* haben uns nicht von der Gemeinsamkeit der Völker losgesagt, sondern *sie* haben uns nie als voll und ganz zu ihnen gehörig betrachtet. Wir haben um die Gunst der arischen Völker lange genug gebuhlt, sogar unter Aufgabe der eigenen Würde, aber diese Dame ist sehr spröde, und je mehr man sich ihretwegen demütigt, desto weniger gefällt man ihr.

Ist es nach all diesen Erfahrungen nicht begreiflich, daß man sich nicht mehr mit den alten Tiraden begnügt und neue Wege zur Lösung sucht?

...

Schaffet den Heimatlosen eine dauernde Heimat auf dem geschichtlichen Boden Palästinas. Suchet, die armen Juden in dem Lande zu glücklichen Bauern und Handwerkern zu machen, wohin ihre Sehnsucht seit Jahrtausenden gerichtet ist, und wenn recht viele Juden dort einen kräftigen Stamm bilden, dann erstrebet auf dem Wege der natürlichen Entwickelung, auf dem Wege des Gesetzes und des Rechtes, für sie ein eigenes Gemeinwesen, damit ihnen diese geistige Heimat auch zur wirklichen wird, damit ihre Existenz dort dauernd politisch und sozial gesichert ist und sie lernen, sich freudigen Herzens als jüdische Bürger zu fühlen, damit auch für alle verfolgten Stammesgenossen in der Zukunft eine sichere Zufluchtsstätte gebildet ist.

...

[24]
PROGRAMM DES TURNVEREINS „BAR KOCHBA"
MAI 1900

Jüdische Turnzeitung

Officielles Organ
des Jüdischen Turnvereins „Bar Kochba", Berlin

1. Jg., Nr. 1, Mai 1900, S. 1

Was wir wollen!

Gesunder Geist wohnt in gesundem Körper!

Dieses alte Latinerwort hat bei uns Juden, obwohl wir seine Wahrheit nie bestritten haben, nicht die gebührende Beachtung gefunden. In der Theorie

---

* Die jüdische Turnbewegung ist ein Kind des Zionismus. Auf dem II. Zionistenkongreß (28.–31. August 1898) setzten sich Max Nordau und Max Mandelstamm für die körperliche Ertüchtigung der Juden ein, – ein Gedanke, der auf fruchtbaren Boden fiel.

Am 22. Oktober fanden sich einige jüngere Menschen in Berlin auf Initiative von Rabbiner Wilhelm Lewy zur Gründung des jüdischen Turnvereins „Bar Kochba" zusammen. Man war sich darüber klar, daß man diesem Verein, wollte man sich nicht von vornherein die Möglichkeit der Expansion nehmen, nicht ein politisch-zionistisches Programm geben dürfe. Man beschloß daher, zur Grundlage des Programms die Pflege der national-jüdischen Idee zu machen, und man formulierte das Ziel des Vereins dahingehend, daß er die Aufgabe habe, die Pflege des Turnens und der national-jüdischen Gesinnung unter seinen Mitgliedern zu betreiben.

Der Turnbetrieb des „Bar Kochba" wurde am 5. Dezember 1898 aufgenommen, und zwar in einer städtischen Turnhalle, nachdem der Vorstand der jüdischen Gemeinde in Berlin den Antrag des Turnvereins auf Zurverfügungstellung der Turnhalle der jüdischen Knabenschule abgelehnt hatte. Die Turn-Abende wurden mit Gesang eröffnet; hierbei fand zuerst das von Heinrich Loewe herausgegebene Liederbuch, später das von Max Zirker zusammengestellte, Verwendung. Dieses Liederbuch enthielt auch die eigenen Turnlieder des Vereins, von denen das Lied „Wohlan, laßt das Sinnen und Sorgen" wohl am bekanntesten ist. Der Verein entwickelte sich sehr gut. Als der „Bar Kochba" im März 1900 mit dem ersten jüdischen Schauturnen an die Öffentlichkeit trat, konnte er schon eine Mitgliederzahl von 120 verzeichnen, die sich nach dieser Veranstaltung, die vor begeisterten Zuschauern stattfand, noch bedeutend vergrößerte.

Durch diesen ersten Erfolg angeregt, erwog man den Plan, eine Zeitung herauszugeben und setzte ihn schnell in die Tat um. Im Mai 1900 erschien die erste Nummer der „Jüdischen Turnzeitung", die, von Richard Blum, Hermann Jalowicz und Zirker redigiert, zum öffentlichen Organ des jüdischen Turnvereins „Bar Kochba" erklärt wurde.

Für die Geschichte des „Bar Kochba" und „Makkabi" in Deutschland vgl. „Das jüdische Sportbuch. Weg, Kampf und Ziel der jüdischen Sportverbände", Berlin 1937, S. 15 ff.; *Robert Atlasz*, Bar Kochba – Makkabi-Deutschland, 1898–1938, Tel Aviv 1977.

anerkannt, wurde der Gedanke nicht zur That. *Die einseitige Ausbildung des Geistes*, die unsere Nervosität und geistige Abspannung hervorgerufen hat, *bekämpfen wir!*

Wir wollen dem schlaffen jüdischen Leib die verlorene Spannkraft wiedergeben, ihn frisch und kräftig, gewandt und stark machen.

Wir wollen dies aber in einem jüdischen Vereine, damit wir in ihm gleichzeitig das schwindende Gefühl unserer Zusammengehörigkeit stärken und das sinkende Selbstbewußtsein heben können.

Wir wollen die alten jüdischen Ideale, für die unsere Jugend fast ganz das Verständnis verloren zu haben scheint, wieder zur Geltung und zu Ehren bringen.

Wir wollen dem Antisemitismus, der heute seine lärmende Form zwar abgestreift, aber an Intensität gewonnen hat, mutig und mit Energie entgegentreten.

Wir wollen ein edles Nationalgefühl pflegen, das frei von jeder Überhebung ist und die Arbeit für die gesamte Menschheit keineswegs ausschließt. Offen vor aller Welt bekennen wir uns zu unserer Nationalität, der wir Treue bewahren, wie wir gewissenhaft und treu unsere staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen!

Das sind unsere Ziele!

...

[25]
Das erste offizielle Organ der ZVfD – die „Israelitische Rundschau"
23. Mai 1901

Israelitische Rundschau

Offizielles Organ der zionistischen Vereinigung für Deutschland.
Centralblatt für die jüdischen Vereine

VI. Jg., Nr. 20, Berlin, 24. Mai 1901

Erklärung.

Mit dem heutigen Tage übernehmen wir gemäß dem zwischen dem Centralkomité der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und der Firma S.

* Im Jahre 1895/96 wurde in Berlin der „Vereinsbote" gegründet, ein Blatt, das in den Augen seiner Herausgeber die Bestimmung haben sollte, durch Veröffentlichung von Inseraten der verschiedensten Vereine Mitglieder für diese zu werben. Zuweilen gelang es den Chowewe Zion in Deutschland, eine kleine Notiz hineinzubringen, die etwas von Palästina erzählte.

Viel größer und inhaltsreicher wurde das Blatt auch kaum, als es in andere Hände überging, bis es den Namen „Israelitische Rundschau" erhielt. Der ZVfD gelang

Hanff[1] abgeschlossenen Vertrage die Leitung der Israelitischen Rundschau.

Wir werden bestrebt sein, das Blatt in streng zionistischem Sinne zu leiten, es reichhaltig und interessant zu gestalten und insbesondere allen die Juden berührenden Angelegenheiten unserer deutschen Heimat die erforderliche Beachtung zu schenken.

Wir bitten die Gesinnungsgenossen, für die weiteste Verbreitung unseres Organs Sorge zu tragen. Nur so kann es erreicht werden, daß der zionistische Gedanke allen den Kreisen verständlich wird, die ihm heute noch zweifelnd und ohne Verständnis gegenüberstehen.

Die Gesinnungsgenossen werden deshalb gebeten, nicht nur für sich selbst, sondern auch für Freunde und Verwandte zu abonnieren, das Blatt in Restaurants und Cafés zu verlangen und ihm überall Freunde zu erwerben.

Jede schriftstellerische Mitarbeit wird mit Dank entgegengenommen, insbesondere ist uns auch der Hinweis auf Vorkommnisse erwünscht, welche die gegenwärtige politische und soziale Lage der deutschen Juden kennzeichnen.

Wir weisen endlich darauf hin, daß unsere Verantwortlichkeit für die Haltung des Blattes sich nur auf den ersten – offiziellen Theil – der Israelitischen Rundschau erstreckt.

Berlin, den 23. Mai 1901.

Der Preßausschuß der Zionistischen Vereinigung für Deutschland

Dr. Friedemann[2] *Dr. Hantke*[3] *Dr. Zlocisti*[4]

---

es, mit dem Blatte ein Abkommen zu treffen, wonach es sich als „Offizielles Organ der zionistischen Vereinigung für Deutschland" bezeichnete. Es wurden nun gelegentlich Äußerungen der zionistischen Stellen gebracht, andererseits aber auch gegenteilige Stellungnahmen abgedruckt.

Im Mai 1902 übernahm die ZVfD das Blatt und der Chefredakteur wurde Heinrich Loewe. Er stellte zwei Bedingungen. Die erste war, daß das Blatt nicht „Israelitische", sondern „Jüdische Rundschau" heißen sollte; die zweite, daß das Blatt in lateinischen und nicht in gotischen Lettern herausgegeben werde. – Loewe leitete das Blatt bis 1908 und schrieb unter verschiedenen Namen nicht nur die Leitartikel, sondern auch andere Aufsätze, die unter den Namen Heinrich Sachse, H. Rübendorfer, Elbmann, Borusso-Judaeus, P. Lotzky, Maarabi und Eljaquim erschienen. Vgl. Jüdische Rundschau, 40. Jg., Nr. 31/32, 17. April 1935, S. 19, und *Joseph Walk*, „Der Zionist". Zur Geschichte der ältesten zionistischen Zeitung Deutschlands, in: MB, Wochenzeitung des Irgun Olej Merkas Europa, Tel Aviv, Nr. 15/16, 14. April 1976.

[1] Der Beschluß, die „Israelitische Rundschau" zu übernehmen, wurde auf dem Berliner Delegiertentag (30. April–1. Mai 1901) gefaßt.

[2] Adolf Friedemann (1871–1932). Führende Figur im deutschen Zionismus der Zeit vor 1914. War 1893 Mitbegründer der „Jüdischen Humanitätsgesellschaft" in Berlin; Teilnehmer am II. Kongreß (1898) und weiteren zionistischen Kongressen; stellvertretendes Mitglied des GAC 1903–1905; Mitglied des GAC 1905–1920; stand ab 1921 an der Spitze der „Keren Hajessod"-Arbeit (Grundfonds) in Holland. Er verfaßte die erste Biographie Theodor Herzls.

[3] Arthur Hantke (1847–1955). Rechtsanwalt. 1893 Mitbegründer der „Jüdischen

[26]
ZIONISTISCHER GEMEINDE-WAHLKAMPF IN DEUTSCHLAND
[22.] NOVEMBER 1901
CZA, 2/7/10/2, SAMMLUNG GEDRUCKTER MANUSKRIPTE

Berlin, November 1901

Jüdische Wähler!

Zum ersten Male treten wir an Euch mit der Bitte heran, bei den bevorstehenden Wahlen für das Repräsentantenkollegium der Jüdischen Gemeinde

---

Humanitätsgesellschaft" in Berlin; Mitglied des GAC 1905–1911 und 1920–1927; 1911–1920 Mitglied des EAC; 1910–1920 Vorsitzender der ZVfD; ab 1926 Geschaftsführender Direktor des „Keren Hajessod" in Jerusalem.

[4] Theodor Zlocisti (1874–1943). Arzt und Autor. 1895 Mitbegründer der „Vereinigung Jüdischer Studierender" zu Berlin; nahm am ersten Zionistenkongreß teil; veröffentlichte eine Biographie über Moses Hess und gab dessen Schriften heraus; lebte ab 1921 in Tel Aviv und war in öffentlichen Angelegenheiten tätig.

* Dieser Aufruf ist wahrscheinlich der erste Beweis aktiv unabhängiger Teilnahme der Zionisten an Gemeindewahlen in Berlin. Er war höchstwahrscheinlich von Adolf Friedemann oder Heinrich Loewe für die Berliner Zionistische Vereinigung verfaßt, die bemüht war, eine Anzahl von Änderungen in der Struktur, der Ideologie und den Zielen der Berliner Gemeinde herbeizuführen. Zweifellos war die BZV bis zu einem gewissen Grade beeinflußt von Herzls Appell auf dem II. Zionistenkongreß (Basel 1898), „die Gemeinden zu erobern". Die Absicht der Berliner Zionistischen Vereinigung war es jedoch, nicht nur die Berliner Gemeinde für den Zionismus zu gewinnen. Da die Zionisten das Leben in der Diaspora nicht verwarfen, glaubten sie, daß ihre Arbeit innerhalb der Gemeinden für künftige Generationen von dauerndem Wert sei. Ihr Ziel war es, die Berliner Gemeinde, die zu einer religiösen und philanthropischen Bürokratie geworden war, in eine Institution zu verwandeln, die allen Bedürfnissen der jüdischen Gemeinschaft gerecht würde.

Die Zionisten beschuldigten den konservativen „Centralverein für die Interessen der jüdischen Gemeinde in Berlin" der Passivität und Untätigkeit während seiner Amtsperiode an der Spitze der Gemeinde. Andererseits hatten die Zionisten auch nichts mit den Liberalen gemeinsam und beschlossen daher, auf eigene Faust in den Wahlkampf um die Vorherrschaft in der Gemeinde einzutreten.

Vgl. „Die Repräsentantenwahlen", Israelitische Rundschau, Nr. 41, 18. Oktober 1901; Nr. 42, 25. Oktober 1901; Nr. 43, 1. November 1901; Nr. 46, 22. November 1901. Vgl. auch „Die Repräsentantenwahlen in der Berliner jüdischen Gemeinde", Die Welt, Nr. 47, 22. November 1901.

Die Wahlen fanden am 28. November 1901 statt. Wahlberechtigt waren 18 284 Personen, von denen nur 7786 ihre Stimme abgaben. Der „Centralverein für die Interessen der jüdischen Gemeinde in Berlin" errang einen überwältigenden Sieg; alle seine Kandidaten und deren Stellvertreter wurden gewählt. Siehe *Schmuel Maajan*, Die Wahlen in der jüdischen Gemeinde Berlin, 1901–1920, Giwat Chawiwah 1977, S. 68, 78, 87–88; *Heinrich Loewe*, Der Liberalismus macht selig und der Sonntagsgottesdienst macht liberal, Berlin 1901.

Bereits im Dezember 1900 fanden Gemeindewahlen in Köln statt, bei denen zwei

unseren Kandidaten Eure Stimmen zu geben.[1] Ihr sollt dadurch bekunden, daß Ihr mit uns die Jüdische Gemeinde *nicht nur* als ein religiöses und Wohlthätigkeitsinstitut betrachtet, sondern ihr auch *neben der Erfüllung religiöser Aufgaben* die Verpflichtung zu *umfassender sozialer und volkserzieherischer Thätigkeit* zuweist: Durch Euer Votum sollt Ihr ferner bekräftigen, daß Ihr die Machtmittel der größten Gemeinde des Reiches[2] auch zur Linderung des Elends unserer auswärtigen Brüder verwendet wissen wollt.

Jüdische Wähler!

Fort mit der Gleichgültigkeit auf allen Gebieten des jüdischen Lebens! *Wir rufen Euch zum Kampfe für die Erhaltung des Judenthums!*

Fort mit der zaghaften Schwäche, die sich der eigenen Vorfahren, der angeborenen Rasseeigenschaften, der armen in Jammer und Elend, in körperlicher und sittlicher Noth verkommenden Brüder schämt!

Wenn Ihr wollt, daß unsere Gemeindevertretung von nun an die mannhafte Vertheidigung unserer Ehre gegenüber allen Angriffen von außen auf ihre Fahne schreibe, daß sie durch ihr Beispiel berechtigtes jüdisches Selbstbewußtsein in den Massen stärke, dann

Wählt die Zionistischen Kandidaten!

Jüdische Wähler!

Wer lebendiges jüdisches Gefühl besitzt, der wird nicht leichtfertig die Güter opfern, für deren Erhaltung unsere Väter Tod und Schande willig erduldet haben. *Wir verwehren Niemand, in privaten Vereinigungen* auf seine Art zu beten, aber die *officielle Vertretung der Gemeinde darf niemals ihre Hand dazu bieten, daß der Sabbath gefährdet werde.*[3]

Stimmt für die Erhaltung des Sabbaths!

Stimmt für die Aufrechterhaltung des hebräischen Gottesdienstes und deshalb

Wählt die Zionistischen Kandidaten!

Jüdische Wähler!

Wir erstreben wichtige *Neuerungen* auf *sozialem Gebiete.*

Zionisten als Repräsentanten gewählt wurden. Vgl. „Der Sieg der Kölner Zionisten“, Die Welt, Nr. 52, 28. Dezember 1900, S. 5.

[1] Die Kandidaten der Zionisten waren S. J. Leszynsky, Emil Simonson, Julius Katz und Julius Kalmus.

[2] Um diese Zeit etwa 95 000 Mitglieder.

[3] Gemeint sind die Liberalen, die dem Versuch extrem-reformistischer Kreise, in der Gemeinde Sonntagsgottesdienst einzuführen, keinen Widerstand entgegensetzten.

Wer mit uns wünscht, daß eine *Volkshalle*[4] geschaffen werde, in der nach den Mühen des Tages jeder Jude Erholung und geistige Anregung *in jüdischem Sinne* finden kann,

Wer die Begründung einer den heutigen Wirthschaftsverhältnissen angepaßten *Vorschußkasse* für die in ihrer Existenz bedrohten jüdischen *Handwerker* und *Gewerbetreibenden* verlangt,

Wer will, daß *unsere arbeitende Jugend,* statt ihre körperliche und sittliche Kraft im Großstadtleben zu vergeuden, *eine Stätte in Lehrlingsheimen* und *jüdischen Vereinshäusern* finde, der

Wähle die Zionistischen Kandidaten!

Jüdische Wähler!

Wenn Ihr wollt,

daß unsere *Jugend* für das Leben wirklich ausreichende *Kenntnisse unserer hebräischen Sprache* erwerbe, daß durch öffentliche *unentgeltliche Kurse* die Kenntniss *jüdischer Religion, Geschichte und Litteratur* verbreitet werde,

daß durch Förderung der *körperlichen Ausbildung* in *Turn- und Gesangvereinen* eine Regeneration des jüdischen Volkes sich vorbereite, dann zögert nicht und

Wählt die Zionistischen Kandidaten!

Wir bieten Euch keine glänzenden Namen, keine klingenden Titel. Aber *unsere Kandidaten* sind Männer, bereit, sich ohne jede Scheu, ohne jedes persönliche Bedenken für die *Ehre unseres Stammes* in die Schanze zu schlagen. Sie treten ein, wo es gilt, *ausgleichende soziale Gerechtigkeit* zu üben, die *Fahne des Judenthums* hochzuhalten, und die endliche *Erlösung unseres schwergeprüften Volkes* herbeiführen zu helfen!

Wer ein *lebendiges Judenthum* will, durchtränkt vom Geiste unserer Väter, voller Kraft und Lebensmuth, *modern und doch auf der Tradition fußend,* der

Wähle die Zionistischen Kandidaten!

...

[4] Dies ist wahrscheinlich das erste Mal, daß deutsche Zionisten während der Gemeindewahlen verlangten, daß sogenannte Toynbeehallen nach englischem Vorbild geschaffen werden. Die erste Toynbeehalle wurde 1904 in Berlin gegründet.

[27]
DIE GRÜNDUNG DES „JÜDISCHEN VERLAGES"
[DEZEMBER] 1901
BUBER-ARCHIV, MS.VAR. 350/38

Jüdischer Verlag

An die Mitglieder des V. Zionistencongresses zu Basel.

Zur Einführung.

Die neue Epoche der jüdischen Culturentwicklung, die wir miterleben dürfen, hat auf allen Gebieten literarischen und künstlerischen Schaffens bedeutsame Ideen und Werke reifen lassen. Es ist etwas Erhebendes, die wachsende Schar Jener zu sehen, die alle Gaben ihrer Persönlichkeit in den Dienst der großen Volksbewegung stellen, aus der sie ihrerseits die besten Kräfte schöpfen. Wieder nach langer, langer Zeit sind die Bedingungen für ein Aufblühen des jüdischen Geistes und der jüdischen Kunst gegeben. Noch fehlt aber eine einheitliche Zusammenfassung der Schaffenden, ein Centrum, von dem aus ihre Werke in alle Kreise des Volkes getragen werden sollen. Zugleich aber fehlt unserem Volke, das so lange im Dunkel der Unbildung gefangen war oder durch eine fremddienerische und geschmacklose Litteratur verwirrt und vergiftet wurde, eine sowohl ethisch und ästhetisch einwandfreie als auch wahrhaft jüdische Sammlung erhebender, belehrender und nach jeder Richtung erzieherisch wirkender Bücher.

---

* Der „Jüdische Verlag" war der erste jüdisch-zionistische Verlag in Westeuropa. Er wurde von Männern gegründet, die den Kern der „Demokratisch-zionistischen Fraktion" bildeten. Die Mitglieder dieser Fraktion wandten sich gegen die ausschließlich politische Orientierung der Zionistischen Organisation und wollten sie zu einer alle nationalen Lebensäußerungen umfassenden Bewegung verwandeln. Deshalb forderten sie kulturelle Arbeit, eine Synthese von politischem und Kulturzionismus, volle Durchsetzung des demokratischen Gedankens in der Organisation, soziale Arbeit, praktische Kolonisation usw. Diesen Zielen entsprechend sollte der Verlag zu einem Ausdruck jüdischer Renaissance werden und die geistigen, kulturellen, literarischen und künstlerischen Werte des jüdischen Volkes durch die Jahrhunderte als Grundlage für die geistig-kulturelle Wiedergeburt des jüdischen Volkes in seinen Veröffentlichungen zum Ausdruck bringen. Dieser Gedanke wurde dem V. Zionistenkongreß (Basel 1901) vorgelegt und fand Theodor Herzls warme Unterstützung. Der Verlag sollte die politischen Aktionen der Zionistischen Organisation ergänzen und auch eine Brücke zwischen West- und Ostjuden schlagen. – Der „Jüdische Verlag" wurde in Berlin gegründet, 1907 von der Zionistischen Weltorganisation übernommen und nach Köln überführt. 1911 wurde er nach Berlin zurückverlegt und bis 1920 von Alexander Eliasberg und ab 1920 von Siegmund Kaznelson geleitet. Vgl. Almanach 1902–1964, Jüdischer Verlag, Berlin 1964.

Die deutschen Zionisten hatten im „Jüdischen Verlag" von Anfang an eine beherrschende Rolle.

Der Jüdische Verlag.

Der Jüdische Verlag unternimmt es, diesen tiefen Bedürfnissen – der Schaffenden einerseits, des Volkes andererseits – Erfüllung zu bringen. Keine anderen als diese nationalen und culturellen Beweggründe sind für das unterzeichnete Comité bei der Begründung des Jüdischen Verlages maßgebend gewesen.

. . .

Künstlerisch-wissenschaftlicher Beirat.

Für den künstlerisch-wissenschaftlichen Beirat sind in Aussicht genommen die Herren: Achad Haam, Dr. Nathan Birnbaum, Prof. Ignaz Brüll, Dr. Markus Ehrenpreis, Dr. Moses Gaster, Prof. Dr. Leon Kellner, Dr. Max Nordau, J. L. Perez, Prof. Dr. M. Philippson, N. Sokolow, Lesser Ury, Israel Zangwill.

Geschäftlicher Beirat.

Für den geschäftlichen und juristischen Beirat sind in Aussicht genommen die Herren: Dr. Paul Arons (Berlin), J. L. Greenberg (London), Dr. N. Katzenelsohn (Libau), Rechtsanwalt Dr. O. Kokesch (Wien), J. Kann (Haag), Dr. Max Mandelstamm (Kiew), Heinrich Rosenbaum (Jassy), S. Veit (Basel), D. Wolffsohn (Köln).

Zahlstelle.

Als Zahlstelle fungiert: *Bankhaus Gebrüder Arons*, Berlin W, Mauerstraße.

Subscriptionen, Garantiefondszeichnungen und Zahlungen übernimmt während des Congresses: Delegierter Rechtsanwalt Dr. A. Hantke (Berlin).

Basel, Zionistencongreß 5662.

Das leitende Comité:

Martin Buber[1]	*Berthold Feiwel*[2]	*Ephraim Mose Lilien*[3]
Dr. Alfred Nossig[4]	*Dr. Emil Simonson*	*Dr. Theodor Zlocisti*

---

[1] Martin Buber (1878–1965). Schriftsteller, Philosoph und Soziologe. Nahm am III. Zionistenkongreß (1899) und mehreren folgenden Kongressen teil. Mitherausgeber der „Welt" (1901). Mitglied der „Demokratisch-zionistischen Fraktion". 1920–1921 Mitglied des GAC. Setzte sich für eine Kooperation zwischen Juden und Arabern ein. 1933–1938 Leiter der „Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung in Deutschland". 1938–1951 Professor der Soziologie an der Hebräischen Universität Jerusalem.

[2] Berthold Feiwel (1875–1937). Dichter, Journalist und Kaufmann. Mitherausgeber der „Welt" 1900–1901, 1906–1907. Mitglied des GAC in den Jahren 1898–1899, 1900–1901, 1905–1921, 1927–1929, 1931–1933. Geschäftsführender Direktor des „Keren Hajessod" in London 1920–1926. Geschäftsführender Direktor des „Jewish Colonial Trust" in London 1928–1932.

[3] Ephraim Moses Lilien (1874–1925). Maler und Radierer, berühmt als Meister der schwarz-weiß Zeichnung. Mitglied der „Demokratisch-zionistischen Fraktion". Nahm an einigen Zionistenkongressen teil.

[4] Alfred Nossig (1864–1943). Schriftsteller, Publizist, Bildhauer und Statistiker.

[28]
ERSTES ORGAN DER NATIONAL GESINNTEN JÜDISCHEN STUDENTENSCHAFT
APRIL 1902

Der Jüdische Student
Organ des Bundes Jüdischer Corporationen

1. Jg., Nr. 1, Berlin, April 1902, S. 1–3

Zur Einführung

Aus kleinen Anfängen hat der Bruderbund der Vereine jüdischer Studenten sich zu einem hoffnungsvollen und wirksamen Faktor im jüdischen Leben entwickelt. Wenn es vor 6 Jahren als ein Wagnis gelten konnte und vielleicht

---

Nahm am VI. Zionistenkongreß (Basel 1903) teil, wo er Herzls Politik scharf angriff. Trat 1909 aus der Zionistischen Organisation aus und gründete in Berlin die „Allgemeine Jüdische Kolonisationsorganisation" (AJKO) zur Förderung der landwirtschaftlichen Ansiedlung von Juden in Palästina, Syrien und der Sinaihalbinsel auf humanitärer, unpolitischer Grundlage. Wurde in Warschau 1943 von jüdischen Partisanen wegen angeblicher Zusammenarbeit mit den Nazis umgebracht.

* Nach der Gründung des „Vereins Jüdischer Studenten" an der Berliner Universität wurde eine Anzahl ähnlicher Vereine an den Universitäten Breslau, München, Leipzig und der Technischen Hochschule Charlottenburg gegründet. Unter den führenden Persönlichkeiten dieser Vereine waren Erich Rosenkranz, Isaak Zwirn, Max Jungmann, Heinrich Loewe, Theodor Zlocisti und Adolf Friedemann (am Anfang auch Martin Buber). Die oben erwähnten Verbindungen des VJSt. vereinigten sich im Jahre 1901 formal unter dem Namen „Bund Jüdischer Corporationen" (BJC) und nahmen 1902 auf ihrem Kartelltag in Breslau das folgende Programm an: „Der BJC ist der Sammelpunkt aller jüdischen Studenten, die sich bewußt als Juden fühlen und an der Entwicklung eines lebendigen Judentums teilnehmen wollen". Der leitende Gedanke war von vornherein, das jüdische Selbstverständnis zu echtem Zionismus hin zu entwickeln.

Die Corporationen des VJSt. im BJC waren akademische Verbindungen nach dem an den deutschen Universitäten üblichen Muster. Sie hielten Kommerse (Trinkabende) in Kneipen ab und bildeten ihre Mitglieder in der Fechtkunst aus, damit sie duellfähig wurden. Die Mitglieder des BJC trugen nicht Couleur (Mütze und Schärpe), jedoch erschienen ihre Vertreter bei feierlichen Gelegenheiten in Wichs wie alle anderen, mit ihrem Banner in den Farben Blau-Weiß-Gelb, wobei Gelb den gelben Fleck des Mittelalters symbolisierte.

Die Corporationen im BJC sahen ihre Hauptaufgabe in der Erziehung ihrer Mitglieder. Die Persönlichkeit des jungen Studenten sollte so geformt werden, daß er seine spätere zionistische Tätigkeit als eine persönliche Pflicht und einen integralen Bestandteil seines Lebens betrachtete. Die Verbindung sollte ihm so etwas wie ein Orden sein, dem er sich in späteren Jahren nicht weniger als in der Studentenzeit verpflichtet fühlen sollte. Von den „Alten Herren" wurde erwartet, daß sie an den Veranstaltungen der Verbindungen teilnähmen, sie anleiteten und die jungen Studenten als ihre späteren Mitarbeiter in der zionistischen Bewegung betrachteten.

ein solches war, die erste Vereinigung Jüdischer Studierender an der Universität Berlin zu gründen, so ist seitdem diese Gründung durch die glänzende Entwicklung gerechtfertigt, welche die im Bunde Jüdischer Corporationen vereinigten Verbindungen genommen haben. Wir können, obwohl wir selbst Mitglieder dieses Bundes sind, ohne Unbescheidenheit behaupten, daß die Wirksamkeit, die in ihm ihren Mittelpunkt hat, in weiten Kreisen des deutschen Judentums sich geltend macht. Die V.J.St.-en und V.J.St.-er tragen ihr Haupt als Juden hoch; und sie dürfen das; denn sie haben viel zur Neubelebung des jüdischen Selbstbewußtseins beigetragen. Wo es eine Gelegenheit giebt, in jüdischem Sinne zu arbeiten, da fehlen niemals die Vereine Jüdischer Studenten, um ihrerseits willig jede Arbeit auf sich zu nehmen, die dem Judentum zu Gute zu kommen geeignet ist. Und wo in jüdischem Interesse gearbeitet wird, da sind sicher V.J.St.-er zu finden, wenn auch der Gegenstand selbst eine Beteiligung der Verbindung als solcher nicht zulassen sollte.

Da ist es denn durchaus in der Sache selbst begründet, wenn der Bund Jüdischer Korporationen es an der Zeit erachtet, ein eigenes Blatt herauszugeben, in dem seine Anschauungen, die von Bedeutung für das Leben des Judentums in Deutschland geworden sind, zum vollen Ausdruck und zur Geltung kommen. Wenn es daher der Zweck der Vereine Jüdischer Studenten ist, jüdisches Selbstbewußtsein zu pflegen, so soll das Blatt, welches der B.J.C. unter dem Namen *„Der Jüdische Student“* erscheinen läßt, diesem Zwecke dadurch dienen, daß es jüdisches Feuer und Begeisterung für das Judentum zu wecken sich müht. Was im Herzen der V.J.St.-er als Flamme für das angestammte Judentum lodert, soll in diesem bescheidenen Blatte seinen Ausdruck finden. Der Jüdische Student wird als den Grundzug seines Wesens die Liebe zum Judentum haben. Was wir von unsern jüdischen Ahnen ererbt haben, wollen wir erwerben, um es zu besitzen.

Aber wenn wir diese Liebe zum angestammten Kulturerbteil bethätigen wollen, so kann das nur geschehen auf Grund dessen, daß wir das Judentum, wie es war und ist, gründlich kennen lernen. Daher kann uns nichts fern und gleichgiltig bleiben, was seinem Wesen nach jüdisch ist. Wie die im B.J.C. zusammengeschlossenen Vereine, so muß und wird der Jüdische Student sich mit allem beschäftigen, was Kultur und Leben der jüdischen Nation beeinflußt. Wie diese Vereine wird er der unparteiische Boden sein, auf dem sich alle Richtungen im Judentume friedlich und zu gemeinsamer Arbeit begegnen, so weit sie an der Entwicklung eines lebensfähigen Judentums mitarbeiten wollen. Seien es Fragen des sozialen oder nationalen Lebens, sei es Litteratur oder Geschichte des jüdischen Stammes, es wird seinen Wiederhall in unserm Blatte finden, wie alle diese Dinge das geistige Rüstzeug bilden, mit dem die Vereine unseres Bundes für die Zukunft unseres Stammes kämpfen. Was

Vgl. *Walter Gross*, The Zionist Students' Movement, in: Year Book IV of the Leo Baeck Institute, London 1959, S. 145–146; *Jehuda Reinharz*, The Origin and Development of the Bund Jüdischer Corporationen, in: The Wiener Library Bulletin, Bd. XXX, New Series, Nr. 43/44, London 1977, S. 2–7.

„jüdisch" ist, wird der Jüdische Student als sein eigenstes Arbeitsgebiet betrachten ...

...

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Jüdische Student eine gleiche lebendige Entwicklung wie die Vereine Jüdischer Studenten nehmen wird. Er wird die Stimme dieser Verbindungen sein, die innere, die Rechenschaft gegen sich selbst ablegt, und die äußere, die sich bestrebt, die Bundestendenz in weitere und immer größere Kreise zu tragen. Unser Blatt wird die Stimme der Freundschaft sein, die alle V.J.St.-er innig umschließt, und wird Brüderlichkeit und Judentum mit dem wahren Ringen nach Freiheit vereinigen. Unserer Tendenz gemäß werden wir die Ehre der jüdischen Nation unentwegt hochhalten und in treuem Bunde für das blau-weiß-gelbe Banner zusammenstehen! Wie der V.J.St. den jüdischen Studenten ein „stolzes *Hilf Dir selbst"* zuruft, so antwortet „Der jüdische Student" mit dem Rufe: *Für Freiheit und Judentum!*

Dr. Heinrich Loewe.

[29]
Erster Aufruf des „Jüdischen Nationalfonds" in Deutschland
[SEPTEMBER 1902]
CZA, 2/7//10/2, SAMMLUNG GEDRUCKTER MANUSKRIPTE

Deutsche Juden!

Eine gewaltige Bewegung geht durch das jüdische Volk.

Nach 2000jährigem Leiden soll zum ersten Mal der Versuch gemacht werden, durch planvolle Großkolonisation auf dem Boden unserer Väter der allgemeinen Judennot von Grund aus abzuhelfen. *Und darum hat der V. Zionistenkongreß in Basel die Gründung eines „Nationalfonds" mit der Bestimmung beschlossen:*

---

* Die erste Anregung zur Gründung des „Jüdischen Nationalfonds" (JNF, in Hebräisch: Keren Kajemeth Lejisrael – KKL) gab Professor Hermann Schapira schon 1884 auf der Kattowitzer Konferenz und wiederholte sie 1897 auf dem ersten Zionistenkongreß, der für den Plan stimmte. Die Gründung erfolgte aber erst 1901 auf dem V. Zionistenkongreß. Der Name „Jüdischer Nationalfonds", unter dem der KKL sehr bald populär wurde, sollte ausdrücken, daß der von ihm gekaufte Boden der gesamten Nation (und nicht Einzelnen) gehören solle, d. h. eine Nationalisierung des Bodens und seine „Überführung in Gemeindeeigentum".

Nachdem zuerst der Deutsche Delegiertentag (Mannheim 1902) die Propaganda für den Nationalfonds aufgenommen hatte und beschloß, durch ein Flugblatt alle Gesinnungsgenossen zu tätiger und dauernder Unterstützung dieses für die Verwirklichung der zionistischen Idee wichtigen Fonds aufzufordern, wurde die erste Spende

„in Palästina und den Nachbargebieten für das Jüdische Volk Land zu kaufen, es bebauen und bearbeiten zu lassen und alle Unternehmungen, welche diesem Zwecke dienen, zu fördern".

Deutsche Juden!

Der *Nationalfonds* soll der Gesamtheit aller Juden zu Gute kommen.

Alle Juden aller Länder haben daher die Ehrenpflicht, zur Stärkung dieses Fonds nach Kräften beizusteuern.

Die erste Million ist überschritten; eine Summe, die für das kurze Bestehen des Fonds als groß, für die Größe des Zweckes als verschwindend klein zu bezeichnen ist.

Deutsche Juden!

Zeigt, daß Ihr Herz und Sinn habt für die Lebensinteressen Eurer Brüder! Steht nicht zurück hinter der Opferwilligkeit Eurer östlichen Stammesgenossen, die trotz ihrer wirtschaftlichen Not den größten Teil der bisherigen Beträge beigesteuert haben.

Gedenkt bei jeder freudigen und ernsten Gelegenheit des Jüdischen Nationalfonds! Stellt Sammelbüchsen in Euren Häusern auf!

Laßt Eure Kinder sammeln, um in ihnen frühzeitig die Liebe zu unsern verfolgten Stammes- und Glaubensbrüdern zu erwecken!

Erzieht sie zu guten Juden, indem Ihr sie lehrt, für die jüdische Gesamtheit tätig zu sein!

Kauft Nationalfondsmarken! die einen Wert von 5 Pfg. darstellen und die zum Ausweis für kleinste Beträge dienen.

Aber nicht durch Geldspenden allein sollen die Mittel aufgebracht werden.

Auch *ohne Kostenaufwand* kann ein Jeder nach dem Vorbilde nicht-jüdischer Wohltätigkeitsvereine (Reichsfechtschule, Sammelkasten, Orden vom blechernen Kreuz u. a.) mitarbeiten, eine bessere Zukunft für unser Volk herbeizuführen:

Jüdische Frauen und Mädchen! Nutzt Eure freie Zeit zum Besten Eures Volkes, das erbarmungslos von Ort zu Ort gehetzt wird! Unterzieht Euch

---

in der Leserbrief-Spalte der „Israelitischen Rundschau", Nr. 27 (1902) in Höhe von 2.-M ausgewiesen. Zunächst aber blieben die weiteren Beträge noch recht klein. Dieser Zustand änderte sich erst, als die ZVfD im folgenden Jahr ein eigenes Dezernat für den Nationalfonds errichtete und mit dessen Leitung Robert Hantke, Berlin, beauftragte. Von nun an begann der JNF allmählich populär zu werden. Im Jahre 1904 legte Hantke sein Amt nieder, und an seine Stelle trat Max Wollsteiner, der für viele Jahre an der Spitze der deutschen Zentrale stand. Die allmählich erstarkende zionistische Bewegung, die in einer immer strafferen Organisation ihren Ausdruck fand, gab dem Nationalfonds bald ein großes Arbeitsfeld. Für einen Abriß der Frühgeschichte des JNF vgl. „15 Jahre Nationalfonds in Deutschland", Jüdische Rundschau, Nr. 13, 30. März 1917, S. 110.

der geringen Mühe, wertlose Gegenstände im Kreise Eurer Familie zu sammeln, eingedenk des jüdischen Zweckes, eingedenk des deutschen Wortes:

Viele Wenig machen ein Viel!
Vereinte Kräfte führen zum Ziel!

Sammelt *Staniol*! (von Weinflaschen und Schokolade)
Sammelt *Cigarrenabschnitte*!
Sammelt *Briefmarken!* (auch alle deutschen)
Sammelt *Farben-* und *Salbentuben*!
Sammelt Zigarrenkisten und *-Bänder*!
Auch der Ärmste kann beitragen zu dem Werke der Selbsterlösung.
Wer auf diesem Wege dem Wohle der jüdischen Gesamtheit dienen will, den bitten wir, von anliegender Karte Gebrauch zu machen.

Zionistische Vereinigung für Deutschland.

Centralbureau! Berlin W., Friedrichstr. 58.

[30]
BJC gegen akademischen Antisemitismus
DEZEMBER 1902

Der Jüdische Student
1. Jg., Nr. 9, Dezember 1902, S. 129–130

Jüdische Kommilitonen!

Die Wahlen zum Direktorium der Akademischen Lesehalle stehen nahe bevor. Wie immer, wird auch diesmal wieder der *Verein Deutscher Studenten*[1] mit seinem brutal antisemitischen Feldgeschrei in den Wahlkampf zie-

* In der akademischen Lesehalle an der Universität Berlin konnten die Studenten ausgelegte Bücher und Zeitschriften lesen. Sie wurde von Studenten geleitet, die von den Mitgliedern der Lesehalle gewählt waren. Diese Leitung entschied darüber, welches Lesematerial anzuschaffen war. Bei dieser bestimmten Wahl zum Vorstand der Lesehalle an der Berliner Universität war die jüdische Frage von großer Bedeutung. Der „Verein Deutscher Studenten" hatte den Versuch gemacht, die jüdischen Studenten von der akademischen Lesehalle auszuschließen.

[1] Adolf Stöcker hatte 1881 die Gründung des „Vereins Deutscher Studenten", einer antisemitischen Studentenbewegung, angeregt. Dieser Verein war als solcher nicht bedeutend, erfüllte aber die alten Studentenorganisationen – die Korps und die Deutschen Burschenschaften – mit dem Geist rassistischer Intoleranz, so daß schließlich alle Juden von der Mitgliedschaft ausgeschlossen wurden.

hen. Wir stehen wiederum denen gegenüber, die mit Hass und blinder Verfolgungswut unausgesetzt unsere Ehre beschimpfen. Es sind auch dieselben, die kein Hehl daraus machen, daß sie uns nicht nur aus der akademischen Lesehalle, sondern auch aus den Hörsälen der Universität ausgeschlossen wünschten. Die Gesinnungsgenossen dieser Herren sind es, die schon heute die Hörsäle zu antisemitischen Radauversammlungen umwandeln. Welche Scenen beispielloser Rohheit sich dabei abgespielt haben und noch abspielen, ist bekannt.

Energischer Kampf und rücksichtslose Verteidigung solchen Gegnern gegenüber ist selbstverständliche Ehrenpflicht. Wer in diesem Kampf zurücksteht, verletzt nicht nur die Pflicht gegen seine Gemeinschaft, er beschimpft sich selbst.

Wer aber soll diesen Kampf führen? Die Freie Deutsche Studentenschaft wird aus hier nicht zu erörternden Gründen die Aufstellung eigener Kandidaten unterlassen. Der Sozialwissenschaftliche Studentenverein ist durch äußere Umstände an der Wahlbeteiligung gehindert. Zwei Parteien allein kommen in Betracht, die Freie Wissenschaftliche Vereinigung und der Verein Jüdischer Studenten.

Kommilitonen! Wir werden als *Juden* aufs heftigste angegriffen, als *Juden* werden wir fortdauernd beschimpft. Sollen wir es da fertig bringen, die Verteidigung unserer Ehre anderen, als Juden zu überlassen.

Die *Freie wissenschaftliche Vereinigung* besteht nun zwar ganz oder fast ganz aus Juden, aber gerade sie ist es, die aufs energischste wie gegen etwas Verächtliches dagegen protestiert, eine jüdische Korporation zu sein. Wer für die Verteidigung jüdischer Ehre in den Kampf ziehen soll, dem darf diese nicht gleichgültig oder, wie wir es mit Empörung sehen mußten, gar lächerlich sein. Nur Männer die *offen als Juden* den Kampf führen wollen, können sie vertreten. Als offen jüdische Partei tritt allein der *Verein Jüdischer Studenten* auf. Ihm allein gehören die Stimmen der selbstbewußten jüdischen Studentenschaft.

Kommilitonen! Wenn Ihr in diesem Wahlkampf Eure Stimme dem Kandidaten des Vereins Jüdischer Studenten gebt, so tretet Ihr nicht ein für das Interesse einer einzelnen studentischen Korporation – bald und gern wird ja der V.J.St. einer jüdischen Studentenpartei weichen – Ihr tretet auch nicht ein für einseitige Parteiinteressen innerhalb des Judentums, Ihr bekundet nur, daß Ihr gewillt seid, Euch ernst und ganz auf Eure Pflicht als Juden zu besinnen.

Darum wählt die Kandidaten des Vereins Jüdischer Studenten:
cand. med. Erich Rosenkranz
bisheriges Direktoriumsmitglied,
cand. jur. Leonhard Holz, cand. jur. Ludwig Zucker.
Der Verein Jüdischer Studenten (im B.J.C.)

...

[31]
Deutschtum – Judentum – Zionismus
13. FEBRUAR 1903

Jüdische Rundschau
VIII. Jg., Nr. 7, Berlin, 13. Februar 1903, S. 49–51

Deutsche Kultur im Zionismus

Elias Auerbach[1]

. . .

Und nun – pièce de résistance – wie steht der Zionist zum Deutschtum und deutscher Kultur? ... *Ich leugne, daß der zionistische Jude eine wesentlich andere Stellung zur deutschen Kultur einnehme als der nichtzionistische* ... Wie der deutsche Jude in der großen Mehrzahl der Fälle trotz des redlichsten Willens nicht restlos Deutscher sein kann, weil zu viel spezifisch jüdische Elemente in sein Gefühlsleben eingegangen sind, so ist auf der anderen Seite der deutsche Zionist trotz des redlichsten Willens außer stande, ganz und gar Jude zu sein, weil vier Generationen des übermächtigen deutschen Kulturlebens nicht spurlos an ihm vorübergegangen sind. Er ist nicht weniger assimiliert als jeder andere Jude, auch wenn ihm die Assimilations*sucht* ein Greuel ist, und aus dem Bilde unseres heutigen Geisteslebens sind die deutschen Elemente schlechterdings nicht fortzudenken.

Ist diese Art der Assimilation zu verdammen? Ich weiß es nicht. Man mag überzeugt sein, daß sie nicht dem Ideal eines jüdischen Nationalismus entspricht, der auf einer eigenen Kultur fußt, einer Volkskultur, die keiner andern Gebietsabtretungen macht, man mag den Wunsch oder die Sehnsucht haben, aus diesem nicht rund in sich geschlossenen Zustande herauszukommen: Verwerfen aber kann diese kulturelle Assimilation nur der, dem ein Judentum ohne moderne Menschheitskultur lieber ist als ein kulturkräftiges, aber nicht „rassenreines" Judentum. Man hüte sich vor dem grade unter uns Zionisten weitverbreiteten Irrtum, daß osteuropäischer Zionismus darum ein besserer ist, weil er exklusiver ist. Nicht weil die Juden Osteuropas die europäische Kultur nicht brauchen, haben sie sie nicht, sondern weil sie sie nicht kennen. Das Ghettojudentum des Ostens ist in weltgeschichtlichem Sinne nicht minder krank, als das Assimilationsjudentum des Westens; nur leidet es an einer andern Krankheit, es würde ohne unser westliches Judentum dem

[1] Elias Auerbach (1882–1971). Arzt, Bibelforscher und Historiker. Ließ sich als einer der ersten deutschen Zionisten schon 1909 in Palästina nieder und verbrachte den größten Teil seines Lebens als Arzt in Haifa, wo er viele Schriften über biblische und geschichtliche Themen veröffentlichte. Siehe auch seine Autobiographie: Pionier der Verwirklichung. Ein Arzt aus Deutschland erzählt vom Beginn der zionistischen Bewegung und seiner Niederlassung in Palästina kurz nach der Jahrhundertwende, Stuttgart 1969 (Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts).

Chauvinismus verfallen. Das mögen sich in Deutschland jene Apostel eines Durchaus-Judentums vor Augen halten, die mit weichlichen Tönen einer sentimentalen Ghettosehnsucht das Heil eines neuen „nationalen", *gesunden* Judentums heraufzuführen glauben.

Wodurch aber unterscheidet sich nun der Zionist von andern deutschen Juden? Einfach dadurch, daß erst der Komplex nationaljüdischer Ideen ihn befähigt, kritisch zu sichten in seinem Innern, wie groß die jüdische, wie groß die deutsche Komponente seines Geisteslebens ist, oder vielmehr überhaupt erst ihn befähigt zu erkennen, daß große und intime Teile seines Wesens nicht deutschen, sondern jüdischen Ursprungs sind. Aus dieser Erkenntnis folgt für den werdenden Nationaljuden, daß er nicht gut daran tut, diesen Kern seines Wesens bewußt abzutöten, sondern zu erwecken und zu entwickeln. Und hat er erkannt, daß das Jüdische in ihm das Primäre und Naturgemäße, Adäquate ist, so ist alles übrige nur Konsequenz. Dieser jüdische Wille unterscheidet den Zionisten vom Nichtzionisten. Mit der Liebe zur deutschen Kultur hat er nichts zu tun, und ein „Ringen mit der Anhänglichkeit an die liebgewordenen Kulturgüter" steht mit ihm in keinem kausalen Zusammenhange. Die gegenteilige Meinung deduziert wohl zu sehr von denjenigen Zionisten, die einen großen Teil ihrer Zeit und Arbeit der jüdischen Idee widmen. Hier ist es nicht die Art, sondern einfach die Tatsache einer intensiven Arbeit in einer bestimmten Richtung, die allmählich den Blick von allem, was außerhalb dieses Gesichtskreises liegt, abzieht. Ein treffendes Beispiel gibt uns hierfür die sozialistische Arbeit.

Was aber lehren wir unsere Kinder? Was ist nationaljüdische Erziehung? Weiter nichts als die Erweckung und die stete Pflege des jüdischen Bewußtseins in dem vorher ausgeführten Sinne von Kindesbeinen an. Daß als Mittel zu diesem Zweck jüdische Geschichte, hebräische Sprache, später jüdische Litteratur in Frage kommen, ist sicher. Das Wichtigste, das wirksame Prinzip bei alledem ist jedoch, den Gedanken an das Judentum nicht von der Tagesordnung kommen zu lassen. Aber fragen wir uns ehrlich: Ist das schon etwa eine Erziehung in jüdischer Kultur *statt* in deutscher? Haben wir eine jüdische nationale Kinderkultur? Wenn ich einst Kinder zu erziehen haben werde ..., dann werde ich darauf sehen, ihnen von der deutschen Kultur und ihren herrlichen Schätzen nichts vorzuenthalten, auch nicht die kerndeutschen Märchen und Sagen, unbeschadet ihrer nationaljüdischen Erziehung. Die Sehnsucht nach einer im vollen Sinne jüdischen Ideenbildung bleibt so lange unerfüllbar, als wir noch nicht eine neuerblühte, herrliche, autonome jüdische Kultur im Judenlande haben.

...

[32]
Für Herzls Ostafrika- (Uganda-) Projekt
[MITTE SEPTEMBER 1903]
CZA, A 19/2

Zionistische Vereinigung
Ortsgruppe Köln

Köln, Datum des Poststempels

Sehr geehrter Herr!

Wie Sie aus den Zeitungen ersehen haben werden, hat die englische Regierung dem zionistischen Actionscomité eine autonome Colonie unter britischer Oberhoheit angeboten.

Nach den bisherigen Forschungen, bietet dieses Land die Möglichkeit zur Ansiedlung mehrerer Millionen unserer Brüder, in einem für Europäer geeigneten Klima. Da Sie hiernach jetzt durch den Anschluß an unsere Bewegung ein gewaltiges Werk der Menschenliebe verwirklichen und an der Regeneration unserer unterdrückten Brüder mitarbeiten können, hoffen wir, daß Sie uns nunmehr Ihr wohlwollendes Interesse zuwenden werden.

---

* Einem Beschluß des V. Zionistenkongresses gemäß fand der VI. Zionistenkongreß erst zwei Jahre später (23.–28. August 1903 in Basel) statt. Dies wich von der Praxis ab, den Kongreß alljährlich einzuberufen. Dieser Kongreß, der letzte an dem Herzl teilnahm, war einer der stürmischsten und tragischsten. Während Herzl von der Erreichung des Charters noch immer so weit entfernt war wie zuvor, wurde eine Lösung der Judenfrage immer dringlicher, besonders nach dem Pogrom in Kischinew im April 1903. Aus dieser Situation erwuchsen verschiedene „Zwischenlösungen". Herzl erhielt ein offizielles Angebot der englischen Regierung, die bereit war, innerhalb von Britisch-Ostafrika, dem heutigen Kenya, ein Gebiet für jüdische Ansiedlung zur Verfügung zu stellen. Dieser Plan wurde in zionistischen Kreisen gewöhnlich Uganda-Projekt genannt. Herzl legte dem VI. Kongreß diesen Vorschlag zur ersten Prüfung vor, betonte aber dabei, daß dieses Projekt nur eine Hilfsmaßnahme darstelle, eine einstweilige Möglichkeit, die Notlage der osteuropäischen Juden zu lindern. Bei der Abstimmung waren 295 für das Uganda-Projekt und 178 dagegen bei 98 Stimmenthaltungen. Die schärfsten Gegner des Projekts waren die russischen Zionisten (Zione Zion), die unter der Führung von Jechiel Tschlenow den Saal verließen. Später brachte Herzl sie dazu, wieder zurückzukehren und vermied damit die Spaltung der Zionistischen Organisation.

Unter den energischsten Befürwortern des Projekts befanden sich auch die deutschen Zionisten unter Führung von Dr. Max Bodenheimer.

Siehe Abdruck dieser Einladung bei *Michael Heymann*, Herzl and the Russian Zionists, Dissension and Agreement (hebr.), in: Zionism, Bd. III, hrsg. von *Daniel Carpi*, aaO., S. 85–86.

Zur Lage zum VI. Zionistenkongreß vgl. *Michael Heymann* (Hrsg.), The Uganda Controversy, Bd. I, Jerusalem 1970, S. 14–39. Ebenso *Robert G. Weisbord*, African Zion, The Attempt to Establish a Jewish Colony in the East Africa Protectorate 1903–1905, Philadelphia 1968.

Wir laden demnach Sie mit Ihrer werten Familie freundl.[ichst] zu der Versammlung ein, in welcher die Kongreßdelegierten über den Verlauf der Tagung Bericht erstatten werden. Den Vortrag über die diplomatische Arbeit des Actions-Comités hat Herr Dr. Bodenheimer übernommen.

Die Berichterstattung der Kongreß-Delegation findet Samstag, den 19. September, 8½ Uhr abends im englischen Saale der Philharmonie, Apostelnstraße, hierselbst, statt.

I.[m] A.[uftrage]
Vorsitzender[1]

[33]
Disziplin in der Zionistischen Weltorganisation
24. MAI 1904

Jüdische Rundschau

IX. Jg., Nr. 21, 27. Mai 1904, S. 222–223

Ansprache und Bericht des Vorsitzenden des Zentralkomitees[1]
Rechtsanwalt Dr. M. J. Bodenheimer – Köln.

Hochverehrte Versammlung!
Werte Delegierte!

...

Ein Wort möchte ich noch bezüglich der Frage der Schaffung einer Judenkolonie in Ost-Afrika an Sie richten. Diese Frage hat einen Sturm innerhalb der zionistischen Bewegung entfesselt, dessen Heftigkeit dem Außenstehen-

---

[1] Höchstwahrscheinlich Max Bodenheimer.

* Am 11. April 1904 berief Herzl eine Sitzung des Großen Aktions-Comités in Wien ein, auf der die Versöhnung mit den Gegnern des Uganda-Projekts erreicht wurde. Nicht lange danach, am 23. und 24. Mai 1904, trat der siebente deutsch-zionistische Delegiertentag in Hamburg zusammen, an dem etwa 100 Delegierte teilnahmen. Die deutschen Zionisten waren immer für ihre Disziplin innerhalb der ZVfD bekannt. Die hier abgedruckte Rede spricht für die Loyalität und Disziplin der ZVfD gegenüber der Zionistischen Weltorganisation.

Vgl. auch den Brief der deutschen Landsmannschaft an das Aktions-Comité vom 25. August 1903, CZA, A 142/36/1. Für eine spätere Analyse vgl. *Julius Simon*, Kongreß und deutsche Landsmannschaft, in: Jüdische Rundschau, Nr. 36, 6. September 1907, S. 372–374; *Elias Auerbach*, Die deutsche Landsmannschaft im Zionismus, in: Jüdische Rundschau, Nr. 37, 13. September 1907, S. 390–393.

[1] Mitglieder des Zentralkomitees waren zur Zeit des Hamburger Delegiertentages Dr. Bodenheimer, Assessor Gronemann, Dr. A. Hantke, Dr. Adler, Dr. Frank, David Wolffsohn, Wolf, Dr. Klee, Dr. Zlocisti, Dr. Kaufmann.

Der Delegiertentag beschloß, ein Zentralbüro in Berlin unter Leitung von Arthur Hantke, Eduard Leszynsky und Emil Simonson zu gründen. Max Wollsteiner vom JNF wurde in die Leitung kooptiert.

den vielfach unverständlich geblieben ist. Nicht so demjenigen, der da weiß, mit welcher Glut jeder unserer Gesinnungsgenossen das Land unserer Väter liebt und wie sehr der Gedanke unsere besten Freunde erschreckt hat, man könnte an die Stelle Palästinas ein anderes Land als Ziel der zionistischen Freiheitsbewegung setzen. Diese unsere Freunde haben vergessen, daß ein Unterschied besteht zwischen dem Ziel, welches sich eine Bewegung setzt und den Mitteln, die sie zur Erreichung dieses Zieles verwendet. Man kann die Schaffung einer Kolonie in irgend einem anderen Lande als Palästina wohl als ein Ziel für die Lösung der Judenfrage betrachten, aber dieses Ziel wäre nie und nimmer ein zionistisches. Eine solche Heimstätte für sich allein würde auch keine Aussicht auf Dauer besitzen, kann also für uns als eine endgültige Lösung der Judenfrage nicht in Betracht kommen. Wenn die Schaffung einer solchen Kolonie von Nichtzionistischer Seite angestrebt wird, kann dies als eine Gegenwartsarbeit, d. h. eine Tätigkeit, die einer augenblicklichen Notlage steuert und an Stelle des Systems der Zerstreuung das Prinzip nationaler Sammlung für die Auswanderungsbewegung unserer östlichen Glaubensgenossen setzt, unsere Unterstützung finden. Das ist auch wohl der Grund, weshalb die englische Regierung gerade uns dies großartige Anerbieten gemacht hat, für welches das jüdische Volk dauernde Dankbarkeit schuldet. Etwas anderes aber ist es, wenn man die Frage aufwirft, ob die Schaffung einer solchen Kolonie nicht ein Mittel sein kann, um das zionistische Ziel rascher und sicherer zu erreichen, als lediglich durch die Schaffung zerstreuter Kolonien ohne den Charter in Palästina und dessen Nebenländern. Die Beantwortung dieser Frage darf nicht aus einem dunklen Gefühl heraus erfolgen, sondern bedarf der kühlsten und nüchternsten Erwägung. Wenn die zionistische Bewegung in ihrer autorisierten Vertretung, d. h. dem allgemeinen Zionistenkongreß durch Majoritätsbeschluß die Beschreitung dieses Wegs verlangt, ist es eine Sache der Disziplin für die dissentierenden Gesinnungsgenossen, nicht etwa ihre Gesinnungen zu ändern, sondern der Ausführung dieser Beschlüsse unter keinen Umständen irgend welche Hindernisse in den Weg zu legen. Fällt der Beschluß nach der anderen Richtung, die unserem Herzen näher liegt, dann ist es ebenso selbstverständlich, daß Erwägungen der Notwendigkeit einer Gegenwartsarbeit mit Rücksicht auf die augenblickliche Notlage, unsere Gesinnungsgenossen nicht veranlassen dürfen, irgendwelche andere Schritte zu fördern. Wenn wir uns in dem Weg, den wir zu beschreiten haben, geirrt haben sollten, würde es für eine in sich geschlossene zionistische Organisation ein Leichtes sein, einen solchen Fehler wieder wett zu schlagen. Wehe aber! Wenn unter dem Streit der Überzeugungen die Organisation selbst in die Brüche gehen sollte! Denn dann zerbrechen wir das Werkzeug, mit dem wir allein unsere Freiheit zimmern können.

...

[34]
ANTIZIONISMUS DER ORTHODOXEN
29. JUNI 1904
CZA A/15/VII/16

[Briefbogen der ZVfD, Centralbureau, Berlin W., Friedrichstraße 58]
Hamburg, 29. Juni 1904
Mittelweg 104

Herrn Dr. *Hirsch*[1]
Hannover

Sehr geehrter Herr!

Im Auftrage des Berliner Centralbureaus der Zion. Vereinigung für Deutschland mache ich Ihnen hiermit die gewünschten Mitteilungen über den Verlauf der Versammlung orthodoxer Rabbiner[2], die im Jan. d. Jahres in Frankfurt a. Main stattfand. Die Darstellung ist authentisch, da mein Gewährsmann den Verhandlungen beiwohnte.

Rabbiner Dr. *Breuer*[3] berief die Versammlung ein. Einladungen waren nur an einen Teil der dem Verbande angehörenden orthodoxen Rabbiner ergangen.

---

* Die Versammlung der orthodoxen Rabbiner, über die hier berichtet wird, war vermutlich die der Rabbiner-Kommission der „Freien Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums", an deren Spitze Rabbiner Salomon Breuer stand. Die Versammlung trat offenbar unter Druck osteuropäischer Rabbiner zusammen, aber zweifellos war die Majorität der orthodoxen Rabbiner in Deutschland antizionistisch und bedurfte keines Druckes von außen. Eine größere Versammlung, die sich auch mit der Frage des Zionismus befaßte, fand nach Herzls Tod am 25. Oktober 1904 und nach der Preßburger Konferenz des „Misrachi" im August 1904 statt. Hier wurde der Hauptangriff gegen den „Misrachi" unternommen aus Angst, daß er zu einer Machtposition innerhalb der orthodoxen Kreise gelangen könnte. Im Mai 1905 veröffentlichte die „Freie Vereinigung" folgende Resolution: „Die Prinzipien des Misrachi, als eine Fraktion innerhalb des Zionismus, sind mit den Grundsätzen des überlieferten Judentums nicht zu vereinbaren."

Vgl. *Jacob Zur*, The Attitude of German Jewish Orthodoxy towards Political Zionism in its Early Years (1895–1904). Diss. (hebr., in Vorbereitung), Universität Tel Aviv.

[1] Salomon Hirsch (1863–1916). Arzt. Enkel von Samson Raphael Hirsch.

[2] Gemeint ist die „Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums", 1885 von Rabbiner S. R. Hirsch gegründet. Ihr Einfluß war bis 1907 hauptsächlich in Süddeutschland spürbar, dehnte sich dann aber unter den Rabbinern Breuer und Rosenheim weiter aus. Die Vereinigung war gegen jede Zusammenarbeit mit nichtorthodoxen Kreisen.

[3] Salomon Breuer (1849–1926). Rabbiner. Schwiegersohn von S. R. Hirsch und sein Nachfolger in Frankfurt a. M. Gründer der Talmud Tora (Schule) in Frankfurt. Bekämpfer des Zionismus und des „Misrachi". Einer der Gründer der „Agudas Jisroel".

Dr. *Breuer* betonte, daß die Stellungnahme zum Zionismus der ausschließliche Einberufungsgrund gewesen sei. Der Z. sei eine schwere Gefahr für das Judentum; zahlreiche strenggläubige Rabbiner in Rußland hätten ihm geschrieben, daß sie gegen das Vordringen der Bewegung in ihren Gemeinden machtlos seien und auf die Hilfe der deutschen Orthodoxen bauten. Deshalb müsse endlich in unzweideutigster und schärfster Weise dagegen Stellung genommen werden. Da es sich um eine Sache von so weittragender Bedeutung handelte, so müßten alle Orthodoxen zusammenstehn, müsse der Einzelne seine vielleicht abweichende Privatmeinung zurückstellen. Er fordere daher sämtliche Anwesende auf, eine gedruckt vorliegende Protesterklärung zu unterzeichnen.

Diese Protesterklärung[4], deren Entwurf jedem Teilnehmer zugestellt wurde, soll mit einem Cherem[5] verzweifelte Ähnlichkeit haben. Mir selbst ist sie leider nicht vor Augen gekommen.

Das Hauptreferat hielt Dr. *Bondi*[6] – Mainz; er sowohl wie Dr. Cahn[7] – Fulda kam zu denselben Schlüssen. Als erster Diskussionsredner trat Dr. Staripolski – Zabern auf. Er stellte unter tiefstem Bedauern fest, daß er sich soweit hätte vergessen können, Zionist geworden zu sein, ja den letzten Baseler Kongreß[8] als Delegierter besucht zu haben. Dort sei es ihm klar geworden, daß der Z. in der Tat zu verurteilen sei, er bereue seinen Schritt und erkläre hiermit feierlich seinen Austritt aus der Zion. Organisation.

Gegen den Antrag sprachen nur 2 Rabbiner, Dr. *Carlebach*[9] – Lübeck und Dr. *Carlebach*-jr.[10] – Memel. Beide bemerkten, keine Zionisten zu sein, müßten aber manche gute Seiten der Bewegung anerkennen und seien aus taktischen Gründen durchaus gegen den geplanten Protest. Dr. Carlebach jr. sprach extra [etwa?] 1 Stunde lang. Die Discussion wurde stürmisch, Breuer geriet in lebhafte Erregung über die unerwartete Opposition im eigenen Lager; er gab der Erwartung Ausdruck, daß über die Verhandlungen nichts in die Öffentlichkeit gelange. Die Versammlung ging gegen 1 Uhr nachts resultatlos auseinander.

---

[4] Vgl. Mitteilungen der „Freien Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums" vom 18. Mai 1905, S. 3–29. Ebenfalls CZA, Z 1/422.

[5] Hebr.: Bann.

[6] Jonas Bondi (1862–1920). Rabbiner in Mainz von 1889 bis zu seinem Tode. Herausgeber des „Israelit".

[7] Michael Cahn (1847–1920). Bezirksrabbiner in Fulda. Anhänger von S. R. Hirsch und von Breuer. Verfasser einer Anzahl von Büchern, u. a.: Die religiösen Strömungen in der zeitgenössischen Judenheit, Frankfurt a. M. 1912.

[8] Gemeint ist der VI. Zionistenkongreß (1903).

[9] Salomon Carlebach (1845–1919). Rabbiner in Lübeck. Autor einer Anzahl gelehrter Arbeiten.

[10] Emanuel Carlebach (1874–1927). Schüler der Rabbiner Breuer und Hildesheimer. Rabbiner in Memel (1898–1904) und später in Köln. War während des ersten Weltkrieges Berater der deutschen Besatzungstruppen in Osteuropa in Fragen des jüdischen Schulwesens.

Soweit meine Informationen. Sie dürfen davon nach Belieben Gebrauch machen, nur bitte ich, meines Gewährmannes wegen, meinen Namen nicht zu nennen.

Mit hochachtungsvoller Ergebenheit und Zionsgruß

Ihr Dr. *Kalmus*[11].

[35]

GRÜNDUNG DER DEUTSCHEN LANDESORGANISATION DES „MISRACHI"

JULI 1904

Jüdische Rundschau

IX. Jg., Nr. 30, 29. Juli 1904, S. 326

Misrachi

Das „Frankfurter Israelitische Familienblatt" bringt in seiner letzten Nummer folgenden Statuten-Entwurf für die *deutsche Abteilung des „Misrachi"*:

Aufklärung über den „Misrachi" innerhalb des Zionismus.

a) Wir erblicken im Zionismus eine wesentlich politische und wirtschaftliche Bewegung.

---

[11] Ernst Kalmus (1864–1959). Arzt und religiös-traditioneller Zionist. Praktizierte als Neurologe und gehörte zu den ersten aktiven Mitgliedern der ZVfD. Wirkte bei der Gründung von „Jung Israel" mit und war Delegierter bei einer Anzahl von Kongressen. War viele Jahre lang Vorsitzender der zionistischen Ortsgruppe Hamburg. Nach 1933 wanderte er in Palästina ein.

* Der „Misrachi" (das Wort ist ursprünglich eine Verbindung von zwei hebräischen Worten, *merkas ruchani* – d. h. geistiges Zentrum) ist eine Vereinigung der gesetzestreuen Zionisten, deren Ziel die Erfüllung des Baseler Programms auf der Grundlage der Tora und im Sinne des traditionellen Judentums ist. In Folge der auf dem V. Zionistenkongreß und insbesondere auf der Minsker Konferenz der russischen Zionisten geführten lebhaften Kultur-Debatten, wurde der „Misrachi" von einer Reihe russischer Zionisten in Wilna 1902 begründet, um den Standpunkt der orthodoxen Kreise innerhalb des Zionismus zu vertreten und darüber zu wachen, daß innerhalb der Gesamtbewegung nichts gegen die proklamierte Neutralität in religiösen Fragen geschehe.

Die Geschichte des deutschen „Misrachi" in den ersten 12 Jahren seines Bestehens deckte sich zum größten Teil mit der des Weltverbandes. Die deutsche Landsmannschaft leitete den Welt-„Misrachi" bis zum ersten Weltkrieg. Die Begründer des deutschen „Misrachi" waren alle bereits Zionisten, bevor die Föderation ins Leben gerufen wurde. Für sie war es bei der Formulierung der Statuten der neuen Organisation selbstverständlich, daß sie an die erste Stelle ihres Programms den genauen Wortlaut des Baseler Programms stellten. Die „Misrachi"-Statuten sahen vor, daß jeder Misrachist Mitglied der Zionistischen Weltorganisation sein müsse oder es durch seinen Eintritt in den „Misrachi" werde.

Vgl. Festschrift zum 25jährigen Jubiläum des Misrachi, herausgegeben vom Zentralbüro des Misrachi in Deutschland, Berlin 5687/1927.

b) Demnach ist innerhalb der zionistischen Bewegung Raum für die Vertreter aller Anschauungen.

c) Trotzdem halten wir es für nötig, uns zu einer besonderen Gruppe innerhalb der zionistischen Bewegung zusammenzuschließen, und zwar aus folgenden Gründen:

d) 1. Zu den Zielen des Zionismus gehört auch kulturelle Gegenwartsarbeit. Diese kann nach unserer Überzeugung nur von denen in ersprießlicher Weise vollbracht werden, die auf dem Boden des gesetzestreuen Judentums unerschütterlich feststehen. Von ihnen allein können wir erhoffen, daß sie den Weg gehen werden, auf dem die Weltanschauung des geoffenbarten Judentums und die Kulturforderungen der Gegenwart versöhnt nebeneinander schreiten können.

2. Auch bei Ausführung von politischen und wirtschaftlichen Aktionen erheben sich jüdischgesetzliche Forderungen. Es ist uns Herzenssache, darüber zu wachen, daß innerhalb einer Bewegung, die den Namen Zion trägt, diese Forderungen erfüllt werden.

3. Wenn wir vollends das Endziel des Zionismus ins Auge fassen: Die Wiedergeburt des jüdischen Volkes im Lande seiner Väter, so ist uns eine solche Wiedergeburt undenkbar ohne das Wiedererwachen unserer jüdischen Ideale, ohne den Geist der Thora und der Propheten, ohne Vertiefung der jüdisch-gesetzlichen Praxis, ohne alles das, was die Größe unseres Volkes in den klassischen Epochen seiner Geschichte bedingt hat.

Die zur Erreichung dieser Aufgabe in Deutschland gegründete Gruppe nennt sich Misrachi, im Anschluß an die in Rußland von Rabbiner Reines[1] in Lida begründete Organisation.

...

[36]
Schliesst Euch dem Zionismus an, um Euch selbst und Euren Brüdern zu helfen

[1904]

CZA, 2/7/10/2, SAMMLUNG GEDRUCKTER MANUSKRIPTE

Flugblatt No. 6

Deutsche Juden!

Fast drei Jahrzehnte sind vergangen, seit der Antisemitismus von Deutschland ausgehend seinen Siegeslauf durch die Welt antrat.

[1] Jizchak Jakob Reines (1839–1915). Seit 1888 Rabbiner in Lida; zählte zu den hervorragendsten Talmudgelehrten des letzten Jahrhunderts. Nahm fast an sämtlichen Zionistenkongressen teil und gehörte zu den Befürwortern des Uganda-Projekts. Gab 1903 mit S. Jawitz die erste misrachistische Zeitschrift „Hamisrach" heraus.

Sein Ziel ist erreicht. Wohin wir auch schauen, überall ist der Jude politisch entrechtet, wirtschaftlich zurückgedrängt, von der christlichen Gesellschaft ausgeschlossen.

Im deutschen Osten zwingt man unsere Brüder zum Abzug in die Großstädte, indem man sie geschäftlich und gesellschaftlich boykottiert; ja das uralte, schon vergessen geglaubte Gespenst des Ritualmordes wandelt von Neuem durch die Gassen und fordert blutige Opfer.

Unsere verfassungsmäßigen Rechte werden täglich verletzt, der Zutritt zum Beamten- und Offizierstande ist uns verwehrt, die geistige Mitarbeit, die wir freudig auf allen Gebieten deutscher Kultur geleistet, wird geschmäht und voll Hohn zurückgewiesen. *So wird der Jude moralisch gebrochen*, indem man ihm die freie geistige Betätigung verwehrt, unsichtbare Ghettomauern neu errichtet, hinter denen die Besten und Strebsamsten verkümmern müssen.

Für die deutschen Juden besteht also eine wirtschaftliche und geistige Judennot!

Deutsche Juden!

Wir leiden aus keinem anderen Grunde, als weil wir anderen Stammes sind, als das Volk um uns her.

Wir sind verachtet und zurückgesetzt wegen der Eigenschaften, wegen der Volkszugehörigkeit, wegen des Glaubens unserer Ahnen; wir leiden für all das, was unser Stamm seit Jahrtausenden heilig gehalten hat, für das unsere Väter in der Nacht des Mittelalters willig Gut und Blut hingegeben haben!

Wollen wir schlechter sein als unsere Väter?

Jenseits der Grenze quält und mordet man unsere Brüder, treibt sie zu Hunderttausenden über's Meer, läßt sie physisch und moralisch zu Grunde gehen durch eine Gesetzgebung, die ein Hohn ist auf alle Gebote der Menschlichkeit.

Denkt an Kischinew, an Homel! [1]

Und jene Ärmsten mußten aus demselben Grunde sterben, aus dem auch wir leiden, nur weil es Glieder des jüdischen Volkes sind!

Deutsche Juden!

Wir müssen helfen, uns selbst und unseren Brüdern!

Und das kann nur geschehen, wenn der Hauptgrund des Übels, die Zerstreuung unter die Völker, die uns wehrlos der Umgebung ausliefert, beseitigt wird, wenn Ihr Euch der Zionistischen Bewegung anschließt und dazu beitragt, dem jüdischen Volke die Möglichkeit einer menschenwürdigen Existenz auf eigenem Boden zu schaffen.

...

[1] In Kischinew und Homel fanden im Jahre 1903 blutige Pogrome statt.

Deutsche Juden, die Ihr noch jüdisch fühlt!

Wir müssen uns erinnern, daß wir alle *eines* Stammes sind, daß unser aller Väter Tod und Schande willig getragen haben in der Hoffnung auf die Wiedervereinigung des Volkes im Lande Israel.

Nur wenn wir uns in unsere große Zukunft vertiefen, den geistigen Gehalt des Judentums in uns aufzunehmen trachten, nur wenn uns die Zukunft ein Ideal bietet, können wir die Pflichten gegen unser Volk erfüllen, dem Haß von außen, der Indolenz im Innern siegreich entgegentreten.

Das schließt nicht aus, daß wir dem Lande unserer Geburt als treue Bürger dienen, die Gesetze beachten und unsere Pflichten gegen die Gesamtheit erfüllen. Wir erinnern an das Königswort: „Das Königreich Preußen setzt sich aus vielen Stämmen zusammen, die stolz sind auf ihre frühere Geschichte und Eigenart. Das hindert sie nicht, vor allem brave Preußen zu sein.“ Und wie wir alle Pflichten erfüllen, nehmen wir auch alle staatsbürgerlichen Rechte in Anspruch. Wir kämpfen nur neugeeint als *deutsche Staatsbürger jüdischen Stammes.*

Der Zionismus will diese seine Ziele erreichen durch:

1. *Die zweckdienliche Förderung der Besiedelung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden.*
2. *Die Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Judenheit durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen nach Maßgabe der Landesgesetze.*
3. *Die Stärkung des jüdischen Selbstgefühls und Volksbewußtseins.*
4. *Vorbereitende Schritte zur Erlangung der Regierungszustimmungen, die nötig sind, um das Ziel des Zionismus zu erreichen.*

Seinen Bestrebungen haben sich mehr als eine Million Juden angeschlossen in allen Teilen der bewohnten Erde, und die Zahl seiner Anhänger wächst von Jahr zu Jahr.

Wir erstreben also:

Arbeit und Brot für die Armen, geistige und sittliche Gesundung für uns Alle!

Der Zionismus bedeutet soziale und nationale Aufrichtung der Judenheit, Erziehung im jüdischen Sinne, Schutz vor innerer und äußerer Schmach!

Wir bekämpfen niemand in Israel, wir wollen alle Kräfte unseres Volkes einen, wollen bauen und nicht zerstören. Jeder Jude, in dem noch das Stammesgefühl lebt, sollte sich für das Werk der Regeneration begeistern, das wir erstreben.

Bei uns findet sich zusammen, was jüdisch empfindet und das Judentum nicht als einen fossilen Körper, sondern als ein lebendiges und lebenskräftiges Sein betrachtet.

Darum muß sich uns ein jeder anschließen, der will, daß das Judentum nicht sterbe, sondern lebe.

Denn der Zionismus ist die Hoffnung.
Er ist die einzig mögliche Zukunft des Judentums.

Herausgegeben von der Zionistischen Vereinigung für Deutschland.

...

[37]
GRÜNDUNG DER „JÜDISCHEN TURNERSCHAFT“
23. APRIL 1905
ARCHIV DER MAKKABI-WELTORGANISATION

Jüdische Turnzeitung
Nr. 5/6, Mai/Juni 1905, S. 91–95

Satzung der Jüdischen Turnerschaft[1].

§ 1

Die Jüdische Turnerschaft umfaßt alle jüdischen Turnvereine, die nach Annahme der nachfolgenden Satzungen in den Verband aufgenommen worden sind.

§ 2

Die Jüdische Turnerschaft bezweckt die Pflege des Turnens als Mittel zur Hebung des jüdischen Stammes im Sinne der national-jüdischen Idee.

Unter National-Judentum verstehen wir das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller Juden auf Grund gemeinsamer Abstammung und Geschichte,

---

* Die Generalversammlung des „Bar Kochba“-Berlin vom 22. März 1903, auf der berichtet wurde, daß der Verein bereits 400 Mitglieder zählte, beschloß die Gründung des Verbandes jüdischer Turnvereine mit dem Namen „Jüdische Turnerschaft“ und entwarf ein Verbands-Statut. Dieser Beschluß wurde mit der Durchführung des ersten jüdischen Turntages in Basel anläßlich des VI. Zionistenkongresses Wirklichkeit. Dort fand ein „Schauturnen“ statt, das man den „geturnten Rechenschaftsbericht“ nannte, und an dem sich 35 Turner aus Berlin, Freiburg, Köln, Mährisch-Ostrau, Wien, Sofia u. a. beteiligten.

Vgl. Das jüdische Sportbuch. Weg, Kampf und Ziel der jüdischen Sportverbände, Berlin 1937.

[1] Beschlossen auf dem II. Jüdischen Turntag zu Berlin am 23. April 1905; abgeändert auf dem IV. Jüdischen Turntag zu Berlin am 31. Mai 1909.

Der „Bar Kochba“-Berlin zeichnete auch als Veranstalter des II. jüdischen Turntages, der am 23. und 24. April 1905 in Berlin stattfand. Zum Vorsitzenden des Ausschusses der „Jüdischen Turnerschaft“ wurde Theobald Scholem, Berlin gewählt. Er übernahm einen Verband, der aus 14 Vereinen mit 2000 Mitgliedern bestand.

sowie den Willen, die jüdische Stammesgemeinschaft auf dieser Grundlage zu erhalten.

Der Verband verfolgt keine politischen Zwecke.

...

[38]
Erneute Bestätigung des Baseler Programms durch die ZVfD
5. MAI 1905

Jüdische Rundschau

X. Jg., Nr. 18, 5. Mai 1905, S. 197–198

...

Erklärung des Zentralkomitees der Zionistischen Vereinigung für Deutschland

Wir erblicken im Baseler Programm die unerschütterliche Grundlage des politischen Zionismus. Demnach ist das Ziel der zionistischen Bewegung die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das Jüdische Volk in Palästina. Wir lehnen daher den Territorialismus ab, der als Ziel der Bewegung an die Stelle Palästinas ein anderes Land setzen will.

Da sich das Ostafrikaprojekt schon jetzt als undurchführbar erweist, ist es für uns nicht erforderlich, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Im Übrigen sind wir der Ansicht, daß die Ausführung von Kolonisationsprojekten außerhalb Palästinas und seiner Nachbarländer nicht Sache der zionistischen Organisation sein soll.

Als die nächsten Aufgaben der Bewegung betrachten wir:

1. Aufrechterhaltung und Ausbau der angeknüpften politischen Beziehungen.
2. Systematische Ausgestaltung unserer bereits vorhandenen Positionen in Palästina, um die realen Unterlagen und die nötige Stärkung für unsere politischen Aktionen zu schaffen.

Im einzelnen erstreben wir in dieser Hinsicht:

Wissenschaftliche Erforschung des Landes und seiner Verhältnisse.

Förderung wirtschaftlicher Unternehmungen, Landerwerb und Stärkung der Anglo-Palestine Company[1].

Umwandlung der städtischen Bevölkerung in ein produktives Element.

Einwirkung auf die Kolonisationsunternehmungen in Palästina im natio-

---

[1] Eine Bank mit dem Namen „Anglo-Palestine Company Ltd." (APC, später in „Anglo-Palestine Bank Ltd." abgeändert) wurde 1902 in London als Nebenstelle des „Jewish Colonial Trust", den Herzl als das Finanzinstrument der Zionistischen Weltorganisation geschaffen hatte, gegründet und 1903 in Jaffa eröffnet.

nalen Sinne, insbesondere auch im Hinblick auf die nationale Erziehung der palästinensischen Jugend.
Schaffung von Arbeitsgelegenheit für einwandernde Juden, soweit die Einwanderung auf legalem Wege möglich ist.

3. Ausgestaltung der Organisation und Ausbau der zionistischen Institutionen.
4. Unterstützung aller Maßnahmen, welche geeignet sind, das jüdische Selbstgefühl und Volksbewußtsein zu stärken.

Das Zentralkomitee der Zionistischen Vereinigung für Deutschland.

[39]
Loyalität und Disziplin
OKTOBER 1905
CZA, A 15/46/VII

Aufruf

An die deutschen Zionisten!

Werte Gesinnungsgenossen!

... Wir deutschen Zionisten haben uns immer als die Leibgarde des zionistischen Programms und unserer Organisation in der ganzen Welt betrachtet. Wir haben demnach auch jetzt ein Beispiel der Disziplin zu geben, einerlei ob wir auf dem Boden der Freiburger Beschlüsse[1] stehen oder ob wir der Meinung sind, daß eine Autonomie außerhalb Palästinas für uns ein gutes politisches Mittel wäre, nach Zion zu gelangen. Einerlei welcher Fraktion wir angehören, haben wir selbst, wenn wir ein Opfer des Intellekts bringen müßten, die Führer in der vom Kongreß dictierten Politik zu unterstützen,

---

* Auf dem VII. Kongreß waren zum ersten Mal tiefgehende Differenzen zwischen den deutschen Zionisten zutage getreten. Da es auf dem Kongreß selbst nicht zu einer vollen Verständigung zwischen den beiden Gruppen kam, entspann sich ein lebhafter Streit zwischen der Mehrheit des Kongresses und den sogenannten „Politischen Zionisten“. Der größte Teil der letzteren schloß sich zu einer Gruppe unter dem Namen „Verband politischer Zionisten“ zusammen. Da die „Jüdische Rundschau“ für die Durchführung der Kongreßbeschlüsse eintrat und den Standpunkt der Mehrheit billigte, richteten sich die Angriffe der Gruppe der Politischen in erster Reihe gegen die „Jüdische Rundschau“. Dieser Zustand dauerte bis November 1905. Erst auf einer Sitzung des Zentralkomitees gelang es, eine gewisse Verständigung herbeizuführen, deren wichtigstes Resultat die Auflösung des Verbandes der politischen Zionisten war.

Vgl. Bericht der deutschen Landesorganisation zur Jahreskonferenz 1906, CZA, Z 2/401; Sitzung des Centralkomitees der Zionistischen Vereinigung für Deutschland in Berlin am 29. Oktober 1905, CZA, A 15/VIII/17.

[1] Am Vorabend des VII. Kongresses trafen sich die Gegner des Uganda-Projektes unter Führung von Menachem Ussischkin in Freiburg, um ihre Taktik auf dem Kongreß festzulegen.

solange nicht ein anderer Kongreß eine neue Richtung einschlägt. Wir haben demnach überall nach besten Kräften neue Anhänger für die Zionistische Idee zu werben und für die Verwirklichung ihrer Ziele, Jeder in seiner Weise, zu wirken und zu kämpfen. Kein deutscher Zionist, keine deutsche Gruppe darf sich demnach einer Organisation anschließen, welche mit politischen Mitteln für ein autonomes Landgebiet außerhalb Palästinas eintritt. Wir dürfen unsere Kräfte nicht zersplittern. Keiner darf sich der Arbeit entziehen. Jetzt mehr wie je gilt für uns der Ruf: „Alle Mann an Bord." Wer von der Mannschaft nicht da ist, wenn das zionistische Schiff zu neuem Werbezug in die See sticht, der hat sich der Meuterei schuldig gemacht. Wir fürchten keine Stürme, wir fürchten keinen Feind, wenn wir einig sind über das Ziel, nach welchem wir das Schiff zu lenken haben. Den Kurs, in welchem wir nach diesem Ziele fahren, bestimmt einzig und allein der Kongreß.

Köln, im Oktober 1905.

Dr. Bodenheimer.

[40]
Zionistische Gemeindepolitik
[MAI 1908]
CZA, A 142/47/5

1. Thesen zum Referat „Unsere Stellung zur Gemeindepolitik" von Dr. Kollenscher[1]

I. Die Teilnahme an den Arbeiten der Kultus-Gemeinden ist für die deutschen Zionisten erforderlich, weil einmal den Zionisten kein jüdisches

---

* Bis zur Gründung der „Jüdischen Volkspartei" in Deutschland im Jahre 1919 blieb Herzls Aufruf, die „Gemeinden zu erobern", mehrere Jahre lang eine rhetorische und unerfüllte Forderung. Einer der ersten, der an ihre Verwirklichung ging, war Max Kollenscher, Verfasser der Schrift „Aufgaben jüdischer Gemeindepolitik" (1905), in der die deutschen Gemeinden aufgefordert wurden, sich nicht nur auf die Verwaltung religiöser Einrichtungen zu beschränken, sondern auch alle sozialen, religiösen und politischen Aspekte des jüdischen Lebens in ihre Tätigkeit einzuschließen. Kollenschers leitender Gedanke war, daß die Gemeinden den Bedürfnissen der ganzen Gemeinschaft und nicht vorwiegend denen der Notabeln zu dienen hätten. Seiner Ansicht nach hatten sich die jüdischen Gemeinden in der Diaspora, die vor der Emanzipation die Zentren des jüdischen Lebens waren, später zu Institutionen entwickelt, die von einigen assimilierten Würdenträgern verwaltet wurden. Obwohl viele deutsche Zionisten Kollenschers Ansicht akzeptierten, hatten nur wenige vor der Gründung der „Jüdischen Volkspartei" aktiv Gemeindepolitik betrieben.

Vgl. Jüdische Rundschau, Nr. 24, 12. Juni 1908, S. 220–221; *Max Kollenscher*, Memoiren, Manuskript in Maschinenschrift, Archiv des LBI, Jerusalem.

[1] Max Kollenscher (1875–1937). Rechtsanwalt und zionistischer Gemeindepolitiker in Berlin. Geboren in Posen. Wurde nach seiner Übersiedlung nach Berlin bald als Vertreter der zionistischen Gemeindepolitik sehr aktiv. Er starb in Palästina.

Interesse fremd bleiben darf, und weil ferner gerade innerhalb der Gemeinden die stärksten Möglichkeiten zur Förderung einer jüdisch-nationalen Kultur gegeben sind.

II. Die deutschen Zionisten erstreben eine selbständige Verwaltung ihrer Kultus- und Gemeindeangelegenheiten, ohne jegliche Einmischung des Staates. Von der staatlichen Gesetzgebung wird lediglich die Schaffung der Organisationsformen der einzelnen Gemeinden und Gemeinde-Verbände sowie die Gewährung des Rechtes der direkten Steuereinziehung verlangt.

III. Die Verfassung und Verwaltung der Gemeinde und der Verbände soll in freiheitlicher Weise statuiert werden. Keine Privilegien. Allgemeines, gleiches geheimes Wahlrecht. Öffentlichkeit der Sitzungen. Direkte progressive Einkommens- und Vermögenssteuer. Nach Möglichkeit keine Gebühren für die Gewährung der Ritualien.

IV. Als nationale politische Partei kann der Zionismus als solcher zu den religiösen Differenzen im Judentum (Orthodoxie und Liberalismus) keine Stellung nehmen.
In den Gemeinden werden jedoch die Zionisten darüber wachen müssen, daß nicht durch Reformen einer Assimilation Vorschub geleistet wird, daß der hebräischen Sprache in Synagoge und Schule die alte Bedeutung gewahrt wird, daß aus den Gebeten der Zionsgedanke nicht beseitigt wird.

V. Die Tätigkeit der Gemeinde hat sich nicht nur auf die Erfüllung der Kultus-Aufgaben zu erstrecken. Die Gemeinde soll vielmehr unter möglichster Beseitigung der Dezentralisation durch viele Vereine eine Centralstelle zur Pflege der gesamten jüdischen Wohlfahrt in kultureller und sozialer Hinsicht werden. Der Gemeinde soll die öffentliche Rechtsvertretung der jüdischen Interessen den staatlichen Behörden gegenüber obliegen.

[41]
KOMMISSION FÜR GEMEINDEANGELEGENHEITEN
15. JANUAR 1909
CZA, A 15/VII/22

Zionistische Vereinigung
für Deutschland
Zentralbureau

Charlottenburg, den 15. Januar 1909
Bleibtreustr. 49

Sehr geehrter Herr!

Der Breslauer Delegiertentag[1] hat sich zum ersten Male mit den Angelegenheiten der jüdischen Gemeinden beschäftigt. Er hat ein vorläufiges Ge-

[1] Der XI. Delegiertentag fand am 8.–9. Juni 1908 in Breslau statt.

meinde-Programm aufgestellt, nach dem sich unsere Arbeiten in den Synagogen-Gemeinden einstweilen zu richten haben.

Wir, die von demselben Delegiertentage eingesetzte Gemeinde-Kommission, übersenden Ihnen in der Anlage eine Abschrift dieses Programms. Wir ersuchen Sie dringend, die Arbeit in Ihrer Kultus-Gemeinde aufzunehmen und für die Verwirklichung unseres Programmes zu sorgen.

Die Arbeit der Zionisten in allen Gemeinden soll einheitlich, von den gleichen Grundsätzen aus geleitet werden. Wir wollen andererseits, daß die Erfahrungen, die an einer Stelle gemacht werden, der Gesamtheit zu gute kommen. Deshalb soll die Gemeinde-Kommission die Centralstelle werden, die jede Tätigkeit der Zionisten in Gemeinde-Angelegenheiten anregt, leitet und überwacht.

Um diesen Zweck zu erreichen, richten wir an die Ortsgruppe und Vertrauensmänner das dringende Ersuchen,

1. die Statuten der Synagogen-Gemeinden ihres Bezirkes, die Programme etwa vorhandener Gemeinde-Vereine oder etwaige Sonderprogramme der lokalen zionistischen Organisationen für die Gemeinde-Arbeit uns zu übersenden.

2. uns mitzuteilen, ob und welche Tätigkeit sie in Gemeinde-Angelegenheiten entfaltet haben oder zu entfalten beabsichtigen.

3. vor allen wichtigeren Entscheidungen über Gemeinde-Angelegenheiten vor der Entschließung die Ratschläge der Gemeinde-Kommission einzuholen.

Alle Zuschriften wollen Sie an die Adresse des mitunterzeichneten Rechtsanwalts Dr. *Kollenscher-Posen* richten.

Mit Zionsgruß ergebenst
Die Kommission für Gemeinde-Angelegenheiten.

Dr. Heymann–Berlin [2]
Dr. Kaufmann–Freiburg, i/Br.
Dr. Pinkus–Berlin
Fritz Sondheimer–Frankfurt/M.
I. H. Wagner–Berlin
Dr. Jeremias–Posen [3]
Dr. Kollenscher–Posen
Julius Simon–Mannheim [4]
Dr. Elias Straus–München [5]
Dr. Witkowski–Charlottenburg [6]
Lazarus Barth–Berlin [7]

---

[2] Hans Gideon Heymann (1882–1918). Sohn eines wohlhabenden Berliner Bankiers, Nationalökonom und am Beginn einer großen wirtschaftlichen Karriere im Bankwesen und in der Industrie. Er war der Finanzreferent der ZVfD und ein Anhänger des „praktischen" Zionismus.

[3] Karl Jeremias (1874–1914). Arzt in Posen, eifriger Anhänger der „politischen" Richtung im Zionismus und Vorsitzender der zionistischen Ortsgruppe in Posen.

[4] Julius Simon (1875–1969). Zionistischer Wirtschaftspolitiker in Mannheim, der vor dem ersten Weltkrieg in der Zionistischen Organisation als einer der Hauptvertreter des „praktischen" Zionismus eine führende Rolle spielte. Nach dem Kriege arbeitete er im Londoner Zionistischen Zentralbüro an der Vorbereitung des Aufbauprogramms für Palästina und wurde auf der Londoner Jahreskonferenz (1920) in die Exekutive der Zionistischen Organisation gewählt. Im März 1921 trat er zu-

[42]
AUFFORDERUNG ZUM BEITRITT IN DIE ZVfD
[JANUAR 1910]
CZA, A 15/VII/22

Aufruf

Zum ersten Male hat der Kongreß der Zionistischen Weltorganisation auf deutschem Boden, in *Hamburg*, getagt, und Tausende von Zuhörern sind wie gebannt seinen Verhandlungen gefolgt. Nicht so sehr um der Einzelheiten

---

rück und ging nach Amerika, wo er sich der Brandeis-Gruppe anschloß. Wurde 1930 als Vertreter der Nichtzionisten in die Palästina-Exekutive der Jewish Agency gewählt.

[5] Elias Straus (1878–1933). Anwalt in München, aus traditionellem Hause. Einer der ersten, die sich trotz des Widerstandes des Münchener Rabbiners Dr. Moses Cossmann Werner dem Zionismus zuwandten. Langjähriger Vorsitzender der Münchener Ortsgruppe.

Siehe *Rahel Straus*, Wir lebten in Deutschland. Erinnerungen einer deutschen Jüdin 1880–1933, herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von *Max Kreutzberger*, Stuttgart 1961 (Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts).

[6] Gustav Witkowski (Daten unbekannt). Rechtsanwalt. In den 20er Jahren Mitglied der „Jüdischen Volkspartei“ in Berlin.

[7] Lazarus Barth (1880–1949). Redakteur und Schriftsteller. Absolvierte in Berlin das Hildesheimersche Rabbinerseminar, wandte sich später kaufmännischer und zionistischer Tätigkeit zu. Barth gehörte als Misrachist zur Landesexekutive der ZVfD und war Vorsitzender der Berliner Ortsgruppe. Diente im ersten Weltkrieg in der deutschen Armee und stand an der Spitze des Amtes für jüdische Angelegenheiten in Warschau. Barth gab „Die jüdische Presse“ und die Monatsschrift „Zion“ für den „Misrachi“ heraus und zeichnete seine Artikel mit „Eldad und Medad“. War während zweier Jahre Leiter der Propagandaabteilung der zionistischen Exekutive in London. 1933 ließ er sich in Palästina nieder.

* Der IX. Kongreß wurde vom 26. bis 30. Dezember 1909 in Hamburg abgehalten und war der einzige, der in Deutschland zusammentrat. Sowohl David Wolffsohn wie auch Max Nordau hatten der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich die Haltung der Türkei dem Zionismus gegenüber nach der im Vorjahr stattgefundenen Revolution der Jungtürken ändern würde. Auf diesem Kongreß gab es eine sehr starke Opposition gegen Wolffsohns Präsidentschaft, die unter der Führung von Menachem Ussischkin, Chaim Weizmann und Nahum Sokolow stand, der sich auch die Delegierten der Arbeiter in Erez Israel anschlossen, die zum ersten Mal auf einem Kongreß auftraten. Sie waren sich einig in ihrer Opposition gegen die „kommerzielle“ Einstellung zur Ansiedlungstätigkeit, die jedes Projekt nach seiner wirtschaftlichen Rentabilität beurteilte. Der Beschluß, mit kooperativen Siedlungen nach Plänen von Franz Oppenheimer zu beginnen, bedeutete ein großes Zugeständnis an die „praktischen“ Zionisten und an die Arbeiter in Erez Israel. Zum Schluß wurde Wolffsohn zum Präsidenten der Zionistischen Organisation und Vorsitzenden der Exekutive wiedergewählt, zu der auch Otto Warburg und Jacobus Kann gehörten.

Vgl. Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des IX. Zionisten-Kongresses in Hamburg vom 26. bis 30. Dezember 1909, Köln und Leipzig 1910.

willen, nicht wegen des farbenprächtigen Bildes, das die Versammlung bot, sondern weil diese Zusammenkunft von *Juden aus aller Welt* getragen war von dem *Zauber einer großen Idee*, von tiefer und warm empfundener Liebe zu unserem verfolgten leidenden Volke; weil im Herzen jedes Zuhörers, auch des bisher gleichgültigsten, eine Saite mitklang, wenn beraten wurde über die bessere Zukunft nach trüber Vergangenheit, über die *Wiedergeburt des Judentums im heiligen Lande, dem Lande unserer Väter.*

Stammesgenossen! Wir erstreben für das jüdische Volk eine öffentlichrechtlich gesicherte Heimstätte in Palästina. Es liegt uns fern, irgend jemand, der sich eine Heimat errungen hat, von dem Boden losreißen zu wollen, auf dem er lebt. Wir erfüllen treulich unsere Bürgerpflichten.

Aber wir haben die Aufgabe mitzusorgen, daß auch ein *jeder* Jude wirklich eine *Heimat* finde, *nicht nur der Jude Rußlands und Rumäniens*, der hungernd und frierend von Land zu Land irrt und dem sich alle Tore verschließen, sondern auch der geistig heimatlose, der *für sein Judentum eine Heimat* sucht.

Im Lande der Jugend unseres Stammes wollen wir ihm ein neues Leben bereiten,

ein neuer geistiger Mittelpunkt soll entstehen,

in dem ein freies, glückliches Volk mitwirkt an der *großen Kulturarbeit der Menschheit.* Freie Bauern sollen ihre Kinder erziehen in Liebe zu ihrem Glauben, in dankbarer Verehrung für ihre Vorfahren, zu Vorkämpfern jener *großen Zukunftsideale, die zuerst von Juden* der ganzen Menschheit verkündet wurden!

Dies vorzubereiten ist unsere Aufgabe seit Jahren gewesen, und *die deutschen Juden* vor allem als freie und unabhängige Bürger eines großen Landes haben die *Ehrenpflicht, an dem großen Werke mitzuhelfen.*

Im Orient regt sich neues Leben. Ein wirtschaftlicher Wettkampf sondergleichen hat in der Türkei begonnen.[1] *Was wir in der nächsten Zeit nicht in Palästina wirken, wird nie mehr gelingen.*

Darum gilt es, alle Kräfte anzuspannen und dafür zu sorgen, *daß ein großes Erbe nicht für alle Zeiten verloren werde!*

Deutsche Juden!

Tretet ein in die zionistische Organisation und bekundet *so* Euren Willen mitzuwirken *an der großen Volkserlösung*! *Zahlt den Schekel*, die Parteiabgabe, zum Zeichen, daß Ihr mitarbeiten wollt an der Wiederaufrichtung des

---

[1] Gemeint ist die Revolution der Jungtürken von 1908, die als Reaktion auf die Unterdrückung und Korruption der Herrschaft von Abdul Hamid II. begann.

Judentums. Zeigt, daß Ihr *würdige Söhne jener Männer seid*, die willig Tod und Verfolgung auf sich genommen haben, um *sich selber treu zu bleiben!*

Zentralkomitee der Zionistischen Vereinigung für Deutschland,
Rechtsanwalt Dr. *Max Bodenheimer* Professor Dr. *Otto Warburg*[2]
Köln a. Rh. Berlin

. . .

[43]
VERSCHIEDENE AUFFASSUNGEN VOM ZIONISMUS IN OST UND WEST
18. FEBRUAR 1910

Die Welt

XIV. Jg., Nr. 7, Köln, 18. Februar 1910, S. 139–143

Stammesbewußtsein und Volksbewußtsein
Von Dr. *Franz Oppenheimer*[1]

. . .

Rußland und Rumänien sind für ihre Juden die Orte des absolut höchsten Druckes, der irgendwo auf einer Menschenmenge lastet. Denn es sind die Länder der vollen Rechtlosigkeit, der Unterdrückung und Ausbeutung, der Pogrome. Und darum besteht für die Ostjuden die stärkste Tendenz, abzuströmen; sie wollen und müssen heraus, sie suchen für sich ein Land, wo sie nicht nur für Gut und Blut Sicherheit haben, sondern wo sie *Menschen* im eigentlichsten Sinne sein können, Vollbürger. Und auch darum haben sie das eigentliche Volksbewußtsein; sie wollen „nächstes Jahr in Jerusalem" sein, sie haben bereits ihre Koffer gepackt, sie haben das Nationalgefühl nicht nur, weil sie ein Fremdvolk sind, ohne Vaterland, sondern auch weil sie ideell schon auf der Wanderung sind zum neuen Vaterlande.

---

[2] Otto Warburg (1859–1938). Botaniker. Ab 1892 außerordentlicher Professor an der Universität Berlin. Nahm am VI. Kongreß 1903 und an mehreren späteren Kongressen teil. Wurde 1905 ins EAC gewählt. Amtierte gleichzeitig als Mitglied des Direktoriums des „Jüdischen Nationalfonds". Bekannt als einer der führenden Exponenten des praktischen Zionismus. Wurde 1911 zum Vorsitzenden des EAC gewählt und hatte dieses Amt bis 1920 inne. Starb nach Jahren schwerer Krankheit 1938 in Berlin.

[1] Franz Oppenheimer (1864–1943). Wirtschaftler und Soziologe. Privatdozent ab 1909 an der Berliner Universität. Von 1919–1929 Professor der Soziologie und Wirtschaftstheorie an der Universität Frankfurt. Trat für landwirtschaftliche Siedlung in Palästina auf kooperativer Grundlage ein. Referierte auf dem VI. Zionistenkongreß (1903) und dem IX. (1909) über Siedlungsfragen. Später entfernte er sich vom Zionismus. Verließ 1938 Deutschland und starb 1943 in Los Angeles. Vgl. *Franz Oppenheimer*, Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes, Düsseldorf 1964.

Für sie ist daher der Zionismus eine im höchsten Grade *praktische* Bewegung, ein Ziel des gesundesten, wohl beratenen Selbstinteresses. Für die allermeisten aber von uns ist er eine rein *idealistische* Bewegung, ein Ziel des uninteressierten Altruismus.

Wir leben eben nicht am Orte des absolut höchsten Druckes, von dem überall hin Gefälle ist, sondern an Orten von viel geringerm Druck. Wir haben Sicherheit für Gut und Blut, und, wenn wir nicht assimilationssüchtig sind, auch unsere leidliche gesellschaftliche Existenz, trotz mancher Kränkung und Zurücksetzung. Und darum haben wir Gefälle, d. h. strömen wir nur nach solchen Orten, die *noch geringern Druck haben.* Das heißt: Viele von uns würden wohl nach Palästina übersiedeln, wenn, alles zusammengenommen, unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Gesamtlage sich dadurch besserte; einige wohl auch, wenn sie sich nur gleich bliebe, d. h. sie würden für die staatliche Vollberechtigung gewisse materielle Opfer bringen, – aber nur ganz wenige von uns würden auch dann übersiedeln, wenn sie sehr starke materielle Opfer zu bringen hätten: einige Fromme, die die Heimat der Patriarchen mit der Seele suchen, einige Enthusiasten, die an einem großen Kulturwerke mitschaffen wollen.

Da aber nur wenige von uns daran zu glauben vermögen, daß Palästina bei unsern Lebzeiten ein Land so großen Wohlstandes und so hoher Kultur werden wird, so denken auch nur wenige an die eigene Zukunft, wenn sie zionistisch arbeiten. Sie denken allenfalls an Kinder und Enkel, aber meistens nur an die *Stammesgenossen*, die gerettet werden sollen, an den *guten Namen des alten Stammes*, der heute geschändet ist und der glorreich wiederhergestellt werden soll durch eine Volksschaffung, die den hohen Kulturwert des Blutes vor allen Hassern und Neidern unwiderleglich beweist; sie denken an *Freiheit und Recht*, an Menschlichkeit und Selbstbestimmung, die sie gegen ungerechte Barbarei zum Ziele führen wollen.

Man sagt oft, der zionistische Idealismus sei nur in Osteuropa zu finden. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! *Wir Westler sind die Idealisten!* Die Östler wollen etwas für sich, und niemand macht ihnen einen Vorwurf daraus, – aber wir wollen nichts für uns; sie dienen sich und müssen sich dienen; wir, die wir glücklicher sind (und darum ist kein Grund, uns dessen zu rühmen), *dienen einer Idee*! Für diese Idee tragen wir geduldig den Hohn und Spott unserer Volksgenossen und oft genug unserer Glaubensgenossen, bringen wir unsere Arbeit dar; zu all dem führt uns keine unmittelbare Not, viele nicht einmal mehr der religiöse Trieb, sondern nur der Stolz auf unsere adlige Herkunft, unser Stammesbewußtsein.

. . .

Die Zionisten haben sich bis jetzt in ihrem öffentlichen Auftreten damit begnügt, sich als loyale „Staatsbürger" zu bezeichnen. Das müssen sie sagen, sogar in Rußland und Rumänien. Aber wir Westler sind mehr als nur das. „Loyale Staatsbürger", das ist etwas Negatives; wir sind etwas sehr Positives,

wir sind *Patrioten.* Keine Hurrapatrioten, aber Patrioten! Wir lieben unser Vaterland und sein Volk, seine Kultur und seine Landschaft, wir dienen aus vollem Herzen seiner Gegenwart und seiner Zukunft, die auch unsere Zukunft sein soll, und wir sind entschlossen, alles daran zu setzen, damit seine Zukunft so aussehe, daß wir ohne Rückhalt, ohne Vorbehalt, ohne Einschränkung, den ganzen Komplex des staatlich-gesellschaftlichen Gefüges bejahen können. Wir sind keine „Gäste", die morgen weiter wollen, sondern Bürger auf die Dauer. Vielleicht wird einer oder der andere von uns sein Glück in Palästina oder anderswo suchen; es sind ja auch schon alldeutsche Offiziere nach Amerika ausgewandert; in der Masse aber denken wir nicht an Auswanderung, wenn man uns das Leben nicht so sauer macht, daß wir ehrenhalber nicht bleiben können. Wir haben das *Volksbewußtsein* des Volkstums, in das wir hineingeboren sind.

Dennoch sind wir Zionisten, dürfen es sein. Denn wir haben daneben, mit unserm Volksbewußtsein durchaus verträglich, unser jüdisches *Stammesbewußtsein.*

Wenn diese Auffassung nicht mehr bloß wie bisher im Zionismus geduldet, sondern als vollberechtigt, als gleichberechtigt anerkannt wird, dann wird unsere Werbearbeit im Westen leicht sein. Dann sagen wir unsern noch außenstehenden Stammesgenossen:

„Von den russischen und rumänischen Juden kann kein verständiger und sittlicher Mensch Patriotismus verlangen. Sie wollen, müssen und sollen heraus, und zwar nach dem Lande, das für sie aus allen ideellen und praktischen Gründen den Ort des geringsten Druckes darstellt, dem einzigen Lande, das ihnen die Pforten weit öffnet, dem Lande ihrer tausendjährigen Sehnsucht. Dort wollen wir sie zusammensiedeln in so dichter Masse und in solcher sozialen Gliederung, daß niemals der Judenhaß ihre soziale Lage zu stören vermag.

Wer von euch Westjuden jetzt oder in Zukunft persönlich an diesem großen Menschheitswerke mitschaffen will, ist willkommen; soll doch auch dem Nichtjuden das Tor des jüdischen Landes weit geöffnet sein! Aber niemand fordert, niemand erwartet sogar von euch, daß ihr persönlich unter den Pionieren sein werdet. Wer sich als Bürger fühlt seines Landes, wer mit seiner Sprache und Kultur, seinen Sitten und seinem Rechte verwurzelt ist, soll bleiben, ungekränkt, ungescholten, und nach allen Bürgerkronen seines Volkes ringen, zur Ehre dieses Volkes, aber auch zur Ehre des jüdischen Stammes, dem er entsprossen ist.

Aber daneben soll er mitarbeiten an jenem andern Werke, das der Ehre des jüdischen Stammes gilt. Setzt eure Intelligenz und Tatkraft, setzt eure materiellen Mittel ein zur Neuschöpfung eines jüdischen Volkes im Lande seiner Väter. Wenn ihr das tut, so sollt ihr auf der Ehrentafel dieses neuen Volkes eingeschrieben werden, auch wenn ihr *eures* Volkes treue Bürger bleibt.

Damit dient ihr einer Idee – und doch auch euch selbst, wie man denn über-

haupt auf die Dauer nur richtig steuert, wenn man sich nach den Sternbildern der Ideale richtet. Denn je höher sich das Niveau der jüdischen Masse im Osten hebt, um so mehr verliert in eurem Volkstum der Judenhaß an Boden, und um so geringer wird die Zuwanderung in euer Vaterland, die euch jetzt eine so ungeheure Versorgungs- und Erziehungslast aufbürdet und den Antisemitismus mit einwandern läßt."

Wenn wir so sprechen, so sprechen dürfen, sicher, daß uns die Östler nicht dementieren, sicher vor den Scheltworten: „Assimilanten! Chauvinisten! Philozionisten!" usw.; – wenn wir so sprechen dürfen, unter dem Beifall und Verständnis der Ostjuden, dann ist unsere Propaganda ein Kinderspiel und ihr Erfolg gesichert.

Solange sie aber nur denjenigen als Zionisten, ja Juden anerkennen, der die Psychologie des russischen Paria hat oder sich autosuggeriert, – solange werden wir nicht nur (worauf nichts ankommt), persönlich zu leiden haben, weil wir zwischen Baum und Borke stehen, sondern wir werden auch mit unserer Werbearbeit nicht vorwärts gelangen. Und darauf kommt allerdings sehr viel an![2]

...

[44]
RÜCKKEHR INS JUDENLAND
[AUGUST 1910]
ARCHIV DES LBI, JERUSALEM

Deutscher Zionismus[1]

...

Das Herzl'sche Wort: „Der Zionismus *ist* die Rückkehr zum Judentum vor der Rückkehr ins Judenland"[2] bedeutet gerade für die deutschen Juden einen Erlösungsruf, denn der Zionismus, die Judenstaatsidee war ja für sie gleichzeitig der gesamte Inhalt des Judentums. Der Zionismus wurde so für sie ein

---

[2] Oppenheimers Artikel entfachte große Auseinandersetzungen. Eine der ausführlichsten Ablehnungen der Oppenheimerschen Ideen kam in *Berthold Feiwels* Artikel „Zweifacher Zionismus" zum Ausdruck. Vgl. Jüdische Rundschau, Nr. 9, 4. März 1910, S. 97–98; Nr. 10, 11. März 1910, S. 109–111; Nr. 12, 25. März 1910, S. 133–134. Vgl. auch *Adolf Friedemann*, Westlicher Zionismus, in: Die Welt, Nr. 14, 8. April 1910, S. 304–305.

[1] Dieser Artikel von Kurt Blumenfeld ist in veränderter Form in der Jüdischen Rundschau, Nr. 35, 2. September 1910, S. 414–415 sowie in seinen „Zionistischen Betrachtungen", Berlin 1916, abgedruckt.

[2] Blumenfeld zitiert hier Herzls Worte auf dem ersten Zionistenkongreß. Die genaue Formulierung bei Herzl lautete: „Der Zionismus ist die Heimkehr zum Judentum noch vor der Rückkehr ins Judenland." Vgl. das offizielle Protokoll des I. Zionistenkongresses in Basel vom 29.–31. August 1897, Wien 1898, S. 5.

Persönlichkeitsproblem; der Kampf um die innere Freiheit zwang sie zum Anschluß an diese politische Bewegung, wenn ihre moralische Energien noch stark genug waren.

. . .

Um *ebenso gute* Zionisten zu sein wie unsere östlichen Brüder, müssen wir *bessere* Zionisten sein als jene, so paradox das klingt. Wir wissen eben, daß wir nichts haben als die reine Idee, daß uns all die beruhigenden Unterlagen fehlen, die im östlichen Judentum noch unverloren vorhanden sind. Und wir wissen, daß zwar wir im Zionismus den stärksten Inhalt unseres Lebens erblicken, daß wir aber kaum imstande sind, *für die Gesinnung unserer Kinder* zu garantieren. Gerade wir empfinden, daß das deutsche Judentum in einer Zeit der *Entscheidung* lebt, und daß wir keine Zeit zu verlieren haben. Der Zionismus, unsere Rückkehr zum Judentum, verlangt die Rückkehr ins Judenland von uns viel schneller und viel gebieterischer als von den Juden des Ostens, die ihr Judentum noch auf Generationen hinaus gesichert sehen.

Unsere zionistische Arbeit kann infolgedessen niemals durch Kompromisse gefördert werden, wir erleben sonst im deutschen Judentum denselben Vorgang, den wir als wesentliche Entstehungsursache des deutschen Zionismus erkannt haben. In jüdischen Jugendvereinen und anderen Organisationen hören wir heute schon unsere Terminologie, mit Hilfe deren man sich gegen unsere Bestrebungen wehrt. Und unsere Gesinnungsgenossen, die in diese Vereine mit der Absicht der allmählichen zionistischen Infiltration hineingegangen sind, haben sich dort meist einen ganz matten Zionismus geholt. Sie wiederholten immer wieder, es sei noch nicht an der Zeit, offen mit zionistischer Agitation zu beginnen, man müsse den Boden langsam vorbereiten und die Leute allmählich an zionistische Ideengänge gewöhnen. Zionismus läßt sich nun aber nicht in dieser Weise allmählich propagieren. Auch unsere bewußt zionistische Agitation hat vielfach den Fehler begangen, daß sie den Zionismus dem großen Publikum „leicht machen" wollte. Sie bemühte sich, ihm das Problematische zu nehmen und die Dinge so darzustellen, als ob alle persönlichen Konflikte am letzten Ende nur in Mißverständnissen bestehen. Die so gewonnenen Zionisten, die im allgemeinen den Zionismus als eine *Hilfsaktion für die Juden des Ostens* auffassen mußten, sind für die Erreichung unseres letzten Zieles von recht zweifelhaftem Werte. Ein freies Volk im jüdischen Lande können nur Männer schaffen, die grenzenlos Opfer zu bringen bereit sind, und solche Opfer *kann* nur derjenige bringen, *der um seiner selbst willen* sich zu diesen Leistungen verpflichtet fühlt, der mit einem Wort Zionist ist, *weil Zionist sein und ein freier Mann sein für ihn dasselbe bedeutet.*

Nur er wird sich der Konsequenz bewußt sein, daß die letzte Erfüllung seines Zionismus für ihn in der Rückkehr nach Erez Israel, ins gelobte Land, liegt.

Da wir aber gezwungen sind, noch eine Zeit des Übergangs hier zu ertra-

gen, so gilt es, in dieser Zeit uns stark zu machen und neue Kräfte für uns zu gewinnen, die Juden bleiben wollen und die Kraft des Erkennens haben, daß nur im eignen Lande die dauernde Erhaltung unseres Volkes möglich sein wird, und die Kraft des Wollens haben, diese Erhaltung für sich als *persönliche Notwendigkeit* zu empfinden. Vielleicht werden es nur Wenige sein, das braucht uns nicht zu beirren, – denn diese Wenigen werden Führer sein. In den jüdischen Gemeinden Deutschlands liegt die Kräfteverteilung so, daß der Wille weniger Machthaber die Masse sich überall gefügig macht, – und, geben wir uns keiner Täuschung hin, in unseren zionistischen Ortsgruppen ist es nicht anders. Die größten Gruppen beruhen auf dem politischen Wirken ganz weniger Zionisten. Die Zahl dieser Zionisten zu vermehren, das ist unsere vornehmste Aufgabe. Es ist die beste Massenagitation, die wir treiben können, denn überall dort hat der Zionismus in Deutschland Bestand gehabt und ein lebendiges Leben geführt, wo auch nur ein einziger Zionist *mit der Kraft seiner Überzeugung* gewirkt hat.

Man kann einwenden, der deutsche Zionismus ist kein einheitliches Gebilde, und das ist zweifellos richtig. Gewiß gibt es in Deutschland zahlreiche Juden, deren Zionismus aus jüdischer Sphäre entstanden ist, die in ihrer geistigen Struktur dem russischen Juden näher stehen als dem deutschen. Aber der spezifisch westliche Zionismus, der alle die umfaßt, die sich *aus der Assimilation ins Judentum* gerettet haben, die kampffähig geworden sind gegen die Kultur ihrer Lehrmeister, er drückt dem deutschen Zionismus seinen charakteristischen Stempel auf. Und dieser westliche Zionismus wird noch einmal eine große Aufgabe zu erfüllen haben, wenn in Rußland die Assimilation weiter fortgeschritten sein wird und wenn auch dort aus der Assimilation heraus unsere Brüder wieder den Weg zum Zionismus finden werden. –

Dem Deutschen Delegiertentage[3] wird folgende Resolution vorliegen:

„Der Delegiertentag ist der Ansicht, daß der nationale Charakter unserer Bewegung in der Agitation unzweideutig betont werden müsse, insbesondere soll entscheidendes Gewicht auf den prinzipiellen Unterschied zwischen dem Zionismus, der jüdischen Volksbewegung, und allen anderen jüdischen Organisationen gelegt werden."

Gebt uns Stoff zu neuer Begeisterung! So forderten unsere Gesinnungsgenossen im Lande. Vielleicht werden wir doch noch einmal in Deutschland Zionisten erziehen können, die wissen, wo allein die Wurzel ihrer zionistischen Begeisterung ruht.

Maarabi.[4]

---

[3] Gemeint ist der XII. Delegiertentag in Frankfurt am Main. Kurz davor, am 12. Mai 1910, war Max Bodenheimer zu Gunsten von Arthur Hantke von der Präsidentenschaft der ZVfD zurückgetreten. Von nun an trat die jüngere Generation mehr in den Vordergrund. Vgl. Bodenheimer an den Geschäftsführenden Ausschuß der ZVfD, Köln, den 12. Mai 1910, CZA, A 15/I/8e.

[4] Hebr.: „ein Westler", ein diesmal von Kurt Blumenfeld (1884–1963) benutztes

[45]
DER NATIONALE CHARAKTER DES ZIONISMUS
23. SEPTEMBER 1910

Jüdische Rundschau

XV. Jg., Nr. 38, 23. September 1910, S. 449

Der XII. Delegiertentag [1]

...

Der Delegiertentag hat auf Antrag unseres trefflichen Parteisekretärs Kurt *Blumenfeld* seine Ansicht dahin kundgegeben, daß

„der *nationale Charakter* unserer Bewegung in der Agitation unzweideutig betont werden müsse, insbesondere soll entscheidendes Gewicht auf den *prinzipiellen Unterschied* zwischen dem Zionismus, als *der* jüdischen Volksbewegung, und allen anderen jüdischen Organisationen gelegt werden."

Diese Resolution faßt in sehr glücklicher Vereinigung zwei Gesichtspunkte zusammen, die in der Tat in letzter Zeit häufig nicht die Beachtung gefunden haben, die ihnen zukommt.

Gewiß ist unser Ziel ein soziales und politisches, gewiß ist unsere Arbeit

---

Pseudonym. Blumenfeld war ab 1. Oktober 1909 Sekretär der ZVfD, wurde zwei Jahre später zum Generalsekretär und Redaktionschef für die Veröffentlichungen der Exekutive der Zionistischen Weltorganisation ernannt, die damals nach Berlin übersiedelte. 1913–1914 war er Redakteur der „Welt", ab 1920 Mitglied des GAC. Nach Gründung des „Keren Hajessod", des zionistischen Aufbaufonds (1920), widmete er einen großen Teil seiner Tätigkeit in Deutschland und den angrenzenden Ländern der Propaganda für diesen Fonds, die er über die Geldsammlung hinaus zu einer ernsten Auseinandersetzung mit dem Gedankengut des Zionismus zu gestalten verstand. 1924 wurde er zum Präsidenten der ZVfD gewählt. Selbst tief verwurzelt in der europäischen Kultur, bemühte er sich in rhetorisch glänzender Darstellung die modernen, assimilierten Juden in ihrer Sicherheit zu erschüttern, ihnen ihre Situation deutlich zu machen und versuchte, ihnen den Weg aus fremder Kultur und Geisteshaltung zu den Werten und Kräften des eigenen Volkes zu zeigen (postassimilatorischer Zionismus). Siedelte 1933 nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus nach Palästina über und trat in das Direktorium des „Keren Hajessod" in Jerusalem ein.

Vgl. *Kurt Blumenfeld*, Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus, herausgegeben und mit einer Einführung versehen von *Hans Tramer*, Stuttgart 1962 (Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts); *Kurt Blumenfeld*, Im Kampf um den Zionismus. Briefe aus fünf Jahrzehnten, herausgegeben von *Miriam Sambursky* und *Jochanan Ginat*, Stuttgart 1976 (Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts).

[1] Der XII. Delegiertentag fand am 11. und 12. September 1910 in Frankfurt a. M. statt.

einer grandiosen philanthropischen, d. h. menschenfreundlichen Aktion gewidmet, aber der *Wille*, dem sie ihre Entstehung verdankt, ist nicht die Absicht, irgendwelchen Juden aus materiellem und moralischem Elend heraus zu helfen – denn *das* wollen auch alle nichtzionistischen Juden! – sondern ist der *nationale Wille*, der mit diesen Juden *solidarisch* will. Und das letzte *Ziel*, auf das wir hinstreben, ist eben *nicht* die Ansiedlung von einigen tausend oder sogar hunderttausend Juden im türkischen Orient, sondern das *nationale* Ziel der Wiedergeburt des jüdischen Volkes auf dem Boden, der ihm die fortgeerbte nationale Eigenart einst gab. Jeder Groschen, der für zionistische Zwecke gegeben wird, dient diesem klar ausgesprochenen Ziele, und nicht einer wie immer gearteten, wenn auch noch so ähnlich aussehenden Hilfsaktion.

Das ist der gewaltige Unterschied, der uns von *allen* anderen jüdischen Organisationen trennt und trennen muß – *trotz* aller Gemeinsamkeit mit manchen dieser Verbände in der Art der Arbeit oder anderen Dingen.

...

Daß der zwölfte Delegiertentag nach den Ereignissen der letzten Jahre das allen Zionisten wieder einmal klar ins Bewußtsein gerufen und als notwendige Voraussetzung aller Agitation hingestellt hat – das wird ihm vielleicht einmal eine heute noch nicht zu übersehende Bedeutung sichern.

Aber noch ein anderes Moment ist es, das dem zwölften Delegiertentag der deutschen Zionisten in der Geschichte des Zionismus eine nicht kleine Rolle sichert. Ein mehr äußerliches Moment, dem aber die tiefgreifende Wirkung nicht wird abgesprochen werden können. Das ist die *Verlegung des Schwerpunktes* der zionistischen Arbeit nach dem größten deutsch-jüdischen Zentrum, nach der Reichshauptstadt *Berlin.*[2] Wie immer man über die Notwendigkeit dieser Verlegung denken mag, so kann doch niemandem zweifelhaft sein, daß sie nicht nur für den deutschen Zionismus, sondern für die ganze zionistische Bewegung ein Akt von höchster Bedeutung ist.

Der Frankfurter Delegiertentag hat – nach dem allseits bedauerten Rücktritt Dr. *Bodenheimers* – einhellig Dr. *Hantke* zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der Zionistischen Vereinigung für Deutschland gewählt und damit auch bekundet, daß er Berlin als den gegebenen Ort für die Zentrale der zionistischen Bewegung in Deutschland ansieht ...

Berlin soll aber im Zionismus eine noch größere und bedeutungsvollere Rolle spielen als nur die *deutsche* Zentrale zu sein. Es ist – wie auf der Frankfurter Tagung Präsident *Wolffsohn* selber hervorgehoben hat – der *einzige in Betracht kommende Ort* für den zukünftigen Sitz der Leitung der zionisti-

---

[2] Der Beschluß der Zionistischen Jahreskonferenz, die vom 27.–29. Juni 1910 in Berlin tagte, den Sitz des Zentralbüros in ein großes Zentrum jüdischen Lebens zu verlegen, wurde vom Frankfurter Delegiertentag im September 1910 bestätigt. Demzufolge siedelte das Zentralbüro der ZVfD nach Berlin über.

Vgl. Jüdische Rundschau, Nr. 26, 1. Juli 1910, S. 305 und Nr. 38, 23. September 1910, S. 449.

schen Gesamtorganisation. Damit erhält die Wahl des zwölften Delegiertentages eine weit über Deutschland *hinausreichende* Bedeutung. Die Leitung der zionistischen Weltbewegung und die Leitung der deutschen Landesorganisation werden in Zukunft in noch weit engerem Zusammenhange stehen als bisher schon. . .

. . .

So sind wir vielleicht keine schlechten Propheten, wenn wir sagen, daß der XII. deutsche Delegiertentag, der von allen internen Zwistigkeiten so glücklich verschont war, jedenfalls eine der wichtigsten zionistischen Tagungen war, und daß er für die Geschicke des Zionismus eine entscheidende Bedeutung besitzt.

[46]
DER KAMPF GEGEN DIE ANTIZIONISTEN
[NOVEMBER 1910]
CZA, Z 2/409

Zur Apologetik des Zionismus.

Der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralkomitees hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, mehr als bisher sich gegen Angriffe auf den Zionismus oder die nationaljüdische Idee zu wehren. Der Verlauf des Delegiertentages in Frankfurt am Main hat gezeigt, daß die zionistische Organisation in Deutschland in sich gefestigt ist, und daß die großen Prinzipien des Zionismus heute bereits weit über die Grenzen unserer Organisation verstanden und gewürdigt werden. Insbesondere hat auch die Haltung der Tagespresse diese Auffassung bestätigt. In politisch ernst zu nehmenden Kreisen ist man sich heute vollkommen über das, was der Zionismus will, klar. Von solcher Seite hört man auch jetzt selten etwas von den Argumenten, mit denen in früherer Zeit gegen den Zionismus gearbeitet wurde. Anders dagegen ist es in gewissen jüdischen Kreisen. In dem jüdischen öffentlichen Leben spielen viele Personen

* Die „Jüdische Rundschau" war das empfindlichste Barometer für antizionistische Tendenzen in Deutschland, und es war daher bezeichnend, daß das zionistische Presseorgan im Winter 1910/1911 die ersten offiziellen Angriffe von seiten der Liberalen und Assimilanten gegen den deutschen Zionismus meldete. Das relativ späte Auftreten eines starken Antizionismus in Deutschland kann dadurch erklärt werden, daß die Zionisten bis 1910 nicht planmäßig und aktiv an Gemeindewahlen teilgenommen hatten. Bei diesen Wahlen hofften sie, die Notabeln der jüdischen Gemeinden abzuwählen und eine Änderung der Wahlgesetze herbeizuführen. Obwohl die Führung der ZVfD die Auseinandersetzung in den Gemeinden nicht entfacht hatte, unterstützte sie die zionistischen Gruppen, die sich an den Wahlen beteiligten und zog Nutzen aus ihren Erfolgen. Die Liberalen ihrerseits beschuldigten die Zionisten, eine destruktive Wirkung innerhalb der Gemeinden auszuüben.

eine führende Rolle, die nur die eigenartigen Verhältnisse hierzu berufen haben, denen es aber nach einer mangelnden politischen Vorbildung schwer fällt, die veränderte Situation im Judentum anders als nach rein äußerlichen Symptomen zu beurteilen. In den jüdischen Gemeinden und den meisten jüdischen Vereinen besteht die überwiegende Majorität aus Leuten, die kaum in der Lage sind, sich auf Grund eigenen Wissens und eigener ernster Anschauung ein Urteil zu bilden und die blindlings dem Urteil jener Männer folgen, die ihnen eben noch von früher her autoritativ erscheinen. Dazu kommt, daß eine Anzahl prinzipieller Gegner des nationaljüdischen Gedankens und des Zionismus sich nicht scheuen, anstatt die ihnen vertrauende Menge über das Wesen des Zionismus aufzuklären und dann etwa ihren Standpunkt zu verteidigen und zu propagieren, jene herrschende Unkenntnis auszunutzen und künstlich zu erhalten. Es sei in dieser Beziehung nur auf die Kundgebung der Vereinigung für das Liberale Judentum[1] verwiesen.

Unter diesen Umständen erscheint es dringend geboten, daß wir ständig auf dem Posten sind, um jedem gegen uns gerichteten Angriff sofort schneidig zu begegnen, jede tatsächliche Unrichtigkeit sofort richtigzustellen, jede bewußte Unwahrheit als das zu kennzeichnen, was sie ist und durch Aufklärung jeder künstlichen Verflachung entgegenzutreten.

Das wird oft nur von den lokalen Vertretern unserer Sache unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse geschehen können.

Unsere dringende Bitte geht daher dahin: Sowie einer jener oben gekennzeichneten Fälle eintritt, insbesondere wenn in irgend einem Verein, einem Vortrage, einer Predigt, einem Zeitungsartikel etc. etwas abfälliges über unsere Bewegung oder unsere Idee gesagt wird, uns *auf der Stelle* Nachricht zu geben und gleichzeitig Vorschläge für Gegenmaßregeln zu machen. Von uns wird dann versucht werden, in ständiger Fühlungnahme mit Ihnen energische Abwehrmaßregeln durchzuführen.

Es ist im Geschäftsführenden Ausschuß ein besonderes Dezernat für diese Angelegenheiten eingerichtet worden. Eine Arbeit auf diesem Gebiet kann aber nur dann ersprießlich sein, wenn es sich nicht nur um eine gelegentliche und Zufallsaktion handelt, sondern wenn die *Apologetik des Zionismus* systematisch unter Mitwirkung aller Kräfte durchgeführt wird.

Es wird uns interessieren, von Ihnen recht bald über diese Angelegenheit zu hören.

---

[1] Siehe Dok. 85, Anm. 4.

[47]
ZIONISMUS UND DEUTSCHTUM
6. JANUAR 1911

Die Welt

XV. Jg., Nr. 1, 6. Januar 1911, S. 5–8

Die erzieherische Aufgabe des deutschen Zionismus

von *M. Calvary*[1], Crossen a.O.

...

IV

Individualismus, Intellektualismus, Ästhetizismus, – es sind drei verwandte Formen der einen Erscheinung, der Wurzellosigkeit; sie zu überwinden, ist die besondere erzieherische Aufgabe des deutschen Zionismus.

Man wirft dem Zionismus immer wieder vor, er sei mit ernsthaftem Deutschtum nicht vereinbar.

Der Einwand *kann* durch die unmittelbaren Zeitumstände erklärt werden, er ist zum Teil der Angst vor dem Antisemitismus entsprungen. Man hat oft gesagt, daß der Zionismus eine Frucht des Antisemitismus sei. Ein Körnchen Wahrheit ist auch in diesem Gedanken, aber mindestens ebenso wahr ist es, daß die Angst vor der feindlichen Bewegung Tausende von dem Zionismus zurückhält, daß sie somit auch gerade eine Verbreitung des Zionismus verhindert. Im Grunde jedoch bot der Antisemitismus zu jenem Einwand nur den äußern Anlaß, er wäre unmöglich, wenn nicht in der Seele des Juden die individualistische Auffassung vom Wesen der Kultur so tief Wurzel geschlagen hätte.

Die den Einwand erheben, leben der rationalistischen Vorstellung, als ob das jüdische Individuum, losgelöst von der Geschichte seines Blutes, im freien Raume der deutschen Kultur ungebunden schwebe, und imstande sei, sich deren Werte vorbehaltlos in ihrer gegebenen Form anzueignen. So glauben sie in genau demselben Sinne Deutsche zu sein, wie der Deutsche nichtjüdischen Stammes; sie wollen nicht sehen, daß der Rhythmus der jüdischen Seele eben ein besonderer ist.

Richard Dehmel hat einmal gesagt, daß Max Liebermann nur darum für die deutsche Kultur so wichtig werden konnte, weil er ganz Rasse, jüdische Rasse darstellt. Der Zusammenhang mit der Vergangenheit ist für so große Menschen bestimmend; aber auch die Masse der deutschen Juden kann sich

---

[1] Moses Calvary (1876–1944). Erzieher und Lehrer („der palästinensische Pestalozzi"). Einer der hervorragendsten Intellektuellen in den Reihen der ZVfD. Von großem Einfluß in Fragen der Jugendbewegung und Erziehung. Nach seiner Einwanderung in Palästina wirkte er in verschiedenen Jugenddörfern, vor allem in Ben Schemen und der „Ahawah" in Kirjat Bialik. Siehe *Moses Calvary*, Das neue Judentum, Bücherei des Schocken Verlags, Berlin 1937.

deutsche Kultur nur aus der Tiefe ihrer eigenen, durch Blut und Geschichte bedingten Seele in Wahrheit aneignen. Die Juden, die innerhalb der deutschen Kultur wirkten und wirken, verraten in all ihrem Schaffen jüdische Eigenart: jüdischer Stil und jüdische Geistesart, jüdische Lebensform wie jüdische Körperhaltung sind für das vorurteilsfreie Auge unverkennbar. Solange man sich vernünftelnd vorlog, es gebe keinen wirklichen Gegensatz zwischen Juden und Nichtjuden, und so das jüdische Individuum wurzellos in seine Umwelt hineinstellte, bestritt man ihm, ohne es zu wissen, die Grundlage alles kulturellen Schaffens. Erst die Besinnung auf unser jüdisches Dasein macht es uns möglich, deutsche Kultur *von innen heraus* zu verarbeiten und zu gestalten, wie ja eben diese Kultur nur von den Juden wahrhaft gefördert wurde, die, bewußt oder unbewußt, ein entschiedener Ausdruck jüdischen Blutes waren.

Darum erfaßt man den Sinn unseres Lebens nicht, wenn man jenen Einwand von der Unvereinbarkeit des Deutschtums und des bewußten Judentums durch die Tatsache zurückweisen wollte, daß wir Zionisten ja gute deutsche Staatsbürger seien. Man ist verflucht wenig, wenn man ein guter Staatsbürger ist, und sonst nichts. Es mag einzelne deutsche Juden geben, die an die Bedeutung der deutschen Kultur für ihr eigenes Dasein nicht glauben, sie werden sich über einen Widerspruch zwischen Deutschtum und Judentum leichten Herzens hinwegsetzen. Die Tiefe des Problems beginnt erst für den, der sich bewußt in die deutsche Kultur hineinlebt, von ihrer Luft sich tragen läßt, um wiederum in ihr zu wirken. Denn diese Welt hat unsere Seele ergriffen, und wir deutschen Zionisten, die wir Bürger deutscher Kultur sind, können und wollen nicht darauf verzichten, an ihren Werten mitzuarbeiten. Wir scheuen den Vorwurf nicht, daß wir so ein Doppelleben führen, die Vielfältigkeit des Daseins ist mit einfachem ja ja, nein nein nicht aus der Welt zu schaffen. Wir wissen wohl, daß die Tragik unserer Existenz darauf beruht, daß wir hineingestellt sind in eine blutfremde Welt; wir wären keine Zionisten, wenn wir das nicht wüßten. Aber erst der Glaube an die Kraft der jüdischen Seele erklärt, wie überhaupt ein Jude am deutschen Leben produktiv teilnehmen kann; diese Kraft wollen wir steigern, indem wir sie ins Bewußtsein erheben.

Ist ja auch so allein ein wahrhaftes Ineinander von Deutschtum und Judentum möglich. Was wir deutsche Juden schaffen, wird nach Inhalt und Gestalt deutsch, der Form nach (im Kantischen Sinne) jüdisch sein müssen; wenn wir wiederum rein jüdische Fragen behandeln, werden wir beeinflußt sein von der hundertjährigen Teilnahme an deutschem Leben. Wie sehr Deutschland unser eigenstes schaffendes Dasein befruchtet, dafür haben wir ja den lebendigsten Beweis: der politische Zionismus ist ein Geschenk Europas an das Judentum. Und so können wir das flache Wort, wir wollen in deutschen Fragen gut deutsch, in jüdischen Dingen gut jüdisch sein, beinahe umkehren; laßt uns *deutsche* Werte recht tief aus *jüdischer* Seele in uns verankern, laßt uns *jüdische* Dinge recht weit in *deutschem* Sinne betrachten und ordnen.

...

V

Der Erkenntnis unserer nationalen Gebundenheit entspricht ein tieferes Gemeinschaftsgefühl; diese Hingabe an das Ganze wird und muß auch die intellektuelle Selbstzersetzung des Individuums aufhalten. Sie zwingt den deutschen Juden, sein Judentum, ob er sich nun seiner freut oder in ihm ein schmerzliches Erbe empfindet, als eine feste Tatsache hinzunehmen, die in sich ihre naturbestimmten schwerwiegenden Konsequenzen trägt. So gewährt sie ihm die Sicherheit, die ihm ein verlogener Assimilationsgedanke geraubt hätte.

...

VII

Der Zionismus gewährt so dem deutschen Juden eine neue und fruchtbare Erkenntnis von dem Verhältnis des einzelnen zur jüdischen Gemeinschaft, er bindet sein Gefühl an diese Gemeinschaft, und befreit seinen Willen. Es ist klar, das alles sind im wesentlichen sittliche Kräfte; sie verleihen dem Individuum die Kraft der *Selbstbehauptung*. Denn allein von der innern Erziehung des Individuums ist hier gesprochen worden. Gerade dadurch, daß der Zionismus eine Gemeinschaftsidee ist, wird seine erzieherische Aufgabe an und in dem einzelnen geleistet.

Der östliche Jude kann aus Tradition, aus Gefühl, aus Stammesgewohnheit Zionist sein, wir wollen die Einheit, die sein Zionismus dadurch vor dem unsern voraus hat, nicht geringschätzen. Zionist oder nicht, das ist für den deutschen Juden wohl *auch* eine Frage des Verstandes, *auch* eine Frage des Gefühls; aber es gibt viele, deren Einsicht und Gefühl uns zustimmen, und die doch nicht zu uns kommen können; letzten Endes ist es eine Frage des Willens und des Mutes – sonst nichts.[2]

---

[2] Ein umfassendes Essay von Moses Calvary erschien als gedruckte Broschüre unter dem Titel: „Die Aufgabe des deutschen Zionismus", Berlin 1911.

[48]
Verteidigung Werner Sombarts
15. DEZEMBER 1911

Jüdische Rundschau

XVI. Jg., Nr. 50, 15. Dezember 1911, S. 589

Sombart und wir

Es gereicht den wissenschaftlichen Forschungen und der Voraussetzungslosigkeit Professor *Werner Sombarts* ebenso zur Ehre, wie uns Zionisten zur Befriedigung, daß er als ein mit aller irgend möglichen Objektivität im Judenproblem schürfender Gelehrter am Ende zu ganz genau den gleichen Resultaten gelangt, wie die Begründer des modernen Zionismus. Daß ihm dabei das gleiche Schicksal zuteil wird wie der zionistischen Bewegung, nämlich von der sogenannten liberalen Presse totgeschwiegen zu werden, sollte ihn eigentlich nicht wundernehmen . . .

. . .

* Im Jahre 1911 begann Werner Sombart, der durch sein Buch „Die Juden und das Wirtschaftsleben" als ein Fachmann in jüdischen Angelegenheiten bekannt geworden war, in ganz Deutschland Vorträge über „Die Zukunft der Juden" zu halten. Am Ende des Jahres wurden diese Vorträge in dem Buch „Die Zukunft der Juden" zusammengefaßt. Sombarts Vorträge waren gut besucht, besonders von Juden, und wurden in allen jüdischen und nichtjüdischen Zeitungen ausführlich besprochen. Trotz dem Umstand, daß die jüdisch-liberale Welt Sombart als einen Antisemiten brandmarkte, strömten große jüdische Zuhörerscharen während der Jahre 1911 und 1912 zu seinen Vorlesungen.

Sombart stimmte der zionistischen Bemühung um Auswanderung nach Palästina für die in ihrer Heimat der Sicherheit beraubten osteuropäischen jüdischen Massen zu. Was die westliche Judenheit betraf, so argumentierte er, sei die Assimilation angesichts der mangelnden Bereitschaft der meisten Deutschen, die Juden als einen echten Bestandteil des deutschen Volkes anzuerkennen, nicht möglich. Die enge Verbindung der Juden mit allen Aspekten des deutschen Lebens verschärfe nur die Neigung der Nichtjuden, sie nicht zu akzeptieren. Täglicher Kontakt verursache unvermeidbare Reibungen, da Juden und Deutsche ganz verschiedenen Rassen angehörten.

Sombart leugnete, daß jüdischer Nationalismus mit deutscher Loyalität unvereinbar sei. Er fand die Juden den Christen in Deutschland nicht vollkommen gleichgestellt, und empfahl den deutschen Juden, nicht auf unbedingten Zutritt zu höheren Positionen in der Gesellschaft zu bestehen, zu denen sie von Natur nicht geeignet seien.

Sombarts Vorträge und sein Buch verursachten beträchtliche Erregung bei den deutschen Juden, die je nach ihrer persönlichen, ideologischen und philosophischen Einstellung reagierten. Die Zionisten standen so gut wie allein in ihrer begrenzten Zustimmung. Die Nichtzionisten und Antizionisten beschuldigten Sombart des Antisemitismus unter der Maske des Zionismus. Vgl. Protokoll der 1. Plenarsitzung des Zentralkomitees im Jahre 1912 am 4. Februar, CZA, A 15/VII/25. Sombart trat dem „Pro-Palästina-Komitee" bei, bekundete später Sympathien für den Nationalsozialismus, grenzte sich aber 1939 von dessen Rassentheorien ab.

Welche gefährlichen Ideen sind es denn nun, die man mit so beredtem Schweigen dem Publikum verbergen möchte? Wieder, wie bei der Besprechung des ersten Vortrages (vgl. Nr. 46 der „J.R.“) müssen wir feststellen, daß Sombart mit seinen fein zugespitzten und wie immer hochinteressanten Ausführungen *uns* Zionisten nichts Neues, wohl aber einiges Unrichtige gesagt hat. Aber nicht darauf kommt es an, ob dieser oder jener Punkt in seinem Vortrage anfechtbar ist, sondern die Hauptsache ist dieses: daß ein Nationalökonom von Weltruf, ein Nichtjude, ein Forscher, den selbst einer seiner Gegner einmal einen der geistvollsten Soziologen der Gegenwart genannt hat, als Resümé seiner jahrelangen Arbeiten über die Judenfrage zu einer *unzweideutigen Rechtfertigung der nationaljüdischen*, der *zionistischen Bewegung* kommt. Alles, was er über die Möglichkeiten und die Notwendigkeit einer Versorgungspolitik für die Ostjuden, einer Politik der Arterhaltung für die Westjuden, was er – vorsichtig genug – über die Schmählichkeit einer freiwilligen Assimilation und ihre kulturelle Trostlosigkeit sowie über die zukunftsreiche Bewahrung jüdischer Eigenart und ihre Wirkung auf die Auslese und Bildung von Charakteren sagte – jeder Satz davon war ein Schlag ins Gesicht für unsere Gegner und ein Beweis mehr für die Anschauungen und Ziele, die wir vertreten.

Jüdische Antisemiten hat man uns genannt, einen Antisemiten nennen sie jetzt Sombart. Was sagte doch Theodor *Herzl* dazu: „Mauschel hat auch eiligst ein tückisches Schlagwort gegen die Zionisten ausgegeben: sie seien jüdische Antisemiten. Wir? Wir, die wir uns ohne Rücksicht auf unsere erworbene Stellung und unser Vorwärtskommen vor aller Welt als Semiten bekennen, die Pflege unseres alten Volkstums hochhalten, zu unseren armen Brüdern stehen? Aber er hatte es blitzschnell heraus, was wir sind. Mauschelfeinde sind wir.“ [1]

Und das *müssen* wir auch sein, wenn wir uns nicht selber aufgeben wollen. Wir sind die erklärten *Feinde* dessen, was man der Welt als „jüdisches Wesen“ vorgestellt hat, und was man ihr aufzudrängen im Begriffe ist. Und wenn Sombart *das* erst *ganz* erkannt haben wird – über diesen Punkt wird noch zu sprechen sein! –, dann wird er erst begreifen, wieso wir nicht nur aus Gründen der Versorgung unserer östlichen Brüder, nicht nur aus Gründen der Arterhaltung Zionisten geworden sind. Vielmehr, weil wir eine Rettung unserer Ehre, die vom Mauscheltum befleckt war, eine Neubelebung, eine *wahre Renaissance des alten jüdischen Volkes* für uns und unsere Nachfahren wollen. Dann wird das Wort „Renaissance“, das jetzt bei Sombart etwas kalt klang, auch für ihn und die wachsende Zahl derer, die uns verstehen, seine lebendige Bedeutung erlangen. Dann wird man auch erkennen, daß es nicht deshalb eine Utopie ist, *was* wir anstreben, weil wir Idealisten sind, *indem* wir es erstreben.

Kein noch so reales Ziel ist in der Welt ohne solchen Idealismus erreicht worden. Und selbst die so naheliegende Notwendigkeit der Wiedererrichtung

---

[1] Vgl. Herzls Rede vom 15. Oktober 1897, in: *Theodor Herzl*, Zionistische Schriften, Bd. I, Tel Aviv 1934, S. 213.

des Deutschen Reiches heischte Idealisten, die nicht weniger arg bespöttelt und beschimpft wurden.

Den „extremen Zionismus" Sombarts, der einen allgemeinen Exodus der Juden nach Palästina veranstalten wollte, gibt es überhaupt nicht. Es gibt nur *einen* Zionismus, dessen Ziel die glückliche Vereinigung von realer Welterkenntnis und idealer Gesinnung zeigt, die das wahre Wesen des jüdischen Volkes ausmacht. Denn wir sind kein Volk von Schwärmern, aber wir wollen auch kein Volk von Krämern sein noch werden.

ib.[2]

[49]
ZIONISMUS UND BÜRGERLICHE GLEICHBERECHTIGUNG
[FEBRUAR/MÄRZ 1912]
CZA, A 15/VII/25

Anweisungen für die Vertrauensmänner.

1. Zionismus und Staatsbürgertum.

... Der Kampf um staatsbürgerliche Rechte und der jüdische Nationalismus haben (also) an sich gar nichts miteinander zu tun, gleichgültig, ob die Juden eine Nation sind oder nicht, ihre Stellung dem Staat gegenüber muß gerade nach der Auffassung des politischen Liberalismus immer in derselben Weise beurteilt werden. Die Gesinnung des Einzelnen ist der einzige Maßstab dafür, ob er ein guter Staatsbürger ist oder nicht. Wer das leugnet, und wer behauptet, daß die Juden, welche sich zur jüdischen Nation bekennen, schon aus diesem Grunde schlechtere Deutsche sind, und gleichzeitig politisch liberal denkt, setzt sich damit einem gefährlichen Verdacht aus. Er hat nicht den Mut, die von ihm sonst vertretene politische Anschauung gerade der Gruppe Menschen gegenüber zu vertreten, der er selbst angehört. Der Kampf um die Gleichberechtigung ist die Sache aller Juden, die in Deutschland wohnen und die deutschen Staatsbürgerrechte haben. Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens[1] erfüllt also eine notwendige Aufgabe, wenn er diesen

---

[2] Julius Becker (1882–1945). Zionistischer Journalist, zeitweilig Redakteur der „Welt" und der „Jüdischen Rundschau". Arbeitete unmittelbar nach der Revolution der Jungtürken 1908 in Konstantinopel mit Richard Lichtheim zusammen, um die Unterstützung des neuen Regimes für den Zionismus zu gewinnen. Später wandte er sich wieder seiner journalistischen Laufbahn zu und war eine Zeitlang Korrespondent der „Vossischen Zeitung". War 1934–1935 Vertreter der Jewish Agency beim Völkerbund.

[1] Gewöhnlich „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" geschrieben. Diese Organisation wurde 1893 in Berlin gegründet. Das Ziel des CV wurde bei seiner Gründung in § 1 der Satzungen folgendermaßen festgelegt: „Der

Kampf führen will. Der Kampf für die Gleichberechtigung der Juden hat aber nur dann einen Sinn, wenn man dafür sorgt, daß auch Juden übrig bleiben, denen als Juden die volle Gleichberechtigung zuteil wird. Diejenigen Juden, die durch Taufe und Mischehen für sich persönlich die Frage der Gleichberechtigung lösen, indem sie ihr Judentum aufgeben, sind gewiß unsere schlimmsten Feinde im Kampf um die Gleichberechtigung, aber ihnen gleich zu achten sind alle, welche die volle Gleichberechtigung dadurch schneller zu erreichen hoffen, daß sie möglichst viel von ihrem Judentum aufgeben und sich immer weniger als Juden zu erkennen geben. Sie verwischen dadurch den Sinn der vollen Gleichberechtigung, die ja nur dann wirklich erreicht ist, wenn sie Juden zuteil wird, die sich alle jüdischen Zusammenhänge bewußt erhalten haben. Der Kampf um die Gleichberechtigung ist nur wertvoll, wenn er gleichzeitig ein Kampf um die Erhaltung des deutschen Judentums ist. Die Frage des Zionismus ist die Frage der Erhaltung des Judentums. Angesichts des drohenden Unterganges der deutschen Juden wagt er es, den einzigen Weg zur Erhaltung des lebendigen Judentums einzuschlagen. Der Zionismus, das einzige Bollwerk gegen die Assimilation, ist also die notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf des Zentralvereins, denn ohne Zionismus ist das deutsche Judentum, das durch Taufe, Mischehe, Zug in die Großstädte, Beschränkung der Kinderzahl charakterisiert wird, der völligen Auflösung rettungslos verfallen.

...

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E.V. bezweckt, die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ohne Unterschied der religiösen und politischen Richtung zu sammeln, um sie in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung sowie in der unbeirrbaren Pflege deutscher Gesinnung zu bestärken."

Für eingehende Studien über den CV vgl. *Jehuda Reinharz*, Fatherland or Promised Land. The Dilemma of the German Jew 1893–1914, Ann Arbor 1975; *Ismar Schorsch*, Jewish Reactions to German Anti-Semitism 1870–1914, New York and Philadelphia 1972; *Arnold Paucker*, Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft, in: Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914, herausgegeben von *Werner E. Mosse* unter Mitwirkung von *Arnold Paucker*, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 33, Tübingen 1976. Ebenfalls: *Arnold Paucker*, Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik, zweite, verbesserte Auflage, Hamburg 1969; *Marjorie Lamberti*, Jewish Activism in Imperial Germany. The Struggle for Civil Equality, New Haven and London 1978; *Sanford Ragins*, Jewish Responses to Anti-Semitism in Germany, 1870–1914, Cincinnati 1980.

[50]
DIE ZIELE DES „MISRACHI"
15. MÄRZ 1912
CZA, 5283, ZEITSCHRIFTENSAMMLUNG

Misrachi-Korrespondenz

1. Jg., Nr. 1, Hamburg-Altona, 15. März 1912, S. 1–2

Zur Einführung!

Mit diesen Blättern, die periodisch, zunächst monatlich zweimal erscheinen werden, tritt die misrachistische Bewegung in ein neues Stadium ihrer Entwicklung ein.

Schwach und jung wie der Misrachi bisher war, fehlte ihm auch ein geeignetes Organ, um seinen Ideen Eingang in die große, weite Öffentlichkeit zu verschaffen. Jetzt aber, wo der Misrachi aus all' den inneren Kämpfen und Schwierigkeiten neugestärkt hervorgegangen ist, ist die Zeit gekommen, um auch uns eine Tribüne zu errichten, von der aus wir weithin zu allen Freunden unserer Sache sprechen können.

...

Große und umfassende Aufgaben stehen uns jetzt bevor.

In erster Linie gilt es, die Organisation auszubauen und auf eine feste und gesunde Grundlage zu stellen, damit nicht die dringendsten und wichtigsten Arbeiten an der mangelnden finanziellen und ideellen Leistungsfähigkeit und Opferfähigkeit unserer Gesinnungsgenossen scheitern.

Jeder organisierte Misrachi-Anhänger muß seiner Partei die notwendigsten Existenzmittel geben und sich die Sammlung für die verschiedenen Misrachi-Fonds zu seiner vornehmsten Aufgabe machen.

Es gilt ferner, das in Palästina begonnene *Kulturwerk* nicht zum Stillstand kommen zu lassen, sondern weiter zu führen, den radikalen Strömungen einen Damm entgegenzusetzen und ein neues Geschlecht heranzubilden, *das Liebe zur Arbeit mit Liebe zur Thora verbindet.* Ebenso ist es Pflicht unserer Gesinnungsgenossen, die hebräische Literatur und Sprache überall in der Diaspora zu fördern und sie allmählich wieder zu einem lebendigen Bindeglied aller zersprengten Teile unseres Volkes zu machen.

Endlich steht uns als eine der wichtigsten Aufgaben die Durchführung eines lange gehegten kolonisatorischen Planes bevor: das ist die *Schaffung einer misrachistischen Kolonie* in Palästina, zu der mit den Vorarbeiten bereits begonnen wurde. Die Bewohner dieser Kolonie sollen in erster Linie aus den Kreisen der Chaluka-Empfänger[1] genommen werden, um so eine allmähliche

[1] Chalukah war die Bezeichnung für organisiertes Sammeln von Geldern in der

Überleitung der jungen, arbeitskräftigen Elemente zu produktiver Tätigkeit zu ermöglichen, ohne dabei die religionsgesetzliche Praxis und das Studium der Thora irgendwie zu vernachlässigen. Von welcher weittragenden Bedeutung dieses mit modernen Mitteln und Prinzipien in altjüdischem Geiste geplante Werk für die Zukunft der palästinensischen Judenheit werden kann, braucht nicht erst besonders betont werden. Gelingt das sorgfältig vorbereitete Unternehmen, so ist damit der Weg gebahnt für eine freie Entwicklung aller Kräfte, für die Schaffung wirtschaftlicher und kultureller Unabhängigkeit der palästinensischen Juden von Europa, für eine Beseitigung der Chaluka-Mißstände und Entstehung hygienisch- und sozial-gesunder Verhältnisse im Lande unserer Väter.

Daneben gibt es gewiß noch eine ganze Reihe von Detailaufgaben, die wir infolge der Vielgestaltigkeit unseres Goluslebens zu erfüllen haben werden. Aber das skizzierte Programm dürfte genügen, um unseren Gesinnungsgenossen zu zeigen, welche Fülle von Arbeit uns bevorsteht, und wie notwendig es ist, alle unsere Kräfte für das gemeinsame Ziel anzuspannen.

Wir rufen daher heute alle Gesinnungsgenossen, alle Freunde unserer heiligen Sache zur energischen unermüdlichen Arbeit auf. Tue jeder auf seinem Posten seine Pflicht. Stelle sich jeder freudig und bereitwillig in den Dienst seiner Gruppe.

Unterlassen wir jetzt eine Zeit lang jede unfruchtbare Kritik und vereinigen wir uns alle zu positiver Arbeit. Wir werden uns dadurch die Sympathien weitester – auch der bisher uns fernstehenden – Kreise erwerben und der Misrachi wird zum Mittelpunkt aller Bestrebungen werden, die auf eine Erstarkung des Judentums im Geiste unserer großen Vergangenheit gerichtet sind.

Also freudig ans Werk.

Dr. *Wilhelm Lewy*[2].

Diaspora zur Verteilung (hebr.: Chalukah) an bedürftige fromme Juden in Palästina. Seit den Tagen Roms hatten jüdische Gemeinden in der Diaspora es als heilige Pflicht betrachtet, diejenigen ihrer Brüder im Heiligen Lande zu unterstützen, die ihr Leben dem Gebet und Torastudium widmeten. Diese Unterstützung der Armen des Landes Israel wurde als besondere religiöse Verpflichtung betrachtet. Jahrhundertelang schickten die jüdischen Gemeinden Palästinas Sendboten zu den Juden der Diaspora, um Gelder für ihre Gelehrten, Schüler und die Armen aufzubringen.

[2] Wilhelm Lewy (1877–1949). Rabbiner in Berlin. Gehörte zu den frühesten Anhängern des Zionismus in Deutschland. Mitbegründer des Vereins „Bar Kochba“ in Berlin. Nach seiner Einwanderung in Palästina stand er einer deutsch-jüdischen Gemeinde in Tel Aviv vor und stellte sich in den Dienst der sozialen Arbeit des Landes.

[51]
PALÄSTINOZENTRISCHER ZIONISMUS
28. MAI 1912

Jüdische Rundschau

XVII. Jg., Nr. 24, 14. Juni 1912, S. 222

Zusammenstellung der Anträge, die vom XIII. Delegiertentag zum Beschluß erhoben wurden.

. . .

B. Persönliches Interesse an Palästina.

I. Antrag Zlocisti, Estermann:

„In Konsequenz der überragenden Bedeutung der Palästina-Arbeit für die Befreiung der Einzelpersönlichkeit, sowie als Mittel zur Erreichung unseres Endziels, erklärt es der Delegiertentag für die Pflicht jedes Zionisten – in erster Reihe der wirtschaftlich Unabhängigen – die Übersiedlung nach Palästina in ihr Lebensprogramm aufzunehmen. In jedem Falle sollte jeder Zionist für sich *persönliche Interessen* in Palästina schaffen."

II. Antrag des Oberschlesischen Gruppenverbandsausschusses:

Der Delegiertentag bechließt: „Es ist Pflicht jedes Zionisten, nach Möglichkeit Palästina aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Das Zentralkomitee wird beauftragt, in dieser Beziehung eine lebhafte Initiative zu entfalten und durch geeignete Mittel die Vornahme von Palästinareisen zu erleichtern."

. . .

---

* Der XIII. Delegiertentag fand vom 26.–28. Mai 1912 in Posen statt. Das herausragende Ereignis in Posen war die Umstellung der ZVfD vom rein politischen Zionismus Herzls zum praktischen Zionismus, der, zunächst in der Theorie, Ansiedlung und Arbeit in Palästina als seine dringendste Aufgabe betrachtete.

Historisch gesehen war der wichtigste Ausdruck des Palästinozentrismus der ZVfD die Annahme von zwei Resolutionen. Die eine wurde von Zlocisti und Estermann eingebracht und beruht auf den ideologischen Vorschlägen Blumenfelds. In seiner Rede auf dem Delegiertentag hatte er eine sorgfältige und ins einzelne gehende Darstellung seiner seit 1909 vertretenen Ansicht über die Stellung des deutschen Judentums im Rahmen der europäischen Kultur gegeben und gelangte zu dem Ergebnis, daß Juden nur in Palästina frei von physischer und seelischer Bedrückung leben könnten.

Die zweite Resolution, die in Anbetracht der Wichtigkeit der ersten von den Historikern unbeachtet blieb, wurde von dem Gruppenverbandsausschuß Oberschlesiens eingebracht. In vieler Hinsicht war diese Resolution ebenso wichtig wie die radikalere von Zlocisti und Estermann. Einige Monate später begann die ZVfD Reisen nach Palästina zu organisieren, die im Laufe der Zeit immer häufiger wurden. Viele deutsche Zionisten, die trotz der Posener Resolution eine Übersiedlung nach Palästina nicht in Erwägung zogen, benutzten die Gelegenheit dieser Palästinareisen, um das Land kennenzulernen.

Für Einzelheiten vgl. *Reinharz*, Fatherland or Promised Land, aaO.

[52]
Die „Kunstwart"-Debatte
16. AUGUST 1912

Jüdische Rundschau

XVII. Jg., Nr. 33, 16. August 1912, S. 309

Kulturkonflikt

Offene Aussprache hat schon manches leidige Verhältnis gebessert, manche Gegensätze gemildert und ein friedliches Nebeneinander ermöglicht, wo man früher glaubte, in jedem Falle und unter allen Umständen gegeneinander wirken zu müssen. Ferdinand *Avenarius*, der Herausgeber des „Kunstwart", hat den Wunsch, das Prinzip der Aussprache auch auf jenes Gebiet anzuwenden, auf dem nach *Sombart* das „größte Problem der Menschheit" beruht: auf die Judenfrage. Genauer gesagt: auf die kulturelle Judenfrage.

Vor einigen Monaten war die Aussprache in den Spalten des „Kunstwart" bekanntlich durch einen Aufsatz Moritz *Goldsteins*, betitelt: „Deutsch-jüdischer Parnaß", eröffnet worden. Der Aufforderung des Herausgebers, die Erörterungen fortzuspinnen, folgten etwa neunzig Autoren, unter denen sich bezeichnenderweise nur sechs Nichtjuden befanden. Aus diesem Wust von Einsendungen hat *Avenarius* nun eine Auswahl getroffen, von der er sagt, er sei sich bewußt, „absichtlich keinen von jüdischer Seite mitgeteilten Gedanken

* Im März 1912 veröffentlichte „Der Kunstwart", eine der Pflege deutscher Literatur, Kunst und Musik gewidmete Halbmonatsschrift, einen Aufsatz des jungen jüdischen Autors Moritz Goldstein, betitelt „Deutsch-jüdischer Parnass". Dieser Aufsatz rief eine besonders heftige Diskussion hervor, weil der Herausgeber des „Kunstwart", Ferdinand Avenarius, stark nationalistische, wenn nicht gar antisemitische Überzeugungen hatte, und der Literaturkritiker Adolf Bartels ein bekannter Antisemit war.

Goldsteins Aufsatz behandelte die Kluft zwischen der ungewöhnlich großen Rolle der Juden als Verwalter der deutschen Kultur und der Haltung der Deutschen, die ihnen sowohl das Recht als auch die Möglichkeit absprach, diese Aufgabe zu erfüllen.

Goldstein sah in der Auswanderung nach Palästina eine Lösung nur für einen kleinen Teil der Juden. Eine Alternative für diejenigen, die enttäuscht waren von der vermeintlichen Integration und der schizophrenen Existenz in Deutschland, läge im Studium moderner hebräischer Literatur. Aber auch darin sah er keine Lösung für die Mehrheit der deutschen Juden. Ihnen schlug er die Rückkehr zur jüdischen Identität und zu jüdischen Quellen vor und forderte sie auf, sich stolz zu ihrem jüdischen Erbe zu bekennen.

So wie im Fall Sombarts, führte auch Goldsteins Aufsatz zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Zionisten und Antizionisten. Vgl. *Reinharz*, Fatherland or Promised Land, aaO.; *Moritz Goldstein*, German Jewry's Dilemma before 1914, in: Year Book II of the Leo Baeck Institute, London 1957, S. 236–254; ebenfalls *Gerhard Kratzsch*, Kunstwart und Dürerbund, Göttingen 1969.

unterdrückt zu haben, der seiner Einsicht nach wesentlich oder charakteristisch war".

...

Avenarius' Grundforderung, daß die „Sprechsäle" erst einmal geöffnet werden sollen, ist von jüdischer Seite schon einmal erhoben worden. Theodor *Herzl* hat die öffentliche Diskussion der Judenfrage in allen ihren Teilen immer wieder verlangt, und wir Zionisten haben sie stets angestrebt, weil wir wußten, daß das Judentum bei solcher Aussprache nur gewinnen konnte. Die Verweigerung dieser Sprechplätze war das stärkste Mittel, durch das das Assimilationsjudentum glaubt, uns bekämpfen zu können. Wieviel dadurch für ein gedeihliches Zusammenleben von Juden und Christen gewonnen werden könnte, zeigt der erste aufrichtige Versuch im „Kunstwart", dem wir Dank schulden für die vornehme und taktvolle Art, in der er sein Vorhaben durchgeführt hat. Das selbstbewußte Judentum und der Zionismus haben bei diesen Erörterungen nicht schlecht abgeschnitten. Wir glauben aber auch, daß Moritz *Goldstein*, mit der Art, wie er unseren Standpunkt vertreten hat, dem Ansehen unserer ganzen Gemeinschaft gedient hat. Von dieser Plattform aus führen wir den Kampf gegen den Antisemitismus. Wo es gilt, für unsere verfassungsmäßigen Rechte einzutreten, da werden wir uns den Vertretern aller Auffassungen im Judentum als treue Waffengefährten zugesellen. Wo es sich aber darum handelt, die Kulturkreise zwischen Judentum und Deutschtum abzugrenzen, da werden wir – wohl auf lange hinaus – bei verständigen Nichtjuden mehr Verständnis und Achtung finden, als bei denen, die unseres Blutes sind und sich nach unserer wohlbegründeten Überzeugung auf dem falschen Wege befinden.

[53]
ERSTE REAKTION AUF DIE ANTIZIONISTISCHE RESOLUTION DES CV
1. APRIL 1913
CZA, A 102/H 9, SAMMLUNG GEDRUCKTER MANUSKRIPTE

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin W. 15, den 1. April 1913
Sächsische Straße 8

Zionismus und Deutschtum.

Der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" hat in seiner Generalversammlung vom 30. März 1913 eine Resolution gefaßt, die den

* Ein großer Teil der Presse brachte eine vom CV in seiner Generalversammlung vom 30. März 1913 gefaßte Resolution gegen den Zionismus. Die ZVfD versandte daraufhin an die Redaktionen diese Gegenerklärung mit der Bitte um Abdruck.

Versuch macht, die „deutsche Gesinnung“ der Zionisten zu verdächtigen, um so den Ausschluß der deutschen Zionisten aus dem Zentralverein zu begründen.[1]

Die zionistische Organisation ist seit dem Jahre 1897 in Deutschland tätig. Von diesem Zeitpunkt an hat sie jederzeit das gleiche Programm vertreten. Trotzdem hat der Zentralverein stets öffentlich erklärt, daß ihm zionistische Mitglieder ebenso willkommen seien, wie andere und hat die Mitarbeit der Zionisten ausdrücklich erbeten. Wenn also der Zentralverein es jetzt für erforderlich hält, sein Verhalten zu ändern, so können dieser Taktik nur agitatorische Erwägungen zu Grunde liegen. Der Zentralverein sieht, daß die zionistische Ideenwelt die wertvollsten Kreise des deutschen Judentums, insbesondere die Jugend, ergreift, daß die zionistische Organisation dauernd an Mitgliedern wächst und daß das neue jüdische Leben in Palästina den Beweis für die Lebenskraft des nationalen Judentums erbracht hat.

Inhaltlich haben wir zu der Resolution folgendes zu erklären:

1.) Der jüdische Nationalismus beruht auf der unbestrittenen Tatsache der gemeinsamen Abstammung aller Juden und ihrer gemeinsamen Überlieferungen. Die Ableugnung des nationalen Charakters dieser Überlieferungen und die Unterdrückung des jüdischnationalen Bewußtseins bedeutet einen Bruch mit der historischen Kontinuität des Judentums und muß daher – allen gekünstelten Konstruktionen zum Trotz – zu seiner allmählichen Auflösung führen.

2.) In dieser Erkenntnis halten wir es für unsere Pflicht als Juden, für die nationale Zukunft des jüdischen Volkes zu arbeiten. Dieses Bestreben, das in einem großzügigen Kolonisationswerk in Palästina, der historischen Heimat und dem Lande der Zukunft unseres Volkes, seinen Ausdruck findet, dient zugleich der wirtschaftlichen und sozialen Hebung des jüdischen Volkes, dessen überwiegende Mehrheit in Osteuropa unter entwürdigenden und unerträglichen Verhältnissen zu leben gezwungen ist.

3.) Diese jüdischnationale Gesinnung und Betätigung berührt in keiner Weise die Interessen des deutschen Reiches, noch steht sie mit unserer aufrichtigen staatsbürgerlichen Gesinnung und Betätigung im öffentlichen Leben Deutschlands in Widerspruch. Wenn der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens einen solchen Widerspruch zu konstruieren sucht, so liegt darin eine Verkennung des nationalen Charakters des Judentums und der historisch gegebenen Beziehung des Judentums zum Deutschtum. Unsere staatsbürgerliche Auffassung schließt nicht nur die formale Erfüllung unserer Pflichten, sondern eine auf der Erkenntnis von der sittlichen Bedeutung des Staates beruhende Treue und Hingabe ein, die aber niemals zur Aufhebung des auf viertausendjähriger Geschichte beruhenden nationalen Zusammenhanges führen kann, der uns mit allen Juden verbindet.

---

[1] Zur Resolution des CV siehe auch Dok. 55 vom 1. Mai 1913.

Wir weisen daher den vom Zentralverein unternommenen Versuch, unsere staatsbürgerliche Zuverlässigkeit vor der Öffentlichkeit zu verdächtigen, und unsere tätige Anteilnahme an dem öffentlichen Leben Deutschlands mit den Konsequenzen für unvereinbar zu erklären, die wir aus unserer Zugehörigkeit zur jüdischen Nation zu ziehen haben, auf das Entschiedenste zurück.

4.) Unsere Ideen haben infolge der Offenheit und Entschiedenheit, mit der wir die Judenfrage zu behandeln gewohnt sind, seit langem die Sympathie hervorragender Männer auch außerhalb des Judentums gefunden. Die Größe der Aufgabe, die wir uns gesetzt haben, hat uns die Achtung und Zustimmung weiter Kreise verschafft. Wenn nun gerade von jüdischer Seite Widerspruch gegen den Zionismus erfolgt, so wird durch solchen Widerspruch weder ein deutsches, noch ein jüdisches Interesse, sondern nur die in Westeuropa immer weiter fortschreitende innere und äußere Auflösung des Judentums gefördert.

Das Zentralkomitee der

Zionistischen Vereinigung für Deutschland.

Rechtsanwalt Dr. Hantke,

Vorsitzender.

[54]
Kritik an der Antwort der ZVfD auf den Beschluss des CV
2. APRIL 1913
CZA, A 15/215

Cöln, den 2. April 1913

Sehr geehrter Herr Kollege,

...

Die Erklärung des geschäftsführenden Ausschusses halte ich auch nicht der Würde der zionistischen Vereinigung für Deutschland entsprechend. Die Resolution des Zentralvereines stellt eine beleidigende Einmischung in die inneren Parteiverhältnisse der Zionisten dar, worüber den Mitgliedern des Zentralvereines jedes Urteil fehlt. Demgegenüber erscheint mir das Vorgehen des geschäftsführenden Ausschusses ebenso unwirksam und unmännlich, wie etwa Erklärungen von Rabbinerversammlungen gegenüber Ritualmordbeschuldigungen der Antisemiten. Die beständige Beteuerung patriotischer Gesinnung gegenüber irgend welchen törichten Angriffen unserer jüdischen Gegner in Deutschland erscheint mir gegenüber der Provokation des Zentralvereines

demnach ganz und gar nicht angebracht. Wir haben keine Veranlassung, gegenüber dieser Resolution uns zu entschuldigen oder zu verteidigen, und bin ich überzeugt, daß wenn eine Resolution im Zentralkomitee beraten worden wäre, sie in Würdigung dieser Umstände entsprechend abgeändert worden wäre.[1]

Da es sich um eine prinzipielle Stellungnahme der deutschen Zionisten zu einem gegen sie gerichteten Angriff handelt, sehe ich mich daher genötigt, die Konsequenz aus der gegenüber den Mitgliedern des Zentralkomitees geübten Nichtachtung zu ziehen, da ich die Verantwortung für diese Resolution nicht übernehmen kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß
[Bodenheimer]

[55]
BRUCH MIT DEM CV
1. MAI 1913
CZA, 2/7/10/2, SAMMLUNG GEDRUCKTER MANUSKRIPTE

[1. Mai 1913]

Resolution.

Die am 1. Mai ds. Js. in Berlin versammelten Vertrauensleute der Zionistischen Vereinigung für Deutschland erklären die Resolution des Zentralver-

[1] Die Posener Resolution rief bei der Mehrheit der deutschen Juden erheblichen Protest gegen den Zionismus hervor. Manche zionistischen Führer wurden ängstlich angesichts solch starker Gegnerschaft. In den letzten Monaten des Jahres 1912 fanden Diskussionen unter den Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses und des Zentralkomitees der ZVfD statt, in denen die Möglichkeiten für eine Wiederannäherung an die Nichtzionisten behandelt wurden. Am 18. Dezember 1912 wurde eine Sitzung zwischen den Führern des CV und der ZVfD abgehalten, auf der über die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Organisationen gesprochen wurde; dort kam es zu keiner Verständigung. Etwa zwei Wochen vor der Bekanntmachung der antizionistischen Haltung des CV bat Arthur Hantke Max Bodenheimer, der enge Beziehungen zu den Führern des CV unterhielt, festzustellen, ob noch eine Möglichkeit zur Lösung des Konflikts bestände. Am 20. März 1913 antwortete Bodenheimer, es wäre zu spät; nach seinem Vorschlag sollten die Zionisten, die innerhalb des CV aktiv waren, versuchen, auf die Beratung Einfluß zu nehmen. Vielleicht könnten sie die Resolution mildern, so daß ein modus vivendi mit den Zionisten geschaffen würde.

Vgl. Bodenheimer an Hantke, 20. März 1913, CZA, A 15/18e und auch die Beratungen der ZVfD in CZA, A 15/VII/25.

* Am 30. März 1913 wurde eine besondere Sitzung des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" nach Berlin einberufen, um über die „Beziehung

eins Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens vom 30. März ds. Js. für eine unerhörte Verunglimpfung ihrer vaterländischen Gesinnung und weisen den Versuch des Zentralvereins, sich zum Richter über die Anschauungen der deutschen Zionisten aufzuwerfen, als ungebührliche Anmaßung zurück.

Den Vorwurf mangelnder Vaterlandsliebe haben Antisemiten von jeher gegen das Judentum in seiner Gesamtheit erhoben. Nunmehr hat der Zentralverein die Waffe dieser Denunziation gegen seine eignen Stammes- und Glaubensgenossen gerichtet. Nur Parteihaß konnte dazu verleiten, mit dem vieldeutigen Wort „Nationalismus" gefährlichen Mißbrauch zu treiben und auf Grund willkürlicher Begriffsdefinition das Bekenntnis zum jüdischen Volke in einen feindlichen Gegensatz zur deutsch-patriotischen Gesinnung zu bringen, Judentum und Deutschtum gegen einander auszuspielen.

Die national-jüdische Gesinnung, das heißt das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum jüdischen Volke und der Wille für seine Erhaltung und Entwicklung in der Zukunft zu wirken, steht mit den Interessen keines Staates und keines Volkes in Widerspruch und kann die deutschen Zionisten niemals verhindern, am politischen und kulturellen Leben Deutschlands tätigen Anteil zu nehmen. – Diese Anteilnahme, die über die formale Erfüllung staatsbürgerlicher Pflich-

---

zwischen dem CV und dem Zionismus" zu verhandeln. Der Direktor des CV, Ludwig Holländer, brachte die Gründe für die Einberufung vor: die Zionisten hätten in zunehmendem Maße systematisch versucht, die Arbeit des CV zu stören. Vor kurzem hätten sie erklärt, sie gehörten dem deutschen Volk nicht an, sondern seien wurzellos in Deutschland. (Eine Anspielung auf Kurt Blumenfelds Theorien.) Die Zionisten hätten offiziell erklärt, daß sie deutsche Bürger seien, die ihre gesetzlichen Pflichten erfüllten, aber keine deutsche Gesinnung hätten und daher nicht dem Paragraph 1 der CV-Statuten zustimmen könnten, welcher Unterstützung der deutschen Gesinnung forderte. Die Sitzung war außerdem noch einberufen worden, weil Mitglieder des CV verlangt hatten, daß der CV seine eigenen Forderungen für seine Mitgliedschaft festlege. Die Führerschaft des CV wiederholte daher, daß, als Waffe gegen den Antisemitismus, der erste Paragraph eingehalten werden müsse. Zionistische Mitglieder des CV, die diese Ideologie nicht teilten, gefährdeten die Einheit und das Ziel der Organisation.

Nach langer Diskussion nahmen die Delegierten einen Beschluß an, der mit der Bestätigung des Paragraphen 1 der CV-Statuten begann. Von dieser Voraussetzung ausgehend verlangte er von den Mitgliedern nicht nur die Erfüllung ihrer Bürgerpflichten, sondern auch deutsche Gesinnung und ihre Beteiligung am nationalen Leben. Der Beschluß endete mit dem Satz, der CV müsse sich von den Zionisten fernhalten, die deutsch-nationale Gefühle ablehnten, sich als Gäste in einem fremden Land betrachteten und nur jüdisch-nationale Gefühle anerkannten.

Am 1. Mai 1913 hielten die Führer und Vertrauensmänner der ZVfD eine besondere Sitzung in Berlin ab, um zur Resolution des CV Stellung zu nehmen. Mit Zustimmung des KJV, des BJC, des „Kartells Zionistischer Studenten aus Rußland", des „Herzl-Bundes", des „Deutschen Kreises der jüdischen Turnerschaft" sowie von 51 Ortsgruppen und Gruppenverbänden wurde die hier abgedruckte Resolution angenommen. Diese Resolution bezeichnete den Bruch zwischen Zionisten und Nichtzionisten in Deutschland.

Vgl. Protokoll der internen Tagung der zionistischen Vertrauensmänner in Berlin am 1. Mai 1913, CZA, Z 1/796; CZA, A 15/VII/26.

ten hinausgeht, beruht auf unserer historisch gegebenen Stellung in Deutschland und auf unserer Auffassung von der sittlichen Bedeutung des Staates.

Wenn der Zentralverein sich herausnimmt, die Aufrichtigkeit dieses unseres Standpunktes anzuzweifeln, so trägt er in die Reihen der deutschen Juden unversöhnlichen Zwist und hat damit das Recht verwirkt, als Vertretung der deutschen Judenheit zu gelten, die zu einigen er berufen war.

Die Vertrauensleute der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland" erklären deshalb:

1) Die Zugehörigkeit zur Zionistischen Vereinigung für Deutschland ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Zentralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens.

2) Es ist dringend erforderlich, daß ein Verein gegründet wird, der unter strikter Wahrung der Neutralität in allen innerjüdischen Fragen für die Rechte der deutschen Juden eintritt.[1]

3) An unsere Gesinnungsgenossen richten wir die Aufforderung, mit aller Energie für die Verbreitung des jüdisch-nationalen Gedankens und die Verwirklichung unseres Programms zu wirken. Unbeirrt durch die Angriffe unserer Gegner werden wir für die Wiedergeburt unseres Volkes in seiner historischen Heimat und für die jüdisch-nationale Erziehung unserer Jugend arbeiten, um die Zukunft des jüdischen Volkes zu sichern.

---

[1] Ende 1913 gründeten die Zionisten den „Reichsverein der deutschen Juden", der an die Stelle des CV treten sollte. Die Zionisten erklärten, daß diese neue Organisation im Gegensatz zum CV eine echte Vertretung der deutschen Juden sein würde. Der Reichsverein, der nur von der ZVfD getragen wurde, setzte sich jedoch nicht durch.

Vgl. Schocken-Archiv, 538/2.

[56]
Die Ziele des „Blau-Weiss"
NOVEMBER 1913

Streng vertraulich

Leitfaden

für die Gründung eines Jüdischen Wanderbundes

„Blau-Weiß"

Herausgegeben vom Jüdischen Wanderbund „Blau-Weiß", Berlin
Berlin, November 1913

...

B. Der Jüdische Wanderbund „Blau-Weiß"

I. Allgemeiner Teil

1. Dringender als die deutsch-christliche Jugend bedürfen unsere jüdischen Jungen und Mädchen der körperlichen und geistigen Segnungen des Wan-

* Der „Blau-Weiß" war ein zionistischer Jugendbund, der seine Mitglieder zu jüdischer Gesinnung und Haltung erziehen wollte, auf Grund derer sie gemäß der Meißner Formel der deutschen Jugendbewegung (in innerer Wahrhaftigkeit und aus freier Entscheidung) später zu Zionisten werden sollten. Seine Gründung ist von Zionisten anläßlich des Posener Delegiertentages (1912) in die Wege geleitet worden, und es besteht kein Zweifel, daß von Beginn an alle seine Führer zionistisch eingestellt waren. Seine erste Gruppe entstand in Breslau. Dort hatte Joseph Marcus den Gedanken des jüdischen Jugendwanderns schon geraume Zeit propagiert und im April 1912 den „Wanderverein 1907" gegründet. Unmittelbar darauf folgte Berlin, wo unter der Führung von Adalbert Sachs und Dr. Weißenberg der Jüdische Wanderbund „Blau-Weiß" im Juli 1912 ins Leben trat. Die beiden Gruppen nahmen sofort Beziehungen auf und empfanden sich wohl auch von vornherein als eine Einheit. Vom April 1913 ab erschienen in monatlicher Folge die „Blau-Weiß-Blätter", Mitteilungen des Jüdischen Wanderbundes „Blau-Weiß", unter der Redaktion von Felix Rosenblüth.

Als erste gemeinsame Tagung darf man sicher die Zusammenkunft in Berlin am 1. März 1914 ansehen, bei der sich die fünf bisher wohl mehr oder minder selbständigen Ortsgruppen (Breslau, Berlin, Wien, Mülhausen und München) zum „Blau-Weiß, Bund für jüdisches Jugendwandern in Deutschland" zusammenschlossen. Von diesem Zeitpunkt an gaben auch die Breslauer ihren Namen „Wanderverein 1907" auf und nannten sich ebenfalls „Blau-Weiß".

Siehe: *Hans Tramer*, Jüdischer Wanderbund Blau-Weiß. Ein Beitrag zu seiner äußeren Geschichte, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, V. Jg., Nr. 17, Tel Aviv 1962. Siehe auch „Leitsätze für die Begründung jüdischer Wandervereine der höheren Schüler (Wandervogel) im Anschluß an die Besprechung gelegentlich des Posener Delegiertentages (Vertraulich)" von Oberlehrer Calvary und Referendar Marcus,

derns. Zu den *allgemeinen* Gründen kommen noch *besondere* hinzu. Unsere Jugend ist im allgemeinen körperlich untüchtiger und nervöser als die übrige Jugend; ein relativ viel größerer Teil leidet unter den schädlichen Einflüssen des Großstadtlebens. In einem Milieu materialistisch denkender und handelnder Erwachsener, in der Umgebung skeptischer, ironischer, unfreudiger, naturentfremdeter Menschen, in der Atmosphäre des jüdischen Witzes und der jüdischen Selbstverspottung aufgewachsen, sind unsere Jungen und Mädchen *ein Geschlecht, dessen allgemeine menschliche Lebensauffassung schon im Elternhause verdorben ist.* Wenn auch in dieser Beziehung in orthodoxen Häusern vieles besser ist als in liberalen, so fehlt auch orthodoxen Eltern noch jedes Verständnis für die Forderungen der Körperhygiene und Körperkultur, wie für alle körperlichen Tugenden, ebenso wie das ganze ältere jüdische Geschlecht keinen wirklichen Zusammenhang mit der Natur kennt. Fast durchweg erhalten die Kinder eine Erziehung, die sie zur Feigheit in jüdischen Dingen anhält, etwa indem man sie lehrt, antisemitische Beleidigungen zu überhören usw.

Der Jüdische Wanderbund „Blau-Weiß“ will das junge Geschlecht zur Natur führen und hofft, hierdurch die Schäden einer falschen Erziehung in einem gewissen Grade ausgleichen zu können. Sein Ziel ist: Die körperliche Ertüchtigung, *vor allem aber die geistige und moralische Gesundung der Jugend, die Erweckung einer natürlichen und idealistischen Lebensanschauung.* Die Quellen der Erziehung sind zweifache: Einmal die *Natur*: ein Kind, das die Schönheit der Natur begreift, dem sie persönliches Bedürfnis geworden ist, das daher auch im späteren Leben an den freien Tagen hinauswandern wird, ist für immer vor einer dem Idealismus ganz abgewandten Lebensbetrachtung bewahrt. In zweiter Linie wirken auf das Gemüt des Wanderers die strengen *Sittengebote* des Wanderbundes, die *Disziplin, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit* und *Wahrheitsliebe, Kameradschaftlichkeit, Respekt* und *Bescheidenheit* mit den körperlichen Tugenden des *Mutes*, der *Geistesgegenwart*, der *Enthaltsamkeit*, der *Genügsamkeit* und der *Ausdauer* verbinden wollen.

Eine Umwälzung des jüdischen Gemütslebens – ist das Ziel der jüdischen Wanderbewegung. Sie will ein Geschlecht mit einer neuen, freudigen, natürlichen und ehrlichen Lebensauffassung heranbilden, das das Leben nicht mehr ausschließlich unter den Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit und des Vorteils, sondern mit dem Maßstabe des Schönen und Guten mißt. *Der zionistische Gesichtspunkt ist allein der: Daß ein zu normalem und ehrlichem Denken erzogenes Geschlecht sich später für die Forderungen des jüdischen Nationalismus entscheiden muß.* Der Wanderbund ist aber nicht dazu da, den Kindern

---

CZA, A 15/VII/25; „ZVfD, 1. Dezember 1911, Streng Vertraulich! Betr. Jugendpropaganda“, CZA, Z 3/796; Aufruf des „Blau-Weiß“ an die „Jüdischen Jungen und Mädchen!“ [April 1913], CAHJP, INV/1698. Siehe auch *Chaim Schatzker*, Die jüdische Jugendbewegung in Deutschland 1900–1933 (hebr.), unveröffentlichte Dissertation, Hebräische Universität Jerusalem, 1969.

diese Entscheidung vorweg zu nehmen und in den Mund zu legen. Er erzieht die Kinder im Gegensatz zu der *Lebensauffassung* der älteren Generation, nicht im Gegensatz zu ihrer *jüdischen Ansicht.* Aber wir wissen, daß eine neue Lebensauffassung die jüdischen Ansichten der neuen Generation ändern wird. Der Wanderbund selbst will aber den Kindern keine jüdische Ansicht vermitteln. *Jede Propaganda ist ausgeschlossen und streng verboten* ... Die Kinder sollen stolz und freudig sein, wenn sie daran denken, daß sie Juden sind. Sie sollen wissen, warum sie in einem Jüdischen Wanderbund sind, sollen sich auf Wanderungen als Juden bekennen und den „Heil"ruf der „Wandervögel" mit „Hedad"[1] erwidern. Sie müssen es als selbstverständlich empfinden und fordern, daß jüdische Lieder gesungen werden. Sie sollen sich gegen antisemitische Beleidigungen wehren. Durch Erzählungen aus der jüdischen Geschichte oder aus Palästina, durch gelegentliche Vorlesungen aus der jüdischen Literatur wird der Führer – *ohne hieraus ein systematisches Unterrichtsprogramm zu machen* – dem Kinde ein natürliches, jüdisches Selbstbewußtsein geben können. Überhaupt kann der Satz aufgestellt werden: daß im Wanderbunde *alles Tatsächliche* aus dem jüdischen Leben berührt werden kann und im Interesse einer natürlichen Erziehung gelegentlich auch berührt werden soll. Es ist aber streng untersagt, aus diesen Tatsachen politische Folgerungen abzuleiten.

2. Der Wanderbund, der so in seinem jüdischen Programm in absoluter Objektivität auf den natürlichen Zusammenhang von wahrem Menschentum und nationaler Gesinnung baut, bedarf der *Führer,* die imstande sind, die Kinder menschlich zu ändern und zu bessern. *Es ist selbstverständlich und unbedingt zu fordern, daß die Führer Zionisten sind.* Nur ein Zionist ist von dem hingebenden, durch keine Rücksichten angekränkelten *jüdischen Idealismus* erfüllt, der gerade den Wanderführer auszeichnen muß. Nur ein Zionist hat den *kritischen Blick* für die menschlichen Fehler der alten Generation und andererseits den *positiven Willen,* diese Fehler durch eine Umwälzung der Lebensauffassung zu beseitigen. Man wird Nichtzionisten finden, welche den körperlichen Wert der Wanderbewegung begreifen, nie jedoch solche, die ihre Notwendigkeit für die Besserung des Gemütslebens richtig erfaßt haben – andernfalls wären sie Zionisten. Wenn somit die zionistische Gesinnung des Führers Bedingung ist – wobei gerade die Notwendigkeit, die zionistische Propaganda zu vermeiden, eine gewisse Reife und Festigkeit der zionistischen Gesinnung voraussetzt –, so ist sie andererseits nicht genügend. *Wir brauchen Führer, die das Wandern lieben, welche die Natur kennen und verstehen, die in sittlicher Hinsicht ihren Jungen ein Vorbild sein wollen und können. Nur der Führer ist zu brauchen, der seine Aufgabe von dieser künstlerischen und menschlichen Seite her anfaßt und davon durchdrungen ist, daß die lebensreformischen, menschlichen Ideen der jüdischen Wanderbewegung Grundlagen einer gesunden jüdischen Anschauungsentwicklung sein müssen ...*

---

[1] Hebr.: Hurra.

3. In den *Formen* des Wanderns schließt sich der Wanderbund an den „Wandervogel" an. Wenn das militärische Treiben der Jugendwehren aus allgemein pädagogischen und besonderen jüdischen Gründen für uns unbrauchbar ist, so ist auch die Pfadfinderbewegung zu verwerfen, weil sie die Jugend sich nicht in die Natur *hineinleben* läßt wie der „Wandervogel". Wir *übernehmen* nur das gemeinsame *Abzeichen*, das den Korpsgeist der Kinder stärken soll (blau-weiße Nadel) und empfehlen auch eine gleichmäßige Kopfbedeckung, – verwerfen jedoch eine weitergehende Uniformierung. *Gelegentliche* Kriegsspiele, die auch der „Wandervogel" zuläßt, sind für die Jungen gut und anregend.

Im übrigen sind die Formen des Wanderbundlebens so zu gestalten, daß sich der Wanderbund als ein Gebilde eigener Art aus dem üblichen jüdischen und zionistischen Vereinsleben ebenso heraushebt, wie etwa der „Wandervogel" aus dem deutschen. Der *besondere Geist des Wanderbundes*, der *Wandergeist*, – der von den Kindern als eine moralische Verpflichtung empfunden wird, der aus der ernsten Pflege des Wanderns und dem Bewußtsein der Führer, einer ernsten, sittlichen Aufgabe zu dienen, erwachsen ist –, muß *besondere Formen* suchen, um seine Besonderheit und den Gegensatz zu dem Geist der anderen Menschen zum Ausdruck zu bringen ...

Wie sich der „Wandervogel" als ein neuer und besonderer Mensch fühlt, der die anderen wegen ihres naturfremden Lebens verachtet, so müssen auch unsere Wanderer, die durch die Schule des Wanderbundes gegangen sind, die Welt mit einem neuen, stolzen Blick betrachten und die Lebensweise und die Vergnügungen der anderen geringer schätzen. Darum brauchen wir eigenartige *Formen* für unser *Wanderleben.*

...

[57]
SPRACHENKAMPF UND AUSLÄNDERFRAGE
3. DEZEMBER 1913
CZA, A 102/12/6

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin W. 15, den 3. Dezember 1913
Sächsische Straße 8

An die Ortsgruppen und Vertrauensmänner.

Die Entscheidung, welche das Kuratorium des Technikums in Haifa gefällt hat, und die Stellungnahme der Liberalen in der Ausländerfrage[1] sind für

* Die als „Sprachenkampf" bekannte Kontroverse betraf den „Hilfsverein der deutschen Juden", gegründet 1901, eine 25 000 Mitglieder umfassende „neutrale" und

die Entwicklung charakteristisch, welche die deutsche Judenheit nimmt. Es zeigt sich, daß der Assimilation jedes Mittel recht ist, um den von ihr als unabwendbar erkannten Kampf gegen den vordringenden Zionismus noch einmal zu versuchen; beide Ereignisse führen aber auch dem objektiven Beobachter die Tatsache vor Augen, daß wir auf Differenzierungen innerhalb der nichtzionistischen Elemente in Deutschland nicht zu rechnen haben. Die führenden Männer des Hilfsvereins der Deutschen Juden, insbesondere Herr Dr. Paul Nathan[2], hatten sich bisher in ihrer Tätigkeit in Palästina so objektiv und anscheinend so verständnisvoll für die Entwicklung des nationaljüdischen Gedankens in Palästina gezeigt, daß viele von uns auf ein dauerndes Zusam-

---

philanthropische Organisation mit Hauptsitz in Berlin. Unter den Mitgliedern des Hilfsvereins gab es viele Antizionisten und liberale Assimilanten.

Der Hilfsverein unterhielt philanthropische und Erziehungsanstalten in Palästina und hatte bis 1913 sowohl mit den deutschen Zionisten wie auch mit dem EAC der Zionistischen Weltorganisaton zusammengearbeitet. 1911 wurde in Haifa ein Realgymnasium als Vorstufe zum Studium am Technikum gegründet. Zwei führende Männer des Hilfsvereins, Paul Nathan und James Simon, die bei der Gründung der Schule mitwirkten, waren Mitglieder des Kuratoriums. Die Zionisten verlangten, daß ein Teil des Lehrstoffes im Realgymnasium und im Technikum in Hebräisch unterrichtet würde; das Kuratorium lehnte jedoch diese Forderung ab (26. Oktober 1913) und verlangte Deutsch als ausschließliche Unterrichtssprache; daraufhin traten die Zionisten vom Kuratorium zurück. Siehe CZA, Z 3/1569; Z 3/356; A 20/58.

Dieser Beschluß rief eine Welle des Protestes hervor. Unter Führung der Lehrerorganisation kam es zu Streiks, Protestversammlungen und Störungen in den Institutionen des Hilfsvereins. Schüler verließen die Schule, Lehrer traten zurück, hebräische Schulen wurden gegründet. Der Widerstand war so stark, daß die Administration den Forderungen der Zionisten stattgeben mußte. Die Zionisten hatten zwar in Palästina einen Sieg errungen, aber in Deutschland führten die mit dem Sprachenkampf verbundenen Auseinandersetzungen dazu, daß früher neutrale Mitglieder des Hilfsvereins zu aktiven Antizionisten wurden. Vgl. *Moshe Rinott*, „Hilfsverein der deutschen Juden" – Creation and Struggle (hebr.), Jerusalem 1971 (veröffentlicht in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institut); Jüdische Rundschau, Nr. 44, 45 und 47, 31. Oktober 1913, 7. und 21. November 1913; *Paul Nathan*, Palästina und palästinensischer Zionismus, Berlin 1914, und die Antwort des Zionistischen Actions-Comités „Im Kampf um die hebräische Sprache", Berlin o.J. [1914], sowie Jüdische Rundschau, Nr. 7, 13. Februar 1914. Vgl. Dok. 58, Brief an den Reichstagsabgeordneten Dr. Karl Trimborn vom 19. Januar 1914.

[1] Dies bezieht sich auf die Gemeinden Duisburg, Bochum und Chemnitz, die den Ostjuden in ihrer Mitte das Wahlrecht zu den Gemeindekörperschaften versagen wollten. Vgl. *S. Adler-Rudel*, Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 1, Tübingen 1959.

[2] Paul Nathan (1857–1927). Politiker und Schriftsteller. Mit Theodor Barth hat er fast 20 Jahre lang die politische Wochenschrift „Die Nation" herausgegeben. Er war Leiter des Komitees zur Abwehr antisemitischer Angriffe in Berlin und veröffentlichte einige seiner Publikationen. Ferner war er Mitbegründer des 1901 ins Leben gerufenen „Hilfsvereins der deutschen Juden", dessen erster stellvertretender Vorsitzender und bis 1914 zugleich sein ehrenamtlicher Geschäftsführer. In der innerdeutschen Politik stand Nathan auf dem linken Flügel der liberalen Partei.

menarbeiten mit ihnen – wenigstens in Palästina – gerechnet hatten. Hatte doch der Hilfsverein der Deutschen Juden fast in jeder Generalversammlung feierlichst erklärt, daß er im Gegensatz zur Alliance Israélite Universelle sein Schulwerk ausschließlich nach den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung in Palästina einzurichten beabsichtigt, und beruhte doch die Popularität des Hilfsvereins in Palästina und in der Diaspora vornehmlich auf dieser Richtung seiner Politik. Dr. Paul Nathan hat aber nicht gezögert, diese Popularität aufs Spiel zu setzen, das Prestige seiner Organisation außerhalb Deutschlands zu erschüttern und sich so vielleicht eines nicht unerheblichen Teiles seiner Geldmittel zu berauben. Wir müssen in diesem Schritt eines so klar und nüchtern denkenden Politikers die unerbittliche Konsequenz erkennen, mit welcher der assimilatorische Gedanke auch die besten seiner Anhänger zu einer der jüdischen Zukunft verderblichen Politik zwingt. Im jüdischen Interesse dauernd zu arbeiten, ist selbst in dem palästinensischen Arbeitskreis nur demjenigen möglich, der, von unserer Gedankenwelt erfüllt, seine Entscheidungen ausschließlich nach den Interessen unseres Volkes und mit Rücksicht auf dessen Zukunft trifft. Der Geschäftsführende Ausschuss des Kuratoriums des Technikums hat seine Entscheidung mit Gründen der Politik, mit notwendiger Rücksichtnahme auf die deutsche Regierung, unter deren politischem Schutz das Technikum steht, begründet und gerade mit diesem Moment den größten Teil der nichtdeutschen Mitglieder des Kuratoriums für seine Ideen gewonnen.

Er ist hierbei demselben Fehler verfallen, den die assimilatorischen Juden aller Zeiten stets begangen haben: daß er die Lebensinteressen der Juden falsch verstandenen Interessen Außenstehender geopfert hat. Denn auch in diesem Fall sind die Absichten der deutschen Regierung *falsch* ausgelegt worden. Die Mitglieder des Hilfsvereins hatten im Kuratorium erklärt, daß die deutsche Regierung dem Technikum ihren Schutz entziehen würde, wenn nicht ausschließlich die deutsche Unterrichtssprache eingeführt würde. Wie wir wissen, ist dies positiv unrichtig. Die deutsche Regierung hat eingestandenermaßen ein Interesse daran, sich die Sympathien aller civilisierten Elemente Palästinas zu gewinnen. Diese Politik unserer Regierung in Palästina, die z. B. zur tatkräftigen Unterstützung des sogenannten internationalen Gesundheitsamtes in Jerusalem[3] geführt hat, das aus einer deutschen, einer jüdischen und einer amerikanisch-jüdischen Abteilung besteht, wird natürlich durch das Vorgehen des Kuratoriums des Technikums aufs Äußerste erschüttert, denn dieses Vorgehen hat eine tiefgehende Erbitterung der gesamten palästinensischen Judenheit hervorgerufen; und so hat der Hilfsverein in seiner assimilatori-

[3] Die „Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Malaria" in Jerusalem, das „Jewish Health Office" (Nathan Straus-Stiftung) und die „Gesellschaft der jüdischen Ärzte und Naturwissenschaftler für sanitäre Interessen in Palästina" gründeten im Mai 1913 ein gemeinsames Institut unter dem Namen „Internationales Gesundheitsamt in Jerusalem". Siehe CZA, A 60/1.

schen Geschäftigkeit nicht einmal der deutschen Regierung einen erwünschten Dienst geleistet.

In diesem Verhalten der Führer des Hilfsvereins müssen wir aufs Neue eine Bestätigung der Auffassungen erblicken, die wir immer wieder vertreten haben. Aufs Neue machen wir die Erfahrung, daß wir, in Deutschland wenigstens, wo alle Bewegungen mit prinzipieller Schärfe erfaßt, durchgeführt und bekämpft zu werden pflegen, auf eine Spaltung innerhalb der Assimilation nicht zu rechnen haben.

Dies zeigt uns auch das zweite Ereignis der letzten Wochen, der fortgesetzte Versuch, die ausländischen Juden in Deutschland ihres Einflusses in den Gemeinden zu berauben. Das Vorgehen der Gemeinden in Duisburg, in Bochum, in Chemnitz ist durchaus kennzeichnend. Hat man sich doch in Duisburg so weit vergessen, diesen Wahlraub mit Argumenten zu begründen, welche dem Wortschatz der russischen Ritualmord-Hetzer entnommen sind, und trotzdem haben die besonnenen Elemente der Assimilation kein Wort der Abwehr gegen diesen jüdischen Antisemitismus gefunden. Sie fühlen sich untereinander zu solidarisch, um auch nur irgendwo dem Zionismus ihr scheinbares Entgegenkommen zu zeigen.

Gegenüber diesem Verhalten der Assimilation, die alle ihre Karten aufdeckt, gibt es nur die Möglichkeit entschlossenster Abwehr, und diese Abwehr kann sich nur zeigen in der Steigerung der besten Kräfte unserer Bewegung, ihrer inneren Geschlossenheit und ihrem starken Einfluß auf die heranwachsende Jugend. Wir müssen daher das innere Leben unserer Ortsgruppen immer intensiver gestalten, jeden Gesinnungsgenossen mit dem zionistischen Gedanken so eng verknüpfen, daß für ihn der Zionismus eine unverlierbare und unerschütterliche Überzeugung wird. Wir müssen jede Tätigkeit unterstützen, die uns die Jugend zuzuführen vermag. Es handelt sich hier nicht darum, frühzeitig die Jugend in den politischen Kampf des Tages hineinzuziehen, sondern um die praktische Durchführung der Idee der jüdischnationalen Erziehung, die bereits unsere beiden letzten Delegiertentage in Frankfurt a.M. und Posen beherrscht hat. Nur eine von jüdischnationalem Geiste beeinflußte Jugenderziehung kann eine Jugend heranbilden, welche unbeeinflußt von äußeren Elementen allein aus ihrem jüdischen Empfinden heraus alle ihre Entscheidungen treffen wird.

Diese Arbeiten werden unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen und große Mittel erfordern. Wir sind bereits an alle diejenigen herangetreten, welche uns als Redner für Versammlungen bekannt sind, und haben sie gebeten, sich in diesem Jahr mehr als sonst in den Dienst unserer Landesorganisation zu stellen. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns hierfür geeignete Persönlichkeiten, die bisher noch nicht als Redner allgemein bekannt geworden sind, aufgeben würden, damit wir uns auch an diese Herren wenden können.

Wir bitten Sie ferner, die bereits in unserem ersten Rundschreiben erwähnten Themata der Jüdischen Universität in Jerusalem, der jüdischen Volks-

schule in Deutschland, sowie die Ausländerfrage und die Frage des hebräischen Schulunterrichtes in Palästina zum Gegenstand von aufklärenden Vorträgen innerhalb und außerhalb Ihrer Ortsgruppe zu machen.

...

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß!
Zionistische Vereinigung für Deutschland
Zentralkomitee

Hantke

[58]
SPRACHENKAMPF UND REICHSREGIERUNG
19. JANUAR 1914
CZA, A 15/IV/17

19. Januar 1914

Herrn
Reichstagsabgeordneter Justizrat Dr. Karl Trimborn
zzt. Berlin
Union Hotel, Königgrätzerstr. 32

Hochverehrter Herr College!

In der Anlage[1] gestatte ich mir, Ihnen durch Kreuzband eine Nummer der „Kölnischen Volkszeitung" zu übersenden, in der ein aufklärender Bericht über den Sprachenstreit in Palästina enthalten ist. Da nach vertraulichen Mitteilungen meiner Freunde erwartet wird, daß von freisinniger Seite, wahrscheinlich durch Herrn Abgeordneten Gothein, eine Anfrage an den Reichskanzler gerichtet wird, welche Stellung die Reichsregierung zu dieser Frage einnimmt, so haben meine Freunde den Wunsch, die Herren Reichstagsabgeordneten, die nicht der freisinnigen Partei angehören, die mit dem Hilfsverein in enger Fühlung steht, über die Frage zu informieren. Dieselben haben sich auch zu diesem Zwecke mit den Herren Abgeordneten Erzberger und Speck in Verbindung gesetzt, die ihre Unterstützung zugesagt haben.

Sollten Sie über diese Streitfrage noch Näheres zu wissen wünschen, bin ich jederzeit bereit, Ihnen schriftlich oder, sofern das möglich ist, auch persönlich nähere Mitteilungen zu machen. Wir wären Ihnen zu großem Dank verpflichtet, wenn Sie uns Ihre schätzenswerte Unterstützung in dieser Frage gewähren könnten, und ich bemerke noch, daß, soweit uns bekannt ist, das

[1] Wurde nicht aufgefunden.

Auswärtige Amt diese Angelegenheit als eine innerjüdische betrachtet und nicht die Absicht hat, sich einzumischen. Es scheint mir, daß der Herr Unterstaatssekretär[2], mit dem ich vor einigen Wochen selbst gesprochen habe, sich überzeugt hat, daß das Vorgehen des Hilfsvereins den deutschen Interessen durchaus nicht förderlich war und durch sein Vorgehen lediglich die Gemüter der jüdischen Bevölkerung in Palästina unnötig aufgeregt hat. Auch der General-Konsul[3] in Jerusalem ist offenbar von Seiten der Vertreter des Hilfsvereins irrig informiert worden, wenn er glaubt, daß in dem Kampf gegen den Hilfsverein von seiten der Vertreter der hebräischen Sprache mit illoyalen Mitteln gekämpft worden sei. Nach unseren zuverlässigen Berichten, die ich Ihnen zur Verfügung stellen kann, ist eher das Gegenteil der Fall.

Indem ich Sie bitte, die Freiheit die ich mir nehme, gütigst zu entschuldigen, wäre ich Ihnen für Ihr Eingreifen, falls dasselbe notwendig sein sollte, zu großem Dank verpflichtet.

Ich empfehle mich

mit ausgezeichneter Hochachtung
Ihr ganz ergebener[4]

[59]
EINE ÖFFENTLICHE ZURÜCKWEISUNG ANTIZIONISTISCHER ANGRIFFE
[14.] FEBRUAR 1914
CZA, 2/7/10/2, SAMMLUNG GEDRUCKTER MANUSKRIPTE

Der Zionismus.

Inserate sind nicht der Weg, um Ideenkämpfe auszufechten oder interne jüdische Differenzen zu erörtern. Unsere Arbeit geht weiter. Sie kann nicht dadurch gefährdet werden, daß Angehörige unseres Volkes denen in den Rücken fallen, die sich das Gefühl für den Adel ihrer Gemeinschaft bewahrt haben.

---

[2] Dr. Arthur Zimmermann.

[3] Edmund Schmidt. Im Sprachenkampf spielten Dr. Wilhelm Brode, Konsul in Jaffa, und Dr. Julius Loytved-Hardegg, Vize-Konsul in Haifa, ebenfalls eine Rolle.

[4] Die Abschrift des Briefes ist nicht signiert, doch war der Verfasser wahrscheinlich ein führender Zionist.

* Bis 1914 wurden die Konflikte zwischen Zionisten und Antizionisten nur in der jüdischen Presse ausgetragen. Im Laufe dieses Jahres wurde der Kampf immer heftiger, und die Organisationen, die die antizionistische Kampagne betrieben, brachten die Konflikte vor die Öffentlichkeit. Am 5. Februar 1914 veröffentlichten sie in allen wichtigen deutschen Zeitungen ein ganzseitiges Inserat, in dem sie deutlich von den Zionisten abrückten. Dies Inserat war von etwa fünfhundert Notabeln

Auf die Angriffe gegen den Zionismus werden wir in Versammlungen antworten, die in diesen Tagen überall in Deutschland stattfinden und in denen wir die zionistische Idee zur öffentlichen Diskussion stellen.

Berlin, im Februar 1914.
Sächsische Str. 8.

Das Zentralkomitee der Zionistischen Vereinigung für Deutschland.

Hantke. Blumenfeld. Heymann. Klee.[1] *Motzkin.*

* * *

[60]
Ein Vorschlag für eine neue zionistische Taktik
24. FEBRUAR 1914
CZA, Z 3/798

[Abschrift]

Dr. med. Sichel Chemnitz, den 24. II. 1914.
prakt. Arzt. Annenstr. 13.

An die Zionistische Vereinigung für Deutschland,
Berlin.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen in einer mir wichtig erscheinenden Sache meine Meinung zum Ausdruck bringe:

Der Zionismus wird seit Monaten in Deutschland aufs Heftigste bekämpft. Das empfinde ich gewiß nicht schlimm, da wir aus all diesen Kämpfen gestärkt und siegreich hervorgehen dürften. Aber diese Kämpfe haben uns eines gezeigt, daß es unserer Bewegung in Deutschland an dem öffentlichen Wohlwollen fehlt, auf das unser seliger Herzl doch so großen Wert gelegt hat.

Und ich darf wohl mit Recht annehmen, die Kämpfe mit dem Centralver-

---

und Führern der deutsch-jüdischen Gemeinschaft unterzeichnet, darunter auch von dem Philosophen Hermann Cohen. Die Zionisten antworteten darauf mit dem hier abgedruckten Inserat. Siehe auch das Rundschreiben der ZVfD an die „Zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensmänner, 12. Februar 1914", CZA, Z 3/798, sowie den Brief Hantkes vom 29. Januar 1914, CZA, 2/7/10/2, Sammlung gedruckter Manuskripte.

[1] Alfred Klee (1875–1943). Rechtsanwalt. Wurde nach Herzls Auftreten einer der aktivsten Vorkämpfer der zionistischen Idee in Deutschland. Nach dem ersten Weltkrieg war er einer der Mitbegründer der „Jüdischen Volkspartei" und widmete sich hauptsächlich der Gemeindearbeit. Kurze Zeit war er Vorsitzender der ZVfD. 1938 ging er nach Holland, wo er im Konzentrationslager Westerbork den Tod fand.

ein und dem Antizionistischen Komitee hätten bei weitem nicht die bekannte Schärfe angenommen, hätte es unsere Leitung verstanden, in sorgsamer, langjähriger Arbeit größeren Wert auf die Gewinnung der öffentlichen Meinung zu legen.

Seit fast 2 Jahrzehnten arbeiten wir in Deutschland, und das nichtjüdische Publikum ist über den Charakter der zion. Bewegung vollkommen unorientiert. Die Vertreter der Presse, das literarische und geistige Deutschland hat keine Ahnung vom Zionismus.

Dürfen Sie sich da wundern, daß unsere Gegner diese Situation ausnützen und der nichtinformierten Leserwelt gegenüber Angriffe auf den Zionismus wagen, die geeignet sind, die öffentliche Meinung gegen uns zu beeinflussen? Denken Sie nur an die Centralvereinsresolution und an die Erklärung des Antizion. Comités! Diese Angriffe wären vielleicht nie erfolgt, sicherlich nicht in dieser Form, wenn es unsere Leitung verstanden hätte, bei Zeiten sich die Sympathien des geistigen Deutschlands zu sichern.

Ist es nicht außerordentlich bedauerlich, daß wir bisher in Deutschland keine einzige bedeutende deutsche Tageszeitung für unsere Ziele interessieren und gewinnen konnten! Und wie schlecht muß es mit dieser Arbeit stehen, wenn wir erst in den Zeiten der höchsten Gefahr zu den Parlamentariern laufen, um sie über unsere Ziele zu unterrichten!

Es ist kein besonderes Kunststück, Angriffe abzuwehren, wenn man angegriffen wird. Wichtiger ist es, Angriffe zu verhüten. Ich schätze die Arbeiten unserer Leitung außerordentlich hoch und hoffe das volle Verständnis für die große Fülle von Arbeiten zu haben, die unsere Bewegung heute zu leisten hat. Aber ich kann unserer Leitung doch den Vorwurf nicht ersparen, daß sie in der erwähnten Richtung ungenügend gearbeitet hat.

Ich kann nicht annehmen, daß Sie diesen Faktor, die Gewinnung der Sympathien der öffentlichen Meinung für unsere Ziele, belanglos halten. Ich bin der Ansicht, daß die öffentliche Meinung für uns ein *starker Bundesgenosse* sein könnte im Kampf gegen das Assimilantentum. Viele, die wir durch unsere Mühen nie zu gewinnen imstande sind, könnten aber auf dem erwähnten Wege, bei der bekannten Psychologie des Golusjuden, noch zu uns ihren Weg finden.

Ich will schon gar nicht davon sprechen, daß wir des öffentl. Wohlwollens absolut bedürfen, wenn wir unser Endziel erreichen wollen.

Aus alledem folgt: es gilt, begangene Fehler gut zu machen; es heißt, Beziehungen zu pflegen und Einfluß in den Kreisen [zu] gewinnen, deren Wert in der Öffentlichkeit beachtet wird. Beziehungen müssen vor allem gepflogen werden zu den Hofmarschallämtern der verschiedenen Bundesstaaten, zu Ministern, Polizeipräsidenten, Parlamentariern, Bürgermeistern, Stadtverordneten, vor allem zu den Vertretern der Presse und der ersten Zeitschriften, zu hervorragenden Männern der Künste und Wissenschaften, sowie zu bedeutenden Persönlichkeiten der Geistlichkeit u.s.w.

Ich bin mir natürlich bewußt, wie ungeheuer schwierig es ist, solche Beziehungen anzuknüpfen und zu pflegen, und ich weiß auch, daß nicht jede Persönlichkeit für diese Art zionistischer Betätigung geeignet erscheint, die eine Summe ganz besonderer Eigenschaften bei den in Frage kommenden Personen zur Voraussetzung macht.

Aber unsere Leitung sollte mehr als bisher auf diese Dinge ihr Augenmerk richten und *ein besonderes Ressort* schaffen, das sich einzig und allein mit diesen Aufgaben zu beschäftigen hätte. Ohne ein solches Ressort, von dem alle Fäden ausgehen und wieder zurücklaufen, kann eine solche Arbeit nicht geleistet werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß!
Ihr ergebener
(gez.) Dr. Sichel [1]

[61]
GEGEN ZIONISTISCHEN RADIKALISMUS
25. FEBRUAR 1914
CZA, A 15/VII/27

Berlin, den 25. Februar 1914.
Potsdamerstr. 118.

Vertraulich!

Herrn Justizrat Bodenheimer
in Berlin

Sehr geehrter Herr Gesinnungsgenosse!

Seit längerer Zeit bewegt sich die Agitation der zion. Bewegung, besonders der zionistischen Vereinigung f. D. in Bahnen, die geeignet sind, der Bewegung für die Dauer schweren Schaden zuzufügen. In Wort und Schrift wird ein Radikalismus schärfster Form gepredigt, der selbst in der Reihe der organisierten Anhänger nicht ohne Widerspruch bleibt, außerhalb der Organisationen aber nicht nur die überzeugten Gegner, sondern auch alle Unentschlossenen gegen uns Partei zu nehmen veranlaßt. Selbst eine ganze Anzahl von Personen, die bisher unserer Sache Wohlwollen entgegenbrachten, sind infolge dieses Vorgehens zum Protest, manche sogar zum Eintritt in das antizionistische Comité [1] veranlaßt worden.

---

[1] Max Sichel (1890?–1954). Arzt, frühes Mitglied des KJV, aktiv in der zionistischen Ortsgruppe Chemnitz und der ZVfD. Übersiedelte 1933 nach Palästina.

[1] Ab Ende 1912 wurde der Kampf zwischen Zionisten und Antizionisten immer schärfer. Das liberale Lager trat offen gegen die Zionisten auf, in denen sie einen

Wir verkennen nicht, daß es keinen Zionismus ohne nationale Unterlage geben kann, ohne das Bewußtsein gleicher Abstammung, Empfindung, seelischer Gleichartigkeit. Aber es kommt darauf an, wie man ihn lehrt! Ein kultureller Nationalismus in Deutschland ist, wenigstens z. Zt. unmöglich, weil er nicht organisch sich entwickeln kann und weil wir mit der Umgebung leben müssen. Von seiten dieser Richtung wird nicht eine besondere Erziehungsarbeit geleistet, sondern mit einer sachlichen und persönlichen Schroffheit gearbeitet, die letzten Grundes an den zahllosen Kämpfen mit den anderen deutsch-jüdischen Organisationen Schuld ist und uns allmählich isolieren muß. Wir glauben auch nicht falsch zu gehen, wenn wir behaupten, daß diese Isolierung der radikalen Richtung durchaus erwünscht kommt. Denn diese will nicht allgemeine Sympathien für unsere Ideen hervorrufen, sondern einen Stamm fanatisch ergebener junger Leute heranbilden, der entschlossen ist, voreilig die letzten Konsequenzen der zionistischen Theorie zu ziehen.

So wichtig die Heranbildung einer verläßlichen Anhängerschaft erscheint, so wenig darf sich die Bewegung in einer „splendid Isolation" wohlfühlen. Die Sympathien der gebildeten, bisher gleichgültigen jüdischen Kreise, sind uns ganz unerläßlich, wenn wir nicht eine kleine, für das Entwicklungsleben der Gesamtheit gleichgültige Sekte werden wollen. Man hat uns von der radikalen Agitation weitgehende Erfolge versprochen. Das Ergebnis ist ausgeblieben. Die Zahl der Schekel hat sich ein wenig vermehrt. Die Geldbeträge gehen zwar reichlicher ein, aber nur in dem Maße, als die Einzelnen unabhängiger, wohlhabender werden.

Man mißt die Kraft einer Bewegung gewiß nicht nur an der Zahl ihrer Anhänger und der Höhe ihrer Mittel. Aber man mißt sie auch nicht nur an deren Überzeugungstreue. Maßgebend ist die werbende Kraft, die sich in der allgemeinen Stimmung äußert. Selbst die überzeugungstreueste Sozialdemokratie wäre ohne die große Mitläuferschaft bedeutungslos. *Wir aber rufen die Feindschaft der Menge geflissentlich gegen uns wach und verderben uns alle Sympathien.*

Ich bitte Sie, geehrter Herr Gesinnungsgenosse, diese Zeilen zu erwägen und mir Ihre Ansicht mitzuteilen. Es handelt sich um eine sehr ernste Sache, vielleicht um die Zukunft unserer Bewegung in Deutschland. Da eine Publicität gegenwärtig vielleicht unserer Sache schaden könnte, wende ich mich nur zunächst an eine beschränkte Anzahl führender Gesinnungsgenossen, um deren Meinung festzustellen.

Mit Zionsgruß
Dr. A. Friedemann.

---

störenden Faktor sahen. Im Oktober 1912 bildete eine Gruppe von Liberalen den „Reichsverband zur Bekämpfung des Zionismus". Im Dezember war diese Organisation schon recht verbreitet und hatte ihren Namen in „Antizionistisches Komitee" geändert. Dieses Komitee trat als Sprachrohr des gesamten deutsch-jüdischen Liberalismus auf.

[62]
DEUTSCHE ZIONISTEN IN PALÄSTINA GEGEN DEN „HILFSVEREIN"*
[FEBRUAR] 1914
CZA, JUDEN IN DER TÜRKEI

Kaiserliche Botschaft in Konstantinopel.
Anlage zu Bericht v. 5. 3. 14. JNo 809.

[Memorandum]

Palästina ist in den letzten Monaten der Schauplatz eines heftigen Sprachenkampfes unter den Juden gewesen. Den Anlaß hierzu gab ein Beschluß des Kuratoriums für die Errichtung eines jüdischen Instituts für technische Erziehung in Palästina. In diesem Beschluß ist festgelegt, daß alle technischen und wissenschaftlichen Fächer in dem technischen Institut in deutscher Sprache gelehrt werden sollen. Die Durchführung dieses Beschlusses ist geeignet, die in Jahrzehnte langer Arbeit gewonnene Auferstehung der hebräischen Sprache in Palästina zu gefährden. Seine Tragweite ist deshalb in der gesamten jüdischen Welt gewürdigt worden. Der Beschluß wirkt dadurch besonders befremdlich, daß er vom Hilfsverein der deutschen Juden ausgeht – einer Organisation, die in Palästina ein umfangreiches Schulwerk unterhält und die bisher durch die Tat ihr großes Verständnis für die Bedeutung der hebräischen Sprache für die palästinensische Judenheit bewiesen hat.

Im Laufe dieses Kampfes ist von den Gegnern der hebräischen Sprachbewegung die Behauptung aufgestellt und geflissentlich verbreitet worden, es handle sich gegenwärtig in Palästina um einen Schlag gegen die deutsche Sprache. Diese Ausstreuung hat in Kreisen, die der modernen jüdischen Bewegung fernstehen, einige Beachtung gefunden; und es besteht die Gefahr, daß sich der Glaube einnistet, das Eintreten deutscher Juden für die Sache der hebräischen Sprache in Palästina im gegenwärtigen Moment sei unvereinbar mit ungeschriebenen Geboten ihrer staatsbürgerlichen Stellung.

Aus diesem Grunde fühlen wir in Palästina ansäßige deutsche Juden uns veranlaßt, folgendes zu erklären:

1) Wir sind von den stärksten Gefühlen erfüllt für die Idee der hebräischen Sprachbewegung. Wir arbeiten nach unseren Kräften mit an ihrer Verwirklichung und hoffen auf ihren endlichen Sieg.
2) Es ist eine böswillige und durchsichtige Manipulation, wenn jetzt Gegner der hebräischen Sprache den Kampf für die Vorherrschaft des He-

* Das hier abgedruckte Memorandum wurde von Richard Lichtheim in einem Brief an Arthur Ruppin angeregt. Lichtheim überreichte es in der Deutschen Botschaft in Konstantinopel am 27. Februar 1914; siehe *Richard Lichtheim*, Rückkehr. Lebenserinnerungen aus der Frühzeit des deutschen Zionismus, Stuttgart 1970 (Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts).

Siehe auch die Abschrift in CZA, Z 3/1579.

bräischen in den jüdischen Schulen Palästinas in einen Kampf gegen die deutsche Sprache umzudeuten versuchen.

3) Gerade durch das hebräischfeindliche Vorgehen des Hilfsvereins der deutschen Juden ist eine Situation geschaffen, die im Interesse des Deutschtums bedauerlich ist.

. . .

Wir wollen nicht untersuchen, auf welche Einflüsse die Kursänderung des Hilfsvereins der deutschen Juden in seiner palästinensischen Schulpolitik zurückzuführen ist. Unsere Absicht ist es mitzuhelfen, den unabsehbaren Schaden zu beseitigen, den eine verhängnisvolle Abkehr von einer bewährten Erziehungsmethode anzurichten sich anschickt. Wir halten es für unsere Pflicht, zur Aufhebung des unseligen Kuratoriumsbeschlusses beizutragen, der in gleicher Weise ein Hemmschuh für eine gedeihliche Entwicklung der hebräischen Sprache in unserem nationalen Milieu und ein gefährlicher Feind der wohl verstandenen deutschen Interessen ist.

Dr. E. Auerbach, Arzt, Haifa
J. J. Treidel, Ingenieur
Dr. O. Treidel, Chemiker an der landw. Versuchsstation
David Tachauer, Oberlehrer an der Hebr. Mädchenschule in Haifa
Alfred Treidel, Landwirt in Kinereth b. Tiberias
Kurt Herrmann, Fabrikant, Haifa
Louis Brisch, Kaufmann, Haifa
Louis Lewin, Jaffa z.Z. Haifa
Joseph Loewy, Dipl. Ing. Jaffa z.Z. Merchawja bei Haifa
Hugo Kaminski, Landwirt, Merchawia
Walter Salomon, Landwirt, Merchawia
Ernst Herrmann, Fabrikbesitzer, Magdala bei Tiberias
Dr. A. Ruppin, Rechtsanw., Jaffa
E. Goitein, Rechtsanw., Jaffa
Jul. Dreiblatt, Jaffa
Fr. Oppenheimer, Jaffa
Anna Lewin, Jaffa
Gabor Strauß, Landwirt, Kol.[onie] Rechowoth
Dr. L. Weinberg, Rechtsanw., Jaffa
Dipl. Ing. Rich. Midial [Michel?] Jaffa
Dr. W. Brünn, Leiter d. hyg. Abt. am int. Ges.Amt. Jerusalem
L. Mayer, Inh. d. int. Buch- u. Kunsthandlung Jerusalem-Jaffa
Frau Hedwig Mayer-Lübke
Vera Pinczower, Leiterin d. hebräischen Mädchenschule Jerusalem
Marg. Lipstadt, Lehrerin an d. hebräischen Mädchenschule Jerusalem
Rich. Goldberg, L.[ehrer], künstl. u. techn. Direktor d. Bezalel
E. Goldberg, Kunstmaler, Hauszeichner d. Werkstätten Bezalel

[63]
RÜCKKEHR ZUM BASELER PROGRAMM
24. MAI 1914
CZA, A 15/VII/27

24. Mai 1914

Herrn D. Wolffsohn
Luzern

Lieber Freund Wolffsohn!

Auf meinen letzten Brief habe ich leider keinerlei Antwort erhalten, auch nicht die geringste Andeutung über Deine weiteren Pläne. Nachdem ich Dich hier vergebens erwartet hatte, hörte ich auf unserem Bureau, daß Du Dich in Luzern befindest und habe daraus wenigstens die erfreuliche Überzeugung, daß sich Dein Gesundheitszustand fortdauernd gebessert hat. Das gibt mir auch den Mut, Dich wieder mit einer zionistischen Angelegenheit zu befassen.

Ich habe mit Oppenheimer, Friedemann, Struck[1], Moses[2] in Mannheim und einigen anderen Freunden Fühlung genommen, um endlich einmal mit der einseitigen und abwegigen nationalen Propaganda in Deutschland ein Ende zu machen, wenigstens zu zeigen, daß es noch Zionisten in Deutschland gibt, denen der Zionismus wichtiger ist, als hypernationales Phrasengedresch. Ich hätte nun den dringenden Wunsch, daß Dein Name bei dieser Aktion nicht fehle und daß Du nicht nur über die Vorgänge unterrichtet bist, sondern wenn möglich auch Deine Meinung zum Ausdruck bringst. Ich sende Dir darum eine Abschrift der Resolution, die von den Berliner Herren vorgeschlagen wird, mit der ich aber deshalb nicht einverstanden sein kann, weil sie nur die formale Seite der Propaganda berücksichtigt, nicht aber die inhaltliche Formulierung unseres nationalen Bewußtseins. Ich habe eine Resolution empfohlen, die ungefähr folgendermaßen lautet:

Der Zionismus erstrebt die Schaffung eines öffentlich rechtlich gesicherten Gemeinwesens für das jüdische Volk in Palästina.

Hierin ist das nationale Programm des Zionismus deutlich umgrenzt. Der Zionismus setzt die Existenz des jüdischen Volkes voraus und sucht dasselbe für die Zukunft zu erhalten, indem er ein jüdisches Gemeinwesen auf natio-

[1] Hermann Struck (1876–1944). Graphiker und Radierer von internationalem Ruf. Ein streng orthodoxer Jude, brachte er als erster moderner jüdischer Künstler in Zentraleuropa in seinen Werken, in denen er jüdische Typen und jüdisches Volksleben in Osteuropa darstellte, seine jüdische Identität zum Ausdruck. Mitbegründer der „Misrachi"-Bewegung in Deutschland. Übersiedelte 1922 nach Palästina.

[2] Julius Moses (1869–1945). Arzt in Mannheim und einer der bedeutendsten Zionisten in Deutschland. Setzte seine berufliche und politische Tätigkeit in Palästina fort.

Vgl. seinen Brief an Bodenheimer vom 30. Mai 1914, CZA, A 15/VII/27.

naler Grundlage in Palästina schafft. Diese Schaffung eines nationalen Mittelpunktes in Palästina soll und kann die deutschen Zionisten nicht hindern, die Erhaltung eines lebendigen Zusammenhanges mit dem deutschen Judentum und mit der Kultur und den vaterländischen Interessen des deutschen Volkes anzustreben. Die Schaffung eines Mittelpunktes mit hebräischer Sprache und eigenartiger Kultur in Palästina erfordert keineswegs ein nationales Bekenntnis zur hebräischen Sprache und Kultur in den jetzigen Wohnländern der Juden.

Ich glaube auf diese Art den Inhalt unseres nationalen Programmes genau wiedergegeben zu haben und damit die Voraussetzung für die Zurückweisung einer chauvinistischen Propaganda schaffen zu können.

Es wäre mir außerordentlich wichtig, Deine Ansicht hierüber zu hören und bitte ich Dich, auch an Friedemann dieserhalb zu schreiben.[3] Ich wende mich gleichzeitig auch an Nordau[4], um seine Ansicht dieserhalb zu erfahren, da derselbe am besten in der Lage ist, eine authentische Interpretation des Baseler Programmes zu geben.

Mit herzlichem Gruß

Dein ergebener
gez. Dr. Bodenheimer

[64]
ZIONISTISCHE ARBEIT UND DEUTSCHE VOLKSZUGEHÖRIGKEIT
29. MAI 1914
CZA, A 15/I/8/e

29. Mai 1914

Lieber Freund Friedemann!

Auf Deinen Brief vom [23.] ds. Mts. betreffend die Berliner Resolution[1] kann ich Dir nur sagen, daß Dr. Moses mehr wie Recht hat, allerdings bin ich

[3] Vgl. Friedemann zu derselben Frage in seinem Brief an Bodenheimer vom 23. Mai 1914, CZA, A 15/1/10.

[4] Max Nordau (1849–1923). Essayist und Kritiker. Schloß sich 1895 Theodor Herzl an und hielt auf dem ersten Zionistenkongreß und den folgenden Kongressen das Referat über die innere und äußere Lage der Judenheit. Mitverfasser des Baseler Programms.

[1] In seinem Brief vom 23. Mai 1914 berichtete Friedemann über die Sitzung, an der außer ihm Oppenheimer, Struck, Professor Lewin, Dr. Mühsam und Dr. Leszynsky teilnahmen. (Julius Moses und der Historiker Dr. Täubler waren nicht anwesend, stimmten aber mit der Auffassung der Teilnehmer überein.) Auf der Sitzung wurde die folgende Resolution formuliert, die dem bevorstehenden Leipziger Delegiertentag vorgelegt werden sollte:

a) Das Baseler Programm soll nicht durch hypernationale Bestrebungen verrückt [sic] werden,

nicht der Auffassung, daß die Berliner Resolution nicht scharf genug ist, ich bin vielmehr der Meinung, daß sie zu inhaltslos ist. Darauf, daß ich ein Eigenbrödler bin, glaube ich stolz sein zu dürfen, es ist manchmal ganz gut, wenn man nicht mit dem großen Haufen läuft. Ich bin auch nach wie vor der Meinung, daß ich auf einem sehr radikalen nationalen Standpunkt stehe. Das Phrasengedresche und Gewäsche von Dr. [sic] Blumenfeld und seinen Freunden finde ich gar nicht radikal, sondern töricht. Diese Leute führen Worte von jüdischem Nationalbewußtsein und jüdischem Lebensinhalt im Mund, die sie im Leben nicht betätigen, auch glücklicherweise gar nicht betätigen können. Eine politische Bewegung muß ein Programm haben, das auf den realen Lebensbedürfnissen beruht und nicht auf einer phantastischen Vorstellung von dem, was vielleicht einmal sein wird. Ich glaube deshalb in meiner Anschauung radikal zu sein, weil ich eine jüdische nationale Geschlossenheit für das jüdische Volk in Palästina verlange und darauf meine jetzige zionistische Arbeit abstelle. Ich will nur ein für allemal klar stellen, daß diese zionistische Arbeit mit national jüdischer Grundlage und Voraussetzung in keiner Weise in mein ebenso klares Verhältnis zur Gesamtheit der deutschen Juden und des Deutschen Volkes eingreift, daß ich mich vielmehr, solange eine national jüdische Kultur in Palästina nicht besteht und ich mit derselben nicht lebendig durch eine Lebensarbeit in Palästina verbunden bin, der deutschen Kulturgemeinschaft zuzähle; daß ich mich den nationalen deutschen Interessen und Empfindungen des deutschen Volkes auf das Innigste verbunden fühle, ebenso wie meine Stammesgenossen, die dasselbe jüdische nationale Ziel in Palästina anstreben wie ich. Ich will endlich einmal klargestellt wissen, daß Zionismus bezw. das Anstreben eines national jüdischen Zieles in Palästina einerseits und Patriotismus bezw. deutsches Kultur- und Volksbewußtsein andererseits zwei Kreise sind, die völlig außerhalb einanderliegen und dem gemeinsamen Bewußtsein einer Arbeit für den Fortschritt menschlicher Kultur und menschlicher Gesittung untergeordnet sind.

Ich bitte Dich, dies unseren Freunden vorzutragen, und das ist auch ein Standpunkt, von dem ich annehme, daß er Anhänger finden wird.

Mit bestem Gruß!
[Bodenheimer]

---

b) der Zusammenhang mit den deutschen Juden soll gefördert werden,
c) das deutschkulturelle und vaterländische Gefühl soll respektiert werden.
Die Anwesenden planten auch die Strategie und Taktik, die auf dem Delegiertentag Anwendung finden sollten.

[65]
IDEOLOGISCHE AUSEINANDERSETZUNG
AUF DEM DELEGIERTENTAG IN LEIPZIG
14. JUNI 1914

Jüdische Rundschau

XIX. Jg., Nr. 25, 19. Juni 1914, S. 263–273

Der XIV. Delegiertentag in Leipzig am 14. und 15. Juni 1914

. . .

Dr. Adolf Friedemann: Ich werde Ihre Zeit etwas länger in Anspruch nehmen, denn ich muß über eine Angelegenheit sprechen, die für die Zukunft des Zionismus in Deutschland geradezu eine Lebensfrage geworden ist. Meine engeren Gesinnungsgenossen und ich haben sehr lange geschwiegen. Wir wollten vor allem die Einigkeit der Bewegung nach außen hin dokumentiert sehen und wünschten, daß jeder Delegiertentag, jede öffentliche Tagung die Übereinstimmung der deutschen Zionisten nach außen hin demonstriere. Wenn wir das heute nicht mehr können, wenn wir mit unseren besonderen Forderungen und Bedenken hervortreten, so ist das wahrlich nicht unsere Schuld. Es ist vielmehr die Schuld unserer Parteipresse und unserer offiziellen Agitatoren. Immer schärfer wird die Tonart, in der man Radikalismus predigt, und gerade die vom Geschäftsführenden Ausschuß in letzter Zeit

---

* Der XIV. Delegiertentag, der am 14. und 15. Juni 1914 in Leipzig stattfand, war bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges das wichtigste Ereignis in der Geschichte der ZVfD. Auf ihm wurde die Richtung, die die ZVfD in Frankfurt und Posen eingeschlagen hatte, verstärkt und konsolidiert.

Die Hauptfragen, die auf dem Delegiertentag diskutiert wurden, waren, wie zu erwarten, die wachsende Spannung zwischen Zionisten und Antizionisten und die Arbeit des deutschen Zionismus für und in Palästina. Unerwartet dagegen war die scharfe, öffentliche Auseinandersetzung innerhalb der ZVfD zwischen den älteren deutschen Zionisten unter Führung von Oppenheimer, Bodenheimer und Friedemann und der jüngeren Generation, meist jungen Intellektuellen unter Führung von Blumenfeld. Die Meinungsverschiedenheiten konzentrierten sich auf eine grundsätzliche Frage. Die jüngere Generation setzte sich in jedem Einzelfall für radikalere und sofortige Lösungen ein, während die zionistischen Veteranen eine gemäßigte Politik sowohl anderen Organisationen gegenüber als auch innerhalb der ZVfD vertraten.

In Leipzig setzten sich die Ansichten der jüngeren Generation deutscher Zionisten durch, und die Mitglieder der älteren Generation traten in den Hintergrund. So bezeichnet der Leipziger Delegiertentag das Ende einer Ära in der Geschichte des deutschen Zionismus. Wie Blumenfeld es ausdrückte, war dies „die Entscheidungsschlacht innerhalb des deutschen Zionismus". Vgl. *Blumenfeld*, Erlebte Judenfrage, aaO., S. 69; Protokoll der XVI. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 6. Juni 1914, CZA, A 15/VII/27; *Reinharz*, Fatherland or Promised Land, aaO.

angeregte Debatte in der Rundschau hat zu so schroffen Kundgebungen einiger unserer Freunde geführt, daß wir einfach nicht mehr schweigen *können.*

...

Das Baseler Programm war ein Kompromiß aller möglichen Richtungen im Zionismus. Diese Richtungen waren geeinigt durch die Liebe zu ihrem Volk, und dem Wunsch nach seiner Erlösung durch eine öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte in Palästina. Da man einsah, daß es ohne Nationalgefühl keinen Zionismus geben könne, so definierte man: „Zur Erreichung des Endziels nimmt das Baseler Programm u. a. in Aussicht: Die Stärkung des Selbstgefühls und Volksbewußtseins." Andere Anforderungen an das nationale Bekenntnis des Schekelzahlers finden sich nicht vor. Dieses Volksbewußtsein in uns auszubilden ist demnach unser aller Pflicht. Wie sich darüber hinaus der Einzelne zum nationalen Bekenntnis stellt, bleibt seiner Eigenart überlassen. Niemand hat ihm deshalb Vorschriften zu machen.

Seit einiger Zeit ist es aber bei uns üblich geworden, zwischen guten und schlechten Zionisten zu unterscheiden. Oder sagen wir höflicher: zwischen guten und besseren, wobei die radikalen, welche diese Unterscheidung machen, immer sich selbst als die besseren Zionisten hinstellen. Bessere Zionisten sollen danach diejenigen sein, welche verkünden, daß wir danach trachten müssen, unsere ganze Persönlichkeit mit dem jüdisch-nationalen Gedanken in dem Sinne vertraut zu machen, daß wir schon in Deutschland uns mit hebräischer Kultur durchtränken.

Der konsequente Ausdruck dieses Gedankenganges war die Posener Resolution. Sie fordert, daß jeder Zionist die Übersiedlung nach Palästina in sein Lebensprogramm aufnehme, also direkt die Auswanderung, – ohne daß mir allerdings bisher eine Befolgung dieses papierenen Verlangens auch seitens der Antragsteller und eifrigsten Vertreter der Theorie bekannt geworden wäre. Theoretisch wird aber nach dieser Richtung hin gewirkt, ohne die Folgen zu berücksichtigen, die sich logischerweise einstellen müssen.

...

Aber kehren wir zur Frage der nationalistischen Ausbildung zurück. Wir verstanden darunter in früherer Zeit: Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls, des Bewußtseins, daß das Blut dicker ist, als Wasser und wir deshalb ein gegenseitiges Verpflichtungsgefühl haben sollen. Weiter Pflege unserer ehrenvollen Geschichte und der uns überlieferten großen Ideen, Beschäftigung mit der hebräischen Sprache und das Bestreben, uns mit der Literatur und den anderen Geistesäußerungen der Judenheit vertraut zu machen. Wir verdammten die Assimilation in dem Sinne, daß wir die Anpassung an Kulturformen bekämpften, die unserer Empfindungsart fremd waren. Ehrlich gesagt, hat auch nach dieser Richtung hin bei uns eine gewisse Unklarheit vorgeherrscht. Aber man wußte doch, daß man unter Assimilation verstand: Das würdelose Verleugnen unseres Empfindungslebens und der Stammesgröße um äußerer Vorteile willen. *Und nur das.*

Niemals aber hat man früher unter Assimilierung verstanden die Aufnahme der großen westlichen Kulturen, in denen wir aufgewachsen sind. Niemals hat man früher gepredigt, wir sollten hier in der Diaspora bereits die hebräische Kultur als die unsrige betrachten. Niemals hat man gefordert, wir sollten unser ganzes Augenmerk auf die Zukunft richten und die Gegenwart vergessen, wie das heute geschieht. Niemals hat man früher gewagt, alle die, welche anderer Ansicht sind, als Opportunisten, würdelose Assimilanten und Gott weiß was zu bezeichnen.

Gewiß ist eine hebräische Kultur möglich und notwendig. Aber nur in der Volksheimat. Da soll sie entstehen und da entsteht sie erfreulicherweise. Vielleicht kann man ähnliches auch da anstreben, wo jüdische Massen leben, in Rußland, Galizien, Rumänien. Ich weiß es nicht und bezweifle es auch. Aber vielleicht ist es nicht ausgeschlossen. Hier in Deutschland ist die Forderung nach jüdisch-nationaler Kultur ein blutloses Ideal, eine leere Abstraktion theoretisierender Gehirne. Wir leben vereinzelt inmitten einer großen Kultur, die mit der Muttermilch in unser Wesen übergegangen ist, und können nur Kulturdeutsche sein. Goethe, Schiller und Kant sind unsere Erzieher gewesen, und wir können unser Wesen nicht nach Belieben umgestalten. Unter dem Drucke der Verhältnisse sind wir meist ohnehin keine einheitlichen Menschen.

Vermehren wir nicht noch dieses Unglück durch die Propaganda für ein unmögliches Ziel, das uns überdies zu völlig gespaltenen Naturen heranbilden muß. Natürlich werden nun nachher einzelne in Deutschland geborene Juden aufstehen und sagen, daß sie anders empfinden. Erstens halte ich das für eine grobe Selbsttäuschung. Selbst die Propagandisten des extrem nationalen Empfindens haben bei uns *ein ganz minimales jüdisches Wissen und eine rein deutsche Kultur*. Ehe sie solche Theorien predigen, täten sie gut, ihr eigenes Wissen auszubilden. Mit dem theoretischen guten Willen ist da gar nichts getan.

...

Und was wird aus euren Kindern werden? fragt man uns. Wir antworten: Wir werden ihnen eine gutjüdische Erziehung mit hebräischem Wissen, aber natürlich deutscher Kultur geben. Wenn sie jüdisches Stammesgefühl, Liebe zu ihrem Volke, Stolz auf ihre Geschichte kennen, so muß das genügen, sie zu treuen Söhnen ihres Volkes heranzubilden. Das hat ja sogar bei uns selbst genügt, die wir unser ganzes Leben in den Dienst der Sache stellen. Mehr können wir *nicht* tun. Besteht später die jüdische Gemeinschaft in Palästina, so mögen sie dort Hebraisten sein. Nicht hier, das ist unser prinzipieller Standpunkt.

Die oben gekennzeichnete nationale Radikalisierung geht Hand in Hand mit der praktischen Forderung der Posener Resolution, die durch eine Zufallsmehrheit zustande gekommen ist. Ich frage mich immer wieder, was eigentlich die Verfasser wollten, da ich bei angestrengtestem Beobachten nichts

von Anstalten zur Übersiedelung sehe. Diese Resolution, die uns unendlich geschadet hat, stellt nicht nur etwa die vernünftige Forderung auf, wir sollten uns Interessenkreise in Palästina schaffen – was ich für die Ehrenpflicht eines jeden Zionisten halte –, sondern verlangt gleich die Verlegung des ganzen Schwerpunkts unseres Seins nach drüben ...

Was kommt nun praktisch bei dieser Art der Agitation heraus?

Es wird auf die ältere jüdische Generation und auf die vielen Mitläufer und wohlwollend Gesinnten verzichtet, ohne die keine Bewegung auf die Dauer leben kann. Manche Heißsporne würden gerne noch weitergehen und selbst alte zionistische Kämpfer von großem Verdienst ohne Bedauern scheiden sehen. Dagegen wird ein Stamm von fanatisierten jungen Leuten herangebildet, die sich an diesem Radikalismus berauschen. Es ist ein Vorrecht der Jugend, radikal zu sein, unbekümmert um die Folgen. Aber diese zu bedenken, ist eben Sache der Erfahreneren und sie müssen die Führung behalten. Was werden sonst die Folgen sein? Andauernde Kämpfe heftigster Art mit den anderen jüdischen Organisationen, der Verlust wertvoller Sympathien im Judentum und endlich vor allem auch der Verlust einer sehr großen Anzahl aus dieser falsch geleiteten Jugend selbst ...

...

Bei unserer Agitation wird sehr viel von Nationalgefühl geredet. Nationalgefühl ist ein sehr schwer definierbares Wort. Im jüdischen Sinne bedeutet es für uns Stolz auf Abkunft, Geschichte, Tradition, Zusammengehörigkeitsgefühl, religiöses Empfinden. Je nach der Neigung und Veranlagung wird der eine mehr diese, der andere mehr jene Grundlage des Gefühls betonen. An diese Dinge muß angeknüpft werden in der Agitation; nicht aber geht es an, mit allgemeinen Gefühlen die ganze Agitation zu bestreiten.

...

Kurt Blumenfeld, Berlin: ...

...

Was Friedemann gesagt hat, kann heute genau so gut und vielleicht aus ebenso ehrlicher Überzeugung ein guter K. C.[1]er sagen oder ein Führer des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens oder ein Vorsitzender eines neutralen Jugendvereins oder überhaupt der Leiter irgendeiner nichtzionistischen Organisation. Friedemann sagt, wir gäben Phrasen und ungenügend motivierte Schlagworte; er selbst stellt dagegen die Forderung

[1] „Kartell-Convent der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens" (KC), gegründet 1896 als Reaktion auf den zunehmenden Antisemitismus und den Ausschluß der Juden von deutschen Studentenverbindungen. Die erste dieser Studentenverbindungen wurde am 23. Oktober 1886 in Breslau gegründet. Hauptziel des KC war es, die jüdische Ehre zu verteidigen und die Satisfaktionsfähigkeit der Juden zu beweisen. Die Mitgliederzahl des KC wuchs zwischen 1913 und 1933 von 836 auf 2100. Das KC stand in Gegensatz zum jüdischen Nationalismus und zu den zionistischen Verbindungen und Organisationen in Deutschland. Siehe *Adolph Asch*, Geschichte des K. C., London 1964.

auf, daß wir stolz auf unsere Abkunft, Geschichte, Tradition und unsere Religion sein sollen. So lange er uns nicht sagt, in welcher Weise er dieses Programm erfüllen will und was man auf Grund dieses Programmes zu tun hat, sind seine Forderungen gewiß nur Worte. Gesagt wird all das von den antizionistischen Organisationen wörtlich ebenso, wenn sie die Überflüssigkeit des Zionismus beweisen wollen.

Wie stellt sich Dr. Friedemann die zionistische Entwicklung vor? Es könnte ihm doch gar kein größeres Unglück passieren, als daß alle Zionisten seine Ansichten teilten. Dann erlischt die Hoffnung auf eine einheitliche jüdische Nation und der Riß zwischen den Zionisten und Palästina wird immer größer. Wenn aber das Wort Zionismus irgendeinen Sinn hat, so verlangt es doch das *Streben nach Zion.* Für Juden, die wirklich Zionisten sind und ihre Hoffnung auf Zion setzen, wird die Sehnsucht so stark werden, daß sie fähig werden, ihr Leben mit Palästina zu verknüpfen. Als Zionisten müssen wir mutig bekennen: Unsere Aufgabe ist es, Zion näher zu kommen. Heute sind wir Zionisten und später wollen wir Zion selbst sein, um teilzuhaben an der einheitlichen jüdischen Gemeinschaft, die uns in Palästina erwartet.

Nun sagt Dr. Friedemann, unsere Forderung ist übertrieben, wir seien zwar persönlich ehrliche Menschen, aber Phantasten und täuschten uns selbst. Nehmen wir an, er hätte recht. Wenn ich aber nach ehrlicher Selbstprüfung zu der Ansicht käme, daß er recht hätte, so würde ich sagen: dies ist der letzte zionistische Delegiertentag gewesen. Wozu brauchen wir uns die vielen zionistischen Schwierigkeiten zu machen! Sagen wir doch einfach: wir haben eine gute Meinung für Palästina, wir hoffen, daß dort wirklich neues Judentum entsteht, aber wir haben selbst nicht mehr unseren vollen Anteil daran. In unserem ganzen Leben in Deutschland liegen so viel Widerstände, so viel Hemmungen, daß wir nicht mehr mitmachen können. Versuchen wir wenigstens, die letzten, atavistischen Zusammenhänge für Palästina auszumünzen. Es gab Zeiten, wo ich mir überlegte, ob man nicht vielleicht auf diese Weise ganz große Mittel für Palästina bekommen könnte. Vielleicht wäre eine solche Taktik möglich, wenn der Zionismus einen Verein von lauter großen Politikern darstellte, die sich daran gewöhnt haben, durch die Verleugnung ihrer Gesinnung nichts von ihrem Zionismus zu verlieren, und so eine Art von Geheimbund bilden, dessen Mitglieder sich damit begnügen können, die Wahrheit ihrer Absichten voneinander nur zu erraten. Ich glaube aber nicht, daß es solche Politiker überhaupt bei uns gibt oder auch nur geben kann. Der Zionismus ist eine *menschliche* Bewegung, er ist kein abstrakter Begriff, mit dem man jonglieren kann. Er ist die Bewegung der Zionisten, die in ihm ihren Lebensinhalt finden. Wenn man eine *Bewegung* darstellt, kommt alles darauf an, nicht nur das tatsächlich Feststellbare, nicht das Bestehende allein, zu betrachten, sondern die Kräfte und Tendenzen zu erkennen; und da versagt das Rezept von Dr. Friedemann vollständig. Er sagt, wir seien angefüllt von tausend Dingen nichtjüdischer Art, und die Assimilanten, die wir be-

kämpfen, seien genau so leer wie wir. Mit ruhiger Selbstverständlichkeit sagt er, daß er keinerlei oder nur sehr wenig jüdische Inhalte habe; von hebräischer Kultur zu sprechen, sei Unsinn; Jüdischkeit sei ein phrasenhafter Begriff. Friedemann beruft sich auf seine zwanzigjährige zionistische Vergangenheit. Nach 20 Jahren zionistischer Arbeit so zu sprechen, scheint mir einem zionistischen Bankerott gleichzukommen. Man macht mir zum Vorwurf, daß ich in der Propaganda für den Hebraismus eintrete und selbst nicht hebräisch kann. Ich glaube, Ihnen aber sagen zu dürfen, daß ich auf dem nächsten Delegiertentage meine Rede in hebräischer Sprache zu halten hoffe. Und einzig und allein auf diese *Tendenz* kommt es an. Hier stehen sich zwei Gruppen gegenüber; die eine sagt: Wir bedauern aufs Tiefste, daß uns hier zu einem jüdischen Leben so vieles fehlt, und wir müssen daher unser Leben dazu verwenden, uns dieses höchste Gut zu *erwerben*. Die andere Gruppe begnügt sich mit der Konstatierung, daß sie bei ehrlichster Selbstprüfung aller jüdischer Inhalte bar ist.

Eine begriffliche Definition für Jüdischkeit kann ich nicht geben. Sie scheint mir aber nichts anderes zu sein, als das Streben, uns menschlich wieder ganz zu erfüllen mit dem Glauben an die Zukunft unseres Volkes und mit dem Bewußtsein, daß wir gewürdigt sind, durch unser Leben und durch unser Lernen, diese Zukunft vorzubereiten und hineinzuwachsen in den Strom des neuen jüdischen Lebens. Und wir erblicken in unserem ganzen Leben nur den einen Sinn, daß unsere Kinder und Enkel in Palästina fortsetzen und erweitern, was wir hier begonnen haben und daß wir Juden nach langer Zeit zum erstenmal sagen können: Was wir tun ist nicht verloren, es wird fortgesetzt von kommenden Geschlechtern. Das ist unsere Jüdischkeit, und sie werden wir mit aller Kraft verteidigen müssen, wenn unser Zionismus nicht wirklich nur ein Zionismus der Worte sein soll.

Gewiß werden wir trotz allen leidenschaftlichen Strebens hier in Unvollkommenheiten stehen bleiben. Aber wir erarbeiten uns wenigstens die Gewißheit, daß in Palästina die Fülle des neuen Lebens in Wahrheit emporblüht und daß wir uns eins fühlen können mit jener besseren Entwicklung. Dieses Verknüpftsein mit Palästina ist für uns die beste Garantie für den Wert unserer mühseligen und unzureichenden Versuche und nur unser Nationalismus stellt die Verbindung dar. Das Wort Nationalismus ist ein Intensivum. Es bedeutet für uns Zionisten, daß die Juden vielfach schon aufgehört haben, zur jüdischen Nation zu gehören, es bedeutet, daß *wir* heute hier noch keine volle Juden sind und daß wir gerade deshalb in *intensiviertem* Wollen *nationalistisch* sein müssen, weil unser nationales Sein in Gefahr ist. Unsere Gesinnung muß also viel unbeirrter und eindeutiger sein, als wenn wir schon eine wohleingerichtete, unbestrittene Nation wären; mit verstärkter Intensität gilt es, alles wegzuräumen, was uns daran hindert, schon jetzt das ruhige Gefühl des Eingebettetsein im Strom des eigenen nationalen Lebens zu besitzen, und uns jetzt noch zum betonten Nationalismus zwingt.

Für uns deutsche Juden bestehen für diese Auffassungsweise noch ganz besondere Voraussetzungen. Herr Dr. Friedemann sagt uns: Er begreife nicht, wie es Juden geben könne, die wie er in deutscher Kultur aufgewachsen sind und zu so verstiegenen jüdischnationalen Ideen kommen können. Ich als deutscher Jude glaube erklären zu können, daß ich gerade aus der mir vertrauten deutschen Kultur meinen Zionismus habe lernen können. Und jeder Jude, der diese deutsche Kultur wirklich versteht und mit Goethe und Fichte und Keller lebt, wird sich gerade aus dem Besten dieser deutschen Kultur den jüdischen Nationalismus zu erwerben verstehen. Und erst der Nationalismus läßt uns andererseits verstehen, wie tief uns diese Kultur berührt, der wir so unglaublich viel an moralischen Erhebungen verdanken.

Das Geheimnis unserer zionistischen Kraft ist die ungebrochene Leidenschaft von Menschen, die ihre sittliche Persönlichkeit sich auswirken lassen wollen. Dadurch sind sie groß, daß sie in unserer Zeit im Judentum und in der gebildeten Kulturwelt überhaupt den so selten gewordenen menschlichen Typ vorstellen, der den Mut hat, das eigene Leben zu bejahen und die unerhörtesten Opfer bringt, um sich aus Zweifeln und feiger Rücksichtnahme zur ungebrochenen Einheitlichkeit hindurchzukämpfen. So sieht der Zionismus unserer Jugend aus.

...

Unser Ton, unsere formalen Entgleisungen sind gerügt worden. Gewiß gibt es Menschen, die sich besser benehmen können als andere. Aber meist hält man für schlechten Ton, was nur der ehrliche Ausdruck unserer Überzeugung ist. Wir leben in einer stärkeren Leidenschaft. Für Menschen von geringerer Entschiedenheit ist es leichter, immer in konventioneller Höflichkeit zu bleiben und jedes Wort abzuwägen. Wenn aber ein Mensch glüht, wenn er ganz voll ist von seiner Sache, dann wird die starke Stimmung auch einen stärkeren Ton finden. In der Geschichte der Völker waren immer die mit dem Odium des schlechten Tons belastet, die den Mut hatten, eine neue Idee zu vertreten. Die „gute Gesellschaft" hat immer ein Interesse daran, daß sich nichts ändert, und der hat den schlechten Ton, der die Leute mit starker Stimme aus ihrem Bau herauslockt und sie zum Hören zwingt, ihnen zeigt, daß anerkannte Wahrheiten der letzten Generationen voll von Selbstbetrug sind und besseren Erkenntnissen weichen müssen. Den schneidenden Ton unseres „radikalen" Zionismus hat das deutsche Judentum hören *müssen*, das uns früher mit Erfolg ignoriert hat. Unsere Gegner wissen jetzt, der Zionismus ist auf dem Marsche, wir hören seine Stimme und setzen uns gegen ihn zur Wehr. Und da wollen Sie uns glauben machen, dort sind die vornehmen Leute und hier sind die Rüpel, die über das Ziel hinausschießen. Wir sind gewiß oft scharf und schroff, aber wir stellen uns den anderen im ehrlichen Kampfe. Die anderen aber, der noble Antizionismus, arbeiten gegen uns mit Verleumdungen und Denunziationen bei Juden und Nichtjuden, ohne daß unsere zionistischen Gegner sich jemals über den Ton entrüstet hätten.

Ein Wort Wilhelm v. Humboldts kann uns eine Richtschnur für den Ton unserer Propaganda geben: „Die Menschen sind stumpfe, dumpfe Tiere, sonst wäre mehr Empörung in der Welt." Wir empören uns und bemühen uns, die Juden zu der gleichen Empörung über die unerhörte Dumpfheit ihres jüdischen Lebens zu zwingen, um uns Menschen zu gewinnen, die sich und unsere Sache ernst nehmen. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Franz Oppenheimer, Berlin: . . .

. . .

Eine politische Organisation ist der Zusammenschluß von Menschen zur Erkämpfung eines gemeinsamen Zieles. Der Unterschied zwischen einer *Partei* und einer *Sekte* ist, daß die Partei nach einem gewissen festen Ziel strebt, während eine Sekte nur eine einseitige Gesinnung zum Ausdruck bringt. Wir sind auf dem Wege, von einer politischen Partei zu einer Sekte herabzusinken. Als Partei hat sich der Zionismus bezeichnet und ausgesprochen, daß er ein praktisches Ziel erreichen will. Wenn er nun jetzt, anstatt auf diesem Wege fortzufahren, in Gesinnungstüchtigkeit macht, so bedeutet das eine Schwenkung. Die alten Zionisten haben ein Recht, sich offen darüber zu äußern. Wir sind alle Gesinnungs- und Kampfgenossen und Arbeiter an einer gemeinsamen Sache. Wir stehen seit einem Jahrzehnt im Vordergrunde und haben bisher immer unsere Pflicht getan. Den guten Glauben wird mir und meinen Freunden niemand von ihnen absprechen. Als mich Kremenetzky[2] und Oskar Marmorek[3] für den Zionismus warben, lehnte ich ab, weil ich nicht im entferntesten daran dächte, Deutschland zu verlassen. Mir wurde darauf erwidert, daß dies absolut nicht gefordert werde. Dann bemühte sich Herzl selbst, mich zu gewinnen; ich machte kein Hehl daraus, welche Stellung ich gegenüber dem Zionismus einnehme, worauf mir Herzl sagte: „Sie sind ein guter Zionist", und mir Gelegenheit gab, meine Pläne auf dem 6. Zionistenkongreß in Basel zu entwickeln. Der Begründer des politischen Zionismus wird wohl gewußt haben, was unter Zionismus zu verstehen ist, und wir sind nicht verpflichtet auf einen Zionismus mit neuem Inhalt. Die Posener Resolution verlangt von jedem Zionisten die Übersiedlung nach Palästina. Das ist nicht mehr die Partei, sondern die Sekte. Man fordert nicht mehr bestimmte Pflichten und Handlungen, sondern eine Gesinnung. Eine bestimmte Gesinnung von mir zu fordern, hat selbst die größte Partei kein Recht. Für mich persönlich erkläre ich hier, daß ich eine Übersiedlung nach Palästina nicht in

---

[2] Johann Kremenetzky (1850–1934). Ingenieur und Industrieller. Erster Direktor des „Jüdischen Nationalfonds". Ließ sich 1880 in Wien nieder und gehörte zu Herzls engen Mitarbeitern. Wurde wiederholt in höchste Posten der Zionistischen Weltorganisation gewählt.

[3] Oskar Marmorek (1863–1909). Architekt und zionistischer Führer. Stammte aus Galizien, ließ sich in Wien nieder und wurde enger Mitarbeiter Herzls. Nahm am ersten Zionistenkongreß teil (Basel 1897) und war von 1897–1905 Mitglied des EAC.

mein Lebensprogramm aufgenommen habe. Ich habe dies nicht allein aus prinzipiellen Gründen getan, sondern weil ich das Land aus eigener Anschauung gut kenne und weiß, daß diese sittliche Forderung auszuführen, heute ein Ding der Unmöglichkeit ist. Das Land ist heute überschwemmt von Akademikern, die keine Lebensexistenz dort haben. Nichts in der Welt ist so unverantwortlich, als sittliche Forderungen an andere zu stellen und nicht an sich. Aus inneren Gründen lehne ich die Posener Resolution ab und bin doch noch ein guter Zionist und stehe auf dem Boden des Baseler Programms mit allen seinen Paragraphen. Ich bin auch ein Nationalist im alten Sinne des Baseler Programms, das die Stärkung des jüdischen Selbstbewußtseins von uns fordert. Das Baseler Programm war eine Tat, es wurde geboren aus einer großen heiligen Not, die sich in der großen Persönlichkeit Theodor Herzls manifestierte. Man mußte diese Tat in Worte fassen, und auch ich fragte mich, welchen Sinn diese Worte hätten, welche Absicht mit jener Tat bezweckt werde. Worte sind Münzen, die im täglichen Verkehr abgegriffen werden. Darum läßt sich nach Mephisto mit Worten trefflich streiten. Wollen wir hier um Worte streiten oder uns fragen, welchen wirklichen Sinn diese Worte hatten? Es ist eine große Verwirrung in unseren Reihen durch Schlagworte wie Volksbewußtsein und Nationalismus entstanden. Volk und Nation werden identifiziert. Ich habe die Worte im Baseler Programm so verstanden, wie sie mir von Herzl interpretiert wurden. Wenn etwas anderes dahinter gesteckt hätte, so wäre ich nicht Zionist geworden. Eine andere Interpretation ist auch nicht möglich. Herzl wußte so gut wie wir, daß Palästina ein Land ist, das 12 Millionen Menschen nicht aufnehmen könne, und daß die westeuropäischen Juden nicht daran denken, nach Palästina zu gehen. Unter seinen zahlreichen Anhängern befinden sich solche, die wandern und solche, die bleiben. Die letzteren organisierten und führen die Bewegung im eigenen wohlverstandenen Interesse.

Was heute gefordert wird, ist etwas ganz anderes. Es ist Unduldsamkeit und verlangt den ganzen Menschen ohne Einschränkung, wenn man fordert, daß ich die Übersiedlung in mein Lebensprogramm aufnehmen soll, wenn man verlangt, daß ich die Wurzel meines Deutschtums lockern und nur so lange hier wohnen soll, bis der bestellte Möbelwagen mich abholt. Lichtheim[4] hat Deutschland nur als „Wohnland", als ein Land des Aufenthaltes bezeichnet. Ich muß hier Protest einlegen, wie ich dies schon bei der Maisitzung im vorigen Jahre getan habe. Der neue Nationalismus *ärgert* mich als Gelehrten und als Menschen. Ich habe ein Menschenalter daran gesetzt, um die Auffassung zu zerstören, die hier in Frage steht. Ich sehe deutlich die starken Ge-

[4] Richard Lichtheim (1885–1963). Zionistischer Führer, Redakteur, tätig im Dienst der Zionistischen Weltorganisation in Europa und später in Israel. Redakteur der „Welt" von 1911–1913, wurde dann als diplomatischer Vertreter der zionistischen Bewegung nach Konstantinopel gesandt. Er wurde in die Zionistische Exekutive gewählt, von der er 1923 zurücktrat. Ließ sich 1933 in Palästina nieder. Vgl. seine Memoiren: Rückkehr, aaO.

gensätze zwischen Deutschen und Polen, Tschechen usw., trotzdem nach Chamberlain[5] alle Angehörige derselben Rasse sein sollen. Ich sehe auf der anderen Seite ganz deutlich, daß getaufte Juden und ihre Abkömmlinge dieses sogenannte Rassegefühl gar nicht besitzen und auch Juden es gar nicht mehr empfinden, wenn sie das richtige Profil und das nötige Geld besitzen. Mich ärgert der Nationalismus auch als Menschen. Es ist mir schmerzlich – und das ist ein weiterer Grund, warum ich so lange geschwiegen habe – es ist mir schmerzlich, jetzt Worte zu brauchen und von Empfindungen zu sprechen, die gebraucht werden von Juden, die gern in die christliche Gesellschaft aufgenommen werden wollen. Ich hoffe aber, daß ich diese Worte brauchen kann, ohne daß Sie mich mißverstehen. Wer mich als Assimilanten in jenem üblen Sinne ansieht, der kennt mich nicht, und wer mich kennt und es dennoch tut, der ist ein Narr oder ein Schurke. Ein Assimilant bin ich nicht, aber ich bin assimiliert. Ich bin Deutscher und bin stolz darauf, Jude zu sein, stolz auf die Abstammung von siebzig Generationen stolzer Männer. Wenn nur ein einziger von diesen siebzig schwach gewesen wäre, so wäre ich heute nicht mehr Jude. Ich bin stolz auf diese Männer. Die Makkabäer sind mir gleichgültig. Gerade so stolz bin ich aber auch darauf, in dem Lande Walters und Wolframs, Goethes, Kants und Fichtes aufgewachsen zu sein und deren Kultur in mich aufgenommen zu haben. Es fällt dem älteren Manne nicht leicht, von seinen heiligsten Empfindungen zu sprechen. Aber es gibt Zeiten, wo man alles tun und sagen muß, Angenehmes und Unangenehmes, und meine jungen Gegner werden vor diesen Empfindungen Respekt haben. Mein Deutschtum ist mir ein Heiligtum, wer aber mein jüdisches Stammesbewußtsein bezweifelt, gegen den muß ich mich – um ein Wort Gabriel Riessers zu gebrauchen – wehren wie gegen einen Mörder. Wenn Sie die ernsten Männer sind, für die ich Sie halte, so respektieren Sie das. Auch ein Irrtum kann heilig sein, und ich bin der letzte, der den Irrtum eines andern antasten will. Es verletzt mich, wenn in offiziellen Leitartikeln unserer Presse und in den Schriften unserer Parteibeamten Deutschland nur als Wohnland bezeichnet wird. Deutschland ist mein Vaterland, meine Heimat, das Land meiner Sehnsüchte, das Land meiner Gräber, das Land meiner Kämpfe und meiner Ziele, und wenn ich aus der Fremde nach Hause komme, so komme ich heim. Ich habe jüdisches Stammesbewußtsein, deutsches Kulturbewußtsein, märkisches Heimatbewußtsein. Ich liebe die Alpen außerordentlich und gehe immer wieder hin; ganz zu Hause bin ich aber nur im Kiefernwalde. Ich spreche hier für mich und meine Freunde. Wir empfinden das als unsere intimsten Persönlichkeitswerte, in die kein anderer uns hineinreden darf; und weil wir als gute Zionisten fest auf dem Boden des Baseler Programms stehen, müssen

[5] Houston Stewart Chamberlain (1855–1927). Verfechter der Rassentheorie und antisemitischer Schriftsteller. Begeisterter Deutschenfreund, heiratete die Tochter Richard Wagners. Sein Hauptwerk „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" (1899) wurde später zu einer der ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus.

wir hier dagegen protestieren, als Zionisten zweiter Klasse bezeichnet zu werden.

...

[66]
ZIONISTISCHE JUGEND UND RADIKALISMUS
26. JUNI 1914

Jüdische Rundschau

XIX. Jg., Nr. 26, 26. Juni 1914, S. 277–278

Der Radikalismus

...

Die Sorge um das Judentum, das wir lieben, erweckt unser Herz und bereitet es vor für die Aufgabe, den Auftrag der jüdischen Tat. Und da wir das Feld suchen, auf dem wir pflügen sollen, finden wir Palästina. Wir finden dort die soziale Umschichtung einer städtischen Bevölkerung in eine ländliche, finden dort den Hebraismus. Aber in diesen Einzelheiten ist nicht das Erlösende, sondern in dem neuen Leben, das in all seinen mannigfaltigen Äußerungen immer nur eins zeigt: Selbstlosigkeit, Selbstlosigkeit bis zur Selbstentäußerung. Der Student, der all die herrlichen Worte, die er in der Schule der Diaspora gelernt, vergißt und mit gebeugtem Rücken den Acker aufgräbt, der Arbeiter, der die anspruchsvollen Lehren seiner bisherigen Apostel hinter sich wirft und ein soziales Leben lebt, nicht damit es *ihm* besser gehe, sondern um der *Gemeinschaft* zu dienen; sie alle, die ihre persönlichen Wünsche und Bedürfnisse und gerechten Forderungen zurückdrängen, um der Gemeinschaft Opfer zu bringen; das ist es, das wir finden, und damit wollen wir leben, denn es ist das Leben des Judentums. Unser Wille, an dem neuen jüdischen Leben teil zu haben, uns in die palästinensische Entwicklung einzustellen, verwandelt unser Herz und verwandelt uns selbst mit allem, was in uns ist.

Dies ist unser Zionismus und darin ist nichts von Ausrottung des Deutschen in uns, darin ist nicht einmal etwas von Aufnahme jüdischer Inhalte, jüdischer Kultur. Allerdings *führt* dieser Zionismus zur Aufnahme jüdischer Inhalte, wenn er auch nicht darin besteht. Denn das wichtigste Mittel der Einstellung in das palästinensische Leben, das Mittel der Revolutionierung des Golus-Judentums durch Palästina ist Hebräisch. Und in dieser Richtung hatte, wie ich glaube, die Kritik der Leipziger Opposition[1] recht: Man sieht

---

[1] Gemeint ist die ältere Generation der deutschen Zionisten, die der „radikaleren", von Kurt Blumenfeld geführten Fraktion ablehnend gegenüberstand.

noch zu wenig, daß die Vertreter des „Radikalismus“ diesen „Radikalismus“ verwirklichen. Ich bin nicht so optimistisch wie *Blumenfeld* in bezug auf die neue Generation im Zionismus. Es machen bei weitem nicht so viele Ernst mit ihrem Zionismus, wie er glaubt. Und darum müssen wir fordern: *Mehr* von diesem „Radikalismus“, mehr Ernst und mehr Arbeit bei den Jungen und bei uns, die wir die junge Generation zu führen beanspruchen.

...

Die Organisation in ihrer überwältigenden Mehrheit ist rasch über das Minimalprogramm hinausgegangen, und heute begnügen sich nur sehr wenige Zionisten mit ihm. Natürlich sind auch sie Zionisten und Oppenheimer kann sicher sein, daß *niemand* ihn aus der Partei drängen will. Nur verlangen wir von uns selbst heute mehr. Seit sich auch unsere Gegner den „Stolz“ zu eigen gemacht hatten, fanden wir das Programm, das *Friedemann* heute aufstellt: Jüdische Geschichte, hebräische Sprache und Literatur, kurz, jüdische Inhalte. Aber auch dies konnten sich die Antizionisten noch aneignen, wenigstens dem Programm nach, und doch Antizionisten bleiben. Es kann also nicht der Zionismus sein. Die zweite zionistische Generation, unsere Generation, hat die *umwandelnde Kraft des Zionismus* in einem Alter erfahren, wo man für die tiefsten Erlebnisse am empfänglichsten ist. Ihr sind die jüdischen Inhalte sekundär. Wir am wenigsten glauben, hier in der Zerstreuung eine hebräische Kultur gewinnen zu können, wir sehen am deutlichsten, weil wir es ganz in uns aufzunehmen suchen, wie arm und wie künstlich das ist, was manche Leute die hebräische Diaspora-Kultur nennen. Wer von uns solchen Ideen nachhängt, ... von der anzustrebenden Entfremdung allem Nichtjüdischen gegenüber und von der hebräischen Nationalliteratur für die Juden der Diaspora, den werden wir schon erziehen; daß inzwischen die Gegner gerade über solche Äußerungen, die kein besonnener Zionist deckt, zetern, das macht uns wenig aus.

Wichtig ist uns nur eines: daß wir die jüdische Jugend erziehen dürfen. Noch haben wir keine Methode, und was wir versuchen und tun, kann jeder kritisieren. Aber die Glut, aber die Kraft, aber die Liebe haben wir, ohne die man junge Menschen nicht gewinnen, das heißt: nicht erziehen kann.

Hugo Herrmann[2]

---

[2] Hugo Herrmann (1887–1940). Zionistischer Autor, Verleger und Propagandist. Herrmann, in Mähren geboren, war einer der Gründer der jüdischen Studentenorganisation „Bar Kochba“ in Prag; dort gehörte er zur Redaktion der „Selbstwehr“ und war 1913–1914 Chefredakteur der „Jüdischen Rundschau“. Nach dem ersten Weltkrieg war er von 1919–1922 Redakteur des „Jüdischen Volksblatts“ in Mährisch-Ostrau und dann aktiv für den „Keren Hajessod“. Ließ sich 1934 in Jerusalem nieder. In seinen literarischen Arbeiten behandelte er jüdische und zionistische Themen.

[67]

Gründung des „Kartells Jüdischer Verbindungen"
19. JULI 1914

Der Jüdische Student

Monatsschrift des Kartells Jüdischer Verbindungen

XI. Jg., Nr. 5, 1. November 1914

Die Verschmelzung von B.J.C. und K.Z.V.

Am 19. Juli 1914 haben der „Bund Jüdischer Corporationen" und das „Kartell Zionistischer Verbindungen" sich zum „Kartell Jüdischer Verbindungen" zusammengeschlossen und damit eine einheitliche Organisation der nationaljüdisch gesinnten akademischen Jugend Deutschlands geschaffen.

Das Programm des neuen Kartells lautet:

> „Das K.J.V. will seine Mitglieder zu Männern erziehen, die in dem Bewußtsein der nationalen Einheit der jüdischen Gemeinschaft entschlossen sind, für eine der Vergangenheit des Judentums würdige Erneuerung des jüdischen Volkstums einzutreten."

Der Zusammenschluß entsprang der Einsicht, daß es eine Kraftverschwendung ist, dasselbe Ziel in zwei Organisationen zu verfolgen, daß dagegen die Einigung unsere Leistungsfähigkeit vervielfacht.

Aufgebaut auf der unerschütterlichen Grundlage der Bundesbrüderlichkeit, wird das neue Kartell nach seinen besten Kräften an der ewigen Aufgabe der Erhaltung und Erneuerung des jüdischen Volkes mitarbeiten!

Das Präsidium des Kartells Jüdischer Verbindungen

Rosenkranz[1] Rosenberg[2] Berthold Cohn[3] Erich Cohn[4] Henryk Cohn Fischer[5] Gerson[6] Herlitz[7] Hirsch[8] Rosenbaum[9] Rosenblüth[10]

...

---

* Die ideologischen Unterschiede zwischen BJC und KZV verwischten in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg mehr und mehr. Die Alten Herren beider Föderationen arbeiteten auf dem weiten Gebiet zionistisch-organisatorischer Tätigkeit in den Ortsgruppen in der ZVfD und auf den Zionistenkongressen zusammen, so daß die Trennung der Organisationen nicht mehr nötig schien. Siehe „Die Verschmelzung von B.J.C. und K.Z.V.; Präsidialbericht", Der Jüdische Student, Nr. 2, 30. Mai 1914, S. 25–38; Meilensteine. Vom Wege des Kartells Jüdischer Verbindungen (K.J.V.) in der Zionistischen Bewegung, herausgegeben von *Eli Rothschild*, Tel Aviv 1972.

[1] Erich Rosenkranz (1881–1915). Arzt, Mitglied des BJC.

[2] Egon Rosenberg (1881–1946). Kam 1903 aus Österreich nach Berlin, wo er noch im selben Jahr die „Hasmonaea", die erste jüdische Studentenverbindung gründete.

[3] Berthold Cohn. Rechtsanwalt. Mitglied des KZV („Makkabaea", Berlin).

[68]

Appell an die deutschen Juden zur Verteidigung des Vaterlandes 7. August 1914

Jüdische Rundschau

XIX. Jg., Nr. 32, 7. August 1914, S. 343

Deutsche Juden!

In dieser Stunde gilt es für uns aufs neue zu zeigen, daß wir stammesstolzen Juden zu den besten Söhnen des Vaterlandes gehören.

Der Adel unserer vieltausendjährigen Geschichte verpflichtet.

Wir erwarten, daß unsere Jugend freudigen Herzens freiwillig zu den Fahnen eilt.

---

[4] Erich Cohn (1887–1962). Rechtsanwalt. Von 1911–1919 Redakteur des „Jüdischen Studenten". Übersiedelte 1934 nach Palästina.

[5] Walter Fischer (1889–1971). Jurist. 1913: Präside des KZV. 1925–1929: Mitglied des „Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden". Wanderte 1933 in Palästina ein.

[6] Georg Gerson (1887–1975). Rechtsanwalt. Mitglied der „Hasmonaea", Berlin.

[7] Georg Herlitz (1885–1968). Historiker und Archivar. Mitherausgeber des „Jüdischen Lexikons". Er wurde Direktor des Zionistischen Zentralarchivs in Berlin, und später in Jerusalem.

[8] Salli Hirsch (1885–1950). Rechtsanwalt, führender deutscher Zionist und zeitweise Mitglied des AC. Anhänger von Kurt Blumenfeld. War aktiv im KJV und eine Zeitlang Vorstandsmitglied der Berliner Gemeinde.

[9] Kurt Rosenbaum.

[10] Felix Rosenblüth (später Pinchas Rosen, 1887–1978). Führend im BJC, im KJV und im „Blau-Weiß". Von 1920 bis 1923 Vorsitzender der ZVfD. Wanderte im Herbst 1924 nach Palästina aus, kehrte nach etwa anderthalb Jahren nach Deutschland zurück. 1926–1931 Mitglied der Zionistischen Exekutive in London und Leiter ihres Organisationsdepartments. Seit 1931 Anwalt in Palästina. 1932 einer der Gründer und Vorsitzender der „Hitachdut Olej Germania" (HOG; hebr.: Vereinigung der Einwanderer aus Deutschland), des späteren „Irgun Olej Merkas Europa" (IOME; hebr.: Organisation der Einwanderer aus Mitteleuropa); 1942–1948 Vorsitzender der Partei „Alijah Chadaschah" in Israel. Wurde 1949 als Mitglied der von ihm mitbegründeten „Progressiven Partei" (später „Unabhängige Liberale Partei") in die Knesset (das israelische Parlament) gewählt. War 1948–1961 mit einer kurzen Unterbrechung Justizminister und schuf in dieser Zeit die organisatorischen Grundlagen für Israels Rechtswesen.

* Am 1. August 1914 unterzeichnete Kaiser Wilhelm II. den Befehl zur deutschen Mobilmachung. Das gesamte Volk begrüßte die Kriegserklärung mit Begeisterung und Jubel. Die fieberhafte Erregung und das plötzlich anschwellende Gefühl der Brüderlichkeit und Gemeinsamkeit ergriff fast alle deutschen Juden, die Zionisten nicht ausgenommen. Sogar Kurt Blumenfeld, der radikalste unter den jungen Zionisten, erklärte, daß jedermann den Krieg als seine persönliche Aufgabe betrachten

Deutsche Juden!

Wir rufen Euch auf, im Sinne des alten jüdischen Pflichtgebots mit ganzem Herzen, ganzer Seele und ganzem Vermögen Euch dem Dienste des Vaterlandes hinzugeben.

Der Reichsverein der Deutschen Juden

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Wir schließen uns dem Aufruf des Reichsvereins der Deutschen Juden und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland an.

Wir vertrauen, daß unsere Jugend, durch die Pflege jüdischen Bewußtseins und körperliche Ausbildung in idealer Gesinnung und Mannesmut erstarkt, sich in allen kriegerischen Tugenden auszeichnen wird.

Das Präsidium des Kartells Jüdischer Verbindungen
Der Ausschuß der Jüdischen Turnerschaft

[69]
Der Zionismus und der erste Weltkrieg
7. AUGUST 1914

Jüdische Rundschau

XIX. Jg., Nr. 32, 7. August 1914, S. 343–344

Feinde ringsum!

. . .

Wir Juden, wir Zionisten, die wir in den Zeiten des Friedens uns scheuten, mit Patriotismus zu prunken, die wir allen Nachdruck auf unser *Judentum* legten, das der Betonung mehr bedurfte als unsere selbstverständliche Treue

---

müsse, weil die Zukunft der Menschheit von Deutschlands Sieg abhänge. Elias Auerbach erzählt in seiner Autobiographie „Pionier der Verwirklichung", daß sogar die wenigen deutschen Zionisten, die vor dem ersten Weltkrieg nach Palästina ausgewandert waren, nicht einen Augenblick zögerten, sich freiwillig zu melden und die lange und schwierige Reise zu unternehmen, um nach Deutschland zurückzukehren und für das Vaterland zu kämpfen. Unter den deutschen Juden gab es nur sehr wenige, die in die allgemeine Kriegsbegeisterung nicht miteinstimmten.

Krieg und allgemeiner Burgfrieden machten sich auch in den Beziehungen innerhalb des deutschen Judentums bemerkbar. Bitterkeit und Streit zwischen Zionisten und Antizionisten ruhten fast gänzlich vier Jahre lang.

Vgl. auch „Die deutschen Juden und der Krieg", Der Jüdische Student, XI. Jg., Nr. 5, 1. November 1914.

zum deutschen Vaterlande, wir werden heute als deutsche Bürger freudig alle Forderungen an Hab und Gut, an Leben und Blut erfüllen. Es bedarf sicherlich nicht erst unseres Aufrufes an unsere jungen Gesinnungsfreunde, in die Reihen der Kämpfer zu treten. *Alle* unsere jungen Hasmonäer und V.J.St.er, *alle* Bar-Kochbaner und Makkabäer stehen bereits in den Reihen der Kriegsfreiwilligen. Nicht mit lärmendem Geschrei und nicht mit leeren Demonstrationen, sondern in ernster Lebensauffassung und ruhiger Entschlossenheit greifen wir mit Alldeutschland zu den Waffen, um für das Vaterland zu tun, was jeder an seiner Stelle vermag. Wir deutschen Juden kennen trotz aller Anfeindungen in den Zeiten des Friedens heute keinen Unterschied gegenüber andern Deutschen. Brüderlich stehen wir mit allen im Kampfe zusammen.

Wir wissen aber auch, daß der Sieg des Moskowitertums jüdische und zionistische Hoffnungen und Arbeit vernichtet. Wir wissen, daß unser Interesse wie im Frieden so noch mehr jetzt in dem wilden Weltkriege ausschließlich *auf deutscher Seite liegt*. Denn auf deutscher Seite ist *Fortschritt, Freiheit* und *Kultur*. Uns gegenüber stehen härteste Tyrannei, blutigste Grausamkeit und finsterste Reaktion.

...

Als Juden haben wir mit den Barbaren des Ostens noch eine besondere Rechnung zu begleichen. Das Blut der Juden, ihrer Märtyrer und Glaubenshelden, dampft seit Jahrhunderten vom russischen Boden zum Himmel empor. Unmittelbar vor dem freventlich von Rußland angezündeten und von England angezettelten Weltbrande wurden vierzigtausend Juden aus Kiew widerrechtlich ausgewiesen. Was würde *unsern* Frauen und Kindern für ein Los werden, wenn der Russe siegen sollte.

Wenn wir als Bürger unseres Vaterlandes kämpfen, so leuchtet uns die Tapferkeit unserer Ahnen, der Todesmut der Makkabäer, der Riesenkampf eines Bar-Kochba und der Heldentod Hunderttausender unseres Volkes in allen Zeiten als glorreiches Beispiel voran! Wir werden siegen. Wir haben das Vertrauen zu dem deutschen Kaiser, daß er uns richtig führt! Wir haben das Vertrauen zum deutschen Volke, daß es bis zum letzten Atemzuge kämpfen wird, und wir haben das unerschütterliche Vertrauen zu der göttlichen Gerechtigkeit, daß sie unseren ehrlichen Waffen den Sieg verleihen wird. Wer von uns am Leben bleibt, wird nach dem Kriege und nach dem Siege die Arbeit für unsere Ideale mit verdoppelter Kraft fortführen!

Heinrich Loewe

[70]
Gründung des „Deutschen Komitees zur Befreiung der russischen Juden"*
[19. AUGUST 1914]
CZA, A 142/95

[Aus Denkschriften an das Auswärtige Amt und den Generalstab, Berlin, beziehungsweise aus Unterredungen mit diesen beiden Stellen.]

In der Überzeugung, daß die sechs Millionen Juden Rußlands infolge ihrer bisherigen Entrechtung ein Interesse haben am Vordringen der verbündeten Armeen Deutschlands und Österreich-Ungarns und durch entsprechende Maßnahmen dafür zu gewinnen wären, einen Stützpunkt für die Neuordnung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten zu bilden, erbot ich mich in meiner Denkschrift vom 4. August d. J., meinen jahrelang gepflegten Verkehr mit Vertrauensmännern in über tausend Städten und Flecken Westrußlands in dieser Richtung zu verwerten.

* Am 4. August 1914 reichte Max Bodenheimer dem Deutschen Außenministerium ein Memorandum ein, in dem aufgezeigt wurde, wie die Hilfe der osteuropäischen Judenheit zur Förderung von Deutschlands Ziel, das zaristische russische Reich zu zerstören, gewonnen werden könnte. Das Memorandum schlug im Falle des deutschen Sieges die Gründung eines osteuropäischen Staatengebildes vor, dessen Grenze etwa entlang dem jüdischen Ansiedlungsrayon (von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer) verlaufen sollte, und in dem die Juden als eine Minorität mit nationalen Rechten mit den Deutschen zusammenarbeiten würden.

Auf Grund dieses Memorandums und der darauf folgenden Aussprache mit deutschen Beamten wurde die Bildung eines Komitees beschlossen, das „Deutsche Komitee zur Befreiung der russischen Juden" (gegründet am 17. August 1914), dessen etwas provokativer Name später in „Komitee für den Osten" abgeändert wurde. Einige deutsche Zionisten, die bis zum Leipziger Delegiertentag 1914 führend waren, wurden mit stillschweigender Zustimmung der Zionistischen Weltorganisation Mitglieder dieses Komitees. Auch Vertreter nichtzionistischer Organisationen schlossen sich an.

Die Hauptziele des Komitees waren die Wahrung der Rechte der osteuropäischen Judenheit und die Förderung der zionistischen Ziele durch Unterstützung der deutschen Kriegsziele. Das Komitee unterstützte auch kurze Zeit die Herausgabe des illustrierten Journals „Kol Mewasser" (Verkündende Stimme) und von 1916–1920 der Monatsschrift „Neue Jüdische Monatshefte".

Zur großen Enttäuschung Bodenheimers und seiner Kollegen, die angenommen hatten, daß die Interessen der osteuropäischen Judenheit sich mit denen Deutschlands und Österreich-Ungarns deckten, verhielt sich die deutsche Regierung dem Komitee gegenüber zunehmend kühler, und die Einstellung der Militärbehörden zu den Juden in den von ihnen verwalteten Gebieten verschlechterte sich im weiteren Verlauf des Krieges. 1916 hatte das Komitee seine Arbeit bereits auf philanthropische Tätigkeit beschränkt, und nach dem Krieg wurde es aufgelöst.

Vgl. Richtlinien des Deutschen Komitees zur Befreiung der russsichen Juden, CZA, A 15/VIII/7 und A 15/VIII (Akten 1–16); CZA, A 8/37. Ebenfalls *Max Bodenheimer*, So wurde Israel, aaO.; *Egmont Zechlin*, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969; *Isaiah Friedman*, Germany, Turkey and Zionism 1897–1918, Oxford 1977.

Das Interesse der verbündeten Mächte fordert, den in Westrußland lebenden nicht polnischen Völkerschaften, insbesondere den Juden bei der künftigen Gestaltung der dortigen politischen Verhältnisse, eine ihrer Zahl und Bedeutung entsprechende Stellung einzuräumen, da diese Völkerschaften in einem etwa zu bildenden Pufferstaat eine überwiegende Majorität gegenüber den Polen ausmachen und so diesem gegenüber die Waage halten würden.

Da ein solches staatliches Gebilde genötigt sein wird, seine Existenz gegen Rußland und auch gegen den Panslawismus zu sichern, fällt den Juden, die ihrer Sprache und Kultur nach dem Deutschtum am nächsten stehen, zusammen mit den deutschen Ostseeprovinzen die bedeutende Rolle zu, ein starkes Bollwerk gegen Rußland zu bilden und dieses Staatsgebilde an die verbündeten Mächte dauernd zu knüpfen.

Es ist daher geboten, daß die verbündeten Mächte, um die Sympathien und Unterstützung der Juden zu gewinnen, schon jetzt diesen eine Sicherung der Aufrechterhaltung und freien Entwicklung ihrer nationalen Eigenart in politischer, ökonomischer und kultureller Beziehung zusichern. Die jüdische Bevölkerung Westrußlands wird dafür zu gewinnen sein, den verbündeten Armeen in den besetzten Gebieten, in den genannten Städten und Flecken, wo sie eine Majorität oder starke Minorität bilden und großen Einfluß auf die nicht jüdische Bevölkerung haben, den Militärbehörden mannigfache Hilfe zu schaffen. Die Verbindung mit der jüdischen Bevölkerung wäre folgendermaßen herzustellen:

a) durch Veröffentlichung eines an sie gerichteten Aufrufs seitens des Generalkommandos,

b) durch Bildung von Komitees in den besetzten Gebieten mit Hilfe von zu entsendenden Emissären, die mit Sprache und Sitten der Bevölkerung durchaus vertraut sind.

Ich erklärte mich bereit, nach Rücksprache mit meinen Freunden, die nötigen Kräfte zur Verfügung zu stellen, die mit der dortigen jüdischen Bevölkerung und zunächst mit meinen Vertrauensmännern in eine persönliche Verbindung treten sollen. Dazu war es nötig, mit meinen Freunden über diese Aktion, die ich bis jetzt nur als Privatmann und auf eigene Verantwortung eingeleitet hatte, Rücksprache zu nehmen, wozu ich mir die Genehmigung des Vertreters des Auswärtigen Amtes erbat. Bei einer Tags darauf stattgefundenen Unterredung im Auswärtigen Amte führte ich aus, daß besonders die Zionisten ein lebhaftes Interesse an dieser Aktion haben, weil sie von einem Zusammenarbeiten mit der deutschen Reichsregierung von dieser eine Förderung der zionistischen Bestrebungen erwarten. Man erklärte mir hierauf, daß eine wohlwollende Erwägung des Zionismus in einem späteren Zeitpunkte zu gewärtigen sei. Man erteilte mir zugleich die Genehmigung, daß ich mit meinen zionistischen Freunden Rücksprache nehme. Die Besprechung mit diesen ergab, daß die zionistische Organisation als solche mit Rücksicht auf ihren interterritorialen Charakter an dieser Aktion nicht engagiert werden dürfe.

Hingegen haben die Zionisten in Deutschland und Österreich-Ungarn ein besonderes Interesse, an dieser Aktion einen hervorragenden Anteil zu nehmen. Zu diesem Zweck hat sich am 17. d. M. ein selbständiges Komitee unter dem Namen „Deutsches Komitee zur Befreiung der russischen Juden" gebildet, das an die Durchführung dieses Planes mit Aufgebot aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel arbeiten soll.

Dem Komitee gehören an: Privatdozent Dr. Franz Oppenheimer, Präsident, Justizrat Dr. Bodenheimer, Rechtsanwalt Dr. Hantke, Rechtsanwalt Dr. A. Klee, Gerichtsassessor a. D. Dr. A. Friedmann[1]. Der Verkehr mit den Behörden obliegt wie bisher Justizrat Bodenheimer, und zwar von jetzt ab im Namen des Komitees. In seiner Abwesenheit wird er von Dr. Oppenheimer und Dr. Klee vertreten, soweit die Beziehungen zur zionistischen Organisation erforderlich sein werden, wird sich Dr. Oppenheimer mit Prof. Warburg verständigen.

Das Komitee hat zunächst folgende Schritte eingeleitet:

a) Errichtung eines Bureaus unter Leitung des Sekretärs Herrn Dr. A. Robinsohn, eines österreichischen Untertans,

b) Reisen in die besetzten Gebiete zu organisieren, um dort die militärischen Behörden mit unseren Vertrauensmännern in Verbindung zu bringen. Eine Reise von Dr. Klee und Dr. Oppenheimer nach Kalisch, bezw. Czenstochau findet demnächst statt.

c) Bearbeitung der Presse, und zwar sowohl der inländischen wie der ausländischen. Für diese Zwecke steht uns fast die gesamte jüdische Presse (zirka 200 Organe) zur Verfügung. Für die auswärtige Presse wird besonders unser Mitglied Dr. Friedmann, für die inländische Dr. Oppenheimer bestimmt.

Zur Bearbeitung der Presse in Amerika, die für uns mit Rücksicht auf die mögliche Verwicklung mit Japan von besonderer Wichtigkeit ist, sollen die Herren Dr. Friedmann und Meierowitz[2], der Leiter des literarischen Informationsbureaus des Norddeutschen Lloyds und einer meiner Beamten eventuell noch ein oder zwei Herren eine Reise nach Amerika unternehmen. Herr Meierowitz fährt auf eigene Kosten, einer meiner Beamten auf unsere Kosten, so daß lediglich die übrigen Kosten in Frage kommen. Das Reichsmarineamt hat uns seine Genehmigung zu dieser Reise bereits mitgeteilt.

d) Da der Aufruf an die Juden Polens nicht genügt, weil er sich 1.) nicht an alle Juden des Ansiedlungsrayons wendet, 2.) weil er den Erwartungen der Juden in politischer, kultureller und ökonomischer Hinsicht nicht ganz entspricht, soll diesem Aufruf ein zweiter folgen, den das Komitee im Entwurf dem Auswärtigen Amte nächstens unterbreiten wird und inzwischen unterbreitet hat.

e) Wir beabsichtigen ferner, eine zwanglos erscheinende Zeitschrift in hebräischer und jüdischer Sprache herauszugeben, die alle Ereignisse und Kundge-

---

[1] Muß heißen: Friedemann.

[2] Muß heißen: Meyerowitz.

bungen im Sinne unserer Aktion beleuchten wird. Dieser Zeitschrift sollen unsere Emissäre in den besetzten und eventuell unbesetzten Gebieten Rußlands die weitgehendste Verbreitung verschaffen. Diese Zeitschrift soll ev. in Übersetzungen auch der ganzen Presse (siehe oben) zum Abdruck gegeben werden.

gezeichnet: Dr. Bodenheimer

[71]
Die Lage nach Kriegsausbruch
26. AUGUST 1914
CZA, A 102/9/6

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin W.15, den 26. August 1914
Sächsische Straße 8

An die zionistischen Ortgruppen und Vertrauensmänner.

Sehr geehrte Herren Gesinnungsgenossen!

Der Ausbruch des Krieges hat auf unsere Arbeit und das Ineinandergreifen aller Teile unserer Organisation den größten Einfluß genommen ...

...

Die Arbeit unserer Organisation selbst hat infolge des Krieges mit großen äußeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Besonders leidet naturgemäß die Zentrale unserer zionistischen Gesamtorganisation, da ihr fast alle Verbindungen abgeschnitten sind. Selbst aus den neutralen Ländern bleibt der größte Teil der Post aus. Alle wichtigen Aktionen mußten abgebrochen werden. Unter diesen Umständen, vor allem bei der Unmöglichkeit der Postversendung an die meisten Abonnenten, wurde das Erscheinen unserers Zentralorgans „Die Welt" vorläufig eingestellt.

Die erste Sorge des Actions-Comités galt natürlich der *Aufrechterhaltung unserer palästinensischen Unternehmungen.* Vor dem Ausbruch des Krieges hatten das Zionistische Actions-Comité und der Jüdische Nationalfonds rechtzeitig Geldbeträge nach Palästina überwiesen, sodaß das Zionistische Werk, wenn auch unter großen Entbehrungen für unsere palästinensischen Mitarbeiter, für die nächsten Monate finanziell gesichert scheint. Herr Dr. Ruppin[1] hat uns auch in einem am 5. August abgegangenen Briefe mitgeteilt,

[1] Arthur Ruppin (1876–1943). Zionistischer Führer und Organisator des landwirtschaftlichen Siedlungswerks in Palästina. Wurde 1904 von Alfred Nossig aufgefordert, Generalsekretär des „Vereins für Statistik der Juden" zu werden und veröffentlichte eine Anzahl wichtiger soziologischer und statistischer Monographien über jüdische Gemeinden in der Diaspora. Schloß sich 1905 der Zionistischen Weltorgani-

daß alle Maßnahmen getroffen worden sind, um unseren Institutionen in Palästina über die große Krisis hinwegzuhelfen. Das gilt vor allem auch von den Maßnahmen, die die APC getroffen hat.

Das Actions-Comité wurde durch den Krieg von seinen Banken abgeschnitten. Ebenso ist es infolge der Unterbindung des gesamten Geldverkehrs unseren Gesinnungsgenossen außerhalb Deutschlands und Österreichs unmöglich geworden, die Sammlungsergebnisse der letzten Monate abzuführen. Das Actions-Comité ist daher im wesentlichen auf die Beträge angewiesen, die ihm in Berlin bei Ausbruch des Krieges zur Verfügung gestanden haben. Naturgemäß mußten die Ausgaben auf ein Mindestmaß reduziert werden. Sämtliche Beamten unseres Bureaus haben sich in dieser Zeit mit einer Reduzierung ihrer Gehälter auf die Hälfte einverstanden erklärt. Hierdurch ist sowohl unser Landesverband wie das Actions-Comité der unangenehmen Notwendigkeit enthoben worden, in dieser schweren Zeit einen Teil der Beamten entlassen zu müssen.

...

Wir Juden, die wir die Geschichte unseres Volkes kennen, wissen, daß die Entscheidungen über unser nationales Leben nur in geringem Maße abhängig sind von den großen Ereignissen der Weltgeschichte. Auch nach dem Kriege wird die Judenfrage in ihren verschiedenen Erscheinungsformen weiter bestehen. Aber die Beziehung[en] zwischen Juden und Nichtjuden werden durch den gesteigerten Nationalismus aller Nationen für uns klarer und selbstverständlicher werden. Die bisherigen Kriegsereignisse haben aufs neue gezeigt, wie sehr unsere Auffassung von der Einheit und Solidarität der Judenheit in wohlverstandenem Interesse des deutschen Volkes und der deutschen Politik liegt. Die Juden Polens sind heute dem verbündeten deutschen und österreichischen Heere willkommene Freunde, die selben Juden, die von unseren antizionistischen Gegnern Deutschlands bekämpft und verleugnet worden sind. Wir begrüßen in ihnen unsere Brüder, mit denen wir in Zukunft noch näher verbunden zu werden hoffen. Wir fühlen uns stolz in dem Gedanken, daß durch den Sieg der deutschen und österreichischen Waffen unter Mitwirkung so vieler unserer Gesinnungsgenossen die Juden des Ostens vom Zarismus befreit werden.[2]

...

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß
Der Vorsitzende
Hantke

---

sation an, reiste 1907 im Auftrag des EAC nach Palästina und verfaßte einen Bericht über die dortigen Siedlungen. 1908 ließ er sich in Palästina nieder und wurde Direktor des von der Zionistischen Exekutive in Jaffa eröffneten Palästinaamts. Ruppin widmete seine ganze Energie dem Aufbau landwirtschaftlicher Siedlungen in Palästina.

[2] Für ähnliche Ansichten vgl. Rundschreiben der ZVfD vom 26. August 1914, die Lage nach Ausbruch des Krieges betreffend, CZA, A 15/VII/27.

[72]
Zum Schutz der russischen Juden in Palästina
27. AUGUST 1914
CZA, A 142/95

Justizrat Dr. Bodenheimer. Berlin, den 27. August 1914

An den
Türkischen Botschafter Excellenz Mahmud Mukhtar Pascha
Berlin W.
Rauchstr. 20

Unter Bezugnahme auf die kürzliche Besprechung beehre ich mich, unter Anlage eines Briefes unseres palästinensischen Vertreters[1], Euer Excellenz folgendes zu unterbreiten:

Wie es den Anschein hat, dürfte die Türkei in den gegenwärtigen kriegerischen Konflikt verwickelt werden. Es hat sich nun hier ein Komitee gebildet, an dessen Spitze Herr Dr. Franz Oppenheimer steht und welches ich den Behörden gegenüber vertrete. Diesem Komitee stehen die ganzen Beziehungen der Zionistischen Weltorganisation zur Seite, an deren Spitze Herr

* Mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges und dem Anschluß der Türkei an die Mittelmächte, geriet der Jischuw, die jüdische Bevölkerung in Palästina, in eine schwierige Situation. Die Blockade durch die Flotte der Alliierten und das Abschneiden von den westlichen Märkten lähmten die Wirtschaft des Landes. Auch das Geld der Chalukah konnte nicht mehr nach Palästina überwiesen werden. Inzwischen nahm der türkische Gouverneur Palästinas, Djemal Pascha, ohne Unterschied die Führer der arabischen und jüdischen nationalen Gruppen fest. Einer der Gründe, warum Djemal Pascha den Jischuw verfolgte, war sein tiefes Mißtrauen gegen den Zionismus und der Umstand, daß viele Juden Untertanen feindlicher Mächte, z. B. Rußlands, waren. Die zionistischen Aktivisten hatten die Wahl, Palästina zu verlassen oder in türkischen Gefängnissen zu schmachten. Die meisten entschlossen sich abzureisen, andere wurden zum Verlassen gezwungen.

Die deutschen Zionisten ebenso wie die Zionisten aus anderen Ländern suchten die Verfolgung des Jischuw durch direkte Eingaben bei der Hohen Pforte zu verhindern. Gleichzeitig bemühten sie sich um die Vermittlung des Deutschen Auswärtigen Amtes. Sie baten die deutschen Behörden wiederholt, bei der Hohen Pforte gegen Djemal Paschas Verfolgung der 50–60 000 russischen Juden vorstellig zu werden, und wandten sich an das Auswärtige Amt mit der Bitte, eine öffentliche Hilfsaktion für die Juden in Palästina, die durch den Krieg von der jüdischen Welt abgeschnitten waren, zu organisieren.

Gewöhnlich ging das Deutsche Auswärtige Amt auf diese Bitten ein und unternahm Schritte gegen die Deportierung der russischen Juden, im besonderen unter dem Eindruck der Warnung von Graf von Bernstorff, Deutschlands Botschafter in Washington, daß deutschlandfeindliche Gruppen in Amerika den Deutschen die Schuld an den Deportierungen geben würden.

[1] Arthur Ruppin.

Professor *Warburg* steht, mit dem wir zusammenarbeiten. Herr Prof. Warburg ist nun darüber unterrichtet worden, daß unter den zahlreichen russischen Juden Palästinas eine große Beunruhigung herrscht, daß ihnen aus den gegenwärtigen Kriegswirren wegen ihrer Staatszugehörigkeit große Schwierigkeiten erwachsen könnten. Diese zahlreiche Bevölkerung Palästinas, die sich in den letzten Jahrzehnten sowohl in den jüdischen Kolonien als in den Städten angesiedelt hat, ist der russischen Regierung innerlich fremd und hat ihr Schicksal an das Ottomanische Reich geknüpft. Sie würde schon lange gern die türkische Staatsangehörigkeit erworben haben, wenn nicht fast unüberwindliche Schwierigkeiten durch die russische Regierung gemacht würden, und das türkische Naturalisations-Gesetz die Aufnahme in den Türkischen Staatsverband erleichtert hätte. Wir haben allen Grund anzunehmen, daß diese ganze Bevölkerung von ca. 60,000 Seelen[2] gern bereit sein wird, wenn im Verfolg des Krieges diese Schwierigkeiten behoben werden, in den türkischen Staatsverband einzutreten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß hierdurch die Stellung der türkischen Regierung in Palästina eine wesentliche Stärkung erfahren würde. Durch eine freundliche Behandlung dieser Bevölkerung wird sich die ottomanische Regierung vor allem die Dankbarkeit derselben erwerben, da ja überhaupt eine große Zuneigung des jüdischen Volkes gegenüber der ottomanischen Regierung auf Grund der Tatsache besteht, daß das Osmanische Reich in Zeiten früherer Verfolgungen unserer Stammes- und Glaubensgenossen Gastfreundschaft bewiesen und ein Asyl gewährt hat.

Ich richte daher an Euer Excellenz die ganz ergebenste Bitte, bei der Hohen Pforte dahin zu wirken, daß

1) die in Palästina wohnenden russischen Juden während des Feldzuges nicht ausgewiesen, sondern vielmehr wohlwollend behandelt werden.

2) daß ihnen der notwendige Schutz zuteil wird, falls die nichtjüdische Bevölkerung durch ausländische Hetzer gegen dieselbe aufgereizt wird.

Ich erkläre Euer Excellenz namens meiner Freunde, daß eine derartige Behandlung unserer Stammesgenossen in Palästina die türkenfreundliche Haltung der jüdischen Bevölkerung der ganzen Welt noch weiter befestigen wird.

Da die Angelegenheit dringend ist, bitte ich evtl. meinen Wunsch telegrafisch weiterzugeben.

Euer Excellenz
ganz ergebenster
[Dr. Bodenheimer]

---

[2] Die gesamte jüdische Bevölkerung in Palästina wurde bei Ausbruch des ersten Weltkrieges auf 85 000 Seelen geschätzt.

[73]
„Blau-Weiss" für vaterländische Pflichterfüllung
AUGUST 1914

Sonderausgabe der Blau-Weiß-Blätter

Monatsschrift für jüdisches Jugendwandern

2. Jg., August 1914

An die Blau-Weißen

Der Krieg, zu dem unser deutsches Vaterland gezwungen ist, hat auch auf unsere junge Bewegung seine Schatten geworfen. Zahlreiche Führer sind zu den Fahnen gerufen, zahlreiche Führerinnen haben sich dem Roten Kreuz zur Verfügung gestellt, sodaß in vielen Bünden die Wanderungen vorläufig eingestellt werden mußten. Nicht wenige ältere Wanderer haben nach Ablegung des Abiturientenexamens die Waffen als Kriegsfreiwillige ergriffen.

Wir erwarten von allen denen, die im Felde stehen, daß sie sich eines Blau-Weißen würdig halten und schlagen. Mögen sie immer eingedenk sein, daß sie außer der vollen Pflichterfüllung gegen das deutsche Vaterland die Ehre des jüdischen Namen hochzuhalten haben. Denn die Wacht für diesen Namen wird uns, – das lehrt uns der neue Geist, der unter der jüdischen Jugend unserer Zeit herrscht, – stets heilige Pflicht sein müssen!

...

Die Bundesleitung:

Dr. Adalbert Sachs[1]

---

[1] Adalbert Sachs (1876–1928). Arzt. Mitbegründer des „Blau-Weiß", ließ sich 1923 in Jerusalem nieder.

[74]
Zionistische Hoffnungen für die Nachkriegszeit
16. OKTOBER 1914

Jüdische Rundschau

XIX. Jg., Nr. 41/42, 16. Oktober 1914, S. 388

Nationale Gedanken
Von einem jungen Zionisten

...

Die gewaltigen Ereignisse, deren Zeugen wir sind, können nur bewirken, daß wir in unserer Gesinnung gefestigter werden. Wir haben nie so tief, so unmittelbar gefühlt, daß unser Leben nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zu einem höheren Endzweck ist, daß unser Leben nur dann wert ist, gelebt zu werden, wenn wir alle unsere bescheidenen Kräfte in den Dienst des höheren Lebens der Nation stellen. „Um die Nation zu retten, muß der einzelne sogar sterben wollen, damit diese lebe und er in ihr lebe das einzige Leben, das er von je gemocht hat." (Fichte.)

So glauben wir auch, daß für unsere zionistischen Bestrebungen eine große Zeit heranbrechen wird. Für unsere politische Arbeit werden klarere Grundlagen geschaffen werden. Gewaltige jüdische Zentren, zu denen durch die unerhörte Bosheit einer reaktionären Macht unser Freiheitsruf noch nicht hat dringen können, werden unserer Arbeit offen stehen; die für Palästina wertvollsten Elemente werden dann die Möglichkeit haben, sich unseren Fahnen anzuschließen. Aber auch in Deutschland werden wir unter der Jugend mehr Verständnis finden. Wenn Schwarzseher meinen, daß nach einem siegreichen Kriege infolge einer wilden Assimilationssucht und einem chauvinistischen Begeisterungstaumel der deutschen Juden unsere zionistische Propagandatätigkeit wenig geeignete Objekte vorfinden wird, so möchte ich das Gegenteil als wahrscheinlich annehmen. Die ungeheure Erregung und Erschütterung dieser Zeit wird reinigend und belebend wirken. Es wird ein Sehnen zu spüren sein nach neuem, freiem, ungebrochenem Leben, nach Ganzheit und Wahrhaftigkeit. Es wird weniger Träge, Matte, Feige geben. Man wird an der Tatsache, daß Tausende und Abertausende ihr Blut haben verspritzen müssen, die Winzigkeit des menschlichen Lebens erkennen, die Erbärmlichkeit und absolute Sinnwidrigkeit eines Lebens, das bloß um seiner selbst willen gelebt wird, „als Fortsetzen des wechselnden Daseins".

Das Verständnis, welches die geistige Elite unserer christlichen Mitbürger unseren nationalen Idealen stets entgegengebracht hat, wird sich vertiefen. Man wird nie so tief begriffen haben wie jetzt, was es für ein Volk bedeutet,

seine Art, sein Wesen zu erhalten. Auch die deutsche Regierung wird sich veranlaßt sehen, die jüdischen Bestrebungen mehr zu berücksichtigen als bisher, besteht doch die Wahrscheinlichkeit, daß große Mengen der Juden Polens deutsche Staatsbürger werden. Unser Streben wird nach wie vor auf die Anerkennung unserer jüdischen Eigenart in Deutschland gerichtet sein.

Die Befürchtungen, nach dem Kriege werde eine starke antisemitische Strömung sich bemerkbar machen, sind leider nicht unbegründet. Wir Zionisten werden am meisten von allen Juden dazu beitragen können, die antisemitische Stimmung, die Verachtung jüdischer Art verschwinden zu machen. Wir werden durch unsere Arbeit und unsere Gesinnung den Respekt vor jüdischem Wesen und jüdischer Sonderart zu erzwingen wissen.

...

[75]
Warum ich zum Militär ging
1. NOVEMBER 1914

Der Jüdische Student

XI. Jg., Nr. 5, 1. November 1914, S. 98–100

Feldbriefe.

Mitgeteilt von Moses *Calvary*, Crossen a. O.

...

Ja, warum bin ich eigentlich mitgegangen? Zunächst, ich schrieb Dir das wohl schon, ohne viel Besinnen. Aber wer weiß, was dem allem in mir zu Grunde liegt ... Zunächst, sicher, fühlte ich, daß der Krieg eigentlich viel Reiz für mich hätte. Endlich einmal das bestimmte Gefühl haben, daß man nicht überflüssig ist. Endlich einmal von jener Hemmung, jener Belastung befreit, die immer wieder meine Seele quälte, das ganze Gespenst der Zwecklosigkeit, der schauerlichen Leere verscheucht, das mich ständig, sobald ich von der Arbeit zur Besinnung kam, geängstigt hat! Hatte ich nicht mein ganzes Leben lang empfunden, wie die zunehmende Beamtengesinnung uns alle langsam entnervte, wie die „Sekurität" des europäischen Daseins mit gewaltigen Opfern an Energie, an Unternehmungslust, an Mannhaftigkeit teuer erkauft war! All meine studentische Arbeit hatte in dieser Richtung gelegen, zum mindesten von dieser Tendenz ihre entscheidenden Imperative erhalten. Wer weiß, ob ich Zionist, ich meine leidenschaftlicher Parteizionist geworden

wäre, wenn diese Gesinnung nicht ein Hauptbestandteil des Zionismus wäre! Überhaupt, zu Hause sitzen, gesund, kräftig, für niemanden zu sorgen, und zusehen, wie sich andere für mich totschießen lassen, – pfui Teufel!

Und das Deutschtum? Du weißt, daß ich mir weniger meine deutsche als meine jüdische Gesinnung erst habe erkämpfen müssen, daß ich eigentlich nicht aus jüdischen, sondern aus menschlichen Instinkten heraus Zionist geworden bin. Aus Anständigkeit, Ehrgefühl, oder wie man es nennen mag. Erst später, in der Gemeinschaft, erlebte ich mein Judentum. Und trotz meines Judentums hat es mir, wie Du weißt, nie gepaßt, wenn wir unser Deuschtum damit zu kennzeichnen suchten, daß wir pflichttreue Bürger unseres Staates waren. Das verdiente ja in unserer innerlichen Welt überhaupt keine Erwähnung. Für unsern Kampf ums Recht soll und muß es genügen; widersinnig, wenn da noch unser ganzes Gefühlsleben geprüft werden müßte! Aber im übrigen: eine Niederlage Deutschlands würde nicht nur unsere Heimatsliebe, unsere materielle Verwachsenheit, unser soziales Sein treffen, sondern auch ein groß Stück unserer inneren Welt zunichte machen. So war es mir nicht zweifelhaft, daß ich ins deutsche Lager gehöre.

...

[76]
Der Krieg – ein „Jüdischer Krieg"
12. NOVEMBER 1914
CZA, A 81

Berlin, den 12. November 1914.

Privat! [Zirkular]

Liebe Gesinnungsgenossen!

...

Man nennt diesen Krieg schon vielfach den „Deutschen Krieg". Wir Juden können ihn fast auch den „Jüdischen Krieg" nennen. In den kriegführenden Staaten wohnen 9 000 000 Juden, Dreiviertel unseres Volkes. Fast 500 000 jüdische Soldaten stehen in den kämpfenden Heeren. Etwas derartiges kennt unsere Geschichte bisher nicht. Würden diese Juden auf *einer* Seite kämpfen, so würde ich niemanden bedauern, denn gerade wir können eine Zeit gebrauchen, die uns männlicher, aktiver, entschlossener macht. So aber kämpft die eine Hälfte gegen die andere, diese andere Hälfte sogar für unsere Unterdrücker, deren Sieg ihr Unglück wäre.

Bei einem Siege Rußlands würden die russischen Juden eine Bedrückung

erleben, wie nie zuvor. Denn dieser Sieg wäre ein Sieg der äußersten Reaktion, der echten Russen ...

Die Zukunft der Juden ist daher eng verknüpft mit einem Siege Deutschlands und Österreichs. Nur dann behalten die galizischen Juden ihre politischen Rechte, ihre persönliche Freiheit und nur dann kann das Los der Juden in Russisch-Polen, aber vielleicht auch in Rußland selbst, gebessert werden. Wir haben nach dieser Richtung vorgearbeitet. Diese Arbeit war sehr notwendig, denn die deutsche und auch die österreichische Öffentlichkeit steht dem ostjüdischen Problem ganz ahnungslos gegenüber und hat keine Vorstellung von seiner weiteren politischen Bedeutung ...

Und so habe ich die feste Hoffnung, daß trotz aller Schwierigkeiten diese Zeit auch dem jüdischen Nationalgedanken neue und sichere Grundlagen schafft und dazu beiträgt, unseren Zukunftsbau vorzubereiten. Der Sinn für nationale Tendenzen steigt überall. Das Verständnis für den jüdischen Nationalgedanken verbreitet sich. Die Juden werden ihres Wertes bewußter und damit empfindlicher gegen seine Verletzung. Der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit wird lächerlich. Derselbe Schützengraben, der uns vielfach mit Nichtjuden in nähere Beziehungen bringt, führt ja auch Nationaljuden und Assimilanten zusammen und eröffnet uns neue Möglichkeiten der Beeinflussung von Juden und Nichtjuden. Die Notwendigkeit, gegen andere Juden zu kämpfen, mag hier und da den Rest eines kaum noch vorhanden gewesenen Gemeinsamkeitsgefühls ertöten. Häufiger wird es das schon erlöschende Nationalgefühl wieder entfachen, indem es die letzten Konsequenzen des Golus vor Augen führt. Erzieherisch wirkt auch die Tatsache, die armen und verachteten galizischen Juden, jetzt die Kriegshelden Österreichs, als Bundesgenossen versorgen zu müssen, dem jüdischen Elend näher in's Auge sehen zu müssen, und der stärkere moralische Zwang, es zu lindern. Nationalisierend wirkt das Gefühl der Verantwortung für die den Russen ausgelieferten russischen und polnischen Juden, nationalisierend die Verantwortung für das Elend in Palästina, nationalisierend der Kampf gegen den russischen „Erbfeind“ jeder jüdischen Entwicklung, nationalisierend die Hilfe Amerikas. So erhoffe ich für die Jahre nach dem Krieg Möglichkeiten starker zionistischer Stimmung, einer größeren Auswanderung nach Palästina, eines Wiederaufbaues unserer Organisation. Hoffentlich werden unsere Wohlhabenden verstehen, daß sie sich nach dem Krieg doppelt anstrengen müssen, um alle diese Arbeiten durchzuführen und die nationale Stimmung in feste organisatorische Bahnen zu leiten. Viel hängt natürlich davon ab, wer siegt und was aus der Türkei wird. Aber letzten Endes müssen wir uns unsere Zukunft allein sichern, wie jeder Mensch sein Geschick in erster Reihe sich selbst verdankt. Darum dürfen wir nicht unsere Hände in den Schoß legen und brauchen nicht apathisch abzuwarten, was die Großmächte tun werden. Sie beeinflussen wohl das jüdische Leben, aber sie schaffen es nicht. Das können nur wir – aber wir können es auch, selbst wenn die äußeren Verhältnisse ungünstig werden sollten. –

So ist mein Brief eine zionistische Feldpredigt geworden, hoffentlich keine, bei der man einschläft.

Mit den besten Zionsgrüßen

Ihr
Arthur Hantke

[77]
HILFSWERK FÜR DIE PALÄSTINENSISCHE JUDENHEIT
2. APRIL 1915
CZA, A 15/VII/28

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin W. 15, am 2. April 1915
Sächsischestr. 8

An die Ortsgruppen und Vertrauensmänner!

In der letzten Nummer der Jüdischen Rundschau haben wir gemeinsam mit einer Anzahl anderer Organisationen, die für Palästina tätig sind, einen Aufruf zu Gunsten eines

Hilfswerkes für Palästina

erlassen.

So lange die Türkei neutral war, hatten wir uns auf Grund der hier eingegangenen Nachrichten darauf verlassen können, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in Palästina erträglich bleiben, und daß im übrigen unsere Gesinnungsgenossen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika für Palästina sorgen würden.

Nachdem auch die Türkei in den Krieg hineingezogen ist, haben sich die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in Palästina naturgemäß verschlechtert. Aber noch im Januar schrieb uns Dr. Schemarja Levin [1] aus New York, daß wir wegen Palästina ruhig sein können, es würde von Amerika aus alles Notwendige geschehen. [2] Im Laufe des Monats Februar erhielten wir dann

[1] Schmarja Levin (1867–1935). Zionistischer Führer. In Rußland geboren. Er studierte in Berlin, wo er dem „Russischen jüdischen wissenschaftlichen Verein" angehörte. Levin war ein hervorragender Wortführer der praktischen Zionisten. Wurde 1911 in das EAC gewählt. 1913 besuchte er die USA, von wo er infolge des Kriegsausbruchs nicht mehr zurückkehren konnte. Als einziges Mitglied des EAC in Amerika, berief er gemeinsam mit Louis Lipsky 1914 eine außerordentliche Konferenz ein, die das „Provisional Executive Committee for General Zionist Affairs" ins Leben rief, an dessen Spitze Louis D. Brandeis stand. 1920 war Levin Leiter der Propaganda für den „Keren Hajessod". 1924 ließ er sich in Palästina nieder.

[2] Die Bedeutung der USA als Weltmacht zeigte sich zu Beginn des ersten Weltkrieges. Beide kriegführenden Parteien bemühten sich eifrigst um ihre materielle

authentische Nachrichten darüber, daß die in Amerika eingeleitete Hilfsaktion nicht mehr ausreicht und daß sich in den jüdischen Kolonien und ganz besonders in den Städten Jerusalem und Jaffa der Mangel an den notwendigsten Nahrungsmitteln sehr unangenehm bemerkbar macht. Nur in Galiläa sind die Verhältnisse erträglich geblieben.

Unter diesen Umständen war es auch für uns eine selbstverständliche Pflicht, trotz der großen Lasten für die Aufrechterhaltung unserer Landesorganisation und der Zentrale, der Fürsorge für unsere im Felde stehenden Gesinnungsgenossen und trotz der von uns eingeleiteten Hilfsaktion, uns auch der Arbeit für Palästina zu widmen. Auch die Notstandsaktion, die der Nationalfonds vor längerer Zeit eingeleitet hat, konnte uns von dieser Pflicht nicht entbinden, denn es handelt sich jetzt nicht nur um die Aufrechterhaltung der Nationalfondsbetriebe und die Sorge für unsere Arbeiter, sondern um eine Notlage, die fast alle Kreise der jüdischen Bevölkerung Palästinas betroffen hat. Es bedarf wohl keiner Betonung, daß wir unsere Fürsorge in so kritischen Zeiten nicht nur auf unsere Gesinnungsgenossen in Palästina beschränken dürfen.

Wir haben das Hilfswerk, im Gegensatz zu unseren sonstigen Tendenzen, nicht unter unserem Namen eingeleitet, sondern unter einem neutralen Titel mit einer Reihe von anderen an Palästina interessierten Organisationen. Wir wollten in diesem Moment bei einer Hilfsaktion für Palästina nicht den Gegensatz der Parteien betonen, sondern versuchen, eine gemeinsame Aktion zustande zu bringen. Dies entsprach auch den Tendenzen, die im allgemeinen während der Kriegszeit für eine Einleitung von Hilfsaktionen prinzipiell von Behörden als wünschenswert bezeichnet worden sind.

Der Hilfsverein der deutschen Juden und die ihm durch Personalunion verbundenen anderen Organisationen, haben es allerdings auch in dieser Zeit nicht über sich gewinnen können, mit uns zusammen zu gehen, sondern, trotzdem sie von unserer Absicht, eine allgemeine Hilfsaktion für Palästina einzuleiten, unterrrichtet waren, den Ihnen bekannten Aufruf erlassen, in dem sie das Hilfswerk für Palästina mit der großen Aktion für Polen in Verbindung gebracht haben.[3]

Umso notwendiger ist es für alle Freunde Palästinas, eine Sonderaktion für Palästina einzuleiten, denn bei dem allgemeinen Hilfswerk wird die Sorge für Palästina naturgemäß ein wenig in den Hintergrund treten.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Gesinnungsgenosse, alle Vorbereitungen zu

---

Hilfe. Der amerikanische Botschafter in Konstantinopel, Henry Morgenthau, verlangte dringende Hilfe für die Juden in Palästina, die durch den Kriegsausbruch in größte Not und Bedrängnis geraten waren. Das „American Jewish Committee" zusammen mit der „American Zionist Federation" sandten sofort die verlangte Summe. Die AZF ließ dem Jischuw auch weiterhin während des Krieges erhebliche Mittel zukommen.

[3] Gemeint ist die Schaffung der „Vereinigung für die Interessen der osteuropäischen Juden" durch den „Hilfsverein der deutschen Juden".

treffen, um in Ihrem Wirkungskreis unserem Palästinawerk recht *große Mittel* zuzuführen und so weit als möglich die anliegenden Vorschläge für die Durchführung der Sammlung zu beachten.

Wir bitten Sie auch, uns baldigst zu berichten, was Sie zu tun gedenken und uns Ihre Vorschläge und Wünsche zu unterbreiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

und Zionsgruß

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Hantke

[78]
Der Krieg und die jüdische Zukunft
[MITTE 1915]
CZA, A 15/VII/27

[Abschrift]

z.Z. Niedernhausen im Taunus
Villa Germania.

Werter Herr Doktor!

Ihren Brief vom 14. Juni habe ich erst jetzt nach meiner Rückkehr aus München vorgefunden, da meine Eltern in richtiger Erkenntnis ihn nicht für wichtig genug hielten, ihn mir nachzusenden. Trotzdem danke ich Ihnen für Ihre Zeilen und werde sie auch in folgendem beantworten, wenn auch vielleicht nicht in dem Sinne, wie Sie es erwartet hatten:

1. Zur Notprüfung habe ich mich nicht gemeldet.
2. Ebensowenig als Kriegsfreiwilliger.
3. Von irgend einem Verbot meiner Eltern kann hier nicht die Rede sein, wohl aber von einem gut gemeinten Rat meiner Eltern, für den ich, jetzt noch mehr als damals, meinen Eltern sehr dankbar bin. Ich möchte hier vorausschicken, daß ich Zionist bin und als solcher der Ansicht bin, daß es für uns Juden vielleicht noch wichtigere Dinge gibt, als dieser Krieg. Selbstverständlich werde ich, sobald ich eingezogen bin, ebenso tapfer, wie alle anderen, für Deutschland kämpfen, um so auch mit der Tat meine Dankbarkeit zu diesem Lande zu erweisen, das mir Gastfreundschaft bietet und das ich deswegen liebe. Doch solange ich kann, will ich für eine Sache kämpfen, die uns Juden viel näher liegen muß, nämlich für unsere jüdische Zukunft.

Ich bitte Sie, dies den Herren vom „Centralverein" mitteilen zu wollen, wenn ich auch weiß, daß dieselben meine Gefühle nicht verstehen können.

Mit besten Grüßen
gez.: Kurt Ittmann stud. jur.[1]
V.j.St.

[79]
DEUTSCHE ORIENTPOLITIK UND ZIONISMUS
1915
SONDERABDRUCK AUS DEN PREUSSISCHEN JAHRBÜCHERN, BD. 161 (Heft 1), BERLIN 1915

Der Zionismus

Eine Frage der deutschen Orientpolitik

Von

Kurt Blumenfeld

...

Hat die Orientpolitik einer europäischen Macht die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Türkei zum Ziel, dann muß sie im Zionismus einen willkommenen, entwicklungsfähigen Bundesgenossen begrüßen. Deutschlands Interessen beruhen auf der Erhaltung des ottomanischen Reiches; die zionistischen Hoffnungen sind mit der türkischen Entwicklung verknüpft. Dem Strom deutscher Weltpolitik bietet sich somit die Möglichkeit, die zionistische Welle aufzunehmen. Es ist gezeigt worden, daß es sich nicht um ein zufälliges Einwanderungsmaterial handelt, dessen Qualitäten sich

---

[1] Es ist nicht bekannt, wer der Schreiber dieses Briefes war, noch was ihn zu seiner Antwort an den Centralverein veranlaßte.

* In Band 160, Heft 2 der „Preußischen Jahrbücher" schrieb Emil Daniels, der Redakteur dieser angesehenen Zeitschrift, einen „Die Juden des Ostens" betitelten Artikel, in dessen letztem Absatz er behauptet: „Der Zionismus ist nicht viel mehr als eine politische Sternschnuppe ..." (S. 331). Professor Hans Delbrück, der Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher", forderte Blumenfeld zur Stellungnahme zu den antizionistischen Bemerkungen Daniels' auf. Aus Blumenfelds Antwort wird hier der Schlußabsatz abgedruckt.

Vgl. *Blumenfeld*, Erlebte Judenfrage, aaO., S. 116–117.

einer Beurteilung entziehen, sondern daß die besten, von idealem Streben geleiteten Elemente des jüdischen Volkes der Türkei zuzuströmen willens sind. Menschen, „die müde sind, mit Geschaffenem und Gemachtem abgefunden zu werden: sie wollen Geborenes, um mit ihm zu leben". Das im Zionismus lebende Streben kann durch dieses von Paul de Lagarde[1] geprägte Wort gekennzeichnet werden. Die zionistische Bewegung befindet sich in ihren Anfängen, aber sie wächst schnell. Mit Hilfe des alten Orientvolks der Juden kann der deutsche Sprach- und Bildungseinfluß in der Türkei die erste Stelle erringen, der deutsche Wirtschaftseinfluß auf allen Gebieten gestärkt werden. Die deutsche Politik muß vom deutschen Standpunkt aus die Frage des Zionismus einer eingehenden Prüfung unterziehen, und diese Prüfung muß zu einer prinzipiellen Stellungnahme führen.* Da es sich im Zionismus nicht um zusammenhanglose Einzelaktionen, die je nach Bedarf in den Dienst einer Macht gestellt werden können, handelt, sondern um eine Bewegung mit einheitlichen Grundlagen und feststehenden Zielen, genügt es nicht, dieser Bewegung gelegentlich in einzelnen Fällen Zeichen des Wohlwollens zu geben. Es ist erforderlich, über die allgemeinen Zusammenhänge Klarheit zu gewinnen und zu einer grundsätzlichen Feststellung über den Nutzen des Zionismus für die Zukunft des ottomanischen Reiches und für die deutsche Orientpolitik zu gelangen. Die Kenntnis des Zionismus gibt ferner der politischen Öffentlichkeit die Möglichkeit, von neuen Gesichtspunkten aus zur Judenfrage Stellung zu nehmen.

* Vgl. „Die politische Bedeutung des Zionismus", Das größere Deutschland 1915, Nr. 9.[2]

---

[1] Paul Anton de Lagarde, ursprünglich Böttidher (1827–1891). Deutscher Protestant, Orientalist und politischer Philosoph. Lehrte orientalische Sprachen an der Universität Göttingen. Deutscher Konservativer und Nationalist, der den Juden als Anhängern eines liberalen und internationalen Modernismus abgeneigt war. Lagardes Philosophie nahm später die Form einer das Primat des deutschen Volkes über alle anderen Nationen verkündenden Ideologie an.

[2] Anmerkung im Dokument.

[80]
Stärke und Aufgaben des KJV
12. AUGUST 1915

Der Jüdische Student

XII. Jg., Nr. 3, 12. August 1915, S. 60–63

Zum Jahrestage der Fusion

Von Egon Rosenberg.

Am 19. Juli jährt sich der Tag, an welchem B.J.C. und K.Z.V. sich fusioniert haben. Sie, die bisher jeder für sich ein Ganzes bedeuteten, sind zu Bausteinen eines Neuen, zu Voraussetzungen neuer Entwicklungen geworden.

Wessen historischer Sinn nicht über den Rahmen persönlichen Erlebens hinausgeht, mag es schmerzlich empfinden, daß Langbestandenes, Liebgewordenes sich gewandelt hat, daß seinen persönlichen Erinnerungen der gewohnte Rahmen fehlt. Wer dagegen historische Entwicklungen versteht, wird empfinden, daß in der Wandlung der Begriffe B.J.C. und K.Z.V. eine Erhöhung ihres Wertes liegt. Der Zionismus ist Bewegung, Idee und Organisation sind im Fluß. Weder in dem einen noch in der anderen kann er sich den Luxus starrer Formen leisten. Nichts Bestehendes darf nur um seiner Existenz willen erhalten werden, wenn seine Wandlung die Voraussetzung eines lebendigeren Neuen ist.

Zwei Studentenorganisationen haben sich vereinigt – ein Ereignis, das über den Kreis der nah und eng Beteiligten kaum hinaustritt. Was vor einem Jahr geschehen ist, war indes etwas Anderes, Größeres. Es war der sichtbare Ausdruck, der Sieg des Prinzips der Konzentration aller aktiven Kräfte auf eine einheitliche Leistung – welches das Prinzip des Zionismus ist – in einem der wichtigsten Faktoren des Zionismus. Was die jüdische Akademikerschaft für den Zionismus geleistet hat, dürfte nicht erörtert werden, wenn die zionistische Studentenschaft nichts wäre, als der Träger eines verstaubten Lorbeerkranzes. Aber in dem, was sie ihrem Volke noch leisten soll und muß, liegt ihre hohe Bedeutung. Und darum verdient der Tag der Fusion als ein Markstein in der Entwicklung des Zionismus gewürdigt zu werden.

Der neue Bund besteht nun ein Jahr, aber ein Jahr, das jede Entwicklung unterbrochen hat, und deshalb können wir als Resultat dieses Jahres nicht mehr sagen, als was wir am Schlusse des Gründungskartelltages bereits empfunden haben: der neue Bund besteht und wird bestehen.

Die Fusion konnte als Ausdruck des zionistischen Zusammengehörigkeits- und Verantwortlichkeitsgefühls an einem Tage beschlossen werden. Ihre

innere Durchführung mußte der kommenden Zeit überlassen bleiben. Die Schranke der Organisation war gefallen, das trennende Moment kleinlicher Rivalität beseitigt, und wir wollten als ein Kreis gleichgesinnter Freunde an unsere Arbeit gehen.

Da kam dieser furchtbare Krieg und versprengte unseren Kreis. Er hat uns furchtbare Verluste zugefügt.[1] Wie wertvoll jeder einzelne der Gefallenen war, erkennen wir aus unserem Empfinden, als ob es gerade die besten wären, die uns geraubt wurden. So viele prachtvolle Menschen, so viele glänzende Hoffnungen sind zerstört, und trauernde Freundschaft läßt uns erkennen, wie nahe wir heute schon alle einander sind.

Der Krieg, der fast alle Völker der Erde in den Kreis seiner Wirkung zieht, trifft unser Volk am härtesten. Hunderttausende von Juden kämpfen gegeneinander, die Zentren jüdischer Siedlungen sind der Kriegsschauplatz, auf dem die Judenpolitik Rußlands und der feige, hinterlistige Haß des verräterischen Polenvolkes uns schwerere Wunden schlägt als die Waffen der kämpfenden Truppen.

Vielleicht wird dieser Krieg aber für keines der Völker so entscheidend sein wie für unser Volk. Nach dem Krieg wird die Judenfrage unzweifelhaft einer öffentlichen, internationalen Diskussion unterzogen, wie sie es seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts nicht mehr war.[2] Damals wurde die Judenfrage auch international diskutiert und zu lösen versucht im Sinne der die Zeit beherrschenden Idee des Kosmopolitismus. Die Diskussion über die Juden war reine Doktrin. Das Wesen des jüdischen Volkes, seine Werte, seine Entwicklungsmöglichkeiten waren den europäischen Völkern absolut unbekannt. Der europäischen Auffassung vom Judentum stand keine jüdische öffentliche Meinung gegenüber und keiner nationalen Kontrolle unterstanden diejenigen, die sich aus eigener Macht zu Vertretern der Judenheit gemacht hatten. Das Resultat war Assimilation. Nach diesem Kriege wird ein starker und organisierter jüdischer Volkswille die Diskussion beeinflussen, wird aufklären, fordern und wird für das Wesen der jüdischen Nation und für ihre naturnotwendigen Forderungen Verständnis schaffen.

Es wird auch dann eine Richtung im Judentum geben, besonders in Deutschland, welche versuchen wird, die Frage ihres Judentums aus dem Gefüge der internationalen Judenfrage zu reißen und im Falle der deutschen Juden eine deutsche Judenfrage zu konstruieren. Vor hundert Jahren hat man mit bedeutendem Erfolg das Judentum zu entmaterialisieren versucht, es auf eine spiritualistische Lebensformel gebracht; heute wird das nicht mehr möglich sein. Ein großer Teil der Juden hat aus der verschwommenen Ideen-

---

[1] Bis Oktober 1915 waren 112 eingeschriebene Zionisten gefallen (s. „Bericht der ZVfD, Juli 1914–Oktober 1915", CZA, Z 3/800), davon 31 KJVer (s. *Bruno Kirschner/Arthur Stein*, Gedenkbuch für die verstorbenen Bundesbrüder, Berlin o. J. [1919?]).

[2] Hinweis auf den Wiener Kongreß, 1814–1815. Dies war der erste internationale Kongreß, der sich mit der Judenfrage befaßte.

welt der Assimilation den Weg zu nationalem Selbstbewußtsein gefunden, und die Umwelt, die eben jetzt den Begriff und den Wert nationaler Eigenart erkennt, ist nicht mehr durch zweifelhafte philosophische Deduktionen über das Wesen des Judentums zu täuschen. Nach dem Kriege wird es die Forderung des Tages sein, dem jüdischen Volk und seinen Existenzbedingungen das Verständnis der Allgemeinheit zu erkämpfen.

Für die Judenheit der Assimilationsländer bedeutet diese Entwicklung Bruch mit aller Tradition. Die Juden dieser Länder haben bisher nur eine sekundäre Judenpolitik getrieben, indem sie ihre jüdischen Interessen in den Rahmen innerpolitischer Streitfragen gezwängt haben. Von außen und von innen werden sie nun vor das Problem der jüdischen Nationalität gestellt werden. Dieses Problem, das zu einem Kampfwort geworden ist in der politischen Realität: Zionismus.

Auch ohne den Krieg wäre die Entwicklung der Judenfrage an diesen Punkt gekommen, aber natürlich viel langsamer. Eine mühsame Eroberungsarbeit hätte die nächste jüdische Generation uns gewinnen sollen.

Ein wesentliches Instrument dieser Aktion ist das K.J.V. Seine Bedeutung und sein Zweck ist die innere Eroberung des deutschen Judentums. Dieser Aufgabe gerecht zu werden vermag eben nur eine Organisation, die in intensiver und gleichartiger Erziehungsarbeit ihre Mitglieder ganz unserer Idee gewinnt, eine Gemeinschaft, der durch die Wirkung eines auf Freundschaft basierten Zusammenlebens die Möglichkeit gegeben ist, den idealistischen Inhalt der Bewegung auf den Einzelnen zu übertragen. Hätten wir die Fusion nicht geschlossen, hätte die Neuentwicklung, das gemeinsame Erlebnis dieses Krieges sie erzwungen. Wir können stolz darauf sein, daß unsere zionistische Reife uns noch vor dem Krieg den Willen zum Zusammenschluß gab. Ohne den Krieg wäre die Fusion in ihrer Durchführung ohne Zweifel weitergekommen, aber nur organisatorisch; innerlich hat der Krieg sie weit gefördert. Die draußen im Felde zusammengetroffen sind, haben sich als Bundesbrüder gefunden, auch wenn sie sich vorher kaum gekannt haben; und die hier geblieben sind und die Aufgaben erfüllen, unseren Bund über die Schwierigkeiten dieser Zeit hinwegzubringen, ihn für die Heimkehrenden zu erhalten, haben in der gemeinsamen Arbeit sich in Freundschaften und Bundesbrüderlichkeit gefunden. Die aus dem Felde zurückkehren, werden einen geschlossenen Kreis finden, der sie alle mit der gleichen herzlichen Freundschaft zu gemeinsamem Leben und zu gemeinsamer Arbeit erwartet.

Der organisatorische Ausbau hat unter dem Krieg gelitten. Wir mußten uns darauf beschränken, das Erreichte zu erhalten, die künftige Ausgestaltung vorzubereiten. Diese wird Aufgabe des ersten Kartelltages sein. Was noch an unerfüllten Wünschen geblieben ist, wird auf diesem Kartelltag freundschaftliches Verständnis und Entgegenkommen finden. Dieses Verständnis soll all den Bestrebungen entgegengebracht werden, die der Freude am Kartell, der inneren Festigung des Kartells, dem engeren Zusammen-

schluß unserer Bundesbrüder dienen. Was geeignet ist, unsere Gemeinsamkeit zu stören, was den inneren Zusammenhang, die organische Einheitlichkeit des Kartells gefährdet, wird die scharfe Gegnerschaft aller jener finden, die begriffen haben, um was es sich bei der Schaffung unseres Kartells handelte. *Nicht um eine Organisation, nicht um unsere Persönlichkeiten, sondern um die jüdische Sache.*

[81]
Kriegsgegnerschaft – Auswanderung nach Palästina
[SEPTEMBER 1915]

Die Blauweiße Brille

Nr. 2, im Tischri[1] 5676

Laienpredigt

...

Seit einem Jahr stehen wir im Krieg, aber nicht nur als Zuschauer und Zeugen: daß wir seine absolute Unsinnigkeit, seinen vollendeten Wahnsinn begriffen hätten und Europa gelassen hätten, was Europas ist; nein, als aktiv tätige, als Teilnehmer mit Körper und Seele. Von den lauten Wegen der Geschichte her lockte er uns, die noch auf den Wegen der Tiefe gingen, Seele und Werk an Andere zu verkaufen, zu verkaufen für das Erlebnis des Mordes. Unsere Brüder zogen mit hinaus, der Kampf um Zion wurde verwechselt mit dem menschenmordenden Kampf um die besten Weideplätze, wir haben gesehen, wie eine ganze Ideologie des Krieges als jungjüdische Sache aufgestellt wurde und haben gesehen, welchen Anklang sie fand. Und in dem großen Leid, das über uns gekommen ist, ging das Lachen und die Freude verloren, von denen wir wahrlich nicht zu viel hatten. Da stehen wir jetzt, und kein Tolstoi ist da, der „Besinnt euch“ riefe.

Soll dies im neuen Jahre so weiter gehen? Soll der Weg nach Zion über Hauptstädte Europas führen?

---

* „Die Blauweiße Brille“, die 1915/1916 erschien, war eine (handgeschriebene und dann hektographierte) Veröffentlichung einer mit dem „Blau-Weiß“ nicht konform gehenden Gruppe namens „Jung Juda“. Erich Brauer beteiligte sich an der Herausgabe der „Blauweißen Brille“, und Gershom Scholem war die treibende Kraft und lieferte auch die meisten Beiträge.

[1] Tischri ist der nachexilische Name des siebenten Monats des jüdischen Jahres, auf dessen ersten Tag das jüdische Neujahrsfest „Rosch Haschanah“ fällt (etwa September–Oktober).

In den Bethäusern bläst man den Schofar, und auf den Straßen der Städte in den Tagen des Elul[2]: Eine Mahnung zur Umkehr! Hören wir auf sie!

Wir wollen die Scheidelinie zwischen Europa und Juda ziehen: „Meine Gedanken sind nicht deine Gedanken und deine Wege sind nicht meine Wege".[3] Wir haben nicht soviel Menschen, um sie freiwillig dem Moloch in den Rachen zu werfen. Nein, wir brauchen Menschen, Menschen, die den Mut haben, ihre Gedanken, ihre jüdischen Gedanken zuende zu denken, Menschen, die den Mut des Radikalismus in Gedanken und Taten haben, die ihrem Volke nahe genug sind, um nicht jedem Rausch, der zwischen London und Petersburg tobt, zu unterliegen, Menschen, denen die Worte „Dogmatismus" und „Verranntheit" nur ein Lächeln entlocken.

...

Auf ihr Jungen, und zertretet die Tiamat[4], zerstampft den Drachen Krieg, schafft den neuen Himmel und die neue Erde, schafft ein Jerusalem der Freude und ein Volk des Jubels.

G.S.[5]

Palästina

Herzls Worte: „Alle diejenigen sollen nach Palästina gehen, die sich hier nicht assimilieren wollen oder können", haben, so glaube ich, heute noch dieselbe Bedeutung wie zu seiner Zeit. Aus ihnen geht klar hervor, daß jeder Zionist zur Auswanderung verpflichtet ist, denn man kann annehmen, daß keiner, der unsere Ideen in sich aufgenommen hat, sich assimilieren will.

Nun war zu Herzls Zeiten das Palästinaproblem sehr einfach. Man glaubte, daß Herzl eines Tages mit dem Charter vor das jüdische Volk treten und die Massenauswanderung ins Werk setzen würde. Herzl sprach noch auf dem 6. Kongreß[6] vom „Zeichen des Aufbruchs für die Massen". Es war also

---

[2] Elul ist der sechste Monat des religiösen Kalenders (etwa August–September).

[3] Jesaja 55, 8.

[4] Im babylonischen Mythos Göttin des Abgrunds.

[5] Gershom (Gerhard) Scholem (geb. 1897). Jüdischer Gelehrter, Pionier und führende Autorität auf dem Gebiet wissenschaftlicher Erforschung der Kabbala und jüdischer Mystik. Aus assimilierter Berliner Familie, schloß Scholem sich als junger Student der zionistischen Bewegung an, kritisierte schon früh den offiziellen deutschen Zionismus, weil er die Frage der zionistischen Verwirklichung, die Wiedererneuerung der hebräischen Sprache und die Erforschung jüdischer Quellen nicht in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit stellte. War ein scharfer Kritiker der Zionisten, denen die zionistische Ideologie theoretisch blieb und die nicht ernsthaft beabsichtigten, nach Palästina zu übersiedeln. Scholem wanderte 1923 in Palästina ein und wurde Professor für jüdische Mystik an der Hebräischen Universität Jerusalem. Siehe seine Autobiographie „Von Berlin nach Jerusalem", Frankfurt a. M. 1977.

[6] Der VI. Kongreß fand vom 23.–28. August 1903 in Basel statt.

eine Zeit der Untätigkeit, indem der einzelne Zionist nur auf den großen Moment wartete und bis dahin sich hier einzurichten versuchte; und viele haben sich sehr gut eingerichtet, so gut, daß sie sich jetzt gar nicht von hier trennen können.

Nun haben sich aber in den letzten Jahren im Zionismus tiefgehende Änderungen vollzogen. Erstens glaubt man heute im allgemeinen nicht mehr an die Massenauswanderung, die unser Volk nach Palästina bringen soll, sondern man gedenkt durch allmähliche Besiedlung des Landes unser Ziel zu erreichen.

Zweitens, und dies ist vielleicht das Wichtigste, ist der Zionismus zugleich viel innerlicher, viel persönlicher geworden, er ist jetzt in weit höherem Maße Sache des Einzelnen als früher. Diese beiden Momente machten das Auswanderungsproblem akut. Denn nun, da von einer allgemeinen baldigen Verwirklichung nicht mehr gesprochen werden kann, muß sich jeder Zionist die Frage vorlegen, wie er wenigstens für sich selbst das Endziel herbeiführen kann. Und durch die Verinnerlichung des Zionismus ist dieser einerseits, zum mindesten bei uns Jungen, viel intensiver geworden, andererseits ist uns die tiefe Kluft, die zwischen Juden und der herrschenden Bevölkerung in den Wohnländern besteht, erheblich stärker zu Bewußtsein gekommen. Man sollte also erwarten, daß alle oder doch fast alle jungen Zionisten sich darauf vorbereiten, nach Palästina überzusiedeln. Aber sieht man sich die Berufe an, die von ihnen ergriffen werden, so wechselt Jura und Medizin.

Manche reden sich wenigstens noch ein, daß sie einmal, besonders als Mediziner, übersiedeln können. Es ist aber nach allgemeinem Urteil gar nicht daran zu denken, daß in den nächsten Jahren eine irgendwie nennenswerte Anzahl von Ärzten in Palästina Beschäftigung finden kann. Und nun gar erst die Juristen! Mancher gedenkt, zur Verwaltung überzugehen und auf diese Weise Arbeitsgelegenheit in Palästina zu finden. Wir haben also noch Phantasten unter uns!

Jedoch neben solchen Phantasten gibt es auch eine ganze Reihe junger Zionisten, die unumwunden zugeben, daß sie bis auf weiteres gar nicht daran denken, nach Palästina überzusiedeln.

Diese bedauerliche Erscheinung ist die Folge unserer verfehlten Propaganda. Wir haben häufig, um keinen Anstoß zu erregen, denen, die wir werben wollten, den Zionismus so dargestellt, wie er ihnen gerade gefiel.

Orthodoxen erzählten wir, daß der Zionismus die alte Religion wieder belebe, Freigeister wiesen wir auf atheistische Führer hin u.s.w. Besonders aber haben wir immer behauptet, daß die Auswanderung eines jeden Zionisten nach Palästina durchaus nicht Pflicht eines jeden Zionisten sei. Sie sei überhaupt nicht wünschenswert, denn die russischen Juden hätten die Befreiung viel nötiger als wir und außerdem sei Palästina nicht groß genug, um Einwanderer aus allen Ländern aufzunehmen. Es gibt aber keine derartigen Entschuldigungen dafür, daß man durchaus keine Anstalten für eine

Auswanderung trifft und glaubt genug zu tun, wenn man den Schekel zahlt und für den Nationalfonds spendet.

Wohl kann es Gründe geben, die den Einzelnen hindern, die letzte Konsequenz zu ziehen; diese Gründe können aber nur persönlicher Art sein. Für die Allgemeinheit kommen sie nicht in Betracht. Falsch aber ist es, wenn von offizieller Seite immer wieder betont wird, daß ein Zionist nicht nach Palästina [zu] gehen brauche. Auf diese Weise bekommen wir Schekelzahler aber keine wahren Zionisten. Es muß einmal gegen solche Verwässerung und Flaumacherei entschieden protestiert werden, protestiert von uns Jungen, die wir nicht unser Ideal für dekadente Philister von Berlin W zurechtstutzen lassen wollen. Unsere Leitung soll dafür sorgen, daß wir in Palästina die notwendigsten Lebensbedingungen haben, damit wir unseren Zionismus erfüllen können, aber nicht dafür, daß unsere Idee salonfähig werde. Die [Faulen?[7]] und Bequemen mögen uns fernbleiben. Wir wollen keine Vereinsmitglieder, keine Rachmoniszionisten[8], sondern wir wollen Juden, die den gewaltigen Judenschmerz ganz erlebt haben, die das Fernsein von Palästina als anormalen Zustand empfinden und entschlossen sind, für sich selbst wenigstens, dem ein Ende zu bereiten.[9]

[82]

Auseinandersetzung in der ZVfD über die Stellung des Zionismus zum „Komitee für den Osten"

9. JANUAR 1916

CZA, A 15/VII/28

Protokoll

über die Plenar-Sitzung im Zentralkomitee der Zionistischen Vereinigung für Deutschland

Sonntag, den 9. Januar 1916 im Bureau, Berlin W.15, Sächsischestr. 8

...

Der Vorsitzende [Arthur Hantke] erstattete sodann ein sehr ausführliches Referat über die Lage der Organisation, die Lage in Palästina, die Politik des E.A.C. und die Pläne des E.A.C. für die Zukunft. Wegen der Arbeit des Lan-

---

[7] Das Wort fehlt im Original.

[8] Zionisten aus Mitleid (Jiddisch).

[9] Nach Erinnerung von Prof. Gershom Scholem war der Verfasser dieses Artikels Harry Heymann (1897–1918, gefallen an der französischen Front), einer seiner engsten Freunde aus dem „Jung Juda".

* Als das „Deutsche Komitee zur Befreiung der russischen Juden" (DCBRJ) unter der Führung von Max Bodenheimer gegründet wurde, gehörte ihm eine Anzahl prominenter deutscher Zionisten wie Adolf Friedemann, Arthur Hantke, Alfred Klee, Franz Oppenheimer, Martin Buber und Kurt Blumenfeld an. Vor der Gründung

desverbandes verwies der Vorsitzende auf den gedruckten Jahresbericht und gab dann besondere Mitteilungen zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung. An den Bericht knüpfte sich eine sehr umfangreiche Debatte, in welcher Herr Dr. Friedemann über die Tätigkeit des Komitees für den Osten berichtete. Es sprachen außerdem, und zwar sowohl zum Referat als auch über die Tätigkeit des Komitees für den Osten Herr Dr. Jacobson [1], Herr Justizrat Dr.

---

des späteren „Komitees für den Osten", hatte am 17. August 1914 eine Sitzung von Vertretern des Engeren Aktions-Comités und des Mannesmann-Comités stattgefunden, an der Bodenheimer und Friedemann teilgenommen hatten. Das letztere war eine private Gruppe, die von dem prominenten deutschen Industriellen Reinhart Mannesmann organisiert war, um seine ausländischen Geschäftsbeziehungen zu Propagandazwecken für die Mittelmächte auszunutzen. Bodenheimer persönlich war für politische Neutralität eingetreten, offenbar aber erfolglos, denn auf dieser Sitzung wurde die Gründung des DCBRJ beschlossen, mit Oppenheimer als erstem und Bodenheimer als zweitem Vorsitzenden.

Den Zionisten war diese Entwicklung nicht angenehm. Sie befürchteten, daß eine speziell für Propagandazwecke zu Gunsten der Mittelmächte gebildete Organisation nicht nur der zionistischen Sache bei den Alliierten und in neutralen Ländern schaden, sondern auch die Sicherheit der Juden im zaristischen Rußland bedrohen würde. Wenige Tage nach Bildung des DCBRJ verlangte Arthur Hantke seine Auflösung, oder aber seine vollkommene Neutralisierung und Umänderung des Namens. Daraufhin bemühte man sich, dem Komitee einen mehr neutralen Anstrich zu geben; Nichtzionisten wurden zur Mitgliedschaft aufgefordert und einige zionistische Mitglieder der Führung traten zurück. Bodenheimer legte den Vorsitz des Direktoriums des „Jüdischen Nationalfonds" nieder, und das Komitee gab sich den harmlosen Namen „Komitee für den Osten" (November 1914).

Die Unstimmigkeiten zwischen den zionistischen Führern und ihren Freunden in der Führung des Komitees beschränkten sich nicht nur auf die Frage der Neutralität. Die Mitglieder des zionistischen Engeren Aktions-Comités wollten, daß Propaganda für die traditionellen Ziele des Zionismus gemacht würde. Die politischen Interessen Deutschlands und seiner Verbündeten waren nicht die ihren. Das Komitee jedoch trat für eine zionistische Politik ein, die die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei, welche zu dieser Zeit über Palästina herrschte, nicht gefährdete.

Auf einer Sitzung am 20. Dezember 1914, an der Hantke, Victor Jacobson, Nahum Sokolow und Otto Warburg vom Engeren Aktions-Comité, und Bodenheimer, Klee und Leo Motzkin als Gäste teilnahmen, wurde folgendes beschlossen:

> „Jede jüdisch-politische Arbeit in der Türkei und Palästina obliegt einzig und allein dem EAC. Andere Zionisten dürfen nur mit besonderer Erlaubnis des EAC in der Türkei und Palästina tätig sein." CZA, Z 3/204.

Das EAC war auch der Ansicht, daß es die Aufgabe der offiziellen zionistischen Institutionen und nicht des „Komitees für den Osten" sei, die osteuropäischen Juden politisch zu organisieren. Erst nach längerem Widerstand gab das Komitee seine Zustimmung zu diesen vom EAC geforderten Einschränkungen.

Vgl. *Zosa Szajkowski*, The Komitee für den Osten and Zionism, in: Herzl Year Book, Bd. VII, New York 1971. Ebenfalls CZA, A 15/VII/1; A 15/VII/6; A 15/VII/10; A 8/37/2.

[1] Victor Jacobson (1869–1934). Chemiker und Bankier. 1902–1903 Leiter des Informationsbüros der russischen Zionisten; 1899–1900, 1901–1911, 1920–1929, 1931–1933 Mitglied des GAC, 1911–1920 Mitglied des EAC; 1933–1934 Mitglied der Zionistischen Exekutive und der Jewish Agency. 1908–1914 Vertreter der Zionistischen Organisation in Konstantinopel, 1925–1934 in Genf und Paris.

Bodenheimer, Herr Arnold Wiener, Herr Dr. E. Straus, Herr Blumenfeld und Herr Kareski[2]. Als Gäste sprachen die Herren Farbstein und Julius Berger[3] über die Zustände in Polen. Der Vorsitzende stellte sodann namens des Geschäftsführenden Ausschusses folgende 3 Anträge:

1.) Das Zentralkomitee erklärt sich mit der vom Engeren Aktionskomitee befolgten Politik einverstanden und spricht dem Engeren Aktionskomitee sein volles Vertrauen aus.

2.) Das Zentralkomitee fordert, daß alle deutschen Zionisten ihre zionistische Tätigkeit allein auf die Politik des engeren Aktionskomitees einstellen und verwirft jede zionistische Sonderaktion.

3.) Das Zentralkomitee erklärt sich mit der Tätigkeit des Geschäftsführenden Ausschusses einverstanden und fordert alle deutschen Zionisten auf, den Geschäftsführenden Ausschuss mit allen Kräften zu unterstützen.

Herr Justizrat Bodenheimer stellt den Antrag:

Das Zentralkomitee nimmt keinerlei Stellung zu der Tätigkeit des Komitees für den Osten.

Der Vorsitzende erklärt darauf, daß seines Erachtens das Zentralkomitee in der Tat zu der Tätigkeit des Komitees für den Osten eine Stellung nicht nehmen solle, denn es handele sich um ein nichtzionistisches Komitee. Er habe daher ja auch in seinem Referat zum Komitee für den Osten Stellung nicht genommen. Der Vorsitzende ist aber dagegen, dies durch Abstimmung festzulegen. Herr Justizrat Bodenheimer zieht darauf den Antrag zurück, nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, seine Ansicht zu Protokoll zu geben, und die anwesenden Mitglieder mit dieser Regelung sich einverstanden erklärt hatten.

Bei der Abstimmung über die Anträge des Geschäftsführenden Ausschusses wurde der Antrag zu 1) mit 23 Stimmen angenommen. Die Herren Justizrat Bodenheimer und Kareski enthielten sich der Abstimmung, Justizrat Bodenheimer auch namens des von ihm vertretenen Herrn Dr. Leszynsky[4]. Herr Dr. Friedemann hatte schon vorher die Sitzung verlassen, da er abreisen mußte. Herr Dr. Klee konnte nur mit einer Vollmacht stimmen, da jedes Mitglied des Zentralkomitees immer nur eine Vollmacht ausüben kann.

Der Antrag zu 2) wurde einstimmig angenommen. Der Antrag zu 3) wurde im ersten Teil mit demselben Stimmenverhältnis wie der Antrag zu 1), in seinem zweiten Teil einstimmig angenommen.

...

---

[2] Georg Kareski (1879–1947). Stammte aus Posen. War später aktiver Revisionist. Er machte die jüdische Gemeinde Berlin zu seiner politischen Basis und gehörte dort zu den Gründern der „Jüdischen Volkspartei". Wurde 1928 zum Vorsitzenden des Vorstands der Berliner Gemeinde gewählt und hatte dieses Amt bis 1930 inne.

[3] Julius Berger (1883–1948). Sekretär von David Wolffsohn, führend in der „Keren Hajessod"-Arbeit in Mitteleuropa. Lebte ab 1924 in Palästina.

[4] Eduard Leszynsky, Gegner der Richtung Kurt Blumenfelds im deutschen Zionismus.

[83]
Nach dem Krieg – nach Palästina!
26. JANUAR 1916

Der Jüdische Student

XII. Jg., Nr. 5, 26. Januar 1916, S. 134–135

Nach Palästina!

Der Krieg hat das zionistische Gewissen vieler Bundesbrüder geweckt. Die Unehrlichkeit unseres Kompromisses zwischen Zionismus und dem Leben in Deutschland, die Haltlosigkeit unsrer Stellung zwischen Assimilanten und Juden, die Schwächlichkeit unsrer zionistischen Lebenspläne stehen uns lebendig vor Augen.

Stärker als je lebt in uns die Sehnsucht, mit aller Selbsttäuschung, Phrasen und Konzessionen zu brechen und in Palästina als freie Menschen zu leben.

Aufrichtige Selbstprüfung bringt uns zu der Erkenntnis, *daß wir die Kraft zur Übersiedlung nach Palästina nur gleich nach dem Kriege besitzen werden.*

Wenn wir erst einmal wirtschaftlich in Deutschland verwurzelt sind, werden wir uns ebensowenig loszureißen vermögen wie die zionistischen Generationen vor uns trotz ihres ehrlichen Willens.

Niemals kann uns die Loslösung aus dem gewohnten Milieu leichter fallen als gleich nach dem Kriege; niemals werden wir wieder körperlich so vorbereitet, der großstädtischen Verweichlichung so entwöhnt sein.

Niemals wird unser Sehnen nach nationaler Freiheit so heiß, unser Opferwille so stark sein.

Die Übersiedlung nach Palästina vertagen, heißt auf sie verzichten.

Darum müssen wir gleich nach dem Kriege nach Palästina gehen.

Die Stärksten und Mutigsten aus unserem Bunde sollen sich zu einer Gemeinschaft zusammentun und in Palästina als *Bauern* ein neues, freies Leben sich erkämpfen.

Die praktische Möglichkeit sei dem großen Kreise der Bundesbrüder zur Diskussion unterbreitet.

Berthold Cohn Walter Preuß [1]

---

* Der Aufruf von Berthold Cohn und Walter Preuß löste auf mehrere Monate eine stürmische Diskussion in den Spalten des „Jüdischen Studenten" aus. Vgl. die in den folgenden Nummern des „Jüdischen Studenten" veröffentlichten Artikel von Moritz Bileski und Salli Hirsch (s. Dok. 86, 87).

[1] Walter Preuß (geb. 1895). Nationalökonom. Wanderte 1922 in Palästina ein; wurde Leiter der Statistischen Abteilung der „Histadrut" (Gewerkschaftsorganisation), später Dozent an der Universität Tel Aviv. Siehe seine Lebenserinnerungen: Ein Ring schließt sich. Von der Assimilation zur Chaluziuth, Tel Aviv o. J. [1950].

[84]
ZUR ANSIEDLUNG IN PALÄSTINA SIND GELD UND ERFAHRUNG NÖTIG
24. FEBRUAR 1916
CZA, A 231/2/7

Tempelhof, den 24. Februar 1916

Lieber Bundesbruder!

Wir haben Dich vor einigen Tagen zu einer Besprechung eingeladen, die am . . . stattfinden soll.

Wir werden den anwesenden Alten Herren und Inaktiven folgende Resolution zur Beschlußfassung vorlegen: . . .

Der im letzten J.St. erschienene Aufruf von Berthold Cohn und Walter Preuss „Nach Palästina“ fordert zu einer Auswanderung nach Palästina gleich nach dem Kriege auf. Der Artikel spricht in seinen einleitenden Sätzen gleichsam zur Erklärung und Begründung der Forderung von „der Unehrlichkeit unseres Kompromisses zwischen Zionismus und dem Leben in Deutschland“, von „der Schwächlichkeit unserer zionistischen Lebenspläne“, von „Selbsttäuschung, Phrasen und Konzessionen“.

Dazu erklären wir folgendes:

1) Der Gedanke einer Übersiedlung nach Palästina ist ein alter, selbstverständlicher Besitz von uns allen; uns allen vertraut und den meisten ein Ziel ihrer Wünsche.

Die in den letzten Jahren aufgekommenen Palästinafahrten, die steigende Zahl der Niederlassungen geeigneter und beruflich und finanziell selbständig gewordenen Bundesbrüder zeugen für die Lebendigkeit des Palästina-Gedankens in unseren Reihen. In diesem Sinne begrüßen wir auch die dem Aufruf zu Grunde liegende Tendenz. Ersehen wir doch daraus, wie fest dieser Gedanke auch in dem Kreis der jüngeren Bbr. Wurzel gefaßt hat. Hingegen sind wir auf Grund der Informationen der maßgebenden Kenner der Verhältnisse in Palästina zu der Überzeugung gekommen, daß bei dem Stand der heutigen Kolonisationsmöglichkeiten nur für unabhängige und erfahrene Männer, die dem Lande Geld und Erfahrungen mitbringen können, Gelegenheit besteht, in Palästina festen Fuß zu fassen.

. . .

Mit bundesbrüderlichem Gruß
gez. *Schwarz* [1]

---

[1] Höchstwahrscheinlich Alfred Schwarz (1886–1957). Arzt. Mitglied des VJSt., Berlin. Führendes Mitglied des KJV und der ZVfD.

[85]
Zionistische Kritik am „Komitee für den Osten"
9. MÄRZ 1916
CZA, A 142/47/5

9. März 1916

Herrn
Rechtsanwalt Dr. Max Kollenscher
Posen

Lieber Herr Kollege!

Vielen Dank für Ihren ausführlichen Brief vom 4. cr. . . .

. . .

So schwierig die ostjüdischen Verhältnisse liegen, so wenig ist es in der Tat möglich, sich um sie nicht zu kümmern. Und an sich hätte das E.A.C. in der Tat dem Komitee für den Osten sehr dankbar sein können, wenn es ihm diese Aufgabe erleichtert hätte. Leider aber hat das Komitee für den Osten dies nicht getan, sondern ist, ohne die tatsächlichen Verhältnisse zu kennen, in die Ostjudenfrage hineingesprungen, hat sich festgelegt und hat durch die Art seiner Geschäftsführung mindestens so viel geschadet als genützt, namentlich seitdem innerhalb des Komitees ein sehr betrübender Kampf gegen Dr. Bodenheimer geführt wird.[1]

Dr. Friedemann hat in unserer letzten Sitzung einen sehr schönen Bericht über die Taten des Komitees gegeben; Sie haben wohl selbst bemerkt, daß Dr. Bodenheimer dazu geschwiegen hat. Ein wichtiger Punkt in den Ausführungen Dr. Friedemanns war die Zusage, die das Komitee vom österreichischen Polenklub erhalten hat.[2] Ich habe mich in Wien leider davon über-

---

[1] Zwischen den Mitgliedern des „Komitees für den Osten" bestanden große Meinungsverschiedenheiten. Am 1. April 1915 z. B. kritisierte Bodenheimer Oppenheimers Bereitwilligkeit, auf das Prinzip der gesetzlich garantierten Autonomie der jüdischen Schulen und anderer kultureller Einrichtungen in Polen zu verzichten. Im Laufe einer Diskussion mit polnischen Vertretern in Wien akzeptierte Oppenheimer das Prinzip eines unabhängigen polnischen Staates mit ausschließlich polnischem Schulsystem; dadurch gab er die für eine jüdisch-kulturelle Autonomie in Polen grundlegenden Forderungen preis. Bodenheimer lehnte das ab und bestand auf der Wahrung der kulturellen Autonomie der polnischen Judenheit. Auf Grund dieser Differenzen mit Oppenheimer bot Bodenheimer seinen Rücktritt an, zog aber dann sein Rücktrittsgesuch zurück. Vgl. CZA, A 15/VIII/3.

[2] Das „Komitee für den Osten" hatte mit dem Obersten Polnischen Nationalkomitee und dem Reichsrätlichen Polenklub in Wien eingehende Verhandlungen über einen Ausgleich zwischen dem polnischen und jüdischen Bevölkerungsteil, insbesondere über die Schul- und Sprachenfrage geführt, deren Ergebnisse schriftlich niedergelegt worden waren. Eines der Resultate war, daß gewisse lästige Bestimmungen für die

zeugen müssen, daß der Polenklub gar nicht daran denkt, eine Politik zu führen, welche mit den Erklärungen übereinstimmt, die Dr. Friedemann erhalten hat oder glaubt, erhalten zu haben. Mir ist das von zionistischer und nichtzionistischer Seite bestätigt worden. Es hat eben keinen Zweck, eine Politik in einem Lande zu führen, das einem unbekannt ist und Erklärungen galizischer Politiker aufzufassen, als wenn man einen Vertrag mit der deutschen Regierung geschlossen hat. Auf diesem schwierigen Gebiet polnischer Politik sind schon Leute gescheitert, die in anderer Weise mit den Dingen vertraut waren, als es deutsche Juden sein können.

Auch in Warschau habe ich nicht den Eindruck, daß das Komitee etwas Ersprießliches getan hat, da es sich mit den Dingen, in denen wir den polnischen Juden wirklich nützen können, in diesen ersten anderthalb Kriegsjahren nur in sehr geringem Maße beschäftigt hat. Es handelt sich nämlich hier um drei Aufgaben, um die Vermittlung des Verkehrs zwischen den polnischen Juden und der deutschen Regierung, um die Organisierung der Zionisten in Polen und um die Linderung der ungeheuren ökonomischen Not im Lande. Diese Aufgaben wären zu erfüllen gewesen, sie sind nicht erfüllt worden. Insoweit wir die Möglichkeit haben, nach diesen Richtungen tätig zu sein, haben wir es ohne das Komite für den Osten tun müssen.

So kann ich leider nur konstatieren, daß die Tätigkeit des Komitees für den Osten bisher eine große Enttäuschung gebracht hat. Sie sehen nun ein Verdienst des Komitees in der Heranziehung deutscher Assimilanten-Elemente zum jüdischen Nationalismus. Hierüber will ich mit Ihnen heute nicht streiten. Ich glaube an alle diese Dinge nicht. Lassen Sie den Frieden da sein und lassen Sie die polnischen Verhältnisse geordnet sein. Lassen Sie auch den Zeitpunkt kommen, wo es den nichtzionistischen Mitgliedern des Komitees für den Osten nicht mehr als patriotische Pflicht erscheinen wird, den Jargon als deutschen Dialekt in Polen aufrecht zu erhalten und lassen Sie schließlich auch die Zeit kommen, wo der Antisemitismus in Deutschland wieder bemerkbar wird und dem deutschen Juden wieder die Notwendigkeit erwächst, sich seiner eigenen Haut zu wehren. Wir wollen abwarten, wo dann der Nationalismus aller dieser Herren bleibt. Ich glaube übrigens, schon heute sagen zu können, daß von den Mitgliedern des Komitees für den Osten auch heute kein Einziger sich für einen Nationaljuden ausgeben wird. Leute aber, die den Kaftanjuden[3] als nationalen und sich als etwas anderes betrachten, werden niemals ein wertvoller Zuwachs für den Zionismus sein.

Schließlich möchte ich Sie auch darauf hinweisen, daß es sich ja nicht für uns darum handelt, die zehn oder zwanzig Leute zu finden, die man zu den Notabeln rechnet und die nun bereit sind, ihren Kampf gegen den Zio-

Juden in den beiden Verwaltungsgebieten Polens – betreffs des Wohnens in Dörfern und auf dem Land – aufgehoben werden sollten.

Vgl. CZA, A 8/37/2. Für die Haltung der ZVfD vgl. Protokoll vom 27. November 1916, CZA, A 142/47/2.

[3] Kaftan = Kleidung der polnischen Juden (ein weiter langer Rock aus Seide).

nismus aufzugeben. Entscheidend im politischen Leben sind nur die geistigen Führer, so ist es bei uns, so ist es bei den anderen. Der geistige Führer des deutschen Judentums aber ist Dr. Paul Nathan, dessen Stellung zu uns ist durch das Komitee für den Osten nicht beeinflußt worden. Ebenso antizionistisch ist nach wie vor die Stellungnahme aller derer, die in der Vereinigung für das liberale Judentum[4] arbeiten und den Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Berlin bilden. Dieser geschlossenen organisatorischen Einheit gegenüber kommen die wenigen nichtorganisierten nichtzionistischen Mitglieder des Komitees für den Osten nicht in Betracht. Einen derselben, Herrn Justizrat Dr. Horwitz[5] habe ich gelegentlich der Gründung der Osmanisch-Israelitischen Union[6] eingehend gesprochen. Herr Justizrat Horwitz ist genau derselbe Antizionist und genau derselbe Gegner des nationalen Judentums, wie er es vorher gewesen ist. Weder ich noch Dr. Zlocisti, die wir beide bei ihm waren, konnten auch nur die geringste Änderung seiner Ansichten bemerken, obwohl wir beide ihm wahrlich keinen Grund gegeben haben, sich antizionistisch auszusprechen. Ich sehe keine Nationalisierungsarbeit, die durch das Komitee für den Osten in Deutschland geleistet worden ist. Sie sind, lieber Herr Kollege, durch Ihre Mitarbeit im Komitee für den Osten, etwas befangen und deswegen haben Sie auch in dem Artikel Dr. Friedemanns in dem Ostjudenheft der „Süddeutschen Monatshefte" nichts Auffälliges gefunden.[7] Gegen den Artikel Dr. Bodenheimers[8] haben wir in der Rundschau nichts gesagt.

Die Art und Weise, wie Herr Dr. Friedemann in seinem Artikel um die Grenzschutzfrage herumgeht, zeigt klar die ganze Art und Weise, wie er zu

---

[4] Vereinigung für das liberale Judentum e. V. – gegründet 1908 nach einem Aufruf liberal-religiöser Rabbiner und liberal-religiös gesinnter Laien. Auf der fortschreitenden Entwicklung des Judentums fußend, wollte die Vereinigung bei Bewahrung des wesentlichen und dauernden Gehalts der jüdischen Religion deren überlebte zeitliche Erscheinungsformen verändern oder, wenn sie unhaltbar geworden sind, abstreifen. Vgl. *Michael Meyer*, Caesar Seligmann and the Development of Liberal Judaism in Germany at the Beginning of the 20th Century, in: Hebrew Union College Annual, Bd. 50–51, 1969–1970.

[5] Maximilian Horwitz (1856–1917). Einer der führenden Vertreter der Berliner Anwaltschaft. Horwitz war der erste Vorsitzende des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" und, nachdem kurze Zeit Martin Philippson dies Amt bekleidet hatte, auch Präsident des „Verbandes der deutschen Juden".

[6] 1915 gründete Alfred Nossig in Konstantinopel die „Osmanisch-israelitische Union", in Berlin die „Deutsch-israelitisch Osmanische Union". Beide korrespondierenden Organisationen erstrebten die Sicherstellung der jüdischen Gleichberechtigung in Osteuropa und verfolgten den „ideellen Zweck inniger Beziehungen zwischen Juden und Osmanen" sowie die Förderung der Einwanderung russischer Juden nach Anatolien.

[7] *Adolf Friedemann*, Die Bedeutung der Ostjuden für Deutschland, in der Sondernummer „Ostjuden" der Süddeutschen Monatshefte, 13. Jg., Heft 5, Februar 1916.

[8] *Max Bodenheimer*, Einwanderungsbeschränkung der Ostjuden, im selben Heft der „Süddeutschen Monatshefte", in dem Friedemanns Artikel erschien.

einer jüdisch orientierten Politik steht und den einseitigen deutschen Standpunkt, den er in der Frage einnimmt. Dieser Artikel hätte von jedem Nichtzionisten geschrieben sein können. Vielleicht ist das der Kernpunkt in unserer Differenz mit Dr. Friedemann. Dr. Friedemann vermag Artikel zu schreiben, welche einen zionistischen Standpunkt nicht verraten. Nach meiner Auffassung vom Zionismus erscheint mir das unmöglich. Ich bleibe bei meiner Überzeugung, daß wir andere Leute nicht dadurch zum Zionismus erziehen, daß wir ihnen unsere Auffassung vom jüdischen Problem so vortragen, als ob prinzipielle Differenzen zwischen ihnen und uns nicht bestehen.

So sehr ich Ihnen für die sachliche Kritik Ihres ausführlichen Schreibens dankbar bin, so sehr bitte ich Sie, auch Ihrerseits meine Ausführungen nur als den Wunsch zu betrachten, Ihnen meinen Standpunkt verständlich zu machen. Der Krieg wird leider noch lange genug dauern, und wir werden hoffentlich noch Gelegenheit haben, die weiteren Phasen der jüdischen Entwicklung zu beobachten und auf sie Einfluß zu gewinnen. Legen wir uns gegenseitig nicht fest, es handelt sich nur um taktische Dinge, nicht um das Wesen des Zionismus. Die Zeit wird auch diese Differenzen einer Lösung entgegenbringen, und Jeder von uns wird dann gern zugeben, inwieweit er sich geirrt hat.

Ich bitte Sie nochmals, mir nach der Versammlung am Sonnabend zu antworten; ich rechne auch sehr darauf, Sie und andere Vertreter der Posener Ortsgruppe am 9. April in Berlin begrüßen zu können.[9]

Mit bestem Gruß
Ihr sehr ergebener
Arthur Hantke

[86]
Wir sind ungeeignet, Bauern zu werden
30. APRIL 1916

Der Jüdische Student

8. Kriegsheft, 30. April 1916, S. 161–164

Nach Palästina!

Diskussion des Aufrufs von Berthold *Cohn* und Walter *Preuß*

...

...Was mich so aufstörte, ja beinahe verstörte und vor den Kopf stieß, war die Erkenntnis, daß mit der restlosen Notwendigkeit der augenblicklichen Wahl von Palästina das Todesurteil über unser gesamtes, auch unser jüdisches Leben in Deutschland gesprochen ist. Wir müßten dann den V.J.St., Blau-

[9] Gemeint ist die Vertrauensmännerkonferenz, einberufen vom Zentralkomitee im Zionistischen Zentralbüro für den 9. April 1916.

Weiß, die zionistische Organisation und alles, was uns in unserer Art beschäftigt, ebenfalls als schwächlichen, unbefriedigenden und zwecklosen Kompromißversuch bewerten, und für so etwas seine Kräfte einzusetzen, könnte man nicht ertragen. Diese Sachen wären also erledigt. Es hätten dann natürlich auch die Aufgaben der Zukunft: die Ostjuden und alles, was jetzt Neues wird, keine Bedeutung. Alles was im Golus[1] lebt und werden kann, müßte beiseite gesetzt werden.

... Daß der Zusammenbruch der geplanten Ansiedelung unvermeidlich ist, machen mir – neben allem anderen – zwei Gründe zur Gewißheit. Wir sind nicht so beschaffen, daß wir Bauern werden könnten. Ich meine nicht so sehr unsere Kräfte, Gesundheit, Fähigkeiten, die es uns erschweren würden, Bauern zu werden, obwohl das alles natürlich sehr in Betracht kommt. Sondern wir sind innerlich unfähig dazu. Wenn Berthold Cohn meint, der Krieg habe uns vorbereitet, so meine ich das Gegenteil. Ich bilde mir ein, nach dem anderthalbjährigen Zusammenleben mit meinem Trupp etwas von den Leuten zu verstehen und auch von ihnen nicht als Fremder empfunden zu werden. Und dabei ist mir es vollkommen klar geworden, daß wir keine einfachen Leute aus dem Volke werden können. Du weißt, daß dies alles nicht irgendwie überheblich gemeint ist. Unsere Existenz wird immer gewisse Befriedigungen des Geistes verlangen. Wir können nicht lediglich in einem Beruf aufgehen, der darin besteht, daß wir den Pflug führen und das Vieh auf die Weide treiben. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Frische und Ursprünglichkeit, alle die geistigen und gemütlichen Vorzüge des mit der Kraft der Muskeln Arbeitenden ihm selbst nicht bewußt sind, sondern von uns, in denen der Geist erweckt ist und sich regt und fordert, erst gesehen werden. Überall wird es sich zeigen, daß ein Beruf, der nur mechanische Leistungen verlangt, uns als Menschen zu Grunde richtet. Wollen wir, daß unsere Frauen Bäuerinnen werden? Oder wollen wir uns Bäuerinnen zu Frauen nehmen? ...

...

M. Bileski[2]

---

[1] Exil.

[2] Moritz Bileski (1889–1946). Rechtsanwalt. Der Gründergeneration der zionistischen Studentenbewegung angehörend. Führendes Mitglied der ZVfD. Übersiedelte nach 1933 nach Palästina.

[87]
Die Westjuden werden Palästina nicht aufbauen
20. JUNI 1916

Der Jüdische Student

9. Kriegsheft, 20. Juni 1916, S. 196–212

Nach Palästina

...

V

... Wir, denen die Arbeit im K.J.V. oder im Blau-Weiß oder in der Turnerschaft ein wesentlicher Teil unseres Lebenszwecks und Lebensglücks geworden ist, haben das Bedürfnis, darzulegen, daß diese unsere Betätigung nicht minderwertig, daß sie nicht eine Geschäftigkeit ist, die uns unsere Haltlosigkeit und Schwächlichkeit vergessen machen soll, sondern daß sie zionistische, nationale Arbeit ist. Es kommt mir hier vor allem auf die richtige Problemstellung an: in Frage steht hier nicht, wer für die zionistische Organisation vom Standpunkte der zionistischen Politik wertvoller ist, der im Golus Arbeitende oder der Hinübergehende, sondern es handelt sich zunächst nur darum, ob der im Golus sich betätigende Zionist ein unehrlicher, haltloser Schwächling ist, wenn er zu der Erkenntnis gekommen ist, daß er nie nach Palästina wird gehen können.

... Denn darüber müssen wir uns völlig klar sein, daß das jüdische Volk zur Zeit nicht in Palästina ist, ferner darüber, daß wir Westjuden nicht das jüdische Volk in Palästina bilden werden, sondern daß das jüdische Volk von den ostjüdischen Massen repräsentiert wird und alles andere nur Splitter sind. Uns Westjuden fehlt daher nicht nur der Zusammenhang mit dem jüdischen Land, sondern auch der mit dem jüdischen Volke. Die Einseitigkeit von Berthold Cohn und Walter Preuß besteht darin, daß sie nur die Wiedererlangung des jüdischen Landes gelten lassen. Diese Anschauung entspringt der gleichen physiokratischen Gedankenrichtung, wie die Behauptung von Fritz Loewenstein[1] in dem Rundschreiben des Präsidiums[2], daß der Beruf des Bauern „der einzige wirklich produktive sei". Demgegenüber wage ich es zu behaupten, daß mir ebenso wichtig und ebenso wert wie das jüdische Land das jüdische Volk ist, daß mir ebenso wesentlich wie die Bearbeitung des jüdischen Bodens die Arbeit an unsern Menschen erscheint, und ich für mein Teil habe mir diese

---

[1] Fritz Löwenstein (1892–1964). Rechtsanwalt. Führendes Mitglied des KJV. 1916–1918 Herausgeber der „Jüdischen Rundschau". 1924 nach Palästina ausgewandert, als Mosche Perez später Richter im Staate Israel.

[2] Rundschreiben des Präsidiums des „Kartells Jüdischer Verbindungen" vom April 1916, in dem der Aufruf von Cohn und Preuß ausführlich diskutiert wurde.
Vgl. CZA, A 231/22.

letztere Tätigkeit erwählt. Ich glaube, daß ich mit der Verwirklichung des Zionismus für meine eigene Person beginnen darf, wenn ich mich mit ganzer Seele und mit ganzem Herzen zu meinem Volke zurückzufinden suche, wenn ich all mein Sehnen, all mein Denken ihm zuwende, wenn ich all meine freie Zeit ihm widme. Das verleiht unserer Tätigkeit im K.J.V. oder im Blau-Weiß den Sinn, daß wir hier für das jüdische Volk *und an dem jüdischen Volke* arbeiten ...

...

Salli Hirsch

[88]
BEGEGNUNG DEUTSCHER ZIONISTEN MIT OSTJUDEN
20. SEPTEMBER 1916

Der Jüdische Student

11. Kriegsheft, 20. September 1916, S. 281–284

Zum K.J.V.-Tag!

Ein Brief

Von Leo *Rosenblüth* [1] (V.J.St. Maccabaea-Berlin i.a.B.)

...

Überhaupt wird unsere Stellung zur *Ostjudenfrage* den Hauptteil des K.J.V.-Tages bilden. Hier ist unsere große Hoffnung für die Zukunft, hier liegt die reale Arbeit für uns und von hier aus dürften Reformideen ausgehen. Wer das Leid in Polen gesehen, wer mit den Juden dort zusammengelebt hat, sie hat arbeiten sehen, wer mit ihnen gesungen und mit ihnen gebetet hat, der wird sie nie vergessen, falls er auch nur eine Spur von Judentum in seinem Herzen trägt. Wer hat sich bei ihrem Anblick nicht vorgenommen und sich geschworen, ihrem Leid ein Ende zu machen, selbst Hand anzulegen an dem Kampf um ihre, d. h. unser aller Freiheit! Wieder müssen wir von unserer Leitung verlangen, daß sie hier eine Stelle schafft, wo sich jeder Rat und Anregung holen kann. Ich glaube, daß in der Tat – falls die Polenfrage so gelöst wird, wie wir es wünschen – sich hier neue Ausblicke eröffnen, die belebend auf das Kartell wirken müssen. Die Ostjudenfrage ist das Gewissen des Zionisten, des K.J.V.-ers, ist der Prüfstein seines Herzens.

...

[1] Leo Rosenblüth (1894–1966). Arzt. Führendes Mitglied des KJV. Ließ sich 1923 in Palästina nieder.

[89]
DAS „JÜDISCHE VOLKSHEIM" IN BERLIN
[SEPTEMBER 1916]
ARCHIV DES LBI, JERUSALEM

Idee der jüdischen Siedlung und des Volksheimes

Von *Siegfried Lehmann* [1], im Felde

I.

Die Jüdische Siedlung will die jüdische Bevölkerung einer oder mehrerer Straßen zu einer jüdischen Lebensgemeinschaft zusammenschließen und in diese den Geist der nationalen Erneuerung hineintragen, von der Erkenntnis ausgehend, daß nicht durch eine möglichst starke Ansammlung von Juden in Palästina Zion wieder aufgerichtet wird, sondern nur dadurch, daß die, welche zurückkehren, sich schon im Golus zum jüdischen Menschentum zurückgefunden haben.

Daß die Erneuerung einer Volkskultur – der Sprachen, Lebensformen und all der anderen Werte – nicht durch Agitation, in Abendvereinen oder

---

* Am 18. Mai 1916 wurde das „Jüdische Volksheim" eröffnet. Mit dieser Gründung ist von Studenten und jungen Kaufleuten der Versuch gemacht worden, ein in England und Amerika erprobtes System der Volkserziehung auf das jüdische Proletariat zu übertragen. Es galt, den Aufbau und Charakter dieses Siedlungsheimes dem Wesen des jüdischen Menschen anzupassen.

In Anlehnung an das Settlementsystem hatte sich das „Jüdische Volksheim" neben allgemein sozialer Hilfeleistung in gesundheitlicher und wirtschaftlicher Beziehung die Aufgabe gestellt, die Kinder und jungen Leute der in der Gegend des Heimes gelegenen, meist von ostjüdischen Einwandererfamilien bevölkerten Straßen in Gemeinschaften (Kindergarten, Jugendkameradschaften, Klubs) zusammenzuschließen, um durch geeignete Führung einen kulturellen Einfluß auf die heranwachsende Generation zu gewinnen.

Das Berliner „Jüdische Volksheim" bestand etwa zehn Jahre. Vgl. Brief von Siegfried Lehmann an Martin Buber vom 18. Oktober 1915, Buber-Archiv, Ms. Varia 350; Das Jüdische Volksheim Berlin, Erster Bericht Mai/Dezember 1916, Buber-Archiv, Ms. Varia 350; *Margarete Turnowsky-Pinner (M.T.-P.)*, 50 Jahre nach Gründung des Jüdischen Volksheims in Berlin, in: MB, Wochenzeitung des Irgun Olej Merkas Europa, Tel Aviv, Nr. 42, 21. Oktober 1966.

[1] Siegfried Lehmann (1892–1958). Arzt und Erzieher. Stark von Buber beeinflußt. Gründete für die Kinder von Einwanderern aus Osteuropa das „Jüdische Volksheim" und widmete sich nach dem ersten Weltkrieg jüdischen Waisenkindern in Litauen (1920). Ließ sich 1926 in Palästina nieder, wohin er viele Kriegswaisen mitnahm, und gründete dort 1927 das Kinderdorf Ben Schemen, das für moderne Erziehung im Lande vorbildlich wurde.

durch Übermittlung der alten Volksliteratur in Wort und Schrift erfolgen kann, sondern wahrhaft erst durch eine im neuen Geiste zusammen *lebende* Gemeinschaft, erkannten zuerst im vergangenen Jahrhundert die nach Wiederbelebung der altdänischen Kultur strebenden jungen Dänen. Unter der geistigen Führung Grundvigs, des „Erweckers des fröhlichen Christentums", siedelten sich nationalgesinnte Studenten in dänischen Dörfern an. Sie erzählten an den Abenden der versammelten Gemeinde von der großen Vergangenheit ihres Volkes, von den dänischen Sagen, erweckten unter der Jugend wieder die alten Volkslieder und Liebe zur heimatlichen Sprache. In den daraus entstandenen Volkshochschulen leben junge Bauernburschen und Mädchen gemeinsam mit ihren Lehrern unter deren Einfluß. Wohl liegen die Verhältnisse unter den Juden anders als dort, aber von der Möglichkeit, wieder im Golus – im Westen und Osten – in sich geschlossene jüdische Volksgemeinschaften zu schaffen, hängt auch bei uns die natürliche Wiederbelebung bezw. die organische Erhaltung unserer national-religiösen Kultur ab. Wir haben zwar keine jüdischen Dörfer, in denen im täglichen Leben Sprache und Formen wieder zum selbstverständlichen Ausdruck des jüdischen Wesens werden können, aber jüdische Straßen, deren Bewohner durch geistigen und wirtschaftlichen Zusammenschluß zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen werden können. Es kommt ferner hinzu, daß die Männer und Frauen hier im Westen, die als Führende in solchen Siedlungen in Betracht kommen, nicht den erforderlichen Zusammenhang mit unserer Volkskultur, mit Sprache und den Werten unserer Vergangenheit haben. Daraus ergeben sich zwei Forderungen: Erstens: Schaffung von Gemeinschaften in den Städten durch Zusammenschluß der Bewohner, die in der Nachbarschaft des *Volksheims* wohnen, das als Erziehungs- und Zusammenkunftsstätte als geistiger Mittelpunkt und dann als wirtschaftliches Zentrum (Konsum- und Kreditgenossenschaft, eventuell Produktivgenossenschaft) für die kleine Kolonie gedacht ist. Zweitens: – eine Forderung für uns Westjuden – mit unserer Volkskultur so vertraut zu werden, daß wir sie in einer solchen Gemeinschaft erwecken oder wenigstens am Leben zu erhalten vermögen.

Das Jüdische Volksheim in Berlin, Dragonerstr. 22, im Zentrum des meist von Ostjuden bewohnten Viertels gelegen, strebt danach, diese beiden Forderungen im Laufe der Zeit zu erfüllen. Seine Gründung, die im Mai 1916 stattfand, wurde nicht durch das Bedenken „wir haben noch nicht das nötige jüdische Wissen" auf eine spätere Zeit verschoben, sondern man begann die Arbeit sofort aus zwei Erwägungen heraus: weniger theoretisches Wissen als das Leben unter den Ostjuden selbst wird uns zum jüdischen Volkstum zurückführen, und gerade die für uns in Frage kommende Jugend steht nach einer mehrjährigen Vorbereitung in jüdischen Dingen in einem sie stark in Anspruch nehmenden Beruf und würde somit meist nicht mehr die zur Siedlungsarbeit nötige äußere Bewegungsfreiheit und seelische Elastizität aufweisen. Die Helferschaft des Volksheims ist sich wohlbewußt, daß noch

unendlich viel zu leisten ist, bis das Heim jenem Ideal ähnelt, das den Mitarbeitern als Bild im Geiste vorschwebt, zumal die heutige Arbeit noch durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen ist.

...

[90]
Eingabe zu Gunsten der palästinensischen Juden
4. OKTOBER 1916
CZA, A 142/47/2

Berlin W.15, 4. October 1916
Sächsischestr. 8

An das
Auswärtige Amt
Berlin W.8

...

Die deutsche Regierung hat mehrfach ihren Entschluß geäußert, die jüdische Siedlungsarbeit, weil sie den Interessen der mit Deutschland verbündeten Türkei entspricht, wirksam zu unterstützen. In diesem Sinne hat das Auswärtige Amt auf unsere Eingabe vom 25. August 1915 durch die Kaiserliche Deutsche Botschaft in Konstantinopel den deutschen Konsuln im Hei-

---

* Die deutschen Zionisten und die Zionistische Organisation drangen darauf, daß das Auswärtige Amt eindeutig seine positive Haltung zu den zionistischen Bestrebungen erkläre. In einer umfangreichen Denkschrift, die Richard Lichtheim schon Ende Januar 1915 gemeinsam mit Victor Jacobson der Botschaft in Konstantinopel überreicht hatte, und die Ende März dem Reichskanzler zugestellt wurde, wurden folgende Forderungen gestellt: freie und unbeschränkte Einwanderung der Juden nach Palästina, Erlaubnis zum Landerwerb und Gründung einer Privilegierten Kolonisationsgesellschaft, mit dem Ziel, in Palästina eine zusammenhängende jüdische Siedlung auf agrarischer Basis zu schaffen, die als nationaler Mittelpunkt einheitsstiftend auf die über alle Welt verstreuten Juden wirken würde.

In eingehenden Erörterungen postulierten die Zionisten eine weitgehende Übereinstimmung deutscher, türkischer und zionistischer Interessen, um daraus die Notwendigkeit einer grundsätzlich positiven Stellungnahme beider Mächte abzuleiten. Das Hauptargument für die Verknüpfung der zionistischen mit den türkischen Interessen, bildete die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der jüdischen Kolonisten, die das dünnbesiedelte und kaum erschlossene Land zu einer exportintensiven und steuerkräftigen Provinz entwickeln und durch Verbesserung der sozialhygienischen Verhältnisse und des allgemeinen Bildungsniveaus einen fördernden Einfluß auch auf weitere türkische Landesteile ausüben würde.

Schließlich betonten die Zionisten, daß eine großzügige Förderung der jüdischen Palästinasiedlung Deutschland wie der Türkei die Sympathien des gesamten Judentums gewinnen würde.

Vgl. *Zechlin*, aaO.; *David Yisraeli*, The Palestine Problem in German Politics 1889–1945 (hebr.), Ramat Gan 1974; *Lichtheim*, Rückkehr, aaO.

ligen Lande Anweisung erteilt, gegebenenfalls der jüdischen Siedlung ihren Schutz gewähren zu wollen. Wir erlauben uns, das Auswärtige Amt wiederum zu bitten, in diesem ernsten Moment die Konsuln nochmals auf diese Instruktion aufmerksam zu machen.[1]

Das Auswärtige Amt wird unsere Unruhe begreifen, die uns veranlaßt, diese dringende Bitte an das Auswärtige Amt zu richten. Das Auswärtige Amt weiß, wie leicht durch unüberlegte Handlungen die größten kulturellen und wirtschaftlichen Werte zerstört werden können, und wie notwendig es ist, in solchen Fällen rechtzeitig vorbeugende Maßregeln zu ergreifen. Die Ereignisse der letzten zwei Jahre haben genügend abschreckende Beispiele geliefert. Wenn man bei anderen Vorfällen – ob mit Recht oder Unrecht, darüber zu urteilen sind wir selbstverständlich weder in der Lage noch gewillt – auf Verfehlungen oder sogar noch ernstere Gründe hinweisen konnte, so können wir, was die jüdische Bevölkerung Palästinas anbetrifft, ruhig behaupten, daß solche Gründe nicht vorliegen.

Wir haben uns schon wiederholt bemüht, dem Auswärtigen Amt klarzulegen, welche Bedeutung die jüdische Siedlung in Palästina für die Stärkung und Entwicklung der Türkei haben könnte, und auf welchen immanenten und dauernden Momenten die Loyalität der jüdischen Bevölkerung Palästinas und die Sympathien der ganzen jüdischen Welt begründet sind. Die jüdische Bevölkerung Palästinas ist als eine Minorität den großen arabischen Massen gegenüber auf den wirksamen Schutz der Zentralregierung angewiesen. Die zerstreute Judenheit der ganzen Welt, die heute mehr als 12 Millionen zählt, wird in der palästinensischen jüdischen Siedlung, die unter dem Schutz der Zentralregierung sich zu einem jüdischen kulturellen Zentrum entwickeln kann, Grund genug erblicken, um dieser Regierung mit Sympathie und Dankbarkeit gegenüberzustehen und ihr die großen finanziellen und politischen Mittel, über die die Juden in allen Ländern verfügen, nach Möglichkeit dienstbar zu machen.

Wir zweifeln nicht daran, daß das Auswärtige Amt nach sachlicher Prüfung der Frage die Überzeugung von der Richtigkeit unserer Angaben gewonnen hat. Wir bitten das Auswärtige Amt dringend, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht wünschenswert erscheint, unseren Bestrebungen nunmehr eine wirksamere Hilfe zu gewähren.

Dies würde am besten in der Weise geschehen, daß die deutsche Regierung vermittelnd auftreten wollte, um die mit ihr befreundete türkische Regierung zu bewegen, die zionistische Frage genau zu untersuchen und einer sachlichen Prüfung zu unterwerfen.

---

[1] Das türkische Mißtrauen gegen den Zionismus blieb lebendig. Als im September 1916 Djemal Pascha die Ausweisung Arthur Ruppins aus Palästina anordnete, baten die Zionisten in Deutschland und die Zionistische Organisation um ausdrückliche Wiederholung der Konsularinstruktion vom November 1915 und um eine förmliche Intervention in Konstantinopel. Das Auswärtige Amt begnügte sich mit einem inoffiziellen Eintreten für die Erhaltung des status quo in Palästina.

Falls das Auswärtige Amt jedoch glaubt, daß die Sachen für eine solche offizielle Behandlung noch nicht reif genug sind, so könnte vielleicht die deutsche Regierung auf einem anderen offiziellen Wege selbst der türkischen Regierung klarmachen, daß die zionistische Arbeit keineswegs die Behandlung verdient, die ihr in der letzten Zeit seitens der Türkei zuteil geworden ist, und die türkische Regierung zu einer wohlwollenden Stellungnahme uns gegenüber veranlassen.

Wir können der deutschen und der türkischen Regierung gegenüber jede Garantie übernehmen für eine unverbrüchliche Loyalität der palästinensischen Judenheit, für die die wohlwollende Stellungnahme der türkischen Regierung die einzige Voraussetzung ist.

Wir betrachten es als unsere Pflicht, in loyaler Weise darauf hinzuweisen, welche unliebsame Wirkung auf die Öffentlichkeit die unfreundliche Haltung der türkischen Regierung dem Zionismus gegenüber hat, und welchen Eindruck etwaige neue Maßnahmen gegen unsere palästinensische Siedlung auslösen würden, besonders bei der allgemein herrschenden Meinung über den entscheidenden deutschen Einfluß in der Türkei. Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß der Schutz, den uns die deutsche Regierung in dieser ganzen Angelegenheit angedeihen lassen würde, einen Widerhall bei den Juden der ganzen Welt fände.

In ausgezeichneter Hochachtung
ganz ergebenst

[91]
Judenzählung – ein Symptom für den Antisemitismus in Deutschland
27. OKTOBER 1916

Jüdische Rundschau

XXI. Jg., Nr. 43, 27. Oktober 1916, S. 351

Judenzählung

Die Budget-Kommission des Deutschen Reichstags hat am 19. Oktober 1916 den Beschluß gefaßt, eine Statistik über die Konfession der in den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen vorzunehmen ...

...

Der Beschluß des deutschen Reichshaushaltausschusses hat noch eine andere Bedeutung. Er bestätigt die Befürchtung, daß der deutsche Antisemitis-

* Am 17. Juni 1916 richtete der antisemitische Reichstagsabgeordnete Dr. Werner an den damaligen stellvertretenden preußischen Kriegsminister Franz Gustav von

mus während des Krieges nicht abgenommen habe, und daß die Hoffnungen auf eine Besserung der politischen Stellung der deutschen Juden nach dem Kriege verfrüht seien. Gewisse jüdische Kreise Deutschlands waren seit Ausbruch des Krieges voll hochgespannter Hoffnungen für die Zeit nach dem Weltkrieg, schwelgten im Ausmalen der glänzenden staatsbürgerlichen Stellung, deren sich die Juden in Anerkennung ihrer patriotischen und militärischen Bewährung nach dem Kriege zu erfreuen haben werden, und konnten sich nicht genug tun in apologetischen Hinweisen auf die vaterländische Haltung des deutschen Judentums. Sie werden einsehen müssen, daß der Antisemitismus nicht, wie sie meinen, eine Reaktion auf „schlechte jüdische Gewohnheiten" ist, sondern eine im Bewußtsein des umgebenden Volkes tiefwurzelnde Macht, deren man sich sogar manchmal – und nicht bloß in Rußland – zur Ablenkung des Interesses der Massen von brennenden, aber unbequemen innerpolitischen Fragen bedient. Diese tiefwurzelnde antisemitische Grundstimmung wird weder durch Apologie und Hinweis auf Verdienste aus der Welt geschafft, noch durch das Streben nach Anpassung auch nur vermindert. Es gibt nur einen Weg zur wirksamen Bekämpfung des Judenhasses. Es ist der Weg der Erlösung der Juden aus ihrer Vereinzelung durch Konzentrierung auf einem gemeinsamen Territorium. Und wenn dieses Ziel auch erst durch die Arbeit von Generationen erreichbar sein wird: schon das Streben nach ihm bessert unsere Lage unter den Völkern. Objektiv, indem die durch die kompromißlose Betonung der jüdischen Eigenart entwickelten Tugenden des Stolzes und der Selbstwürde den umgebenden Völkern mehr Achtung gegen den Juden abringen als die haltlose Anpassungsmethode, subjektiv, insofern die Abwehr gegen die Judenfeindschaft, wenn auch mit allen ehrenhaften Mitteln der Leidenschaft und des Scharfsinns durchgeführt, nur noch einen bescheidenen Teil unseres jüdischen Lebensinhaltes ausmachen wird. Erst wenn die Arbeit für die Wiederherstellung des jüdischen Volkes im eigenen Lande zu unserem jüdischen Hauptinhalt geworden ist, werden wir den Antisemitismus wirksam bekämpfen und seine Bekämpfung zugleich auf das na-

---

Wandel eine Eingabe zwecks folgender Erhebungen: „Wieviel Personen jüdischen Stammes stehen an der Front? Wieviel in den Etappen? Wieviel in Garnisonsverwaltungen, Intendanturen usw.? Wieviel Juden sind reklamiert bzw. als unabkömmlich bezeichnet worden?" Eine ähnliche Ziele verfolgende Eingabe machte das Stellvertretende Generalkommando des II. Armeekorps in Stettin am 16. Juli 1916. Der Kriegsminister Wild von Hohenborn befahl daraufhin am 11. Oktober 1916 für den 1. November 1916 eine Zählung der Juden bei Feldheer, Besatzungsheer sowie eine Zählung der Reklamierten. Vgl. *Saul Friedländer*, Die politischen Veränderungen der Kriegszeit und ihre Auswirkungen auf die Judenfrage, in: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923, herausgegeben von *Werner E. Mosse* unter Mitwirkung von *Arnold Paucker*, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 25, Tübingen 1971, S. 36–39. Ferner *Werner T. Angress*, The German Army's „Judenzählung" of 1916, in: Year Book XXIII of the Leo Baeck Institute, London 1978.

türliche Maß zurückführen können, das seiner Bedeutung für das jüdische Leben zukommt: einer lästigen Abwehr gegen Intoleranz und Verleumdung, die von außen kommt.

M.M.[1]

[92]
Der zionistische Standpunkt zur Judenzählung
12. NOVEMBER 1916
CZA, A 15/III/28

Bericht
über die Plenar-Sitzung des Zentralkomitees
vom 12. November 1916.

...

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 10¹/₄ Uhr und stellte zunächst die Frage der Judenzählung zur Diskussion ... Der Vorsitzende faßte die Meinung des Zentralkomitees dahin zusammen:

Die Empörung über die ergangenen Verfügungen ist unter allen deutschen Juden gleichmäßig stark. Wir Zionisten können aber dabei nicht übersehen, daß für uns ein derartiges Ergebnis nur eine Bestätigung der Ansichten ist, die wir über das Wesen des Antisemitismus und seine Ausdehnung im deutschen Volke haben. Hieran kann auch eine noch so vollständige Statistik über die Betätigung der deutschen Juden im Kriege nichts ändern. Eine solche Statistik ist übrigens auch mit den allerbesten Hilfsmitteln nicht zu erreichen. Wenn wir also auch durch den neuesten Ausbruch des Antisemitismus nicht überrascht sind und derartige Vorgänge das Zentrum unseres Denkens nicht berühren, so haben wir dennoch selbstverständlich alle den Wunsch, schärfsten Protest zu erheben – nicht aus Propagandagründen, sondern um unserer selbst willen. Wir haben unserer Empfindung in dem Artikel „Judenzählung“ der „Jüdischen Rundschau“ Ausdruck verliehen. Ein stärkerer Protest kann heute um so weniger erhoben werden, als wir ihn jetzt nicht gegen Beschlüsse des Budget-Ausschusses, sondern gegen das Kriegsministerium richten müßten. Aus schwächlichen Erklärungen könnte uns mit Recht ein Vorwurf gemacht werden, unser Schweigen dagegen während des Krieges wird jedem verständlich sein. Ein Zusammengehen mit den anderen jüdischen Organisationen anzustreben, wäre zwecklos. Wir werden uns niemals auf eine gemeinsame Begründung und auf ein gemeinsames Vorgehen einigen, solange die Assimilanten bei ihren jetzigen Anschauungen verharren.

---

[1] Max Mayer (1886–1967). Journalist und Pädagoge. Von 1919–1924 Leiter des Hebräischen Gymnasiums in Mariampol, Litauen. Von 1924 bis 1926 Herausgeber von „Das Jüdische Echo“, München. Ab 1926 Sekretär des Ausschusses für Kultur und Erziehungsarbeit der ZVfD. Befaßte sich später in Palästina mit Erwachsenenbildung von Einwanderern aus deutschsprachigen Ländern.

Nach dem Kriege wird es unsere Aufgabe sein, eine sehr ausgedehnte und intensive Propaganda für die zionistische Idee in Deutschland zu entfalten. Hierbei werden wir Gelegenheit nehmen, auch unseren Standpunkt gegenüber der Frage des Antisemitismus klar und deutlich auszudrücken.

. . .

[93]
Der Einfluss des Ostjudentums auf die deutschen Zionisten
26. JANUAR 1917

Der Jüdische Student

13. Kriegsheft, 26. Januar 1917, S. 339–351

Rückblicke und Ausblicke
Betrachtungen zur K.J.V.-er Tagung

von *Gerhard Holdheim*[1] (V.J.St. Maccabaea Berlin A.H.), Berlin

. . .

. . . Der Krieg hat die Juden des Ostens in den Vordergrund unseres Interesses gerückt. Polen ist das Land der unbegrenzten jüdischen Möglichkeiten. Ein gewaltiges Feld liegt vor uns, für unsere zionistische Arbeit, aber auch ein gewaltiges Feld für die Neugestaltung unseres eigenen jüdischen Menschentums. Die Frage, ob der Ostjude in menschlicher Hinsicht mehr oder weniger wertvoll ist als der Westjude, soll hier nicht untersucht werden, denn sie ist völlig belanglos für unsere Stellung den Juden Polens gegenüber. Auf jeden Fall ist er der jüdischere, und nur vom Osten her können wir abstrakten Nationalisten, die wir uns nach mehr Judentum sehnen, neu belebende Kräfte erwarten. Zu den östlichen Juden in ein enges Verhältnis zu gelangen, wird unsere erste und wichtigste Aufgabe nach dem Kriege sein. Wir werden, wie wir bisher in Deutschland gewandert sind, nunmehr unsere Fahrten auch nach Galizien und Polen richten, wir werden innerhalb Deutschland uns mit ihnen zu gemeinsamer Arbeit verbinden. Der Gedanke des Settlement[2] weist uns die Richtung. Und wer es irgendwie kann, wird mehrere Jahre in Polen zubringen. Er wird seinen Wohnsitz dorthin verlegen und seinem Beruf entsprechend dort wirken, den polnischen Juden zu Nutze, aber auch sich selbst: denn nur ein enges Gemeinschaftsleben mit unseren östlichen Brüdern wird uns zu ganzen Juden machen können.

. . .

---

[1] Gerhard Holdheim (1892–1967). Führendes Mitglied des KJV und der ZVfD. Verfasser vieler theoretischer und analytischer Artikel über den Zionismus. Wanderte 1933 nach Palästina ein.

[2] Gemeint ist das „Jüdische Volksheim“ in Berlin.

[94]
VORSCHLAG EINER BÜNDNISPOLITIK
FEBRUAR 1917

Der Jude

Erster Jahrgang, Berlin/Wien 1916/1917, S. 713–717

Innere Politik

Zur jüdischen Entwicklung in Deutschland

Der Kampf zwischen der zionistischen Bewegung und ihren jüdischen Gegnern in Deutschland wird als Streit zweier jüdischer Parteien aufgefaßt. Die Vorstellung von politischen Parteikämpfen gibt das Urteil für das Verhalten dieser Gruppen zueinander. Warum sollen in Zwietracht lebende Parteien des gleichen Volkes sich nicht zusammensetzen, Frieden schließen und ihre Arbeit zum Wohle der Gesamtheit vereinigen? . . .

. . .

Die Zionisten hatten sich während der Kämpfe mit den anderen Juden fast völlig isoliert. Man mußte allein sein, um zur Klarheit und Sicherheit zu kommen. Auf das wertvolle Erziehungsmittel des Einhaltens einer politischen Linie konnte nicht verzichtet werden. Heute ist die zionistische Gemeinschaft der feste Bund der nationalen Juden, der, durch den Weltkrieg nicht gelockert, jeder Belastungsprobe gewachsen ist.

Die Zeit des Anfangs, die nur gedankliche Auseinandersetzung mit den Juden des anderen Lagers, ist vorüber. Es ist nicht mehr notwendig, sich im Kampf gegen andere durchzusetzen. Wir haben an der Polemik kein Interesse. Sieg im Kampfe gegen die Assimilation verheißt uns nur ein in unserer Gemeinschaft geführtes zionistisches Leben.

Die durch einen entschiedenen Nationalismus kraftvoll gewordene Bewegung kann heute mit ruhiger Gelassenheit Umschau halten.

Da scheint es uns, daß während der Kämpfe gegen den Zionismus im anderen Lager eine jüdische Entwicklung begonnen hat.

. . . Die Gegner begannen zu behaupten, sie seien nicht nur gute Juden, die stolz auf ihr Judentum sind, sie seien auch entschlossen, an der Entwicklung eines lebendigen Judentums zu arbeiten, das sie allerdings im Gegensatz zu zionistischen Auffassungen nur innerhalb der deutschen Grenzen zur Blüte zu bringen hoffen. Der Wunsch, kampffähig gegen die Zionisten zu werden, führte zur Übernahme von Teilen der zionistischen Terminologie . . . Der innerjüdische Kampf erzeugte auch im anderen Lager Liebe zum Judentum, mit dem man sich beschäftigen mußte, um sich dem unablässigen Ansturm gewachsen zu fühlen.

So sind Kreise der nichtzionistischen Jugend unvermerkt in die Peripherie des Zionismus gerückt. Wir freuen uns dieser Entwicklung, die wir durch die Ernsthaftigkeit unserer Arbeit zu fördern hoffen ...

Ist auch ein Ausgleich mit den Organisationen des deutschen Judentums denkbar, in denen die Führer der alten Generation sitzen?

... Zwischen den Lebensanschauungen des zionistischen und des anderen Lagers kann es eine Verständigung der Natur nach nicht geben.

Es ist jedoch durchaus möglich, daß die zionistische *Organisation* sich mit anderen jüdischen *Organisationen* zu bestimmten Zwecken verbündet. Solche allen erwünschte Ziele gibt es. Wer es für wertvoll hält, sie mit uns im Bunde zu erreichen, kann unserer Bündnistreue gewiß sein.

z. Zt. Danzig *Kurt Blumenfeld*

[95]
VORSCHLAG ZUR ERRICHTUNG EINER ZENTRALSTELLE FÜR ERFORSCHUNG PRAKTISCHER PROBLEME DES ZIONISMUS
[FEBRUAR 1917]
CZA, Z 3/804

[Exposé von Julius Berger]

Es ist mir in den letzten Jahren, je mehr Projekte und Pläne sich in Wirklichkeit umsetzten oder umgesetzt haben sollten, immer mehr aufgefallen, wie einseitig wir unsere zionistisch-theoretische Ausbildung betreiben, wie wir fast ängstlich an den Fragen vorbeigehen, die für die tatsächliche Gestaltung des Zionismus von Bedeutung, mehr noch von entscheidender Bedeutung sind. Insbesondere hat der Krieg uns gezeigt, wie wenig wir in Wahrheit vorbereitet sind für die Entscheidung der Probleme, die die politische und soziale Entwickelung aufstellt und von deren richtiger und zeitgemäßer Lösung die richtige Lösung der zionistischen Forderungen abhängt.

---

* Im Jahre 1916 wurde Salman Schocken von der ZVfD aufgefordert, bei einer besonderen Zusammenkunft über jüdische Kulturarbeit während des Krieges zu sprechen. Er schlug eine Reorganisation vor, die zwei Arbeitsgruppen in der Bewegung vorsah, deren eine sich mit zionistisch-organisatorischer Tätigkeit und die andere mit jüdisch-kulturellen Dingen befassen sollte. Für die zweite Gruppe schlug Schocken neue Verlagsunternehmungen vor, die den nationalen Aspekt des Judentums betonen und die hebräische Sprache fördern sollten. Er überzeugte die Delegierten, die darauf am nächsten Tag für die Errichtung des Ausschusses für jüdische Kulturarbeit stimmten, dem Hugo Bergmann, Kurt Blumenfeld, Max Brod, Martin Buber und Moses Calvary mit Salman Schocken als Vorsitzender angehörten.

Vgl. *S. Schocken*, Referat, in: Bericht über den außerordentlichen Delegiertentag der ZVfD, Jüdische Rundschau, Nr. 1, 5. Januar 1917. Vgl. auch *Stephen M. Poppel*, Salman Schocken and the Schocken Verlag, in: Year Book XVII of the Leo Baeck Institute, London 1972.

All die Zeit hindurch haben wir unter dem Begriff „Zionistische Theorie" nichts oder wenig mehr verstanden als die Untersuchung des Begriffs „Zionismus" selbst, als die „Vertiefung" und „Vergeistigung". Die innere Notwendigkeit, Richtigkeit und Geschlossenheit der zionistischen Forderung aufzuweisen, war das Streben unserer Theoretiker. Die Folgerungen, die sich für das Leben daraus ergeben, wurden untersucht eigentlich nur soweit, wie sie den zionistisch gedachten jüdischen Inhalt des Lebens betrafen. Die Sprachenpflege, die Bildungspflege, die religiöse Frage bildeten den Gegenstand unserer Forschungen und Betrachtungen. Die Absicht war, Gesinnung zu wecken, es schien nicht notwendig, Kenntnis zu verbreiten.

...

Es liegt mir fern, die Bedeutung der kulturellen Forschungen anzweifeln zu wollen. Ich halte sie für ebenso wichtig für unsere Erkenntnis vom Judentum u. dem jüdischen Wesen wie absolut notwendig für die gesunde Entwickelung unserer Pläne, realer und irrealer Natur. Ich will lediglich darauf hinweisen, daß es ein schwerer Fehler wäre, die ganze neue zionistische Geistesarbeit auf diesen engen Ausschnitt zu konzentrieren. Wie schädlich unser Mangel an theoretischem Rüstzeug auf den verschiedensten Gebieten wirkt u. uns in unseren Absichten hindert, hat der Krieg zur Evidenz erwiesen.

In erster Linie hinsichtlich unserer politischen Arbeit. Wir sind heute für unser politisches Werk ganz auf einige wenige Leute angewiesen u. was das schlimmste ist, Nachwuchs ist nicht vorhanden. Außer Dr. Jacobson und Lichtheim gibt es eigentlich niemand bei uns, der mit den realen Faktoren vertraut ist, die für die politische Arbeit wichtig sind ... Keiner von unseren jungen Leuten denkt daran, etwa die Art der Türkei und der Türken zu studieren, dem Einfluß der Juden auf die politische neuere Geschichte nachzugehen, zu untersuchen, welch reale Tatsache dem Verhalten der einzelnen Mächte u. Machtgruppen dem Judentum und der Judenfrage gegenüber tatsächlich zu Grunde liegen. Einzig auf historischem Gebiete scheint sich da eine kleine Änderung anzubahnen, die dadurch erschwert ist, daß wir keine Lehrstühle für jüdische Geschichte an den Universitäten haben. Aber z. B. das Nationalitätenproblem, die verschiedenen Versuche seiner Lösung, die Frage der nationalen Minderheiten usw. liegt offenbar unseren jungen Akademikern nicht zum Studium ...

Ebenso erging es auch bei der Frage des neuen Judengesetzes in Polen. Es gibt keine genaue Untersuchung darüber, wie die bisherigen Judengesetze unter nationalem Gesichtspunkte gewirkt haben und welche Forderungen wir an ein solches Gesetz zu stellen haben. Die kleine Schrift von Kollenscher[1] stellt ja nur ein agitatorisches Programm dar.

---

[1] Gemeint ist vielleicht Max Kollenschers Beschäftigung mit nationalen Minderheitsrechten für die polnischen Juden. Vgl. auch *Max Kollenscher*, Jüdisches aus der Deutsch-Polnischen Übergangszeit (Posen 1918–1920), Berlin 1925.

Einem gleichen Mangel begegnen wir auf wirtschaftlichem Gebiete. Wir sind dank den Bemühungen der verschiedenen Kurse, Seminare usw. genau darüber unterrichtet, wo wir glauben und wie wir sprechen müssen, um dem Lande u. seinen Juden nah zu sein. Welch praktische Maßnahmen wir ergreifen müssen, um im Lande leben zu können, – wenn nicht als Propagandist, Sekretär oder Redakteur, ist uns nicht gezeigt worden. Welche Erwerbsgebiete den Juden Möglichkeiten bieten, welche Beziehungen vorhanden sind, welchen Lehrgang ein Kaufmann, Industrieller usw. durchzugehen hat, um sich u. dem Lande u. auch zu Nutze in Palästina arbeiten zu können, hierüber liegen bestenfalls die vielgelästerten Untersuchungen von Trietsch[2] vor.

* * *

Wir müssen unsere jungen Leute energisch auf diese Frage aufmerksam machen und sie anregen, die Erziehung zum Zionismus nicht nur in dem Studium der hebräischen Sprache u. der Beschäftigung mit Achad Haam[3] zu suchen, so wichtig und notwendig beides ist. Wir brauchen Kenner auf dem Gebiete der großen Politik, des Nationalitätenproblems, des Wahlrechtes, der Kulturorganisationen, der sozialen Politik, des Genossenschaftswesens, der Heimstättenpflege, der Bevölkerungspolitik, der Massenhygiene der Juden, des orientalischen Wirtschaftsproblems, des Orienthandels usw. usw. Diese Fragen zu untersuchen, ihnen ihr Studium zu widmen, dazu müssen wir unsere jungen Studenten und Kaufleute anweisen. Das könnte am besten wohl dadurch geschehen, daß eine Zentralstelle eingerichtet würde, die die zu untersuchenden Probleme feststellt, den jungen Leuten mit Rat und Auskunft zur Hande ginge, ihnen die vorhandenen Quellen eröffnete, ähnlichlaufende Untersuchungen miteinander verbände usw. Diese Stelle könnte weiter derartige Untersuchungen materiell fördern, die Kosten der Drucklegung einzelner Untersuchungen bestreiten, vielleicht ein Archiv sammeln u. herausgeben u. dgl. Sie müßte mit den studentischen Verbindungen, dem Herzlklub[4] in Fühlung stehen u. könnte mit dem allen ein entscheidender Faktor zur Erziehung eines nicht bloß gesinnungstüchtigen, sondern auch kenntnisreichen Nachwuchses werden. Daß dieser Nachwuchs dank seiner

---

[2] Davis Trietsch (1870–1935). Zionistischer Schriftsteller und Statistiker. Teilnehmer am ersten Zionistenkongreß in Basel, 1897. Trat für sofortige jüdische Ansiedlung in Palästina ein. Einige seiner Vorschläge für Ansiedlung und Einwanderung wurden von der Zionistischen Weltorganisation angenommen. Herausgeber von „Volk und Land“, jüdische Wochenschrift für Politik, Wirtschaft und Palästina-Arbeit. Mitbegründer des „Jüdischen Verlags“ und der Monatsschriften „Ost und West“ und „Palästina“. Veröffentlichte zahlreiche Bücher über die Levante, Einwanderungs- und Kolonisationsfragen, palästinensische Wirtschaft etc.

[3] Achad Haam (Pseud. für Ascher Ginzberg, 1856–1927). Begründer einer dem politischen Zionismus und dem Autonomismus die Waage haltenden Lehre vom geistigen Zionismus.

[4] „Herzl-Bund“. Eine 1912 gebildete Vereinigung der sogenannten „Herzl-Clubs“ in verschiedenen deutschen Städten, die als zionistische Vereinigung junger Kaufleute entstanden waren.

Kenntnisse vom Judentum, d. h. vom lebendigen Judentum auch leicht außerhalb der zionistischen Organisation sich nützlich macht und Einfluß gewinnen könnte, sei nur nebenbei erwähnt.

[96]
JEDER MUSS SEINE BRÜCKE NACH ZION ALLEIN SCHLAGEN
AUGUST 1917

Blau-Weiß-Blätter
Führerzeitung
August 1917, Heft 2, S. 26–30

Jugendbewegung, Jugendarbeit und Blau-Weiß

* * *

I.

Die Kardinalfrage aller unserer Arbeit lautet: wie wirkt man auf die Jugend? Wie lei(s)tet man zionistische Jugendarbeit? Jene im Blau-Weiß, die das Wanderideal verabsolutieren und demzufolge einen Selbstzweck im Blau-Weiß sehen, meinen voller Optimismus, ein an Geist und Wille gesunder Junge werde von selber zum Volljudentum kommen – man müsse nur richtig wandern. So hat man eine leichte Arbeit, man freut sich seines Lebens und wandert, Zion wird schon erscheinen. Aber diese Auffassung ist radikal

* Entscheidend für die Entwicklung des „Blau-Weiß“ in den Kriegsjahren war der Bundestag in Lockwitz, der im Juni 1916 stattfand. Auf ihm hielt Moses Calvary sein Referat über „Erziehungsprobleme des jüdischen Jugendwanderns“. Ein Teil des Referats bildete auch die Grundlage für einen Aufsatz über den „Blau-Weiß“, den Moses Calvary im Oktober 1916 in der Zeitschrift „Der Jude“ veröffentlichte. Im „Blau-Weiß“, so führte Calvary aus, konkurrieren zwei verschiedene Auffassungen des Wanderns miteinander. Die eine sehe in ihm primär die Regeneration des einzelnen Juden, die andere, zu der die Führerschaft und die „Blau-Weiß-Blätter“ neigten, vor allem ein Mittel, das jüdische Gemeinschaftsgefühl zu vertiefen. Calvary meinte, es lohne sich nicht, über die verschiedenen Auffassungen zu grübeln, denn: „Blau-Weiß ist eben ein Stück Judentum“ und „Das Wandern verhält sich zum Judentum wie Form zum Inhalt“. Warum sei das Wandern des „Blau-Weiß“ eine zionistische Form? Weil mit Theodor Herzl ein neuer Erziehungsfaktor wirksam geworden ist, in dem der Adel der Gesamterscheinung, die Richtung, das Judentum zu starker Willensbetätigung zusammenzufassen, und das Streben nach einer natürlichen Lebensauffassung bestimmend geworden sei. „Das Wandern mußte ein notwendiger Bestandteil dieser Bewegung werden. Dieser seltsame Gedanke, durch Wandern die Jugend jüdisch machen zu wollen, ist nur auf dem Boden der zionistischen Lebensauffassung zu verstehen.“

Vgl. *Tramer*, aaO.; *Hermann Meier-Cronemeyer*, Jüdische Jugendbewegung, in: Germania Judaica, Neue Folge 27/28, VIII. Jg., Heft 1/2 und Neue Folge 29/30, VIII. Jg., Heft 3/4, Köln 1969.

falsch. Hat man vergessen, daß unsere Seele in Unordnung ist, daß wir noch nicht am Ende der Tage sind, wo es vielleicht (hoffentlich nicht!) so sein wird, daß das Wandern aus sich heraus nichts gebiert, wenn noch nichts da ist – und was sollte bei uns da sein? Glaubt man, dem Genius einer Jugend vertrauen zu können, die seit langer Zeit mit Hartnäckigkeit den entgegengesetzten Weg geht als den ihr Genius fordert – nur weil man heute das Wandern erfunden hat? Soll die innere Knechtschaft unserer Jugend überwunden werden können, indem man ihr die äußere Freiheit des Wanderns gewährt? Ist das Jugendarbeit, daß man die *Forderung* vor der Jugend verbirgt, die die Freude des Genießens stören könnte? Die Folgen dieser Art „menschlicher" Arbeit sind vor unseren Augen: die Menschen, die sie erzieht, kommen in nichts über die Grenzen hinaus, die dem deutschen Judentume als einer geistigen Un-ordnung gesetzt sind. Vielleicht aber hat diese Ansicht eine Wurzel, in der sie der Wahrheit näher steht als die andere „jüdische" Arbeitsauffassung; vielleicht haben ihre Verteidiger erkannt, daß entscheidende Arbeit zionistischer Art an der Jugend gar nicht geleistet werden *kann*, wenn man zugleich auf viele wirken will, und daß, wenn die Forderung vielleicht erhoben wird, sie das Wandern verschlingt, daß der „Blau-Weiß-Geist" zum Sterben verurteilt ist, wenn der Geist des Zionismus die Stelle einnimmt, die ihm gebührt. (Denn „zwei Könige können sich nicht einer Krone bedienen".[1])

Die andere Lesart über Jugendarbeit ist die Meinung, man könne Jugendarbeit im besten Sinne leisten, indem man „jüdisch" arbeitet, indem man – von demselben Streben nach Verabsolutierung des gegen den Zionismus nun einmal rettungslos vorletzten Blau-Weiß-Gedankens getragen wie die andern – eine [Entwicklung] des Blau-Weiß zur Jugendgemeinschaft erstrebt, und mit dieser Jugendgemeinschaft dem Zionismus näher zu kommen behauptet. Man meint, das Ziel stehe am Ende irgendwo im Unendlichen und folgert mit mathematischer Gewißheit, daß, da Parallelen sich im Unendlichen schneiden, jede Parallele gleich gut sei, man verlangt – heißt das – Toleranz gegen alles und jedes, das nach dem Ziel zu streben vorgibt. Von hier aus proklamiert man den *Abstand* vom Ziel, und der kleinste Schritt nur führt nun durchs Unendliche zur Verwirrung: „Die Ganzheit liegt in der gemeinsamen Richtung". Welch eine in sich widerspruchsvolle Bestimmung, denn seit wann soll Ganzheit nicht auf *einen*, sondern auf *zwei* Menschen bezogen werden müssen, um einen Sinn zu haben? Aber hier schon spricht sich klar die tief-politische Sorge um die „Kommenden" aus: ja nicht eine Sache rein auf uns *selber* stellen, sondern alles in *Verhältnissen* uns nicht unterworfener Bedingungen begründen. Und warum das alles? Weil man glaubt, daß es Brükken gibt. Das ist der Zwirnsfaden, an dem der Blau-Weiß hängt: gibt es Brücken zwischen dem Zionisten und dem kommenden Geschlecht? Breite Brücken, über die die Hunderte und Tausende unserer Jungen und Mädchen

---

[1] Nach Traktat Chulin 60, 2.

nach Zion wandern können (möglichst via Posen und Lockwitz)? Von der Beantwortung dieser Frage hängt alles ab.

II.

Nichts beweist tiefer die Macht der Verwirrung in unserer Mitte als die Möglichkeit, diese Frage zu bejahen. Nein, man kann nicht auf die Jugend wirken indem man ihr goldene Brücken baut, denn es gibt keine goldenen Brücken zum Zionismus. Und wenn wir dreimal „die Brücken hinter uns nicht abbrechen", so nutzt das keinem Menschen unter dem folgenden Geschlecht, denn sie ist für ihn nicht mehr betretbar, der seine besondere Verwirrung in der Seele trägt, und sie auf seine besondere Weise überwinden muß. Jeder muß seine Brücke allein schlagen. Und darauf gründet sich unser Prinzip: es handelt sich bei der Jugendarbeit im Golus um *jüdische Seelen.* Jede Arbeit, die wir leisten, ist verfehlt, wenn sie anderes gewinnen will: Massen, Zionisten, Juden und was sonst. Der jüdischen Seele aber kann nicht geholfen werden, indem man „die Linie nach rückwärts verlängert". *Alle Arbeit ist Unsinn, die nicht auf das Beispiel abzielt.* Wenn wir Ernst machen wollen mit der Volksverwandtschaft, nicht dem eitlen Götzen der Propaganda nachjagen, sondern nur und nur aufs Ziel arbeiten, so ist das heute wie immer die tiefste Beeinflussung der Seelen der Kommenden – und die einzige: durch das Beispiel. Die krampfhaften Versuche, in ein unmittelbares Verhältnis mit der Jugend zu kommen, Gemeinschaft mit ihr zu ermöglichen, müssen scheitern an dem mangelnden Mute zu wahrhafter Innenarbeit – Arbeit mit einzelnen Menschen – an der Unentschlossenheit zur Absonderung des Lernenden (denn die bei uns erziehen und lehren, sind ja ausnahmslos noch im elementarsten Sinne Lernende – wenn sie überhaupt nur das sind!), an der so einfachen und doch so unendlich traurigen Unmöglichkeit, Inhalte zu vermitteln, die man selbst nicht besitzt. Ist es doch gar nicht wahr, daß wir die Straße nach Zion deshalb von Anfang bis Ende erfüllen, weil wir auf die Kommenden warten, wie Oppenheim[2] meint – machen wir uns doch nichts vor – *sondern weil wir den Staub des Anfangs nicht von unseren Füßen schütteln können.* Weil der große Marschbefehl nicht gegeben ist, der uns in *Bewegung* setzen könnte, bleibt man hinten und sagt nun: ja, das ist wahre Pflicht. Nein, das ist es nicht. Nicht Verzicht auf Größe, sondern Unfähigkeit dazu bedeutet dies Stehenbleiben.

Wir können der Jugend nicht helfen da, wo es nötig wäre. Es kann durchaus nicht zugegeben werden, daß irgend ein Schielen nach hinten, nach denen, die noch kommen sollen, erlaubt ist. Den *heutigen* Führern des Blau-Weiß muß gesagt werden: es heißt, *selber* zum Volke zu kommen, und es gibt keine Entschuldigung dafür, daß man das nicht tut, am allerwenigsten die, man

---

[2] Gemeint ist *Hans Oppenheim* in Heft 1 der Blau-Weiß-Blätter, Führernummer, Juni 1917.

müsse die Jugend retten, man müsse „arbeiten". Die Jugend braucht uns nicht, um ihr nach Zion zu helfen, und wenn sie uns brauchte, dürften wir nicht kommen, denn wir haben ihr im vollsten Sinne des Wortes nichts zu bieten außer dem Bekenntnis unserer Sünden, unserer Leere und lügnerischen Scheinbarkeit. „Baut doch euer Herz von heute an und weiterhin, bevor ihr Stein auf Stein setzt im Palast des Herrn".[3]

Eine enge Straße gibt es zur Arbeit unter der Jugend, und sie ist dem Blau-Weiß zum mindesten nicht durchaus wesentlich, vielmehr führt sie – exempla docent[4] – mit unfehlbarer Sicherheit aus ihm heraus: das ist vollkommen konzentrierte Arbeit an einzelnen, die zusammen viele sein mögen. Wenn nur an einigen Stellen in der Jugend diese Konsequenz im Leben gezogen wird, so ist das Beispiel gegeben, und wollte man sich über alle Skepsis hinweg zu dieser reinen Form des Wirkens entschließen, wären wenigstens die Voraussetzungen erfüllt für eine fruchtbare, vorwärts auf Ziel gerichtete Arbeit an der Jugend. Und besser noch, gar nicht an andern zu arbeiten, als sich mit dem „Willen zum Judentum" über den Abgrund hinwegzutäuschen zwischen sich und dem Judentum, ein Abgrund, über den kein Wille und kein Gefühl hilft, sondern allein Arbeit und Erkenntnis.

Der Entschluß zu dieser Arbeit ist die Vorbedingung jüdischer Jugendbewegung. Der Blau-Weiß ist zu dieser Arbeit nicht entschlossen.

III.

Das Judentum ist im Blau-Weiß eine fremde Pflanze. Es weiß noch heute nicht, wo es dort eigentlich hingehört. Und dieser Blau-Weiß erhebt den Anspruch – hat ihn in Lockwitz erhoben – *die* jüdische Jugendbewegung zu sein! Nehmen wir ein, nein das Beispiel: Hebräisch. Oppenheim meint, daß das Hebräische im Blau-Weiß eine so traurige Rolle spiele, liege daran, daß die Bewegung noch im Anfangsstadium sei. Wenn das wahr wäre, müßte man ja überall eifriger *lernen* (im besten Sinn) sehen können, aber ist es nötig, erst auf die harten Tatsachen (in Berlin etwa) hinzuweisen? Wie ist es möglich, daß so viele wieder aufhören, Hebräisch zu lernen, wenn die Bewegung sie ergriffen hat, und sie nicht nur zufällige Opfer eines Schlagwortes (das nicht selten vom schlechten Gewissen diktiert war) geworden sind, dem der letzte Ernst fehlte. Und dessen Fehlen ergibt sich aus der Stellung, die man dem Hebräischen gegenüber einnimmt: nicht die absolute Wichtigkeit der Sache, sondern bestenfalls nationalkulturelle Erwägungen führen dazu, Hebräisch zu fordern. Nun möchte ich aber einmal den sehen, der Hebräisch mit Ausdauer und Erfolg lernt, weil er es als „*eines* der wesentlichsten *Mittel* zur *Nationalisierung* der Jugend" betrachtet? Kommt diesem unglücklichen Blau-Weißen nach dem Herzen Oppenheims keine bessere Erkenntnis, so wird er wohl sehr bald aufhören, denn weder hat man verstanden, ihn in ein tie-

---

[3] Haggai 2, 15.
[4] Lat.: Beispiele lehren.

feres Verhältnis zum Hebräischlernen zu bringen noch hat er selber eins gewonnen. Von welchem Zentrum her sollte er also lernen, wenn er kein Zentrum *hat*? Wollte und müßte ich ein Programm aufstellen, würde ich sagen: Wir lernen Hebräisch, um Hebräisch schweigen zu können. Das ist ein Grund, den ich verstehe, denn er hat einen Grund in der Seele eines jeden von uns. Die imaginären Nützlichkeitsargumente, die Auffassung des Hebräischen als Mittel, sind legitime Kinder der Verwirrung.

Verwirrung nenne ich jene, durch die Vermischung der Ordnungen entstandene, Beschaffenheit der Jugend, die die Dinge nicht durchaus vom Zentrum, sondern von den unendlich vielen Standpunkten der Peripherie her betrachtet, deren heimlichstes Gesetz ist: ja nicht die *Prinzipien* an die Dinge heranzutragen, sondern immer und immer wieder die schillernden Gesichtspunkte der Politik (und sei diese Politik auch nur auf das kommende Geschlecht gerichtet, das so zu einer imaginären furchtbaren Macht wird, die die Arbeit in *unserer* Generation, auf die es jetzt doch schließlich ankommt, verhindert, bevor sie noch recht beginnt). Die Verwirrung regiert heute: die Arbeit auch des Blau-Weiß, jeder Heimabend trägt den Zwiespalt der Lüge in sich. Das Judentum wird zu einer beliebig zu gestaltenden amorphen Substanz (weil man die Gesetze seiner Gestaltung nicht kennt), und weil man den Reichtum unseres Volkes nicht kennt, nährt man sich an fremden Gütern, und ist dann konsequenterweise gezwungen, manchmal vielleicht mit unsicherem Gewissen, die Ansicht zu verteidigen, da sei kein Unterschied, wenn nur die aufnehmenden Menschen jüdisch sind. Aber das ist es ja: sie sind es nicht. Auch hier vergißt man, daß wir in den anormalen Verhältnissen des Golus leben, was wir aufnehmen, nehmen wir nicht mit jüdischer, sondern mit verwirrter Seele auf. Unsere Jugend ist noch nicht jüdisch, und die Flitter – alles was man erringt, ohne es zu erarbeiten, ist Flitter – mit denen sie die Dürftigkeit ihrer Seele putzt, sind fragwürdige Zeugen einer fragwürdigen Erneuerung.

Es darf gefragt werden, worin der Blau-Weiß die Sphäre der Verwirrung verlassen hat.

Die Menschen können nicht durch ihn erzogen, sie müssen aus ihm herauserzogen werden. Einen Weg gibt es, der zur Bewegung führt: *Verzicht, Mut zum Verzicht* auf alle scheinbaren und der Verwirrung entsprungenen Werte. Solange man die Natur als einen Gegenstand ästhetischen Genusses betrachtet, um den man sich nicht bringen darf, solange in wahnwitzigem Hochmut das Hebräisch-Lernen von vielen Leuten als ein Opfer angesehen wird, – lo jerazeh[5] – das sie der Bewegung bringen, solange nicht *einmal* radikal im Denken und Tun auf die „Kommenden" Verzicht geleistet wird, weil es gilt, jene Sphäre der Einsamkeit und damit erst möglichen Gemeinsamkeit zu erreichen, wo wahre Wirkung sich erst ermöglicht – so lange sind wir nichts.

---

[5] Hebr.: Nicht willkommen; ein in falscher Absicht dargebrachtes Opfer ist Gott „nicht willkommen".

Haben wir den Mut zum Verzicht, zum positiven Aufbau des Jüdischen, zu konzentrierter Arbeit, zu der Erkenntnis, daß der Weg nach Zion keine Straße ist, sondern nur im Gänsemarsch passiert werden kann, und legitimieren wir unsern Zionismus nicht nur durch unseren Kopf und unser Herz, sondern durch unsere Beine.

Berlin *Gerhard Scholem*

[97]
Stellungnahme zur Balfour-Deklaration
22. NOVEMBER 1917
CZA, A 102/12/9

Zionistische Vereinigung
für Deutschland

Berlin W.15, Sächsischestr. 8
den 22. November 1917

An die Ortsgruppen und Vertrauensmänner!

Sehr geehrter Herr Gesinnungsgenosse!

Nachstehende Mitteilungen mögen Ihnen gewissermaßen als Leitsätze für etwaige Diskussionen über die englische Regierungserklärung dienen. Es ist ja anzunehmen, daß diese Erklärung zu Debatten Anlaß geben wird und daß die Nichtzionisten Abneigung oder Befürchtungen äußern werden. Die folgenden Gedankengänge halten wir für geeignet, in solchen Diskussionen vorgetragen zu werden: Zunächst ist zu prüfen, ob das englische Versprechen ein Bluff oder ob es ernst gemeint ist. Es kann kein Zweifel sein, daß es ein

---

* Am 2. November 1917 unterzeichnete Arthur James Balfour die folgende Erklärung namens der britischen Regierung:

„Lieber Lord Rothschild! Es ist mir ein großes Vergnügen, Ihnen namens Seiner Majestät Regierung die folgende Sympathieerklärung mit den jüdisch-zionistischen Bestrebungen zu übermitteln, die dem Kabinett unterbreitet und von ihm gebilligt worden ist.

Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei Klarheit darüber herrschen soll, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.

Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der Zionistischen Föderation zu bringen."

durchaus ernster Entschluß der englischen Regierung ist. Die Regierung würde sonst eine solche Erklärung nicht gerade in einem Augenblick abgegeben haben, in dem man in England die größte Hoffnung hegt, Palästina zu erobern. Denn es würde sich ja sehr bald herausstellen müssen und würde sehr große Entrüstung hervorrufen, wenn die englische Regierung ihre Zusagen nicht halten würde. Die englische Regierung und ebenso die amerikanische wollen vielmehr auf diese Weise die Sympathien der Juden gewinnen. Auch sind sie überzeugt, daß die zionistische Bewegung eine sehr nützliche Kolonisationsarbeit in Palästina leisten wird. In der englischen und amerikanischen Öffentlichkeit ist die Idee eines jüdischen Palästina sehr populär. So hat sich die „Times" mit großer Entschiedenheit in Leitartikeln dafür eingesetzt. Wilson ist für den Gedanken ganz gewonnen. Diese Haltung der Regierungen hat auf die Juden in England und Amerika gewaltigen Eindruck gemacht, und es haben sich daraufhin der Bewegung viele Leute angeschlossen, die ihr sonst fern standen. In erster Linie ist Lord Rothschild[1] zu nennen, der seit einiger Zeit offiziell der Zionistischen Organisation beigetreten ist. Die Sache ist also durchaus ernst und wird verwirklicht werden. Es stehen auch große Geldmittel zur Verfügung.

Es wäre nun bei dieser Sachlage, rein politisch betrachtet, äußerst töricht, wenn die deutschen Juden Opposition machen würden. Sie sind an Zahl und Einfluß viel zu gering, um die Sache zu verhindern. Es würde auch den schlechtesten Eindruck in der ganzen Welt, besonders bei den jüdischen Massen in Rußland, Amerika und England machen, wenn deutsche Juden gegen die Idee eines jüdischen Palästina protestieren würden. Ferner würden die deutschen Juden sich damit selbst von jeder Mitarbeit an der Sache ausschließen. Es steht noch gar nicht fest, daß Palästina englisch werden wird. Das jüdische Palästina könnte auch unter internationalem Protektorat oder sogar unter dem Protektorat der Türkei verwirklicht werden. Daß die Sache auf der Friedenskonferenz zur Sprache kommt, ist nach der englischen Erklärung und bei der Haltung Amerikas ganz sicher. Wenn die Türkei und die Zentralmächte sich feindlich zu den jüdischen Bestrebungen verhalten, kann dies höchstens bewirken, daß die anderen Mächte umsomehr darauf beharren, in Palästina geordnete Verhältnisse zu schaffen. Die deutschen Juden würden also auch unpatriotisch handeln, wenn sie durch ihre Opposition die deutsche und türkische Regierung in die Lage bringen, erklären zu müssen, daß die deutschen Juden von der Sache nichts wissen wollen und daß deshalb auch die deutsche und türkische Regierung sich nicht dafür einsetzen können. Was die Haltung der deutschen Regierung betrifft, so ist sie in der Sache durchaus nicht ablehnend, sondern sogar freundlich. Es liegen ganz bestimmte Erklärungen des Auswärtigen Amts hierzu vor. Der einzige Grund, weshalb

[1] Lord Lionel Walter Rothschild (1868–1937). Zu dieser Zeit Ehrenpräsident der Zionistischen Föderation von Groß-Britannien und Irland. War auch Vizepräsident des „Board of Deputies of British Jews".

Deutschland sich bisher nicht öffentlich engagieren wollte, ist die Rücksicht auf die Türkei, die vorläufig dem Zionismus noch mißtrauisch gegenübersteht.

Man kann also zusammenfassend sagen: wenn die deutschen Juden gegen ein jüdisches Palästina sind, so machen sie in der ganzen Welt bei Juden und Nichtjuden gegen Deutschland und gegen das deutsche Judentum Stimmung, ohne die Ausführung des Projektes verhindern zu können. Sie schalten sich selbst von der weiteren Kolonisationsarbeit in Palästina aus, überlassen alles den Juden der Ententeländer und verlieren in dieser wichtigen Frage den Zusammenhang mit der übrigen jüdischen Welt, handeln aber auch gegen Deutschlands wirtschaftliches Interesse im Orient, dem mit einer Beteiligung deutscher Juden an der Palästinaarbeit durchaus gedient wäre.

Soviel über das allgemein Politische. Was nun die bürgerliche Stellung der deutschen Juden betrifft, so haben englische Antizionisten offenbar ähnliche Bedenken gehabt. Der letzte Satz der Erklärung Balfours sagt ausdrücklich, es solle nichts getan werden, was die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgend einem Lande beeinträchtigen könnte. Dieser Satz ist unzweifelhaft mit Rücksicht auf diejenigen englischen Juden geschrieben worden, die Gegner des Zionismus sind und ähnlich wie die deutschen Gegner des Zionismus von der Verwirklichung des Zionismus eine Gefährdung ihrer bürgerlichen Stellung erwarten. Damit sagt also die englische Regierung ganz deutlich, daß nach ihrer eigenen Auffassung die Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Palästina keineswegs bedeutet, daß die bürgerlichen Rechte der Juden in den anderen Ländern darunter leiden sollen. Im Gegenteil, die englische Regierung hält die Verwirklichung des Zionismus mit dem Genuß der vollen bürgerlichen Rechte für die Juden in allen anderen Ländern für durchaus vereinbar. Auch die anderen Ententeregierungen denken sicherlich über diesen Punkt ebenso. Die deutsche Regierung wird ganz zweifellos nicht kleinlicher in diesem Punkt sein als England. Deutsche Juden werden nicht in großen Massen nach Palästina auswandern. Wenn eine Anzahl deutscher Juden dort hingeht, kann es Deutschland nur recht sein, damit dort deutsch-jüdischer Einfluß zur Geltung kommt. Es liegen nicht die geringsten Anzeichen vor, daß die deutsche Regierung anders über diesen Punkt denkt und die freundliche Haltung, die sie wiederholt dem Zionismus gegenüber zum Ausdruck gebracht hat, beweist dies ganz klar. Von einer Gefährdung der Stellung der deutschen Juden kann also keine Rede sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß!

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Hantke

[98]
Das deutsche Judentum und die Balfour-Deklaration
23. NOVEMBER 1917

Jüdische Rundschau

XXII. Jg., Nr. 47, 23. November 1917, S. 377–378

Die Erklärung der englischen Regierung

Die in der vorigen Nummer der „Jüdischen Rundschau" veröffentlichte Erklärung der englischen Regierung für den Zionismus hat überall das größte Aufsehen hervorgerufen. Daß die Zionisten in allen Ländern höchste Befriedigung über diese amtliche Anerkennung ihrer Bestrebungen durch eine Großmacht empfinden, ist nur natürlich. Auch die Tagespressse hat überall von der Erklärung der englischen Regierung Notiz genommen und es liegen bereits aus dem neutralen Ausland zahlreiche Presseäußerungen vor, die fast durchweg zustimmend gehalten sind.

. . .

Es muß daher in allen ernsten jüdischen Kreisen innerhalb und außerhalb Deutschlands wirkliche Befriedigung erwecken, daß England sich in so klarer und unzweideutiger Weise zur Anerkennung der jüdischen Ansprüche in Palästina entschlossen hat. Von nun an ist kein Jude und kein Nichtjude mehr berechtigt zu behaupten, daß der Zionismus politisch nicht ernst genommen werden dürfe; von nun an hat auch kein Jude – und sei er der schärfste Gegner der zionistischen Bewegung – die Möglichkeit, einen Gegensatz zwischen dem Bekenntnis zum Zionismus und der staatsbürgerlichen Verpflichtung der Juden zu konstruieren . . .

. . .

Wer das deutsche Judentum kennt, weiß freilich, daß der Schritt der englischen Regierung für manche deutsche Juden Veranlassung zu abfälliger Kritik sein wird. Diese Kreise möchten wir nachdrücklich darauf hinweisen, daß es nicht nur, wie wir schon sagten, töricht und kleinlich wäre, die Bedeutung der Erklärung herabzusetzen, sondern daß es auch politisch gesprochen gerade vom Standpunkt des deutschen Judentums außerordentlich verfehlt wäre, wenn die deutschen Juden sich in erheblicher Zahl im jetzigen Zeitpunkt ablehnend oder feindselig zum Zionismus verhalten sollten. Die Folge könnte nur sein, daß das deutsche Judentum sich selbst von der Teilnahme an dem künftigen Kolonisationswerk in Palästina ausschaltet. Aber auch die Stellung der Regierungen der Zentralmächte würde in dieser Frage schwierig werden, wenn die Juden der Zentralmächte den Fehler begehen wollten, aus Abneigung gegen den Zionismus oder gegen eine von England ausgehende

Förderung des Zionismus sich teilnahmslos im Hintergrunde zu halten oder gar aktiv gegen den Zionismus aufzutreten ...

...

... Die Regierungen Englands und seiner Verbündeten treten für den Zionismus ein. Für die Zentralmächte ist jetzt die Zeit des offenen Wortes und der Tat gekommen. Die Juden Deutschlands und seiner Verbündeten sollten das Gebot der Stunde erkennen und ihren Regierungen dieses Wort und diese Tat erleichtern.

...

[99]
Versuch zur Schaffung einer Dachorganisation der deutschen Juden
16. DEZEMBER 1917
CZA, A 15/VII/29

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin W.15, Sächsischestr. 8
den 16. Dezember 1917

An die Mitglieder des Zentralkomitees!

Sehr geehrter Herr Gesinnungsgenosse!

Auf unsere Einladung zur erweiterten Plenarsitzung des Zentralkomitees sind bereits zahlreiche Zusagen eingelaufen. Wir rechnen ganz bestimmt darauf, daß auch diejenigen Mitglieder des Zentralkomitees und der Ortsgruppen, von denen wir bisher ohne Antwort geblieben sind, der Einladung Folge leisten werden. Von einer Seite sind wir angefragt worden, wieviel Tage für die Sitzung vorgesehen sind. Wir hatten allerdings angenommen, daß ein Tag ausreichen wird, haben aber Vorbereitungen getroffen, damit die Sitzung erforderlichenfalles am Montag fortgesetzt werden kann.

Die Entwicklung in Palästina hat inzwischen weitere Fortschritte gemacht. Die Anteilnahme der öffentlichen Meinung aller Staaten an unserem Problem ist weiter gestiegen. Der Unterzeichnete wird hierüber ausführlich berichten. Es scheint uns aber auch der Zeitpunkt gekommen zu sein, an dem die Zionistische Vereinigung für Deutschland ihre Stellung zur bisherigen Tätigkeit des Aktionskomitees dokumentieren und ihre Wünsche für die weitere Durchführung der zionistischen Politik zum Ausdruck bringen sollte. Gerade jetzt wird in der Gesamtorganisation ganz besonders Wert darauf gelegt, die Stellungnahme der deutschen Zionisten kennen zu lernen.

Der große Eindruck, den das zionistische Problem auf die allgemeine Öf-

fentlichkeit gemacht hat, hat in den letzten Tagen die assimilatorischen Organisationen in Deutschland veranlaßt, für ihre zukünftige Haltung Vorsorge zu treffen. Vor acht Tagen ist von den Führern des Hilfsvereins der Deutschen Juden versucht worden, eine Gesamtrepräsentanz der deutschen Juden zustande zu bringen.[1] Alle Organisationen waren eingeladen, nur die Zionistische Vereinigung für Deutschland nicht. Man hat dies in der Sitzung damit begründet, daß wir eine interterritoriale, keine deutsche Organisation seien. Die Mehrheit der Anwesenden verlangte aber unsere Zuziehung[2]. Die Sitzung wurde daher vor erfolgter Konstituierung der neu geplanten Organisation vertagt und es wurde zunächst eine Kommission von vier Personen gewählt (Dr. Nathan, Geh. Justizrat Cassel[3], Geh. Justizrat Fuchs[4] und Professor Oppenheimer), um zunächst über ein gemeinsames Vorgehen mit uns zu verhandeln. Diese Verhandlungen schweben. Unsere Tendenz geht hierbei dahin: eine Organisation der deutschen Judenheit zu schaffen, welche in möglichst weitgehender Anlehnung an die amerikanische und russische Kongreßbewegung[5] aus Organisationen und aus Vertretern des nichtorganisierten Teiles der deutschen Juden besteht und deren Programm die drei Punkte: Bürgerliche Gleichberechtigung, national-kulturelle Rechte in den

---

[1] Ende 1917 war es bereits klar, daß Deutschland keinerlei Garantien für die Rechte der osteuropäischen Juden geben würde. Weite Kreise des deutschen Judentums fühlten sich mitschuldig an dieser Entwicklung, weil sie ihre Interessen in Osteuropa nicht durch eine zentrale Körperschaft, sondern durch zahlreiche Organisationen mit einander widersprechenden Methoden und Zielen hatten vertreten lassen.

Am 2. Dezember 1917 verschickte James Simon, Vorsitzender des „Hilfsvereins der deutschen Juden", Einladungen an eine Gruppe jüdischer Führer zur Teilnahme an einer Sitzung mit dem Ziel, ein Komitee aus Vertretern der großen deutsch-jüdischen Organisationen zu bilden.

[2] Ursprünglich waren die Zionisten zu der Sitzung im Hause von James Simon nicht eingeladen. Durch Intervention des Centralvereins wurden sie zu den Beratungen zugezogen.

[3] Oskar Cassel (1849–1923). Rechtsanwalt und demokratischer Politiker. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung spielte er seit 1887 eine führende Rolle. Mitglied des Preußischen Landtags von 1903–1919. Aktiv im Kampf gegen den Antisemitismus. Er gehörte zu den Gründern des Hilfsvereins und war Vorsitzender des „Verbands der deutschen Juden".

[4] Eugen Fuchs (1856–1923). Jurist und deutsch-jüdischer Politiker. Einer der Gründer des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens". Er hatte auf die Richtung und den Werdegang des Vereins entscheidenden Einfluß. Von 1917 bis 1919 Vorsitzender des CV. Fuchs hat seine Ansichten in juristischen und jüdischen Sachen in zahlreichen Aufsätzen und Reden niedergelegt.

[5] In einzelnen Ländern mit einer beträchtlicheren jüdischen Bevölkerung entstand während des ersten Weltkrieges unter dem Einfluß der allgemeinen Erstarkung des nationalen und demokratischen Gedankens die Idee, jüdische Kongresse ins Leben zu rufen, die die Judenheiten der betreffenden Länder repräsentieren sollten. Ihr Zweck war, auf die Friedenskonferenzen dahin einzuwirken, daß die völlige Gleichberechtigung der Juden gesichert und ihnen dort, wo es den Verhältnissen entsprach, der Status von Minoritäten gewährt würde.

Ländern jüdischer Massensiedlung und Palästinafrage umfaßt. Es scheint bei einem Teil unserer bisherigen Gegner Verständnis für diese Forderungen zu bestehen. Näheres werden wir erst auf der Sitzung berichten können. Sie werden Gelegenheit haben, endgültig über die Haltung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland in dieser Frage zu beschließen.

Orientierend möchte ich nur hinzufügen, daß der Geschäftsführende Ausschuß die Frage der Neuorganisierung des deutschen Judentums nach den Prinzipien der jüdischen Kongreßbewegungen bereits seit Monaten verfolgt, daß wir aber zunächst die ersten Ergebnisse derselben Bewegung in Österreich abwarten wollen und daher erst jetzt, nach dem Besuch des Unterzeichneten in Wien, zur Durchführung des Planes übergehen konnten. Mit aus diesem Grunde haben wir ja die erweiterte Sitzung des Zentralkomitees einberufen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß!

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Der Vorsitzende
Hantke

[100]
BALFOUR-DEKLARATION – KONGRESSBEWEGUNG – KULTURARBEIT
23. DEZEMBER 1917
CZA, A 15/IV/12

Streng vertraulich!

Protokoll
der Plenar-Sitzung des Zentralkomitees
vom 23. Dezember 1917.

...

... Die Erklärung der englischen Regierung hat ungeheueres Aufsehen erregt. Selbstverständlich ist sie nicht von allen Juden einheitlich aufgenommen worden, hat sich doch selbst in England eine jüdische Liga gegen den Zionismus gebildet.[1] Alle Zionisten waren natürlich von der Erklärung außeror-

[1] Bezieht sich auf die antizionistische „League of British Jews“, gegründet am 14. November 1917, dessen Präsident Lionel N. de Rothschild war. Vgl. Jewish Chronicle, 16. November 1917.

dentlich befriedigt. Es besteht aber überall bei den Zionisten der Wunsch, den Zionismus nicht zu einem Faktor werden zu lassen, der ausschließlich von den Sympathien der Entente abhängig ist. Auch unsere Freunde in England und Rußland legen großen Wert darauf, daß die deutsche und die österreichische Regierung eine ähnliche Erklärung wie die englische abgibt. Das Aktionskomitee ist nach dieser Richtung hin [dauernd bemüht]. Wir können heute sagen, daß die deutsche und die österreichische Regierung die Bedeutung des Zionismus für die Zukunft durchaus erkenn[en]. Wenn die deutsche Regierung bisher eine prinzipielle Erklärung nicht abgegeben hat, so liegt das an der Haltung der Türkei gegenüber dem Zionismus. Es hat sich aber in den letzten Wochen herausgestellt, daß auch die Haltung der türkischen Regierung uns gegenüber keine unabänderliche ist. Wir verdanken dies insbesondere den Bemühungen des deutschen Botschafters, Graf Bernstorff[2]. Die Hoffnungen auf ein gutes Gelingen unserer Bemühungen sind nicht gering, die politischen Aspekte für den Zionismus sind bedeutend günstiger als sie jemals gewesen. Die Frage, was jetzt militärisch aus Palästina wird, spielt dabei keine Rolle. Die Judenfrage ist eine Frage der Tagespolitik geworden, das Schicksal Palästinas muß auf der Friedenskonferenz besprochen werden.

...

Dr. Hantke gibt einen kurzen Überblick über die Entstehung der Kongreßbewegung in den anderen Ländern und der bisher in Deutschland gepflogenen Besprechungen. Die Möglichkeit einer Verständigung sei vorhanden. Geh. Justizrat Fuchs und der Vorstand des Zentralvereins wären bereit, das amerikanische Kongreßprogramm zu acceptieren.[3] Wenn wir in das vorgeschlagene Komitee nicht eintreten[4], so steht schon fest, daß diese Vertretung der deutschen Judenheit überhaupt nicht zustande kommt. Wichtig für uns ist nicht nur das Programm, sondern auch die Zusammensetzung des Komitees. Wir wollen in kein Komitee eintreten, in dem wir nur eine von vielen Organisationen sind, denn die anderen haben sich eine ganze Reihe von Organisationen geschaffen, die alle dieselben Kreise vertreten. Wir wollen einen Kongreß, der sich aus Vertretern der Organisationen und aus frei gewählten Mitgliedern zusammensetzt, dafür werden wir aber wohl noch niemand ge-

---

[2] Deutscher Botschafter in Washington, wurde später der Präsident des „Pro-Palästina-Komitees".

[3] Auf Veranlassung von Felix Theilhaber wurde eine Zusammenkunft zwischen Eugen Fuchs, Arthur Hantke, Alfred Klee und Hans Gideon Heymann arrangiert, um die Basis für eine gemeinsame Tätigkeit zu schaffen. Im August 1917 hielten beide Parteien es für notwendig, eine Organisation zu gründen, die gewissermaßen als das Außenministerium der deutschen Judenheit fungieren sollte. Ebenso kamen sie überein, sich mit den Juden aller Länder der Mittelmächte in Verbindung zu setzen, um eine gemeinsame jüdische Stellungnahme zu den Fragen, die sich bei der Friedenskonferenz erheben könnten, zu formulieren.

[4] Vielleicht eine Anspielung auf die Bemühungen von James Simon, ein Komitee zur Vertretung aller Teile der deutschen Judenheit aufzustellen.

Vgl. Dok. 99, Anm. 1 und 2.

winnen können. Immerhin wäre es aber schon ein Fortschritt, wenn die Organisationen ihre Vertreter für das Komitee ernennen würden, statt daß sich die Notabeln selbst ernennen. Wir müssen verlangen, in jedem Ausschuß zu sitzen und über alles genau informiert zu werden.

...

Blumenfeld-Berlin ... Anders wäre es mit einer Kongreßbewegung, die wir selbst machen würden, und zwar käme es dabei nicht darauf an, ob ein Kongreß wirklich zustande kommen würde. Auch so wäre es schon ein großer Erfolg. In Österreich haben die Zionisten die Führung übernommen. Wir müssen uns darüber klar sein, ob unsere Kräfte dazu ausreichen, eine eigene Kongreßbewegung zu machen oder nicht.

Dr. Elias Straus-München ist nicht der Meinung von Herrn Blumenfeld, daß es wichtig wäre, eine Kongreßbewegung zu machen, auch wenn ein Kongreß nicht zustande käme. Man dürfe die Tatsache nicht unterschätzen, daß das deutsche Judentum auch bei Friedensverhandlungen einheitlich auftreten könnte. Mit dem amerikanischen Kongreßprogramm sei eine Grundlage geschaffen worden und es wäre ungeheuer wichtig, wenn es gelingen würde, auch das deutsche Judentum auf einer solchen Grundlage zu einigen ...

...

Richard Lichtheim-Berlin: Ich habe Herrn Blumenfeld nicht so wie Herr Straus dahin verstanden, daß es unter allen Umständen eine Kongreßbewegung in Deutschland zu schaffen gilt, auch wenn sie nicht zu einem Kongreß führt. Ich glaube, daß die Möglichkeiten für eine von uns inaugurierte Kongreßbewegung sehr gering sind. Wir werden von vornherein die anderen Organisationen gegen uns haben. Wir könnten dies riskieren, wenn wir wüßten, daß wir die Gegner besiegen können, aber mit unseren gegenwärtigen Kräften ist hieran wohl kaum zu denken. Eine große repräsentative Versammlung wäre ein Ersatz für einen Kongreß des deutschen Judentums. Wir legen Wert auf das Zustandekommen, zunächst wegen der Wirkung auf die deutsche Regierung ...

...

Kurt Blumenfeld-Berlin: ... Ich glaube nicht, daß sich die anderen uns durch die Zusammenarbeit nähern werden. Schließlich kommt doch alles darauf an, ob wir die rechten Männer für das Komitee haben. Die Leute müssen wissen, daß sie mit *den* Zionisten zusammensitzen und nicht mit Zionisten bestimmter Couleur. Ich bin für Bündnispolitik, aber für eine solche, wo wir Führer und nicht die Geführten sind. Von diesem Bündnis erwarte ich auch nicht einmal politisch viel. Wir haben heute Machtmittel, und wenn wir richtig auftreten, so müßte es uns gelingen, in dieser Konferenz, die wir zuerst verhindern wollten, auch dem Auswärtigen Amt gegenüber als die Führenden zu scheinen, sonst fürchte ich, daß es uns dort schaden wird.

...

Dr. Hantke-Berlin: Es wurde hier bemängelt, daß wir über die Entwick-

lung der Dinge nicht genügend informiert haben. Die Ereignisse haben sich aber so überstürzt, daß wir hierzu wirklich nicht in der Lage waren. Wir hatten den Wunsch, uns über die Dinge mit Ihnen auszusprechen, bevor Fakten geschaffen waren. Ich freue mich darüber, daß hier so großes Mißtrauen gegen ein gemeinsames Auftreten mit den Assimilanten vorhanden ist, aber ich bitte Sie, doch nicht zu ängstlich zu sein. Die jüdischen Verhältnisse haben sich geändert, die Differenzen zwischen Zionisten und den anderen Juden sind kleiner geworden. Ich glaube sogar, daß die Masse auch bereit sein wird, sich von den Zionisten führen zu lassen. Wenn dies aber der Fall sein soll, so müssen wir auch auf die Tendenzen der Masse eingehen, und es ist falsch, in einem Augenblick, wo wir die Möglichkeit dazu haben, von dem ungeheuren Gegensatz zwischen Zionisten und Assimilanten zu sprechen. Unser Ziel muß sein, auch in Deutschland eine Beeinflussung des deutschen Judentums zu erreichen. Das unorganisierte Judentum wird uns auch nach dem Kriege einen guten Resonanzboden geben. Ich bitte Sie, uns dazu zu ermächtigen, die Verhandlungen, die wir bisher geführt haben, weiter zu führen und uns zu bevollmächtigen, in der von uns geschilderten Form weiter vorzugehen.

...

Schocken[5]*-Zwickau* erstattet sodann den Bericht des Kulturausschusses. Ich bin heute mit dem Gedanken hergekommen, daß Sie mit Recht sagen werden, Sie hätten von unserer Tätigkeit bisher sehr wenig gehört. Es gibt Dinge, die schnell geschehen, andere, die langsam aufgebaut werden müssen. Es fragt sich nun, was wir tun konnten. Wir haben öfter Besprechungen gehabt und uns darum bemüht, unsere gegenwärtige Arbeit mit einem Inhalt zu füllen, der heute noch nicht da ist ... Wir sind die ärmsten Kulturmenschen in Europa. An diesen Aufbau heranzugehen ist die Aufgabe des Kulturausschusses. Wir konnten die Arbeiten in zwei Formen aufnehmen, das heißt, kurz entschlossen alles machen, was vorerst nötig war oder ernst und ruhig überlegen, wie die Arbeit am besten fundamentiert wird. Wir haben den zweiten Weg gewählt, und die Folge dieser Wahl ist, daß wir vor Ihnen stehen und nichts zeigen können, was fertig ist. Trotzdem sind wir nicht einfach untätig gewesen. Wir haben nach vielen Seiten gearbeitet. Es handelt sich fast durchgängig um Arbeit, die in der Form von Büchern und Veranstaltungen die Basis bilden für eine lebende Kulturarbeit. Viele unserer Gesin-

---

[5] Salman Schocken (1877–1959). Zionist seit 1912, Kunst- und Buchsammler. Gründete zusammen mit seinem Bruder Simon ein Kaufhaus in Zwickau, dem Zweigniederlassungen folgten, die sich zum erfolgreichen Schocken-Konzern entwickelten. Gründete 1931 in Berlin den „Schocken-Verlag", der bis zum Verbot durch die nationalsozialistischen Behörden 1938 die Werke jüdischer Autoren herausbrachte. Ging 1933 nach Palästina; erwarb 1934 die hebräische Tageszeitung „Haaretz" und gründete 1936 den hebräischen Verlag „Schocken Publishing House Ltd.". Vgl. *Siegfried Moses*, Salman Schocken – His Economic and Zionist Activities, in: Year Book V of the Leo Baeck Institute, London 1960 (auch in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, IV. Jg., Nr. 13, Tel Aviv 1961).

nungsgenossen haben geglaubt, daß wir unsere Aufgabe anders auffassen und mit der Veranstaltung von Kursen usw. beginnen würden. Sicherlich wäre auch dies notwendig gewesen, weil es uns in vielen Punkten Erfahrungen geben würde, um daraus dauernde Grundlagen für die Weiterführung der Arbeiten zu schaffen. Die Zeit ist aber für diese Arbeiten zu ungünstig, und wir hätten nur ein Interesse daran gehabt, etwas Mustergültiges zu schaffen. Die erste Aufgabe, die wir uns gestellt haben, war die Schaffung eines hebräischen Sprachlehrbuches, das an die bestehenden Sprachkenntnisse anknüpft. Wir sind dazu gekommen, die Form einer Zeitschrift zu wählen, die zwölf Lehrbriefe umfaßt, und die hoffentlich im Herbst nächsten Jahres beginnen wird. Wir wollen mit dem Erscheinen derselben erst beginnen, wenn die ganzen Hefte fertig sind. Die Schwierigkeiten sind groß, weil wir besondere Typen herstellen lassen müssen. Wir wollen nämlich den Druck so vornehmen, wie er in den ersten Bibeldrucken im 15. Jahrhundert angewandt wurde, nämlich so, daß der Stamm des Wortes fett gedruckt und die Endungen in einer besonderen Schrift erscheinen. Hiermit wird jedem Leser der Zeitschrift die Benutzung eines Wörterbuches ermöglicht. Wir nehmen ferner die Herausgabe von Bibelteilen in Aussicht, auch hier sollen die Alt-neu-Typen angewandt werden. Es wird ferner zu Purim[6] ein Jugendjahrbuch erscheinen, in dem auch fünf Arbeiten Aufnahme finden werden, die wir auf Grund des von uns erlassenen Preisausschreibens unter 23 eingelaufenen Arbeiten als gut verwendbar bekommen haben. Auch drei Jugendbücher sind in Vorbereitung.

Sodann sind wir mit der Schaffung eines jüdisch-literarischen Ratgebers beschäftigt. Ich hatte mir diese Aufgabe leichter gedacht. Wir haben uns sehr darum bemüht, Mitarbeiter zu finden und sind fast überall mit leeren Händen zurückgekommen. Wir errichten jetzt ein besonderes Bureau für den Kulturausschuß ein, das Herr Dr. Buber in literarischen Arbeiten und insbesondere in der Herausgabe des Ratgebers unterstützen soll.

Zu den kleineren Arbeiten gehört die Herausgabe von Merkblättern. In Vorbereitung ist ein Merkbuch über Bibellektüre von Herrn Dr. Buber, Merkblätter über die Einrichtung von hebräischen Sprachkursen, über Selbstunterricht in Hebräisch, über Parteiarbeit, Palästinaspenden, jüdische Geschichte, Literatur, eines Programmes für die Jahresarbeit der verschiedenen Vereine und künstlerische Veranstaltungen, ferner ein Merkblatt über das Thema „wie gründet man jüdische Schulen", über die Veranstaltungen eines nationalen Seders[7] und über jüdische Spiele und Barmizwah[8]-Geschenke.

---

[6] Purim – Fröhliches Fest zur Erinnerung an die Errettung der Juden des Persischen Reiches aus der Gefahr der Vernichtung, wahrscheinlich während der Regierung von Xerxes (485–465 v. d. gew. Z.).

[7] Seder(-abend) – der erste Abend (in der Diaspora die zwei ersten) des Pessach-Festes, ausgezeichnet durch eine lange festliche Liturgie und Festmahl, die an den am gleichen Datum vollzogenen Auszug aus Ägypten erinnern.

[8] Barmizwah – „Sohn des Gebotes" – zur Erfüllung der Gebote verpflichteter jun-

Wir haben uns dann die Aufgabe der Bildung einer jüdischen Publikationsgesellschaft gestellt, die über den Rahmen unseres Kreises herausgehen soll. Wir bitten Sie, uns schon jetzt auf Menschen aufmerksam zu machen, die wir für die Arbeit heranziehen können.

...

[101]
POSITIVE STELLUNGNAHME DER TÜRKEI
ZUR JÜDISCHEN ANSIEDLUNG IN PALÄSTINA
2. JANUAR 1918
CZA, A 142/34

Berlin W.15, den 2. Januar 1918
Sächsischestr. 8

Seiner Excellenz
dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Berlin

Eurer Excellenz

beehre ich mich namens der Zionistischen Organisation unserer Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß Seine Hoheit der Großvezir *Talaat* Pascha gelegentlich des durch Seine Excellenz den Herrn Botschafter Grafen *Bernstorff* herbeigeführten Empfanges des Herrn Dr. Julius *Becker* Erklärungen über die Haltung der türkischen Regierung zum Zionismus abgegeben hat, in denen wir eine wesentliche Berücksichtigung unserer Wünsche erblicken. [1]

Die in den Erklärungen Seiner Hoheit des Großvezirs enthaltene Feststellung der Loyalität der Zionisten gegenüber dem türkischen Reich hat uns mit großer Befriedigung erfüllt. Wir haben nie daran gezweifelt, daß die Aufrichtigkeit unserer Bestrebungen und ihr hoher Nutzen für die türkische Landeskultur die Anerkennung der Kaiserlich Osmanischen Regierung finden würden.

---

ger Jude; bezeichnet auch die Zeremonie, bei der der 13jährige Junge religiös vollberechtigtes Mitglied der jüdischen Gemeinschaft wird.

[1] Im Dezember 1917 trat eine Änderung in der offiziellen Stellungnahme der Türkei gegenüber der jüdischen Ansiedlung in Palästina, wenn auch nicht gegenüber dem Zionismus, ein. In einem Interview vom 12. Dezember 1917 mit Julius Becker, der damals Korrespondent der „Vossischen Zeitung" war, gab der Großwesir Talaat Pascha zu verstehen, daß „die Türkei dem jüdischen Ansiedlungsunternehmen in Palästina immer sympathisch gegenübergestanden hätte . . .". Er teilte auch mit, er habe der türkischen Regierung einen Gesetzesvorschlag eingereicht, der der jüdischen Bevölkerung von Palästina ein großes Maß von Autonomie gewähren würde.

In den Erklärungen Seiner Hoheit des Großvezirs hinsichtlich der freien Einwanderung von Juden nach Palästina, der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeit, der Freiheit auf allen Gebieten des Kultur- und Geisteslebens, insbesondere auch im Schulwesen und im Gebrauch der hebräischen Sprache, endlich hinsichtlich der örtlichen Selbstverwaltung, erblicken wir wertvolle Voraussetzungen für die Schaffung der von uns erstrebten nationalen Heimstätte in Palästina.

Eurer Excellenz bitte ich bei dieser Gelegenheit, unseren aufrichtigen Dank für das wohlwollende Interesse aussprechen zu dürfen, das die Regierung des mit der Türkei verbündeten Deutschen Reichs der zionistischen Bewegung bei so vielen Anlässen bekundet hat. Ich erlaube mir, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß dieses oft bewiesene Wohlwollen uns für die Dauer erhalten bleiben und zu einer grundsätzlichen Anerkennung und Förderung unserer Bestrebungen führen wird.

In ausgezeichneter Hochachtung
sehr ergebenst

Vorsitzender des Aktionskomitees[2]
der Zionistischen Organisation

[102]
ANERKENNUNG DER ZIONISTISCHEN ZIELE
DURCH DIE DEUTSCHE REGIERUNG
11. JANUAR 1918

Jüdische Rundschau

XXIII. Jg., Nr. 2, 11. Januar 1918, S. 9

Eine Erklärung der deutschen Regierung

...

Mit wunderbarer Schnelligkeit hat der Zionismus, durch die Kriegsereignisse beflügelt, einen Weg durchlaufen, der vor wenigen Jahren als ein sehr

[2] Otto Warburg.

* Mit den Äußerungen des Großwesirs (vgl. Dok. 101, Anm. 1), war es auch der deutschen Regierung möglich geworden, den zionistischen Bestrebungen im gleichen Ausmaß wie die türkische Regierung ihre Sympathien zu erklären. Nachdem Ende 1917 und Anfang 1918 auch das „Komitee für den Osten" und einzelne jüdische Notabeln und Funktionäre wie Paul Nathan, Eugen Fuchs, Ludwig Haas und Max M. Warburg auf ein Entgegenkommen gegenüber nationaljüdischen Wünschen gedrängt hatten, wurden am 5. Januar 1918 fünf Vertreter der deutschen Juden, O. Warburg und Hantke von der Zionistischen Organisation, Oppenheimer, Friedemann und Sobernheim vom „Komitee für den Osten", ins Auswärtige Amt

langer und dornenvoller Weg vor uns zu liegen schien. Die öffentliche Meinung, die Presse, die Regierungen haben in letzter Zeit in einem Umfang von unserer Bewegung Notiz genommen, wie dies früher nie der Fall war. Freilich hat es schwerer Anstrengungen, insbesondere der leitenden Instanzen der Bewegung, bedurft, um die Resultate zu erreichen, die heute vorliegen. Aber diese Resultate sind wahrlich nicht zu unterschätzen. Die Idee des Zionismus hat sich durchgesetzt, innerhalb wie außerhalb des Judentums, und die Regierungen haben sich veranlaßt gesehen, Stellung zu nehmen. Auf die englische Regierungserklärung folgten die Äußerungen des Grafen Czernin[1], auf diese eine amtliche Auslassung des türkischen Großwesirs, und nunmehr die Erklärung der deutschen Regierung. Alle diese Äußerungen gehen von der Überzeugung aus, daß die jüdische Frage zu einer politischen Weltfrage geworden ist, daß man mit den Ansprüchen der Judenheit rechnen muß, und daß eine gerechte Befriedigung dieser Ansprüche im Interesse der Regierungen selbst liegt, welche sich durch Verständnis und Entgegenkommen die Dankbarkeit des gesamten jüdischen Volkes erringen können.

. . .

Die deutsche Regierung hat sich bei der öffentlichen Behandlung der zionistischen Frage bisher Zurückhaltung auferlegt. Naheliegende politische Gründe erschwerten es ihr, ihren Standpunkt öffentlich zu präzisieren. Sobald jedoch die Umstände es zu gestatten schienen, hat die deutsche Regierung Wert darauf gelegt, ihre grundsätzliche Bereitschaft, den jüdischen Forderungen der Gegenwart zu entsprechen, bekanntzugeben. Sie hat deshalb erklärt, daß sie einerseits den auf Erhaltung ihrer Eigenart gerichteten Bestrebungen der jüdischen Minorität im Osten volles Verständnis entgegenbringt und diese Bestrebungen fördern will, und daß sie andererseits die Erklärungen der türkischen Regierung zur Frage der jüdischen Kolonisation in Palästina begüßt.

Wie schon angedeutet, betrachtete und betrachtet es die deutsche Regierung als notwendig, sich in dieser letzteren Frage im großen und ganzen dem tür-

---

gebeten, wo ihnen Unter-Staatssekretär von dem Bussche eine vorbereitete Erklärung übergab, in der es hieß: „Hinsichtlich der von der Judenheit, insbesondere von den Zionisten, verfolgten Bestrebungen in Palästina begrüßen wir die Erklärungen, die der Großwesir Talaat Pascha kürzlich abgegeben hat, insbesondere die Absicht der kaiserlich osmanischen Regierung, gemäß ihrer den Juden stets bewiesenen freundlichen Haltung, die aufblühende jüdische Siedlung in Palästina durch Gewährung von freier Einwanderung und Niederlassung in den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes, von örtlicher Selbstverwaltung, entsprechend den Landesgesetzen, und von freier Entwicklung ihrer kulturellen Eigenart zu fördern." Vgl. Neue Jüdische Monatshefte, II. Jg., Heft 7, 10. Januar 1918, S. 147.

[1] Am 17. November 1917 empfing der österreichische Außenminister, Graf Ottokar Czernin, Arthur Hantke in Wien und teilte ihm mit, daß die österreichische Regierung der zionistischen Bewegung wohlwollend gegenüber stehe und daß sie das ihrige tun werde, um die Ziele der Zionisten zu fördern.

kischen Standpunkt anzuschließen. So erklärt es sich, daß sie bei ihrer nunmehr erfolgten Stellungnahme auf die jetzt vorliegenden amtlichen Erklärungen der türkischen Regierung Bezug nimmt und in der Formulierung im Rahmen derselben bleibt.

Es kann aber über die Meinung der deutschen Regierung in dieser Frage kein Zweifel bestehen, da in der Erklärung des stellvertretenden Staatssekretärs ausdrücklich die Bestrebungen der Zionisten genannt sind, und da die deutsche Regierung die von der Türkei zugesagten Erleichterungen unter dem Gesichtspunkt begrüßt, daß es sich um eine Förderung der aufblühenden jüdischen Siedlung in Palästina handelt. *Demnach ist der nunmehr erfolgte Schritt der deutschen Regierung als die Bekundung des Willens aufzufassen, vor der gesamten Öffentlichkeit die Zustimmung der deutschen Regierung zu den zionistischen Bestrebungen festzustellen.*

...

Niemals hat der Zionismus eine günstigere politische Situation gehabt als heute. Aber je näher uns die Möglichkeit der Verwirklichung unseres Programmes rückt, um so höher müssen die Ansprüche sein, die wir an uns selbst und unsere Führer stellen. Noch ist das Ziel nicht erreicht, aber die bisher gewonnenen Resultate lassen erwarten, daß wir es erreichen werden.

[103]
POLITISCHE ERFOLGE UND ZUKUNFT DES ZIONISMUS
[ANFANG 1918]
SCHOCKEN-ARCHIV, 531/241

Deutsche Juden!

Zu Beginn des großen Krieges, als noch niemand seine Dauer und Ausdehnung voraussah, glaubten doch schon viele, daß er eine große geistige Umwälzung mit sich bringen würde. So waren bei uns in Deutschland weite Kreise des Judentums fest davon überzeugt, daß dieser Krieg *das Ende des Antisemitismus* bedeuten würde, aber auch *das Ende des Zionismus.* Schon in der vaterländischen Begeisterung, mit der neben allen anderen Juden in allen kriegführenden Ländern auch die Zionisten zu den Waffen eilten, glaubten Antizionisten nicht ohne innere Genugtuung den Anfang vom Ende des Zionismus erblicken zu können. Ihre Hoffnungen sind enttäuscht worden: das Gegenteil ist eingetreten. Der Antisemitismus blüht trotz aller Opfer an Gut und Blut, die die Juden allerorten brachten, in den Gebieten der Mittelmächte und in denen der Entente, daheim und im Felde. Heimlich und offen bereitet sich der Antisemitismus auf neuen Kampf gegen Juden und Judentum vor. Kein Burgfriede, keine Abwehr hält ihn von den Vorbereitungen zu diesem

Kampf zurück. Auf der anderen Seite dagegen und gänzlich unabhängig davon sehen wir, daß die zionistische Organisation als einzige zwischenstaatliche, die ganze bewohnte Erde umfassende Vereinigung bestehen geblieben ist, während alle sonstigen internationalen Organisationen sich nicht erhalten konnten und zusammenbrachen. Mächtiger als je zuvor in Friedenszeiten hat die zionistische Bewegung an Umfang zugenommen, an Ausdehnung gewonnen. Nicht zum wenigsten in den Ländern, in denen die Juden schon immer alle Freiheit und Gleichberechtigung hatten, wie in *England* und *Amerika.* Aber nicht minder in dem Lande, in dem ihnen erst der Krieg die volle Gleichberechtigung brachte, in *Rußland.* So bewies der Zionismus, daß er mehr ist, als eine Folgeerscheinung jüdischer Not und Unfreiheit, daß er die *Selbstbesinnung im Judentum* bedeutet. Von Tag zu Tag bekennen sich mehr und mehr Söhne des alten Volkes zum Zionismus. Die ihm zur Verwirklichung seiner Ziele zur Verfügung gestellten Mittel wachsen in früher nie erreichter Höhe. Die Jahreseinnahmen des „Jüdischen Nationalfonds" überschreiten in dieser Kriegszeit weit die der Friedensjahre. Vor allem aber sind die politischen Aussichten des Zionismus so, daß wir ohne Übertreibung sagen können: *wir stehen am Vorabend großer Ereignisse.* Trotz des Kriegslärms ist es der Leitung der zionistischen Organisation gelungen, neue Beziehungen zu den Mächten zu gewinnen, alte zu festigen und auszubauen. *Die türkische Regierung* hat erklärt, daß alle Beschränkungen, die einer jüdischen Einwanderung in Palästina bisher noch entgegenstanden, nunmehr fallen sollen und, soweit die natürlichen Verhältnisse des Landes es gestatten, Juden es besiedeln können, um dort zu leben und zu schaffen in freier Betätigung ihrer Kräfte, in eigener Kultur mit eigener Sprache und eigenem Schulwesen. *Die deutsche Regierung*, die uns während der Kriegszeit in hohem Maße bei unseren Bemühungen in Palästina und in Stambul unterstützte, hat diese Erklärung der Türkei ausdrücklich als in ihrem Sinne gesprochen begrüßt, ihr zugestimmt und uns weitere Förderung der aufblühenden jüdischen Siedlung in Palästina in Aussicht gestellt in Würdigung der auf Entwicklung ihrer Kultur und Eigenart gerichteten Wünsche unserer Brüder. *England* hat durch den Mund seines Ministers Balfour erklären lassen, daß es die zionistischen Bestrebungen mit Wohlwollen betrachtet und „die größten Anstrengungen machen wird, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern". *Frankreich* hat durch den Minister des Äußern Pichon erklärt, daß es mit England wegen der Errichtung des nationalen Heims für die Juden in Palästina in völligem Einverständnis stehe. *Österreich* hat durch seinen Minister des Äußern, Grafen Czernin, gleichfalls die Unterstützung der zionistischen Bestrebungen bei der Türkei versprochen. *Amerika* hat den Zionisten Brandeis als seinen Vertreter zur Vorbereitung des Friedens mit der Sammlung des Materials für den Orient gerade im Hinblick auf seinen Zionismus beauftragt. *Rußland, Italien* und der *Papst* haben gleichfalls ihre Mithilfe zur Erreichung der zionistischen Ziele in Aussicht gestellt. Alle *sozialistischen* Manifeste, die

sich mit dem kommenden Frieden beschäftigen, erklären sich für den zionistischen Gedanken.

So dürfen wir hoffen, daß die nächste Zukunft uns die Verwirklichung unseres großen Wollens und Hoffens bringen wird. In diesem Augenblick lassen wir einen erneuten Ruf zur Mitarbeit an alle Juden ergehen, – an alle, die uns bisher schon nahe standen, und auch an die, die uns noch fern standen.

Schließt Euch alle uns an. Lasset alle alten Vorurteile begraben sein und arbeitet mit an der Wiedergeburt des jüdischen Volkes in seinem alten Stammlande. Bekennet Euch zum Baseler Programm:

„Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina."

Lord Balfour hat in seiner Kundgebung für den Zionismus darauf hingewiesen, daß die zionistische Arbeit nichts sei, was „die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgend einem anderen Lande beeinträchtigen könnte". Daß die deutsche Regierung der gleichen Ansicht ist, tut ihre oben erwähnte Erklärung deutlich vor aller Welt kund und auch der türkische Großvezier hat ausdrücklich die Loyalität der Zionisten anerkannt. Niemand kann danach mehr wagen, zionistische Gesinnung als unvereinbar mit staatsbürgerlichen Pflichten und Gefühlen hinzustellen. Gleichviel wie die Zukunft des jüdischen Landes sich gestalten wird, wer des Landes Oberherr in Zukunft sein wird: das deutsche Judentum, das so lange die Führung in allen jüdischen Angelegenheiten beanspruchte und auch hatte, darf sich bei der großen Arbeit, die unserer jetzt in Palästina harren wird, nicht ausschalten. Gebt Eurem Willen, an dieser Arbeit teilzunehmen, Ausdruck, indem Ihr den *Schekel*, die jährliche zionistische Kopfsteuer, zahlt.

Wer weiter über den Zionismus und seine Arbeit unterrichtet sein will, wende sich an die deutsche Zentrale

Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W.15, Sächsische Straße 8

. . .

[104]
VJOD – Die erste Dachorganisation der deutschen Judenheit
10. FEBRUAR 1918
CZA, A 15/VII/29

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin, den 10. Februar 18
Sächsischestr. 8

An die Ortsgruppen und Vertrauensmänner!

Sehr geehrter Herr Gesinnungsgenosse!

Bei Ausbruch des Krieges befand sich der deutsche Zionismus in einer scharfen Kampfstellung. Der Kampf um das Technikum, die Stellungnahme des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zum jüdischen Nationalgedanken, die Gründung des Antizionistischen Komitees, die Erklärung der Notabeln in den Tageszeitungen waren die Symptome einer tiefgehenden Erregung der nichtzionistischen Kreise über den unaufhaltsamen Fortschritt der zionistischen Idee, insbesondere über die Nationalisierung der Jugend. Während des Krieges zeigten sich in steigender Proportion Momente, die eine Unsicherheit der Nichtzionisten in dieser Stellungnahme verrieten. Wir ließen die Entwicklung ruhig reifen. Denn uns trug das Bewußtsein, daß die Zeit für uns arbeitet und daß unsere wahre Stärke sich erst offenbaren wird, wenn der Krieg beendet und die während ihrer Militärdienstzeit im nationalen Sinne beeinflußte Jugend zurückgekehrt sein wird. Die innere Entwickung des deutschen Judentums hat nun eben in den letzten Wochen ein wichtiges Ergebnis gezeitigt, das wir Ihnen hiermit unterbreiten: *den organisatorischen Zusammenschluß der gesamten deutschen Judenheit auf dem Gebiete der jüdischen Außenpolitik.*

Der neuen Organisation, welche den Namen: Vereinigung jüdischer Organisationen Deutschlands zur Wahrung der Rechte der Juden des Ostens (V.J.O.D.) trägt, gehören folgende Organisationen an: Hilfsverein, Großloge, Zentralverein, Verband der deutschen Juden, Frankfurter Osteuropäi-

---

* Als Ergebnis der auf Initiative von James Simon eingeleiteten Verhandlungen (vgl. Dok. 99, Anm. 1 und 2) fand am 10. Dezember 1917 eine Sitzung statt, auf der beschlossen wurde, eine zentrale jüdische Körperschaft unter dem Namen „Vereinigung jüdischer Organisationen Deutschlands zur Wahrung der Rechte der Juden des Ostens" (VJOD oder oft auch abgekürzt VIOD) zu errichten, die am 8. Januar 1918 gegründet wurde. Sie war auf der Annahme eines deutschen Sieges basiert, verstand es aber nicht, sich den sich schnell ändernden Umständen anzupassen und mit einer neuen jüdischen Außenpolitik im besiegten Deutschland aufzutreten. Sie löste sich daher bald nach Deutschlands Niederlage auf.

Vgl. Jüdische Rundschau, Nr. 7, 15. Februar 1918.

sches Komitee, Deutsch-Israelitischer Gemeindebund, Vereinigung für die Interessen der osteuropäischen Juden, Komitee für den Osten, Zionistische Vereinigung für Deutschland, Jüdisch-liberale Vereinigung.

Die Orthodoxie hat ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit erklärt, auch die Richtlinien der V.J.O.D. acceptiert. Über die organisatorische Form ihres Beitritts schweben noch Verhandlungen.

Die Vereinigung hat ihrer Arbeit folgende Richtlinien zu Grunde gelegt:

1) Rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung mit allen Rechten und Pflichten als Staatsbürger,
2) Freiheit der Religionsübung,
3) Recht auf Pflege selbständiger jüdischer Kultur,
4) Recht auf freie Einwanderung und wirtschaftliche Betätigung in allen Teilen des osmanischen Reiches,
5) Recht auf freie Niederlassung und Pflege selbständiger jüdischer Kultur in Palästina.

Geschäftsführer der Vereinigung sind die Herren Dr. Paul *Nathan* und Dr. Arthur *Hantke*, Sekretäre die Herren Dr. Bernhard Kahn[1] und Richard Lichtheim. Der Vorstand des Ausschusses besteht aus den Herren Dr. James Simon, Geheimer Justizrat Cassel, Professor Dr. Oppenheimer. In der Vollversammlung sind wir durch 3 Mitglieder und 3 Stellvertreter, im geschäftsführenden Ausschuß durch 2 Mitglieder und 2 Stellvertreter vertreten. Die Referate und Korreferate sind wie folgt verteilt:

1) Türkei	: Referent Dr. Hantke	Korreferent Dr. Nathan
2) Rumänien	: Referent Dr. Nathan	Korreferent – – –
3) Polen	: Referent Dr. Haas[2]	Korreferent Prof. Sobernheim[3]
4) Litauen	: Referent Dr. Nathan	Korreferent Dr. Klee

[1] Bernhard Kahn (1876–1955). Generalsekretär des „Hilfsvereins der deutschen Juden" 1904–1921. Direktor des „American Joint Distribution Commitee" (Joint) 1924–1939.

[2] Ludwig Haas (1875–1930). Deutscher Politiker. Rechtsanwalt, von 1908–1919 Stadtrat in Karlsruhe. 1912 wurde er als Mitglied der „Fortschrittlichen Volkspartei" Reichstagsabgeordneter. Ab 1915 stand er an der Spitze der jüdischen Abteilung der deutschen Militärverwaltung im besetzten Polen. Nach der Revolution von 1918 wurde Haas Innenminister in der ersten republikanischen Regierung Badens, 1929 Vorsitzender seiner Partei im Reichstag. Haas war eng mit dem „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" verbunden. Vgl. *Judith Schrag-Haas*, Ludwig Haas. Erinnerungen an meinen Vater, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, IV. Jg., Nr. 13, Tel Aviv 1961.

[3] Moritz Sebastian Sobernheim (1872–1933). Orientalist, Professor. Wurde 1896 Vorstandsmitglied des Vereins „Esra". Sobernheim war auch stellvertretender Vorsitzender des „Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes" (DIGB) und Präsidiumsmitglied des „Komitees für den Osten". Ab 1918 wirkte er im Auswärtigen Amt als Legationsrat und Referent für jüdisch-politische Angelegenheiten. 1926–1933 Mitglied des Präsidiums des „Pro-Palästina-Komitees".

Somit ist in Bezug auf ihre Außenpolitik die deutsche Judenheit zum ersten Mal geeinigt. Es war für uns ein ernster Entschluß, dieser Vereinigung beizutreten. Die Richtlinien, die ihr zu Grunde liegen, stellen zwar einen sehr bedeutsamen Schritt der deutschen Judenheit in der Richtung der Anerkennung der jüdischen Nationalität und ihrer Palästinahoffnungen dar. Die Freiheit des Zionistischen Actionscomités, das ja der V.J.O.D. nicht angehört, ist auch vollkommen gewahrt. Bei den engen Beziehungen zwischen dem deutschen Zionismus und dem Actionscomité besteht aber immer die Gefahr, daß eine Bindung des deutschen Zionismus auf die Gesamtorganisation abfärbt. Und auch eine Bindung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland enthält an sich Keime zu schwierigen und unerwünschten Situationen. Wir haben die Frage daher sowohl der erweiterten Plenarsitzung des Zentralkomitees vom 26. Dezember 1917 als einer zweiten Plenarsitzung vom 3. Februar 1918 zur Entscheidung vorgelegt. Beide Sitzungen haben unsere Entschlüsse bestätigt.

Wir gehen an die neue Arbeit nicht mit überschwänglichen Hoffnungen. Die Kämpfe der Vergangenheit sind noch in zu frischer Erinnerung. Wir sitzen in der V.J.O.D. ausschließlich wieder mit denselben Personen zusammen, die uns so rücksichtslos befehdet haben. Die Kreise des Hilfsvereins haben auch diesmal wieder versucht, die neue Vereinigung unter unserem Ausschluß zusammenzubringen. Die Herren Dr. Nathan, Dr. Simon, Geheimrat Cassel u.s.w. sind hierbei aber auf sehr starken Widerstand gestoßen und haben sich gezwungen gesehen, mit uns in Verhandlungen über unsere Anteilnahme an der V.J.O.D. zu treten. Bei diesen Verhandlungen stellten wir unsere Forderungen im Palästinapunkt und in der ostjüdischen Frage auf und setzten in wiederholten Sitzungen schließlich trotz anfänglicher Widerstände die aus den Richtlinien ersichtliche Fassung durch. Unsere starke Vertretung im geschäftsführenden Ausschuss und im Geschäftsführeramt sowie im Sekretariat zeigen Ihnen, daß die Nichtzionisten die neue Vereinbarung loyal durchzuführen gewillt sind. Trotzdem ist größte Reserve geboten. Erst die Praxis wird zeigen, ob die innere Entwicklung des deutschen Judentums bereits soweit gediehen ist, daß eine gemeinsame Arbeit zwischen Zionisten und Nichtzionisten in der Palästinafrage und in den Problemen des jüdischen Ostens möglich ist. Ist dies der Fall, so wäre damit ein außerordentlicher Fortschritt erzielt und die Möglichkeit eines einheitlichen Auftretens des Gesamtjudentums in seiner äußeren Politik, d. h. einer nationalen Politik des jüdischen Volkes gegeben, nachdem die anderen großen Zweige der Judenheit sich bereits in den Kongreßorganisationen die Instrumente für ein einheitliches Vorgehen geschaffen haben. Die Rückwirkung auf die inneren Verhältnisse der deutschen Judenheit würde nicht ausbleiben.

Die Bereitwilligkeit des Hilfsvereins und sogar der Liberalen Vereinigung mit uns zusammenzugehen und die Richtlinien der V.J.O.D. zu acceptieren, erklärt sich naturgemäß aus der außerordentlichen Anerkennung, die der Zio-

nismus in der allgemeinen Politik gefunden hat und der Bedeutung, die dadurch die jüdische Frage in der öffentlichen Meinung gewonnen hat. Dieser Umstand ist es auch, der nach unserer Überzeugung es uns möglich machen wird, in der neu gegründeten V.J.O.D. unsere Auffassung von den außenpolitischen Problemen der deutschen Judenheit durchzusetzen.

Parallel mit der Entwicklung der Anschauungen der älteren jüdischen Generation in Deutschland, wie sie in der Gründung der V.J.O.D. zu Tage tritt, geht auch die innere Entwicklung in der jüdischen Jugend. Die Tatsache, daß unter den Soldaten das Bewußtsein der jüdischen Nationalität stark gestiegen ist, scheint auch in nichtzionistischen Jugendkreisen anerkannt zu werden. Es gewinnt den Anschein, als ob wir insbesondere zu der stärksten anationalen Jugendbewegung, dem neutralen Jugendbund, in bessere Beziehungen als bisher kommen werden. Am 5. März d. Js. wird in Berlin eine Konferenz stattfinden, an der Vertreter des neutralen Jugendbundes, der Organisation der nationaljüdischen Jugendvereine, der orthodoxen und liberalen Jugendvereine teilnehmen werden. Es soll versucht werden, die Jugendbewegung in einen Zusammenhang mit der neugegründeten V.J.O.D. zu bringen und gleichzeitig die Grundlinien für ein Programm der Jugendarbeit zu legen, das die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit aller jüdischen Jugendorganisationen gibt. Wenn diese Verständigung zu stande kommt, so wird sie der beste Gradmesser für das Maß sein, in dem jüdischnationale Gedanken in die nichtzionistische Jugend eingedrungen sind.

Dieser doppelte Versuch, zu einer gemeinsamen Arbeit mit den jüdischen Organisationen in Deutschland zu kommen, hat zur notwendigen Ergänzung eine verstärkte Aufnahme der zionistischen Propaganda. Nur bei einem schnellen und kräftigen Anwachsen der zionistischen Organisation kann in der Zusammenarbeit mit den anderen jüdischen Organisationen eine dauernde Beeinflussung der nichtzionistischen Kreise erfolgen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß unser Einfluß auf die deutsche Judenheit wieder schwinden wird, wenn die schnelle Entwicklung, die der Zionismus während des Krieges genommen hat, einer Stagnation Platz macht. Gerade weil die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens mit nichtzionistischen Organisationen in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist, ist die Verstärkung der zionistischen Propaganda und die Ausdehnung der zionistischen Organisation doppelt notwendig. Es ist keineswegs wahrscheinlich, daß durch die Verstärkung unserer zionistischen Propaganda die Möglichkeit des Zusammengehens gefährdet [wird]. Denn bei der Entwicklung der jüdischen Dinge in Palästina und bei den außerordentlichen Möglichkeiten nationaler Arbeit in Polen und Litauen wird diese Propaganda, ebenso wie die zionistische Tätigkeit überhaupt, weit mehr als in früheren Jahren eine positiv gerichtete und aufbauende sein können und sein müssen. Gerade die Erfahrungen während der Kriegszeit haben bewiesen, daß eine solche Form der Arbeit den größten Eindruck in der

jüdischen Öffentlichkeit macht, und den geringsten Widerstand in ihr hervorruft.

Die nationaljüdische Jugendarbeit hat durch die Schaffung eines besoldeten Sekretariats und durch die organisatorische Zusammenfassung aller nationalen Jugendorganisationen in Deutschland eine feste Grundlage erhalten. Die Hauptaufgabe der neuen Organisation und ihres Sekretärs wird die Vorbereitung der Friedensarbeit in der Jugendpropaganda sein. Auch unsere Ortsgruppen werden hierauf ihre Hauptaufmerksamkeit richten müssen. Gerade die ersten Monate nach Beendigung des Krieges werden für Tausende von jungen Leuten die Entscheidung bringen, welcher Organisation sie sich anschließen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Hantke

[105]
Begegnung mit dem Ostjudentum
3. MAI 1918

Der Jüdische Wille

I. Jg., Heft 3, August 1918, S. 208–212

K.J.V.-er Feldbriefe

...

Minsk, 3. Mai 1918

Ich hatte Euch versprochen, mich zu bessern und bald vom Felde aus zu schreiben. Zur Entschuldigung meines Nichtschreibens kann ich allerdings sehr viel anführen, aber nur eines möchte ich Euch sagen, und schon dürfte Euch mein Versäumnis klar werden: „Minsk". Drei Wochen hatte ich das Glück, dort zu leben, zu leben unter vielen Tausenden von Juden. Zum ersten Male im Kriege war es mir vergönnt, längere Zeit in einer jüdischen Stadt zu weilen, wenn ich auch früher schon hier gewesen war und jüdische Städte, Warschau, Plock und besonders Wilna, besucht hatte, so waren das immer nur Tage oder gar Stunden, die es mir nie erlaubten, näher und enger mit den jüdischen Einwohnern bekannt zu werden.

So war es mir denn jetzt eine große Freude, mehrere Wochen in Minsk zu sein, und diese Wochen werden mir eine dauernde, lebendige und stärkende Erinnerung bleiben. Soll ich Euch einzeln aufzählen, was mir dort alles begegnet ist, was ich dort alles erlebt, gesehen, ja gelernt habe? Es dürfte zu viel des Großen und des Herzerfreuenden sein, nur einen Überblick kann ich Euch

hier geben; wenn wir wieder einmal persönlich zusammenkommen, dann werden wir über Minsk, seine Juden und überhaupt die ganze Ostjudenfrage viel zu sprechen haben. –

Ich habe auch bei uns schon häufig die Wahrnehmung gemacht, daß manche Bundesbrüder ein abfälliges Urteil über unsere Stammesbrüder aus dem Osten bei der Hand haben. Dazu möchte ich jetzt bemerken, daß dieses Urteil im allgemeinen gar zu eilig gefällt ist.

Geht hin und seht Euch um, schaut Euch aber auch wirklich diese Menschen hier im jüdischen Rußland an, und dann kommt wieder zu mir und sagt mir, ob ich nicht recht habe, wenn ich behaupte, daß alle diese Juden uns bei weitem über sind, daß hier im Judentume Kräfte liegen, die eine sichere Zukunft bei disziplinierter Führung versprechen. Ob ich im Beth-Am[1] war, ob ich in den hebräischen Schulen weilte, ob ich die Vorbereitung zu den Wahlen der jüdischen Gemeinde miterlebte, überall zeigen sich diese prachtvollen Menschen, diese festen Kräfte. Solche Stärke geben all diese Menschen und all diese Einrichtungen von sich, daß wir, die wir fremd dorthin kommen, selbst unter ihnen erstarken. Es war mir daher keine Arbeit, die ich nur irgend machen konnte, zuviel, kein Weg, den ich gehen mußte, zu weit. Gern habe ich alles getan und immer mehr hätte ich tun wollen. Und ich kann heute sagen, in vielen Dingen konnte ich den Minsker Juden nützen; vor allen Dingen gegenüber unseren Kommandobehörden. Schon nach kurzer Zeit gab es dort keine Aktion, in der man nicht meinen Rat, meine Ansicht eingeholt hätte, Daß ich auf diese Weise nützlich sein durfte und konnte, das war mir die innerste und tiefste Befriedigung.

Was will es demgegenüber heißen, wenn wahrhaftig Mängel in der Organisation sich bemerkbar machten? Der Geist, der aus allem Tun, aus jeder Einrichtung spricht, der ist so wahrhaft belebend und so natürlich-ursprünglich, daß die Mängel davor verschwinden. Es wäre gewiß ein ernstes Wort über die allzu starke Parteiung zu sprechen, auch in unseren eigenen Reihen macht sie sich sehr auffällig. Um nur ein Beispiel anzuführen, die Organisation der „Zeire-Zion"[2] macht mir große Bedenken, da sie leider sogar zuweilen nach außen hin eine der Gesamtorganisation entgegengesetzte Politik vertritt, weil sie überhaupt – und das ist für mich das Ausschlaggebende – allgemein-politische Gedanken und Taten mit rein jüdischen oder zionistischen verquickt, so ungefähr im Sinne der Poale-Zion[3], die ja nun in Minsk, wie in vielen Gegenden von Rußland, eine oft feindliche Stellung zur Gesamtorganisation einnehmen. – Gewiß wäre auch das Gemeindeleben, das jetzt zum ersten

[1] Hebr.: Volkshaus.

[2] In Osteuropa zu Anfang des 20. Jahrhunderts entstandene zionistische Bewegung, die dem „Hapoel Hazair" nahestand. Ihr Name bedeutet „Die Jungen von Zion".

[3] Eine Bewegung, die politischen Zionismus mit den Klasseninteressen des jüdischen Proletariats und der Verwirklichung des Sozialismus zu vereinen suchte. Die frühesten Gruppen entstanden in Rußland gegen Ende des 19. Jahrhunderts.

Male in die Wirklichkeit tritt, in ähnlichem Sinne besserungs- und reformbedürftig. Es fehlt schließlich etwas von der starken preußischen Hand. – Aber nehmt alles in allem: es bietet sich für uns ein machtvolles, lebendiges Ganzes dar. Unsere zionistische Organisation arbeitet sehr eifrig; nicht nur in Reden und Versammlungen, auch in praktischer und sozialer Arbeit. Wir haben z. B. sehr gut funktionierende Konsumvereine dort, eine jüdische Lehrfarm usw. Und ist es nicht eine große Tat, was wir dort im hebräischen Schulwerk geleistet haben? Ihr hättet nun einmal mit mir die vielen Tausende von Kindern am Lag-Beomer sehen müssen, wie da hebräisch marschiert, getanzt, gespielt und gesungen wurde. Draußen im Freien: ein Stück von dem Leben, wie ich es mir drüben in Erez-Israel vorstelle. Ich schicke noch einige Aufnahmen mit ein, die ich vom Feste gemacht habe.

Jetzt bin ich weit weg von Minsk, an unserer Demarkationslinie. Leicht ist es mir nicht geworden, von dem mir lieben Minsk zu scheiden.

Fritz Loebenstein [4]

[106]
Gründung des „Pro-Palästina-Komitees“
3. MAI 1918

Jüdische Rundschau
XXIII. Jg., Nr. 18, 3. Mai 1918, S. 133–134

„Pro Palästina“

Das allgemeine Interesse für den Zionismus, das auch in Deutschland seit langer Zeit im Wachsen ist, hat jetzt in der Gründung eines Komitees unter dem Namen *„Pro Palästina, Deutsches Komitee zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung“* einen neuen bedeutsamen Ausdruck gefunden. In der ersten öffentlichen Versammlung dieses Komitees, die vor einigen Tagen stattgefunden hat, ist die Öffentlichkeit mit seinen Zielen und seiner Zusammensetzung bekannt gemacht worden. Das Komitee hat die Förderung des Zionismus in sein Programm aufgenommen, ist aber keine zionistische und überhaupt keine jüdische Vereinigung. Es verdankt seine Begründung nicht den jüdischen Forderungen, die den Zionismus tragen, sondern dem Interesse und der Beachtung, welche die deutsche Politik den Zielen der zionistischen Bestrebungen entgegenbringt ...

Das Pro-Palästina Komitee formuliert seine Ziele folgendermaßen:

„Das im Zionismus verkörperte Streben nach unbehinderter und organi-

[4] Fritz Loebenstein (1888–1957). Aktiver Zionist und KJVer, Arzt. Ließ sich in Leipzig nieder, nach 1936 Arzt in Palästina.

[*] Im Frühjahr 1918 wurde ein „Deutsches Komitee Pro Palästina zur Förderung

scher Entfaltung nationaler jüdischer Kultur und Wirtschaft in der alten Heimat des jüdischen Volkes ist geeignet, aus dem durch Mangel an Bevölkerung und durch wirtschaftliche Vernachlässigung verarmten Palästina ein blühendes Wirtschaftsgebiet zu machen. Das Aufblühen Palästinas dient in gleichem Maße dem Interesse der mit Deutschland verbündeten Türkei wie der Ausbreitung deutscher Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen im Vorderen Orient. Es muß daher von Deutschland gefördert werden."

...

[107]
STELLUNGNAHME ZUM KAMPF GEGEN DEN ANTISEMITISMUS
20. SEPTEMBER 1918
CZA, Z 3/729

20. September 1918

Herrn
Kurt Blumenfeld
Danzig
Weidengasse 5

Lieber Herr Blumenfeld!

Anliegend sende ich Ihnen ein kurzes Protokoll über die von der Großloge[1] wegen Stellungnahme gegenüber dem Antisemitismus einberufene Besprechung.

---

der jüdischen Palästinasiedlung" gegründet, dessen Ausschuß folgende Herren angehörten: Professor Dr. Ballod, Vorsitzender; Professor Dr. Hans Delbrück; Major a. D. Endres; Bergrat a. D. Gothein; M. d. R. Stadtrat Fehrenbach; Präsident d. R. Geheimer Justizrat Junck; M. d. R. Redakteur Noske; M. d. R. Kaiserl. Gesandter z. D. Raschdau.

Dieses Komitee sah seine Aufgabe darin, die deutsche öffentliche Meinung auf die Bedeutung hinzuweisen, „die das vor allem im Zionismus verkörperte Streben der Juden nach Schaffung eines großen zusammenhängenden Siedlungsgebietes in Palästina für die politische Entwicklung gewinnen kann". Das Komitee gab eine Anzahl von Schriften heraus, in denen „die jüdische Palästinabewegung als ein hervorragendes Mittel für den wirtschaftlichen und politischen Aufschwung der Türkei, für die Ausbreitung deutscher Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen im vorderen Orient, für die Erneuerung jüdischer Kultur und jüdischen Volkswesens und für den Fortschritt menschlicher Wohlfahrt und Gesittung" dargestellt wurde.

Die Tätigkeit des „Pro-Palästina-Komitees" hörte im Jahre 1919 naturgemäß auf. Vgl. Denkschrift betreffend Gründung eines „Deutschen Comités pro Palästina", Bundesarchiv (Koblenz), R 43 I/2192. Ebenso: Mitteilungen des Pro Palästina Komitees, CZA, 1401; *Zechlin*, aaO., S. 413–448.

[1] „Unabhängiger Orden Bnei Brith" („Söhne des Bundes"), interterritoriale Ver-

Die Besprechung, die ja vorläufig ohne positives Ergebnis verlaufen ist, hat für mich folgendes ergeben: Die Majorität der Anwesenden, und zwar besonders diejenigen, welche Beziehungen zur Provinz und zu dem jüdischen Mittelstand haben, wissen, daß wir vor einer antijüdischen Volksbewegung in Deutschland stehen und sind sich klar, daß die bisherigen Methoden der Bekämpfung des Antisemitismus für eine so ernste Zeit nicht ausreichen. Diese Kreise sind daher bereit, ihre Stellungnahme nach dieser Richtung zu überprüfen, und zu versuchen, ob sie sich nicht mit uns in einer praktischeren Abwehrarbeit zusammenfinden kann (sic). Diese Feststellung hat mich in der Annahme bestärkt, daß es an der Zeit wäre, daß wir mit einem positiven Programm hervortreten – wenn ein solches für uns möglich ist. Die Kritik allein ist nicht mehr ausreichend, nachdem man sich selbst nicht mehr sicher fühlt. Ich habe auch fernerhin den Eindruck, daß wir ein Programm jüdischer Politik in Deutschland brauchen, um nach dem Krieg eine starke Propaganda in Deutschland durchführen zu können. Gewiß werden wir mit Rücksicht auf die allgemeine politische Entwicklung eine größere Resonanz für unsere Palästinaforderungen und für unsere nationale Politik im Osten haben. Gerade weil aber die deutsche Judenheit nach dem Krieg voraussichtlich hier in Deutschland selbst in einer schwierigen Lage sein wird, werden in ihr die Tagessorgen eine größere Rolle spielen, und wir werden gezwungen sein, auf diese einzugehen. Meine Idee wäre folgende:

Eine wirksame Abwehr der judenfeindlichen Stimmung in Deutschland ist nur möglich, wenn sich die deutsche Judenheit als solche eine angesehene politische Stellung erringt. Das müßte äußerlich dadurch zum Ausdruck kommen, daß die deutsche Judenheit als eine öffentlich rechtliche Institution anerkannt wird. Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles ist, daß die deutsche Judenheit sich entschließt, eine einheitliche Politik zu treiben. Sie ist hierzu imstande, weil sie im Lande selbst einen wichtigen Faktor bildet (Einfluß auf die Presse und Literatur, starker Prozentsatz der Intellektuellen, starker Prozentsatz der großstädtischen Bevölkerung, außerordentlich große Steuerkraft und Beherrschung wichtiger wirtschaftlicher Zweige) und weil sie auch für die auswärtige Politik Deutschlands von großer Bedeutung ist. (Internationaler Zusammenhang aller Juden, jüdische Palästinabestrebungen und jüdischnationale Politik im Osten.) Die jüdische Politik in Deutschland braucht dabei nicht sämtliche Teile der inneren deutschen Politik zu umfassen. Es ist nicht notwendig, daß die Juden versuchen, eine politische Partei wie die Polen oder wie das Zentrum zu bilden; der Einwand der mangelnden Zahl und der mangelnden Konzentrierung kommt daher nicht in Betracht. Andererseits wird sich von selber die politische Tätigkeit der Juden in Deutschland auf diejenigen Aufgaben konzentrieren und beschränken, welche von der jüdischen Politik erfaßt werden, wodurch eine gesündere Verteilung des jüdi-

einigung jüdischer Logen (abgekürzt UOBB). Eine seiner Aufgaben war und ist die Bekämpfung des Antisemitismus.

schen Einflusses entstehen würde. Die bisherige Arbeit zur Bekämpfung des Antisemitismus würde insoweit aufrechterhalten werden, als sie sich als zweckmäßig herausstellt, sie würde aber selbstverständlich hinter de[m] politischen Gesichtspunkt zurücktreten.

Die Leitung der deutschen Judenpolitik müßte auf Grund allgemeiner Wahlen und demokratischer Grundsätze gewählt werden.

Zur Vorbereitung der Aktion wäre die Einberufung eines Judentages auf demokratischer Grundlage erforderlich.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Meinung hierzu umgehend schreiben würden. Ich habe auf Montag Abend einige unserer Freunde zu einer kleinen Besprechung über diesen Punkt eingeladen, und es wäre mir sehr lieb, wenn ich bis dahin Ihre Antwort haben würde.

Mit bestem Gruß
Ihr
Hantke

[108]
Hebräische Sprache und Kultur als zentrale Aufgabe
27. SEPTEMBER 1918

Jüdische Rundschau
XXIII. Jg., Nr. 39, 27. September 1918, S. 304

Die Lüge des Hebräischen

Zwanzig Jahre alt ist der Zionismus des Westens, zwanzig Jahre alt ist die Lüge des Hebräischen. Während dieser Zeit ist unzählige Male vom Sinai aller Tribünen herab unter Donnern und Blitzen der Propaganda und des Beifalls das hohe Gebot des Hebräischen offenbart worden. Und das Volk, das am Fuße des Berges stand, sah die Blitze und hörte die Donner – und ging nach Hause, jeglicher nach seinem Zelt, und schlief weiter hinter seinem warmen Ofen. Wie das alte Geschlecht der Emanzipation in den Ssiddur[1], verbannte man bei *uns* das Hebräische – was noch tausendmal weniger ist – ins „Programm“. Angefangen bei der hebräischen Amtssprache unserer Kongresse, über die Statuten aller blau-weiß getünchten Vereine und Vereinchen, mit denen wir ja vom Schicksal unserer Entwicklung so überaus reich gesegnet wurden, bis – in neuester Zeit – hin zum Entwurf von Bernfelds „Bund der Jugend“[2]. Wieviel Lüge ist in eurem „Hebräisch als Nationalsprache“ begrif-

[1] Das Gebetbuch, das die Liturgie für Synagoge und Haus enthält.

[2] Vgl. *Philip L. Utley*, Siegfried Bernfeld's Jewish Order of Youth, 1914–1922, in: Year Book XXIV of the Leo Baeck Institute, London 1979.

fen! Lüge euch gegenüber, denn ihr wiegt euch in den Traum einer Krone, die nicht euer ist, ihr heuchelt Werte, die euch nicht wert sind! Wieviel Lüge den andern Juden gegenüber, den von euch verachteten „Assimilanten", deren Wurzellosigkeit ihr ständig euer angebliches Haben entgegenschleudert und deren Unwahrheit ihr nur mit eurer Unwahrheit besiegt! Lüge dem Volk gegenüber, dem Volk als der ewigen Geisteseinheit, in dessen Namen und für das ihr sprecht, ohne sein Innerstes zu kennen! Und wieviel Lüge dem Hebräischen gegenüber! In allen andern Völkern, bei den Nordostslowaken, bei den Kirgisen, hat die Jugend der Nationalbewegung sich heiß und leidenschaftlich dem geistigen Wollen und Weben des Volkes zugewandt, hat sich versenkt in das Geschaffene, teilgenommen am Schaffen, geträumt vom Zu-Schaffenden. Und bei uns? Wir haben wohl unserer Jugend nicht so viel zu geben wie Nordostslowaken und Kirgisen? Unsere Jugend ist im Anspruch wohl erhaben über das Gewaltige, das vier Jahrtausende in uns geschaffen haben? Der hebräische Dichter und Schriftsteller geht stumm und unerkannt in eurer Mitte, ein unscheinbarer Bettler, während ihr Fremden zujubelt. Er hat kein Volk unter euch, er hat nicht die Jugend unter euch, nach der er dürstet. Die hebräische Literatur hat in eurer Seele keinen Raum, während euer Mund sie liebt. Sie ist einsam und findet nicht Widerhall und Rückhalt, deren jede Literatur bedarf. Sie hat in Perioden – wäre nicht ostjüdische Jugend gewesen – fast das Schicksal jener Ziege geteilt, von der David Frischmann[3] (auch einer) erzählt, die ihr Besitzer sehr liebte, täglich streichelte, täglich pries, aber – leider – nur nicht fütterte, bis sie – leider – nur verhungerte inmitten seiner Liebe.

Lüge euch, Lüge den anderen, Lüge dem Volk, Lüge der hebräischen Kultur gegenüber! Nimmt es euch da Wunder, daß Einzelne, schibolim bod'dot[4], die *doch* schon sind, die die Größe der Aufgabe und die Höhe des Zieles und die Kleinheit des Heute gegeneinander wägen, sich in Verachtung und Trotz von eurer „Bewegung" wenden?

Auch ihr Weg ist nicht der Weg. Wir bedürfen heute nicht der großen Geste des essäischen Einsamen-Erlösers und nicht der bewußten Fortatomisierung der ohnehin genug atomisierten Jugend. Keine Gemeinschaft ist geworden und kann werden, ohne daß *in* ihr unentwegt und rücksichtslos um Erhöhung und Verwirklichung gekämpft würde. Man soll nicht das Leben hassen und in Wüsten fliehen, weil nicht alle Blütenträume heute reifen. Wer nicht an die Jugend glaubt, ist selbst nicht mehr jung; er sieht keine Zukunft mehr, denn Jugend ist und trägt die Zukunft. Wer aber an die Jugend glaubt, weiß, daß man um sie ringen muß, unermüdlich fordern, unermüdlich wecken, unermüdlich aufrufen und züchtigen, und er weiß, daß endlich aus dem ungezügelten

---

[3] David Frischmann (1860–1922). Hebräischer und jiddischer Schriftsteller, Redakteur und Übersetzer.

[4] Hebr.: Einzelne Ähren. Gemeint sind hier Einzelgänger, die sich von der Gruppe oder der Bewegung abwenden.

Kampf der Kräfte gegeneinander, aus der Glut der Seelen, die sich von den Schlacken reinigt, allen Hemmnissen und allen Widerständen zum Trotz der starke unbesiegbare Wille sich ringt, der die Gegenwart von Grund aus umgestaltet um der Zukunft willen, der das ganze Dasein in wunderbarer Erneuerung umformt und wiedergebiert. Dieser Wille wird auch die nationaljüdische Jugend Deutschlands hebräisch machen, wenn sie nur einmal die Lüge wird erkannt und anerkannt und die Größe der Erfüllung begriffen haben.

Viktor Ch. Arlosoroff[5]

[109]
Zum bevorstehenden national-jüdischen Jugendtag
[ENDE SEPTEMBER/ANFANG OKTOBER 1918]

Der Jüdische Wille

I. Jg., Heft 4/5, Oktober/Dezember 1918, S. 213–216

Geleitwort *

Es scheint, daß der Krieg in einer Hinsicht stark auf die jüdische Jugend – freilich nicht nur auf die Jugend, und nicht nur auf jüdische Menschen – gewirkt hat, ihr Wesen in einer Richtung umgebogen hat, – mag auch ein Hang

* Das Geleitwort ist vor dem Jugendtag geschrieben worden. *D. Verf.*[1]

[5] Viktor Chaim Arlosoroff (1899–1933). Zionistischer Führer. Einer der Gründer des „Hapoel Hazair" in Deutschland und Redakteur des Blattes „Die Arbeit". War auch an der Gründung des sozialistisch-zionistischen Weltverbandes (1920–1932) „Hitachdut olamit schel Hapoel Hazair u'Zeire Zion" („Weltvereinigung des Hapoel Hazair und der Zeire Zion") beteiligt und wurde einer ihrer Führer. Ließ sich 1924 in Palästina nieder und war 1926 der Vertreter der palästinensischen Juden beim Völkerbund in Genf. 1931 wurde er in die Exekutive der Jewish Agency als Leiter der politischen Abteilung in Jerusalem gewählt. 1933 von Unbekannten in Tel Aviv ermordet.

* In Berlin wurde im März 1917 der „Ausschuß für national-jüdische Jugendarbeit" gegründet, dem folgende Organisationen angehörten: KJV, „Blau-Weiß", „Herzl-Bund", „Jüdischer Studentinnenverein", „Deutscher Kreis der Jüdischen Turnerschaft", Verein „Makkabi", „Jüdischer Frauenbund für Turnen und Sport", „Ruderclub Ivria", „Jung Juda", „Jüdisches Volksheim", „Zionistischer Jugendverein", „Zionistischer Mädchenclub". Er hat sich eine Reihe von Aufgaben gestellt, die von keiner der einzelnen Organisationen allein erfüllt werden konnten. Als der Ausschuß gegründet wurde, plante er sofort, auch in anderen Orten, wo mehrere national-jüdische Jugendvereine nebeneinander bestehen, für die Gründung derartiger Ausschüsse Sorge zu tragen.

Die Gründung dieser Ausschüsse wurde als eine Etappe auf dem Wege zur ein-

zu dieser Biegung schon bestanden haben, – und ihr ein Befreier von Energien geworden ist. Die Generation derer, die heute im Mannesalter stehen, ist in *geschichtlicher* Betrachtung aufgewachsen. Selbst der jüdische Nationalismus hat sich an Treitschke genährt. Die europäische Geschichtsauffassung aber war bei aller Gegensätzlichkeit der Schulen – Heroenkult oder Milieutheorie, Materialismus oder Geistesgeschichte – in einem Punkte einheitlich: sie war auf geschichtliche *Erkenntnis* gerichtet. Das scheint uns selbstverständlich, ist es aber erst im Laufe des 19. Jahrhunderts geworden. Noch für Goethe, der eben eine Geschichtswissenschaft in unserem Sinne kaum kannte, war an der Geschichte das Beste der Enthusiasmus, den sie erweckte. Erst das naturwissenschaftliche, induktiv gerichtete Zeitalter hat die eigentliche Methode geschichtlicher Erkenntnis erschlossen und verbreitet. So verschiedene Männer wie Ranke und Comte stehen hier auf demselben Boden: es gilt ihnen, die Tatsachen geschichtlichen Lebens zu erkennen. Als eine beherrschende Tatsache im Leben der Völker aber fand man den Staat: so wurde die Machtentfaltung des Staates für Männer wie Treitschke und Seeley die geschichtlich wirksame Kraft an sich. Aber gerade die Bestätigung, die diese Lehre durch den Weltkrieg zu finden schien, wurde vielen von uns ein Anlaß zu einer tieferen Besinnung. Ihr Widerspruch war nicht gegen die Lehre selbst gerichtet, oder darf es doch nicht sein, jene Männer hatten ja einfach ausgesprochen, was ist. Sondern dies ist der Widerspruch: Genügt es denn auszusprechen, was ist? Kann Erkenntnis genügen? Mag es immerhin sein, Geschichte ist, soweit sie unserer Erkenntnis gegeben ist, eine Entfaltung und Entwicklung natürlicher Ursachen, und so betrachtet hat die Geschichte keinen Sinn. Aber was schert das uns? Sie hat keinen Sinn – gut denn, warum sind wir denn Menschen, so schaffen wir ihr einen Sinn! Das ist die Aufgabe, die unserem Willen, unserer Tatkraft, unserer Energie gesetzt ist. Es ist der Protest des wollenden und fühlenden Menschen gegen den erkennenden, – wie ihn übrigens bereits der Vater des Positivismus selbst in seinem Alter erhoben hat. Die künstlerische, gegenständliche Weltbetrachtung Goethes tritt, zum mindesten im Augenblick, in den Hintergrund, – eine Ahnung von der Welt der prophetischen Männer, eines Jesaja oder Platon dämmert auf. Nicht Hingabe an die Wirklichkeit, sondern Umschaffen der Wirklichkeit heißt die Losung.

---

heitlichen organisatorischen Zusammenfassung der ganzen national-jüdischen Jugendorganisationen Deutschlands angesehen. Ende 1917 hatte die ZVfD folgenden Beschluß angenommen: „Die Zionistische Vereinigung für Deutschland hält die baldige Zusammenfassung aller national-jüdischen Jugendvereine zu einem einheitlichen Jugendverband für dringend erforderlich."

Auf Veranlassung des „Jüdischen Volksheims" fand dann vom 6.–8. Oktober 1918 der „National-jüdische Jugendtag" in Berlin statt.

Vgl. Fritz Löwenstein an Gesinnungsgenossen, Januar 1918, Schocken-Archiv, 537/12.

[1] Anmerkung im Dokument.

Das ist es, was wir in dem Leben unserer Jugend als Dumpfheit der Bewegung empfinden, die Losgebundenheit der Kräfte des Gefühls und ihr Wunsch nach einem Ausdruck ihres Willens. Das trennt sie nicht nur von allem Vereinsleben und aller auf Organisation gerichteten politischen Tätigkeit, das gibt ihr auch den jüdischen Charakter. Denn nichts ist so universal wie die reine Erkenntnis, die Wissenschaft ist, mindestens in der Tendenz, international. Wenn aber die Jugend den Sinn ihres Lebens nicht mehr in der bloßen Erkenntnis, sondern in der Entfaltung ihres Gefühls und ihres Willens sucht, dann bedeutet das eine Verlegung des Schwerpunkts in eine triebhaftere Sphäre ihrer Persönlichkeit. Triebhafter sein aber, das heißt für uns: jüdischer sein. Und so scheint die jüdische Jugendbewegung unabhängiger von der deutschen zu werden. Dafür sind erst Anfänge vorhanden, aber diese unverkennbar. Ein anderes Ethos scheint sie, eben in jenem Willen zur Umgestaltung des Lebens, zu beherrschen. Auch ihr Wille zur Siedlung ist nicht sowohl – wie bei der deutschen Jugend – ein Wille zur Natürlichkeit, sondern zur Geschlossenheit der Persönlichkeit, nicht so sehr eine Entfaltung, wie eine Bändigung des Trieblebens.

Vom Willen bis zur Tat ist freilich ein weiter Weg. Es ist von jeher die Gefahr des Judentums gewesen, auf diesem Wege irgendwo Halt zu machen. Der Wille, den Gott in die Wirklichkeit umzusetzen, ist als jüdischer Wille oft gepriesen, – seine Begleiterscheinung in der Geschichte des Judentums ist oft genug die Ohnmacht gewesen, die Wirklichkeit umzugestalten. Und wenn die Jugend sich abwendet von der reinen geschichtlichen Erkenntnis, vom Geiste des bloßen Positivismus, so ist doch nicht zu verkennen, daß in jener geschichtlichen Hingabe eine Beziehung zum naturgewachsenen Dasein lebte, die nicht ohne Gefahren aufgegeben wird. Es sind ja auch nicht die Kräfte der Erkenntnis an sich, die abgelehnt werden, eine Art emotionaler, gefühlsbestimmter unreiner Erkenntnis beherrscht die Geister, der Wille zur Umgestaltung des Lebens führt wiederum zu einer erkenntnismäßigen Vertiefung. Aber eben in der geschichtlichen Besinnung lag eine ständige Selbstkontrolle der Erkenntnis, die frei schwebende Erkenntnis führt leicht zu vagem, molluskenhaften, gestaltlos-plätschernden Ausdruck. Wenn zu allen Zeiten der Wille in der Jugend so ungestüm ans Licht drängte, daß er der Klarheit des Ausdrucks ruhig entbehren durfte und dumpf, triebhaft, stammelnd, genial hervorbrach, so möchte heute zuweilen Verschwommenheit und Unklarheit und Allgemeinheit des Begriffs an sich als die natürliche Sprache der Jugend gelten. Die Zeit der Schwarmgeister taucht vor uns auf, da Goethe aus seinen Erlebnissen heraus neben der Tragödie vom Propheten die Komödien von den Affen der Propheten schrieb. Es gilt für die Jugend, sich das Gewissen des Geistes nicht abstumpfen zu lassen.

Der Wille zum Neuaufbau unseres Lebens tritt notwendig hier und da in einen Gegensatz zu dem natürlich gewachsenen Judentum und erzeugt gerade in den Besten der jüngeren Generation ernste Konflikte. Die Diskussion der

religiösen Frage bedeutet nur einen Ausschnitt aus diesem Komplex. Ein tiefer Individualismus ist erwachsen und strebt nach rückhaltloser Ehrlichkeit. Er lehnt es ab, irgend etwas zu tun, *weil* es angeblich jüdisch ist, er horcht auf die Stimme des Ja und Nein in der eigenen Seele. Und es ist gewiß wahr: im Namen des Judentums kann aus einer Geschichte von dreitausend Jahren so viel verkündet werden, daß dem Argument keine ernste Beweiskraft innewohnt. Aber so sicher das Judentum in einer Streitfrage nicht als causa argumentationis, als Beweisgrund dienen kann, so sicher muß die jüdische Kraft unserer Seele zur causa efficiens, zur wirkenden Ursache werden. Das entscheidende Gewicht in der jüdischen Gemeinschaft wird dem zufallen, der tiefer und instinktsicherer dem Judentum verbunden ist. Nicht die „Freiheit" der individuellen Seele, sondern ihr Getragensein von den Kräften des Blutes und der Gemeinschaft entscheidet. Es liegen ernste Gefahren in einer Abkehr von der Geschichte und in dem Willen zur Vertiefung des Gemeinschaftslebens durch die persönlichsten Kräfte: nicht umsonst standen an der Wiege nicht etwa des Chauvinismus, sondern des verinnerlichten Nationalismus rückwärts gewandte Propheten von dem Range eines Herder und Jakob Grimm.



Einst glaubten wir, daß im Blau-Weiß und seiner Naturhingabe eine Gewähr für eine natürliche Entwicklung des Judentums liege. Aber auch und gerade in ihm werden Kräfte sichtbar, die ihn leicht wieder zu einem Diskutierklub machen könnten. Der Persönlichkeitswille durchbricht die Schranken der Gemeinschaft, gewiß um einer neuen und edleren Gemeinschaft willen, aber doch im Gegensatz gegen die Hemmungen der geschichtlichen Gestaltung. Theoretisch ist es unmöglich zu entscheiden, wie weit die hemmungslose Freiheit der Persönlichkeit uns fördern kann. Je tiefer die natürliche Bindung des einzelnen an das Volkstum reicht, um so freier kann er sich entwickeln, ohne der Gesamtheit zu schaden. Aber es ist gefährlich, Persönlichkeit werden zu wollen, gefährlich, seine eigene Persönlichkeit zu betonen. Mit Max Weber zu sprechen: es ist zu wünschen, daß gerade die jetzt heranwachsende Generation sich vor allen Dingen wieder an den Gedanken gewöhne, daß „eine Persönlichkeit zu sein" etwas ist, was man nicht absichtsvoll wollen kann, und daß es nur einen einzigen Weg gibt, um es (vielleicht) zu werden, die rückhaltlose Hingabe an eine „Sache".

Die Sache, das ist es, der Ernst um Zion. Schon erhebt sich entschiedener Widerspruch von entgegengesetzter Seite her, nicht aus der Befürchtung, es könne Persönlichkeitsdünkel gezüchtet werden, sondern gerade aus dem Zweifel, ob überhaupt der Ernst um Zion vereinbar ist mit dem Rausch des Gemeinschaftslebens. Aber nicht um den Rausch handelt es sich. Wie einst die Familie, das Ghetto, die Gemeinsamkeit der Lebensbedürfnisse die Kräfte des Judentums zusammenhielt, so muß ein enges Gemeinschaftsleben der jüdischen Jugend ein selbstverständliches Judentum erzeugen und erhalten. Die jüdische Jugendgemeinschaft, das jüdische Volksheim, die jüdische Schule, die

jüdische Siedlung können Etappen auf diesem Wege zu einem naturgewachsenen Judentum werden. Aber daß sie es werden, dazu gehört die Erkenntnis, daß es mit dem Gemeinschaftsgefühl nicht getan ist. Aus den eigenen Kreisen des Blau-Weiß wurde jüngst die Forderung laut, dieser möchte anstelle des Genusses, und sei es des edelsten Naturgenusses, die gemeinsame Arbeit setzen. Hier ist eine Empfindung dafür erwacht, daß Schwärmerei und Begeisterung noch kein Judentum verbürgt. Denn die Aufgabe, die der jüdischen Jugend gesetzt ist, heißt, das Judentum nicht zu wünschen und nicht zu predigen, sondern zu leben.

Crossen a.O. *Moses Calvary*

[110]
Gründung der „Hechaluz"-Gruppe in Deutschland
[7.] OKTOBER 1918

Jüdische Rundschau

XXIII. Jg., Nr. 41, 11. Oktober 1918, S. 318

Eine Hechaluzgruppe in Deutschland

Im Anschluß an die Beratungen des Jugendtages fand am Dienstag Abend eine Besprechung von Freunden des *„Hechaluz"* statt. Als Ergebnis dieser Beratungen wurde die Gründung der ersten Hechaluzgruppe in Deutschland vollzogen. Die Mitglieder der Gruppe verpflichten sich, bei der ersten Möglichkeit nach Palästina zu übersiedeln, sich dort von ihrer eigenen Arbeit zu ernähren und sofort mit der Vorbereitung dazu zu beginnen. Der vorberei-

* Der „Hechaluz" (hebr.: „Der Pionier") war eine Vereinigung jüdischer Jugend mit dem Ziel, ihre Mitglieder zur Übersiedlung nach Erez Israel vorzubereiten. Im Januar 1918 fand die Gründungstagung des russischen „Hechaluz" in Krakau statt. Im Juli und September 1918 wurden „Hechaluz"-Konferenzen abgehalten, auf denen beschlossen wurde, daß die Bewegung zionistisch sei, aber keiner Partei angehören solle, daß sie jüdische Jugendliche über 18 Jahre als Mitglieder aufnehme, die Hebräisch als ihre Nationalsprache anerkannten und sich zur Ansiedlung in Palästina vorbereiteten.

Der deutsche Landesverband des „Hechaluz" wurde am 7. Oktober 1918 im Anschluß an die Jugend-Konferenz (6.–8. Oktober) bei einer Beratung, die im Hause von Viktor Chaim Arlosoroff stattfand, gegründet. Sein Programm war: hebräische Sprache, Landwirtschaft, Verbindungen und Beziehungen mit der Arbeiterschaft in Palästina und Verwirklichung einer neuen Gesellschaft durch gemeinschaftliche Siedlung. Vgl. *Leo Kaufmann*, Von den Anfängen der Hechaluz-Bewegung, in: Werk und Werden, Berlin 1934.

tende Ausschuß setzt sich wie folgt zusammen: Viktor *Arlosoroff*, Julius *Berger*, Frau Dr. *Meisel-Schochat*[1], Walter *Moses*[2], Salman *Rubaschow*[3].

Nähere Mitteilungen werden demnächst erfolgen. Anfragen sind zu richten an den Hechaluz, Zionistisches Zentralbüro, Berlin W15, Sächsischestr. 8.

[111]
DAS PROGRAMM DER „POALE ZION“
12. NOVEMBER 1918
CZA, A 137/54

[Originaldokument in jiddischer Sprache]

Proletarier aller Völker vereinigt euch

Jüdische Proletarier aller Länder vereinigt euch unter der Fahne der Poale-Zion

Genossen! Jüdische Arbeiter!

Aus Leiden und Blut wird eine neue Welt geboren. Aus den Zerstörungen des vierjährigen Brudermordes ist die Königin Freiheit siegreich hervorgetreten. Nach dem Zusammenbruch des russischen Zarismus, nach dem Untergang des Hauses Habsburg wurde jetzt die stärkste Festung des Despotismus

---

[1] Hanna Meisel-Schochat (1883?–1972). Agronomin. Aktiv in der „Poale Zion“-Bewegung. Wanderte 1909 nach Palästina aus. Gehörte zu den Gründern von Nahalal und der dortigen landwirtschaftlichen Schule.

[2] Walter Moses (1892–1955). Kaufmann. Führendes Mitglied des „Blau-Weiß“. Hatte entscheidenden Einfluß auf die Formulierung des Prunner Gesetzes 1922. Gründete in den 20er Jahren eine Zigarettenfabrik in Palästina.

[3] Salman Rubaschow (später Schasar, 1889–1974). Zionistischer Führer und hebräischer Schriftsteller. Schloß sich 1905 den „Poale Zion“ (vgl. Dok. 111) an und wurde einer ihrer bedeutendsten Führer. Während des ersten Weltkrieges studierte er in Deutschland und widmete sich zionistischer Kulturarbeit unter den deutschen Juden; war als Redakteur bei der „Jüdischen Rundschau“ tätig. Ließ sich 1924 in Palästina nieder. Wurde 1963 dritter Präsident des Staates Israel und hatte dieses Amt zehn Jahre lang inne.

* „Poale Zion“ (wörtlich: Arbeiter Zions), jüdische sozialistische Partei, entstanden in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts. Sie erstrebte neben den allgemeinen sozialistischen Zielen auch die Lösung der jüdischen Arbeiterfrage durch Konzentrierung der jüdischen arbeitenden Massen in Palästina. Nach 1918 gab es etwa 500 Mitglieder der „Poale Zion“ in Deutschland, von denen die meisten Ostjuden waren. Das Organ der „Poale Zion“ in Deutschland war die „Jüdische Arbeiterstimme“, die zum ersten Mal am 5. März 1921 erschien.

und der Unterdrückung zerstört, die letzte und stärkste Säule des Militarismus, der bitterste Feind der Arbeiterklasse und ihres Kampfes um Gerechtigkeit, die Hoffnung und Stütze aller finsteren Mächte in Europa – das Joch Wilhelms II. wurde zerbrochen. Die sozialistische Arbeiterklasse – der bis jetzt gefesselte Hohepriester der Freiheit – hat seine Fesseln gesprengt und geht nun mit gesammelten Kräften heran, den neuen und erträumten Staat aufzubauen!

Ehre und Glück dem deutschen sozialistischen Proletariat!

...

Es lebe die freie sozialistische Republik! Stark und siegreich soll die befreiende Sozialdemokratie hervorgehen!

...

Nieder mit dem antisemitischen Grenzfrieden!
Nieder mit dem chauvinistischen Erbe des preußischen Junkertums!
Gleiche Rechte und wirtschaftliche, politische und nationale Freiheit für alle Bürger und Einwanderer, ohne Unterschied von Nation und Geburtsort!

...

Nieder mit der volksfeindlichen, reaktionären Assimilantenherrschaft!
Es lebe die freie, autonome, demokratische jüdische Gemeindeorganisation!

Mit Hoffnung und Sorge wartet das jüdische Proletariat auf Frieden. Durch den schweren Kampf um seine nationale Befreiung, den es gemeinsam mit den breiten Massen des jüdischen Volkes in allen Ländern führt, in denen es sich befindet und durch die aufbauende opferreiche Befreiungsarbeit, die seine Avantgarde seit Jahren in Palästina, dem Land seiner nationalen Zukunft leistet, wird es gezwungen, aufmerksam die Friedensbildung zu verfolgen, die die politische Lage aller jener Staaten wie auch der von Erez Israel verändern wird. Dabei fordert es keine Almosen von irgendeiner Regierung und begnügt sich auch nicht mit monarchistischen Zusagen. Es verlangt nur die politische Selbständigkeit die es [dort] braucht, um seinen Kampf fruchtbar werden zu lassen und seine Kräfte freizusetzen. Sollen seine sozialistischen deutschen Genossen, die jetzt Einfluß auf das Schicksal ihres Staates gewonnen haben, und damit auch auf das politische Schicksal der Menschheit, radikal mit einer Politik Schluß machen, die ein unterdrücktes Volk hindert, zur Freiheit zu gelangen, und sollen sie uns in unserem Befreiungskampf brüderliche Hilfe leisten. Soll das Verständnis, welches wir bei unseren Genossen der Sozialistischen Internationale für unsere politischen Forderungen in Palästina gefunden haben, auch unsere zur Macht gelangten Genossen in Deutschland erfüllen. Sollen sie uns helfen die Hindernisse zu beseitigen, die sich uns auf unserem Weg entgegenstellen. Im Einklang mit der Proklamierung der nationalen Freiheit für alle unterdrückten Völker soll die jüdische Nation das politische Recht erhalten, ihre eigene Heimstätte in Palästina zu errichten. Jedes Glied der Sozialistischen Internationale soll das andere im Kampf um seine Befreiung brüderlich unterstützen.

Es lebe die freie jüdische Heimstätte in Erez Israel!

Genossen! Jüdische Arbeiter! Volksmassen und Intelligenz! Die Forderungen, die wir hier kurz dargelegt haben, sind eure Forderungen. Die Stunde des aktiven Kampfes um euer Recht und eure Freiheit ist gekommen! Schließt euch der jüdischen sozialdemokratischen Poale-Zion an, die in Deutschland ihre Fahne entfaltet hat.

Es lebe die deutsche Revolution!
Es lebe die Sozialistische Internationale!
Es lebe der weltumfassende jüdische sozialistische Arbeiterverband Poale-Zion!

12. November 1918

Das Sekretariat der jüdischen
sozialdemokratischen Gruppen
„Poale-Zion" in Deutschland
Berlin-Nord 24, Linienstr. 159III

[112]
VORBEREITUNG EINES JÜDISCHEN KONGRESSES IN DEUTSCHLAND
24. NOVEMBER 1918
CZA, A 15/VII/29

Protokoll der Sitzung des Centralkomitees am Sonntag, den 24. November 1918. Vormittag 10 Uhr im Zionistischen Centralbüro, Sächsischestr. 8

. . .

Herr Blumenfeld entwickelt als erster Redner folgende Gedankengänge:... Ich schlage daher die Gründung eines vorläufigen Ausschusses zur Vorbereitung eines jüdischen Kongresses in Deutschland vor. Wir erwarten, daß

---

* In dem Chaos, das der deutschen Niederlage und der Revolution von 1918 folgte, waren nur die Zionisten bereit, mit einem Programm für sofortige Arbeit hervorzutreten. Ihr Hauptziel war es, eine Kongreßbewegung, ähnlich der in Amerika, Rußland und Österreich mit seinen Nachfolgestaaten in Deutschland zu schaffen. Dieser Kongreß sollte einem zu bildenden jüdischen Weltkongreß beitreten, der vor der Friedenskonferenz die Forderungen der Gesamtjudenheit vertreten konnte. Trotz des Widerstandes des CV und des „Verbandes der deutschen Juden" setzte sich die ZVfD dafür ein, daß die Kongreßbewegung in Deutschland auch das Instrument zur Vertretung der deutschen Juden sein sollte. Sofort nach dem Waffenstillstand organisierten Alfred Klee und Arthur Hantke Massenversammlungen in Berlin, in denen sie als Hauptredner zusammen mit Gustav Witkowski, Julius Berger, Kurt Blumenfeld und Nahum Goldmann auftraten. In seiner endgültigen Form wurde das Programm der Kongreßbewegung in Deutschland dem XV. Delegierten-

eine ganze Reihe von Organisationen und hervorragenden Juden sich diesem Kongreßausschuß anschließen werden. Wir erhoffen von diesem Kongreß, den wir vorbereiten wollen, eine Umgestaltung des jüdischen Lebens in Deutschland. Der Ausschuß soll insbesondere auch durch Einzelbesprechungen versuchen, hervorragende jüdische Persönlichkeiten, die durch die Erfahrungen des Krieges in ihrer jüdischen Stellungnahme beeinflußt worden sind, für uns zu gewinnen. Blumenfeld schlägt die Annahme folgenden Programms vor:

Das Zentralkomitee der Zionistischen Vereinigung für Deutschland beschließt unter Hinzuziehung aller zionistischen und nationaljüdischen Gruppen die Gründung eines „Vorläufigen Ausschusses zur Vorbereitung eines jüdischen Kongresses in Deutschland".

Dieser Kongreß soll alle Juden umfassen, die im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum jüdischen Volk an der Entwicklung eines lebendigen Judentums mitarbeiten wollen.

Die Zionistische Vereinigung für Deutschland vertritt für den Kongreß folgendes Programm.

a) Palästina als nationale Heimstätte für das jüdische Volk.
b) Tatsächliche Durchführung der vollen Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern.
c) Nationale Autonomie für die jüdische Bevölkerung der Länder der jüdischen Massensiedlung sowie aller anderen Länder der Welt, deren jüdische Bevölkerung Anspruch auf sie erhebt.
d) Beseitigung aller Ausnahmebestimmungen gegen ausländische Juden, insbesondere sofortige Aufhebung der in Deutschland bestehenden Grenzsperre gegen die Juden.
e) Umgestaltung des jüdischen Lebens in Deutschland in demokratischem Sinne und in nationaljüdischem Geiste.

...

---

tag der ZVfD im Dezember 1918 vorgelegt, auf dem der Ausschuß zur Vorbereitung eines jüdischen Kongresses in Deutschland offiziell bestätigt wurde.

Vgl. *Jacob Toury*, Organizational Problems of German Jewry – Steps towards the Establishment of a Central Organization (1893–1920), in: Year Book XIII of the Leo Baeck Institute, London 1968. Auch Jüdische Rundschau, Nr. 50, 29. November 1918.

[113]
Die Aufgaben des Zionismus nach der Novemberrevolution
NOVEMBER 1918
CZA, A 15/VII/29

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin W.15, Sächsische Str. 8
Im November 1918

An die Ortsgruppen und Vertrauensmänner!

Unsere Stellungnahme zur Revolution[1] und unsere zionistische Arbeit waren die Fragen, die uns in dreitägiger Sitzung beschäftigten. Einig waren wir uns darüber, daß es [nicht] unsere Aufgabe sein kann, Erfolge dadurch zu erzielen, daß wir unter Preisgabe früherer Grundsätze uns von der Zeitströmung treiben ließen. Wir waren uns darüber klar, daß unsere Politik von Dauer sein müsse und daß es auch politisch unmöglich sei, der Regierung, die uns in unseren namhaftesten Vertretern kennt, vorzutäuschen, daß wir eine sozialistische Gruppe seien. Wir erwarten allerdings, daß die Regierung, wenn sie wirklich demokratisch wird, für unser nationaljüdisches Empfinden wachsendes Verständnis beweisen wird. Wir verkennen nicht, daß durch die Umwälzung zunächst neue Schwierigkeiten entstehen müssen. Das assimilatorische Judentum wird die in den letzten Jahrzehnten etwas verblaßten Ideen der Gleichheit aller Menschen und der völligen Unterschiedslosigkeit – bei noch so verschiedener Abstammung und Religion – wieder auffrischen und mit verstärkter Entschiedenheit vertreten. Und es wird versuchen, auf die demokratische Regierung Einfluß zu gewinnen.

Zwei Dinge gilt es zu erreichen:

1.) Eine Erklärung der neuen deutschen Regierung für ein jüdisches Palästina.

2.) Die Schaffung eines jüdischen Lebens in Deutschland durch eine neue und verstärkte zionistische Tätigkeit.

Wir glauben, daß eine mit voller Kraft geführte Arbeit uns heute zu Führern weiter Kreise des deutschen Judentums machen kann. Die von der Revolution überraschten jüdischen Kreise halten es für ihre Aufgabe, so lange die Stellung der Juden im neuen Deutschland noch ungeklärt ist, zunächst als Juden nicht hervorzutreten. Wir, die wir uns als Teile des jüdischen Volkes fühlen, können und dürfen keinen Augenblick zaudern und müssen zu den Problemen des Friedenskongresses, zu der Pogrombewegung im Osten[2] und

---

[1] Gemeint ist die Novemberrevolution 1918 in Deutschland.

[2] Im November 1918 räumte die deutsche Armee ihre Stellungen in Westrußland; unmittelbar danach versuchte das bolschewistische Regime in Moskau, die Ukraine

zu den Forderungen des Kopenhagener Manifestes[3] Stellung nehmen. Große Teile der deutschen Juden – nicht gerade die Führer, aber viele andere – sind heute unsicher und schwankend. Diesen psychologischen Augenblick der Unsicherheit gilt es, durch einen im Bewußtsein eigener Sicherheit geführten Ansturm auszunutzen. Und wir müssen darauf vertrauen, daß die Entscheidung über Palästina auf dem Friedenskongreß auch in Deutschland den Sieg des Zionismus zu allgemeinem Bewußtsein bringen wird.

Dem deutschen Judentum dürfen wir uns heute nicht so gegenüberstellen, als ob es ein geschlossener assimilatorischer Kreis wäre, auf den wir unbedingt verzichten müssen. Unzweifelhaft ist die alte Generation in ihrer jüdischen Stellung ein für allemal festgelegt. Die politische Führung der deutschen Judenheit oder wenigstens einzelner ihrer Teile kann aber auf uns übergehen, wenn wir auf die [Anforderungen] des Augenblicks schnell und sicher antworten und uns in allen Kreisen die Achtung vor der – lediglich durch die Kraft der zionistischen Idee herbeigeführten – jüdischen Lösung der Palästinafrage erzwingen. An Problemen, die das Gemüt der jüdischen Assimilanten bewegen, fehlt es ja gerade jetzt durchaus nicht. Da ist einmal die hier in Berlin, aber wahrscheinlich auch anderwärts in jüdischen Kreisen fast als unheimlich empfundene Tatsache, daß in den neugeschaffenen Organen der Revolution unter der Asche ein gefährlicher antisemitischer Geist glimmt. Da zeigt sich, wie selbst radikale Assimilanten ein peinliches Gefühl haben, wenn sie der starken Beteiligung der Juden an der Leitung des revolutionären Deutschlands gedenken. Es ist diesmal keineswegs so, daß in einem Verbrüderungstaumel alle Unterschiede verschwunden wären, sondern in diesem

---

wieder für Rußland zu annektieren. Die Ukrainer leisteten jedoch starken Widerstand. Sie schlossen sich in großer Zahl den Banden ihres Hetmans Simon Petljura an und erhoben sich gegen die Bolschewiken. Dabei töteten sie die Juden, wo sie sie nur finden konnten. Man nimmt an, daß bis Ende 1919 in etwa 500 Pogromen mehr als 70 000 Juden von den ukrainischen Banden getötet wurden.

[3] Nach dem Ausbruch des ersten Weltkrieges errichtete die Leitung der Zionistischen Organisation, die damals ihren Sitz in Berlin hatte, im Februar 1915 in Kopenhagen – also auf neutralem Boden – ein zentrales Büro der Zionistischen Organisation. Kurz vor Ende des Weltkrieges, am 25. Oktober 1918, richtete das Kopenhagener Büro an die Öffentlichkeit den unter dem Namen „Kopenhagener Manifest" bekannt gewordenen Aufruf, der die Forderungen des jüdischen Volkes aufstellte. Sie lauteten:

„In dem Friedensinstrument muß ihm [dem jüdischen Volke] gesichert werden:

1. Die Festsetzung Palästinas, in den durch geschichtliche Überlieferung und durch politische und ökonomische Notwendigkeiten bestimmten Grenzen, als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes, sowie die Schaffung der für den ungehinderten Aufbau dieser Heimstätte notwendigen Vorbedingungen;
2. die volle und tatsächliche Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern;
3. die nationale Autonomie, auf kulturellem, sozialem und politischem Gebiet, für die jüdische Bevölkerung der Länder jüdischer Massensiedlung, sowie aller anderen Länder, falls deren jüdische Bevölkerung Anspruch auf sie erhebt . . ."

Augenblick ist sich der deutsche Jude seiner jüdischen Lage und ihrer Problematik bewußter als jemals. Die möglicherweise bevorstehende Trennung von Kirche und Staat schafft für die alten jüdischen Zwangsgemeinden auch organisatorisch ein neues Problem. Ein neues Judengesetz auf religiöser Grundlage ist vielleicht nicht mehr möglich.

Wir haben so eine neue starke Waffe gegenüber den bisherigen Führern des Judentums in der Hand. Daß uns die Jugend der nichtzionistischen Kreise nicht verloren gehen darf, muß heute jedem aufs neue zum Bewußtsein kommen. Gerade diese Jugend ist innerlich durch die Revolution, viele auch durch persönliche Erlebnisse im Felde, auf das Tiefste erschüttert. Sie fühlt, daß sie nicht mit ganzer Seele mitmachen kann, und wird bereit sein, sich dem Zionismus zuzuwenden.

Wir haben es daher für erforderlich gehalten, das anliegende Programm aufzustellen, mit dessen Durchführung der „Jüdische Nationalausschuß für Deutschland" betraut ist. Diesem Programm ist bisher schon die Partei der „Poale Zion" beigetreten.

Der Nationalausschuß hat die Aufgabe, durch seine Arbeit, insbesondere durch eine verstärkte Propagandatätigkeit, uns die Resonanz in allen jüdischen Kreisen zu schaffen. Die neue Parole lautet:

Der Kongreß des nationalen Judentums in Deutschland.

Es ist erforderlich, daß dieselbe Stimmung, mit der hier in diesen Tagen die Arbeit begonnen worden ist, auch in allen anderen zionistischen Kreisen in ganz Deutschland zu neuer zionistischer Arbeit führt.

Wir schlagen daher vor, daß eine jede größere Ortsgruppe einen „Jüdischen Nationalausschuß für ..." gründet, der mit uns sofort in Verbindung tritt. Über die Form eines organisatorischen Zusammenhanges werden wir Ihnen in wenigen Tagen nähere Mitteilungen machen.

Am Anfang der Arbeit sollen jedenfalls öffentliche Versammlungen stehen, in denen die vorstehenden Anschauungen entwickelt werden sollen. Wir sind bereit, jedem Redner ausführliche Gedankengänge für seine Rede zu übersenden, damit ein einheitliches Auftreten gesichert wird. Nur in Ausnahmefällen wird es jetzt möglich sein, von hier aus Redner zu entsenden, einmal wegen der Verkehrsschwierigkeiten, und dann, weil im Augenblick alle politischen Kräfte für die Arbeit gebraucht werden.

Die innere Arbeit, Hebraisierung, Vorbereitung auf Palästina, hat in dieser Zeit nicht zu ruhen. Unser jüdisches Leben übt auf die wertvollen Elemente der Nichtzionisten seine Wirkung aus. So werden wir gerade in solchen Zeiten der allgemeinen Erschütterung Anerkennung finden und die anderen, die sich heute als Spielball der Ereignisse fühlen, werden in dem Zionismus wirklich die den ganzen Menschen erfassende Bewegung sehen, als die wir sie immer dargestellt haben.

Wir fordern Sie auf, zu unseren Vorschlägen Stellung zu nehmen und uns Ihre Gedanken mitzuteilen. Wir brauchen heute politische und zionistische

Anregungen von allen Gesinnungsgenossen. Weniger denn je dürfen heute der Fortschritt und die Entwickelung des Zionismus allein von der Arbeit der Leitung abhängen.

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Der Vorsitzende.

Hantke

[114]
Der Einfluss der Begegnung mit dem Ostjudentum auf das KJV
OKTOBER/DEZEMBER 1918

Der Jüdische Wille

I. Jg., Heft 4/5, Oktober/Dezember 1918, S. 222–238

Das K.J.V.
Seine Tendenz, seine Erziehungsmethoden und seine Gemeinschaftsformen

...

V

...

Das große jüdische Erlebnis der Kriegszeit, die Berührung mit der im Osten Europas wohnenden Masse unseres Volkes, unsere „Entdeckung des Ostjudentums", mußte notwendigerweise den Wunsch nach einer Revision unserer Gemeinschaftsformen zur Folge haben. Wir wußten es nun, durch eigene Wahrnehmung oder durch die Schilderung von Gesinnungsfreunden, daß dort im Osten ein starkes ungebrochenes Judentum lebt, im eigenen Volkstum wurzelnd und voll leidenschaftlicher Zukunftshoffnung, und es wurde uns zur erschreckenden Gewißheit, wie völlig abstrakt und inhaltslos unser Nationalismus ist und wie sehr sich unsere der Assimilation entstammenden Anschauungen und Lebensformen der Herstellung innerlicher Beziehungen zu den östlichen Brüdern als hinderlich erweisen. Die Erkenntnis, daß wir im Zionismus zu einer splendid isolation verurteilt wären, wenn sich der Zustand der geistigen Trennung vom Ostjudentum nicht überwinden ließe, daß eine nicht nur gedankliche, sondern auch tatsächliche Einreihung in die große, nach Palästina tendierende jüdische Bewegung Lebensnotwendigkeit für uns sei, bewirkte es, daß wir die Frage einer durchgreifenden Neugestaltung unseres Korporationslebens mit einer Ernsthaftigkeit, einer inneren Überzeugung erörterten wie nie zuvor.

Schon vor dem Kriege bereits hatten viele unter uns das Gefühl, daß nicht alle Formen unseres Gemeinschaftslebens für die Erreichung unseres Erziehungszieles besonders geeignet waren. Wir standen auch da schon in der Entwicklung, die die zionistische Bewegung unter östlichem Einfluß genommen hatte, und hatten erkannt, daß es mit dem formalen Bekenntnis zum Nationalismus nicht getan sei, sondern daß wir um seine materielle Fundierung, seine Durchdringung mit jüdischem Inhalte bemüht sein müssen. Aber die Entwicklung hatte erst ihren Anfang genommen, man hatte wohl theoretisch begriffen, die Neigung zu jüdischer Intensivierung war jedoch noch recht platonisch. Erst die unmittelbare Berührung mit dem Osten, die lebendige Anschauung hat den entscheidenden Anstoß gegeben und in uns das wirkliche Verlangen nach gelebtem Judentum hervorgerufen.

...

Berlin *Dr. Gerhard Holdheim*

[115]
ZUSAMMENARBEIT MIT NICHTZIONISTEN
ZUR ERREICHUNG JÜDISCH-NATIONALER ZIELE
3. DEZEMBER 1918
CZA, A 102/12/10

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin, den 3. Dezember 1918
Sächsischestr. 8

An die Ortsgruppen und Vertrauensmänner.

In der Sitzung des Zentralkomitees vom 24. November 1918 haben wir für das Programm, mit dem wir uns an die deutschen Juden wenden, eine endgültige Fassung gefunden. Der Leitartikel der heutigen Nummer der Jüdischen Rundschau „Ein jüdischer Kongreß in Deutschland" bringt den Wortlaut:

...

Wie wir gehört haben, gibt es Gesinnungsgenossen, die der Ansicht sind, wir könnten auch ohne das Hineintragen der Kongreßidee eine nicht weniger wirksame zionistische Propaganda entfalten.

Diese Anschauung, mit der wir uns in eingehenden Besprechungen auseinandergesetzt haben, verkennt die tatsächlichen Verhältnisse.

Für die Notwendigkeit unserer neuen Aktion sprechen folgende Erwägungen.

1.) Es gibt heute, wie wir täglich aufs neue feststellen, eine große Zahl deutscher Juden, die für uns bisher unerreichbar schienen, die aber im Laufe des

Krieges ihren jüdischen Instinkt entdeckt haben; insbesondere sind eine ganze Anzahl hervorragender Vertreter des jüdischen Geisteslebens, die nicht zu den alten unbelehrbaren Vorstandsmitgliedern der großen jüdischen Organisationen gehören, heute bereit, ihre Zugehörigkeit zum jüdischen Volke zu bekennen. Es besteht in diesen nichtzionistischen Kreisen das Bedürfnis, die neue jüdische Stimmung in die Tat umzusetzen, ohne daß wir die Möglichkeit haben, diese Elemente auf ein zionistisches Programm hin uns organisatorisch einzugliedern.
2.) Bedeutende Kreise der Orthodoxie (die Posener Orthodoxie, der einflußreichste Teil der Berliner Orthodoxie) sind bereit, ein jüdischnationales Programm anzuerkennen. Der Gedanke einer neuen jüdisch-nationalen Politik in Deutschland hat auch in den aus halborthodoxen Elementen bestehenden Synagogenvereinen außerordentlich gezündet.
3.) Viele Tausende von Ostjuden, mit denen wir nahe Berührung suchen müssen, werden [bereit] sein, die Kongreßbewegung mit uns mitzumachen. Es besteht jedoch vorläufig keine Möglichkeit, diese in sich sehr uneinigen Elemente heute ohne Zuhilfenahme der Kongreßbewegung zionistisch zu erfassen.
4.) Es ist für unsere zionistische Arbeit notwendig, jüdisches Leben in Deutschland zu erwecken. Mit der früher oft vertretenen Auffassung, daß es gleichgültig sei, wie jüdisches Leben und jüdische Erziehung im Galuth sich gestalten, haben wir grundsätzlich gebrochen. Nur eine starke Diaspora kann das jüdische Palästina sichern. Es gilt jetzt vor allem, hebräischen Unterricht, jüdische Schulen und eine Neuordnung der jüdischen Zusammenhänge in Deutschland zu schaffen. Für diese Arbeiten soll unser Kreis durch die Kongreßbewegung erweitert werden, die in das deutsche Judentum wiederum ein Moment starker jüdischer Erregung hineinwirft. Das deutsche Judentum nimmt schon jetzt in den Tagen, in denen es die ersten Erfolge unserer Propaganda kennengelernt hat, aufs neue Stellung zum jüdischen Problem, nachdem wir die Forderung des Bekenntnisses zum jüdischen Volke erhoben haben. Hat sich der Begriff der Einheit des jüdischen Volkes durch die Kongreßbewegung im deutschen Judentum in allen uns erreichbaren Kreisen durchgesetzt, dann werden wir auf einer breiteren Grundlage die objektiven Voraussetzungen für ein zionistisches Leben in Deutschland schaffen können. Die Forderung der Zugehörigkeit zum jüdischen Volke zwingt aufs neue alle deutschen Juden, die Judenfrage als eine sie unmittelbar berührende persönliche Angelegenheit zu betrachten und schafft die echte jüdische Stimmung, die zum Zionismus führt.

Von den Teilnehmern des Kongresses verlangen wir aus allen diesen Erwägungen nur eine grundsätzliche Erklärung, nicht aber eine Festlegung auf die von uns aufgestellten Forderungen. Es können daher zum Kongreß nichtzionistische Gruppen kommen, die „im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum jüdischen Volke" andere programmatische Forderungen erheben.

5.) Eine starke Förderung der Kongreßidee erwarten wir durch die Diskussion des Judenpunktes auf der Friedenskonferenz. Bei unseren bisherigen Besprechungen haben wir festgestellt, daß die Unterstützung der Palästinaforderung durch die Regierungen der Entente und die verschiedenen sozialistischen Gruppen stark gewirkt hat. Wird die Friedenskonferenz uns günstig sein, so werden aus denselben Gründen, die in Amerika den zionistischen Erfolg in der Kongreßbewegung erzeugt haben, erhebliche Teile des deutschen Judentums sich unserem Vorgehen anschließen.
6.) Der direkten zionistischen Propaganda geschieht kein Abbruch. Wir vertreten das Kongreßprogramm ausschließlich in Versammlungen, die von den zionistischen Ortsgruppen einberufen werden. In jeder zionistischen Propagandarede wird, gleichgültig wie das Thema lautet, unser Kongreßprogramm verkündet werden. Für die in den Propagandareden zu behandelnden Fragen stellen wir auf Wunsch ausführliche Ratschläge zur Verfügung.

Aus allen diesen Erwägungen ist es notwendig, daß mit außerordentlicher Kraft für die Kongreßidee gearbeitet wird. Die Ortsgruppen haben zunächst zwei Aufgaben:

1.) Veranstaltung großer Propagandaversammlungen,

2.) Gründung eines örtlichen Kongreßausschusses,

der sich mit uns in Verbindung setzt (über die organisatorischen Fragen werden wir endgültig erst in einigen Wochen entscheiden können, wenn die von uns inzwischen begonnenen Verhandlungen mit uns nahestehenden Gruppen zu einem gewissen Abschluß geführt haben werden). Der örtliche Kongreßausschuß hat die Aufgabe, in kleinen Besprechungen mit uns nahestehenden Gruppen und Personen für [die] Kongreßidee zu wirken. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß wir in unseren zionistischen Kongreßforderungen dem Punkt 6.) eine neue allgemeinere Fassung gegeben haben, die sich in der Form dem Programm besser einfügt und auf einzelne konkrete Wünsche verzichtet. Für diese Änderung war auch die Erwägung maßgebend, daß wir Forderungen für die Entwicklung des jüdischen Lebens in Deutschland zu stellen haben, die sich vielleicht nicht unbedingt in den Rahmen einer Gemeindereform einfügen lassen. Man denke z. B. an jüdische Zeitungen, an jüdische Jugendliteratur, an Bibliotheken, an die hebräische Sprachbewegung. Dennoch soll in der Propaganda der Gedanke „Umwandlung der Kultusgemeinden in Volksgemeinden“ in allgemeinerer Form bereits jetzt nachdrücklich vertreten werden. Hierbei braucht vorläufig noch nicht eine politische, durch Gesetzesreform zu erzielende Umwandlung der Gemeindeverfassung gefordert, sondern zunächst nur an eine Revolutionierung des Gemeinde*geistes* gedacht zu werden. Volksgemeinden im Gegensatz zu Kultusgemeinden sind Gemeinden, in denen die Fragen des Kultus und vor allem der jüdischen Erziehung in national-jüdischem Geiste behandelt werden, unbedingte Gleichstellung der Ausländer, Hergabe von Geldmitteln für den Aufbau Palästinas, Umgestaltung des jüdischen Vereinswesens, in dem Sinne, daß die jüdische

Gemeinde verpflichtet ist, die in ihr entstehenden jüdischen Interessen einzelner Kreise zu unterstützen und zu fördern (z. B. hebräische Sprachkurse, Turnvereine durch Hergabe von Räumen, Geldmitteln u.s.w.). Wir müssen als Ideal eine Gemeinde vertreten, in der nicht bloß, wie bisher, die Kultusinteressen, sondern alle politischen, wirtschaftlichen, sozialen, religiösen Interessen zusammengefaßt sind. Die Ausarbeitung eines eingehend begründeten Programmes für die gesamte jüdisch-nationale Arbeit in Deutschland ist einer Kommission bestehend aus den Herren:

Dr. Klee
Dr. Witkowski
Dr. Arnold Barth [1]
Nachum Goldmann [2]
Dr. Max Mayer

übertragen worden, die in 4 Wochen Bericht erstattet.

Der Kongreß soll Anfang März zusammentreten. Die Kongreßbewegung ist der größte propagandistische Versuch, den wir bisher unternommen haben. Es gilt jetzt, alle Kräfte anzuspannen, damit der Kongreß uns den großen Erfolg der zionistischen Bewegung in Deutschland bringt.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Der Geschäftsführende Ausschuß
i. A. Kurt Blumenfeld

---

[1] Arnold (Aron) Barth (1890–1957). Finanzsachverständiger. Führer des „Misrachi" in Deutschland. Gehörte der Exekutive des „Keren Hajessod" an. Ließ sich 1933 in Palästina nieder, wo er Generaldirektor der „Anglo-Palestine Bank" wurde.

[2] Nahum Goldmann (geb. 1894). Bis 1977 Präsident des „World Jewish Congress"; 1956–1968 Präsident der Zionistischen Weltorganisation. Von Jugend an in Deutschland und anderen Ländern in zionistischen Angelegenheiten tätig. Nahm ab 1921 an jedem Zionistenkongreß teil und war seit 1939 Mitglied des AC. Seit dem ersten Weltkrieg führend in vielen zionistischen Institutionen.

[116]
Der deutsche Zionismus am Ende des ersten Weltkrieges
[26.] DEZEMBER 1918
PROTOKOLL DES XV. DELEGIERTENTAGES DER ZIONISTISCHEN VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND, BERLIN, DEN 25.–27. DEZEMBER 1918,
BERLIN 1919, S. 76–94

Referat Blumenfelds

Die zionistische Entwicklung hat uns gelehrt, daß die Zukunft Palästinas notwendig verknüpft ist mit dem künftigen Leben der Juden außerhalb des jüdischen Landes. Noch herrscht Streit, ob diese zionistische Auffassung berechtigt ist, noch wird die Meinung vertreten, daß unsere zionistische Arbeit in den Ländern des Galuth nur der Vorbereitung für Palästina dienen dürfe, und der Anspruch auf ein selbständiges jüdisches Leben nicht erhoben werden könne.

Denken und Erfahrung geben denen Recht, die zu der Forderung eines jüdischen Lebens in *allen* Ländern gelangen. Das Streben nach nationaler Autonomie kann in seiner Erfüllung nicht dem auf Palästina gerichteten Willen schädlich sein. Gewiß erwächst aus der Einsicht, daß nur in Palästina der Reichtum aller Anlagen des jüdischen Menschen sich offenbaren wird, die notwendige Erkenntnis, daß sonst nirgends das jüdische Volk zu wahrer Heimatlichkeit gelangen kann. Daraus folgt aber nicht, daß der Palästinawille um so stärker sein muß, je weniger die Juden eines Landes die Hoffnung haben können, in ihrem eigenen Lande jüdisches Leben zu entwickeln.

Wir müssen überzeugt sein, daß aus allen jüdischen Zusammenhängen Zionismus organisch erwachsen muß. Nehmen wir daher an, daß in den Ländern der jüdischen Autonomie die Juden auf allen Gebieten vollste Freiheit der Entwicklung genießen, daß ihnen nicht nur Erziehung und Unterricht, sondern auch Politik und Wirtschaft zur autonomen Regelung überlassen sind, so wird gerade dieses allseitig entwickelte jüdische Leben sie dazu führen, die Unvollkommenheit des erreichten Zustandes zu empfinden. Die Anomalie des jüdischen Lebens kann durch keine noch so entwickelte nationale Autonomie aufgehoben werden. Gerade die durch die Erfüllung der Autonomieforderung jüdisch gekräftigte Judenheit wird den Quellen des jüdischen Schaffens nähergekommen sein als andere Zweige des jüdischen Volkes, und deshalb mit besonderer Deutlichkeit empfinden, daß der jüdische Mensch der Zukunft nur im Gemeinschaftsleben des jüdischen Volkes in der Verbundenheit mit dem Boden von Erez Israel erwachsen kann.

Autonomismus und Zionismus konnten daher nur Gegensätze sein, so lange der Autonomismus sein Ziel nicht erreicht hatte, und das Gefühl beste-

hen mochte, es handle sich um zwei sich schneidende Wege zu einer in verschiedenen Kreisen liegenden jüdischen Zukunft.

Ist es uns gedanklich unmöglich, den Autonomismus und die mit ihm verbundene Ausgestaltung des jüdischen Lebens im Galuth abzulehnen, so ist auch tatsächlich ein Verzicht des Zionismus auf jüdisches Leben außerhalb Palästinas in allen Fällen unmöglich. Das zionistische Leben beginnt nicht erst mit der Landung in Palästina, Zionisten müssen überall als Zionisten leben, und wenn ein Zionist auch nur wenige Monate vor der Übersiedlung nach Palästina in Deutschland verweilen will, so wird es ihm unmöglich sein, hier auf die Betätigung seines Zionismus durch Verwirklichung seines jüdischen Lebens zu verzichten. Die Konstruktion, daß diese zionistische Tätigkeit ja nichts anderes als Vorbereitung auf Palästina bedeute, reicht nicht aus, um einen Unterschied zwischen dieser Vorbereitung auf Palästina und dem Versuch der Schaffung eines jüdischen Lebens in Deutschland festzustellen. Wenn unter der Vorbereitung auf Palästina nicht nur die berufliche, sondern auch die jüdische Ausbildung verstanden wird, so wird leicht der Nachweis zu erbringen sein, daß diese jüdische Vorbereitung allgemein und für die Zukunft nur gelingen kann, wenn durch ein jüdisches Leben die objektiven Voraussetzungen hierzu geschaffen worden sind.

...

In *zionistischen* Kreisen ist die Frage aufgeworfen worden, ob wir für den Aufbau des jüdischen Lebens in Deutschland nicht alle Juden sammeln sollten, die mit der Palästinaforderung des Kopenhagener Manifestes einverstanden sind. Es ist die Meinung vertreten worden, daß wir durch das Verlangen einer Erklärung über die persönliche Zugehörigkeit zum jüdischen Volk und durch ein Hinstreben nach eigenen jüdischen Zusammenhängen die Assimilation der Juden, die sich nur noch schwach mit dem Judentum verbunden fühlen, beschleunigen könnten. Es ist wahrscheinlich richtig, daß jede jüdische Bewegung, die notwendigerweise eine persönliche Stellungnahme der Juden zum Ziel hat, den Abfall mancher Juden beschleunigt. Es gibt gewiss Juden, die in den gewohnten jüdischen Verhältnissen weiter bleiben würden, wenn man sie nicht zu einem Aussprechen ihrer Anschauungen zwingen würde. Es handelt sich dabei um solche Elemente, für die das Judentum einen Persönlichkeitswert nicht mehr besitzt. Wir können uns aber nur fragen, ob das Verbleiben dieser kaum noch mit uns verbundenen Kreise im Judentum wichtiger ist als der Aufbau jüdischen Lebens. Die zionistische Arbeit in Deutschland *muß* das jüdische Leben wollen, da sonst nicht nur völlig assimilierte Schichten uns den Rücken kehren werden, sondern das ganze deutsche Judentum die Beziehungen zur jüdischen Zukunft verlieren wird. Der Palästinagedanke würde nur dann die geeignete Grundlage für unsere Galutharbeit darstellen, wenn er alle Juden, die sich für ihn erklären, dem Judentum fester verbinden würde. Die Erfahrung zeigt uns, daß man für die Palästinaforderung stimmen und zugleich ein Gegner des jüdischen Volksgedankens sein

kann, der das neue Palästina aufbauen soll ... Nach unserer Meinung muß ein Eintreten für die Schaffung der jüdischen Heimstätte in Palästina zugleich auch ein jüdisch-nationales Bekenntnis darstellen. Ich bin überzeugt, daß bei Zionisten der Glaube schwinden wird, man könne die Frage Palästinas und die Frage der jüdischen Nation getrennt behandeln.

Für unsere Arbeit in Deutschland wollen wir alle Juden gewinnen, die sich mit uns als Teile der einigen, unlösbaren Judenheit empfinden, die wir mit Recht als das jüdische Volk bezeichnen. Die von zionistischer Seite erhobenen theoretischen Erwägungen, ob wir ein Recht haben, schon jetzt bei dem gegenwärtigen Zustand des deutschen Judentums den jüdischen Volksgedanken zur Grundlage unserer Arbeit zu machen, sind gegenstandslos. Alles jüdische Sein ist unvollkommen und wird von uns in seiner Unzulänglichkeit, Vielgestaltigkeit und Zwiespältigkeit deutlich erkannt und gewürdigt. Eindeutig und klar benennen wir nur unser Wollen und unsere Ziele. Wir weisen dem deutschen Judentum einen neuen Weg zur jüdischen Zukunft. Alle diejenigen, die mit uns diesen Weg gehen wollen, nennen wir die vom jüdischen Volksgedanken Ergriffenen, da nach unserer Überzeugung an der Entwicklung eines lebendigen Judentums nur mitarbeiten kann, wer sich zum jüdischen Volke zugehörig fühlt.

...

Unsere Stellung zum Staat wird durch ein auf dem Volksgedanken aufgebautes Programm nicht zu unseren Ungunsten verändert. Im alten Obrigkeitsstaat konnte man befürchten, daß Forderungen nach einem nationalen Sonderleben vom Staate bekämpft werden, der nicht dulden wollte, daß ein „Staat im Staate" entstehe. Die geschichtliche Entwicklung des 19. Jahrhunderts hat dazu geführt, daß eine ganz bestimmte Form des Staates sich durchsetzte: der nationale Einheitsstaat. Jeder Mensch, der nicht in allen seinen Lebensbeziehungen sich der herrschenden Staatsnation einfügen konnte, mußte befürchten, deshalb als Bürger minderen Rechts behandelt zu werden. Besonders deutlich ist diese Entwicklung in Deutschland gewesen, wo man von jedem Bürger das Bekenntnis deutsch-nationaler Gesinnung verlangte, wo man Polen, Elsässer, Lothringer, Dänen, Wenden, Kaschuben und Litauer nur gelten lassen wollte, wenn sie durch Aufgabe ihres Volkstums den Willen zum vollständigen Anschluß an die deutsche Nation bekundeten. Diese Politik hat die Polen im Gebrauch ihrer Muttersprache beschränkt, hat nichts Besseres zum Lobe aller nichtdeutschen Volksgruppen zu sagen gewußt, als daß das Deutschtum in ihren Gebieten Fortschritte mache.

Es war natürlich, daß die Juden, denen man die Emanzipation nur in der Erwartung ihrer Entjudung gegeben hatte, glaubten, sie könnten nur durch Betonung ihrer deutsch-nationalen Gesinnung die volle Gleichberechtigung erhalten.

Dieser ein Jahrhundert lang als höchste Leistung politischer Entwicklung gepriesene nationale Einheitsstaat ist zusammengebrochen. Das sich neu ent-

wickelnde Staatswesen wird keine germanisierende Unterdrückungspolitik treiben können. Der Gedanke, daß alle Menschengruppen das Recht auf freie Entwicklung ihrer Eigenart haben, hat sich durchgesetzt und wird für die staatliche Entwicklung aller Völker richtunggebend sein. Mußten wir schon früher den vom deutschen Judentum geführten Kampf um die Gleichberechtigung ablehnen, da einmal zunächst nur die Gleichberechtigung der deutschen Juden erstrebt wurde und ferner diese Gleichberechtigung nur durch bewußte Aufgabe der internationalen jüdischen Zusammenhänge erkauft werden sollte, so müssen wir heute darauf hinweisen, daß für uns die Forderung der Gleichberechtigung gleichbedeutend ist mit der Forderung der Anerkennung unserer jüdischen Art. Gleichberechtigt sind wir erst dann, wenn wir als jüdische Volksgemeinschaft in Deutschland nach unseren Wünschen unser jüdisches Leben einrichten können und wir gleichzeitig vollen Anteil am Leben des deutschen Staates haben. Abgesehen davon, daß uns der deutsche Staat diese kollektive Gleichberechtigung nicht mehr versagen kann, nachdem offenbar geworden ist, daß das Glück und die Zukunft Deutschlands davon abhängt, ob es lernen wird, ohne Überheblichkeit Fremdartiges zu verstehen und mit dem Respekt zu würdigen, den es vor den Besonderheiten jeder schaffenden Gemeinschaft haben muß, müssen wir ohne jede Rücksicht auf das Reagieren der Öffentlichkeit unsere Forderungen erheben, da nur die Bewilligung dieser Forderungen wahre Gleichberechtigung bedeutet. Das assimilatorische Judentum hat den Kampf um die Gleichberechtigung durch Rücksichtnahme auf die Feinde des Judentums, durch Kampf gegen das nationale Judentum, durch Verleugnung tiefer jüdischer Zusammenhänge nicht in Reinheit durchführen können. Wir werden nicht dem deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens, sondern jedem Juden, der in seinem Leben die Konsequenzen seines Judentums zieht, die Gleichberechtigung erkämpfen.

Die Anerkennung der jüdischen Nation, die wir vom Staat verlangen, besteht nicht etwa darin, daß wir uns von der nichtjüdischen Öffentlichkeit bestätigen lassen, daß es eine jüdische Nation gibt, sondern darin, daß der Staat diejenigen, die sich zum jüdischen Volke bekennen, in Deutschland als *gleichberechtigtes* Glied innerhalb des deutschen Staates anerkennt. Die Beteiligung der Juden im allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Leben wird durch die Bewilligung unserer Forderungen in einer für alle Teile befriedigenden Weise gelöst werden. Der Nationalstaat, der von seinen Juden Assimilation und Taufe verlangte, der sie zur Entjudung zwang, dürfte sich nicht darüber wundern, daß soviele Juden den Wunsch hatten, die Angelegenheiten des deutschen Volkes zu verwalten. Es ist eine Folge der alten Judenpolitik, daß heute eine so außerordentlich große Zahl von Juden leitende Stellungen im Staatsleben bekleidet. Ein Recht, sich darüber zu beklagen, haben aber nicht die Deutschen, sondern nur die Juden. Schaffenden Menschen kann man nicht zumuten, daß sie ihre Fähigkeiten verkümmern lassen. Ein jüdisches Leben gab es nicht. Der Jude konnte sich nur in der deutschen Welt bewähren. Er

mußte diesen Weg gehen. Schafft der jüdische Volksgedanke hier lebendiges Judentum, dann werden viele jüdische Persönlichkeiten ihre Befriedigung in jüdischer Betätigung finden, und durch diese Normalisierung der jüdischen Verhältnisse wird auch die Beteiligung der Juden am allgemeinen Leben in Bahnen gelenkt werden, die von allen sachlichen Menschen als notwendiges Ergebnis eines vom Geist der Wahrheit getragenen Zusammenlebens empfunden werden wird. Sind wir in unserer Art vom Staate anerkannt, so sind wir ein integrierender Bestandteil des Staatsganzen geworden. Daher glauben wir, daß erst das nationale Judentum in freier Bewegung, in Hingabe am fortschreitenden Leben der Völker und also auch des deutschen Volkes teilnehmen kann . . .

. . .

Unser Wille auf eine Umgestaltung des jüdischen Lebens in Deutschland in demokratischem Sinne und in nationaljüdischem Geiste soll vor allem durch die Umformung der jüdischen Gemeinde verwirklicht werden. Wir dürfen das deutsche Judentum nicht dem Zufall einer persönlichen jüdischen Beeinflussung überlassen, sondern müssen dafür sorgen, daß in der neuen jüdischen Gemeinschaft jeder Jude durch die getroffenen Einrichtungen dem jüdischen Leben zugeführt wird.

Daher verlangen wir als wichtigste Grundlage der jüdischen Entwicklung *die jüdische Schule*. Alle von uns getroffenen Maßnahmen müssen daraufhin geprüft werden, ob sie die Schule ermöglichen. Hebräisch kann unsere Jugend nicht durch Einzelunterricht erlernen, da nur ein Teil der direkt von uns erfaßten jungen Menschen bei günstigen äußeren Bedingungen sich die hebräische Sprache durch Privatunterricht und Selbstunterricht ganz zu eigen machen kann. Die große Mehrzahl des heranwachsenden Geschlechtes ist nur durch die jüdische Schule wirksam zu beeinflussen. Die Einzelheiten unseres Schulprogramms werden wir bei anderer Gelegenheit der Öffentlichkeit unterbreiten.

Die Forderung der jüdischen Schule glauben wir dadurch verwirklichen zu können, daß wir an die geschichtlich gegebene Organisation der Juden, an die jüdische Gemeinde, anknüpfen und diese zur Kultusgemeinde verkleinerte Körperschaft zur Volksgemeinde umgestalten.

Aufgaben und Begriffe der jüdischen Volksgemeinde seien in folgenden Sätzen allgemein dargestellt:

Aufgabe der jüdischen Volksgemeinde ist die lokale Wahrnehmung und Vertretung der jüdischen Gesamtinteressen in Deutschland.

Die wichtigsten Gesamtinteressen sind:

A. Kulturelle:

a) Kultus,

b) jüdische und hebräische Erziehung der Kinder und Fortbildung der Jugend (hebräische Kindergärten, jüdische Schulen und Fortbildungsschulen),

c) Pflege der jüdischen Wissenschaft,
d) Turn- und Sportwesen.

B. Politische:
Vertretung der bürgerlichen und politischen Rechte der Juden.

C. Soziale:
Soziale Fürsorge als Ergänzung der staatlichen.

Die jüdische Volksgemeinde macht große deutsch-jüdische Organisationen, den Zentralverein und den Verband der deutschen Juden, überflüssig. Diese Verbände sind eventuell nur noch Vereinigungen von Anregern und Förderern, die Gemeinde hat prinzipiell die politische Führung und Vertretungsmacht.

Die jüdische Volksgemeinde erstreckt ihre Tätigkeit weiter auf die Mitarbeit an den Gesamtaufgaben des jüdischen Volkes in der ganzen Welt. In Betracht kommen:

a) Aufbau Palästinas,
b) Kampf für die bürgerliche und nationale Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern,
c) soziale Fürsorge für die Juden aller Länder.

Der *Begriff* der jüdischen Volksgemeinde ergibt sich aus ihren Aufgaben. Sie ist eine Gemeinde auf volkstümlicher Grundlage. Sie repräsentiert in ihrem Lokalbezirk die Gesamtinteressen der Juden in Deutschland. Sie ist eine Gliedgemeinde des jüdischen Volkes in der ganzen Welt.

Im Gegensatz hierzu ist die jüdische Kultusgemeinde in ihrer bisherigen Verfassung eine Gemeinde auf plutokratischer Grundlage, eine reine Lokalgemeinde, die nicht einmal innerhalb ihres Lokalbezirkes alle jüdischen Gesamtinteressen wahrnimmt, ohne Zusammenhang mit den Gesamtheitsaufgaben der Juden Deutschlands und in der ganzen Welt.

Wir sind uns darüber klar, daß wir Jahre brauchen werden, um unser Programm in allen Punkten durchzusetzen. Vor uns liegt eine Zeit, die ausgefüllt sein wird durch den Kampf um unsere Forderungen. In dem Kampf, den wir um des jüdischen Lebens willen in Deutschland führen müssen, darf es aber auch keinen Zweifel über die Grenze unserer Wünsche geben.

Wir verlangen in Deutschland keinen Wahlkataster, wir verlangen ferner nicht, zu einem eigenen Wirtschaftskörper innerhalb der Reichs- und Landesgrenzen zu werden. Die Forderung einer vollständigen nationalen Autonomie für die deutschen Juden wird somit von uns nicht erhoben. Auf diese Forderung verzichten wir aber nicht aus irgend welchen politischen Bedenken. Wir lehnen den Gedanken ab, daß die Forderung nach nationaler Autonomie geeignet ist, die Stellung der Juden in irgend einem Lande zu erschüttern.

Es hängt ausschließlich von der Zahl der Juden in einem Lande ab, in welcher Form die Juden ihre Forderung nach Gleichberechtigung geltend machen und da in Deutschland die zahlenmäßige Voraussetzung für eine in jeder Beziehung durchgeführte Autonomie fehlt, können wir nur in dem von

uns gewählten Rahmen unser Verlangen nach Gleichberechtigung verwirklichen. Kommt es in Deutschland zu jüdischen Massensiedlungen, so werden wir naturgemäß auf das Recht auf eine vollausgebaute nationale Autonomie Anspruch erheben, da für das jüdische Volk in Deutschland dann alle Möglichkeiten bestehen werden, die wir zur Entwicklung bringen müssen. Die wahre Gleichberechtigung verlangt, daß jeder Volksgruppe, also auch der unseren, das höchste Maß freier Entfaltung innerhalb des Staates zugestanden wird, das sie zu erfüllen vermag.

...

Wir fragen uns nunmehr: *Sollen wir allein Träger unseres Programms sein?*

Der Einwand, daß es für uns gefährlich sei, den jüdischen Volksgedanken und nicht das ganze zionistische Programm zur Grundlage unserer Forderungen zu machen, kann nur bei solchen Beachtung finden, die an ein jüdisches Leben außerhalb Palästinas nicht glauben. Da wir davon überzeugt sind, daß aus jüdischem Leben organisch Zionismus erwachsen muß, brauchen wir keine Scheu davor zu haben, alle Juden, die sich zum jüdischen Volk zugehörig fühlen, zu Trägern des jüdischen Lebens in Deutschland zu machen.

Wir halten uns aber auch für verpflichtet, unsere Kreise zum Volk zu erweitern, weil man uns als die Vertreter des jüdischen Volkes anerkannt hat. Uns hat man Palästina gegeben, damit wir dort dem jüdischen Volk die Heimstätte bereiten. Wir müssen wollen, daß uns alle die verbunden werden, die sich zum Volk rechnen. Die Frage taucht auf, warum können diese nicht alle Zionisten werden? Wir sind davon überzeugt, daß einmal das ganze Judentum zionistisch in dem Sinne sein wird, daß es Palästina als seine wahre Volksheimat empfinden wird, und daß alles jüdische Leben in allen Ländern sich eins fühlen wird mit der jüdischen Entwicklung in Erez Israel, die durch ihre Leistungen der ganzen Judenheit das Gefühl eines allseitig entwickelten jüdischen Lebens geben wird. Dieser Zustand ist aber noch lange nicht erreicht. Heute bestehen im Judentum zwei Lager, das Lager der jüdischen Bewegung und das Lager der Assimilation. Zwei *Tendenzen* bewegen die Judenheit, und so durchaus der Zionismus den Teil des jüdischen Lagers vertritt, der, wie wir meinen, allein mit voller Klarheit die jüdische Gegenwart und Zukunft beurteilt, so zweifellos ist es, daß es zahlreiche Juden in der Peripherie des Zionismus gibt, die sich zum jüdischen Volke rechnen, ohne Zionisten zu werden. Geistige und wirtschaftliche Voraussetzungen machen es ihnen schwer, sich unmittelbar der zionistischen Organisation anzuschließen, aber sie wollen zur jüdischen Bewegung gehören, die trotz aller Vielfältigkeit der Ausdrucksformen eine innere Einheit besitzt. Zu dieser jüdischen Bewegung gehört die Orthodoxie, die sich zum jüdischen Nationalismus in der Form des Gottesvolkes durchgerungen hat, ebenso gut wie die Gruppen, die für die jüdische Autonomie in den Ländern kämpfen, aber Palästina und den Zionismus jetzt noch in unserer Begründung ablehnen. In Deutschland

gibt es *heute* – anders als vor dem Kriege – große Kreise, insbesondere unter den an Zahl und Bedeutung gestiegenen ostjüdischen Elementen, die noch nicht der Zionistischen Organisation, wohl aber der nationaljüdischen Arbeit in Deutschland zu gewinnen sind. Sie alle wollen wir umfassen, um mit ihnen für ein jüdisches Leben zu kämpfen. Man sage nicht, daß dieser Versuch in Deutschland mißlingen müsse, da die ältere Generation jüdisch großenteils festgelegt sei. Die Kinder dieser Antizionisten werden wir aus dem Lager der Assimilation in das Lager des Zionismus herüberführen, wenn auch noch so sehr versucht wird, diese Jugend hermetisch von unserer Beeinflussung abzuschließen.

In *diesem Augenblick* wenden wir uns an alle, die vom Volksgedanken ergriffen werden können. Nie war die Aussicht, die deutschen Juden zu einer jüdischen Entscheidung zu bringen, günstiger:

1. Das deutsche Judentum ist innerlich durch die Erfahrungen dieses Krieges schwer erschüttert. Die *alten Argumente* gegen das nationale Judentum sind durch die Ereignisse *überholt* worden. Der Zionismus ist keine Utopie mehr, die gewohnten staatsbürgerlichen Begriffe haben ihre Kraft im öffentlichen Leben verloren.

2. Die *Orthodoxie* hat mehr und mehr den nationalen Charakter des Judentums betont. Und so heftig der Zionismus von dem extremsten Flügel der deutschen Orthodoxie nach wie vor bekämpft wird, die Tatsache, daß die Juden eine Nation sind, wird gerade von unseren orthodoxen Gegnern mit leidenschaftlicher Entschiedenheit betont, wenn sie unseren Volksbegriff ablehnen.

3. Die Bedeutung des *ostjüdischen Elementes* in Deutschland ist wesentlich gestiegen.

4. *Unsere innere Entwicklung* während des Krieges hat unsere jüdischen Fähigkeiten und unsere politischen Kräfte gestärkt.

5. Das *Judentum der ganzen Welt* ist vom jüdischen *Volksgedanken* ergriffen worden.

Die deutschen Juden allein, die früher eine entscheidende Rolle im Judentum gespielt haben, haben sich bisher dieser Bewegung nicht angeschlossen. Die alten Führer des deutschen Judentums fühlen selbst, daß ihre Politik auf allen Gebieten bankrott gemacht hat. Die Neuordnung der politischen Verhältnisse hat ihren auch früher recht begrenzten Einfluß im politischen Leben noch mehr geschwächt. Die durch die alte Regierung geschaffene gesellschaftliche und wirtschaftliche Stellung besteht nicht mehr. Dem deutschen Judentum wird diese Änderung allmählich zum Bewußtsein kommen.

Wir hingegen haben ein Programm, das in gleicher Weise den Juden in Deutschland, in Posen und Straßburg eine einheitliche aufrechte Stellungnahme ermöglicht. Wir können zeigen, daß nur der jüdische Volksgedanke allen politischen Veränderungen Stand hält.

Ungeheure Erregung hatte sich daher der alten Führer des nichtzionisti-

schen Judentums bemächtigt, als wir politische Forderungen auf der Grundlage des Volksgedankens für die Juden in Deutschland aufgestellt hatten. Diese Erregung, die von Tag zu Tag stärker wird, wird uns zugute kommen, wenn wir das rechte Mittel zu finden wissen, um sie für die Entwicklung des jüdischen Lebens in Deutschland nutzbar zu machen. Dieses große Mittel glauben wir gefunden zu haben. Es ist *der jüdische Kongreß in Deutschland.*

Dieser Kongreß kann, wie ich gezeigt habe, aus jüdischen Gründen nur den Volksgedanken zur Voraussetzung haben. Der Volksgedanke allein gibt dem Kongreß auch die erforderliche politische Grundlage, da politische Forderungen heute nur von einem Volke erhoben werden können. Der Schutz der Minderheitsrechte wird Völkern gewährt, und eine andere Gemeinschaftsbezeichnung wird heute von der Weltpolitik nicht verstanden.

Dem Kongreß kommt nicht nur die Bedeutung zu, ein Instrument für die Entwicklung des jüdischen Lebens in Deutschland zu werden. Er hat einen durchaus selbständigen Wert. Auch wenn unsere Hoffnungen für das deutsche Judentum sich nicht erfüllen sollten, wenn unser Weckruf ungehört verhallte, müßten wir den Kongreßgedanken vertreten. Wir wollen auf dem großen *jüdischen Weltkongreß, der Konstituante* des jüdischen Volkes, vertreten sein. Der Weltkongreß wird nicht nur das Symbol der Einheit des Judentums, sondern auch der Träger des weltpolitischen Einflusses der jüdischen Volkskraft sein. Mit einem Schlage kann das deutsche Judentum sich weltpolitisch dem großen jüdischen Volke eingliedern, indem es als volksbewußtes Glied an der allgemeinen jüdischen Erhebung teilnimmt.

Wir sind daher entschlossen, den jüdischen Kongreß in Deutschland einzuberufen und erwarten, daß der Delegiertentag unser Vorhaben einmütig billigen wird.

Ich bitte Sie daher, dem folgenden, vom Zentralkomitee einstimmig angenommenen Antrag zuzustimmen:

„Der 15. Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland beschließt, die Kräfte der zionistischen Bewegung in den Dienst des Gedankens der Einberufung eines Jüdischen Kongresses in Deutschland zu stellen.

Dieser Kongreß soll alle in Deutschland wohnenden Juden umfassen, die im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum jüdischen Volke an der Entwicklung eines lebendigen Judentums mitarbeiten wollen.

Die Zionistische Vereinigung für Deutschland vertritt für den Kongreß folgendes Programm:

a) *Palästina als nationale Heimstätte für das jüdische Volk.*
b) *Tatsächliche Durchführung der vollen Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern.*
c) *Nationale Autonomie für die jüdische Bevölkerung der Länder der jüdischen Massensiedlung sowie aller anderen Länder der Welt, deren jüdische Bevölkerung Anspruch auf sie erhebt.*

d) *Beseitigung aller Ausnahmebestimmungen gegen ausländische Juden, insbesondere sofortige Aufhebung der in Deutschland bestehenden Grenzsperre gegen die Juden.*

e) *Umgestaltung des jüdischen Lebens in Deutschland in demokratischem Sinne und national-jüdischem Geiste.*"

Wir haben nur Forderungen aufgestellt, die wir in unserem Leben verwirklichen wollen. Unzionistisch wäre es, aus Gründen der Demonstration Wünsche auszusprechen, denen wir, wenn man sie uns gewährt, nicht gerecht werden könnten. Deshalb haben wir uns in der Frage der nationalen Autonomie begrenzte Ziele gesetzt. Dennoch sind unsere Forderungen Höchstforderungen. Sie erhalten dadurch ihren Sinn, daß wir ihnen durch unser Leben unmittelbare Wirklichkeit verleihen. Unsere ganze zionistische Arbeit in Deutschland ist in unserem Kongreßprogramm enthalten. Dieser Arbeit wollen wir mit allen unseren Kräften dienen. Für uns Zionisten gibt es in der persönlichen Bewährung keine größeren und kleineren, keine näheren und ferneren Ziele. Vertrösten wir uns nicht auf die glücklichere Zeit des besseren Judentums künftiger Geschlechter. Wir empfinden die Notwendigkeit, hier in aller Unzulänglichkeit der äußeren Verhältnisse als Zionisten zu leben, wenn wir die Hoffnung auf eine endliche Erfüllung des Zionismus lebendig in unserem Bewußtsein tragen wollen. Uns gilt das Wort: Und was Ihr *heut* nicht *leben* könnt, wird nie.

[117]
Aufruf zum Anschluss an den jüdischen Kongress
[JANUAR 1919]
CZA, A 146/41

Flugschriften des „Vorläufigen Ausschusses zur Vorbereitung eines jüdischen Kongresses in Deutschland", Berlin W.15, Sächsischestr. 8

Der jüdische Volksgedanke
Zur jüdischen Kongreßbewegung in Deutschland

Als vor etwa zwei Jahrzehnten die moderne national-jüdische Bewegung die Forderung aufstellte, daß das jüdische Volk eine selbständige und eigene National-Politik führen müsse, um seine Zukunft sicherzustellen, wurde in Deutschland vielfach erwidert:

Es gibt kein jüdisches Volk!

Die Entwicklung hat unsere Gegner widerlegt. Der jüdische Volksgedanke dringt unaufhaltsam vorwärts. Nur in den Kreisen assimilierter Westjuden wird noch bestritten, was Nichtjuden niemals verborgen geblieben ist:

Alle Juden sind Glieder eines über die Welt verstreuten, uralten Kulturvolkes, Menschen eigener Art und eigenen Geistes.

Das jüdische Volk lebt! Es hat in der Zerstreuung unter anderen Völkern sein Volkstum bewahrt. Es wehrt sich gegen seinen Untergang.

Das jüdische Volk erstrebt die Freiheit im alten jüdischen Lande Palästina.

Das jüdische Volk erstrebt die Freiheit seiner nationalen und kulturellen Entwicklung in den Ländern der Diaspora.

I.

Die große Mehrheit der 14 Millionen Juden aller Länder hat sich zum jüdischen Volk bekannt.

Die Einheit aller Juden trat im Kriege mit besonderer Deutlichkeit hervor. In dem Augenblick, da die Juden sahen, daß der Krieg zu einer Neuordnung der Welt führen werde, und erkannten, daß sie nicht mehr vor unabänderlichen, althergebrachten Tatsachen standen, erwachte ihr politischer Wille. Dieser Wille ist in der ganzen Welt auf die gleichen Ziele gerichtet.

Nichts kann die Existenz des jüdischen Volkes klarer erweisen als die Einheitlichkeit der politischen Ziele aller Juden.

Folgende Forderungen sind in der ganzen Welt von den Juden in wesentlicher Übereinstimmung erhoben worden:

1. *Palästina als nationale Heimstätte für das jüdische Volk;*
2. *Tatsächliche Durchführung der Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern;*
3. *Nationale Autonomie der Juden in den Ländern mit jüdischer Massensiedlung und in allen anderen Ländern, in denen die Juden Anspruch auf sie erheben.*

. . .

III.

. . .

Das deutsche Judentum kann sich für die Dauer nicht außerhalb des gesamten jüdischen Lebens stellen. Schon heute fühlen weite Kreise, die uns bisher fernstanden, die Notwendigkeit einer jüdischen Neuorientierung. Mit den alten Mitteln kann man, wie auch die neuesten Erfahrungen wiederum bewiesen haben, weder die Gleichberechtigung erringen noch den Antisemitismus überwinden. Bisher hatte man im Kampfe um die Gleichberechtigung durch die Auflösung der großen jüdischen Zusammenhänge mit den Juden der ganzen Welt wirken wollen. Die Verleugnung unserer jüdischen Art hat uns die Achtung der Welt nicht erworben.

Das nunmehr von der ganzen Welt als Volk anerkannte Judentum wird sich nur durch Betonung seiner Eigenart und durch das Bewußtsein der inneren Solidarität aller Juden diese Achtung erringen.

Es ist nicht wahr, daß man in Deutschland, *denen, die sich treu zum jüdischen Volk bekennen, die Gleichberechtigung streitig machen will*; im Gegenteil: durch das offene Bekenntnis zu unserer Art wird unsere Stellung im Kampf um die Gleichberechtigung gestärkt werden.

Ein neues jüdisches Leben hat in allen Ländern, in denen Juden wohnen, begonnen. Auch das deutsche Judentum muß von diesem neuen jüdischen Leben erfaßt werden. Sichtbarer Ausdruck des erwachenden jüdischen Volkes soll ein *Kongreß aller der Juden sein,* die im *Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum jüdischen Volk an der Entwicklung eines lebendigen Judentums mitarbeiten wollen.*

Deutsche Juden! Die Anerkennung dieses Kongreßprogramms ist notwendig, damit ihr nicht als Juden dem jüdischen Volke verloren geht.

Der *Sieg* des jüdischen *Volksgedankens* ist *unaufhaltsam. Vertraut* Euch dem Strom der neuen *Entwicklung* an.

Kommt zu uns!

Zustimmungserklärungen sind zu richten an den *„Vorläufigen Ausschuß zur Vorbereitung eines jüdischen Kongresses in Deutschland", Berlin W.15, Sächsischestr. 8.*

[118]
ARGUMENTE FÜR DIE KONGRESSBEWEGUNG
[ANFANG 1919]
CZA, F 4/13

Zur Kongressbewegung

Die bemerkenswerten Fortschritte, die der Kongreßgedanke in den letzten Wochen im deutschen Judentum gemacht hat, lassen es heute bereits angezeigt erscheinen, uns mit einigen Bedenken auseinanderzusetzen, die manche Kreise noch verhindern, sich offen für die Kongreßbewegung einzusetzen. Man kann bestimmt erwarten, daß es einer offenen Aufklärungsarbeit gelingen wird, diese Bedenken zu zerstreuen und dadurch weiteren Kreisen den Anschluß an den Kongreßgedanken zu ermöglichen, von dem allein wir eine Gesundung der Verhältnisse im deutschen Judentum erwarten.

Was ist es nun, was noch viele deutsche Juden hindert, das Bekenntnis zum jüdischen Volkstum abzulegen und sich damit auf die Plattform des Kon-

gresses zu stellen. Es gibt eigentlich nur ein Argument, dasjenige des Patriotismus. Der deutsche Jude glaubt, sich an seinen staatsbürgerlichen Pflichten zu versündigen, glaubt als Glied der deutschen Staats- und Kultusgemeinschaft, glaubt als Deutscher nicht das Recht zu haben, sich zum jüdischen Volke zu bekennen. Eine kurze Darlegung wird genügen, um zu zeigen, daß dieses Argument nicht zu Recht besteht, daß es vielmehr mit der Zugehörigkeit zum deutschen Staatsbürgertum ohne weiteres vereinbar ist, sich gleichzeitig als Glied der jüdischen Volksgemeinschaft zu fühlen. Vor allem muß betont werden, daß Staat und Volk zwei durchaus wesensverschiedene Begriffe sind. Die Identifizierung beider ist vom Standpunkt der Logik, wie vom sittlichen und politischen Standpunkt ebenso falsch wie es zur Zeit der Reformation die Gleichsetzung von Staat und Religion war. Wie es das große Ergebnis der Religionskämpfe war, daß der Grundsatz des Reformationszeitalters: cuius [regio] eius religio[1] endgültig beseitigt wurde, so ist auch jetzt gerade durch das Ergebnis des Krieges und die Anerkennung der Rechte der nationalen Minderheiten der Satz: cuius regio eius natio endgültig aus der Welt geschaff[t]. Lediglich der Umstand, daß in einer Anzahl von westeuropäischen Staaten die große Majorität einer bestimmten Nation angehörte, hat zu dieser Identifizierung von Staat und Volk geführt, deren Folge eine unsittliche Unterdrückung der Minderheitsnationen war, eine Politik, die in diesem Kriege in der Türkei wie in Österreich ihren völligen Zusammenbruch erlebt hat. Österreich ist ja an nichts anderem zu Grunde gegangen, als an der Vertretung dieses widernatürlichen Grundsatzes der Gleichsetzung von Volk und Staat. In Wahrheit sind Volk und Staat zwei völlig verschiedene Gemeinschaften: der Staat ist ein Rechtsverband, der Zusammenschluß von Menschen, die auf einem bestimmten Territorium leben zu gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zwecken. Volk aber ist die Naturgegebenheit einer durch die Bande blutsmäßiger Verwandtschaft und gemeinsamen historischen Erlebens verbundenen Gemeinschaft. Staat und Volk sind also zwei sehr verschiedene Sphären.

Diese Erkenntnis, die für den Juden, der sich theoretisch über die beiden Begriffe klar war, schon immer feststand, hat in diesem Kriege auch in ihrer praktisch politischen Geltung einen vollen Sieg errungen. Der Grundsatz der nationalen Autonomie, d. h. des Rechtes der Minderheitsnationen auf freie Entwicklung ihrer Eigenart, bedeutet den Triumph des Volksgedankens. Die Identifizierung von Volk und Staat soll verschwinden, und unbeschadet der gemeinsamen staatlichen Aufgaben und Pflichten aller Bürger wird die einzelne nationale Gemeinschaft innerhalb des Staates das volle Recht der Wahrung und Pflege ihrer eigenen Interessen und ihrer eigenen Kultur haben.

Alle diese Gedanken waren in den meisten anderen Staaten schon lange selbstverständlicher Gemeinbesitz und es erklärt sich daraus, weshalb in den

[1] Lat.: Wessen das Land, dessen Religion [gilt].

anderen Ländern die Masse der Juden die Aneignung des jüdischen Volksgedankens leichter und hemmungsloser vollzogen hat, als es in Deutschland der Fall war. Denn im bisherigen Deutschland ist in der gesamten staatspolitischen Denkweise, in der beherrschenden Atmosphäre des politischen Lebens die Trennung von Staat und Volk und die Anerkennung des Rechtes jedes Staatsbürgers auf freies Bekenntnis zu seinem Volkstum noch nicht herrschend gewesen. Der bisherige deutsche Staatsbegriff verlangte den Staatsbürger ausschließlich für sich und gestattete ihm keinerlei Bindungen, die über seine Grenzen hinausgingen. So unterdrückte man im alten Deutschland Polen, Franzosen und Dänen und so bezeichnete man Sozialdemokraten und Pazifisten als schlechte Patrioten. Das alles hat sich aber durch die deutsche Revolution radikal geändert, denn es ist ihre entscheidende und wichtigste geistesgeschichtliche Wirkung, daß sie diesen Staatsbegriff überwunden hat, daß das neue Deutschland an seine Stelle einen freieren, humaneren und sittlicheren Staatsbegriff gesetzt hat. Der Umstand, daß diejenigen Parteien, die das neue Deutschland erbauen werden, nämlich die Sozialdemokraten und die radikale bürgerliche Demokratie, von internationalen Tendenzen getragen sind, bildet den stärksten Ausdruck dieser Wandlung. Im neuen Deutschland wird es nicht möglich sein, daß ein Jude, der sich zu seinem Volkstum bekennt, als schlechter Patriot angesprochen wird. Wie der Bayer und der Preuße seine besondere Eigenart unbeschadet der Zugehörigkeit zum gemeinsamen deutschen Staate pflegen darf, wie der Katholik sich als Glied der internationalen katholischen Kirche, der Sozialist als Teil des internationalen Proletariats empfinden darf, so wird es der Jude für sich in Anspruch nehmen dürfen, Glied der internationalen jüdischen Volksgemeinschaft zu sein. Aus dem Vorhergehenden ergibt sich schon, daß dieses Bekenntnis die innere positive Beziehung zum Deutschtum und zur deutschen Staatsgemeinschaft nicht berührt. Sich als nationaler Jude zu bekennen, heißt nicht im mindesten die innere warme Beziehung zum deutschen Staate zu negieren. Wie in anderen Minderheitsnationen, die nicht zum eigenen Staat gekommen sind, scheidet sich auch bei uns die Volksgemeinschaft von der Staatsgemeinschaft. Als aufrechte und ehrliche Menschen müssen wir sehen, daß wir zu beiden gehören und mit beiden verwachsen sind: mit der deutschen Staatsgemeinschaft und der jüdischen Volksgemeinschaft.

Das ist derjenige Gedanke, den wir immer von neuem den deutschen Juden klar vor Augen führen müssen. Die Überwindung der Überzeugung, daß das Bekenntnis zum jüdischen Volkstum dem deutschen Staatsbürgerbegriff widerspricht, ist die entscheidende Voraussetzung für den Sieg des Kongreßgedankens. Es ist immer wieder zu bemerken, daß alle anderen Argumente mühelos zu überwinden sind. Wenn beispielsweise gesagt wird, daß wir nicht berechtigt wären, den in Deutschland einzuberufenden Kongreß als demokratisch zu bezeichnen, da wir zu ihm nur diejenigen Juden zulassen wollen, die sich zum jüdischen Volke bekennen, so ist dieser Trugschluß leicht zu wi-

derlegen. Wir wollen mit unserem Kongreß der deutschen Juden den allgemeinen jüdischen Weltkongreß vorzubereiten helfen. Dieser jüdische Weltkongreß wird ein Kongreß des jüdischen Volkes sein. Diejenigen Juden, die zum jüdischen Volk gehören wollen und sich zu ihm bekennen, werden sich die gemeinsame nationale Körperschaft schaffen! Wir wollen keine Abstimmung darüber herbeiführen, ob die Juden ein Volk sind oder nicht, sondern wollen, daß diejenigen Juden, die sich zum jüdischen Volke bekennen, sich über die Politik aussprechen, die das jüdische Volk einzuschlagen hat. Wer es ablehnt, zum jüdischen Volke gezählt zu werden, kann nicht beanspruchen, auf der repräsentativen Vertretung des jüdischen Volkes gehört zu werden. Gerade wir Zionisten haben den Grundsatz der Demokratie vom ersten Tage des Bestehens unserer Organisation an hochgehalten. Stets waren bei uns Männer und Frauen sowohl in Bezug auf das aktive, wie auf das passive Wahlrecht gleich gestellt, stets wurde bei uns der Kongreß, die durch demokratische Wahlen zustandegekommene Vertretung der Zionisten, als oberste Behörde anerkannt. Und wie in unserer eigenen Organisation, so sind wir überall in jüdischen Organisationen für den Grundsatz der Demokratie eingetreten. Wir haben die Notabelnpolitik bekämpft, durch die einige wenige Männer glauben, die Geschicke der jüdischen Gemeinschaft lenken zu dürfen; wir haben das ungerechte plutokratische Gemeindewahlrecht bekämpft und fordern auch jetzt wiederum die Einführung eines demokratischen Gemeindewahlrechts. Wir werden auch in der Kongreßbewegung unseren ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß sie vom reindemokratischen Geiste durchzogen sein wird. Die Schicksalsfrage an den deutschen Juden lautet heute, ob er sich zur nationalen Gemeinschaft des jüdischen Volkes bekennt; wer das tut, dem steht die Mitarbeit am jüdischen Kongreßgedanken offen.

[119]
Das KJV als Erzieher zum Zionismus
16. FEBRUAR 1919

Der Jüdische Wille
II. Jg., Heft 1, April/Mai 1919, S. 11–14

Der Geist des K.J.V.

Rede von Kurt Blumenfeld in der Eröffnungssitzung des K.J.V.-Tages am 16. Februar 1919

Sehr geehrte Gäste, liebe Bundesbrüder! Das K.J.V. war Träger der zionistischen Entwicklung. Die letzte Stufe der Erkenntnis, die der Zionismus in Deutschland erreicht hatte, lebte bis zum Kriege im Geiste unseres Kartells.

In den Jahren des Krieges aber, in denen das Leben unserer Verbindungen schwächer wurde, entwickelte sich in der zionistischen Bewegung aus Erkenntnis und Programm zionistisches Leben. Der Zionismus ergriff den jüdischen Menschen in allen Beziehungen, die zionistischen Forderungen wurden so tief gefühlt, daß jeder Zionist ihnen durch Erfüllung und eigene Arbeit persönlich gerecht werden wollte. Gleichzeitig setzte sich die Auffassung durch, daß der Aufbau Palästinas durch jüdische Menschen und jüdische Arbeit die Schaffung eines jüdischen Lebens in allen Ländern erforderlich mache. Übersiedlung des Einzelnen nach Palästina und Wirken im Galuth, damit das jetzige Geschlecht und kommende Geschlechter den Weg nach Erez Israel dank jüdischer Erziehung, dank seelischer und beruflicher Vorbereitung leichter finden – das sind die Forderungen, die der Zionismus heute an uns stellt.

Ist das K.J.V. heute diesen Forderungen gewachsen?

Vor dem Kriege lebten unsere Verbindungen zionistisch im wesentlichen von einfachen programmatischen Anschauungen. Zwischen uns und dem Judentum des Ostens bestanden nur geringe Zusammenhänge; man war palästinensisch gestimmt, ohne im allgemeinen die Notwendigkeit der persönlichen Übersiedlung zu empfinden, und der Standpunkt der Galuthverneinung ließ uns mit Gelassenheit den jüdischen Verhältnissen in Deutschland gegenüberstehen. Die Formen unseres Zusammenlebens hatten wir dem deutschen Studententum entlehnt. Und dennoch, auf unser Kartell sehen wir nicht als auf eine enge, unzulängliche, in allen Dingen zu überwindende Organisation zurück. Wesentlich für den zionistischen Wert unserer Verbindungen war weder die programmatische Stellung zum Zionismus noch die entlehnte Maske, in der wir in der Öffentlichkeit auftraten. In den Verbindungen lebte ein unverlierbares menschliches Idealbild, das K.J.V. wollte Menschen erziehen, die beim Aufbau der jüdischen Zukunft durch ihre Charakterbildung, ihre Zuverlässigkeit, ihre männliche Entschlossenheit, durch ihre Fähigkeit, sich unterzuordnen und im Dienste der Gesamtheit pflichttreu zu arbeiten, wahre Bürger unserer jüdischen Zukunftsheimat werden sollten. Die Erziehung unserer Bundesbrüder sollte jene seelische Haltung erreichen, die sie Herren ihrer Gefühle und Stimmungen werden ließ, ihnen die Fähigkeit gab, geschützt zu sein gegen Übertreibungen, gegen die großen Worte und gegen die verführerische Kraft des Superlativismus. Dieses Erziehungsziel hat unser Kartell bei den Besten seiner Mitglieder erreicht. Daher haben auch die entlehnten Formen nicht in dem Maße schädlich gewirkt, wie man es heute vielfach annimmt. Wir blieben immer die Herren dieser fremden Formen und wurden durch sie niemals in unserem Wesen beeinflußt.

Wandelbar sind im K.J.V. Formen und zionistische Anschauungen, unverlierbar aber das menschliche Ideal, dem der K.J.V.-er nachstrebte. Gerade unter den veränderten Verhältnissen wird es unerläßlich sein, die Kraft dieses Ideals zu bewähren, das durch die letzte Entwicklung in unseren Reihen verdunkelt worden ist. Die Einheit unseres Kartells ist durch die Entwicklung

der letzten Jahre bedroht worden. Eine allgemeine Erkenntnis gibt uns jedoch die Möglichkeit, diese letzte Entwicklung des K.J.V. zu verstehen und zu überwinden. Was wir in unseren Reihen erleben, ist ein Abbild der großen Weltströmungen, die heute die Geister beherrschen. Derselbe Konflikt der modernen Kultur, den Simmel in seiner gleichnamigen Schrift darstellt[1], wird auch in unseren Reihen fühlbar. Ich will den Gedankengang Simmels hier andeuten: Leben hat sich immer nur in Formen offenbaren können, die durch das Leben geschaffene Form jedoch, die bestenfalls im Augenblicke ihres Entstehens dem Leben entsprochen hatte, trat mit dem Anspruch auf, ein Eigenleben zu führen und das Leben zu meistern. Da sie aber nicht mehr imstande war, das neue, in sie hineinströmende Leben aufzunehmen, begann der Kampf des Lebens gegen die Form, der immer damit endete, daß die einst durch das Leben geschaffene Form zerbrochen wurde. In den Zeiten jedoch, in denen das Leben darum rang, in neuer Weise in die Erscheinung zu treten, wurde schon die neue Form, die an die Stelle der alten treten sollte, vorbereitet. In dem Augenblick, in dem die alte Form zerbarst, trat an ihre Stelle die präformierte neue. Heute zum ersten Mal versucht das Leben etwas, was es noch nie gekonnt hat. Es verzichtet darauf, zum Phänomen zu werden, und will ohne Form wirksam werden. Die alte Form ist unter dem Ansturm des Lebens zerbrochen, und diesem neuen Leben fehlt der Wunsch, sich einheitlich und eindeutig darzustellen. Aber nur Nerven werden bloßgelegt, Stimmungen und Nuancen wollen ohne das Medium der Form unmittelbar wirksam werden. An die Stelle der alten, objektiv zu erfassenden kulturschöpferischen Verbände der Menschen treten von Gemeinschaftsidealen erfüllte Gruppen.

Diese Weltstimmung wirkt auch in unseren Reihen. Gruppen sind entstanden, die ihre Bedeutung darin erblicken, daß alle ihre Mitglieder durch völlige Abgestimmtheit der Seelen miteinander verbunden sind. Ein familienhaftes Gemeinschaftsideal haben sie sich aufgerichtet, das nur solche ertragen kann, die sich der Stimmung der Gruppe harmonisch einfügen. Der Wert der Gruppe liegt in der Gesinnungsnuance, die sie von anderen unterscheidet. Sie verzichtet darauf, zu werben, neue Menschen in ihren Bann zu ziehen, damit die Melodie aller Seelen in voller Reinheit erklingen kann. Der feminine Charakter dieser Gruppen ist unverkennbar, und diese Wirkung der großen Weltströmungen, in denen der Konflikt der modernen Kultur erblickt werden kann, wird in unseren Reihen stark empfunden. Sie wird nicht nur im K.J.V., sondern auch in der zionistischen Jugend anderer Länder fühlbar.

Der Einfluß dieser Weltstimmung, von der manche unserer Freunde überwältigt worden sind, muß durch uns wieder abgedämmt werden. Im jüdischen Leben genügt es nicht, für sich zu leben; wir haben nicht das Recht, darauf zu verzichten, Verkünder und Werber unserer Idee zu sein. So wie wir ergriffen worden sind durch die Bewegung, die uns mit Worten umwarb, so

[1] *Georg Simmel*, Der Konflikt der modernen Kultur. Ein Vortrag, München und Leipzig 1918.

müssen wir uns verantwortlich fühlen für die ganze jüdische Jugend, der wir Gelegenheit geben müssen, uns kennen zu lernen und sich uns anzuschließen. Für uns ist die Judenfrage eine nationale, und damit wird sie zum Formproblem des jüdischen Menschen und des jüdischen Volkes. Wir wollen die geschlossene jüdische Volkskultur durch unser Leben und durch das Ringen unserer Nachkommen gestalten. Uns genügt daher nicht die Gemeinschaft aus Wahlverwandtschaft, die im eigenen Kreise Genüge findet und nur ihre Leistung innerhalb des Volkes wirken lassen will; wir wollen den Bund der jüdischen Männer, die sich verantwortlich fühlen, für alle Teile des jüdischen Volkes und für alle Erscheinungen des jüdischen Lebens. Unsere Verbindungen sind gewiß die Stätten, in denen Freundeskreise sich bilden, die in engster Seelengemeinschaft gemeinsam ihr Leben führen; der höhere Wert der Verbindung liegt jedoch darin, daß jeder Bundesbruder sich eins fühlt mit dem ganzen Bunde. Der K.J.V.-er soll sich dadurch auszeichnen, daß er die großen Zusammenhänge des jüdischen Lebens versteht, daß er sich verantwortlich fühlt für die Politik des jüdischen Volkes, daß er die Verpflichtung fühlt, am geordneten Aufbau des jüdischen Landes und jüdischen Staatswesens mitzuwirken. Nur der gegliederte Bund politisch erzogener jüdischer Männer ist kampffähig, und den kampffähigen Bund brauchen wir für den Aufbau Palästinas und für die Arbeit im Galuth.

...

[120]
Gustav Landauer und die Vorbereitung
des Palästina-Delegiertentages
14. MÄRZ 1919
BUBER-ARCHIV, MS.VAR. 432/167

Berlin W.15, 14. März 1919
Sächsischestr. 8

Herrn
Gustav *Landauer*[1]
München
Hotel Wolff, Arnulfstr.

Sehr geehrter Herr Landauer!

Meine beiden Telegramme wegen des Palästina-Delegiertentages haben Sie wohl erhalten und wissen, daß er erst Ende April stattfindet.[2] Wir hoffen

[1] Gustav Landauer (1870–1919). Erstrebte die Schaffung einer von politischen Parteien freien sozialistischen Gemeinschaft und lehnte den politischen Zionismus ab. Betrachtete die Juden infolge ihrer Erfahrungen in der Diaspora als besonders geeignet,

sehr, daß Sie um diese Zeit die Möglichkeit haben werden, auch in Berlin zu sein und teilzunehmen.

Von Herrn Dr. Buber werden Sie schon wissen, daß er beabsichtigt, für Mitte April in München eine kleine Konferenz[3] einzuberufen zur Klärung der Frage des Aufbaus der Palästinasiedlung. Sie hatten uns in München Ihre Mitarbeit in Aussicht gestellt und sich auch bereit erklärt, uns bei der Formulierung der Anträge und Thesen, die wir eventl. dem Delegiertentag vorlegen wollen, zu unterstützen. Ich möchte Ihnen heute die wichtigsten Punkte vorlegen, in denen wir Ihren Rat haben müssen; sie stellen das Ergebnis einer Besprechung der hiesigen Freunde dar.

1) Als die Grundfrage beim Aufbau der Siedlung betrachten wir das Problem der zentralisierten oder dezentralisierten Gesellschaft. Wir sind uns hier alle in dem Wunsche einig, daß die Siedlung nach den Prinzipien einer dezentralisierten Gemeinschaftsordnung aufgebaut werde, in der der Schwerpunkt bei den Einzelgemeinden liegt, in denen die Menschen in unmittelbaren Beziehungen zueinander leben können. Die Schwierigkeit der Frage liegt nur darin, festzustellen, welche Gebiete des Gesellschaftslebens eine zentralisierte Ausgestaltung verlangen, wie z. B. viele Gebiete der technischen Verwaltung und des Wirtschaftslebens.

Wir bitten Sie nun, uns hierin Ihre Meinung mitteilen zu wollen und wenn möglich Ihren Standpunkt in Form einiger grundlegender Thesen zu formulieren.

2) Über die *Nationalisierung des Bodens* sind wir uns alle einig, mit uns ja heute, glaube ich, auch schon der größere Teil aller Zionisten. Mit Nationalisierung des Bodens verlangen wir auch diejenige der Bodenschätze (Wasser, Kohle etc.).

3) Sehr schwierig und ungeklärt sind für uns die Fragen der Industrie. Die Wenigsten von uns sind Marxisten in dem Sinne, daß sie eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel verlangen. Uns allen schwebt so etwas wie

---

die Menschheit davon abzubringen, im Staat den höchsten absoluten Wert zu sehen. Unterstützte den Zionismus, insoweit er die Juden zu einem Volk zusammenzuschmieden suchte und sich dem Dienst an der Menschheit widmen wollte. Stand in enger Beziehung zu Martin Buber, mit dem er durch sein Interesse an jüdischer Mystik und Sozialismus (Kulturpolitik) verbunden war. Der Aufforderung Kurt Eisners folgend, kam er Ende 1918 nach München, war Volksbeauftragter für Volksaufklärung in der Räterepublik Bayern und wurde am 2. Mai 1919 von rechtsradikalen Soldaten ermordet.

Vgl. *Eugene Lunn*, Prophet of Community. The romantic Socialism of Gustav Landauer, Berkeley and London 1973.

[2] Der Außerordentliche Palästina-Delegiertentag fand vom 26.–29. Mai 1919 in Berlin statt.

Vgl. *Elias Auerbach*, Die Palästina-Tagung der deutschen Zionisten, in: Neue Jüdische Monatshefte, Heft 17, 10. Juni 1919; *Martin Buber*, Briefwechsel aus sieben Jahrzehnten, Bd. II, 1918–1938, Heidelberg 1973.

[3] Die Konferenz hat nicht stattgefunden.

eine genossenschaftlich organisierte Fabrik vor, an der die Arbeiter ebenso wie der Unternehmer beteiligt sind, und zwar gleichberechtigt in allen Fragen der Gewinnbeteiligung, der Leitung etc. Die strittigen Fragen sind:

a) Ob der Profit der gesamten Gemeinschaft oder nur der Spezial-Fabrikgenossenschaft gehören soll, wodurch, wie manche befürchten, die Gefahr der Herausbildung einer neuen kleinbürgerlichen kapitalistischen Arbeiterklasse vorhanden wäre, und andererseits auch die Arbeiter der rentableren Fabriken sehr viel günstiger gestellt wären als diejenigen weniger rentabler?

b) Ob nicht doch eine Vereinigung der beiden Prinzipien, der genossenschaftlichen Einzelfabrik auf der einen und der vergesellschafteten Industrie auf der anderen Seite möglich wäre, etwa in dem Sinne, daß eine gewisse Vergesellschaftung im Sinne einer Kontrolle und weitgehender Eingriffsrechte der Allgemeinheit erforderlich wäre, schon aus dem Grunde, damit nicht die Arbeiter gutgehender Fabriken sich gegen den Zuzug neuer Elemente wehren können?

4) Sehr schwierig und ungeklärt sind uns auch ferner die Fragen der Regelung des Handels. Soll er nationalisiert werden, soll er ganz in die Hände der einzelnen Siedlungen gelegt werden, wer soll den internationalen Tauschhandel betreiben etc.?

Das sind diejenigen Punkte, über die wir uns bisher in unserem Kreise ausgesprochen haben und für die wir um Ihren Rat bitten. In all diesen Fragen wollen wir eventl. Thesen oder Resolutionen dem Delegiertentag vorlegen und bitten Sie, uns Ihren Standpunkt in solchen Thesen formulieren zu wollen. Im übrigen werden wir ja alle diese Fragen auf der Konferenz in München eingehend besprechen können, nur wäre es uns lieb, wenn Sie uns schon vorher einiges schriftlich mitteilen wollten, damit wir ein wenig vorbereitet hinkommen.

Über andere wichtige Fragen (Araberfrage, Frage der landwirtschaftlichen Betriebe, Bedingungen der Erbpacht und anderes) wollen wir uns erst hier noch unterhalten, bevor wir an Sie mit der Bitte um Ihren Rat auch in diesen Dingen herantreten.

Ich hoffe, daß Sie bei all Ihrer Inanspruchnahme in diesen Tagen und Wochen in München vielleicht doch Zeit finden werden, uns unsere Fragen zu beantworten und danke Ihnen in unser aller Namen.

Mit den besten Grüßen und Wünschen bin ich

Ihr
[Nahum Goldmann[4]]

---

[4] Goldmann stand um diese Zeit Kreisen des „Hapoel Hazair“ nahe. Vgl. auch Landauers Antwort an Goldmann vom 19. März 1919, Buber-Archiv, Ms. Varia 432/168.

[121]
DIE NEUE REICHSVERFASSUNG:
„NATIONALE MINDERHEITEN" ODER „FREMDSPRACHLICHE VOLKSTEILE"?
30. JUNI 1919
CZA, A 102/11/2

Zionistische Vereinigung
für Deutschland

Berlin W.15, 30. Juni 1919
Sächsischestr. 8

An die
Herren Mitglieder des Verfassungsausschusses
der deutschen Nationalversammlung
Weimar

Sehr geehrte Herren!

Wir haben vor einigen Wochen an den Herrn Reichsminister des Innern und an die Mitglieder des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung eine Eingabe zu Artikel 40 des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reiches gerichtet. Wir hatten gebeten, in Art. 40 den Begriff der „fremdsprachlichen Volksteile" durch den Begriff der „nationalen Minderheiten" zu ersetzen. Hiernach sollte die Verfassungsvorschrift folgenden Wortlaut erhalten:

> „Die fremdsprachlichen Volksteile des Reiches dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien, volkstümlichen Entwickelung, insbesondere nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden."

Wir hatten insbesondere in dieser Eingabe auch darauf hingewiesen, daß der Begriff der nationalen Minoritäten oder nationalen Minderheiten internationale Geltung erlangt hat. Überall, wo das freiheitliche Prinzip gesiegt hat, das den völkerlichen Minderheiten die unbehinderte Entwicklung ihrer kulturellen Eigenart gewährt, redet man vom Schutz der nationalen Minderheiten. Wir haben in diesem Zusammenhang bereits darauf hingewiesen, daß die Formulierung des Verfassungsentwurfes, die den fremdsprachlichen Volksteilen gewisse Rechte gewährt, als eine Einschränkung des Schutzes der nationalen Minderheiten aufgefaßt werden könnte.

Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß der Verfassungsausschuß auf unsere Argumente bisher nicht eingegangen ist.[1] Wir gestatten uns daher,

[1] Während der Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung hatte Oskar Cohn die folgende Formulierung des Artikels 40 vorgeschlagen,

kurz vor der Beratung im Plenum unseren früheren Darlegungen ein weiteres Argument hinzuzufügen, das, wie wir glauben, unseren Wünschen besonderen Nachdruck verleihen muß:

In Artikel 54 des *Deutschen Völkerbunds-Entwurfes* heißt es:

„Den nationalen Minderheiten innerhalb der einzelnen Völkerbundsstaaten wird ein nationales Eigenleben, insbesondere in Sprache, Kirche, Schule, Kunst, Wissenschaft und Presse verbürgt."

In den Beratungen über die politischen Auswirkungen dieser Bestimmung, die vor kurzem im Auswärtigen Amt stattfanden, herrschte bei allen Beteiligten Übereinstimmung darüber, daß der Schutz der nationalen Minderheiten in Deutschland in weitestem Umfange, schon mit Rücksicht auf die Lage der Deutschen in den abzutretenden Gebieten, gefördert werden müsse, und daß jede Einschränkung des Schutzprinzipes den Interessen Deutschlands zuwiderlaufe.

Es muß aber außerordentlich auffallen, daß Deutschland in seiner auswärtigen Politik als völkerrechtlichen Rechtsgrundsatz den Schutz der „nationalen Minderheiten" fordert, während es in Deutschland selbst nur die „fremdsprachlichen Volksteile" schützen will. Zweifellos ist der Begriff der „nationalen Minderheiten" weiter und umfassender, als der der „fremdsprachlichen Volksteile", und es ist wohl als sicher anzunehmen, daß der Völkerbundsentwurf z. B. auch die *Iren* im Auge hat, von denen 85 % *ausschließlich* englisch sprechen und die irische Sprache nicht verstehen.

Unseres Erachtens kann es aber in der Lage, in der Deutschland sich augenblicklich befindet, nichts Verfehlteres geben, als daß nach außen ein Prinzip vertreten wird, dessen moralische Konsequenzen nach innen hin nicht in vollem Umfang gezogen werden. Wir glauben, daß Deutschland vielmehr die Gelegenheit ergreifen sollte, in der Aufstellung freiheitlicher Rechtsgrundsätze der Welt voranzuschreiten, und daß es, unabhängig von der Frage der Reciprocität, durch seine eigene Verfassung diejenigen Rechtsprinzipien sanktionieren sollte, die es selbst in seinem Völkerbundsentwurf vertreten hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Hantke

---

die den Wünschen der ZVfD entsprach: „Den nationalen Minderheiten des Reichs darf ihre freie volkstümliche Entwicklung sowie der Gebrauch ihrer Muttersprache nicht beeinträchtigt werden." Dieser Vorschlag wurde nach kurzer Debatte abgelehnt und die ursprüngliche Formulierung von Artikel 40 angenommen.

Vgl. Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336. Anlagen zu den stenographischen Berichten Nr. 391. Bericht des Verfassungsausschusses, Berlin 1920.

Der Delegiertentag der ZVfD im Jahre 1918 lehnte in einer Resolution die Klassifizierung der Juden in Deutschland als nationale Minderheit ab. Trotzdem wollte die ZVfD nicht a priori den Anspruch auf einen solchen Status aufgeben.

[122]
GRÜNDUNG DER „JÜDISCHEN VOLKSPARTEI“
21. AUGUST 1919
SCHOCKEN-ARCHIV, 531/61

Protokoll der Sitzung
des Geschäftsführenden Ausschusses der ZVfD vom 21. August 1919

...

Jüdische Gemeindewahlen in Berlin

In einer Sitzung der Vorstände der Berliner zionistischen Gruppen ist gestern beschlossen worden, sich an den bevorstehenden Wahlen zur Jüdischen Gemeinde zu beteiligen, trotzdem das Wahlrecht nur insofern geändert ist, als man Proportionalwahlrecht eingeführt hat. Wahlberechtigt sind von fast 50 000 Censiten [1] nur etwa 16 000. [2] Der Wahlkampf soll unter dem Namen „Jüdische Volkspartei“ geführt werden. Die Partei soll von der Berliner Zionistischen Vereinigung, dem Neuen Jüdischen Gemeindeverein und dem Bund ostjüdischer Vereine gegründet werden. [3] Die Kandidaten sollen ausschließlich Zionisten sein. Das Programm, das zionistische Gemeindeprogramm. Der Geschäftsführende Ausschuß erklärt sich mit dem Eintritt in die Wahlbewegung einverstanden und wünscht, daß in der Wahlbewegung mit größter Deutlichkeit betont werden soll, daß infolge des reaktionären Wahlrechts an einen größeren Erfolg nicht gedacht werden kann. [4]

...

---

* Die „Jüdische Volkspartei“ wurde erstmalig in Berlin im Herbst 1919 von der Berliner Zionistischen Vereinigung und anderen Organisationen zwecks gemeinsamer Teilnahme an den Repräsentantenwahlen zur jüdischen Gemeinde gebildet. Ähnliche Zusammenschlüsse erfolgten später auch in anderen Gemeinden und Landesverbänden Deutschlands. Die ersten Führer der „Jüdischen Volkspartei“ waren Heinrich Loewe, Georg Kareski, Alfred Klee, Max Kollenscher u. a.

Vgl. *E. Simonsohn*, Die jüdische Volksgemeinde, Berlin 1919.

[1] Steuerzahler.

[2] Die Wahlen fanden am 20. Juni 1920 statt. Auf Grund der neuen Regierungsbestimmungen erhöhte sich die Zahl der Wahlberechtigten auf 40 000.

[3] Auch der „Misrachi“ beteiligte sich im Rahmen der „Jüdischen Volkspartei“ an diesen Wahlen.

[4] Vgl. Dok. 128.

[123]
GRÜNDUNG DES „JÜDISCHEN PRAKTIKANTENBUNDES FÜR DEUTSCHLAND"
DEZEMBER 1919
ARCHIV DER JÜDISCHEN ARBEITERBEWEGUNG, III 38 (43)
AKTE 2 (vorläufig)

Berlin, im Dezember 1919

An die zionistischen landwirtschaftlichen Praktikanten in Deutschland.

Liebe Freunde!

Am 22. Nov. wurde von den in Berlin anwesenden zion. Praktikanten der „Jüdische Praktikantenbund für Deutschland (Hechaluz)" gegründet. Anbei folgen als Anlage die provisorisch festgesetzten Statuten.[1] Es war dringend notwendig, daß die in Deutschland in der Landwirtschaft arbeitenden Praktikanten endlich einmal ein Organ schufen, das sich speziell die Wahrung ihrer Interessen zur Aufgabe macht. Das Arbeitsgebiet des Praktikantenbundes ist naturgemäß ein sehr großes. Es ist unbedingt notwendig, daß wir energisch für die Schaffung eines oder mehrerer Lehrgüter eintreten – diesbezügliche Schritte sind bereits bei der Zionistischen Leitung eingeleitet – ferner muß die Stellenvermittlung für den nächsten Sommer ganz anders funktionieren als im letzten Jahre. Wir wollen diesmal den Stellennachweis für unsere Praktikanten selbst in die Hand nehmen, dazu ist natürlich die Mitarbeit eines jeden Einzelnen dringend notwendig. Ihr ermöglicht uns diese schwierige Aufgabe nur dann, wenn Ihr die anliegenden Fragebogen *sorgfältig* ausfüllt und *sofort* uns zusendet.

Sollte im Winter in den größeren Städten Deutschlands ähnlich wie in Berlin eine größere Anzahl Praktikanten sich befinden, würde es sich empfehlen, Ortsgruppen des Praktikantenbundes ins Leben zu rufen, deren Aufgabengebiet eine größere Intensivierung der gemeinsamen Arbeit wäre. Solche Gründungen sind uns sofort mitzuteilen. Wer von Euch den Praktikantenbund als die Interessenvertretung der landwirtschaftlichen Praktikanten Deutschlands bis zu einer noch einzuberufenden Tagung sämtlicher zionistischer Praktikanten Deutschlands anerkennt, bitten wir, uns dieses mitzuteilen, und werden wir denselben über unsere Arbeit dauernd auf dem Laufenden halten.

---

[1] Einige der Grundsätze: Der Bund ist eine Berufsorganisation. Er umfaßt alle zionistischen Landwirte in Deutschland, die ihren Beruf von vornherein auf ihre Übersiedlung nach Palästina einstellen. Der Bund organisiert sich im Rahmen der zionistischen Gesamtorganisation; er steht in Verbindung mit den Chaluz-Organisationen in allen Ländern. Der Bund macht es jedem seiner Mitglieder zur Pflicht, Hebräisch zu lernen.

Verpflichtungen des einzelnen Mitgliedes des Praktikantenbundes gegenüber dem Bunde bestehen nicht. Die Adresse des Praktikantenbundes ist:

Jüdischer Praktikantenbund für Deutschland (Hechaluz)

Berlin N. 24
Monbijouplatz 1

Mit Zionsgruß
i. A. gez. Georg Brumm[2] gez. Hans Friedenthal[3]

[124]
Der Weg der Kriegsgeneration zum Zionismus
1919
ERNST SIMON, BRÜCKEN. GESAMMELTE AUFSÄTZE,
HEIDELBERG 1965, S. 17–23

Ernst Simon[1]
Unser Kriegserlebnis
(1919)

...

Als der Krieg ausbrach, wußten viele von uns, die wir heute zu der jungen Mannschaft des Zionismus gehören, noch nichts vom Judentum. Fremd und feindlich hatte uns die bloße Tatsache dieser Gebundenheit in der Schule oftmals berührt. Nie hatten wir so knabenhaft losgelöst von allen Hemmungen wie die Mitschüler uns ihren Spielen hingeben dürfen, immer ein wenig bei-

---

[2] Georg Brumm (1901–1970). Kaufmann. Mitglied des „Herzl-Bundes" und des „Blau-Weiß". Einwanderung nach Palästina in den 20er Jahren; Mitbegründer der Kwuzat Zwi, später Lehrer in Tel Aviv und Haifa.

[3] Hans Friedenthal (geb. 1900). Arzt. Mitglied des KJV und des „Blau-Weiß". 1920 in Palästina eingewandert; nach landwirtschaftlicher Arbeit im Lande, 1928 nach Deutschland zur Beendigung des medizinischen Studiums zurückgekehrt. Führendes Mitglied des „Makkabi". 1936 Geschäftsführender Vorsitzender der ZVfD. Nach Palästina zurückgekehrt, zum Leiter des Regierungskrankenhauses in Jaffa ernannt. Lebt heute in Herzliah.

[1] Ernst Simon (geb. 1899). Pädagoge, Historiker und Literaturhistoriker. Kam früh unter den Einfluß von Martin Buber, Rabbiner Nechemia Anton Nobel und Franz Rosenzweig. 1928 emigrierte er nach Palästina, war zunächst als Lehrer und 1934–1935 am „Jüdischen Lehrhaus" in Frankfurt a. M. tätig. Ab 1936 Dozent an dem Jerusalemer Lehrerseminar, ab 1939 Dozent, ab 1950 Professor an der Universität Jerusalem. Kämpfte für jüdisch-arabische Zusammenarbeit und war führend in den um die Verständigung mit den Arabern bemühten politischen Organisationen.

seite gestanden, entweder verachtet, weil wir körperlich minderwertig erschienen, beneidet, weil wir etwa zu gut im Unterricht Bescheid wußten oder bei den Schulfeiern Gedichte aufsagen „durften", auch wohl verlacht, wenn wir etwa kraushaarig und sommersprossig waren, immer jedenfalls irgendwie fremd, abgestoßen und anormal ...

In dieser seelischen Lage traf uns der Krieg. Nichts Politisches war er uns, nicht die Frage der Kriegsschuld, kaum die des siegreichen Ausganges beschäftigte uns, wir empfanden vor allem das ungeheure Erlebnis, das berauschende Glück, endlich einmal alle Bindungen unseres komplizierten Ichs vergessen zu dürfen, endlich einmal als bedeutungsloses Teilchen, als einer von Millionen und Abermillionen mitschwimmen zu dürfen in dem großen Strome vaterländischen Schicksals. Wesentlich aus diesen Stimmungen heraus stellten wir uns kriegsfreiwillig und nahmen zunächst alle Unbilden und Leiden des Soldatenstandes mit dem heißen Willen hin, jede nebensächliche Kleinlichkeit durch unseren Schwung zu heiligen, jede geringste, unwürdigste und lächerlichste Dienstleistung durch unsere seelische Einstellung zu ihr als einen unentbehrlichen Teil einer großen, würdigen, flammenden Sache aufzufassen. Gleichzeitig erfüllte sich uns mancherlei Sehnsucht, die wir wohl auch mit unseren germanischen jungen Kameraden gemeinsam hatten: der Drang nach einem vollen, wirklichen und ernsthaft genommenen Mannesleben, in dem wir für unsere Taten nun endlich selbst einstehen und unsere Seele durch das einzige Zeugnis erlösen würden, das unzweifelhaft über allen Phrasen steht: durch das Blut. Aber bald begann Enttäuschung sich leise zu rühren. Wir schoben sie zunächst unwillig fort, mit einer zugleich zaudernden und energischen Handbewegung, mit einem innerlich schon erweckten Wissen vom Ende unseres Traums und einer doppelten äußeren Entschiedenheit, ihn weiter zu leben. Nicht die kleinen und großen Plackereien der Vorgesetzten waren es, die uns erbitterten; auch gelegentliche antisemitische Vorfälle nahmen wir nun nicht so ernst wie auf der Schule, da wir sie nicht zur Herstellung unseres seelischen Gleichgewichts, sozusagen als Ventil unserer unterdrückten jüdischen Aktivität ausnützten, wie das früher geschah. Denn nun war ja unser ganzer Tatwille auf ein neues, höheres Ziel gerichtet: auf Deutschland, das uns in seinem Kampfe immer herrlicher und leuchtender erschien ...

Zunächst waren die ersten Wochen des Feldkrieges eine Erfrischung, eine Neubelebung des Rausches, eine Verzögerung des Erwachens aus schönem Traum. Wir fanden in der Gefahr und in ihrem Bestehen eine Art Ersatz für die Stimmung der ersten Kriegstage, maßen unser Glücksgefühl an der Intensität der seelischen Schwingungen, die wir durchmachten, fühlten uns den Kameraden näher und glaubten nun endlich hineinzuwachsen in das Leben dieses fremden und geliebten Volkes. Wenn wir verwundet wurden, so legten wir in das Mysterium des warmen, fließenden Blutes die erhebende Auslegung hinein, daß dieser lebendige Saft uns nun auf ewig den Brüdern ver-

kitten würde und gingen, froh und fast sicher in uns selbst, zum zweiten Male hinaus. Unterdessen war die Stimmung in Heer und Heimat tief gesunken. Schiebung und Drückebergerei machten sich bei Juden und Nichtjuden breit, und wenn wir nun doch irgend etwas Jüdisches in unseren ungeminderten Kriegswillen hineinlegten, so war es die apologetische Tendenz, den anderen zu beweisen, daß wir doch nicht so schlimm seien. Aber nun war die traumhafte Selbsttäuschung auf ihrem Höhepunkt angekommen, und es bedurfte nur noch eines geringen äußeren Anstoßes, um all unsere gekünstelte Sicherheit zerbrechen zu lassen. Dieser Anstoß war die Judenzählung. Sie war es uns nicht deshalb, weil wir durch Zurücksetzung in der Beförderung und sich häufende antisemitische Vorfälle schon mürbe gemacht waren, erst recht nicht deshalb, weil sie ein offizieller Beweis für die Ausnahmegesetz-Tendenzen war, sondern weil sie so wie wenige Amtshandlungen des alten Regimes eine durchaus populäre Sache war, realer Ausdruck der realen Stimmung. Aller Meinung ging dahin, daß wir fremd waren, daß wir danebenstanden, besonders rubriziert und gezählt, aufgeschrieben und behandelt werden müßten. Der Traum von Gemeinsamkeit war dahin, mit einem furchtbaren Schlage tat sich vor uns zum anderen Male die tiefe, nie verschwundene Kluft auf, die nicht durch gemeinsames Leiden und Bluten, nicht durch gemeinsame Sprache und Arbeit, nicht einmal durch gemeinsame Zivilisation und Gesittung überbrückt werden kann, die Kluft, die jenseits von Schuld und Verfehlung, von gutem oder bösem Willen liegt, die naturgegebene Voraussetzungen hat und ihrer Natur nach keinen Berechnungen noch so scharfsinniger Art zugänglich ist ... Wir waren nun dazu reif, das Judentum als etwas Positives zu erleben, nun endlich den Sinn unserer Leiden kennenzulernen und dafür belohnt zu werden. Mit geöffneter Seele genossen wir das Glück des Zusammenlebens mit jüdischen Kameraden. Auch wenn wir zunächst nur durch das gemeinsame Leid zusammengeführt wurden, lernten wir bald die positiven gegenseitigen Werte kennen; endlich fühlte man sich verstanden, warm aufgenommen in einer Atmosphäre, die nicht fremd und rauh war ... Wir hatten unsere Heimat wiedergefunden, wir waren wieder Juden geworden. Wir hatten das Judentum als die einzige nationale und religiöse, menschliche und kulturelle Gemeinschaft erlebt, die für uns paßte, hatten es erkannt als die einzige Möglichkeit, uns aus unserer schmerzlichen Vereinsamung zu befreien, uns einzustellen in eine beglückende Gesamtheit, ohne unser Niveau herabzudrücken, ohne Kompromisse und Schachergeschäfte mit dem Besten zu machen, was in uns war. Wir hatten nun in Wahrheit erfahren, daß nur eins unsere Seele erlösen kann, eins, das unzweifelhaft über allen Phrasen steht: das Blut.

Wir waren nun Zionisten, zunächst ohne es zu wollen und zu wissen. Aber bald lernten wir, daß der einzige Weg, der unser Volk aus seiner unglückseligen geistigen, seelischen und materiellen Dualität herausführt, der Weg nach Zion ist, und daß wir ihn gehen müssen, zum mindesten geistig, wenn

irgend möglich aber auch körperlich, mit allem, was wir sind und haben. Nun waren wir erlöst in wirklicher Männlichkeit; mit der Sicherheit des Menschen, der seinen Platz in Zeit und Ewigkeit kennt.

...

[125]
Das Scheitern der Kongressbewegung
20. JUNI 1920

Jüdische Rundschau
XXV. Jg., Nr. 40, 23. Juni 1920, S. 315–319

XVI. Delegiertentag[1]

...

Der Rechenschaftsbericht
Dr. Klee:

Geehrter Delegiertentag!

...

Der Anfang der Berichtszeit fällt zusammen mit der Beendigung des Krieges. Wir waren damals vor die Aufgabe gestellt, die psychologischen Wirkungen, die das Kriegserlebnis bei sehr vielen deutschen Juden gezeigt hatte, in unserem Sinne umzuwerten. Zweifellos haben die Erfahrungen der deutschen

---

* Die Forderung der Zionisten nach einem jüdischen Kongreß in Deutschland fand ein weites Echo. Nach vorsichtiger Schätzung des CV standen 50–70 000 erwachsene deutsche Juden diesem Plan positiv gegenüber. Die Kongreßbewegung wurde fast zu einer Massenbewegung, deren Anhänger die Zahl der Mitglieder der ZVfD weit überstieg. Eine Zeitlang bemühte sich der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", in dieser Angelegenheit einen modus vivendi mit der ZVfD zu finden. Auf einer Vorstandssitzung des CV am 15. Januar 1919 versuchten Eugen Fuchs und Alfred Apfel andere Mitglieder zur Annahme eines gemeinsamen Programms mit der ZVfD zu bringen, die Mehrheit jedoch erklärte, das Eintreten der Zionisten für einen jüdischen Kongreß in Deutschland sei „jüdisch-national" und daher für die Mitglieder des CV unannehmbar. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 fanden noch mehrere Besprechungen zwischen den Zionisten und dem CV statt, aber es war klar, daß der CV nicht von seiner Stellungnahme abgehen würde. Da die zionistische Initiative allein nicht genügte, um einen Kongreß zustande zu bringen, fand die Kongreßbewegung ihr natürliches Ende.

Vgl. Die Kongreßpolitik der Zionisten und ihre Gefahren, herausgegeben vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Berlin 1919; Aufruf von Eugen Fuchs, April 1919, CZA, F 4/13; Protokolle, CAHJP, INV/952; Zur Besprechung mit dem Centralverein am 23. Juni 1919, CZA, F 4/9/IV.

[1] Der XVI. Delegiertentag fand vom 20. bis 25. Juni 1920 in Berlin statt.

Juden im Feld bei sehr vielen, insbesondere bei einer Reihe intellektuell hochstehender Persönlichkeiten im Sinne einer Stärkung des jüdischen Empfindens gewirkt. Es erschien uns als eine Aufgabe, der wir uns nicht entziehen zu sollen glaubten, mindestens den Versuch zu unternehmen, auf Grund dieser andersgearteten seelischen Fundierung eine Neuorientierung des deutschen Judentums gegenüber dem nationaljüdischen Gedanken herbeizuführen. Dieser Überlegung entsprang

die Kongreßbewegung,

die, wie Sie wissen, zu einem greifbaren Resultat bis jetzt nicht geführt hat. Zu einer Zusammenfassung großer jüdischer Kreise in Deutschland in ausgesprochener oder stillschweigender Anlehnung an die Tendenzen der jüdischen Gesamtpolitik ist es nicht gekommen. Hieran ist in erheblichem Umfange der *Widerstand eines Teils der Orthodoxie* Schuld, der dem Einheitsgedanken noch heute in unversöhnlicher Schroffheit gegenübersteht. Es kann aber kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Kongreßbewegung indirekt einen starken Einfluß auf die deutschen Juden ausgeübt hat, was am deutlichsten in den zahlreichen und ausgedehnten Debatten zutage trat, die sowohl in Versammlungen wie vor allem auch in der Presse geführt wurden. Einen merkbaren Nachklang dieser Erörterungen verspüren wir noch heute in den Plänen und Diskussionen über die Gesamtorganisation der deutschen Juden.

Die *Forderung* des „Kongresses der deutschen Juden“ muß von uns grundsätzlich aufrecht erhalten werden. Seine Zeit wird kommen, und wir sind in der Lage, auf sie zu warten. Wir sind überzeugt davon, daß, wenn erst einmal in der ganzen Welt die aktive Teilnahme am Wiederaufbau Palästinas eingesetzt haben wird, auch im deutschen Judentum zahlreiche Menschen, insbesondere der jungen Generation, Verständnis für unsere Forderungen und für die Einheitlichkeit alles jüdischen Lebens gewinnen werden. Das wird dann der geeignete Zeitpunkt sein, um den Kongreßgedanken, der in Amerika zu so erfreulichen politischen Ergebnissen geführt hat, zu verwirklichen.

...

[126]
DAS PROGRAMM DES „HAPOEL HAZAIR"
[ENDE JUNI 1920]
CZA, A 102/12/12

An die Delegierten! [1]

Die Chawerim des Hapoel-Hazair unter den Delegierten haben sich zur wirksamen Vertretung ihrer Ziele zu einer Fraktion „Hapoel-Hazair" zusammengeschlossen. [2] Das Programm der Fraktion entspricht den folgenden bereits in Nr. 36 der „Jüdischen Rundschau" abgedruckten Leitsätzen:

I. Zur Jahreskonferenz.

Die wichtigste Aufgabe des Delegiertentages ist die Vorbereitung der Jahreskonferenz [3], die für den Aufbau Palästinas entscheidende Bedeutung hat.

Die deutsche Delegation soll auf der Jahreskonferenz folgende Forderungen vertreten:

a) Schaffung einer freien Gesellschaft selbstarbeitender jüdischer Menschen, mit Ausschluß jeglicher Ausbeutung, Unterdrückung und Entrechtung politischer oder wirtschaftlicher Art, zunächst vor allem durch Verhinderung privatwirtschaftlicher Monopole an lebenswichtigen Gütern, deren Genuß der ganzen Nation offen stehen muß. – Daher muß vor allem der Boden und die Bodenschätze Eigentum der Volksgesamtheit sein. Erforderliche Maßnahmen sind: großzügiger Ausbau des Nationalfonds, Förderung der Genossen-

---

[1] Gemeint sind die Delegierten des XVI. Delegiertentags der ZVfD, der vom 20. bis 25. Juni 1920 in Berlin tagte.

[2] Zionistische volkssozialistische Partei „Hapoel Hazair" (hebr.: Der junge Arbeiter), eine jüdisch-sozialistische, nicht-marxistische Arbeiterpartei, die 1906 in Palästina entstanden war. Der „Hapoel Hazair" wollte den durch die Bedingungen der Diaspora von der Landarbeit entfremdeten jüdischen Arbeiter als Bauern in Palästina ansiedeln, um ihn durch diese „Eroberung der Arbeit" moralisch und geistig zu erneuern und im Land zu verwurzeln. Die Bewegung kämpfte für die Hebraisierung des jüdischen Lebens in Palästina. Seit 1920 bildete die Partei einen Bestandteil des sozialistisch-zionistischen Weltverbandes „Hitachdut", der unter ihrem Einfluß entstanden war.

Nach dem Vorbild der palästinensischen Partei war die Bewegung seit Oktober 1917 in Deutschland tätig. Zu den führenden Mitgliedern des „Hapoel Hazair" in Deutschland gehörten Viktor Chaim Arlosoroff, Robert Weltsch, Georg Landauer und für kurze Zeit auch Kurt Blumenfeld. Der „Hapoel Hazair" übte einen starken Einfluß auf das geistige Leben des deutschen Zionismus aus.

Vgl. Die Arbeit, Organ der zionistischen volkssozialistischen Partei Hapoel Hazair. Die erste Nummer erschien am 15. Januar 1919. Siehe *Baruch Ben-Avram*, „Hapoel Hazair" ... (1917–1920), (hebr.) in: Zionism, Bd. IV, Tel Aviv 1981.

[3] Londoner Jahreskonferenz, 7.–22. Juli 1920, die erste größere internationale Tagung der Zionistischen Weltorganisation nach dem XI. Zionistenkongreß (Wien 1913), an der 280 Delegierte aus 40 verschiedenen Ländern teilnahmen.

schaften, Schaffung eines Netzes von Arbeitersiedlungen, Arbeitsbank, Heranziehung der Vertreter der Arbeiterschaft zu allen zionistischen Institutionen, Unterwerfung des Privatkapitals unter einschränkende Bestimmungen.

b) Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten einer lebendigen hebräischen Kultur, die allen Volksgliedern gleichmäßig zugänglich sein muß.

c) Führung der zionistischen Politik auf breiter Grundlage von Volk zu Volk, Herstellung des Kontaktes zwischen zionistischer Leitung und jüdischen Massen.

II. Nationale Propaganda.

Unbedingtes Festhalten an der nationalen Idee und Abweisung jeden Versuches, den eindeutig nationalen Charakter des Zionismus zu verwischen. Reinheit der nationalen Propaganda, insbesondere auch im Hinblick auf die Forderung der Verwirklichung des Zionismus im Leben jedes einzelnen, daher Erfüllung der jüdischen Massen und insbesondere der Jugend mit schaffensfreudiger, opferbereiter Pioniergesinnung, sowie mit dem Geiste der hebräischen Kultur, Verlebendigung der hebräischen Sprache auch im Galuth.

III. Arbeit in Deutschland.

Von der Z.V.f.D. fordert der Hapoel-Hazair insbesondere:

a) Umfassende Maßnahmen zur Förderung einer starken *Chaluzbewegung*, weitgehende Unterstützung aller auf die Einwanderung arbeitender Elemente nach Palästina gerichteten Bestrebungen, großzügige Vorbereitung der Chaluzim durch deren Heranbildung in landwirtschaftlichen und gewerblichen Berufen, Schaffung von Ämtern für Berufsberatung und Berufsumschichtung und Bereitstellung großer finanzieller Mittel hierfür.

b) Konstruktive soziale Arbeit in Deutschland, insbesondere unter den eingewanderten Ostjuden und an allen Stätten jüdischer Konzentration. – Das bedeutet grundsätzliche Abkehr von philanthropischen Hilfsmethoden, dagegen Förderung aller auf produktive Arbeit gerichteten Bestrebungen (Lehrkurse, Kooperativen, wirtschaftliche Selbsthilfe usw.). – Schaffung von sozialen Institutionen (Volksheime, Kinderheime, Beratungsstellen usw.) und Erziehung des Volkes in nationalem und sozialem Sinne.

c) Ernstliche Inangriffnahme der Hebraisierung und Schaffung eines modernen jüdischen Erziehungswesens im Rahmen der in Deutschland hierfür gegebenen Möglichkeiten.

Wir fordern sämtliche Delegierte, die auf dem Boden dieses Programms stehen, auf, sich zur Durchsetzung dieser Forderungen unserer Fraktion anzuschließen.

Die Fraktionssitzungen des „Hapoel-Hazair" werden durch das Präsidium bekanntgegeben.

[127]
PROGRAMM DER „JÜDISCHEN VOLKSPARTEI"
[JUNI 1920]
CZA, A 142/53/2

Die Jüdische Volkspartei erstrebt die Zusammenfassung aller auf die Erhaltung des Judentums gerichteten Kräfte innerhalb der Berliner jüdischen Gemeinde zu einer wahrhaften *Volksgemeinde.*

Programm der „Jüdischen Volkspartei"

I. Organisatorische Forderungen.

1. Allgemeines, gleiches, geheimes, direktes Wahlrecht für Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, nach dem Proportionalsystem für die Wahl zur Repräsentantenversammlung unter Beseitigung des bisherigen, von der Steuerzahlung abhängigen Wahlrechts.
2. Wahl der Vorstandsmitglieder und Stellvertreter des Vorstandes durch die Repräsentantenversammlung nach dem Stärkeverhältnis der in ihr vertretenen Richtungen.
3. Vermehrung der Zahl der Vorstandsmitglieder und Repräsentanten.
4. Alle Aufgaben der *Verwaltung* werden durch die Gemeindebehörden (Vorstand und Repräsentantenversammlung) erledigt.

Die *Kultusangelegenheiten* werden autonomen, im Anschluß an die Synagogen zu bildenden Gemeinden übertragen. In diesen Gemeinden tritt die Jüdische Volkspartei für die Erhaltung der hebräischen Gebetsprache ein und bekämpft die Assimilation im Kultus. Änderungen des Kultus und des Ritus bedürfen des übereinstimmenden Beschlusses der zuständigen Rabbiner und Gemeindemitglieder.

5. Einsetzung einer Ritualkommission als aufsichtführende und entscheidende Instanz für alle rituellen Einrichtungen der Gemeinde.
6. Einrichtung eines בית דין[1].
7. Faktische Durchführung der gesetzlich gewährleisteten Gleichstellung der ausländischen Juden innerhalb der Gemeinde.

II. Kulturelle Forderungen.

1. Erhaltung des Sabbaths; Sabbathruhe in allen Anstalten und Einrichtungen der Gemeinde.
2. Errichtung jüdischer Kindergärten; jüdischer Volks-, Mittel- und höherer Schulen, in denen neben dem hebräischen Schrifttum Hebräisch auch als lebende Sprache gelehrt wird.

---

[1] Bet Din (hebr.: Gerichtshof), ein aus autorisierten Rabbinern zusammengesetztes Gremium für religionsgesetzliche Entscheidungen.

3. Errichtung einer jüdischen Volkshochschule und anderer Erziehungsanstalten zur Fortbildung der schulentlassenen Jugend und der Erwachsenen; Gründung jüdischer Volkslesehallen und Bibliotheken.
4. Intensive Unterstützung der auf die Förderung der Wissenschaft vom Judentum gerichteten Bestrebungen.
5. Schaffung von Fortbildungsmöglichkeiten für den aus dem Osten stammenden Teil der Gemeinde.

III. Soziale Forderungen.

1. Erfüllung aller der öffentlichen Wohlfahrt dienenden Gemeindeeinrichtungen mit wahrhaft jüdisch-sozialer Gesinnung.
2. Sozial-politische Maßnahmen für jüdische Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Kleingewerbetreibende; Errichtung eines Wohlfahrtsamts zur Centralisation der vorhandenen Einrichtungen; Gründung jüdischer Kassen, Spareinrichtungen, Genossenschaften, Arbeitsnachweisen, Volksspeisehallen, Herbergen und ähnlicher Einrichtungen; Wohnungspflege, Pflegschaftswesen in der Armenfürsorge, planmäßige Verteilung der Stiftungsmittel nach volkserhaltenden Grundsätzen.
3. Umfassende Fürsorge für Durch- und Auswanderer unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der aus dem Osten kommenden Juden. Anteilnahme an der Regelung der Emigration.
4. Schaffung eines Volks- und Vereinshauses.
5. Errichtung eines Jugendamts, das alle erforderlichen Maßnahmen zur Ertüchtigung der Jugend durchzuführen vermag (Jugend- und Landheime, Turn- und Gartenbauunterricht, Berufsberatung u.s.w.).
6. Bevölkerungspolitische Maßnahmen, wie Mutter- und Säuglingsschutz, Frühehekassen u.s.w.
7. Unabhängigkeit für sämtliche Gemeindebeamte durch lebenslängliche Anstellung nach angemessener Probezeit und Gewährung einer auskömmlichen Besoldung. Schaffung eines Beamtendisziplinarrechts, Mitwirkung der Beamten in allen ihr Interesse betreffenden Fragen.

IV. Politische Forderungen

1. Beseitigung des Judengesetzes vom 23. Juli 1847 und Einflußnahme auf gesetzliche Neuregelung der jüdischen Verhältnisse in Preußen[2], die eine gedeihliche Entwickelung der Gemeinden ermöglicht.
2. Anteilnahme an allen die jüdische Gesamtheit bewegenden Fragen, insbesondere am Aufbau von *Erez Israel.*

---

[2] Nach dem Grundsatz, daß „Religion und Nationalität im Judentum bis zu dem Grade eine untrennbare Einheit darstellen, daß jede Regelung fehlgehen müsse, die dieser Tatsache nicht Rechnung trage“. Vgl. Jüdisches Lexikon, Bd. III, 431.

[128]
Wahlerfolg der „Jüdischen Volkspartei“
[ENDE JUNI/ANFANG JULI 1920]
CZA, Z 4/1080

Die Wahlen zur Repräsentanz der Jüdischen Gemeinde in Berlin

Sonntag, den 20. Juni hat in Berlin die Wahl zur Jüdischen Gemeinde stattgefunden, die zum ersten Mal auf Grund des Proportionalwahlrechtes[1] vor sich gegangen ist. In der Repräsentanz der Jüdischen Gemeinde waren bisher auf Grund eines reaktionären Wahlrechts bloß die Liberalen vertreten, welche eine streng antizionistische und undemokratische Politik in allen jüdischen Angelegenheiten verfolgten. An den Wahlen beteiligten sich diesmal auf der einen Seite eine liberal-konservative Koalition, auf der anderen Seite die zionistisch-jüdische Volkspartei. Die Wahlen haben mit einem großen Erfolg der zionistischen jüdischen Volkspartei geendet. Der liberal-konservative Block gewann 8 Mandate und 4 Stellvertreter, die zionistische jüdische Volkspartei 4 Mandate und 2 Stellvertreter. Die ersten 6 Namen der Liste der zionistischen jüdischen Volkspartei sind: Dr. Alfred Klee, Prof. Dr. Heinrich Loewe, Dr. Abraham Löb, Max Lewit, Dr. Gustav Witkowsky, Gustav Loesser. Die Poale Zion, welche als ihren Führer den bekannten sozialistischen Abgeordneten Dr. Oskar Kohn[2] kandidierte, erhielten kein Mandat.[3] Zum ersten Mal werden die Zionisten nunmehr in der größten jüdischen Gemeinde Deutschlands vertreten sein, in welcher ein Fünftel des deutschen Judentums wohnt. Der Erfolg ist für die künftige Entwicklung des deutschen Judentums von großer Bedeutung.

---

[1] Ein Streitpunkt zwischen der JVP und den Liberalen war das Wahlsystem bei den Gemeindewahlen. Die JVP trat für das Proportional- oder Verhältniswahlrecht ein, die Liberalen für die Listenwahl. Das Listenwahlsystem war üblich gewesen und sicherte den Liberalen die Majorität im Gemeindevorstand. Nach diesem System mußte jede Partei eine Liste von Kandidaten aufstellen; die Liste, die die meisten Stimmen bekam, brachte alle ihre Kandidaten in den Vorstand. Die JVP bekämpfte dieses System, das eine Vertretung kleinerer Gruppen oder die Wahl eines Einzelkandidaten verhinderte.

[2] Oskar Cohn (1869–1936). Sozialdemokrat, Mitglied des Reichstags von 1912 bis 1918 und von 1921–1924. War in verschiedenen jüdischen Organisationen tätig, führendes Mitglied der deutschen „Poale Zion“. Setzte sich für die Rechte der Ostjuden in Deutschland in der Kriegs- und Nachkriegszeit ein. Vgl. *S. Adler Rudel*, aaO.

[3] Zur Wahl standen 12 Vertreter und 7 Stellvertreter. Die Repräsentanz der Gemeinde bestand aus insgesamt 21 Vertretern und 10 Stellvertretern.

[129]
PROGRAMM DES „HERZL-BUNDES“
8. JULI 1920
CZA, Z 4/32

Das Präsidium des Herzl-Bundes

Berlin, den 8. Juli 1920
Gr. Präsidenten-Str. 2

An das
Aktions-Komitee der Zionistischen Organisation
Wirtschaftsdepartement,
London

Sehr geehrte Herren!

Wir erlauben uns, Ihnen folgendes zu unterbreiten:

Der Herzl-Bund ist eine Jugendorganisation derjenigen Zionisten, die in praktisch wirtschaftlichen Berufen tätig sind.[1] Der vor einigen Tagen stattgehabte diesjährige Bundestag des Herzl-Bundes hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, welche von der Intention getragen sind, diese berufliche Zusammensetzung seiner Mitglieder in den Dienst der Palästinaidee zu stellen. Wir überreichen Ihnen in der Anlage den Wortlaut unserer Tendenzresolution mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme. Wie Sie aus derselben ersehen, streben wir danach, unseren Mitgliedern eine solche praktische Ausbildung zu geben, daß sie jeder Zeit in der Lage sind, einen beliebigen Posten innerhalb eines Wirtschaftsbetriebes in Palästina zu übernehmen. Wir sind uns dessen bewußt, daß der Aufbau Palästinas nicht nur von der Möglichkeit der Kapitalbeschaffung, sondern auch von der Bereitstellung geeigneter Menschenkräfte abhängig ist. Während nun für die berufliche Vorbereitung derjenigen westeuropäischen jungen Zionisten, die zur Landarbeit übergehen wollen, seit Jahren systematisch Einrichtungen geschaffen werden, hat man die Frage, in wie weit wir in der Lage sind, auch für das Wirtschaftsleben, ausreichend geschulte Kräfte bereitzustellen, bisher völlig ignoriert und sich damit beru-

[1] Die Grundlage des „Herzl-Bundes“ bildeten die „Herzl-Clubs“. Der erste entstand Anfang 1907 in Berlin. Hier wurde der Versuch gemacht, junge Kaufleute in einer eigenen Organisation zusammenzufassen, um ihnen eine gründliche zionistische Ausbildung zuteil werden zu lassen. Auf gleicher Grundlage waren in Hamburg und Halberstadt „Herzl-Clubs“ entstanden, die sich Ende 1912 im Kartell des „Herzl-Bundes“ zusammenschlossen.

Vgl. *Max Kober*, Programmatisches und Methodisches über den Herzl-Bund, in: Der Jüdische Wille, I. Jg., April 1918–April 1919, S. 259–262; *Walter Goldstein*, Chronik des Herzl-Bundes 1912–1962. Die Geschichte einer Zions-Sehnsucht, Tel Aviv 1962.

higt, daß das jüdische Volk ja ohnehin genügend kaufmännische und industrielle Begabung besitze – Letzteres scheint uns aber ein gefahrvoller Optimismus zu sein. Zunächst ist es überhaupt zweifelhaft, ob wir in den Reihen der Zionisten eine genügende Anzahl kaufmännisch und industriell geschulter Kräfte besitzen werden und ob wir nicht aus Mangel an solchen Kräften die wirtschaftliche Erschließung nichtzionistischen Kreisen werden überlassen müssen. Zweitens aber erscheint es uns gerade aus allen den erzieherischen und national ethischen Gründen heraus, deren Aufzählung wir uns wohl ersparen dürfen, für unbedingt erforderlich, auch auf diejenigen Zionisten, welche tatsächlich sich drüben kaufmännisch oder industriell betätigen wollen, einen erzieherischen Einfluß auszuüben. Wir brauchen nicht nur tüchtige kaufmännische, bzw. industrielle Kräfte, sondern wir brauchen einen ganz bestimmten Typus, wir brauchen den Typus des Wirtschaftspioniers, der unter Zurückstellung seiner Privatinteressen seine ganzen ökonomischen Kräfte in den Dienst des gesamten Ganzen zu stellen bereit ist.

...

mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß

Das Präsidium des Herzl-Bundes
i. A.: Heinrich Margulies [2]

Tendenzresolution
(Margulies)

Der H. B. ist aufgebaut auf der Idee der nationalen Verpflichtung. Die Zugehörigkeit zum H. B. setzt den verantwortungsvollen Willen voraus, sich als Einzelner jederzeit dem nationalen Gesamtinteresse unterzuordnen und einzufügen.

Der H. B. als Organisation von Juden, die sich prakt[isch] in den wirtschaftlichen Berufen befinden, betrachtet es als eine der hervorragendsten Aufgaben, eine Generation von wirtschaftlichen Pionieren heranzubilden, welche den Erfordernissen des Landes und derjenigen Institutionen, die seitens der zionistischen Organisation zum Zwecke der wirtschaftlichen Erschließung Palästinas ins Leben gerufen werden, jederzeit voll zu entsprechen befähigt sind, und deren nationale wie soziale Gesinnung die Gewähr dafür geben, daß im neuen Palästina auch auf diesen Gebieten die Privatinteressen den Gesamtinteressen untergeordnet werden.

---

[2] Heinrich Margulies (geb. 1890). Nationalökonom und zionistischer Publizist. Redakteur der zionistischen „Wiener Morgenzeitung". Seit 1925 in Israel. Jahrelang einer der Direktoren der „Bank Leumi Le-Israel".

[130]
DIE ANFÄNGE DER „KEREN HAJESSOD"-ARBEIT IN DEUTSCHLAND
7. SEPTEMBER 1920

Jüdische Rundschau

XXV. Jg., Nr. 62, 7. September 1920, S. 483

Die deutschen Zionisten für den Keren hajessod

Die Sitzung des Landesvorstandes (Geschäftsführender Ausschuß und Zentralkomitee[1]) der Z.V.f.D., die am Sonntag, den 5. d. M. tagte und an der ca. 30 Mitglieder teilnahmen, hat nach eingehender Diskussion über die Londoner Jahreskonferenz und über Keren hajessod folgenden Beschluß *einstimmig* angenommen:

„Der Landesvorstand begrüßt die von der Londoner Jahreskonferenz beschlossene Schaffung des Keren hajessod. Er *verpflichtet alle deutschen Zionisten*, zu diesem Fonds in der Regel *10 % des Vermögens*, die gleichfalls in fünf Jahresraten gezahlt werden können, beizusteuern. Die Aufbringung dieser *zionistischen* Beiträge für den Keren hajessod soll unverzüglich beginnen.

Der Geschäftsführende Ausschuß wird beauftragt, die nötigen Schritte zu tun, um ein Zusammenwirken mit den nichtzionistischen jüdischen Kreisen

---

* „Keren Hajessod" (KH) ist eine Institution, die allen Juden Gelegenheit geben will, am Aufbau des neuen jüdischen Palästina materiell und ideell mitzuwirken. Aus den von ihm aufgebrachten Mitteln sollen alle grundlegenden Ausgaben für den Aufbau der jüdischen Heimstätte in Palästina bestritten werden, insbesondere die Kosten der Einwanderung, der Vorbereitung der Kolonisation, der Erziehung, der Kultur und des Gesundheitswesens, soweit diese nicht von der Regierung Palästinas getragen werden. Unmittelbar nach der Londoner Jahreskonferenz wurde auch in Deutschland die Vorbereitungsarbeit für den „Keren Hajessod" aufgenommen. Es galt von vornherein, ihm eine möglichst breite Grundlage zu geben und seinen Rahmen über den Kreis der organisierten Zionisten hinaus zu erweitern. Am 21. Februar 1922 fand die Gründungsversammlung des „Keren Hajessod" in Berlin statt. Führende Zionisten und Nichtzionisten wie Oskar Wassermann, Eugen Landau, Arthur Hantke und Kurt Blumenfeld fanden sich zusammen, um dieses Werk zu schaffen. Vgl. *Michael Traub*, Der Keren Hajessod in Deutschland, in: Jüdische Rundschau, Nr. 31/32, 17. April 1935.

[1] Auf dem XVI. Delegiertentag (1920) wurde beschlossen, die Leitung der ZVfD in die Hände des GA zu legen. Dem GA zur Seite stand als überwachendes und beratendes Organ das Zentralkomitee. GA und Zentralkomitee bildeten den Landesvorstand. Der Delegiertentag in Erfurt (1926) setzte anstelle des Zentralkomitees den Landesvorstand. Das Zentralkomitee (bestehend aus dem GA, dem Landesvorstand und zusätzlichen Mitgliedern) wurde offiziell nicht aufgelöst, sondern sollte in den Jahren zusammentreten, in denen kein Delegiertentag stattfand.

auf dem Boden der Keren hajessod-Arbeit herbeizuführen. Die Gründung eines zentralen, aus Zionisten und Nichtzionisten bestehenden Komitees des Keren hajessod für Deutschland, sowie entsprechender lokaler Komitees ist anzustreben.

Die Sammlung soll im wesentlichen durch persönliche Erfassung einer möglichst großen Anzahl deutscher Juden durchgeführt werden. Der Landesvorstand richtet an alle für diese Sammeltätigkeit geeigneten deutschen Zionisten die Aufforderung, sich für die Durchführung dieser Sammlungen während eines bestimmten Zeitraumes mit ihrer ganzen Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen."

Nach der Sitzung wurde bei der ersten Zeichnung von 18 der anwesenden Herren ein Betrag von zirka 750 000 Mark subskribiert. Ferner stellten sich 20 Herren für verschiedene Zeitdauer (bis zu einem Jahr) zum freiwilligen Dienst für die Sammelarbeit zur Verfügung. Ein näherer Bericht wird folgen.

[131]
Aufforderung zur Zahlung der Zionistensteuer
12. NOVEMBER 1920

Jüdische Rundschau

XXV. Jg., Nr. 80, 12. November 1920, S. 603

An die zionistischen Ortsgruppen

Gesinnungsgenossen!

Der deutsche Zionismus wird in diesen Wochen und Monaten auf eine entscheidende Probe gestellt. Von Erez-Israel, von der Leitung der Zionistischen Weltorganisation werden Opfer nie gekannter Größe für die Grundlegung des neuen Siedlungswerkes in Palästina gefordert. Alle Arbeitsenergie soll in der nächsten Zeit auf die Aufbringung des Keren hajessod (Palästina-Grundfonds) gerichtet werden. Im Bewußtsein ernster Verantwortung haben wir begonnen, den Londoner Beschluß mit unbedingter Bereitschaft in die Tat umzusetzen. Und die Erfolge werden bereits sichtbar. Überall erweisen deutsche Zionisten, daß sie bereit sind, wesentliche Teile von Einkommen und Vermögen dem Aufbauwerk in Erez-Israel anzuvertrauen.

Wenn wir jetzt an eine andere dringende Aufgabe erinnern, bleibt diese gegenwärtig wichtigste *Palästina-Verpflichtung* unberührt.

Aber über den gewaltigen Forderungen Erez-Israels dürfen die ungleich geringeren unserer deutschen Landesorganisation nicht vergessen werden.

Die für den Keren hajessod aufgebrachten Summen müssen ausschließlich dem Siedlungswerk in Palästina zugute kommen. *Daher müssen für die Erfüllung unserer zionistischen Aufgaben in Deutschland selbst besondere Mittel zur Verfügung stehen.* Und diese Aufgaben sind nach wie vor umfangreich! Die Organisation muß ausgebaut, die Propaganda muß gestärkt werden. Die notwendige Förderung unserer Kulturbestrebungen, vor allem der *hebräischen Sprachbewegung*, erfordert in stets steigendem Maße die Bereitstellung beträchtlicher Mittel; nicht minder die unabweisbare Pflicht zu aktiver Mitwirkung an der *sozialen Arbeit*, vor allem auf dem Gebiet der ostjüdischen Flüchtlingsfürsorge. Auch für den vom Delegiertentag beschlossenen Aufbau eines leistungsfähigen *Palästina-Amtes* und für die Unterstützung unserer in der palästinensischen *Berufsvorbereitung* stehenden Jugend müssen ausreichende Beträge verfügbar sein.

Das finanzielle Instrument zur Durchführung dieses Arbeitsprogramms ist die

Zionisten-Steuer.

Vom vorletzten Delegiertag beschlossen, hat diese auf freiwilliger Selbsteinschätzung beruhende Steuer trotz anerkennenswerter Bemühungen einzelner Gruppen noch immer nicht die Mittel sichergestellt, ohne die eine starke aktive innere und äußere Arbeit des Geschäftsführenden Ausschusses undenkbar ist. – Wir richten daher die Mahnung an alle Ortsgruppen, in Ausführung eines einstimmig gefaßten Beschlusses des letzten XVI. Delegiertentages bei der gegenwärtigen erhöhten Anspannung aller zionistischen Energien auch die Aktion für die Zionistensteuer mit gesteigerter Kraft fortzuführen. Neue Gesinnungsgenossen müssen der Steuer verpflichtet, säumige Zahler an ihre Pflicht erinnert werden. Diese Aktion kann und muß, wie auch an dieser Stelle nochmals wiederholt sei, mit der Propaganda für die Keren hajessod-Leistungen der Zionisten verbunden werden.

Grundsatz sei:

Jeder Zionist, der seine Zeichnung für den Keren hajessod festsetzt, soll sich gleichzeitig zur alljährlichen Zahlung einer vergleichsweise wesentlich geringeren, aber den Aufgaben entsprechenden Summe als Zionistensteuer verpflichten.[1]

Wir ersuchen die Ortsgruppen und Gesinnungsgenossen dringend, diesen Grundsatz mit aller Energie durchzuführen. Die gegenwärtige Finanzlage der

---

[1] Vgl. Maasser-Ordnung für die Zionisten in Deutschland, CZA, A 142/43. Keine andere zionistische Landesorganisation bestand so entschieden wie die ZVfD darauf, daß ihre Mitglieder den „Zehnten" (Maasser) für den Palästina-Aufbau zahlten.

Zionistischen Vereinigung für Deutschland und die Zukunft der zionistischen Arbeit in Deutschland erfordern seine ernsteste Beachtung.

Der Geschäftsführende Ausschuß
der
Zionistischen Vereinigung für Deutschland
Dr. Klee *Rosenblüth*

Berger, Blumenfeld, Boschwitz[2], Kober[3], Dr. Siegfried Moses[4], Dr. Walter Moses, Dr. Rosenberg, Dr. Strauß[5], Trietsch, Prof. Dr. Weil[6], Dr. Weltsch[7], Wollsteiner

[132]
VORSCHLAG ZUR STÄRKUNG DER POSITION DER ZVfD IN DEUTSCHLAND
24. DEZEMBER 1920
CZA, Z 4/436

Zionistische Vereinigung für Deutschland
Berlin W.15 Sächsische Straße 8

Berlin, den 24. 12. 1920

An die
Exekutive der Zionist-Organisation
Zentral-Office,
London
Great Russel[l]street 77

Sehr geehrte Herren Gesinnungsgenossen!

Wir wünschen Ihre Aufmerksamkeit auf einen Umstand zu lenken, der nach unserer Überzeugung die ernsteste Beachtung verdient. Die Artikel der

---

[2] Isaak Boschwitz (1874–1955), einer der ältesten deutschen Zionisten, der u. a. Arthur Ruppin für die zionistische Bewegung gewann.

[3] Max J. Kober (1885–1962), Breslau-Berlin, aktiver Zionist.

[4] Siegfried Moses (1887–1974). Rechtsanwalt, zionistischer Führer. War von 1923 bis 1929 geschäftsführender Direktor der Schocken-Warenhäuser in Zwickau. 1933 bis 1937 Vorsitzender der ZVfD. Ließ sich 1937 in Palästina nieder und war von 1939–1949 Direktor der „Haavara". Wurde 1949 zum ersten Staatskontrolleur Israels ernannt und bekleidete diesen Posten bis 1961. Mitbegründer der „Progressiven Partei" in Israel, Präsident des IOME und des LBI.

[5] Max Strauß. Arzt. Mitglied des KJV.

[6] Gotthold Weil (1882–1960). Professor für nachbiblische jüdische Geschichte; nach seiner Einwanderung in Palästina Leiter der National- und Universitätsbibliothek Jerusalem.

[7] Robert Weltsch (geb. 1891). Autor und Journalist. Mitglied der Prager zionistischen Studentenverbindung „Bar Kochba". Von 1919 bis zu seiner Auswanderung nach Palästina 1938 Redakteur der „Jüdischen Rundschau". In dieser Eigenschaft übte er großen Einfluß auf die zionistische Bewegung in Deutschland und in der Welt aus. Während der Zeit des englischen Mandats gehörte Weltsch zu denen, die die Er-

Morning-Post werden allmählich auch in der deutschen Presse bemerkt. So ist neuerdings von einer Berliner Zeitung eine Notiz der Morning-Post über die Gründung des Keren Hajessod zitiert worden. In diesem Zusammenhange erwähnt das Berliner Blatt unter anderem folgendes: „Übrigens sollen von deutschen Juden bereits 7½ Millionen Pfund für das Unternehmen gezeichnet sein."

Der unterzeichnete Geschäftsführende Ausschuß hat sich bereits seit längerer Zeit mit der Frage beschäftigt, welche Schritte unternommen werden sollten, falls die Keren Hajessod-Aktion in Deutschland auf den Widerstand antisemitischer oder nationalistischer, vielleicht aber auch anderer politischer Kreise stoßen sollte, die etwa Protest dagegen erheben könnten, daß angesichts der Wiederaufbauschwierigkeiten in Deutschland selbst irgendwelche Gelder aus Deutschland für ein „englisches Kolonialunternehmen" oder für das „zionistische Abenteuer" herausgeschafft werden. Es muß durchaus damit gerechnet werden, daß derartige Angriffe in der Form von Pressenotizen oder in der Form von Parlamentsanfragen in der nächsten Zeit auftauchen. Unter diesen Umständen hat der Geschäftsführende Ausschuß der Zionistischen Vereinigung für Deutschland die Frage erwogen, durch welche Gegenmaßnahmen dieser keineswegs zu unterschätzenden Gefahr begegnet werden könnte.

Es ist klar, daß die Beziehungen zur deutschen Regierung und zu den politischen Parteien gefestigt, Verbindungen mit der Presse usw. hergestellt werden müßten. Bei einer Nachprüfung der z. Zt. bestehenden Beziehungen hat sich nun mit sehr großer Deutlichkeit ergeben, daß die Stellung der zionistischen Organisation gegenüber den Behörden seit Beendigung des Krieges an Sicherheit und Einfluß verloren hat. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte aber folgender sein: Während im Laufe des Krieges die zionistische Politik in Deutschland durch Persönlichkeiten nach außen hin vertreten werden konnte, die als Repräsentanten der zionistischen Weltorganisation auftraten – (und die daher den deutschen Behörden gegenüber immer wieder erklären konnten, daß sie nicht nur die Interessen der an Zahl ja nicht sehr bedeutsamen, jedenfalls anderen jüdischen Organisationen in Deutschland numerisch unterlegenen inländischen Organisationen verträten, sondern die Angelegenheiten einer großen internationalen Organisation mit weit verzweigten interterritorialen Beziehungen wahrnähmen) – sind wir z. Zt. nicht in der Lage, uns auf eine derartige Position stützen zu können. Wir würden es daher für zweckmäßig halten, wenn die Exekutive einen dauernd in Berlin ansässigen Gesinnungsgenossen ermächtigen würde, die Interessen der zionistischen Weltorganisation gegenüber den Behörden zu vertreten. Es genügt hierzu u. E. durchaus, daß diese Vollmacht lediglich dem betreffenden Gesinnungsgenossen gegen-

---

richtung eines bi-nationalen jüdisch-arabischen Staates befürworteten. War viele Jahre lang Londoner Korrespondent des „Haaretz". Mitbegründer des LBI und ab 1955 Redakteur des „Year Book" des LBI.

über ausgestellt wird, sodaß er aber bei Unterhandlungen mit vollem Recht behaupten darf, daß er namens der zionistischen Weltorganisation auftrete. Daß beispielsweise bei der Abwehr etwa auftauchender allgemeiner Angriffe gegen die Keren Hajessod-Aktion in Deutschland durch einen mit einer Vollmacht der Exekutive versehenen Repräsentanten der zionistischen Gesamtinteressen die Keren Hajessod-Interessen ungleich wirksamer wahrgenommen werden könnten, als ausschließlich durch eine Aktion der Zionistischen Vereinigung für Deutschland selbst, bedarf keiner näheren Begründung. Selbstverständlich werden auch wir die bereits bestehenden Beziehungen zu Behörden, Parteien usw. weiter auszubauen, und insbesondere in allen Angelegenheiten, die rein innerdeutsche Fragen berühren, nach außen hin nach wie vor allein aufzutreten haben. Aber wie die Durchführung der Keren Hajessod-Aktion, so gibt es noch andere, die Interessen der Zionistischen Weltorganisation berührende Fragen, z. B. Erleichterung des Exports nach Palästina, gewisse Emigrationsprobleme usw., bei deren Lösung die Bemühungen der Zionistischen Vereinigung für Deutschland durch einen Bevollmächtigten der Zionistischen Weltorganisation auf das wirksamste unterstützt werden könnten.

Der unterzeichnete Geschäftsführende Ausschuß ist der Ansicht, daß die Exekutive unserer Anregung, die übrigens vielleicht auch für andere Länder eine analoge Bedeutung gewinnen könnte, besonderes Interesse zuwenden sollte. Falls die Exekutive grundsätzlich damit einverstanden ist, einen Bevollmächtigten in Berlin zu ernennen, so würden wir uns erlauben, geeignete Personalvorschläge zu machen.

Wir glauben nämlich, daß Sie mit uns darin übereinstimmen werden, daß ein solcher Bevollmächtigter im Einverständnis mit der Zionistischen Vereinigung für Deutschland ernannt werden müßte.[1]

Wir verbleiben

mit bestem Zionsgruß
hochachtungsvoll
Geschäftsführender Ausschuß
der Zionistischen Vereinigung für Deutschland
Rosenblüth

---

[1] Dieser Vorschlag wurde von der Exekutive der Zionistischen Organisation nicht angenommen.

[133]
Erste Nummer der „Jüdischen Arbeiterstimme“
5. März 1921
CZA, Zeitschriftensammlung

Jüdische Arbeiterstimme
Organ der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation
Poale Zion in Deutschland
1. Jg., Nr. 1, Berlin, 5. März 1921, S. 1

Zum Geleit

„Die jüdische Arbeiterstimme“ ist das Organ der jüdischen Arbeiterschaft. Das klassenbewußte jüdische Proletariat wird in Deutschland zum ersten Mal hier seine Stimme erheben und seine Rechte fordern. Hier werden wir unser Programm vertreten, das sich aus der Erkenntnis der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Tendenzen jüdischen Lebens ergibt und von hier aus werden wir diese Ideen verbreiten.

Traurig ist die Lage des jüdischen Proletariats. Überfüllung der wenigen offenen Berufe, Arbeitslosigkeit, deren Ziffern weit die jedes anderen Volkes übersteigen, Luftmenschentum sind die Kennzeichen jüdischen Lebens. Das Eindringen der kapitalistischen Wirtschaftsform, der Krieg und seine Folgen,

---

* Nach dem ersten Weltkrieg nahm die Weltunion der „Poale Zion“ im Jahre 1919 ihre Tätigkeit in der Zionistischen Weltorganisation wieder auf. Anfang 1920 sandte die Weltunion eine Kommission nach Palästina, um einen Plan für den Aufbau des Landes nach sozialistischen Grundsätzen aufzustellen. Die Kommission konnte sich auf keinen gemeinsamen Bericht einigen; die Meinungsverschiedenheiten unter ihren Mitgliedern spiegelten die unterschiedlichen Ansichten der verschiedenen Parteien in der sozialistisch-zionistischen Weltunion wider. Die fünfte Konferenz der Weltunion, die im Juli 1920 in Wien tagte, sollte die Differenzen zwischen den Parteimitgliedern behandeln. Es kam zu einer Spaltung über die Frage des Beitritts zur Dritten (kommunistischen) Internationale und alle Versuche, den Bruch zu heilen, blieben erfolglos. Diejenigen, die gegen den Beitritt waren, behaupteten, daß die Dritte Internationale wahrscheinlich die unabhängige Entwicklung Erez Israels und die Bindungen zur Zionistischen Weltorganisation und zum jüdischen Volk hindern und stören würde. Sie waren überzeugt, daß nur schnelle, intensive Aufbauarbeit des jüdischen Volkes in Erez Israel das Überleben des Zionismus auch nach der erwarteten Weltrevolution sichern könne. Die Linke in der Weltunion widersetzte sich jeder Verbindung mit der Zionistischen Weltorganisation und war der Überzeugung, daß die einzige Aussicht auf Verwirklichung des Zionismus im Zusammenwirken mit der Weltrevolution liege. Der politisch rechts gerichtete Flügel beschloß, die praktische Aufbauarbeit in Erez Israel auf einer genossenschaftlichen Produktionsbasis in Angriff zu nehmen, die die Entwicklung und das Wachstum der jüdischen Arbeiterklasse sichern würde. Dies wurde die Hauptströmung in der zionistischen Arbeiterbewegung.

aber auch die revolutionären Ereignisse haben die Existenz des Volkes völlig erschüttert. Vor dem Abgrund der völligen Verelendung weist furchtbare ökonomische Not ihnen nur den Ausweg zum gewerblichen und großindustriellen Proletariat. Die wirtschaftliche Notwendigkeit zwingt auch die jüdischen Massen, diesen Weg zu gehen, den die Völker der westlichen Zivilisation schon vor ihnen gegangen sind. Wir wissen, daß innere und äußere Widerstände, die dem Schuldkonto der bisherigen Machthaber zur Last fallen, sich der Entwicklung einer jüdischen Arbeiterschaft entgegenstellen werden. Aber trotz allem sind Zehntausende diesen Weg gegangen und arbeiten als Landarbeiter in Palästina, als Bergleute und Fabrikarbeiter in den Ländern Amerikas und Europas. *Unsere Aufgabe wird es sein, allen Hemmungen zu begegnen, die politischen Schranken niederzureißen, die freie Entfaltung des jüdischen Proletariats zu fördern, ihm das Ziel zu weisen, ein starkes gleichberechtigtes Glied der internationalen Arbeiterschaft zu werden.*

... „Die jüdische Arbeiterstimme" wird das deutsche Proletariat über das Wesen der jüdischen Arbeiterschaft aufklären. Sie wird darauf hinweisen, daß alle Ausnahmegesetze und Verordnungen gegen die ausländische Arbeiterschaft letzten Endes gegen die deutsche Arbeiterschaft gerichtet sind. Die deutsche Arbeiterschaft muß unterrichtet werden, daß die Gesetzgebung gegen die jüdischen Arbeiter der Boden ist, von dem aus die deutsche Reaktion die Macht über die gesamte Arbeiterklasse weiter befestigen wird. „Die jüdische Arbeiterstimme" wird die großen deutschen proletarischen Organisationen und Gewerkschaften zu ihrer Pflicht gegenüber den jüdischen Arbeitern aufrufen.

...

... „Die jüdische Arbeiterstimme" wird die Wanderungen der Juden mit besonderer Anteilnahme verfolgen. Sie wird den Zusammenhang der jüdischen Arbeiterschaft in Deutschland mit dem jüdischen Proletariat aller Länder, besonders auch Palästinas fördern und pflegen. Mit gespanntester Aufmerksamkeit wird sie alles verfolgen, was drüben von der jüdischen Arbeiterschaft an neuen sozialistischen Formen, an neueren Formen des Klassenkampfes, geschaffen wird. Die sozialistische Öffentlichkeit wird sie auf die Ereignisse in Palästina und die Wichtigkeit des palästinensischen Problems hinweisen.

...

... „Die jüdische Arbeiterstimme" wird die jüdische Jugend Deutschlands aufrufen zu den Ideen der Poale Zion. Sie wird zeigen, daß auch die ökonomische Betrachtung der Gegenwart für den höchsten Idealismus Raum läßt. Sie wird auf die unübersehbaren Aufgaben im Osten, in Deutschland und überall hinweisen, die der jüdischen Jugend harren. Sie wird der jüdischen Jugend zeigen, daß ihr Platz an der Seite des kämpfenden, jüdischen Proletariats ist.

[134]
ÜBERSIEDLUNG NACH PALÄSTINA ALS ZIONISTISCHE FORDERUNG
[15.] MAI 1921

Jüdische Rundschau
XXVI. Jg., Nr. 39/40, 17. Mai 1921, S. 273–281

Der XVII. Delegiertentag[1]

. . .

Zionistische Arbeit in Deutschland
Referent *Felix Rosenblüth*:

. . .

Wir müssen Ernst machen mit dem Aufbau Palästinas. Eine solche ernste Aufbautat ist der Keren Hajessod mit seiner Forderung an jeden einzelnen, die zum erstenmal jeden Zionisten das Glück empfinden läßt, eine schwere Pflicht für Erez-Israel erfüllt zu haben. In dem Geschäftsbericht, der Ihnen gedruckt vorliegt, ist über die Ergebnisse der Aktion einiges Tatsächliche, aber auch über die Maasseridee[2] einiges Grundsätzliche ausgeführt worden, und ich kann auf diese Darlegungen verweisen. Aber ich will noch einiges hinzufügen. Der deutsche Zionismus leidet heute unter seiner Abgeschlossenheit gegen Palästina. Wäre seine organische Fortentwicklung, die vor dem Kriege zu einer starken Verlebendigung des Palästinagefühls geführt hatte, nicht durch die Wirtschaftskatastrophe des Deutschen Reiches unterbrochen worden, befänden wir uns heute in den Valutaverhältnissen unserer amerikanischen Gesinnungsgenossen, – kein Zweifel, daß wir eine starke Einwanderung deutscher Zionisten nach Palästina erleben würden. Daß dieser lebendige Zusammenhang mit Palästina so ungemein erschwert ist, ist sicher das wichtigste Moment, das die Stimmung im deutschen Zionismus in der letzten Zeit getrübt hatte. Wir haben vorläufig keine andere Wahl, als diese Stimmungen mit dem Aufgebot aller moralischen Energien zu bekämpfen. Und wir wollen erreichen, daß sich jeder deutsche Zionist wenigstens durch seine Keren Hajessod-Leistung, durch einen Akt schwerer Pflichterfüllung und aufrichtiger Hingabe mit dem werdenden jüdischen Leben in Palästina verknüpft fühlt . . .

Wir müssen Ernst machen mit unserem Zionismus, *und daher müssen wir unsere Jugend*, deren Übersiedlung einfacher zu ermöglichen und deren Ar-

[1] Der XVII. Delegiertentag fand vom 13.–16. Mai 1921 in Hannover statt.

[2] Die zionistische Jahreskonferenz von 1920, die den „Keren Hajessod" begründete, beschloß, die Mittel für ihn durch eine einmalige, große Aktion in Form einer Besteuerung der Juden aufzubringen, die sich über fünf Jahre erstrecken sollte. In Anlehnung an den biblischen „Maasser" sollte jeder Jude während dieser fünf Jahre sich eine Steuer von 10 % seines Einkommens und Vermögens für den Aufbau Palästinas auferlegen.

beitskraft leichter zu produktivieren ist als die der älteren, *im weitesten Ausmaße des Möglichen und Erreichbaren nach Palästina schicken.* Die Behandlung der Chaluzfrage, die im letzten Jahre umstritten war, bleibt ein entscheidendes Kriterium für den Ernst unserer Bewegung. Eine Freiheitsbewegung, deren Jugend so sorglich behütet wird, oder die sich selbst so gut bewahrt, daß sie selbst vor schweren notwendigen Opfern zurückschreckt, hat sowohl als sittliche wie als politische Macht zu existieren aufgehört. Der deutsche Zionismus muß die Jungen, die das Land mit ihrer Arbeit aufbauen, als die Vollstrecker seines ureigensten Willens betrachten und sich mit jedem von ihnen verbunden fühlen. Und die Jungen, die hingehen, müssen wissen, daß der deutsche Zionismus hinter ihnen steht, daß er sie als seine Avantgarde betrachtet, auf die er stolz ist. Alle die, die in der letzten Zeit nach längerem Aufenthalt aus Erez-Israel zurückgekehrt sind, bestätigen, daß dort überall deutsche Zionisten mit tüchtiger, fachlicher Ausbildung, mit Disziplin und sozialem Einordnungswillen gebraucht werden. Vielleicht wird der deutsche Zionismus seine größte Leistung vollbracht haben, wenn er Palästina einige tausend solcher im wahren Sinne des Wortes aufbauenden Menschen gegeben hat. Es wird daher unser ständiges Bemühen bleiben müssen, Ausbildungsmöglichkeiten für unsere Jugend zu schaffen, um sie für Palästina vorzubereiten. Die Organisation als solche kann für diese Zwecke, wie die Praxis bewiesen hat, nur beschränkte Mittel aufbringen. Aber sie muß die Initiative einzelner auf diesem Gebiete anregen. Denn nur dann werden die von privater Seite bereits geschaffenen Lehrstätten für Chaluzim aufrecht erhalten, ausgebaut und um weitere vermehrt werden, wenn auch diese praktischen Förderer des Chaluzgedankens sich mit dem Willen der Bewegung eins wissen. Darüber hinaus muß die Frage der Ansiedlung unserer Chaluzim nach einigen Arbeitsjahren ernst ins Auge gefaßt werden. Ich glaube, daß bereits der nächste Geschäftsführende Ausschuß den Plan einer Siedlung unserer Chaluzim studieren muß, für welche die nicht im Wege des Kredits zu beschaffenden Mittel in Deutschland aufzubringen wären.

...

[135]
VERFEHLTE ARABERPOLITIK
7. JUNI 1921

Jüdische Rundschau

XXVI. Jg., Nr. 45, 7. Juni 1921, S. 322–323

Die Lehren von Jaffa

Von *Georg Landauer*[1], Berlin

...

Die Nachrichten aus Palästina haben in manchen Kreisen niederschmetternd gewirkt und Ratlosigkeit hervorgerufen[2], noch verstärkt durch die sichtbaren Folgen der Einwanderungssperre, die in den Emigrationsländern in Erscheinung treten: Die große Zahl der wartenden, drängenden, ungehaltenen, zum Teil unterstützungsbedürftigen und vor eine ungewisse Zukunft gestellten Chaluzim, die nicht abfahren dürfen. Andere wieder zeigen gegenüber den Vorfällen in Palästina eine unverständliche Naivität und tun, als sei nichts geschehen, als seien einige Zwischenfälle vorgekommen, wie sie überall zu geschehen pflegen. Wir müssen demgegenüber die Geschehnisse und ihre Ursachen sachlich nachprüfen, um ihre Tragweite zu erkennen und aus den gemachten Fehlern zu lernen. Diese Fehler müssen rückhaltlos aufgedeckt werden, soll wirklich eine Besserung erfolgen.

...

Einer der verhängnisvollsten Fehler der bisherigen zionistischen Arbeit war die *verfehlte Araberpolitik*. Weder hat man das arabische Problem in seiner Schärfe begriffen, noch hat man eine sinnvolle Verständigungspolitik getrieben. Man glaubt, über den Araber und die arabische Bewegung einfach zur Tagesordnung übergehen zu können. Und man begreift nicht, daß keine Majorität in keinem Lande jemals ohne Widerstand zusehen kann, wie eine planmäßige Einwanderung in das Land sich vollzieht mit der Tendenz, die Ein-

---

[1] Georg Landauer (1895–1954). Zionistischer Führer. Mitbegründer des „Hapoel Hazair“ in Deutschland. Viele Jahre Mitglied des GA der ZVfD. 1926–1929 Sekretär des Arbeitsdepartments der zionistischen Exekutive in Jerusalem, ab 1929 Leiter des Palästina-Amtes in Berlin, übersiedelte 1934 nach Palästina und wurde Leiter des Zentralbüros für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina der Jewish Agency in Jerusalem; finanziell und organisatorisch verantwortlich für die Jugendalijah, Mitbegründer des IOME und Mitbegründer und Führer der Partei „Alijah Chadaschah“. Vgl. *Georg Landauer*, Der Zionismus im Wandel dreier Jahrzehnte, herausgegeben von *Max Kreutzberger*, Tel Aviv 1957.

[2] Am 1. Mai 1921 überfielen die Araber von Jaffa und den umliegenden Orten die unter ihnen lebenden Juden. Diese Überfälle dauerten etwa fünf Tage. 43 Juden wurden ermordet und 134 verwundet.

wanderer zur Majorität, zu den Herren des Landes zu machen. Man hat es nicht begriffen, daß die bei einer solchen Einwanderung zutage tretenden Gegensätze in Palästina, als ein durch nationale oder religiöse Tradition mehreren Völkern heiliges Land, in dem sich die Interessen verschiedener europäischer Staaten schneiden, besondere Schärfe annehmen mußten. Was hat man auf diesem Gebiet zum Ausgleich der Gegensätze und zur Anbahnung einer gegenseitigen Freundschaft getan? Wir haben in der Presse einige Male von Konferenzen gelesen, die zwischen Zionisten und arabischen Führern stattgefunden haben. Verständigungskonferenzen und noch so feierliche Reden und Versicherungen sind kein Weg, um die eben angedeuteten Gegensätze tatsächlich zu beseitigen. Hier kann nur die Schaffung neuer, beide Völker verbindender Lebensbedingungen von Nutzen sein. Aber die Verständigungskonferenzen waren auch gegenstandslos, da man im Lande selber überhaupt nicht verstanden hat, irgendein Verhältnis zu den Arabern zu gewinnen, überhaupt für überflüssig erachtete, sich mit ihren Bedürfnissen und ihren Zielen – wenigstens denen der Führer – überhaupt zu befassen. Nicht einmal die zionistische Öffentlichkeit hat man entsprechend aufgeklärt. In allen Kreisen herrscht eine gewaltige Unterschätzung des arabischen Problems, dessen Schwere nur dann manchem dämmert, wenn sie lesen, daß die Engländer und andere europäische Staaten es bei ihrer Orientpolitik und bei ihrer Palästinapolitik um einiges ernsthafter nehmen. Herbert Samuel[3] hat sich bemüht, einige Unterlassungssünden der zionistischen Führer auszugleichen. Aber er hat von unserer Seite keine Unterstützung hierbei gefunden.

...

Die Aufgabe Herbert Samuels in Palästina ist sehr schwer. Der arabischen Majorität und ihren Wünschen stehen jüdischerseits nur politische Forderungen gegenüber, die bestimmt nicht Gleichgewicht halten und Bevorzugung verlangen. Da hätte im Verlaufe des letzten Jahres von jüdischer Seite mehr geschehen müssen, um die zionistische Position zu verbreitern und zu stärken. Der Kolonisationsbericht über dieses letzte Jahr wird auf dem Kongreß sehr dürftig aussehen. Der Bericht der Reorganisationskommission läßt das bereits ahnen, aber ohnehin weiß das bereits die ganze zionistische Öffentlichkeit. Innerhalb der jüdischen Kolonisation muß mit den bisherigen verkehrten Prinzipien der Schaffung eines jüdischen Händlerkolonistenstaates mit arabischen Arbeitern gebrochen werden. Nach dem Überfall auf Petach-Tikwah[4] sollen die dortigen Kolonisten versichert haben, nun keine Araber mehr zu beschäftigen. Aus Chederah klang das schon zaghafter.[5] Wie wird

---

[3] Herbert Samuel (1870–1963). 1910–1916 Mitglied der englischen Regierung. Nahm aktiven Anteil am Zustandekommen der Balfour-Erklärung vom 2. November 1917. Erster High Commissioner für Palästina von 1920 bis 1925.

[4] Petach-Tikwa wurde von den Arabern am 5. Mai 1921 angegriffen, konnte sich aber, von englischen Truppen unterstützt, erfolgreich verteidigen. Vier Mitglieder der Kolonie wurden von den Angreifern getötet.

[5] Chedera wurde am 6. Mai 1921 von den Arabern angegriffen. Dieser Überfall

es tatsächlich werden? – Und der arabische Boykott in Jaffa hat dort auch jedem Denkenden gezeigt, daß die Juden im Lande endlich wirtschaftlich selbständig werden müssen. Jetzt aber sind wir noch weit davon ab. Es ist begreiflich, daß ein solcher Zustand auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist. Auf dem Wege der Forderungen kommen wir bereits jetzt nicht mehr weiter, wir erleben mit der Einwanderungssperre schon den ersten Rückschlag.[6] Die Lehren von Jaffa sind sehr deutlich. Je schwächer wir im Lande sind, um so mehr verringern wir den Wert des bereits Geschaffenen und erschüttern die Stellung derer, die wirklich mit ihrer ganzen Persönlichkeit, mit ihrem ganzen Einfluß für uns eingetreten sind. Die Aufgabe des Palästinaaufbaus ist uns nicht für immer freigegeben. Die Ereignisse haben bewiesen, daß unser Werk eilig ist, daß auf allen Gebieten des jüdischen Lebens im Lande mit größter Anstrengung zu arbeiten ist. Es ist bedauerlich, daß sich Weizmann in diesen schweren Tagen in Amerika aufhalten muß, um sich mit inneren Differenzen zu beschäftigen. Wir hoffen, daß es ihm wenigstens gelingen wird, dem Keren Hajessod zu einem großen Erfolge zu verhelfen und für die Zukunft die Einheit der dortigen Organisation wieder zu begründen. Die Gelder, die der Keren Hajessod zur Verfügung stellt, dürfen nicht thesauriert werden, sondern müssen *unverzüglich* für die Kolonisation verwendet werden. Die Arbeit an den Chausseen, den Kwischim muß infolge der Jahreszeit bald zu Ende gehen. Dann dürfen wir nicht vor einer Katastrophe durch Arbeitslosigkeit stehen, vielmehr müssen die Arbeiter schnellstens [zu] Kolonisationsarbeit übergeführt werden, und die Zionistische Organisation muß die öffentlichen Arbeiten in Zukunft mit eigenen Mitteln übernehmen können. Diese Umstände müssen auch die Alijah bestimmen.

Die Jaffaer Ereignisse haben gelehrt, daß sich die zionistische Exekutive wie der Jischuw energischer um eine Verständigung mit den Arabern zu bemühen hat, eine Politik, die allerdings – wie schon betont – nur von Erfolg begleitet sein kann, wenn sie durch die Einwanderung vollwertiger, produktiver Elemente ergänzt wird. Diese zu erziehen und auszubilden ist unsere vornehmste Aufgabe.

---

wurde ohne Opfer zurückgeschlagen, aber die Araber plünderten und verbrannten einen großen Teil des Besitzes der Kolonie.

[6] Am 6. Mai 1921 verkündeten die Engländer in Palästina eine zeitweilige Sperre jüdischer Einwanderung nach Palästina. Am 3. Juni 1921 bestätigte Herbert Samuel in einer öffentlichen Rede bis auf weiteres diese Politik.

[136]
PROGRAMM DES „BINJAN HAAREZ"
[JUNI] 1921

Mitteilungsblatt
des
Binjan Haarez

Zwanglos erscheinende Hefte
Herausgegeben vom Vorbereitenden Ausschuß der Zionistischen Föderation „Binjan Haarez"

I. Jg., Nr. 1, Berlin, 5681 Siwan, S. 2–3

Was will „Binjan Haarez"?

In dem Augenblick, in dem die zionistische Föderation „Binjan Haarez" an die verantwortungsvolle Aufgabe geht, ihre Organization auszubauen und, zunächst durch dieses Mitteilungsblatt, ihre Mitglieder enger zusammenzuschließen und neue Mitglieder zu werben, ist es Pflicht und Notwendigkeit, noch einmal auf den geistigen Gehalt und den historischen Werdegang der Binjan haarez-Bewegung einzugehen.

Der enthusiastische Jubel, mit dem von den Zionisten die Erklärung von San-Remo[1] begrüßt worden ist, hat bei den nichtzionistischen Juden aller Länder keineswegs das Echo gefunden, das bei der Bedeutung dieser Erklärung für das jüdische Volk erwartet werden mußte. Diese Tatsache hätte eine bittere Lehre für die zionistische Organisation sein können und hätte zu der

---

* Am 6. März 1921 beschloß in Berlin eine gut besuchte Versammlung die Gründung der Föderation „Binjan Haarez" (Aufbau des Landes). Ihre Initiatoren glaubten, die Gründe für den nach ihrer Meinung zu langsamen Fortschritt im Aufbau Palästinas darin zu finden, daß die Privatinitiative zu wenig Förderung erfahre, und die Aufbauarbeit durch sozialistische Elemente belastet sei. In den Galut-Ländern hindere eine zu starke Betonung des jüdischen Nationalimus und die Radikalisierung des zionistischen Gedankens den Anschluß aller derjenigen an die Zionistische Organisation, die durch die zionistische Entwicklung während des Weltkrieges wohl zu einer Anerkennung des Baseler Programms gekommen seien, aber für sich jeden jüdischen Nationalismus ablehnten. Der „Binjan Haarez" wandte sich gegen alle wirtschaftstheoretische oder ideologische Erschwerung des Aufbaus.

Vgl. Jüdische Rundschau, Nr. 21, 15. März 1921 und Nr. 23–24 vom 23. März 1921; Binjan Haarez an Gesinnungsgenossen, Mai 1921, CZA, A 15/VII/32; *Max Kollenscher*, Binjan Haarez [Aufbau des Landes], Berlin 1921; „Eine neue zionistische Föderation", CZA, A 15/VII/32.

[1] Sitzung des Obersten Rats der Pariser Friedenskonferenz vom 18.–26. April 1920 in San Remo, Italien. Am 24. April 1920 beschloß der Oberste Rat, daß die Balfour-Erklärung in den Friedensvertrag mit der Türkei aufzunehmen sei und übertrug England das Mandat für Palästina.

Erkenntnis führen müssen, daß die Methoden aus der Zeit der Kampfperiode des Zionismus eine so tiefe Kluft zwischen Zionisten und Nichtzionisten gerissen hatten, daß eine Überbrückung ein um so schwierigeres Werk werden mußte, je weniger man geneigt war, diese Methoden durch zweckdienlichere, sachlich und moralisch begründetere zu ersetzen. Insbesondere hatte sich in Deutschland allmählich der Zustand herausgebildet, daß jede irgendwoher angelesene Theorie in die zionistische Ideologie hin[ein]gearbeitet wurde und bei ihrer öffentlichen Vertretung durch offizielle Beamte der zionistischen Organisation infolge der schweigenden Duldung der Leitung der Eindruck erweckt werden mußte, als ob diese privaten Expektorationen der Meinungsausdruck der Zionisten sei.[2] Damit entfernte man sich immer weiter von der einzigen programmatischen Festlegung der zionistischen Weltorganisation, dem *Basler Programm* und machte die *politische Bewegung* des Zionismus, die eine Welt in Erschütterung hätte bringen können, durch Gesinnungsschnüffelei und moralische Verdächtigung jedes Andersdenkenden zur *Sache einer Sekte.*

Jahrelang haben wir unseren Zorn und unsere durch die Liebe zur Sache hervorgerufene Sorge damit beschwichtigt, daß wir uns sagten, der Augenblick, der ein Geschlecht des Handelns und nicht des Redens verlangte, würde notwendig zum Ausgangspunkt unserer Bewegung, dem Basler Programm zurückführen und den Schutt von der Quelle forträumen, aus der allein die Kraft der zionistischen Bewegung fließt.

Auch darin haben wir uns getäuscht. Schweigen war jetzt ein Vergehen gegen die Aufgabe, die in drohender Nähe sich riesengroß aufreckte. Die Zeit, in der wir uns das Vergnügen machen konnten, alle nichtzionistischen Juden vor den Kopf zu stoßen, war endgültig vorüber. Wir müssen den an sich selbstverständlichen Grundsatz proklamieren, daß der *Aufbau Palästinas* aus moralischen und materiellen Gründen nur *ein Werk der geeinten Judenheit der ganzen Welt* sein könne, daß wir *nicht* nur keinem Juden, aus welchem Grunde immer, die Mitarbeit verwehren dürfen, sondern ihnen *den Weg*, der zur tätigen Teilnahme an der Fülle der Aufgaben führt, *freizumachen* die Pflicht hätten. Denn der Aufbau Palästinas ist die einzige Aufgabe, die vom Zionismus, und damit von der gesamten Judenheit, schnellstens gelöst werden muß.

Deswegen muß auch gefordert werden, daß *keine wirtschaftstheoretischen oder ideologischen Erschwerungen* die Juden vom Aufbau unseres Landes fernhalten. Diese Bindungen werden von Gruppen gefordert, die die Befürchtung hegen, daß ohne sie der *nationale Charakter des Aufbauwerks* gefährdet würde. Man muß demgegenüber immer wieder betonen, daß derjenige, der an das jüdische Volk und seine nationalen Kräfte glaubt, auch gar nicht daran zweifeln kann, daß *Palästina jüdisch werden wird, wenn* es nur gelingt, *die jüdischen Menschen ins Land* zu bringen. Deswegen muß jeder, der in Palä-

[2] Gemeint sind die Theorien Kurt Blumenfelds.

stina arbeiten will, auch willkommen sein, mag er sozialistische oder privatwirtschaftliche Voraussetzungen mit ins Land bringen. Nur das eine muß verlangt werden, daß *nicht sozialistische oder kapitalistische Gesinnung, sondern das Jüdische das Primäre ist.*

Nun wissen wir sehr gut, daß neben Palästina die Diaspora bestehen bleiben wird. Sie wird von Palästina ihre entscheidende Beeinflussung erhalten. Aber auch Palästina kann nicht ohne die ständige und mit seinem Blühen immer stärker hervortretende Wirkung von seiten der Diaspora bleiben. Es gilt, auch die Diaspora lebensfähig und stark zu erhalten. Denn was jüdisch ist, darf nicht geopfert werden.

Deswegen fanden wir, daß die zionistische Ideologie, die von Entwurzelung und dergleichen mehr redet, endlich durch das *Bekenntnis zur staatlichen Gemeinschaft*, nicht aus Zwang, sondern *aus freiem Willen*, ersetzt werde. Die Bindungen, die für die Juden in ihren Wohnländern nach der historischen Entwicklung, nach wirtschaftlichen, geistigen und politischen Bewegungen bestehen, müssen um der Wahrheit und der Sittlichkeit willen anerkannt werden.

Diese Grundsätze vertreten wir und glauben, damit die zionistische Bewegung auf ihre Grundlagen, ihre einfache, keiner Interpretation bedürfende Klarheit, das Basler Programm, zurückführen und ihr so die Kraft verleihen zu können, nicht nur den Anspruch darauf zu erheben, sondern in Wirklichkeit die Vertretung des jüdischen Volkes zu sein. Wir haben es zunächst versucht, gesunde Verhältnisse in Deutschland zu schaffen und deswegen auf dem Delegiertentag von 1920 uns als „Freie zionistische Gruppe" zusammengeschlossen.

Inzwischen sind uns so viele Zustimmungserklärungen aus dem Auslande zugegangen, daß es Pflicht erschien, eine Zusammenfassung aller Anhänger dieses Programms herbeizuführen. Dazu blieb nur der im Organisationsstatut vorgesehene, legale und schon oft beschrittene Weg der Gründung einer *Föderation* auf interterritorialer Grundlage *im Rahmen der zionistischen Weltorganisation.* Die Erfolge rechtfertigen diesen Schritt. Wir fordern unsere Mitglieder auf, *besonders bei Nichtzionisten* Mitglieder für unsere Föderation „Binjan Haarez" zu werben. Es muß gelingen, den zionistischen Gedanken in der kristallenen Klarheit des Basler Programms, befreit von allen Schlacken sektenhafter Auffassung unserer großen politischen Befreiungsidee, an alle Juden heranzutragen und sie dazu zu bringen, sich in die Reihe mit allen andern zu stellen. Denn alle Juden, in denen noch ein kleiner Funken der heiligen Flamme glimmt, werden und müssen es verstehen, daß es jetzt nur *ein* Ziel, *eine* Aufgabe, *einen* jüdischen Inhalt ihres Lebens gibt:

„Binjan Haarez"

[137]
KONGRESSDEBATTE ÜBER „BINJAN HAAREZ"
5. SEPTEMBER 1921
STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL DER VERHANDLUNGEN
DES XII. ZIONISTEN-KONGRESSES IN KARLSBAD
VOM 1. BIS 14. SEPTEMBER 1921, BERLIN 1922, 199–210

Delegierter Dr. Max Kollenscher (Binjan Haarez, Deutschland, spricht deutsch):

...

Hoher Kongreß! Was für uns wichtig ist, ist die *Sammlung der gesamten Judenschaft* und wir können sie erreichen auf Grund des Baseler Programmes. Das *Baseler Programm* hat eine Formulierung, die, wenn wir sie heute schaffen müßten, nicht besser sein könnte. Es hat ewigen Wert und *paßt für heute* ebenso gut wie für jene Zeit, als es seine Schöpfer in die Welt brachten. Letzten Endes kann man sagen, daß wir alle noch auf demselben Boden stehen und ich habe zu meiner Freude aus dem Entwurf des Organisationsstatuts ersehen, daß der § 1 desselben wieder das Baseler Programm mit seiner knappen lapidaren Form an die Spitze stellt, und daß es im § 2 heißt: „Mitglied ist jeder Jude, der sich zum Baseler Programm bekennt." ...

... So lange wir das Baseler Programm haben, haben wir das Recht, das jüdische Volk zu uns zu rufen, damit es auf Grund des Baseler Programmes mit uns arbeitet. Ich vermisse jede objektive Grundlage für eine weitergehende Forderung. Die Herren von der Rechten haben wenigstens eine positive Grundlage, sie erkennen das *traditionelle Judentum* als Grundlage an. (Beifall.) Suchen Sie nicht aus Verlegenheit ein Phrasengebäude aufzurichten, das uns in unserer Arbeit nur aufhält und keinen Menschen fördern kann. Denn wer ist nicht für die jüdische *Erziehungsarbeit*, wer ist nicht für die Beschäftigung mit der jüdischen *Literatur?* Das sind Gemeinplätze, und um die zu fordern, braucht man wahrlich nicht so kunstvolle Gebäude aufzurichten. *Weg mit dem Schlagwort von den schwachen Zionisten!* Keiner kann und soll prüfen. Wer sich meldet, sei willkommen ...

Herr *Motzkin* verlangt ein wirkliches *Bekenntnis.* Wir auch. Aber ich glaube, die *äußeren Verlockungen*, das Baseler Programm zu unterschreiben und in der Zionistischen Organisation mitzuarbeiten sind nicht so groß. Wer sich meldet, kommt ja schon aus einem *innern Drange* zu uns. Ein weiteres Bekenntnis können wir nicht verlangen. Reicht denn dies sachlich nicht aus? *Gibt es denn eine nationalere Arbeit* und Aufgabe und Gruppierung *als die um den Aufbau von Palästina*? Hat man je daran gezweifelt, daß der Aufbau von Palästina die nationale Tat ist, der wir zusteuern, daß wir nichts anderes erstreben, als Palästina wieder aufzurichten und damit alles tun, um das Leben und die Existenz, die materielle Grundlage und die geistige Förderung des jüdischen Volkes zu sichern? Es ist doch *der höchste Nationalismus*, die

Erfüllung unseres Baseler Programms. Ich glaube also sagen zu können: *zurück zum alten Baseler Programm*! Damit sind die Tore weit geöffnet, die zu uns führen. Sie sehen, daß im jüdischen Volk die Stimmung für unsere Sache vorhanden ist. Die Sehnsucht und das Streben mit uns zu arbeiten, ist stark und allgemein. Stoßen wir die Leute nicht künstlich von uns, dann kommen sie zu uns. Fangen Sie an, machen Sie den Versuch und Sie werden dieselben Erfolge haben wie wir, nämlich positive Erfolge ...

...

... Der Keren Hajessod, sage ich, ist gut, aber man darf nicht verlangen, daß er *alles* tut. Der Keren Hajessod kann seiner ganzen Anlage und Bestimmung nach nur das ersetzen, was in anderen Fällen der Staat oder die kolonisierende Gesellschaft macht. Er wird aber niemals dazu führen, eine *Wirtschaft aufzubauen*, eine Volkswirtschaft entstehen zu lassen, um den einzelnen Individuen eine Existenz zu geben.

Das sind Dinge, die man eben – mögen Sie das Wort hören können oder nicht – der *Privatinitiative der Einzelnen* überlassen muß. Diese kann sich in Erez Israel vollziehen ...

...

Hoher Kongreß! Ich erblicke eine wichtige Aufgabe darin, daß man die *Privatinitiative organisiert.* Es ist davon gesprochen worden, daß man den einzelnen Ländern große Aufgaben stellen soll. Ich glaube, *in den einzelnen Ländern* müssen die Zionisten dafür sorgen, daß sich überall Komitees bilden, die die wirtschaftliche Tätigkeit in Palästina anregen, die *Privatkapitalien heranziehen* und zur Arbeit nach Palästina bringen. Die Bildung solcher Komitees ist nötig und möglich und ich kann sagen, daß auf diesem Gebiete Erfolge erzielt worden sind. Arbeiten Sie, meine Herren, in Ihren Ländern in gleicher Weise, so werden Sie positive wirtschaftliche Unternehmungen schaffen, die viel schneller durchgeführt werden können, als wenn Sie darauf warten, bis öffentliche Mittel zur Verfügung stehen. Diese brauchen wir zu anderen Dingen und wir könnnen nicht warten, bis unsere öffentlichen Fonds so groß sein werden, daß wir damit die Volkswirtschaft im eigenen Lande schaffen könnnen. Der Staat ist bei Kolonialländern nicht das Erste, sondern das Letzte. Menschen, die außen stehen, müssen *Kapital* in das Land bringen, erst dann holt der Staat nach, was nachzuholen ist.

...

Delegierter Kurt Blumenfeld (Hapoël-Hazair, Deutschland, spricht deutsch):

Zunächst eine Vorbemerkung. Manche Delegierte haben den Eindruck, als ob die Zionistische Vereinigung für Deutschland durch die Richtung des Vorredners vertreten würde. Das ist nicht der Fall. Binjan Haarez ist eine kleine Minderheit, die sich an den Arbeiten der Zionistischen Vereinigung für Deutschland nicht beteiligt.

...

Die Frage der Zusammenarbeit der Zionistischen Organisation mit anderen Gruppen wird wesentlich nicht bei den sogenannten rentablen Unternehmungen, an die Sie vor allem denken, sondern bei den sogenannten unrentablen Unternehmungen. Wer macht die unrentablen Dinge in Palästina? Diese unrentablen Unternehmungen verschlingen ungeheure Mittel, größere Mittel, als der Zionistischen Organisation bisher zur Verfügung gestanden haben. Bei einer Reorganisation muß die Frage gelöst werden, woher die Mittel für die unrentablen Unternehmungen kommen. Sie erwarten vieles von der palästinensischen Landesverwaltung. Wenn diese Verwaltung noch so vieles schafft, so bleibt in einem Lande mit 90 % Arabern für uns mehr zu tun, als unsere Kräfte zu bewältigen vermögen. Die Anspannung aller Energie wird nötig sein, um die Mittel für die Arbeiten zu schaffen, die selbst nach Ihrer Meinung, nach Ihren Plänen notwendig sind. Sie sagten selbst, als Sie von der Mitarbeit der nichtzionistischen Gruppe sprachen, daß Sie sich die führende Stellung des Zionismus vor allem als eine geistige vorstellten. Geistige Führung des Zionismus also ohne eine Zionistische Organisation! Sie haben in Wahrheit das stärkste Instrument, das Sie für Ihre Arbeiten hatten, die Zionistische Organisation, bagatellisiert, weil niemand von Ihnen wußte, durch welchen Geist diese Organisation zu beleben und zu erweitern ist. Sie glauben an eine geistige Führung des Zionismus, sagen, daß man in Amerika verabsäumt habe, die Masse zu erziehen und erklären gleichzeitig, daß diese geistige Bewegung sich mit dem Baseler Programm als einer zionistischen Forderung begnügen müsse. Auch wir sind der Ansicht, daß zum Eintritt in die Zionistische Organisation die Anerkennnung des Baseler Programms genügt. Wir gehen sogar noch weiter. Wir geben Dr. Kollenscher recht, wenn er meint, noch nie habe man sogar beim Eintritt gesagt: Du mußt das Baseler Programm anerkennen. Man hat nur gefragt: Willst Du Schekel zahlen? Das ist richtig. Aber darauf kommt es eben nicht an. Die Frage ist: Was machen wir mit den Leuten, die den Schekel bezahlt haben? Wir alle wollen doch nicht nur den Schekel. Die Beantwortung dieser Frage hängt eng mit dem letzten Punkt zusammen, den ich erörtern will: Mit der Frage der Mitarbeit aller Juden. Brauchen wir mehr als den Schekel, so müssen Sie, wie ich Ihnen zeigen will, die Organisation ausbauen und ihr die Möglichkeit geben, Propaganda und Erziehungsarbeit zu leisten. Das werden Sie von London aus nicht tun können. Das wird Ihnen nur durch Exposituren außerhalb Londons gelingen, die mit Leuten besetzt sind, die die Kraft haben, sowohl die zionistische Ideenpropaganda wie die Aktion für die Geldaufbringung zu vereinheitlichen. Sie sind gegen Theorie und für Empirie. Wir haben Erfahrungen gesammelt, und ich will Ihnen einiges von diesen Erfahrungen berichten.

...

Wir schlagen Ihnen eine Politik vor, die wir Bündnispolitik nennen, und halten daher den Keren Hajessod für die gegebene Gesamtorganisation aller Juden für die Palästinaarbeit. Im Keren Hajessod verbinden sich Nichtzioni-

sten und Zionisten zu gemeinsamer Tat ohne Rücksicht auf ihre gesinnungsmäßige Stellungnahme. Ich glaube an die Möglichkeit, durch den Keren Hajessod, in dem die Nichtzionisten einen entsprechenden Einfluß haben müssen, nichtzionistische Kreise für das Aufbauwerk zu gewinnnen. Für die Beschaffung der Mittel von Zionisten ist die nationale Propaganda und Erziehung das beste Mittel. Erziehungsarbeit von Jahrzehnten war nötig, um uns den Mut zu geben, den Maasser zu verlangen und von einer nicht unbeträchtlichen Zahl auch wirklich zu bekommen. Nur Menschen, die den Zionismus als ihr persönliches Schicksal empfinden, entschließen sich zu solchen materiellen Leistungen und fügen sich der von uns beschlossenen Steuer. – Der Versuch, den Keren Hajessod, eine Steuer, in Gegensatz zur Privatinitiative zu bringen, ist absurd. Es handelt sich praktisch immer um eine nicht ernst gemeinte Ausrede. Wenn mir diese Ausrede begegnet ist, habe ich, um die Probe aufs Exempel zu machen, nie widersprochen, sondern immer gesagt: „Also stellen Sie 10 % Ihres Vermögens und Einkommens sofort für ein von Ihnen zu betreibendes Privatunternehmen bereit, dann will ich Ihnen glauben!“ (Beifall.) In jedem Falle stellte es sich heraus, daß es sich nur um eine Ausrede gehandelt hat. Diese und alle anderen Ausreden werden Sie immer wieder bei Menschen finden, die nicht von der Kraft der nationalen Idee ergriffen worden sind. Was diese nationale Idee ist, darüber zu reden ist auf unseren Tagungen fast unmöglich geworden. Noch nie habe ich so deutlich wie auf diesem Kongreß empfunden, wie abgebraucht alle Worte sind, mit denen wir unsere besten Empfindungen bezeichnen. Die Vokabel vom jüdischen radikalen Nationalismus wird formelhaft von Menschen gebraucht, die den wirklichen Sinn längst vergessen haben. Weil aber die Worte abgenutzt sind, hat die Sache ihren Wert nicht verloren. Unsere Aufgabe muß es sein, den alten Worten ihren wahren Sinn zu verleihen ... In allen Ländern, auch in den Westländern, werden Sie, wenn überhaupt eine arbeitende zionistische Organisation besteht, zwei getrennte jüdische Lager finden, und es wird für die Nichtzionisten keinen Unterschied machen, ob die zionistische Gruppe nach Weisungen einer Zentrale handelt, oder nach eigenem Ermessen ihre Maßnahmen trifft. Wir glauben, daß der ganze Erfolg bei der Gewinnung von Menschen und Geld abhängt von dem nationalen Idealismus, dem praktischen Idealismus natürlich, der unabhängig von einer philosophischen idealistischen Weltanschauung ist. Unsere bewiesene Opferfähigkeit wird auf die übrige jüdische Welt überwältigend wirken. Nur so werden wir, wenn überhaupt, die vorhandenen jüdischen Stimmungen bei Nichtzionisten zu materiellen Leistungen verdichten können, die auch nur befriedigen. Zweifelhaft mag es sein, ob wir Erfolg haben werden, sicher ist jedoch, daß jeder Versuch, durch ein noch so kluges theoretisches Manöver den Rahmen unserer Organisation zu erweitern und Nichtzionisten einzureden, daß sie eigentlich Zionisten seien, für die Beschaffung der Mittel ohne Bedeutung bleiben muß. Große Summen gibt, wer unseren Maßstab anerkennt, übernehmen wir aber

eine bequeme Ideologie, dann bleiben die Neugewonnenen, die ja nicht umzudenken brauchen, auch bei den Summen, die sie bisher zu geben gewohnt waren.

...

[138]
EXISTENZBERECHTIGUNG DES KJV
SEPTEMBER–OKTOBER 1921

Der Jüdische Student

Zeitschrift des Kartells Jüdischer Verbindungen
18. Jg., Heft 5, September–Oktober 1921, S. 185–194

Sind das Ketzergedanken?

Von *Gerhard Holdheim, Berlin*

Die permanente Krisis in der sich das K.J.V. seit Kriegsende befindet, zwingt dazu, ihre tieferen Ursachen zu erforschen. Das ewige Jammern über Mißerfolge in der Werbearbeit, in der Erziehung, kurz über das Fehlen jeder Gemeinschaftsstimmung, das uns J.St. und sonstige Berichte immer mal wieder servieren, wirkt nachgerade lächerlich. Es wäre zu begreifen, daß ein, zwei, ja drei Semester lang infolge ungeeigneten Menschenmaterials die Arbeit stagnierte. Daß aber andauernd die überwiegende Mehrheit der Verbindungen versagte, andauernd die Frage der Existenzberechtigung des Kartells diskutiert und oft sogar verneint wird, andauernd Trägheit und Lustlosigkeit die Menschen beherrscht – welchem Einsichtigen drängt sich nicht angesichts derartiger vor dem Kriege ungekannter Erscheinungen die Zweifelsfrage auf, ob die kardinalen Prinzipien des Kartells heute überhaupt noch haltbar sind. Jede Therapie setzt eine richtige Diagnose voraus. Ich glaube, daß noch nie ernsthaft und unerschrocken die Hintergründe des heutigen Kartellproblems beleuchtet worden sind. Man gestatte mir die folgenden Zeilen.

Die Frage, warum vor dem Kriege trotz mancher schlechter Semester, trotz Reibungen und Stunks die Stimmung des Kartells gut war, seine Daseinsberechtigung nie in Zweifel gezogen wurde, heute dagegen der Körper des K.J.V. langsamem Siechtum verfällt, beantwortet sich aus der Verschiedenartigkeit der zionistischen Situation damals und heute. Was damals die Bundesbrüder ungeachtet ihrer vielfältigen Andersartigkeit aneinanderkettete und sie ihre Gemeinsamkeit immer wieder empfinden ließ, war die gleiche Kampfstimmung, die sie alle erfüllte. Es war nicht allein die politische Idee der zionistischen Lösung der Judenfrage, nicht nur der nationale Wille und

das nationale Einheitsbewußtsein, sondern ebenso und unbewußt vielleicht noch weit stärker die gemeinsame Oppositionsstellung all dem gegenüber, was ich schlagwortmäßig mit Duckmäusertum, Mangel an Bekennermut, Elternhaus usw. bezeichnen möchte. Der starke Geist des Protestes, der allein Jugendbewegungen zu schaffen und zu tragen imstande ist, erfüllte unsere Leute, in ihrem Bewußtsein „mörtelten sie das Morgen der kommenden Zeit“. Der weitaus größte Teil kam zum Zionismus nicht auf dem Wege über das Judentum, soll heißen als selbstverständliche Konsequenz jüdischer Erziehung und jüdischer Tradition, sondern auf dem Umwege der lebendigen Erkenntnis, daß das bisher geführte Leben den in ihnen liegenden Bedingungen nicht gemäß und daher unerträglich sei. Man brauchte ein Gefäß, in das man seine revolutionären Energien einlassen konnte, und da genug jüdisches Gefühl, „funktionelles Judentum“ in den einen lebendig war, in den andern, soweit es verschüttet lag, durch persönliche Einwirkung aufgedeckt und bewußt gemacht wurde, wurde die zionistische Idee mit Begeisterung aufgenommen und zur tragenden Idee des Lebens proklamiert. Die V.J.St.en, in denen man sich mit Gleichdenkenden vereint wußte, wurden im Bewußtsein der Bundesbrüder zu Eidgenossenschaften, zur Avantgarde einer neuen Zeit. Obwohl diffizilere Naturen auch damals bereits die vielen Restbestände empfanden, obwohl sie begriffen, daß wesentliche Bedürfnisse in der Korporation keine Berücksichtigung finden konnten, – trotz alledem fühlte man sich aus innerster Überzeugung berechtigt, sie Heimat zu nennen. Hier war man zu Hause, hier wußte man, daß man verstanden wurde, hierhin flüchtete man sich beglückt aus den Mißverständlichkeiten und Unerträglichkeiten des Umweltlebens. So war es früher. Und heute?

Der fundamentale Unterschied zwischen damals und heute liegt darin, daß aus der Utopie eine Wirklichkeit, aus leuchtendem Traum mühevoller übersehbarer Alltag geworden ist. Im Wesen jeder Idee liegt es begründet, daß eine Entwertung eintritt, wenn sie ihre reine, abstrakte Form aufgibt und in die Niederungen der Verwirklichung tritt. Der Jugend, die heute, nach San-Remo, zum Zionismus gelangt, kann aus mancherlei Gründen der Schwung der früheren Zeit nicht mehr innewohnen. Das eine Moment, daß diese Menschen die entscheidenden Jahre der Pubertät in der Zeit des Krieges und der Nachkriegswehen erleben mußten, daß seelische Zermürbung nicht ausbleiben konnte und vielfach auch die Folgen der Unterernährung sich bemerkbar machen – diesen viel zu wenig beachteten Grund will ich hier nur kommentarlos erwähnen. Entscheidend scheint mir zu sein, daß das, was uns damals als treibende Kraft der Gemeinschaft zuführte, nämlich Kampfeinstellung, Verschwörergesinnung und hoffende Gewißheit, Menschen gleicher Art zu finden, – daß all diese stimulierenden Momente heute mehr oder weniger entfallen. Die Lage hat sich verändert. Der Zionismus ist in der Vorstellung unserer Mitmenschen, der Elterngeneration eine reale, von der Welt anerkannte, greifbare, kurz, eine praktische Angelegenheit geworden. Er hat es

zur Salonfähigkeit gebracht. Dadurch mußte der Korporationsgedanke seinen sichersten Stützpunkt verlieren, denn in weit geringerem Maße als früher bietet die Korporation eine Stätte, wo sich die revolutionären Affekte frei und ungehemmt austoben können. Man verkenne ja nicht, wie anfeuernd es auf moderne Jugend wirkt, wenn die Familie entsetzt über Fanatismus zetert, und wie der Jugend eine Idee degradiert erscheint, die es soweit brachte, von Menschen einer anderen Welt beachtet und ernst genommen zu werden. Hinzu kommt folgendes: die heutige Jugend erkennt immer stärker die Diskrepanz zwischen den ihr gesetzten Aufgaben und den eigenen Möglichkeiten. Zu unserer Zeit empfand man es als Verwirklichung, wenn man allen äußeren Schwierigkeiten zum Trotz der Idee lebte, für sie warb und Spott und Schimpf gelassen einsteckte. Es war damals einfacher, 100 %iger Zionist zu sein, da all die Opfer, die wir brachten, in Wahrheit keine Opfer waren, sondern innerster Notwendigkeit entsprangen. Wir kämpften einen Kampf, der uns zur Lebensbedingung wurde, wir gaben im Grunde sehr wenig von dem preis, was tatsächlich in der Linie unserer menschlichen Entwicklung lag. Ganz anders heute. 100 %iger Zionismus heißt heute Chaluziuth. Man kann noch so verzweifelt die Gleichwertigkeit des Diaspora- und des Palästinazionismus in die Welt hinausschreien, aus dem begreiflichen Wunsche, mit seinem Zionismus vor sich und der Welt bestehen zu können – in stiller Stunde öffnen sich doch einmal die Augen. Die Forderung des Palästinapioniertums kann aber das K.J.V. nicht stellen. Und ich glaube tief, daß es nicht nur die äußeren Schwierigkeiten sind, die sich hindernd in den Weg stellen, sondern mindestens ebenso stark sind die inneren Hemmungen, die selbst die Besten unter uns empfinden. Viele derjenigen, die man im Kartell als erstklassig zu bezeichnen pflegt, haben mir gegenüber gestanden, daß sie in einer Auswanderung auf dem Wege der Berufsumschichtung eine Verkümmerung ihres geistigen Lebens erblicken und nicht gewillt sind, die Verwirklichung ihres Zionismus mit Aufgabe ihrer selbst zu erkaufen. Man soll ehrlich genug sein, derartige Menschlichkeiten einmal offen auszusprechen, sogar auf die „Gefahr" hin, von Dogmatikern mit Liebenswürdigkeiten traktiert zu werden. Oberste Aufgabe des Menschen ist, sich selbst zu erfüllen, den durch oft unbewußte Triebvorgänge vorgezeichneten Weg des eigenen Lebens zu wandeln. Über dem Zionismus steht das freie Recht der Persönlichkeit. Jeder idealen Aufgabe, die sich der Mensch stellt, ist eine Grenze gesetzt durch das lebendige Bewußtsein, so und nicht anders handeln zu können. Das soll nicht heißen, daß man persönliche Opfer scheut, denn das wäre freilich erbärmlich. Es haben mir Leute gesagt, sie wären bereit, mehrere Jahre womöglich Hilfsdienst zu leisten, und sei es in schwerster und untergeordnetster Arbeit in Palästina. Was sie aber nicht könnten, das wäre ein Leben, das sie als ihnen unangemessen empfänden, als das Ziel ihrer Sehnsucht zu proklamieren. Wozu sage ich dies? Um endlich mit dem Unfug aufzuräumen, daß man so tut, als wollte man in einer Massenorganisation, wie es das K.J.V. ist, die Chaluzforderung

erheben, obwohl man genau weiß, daß nur ganz vereinzelte Menschen sie erfüllen. Es ist gut und psychologisch gerechtfertigt, wenn Führer ihre Forderungen weiter stecken, als es der Masse genehm ist. Nur so läßt sich etwas erreichen. Es muß aber eine Atmosphäre der Lüge entstehen, wenn Ziele aufgestellt werden, die für die meisten aus Gründen äußerer und innerer Art unerfüllbar sind. Ultra posse nemo obligatur.[1]

Im Grunde genommen wird ja Chaluziuth gar nicht verlangt, und man begnügt sich mit dem, was ich den 10 %igen Zionismus nennen möchte. Das heißt: Maasser an Zeit und Geld. Die Frage ist nur die, ob ein derartiger 10 %iger Zionismus, der vor dem Letzten und Äußersten Halt macht, einer idealgerichteten Jugend ein hinreichender Anreiz sein kann, um sie mit den ihn fordernden Gemeinschaften menschlich zu verketten. Hier liegt das punctum saliens.[2] Ich sagte an früherer Stelle, daß das, was die früheren Generationen an das Kartell so innig fesselte, das beglückende Bewußtsein war, sich ganz der Idee zu schenken. Die Forderung war: Kampfwille, Bereitschaft und Verwirklichung, und all die, die wahrhaft in der Gemeinschaft lebten, erfüllten sie. In diesen Zeiten konnte man mit Fug sagen, daß Zionismus Totalität unseres Weltbildes bedeutete, denn es war noch möglich, all unsere heimlichsten Regungen und Sehnsüchte in diesem Zionismus zu manifestem Ausdruck gelangen zu lassen. Und dies war das Geheimnis unserer Stärke und unseres Erfolges. Was aber Jugend auf keinen Fall vertragen kann, das ist, mit wachen Augen die Halb-ja Zehntelhaftigkeit des ihr gesetzten Zieles zu erkennen. Der älter gewordene Mensch, der die Ohnmacht menschlichen Strebens erfahren hat, wird sich damit abfinden, daß ihm das Leben auf sein Ideal 90 % Rabatt gewährt. Jugend, die nach Ganzheit strebt, streben muß, wenn sie wahrhaft Jugend ist, kann nicht in einer Gemeinschaft zusammengehalten werden, deren einzige Gemeinsamkeit ein – leider Gottes – gezehntelter Zionismus sein muß, der Arbeit und nochmals Kleinarbeit von ihr fordert und ihr das lähmende Gefühl des ewigen Restbestandes der unterdrückten menschlichen Notwendigkeiten immer wieder aufnötigt.

...

Das Dogma der früheren Zeit lautete, daß allein der nationale Wille Jugend so einen kann, daß sie Gemeinschaft und Lebensmitte erblickt. Das war damals richtig, weil die nationale Kampfeinstellung alle menschlichen Kräfte zu lösen vermochte, weil Zionismus ein gut Teil Weltanschauung involvierte und all das, was man in stiller Stunde in sich unterdrückt fühlte, vom strahlenden Glücksgefühl der 100 %ig gelebten Idee kompensiert wurde. Das waren Bedingungen, die selbst extrem individualistisch gesinnte jüdische Jugend den Weg in den Korporationszwang finden ließ. Und für diejenigen, die heute allein die schöpferischen Kräfte der zionistischen Bewegung darstellen, für unsere Chaluzim, hat die alte Lehre zweifellos auch jetzt noch ihre

---

[1] Lat.: Niemand ist verpflichtet, über sein Können hinaus etwas zu leisten.

[2] Lat.: Der springende Punkt.

Berechtigung. Denn wer sich fähig fühlt, aus innerstem Drange mit allem zu brechen, was Europa heißt, wer sich ganz und ungeteilt der zionistischen Erfüllung verschenken kann (es gibt auch viel Abenteurer und Verführte unter den Chaluzim), den beherrscht die nationale Idee mit so ausschließlicher Gewalt, daß sie auf ihrer alleinigen Grundlage engste Gemeinschaftsbildung ermöglicht. Das K.J.V. aber kann nur der Repräsentant des Diasporanationalismus sein. Die ganz Wenigen zählen nicht. Die andern werden im besten Falle zum Maasserzionismus zu erziehen sein. Schwer fällt es dem, der in den vordersten Reihen gefochten und die glückhaften Zeiten des ungeteilten, sieghaften Ideals miterlebt hat, die Resignation der heutigen Jugend festzustellen. Aber wer ungetrübten Auges ist und sich von Kartelltagsstimmungen und klingenden Resolutionen nicht blenden läßt, wer immer deutlicher sieht, daß noch nicht ein Zehntel seine Zehntelpflicht erfüllt, daß Schwunglosigkeit und Indifferenz herrscht und Mitläufertum fast schon zur Regel wird, der muß den Mut zu neuen Erkenntnissen finden.

Ihr fragt nach der Therapie und wollt Vorschläge hören, die meine Diagnose in aufbauendem Sinne auswerten sollen. Da will ich euch mitteilen, daß ein erster Entwurf dieses Artikels die Richtung andeutete, in der ich allein die Heilung erblickte. Nach langen Diskussionen mit alten bewährten K.J.V.-ern habe ich jedoch einsehen müssen, daß ich dem Kartell nicht Vorschläge unterbreiten darf, deren praktische Realisierungsmöglichkeit mir selbst höchst fragwürdig erscheint. Der Gedanke, daß wir, wenn das K.J.V. überhaupt eine Jugendgemeinschaft bleiben soll, unseren Leuten die nicht allein auf Zionismus zu gründende gemeinschaftsbildende Basis geben müssen, scheint mir nach wie vor unantastbar. Deutlich zeigt sich, daß die Ruder- und Sportvereine so ziemlich die einzigen Korporationen sind, die über ihre Daseinsberechtigung nicht zu diskutieren brauchen. Und tief bin ich und viele mit mir davon überzeugt, daß das frische Leben und der Gemeinschaftsgeist, die dort herrschen, durch außerhalb des Zionismus liegende Gemeinsamkeiten zu erklären sind. Mit zionistischer Theorie und jüdischer Geschichte und Hebräisch allein und vielleicht etlichen ungern besuchten Wanderungen als Beilage sättigt man Menschen nicht, die nach Leben hungern. Wird ihnen nicht das „Brot“ menschlicher Bindung gegeben, so werden sie die jüdischen Forderungen als Steine empfinden. Da ich nun aber nicht in der Lage bin, in konkreter Form Gesichtspunkte anzugeben, nach denen sich die neu zu bildenden Gruppen zusammenschließen, da mir die Vorstellung seiner Berufs- und Interessenorganisationen Schauder bereitet, und da ich stark daran zweifle, daß die natürlichen Bindungen, die der Sport gewährleistet, auf andere Weise überhaupt geschaffen werden können – aus allen diesen Gründen bekenne ich offen, daß ich keine Zukunft für das K.J.V. erkennen kann.

Trotz dieser trostlosen Perspektive scheue ich mich nicht, dem heutigen Kartell meine Todesdiagnose zu erklären. Und wer ein solches Tun verantwortungslos schilt, dem erkläre ich, daß es mir verantwortungsloser erscheint,

dem Zustand des langsamen Siechtums unter dem Deckmantel radikaler Gesten weiterhin obrigkeitliche Sanktionierung zu erteilen. Man darf nicht Forderungen aufstellen, die in schreiendem Kontrast zu der Gesinnung der Geführten stehen. Man darf nicht eine Atmosphäre dulden, in der dem reinlichen Menschen das Atmen sauer wird. Man darf nicht länger versuchen, frische, lebenshungrige Menschen für diese Leichname von Korporationen zu werben. Der jetzige Zustand ist unerträglich geworden. Vielleicht ersteht dem K.J.V. ein Retter, der neue gangbare Wege weisen kann. Vielleicht dient gerade diese verzweifelte Kennzeichnung der Lage dazu, Bewegung in die träge Masse zu bringen. Mein heimlicher Wunsch ist es, daß ich unrecht habe und mir – nicht durch das Wort – (das ist sehr billig) – durch die Tat bewiesen werde, daß starke Kräfte bereit und imstande sind, ein neues K.J.V. zu schaffen. An Glauben fehlt es mir.

Mit diesem Aufsatze habe ich eine herzlich undankbare Aufgabe erfüllt. Ich weiß, daß die Rechtgläubigen den Ketzer steinigen möchten. Wem die Reinheit der Erkenntnis über alles gilt, den ficht das nicht an. Zion wird durch Wenige aufgebaut werden. Und auch nur Wenige werden so erfüllt sein, daß der steinige Boden des Galuth sie in ihrer zionistischen Intensität ungebrochen läßt. Die andern werden Geld geben und bei Gelegenheiten Hedad schreien. Man wird sie in Massenorganisationen sammeln können, um möglichst viel zionistische Leistung aus ihnen herauszuholen. In eine Gemeinschaft der Unentwegten, derer, die sich als „Kolonialpalästinenser" fühlen, werden sie sich nicht zwängen lassen. Ist es übertrieben, wenn ich 90 % der K.J.V.er zu diesen „andern" zähle? Die veränderte zionistische Lage läßt es nicht zu, auf möglichste Ausdehnung bedacht zu sein und gleichzeitig Galuthheroismus zu verlangen. Galuthheroismus ist sehr schwer und nur für wenige ertragbar. Die Idee des K.J.V. hat somit ihren Sinn verloren.

In nicht sehr freudiger Stimmung, aber im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung, übergebe ich euch diese Zeilen.

...

Zweites Nachwort.

Diagnose?

...

Wenn unsere Meinung ist, daß das K.J.V. von der Erfüllung seiner Aufgabe noch weit entfernt ist, daß aber die Notwendigkeit und die Tatsache seines Lebens nicht bezweifelt werden kann, so sind die theoretischen Gründe, die Holdheim für sein abweichendes Urteil anführt, nicht mehr von allzu großer Bedeutung. Ich will indessen auch darauf noch eingehen, auch nur in aller Kürze, in der Erwartung, daß das Wesentliche von anderen Disputanten gesagt werden wird. Holdheim führt den von ihm festgestellten Verfall darauf zurück, daß wir von der Utopie zur Verwirklichung gekommen wären

und damit die zusammenkettende Wirkung revolutionären Verschwörerschwunges verloren hätten. Wäre das wirklich so, so wäre es ein klägliches Zeichen nicht nur für die jetzigen, sondern auch für die früheren Generationen des K.J.V. Was sind das für Revolutionäre, die den Schwung ihrer Stimmung dann empfinden, wenn ein Anstoß gegen die Meinungen beleibter Onkel und Schwiegereltern zu verfechten ist, die ihn aber verlieren, wenn sie Gelegenheit erhalten, mit ihrer Sache Ernst zu machen! Mir scheint, daß man heute den Ernst, die Größe und die Schwierigkeit der zionistischen Aufgabe und die besondere Stellung der Zionisten genau so stark empfinden kann und muß wie früher. In dieser Beziehung sind die Grundlagen einer verbundenen Stimmung für das Kartell nicht verloren. Sie haben sich nicht einmal darin stark verändert, daß der Zionismus, wie Holdheim meint, eine sichere, salonfähige Sache geworden ist. Wer ernsthaft über unsere Angelegenheiten nachdenkt, weiß, daß die Chance, die wir heute haben, eben eine Chance ist, daß wir also noch immer an einem gewagten Geschäft beteiligt sind.

Aber, sagt Holdheim, wir können die zionistische Forderung, so wie sie uns heute gestellt ist, nicht erfüllen, wir können nicht einmal die richtige Forderung aufstellen. Das bestreite ich. Man soll nicht immer mit dem Gegensatz zwischen Persönlichkeit und Zionismus kommen. Die einfache und oft gegebene Antwort bleibt richtig, daß für den Zionisten die zionistische Entwicklung ein, und wie wir glauben, der wesentliche Teil seines Persönlichkeitsproblems ist. Wir werden von unseren Bundesbrüdern fordern, daß sie ihre persönliche Entwicklung nach zionistischen Gesichtspunkten bewerten lernen. Die Stärke, mit der wir diese Forderung aufstellen und das Maß, in dem wir damit Erfolg haben, wird allerdings für das Kartell entscheidend sein. Wir sind heute sehr weit von der Erfüllung – aber Zion wird nicht in einem Tage gebaut werden. Uns muß es, wenn wir die Existenzfrage des Kartells stellen, genügen, daß die Möglichkeiten da sind. Für die Jungen, die die Freiheit haben, sich ihr Leben zionistisch einzurichten, und auch für die Alten, von denen durch das Kartell der Wille erzwungen werden muß, die ständig steigenden Möglichkeiten zionistischen Lebensgehaltes auszunützen. Es ist falsch, wenn Holdheim meint, der Maasser-Zionismus von heute lasse sich mit dem hundertprozentigen Zionismus früherer Zeiten nicht vergleichen. Er übersieht, daß die Valuta, an der die Zionisten gemessen werden, gestiegen ist. Die 10 % Zionismus im Leben – und bei K.J.V.ern soll es bei diesem Prozentsatz nicht bleiben – die heute zu leisten sind, bedeuten mehr als die 100 % Sezier-, Literatur- und Bekenntnis-Zionismus früherer Zeiten.

Unzufriedenheit ist berechtigt, jeder K.J.V.er muß den Abstand zwischen Wirklichkeit und Aufgabe empfinden, die Frage ist nur, ob man aus der Unzufriedenheit zu folgern hat, daß man müde werden und aufhören muß oder daß man besser und mehr arbeiten muß. Ich glaube, daß die Unzufriedenheit uns vorwärts treiben wird. –

Diese schnell hingeworfenen Worte können nicht mehr als knappe Andeu-

tungen von Gedankengängen sein. Das Kartell wird, wie ich glaube, in einer weiteren Diskussion die Unrichtigkeit der Holdheimschen Gedanken zeigen.

Moritz Bileski

[139]
Zionisten und Nichtzionisten für den „Keren Hajessod"
22. NOVEMBER 1921
CZA, A 15/VII/30

Zionistische Vereinigung für Deutschland. Berlin, d. 22. 11. 21.
W.15, Sächsischestr. 8.

An die Mitglieder des Landesvorstandes und des Zentral-Komitees der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, *Berlin.*

Streng vertraulich!

Sehr geehrte Herren Gesinnungsgenossen!

Unsere gestrige Sitzung bei Herrn Generalkonsul Eugen Landau[1], in der wir die Verhandlungen über die Schaffung einer allgemeinen Keren hajessod-Aktion innerhalb Deutschlands wiederaufnahmen, bedeuten für unsere Sache einen großen Erfolg ... Die Verhandlungen waren durch eine andere Personen-Zusammensetzung, die ein einheitliches Auftreten der Z.V.f.D. ermöglichte, wesentlich erleichtert. Als charakteristisch sei folgendes angeführt: Als in der Diskussion erwähnt wurde, daß Herr Max Warburg[2] seinerzeit die Un-

---

* Die „Keren Hajessod"-Arbeit in Deutschland wurde bis zum Februar 1922 ausschließlich unter Zionisten von dem „Palästina Grundfonds (Keren Hajessod) E. V." durchgeführt. Obgleich von Anfang an Verhandlungen mit nichtzionistischen Persönlichkeiten über die Bildung einer allgemeinen „Keren Hajessod"-Organisation schwebten, gelang es erst am 21. Februar 1922, ein neutrales Komitee zu konstituieren. Dieses Komitee bestand aus einflußreichen Einzelpersönlichkeiten, die, ohne organisierte Verbände zu repräsentieren, die wichtigsten deutsch-jüdischen Kreise vertraten.

Vgl. CZA, KH1/121/A; KH2/37/II.

[1] Eugen Landau (1852–1935). Bankier und Philanthrop. Bedeutend im deutschen Bankwesen und anderen großen Unternehmen. Unterstützte eine Anzahl von Institutionen der jüdischen Gemeinden in Deutschland. Mitbegründer des „Keren Hajessod" in Deutschland.

[2] Max M. Warburg (1867–1946). Bankier. War Mitinhaber des 1798 gegründeten Hamburger Bankhauses M. M. Warburg & Co. Galt als einer der besten Kenner deutscher und internationaler Finanzprobleme. Seit seiner 1929 unternommenen Palästinareise nahm er in steigendem Maße aktives Interesse am jüdischen Palästina-

abhängigkeit des deutschen Keren hajessod von London gefordert hatte, erklärte Herr Wassermann[3] mit den entschiedensten Worten, daß eine derartige Bestimmung für ihn unannehmbar sein würde. Die Bedeutung der Aktion bestände gerade darin, daß die Solidarität der deutschen Juden mit den Juden der ganzen Welt beim Aufbau Palästinas zum Ausdruck gebracht werde. Als Deutscher habe er am Aufbau Palästinas kein Interesse, aber als Jude wolle er keine deutsche Sonderorganisation, sondern fühle sich mit der gesamten Judenheit solidarisch. Der Aufruf des Keren hajessod müßte in allen Tageszeitungen veröffentlicht werden, um diese Solidarität in der stärksten Weise zum Ausdruck zu bringen. Als charakteristisch kann ferner angesehen werden, daß Herr Wassermann beantragte, den von uns vorgeschlagenen Namen „Jüdisches Palästinawerk Keren hajessod E.V." abzuändern in: „Keren hajessod (Jüdisches Palästinawerk) E.V." Sie wissen, daß es bei den früheren Verhandlungen Schwierigkeiten bereitet hatte, den Namen Keren hajessod überhaupt in irgend einer Form für die Aktion zu retten.

Was die Haltung von Herrn Max Warburg anbelangt, so hatten wir Ihnen bereits früher mitgeteilt, daß Herr Warburg sich vorläufig an einer Keren hajessod-Aktion nicht beteiligen will. Herr Wassermann hält es jedoch für möglich, daß er ihn zum Anschluß an die Keren hajessod-Aktion veranlassen werde.

Der von uns vorgelegte Aufruf betont in einer sehr positiven und starken Weise die Größe der Aufgabe und die Bedeutung der Entwicklung Palästinas für das Schicksal der gesamten Judenheit und jedes einzelnen Juden. Er ist in seinem allgemeinen Teil so gehalten, daß ihn jeder Zionist mit vollster Überzeugung unterschreiben kann. Das Moment der philanthropischen Hilfsaktion ist absolut ausgeschaltet. Es war außerordentlich erfreulich, daß der Aufruf in dieser Form grundsätzlich gebilligt wurde. Insbesondere wurde die allgemeine Begründung in keiner Weise beanstandet. Zum letzten Absatz, der in der von uns vorgeschlagenen Formulierung folgendermaßen lautet:

> „Als Maßstab für die Höhe der finanziellen Leistung soll die altjüdische Maasserforderung gelten. Wie unsere Vorfahren jedes Jahr den Zehnten für allgemeine jüdische Zwecke hergaben, so fordern wir in einem schicksalsschweren Augenblick ähnlich schwere Beträge für ein Werk, mit dessen Gelingen die Ehre des jüdischen Namens verbunden ist."

erklärte Herr Wassermann, daß die Maasserforderung in dieser Unbedingtheit für Nichtzionisten nicht aufgestellt werden könne. Er gab aber die An-

---

werk, ohne jedoch eine offizielle Stellung innerhalb der Jewish Agency zu übernehmen.

[3] Oskar Wassermann (1869–1934). Bankier. Trat 1912 in das Direktorium der „Deutschen Bank" ein und wurde zum Mitglied des Aufsichtsrats der Reichsbank ernannt. Förderer jüdischer Wissenschaft. Von Kurt Blumenfeld für den Gedanken des Palästinaaufbaus gewonnen, wurde er 1922 Präsident des „Keren Hajessod" in Deutschland und 1929 Vorsitzender des deutschen Büros der erweiterten Jewish Agency.

regung, daß in dem Aufruf auf die Maasser-Zeichnungen der Zionisten „als leuchtendes Vorbild“ hingewiesen werden solle.

Es wurde beschlossen, sofort mit einigen weiteren jüdischen Persönlichkeiten Berlins in Verbindung zu treten, um ihre Unterschriften für den Aufruf bezw. ihre Mitgliedschaft für den provisorischen Vorstand zu gewinnen. Mit dieser Arbeit sind wir gegenwärtig intensiv beschäftigt. Sobald der Aufruf in endgültiger Fassung vorliegt, wird er Ihnen und den Lokal-Komitees zugehen. Wir nehmen an, daß dies bereits in den nächsten Tagen der Fall sein wird.

Dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Lokal-Komitees sofort wieder einberufen werden müssen, bezw. die Gründung neuer Komitees schleunigst in die Wege geleitet werden muß. Die Komitees müssen ihre Vertreter in den Vorstand entsenden, und zwar je nach der Bedeutung des Ortes, einen oder zwei. Die Namen derjenigen, die den Aufruf unterzeichnen sollen, müssen bestimmt werden. Die Arbeit muß so schnell gefördert werden, daß der Aufruf bald erscheinen und daß gleichzeitig die Werbetätigkeit einsetzen kann.

Wir bemerken ausdrücklich, daß die Konstituierung des „Vorbereitenden Ausschusses“ in der Presse erst bekannt gemacht werden darf, wenn der Aufruf erscheint.

Was das Verhältnis der bisherigen Keren hajessod-Sammlungen zur neuen Sammlung anlangt, so haben wir folgenden Vorschlag gemacht:

> „Die bisherige Sammlung gilt mit dem Augenblick als beendet, in dem der neue Keren hajessod E.V. seine Sammeltätigkeit aufnimmt. Der Palästina-Grundfonds Keren hajessod E.V. wird für die Einziehung der ihm gegenüber abgegebenen Zeichnungen Sorge tragen. Er wird ständig bemüht sein, eine Erhöhung dieser Zeichnungen herbeizuführen und die auf Grund der Zeichnungen eingegangenen und eingehenden Gelder auf Grund der Zeichnungsbedingungen zu verwalten und zu verwenden. Der Palästina-Grundfonds Keren hajessod E.V. tritt dem neuen Keren hajessod E.V. korporativ bei, und zwar zunächst mit einem Beitrage von einer Million Mark.“

Die konstituierende Sitzung erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden, durch den das Stimmrecht der bisherigen Keren hajessod-Zeichner im neuen Verein sichergestellt ist.

Zum Schluß noch folgende kurze Mitteilung:

In der gestrigen Hauptversammlung des Zentralvereins wurde ein Antrag eingebracht, der den Standpunkt des Hauptvorstandes gutheißt, wonach in der Palästinafrage den Mitgliedern die Stellungnahme freigegeben wird. Infolge lebhaften Widerspruchs aus den Reihen der Versammlung sahen sich die Antragsteller genötigt, den Antrag zurückzuziehen.[4]

---

[4] Vgl. Centralverein: Stellung des Centralvereins zum Keren Hajessod, Schocken-Archiv, 518/13.

Näheres hierüber bringt die nächste Nummer der „Jüdischen Rundschau".

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß
Zionistische Vereinigung für Deutschland

Der Vorsitzende
Rosenblüth

[140]
AUFRUF ZUM AUFBAU DES JÜDISCHEN PALÄSTINA
[ENDE 1921]
CZA, A 2/6/8/2/3

Der Aufbau des jüdischen Palästina

...

Aufruf!

Die Mächte haben auf der Friedenskonferenz erklärt, daß Palästina zu einem jüdischen Gemeinwesen entwickelt werden soll. Unter der Garantie des Völkerbundes sollen die Juden in Palästina in voller Freiheit, nach eigener Sitte und eigenem Gesetz, verbunden mit dem Boden des Landes, ihr Leben gestalten können.

Diese kaum erhoffte politische Möglichkeit stellt uns vor die größte Aufgabe der jüdischen Gegenwart. In wenigen Jahren und Jahrzehnten wird sich erweisen, wie sehr die Juden die Kraft haben in produktiver Arbeit Werte zu schaffen, ob sie die Fähigkeit haben, in eigenen Formen gemeinsam zu leben, ob der Sinn für Gerechtigkeit, dem das alte Judentum seine Größe verdankt, auch heute noch als beherrschende Macht des jüdischen Lebens wirksam wird.

Jeder Jude muß heute wissen, daß das Schicksal der neuen jüdischen Siedlung in Palästina auch für ihn von Bedeutung werden wird. Das Urteil der Welt über die jüdischen Leistungen im jüdischen Lande wird entscheidend sein auch für die Beurteilung der Juden in allen anderen Ländern. Denn mit Recht wird man annehmen, daß die unverfälschten Kräfte des jüdischen Geistes und der jüdischen Seele in der Entwicklung Palästinas erkennbar werden.

Groß sind die Schwierigkeiten, aber nicht unüberwindbar, zahllos sind die Aufgaben, aber nicht undurchführbar. Der Boden Palästinas soll der Landwirtschaft erschlossen, der Lauf seiner Gewässer soll geregelt, Straßen, Eisenbahnen, Wasserläufe und Häfen sollen gebaut werden. Die Sanierung des Landes muß in Angriff genommen, Krankenhäuser müssen gebaut und ärzt-

liche Hilfe muß eingerichtet, Volksschulen, Mittel- und Fachschulen müssen errichtet und ausgebaut werden, Einwanderungsämter und Arbeitsnachweise sind zu schaffen, soziale Hilfe und Ordnung sind in weitestem Maße durchzuführen.

Die zionistische Organisation, mit der die Friedenskonferenz die Verhandlungen über Palästina führt, hat es übernommen, die für den Aufbau Palästinas erforderlichen Mittel aufzubringen. Der von ihr geschaffene Palästina-Aufbaufonds soll den ersten Erfordernissen genügen. 30 Millionen werden für das erste Jahr gefordert. Diese Summe wird ausreichen, um die Kosten der ersten vorbereitenden Arbeiten zu decken. Die amerikanischen und englischen Juden, Nichtzionisten und Zionisten, haben sich bereits verpflichtet, mehr als die Hälfte des Betrages aufzubringen, die fehlenden Millionen müssen in den übrigen Ländern beschafft werden.

Die deutschen Juden müssen den größten Wert darauf legen, an diesem Werke der Gesamtjudenheit beteiligt zu sein. In dem Augenblick, in dem die deutschen Juden zeigen, daß sie sich als verantwortliche Glieder der jüdischen Gesamtheit fühlen, werden sie die Stelle wiedergewinnen, die sie vor dem Kriege im jüdischen Volke eingenommen haben. Das jüdische Volk erlebt einen schicksalschweren Augenblick. Der Weckruf geht an alle, ohne Unterschied der Partei, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß der Aufbau Palästinas getragen wird von der Liebe und Hingabe aller Teile der Judenheit.

Hilfswerk für Palästina
(Palästina-Aufbaufonds)

...

[141]
Das Prunner Bundesgesetz des „Blau-Weiss"
6.–8. AUGUST 1922

Blau-Weiß-Blätter
Führerzeitung

Herausgegeben von der Bundesleitung der Jüdischen Wanderbünde Blau-Weiß
III. Jg., Zweites Heft, 1922, S. 25–30

Das Bundesgesetz von Prunn.

Der Blau-Weiß, seit Jahren von dem tiefen Widerspruch zwischen innerer Bereitschaft und äußerer Verwirklichung durchdrungen, der auch die Früchte

* Die Führertagung in Berlin am 18. und 19. März 1922 war der Vorbereitung der Beschlüsse gewidmet, die auf dem Bundestag in Prunn (6.–8. August 1922) nach leidenschaftlichen Auseinandersetzungen schließlich zum Gesetz erhoben wurden.

der glücklichsten Entwicklung nicht zu voller Reife gelangen läßt, und erfüllt von dem Bewußtsein, daß endlich die strenge *Formung* aller seiner wachen und noch schlafenden Kräfte an die Stelle nur unbestimmter Verpflichtungen und Forderungen treten muß, gibt sich heute sein erstes Gesetz.

Ein Dezennium liegt die Gründung des Blau-Weiß zurück. Damals hieß sein erstes Ziel: Befreiung der jüdischen Jugend aus den letzten Klammern des Ghetto, Leib und Geist sollten zu neuem, ursprünglichem Leben erwachen, eine neue Gesinnung die unedle Haltung einer beengten Umwelt überwinden. *Freiheit* war die Losung jeder Stunde. *In Schönheit zu leben* erschien als sittliche Pflicht.

Der zionistische Wille vereinigte sich mit diesem Programm. Während der langen Kriegsjahre von jeder Hoffnung oder Möglichkeit der Verwirklichung abgetrennt, durfte jener Generation Idee und Wirklichkeit in Eins verschmelzen. Das „Zurück zur Natur", ihr tiefstes menschliches Erlebnis in dieser Zeit, gab auch für die künftige politische Aufgabe die Richtung an. Bis dahin für den jüdischen Menschen unerhörte Berufe wurden mit Leidenschaft ergriffen, es gab bald nur noch eine gemeinsame Entscheidung, Landwirt, Gärtner, Handwerker werden[,] bedeutete die einzige wahrhafte Bekundung zionistischen Wollens.

Während der Blau-Weiß so seine wertvollsten Menschen, seine künftigen Führer, notwendig an den Beruf verlor, arbeitete er im Stillen an seiner erzieherischen Aufgabe fort. Immer deutlicher erfaßte er seine eigentliche Bestimmung, rundete sich sein allgemein menschliches und politisches Ziel zu einem klar erschaubaren Ganzen. Die Gestalt des Führers, des jüdischen Menschen, der zionistischen Wirklichkeit nahm deutliche Formen an.

Man sah sich von den ersten triebhaften und empfindsamen Anfängen bald weit entfernt. Das Ideal eines schön bewegten Hinlebens verblaßte vor strengeren Forderungen, das Wunschbild des ewigen Jünglings und des erlebnisreichen Augenblicks wich dem des Mannes und der Tat.

Eine ganze Generation mußte an solcher Wende scheitern. Sie vermochte nicht, an sich selbst die innere Wandlung zu vollziehen, welche die Leistung über die schöne Haltung, die männlich harte Forderung über die duldsame Freundschaft, den Alltag des unermüdlichen Schaffens über die festliche Ergriffenheit in beglücktem Beisammensein erhob.

Der Blau-Weiß hat die schweren Krisen dieses Übergangs hinter sich. Er hat sich im Angesicht der katastrophalen zionistischen Lage entschieden. Er weiß, daß, wer heute auf Rettung von außen wartet, *sich* und die Aufgabe

---

Das Prunner Bundesgesetz, das den „Blau-Weiß" zu einem Orden umgestalten wollte, hat schon in Prunn selbst und auch späterhin heftige Kritik und Opposition erfahren. Seine Annahme verursachte eine Spaltung in den Reihen des „Blau-Weiß" und trug wesentlich zu seinem, wenige Jahre später eingetretenen Ende bei. Die Bundesleitung bestand seit Prunn aus Walter Moses, Georg Strauß und Martin Bandmann. Benno Cohn wurde Vorsitzender des Bundesrats. Vgl. *Tramer*, aaO.

aufgibt. Indem der Blau-Weiß seinen beispiellosen Beruf in seiner ganzen Größe erfaßt, hofft er nur auf sich selbst, auf seine Menschen, auf seine Kraft, alle auch noch so harten Erfordernisse des Aufbaus selbst zu erfüllen.

Diese mächtige Aufgabe braucht Führer und Armeen. Führer um zu befehlen, Armeen um zu dienen, insgesamt eine straffe reichgegliederte Organisation. Die Epoche jenes ersten ungebundenen Sichauslebens ist vorüber, das Bekenntnis zum Blau-Weiß wird nun zum Eingang einer immerwährenden Verpflichtung. Freiheit und Gehorsam werden verbunden zu einer neuen Haltung führen. Die Hoffnung auf die Erfüllung des Lebens durch den Triumph der Freiheit wird abgelöst durch den harten Glauben an den Sieg der Kraft.

Nun erst, inmitten solcher Armee in dauernder Bereitschaft wird der Name Blau-Weiß zu dem Sinnbild, worunter er den Besten immer erschien. Er wird zur Fahne des stolzesten Bundes: *Wer ihr dient*, ob als Führer[,] ob als Soldat, ist tief geborgen und schreitet dem Leben zu, wer von ihr abfällt, wird zum Feind und stirbt unter den Bürgern ab.

...

Die Machtbefugnisse der Bundesleitung finden ihren Ausdruck in folgenden

Grundgesetzen des Blau-Weiß.

Die Zugehörigkeit zum Blau-Weiß legt jedem Einzelnen Verpflichtungen auf, die den ganzen Bereich seines Lebens umfassen.

Jeder Blau-Weiße hat mit seiner ganzen Person und mit Hingabe aller seiner Kräfte dem Blau-Weiß zu dienen.

Den Anordnungen der Bundesleitung oder der von ihr ermächtigten Körperschaften oder Personen ist unbedingt Folge zu leisten.

Der Bundesleitung steht in allen Angelegenheiten persönlicher oder sachlicher Art, die das Interesse des Blau-Weiß betreffen, die volle Verfügungsgewalt über die Menschen des Bundes zu.

Die Verfügungsgewalt erstreckt sich nicht nur auf die aktiven Mitglieder des Bundes. Jeder, der die Blau-Weiß-Nadel trägt, steht zur Disposition der Bundesleitung.

Den Erfordernissen des Bundes gegenüber hat das persönliche Interesse zurückzutreten.

Insbesondere soll jeder notwendige Wechsel des Aufenthaltsortes unter Berücksichtigung des größtmöglichsten Nutzens für den Blau-Weiß erfolgen.

Jeder Blau-Weiße, der vorübergehend oder für immer seinen Aufenthaltsort zu verlassen gedenkt, ist verpflichtet, mindestens 2 Monate vor dem Zeitpunkt der Übersiedlung der Bundesleitung seine Absicht mitzuteilen.

Die Bundesleitung hat das Recht, den betreffenden Blau-Weißen nach erfolgter Aussprache an den Ort zu überweisen, der ihr im Interesse des Bundes als geboten erscheint.

Der von der Bundesleitung getroffenen Entscheidung ist unbedingt Folge zu leisten.

Die Zugehörigkeit eines Blau-Weißen zu einem Verein, einer Partei oder sonstigen Organisationen bedarf in jedem Falle der Genehmigung der Bundesleitung.

Auf Anordnung der Bundesleitung muß der Austritt aus den betreffenden Vereinen, Parteien, Organisationen erfolgen.

Die Bundesleitung kann den Mitgliedern des Bundes Verpflichtungen materieller Art in einer Höhe auferlegen, die der Größe der Aufgaben des Blau-Weiß entspricht.

Jeder Blau-Weiße ist verpflichtet, Anfragen der Bundesleitung in diesen Angelegenheiten wahrheitsgetreu zu beantworten und die von ihm geforderten Abgaben pünktlich zu entrichten.

Jeder Blau-Weiße, der die in den Grundgesetzen des Bundes ausgesprochenen Forderungen nicht erfüllt, kann von der Bundesleitung aus dem Blau-Weiß ausgeschlossen und zum Ablegen der Blau-Weiß-Nadel gezwungen werden.

[142]
Zur geistigen Entwicklung des „Blau-Weiss"
10. SEPTEMBER 1922

Jüdische Rundschau

XXVII. Jg., Nr. 76/77, 29. September 1922, S. 517–518

Vorkonferenz über Jugendbewegung in Kassel[1]

...

Der Standpunkt des Blau-Weiß

Martin *Bandmann*[2] (Breslau): Wenn ich namens des Blau-Weiß spreche, muß ich zunächst betonen, daß unser Bundestag keine neu und unvermittelt eingetretenen Ereignisse gebracht hat, sondern sich aus unserem ganzen Leben ergab. *Zionismus ist für uns eine Auswandererbewegung.* Wir glauben nicht, daß wir so stark sind, daß wir allein Palästina aufbauen können, aber wir wissen, daß uns der Bund die Stärke gibt. Wir glauben, daß Palästina aus vielen Kraftquellen erbaut werden wird, und daß unsere Generation nicht erleben wird, daß daraus eine einheitliche Kultur ersteht. *Menschen,*

[1] Die Tagung über „Wege und Ziele der zionistischen Jugendbewegung in Deutschland" wurde am 10. September 1922 als Vorkonferenz des XVIII. Delegiertentages in Kassel eröffnet.

[2] Martin Bandmann (geb. 1900). Arzt. Mitglied der Bundesleitung des „Blau-Weiß". Ging 1934 nach Palästina.

die als Einzelne nach Palästina gehen, gehen verloren, sie bedürfen des Bundes, und in Bünden sehen wir die Grundlage des Aufbaus. Wir sind geschlossen, nicht abgeschlossen. Wir vertreten einen *bedingungslosen Zionismus*, d. h. wir wollen alle Kräfte unserer Menschen befreien, um sie dann durch den Bund zu binden zum Aufbau in Palästina, *unabhängig von einem theoretischen Plan.* Was wir sagen können, ist wenig, was wir tun können, viel, aber nicht alles. Wir können Möglichkeiten schaffen, nicht eine Kultur. Unsere Menschen sollen nach Palästina gehen und dort schaffen; das heißt uns bedingungsloser Zionismus. Unsere Menschen stammen aus dem assimilierten deutschen Judentum, wir haben viele Bindungen mit der alten Gesellschaft, aber unser Schicksal ist ein anderes. *Wir können nur in einer neuen Gesellschaft leben, in Palästina.* Unsere Menschen sind nicht vom Zionismus überzeugt worden, sondern Zionismus ist für sie ein Jugenderlebnis. Deshalb wird es für sie schwer[er] sein, hier zu bleiben als herüber zu gehen. Wir empfinden keine Kluft zwischen uns und dem Volke. Wenn unsere Menschen in Palästina nicht den Weg zu den anderen Kräften des Landes gefunden haben, so liegt es daran, daß sie als einzelne schwach waren. Palästina ist für uns, wie für Sie die große gemeinsame Aufgabe.

...

Kurt Blumenfeld: Wir setzen uns mit dem Blau-Weiß nicht als Gegner, sondern als Menschen auseinander. Es handelt sich für mich nicht darum, Euch zu überzeugen, sondern Euch Fragen vorzulegen, die Ihr überlegen sollt und über die wir vielleicht in einem Jahre wieder sprechen können. Es sind Fragen, auf die man vielleicht heute noch keine abschließende Antwort geben kann. Ich will mich jetzt den Fragen selbst zuwenden. Die jüdischen Inhalte sind Euch fremd. Ihr orientiert Euch an der Kultur des Galuth. Ich weiß z. B., daß Euch die deutschen Landsknechtlieder mehr liegen als hebräische Lieder. Ihr werdet dagegen einwenden, ja, diese deutschen Lieder entsprechen eben mehr unserer Individualität. Die hebräischen Lieder sind nicht der Ausdruck unseres Wesens; wenn wir sie annehmen würden, müßten wir heucheln. Es ist eben eine künstliche Sache. Dazu muß ich sagen, daß es nicht angeht, die Dinge auf die Formel: *„künstlich, daher schlecht"* zu bringen. Nach dieser Ansicht müßte der ganze Zionismus eine Heuchelei im großen sein. Denn auch er ist etwas von außen an den Einzelnen Herangebrachtes, das dieser erkennt und in sich und an sich zu verwirklichen sucht. Gerade wir Westjuden bekennen uns zum Zionismus, obwohl wir in dem Milieu der Assimilation erwachsen sind. Der Sinn unserer Erziehung liegt doch gerade darin, Menschen auf unserem jüdischen Wege zum Zionismus hin zu entwikkeln, hinweg von dem, was an ihrem heutigen Sein falsch und mangelhaft ist.

...

Nun zu den konkreten Dingen. Ist es wahr, daß sich die Blau-Weißen nicht mehr in dem Maße wie früher zur *Landwirtschaft* wenden? Ich weiß

es nicht und kann nur sagen, daß es ein großes Unglück wäre, wenn es sich so verhielte. Welche jüdischen Dinge sollen im Blau-Weiß betrieben werden? Es sollen einfach *jüdische Dinge gelernt* werden, Geschichte, Palästinakunde, Hebräisch. Das dritte Konkrete, was zu fordern ist, ist die *Einfügung in die Organisation.*

Nun zur *Frage der geistigen Entwicklung.* Die Forderung, die ich hier erheben muß, möchte ich mit der Notwendigkeit *„der Erkenntnis jüdischer Gegenwart"* bezeichnen. Hier ist alles Gesagte zu kurz und zu wenig gewesen. Haben wir denn überhaupt die Möglichkeit einer systematischen Beeinflussung junger Menschen? Hier ist der Punkt, wo die Frage des Führers akut wird. Der Führer einer Gruppe bestimmt das Leben in dieser Gruppe und ihre Entwicklung dadurch, daß er sich seinen Jungen im innersten enthüllt und dadurch zweifellos eine starke Bindung gegenseitig schafft. Er wird also die Gruppe immer auf dem Niveau *seiner* zufälligen Entwicklung halten.

Wie erweckt man wirkliche Kräfte? Ihr sagt: Wir sind stark genug, um eine Kolonie zu gründen und unsere Gedanken in die Tat umzusetzen. Aber wenn Ihr stets von Eurer Stärke sprecht, so ist das nur die Kehrseite Eurer fehlenden jüdischen Inhalte. Ihr könnt die Kolonie, so wie Euer Bild davon jetzt aussieht, nicht machen.



Der Inhalt unseres Nationalismus ist die neue Wirtschaft und die eigene Arbeit im Lande. In diesem Geiste müssen wir unsere Chaluzim erziehen. Unsere Erziehung muß dahin streben, daß unsere Menschen lernen, selbst in jedem Augenblick die zionistische Notwendigkeit zu erkennen, und unter diesem Gesichtspunkt muß die Erziehung zur Ablösung vom Führer streben.

* * *

Georg *Strauß*[3]: Wenn wir zusammenfassend auf die Aussprache dieses Tages zurücksehen, ergibt sich ein ähnliches Bild wie 1918 auf dem Jugendtag. Heute wie damals steht der Blau-Weiß im Mittelpunkt der Auseinandersetzung und auch heute gehen wir an unsere Arbeit mit der Überzeugung zurück, daß es nach wie vor in Deutschland nur eine einzige zionistische Jugendbewegung gibt, den Blau-Weiß. Ich glaube, Sie werden unseren ernsten Willen erkannt haben, uns mit Jedem auseinanderzusetzen, der mit Achtung und Liebe an uns herantritt und das eigentliche unseres Wollens zu erfassen versteht. Wir wenden uns immer nur mit Nachdruck gegen jene Menschen, die ohne wahre Anschauung über alle Fragen mitreden wollen und im Grunde jede Arbeit nur stören. Kurt Blumenfeld verlangte mit Recht, daß die Führer des Blau-Weiß sachlich Zeugnis ablegen können vom Inhalt und der Richtung des Bundes und seiner Erziehung. Er wird dabei nicht vergessen, daß für den Blau-Weiß besser als seine Redner die durch seine Erziehung

---

[3] Georg Strauß (1897–1975). Kaufmann und Schriftsteller. Mitglied der Bundesleitung des „Blau-Weiß". Gehörte zu den Initiatoren der „Blau-Weiß"-Werkstätten. Nach 1933 in Palästina eingewandert.

gegangenen Menschen und seine zionistischen Leistungen sprechen werden. Auch die Führer der Zionistischen Organisation würden sich dagegen wehren, wenn man sie nur nach ihren Reden in den Versammlungen beurteilte. Nur wenige unter Ihnen wissen von der mächtigen Arbeit, die täglich, ja stündlich im Blau-Weiß geleistet wird. Seinen Zug zu führen, bedeutet für den Blau-Weiß-Führer heute einen ernsten *Beruf*, der seine ganze Kraft in Anspruch nimmt. Die zionistische Öffentlichkeit sollte begreifen, daß die Hoffnung des deutschen Zionismus mit auf dem Gelingen dieser Arbeit ruht. Sie sollte den Blau-Weiß unterstützen, indem sie um ihn herum eine Atmosphäre der Duldung schafft, ohne die kein pädagogisches Werk, geschweige denn eine zionistische Erziehung gedeihen kann. Und damit am Schluß die wichtigste von den Fragen, die uns heute bewegt haben, noch einmal in aller Deutlichkeit beantwortet sei, lassen Sie mich ein Bild brauchen, das unsere Haltung ausdrückt: Wir alle betrachten Palästina als unsere gemeinsame Mutter und die Zionistische Organisation als die Dienerin, die uns in ihren Schoß zurückführt.

...

[143]
Der „Keren Hajessod" als Ausdruck zionistischer Bündnispolitik
11. SEPTEMBER 1922

Jüdische Rundschau

XXVII. Jg., Nr. 73, 15. September 1922, S. 489–495

Der XVIII. Delegiertentag[1]

...

Referat Felix Rosenblüth:

Geehrter Delegiertentag!

...

... Der Gedanke des Palästinabündnisses war in der Form des Keren Hajessod völlig neu, und es bedurfte und bedarf entschlossenster Anstrengung, um ihm Bahn zu schaffen. Wir dürfen heute sagen: Der Bann ist gebrochen. Der Palästinagedanke gewinnt im deutschen Judentum an Boden. Vielleicht wird sich die Entwicklung langsamer vollziehen, als wir anfangs glaubten, aber nach meiner festen Überzeugung wird alles darauf ankommen, ob weder

[1] Der XVIII. Delegiertentag fand vom 11. bis 13. September 1922 in Kassel statt.

Mühe noch Kosten gescheut werden, um die bereits geschaffene Basis zu verbreitern. Der Keren Hajessod entspricht in eigenartiger Weise der seelischen Verfassung eines Teiles der deutschen Juden. Es gibt insbesondere in der älteren Generation eine ganze Schicht von Menschen, die zwar nur in seltenen Fällen dem Zionismus, aber doch oft einer Art Chibath Zion gewonnen werden können, Menschen, in denen die Palästinaidee und zwar als Regenerations- und Produktivierungsgedanke lebt oder doch erweckt werden kann. Freilich scheidet Zion die Geister, und manche Individuen und Gruppen rücken uns nicht näher, sondern ferner. Sie ziehen den Trennungsstrich schärfer. Das sind die Gruppen der Absterbenden, die noch in dieser Generation Juden sind und in der nächsten nur noch, wenn – was erfreulicherweise keine Seltenheit ist – ihre Kinder treuer und stolzer sind als sie. Die Gründung des Verbandes nationaldeutscher Juden[2] ist nicht nur eine Reaktion auf den Antisemitismus, sondern auch auf den moralischen Aufschwung der Palästinaidee. Anhänger oder Geistesverwandte des Herrn Naumann gibt es aber auch zu Dutzenden im Centralverein und in der Vereinigung der liberalen Juden. Im Kampf zwischen Erneuerung und Assimilation wird der Sieg nicht in jedem Einzelfalle unser bleiben. Aber wenn Zion die Geister scheidet, so sind doch nur die wenigsten von vornherein verloren zu geben. – Durch die Propaganda des Keren Hajessod wird sich ein geistiger Umschwung im deutschen Judentum vollziehen. Vielleicht wird mancher, der dem Keren Hajessod nicht gewonnen wird, in anderer Form für Palästina interessiert werden können, aber letzten Endes werden auch diese Resultate aus dem Erdreich der Keren Hajessod-Bewegung erwachsen. Wie auf der Jahreskonferenz berichtet wurde, daß die Brandeisgruppe[3] in Amerika ihre leider nur bescheidenen Ergebnisse wesentlich der Palästinastimmung zu verdanken hat, die die Keren Hajessod-Kampagne erzeugt hat, so müssen wir auch in Deutschland die Bedeutung des Keren Hajessod nicht nur an seinen unmittelbaren Ergebnissen messen.

...

[2] Der „Verband nationaldeutscher Juden" wurde 1920 von Rechtsanwalt Max Naumann (1875–1939) gegründet. Er bezweckte „den Zusammenschluß aller derjenigen Deutschen jüdischen Glaubens, die bei offenem Bekennen ihrer Abstammung sich mit deutschem Wesen und deutscher Kultur so unauflöslich verwachsen fühlen, daß sie nicht anders als deutsch empfinden und denken können". Bezeichnenderweise wurde der Verein als erste jüdische Organisation schon im November 1935 von den Nationalsozialisten aufgelöst.

[3] Louis Dembitz Brandeis (1856–1941). Von 1916 bis 1939 Mitglied des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika. Sohn jüdischer Einwanderer aus Prag. Von 1914 bis 1921 an der Spitze der amerikanischen zionistischen Bewegung. Seit der zionistischen Konferenz in London 1920 in scharfem Gegensatz zu Weizmann. Seine Anhänger werden hier die Brandeisgruppe genannt.

[144]
Wesen und Ziel des jüdischen Nationalismus
13. SEPTEMBER 1922

Die Arbeit
Heft 2, Oktober 1922, S. 64–70

Aus der Bewegung

...

Ernst Simon (Frankfurt, Hapoel Hazair[1]): „Es ist kein Zufall, wenn in dieser Diskussion alle Redner von ihrer speziellen Parteistellung sprechen, denn die Art des Referenten, das Umfassende und Prinzipielle der Propaganda, gewissermaßen ihren formalen Antrieb, zu zeichnen, macht es notwendig, in der Diskussion ins einzelne zu gehen und den Inhalt zu prüfen. Daher muß es zunächst zurückgewiesen werden, wenn Blumenfeld sagte, die einzelnen Gruppen hätten nur für ihre besondere Färbung geworben; denn jeder Zugehörige einer Gruppe vertritt die Gesamtrealität des Zionismus, gefärbt durch seine prinzipielle Anschauung. Er vertritt in der Propaganda daher auch diese Gesamtrealität, keineswegs einen Bindestrich-Zionismus, und er vertritt sie nur dann mit der wahren Glut, wenn sein Eigenstes hineinverwoben ist. Das gilt auch für Blumenfeld selbst, denn auch bei ihm fühlen wir, daß hinter seinen Worten viel mehr steht, als er sagt, daß bestimmte Anschauungen, bestimmte Färbungen dahinter stehen. Nach Blumenfelds Worten könnte der Eindruck entstehen, als ob nur das Abstrakte real wäre. – Der zionistische Mensch versteht nicht, der jüdischen Realität ins Auge zu sehen, das ist der Hauptgrund, warum große Teile der jüdischen Jugend der jüdischen Realität verloren gehen. Redner führt aus, wie wenig Rechenschaft wir uns selbst über den Wirkungsradius unserer Idee geben, und zeigt das an zwei Beispielen, dem Festhalten der linken Poale Zion an Palästina und der im liberalen Judentum um sich greifenden Bewegung zur Wiedereinführung der Zionsgebete. Wenn wir solchen Realitäten nicht ins Auge sehen, erkennen wir nicht die Ausstrahlungen des Zionismus und die geistigen Veränderungen in den Kreisen, auf die unsere Propaganda wirken soll. Blumenfeld hat wohl recht, wenn er sagt, der Zionismus sei ein Geschenk Europas an die Juden, aber die zionistische Bewegung darf nicht dauernd unter der Wirkung dieses Geburtsaktes stehen, sie muß sich freimachen von den Spuren dieser Herkunft. Die jüdische Realität muß in den Vordergrund treten. Wir müssen diese Realität in zwei Bezirken suchen: Der eine ist der proletarische, der andere der religiöse. Die Orthodoxie ist heute so erstarrt und balbatisch[2], daß sie keine Wirkungsmöglichkeiten hat und die Annäherung dieser beiden Bezirke erschwert.

---

[1] Rede, gehalten auf dem XVIII. Delegiertentag (Kassel 1922).
[2] Jiddisch: selbstzufrieden, kleinbürgerlich.

Der jüdische Arbeiter dagegen hat die Psychologie des entlaufenen Jeschiwa-Bochers[3], der mit Grauen an den Zwang und die Dumpfheit der Ghettomauern zurückdenkt. Trotzdem muß die Kluft zwischen den beiden Bezirken überbrückt werden. Wir sehen die Anzeichen bereits; ich habe das Gefühl, daß Männer wie A. D. Gordon[4] und Rabbiner Dr. Nobel[5] einander im Wesentlichen sehr nahe standen. Es gibt Anzeichen, daß in der palästinensischen Arbeiterschaft, die in der nationalen und sozialen Erneuerung vorangeht, auch religiöse Erneuerungsmöglichkeiten sind. – Zu einer tieferen geistigen Wirkung gehört aber auch die Besinnung auf die Grundlagen unseres Nationalismus. Es ist nicht richtig, was Blumenfeld sagte, daß der Nationalismus nach dem Kriege unpopulär geworden ist. In Wahrheit war es schon vor dem Kriege so. Schon damals haben sich alle wirklich geistigen Menschen aller Völker von ihm abgewendet. Wenn wir das aber wissen, dann dürfen wir nicht dulden, daß bei uns die schlimmste nationalistische Propaganda getrieben wird, wie es etwa Jabotinsky[6] tut, der in Amerika immer wieder von der Legion gesprochen hat. Nun sagt man, wir müssen solche Menschen gewähren lassen, weil wir keine anderen haben und wir alle Kräfte für Geldaktionen usw. brauchen. Diese Auffassung ist grundfalsch. Denn wir haben nur darum keine anderen Menschen, weil wir eben diese haben. Die wirklich guten, jugendlichen und radikalen Menschen schließen sich unserer Bewegung nicht an, weil wir den Zionismus durch derartigen Chauvinismus ebenso diskreditieren wie die Orthodoxie das Judentum diskreditiert. Unsere zionistische Propaganda hat es bisher nicht verstanden, sich um die Kernprobleme des jüdischen Nationalismus zu bemühen. Unsere Lehrer im Nationalismus

---

[3] Schüler der talmudischen Hochschulen (jiddisch).

[4] Ahron David Gordon (1856–1922). Vor dem ersten Weltkrieg Ideologe der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina. Berühmt für seine Philosophie der Religion der Arbeit. Einer der wenigen Arbeiterführer, der einen religiösen Sozialismus vertrat.

[5] Nechemia Anton Nobel (1871–1922). Rabbiner und religiös-zionistischer Führer in Deutschland. Mitglied der Leitung der ZVfD. Mitbegründer der „Misrachi"-Bewegung. Einer der wenigen gesetzestreuen Rabbiner, die sich der Zionistischen Organisation in Deutschland anschlossen.

[6] Wladimir Jewgeniewitz (Seew Jona) Jabotinsky (1880–1940). Schriftsteller, Redner und zionistischer Führer. Nach dem Pogrom von Kischinew 1903 widmete er sich ganz der zionistischen Arbeit. Während des ersten Weltkriegs bemühte er sich um die Gründung einer „Jüdischen Legion" als Bestandteil der englischen Armee. Während der arabischen Unruhen im Jahre 1920 organsierte er die jüdische Selbstverteidigung. War von 1921 bis Januar 1923 Mitglied der Zionistischen Exekutive. Gründete im Jahre 1923 den „Betar" (Brith Trumpeldor, aktivistische zionistische Jugendorganisation). 1925 wurde die „Weltunion der Zionisten-Revisionisten" mit Jabotinsky als Präsident in Paris gegründet. Nach der Bildung der Jewish Agency und der Weigerung des XVII. Zionistenkongresses (1931), die Gründung eines jüdischen Staates als Ziel des Zionismus zu erklären, trat Jabotinsky aus der Zionistischen Weltorganisation aus und gründete 1935 die unabhängige „Neue Zionistische Organisation" mit Hauptsitz in London.

müssen Jirmijahu[7], Maimonides[8] und die anderen jüdischen Geister sein. Dann werden wir erkennen, daß im Mittelpunkt unseres Nationalismus der Begriff des „auserwählten Volkes" steht, und dann werden wir nicht nationalistisch sein können. Blumenfeld hat polemisiert gegen das, was er „neue Apologetik" nannte, darin liegt aber ein Mißverständnis, denn in Wahrheit handelt es sich bei den Versuchen der Männer, auf die er anspielte, um die Verknüpfung des Zionismus mit dem Judentum und mit dem Menschentum. Blumenfelds Verdienst um den Zionismus ist es, daß er zum ersten Mal in tiefere Schichten gegriffen hat. Aber wenn heute Menschen, die sich mit Freude seine Schüler nennen, versuchen zu fragen, wie machen wir unseren Nationalismus wesentlicher, dann sollte er das verstehen. In unserem Ringen um die Antwort auf diese Fragen werden wir die Menschen gewinnen. Blumenfeld fürchtet, daß durch eine Beschwerung mit Inhalten die Kraft und Mobilität der Bewegung verloren geht. Aber ich glaube, je reicher der Mensch innerlich ist, desto mehr Kraft hat er, andere mit sich fortzureißen und desto eher wird er auch nach Palästina kommen. Deswegen genügen mir die Inhalte Blumenfelds nicht. Seine fünf Punkte sind im Grunde nur Synonyma für einen Gedanken, nämlich die pflichtgemäße Einordnung in einen Organismus. Dieses Ziel ist sehr wichtig, aber es ist durchaus nicht das letzte. Und wir müssen uns hüten, relative Dinge dieser Art zu absoluten zu machen. Wir dürfen nicht die irdische Selbstverständlichkeit des Lebens zu einer Religion machen. In unserem nationalen Streben handelt es sich um eine einfache irdische Angelegenheit, die sehr wichtig ist und im Mittelpunkt unserer Arbeit steht, aber wir wissen, daß es nicht das Letzte ist. Darum schmerzt es uns auch, wenn ein Mann wie Schmarja Levin, den wir hoch verehren, im Zusammenhang mit den heutigen Geschehnissen immer von Meschiach[9] und Geulah[10] spricht. Wir müssen uns das Bewußtsein wahren, daß für diese letzten Ideen des Judentums unsere heutige Zeit nicht reif ist. – Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß wir ein „Daheim im Unterwegs" haben und uns eingliedern dem Marsch des jüdischen Volkes, den Rythmus dieses Marsches fühlend. Bei einem solchen Zustand, den Gustav Landauer ein „Leben in suspenso" genannt hat, liegt die Gefahr sehr nahe, daß man ein Surrogat sucht. (Zwischenruf Heinrich Margulies.) Ihre Zustimmung, Herr Margulies, freut mich nicht, denn es sind ganz verschiedene Dinge, an die wir denken. Darum möchte ich hier noch einmal ganz klar aussprechen, daß wir zu Blumenfeld gehören und nicht zu Ihnen und daß unser Weg überhaupt nur möglich geworden ist, weil Blumenfeld vorangegangen ist. Nicht in irgendeinem Kompromiß sehen wir die Möglichkeiten zionistischer Propaganda, sondern in einer

---

[7] Der Prophet Jeremia.

[8] Moses Maimonides (1135–1204). Der „Rambam" (Acronym aus Rabbi Moses ben Maimon). Arzt. Bedeutendster Philosoph und Dezisor des Mittelalters.

[9] Hebr.: Messias.

[10] Hebr.: Erlösung.

Erfüllung unseres Strebens mit Realität über das bloß Formal-Organisatorische hinaus." (Lebhafter Beifall.)

...

[145]
Zionistische Werbearbeit und die Einheit der ZVfD
27. OKTOBER 1922
CZA, Z 4/2141/II

Zionistische Vereinigung
für Deutschland

Berlin, 27. Okt. 1922
Sächsische Str. 8

An die zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute.

Zur Verlesung und Besprechung in der Vorstandssitzung.

Sehr geehrte Herren Gesinnungsgenossen.

Dem XVIII. Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland in Cassel lag der Entwurf eines „Aktions-Programms" vor, der Ihnen, wie wir annehmen dürfen, durch Ihre Delegierten überbracht worden ist. Der neugewählte Landesvorstand der Zionistischen Vereinigung für Deutschland hat sich in seinen ersten Sitzungen mit dem Aktions-Programm eingehend beschäftigt und unterbreitet Ihnen nachstehend als das Ergebnis seiner Beratungen eine Reihe von Vorschlägen und Anregungen. Wir bitten Sie, diese Vorschläge sofort zu prüfen und uns mitzuteilen, welche Maßnahmen Sie zu ihrer Durchführung ergriffen haben.

I. Propaganda.

Die zionistische Werbearbeit, die darauf gerichtet ist, den Kreis der dem zionistischen Programm verpflichteten Anhänger zu erweitern, ist in der letzten Zeit in den Hintergrund getreten. Sie ist nur teilweise ersetzt worden durch eine Palästinapropaganda, wie sie vom Keren Hajessod und vom Jüdischen Nationalfonds betrieben worden ist. Diese Palästina-Aktionen können aber, so wichtig sie sind, niemals jene eigentliche zionistische Werbearbeit überflüssig machen, welche die Judenfrage als solche *in ihrem ganzen Umfange* zur Diskussion stellt und die zionistische Lösung verkündet. *Der Kampf um die Seele des deutschen Judentums darf nicht verdrängt werden durch den Kampf um das Geld der deutschen Juden.* Wenn in manchen Ortsgruppen in den vergangenen Arbeitsjahren die Befürchtung bestimmend gewesen sein mag, daß die Keren Hajessod-Aktion durch eine direkte zionistische Propaganda geschädigt werden könnte, so zeigen die Erfahrungen in

einer sehr erheblichen Anzahl anderer Ortsgruppen, daß es sehr wohl möglich ist, die zionistische Idee öffentlich zu vertreten und dennoch für den Keren Hajessod zu werben. Überdies liegt es im Arbeitsplan des Keren Hajessod, daß in Zukunft die intensive Geldwerbung in jedem Bezirk in einem ganz bestimmten Zeitraum erfolgen soll, sodaß der Rest des Arbeitsjahres für andere Aufgaben frei bleibt.

...

IV.
Mitteilungen über Binjan Haarez.

In dem offiziellen Verhältnis der Zionistischen Vereinigung für Deutschland zur Gruppe Binjan Haarez ist eine Änderung eingetreten. Schon auf dem Delegiertentag in Cassel war Binjan Haarez bekanntlich durch Dr. Lelewer[1] vertreten, der in seiner Rede zur Generaldebatte hervorhob, daß er auch im Namen der Herren Dr. Kollenscher und Dr. Klee spreche. In der Sitzung des Landesvorstandes vom 19. Oktober fand nun eine eingehende Aussprache mit der Binjan Haarez-Gruppe statt. Erschienen waren die Herren Dr. Kollenscher, Professor Lewin, Dr. Lelewer, Dr. Zwirn. Herr Dr. Kollenscher gab die Erklärung ab, daß Binjan Haarez entschlossen sei, sich der Zionistischen Vereinigung für Deutschland als parlamentarische Oppositionsgruppe einzugliedern. Die Mitgliedschaft innerhalb der Z.V.f.D. habe Binjan Haarez auch früher nie aufgegeben gehabt, in Zukunft werde aber Binjan Haarez wieder *innerhalb* der Z.V.f.D. und ihrer Instanzen aktiv den Kampf für seine Ideen führen. Der Versuch, eine Parallelorganisation neben der Z.V.f.D. zu gründen, sei aufgegeben worden. Die sachlichen Gegensätze hätten sich freilich nach Auffassung der Binjan Haarez-Gruppe nicht gemildert, sondern eher verschärft, sodaß Binjan Haarez nicht die Mitverantwortung für die Führung der zionistischen Geschäfte in Deutschland übernehmen könne, sondern in der Opposition verharren müsse. Binjan Haarez sei aber bereit, auf gewissen Arbeitsgebieten, die innerhalb des zionistischen Meinungskampfes neutralisiert werden können, mitzuarbeiten und sei auch gewillt, in *kontrollierende* Instanz, wie z. B. das Zentralkomitee, einzutreten. In dieser Beziehung schließe sich Binjan Haarez der Auffassung an, die von Herrn Heinrich Margulies namens der Unabhängigen Koalitionsgruppe auf dem Delegiertentag in Cassel vertreten worden sei.

In der Aussprache wurde betont, daß der Landesvorstand in dem Konflikt zwischen der Mehrheit der Z.V.f.D. und Binjan Haarez von jeher den Standpunkt vertreten habe, daß das Recht auf Kritik nicht geschmälert werden dürfe und daß lediglich *die* Opposition unzulässig sei, die sich außerhalb des verfassungsmäßigen Rahmens der Z.V.f.D. stelle. Die Mitglieder des Landes-

---

[1] Hermann Lelewer (1891–1946). 1918 Sekretär der ZVfD; 1919–1920 Präsident des KJV; erwarb sich besondere Verdienste um das jüdische Sportwesen; Organisator des „Makkabi“-Weltverbandes und Initiator der „Makkabiah“ (jüdische Olympiade). Wanderte 1934 in Palästina ein.

vorstandes begrüßten es, daß in Zukunft wieder eine parlamentarische Auseinandersetzung innerhalb der verfassungsmäßigen Instanzen der Z.V.f.D., wie Zentralkomitee und Delegiertentag, ermöglicht sei. Die weitere Aussprache ergab eine Bestätigung der bereits früher vom Binjan Haarez abgegebenen Erklärung, daß in der Keren Hajessod-Frage die Kongreßbeschlüsse auch von allen denjenigen respektiert werden würden, die im Keren Hajessod selbst kein geeignetes Mittel für das Werk der Finanzierung sähen, und daß die finanzielle Mitverantwortung für die Aufrechterhaltung der Z.V.f.D. auch die Binjan-Haarez-Gruppe wie jede andere Gruppe der Z.V.f.D. zu tragen habe.

Wir haben dem Zentralkomitee vorgeschlagen, die nachstehenden Herren zu kooptieren: Dr. Kollenscher, Dr. Klee, Professor Lewin, Dr. Lelewer und Dr. Steinitz[2] (Breslau).

...

Wir verbleiben

mit bestem Zionsgruß
ergebenst

Zionistische Vereinigung für
Deutschland

Der Vorsitzende:
Rosenblüth

[146]
AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM „BLAU-WEISS“
5. DEZEMBER 1922

Jüdische Rundschau

XXVII. Jg., Nr. 97, 8. Dezember 1922, S. 638

Sprechsaal
(Ohne Verantwortung der Redaktion.)

Erklärung

Vier Monate sind vergangen, seit die katastrophale Entwicklung des Wanderbundes Blau-Weiß einen Höhepunkt erreicht hat. Sie hat eine Gestalt angenommen, welche es zum mindesten der zionistischen Öffentlichkeit in Deutschland zur Pflicht gemacht haben müßte, sich mit diesem Phänomen aufs

[2] Walter Steinitz (1882–1963). Zionist seit dem ersten Kongreß. Herzspezialist und Zoologe; nach seiner Einwanderung in Palästina widmete er sich dem Aufbau einer jüdischen See-Fischerei.

nachdrücklichste und unnachgiebigste auseinanderzusetzen. Der deutsche Zionismus aber glaubt scheinbar einem Theater, das da vorgibt und noch in den zahmsten Entschuldigungsreden seiner Hauptdarsteller den auf nichts, nur auf die Selbstsicherheit der Phrase gegründeten Anspruch erhebt, *die* Bewegung der zionistischen Jugend in Deutschland zu sein. Voller Beschämung muß hier die schmähliche Schwäche konstatiert werden, welche Organisation und Öffentlichkeit des deutschen Zionismus diesen Dingen gegenüber bewiesen haben ... Warum veröffentlicht man nicht den Wortlaut der monumentalen Reden der Herren Walter Moses, Bandmann und Georg Strauß auf dem Bundestag, die freilich der Öffentlichkeit einen anderen Begriff von dem geben würden, was dieser Blau-Weiß ist, als die sanften Töne der Politik, mit denen die Redner des Blau-Weiß in Kassel vorgezogen haben, sich nach außen als eigentlich ganz harmlose junge Leute vorzustellen? Warum veröffentlicht man nicht in ihren skandalösesten Teilen die machtlüsternen „Gesetze", die diesem Blau-Weiß von einem zweiten Moses – להבדיל[1] – gegeben worden sind?

Die Endunterzeichneten, die zum Teil dem Blau-Weiß angehört, ihn aber im Laufe der letzten fünf Jahre aus prinzipiellen Gründen verlassen haben, halten es für ein Gebot der Ehrlichkeit, nicht weiter in ein Schweigen einzustimmen, das sie diesen Dingen gegenüber für unmöglich gehalten hätten ...

Schon seit 1918 wurde, erst schwächer, dann immer stärker, die Strömung sichtbar, welche nunmehr allein noch den Blau-Weiß darstellt. Diese Strömung – es muß das der Klarheit halber deutlich ausgesprochen werden – war bisher nicht durch ein bestimmtes festes Programm, ein bestimmtes positives Vorhaben charakterisiert, sondern vielmehr durch die Person ihres unbestrittenen Führers, der ihr in vierjährigem Kampfe mit allen Mitteln zur Herrschaft verholfen hat: Walter Moses ...

Mit dem zunehmenden orgesch[2]-artigen Charakter, den große Teile der Organisationen der deutschen Jugendbewegung angenommen haben, ist die gleiche Tendenz prinzipieller Verherrlichung von Macht und Gewalt, das Bestreben zu analoger Organisation auch im Blau-Weiß aufgetreten, von Walter Moses mit anerkennenswertem Zynismus verfochten*. Sie haben sich nunmehr

* „Ich bin kein Fachmann für Gerechtigkeit." (Moses auf dem Praktikantentag Herbst 1921). Die Gesetze des Blau-Weiß verraten die innerlichste Verwandtschaft zwar nicht mit denen des „bankrotten" Judentums, wohl aber mit denen bestimmter deutscher Jugendbünde in Einleitung und Ausführung in dem, was sie sagen und vor allem in dem, was sie *nicht* sagen, sondern voraussetzen, andeuten und verschweigen.[3]

[1] Hebr., wörtlich: „um zu unterscheiden"; sinngemäß: nicht in einem Atemzug zu nennen.

[2] Abk. für *Org*anisation *Esch*erich, ein im Jahre 1920 in Bayern gegründeter Selbstschutzverband zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung und Sicherheit. Wurde 1921 auf Verlangen der Entente aufgelöst.

[3] Anmerkung im Dokument.

offiziell in diesem Blau-Weiß verkörpert nach Ausschaltung der letzten Widerstände, die sich erhoben gegen den allzu offenbaren Bankrott alles Jüdischen in diesem Bunde, gegen die Verabsolutierung des Blau-Weiß, gegen die diktatorische Tendenz des אני ואפסי עוד[4].

Dieser jetzige Blau-Weiß hat nunmehr vor seiner hypnotisierten und zermürbten Jugend die Diktatur seiner unabsetzbaren Bundesleitung, die Verwandlung seiner Anhänger in eine „straffe, reichgegliederte (!!) Armee“ als letzte Rettung aus der zionistischen Krisis proklamiert, den „heldischen Menschen“ als den Idealtypus der neuen, vom Blau-Weiß in Palästina zu schaffenden „Kultur“ verkündet. Wieder einmal hat er seine Anhänger mit der Idee der Gründung einer kulturschöpferischen Blau-Weiß-Kolonie in Palästina in einen Rausch versetzt, und es ist Gefahr, daß sie aus diesem Rausche nicht mehr aufwachen werden: die Verpflichtung auf den Blau-Weiß *fürs ganze Leben* spricht drohend genug ...

...

Eine *prinzipiell* landsmannschaftliche Kolonisation durch Gründung einer eigenen Blau-Weiß-Kolonie ist unvereinbar mit der Forderung, sich dem arbeitenden Palästina lebendig einzugliedern. Die Hebraisierung ist unmöglich – keine Phrase kann darüber hinwegtäuschen – in einer Gesellschaft, welche auf tief deutsch determinierte Erlebnisse gegründet ist. Nur eine prinzipielle Zerstreuung der aus Deutschland kommenden Einzelnen und Gruppen in die Zentren hebräischen Lebens, nur ein längeres Zusammenleben der Einzelnen mit solcher Umgebung vermag die Hebraisierung aus dem Bereich der Spielerei mit hebräischen Vokabeln in den Zusammenhang lebendigen Gefühls zu heben. Auch die palästinensischen Pläne des Blau-Weiß machen die Befürchtung dringend, daß es dem Blau-Weiß als solchem, von blühenden Ausnahmen abgesehen, mit dem Hebräischen nicht letzter Ernst ist, eine Befürchtung, welche unverblümte Reden seines Führers Walter Moses immer wieder bestärken mußten. Die Unterzeichneten halten es für eine Pflicht auch des deutschen Zionismus, einem Unheil zuvorzukommen, das mit unfehlbarer Sicherheit eine solche Kolonie, käme sie wirklich je zustande, im palästinensischen Jischuw herbeiführen würde.

Die Verabsolutierung des Blau-Weiß drückt sich auch in seinen Erziehungsprinzipien aus. Die feierlichen Zeremonien, unter denen schon einem dreizehnjährigen Jungen (!!!) ein *Treugelöbnis* zum Blau-Weiß abgenommen werden kann, sind diabolisch gut geeignet, ihn zum willenlosen, von leerer „Treue“ beherrschten Werkzeug seiner Führer zu machen. Und wie schwer gerade junge Menschen von 13 bis 18 Jahren solche Gelöbnisse als Theater von sich abschütteln werden, wie leicht gerade junge Menschen Opfer solchen pomphaft einherschreitenden Machtstrebens werden, das wird nicht nur den Unterzeichneten traurig klar sein. Korrumpierend wirken muß vollends unter den jetzigen Verhältnissen auf solche Jungen ihre Heranziehung zu den

[4] „Ich bin es und keiner sonst“, Jesaja 47, 8 u. 10.

interessanten Geschäften, den privatwirtschaftlichen Aktionen des Blau-Weiß, durch die er, Armee, Geschäft und Jugenderzieher in einem, die Mittel zu seinem Kreuzzug nach Palästina zu erlangen hofft.

Der Rauschstimmung des Blau-Weiß als Armee entspringt die Großsprecherei und politische Anmaßung seiner Soldaten und Generalstäbler, die man auch sonst vom Weltkrieg her bei Armeen kennt. Die hinter solcher Stimmung liegenden *wirklichen* Kräfte, die in vielen dieser verführten „Soldaten" vorhanden sind, gilt es, von der Fesselung durch die Armeehypnose zu befreien. Eine Kraft, die nur in der Massensuggestion der Armee wach wird, könnte jederzeit mißbraucht werden vom ersten besten General, der über die Rechtmäßigkeit ihrer Richtung niemandem Rechenschaft schuldet. Ein Abgrund trennt einen Bund, der auf solche Kraft, statt auf Sein und Können jedes Einzelnen seine Hoffnung setzt, von dem Zionismus, aus dem die Gestalt des Chaluz hervorgewachsen ist.

Berlin, Dresden, Gotha, München, den 5. Dezember 1922.

Erich *Brauer*, Grete *Brauer*, Elsa *Burchhardt*, Meir *Flanter*, Benjamin *Freund*, Georg *Grunwald*, Walter *Heilbrunn*, Aharon *Heller*, Meta *Jahr*, Gerschom *Kalischer*, Schlomoh *Krolik*, Dr. Hans *Oppenheim*, Alex *Prag*, Max *Sadger*, Gerhard *Scholem*[5].

[147]

WESEN UND AUFGABEN DES DEUTSCHEN „HECHALUZ"

14.–16. DEZEMBER 1922

ARCHIV DER JÜDISCHEN ARBEITERBEWEGUNG, III 38(43)

AKTE 3 (vorläufig)

Resolutionen.

Angenommen von der Konferenz des deutschen Hechaluz am 14., 15. u. 16. 12. 1922.

I.

Wesen und Aufgaben des Hechaluz.

1. Die Konferenz beschließt die Gründung eines Hechaluzverbandes, in dem sämtliche in Deutschland arbeitende Chaluzim zusammenzufassen sind.

---

[5] G. Scholem war der Verfasser dieser „Erklärung".

Vgl. die Antwort von *Benno Cohn*, Die Gefahr, in: Jüdische Rundschau, Nr. 100, 19. Dezember 1922.

* Die zweite Weltkonferenz des „Hechaluz" fand in Berlin im Dezember 1922 statt. Zur Vorbereitung dieser Konferenz tagte in Berlin am 29. Oktober 1922 der „Bund zionistischer Praktikanten", zum letzten Male unter dem Vorsitz seines

2. Der Verband legt seinen Arbeiten folgende Leitsätze zugrunde:
   1. Der deutsche Hechaluz ist ein unparteiischer Verband, der sich auf den ideellen Grundlagen der allgemeinen jüdischen Arbeiterorganisationen in Palästina aufbaut. In ihm schließen sich die in Deutschland arbeitenden Chaluzim zwecks Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen zusammen.
   2. Die Organisation des Deutschen Landesverbandes Hechaluz bzw. sein gewähltes Exekutivorgan ist die einzige legitime Vertretung sämtlicher deutschen Chaluzim, sowie auch aller Gruppen derselben.
   3. Dem Deutschen Landesverbande Hechaluz kann jeder angehören, der
      a) einen landwirtschaftlichen, handwerklichen oder anderen unmittelbar für den Aufbau des arbeitenden Palästinas (Erez Israel haowedet) lebenswichtigen Beruf erlernt oder ausübt, und der
      b) sich organisch eingliedern will in das Leben der palästinensischen Arbeiterschaft durch
         1. „Awodah azmith bli menazlim umenuzalim" (Eigenarbeit ohne Ausbeuter oder Ausgebeutete);
         2. die Einfügung in die hebräische Arbeiterkultur („T.A.") Palästinas.
3. Der Verband nimmt die Angelegenheiten der Chaluzim selbst in die Hand und stellt sich insbesondere folgende Aufgaben:
   1. Die Vertretung der Chaluzim bei der Zionistischen Organisation und in der Öffentlichkeit überhaupt.
   2. Die Herstellung eines lebendigen Kontaktes zwischen der palästinensischen Arbeiterschaft und den deutschen Chaluzim.
   3. Die Zentralisierung der gesamten Hachscharah-Arbeit in Deutschland.
      a) Einrichtung einer zentralen Stellenvermittlung.
      b) Erleichterung der Berufswahl und der Spezialisierung im Beruf durch regelmäßige Information aus Palästina.
      c) Förderung der Chaluzim in ihrem Fach und im Hebräischen durch Einrichtung von Kursen.
      d) Darlehensbeschaffung für Unbemittelte.
   4. Organisierung der Alijah.
      a) Auswahl der Chaluzim;
      b) Beschaffung der Visa.

. . .

Gründers Max Hirsch. Es wurde beschlossen, einen deutschen Landesverband des „Hechaluz" zu gründen, ein Schritt, der bereits vier Jahre vorher von Viktor Chaim Arlosoroff angeregt, aber nicht durchgeführt worden war. Bei der Gründungsversammlung am 14.–16. Dezember 1922 in Berlin vertraten rund 30 Delegierte etwa 400 Chaluzim.

Vgl. *Meier-Cronemeyer*, aaO., Heft 3/4.

[148]
Gründung und Programm des „Brith Haolim"
1. JANUAR 1923

Die Arbeit
Heft 4/5, Dezember 1922/Januar 1923, S. 157–158

Ein Rundschreiben des „Brith Haolim" [1].

Die Bundesleitung des Brith Haolim hat am 1. Januar 1923 das folgende Rundschreiben an alle Bünde und Mitglieder versandt:

Fulda, 1. Januar 1923.

Chawerim und Chaweroth [2] – ob eine Jugend autonom sein kann oder ob sie sich dem Dienste der Gemeinschaft unterstellen soll, ist eine Frage der Notwendigkeiten dieses Volkstums. Die Aufgaben des jüdischen Volkes erfordern eine sich in höchster Intensität einsetzende jüdische Jugend. Immer müssen die Aufgaben des Volkes, niemals die dieser Jugendkreise höchster Gesichtspunkt sein.

Die Entwicklung des Blau-Weiß bewegte sich nicht von einer entjudeten westeuropäischen Jugend zum Judentum, sondern – ohne das Ziel der Eroberung Palästinas aus den Augen zu verlieren – näherte sich seine Richtung immer bedenklicher der ihm wesensfremden deutschen Jugendbewegung. Er proklamiert den heldischen Menschen als Führerideal und setzt seinem assimilatorischen Aufbau somit den Schlußstein auf.

Diese Entwicklung zwang diejenigen, für die ihr Jude-sein eine ganz fest

---

* Die Gründung des „deutschen Hechaluz" wirkte sich stimulierend auf jene Gruppe von Chaluzim aus, die der Prunner Armee nicht beigetreten war und von Fulda aus versuchte, einen neuen Wanderbund zu gründen. Ende 1922 versammelten sich die Chaluzim, von denen einige bereits vor ihrer Auswanderung nach Palästina standen, in Schlüchtern. Hugo Rosenthal und Marduk Schattner wurden beauftragt, einen Namen für einen neu zu gründenden Bund zu suchen; sie nannten ihn „Brith Haolim". (Vgl. Dok. 159, Anm. *.)

Während in der zionistischen Öffentlichkeit noch die Kämpfe um den „Blau-Weiß" ausgetragen wurden, spaltete sich von ihm am 1. Januar 1923 in Hamburg der „Freie jüdische Wanderbund Blau-Weiß" ab. Den Hamburgern schlossen sich der Emdener „Blau-Weiß" unter Alfred van der Walde und ein von Kurt Loewenstein in einigen schlesischen Städten gegründeter „Jüdischer Wanderbund Makkabi" an, sowie eine Berliner Gruppe unter Erich Mendelsohn. Zugleich versuchte Hermann Gradnauer, die Freien Blau-Weißen zum „Brith Haolim" herüberzuziehen, was dann auch bei Zusammenkünften am 11. und 24./25. März 1923 in Wolfenbüttel gelang.

Vgl. *Meier-Cronemeyer*, aaO., Heft 3/4.

[1] Hebr.: wörtlich „Bund der Aufsteigenden", d. h. Bund der nach Palästina Einwandernden.

[2] Hebr.: Freunde oder Genossen.

umrissene Aufgabe bedeutete, in den letzten Jahren im steigendem Maße zum Austritt. Es handelt sich naturgemäß besonders um Menschen, deren soziale oder religiöse Forderung im Blau-Weiß keinen Widerhall fand, sowie um Mädchen, deren besondere Aufgaben nicht genügend gewürdigt wurden. Das Bedürfnis der in verschiedenen Gegenden Deutschlands ausgetretenen Gruppen und einzelnen nach fester äußerer Bindung führte zur Gründung des Brith Haolim.

Wir nennen uns Olim, denn nach Palästina geht unser Weg; aber nicht jeder, der nach Palästina geht, ist ein Oleh. Mit dem Gedanken der Alija[3] verbindet sich unmittelbar der Gedanke des *sozialen* Aufbaus.

So soll der Name unseres Bundes die eine Richtung unseres Wollens kennzeichnen, die die wahre, die sozialistische Gemeinschaft als die seit Urväter-Tagen gebotene Aufgabe des Judentums erstrebt.

Und wir nennen unsern *Bund „Brith“* – im Anklang an das einst bedeutsame gebrauchte Wort – weil wir wissen, daß nur religiöser Enthusiasmus alle Hemmungen, die sich der Bildung der Gemeinschaft entgegenstellen, überwinden kann.

So vollzieht sich auch in unserem Namen die Synthese von Religion und Sozialismus, die dem neu entstehenden Judentum die Prägung geben wird.

Wir sehen uns vor die Aufgabe gestellt, den Zusammenhang mit dem Gesamtkomplex des Judentums zu gewinnen, mit dem alten der Bibel und des Talmuds, mit dem lebendigen des Osten und dem neuwerdenden Palästina.

Um die Verbindung mit der palästinensischen Arbeiterschaft, der lebendigen Kraft des neuen Jischuw vorzubereiten, schlossen wir uns dem Welthechaluz an. Wir sehen in dieser Verbindung mit der Arbeiterschaft die hervorragende Aufgabe unseres neuen Bundes, die wir durch Förderung der Kenntnis des sich gestaltenden Lebens in Palästina, durch Schaffung persönlicher Beziehungen zu den Menschen des Landes durch Vorbereitung unserer Menschen auf die Arbeit in Palästina lösen wollen. Unter diesem Gesichtspunkt wollen wir versuchen, der immer dringender werdenden Aufgabe des Mädchennachwuchses eine neue Richtung zu geben, d. h. Erziehung des Mädchens zur Olah. Wir glauben, daß diese Aufgabe nur von Jungens und Mädels gemeinsam gelöst werden kann.

Der Brith Haolim ist die Nachwuchsbewegung für Erez Jisrael und die Arbeiterschaft des Landes.

Wir sind der Ansicht, daß durch die Schaffung des neuen Bundes der Zersplitterung der Jugend kein Vorschub geleistet wird. Wir halten fest an dem Ziel einer einheitlichen jüdischen Jugendbewegung, nicht nur für Deutschland, sondern für die jüdische Welt. Aber eine Fusion darf nicht organisatorisch gemacht sein, sie muß organisch wachsen. Unser Bund ist klein. Seine Kraft ist unser Wille.

---

[3] Hebr.: wörtlich „das Aufsteigen“, d. h. Oleh, Olah, Olim, Olot sind die mask., fem. und Pluralform von „Einwanderer“.

[149]
Die zionistische Stellung zum anwachsenden Antisemitismus
15. JANUAR 1923
SCHOCKEN-ARCHIV, 531/241

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin W. 15, Sächsischestraße 8
den 15. Januar 1923

An die Mitglieder des Landesvorstandes und des Zentralkomitees,
an die zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute.

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen!

Das starke Anwachsen des Antisemitismus in Deutschland[1] hat in vielen Zionisten die Frage wach werden lassen, ob nicht seitens der Zionistischen Vereinigung für Deutschland der Kampf dagegen aufgenommen werden müsse.

Unsere prinzipielle Einstellung zum Antisemitismus unterliegt keinem Streite und kann mit wenigen Worten so umschrieben werden:

Der Antisemitismus ist für uns keine Angelegenheit des jüdischen Lebens, der Kampf gegen ihn also kein jüdischer Inhalt. Der Antisemitismus ist die Reaktion der nichtjüdischen Welt auf die anomale Lage des jüdischen Volkes, das als Volk ohne Land eine Erscheinung darstellt, mit der sich die normalen Völker nicht abfinden können. Der Antisemitismus beruht also nicht auf einzelnen konkreten Fehlern und Schwächen der Juden, mit deren Behebung er in sich zusammenfiele. Wären alle Juden vollkommen, so wäre der Antisemitismus nicht geringer; ihre Vollkommenheit wäre alsdann die Eigenschaft, die den Juden zum Vorwurf gemacht würde. Der Antisemitismus ist nur dadurch behebbar, daß das jüdische Volk sich sein Recht der Ebenbürtigkeit verschafft, indem es sein Leben normalisiert, d. h. sich in Palästina zu einer schaffenden Gemeinschaft konsolidiert.

Sehen wir im Antisemitismus also ein äußerliches Symptom der Golussituation überhaupt, so sinkt er damit zu einer sekundären Erscheinung herab, die durch selbständige Gegenmaßnahmen im ganzen nicht entscheidend beeinflußt werden kann. Eine Vereinigung mit anderen Gruppen des deutschen Judentums, insbesondere dem Zentralverein, zur Bekämpfung des Antisemitismus erscheint uns im Prinzip nicht möglich, da die Gegenargumentation der Assimilanten darauf hinauszulaufen pflegt, daß sie ihre unlösliche Verbundenheit mit dem deutschen Volke betonen, auf ihre staatsbürgerlichen und sonstigen, dem Deutschtum zu Gute kommenden Leistungen hinweisen und

[1] 1923 erreichte die starke antisemitische Welle der ersten Nachkriegsjahre ihren Höhepunkt. Am 9. November dieses Jahres fand der Hitlerputsch in München statt.

daraus den Anspruch auf Gleichbewertung mit den Nicht-Juden herleiten. Dies pflegt der Inhalt der sogenannten „Aufklärungsarbeit“ zu sein, mit der der Zentralverein in die Öffentlichkeit tritt. Zwischen unserer und dieser Auffassung ist kein Einklang herzustellen, und eine Vereinigung beider Richtungen muß zu Konstellationen führen – z. B. im öffentlichen rednerischen Auftreten – die für uns kompromittierend sind.

Eine Ausnahme von der gebotenen Zurückhaltung gegenüber den Assimilanten-Organisationen erscheint nur zulässig in Verhältnissen, wie sie zur Zeit im größten Teile Bayerns herrschen. Dort hat der Antisemitismus so grobe Formen angenommen, daß eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben der Juden zu bestehen scheint. In diesem Zustande beinahe offener Feindseligkeiten wird eine Notgemeinschaft mit den anderen jüdischen Gruppen zwecks gemeinsamer tatkräftiger Verteidigung geboten sein. Verlangt werden muß dabei von unserer Seite vor allem, daß man in diesem kritischen Zustande darauf verzichtet, sich in der herkömmlichen Weise den Nicht-Juden zu empfehlen. Für den Fall, daß diesem unserem Verlangen nicht entsprochen wird, muß von unserer Seite die Kündigung der Gemeinschaft in Aussicht gestellt werden; diese Androhung wird im allgemeinen genügen, um assimilantischen Excessen vorzubeugen, jedenfalls so lange als der allgemeine Notstand besteht.

...

Unser eigenes Interesse an der Bekämpfung des Antisemitismus ist ein doppeltes. Einmal bedeutet der Antisemitismus in seinen manifesten Äußerungen einen Angriff auf die Ehre des jüdischen Volkes, zu deren Hütern wir uns berufen und deren Verteidigung wir in den Händen der Assimilanten sehr schlecht aufgehoben wissen; zum anderen bietet ein sachgemäßes Eingehen auf die Gründe des Antisemitismus einen sinnfälligen Anknüpfungspunkt für die zionistische Propaganda. Diese hier anzuschließen, ist umso wichtiger, als der Antisemitismus durchaus nicht nur, wie oft gesagt wird, dem Judentum genützt hat, indem der Druck von außen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit verstärkte, sondern im Gegenteil sehr viele Juden zermürbte und dem Judentum, sei es durch unmittelbaren Abfall, entzog, sei es dadurch, daß er sie selber zu Antisemiten macht (Verband nationaldeutscher Juden![2]).

Unser Kampf gegen den Antisemitismus darf sich nicht auf einen Kampf um die staatsbürgerliche Stellung des einzelnen Juden beschränken, sondern muß ein Kampf um die Anerkennung der Ebenbürtigkeit des jüdischen Volkes sein. Ein freies Bekenntnis zum jüdischen Volkstum wird uns stets die Achtung aller anständigen, geistig gerichteten Gegner verschaffen (den anderen ist mit keiner Argumentation beizukommen!); eine saubere Grenzziehung kann für uns nur moralischen Gewinn zur Folge haben. Der Zionismus muß

---

[2] Vgl. Dok. 143, Anm. 2.

als unser Freiheitskampf dargestellt werden, als die heroische Bemühung um die Rückkehr zu einem produktiven Dasein ...

...

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß!

Zionistische Vereinigung für Deutschland
Der Landesvorstand

gez. Erich Cohn

[150]
Stellungnahme der ZVfD zum „Blau-Weiss"
28. MAI 1923
CZA, A 102/12/14

Zionistische Vereinigung
für Deutschland

Berlin W.15, den 28. 5. 1923.
Sächsischestraße 8.

An die zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute!

Betr.: Jugendbewegung.

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen!

Vor einigen Wochen haben wir in einem besonderen Zirkular die Entwicklung geschildert, die den Blau-Weiß in einen allmählich sich immer mehr verschärfenden Gegensatz zu dem realen Leben und der allgemeinen Ideenwelt der zionistischen Bewegung zu drängen drohte. Die Leitung des Blau-Weiß hat seither offenbar in dem Gefühl, die Vorwürfe, die hier und anderwärts gegen sie gerichtet wurden, durch eine selbst gewählte Abgrenzung von der Außenwelt zum Teil verschuldet zu haben, wiederholt Aussprachen mit dem Landesvorstand und einzelnen seiner Mitglieder erbeten. Diese Auseinandersetzungen haben stattgefunden. In den Aussprachen wurde vom Blau-Weiß dargelegt, daß zwar der Bund *eine* bestimmte Linie von Anfang an niemals verlassen habe, nämlich die Erziehung zur persönlichen Palästinaentscheidung. Im übrigen aber fühle er selbst sich entwicklungsfähig und öffne sich allen zionistischen und jüdisch-kulturellen Einflüssen, die stark genug seien, die Jugend durch eine lebendige, anschauliche Forderung innerlich zu erfassen. Positiv wurde hervorgehoben, daß der Blau-Weiß die Jugend im engsten Anschluß an die Zionistische Organisation und an die ihr zugrunde liegende Idee der inneren Verbundenheit und Gesamt-

verpflichtung aller ihrer Teile erziehe. In dieser Hinsicht bezogen sich die Blau-Weiß-Vertreter auf die Entschließung ihrer Führertagung vom 25. Februar, durch die der Blau-Weiß sich als ein dienendes Glied der Zionistischen Organisation erklärt hat.

Im übrigen traten auch in diesen Aussprachen die früher dargestellten Meinungsverschiedenheiten hervor, abgeschwächt freilich durch die Erklärung, daß der Blau-Weiß eine ideologische Festlegung auf bestimmte Anschauungen erzieherischer und insbesondere jüdisch-kultureller Art ablehne und es im Interesse seiner Entwicklung bedauern würde, wenn er in eine Abwehrstellung und damit zu einer starren Verteidigung von Ideen gedrängt würde, die möglicherweise unter neuen, heute freilich noch nicht fühlbaren Einwirkungen anderen besseren Erkenntnissen weichen würden.

Der Landesvorstand hat hierauf in seiner letzten Sitzung die gesamte Sachlage noch einmal geprüft. Unser Eingreifen bezweckte, den Kurs des Blau-Weiß zu ändern, weil wir in ihm eines der wichtigsten und aussichtsreichsten Produkte des deutschen Zionismus erblicken, das zu wertvoll ist, um in der geistigen Notlage, von der uns der krampfhafte Character der Prunner Beschlüsse zu zeugen schien, sich selbst überlassen zu bleiben. Erreicht ist bisher, daß der Blau-Weiß seine Isolierung aufgibt, um den Anschluß an die Organisation wieder zu finden. Dieses Resultat ist nicht befriedigend, stellt aber einen Fortschritt dar, der in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Wir haben bereits in früheren Kundgebungen darauf hingewiesen, daß manche spezifischen Blau-Weiß-Erscheinungen aus seiner Abgeschlossenheit zu begreifen sind. Wenn jetzt erklärt wird, daß der Blau-Weiß gewillt ist, sich den geistigen Einflüssen der zionistischen Außenwelt zu öffnen, so ist dies ein Fortschritt gegenüber der früheren Zeit, in der die Tendenz zweifellos die entgegengesetzte war. Ebenso darf die Erklärung der Blau-Weiß-Führer über das Verhältnis des Blau-Weiß zur Organisation als ein sachlicher Gewinn verzeichnet werden. Erweckten doch manche Prunner Beschlüsse den Eindruck, als ob die Blau-Weiß-Jugend noch mehr als früher in die Grenzen des engsten Bundeskreises hineingezwängt werden sollte.

Wir glauben, daß hier angeknüpft werden muß, um der äußeren Berührung die zweifellos noch fehlende innere Beeinflussung folgen zu lassen. Die Auseinandersetzung mit dem Blau-Weiß ist jetzt nicht weniger erforderlich als bisher. Sie soll selbstverständlich auf einer geistigen Basis erfolgen und hat nicht eine organisatorische Schädigung oder Zerstörung des Bundes durch technisch-politische Maßnahmen zum Ziel, die anscheinend von einzelnen zionistischen Kreisen mißverständlicherweise angenommen worden ist. Darüber hinaus kann sie aber überhaupt ihren spezifisch polemischen Character verlieren, wenn es gelingt, *Möglichkeiten und zugleich Garantien für eine dauernde Berührung der Blau-Weiß-Jugend mit dem gesamten Geistesleben der zionistischen Bewegung zu schaffen.*

Als geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zieles erscheint dem Landes-

vorstand die Schaffung einer breiteren Basis für die gesamte zionistische Jugendarbeit in Deutschland, auf der in erster Linie die ihrem Wesen nach verwandten Organisationen, K.J.V., Blau-Weiß, Herzl-Bund, in dauernder Fühlung miteinander bleiben sollten. Von einer solchen Berührung versprechen wir uns auch einen Gewinn für K.J.V. und Herzl-Bund, die so dem im Blau-Weiß besonders ausgeprägten starken Palästinawillen genähert würden.

...

Mit Zionsgruß!

Zionistische Vereinigung für Deutschland
Der Landesvorstand

i. A. Rosenblüth

[151]
Zionistische Bündnispolitik – Beteiligung von Nichtzionisten an der Jewish Agency
25. JUNI 1923

Jüdische Rundschau
XXVIII. Jg., Nr. 51/52, 29. Juni 1923, S. 319–326

Der Dresdener Delegiertentag[1]

...

Referat Blumenfeld

Ich habe hier im Rahmen dieser Debatte drei Fragen zu erörtern. Die erste Frage ist die der sogenannten *Bündnispolitik*, die zweite ist der gegenwärtige *Zustand der Zionistischen Organisation* und die dritte ist die *Zukunft* der Zionistischen Organisation. Die erste Frage steht im Zusammenhang mit jenem Problem, das uns heute vorzugsweise beschäftigt, nämlich der Zusammensetzung der *Jewish Agency*[2]. Der Gedanke einer Erweiterung

[1] Fand vom 25.–27. Juni 1923 statt.

[2] Die Jewish Agency ist die jüdische Vertretung, die gemäß Art. 4 des vom Völkerbund 1922 an Großbritannien erteilten Mandates zur Verwaltung Palästinas anerkannt wird als öffentliche Körperschaft zu dem Zweck, die Palästina-Regierung zu beraten und mit ihr zusammenzuarbeiten in solchen ökonomischen, sozialen und anderen Fragen, welche die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte und die Interessen der jüdischen Bevölkerung Palästinas betreffen, und – stets unter der Kontrolle der Regierung des Landes – mitzuhelfen und teilzunehmen an der Entwicklung des Landes.

Die Zionistische Organisation war seit der Bestätigung des Mandats bemüht, die

der Jewish Agency durch Nichtzionisten ist keine plötzlich neu auftauchende Entdeckung, sondern er ist die konsequente Folge der Politik, die wir in den letzten Jahren gemacht haben und die ich die Bündnispolitik genannt habe. Seit Beginn des Jahres 1917 sind wir diesen Weg gegangen. Das Datum ist interessant, denn die wenigsten wissen heute, daß dieser Weg lange vor der Balfour-Deklaration beschritten wurde. Der Grundsatz war: Wir müssen versuchen, uns für bestimmte Arbeiten mit Mitgliedern der nichtzionistischen Welt zu verbünden. Dieser Gedanke wurde erst bekämpft, auch in unserem engsten Kreise; er setzte sich dann allmählich durch, und heute wird er wieder vielfach in seiner Richtigkeit angezweifelt. Und doch hat sich die Grundlage seit 1917 nicht geändert. Der Ausgangspunkt ist die Ansicht, daß zwar eine unüberbrückbare Kluft das Judentum in zwei Lager trennt, daß aber diese beiden Gruppen, ohne Opfer der Gesinnung zu bringen, sich für gemeinsame konkrete Ziele verbünden können. Ich habe damals gesagt: Wir bekennen offen unsere unwandelbare zionistische Anschauung, aber wer es für gut hält, sich mit uns zu verbünden, *kann unserer Bündnistreue sicher sein.* Zu dieser Haltung wurden wir veranlaßt auch durch einen Fortschritt der zionistischen Erkenntnis, durch eine Vertiefung unserer Auffassung vom Wesen des Zionismus. Wir erkannten: der Zionismus ist aus der Anfangszeit der nurkämpferischen Haltung herausgekommen, er gibt seine Kampfstellung nicht auf, aber er erhofft seinen Sieg außerdem zu erreichen durch ein zionistisches Leben. Nicht nur im Wollen, sondern im Sein müssen wir uns von den anderen unterscheiden; nicht auf die Gesinnung wurde das Gewicht gelegt, sondern auf die Bewährung im Leben. So war auch eine andere Haltung zur nichtzionistischen Welt möglich, da sie im wesentlichen uns nicht berührte. Sie ist verlangt worden zu einer Zeit, ehe sie durch unsere politischen Erfolge, also durch opportunistische Gründe veranlaßt war. Lediglich aus der Erkenntnis der zionistischen Entwicklung heraus. Nach der Balfour-Deklaration wurde dieser Grundsatz allgemein anerkannt, besonders auch in Deutschland, wo der Delegiertentag einstimmig mit außerordentlicher Begeisterung den Plan des jüdischen Kongresses aufnahm; später wurde derselbe Gedanke lebendig in der weit wichtigeren Aktion des Keren Hajessod. In der Keren Hajessod-Arbeit haben wir deutlich gezeigt, was mit der Bündnispolitik gemeint war. Denn man muß sich hüten vor der Verwechslung mit einer anderen Art Politik, die früher von verschiedenen Seiten zur Heranziehung von Nichtzioni-

---

Jewish Agency in ein Organ der Zionisten und Nichtzionisten umzuwandeln. Bereits 1923 leitete der Präsident der Zionistischen Organisation, Dr. Chaim Weizmann, Verhandlungen mit führenden Gruppen von Nichtzionisten in England und Amerika ein.

Die Verhandlungen mit den Nichtzionisten dauerten bis 1929, und die erweiterte Jewish Agency wurde gebildet. Die deutschen Zionisten unterstützten Weizmanns Stellung.

Vgl. „Die Beschlüsse des Dresdener Delegiertentages", Jüdische Rundschau, Nr. 54, 6. Juli 1923.

sten vorgeschlagen wurde und die sagte: Wir müssen *Kompromisse* machen, weil wir die anderen brauchen, und dadurch werden wir die anderen in die Zionistische Organisation hereinziehen. Demgegenüber erkannten wir, daß der zionistischen Bewegung beim heutigen Zustand des jüdischen Volkes, der ein Zustand völliger Zersetzung ist, naturgemäß gewisse Grenzen gesetzt sind, über die sie nicht hinausgehen kann, denn es wird sich stets nur ein Teil des Volkes finden, der allen Anforderungen persönlich gerecht werden will, für den der Zionismus die zentrale Aufgabe seines Lebens ist. Die Organisation also braucht zwar nicht klein zu sein, aber sie wird immer begrenzt bleiben müssen; wir brauchen aber auch die Juden, die Nichtzionisten sind und es auch nicht werden wollen und daher nicht werden können und trotzdem ein gewisses Interesse an Palästina haben. Die Bündnispolitik versucht nicht die Gesinnung der anderen zu fälschen, aber ihr Korrelat ist die Radikalisierung des Zionismus ...

Jetzt kommen wir zur Gründung der *Jewish Agency* und sehen eine organische Entwicklung auch hier. Die Erweiterung der J. A. und der Keren Hajessod hängen untrennbar zusammen. Auch hier wieder handelt es sich nicht um eine Gesinnungsfrage, sondern um eine Frage der richtigen Erkenntnis und der Einsicht der gegebenen Möglichkeiten. Daher werden wir auch sehen, daß sich in dieser Frage innerhalb des zionistischen Lagers Menschen ganz verschiedener Gesinnung zu derselben Ansicht zusammenfinden. Ich will hier den Weg erörtern, den ich auf Grund der Tatsachen allmählich als den allein gangbaren erkannt habe. Die Voraussetzung der Erörterung ist die Klarheit darüber, daß man erwartet, daß Nichtzionisten zugezogen werden. In zionistischen Kreisen erregt es begreifliche Bedenken, daß wir Menschen zuziehen, die nicht demokratisch verantwortlich sind. Wir wünschen, daß auch die anderen in ähnlicher Weise organisiert werden wie wir. Das ist ein Irrtum. Wir Zionisten haben heute eine Organisation, haben eine bestimmte Aufgabe und kennen eine Art von Verantwortung im jüdischen Volk, das ist die Errungenschaft im Zionismus. Die nichtzionistische Welt hat das aber nicht, und wir dürfen nicht den Fehler machen, der nichtzionistischen Welt eine Organisation einzureden, die sie nicht hat und die nicht den Tatsachen des jüdischen Lebens entspricht. Wir müssen gerade diese uns eigentümliche Besonderheit bewahren, und es kommt darauf an, diese nichtzionistische Welt, wenn wir die Agency gründen, wirkend zu beeinflussen. Wir haben im Keren Hajessod Erfahrungen gesammelt, wo die Sache falsch und wo sie richtig gemacht wurde. Falsch war es zu sagen, wir sind gar nicht so schlimm, ihr könnt dasselbe sein wie wir. Damit erzielte man keine Wirkung. Der richtige Weg war, zu sagen: Wir sind Zionisten, ihr nicht, wir wollen trotzdem zusammenarbeiten. Durch unseren Zionismus haben wir die Nichtzionisten gewonnen. Bei Weizmanns[3] Propaganda in Amerika, die rein zioni-

[3] Chaim Weizmann (1874–1952). Die bedeutendste führende Persönlichkeit der zionistischen Bewegung nach dem ersten Weltkrieg. Chemiker. Studierte auch an ver-

stisch geführt wurde, schilderte er stets das neue Leben in Palästina, den Aufbau der Nation, und damit hat er Eindruck gemacht auf die Menschen, deren Gegnerschaft ja zum großen Teile darin beruht, daß sie nicht glauben, daß Juden zu solchen Taten fähig sind. Sie mußten eben erkennen, daß dies neue Juden sind, die der Zionismus umgewandelt hat. Nun entspricht es gerade unseren Intentionen, von diesen Menschen diejenigen zu nehmen, die für uns die wichtigsten sind. Es ist ganz falsch, wenn man hier mit dem Schlagwort „Notabeln-Politik" kommt. Wir wollen wirklich die Menschen haben, die wir immer Notabeln nannten, aber nicht nach dem Notabelnprinzip, sondern wenn wir Nichtzionisten heranziehen, so müssen wir eben jene nehmen, die *wirklich die nichtzionstische Welt als ihre Repräsentanten anerkennt.* Glauben Sie, daß diese Menschen dadurch in höherem Grade Repräsentanten der Nichtzionisten werden, daß eine von uns beeinflußte neue Scheinorganisation sie nochmals wählt? Wir nehmen die Leute, die wir brauchen, in der Form, in der sie die nichtzionistische Welt wirklich repräsentieren. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß wir die Sache nun statutenmäßig zu Ende denken müssen, wir vergessen, daß wir Statuten oft auf Grund der Verhältnisse ändern müssen. Wir müssen erst *Einrichtungen* schaffen, *dann* erst Gesetze geben, besonders wenn es sich nicht um uns handelt. Denn uns selbst könnten wir noch durch Gesetze befehlen, aber anderen, die wir heranziehen wollen, können wir nicht durch Gesetze befehlen, die ja nur dann einen Sinn bekämen, wenn auch die andern zustimmen. Darum können wir heute *nur einen Weg* gehen:

Der Kongreß muß beschließen, die Exekutive wird ermächtigt, geeignete Personen für die J. A. heranzuziehen.

...

---

schiedenen deutschen Universitäten. Von 1899–1904 Privatdozent an der Universität Genf. Gehörte von 1904–1915 dem Lehrkörper der Universität Manchester an. Während des ersten Weltkrieges Berater des Munitionsministeriums und der Admiralität in London. Spielte in den Verhandlungen mit der englischen Regierung, die 1917 zur Balfour-Deklaration führten, eine führende Rolle. Stand 1918 an der Spitze der zionistischen Palästina-Kommission. Von 1920–1931 und 1935–1946 Präsident der Zionistischen Weltorganisation. Von 1948 bis zu seinem Tode erster Präsident des Staates Israel.

[152]
EIN JUDENPOGROM IN BERLIN
5.–6. NOVEMBER 1923

Jüdische Rundschau

XXVIII. Jg., Nr. 96, 9. November 1923, S. 557

Die Schicksalsstunde des deutschen Judentums

In den Straßen Berlins hat ein Judenpogrom stattgefunden.

Berlin war der Schauplatz trauriger und beschämender Ereignisse, wie sie bisher nur das Merkmal minderkultivierter Staaten gewesen sind. Die Früchte der Saat, die durch fünf Jahre systematisch ausgestreut worden ist, sind gereift. Der Antisemitismus, der in ganz Deutschland wie eine Pest um sich gegriffen hat, hat, nachdem er in der letzten Zeit vor allem in Bayern zur offiziellen Regierungsmaxime geworden ist, nun auch in Berlin seine Opfer gefordert.

Die Judenfrage ist in Deutschland akut geworden. Die von Haß verzerrten Gesichter, die auf das Judengespenst stieren, die ungetrübte Einigkeit der Judenfeindschaft, die Zustimmung weitester Kreise der Bevölkerung zu den erbärmlichsten Schandtaten gegen Juden zeigt uns, daß die Juden heute fast vogelfrei geworden sind.

Das Gewissen der zivilisierten Welt ist abgestumpft. Im Herzen Europas, im deutschen Kulturstaat, haben wir erlebt, was noch vor zehn Jahren niemand für möglich gehalten hätte. Die deutschen Juden, die mit der Überlegenheit des auf sicherem Port Stehenden von den Juden-Pogromen in Ruß-

---

* Am 5. und 6. November 1923 kam es im Zentrum Berlins zu Ausschreitungen, die bald den Charakter von Pogromen annahmen. Am Montag, den 5. November sammelten sich vor dem Arbeitsamt in der Alexanderstraße Zehntausende von Arbeitslosen, weil es hieß, daß das Amt Unterstützungsgelder ausgeben würde. Später wurde jedoch mitgeteilt, daß kein Geld vorhanden sei. Wenige Minuten später begannen Plünderungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen. Jeder jüdisch aussehende Passant wurde von einer schreienden Menge umringt, zu Boden geschlagen und beraubt. Die Unruhen erreichten ihren Höhepunkt am Montag Abend und wurden am Dienstag, den 6. November fortgesetzt. Deutschvölkische Hetzer traten auf, die zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung aufforderten. Ein Jude erlag seinen Verletzungen.

Vgl. Brief von Arthur Hantke an die Exekutive der Zionistischen Organisation vom 9. November 1923, in dem er verlangt, daß die Büros und das Eigentum der Zionistischen Organisation wie auch der ZVfD im Notfalle unter den Schutz der englischen Regierung gestellt werden sollten (Weizmann-Archiv).

Vgl. auch Informationen der ZVfD für die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen und die Vertrauensleute (streng vertraulich), Dezember 1923, CZA, Z 4/1211/7.

land gehört haben, hätten nie geglaubt, daß ihnen selbst ähnliche Erfahrungen bevorstehen. Die furchtbare Krise, in die der Krieg die ganze Welt und vor allem Deutschland gerissen hat, hat nun auch *diese* Folge gehabt.

Verstehen die deutschen Juden, was heute vor sich geht? Die Schicksalsstunde des deutschen Judentums ist gekommen. Die Juden sind in Deutschland ihres Leibes und Lebens nicht sicher; die Gleichberechtigung, die stets als das Fundament der jüdischen Existenz gepriesen wurde, ist erschüttert, die Möglichkeit einer Ausnahmegesetzgebung – noch vor wenigen Jahren völlig undenkbar und unvorstellbar – erscheint am Horizont. Die Früchte der Juden-Emanzipation sind ins Wanken geraten. Die Politik der Assimilation, die Politik der systematischen Preisgabe und Zersetzung des Judentums, hat Schiffbruch gelitten. Das deutsche Judentum steht heute vor der Tatsache, daß seine Politik des letzten Jahrhunderts völlig bankrottiert hat.

In dieser ernsten Stunde wollen wir es unterlassen, darauf hinzuweisen, wie sehr wir Zionisten recht behalten haben, wenn wir die großen Zusammenhänge der Judenfrage aufzeigten. In diesem Augenblick geht es nicht darum, wer Recht behalten hat, sondern darum, was heute geschehen soll.

Das deutsche Judentum muß heute verstehen, *daß nur wir Juden selbst uns helfen können.* Werden wir uns nicht helfen, wird niemand uns helfen. Werden wir nicht für uns einstehen, wird niemand für uns einstehen.

Das deutsche Judentum muß heute solidarisch und entschlossen auf den Plan treten. Es gilt nicht nur den Schutz von Leib und Leben, es gilt auch die Wahrung unserer Ehre. Das deutsche Judentum muß die Welt heute vor die eindrucksvolle Tatsache stellen, daß es ein lebendiger, selbstbewußter Faktor ist, der seine Rechte und Interessen wahrt. Der Ruf „Tod den Juden" gilt allen. Der Haß gilt allen. Der gemeinsame Feind – wenn schon nicht mehr – schließt uns zusammen. Für jeden Juden, dem heute in Deutschland um seines Judentums willen ein Haar gekrümmt wird, muß das gesamte Judentum solidarisch eintreten.

Wir Zionisten sind uns des Ernstes der Stunde bewußt. Wir wollen, ungeachtet aller Gegensätze der Weltanschauung und der Partei, das Trennende zurückstellen, wenn die deutschen Juden bereit sind, mit uns zusammen das deutsche Judentum als kraftvollen Organismus wieder aufzubauen.

Die Einheitsfront aller Juden in Deutschland ist das Gebot dieser Stunde. Werden die deutschen Juden dies verstehen?

Wir warten mit Bangen der nächsten Tage, die die Entscheidung bringen. Denn schwerer noch als die Schläge von außen würde es uns treffen, wenn wir einsehen müßten, daß das deutsche Judentum in diesen Tagen nicht seine Kraft und Würde wiedergefunden hat.

[153]
Stellungnahme zu den Reichstagswahlen
18. APRIL 1924
CZA, A 102/12/14

Zionistische Vereinigung
für Deutschland

Berlin W.15, Meinekestr. 10
den 18. April 1924

Vertraulich!

An die Zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute!

Sehr geehrter Herr Gesinnungsgenosse!

Es entspricht einem Grundprinzip zionistischer Politik, wenn wir gegenüber deutschpolitischen Vorgängen uns bisher neutral verhielten, d. h. als Zionistische Vereinigung keine Stellung nahmen, vielmehr unseren Gesinnungsgenossen die Entscheidung in deutschpolitischen Fragen je nach ihrer persönlichen Einstellung offen ließen. Eine solche Neutralität bedeutete also niemals Uninteressiertheit, sondern lediglich einen Verzicht auf die Beeinflussung unserer Gesinnungsgenossen nach einer bestimmten parteipolitischen Richtung hin.

Die Tatsache dieses Rundschreibens, in dem von Seiten der Zionistischen Vereinigung für Deutschland Stellung zu einem deutsch-politischen Ereignis, den diesmaligen Reichstagswahlen, genommen wird, bedeutet nicht ein grundsätzliches Aufgeben dieses Standpunktes. Denn wir fühlen lediglich die Pflicht, uns zu der besonderen politischen Situation, die gegenwärtig in Deutschland besteht, zu äußern, von der man ohne Übertreibung sagen kann, daß im Mittelpunkt des Wahlkampfes die Judenfrage steht. Zwei Parteigruppen werden deutlich sichtbar, die eine, die die völlige Entrechtung der Juden in Deutschland fordert und die zweite Gruppe, die wenigstens einigermaßen gewillt ist, für die Gleichberechtigung der Juden einzutreten. In einem solchen Augenblick ist es unsere Pflicht zu überlegen, in welcher Weise wir zu diesen

---

* Die Wahlen zum Reichstag, die am 4. Mai 1924 stattfanden, ergaben einen weiteren Machtzuwachs der antisemitischen Parteien. Nach dem Chaos der Inflation und unter dem Einfluß der Deflation, die einen starken Rückgang der Arbeitsplätze zur Folge hatte, kam es zu einer Niederlage der republikanischen Parteien. Gegenüber den Wahlen von 1920/21 gewannen auf dem rechten Flügel die Deutschnationalen 25 Mandate; unter Einschluß des aus Protest gegen den Stresemann-Kurs abgespaltenen rechten DVP-Flügels der „National-liberalen Vereinigung“ und einer nahestehenden Agrarliste wurden sie mit 106 Abgeordneten zur stärksten Reichstagsfraktion. Die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung“ erlangte im ersten Anlauf 32 Sitze. Auf der äußeren Linken wuchsen die Kommunisten auf 62 Mandate an.

Reichstagswahlen Stellung nehmen können, um möglichst wirksam das für uns in solcher Situation allein entscheidende jüdische Interesse zu vertreten.

Mit dieser Formulierung der Frage ist zugleich ein Standpunkt verworfen, der heute eine völlige Enthaltsamkeit in deutsch-politischen Dingen empfiehlt und der als Wahlparole formuliert, eine „betonte Zurückhaltung" fordert. Die Anhänger eines solchen Standpunktes argumentieren etwa so: Das ganze Hin und Her dieses Wahlkampfes, der sich in einem Augenblick, in dem das deutsche Volk wirklich wichtigere Sorgen hätte, im wesentlichen um das pro und contra der Judenfrage gruppiert, die Flut niedrigster Verdächtigungen, die man seit Monaten gegen uns ungestraft vorbringt, sollten uns veranlassen, uns ganz zurückzuhalten und demonstrativ zu erklären, daß wir auf einer solchen Ebene nicht mitzuarbeiten gewillt seien. Vielen unserer Gesinnungsgenossen wird dieser Standpunkt menschlich sympathisch sein; und doch darf diese Parole, die konsequent zu Ende gedacht, Wahlenthaltung bedeuten müßte, auf keinen Fall in Frage kommen. In einer Situation, wie wir sie oben characterisierten, in der zum ersten Male Parteien sich am Wahlkampf beteiligen (und wie wir wissen, werden sie es nicht ohne erheblichen Erfolg tun), die die gewaltsame Bekämpfung der Juden, mit anderen Worten den Pogrom zu ihrem Programmpunkt erhoben haben, ist es unbedingt erforderlich, daß tatsächlich alle verfügbaren Stimmen aufgewandt werden, um krassester Reaktion und dunkelstem Mittelalter entgegenzutreten.

Muß es also zunächst unbedingt feststehen, daß jeder, der tatsächlich über ein Stimmrecht verfügt, auch von diesem Gebrauch macht, so wird man bei der Frage nach einer bestimmten Wahlparole zunächst negativ bestimmen können, welche Gruppen selbstverständlicherweise auszuschalten sind. Nicht gewählt werden dürfen natürlicherweise alle rechtsstehenden reaktionären Parteien, die entweder offiziell den Antisemitismus propagieren oder auch nur stillschweigend mit ihm liebäugeln. Man wird eine solche Feststellung vielleicht für überflüssig halten, aber wir sollten uns bemühen, wo Gelegenheit gegeben ist, unsern Einfluß dahin geltend zu machen, daß auch von nichtzionistischen Juden derartige Gegner des Judentums nicht unterstützt werden. Daß aber Juden tatsächlich dies noch tun, ist ein Umstand, der, wenn auch noch so unerhört, doch nicht bestritten werden kann.

Ebenso wird man keinesfalls Gruppen unterstützen dürfen, die ihrer Natur nach dazu neigen, mit rechtsstehenden Parteien, auch soweit diese antisemitisch sind, Bündnisse irgend welcher Art, sei es zur Wahl selbst, sei es bei der später zu erfolgenden Reichstagsbildung, einzugehen. Diese unsere Stellungnahme zu derartigen Parteien kann auch dadurch nicht geändert werden, daß einige wenige ihrer Mitglieder unseren Gedankengängen verständnisvoller gegenüberstehen.

Unter den Parteien, die nunmehr zu unserer engeren Auswahl verbleiben, ist es unmöglich, eine völlig eindeutige, für eine Partei sich entscheidende Wahlparole auszugeben, die man als zionistisch maßgeblich und richtig hin-

stellen könnte. Bei der Betrachtung der übrigbleibenden Parteien ergeben sich bei allen neben bestimmten positiven Erscheinungen solche, die wieder mit den spezifischen Zielen unserer jüdischen Politik schwer vereinbar sind. (So ist es uns – um nur eines herauszuheben – beispielsweise unverständlich, warum die Demokratische Partei es nicht für nötig gehalten hat, auf ihrem letzten Parteitage zu der Judenfrage mit einem Worte Stellung zu nehmen, was bei der heutigen Situation dringend erforderlich gewesen wäre.)

Zusammenfassend wird man zu folgendem Ergebnis kommen müssen:

1.) Eine Beteiligung an der Wahl ist unbedingt erforderlich.

2.) Auszuschalten sind alle Parteien, die aus oben entwickelten Gründen unseren Interessen entgegenstehen.

3.) Unter den verbleibenden Parteien ist für uns die eindeutige Entscheidung für eine Partei in der Art, daß man für sie eine Wahlparole ausgeben könnte, nicht zu finden. Listenwahl macht eine Entscheidung für bestimmte Personen unmöglich. Man wird also unter Berücksichtigung bestimmter lokaler Verhältnisse jeweilig die Partei wählen müssen, die unserer Anschauung am nächsten steht und von der man die Überzeugung hat, daß sie gewillt ist, die berechtigten jüdischen Interessen wenigstens einigermaßen zu wahren.

Wir sind bereit, Anfragen, die sich auf Zweifel hinsichtlich der Entscheidung im besonderen Falle beziehen, sofort und ausführlich zu beantworten.[1]

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß!

Zionistische Vereinigung für Deutschland
Der Landesvorstand

Landsberg[2]

---

[1] Vgl. auch *Arnold Blum*, Unsere Stellungnahme zu den kommenden Reichstagswahlen, in: Der Jüdische Student, April/Mai 1924, Heft 4/5.

[2] Alfred Landsberg (1887–1964). Jurist. Vorsitzender der ZVfD 1923–1924. Wanderte frühzeitig nach Palästina aus, wo er sich insbesondere der Förderung der mittelständischen Siedlung widmete.

[154]
ENGERE VERKNÜPFUNG MIT PALÄSTINA GEFORDERT
17. DEZEMBER 1924

Jüdische Rundschau
XXX. Jg., Nr. 1, 2. Januar 1925, S. 1–6

Der XX. Delegiertentag

Sonntag, den 28. Dezember bis Dienstag, den 30. Dezember

...

Der Brief Felix Rosenblüths

Vom früheren Vorsitzenden der Z.V.f.D., Felix *Rosenblüth*, ist folgender Brief eingelaufen:

Jerusalem, den 17. Dezember 1924.

An den XX. Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland
Wiesbaden, Kurhaus.

Verehrte Freunde!

Der XX. Delegiertentag wird, hoffe ich, zum ersten Male die Grüße einer größeren Anzahl deutscher Zionisten aus Erez-Israel erhalten, und ich bin glücklich, zu denen zu gehören, die, so gerne sie auch in dem vertrauten Kreise der Delegierten in Wiesbaden weilen würden, an bestimmte palästinensische Aufgaben gebunden sind und Ihren Verhandlungen aus der Ferne folgen müssen. Die dritte oder vierte Alijah[1] der zionistischen Gesamtheit war ja die erste Alijah deutscher Zionisten nach Erez-Israel, wenn wir von wenigen Pionieren der Vorkriegszeit absehen. Es gibt heute noch immer wenige, aber doch einige Hunderte deutscher Zionisten in Palästina, und ich glaube, daß alle diese, wenn sie der Genossen in Deutschland und ihrer Beratungen gedenken, zugleich dankbar fühlen werden, daß in dem Kreis der Menschen, die dort versammelt sind, die Kräfte geweckt wurden, die sie nach Palästina geführt haben und aus denen heraus sie hier ihr Leben gestalten wollen.

Sie haben das Referat: „Palästina und der deutsche Zionismus" von der Tagesordnung abgesetzt, und ich glaube, Sie haben gut daran getan. Es ist zu früh, von den Erfahrungen der deutschen Zionisten in Palästina zu sprechen, und es gibt andererseits eine Reihe selbstverständlicher Aufgaben, die

[1] „Alijah" ist die hebr. Bezeichnung für Einwanderung und Einwanderungswellen nach Palästina. Die dritte Alijah wanderte zwischen 1919 und 1923, die vierte Alijah zwischen 1924 und 1928 ein.

ohne besondere programmatische Ankündigungen durchgeführt werden können. Über die notwendige Verknüpfung des deutschen Zionismus mit Palästina ist genug geredet worden, es muß jetzt mit immer größer werdender Entschlossenheit gehandelt werden. Mehr als je bin ich heute davon überzeugt, *daß die Forderung des Keren Hajessod nicht radikal genug vertreten werden kann.* Mag man über die Möglichkeit der industriellen Entwicklung optimistisch oder pessimistisch denken, unberührt von diesem Streit bleibt *die unantastbare Erkenntnis, daß der Aufbau einer jüdischen Landwirtschaft in Palästina eine zionistische Grundforderung ist.* Dieses Werk erfordert aber weit *größere Geldmittel*, als sie heute zur Verfügung stehen. Das gleiche gilt für das *Kulturwerk*, eine der bewundernswertesten Leistungen der russischen Zionisten, die wie fast alles in Palästina, so auch dieses mit vorbildlicher seelischer Kraft, aber mit unzulänglicher finanzieller Fundierung aufgebaut haben. Und das gleiche gilt auch für viele andere Zweige der zionistischen Arbeit in Palästina. Der deutsche Zionismus darf an seinem *Keren Hajessod-Radikalismus* nicht irre werden, auch nicht, wenn, wie alle hoffen, die Bedeutung der Privatinitiative für das Aufbauwerk wachsen und mehr in Erscheinung treten wird. Immer zahlreichere deutsche Zionisten, die über gewerbliche Fachkenntnisse und ein gewisses Kapital verfügen, müssen in Palästina an Ort und Stelle die Möglichkeiten der Übersiedlung prüfen und aus eigener Verantwortung ihre Entscheidung treffen. Es ist richtig, daß ihr Wagemut angeregt und gestärkt werden muß. Da sie meist keines anderen Kredits würdig sind, als eines Personalkredits, der eine genaue Kenntnis persönlicher Qualitäten voraussetzt und daher in Palästina meist nicht gewährt werden kann, so sollte innerhalb des Kreises der Ortsgruppenmitglieder für diese Entschlossenen, die eigenes Kapital daransetzen, *für eine gewisse Kredithilfe gesorgt werden.* Das ist eine wichtige Form finanzieller Beteiligung am Aufbauwerk, die entwickelt werden kann. *Es muß moralische Pflicht werden, überschüssige Gelder in Aktien und Obligationen zionistischer Finanz- oder sonstiger palästinensischer Erwerbsinstitute anzulegen.* Man muß denen Recht geben, die fordern, daß die stimmungsmäßige Grundlage hierfür bewußt geschaffen wird. Ich brauche nicht zu wiederholen, daß Pflege des *Chaluzgeistes in der Jugend*, Sorge für eine gute fachliche Vorbereitung eine Hauptaufgabe der Z.V.f.D. bleiben muß.

...

Meine schon früher im Landesvorstand der Z.V.f.D. gegebene Anregung, eine palästinensische Redaktion der „Jüdischen Rundschau" zu schaffen, erscheint mir heute noch begründeter als vordem. Auch die Anregung Dr. Hantkes, die Schaffung einer Agentur der Z.V.f.D. in Palästina vorschlägt, ist begrüßenswert.[2] Diese Agentur hätte nicht die Interessen der deut-

[2] Vgl. den Vorschlag Arthur Hantkes: Errichtung einer Agentur der ZVfD in Palästina, 29. August 1924, CZA, KH2/178/I. Dieser Vorschlag wurde zwar vielfach diskutiert, aber nicht ausgeführt.

schen Zionisten in Palästina zu repräsentieren (denn diese wollen zum Jischuw gehören, wie alle anderen palästinensischen Juden), sondern die Interessen der deutschen Zionisten in Deutschland, die nach Palästina streben, *vor* der Übersiedlung, *bei* der Übersiedlung und im ersten Stadium der Einordnung in das palästinensische Leben *nach* der Übersiedlung.

Von tiefster Bedeutung ist für alle die, die nach Palästina streben, *die geistige Vorbereitung* auf das Land. Dazu gehört Erlernung der hebräischen Sprache und Kenntnis und Verständnis des eigenen Volkes. *Wer hebräisch nicht versteht, ist nicht nur im Beruf gehemmt – immer empfindlich, oft entscheidend –, er ist nicht nur geistig und gesellschaftlich isoliert, sondern er ist auch politisch lahmgelegt* und das ist für ihn umso peinlicher, ein je aktiverer Zionist er in Deutschland war. Mangel an Verständnis der jüdischen Psyche und ihrer Tendenzen in ihrer wichtigsten Manifestation, dem Ostjudentum, ist, wie die Erfahrung gelehrt hat, ein besonders empfindlicher Defekt in der zionistischen Konstitution mancher deutscher Juden, der, besonders *bei der Jugend*, entscheidender Korrektur bedarf. Es ist meine Überzeugung, daß durch gründliche Vorbereitung auf die geistige und soziale Struktur des Jischuw eine *brüderliche Annäherung deutscher und nichtdeutscher Juden in Erez-Israel* vorbereitet werden muß und schon im jetzigen Stadium der Entwicklung durchaus erreichbar ist. Die Zusammenfassung von Chaluzim in handwerklichen oder landwirtschaftlichen Gruppen, für deren äußere Zusammensetzung die gemeinsame Herkunft ein bestimmender Faktor ist, erscheint nur dann unbedenklich, wenn *die äußere Begrenzung keinen inneren Abschluß* bedeutet.

Eine engere Verknüpfung des deutschen Zionismus mit Palästina ist notwendig im Interesse des Aufbaus und der Bewegung in Deutschland selbst. Um von dieser kurz zu reden, so meine ich, daß sie dieser Verbindung bedarf, um sich durch ihre Leistung zu rechtfertigen. Es bereitet sich aber, fürchte ich, eine irrige Auffassung vor, wenn man diese Rechtfertigung durch die Tat verwechselt mit Begründung und Argumentation. Die Argumentation des Zionismus aus der Problematik des Galuth ersetzen zu wollen durch seine Rechtfertigung aus der palästinensischen Leistung ist ein gefährliches Unterfangen. Nur ergänzen, nicht ersetzen! Ich fühle mit Besorgnis eine gewisse sozusagen *ideologische Erschlaffung im deutschen Zionismus*, aus der man sich gerne in die Welt der konkreten palästinensischen Wirklichkeiten retten möchte. Ich kann hier nur aussprechen und nicht näher begründen, daß ich *eine Neubelebung des ideologischen Interesses* für eine Lebensfrage des deutschen Zionismus halte. Man sollte zum Beispiel nicht untätig zusehen, wie die Idee des Nationalismus als solche durch Zeiteinflüsse zersetzt wird. Notwendig ist vielmehr eine vertiefte Begründung der nationalen Idee, die auch der Prüfung durch die Ereignisse der letzten zehn Jahre standhält.

Alles das sind Andeutungen, die Ihnen im wesentlichen nur zeigen sollen, daß ich an den Aufgaben und Sorgen des deutschen Zionismus Anteil nehme.

Wer in Erez-Israel lebt, empfindet täglich und stündlich die Notwendigkeit einer starken zionistischen Bewegung im Galuth. Man darf vom deutschen Zionismus sagen, daß er sich in schwierigen Zeiten eine Haltung bewahrt hat, die in ihm eine Quelle organisierter zionistischer Kraft erblicken ließen. Ich begrüße es, daß die Vorschläge der Kommission für die Reorganisationsfrage, über deren Einzelheiten ich nicht sprechen will, dieser Gesamthaltung des deutschen Zionismus entsprechen, und es wird von Bedeutung sein, daß *im Geiste dieses Glaubens an die unersetzbare Kraft einer organisierten zionistischen Gemeinschaft* die Auseinandersetzung mit dem Präsidenten und *Führer der Bewegung* erfolgt.

...

Ich grüße den XX. Delegiertentag der deutschen Zionisten.

Mit Zionsgruß!

Felix Rosenblüth.

...

[155]
DER „PREUSSISCHE LANDESVERBAND" UND DER CV
28. DEZEMBER 1924

Jüdische Rundschau

XXX. Jg., Nr. 1, 2. Januar 1925, S. 1–6

Der XX. Delegiertentag

Sonntag, den 28. Dezember bis Dienstag, den 30. Dezember

...

Eröffnungsrede Dr. Landsberg

...

Einen besonderen Gruß entsenden wir alsdann den

Freunden aus unserem Kreis,

die im letzten Jahr, nachdem die Mauern, die Deutschland jahrelang umschlossen, gefallen sind, in ansehnlicher Zahl hinübergingen, und nunmehr in erster Linie die Brücke schlagen zwischen Palästina und uns.

Noch im letzten Monat hatten wir die Genugtuung, die arbeitende Schar im Lande um *hundert Chaluzim aus Deutschland* zu verstärken.[1]

---

[1] Im Herbst 1924 wanderte eine große Gruppe deutscher Zionisten nach Palä-

Nach wie vor jedoch liegt, so sehr auch in unserer deutschen Arbeit nunmehr die palästinensischen Fragen in den Vordergrund gerückt sein mögen,

der zweite und vielleicht entscheidende Frontabschnitt

unseres Kampfes im *Galuth*, wo es noch immer gilt, jüdische Menschen aus den Verstrickungen ihres Daseins zu lösen und zu befreien. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß wertvollste Teile der jüdischen Jugend Deutschlands in unseren Reihen stehen, und daß auch weite Schichten der älteren Generation in den letzten Jahren unserer Idee näher gebracht sind und sich in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der Judenheit der ganzen Welt, bereitgefunden hat, mit uns zusammen hinfort an dem Aufbau des Landes zu arbeiten. Wir würden heute und in dieser Stunde nicht von den Böswilligen, die unsere Ziele verzerren, sprechen, und auch nicht von den Lauen und Abseitsstehenden, die einmal, soweit sie an ihrem Judentum überhaupt noch festhalten, dennoch überzeugt werden müssen, durch die *Wucht unserer Idee und den Pulsschlag des palästinensischen Lebens*, den sie hoffentlich mehr und mehr auch hier verspüren, wir würden, wie gesagt, dieser Gruppe keine Erwähnung tun, auch weil sie als Gruppe unfaßbar ist und keinerlei innerlichen Zusammenhang hat – aber wir sind in diesen Tagen und im Jahre 1924 überrascht worden durch die Tatsache, daß der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" es über sich gebracht hat, als einzige Parole in dem bevorstehenden Wahlkampf zum Landesverband der Preußischen Gemeinden[2] den Kampf gegen den Zionismus zu proklamieren. Und dies in einer Zeit, wo die Parteien im deutschen Judentum allen Anlaß hätten, ein Programm zu vertreten, das den zahlreichen positiven Aufgaben, die dem deutschen Judentum obliegen, gerecht zu werden versucht und ihm die Position im Weltjudentum wieder erobern könnte, die es einstmals besaß.

Uns scheint, daß die Führer des Centralvereins bereits vergessen haben, daß vor wenig mehr als einem Jahr alle Schichten des deutschen Judentums zusammenstanden in der Abwehr einer Pogromstimmung, die damals das Deutsche Reich vor der Welt bloßstellte, und die in Berlin und an anderen Orten dazu führte, daß es zu organisierten tätlichen Angriffen auf Juden kam. Kaum, daß diese Stimmung etwas abgeflaut ist, da stehen seine Führer

---

stina ein, unter ihnen Mitglieder des Landesvorstandes wie Felix Rosenblüth, Viktor Chaim Arlosoroff, Fritz Löwenstein und Moritz Bileski.

Vgl. „Tätigkeitsbericht der ZVfD vom 1. Juli 1923 bis Ende Dezember 1924" und „Bericht des Chaluzsekretariats", CZA, Z 4/2141/III.

[2] „Preußischer Landesverband jüdischer Gemeinden" – Die Gründungsgeschichte des PL steht im engsten Zusammenhang mit den Bemühungen um die Schaffung einer Gesamtorganisation des deutschen Judentums. Die Gründungstagung wurde von der Berliner Gemeinde bereits für den 25. Juni 1924 nach Berlin einberufen. Zweck des Verbandes war die Zusammenfassung der preußischen Synagogengemeinden zur Pflege aller ihrer Interessen. Die Mitgliedschaft im Landesverband war freiwillig. Mitglieder konnten alle innerhalb des preußischen Staates gelegenen, die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzenden jüdischen Gemeinden werden. Im PL waren 96 % aller preußischen Juden organisiert.

auf und benutzen eine Ruhepause, die ihm im Kampf gegen den Antisemitismus bleibt, um den Kampf gegen den Zionismus innerhalb des deutschen Judentums wieder zu entfachen. Und sie tun es nicht etwa aus inneren jüdischen Gründen – denn welche könnten sie auch anführen, da sie doch angeblich unter der Parole der Abwehr des Antisemitismus religiöse und areligiöse, liberale und konservative Juden erfassen wollen, – nein, das Unerhörte wurde Ereignis, sie tun es noch heute, indem sie die *staatsbürgerliche Gesinnung der Zionisten anzweifeln*, um damit die locker zusammengefaßte Schar ihrer Mitläufer schrecken zu können.

Der deutsche Zionismus hat – und es widerstrebt uns, es immer wieder zu sagen, – stets seine *positive Einstellung zum deutschen Staat* bekundet, die nicht nur selbstverständliche Erfüllung aller staatsbürgerlichen Pflichten bedeutet, sondern aus einer tiefgehenden und innerlichen Verknüpfung mit deutscher Kultur und deutscher Wirtschaft entspringt. Gerade diese innerliche Verknüpfung mit dem Staat aber, in dem wir leben, verpflichtet uns, die Besonderheit, die *alle Juden und nicht nur uns Zionisten* von den Mitbürgern unterscheidet, zu bejahen und vom Staate zu verlangen, daß er uns wie allen anderen Gruppen, die in ihm leben, Gedanken- und Gesinnungsfreiheit gebe. Wir sind allerdings der Meinung, daß *der* Staat am sichersten fundiert ist, in dem alle Bürger, die guten Willens sind, die größtmöglichste persönliche Freiheit genießen.

Es ist eine beschämende Tatsache, daß wir immer wieder genötigt sind, dies jüdischen Gruppen zu sagen, während man doch wissen sollte, daß der Antisemitismus seine Pfeile gegen das gesamte Judentum richtet, und zwar auch gegen die Teile, die sich überbieten in der lauten Beteuerung „unbeirrter Pflege deutscher Gesinnung". Der Centralverein hätte aus seinen Erfahrungen mit der Naumanngruppe[3] lernen können, wohin es führt, wenn man die Gesinnungen anderer bezweifelt, aber er hat die Gelegenheit umzulernen, wie es scheint, wiederum endgültig verpaßt. Wir haben die Hoffnung, daß solche rückständige Führerschaft allmählich jede Gefolgschaft verliert, und wir wissen, wie nötig es auch heute sein mag, den Sachverhalt klarzustellen, daß die Zeit über diese peinlichen Zwischenfälle hinweggeht.

Wir hatten diese Abschweifung nötig, weil die Wahlen zum

Landesverband der Preußischen Gemeinden

vor der Türe stehen. Wir werden mit unserem positiven Programm vor die deutschen Juden treten, und wir erwarten von dem entstehenden Verband eine Stärkung des deutschen Judentums, denn wir sehen in ihm ein geeignetes Mittel zur Durchführung zahlreicher innerjüdischer Aufgaben sowie zu einer würdigen Vertretung des gesamten deutschen Judentums nach außen.

...

---

[3] Gemeint ist der „Verband nationaldeutscher Juden".

[156]
Ziel und Zukunft des deutschen Zionismus
28. DEZEMBER 1924
ARCHIV DES LBI, JERUSALEM

[Referat Blumenfeld auf dem
XX. Delegiertentag in Wiesbaden, 28.–30. Dezember 1924]

Referat Blumenfeld
(gekürzte Wiedergabe nach dem Stenogramm [1])

Ich habe die Aufgabe, über die Gegenwartsaufgaben der Zionistischen Vereinigung für Deutschland zu sprechen und einige Grundfragen der zionistischen Arbeit in Deutschland zu erörtern. Als der Landesvorstand der Z.V.f.D. beschlossen hatte, mir dieses Referat zu übertragen, fragte mich einer meiner Freunde, was ich in diesem Referate Neues zu sagen hätte. Die Antwort darauf ist nicht so einfach. Nicht wie in den exacten Wissenschaften handelt es sich bei Beziehungen zwischen Menschen um eine einmalig auszusprechende Erkenntnis, sondern es ist erforderlich, dieselben Fragen wiederholt auszusprechen. Einmal gewonnene Erkenntnisse werden leicht verdunkelt, und es ist notwendig, schon nach wenigen Jahren Dinge zu sagen, die schon ganz vertraut schienen. Im gegenwärtigen Augenblick, in dem wir um das Schicksal unserer Organisation bangen, ist es wichtig, daß ein Delegiertentag der Z.V.f.D. sich darüber klar ist, welche Voraussetzungen des zionistischen Lebens in Deutschland noch gelten und was die Z.V.f.D. jetzt zu tun habe. Die Frage muß beantwortet werden, ob wirklich, wie manche behaupten, wir uns zur Zeit in einem Stadium der Entwicklung befinden, wo das Versagen der Organisation eine notwendige Folgeerscheinung des gegenwärtigen Alters der Zionistischen Organisation ist. Für den, der das nicht glaubt, erhebt sich die Frage, was kann die Zionistische Vereinigung für Deutschland in dieser Beziehung von der Executive verlangen. Ich will mich jetzt nicht mit denen auseinandersetzen, die glauben, daß nach Begründung der Jewish Agency kein Platz mehr für eine starke Zionistische Organisation ist. Aber da sich die Zionistische Organisation ihres Weges nicht recht bewußt ist, ist sie auch den ihr gestellten Aufgaben nicht gewachsen, ausgenommen die politische Leitung.

Wir erblicken in Weizmann den legitimen Führer der zionistischen und der heutigen jüdischen Politik überhaupt. Wo immer er sich befindet, ist die politische Führung in guten Händen. Doch kann er nicht überall sein. Daher sind wichtige Zentren unserer Politik, wenn Weizmann verreist ist, oft unbe-

[1] Diese Rede, die Blumenfeld auf dem Wiesbadener Delegiertentag hielt, wurde nicht in der „Jüdischen Rundschau" abgedruckt.

setzt, und jedesmal erwacht die Sorge um unsere dauernd bedrohte politische Situation. Wir müssen unsere politische Position durch neue Menschen verstärken. Es ist eine Aufgabe der Z.V.f.D., mit stärkeren Forderungen innerhalb der Weltorganisation dafür zu wirken, daß neue Kräfte zu der politischen Arbeit hinzugezogen werden. Es ist zu begrüßen, daß wir jetzt in Genf zwei dauernde Vertreter haben werden.[2] Auch in Italien müssen wir die Position verstärken, und ich habe mich gefreut von Weizmann zu hören, daß diese Ansicht von der Leitung geteilt wird. Es ist ferner Sache unserer Landesorganisation, eine öffentliche Meinung im Zionismus schaffen zu helfen. Dies gilt auch in politischen Fragen. Viel wesentlicher als unsere Stellungnahme zur Mandatarmacht und zur Verwaltung von Palästina ist unsere Haltung der arabischen Welt gegenüber. Es muß an der Bildung einer öffentlichen Meinung gearbeitet werden, damit die Juden, die nach Palästina gehen, um sich dort ihr Lebensrecht zu erkämpfen, nicht die Tendenzen mancher nationaler Einheitsstaaten Europas dorthin übertragen. Sie müssen das Bewußtsein haben, daß schließlich von den Beziehungen zwischen jüdischem und arabischem Volk unsere Zukunft abhängt. Es ist daher wichtig, die Menschen für Palästina auf ihre innere Stellung dem Lande gegenüber vorzubereiten.

Auf anderen Gebieten als auf dem politischen hängt alles von uns, von unserer eigenen Arbeit ab. Ich glaube nicht, daß die Z.V.f.D. von den jetzt bestehenden Zentralstellen erneuert und beeinflußt werden kann. Vielmehr müßte unser Landesverband eine Zelle sein, die zur Umformung, zur Reformation der Weltorganisation und ihrer die Menschen wieder neu ergreifenden Wirkung werden muß.

Eine wichtige Frage ist die Bewertung unserer Arbeit. Man sagt, durch den Krieg habe sich der Schwerpunkt in der zionistischen Welt verschoben. Früher bildete der deutsche, gemeinsam mit dem russischen Zionismus den Kern der Bewegung. Jetzt sei die Einflußmöglichkeit des deutschen Zionismus geringer. Das trifft vielleicht zu, soweit es sich um die politische Wirkung handelt, jedoch nicht um die innere. Ich glaube vielmehr, daß der deutsche Zionismus eine entscheidende und spezifische Aufgabe im Weltzionismus zu erfüllen hat. In den westlichen Ländern Europas wird die Frage Palästinas in entscheidenden Teilen beeinflußt, sowohl was die Beschaffung der finanziellen Mittel und die dauernde Aufrechterhaltung einer palästinafreundlichen Stimmung betrifft. Von dem Gelingen unserer Arbeit in den westlichen Ländern hängt also das Schicksal der Bewegung ab. Dort aber ist die zentrale Frage, wie entjudete Menschen wieder zum Judentum zurückgebracht werden können, wie sie wieder zu ihrem Volke zurückkehren und ihr persönliches Schicksal mit dem Schicksal der jüdischen Gesamtheit verbinden.

Wenn man fragt, was ist heute der Inhalt des Zionismus, so ist die Antwort darauf: der Aufbau Palästinas in unserem Geschlechte durch die Kräfte

[2] Vertreter beim Völkerbund.

der zionistischen Bewegung. Es kommt jetzt darauf an, dieses Werk in einer relativ kurzen Zeit durchzuführen. Man hat früher für den Westen eine Art Surrogat-Zionismus hergestellt, und glaubte, daß die Keren Hajessod-Aktion ausreicht, um westliche Juden für Palästina zu interessieren und daß man mehr in diesen Ländern nicht erwarten könne. Das war falsch, denn eine Aktion für Palästina kann auch in den Westländern nur gelingen, wenn in einer ganz undemagogischen Form und in steigendem Maße Juden, die entjudet waren, zu vollkommenen Zionisten werden. Sonst besteht die Gefahr, daß das anfängliche Interesse der gewonnenen Kreise allmählich abflaut. Auf die Dauer können an dem palästinensischen Aufbauwerk nur solche Menschen interessiert werden, die davon ganz ergriffen wurden.

...

Die Übersiedlung nach Palästina ist für die westlichen Zionisten viel notwendiger als für die östlichen. Der westliche Zionist muß sich besonders klar werden über die Formen der Lebensentwicklung in Palästina. Wenn das uns aus früheren Zeiten bekannte Wort, daß wir mit unseren höchsten Anforderungen an Menschen eine Sekte machen, jetzt wiederholt wird, so muß dem entgegengehalten werden, daß wir möglichst viele dieser Menschen besonderer Qualität gewinnen wollen. Worauf es aber ankommt, ist das, daß wir den Maßstab nicht sinken lassen wollen und uns nicht künstlich über die wirkliche Zahl der von uns Gewonnenen täuschen lassen, indem wir einen falschen Maßstab anlegen. Wir glauben, daß von uns ausgebildete und geschulte Kräfte auch geeignet sein werden, die Juden anderer Länder für die Arbeit für Palästina zu gewinnen, auch in anderen Ländern können wir beeinflussend und fördernd wirken.

Wenn man in den Aufgaben des Aufbaus unterscheidet und nicht nur für die Chaluziuth, sondern auch für andere Forderung[en] eintritt, so ist das ganz wichtig, trifft aber doch nicht das Entscheidende unserer besonderen Aufgabe. Auch in Palästina umfaßt naturgemäß das jüdische Leben alle Berufsstände, doch ist auch hier die wichtigste Frage die des Berufsideals, das es überall gibt, auch dort, wo sich Menschen in beruhigten Verhältnissen befinden, das aber noch notwendiger ist, wenn Menschen aufbauen und kolonisieren. Es muß das Ziel unserer Jugend sein, dieses Berufsideal, den Typus, den man für den erstrebenswertesten hält, zu verwirklichen. Die Schicht in Palästina, die das Berufsideal aufrecht hält, mag zahlenmäßig klein sein, wichtig ist es aber, wie sie von der Gesamtheit gewertet wird. Kolonisation ist nur möglich durch landwirtschaftliche Arbeit und durch Bauern. Nirgends in der Welt ist ein Land erobert worden durch eine städtische Bevölkerung. Wenn wir politisch zu einer Macht im Lande werden wollen, müssen wir die Herrschaft über Grund und Boden haben. Es ist eine Erfahrungstatsache auch in allen anderen Ländern, daß landwirtschaftliche Kolonisation nur aus allgemeinen Mitteln, vom Staate oder durch öffentliche Fonds, durchgeführt werden kann. Die Schwierigkeit der Palästina-Kolonisation, der Kolonisation ohne Mutter-

land, besteht darin, daß sie mit einer Steuer finanziert werden muß, die nicht zwangsweise aufgelegt werden kann.

Unsere Chaluzim, heute ein beliebtes Objekt für Propagandareden und gutes Mittel propagandistischer Wirkung auch bei denen, die diese Kolonisationsmethoden früher bekämpft haben, sind die Menschen, die ein Leben führen, das sonst auf die Dauer nicht geführt werden kann, ein Leben im Schützengraben, und die es ertragen, weil sie glauben, dies ihr Leben sei notwendig für den Aufbau. Wie lange sie so leben können, hängt davon ab, daß sie wissen, daß diese ihre Leistung in der Bewegung das Bewußtsein weckt, sie sind wirklich ihr Kern, und ihre Leistung muß eine entsprechende Ergänzung in dem Willen der Gesamtheit zur Eroberung des Landes haben. Wenn dieser Wille und diese Erkenntnis bei uns schwächer wird, wenn der Chaluz aufhört, das Berufsideal zu sein, dann hört auch die Chaluziuth auf. Ein solches Leben können Menschen dann nicht führen, wenn sie wissen, daß man es eigentlich gar nicht für so wichtig hält, und es gibt auch nichts Unmoralischeres als zwecklose Opfer. Darum muß eindeutig erklärt werden, der landwirtschaftliche Aufbau, dem die Kräfte der Gesamtheit gehören, steht nicht in einer Reihe mit anderen Unternehmungen. Die Bewegung muß daran festhalten, daß unsere Jugend zum Pioniertum erzogen ist. Wir freuen uns über eine große Alijah, wie die der letzten Monate, aber zu fördern aus den Mitteln unserer öffentlichen Fonds sind vor allem diejenigen, die die Pioniere und Repräsentanten der zionistischen Bewegung sind.

...

[157]
Nationale Kolonisation und Privatinitiative
30. DEZEMBER 1924

Jüdische Rundschau
XXX. Jg., Nr. 2, 6. Januar 1925, S. 15

Die Schluß-Sitzung
[des XX. Delegiertentages in Wiesbaden]

Dienstag, den 30. Dezember 1924, nachmittags 4 Uhr

...

Dr. Siegfried *Moses*, als Referent des Permanenzausschusses, bringt sodann die von diesem akzeptierten Resolutionsanträge ein; als erster Antrag wird folgender, vom Permanenzausschuß abgeänderter Antrag des Hapoel Hazair zur Abstimmung gebracht:

Der Delegiertentag begrüßt das Anwachsen der jüdischen Immigration aus den Kreisen des jüdischen Mittelstandes nach Palästina und das erhöhte Bestreben, private Kapitalien in industriellen Unternehmungen in Palästina zu investieren, und erachtet es für notwendig, daß auch alle Institutionen der Z.V.f.D. diesen Bestrebungen ihre Unterstützung zuteil werden lassen. Als Voraussetzung für die Förderung dieser Bestrebungen erachtet der Delegiertentag jedoch ihre organische Einreihung in den organisierten Aufbau einer gesunden nationalen Wirtschaft in Palästina und fordert, daß alle hierzu nötigen Maßnahmen ergriffen werden. Bei dieser Gelegenheit betont der Delegiertentag seine prinzipielle Auffassung, daß nach wie vor der Schwerpunkt der zionistischen Kolonisationspolitik in der verstärkten Fortführung des von der Arbeiterschaft getragenen landwirtschaftlichen Siedlungswerkes liegen muß. (Angenommen.)

...

[158]
Der Zionismus erstrebt einen neuen Typ des Juden
20. AUGUST 1925
PROTOKOLL DER VERHANDLUNGEN DES XIV. ZIONISTEN-KONGRESSES VOM 18. BIS 31. AUGUST 1925 IN WIEN, LONDON 1926, S. 164–167

5. Sitzung.

Donnerstag, den 20. August 1925.

...

Mitglied des Actions-Comités Kurt Blumenfeld (mit lebhaftem Beifall begrüßt):

Geehrter Kongreß! Im Namen der Freien zionistischen Gruppe, die die deutsche Landsmannschaft und einige Gruppen von Delegierten umfaßt,

* Die vierte Alijah brachte zwischen 1924 und 1928/29 ca. 67 000 Einwanderer nach Palästina. Davon kamen mehr als die Hälfte aus Polen, das sie infolge der wirtschaftlichen Krise und hoher, hauptsächlich gegen Juden gerichteter Besteuerung verlassen mußten. Die vierte Alijah wurde daher oft spöttisch die Grabski-Alijah genannt, nach dem Premierminister, der Polens judenfeindliche Finanzpolitik eingeführt hatte. (Die Einwanderungsrestriktionen, die die USA 1924 einführten, verhinderten die Emigration weiterer größerer Massen osteuropäischer Juden nach den USA, so daß sie wohl stattdessen nach Palästina auswanderten.) Diese Einwanderungswelle brachte eine beträchtliche Anzahl von Menschen mit bescheidenen Mitteln, Geschäftsleute und Handwerker, die sich hauptsächlich in den Städten niederließen,

habe ich hier in der Generaldebatte unsere Stellung zum Bericht der Exekutive und unser Programm zu vertreten. Man hat sich darin gefallen, insbesondere die deutsche Landsmannschaft herabsetzend als loyal zu bezeichnen und ihr das Wort Loyalität sozusagen als politisches Schimpfwort anzuhängen. Man hat sich daran gewöhnt, aus der allgemeinen Politik, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, sich oppositionell zu gebärden, und man glaubt, daß auch im Zionismus konstruktive, aufbauende Kräfte mit Verantwortung etwas Minderwertiges sind gegenüber einer Haltung, die zwar einerseits die Früchte der Arbeit genießen möchte, aber andererseits sich gleichzeitig immer in der gehörigen kritischen Distanz hält. Wir glauben, daß es eine zionistische Tugend gibt, und eine echte zionistische Tugend ist es, sachlich und verantwortungsvoll unserem Werke gegenüberzustehen. Wir glauben, daß das der Sinn der zionistischen Bewegung ist und daß ihre Legitimität darin liegt, daß sie den Begriff der Verantwortungspolitik auch in die jüdische Welt eingeführt hat. Eine Bewegung, die auf eine freudige seelische Verfassung ihrer Anhänger angewiesen ist, muß wissen, daß auch ihre kritische Haltung und ihre Kritik immer positiv und konstruktiv wirken soll.

...

Zionismus ist für uns nationale Erneuerung des jüdischen Volkes. Den Satz, daß wir mit den Juden zu rechnen haben, wie sie sind, anerkennen wir nicht, sondern wir glauben, daß die Bedeutung und Aufgabe der zionistischen Bewegung darin liegt, die Juden in Erez Israel *und* in den Ländern der Galuth durch die zionistische Bewegung umzuformen zu einem neuen Typus. (Beifall.) Wir wissen, daß solche Worte in der zionistischen Welt vielfach anerkannt werden, wir wissen aber auch, daß sie heute vielfach grundsätzlich bestritten werden, und mehr noch als in Worten in Taten und Handlungen. Bisher waren wir der Ansicht, daß die Größe und die sittliche Kraft der zionistischen Bewegung sich in Palästina offenbart, wo eine von Idealismus erfüllte Gruppe zionistischer Menschen neue Formen des Lebens in der Wirklichkeit erprobt. Wir sind heute in Gefahr, daß dieses beseelte höhere Zentrum sittlicher zionistischer Kraft in seinen Wirkungen geringer wird. Charakteristisch für die Auffassung von Gruppen im Zionismus ist die Behauptung, daß die Juden im Galuth genommen werden müssen, wie sie sind, und daß sie auch in Palästina gewürdigt werden sollen in derselben Form und derselben Art ihrer Galuthexistenz. Man sagt sich also: Wozu Zionismus, was ist der Sinn dieser zionistischen Bewegung, die nichts anderes darstellt als eine Transportfrage? Denn niemand, der Zionist ist, soll sich einreden, daß Palästina als Land schon die Menschen ändert. Daraus ergibt sich unsere Stellung zur vier-

---

ins Land. Die erste Phase der vierten Alijah (Frühling 1924 bis Frühling 1926) führte zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, von einer Wirtschaftskrise gefolgt (1926–1928), die einen scharfen Rückgang der Immigration und ein Überwiegen der Auswanderung über die Einwanderung zur Folge hatte.

Vgl. *Dan Giladi*, Jewish Palestine During the Fourth Aliya Period (1924–1929). Economic and Social Aspects (hebr.), Tel Aviv 1973.

ten Alijah, die wir als ein Elementarereignis würdigen und mit der wir zionistisch fertig werden müssen. Wir betrachten diese ganze Einwanderung so, wie sie kritisch von einem Zionisten betrachtet werden muß. Es ist nicht nur die Anziehungskraft von Erez Israel in ihr zu spüren, sondern auch die Abstoßungskraft der Länder des Galuth ... Und wenn man auch heute auf der Linken, wie Rubaschow es tut, die vierte Alijah bewundert, so kann es nur geschehen, wenn man die Vorstellung einer mystischen Kraft mit ihr verbindet. Wir aber müssen politisch mit dem Problem fertig werden. Wir müssen uns klar werden über die Beeinflussung dieser großen Einwanderung im zionistischen Sinne ... Gleichgewicht heißt doch zumindest normale Schichtung des palästinensischen Lebens. Und wenn Sie sogar die höchstentwickelten Industrieländer der Welt nehmen, so werden Sie finden, daß selbst dort 25 Prozent der Bevölkerung in landwirtschaftlichen Berufen tätig sind. Wir glauben, daß die Landwirtschaft die notwendige Grundlage ist, und wir glauben dies nicht aus einem dogmatischen Standpunkt heraus, sondern einfach darum, weil es keine andere Möglichkeit gibt, ein Land durch Juden zu gewinnen, als daß diese Juden selbst den Boden bearbeiten.

...

Unser Hauptproblem besteht darin, das städtische Element in die Landwirtschaft überzuführen, und das kann man nur, wenn den Menschen ein seelisches Äquivalent gegeben wird. Die Sicherung und Gestaltung des Palästinaaufbaues durch eine Neuordnung werden wir zu wahren wissen gegen rechts und links und gegen jeden Versuch der Unsachlichkeit auch aus der Mitte. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Maßnahmen, die dazu führen, daß die nationale Basis dieses Werkes erhalten bleibt, und begrüßen die Politik der zionistischen Bewegung, die gegeben ist einmal durch das Mandat, zweitens durch die nationalen Leistungen in Palästina, drittens durch die Kraft der zionistischen Idee als solcher, das sind die Fundamente unserer Bewegung. Alle die gehen in die Irre, die bei Betrachtung und Kritik zionistischer Fragen diese Hauptstützen unserer zionistischen Politik eliminieren. Für uns ist hier die Frage: Haben die Führer der Politik uns die Garantie dafür gegeben, daß sie die wahren und rechten Repräsentanten der zionistischen Bewegung sind, daß sie mit Mut und Kraft und nationalem Stolz unsere Sache vertreten? *Philosophische* Theorien können leben, auch ohne von Menschen getragen zu sein; zur Eigenart *politischer* Probleme gehört es, daß sie ihren Sinn erst durch ihre lebenden Repräsentanten bekommen. In diesem Zusammenhang erklären wir, daß wir zur politischen Führung der Exekutive und insbesondere zu Doktor Weizmann Vertrauen haben. (Lebhafter, andauernder Beifall.) Wir glauben, daß gerade die Würde im Auftreten für unsere Sache, die er geführt hat, gewahrt ist und daß wir in dieser Richtung beruhigt sein können ...

...

[159]
DIE IDEALE DES JJWB
14. SEPTEMBER 1925
JÜDISCHE NATIONAL- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK

Rundschreiben der Bundesleitung an alle Chawerim und Chaweroth des JJWB

Berlin, den 14. 9. 1925
Gotha 25. Elul 85

Rundschreiben No 36/24

Liebe Chawerim!

...

3.

Der Wille zur Kräftigung und Ausbreitung des Bundes muß gestärkt werden, wenn wir uns in der Welt umsehen und erkennen, daß die großen Ideale unserer Zeit zu verflachen und zu verblassen drohen. Solange der Zionismus lediglich Idee war, war es leicht, von einem neuen Leben des jüdischen Volkes in eigenem Lande zu träumen und es mit allen sittlichen Idealen auszukleiden. Die harte Wirklichkeit des Aufbaus macht den Zionismus allmählich müde und zwingt ihn zu Concessionen. Die Idealvorstellungen erscheinen

---

* Im Jahre 1920 wurde in Frankenberg der „Jung-Jüdische Wanderbund" (JJWB) gegründet. Er entstand aus dem „Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands", dem sogenannten „Neutralen Verband" (gegr. 1907), behielt die Parole der Neutralität in allgemeinen und jüdisch-politischen Fragen bei und sah zunächst seinen Zweck fast ausschließlich in der Pflege des Wanderns. Als auf dem zweiten Bundestag 1921 die zionistische Ideologie nicht als verbindlich für den Bund anerkannt wurde, trat eine kleine zionistische Oppositionsgruppe aus dem JJWB aus und eine Splittergruppe ging in den „Blau-Weiß", wo sie aber wiederum in Opposition stand und folgerichtig nach dem Bundestag von Prunn (1922) austreten mußte. Ein Teil dieser kleinen Gruppe schloß sich zusammen und nannte sich „Brith Haolim". (Vgl. Dok. 148, Anm.*.) Inzwischen siegte im JJWB die zionistische Richtung und auf dem Bundestag in Frankenberg (1922) wurde die sogenannte „Frankenberger Formel" angenommen, welche mit den Worten: „Wir bekennen uns zur jüdischen Volksgemeinschaft" begann. Als im Winter 1924 in Danzig der „Brith Hanoar" (eine Zusammenfassung aller Bünde, die dem Welt-„Hechaluz" angehörten) gegründet wurde, traten aus Deutschland der JJWB und der „Brith Haolim" bei. Damit war die Grundlage für eine Wiedervereinigung der beiden Bünde geschaffen, die im Frühjahr 1925 auf einer gemeinsamen Führertagung beschlossen wurde. Es gab jetzt *einen* Bund in Deutschland, der sich als Nachwuchsbewegung der zionistischen Arbeiterschaft betrachtete. Er umfaßte 1925 etwa 1500 bis 2000 Mitglieder. Bis 1930 trug der Bund den Namen JJWB; von da an hieß er „Brith Haolim".

Vgl. Habonim – Aus der Geschichte des Bundes vor dem Ichud, Heft III, Archiv der jüdischen Arbeiterbewegung; vgl. auch JJWB-Rundschreiben Nr. 25/17, 18. März 1925, Archiv des Hauses der Ghetto-Kämpfer, 2501.

unerreichbar und werden aufgegeben. Noch vor einigen Jahren war der Chaluz der Licht- und Sammelpunkt aller zionistischen Hoffnungen, auf ihn baute sich die Erwartung der ganzen zionistischen Welt. Die klassenlose Arbeitergesellschaft der Juden in Erez Israel war bis weit in die bürgerlichen Kreise das Ideal des Aufbaus. Heute müssen wir sehen, wie der Aufbau des jüdischen Landes mehr und mehr als geschäftliches Unternehmen angesehen wird, wie Bodenspekulation und Verdienstsucht eindringen und sich breit machen[1], und die zionistische Organisation ist nicht mehr imstande, durch eine geschlossene, machtvolle Kundgebung alle zu ächten, die den Aufbau des jüdischen Landes zu einem geschäftlichen Unternehmen erniedrigen und eine öffentliche Meinung zu schaffen, die am stärksten allen Mißständen entgegenwirken könnte. Der 14. Zionistenkongreß hat in dieser Beziehung vollständig versagt. Ist es ein Wunder, wenn auch die Chaluzim schwächer werden, da sie nicht mehr die öffentliche Meinung der zionistischen Welt hinter sich fühlen, die ihnen den Rücken stärken würde und ihnen den Mut gäbe, die großen Schwierigkeiten des Aufbaus zu überwinden und Pioniere für eine Erneuerung des Volkes zu sein! Schon machen sich Anzeichen für eine innere Schwächung der Chaluzbewegung bemerkbar; die aus ihr hervorgegangenen Poalim[2] müssen sich dagegen wehren, daß ihr Idealismus zum Ausbeutungsobjekt wird, sie werden in einen Klassenkampf hineingedrängt, den zu vermeiden der Sinn der Kwuzah[3] war. Selbst in der zionistischen Jugendbewegung zeigen sich Strömungen, deren Sinn es ist, vor den Nützlichkeitsforderungen des Tages zu kapitulieren und die Ideen nationaler und sozialer Erneuerung zu vergessen; Strömungen, die den Beginn einer ideellen Demoralisierung bedeuten.

4.

In dieser Zeit der allgemeinen Verflachung und Mechanisierung ist es Aufgabe der jüdischen Jugend, immer wieder an den letzten Sinn der Bewegung zu erinnern, immer wieder die letzten Ideale lebendig zu halten, die allein der Maßstab für die Leistungen des Tages sein können. Wir können und werden nicht anerkennen, daß irgend eine noch so grausame Wirklichkeit unsere Ideale zerbricht. Wir glauben, daß Zionismus keinen Sinn hat, wenn er in Palästina ein neues Galuth schafft. Wir hören in dem Worte „Zion" den idealen Nebensinn, den die Propheten ihm gegeben haben, und Zionismus ist uns die Aufrichtung einer Gesellschaft von Juden auf der Grundlage der Arbeit, ohne Ausbeuter und Ausgebeutete, einer Arbeitergesellschaft, in der es keine Klassenscheidungen gibt. Wir glauben, daß das große Werk des jüdischen Volkes nur gelingen kann, wenn es getragen wird von diesen wahrhaft chaluzischen Idealen, für die zu kämpfen allein alle Opfer lohnt. Denn wir sind keine Träumer und Illusionisten, wir wissen, daß Opfer verlangt

---

[1] Hinweis auf die negativen Erscheinungen der vierten Alijah.

[2] Hebr.: Arbeiter.

[3] Hebr.: Gruppe. Sammelname zur Bezeichnung genossenschaftlicher Gruppen.

und gebracht werden müssen; wir sind in dieser Hinsicht nüchterner und wirklichkeitsklarer als diejenigen, die vom Aufbau des jüdischen Landes eigene Gewinne und Bequemlichkeiten erwarten. Wir wissen, daß unsere Generation die Generation der Wüstenwanderung sein muß, deren Kinder erst die Früchte des Landes genießen können. Wir wollen nicht die leichteren Wege der Mühelosigkeit gehen, wir wollen die feindliche Wirklichkeit überwinden, um uns einen Weg zu unseren Idealen zu bahnen. *Wir glauben an ihre Möglichkeit*; sie haben für uns stärkere Wirklichkeit als die Welt der Erscheinungen. Zionismus und Sozialismus sind ewige Ideen, die von den Bedingungen des Tages unabhängig sind. Wir, die jüdische Jugend, fragen nicht, was heute und morgen Geltung hat, wir fragen nur, was dauernd Geltung hat. Und darum nehmen wir das Recht für uns in Anspruch, der Welt, die in die Politik des Tages verstrickt ist, das Dasein dieser ewigen Ideen ins Gedächtnis zurückzurufen, dieser Ideen, die sich Erwägungen politischer Zweckmäßigkeit nicht beugen. Das erkennen wir als die Aufgabe der jüdischen Jugend: die großen Ideale in ihrer Reinheit lebendig zu halten und zu verhindern, daß sie nur Vorwände werden für kleinliche Bestrebungen.

...

Schalom lachem [4]
Die Bundesleitung.

gez.: Hermann Gradnauer [5] Walter Heilbrunn [6]
Georg Lubinsky [7] Fritz Noack [8]

---

[4] Hebr.: Wir grüßen Euch!

[5] Hermann Gradnauer (1894–1972). Zahnarzt. Gehörte zu den Gründern des „Brith Haolim", Führer des JJWB. Ließ sich in den zwanziger Jahren in Palästina nieder.

[6] Walter Heilbrunn (geb. 1899). Lehrer. 1933 in Palästina eingewandert, wirkte er in seinem Beruf zuerst in Mikwe Israel, 1934–1956 in Deganiah „Alef" und dann in Nahariah.

[7] Georg Lubinski (Giora Lotan) (1901–1974). Führer des JJWB. In Deutschland aktiv in der jüdischen Sozialarbeit. Später in Israel Direktor des „Nationalen Sozialversicherungsinstituts".

[8] Fritz Noack (1890–1968). Arzt. Aktives Mitglied im „Hapoel Hazair", JJWB und „Brith Haolim". Nach seiner Einwanderung in Palästina (1933) bekleidete er leitende Stellen im jüdischen Gesundheitswesen.

[160]
Die innerpolitische Haltung der ZVfD
10. JANUAR 1926
CZA, Z 4/2009

Streng vertraulich!

Protokoll
der Sitzung des Landesvorstandes der Z.V.f.D.
vom 10. Januar 1926 im zionistischen Bureau, Berlin

...

V. Grundsätzliche Stellungnahme des Landesvorstandes
zur innerpolitischen Haltung der Z.V.f.D.

Blumenfeld führt in seinem einleitenden Referat etwa folgendes aus:

Seit dem Kongreß ist es offenbar, daß innerhalb der Z.V.f.D. in grundsätzlichen Fragen keine Übereinstimmung besteht. Auf dem Kongreß wurde der Versuch gemacht, den Einfluß der Z.V.f.D. durch Verbindung mit anderen Gruppen und Landsmannschaften herzustellen. Diese Zusammenhänge waren künstliche. Die innere Entwicklung des Zionismus hat es mit sich gebracht, daß wir zwangsläufig in erhöhtem Maße isoliert sind.

Der Zionismus war vor dem Krieg eine russisch-deutsche Angelegenheit. Die zwar kleine Schicht deutscher, westlicher Zionisten hatte einen ganz bestimmten Einfluß innerhalb der Weltorganisation. Führend waren deutsche und russische Intellektuelle, die die Assimilation hinter sich hatten. Heute ist der Zionismus eine polnisch-amerikanische, östliche Angelegenheit. Wir sind eine kleine Schicht von westlichen Zionisten besonderer Art.

Es besteht der Gedanke, einen Block der Stamzionisten[1] zu schaffen, eine wenn auch nicht einheitliche, so doch in den wesentlichsten Fragen geeinte Gruppe. Man glaubt, daß die rein wirtschaftliche Haltung maßgebend ist und daß die Tatsache, daß es sich um eine Masse bürgerlicher Zionisten handelt, ausreicht. Diese Gruppe der Stamzionisten ist aber in Wirklichkeit auch in wirtschaftlichen Fragen uneinheitlich. Die einen betrachten sich ganz offen als Interessenvertreter, die anderen als Ordner, zwei Gruppen, die niemals, sobald sie zur Macht kommen, einmütig vorgehen können. Sie bilden nur eine Einheit, solange sie eine unterdrückte Macht darstellen.

In Wahrheit gibt es tiefgehende Gegensätze. Ich habe früher oft versucht darzustellen, was prä- und postassimilatorischer Zionismus ist. Heute gibt es einen starken Einfluß von Gruppen, die dem Zionismus, wie wir ihn verstehen, sehr fernstehen. Seit dem Kongreß macht sich eine ganz sichtbare Ten-

---

[1] Hebr.: wörtlich „nichts als" Zionisten, d. h. Zionisten ohne zusätzliche Ideologie, wie z. B. Religion oder Sozialismus.

denz dieser Gruppen geltend, eine Haltung entgegen *dem* Zionismus, den wir vertreten ...

Welche Aufgabe haben wir deutsche Zionisten innerhalb der Weltorganisation? Ich glaube, daß unsere Arbeit in dieser Hinsicht auf lange Sicht gemacht werden muß, und daß es völlig verfehlt ist, eine Machtpolitik zu treiben. „Die Entscheidungsschlacht wird im Galuth geschlagen." Der deutsche Zionismus hat seine spezielle Aufgabe. Wir sind heute die einzige Gruppe der postassimilatorischen Entwicklung. Der amerikanische Zionismus ist heute galuthbejahend.

...

Wie gelingt es, auf die Entwicklung in Palästina regelnd einzuwirken? Es gibt nur einen Weg, nicht durch programmatische Erklärungen, sondern durch Menschen. Auf dem Kongreß hätten wir alles durchsetzen können, wenn wir die Menschen hätten präsentieren können. Es handelt sich heute weniger um das Durchsetzen von Prinzipien, als vielmehr von Realien. Die richtigen Menschen müssen da sein, um in Zeiten der Not einzugreifen. Alle Fragen der Executivbildung sind gescheitert am Mangel an Kandidaten. Unsere Aufgabe ist Vorbereitung der Menschen und ideologische Beeinflussung.

Die entscheidende Schwierigkeit in Palästina liegt in der Hauptfrage der Bewegung: der landwirtschaftlichen Kolonisation. Die landwirtschaftliche Siedlung wird nur durch öffentliche Mittel aufrechtzuerhalten sein. Die Frage ist, wie halten wir unsere Menschen auf dem Lande? Entscheidend waren bisher – wie überall wo diese Frage besteht, und sie besteht fast in allen Ländern – Imponderabilien: bei uns der zionistische Wille, das Bewußtsein, Träger einer neuen Wirtschaftsordnung und Gemeinschaft zu sein. Man hört von überall, daß dieser Geist, der die Siedler gehalten hat, sinkt, daß die neuen Menschen nicht mehr so geartet sind. Fallen diese Imponderabilien fort, so gibt es kaum eine Möglichkeit, die landwirtschaftliche Siedlung weiter zu betreiben. Sogar wenn 25 % der jüdischen Bevölkerung in Palästina in der Landwirtschaft leben, ist noch eine nationale Kolonisation in Frage gestellt. Dazu wird das Verhältnis von Jahr zu Jahr ungünstiger. Aber der Sinn des Zionismus liegt darin, eine normale Schichtung herbeizuführen, und ängstlich muß man sich daher davor hüten, jene imponderabilen Werte zu zerstören. Eine große Wirtschaftspolitik kann nur darin bestehen, diese inneren vorhandenen Kräfte nutzbar zu machen.

Auch für Menschen, die mit Kapital in die Landwirtschaft gehen, gelten die gleichen Voraussetzungen und Bedingungen. Auch bei ihnen sind Imponderabilien vorherrschend, auch für sie muß ein Anreiz bestehen.

Also: keine Abschwächung der kritischen Haltung gegenüber der landwirtschaftlichen *Verwaltung* in Palästina aber gleichzeitige Erklärung, daß es sich um kein Eingreifen in die erwähnten anderen Bezirke handelt. Es liegt die Gefahr vor, daß der Eindruck entstanden ist, als wollten wir beides vermischen.

Unsere Haltung gegenüber der Executive ist ziemlich klar, wenn man grundsätzlich anerkennt, daß wir eine spezifische Aufgabe haben: Billigung der Politik Weizmanns, aber keine Identifizierung mit der gegenwärtigen Executive.

Zur Frage der Agency: Vor 4 Jahren war die Agency eine große Sache. Heute wäre sie irrelevant. Man soll sie in einer richtigen Form machen, Eintritt abhängig von der materiellen Leistung und diese Leistung für den K. H. für die öffentlichen Mittel. Diese grundsätzliche Forderung muß aufgestellt werden. Die Hinzuziehung von Menschen ohne Leistungen ist unmöglich. Andererseits Ausbau des neutralen K. H. Direktoriums, wie wir es so oft von der Executive verlangt haben. Man muß absolut darauf bestehen, daß die Executive ihre Zusicherungen auf diesem Gebiet endlich verwirklicht.

Spezifische Aufgabe des deutschen Zionismus: Auseinandersetzung mit der jüdischen Umwelt. Auch wenn geglaubt wird, daß K. H. dadurch geschädigt wird. Heute in der Restaurationszeit ist diese Auseinandersetzung unbedingt nötig. Auseinandersetzung mit dem allgemeinen Europa, Trennung zwischen einem europäischen Chauvinismus und dem jüdischen Nationalismus, der spezifischen Form jüdischen Lebens. Beispiel der nationalen Autonomie. „Die unterliegenden Minoritäten der zionistischen Bewegung werden übrigbleiben." Die Arbeit besteht darin, den Schatz der zionistischen Bewegung zu bewahren; wir müssen sie leisten durch Erziehung, Propaganda, Jugendarbeit und hebräische Entwicklung (als Ergänzung und Fundierung unseres zionistischen Lebens).

Zu den Fragen der innerzionistischen Politik noch einmal: Ablehnung einer mechanischen Kongreßvereinigung, Ablehnung einer ideologie-feindlichen Haltung gegenüber der Arbeiterschaft.

...

[161]
DIE STELLUNGNAHME DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ DER ENGLISCHEN REGIERUNG GEGENÜBER
22.–24. AUGUST 1926

Jüdische Rundschau

XXXI. Jg., Nr. 66/67, 27. August 1926, S. 477–482

Der XXI. Delegiertentag der Z.V.f.D.[1]

...

Generaldebatte

Dr. *Ernst Simon* (Frankfurt a. M.): Der deutsche Zionismus ist nur verständlich als Vorbereitung auf Palästina. Als ein Organ, das für die Vorbereitung für Palästina eine besondere Bedeutung hat, ist die „Jüdische Rundschau“ zu werten. Uneingeschränkt billige ich die Haltung der Rundschau in allen Fragen der äußeren zionistischen Politik, insbesondere der Beziehungen zu anderen Völkern. Ihre Haltung auf diesem Gebiet ist eine zionistische und menschliche Tat, um die freilich im deutschen Zionismus noch wird gerungen werden müssen. Ich bitte Sie, folgende von Frankfurt gestellte Resolution anzunehmen: „Der Delegiertentag billigt die äußere Politik der „Jüdischen Rundschau“.“ Es ist unsere Pflicht, dem Blatt für die Fortführung seines Werkes eine Rückenstärkung zu geben, es zu ermutigen, weiter die Entscheidung zwischen dem, was Nationalismus als ungeistiges Naturstreben ist und dem, was ihn zu einem geistigen Faktor macht, zu suchen. Unter unpopulären Bedingungen vollführt die „Rundschau“ ihr Werk. Derselbe Nationalismus häßlicher Art, der heute vielfach die nichtjüdische Welt beherrscht, macht sich im Zionismus geltend. War es eine Leistung der „Rundschau“ diesen Strömungen widerstanden zu haben, so war es eine nicht geringere, daß sie unabhängig von Propagandabedürfnissen die Probleme unseres Palästinawerkes erörterte.

...

Dr. Nahum Goldmann (Radikaler), Berlin, ...

... Der bedingungslosen Anerkennung, wie sie Ernst Simon zum Ausdruck gebracht hat, müsse Redner die bedingungslose Zurückweisung dieser Politik entgegenstellen. Die Politik der „Jüdischen Rundschau“ wird nicht einmal mehr von der Exekutive vertreten. Die Resolution der letzten A.–C.-Sitzung bedeute, wenn auch in höflich diplomatischer Form, eine vollständige Abkehr von der Hinnahme der englischen Politik in Palästina, die sich als Schieds-

---

[1] Der XXI. Delegiertentag der ZVfD fand vom 22. bis 24. August 1926 in Erfurt statt.

richter zwischen Arabern und Juden fühle und im besten Falle die Juden gewähren lasse, sehr oft sie sogar hindere. Die extremste Entgleisung der „J.R." war die Anerkennung des Weißbuches[2], das den Palästina-Aufbau schwer geschädigt hat. Statt dessen müssen wir, wie es das A.-C. jetzt getan hat, von England eine aktive Unterstützung unseres Aufbauwerkes verlangen. Redner tritt unbedingt dafür ein, daß der Delegiertentag entsprechend dem Antrage Simons sein Votum über die Haltung der „Jüdischen Rundschau" abgebe. Sollte der Delegiertentag diese Haltung billigen, so werde er in der zionistischen Welt nur sehr geringe Resonanz finden. Gefährlich sei die Behauptung, daß sich in der Haltung der „Jüdischen Rundschau" ein den Juden angemessener jüdischer Nationalismus ausdrücke, während die Forderung einer aktiven Unterstützung durch die britische Regierung gegenüber dem Palästina-Aufbau als eine Nachahmung des europäischen Nationalismus betrachtet werde. Die Stellung zur Politik der Mandatarregierung habe nichts mit diesen Begriffen zu tun. Restlos zollt Redner der ungeschminkten Berichterstattung über palästinensische Verhältnisse in der „Rundschau" Anerkennung, auch wenn einzelne Zionisten sagen könnten, man liefere dadurch Antizionisten Kampfmaterial. Die Antizionisten sind heute geradezu Experten für Palästinafragen, und das sei eine erfreuliche Tatsache, denn die Antizionisten sind gezwungen, sich mit der Realität in Palästina auseinanderzusetzen. Wir brauchen nichts von einer offenen Darlegung der Dinge in Palästina zu befürchten; wir sind auf dem besten Wege, das Ziel des Aufbaus endgültig zu erreichen.

Lichtheim, Berlin: . . .

Es gibt *einen* Punkt, der die Kritik schärfer herausfordert und den schon Herr Dr. Goldmann angeschnitten hat. Das ist die politische Haltung der „Jüdischen Rundschau". Ich sehe darin für den deutschen Zionismus eine ungeheure Gefahr, die Gefahr einer Entpolitisierung des Zionismus. Man fragt häufig, woher es kommt, daß der deutsche Zionismus für Palästina so wenig Konkretes geleistet hat. Den Grund dafür sehe ich darin, daß das konkrete wirtschaftliche Denken im deutschen Zionismus allmählich abgetötet worden ist, ganz besonders durch die „Jüdische Rundschau". Die Juden sind ein unpolitisches Volk und sie leiden daran, immer Grundsätze aufzustellen und Prinzipien zu vertreten. Das ist leichter, als spezielle Dinge zu behandeln. Unsere Redakteure und Redner sind geneigt, sich immer wieder in allgemeinen Gedankengängen zu bewegen. Herr Dr. Weltsch ist ein kluger Mann, aber er ist ein typischer Nichtpolitiker. Es liegt ihm mehr an seinen Grundsätzen, Gefühlen und Prinzipien, und wo immer er die Wirklichkeit sieht,

[2] Gemeint ist das Weißbuch vom Juni 1922, auch unter dem Namen Churchill-Weißbuch (Cmd. 1700 von 1922) bekannt. In diesem Weißbuch wurde festgelegt, daß die jüdische Einwanderung nach Palästina entsprechend der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes geregelt werden müsse. Die zionistische Führung betrachtete dieses Weißbuch als eine Beschränkung zionistischer Rechte, wie sie in der Balfour-Deklaration enthalten waren.

sucht er sie seinen Prinzipien unterzuordnen. Ich will das hohe ethische und geistige Niveau der „Jüdischen Rundschau", das hier schon hervorgehoben wurde, nicht leugnen, aber unter der Sorge um das Niveau leidet oft die Wirklichkeit und Wahrheit ...

...

Schlußwort Blumenfeld

Blumenfeld setzt sich mit den in der Generaldebatte vorgebrachten Anschauungen auseinander. Was die umstrittene Redaktionsführung der „Jüdischen Rundschau" betrifft, so vertritt er die Ansicht, daß die Leitung der Z.V.f.D. nur entsprechende Persönlichkeiten mit der Redaktion betrauen könne und im übrigen gerade die Vertretung klar umrissener, konsequenter Anschauungen innerhalb der von uns eingenommenen politischen Gesamthaltung dem Blatte die Bedeutung verleihen könne, die es heute besitzt. Die Diskussionen, die bei uns über politische Fragen geführt werden, sind unbefriedigend, weil sie nicht aufeinander abgestimmt sind und jeder nur das sagt, was er in die Dinge hineinliest, so daß wir die Erscheinung haben, daß Kenner desselben Materials über dessen Inhalt streiten. Dies zeigt die Unwirklichkeit dieser Auseinandersetzung. Für mich ist das entscheidende, daß man nicht Vertreter anderer Ansichten als „national minderwertig" diffamiert. Es ist zumindest sehr fraglich, wozu mehr nationaler Mut gehört, ob zum freimütigen Bekennen, oder aber zu reiner Prestigepolitik. Wir haben diesen Unterschied im Kriege und nach dem Kriege bei anderen Völkern beobachtet und gerade bei uns ist dieses Bekennertum nötiger als bei anderen, weil wir uns nicht auf eine rein politische Methode beschränken können. Bei der politischen Kritik sollte man sich stets vor Augen halten, daß es sich nicht um eine Abstufung der nationalen Wünsche handelt, sondern um Fragen der *Methode,* und jede Bewegung hat konstitutionell vor allem die eine Funktion, die richtigen Menschen mit den Aufgaben zu betrauen und ihnen dann eine gewisse Freiheit der Aktion und ein gewisses Vertrauen zu schenken ...

...

Die Schluß-Sitzung

Der Vorsitzende Dr. *Landsberg* erteilt zunächst dem Referenten der Budget-Kommission, Dr. *Gerson,* das Wort, dessen Bericht bezüglich des Etats der Z.V.f.D. für 1926/27 einstimmig angenommen wird.

Namens des Permanenzausschusses erstattet dessen Vorsitzender Dr. *Moses*-Zwickau Bericht. Als Ergebnis der Generaldebatte hat der Permanenzausschuß zwei eingebrachte Anträge beraten, die dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt werden. Der Antrag der Mehrheit im Permanenzausschuß lautet:

Der Delegiertentag billigt die Politik, die der Vorsitzende der Z.V.f.D. in seinem Referate dargelegt und die die Leitung der Z.V.f.D. in ihrer gesamten Arbeit verfolgt hat, sowie die grundsätzliche Haltung der „Jüdischen Rundschau".

Dr. Moses berichtet, daß der *erste Teil* dieses Antrags im Permanenzausschuß *einstimmig* angenommen worden sei, der zweite Teil (betr. Redaktion „J.R.“) mit allen gegen drei Stimmen. Es sei auch im Plenum eine getrennte Abstimmung vorgesehen.

Dr. Moses: Weiters ist eine Resolution von Dr. *Goldmann* eingebracht worden, die lautet:

„Der Delegiertentag begrüßt die vom Aktions-Comité in seiner letzten Sitzung gefaßten Resolutionen, in der die Nichterfüllung wesentlicher Forderungen der Zionistischen Organisation durch die Mandatarmacht in Palästina beanstandet und von derselben die Einleitung einer Politik der aktiven Unterstützung des jüdischen Aufbauwerkes in Palästina verlangt wird.

Der Delegiertentag beauftragt die Leitung der Z.V.f.D. dafür Sorge zu tragen, daß bei allen Verlautbarungen der Z.V.f.D., insbesondere der „Jüdischen Rundschau“, diese Forderungen des A.–C. entschiedener als bisher vertreten werden“.

Der Permanenzausschuß war zwar der Ansicht, daß eine spezielle Resolution bezüglich der Forderungen des A.–C. *unnötig* sei, da der Vorsitzende der Z.V.f.D. in seinem Referate sich ausdrücklich auf den Boden dieser Politik gestellt hat, so daß durch die Annahme des ersten Antrages (Billigung der Politik des Vorsitzenden) bereits auch diese politische Stellungnahme mit ausgedrückt wäre. Da aber der Antrag eingebracht wurde, hat der Permanenzausschuß *einstimmig* den ersten Absatz der Resolution Goldmann zu seinem eigenen Antrag gemacht.

Was jedoch den *zweiten* Absatz betrifft, war der Permanenzausschuß der Ansicht, daß dieser Absatz dem Sinne nach dem ersten Antrag, der die Haltung der Redaktion billigt, widerspricht. Es wurde daher beschlossen, den zweiten Absatz des ersten Antrags und den zweiten Absatz des Antrags Goldmann *alternativ* abzustimmen.

Das Wort erhält *Goldmann* zur Begründung des Antrages.

Goldmann erklärt, die milde Fassung sei gewählt worden, weil er kein Mißtrauensvotum gegen Dr. Weltsch einbringen wolle. Auch die Kritiker der „Rundschau“ wollen nicht, daß Weltsch seinen Posten verläßt. Es handle sich lediglich um eine Einflußnahme auf den künftigen politischen Kurs, und dies sei um so notwendiger, als Weltsch in seinem gestrigen Schlußwort sich wieder auf den Boden des Weißbuches gestellt hat.

Dr. Weltsch erklärt demgegenüber, er könnte den harmlosen Wortlaut dieses Antrages akzeptieren, wenn nicht die Generaldebatte gewesen wäre, aus der hervorgeht, daß etwas ganz anderes gemeint ist als Goldmann heute hier vorbrachte. Die Resolution bedeute ein klares Mißtrauensvotum, das durch die Textierung verschleiert werden soll. Redner ersucht daher, diesen Antrag abzulehnen.

Im Verlaufe einer Geschäftsordnungsdebatte erklärt dann auch Dr. Gold-

mann entgegen anders lautenden Meinungen, der zweite Teil seines Antrages müsse alternativ gegen den Antrag auf Billigung der Haltung der Redaktion abgestimmt werden.

Die Abstimmung

Bei der folgenden Abstimmung wird der erste Teil von Antrag I (Billigung der Politik des Vorsitzenden der Z.V.f.D.) mit allen gegen drei Stimmen (Revisionisten), der erste Teil des Antrages Goldmann einstimmig angenommen.

Der zweite Teil des Mehrheitsantrages (Billigung der Haltung der Redaktion) erhält die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des Delegiertentages, der zweite Teil des Antrages Goldmann erhält nur eine geringe Stimmenanzahl.

...

[162]
STELLUNGNAHME DER DEUTSCHEN ZIONISTEN ZU PALÄSTINA
24. AUGUST 1926

Jüdische Rundschau

XXXI. Jg., Nr. 69, 3. September 1926, S. 497

Die Palästina-Debatte

Als erster ergreift in der Debatte das Wort *Felix Rosenblüth*, der über das *Verhältnis der deutschen Zionisten zu Palästina* spricht.

Als ich aufgefordert wurde, ... die Debatte über Palästinafragen durch ein Referat einzuleiten, setzte ich voraus, daß von mir kein Ruppinsches Referat über allgemeine Wirtschaftsprobleme erwartet wurde. Man wollte wohl hören, was ich über die Lage der deutschen Zionisten in Palästina zu sagen hätte, also über ein begrenztes Thema, und ich begrüße es, daß ich meine Gedanken hierüber nicht in Form eines Berichtes oder programmatischer Ausführungen, sondern in Form kurzer, schlagwortartiger Diskussionsbemerkungen äußern kann. Ich spreche hierbei selbstverständlich nicht als Mitglied der Exekutive, sondern als einer, dem es, da er nur 1¾ Jahr in Palästina

* Rosenblüths Referat auf dem XXI. Delegiertentag in Erfurt (22.–24. August 1926) folgte dem von Arthur Ruppin, der über „Die Vorbereitung für Palästina" sprach.

geweilt hat, leichter fällt, als Herrn Dr. Ruppin, sich aus der Sphäre des Weltzionismus wieder in die des deutschen Zionismus zurückzuversetzen. Immerhin berechtigt mich diese Periode meiner zionistischen Arbeit in Palästina, einige Schlußfolgerungen vorzutragen, die notwendigerweise manches zu sehr verallgemeinern werden und nicht jeden individuellen Fall decken können, die vielleicht aber doch zur Aufhellung einer gewissen spezifischen Problematik der Palästinasituation deutscher Zionisten beitragen.

Ich gehe aus von dem Typus des chaluzischen oder bürgerlichen Pioniers, eines fachlich oder finanziell bestausgerüsteten Menschen und verzichte also auf die Abhandlung der allmählich bekanntgewordenen Wahrheit, daß Palästina ein Land voller wirtschaftlicher und klimatischer Schwierigkeiten ist, zu deren Überwindung Vorbereitung und Entschlossenheit gehört. Ich spreche nicht über einzelne wirtschaftliche Erfolge oder Mißerfolge, die keine spezifisch deutschzionistischen Kennzeichen tragen, sondern für die die allgemeine Wirtschaftschronik des Landes genügend Vorbilder oder Analogien aufweist. Über die ökonomischen Fragen ist auch dem, was Dr. Ruppin gesagt hat, nur hinzuzufügen, daß die Beratung im einzelnen Falle deswegen so schwierig ist, weil sich der einzelne im Konkurrenzkampfe immer durchsetzen kann, auch wenn volkswirtschaftlich kein Interesse an seiner Einwanderung besteht. Ich will vielleicht noch bemerken, daß die Beamtenlaufbahn deutschen Zionisten immer weniger Aussichten verspricht, weil in den zahlreichen Abiturienten der hebräischen Gymnasien, die heute, z. B. in London, studieren, der Beamtenschaft ein fachlich und sprachlich glänzend ausgebildeter, natürlicher Nachwuchs entsteht. – Ich spreche also im wesentlichen über die besonderen Probleme des deutschen, allgemeiner gesagt westjüdischen Zionisten in Palästina, und diese sind von *soziologischer* und *psychologischer* Art. Alles, was hierüber gesagt werden wird, trifft nicht zu – dies sei vorausgeschickt – auf den Typ dessen, der nicht bloß *Pionier*, sondern auch *Einsiedler* ist, der also von Einflüssen des Milieus absolut oder relativ sehr stark unabhängig ist, der in sich selbst und seinem engsten Arbeitskreis Genüge findet. Ich erkenne die legitime Berechtigung eines solchen Typs durchaus an, er ist mir sogar sehr sympathisch, und ich stelle ihm nicht die für ihn nicht adäquate Frage, wie er sich „eingeordnet" hat. Solche Typen spielen in der Kolonisationsgeschichte anderer Völker eine große Rolle; man kennt die einsamen Farmer, die schon geographisch durch Stunden Weges von ihren Genossen getrennt sind, aber es ist wohl kein Zufall, daß sie bei uns so selten sind. Bedeutet bei anderen Völkern Kolonisation Dezentralisation, so meint bei uns Zionismus Konzentration, Überwindung der Vereinzelung, und so sind Zionisten meist Menschen von einem starken Bedürfnis nach Gemeinschaft und Interesse am öffentlichen Leben und Milieu, dessen Charakter sie nicht gleichgültig läßt, sondern sie zur Anerkennung oder Opposition zwingt. Der deutsche Durchschnittszionist also, der nach Palästina kommt, betritt ein Land, dessen Antlitz gebildet wird durch den Charakter des arabischen und des jüdischen Volkes, und *beide*

Volkscharaktere sind für ihn neuartig. Anders als der ostjüdische Immigrant, der sich nur mit der arabischen Umwelt auseineinderzusetzen hat – und diese Auseinandersetzung ist heute zwar ein nationalpolitisches, aber eigentlich noch kein gesellschaftliches Problem –, steht der deutsche Zionist vor dem ungleich schwierigeren, und durch die Ablehnung der anderen Seite häufig komplizierten Problem, sich in den jüdischen Volkscharakter einzuleben, und die in der Jugenddebatte diskutierte Auffassung des Jung-Jüdischen Wanderbundes, daß der jüdische Volkscharakter durch das Ostjudentum bestimmt wird, besteht ja zweifellos zu recht. Ich halte nun nichts von einer *Assimilation* an das Ostjudentum, von der in der Jugenddebatte die Rede war; ich glaube, daß der Assimilant aus Willen und Bewußtsein charakterlich immer gefährdet ist. Aber es ist nicht wahr, daß es zwischen Angleichung bis zur Identität und zwischen Fremdheit durch Andersartigkeit keine Zwischenstufen gibt. Man kann zwischen zwei nicht gleichartigen Elementen eine Einheit auch durch das Medium der *Liebe* herstellen, und ohne diese *Liebe zum jüdischen Volk und jüdischen Volkstum* kann ein deutscher Zionist, wenn er eben nicht ein Einsiedler ist, der vor sich selbst und dem Zionismus durch seine reine Arbeitsleistung gerechtfertigt ist, und der im übrigen nicht nach rechts oder links sieht, nur schwer eine ihn selbst befriedigende seelische Existenz finden. Auch diese Liebe kann nicht aufoktroyiert werden, aber sie hat in der seelischen Konstitution des zionistisch aufgerüttelten deutschen Juden einen natürlichen Nährboden. Es ist ja auch gar nicht so schwer zu erkennen und diese Erkenntnis in die Blutbahn des zionistischen Gefühls übergehen zu lassen, daß in Wahrheit das Ostjudentum den schöpferischen Teil unseres Volkes darstellt, und dieses Gefühl überwiegt dann alle instinktive oder kritische Ablehnung. Es ist notwendig und möglich, und ich schließe mich in dieser Beziehung mehreren Rednern der Jugend- und Kulturdebatte an, in der Jugend dieses Gefühl der Nähe zu den schöpferischen Kräften des Volkes durch Pflege des Lernens, durch Kulturlehre, durch eine jüdische Erziehung mit einem Wort, erzieherisch heranzubilden. Der Erfolg wird sein nicht Identität und Gleichheit, aber eine Beziehung der Ehrfurcht und des Respekts vor dem Volke. Abzulehnen jedenfalls ist jene Erziehung, der das Idealbild des blonden Typus vorschwebt, denn dieser blonde Idealmensch ist antisemitisch. Wichtig in dieser Beziehung ist das Vorbild und die Führung und gerade, weil der *einzelne* deutsche Zionist in Palästina stets gefährdet und vielleicht auch zu schwach ist, habe ich für den Anfang einen gewissen Zusammenschluß für fruchtbar gehalten, weil hier Vorbild und Führung wirksam werden und eine gewisse Gesamtstimmung schaffen kann. Freilich besteht hierbei auch immer die Gefahr der schlechten Führung und des schlechten Vorbildes. Wir hätten wahrscheinlich gut daran getan, und der Gedanke sollte als Anregung für die Zukunft geprüft werden, unsere Jugendgruppen durch einen älteren Menschen geleiten zu lassen – ich möchte fast zur Erläuterung den verpönten Begriff des Jugendpflegers heranziehen –, durch einen älteren, gefestigten Menschen

von jüdischem Wissen, mit einem geklärten Verhältnis zur jüdischen Kultur und zum jüdischen Volk. In der Debatte ist bereits der Plan einer deutsch-jüdischen Siedlung erwähnt worden, und ich werde nachher sagen, daß ich diesem Gedanken positiv gegenüberstehe. Auch für diese Siedlungen wird die Führung entscheidend sein. Sie sind zu begrüßen, wenn sie den Übergang erleichtern; sie sind aber als Inseln der Fremdheit und des Hochmutes auf das schärfste abzulehnen.

Meine Damen und Herren! Bereits aus dem wenigen, was ich bisher gesagt habe, wird klar, daß der deutsche Zionist deswegen in einer schwierigeren Lage ist als der ostjüdische, weil eigentlich nur der deutsche Zionist ein Emigrant im radikalen Sinne des Wortes ist. Der Ostjude ist eigentlich nur ein Wanderer, aber kein Auswanderer, weil er sein geistiges Milieu mit sich trägt und überträgt und in Palästina beherrschend zur Geltung bringt. Anders der deutsche Zionist, der sich völlig neu zu orientieren hat. Zu dieser Neuorientierung gehört auch die Notwendigkeit, sich in die *hebräische* Sprache einzuleben. Hier kann ich mich kurz fassen. Das Thema ist oft genug besprochen worden, ich kann auch auf die Bemerkungen von Gerda Arlosoroff-Goldberg [1] in ihrem Artikel „Akklimatisierung“ [2] verweisen. Der deutsche Zionist, der durch die Sprachgrenze isoliert ist, fühlt sich um so weniger wohl, je aktiver und umfassender er früher in Deutschland am zionistischen Leben teilgenommen hatte, und wir erleben es immer wieder, daß sich die unbewußte Unzufriedenheit mit sich selbst in Ressentiments gegen die Umwelt umsetzt. Man muß eben hebräisch lernen und zum mindesten jene verhältnismäßig leicht erklimmbare unterste Stufe erreichen, auf der die zunächst passive, später aktive Anteilnahme am öffentlichen politischen Leben möglich wird.

Zu den soziologischen Problemen gehört auch, besonders für die arbeitende Jugend, die Einfügung in ein Wirtschaftsleben, das in der Produktionssphäre überwiegend sozialistisch ist, die Einfügung in das *sozialistische Palästina.* Es ist wahrscheinlich in viel höherem Maße als viele bei uns glauben, ein kaum beeinflußbares Elementarereignis, daß arbeitende junge Menschen, die getragen von der heutigen Weltstimmung, in ein Kolonisationsland einwandern, sozialistischen Formen zustreben. Ich weiß nicht, ob irgendwelche deutsche Zionisten gegen dieses Elementarereignis als solches ankämpfen wollen. Bisher hat der deutsche Zionismus einen solchen Kampf abgelehnt, und sicher wäre es verfehlt, ihn auf den Rücken junger Menschen ausfechten zu lassen. Solche junge Menschen sind für den Kampf zu schwach. Man darf auch nicht vergessen, daß man der sozialistischen Entwicklung in Palästina große Chancen gegeben hat, daß sie weit vorgeschritten ist, und daß sich traditionelle Machtverhältnisse ausgebildet haben, die zu durchbrechen jedenfalls nicht

---

[1] Heute Gerda Luft (geb. 1898). Jahrelange Palästina-Korrespondentin der „Jüdischen Rundschau“. Später Korrespondentin europäischer Zeitungen, ständige Mitarbeiterin des „MB“. Lebt in Tel Aviv.

[2] Vgl. Jüdische Rundschau, Nr. 63, 13. August 1926, S. 455–456.

Aufgabe junger Neulinge sein kann. Die Arbeiterschaft verteidigt nicht bloß mit bewunderungswürdigem Heroismus ihre wirtschaftlichen Positionen, sondern auch mit unerbittlicher Zähigkeit ihre politischen. Das sollen wir wissen, wenn wir junge Menschen in das arbeitende Palästina hineinschicken, und sie vor aussichtslosen Kämpfen bewahren. Sehr einfach ist hier die Position unserer sozialistischen Jugend, und es ist sicher richtig, daß Einigkeit im Zukunftsstreben zur Gemeinsamkeit von Menschen führen kann, die eine verschiedene Vergangenheit haben. Aber Sozialismus kann nicht aufoktroyiert werden, und gewiß hätten wir, die wir selbst nicht Sozialisten sind, kein Recht zu einem solchen Vorgehen oder auch nur zu opportunistischen Empfehlungen. Aber es gilt hier Ähnliches, wie vorhin bei der Erörterung des Verhältnisses zum Ostjudentum galt. Zu fordern und zu fördern ist in der Jugend der, ein gewisses Gefühl der Nähe erzeugende, Respekt vor dem sozialen und sittlichen Wollen der Arbeiterschaft. Eine solche Einstellung wird durch die Grundkonzeption des deutschen Zionismus erleichtert, der schon auf dem bekannten Palästinadelegiertentag und späterhin wiederholt erklärt hat, daß wir in Palästina nicht bloß ein freies, sondern auch ein besseres Leben erstreben.

Zur *psychologischen* Problematik gehört eine gewisse *Unbeweglichkeit* des deutsch-zionistischen Typus, deren Nachteile sich vor allem bei wirtschaftlichen und beruflichen Krisen zeigen, eine gewisse Unfähigkeit zur Umstellung und Anpassung an neue Situationen. Dem Ostjuden kommt seine relativ größere Wurzellosigkeit zugute, wenn es gilt, sich umzustellen, Er ist überhaupt ein Kolonist, der Kolonien auch in Berlin, Paris und Rom gründet. Der Ostjude erlebt auch viel seltener einmalige und endgültige Zusammenbrüche, und vor allem bedeutet für ihn eine wirtschaftliche Krise noch nicht notwendig eine seelische. Die Sphären der Wirtschaft und des Seelenlebens können voneinander getrennt werden. Bei manchen deutschen Zionisten führt eine gewisse Starrheit, deren wirtschaftlicher Vorzug Solidität ist, eine gewisse bürgerliche Gebundenheit an geordnete Verhältnisse, zu größerer Mutlosigkeit bei Erschütterungen und Schwierigkeiten. Hiergegen gibt es allerdings kein Rezept, nur daß bei der Auswahl des Menschenmaterials dieser Gesichtspunkt beachtet werden sollte.

Nun noch ein paar Worte zur Beantwortung der Frage: Was soll in Zukunft geschehen? Teilweise braucht hier nur bereits Angedeutetes zusammengefaßt zu werden. Notwendig ist: *erstens* eine geistige Vorbereitung auf die Begegnung mit dem jüdischen Volk und hierzu gehört auch, um dies nachzutragen, *zionistische* Schulung. Es bedürfte nicht einmal der jüdisch-kulturellen Bildung, von der vorhin die Rede war, es müßte schon zionistische Schulung genügen, um mindestens jenes gewisse Erschrecken zu verhindern, das, wir wollen hier ganz offen sein, manche deutschen Zionisten bei dieser Begegnung befällt. Ich empfehle *zweitens* die Verbindung deutscher Gruppen in Palästina, besonders der Gruppen jüngerer, arbeitender Leute mit älteren, jüdisch

gebildeten Menschen, sozusagen als Geistespflegen. Ich glaube *ferner*, daß in Zukunft bei der Auswahl oder Beratung von Palästinawanderern neben den fachlichen und finanziellen Momenten auch die der *seelischen Konstitution* beachtet werden sollten. Wie der allzu starre ist vor allem und noch mehr der allzu labile Typ für Palästina ungeeignet. Man begegnet in Palästina allzuoft übernervösen oder neurotischen Menschen, denen auf dem Gesicht geschrieben steht, daß sie sich nicht durchsetzen werden. Diese Menschen nehmen oft einen überraschend guten Anfangsstart, aber sie bewähren sich nicht auf die Dauer. Ich bin *viertens* für *deutsch-zionistische Siedlungsgemeinschaften* von Menschen, die den soeben skizzierten Voraussetzungen genügen. Sie erleichtern den Übergang und entbinden wahrscheinlich die Kräfte leichter als andere Formen. Hier sind zwei Fragen zu unterscheiden: die landsmannschaftliche *Auslese der Menschen* und die landsmannschaftliche *Finanzierung*. Der Widerstand vor allem der Arbeiterschaft, aber auch anderer Kreise, richtet sich nicht gegen die landsmannschaftliche Zusammensetzung der Gruppen, sondern gegen die landsmannschaftliche Finanzierung. Über die Frage der Finanzierung will ich nicht sprechen, ich will nur sagen, daß bei der Durchführung jeden solchen Planes die Initiative und aktive Förderung der Z.V.f.D. nützlich und notwendig sein wird. Bei der Durchführung müssen wohlerworbene Rechte und Kompetenzen bestehender palästinensischer Siedlungsinstanzen respektiert werden. Das ist aus prinzipiellen Gründen wichtig, aber auch aus taktischen. Es ist jedenfalls ganz falsch, die Arbeiterschaft gegen ein solches Projekt auszuspielen. Ich weiß, daß lange Zeit hindurch auf dem Programm des Merkas Hachaklai [8] eine Blau-Weiß-Siedlung gestanden hat.

In der *Gesamtbeurteilung* müssen wir uns vor Skepsis und Pessimismus hüten. Es liegt kein Grund zur Verzweiflung vor. Rückwanderung ist eine natürliche Begleiterscheinung jeder Kolonisation, und daß die „radikale" Emigration im Anfang relativ viel Mißerfolge aufweist, ist erklärlich. Wir müssen nur aus den Fehlern lernen und müssen uns andererseits davor hüten, jeden einzelnen Fall allzu sehr zu wägen und zu werten. Es sind auch viele ostjüdische Gruppen und Individuen gescheitert, nur spielt sich dort das Einzelschicksal vor einem viel massenhafteren Hintergrund ab, vor dem nicht jeder einzelne Mensch und jedes einzelne Ereignis so wichtig genommen wird wie bei uns. Reden wir auch nicht nur von den Mißerfolgen, sondern denken wir an die zahlreichen Fälle, in denen die Übersiedlung gelungen ist, und suchen wir das Typische und Vorbildliche in ihnen zu erkennen. Wenn das Programm, das Dr. Ruppin entwickelte, das Programm der jährlichen Immigration von 30 000 bis 40 000 Seelen durchgeführt werden wird, dann wird nicht bloß für Landwirte und Handwerker, sondern auch für Akademiker in freien Berufen immer wieder Platz sein. Bei allen Schwierigkeiten aber wollen wir nie vergessen: Zionismus bedeutet nicht Erlösung des Individuums

[8] Hebr.: Name der Zentralstelle der landwirtschaftlichen Arbeiter-Organisation in Palästina.

und der gegenwärtigen Generation, sondern Erlösung in der Folge der Generationen. Der Einzelne darf heute in Erez-Israel kein anderes Glück erwarten als das, das Pflichterfüllung und Anteilnahme an einem geschichtlichen Werk gewähren kann. Manche Frage wird erst in der zweiten Generation gelöst werden. Wer das Hebräisch der Politik und Wirtschaft versteht, ist noch nicht imstande, an der geistigen Entwicklung seines Kindes, am Hebräisch der Literatur und Wissenschaft Anteil zu nehmen. Das ist gewiß unbefriedigend, aber Kompromisse sind dem erlaubt, der den schweren Weg der radikalen Emigration geht. In jedem Falle: ein lohnendes zionistisches Ziel kann in Erez-Israel erreicht werden. Die dritte und vierte Alijah des jüdischen Volkes war die erste größere Alijah deutscher Juden. Sorgen wir dafür, daß dieser ersten Alijah bald eine zweite folgt. (Langanhaltender Beifall.)

...

[163]
Die Neugründung des „Pro-Palästina-Komitees"
[NOVEMBER 1926]
SCHOCKEN-ARCHIV, 531/67

Streng vertraulicher Bericht über den Stand der
Pro-Palästina-Comité-Aktion.

...

Der äußere Anlaß für die Schaffung eines Deutschen Comités pro Palästina war der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, durch den das Reich zum Mitgaranten des Palästina-Mandates wurde und durch den die Möglichkeit

---

* Nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erfolgte eine Neugründung des „Pro-Palästina-Komitees" mit dem Ziel, in privaten und Regierungskreisen Unterstützung für den zionistischen Palästinaaufbau zu gewinnen. Das Auswärtige Amt zeigte ein gewisses Interesse, da es das Komitee als ein Mittel zur Entwicklung wirtschaftlicher Verbindungen mit Palästina betrachtete. Außerdem beabsichtigte es, das Komitee zur Förderung der Beziehungen zur zionistischen Führung, deren Zentrum nach dem ersten Weltkrieg von Berlin nach London verlegt worden war, zu benutzen.

Entsprechende Komitees wurden in anderen Ländern gegründet. Im Jahre 1925 wurde in Paris „France Palestine, Comité Français des Amis du Sionisme" zur Unterstützung der inneren und äußeren zionistischen Politik gebildet. Diesem Komitee, das unter dem Protektorat des Präsidenten der französischen Republik stand, gehörten die führenden Politiker Frankreichs an. Im Oktober 1926 bildete sich in London ein „Parliamentary Palestine Committee to support the Balfour Declaration", dem sich führende Abgeordnete der drei großen Fraktionen des Unterhauses anschlossen.

Vgl. *Joseph Walk*, Das „Deutsche Komitee Pro Palästina" 1926–1933, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, XV. Jg., Nr. 52, Tel Aviv 1976.

einer Einflußnahme Deutschlands nach Besetzung eines Platzes in der Mandatskommission auf palästinensische Fragen gegeben war. Der Wunsch, die deutsche Politik in einem uns günstigen Sinne zu beeinflussen, war für uns ebenso maßgebend für die Einleitung von Bemühungen zur Gewinnung führender deutscher Persönlichkeiten wie die Hoffnung, durch eine Erklärung maßgebender Kreise für den zionistischen Palästinaaufbau eine starke Wirkung auf das deutsche Judentum ausüben zu können.

Da das Pro-Palästina-Comité in gewisser Hinsicht als eine Fortsetzung des alten, im Jahre 1918 gegründeten Pro-Palästina-Comités, anzusehen ist, das 1919 infolge der damaligen politischen Lage seine Arbeiten einstellte, wurden auch die Mitglieder des alten Comités aufgefordert, wiederum beizutreten.

Zur Unterstützung der Propaganda wurde eine Denkschrift betr. Gründung eines Deutschen Comités pro Palästina verfaßt, die neben einem allgemeinen Teil die wichtigsten Tatsachen und Ziffern des Palästinaaufbaus enthält. – Die Arbeiten des Pro-Palästina-Comités wurden außerordentlich gefördert durch einen Besuch des Herrn Dr. Victor Jacobson, Paris und durch die erhebliche Unterstützung, die wir beim Auswärtigen Amt in dieser Sache fanden.

...

[164]
Gründung des Kibbuz „Cheruth“
[9. DEZEMBER 1926]
JÜDISCHE NATIONAL- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK

Jung-Jüdischer-Wanderbund

Choser[1]

des Kibuz[2] *„Cheruth“ – Merkas Hameln*

Liebe Chawerim,

1. Die gegenwärtige Stagnation der Chaluzbewegung in Deutschland veranlaßt uns heute, diesen Choser an Euch zu richten. Jeder von Euch weiß,

---

* Die Krise in Palästina, die im Jahre 1926 begann, wirkte sich auch auf den deutschen Zionismus immer stärker aus. Ein großer Teil der deutschen Zionisten stand hinter der Exekutive der Zionistischen Organisation, die eine Politik der „Konsolidierung“ verfolgte. Die Exekutive war entschieden gegen die Gründung neuer Siedlungen in Palästina und hielt eine große Einwanderung taktisch für falsch. Der „Blau-Weiß“, der der Träger der Nachwuchsbewegung des allgemeinen Zionismus gewesen war, bestand nicht mehr. Die Mitgliederzahl des JJWB, die 1925

daß die Chaluzbewegung in Deutschland ihre Existenz als Bewegung heute vollkommen verloren hat! Es ist eine Tatsache, daß die Chaluzbewegung in Deutschland nicht nur ihrer Zahl nach zusammengeschmolzen, sondern daß auch der Geist in der Bewegung immer unlebendiger geworden ist, und daß wir uns heute von dem Schwunge der Bewegung in den Jahren kurz nach dem Kriege weit entfernt haben. – Selbst die Jugendbünde sind heute nicht mehr in der Lage, Menschen in die Reihen der Chaluzim zu stellen, die infolge ihrer Erziehung und Ausbildung eine neue Aktivität und Intensität der geistigen Ausbildung hervorrufen.

Hieraus gilt es für uns einen Ausweg zu finden! Wir glauben, daß der Weg aus dieser Stagnation heißen muß:

Ha[ch]scharah in Kibuzim

Das Zentrum Hameln hat sich bereits als Kibuz „Cheruth" organisiert, hat seine Arbeit begonnen, und weil wir die Überzeugung haben, daß wir auf dem richtigen Wege sind, wollen wir heute von den Voraussetzungen, von denen wir ausgehen und dem System unserer Arbeit berichten, damit alle beteiligten Kreise sich mit dieser Neuorganisierung der Chaluzarbeit in Deutschland im Sinne einer Kibuzhachscharah auseinandersetzen können. – Wir fordern jeden auf, der uns zustimmt, mit uns diesen Weg gemeinsam zu gehen!

II.

Wir glauben, daß die Hachscharah mit der Ankunft in Palästina nicht aufhört. In allen Menschen, welche in die Chaluziuth gehen oder sich ihr nähern, wird eine Spannung geschaffen und immer mehr gesteigert, die diese Men-

---

etwa 1500 bis 2000 betrug, sank bis 1928 auf 900 bis 1000, der „Hechaluz" umfaßte etwa 400 Mitglieder. Bei der Auseinandersetzung im deutschen Zionismus kämpfte der JJWB gegen die Anhänger der Exekutive und gegen den Verzicht auf Einwanderung. Trotzdem wurden auch innerhalb des JJWB Zweifel laut, ob die westjüdische Jugend Deutschlands überhaupt zur Mitwirkung am Aufbauwerk Palästinas geeignet sei.

Die Auseinandersetzungen und Zweifel im Bund führten dazu, daß bestehende Ausbildungszentren sich zum Teil ganz auflösten, zum Teil viel kleiner wurden. Im Hachscharah-Zentrum Hameln z. B. arbeiteten im Dezember 1925 neunzig, ein Jahr später nur noch fünfzehn Leute.

In dieser Situation schlossen sich im Herbst 1926 in Hameln etwa 15 junge Leute zu einem Kibbuz mit dem Namen „Cheruth" zusammen, nachdem sie den Artikel „Cheruth" von Martin Buber gelesen hatten. Das war insofern eine Neuerung, als die Chaluzim nicht, wie bisher üblich, in Einzelstellen arbeiteten, sondern versuchten, ein gemeinsames Ausbildungszentrum zu bilden, das später als Sprungbrett für die Einwanderung nach Palästina dienen sollte. Mitglieder des Kibbuz Cheruth gehörten später zu den Gründern des Kibbuz Giwat Brenner in Palästina.

[1] Hebr.: Rundschreiben.

[2] Hebr.: Bezeichnung für die auf genossenschaftlicher Basis aufgebaute landwirtschaftliche Arbeitersiedlung.

schen oft schon vorzeitig nach Palästina treibt. Sie glauben nämlich, daß die Lösung dieser Spannung in dem Moment erfolgt, wo sie den Boden Palästinas betreten.

Diese Auffassung von Chaluziuth ist aber durchaus *verhängnisvoll* und sie erklärt uns auch zum großen Teil das Versagen der deutschen Chaluzim in Erez Israel. Es muß aber in unseren Menschen das Bewußtsein geschaffen werden, daß die Lösung dieser Spannung erst erfolgen kann mit der Einordnung jedes Einzelnen in den *Zibur Hapoalim*[3] *in Erez* [Israel].

Denn für uns ist die Chaluzbewegung eine Nachwuchsbewegung für die palästinensische Arbeiterschaft, die nach unserer Auffassung als der wesentlich schöpferische Faktor im Lande der verantwortliche Träger des Aufbaues ist! Der Idealfall ist für uns, unsere Menschen zu einer Einordnung in eine der großen Gemeinschaften des Landes fähig zu machen.

. . .

Kibuz „Cheruth“
der Waad hapoel[4]

Hermann Gradnauer Mosche Brachmann[5]
Alfred van der Walde[6]

[165]
Programm des „Pro-Palästina-Komitees“
15. DEZEMBER 1926
BUNDESARCHIV KOBLENZ, R 43 I/2192

Programm
des Deutschen Komitees Pro Palästina
vom 15. Dezember 1926

Das Deutsche Komitee Pro Palästina zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung wird in der Überzeugung, daß der Aufbau der im Palästinamandat vorgesehenen Heimstätte für das jüdische Volk als ein Werk menschlicher Wohlfahrt und Gesittung Anspruch auf die deutschen Sympathien und die tätige Anteilnahme der deutschen Juden hat, bemüht sein, die deutsche Öffentlichkeit über das jüdische Kolonisationswerk in Palästina aufzuklären,

---

[3] Hebr.: Arbeiterschaft in Palästina.
[4] Hebr.: Der Geschäftsführende Ausschuß.
[5] Mosche Brachmann (Mosche Schiloh) (geb. 1902). Führer des „Hechaluz“, Mitbegründer des Kibbuz Cheruth, nach 1933 als Beamter der HOG verantwortlich für Organisierung und Einordnung der jüngeren Einwanderer in Arbeitersiedlungen.
[6] Alfred van der Walde (1905–1930). Einer der Gründer des Kibbuz Cheruth.

die Beziehungen zwischen Deutschland und Palästina zu pflegen und allgemein die Erkenntnis zu verbreiten, daß das jüdische Aufbauwerk in Palästina ein hervorragendes Mittel für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Orients, für die Ausbreitung deutscher Wirtschaftsbeziehungen und für die Versöhnung der Völker ist.

Deutsches Komitee Pro Palästina
zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung

Ehrenausschuß[1]

Preußischer Kultusminister
Prof. D. Dr. Becker

Geh. Konsistorialrat
Professor D. Dr. Sellin

Preußischer Ministerpräsident
Otto Braun

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Dr. von Schubert

Professor Dr. Albert Einstein

Oscar Wassermann,
Direktor der Deutschen Bank

Reichstagspräsident Paul Löbe

Staatssekretär der Reichskanzlei
Dr. Pünder

Staatssekretär des Preußischen
Staatsministeriums Dr. Weismann

Präsidium

Botschafter z. D. Graf Bernstorff,
M.d.R.

Prof. Dr. O. Hoetzsch, M.d.R.

Rabbiner Dr. Leo Baeck

Domkapitular Prälat Prof. Dr. Kaas,
M.d.R.

Professor D. Dr. Dr. I. V. Bredt,
M.d.R.

Dr. von Kardorff, M.d.R.

Freiherr von Richthofen
Ministerialdirigent
im Auswärtigen Amt

Dr. R. Breitscheid, M.d.R.

Leg.-Rat Prof. Dr. M. Sobernheim

Kurt Blumenfeld, Vorsitzender der
Zionistischen Vereinigung
für Deutschland

Kommerzienrat Konsul
Dr. W. Sobernheim

[1] Biographische Angaben in dem oben angegebenen Aufsatz von Joseph Walk (Dok. 163, Anm.).

Schriftführer

Frau Katharina von Kardorff-Oheimb · Karl Glaser

Berlin W.15 · Meineckestraße 10 · Telefon: Bismarck 7165

[166]
VORSCHLAG ZUM EINTRITT DER BLAU-WEISSEN INS KJV
23. FEBRUAR 1927
CZA, A 66/13/2

Geschäftsführender Ausschuß des Blau-Weiß Berlin, 23. 2. 27

An die Mitglieder des Blau-Weiß
insbesondere
die Mitglieder der Bundes-Vertretung.

Liebe Freunde,

Der Bundesvertretung schlage ich hiermit die formelle Auflösung des Blau-Weiß vor.

Wie wohl bereits bekannt, konnte das zwischen Blau-Weiß und K.J.V. abgeschlossene Fusions-Abkommen vom 1. Juli 1926 nicht realisiert werden.[1] Die Fusion ist gescheitert an der mangelnden Bereitschaft der Blau-Weißen, zusammen mit dem K.J.V. von neuem an die Arbeit zu gehen. Im ganzen Reiche wurden höchstens 40/50 Blauweiße zur Arbeit mit dem K.J.V. gewonnen, die übrigen Mitglieder des Älteren-Bundes waren zur Zeit nicht zu aktivieren. Hiermit war der Fusion jede Grundlage entzogen, da der Blau-Weiß keinen gleichberechtigten Partner mehr darstellte und im gegenseitigen Einverständnis ist Anfang Januar 1927 das Abkommen von beiden Teilen aufgehoben worden. Hiermit ist der letzte Versuch, den Älteren-Bund Blau-Weiß kollektiv einzusetzen mißglückt. Eine Erneuerung des Bundes aus eigener Kraft, wie sie noch auf der Bundesvertreter-Tagung von Juni 1926 erörtert wurde, halte ich bei dieser Sachlage für unmöglich. Es fehlen alle Voraussetzungen, vor allem Kräfte und Willen. Ich sehe daher keinen anderen Weg als die formelle Auflösung des Bundes. – Die faktische Auflösung ist diesem Schritte ja schon lange vorausgegangen, und der Auflösungsbeschluß ist heute nur die Legalisierung eines fait accompli – vollzogen aus Gründen der Reinlichkeit.

---

[1] Vgl. Informationen, An Alle Blau-Weißen, Jg. 1926, Nr. IV, Berlin, Anfang Juli 1926, CZA, A 66/1.

Ist die Fusion auch gescheitert, so gebietet dennoch die zionistische Pflicht den Verwaltern des Bundes für eine umfassende Einsetzung der im Blau-Weiß früher gesammelten Kräfte zu sorgen. Der Platz aller Älteren früheren Blau-Weißen ist das K.J.V. Das Kartell gehört zu den wenigen heute noch aktiven Organisationen des deutschen Zionismus. Es hat in drei Jahrzehnte langer Arbeit ihm und der Welt-Organisation einen großen Stamm von Führern und Arbeitern gestellt, und es ist auch heute noch nahezu die einzige Stätte des deutschen Zionismus, in der systematisch neue Menschen für den deutschen Zionismus geworben und geschult werden. Das K.J.V. ist in den letzten Jahren seit der früheren Fusion wieder neu emporgeblüht und umfaßt heute eine große Anzahl junger aktiver Kräfte. Aus ihm wird sich auch künftighin die Führerschaft des deutschen Zionismus im wesentlichen ergänzen. Zu unterschätzen ist auch keinesfalls seine Bedeutung im Palästina-Aufbau. Nahezu 120 K.J.V.[-er] sind in Palästina ansässig. Auch das K.J.V. legt größten Wert auf den Eintritt der ehemaligen Blau-Weißen. Eine dem Karteltag vorliegende Resolution des Präsidiums fordert zum Eintritt und zur aktiven Mitarbeit auf.

Bei dieser Sachlage ist der Eintritt eines jeden von uns nicht nur zionistische Pflicht, sondern wahrscheinlich auch die einzige Möglichkeit, sich in dem zionistischen Arbeits-Organismus produktiv einzusetzen ...

...

Die *Praktikantenschaft* bleibt unverändert unter dem Namen des Bundes fortbestehen. Die Auflösung wäre zionistisch nicht zu rechtfertigen. Sie hat noch die von anderer Stelle nicht zu lösende Funktion zu erfüllen, die Blau-Weißen, die sich als Landwirte bewährt haben, zur Ansiedlung zu bringen und die Ausbildung der noch in Deutschland befindlichen Praktikanten zu organisieren und finanzieren. Der Hechaluz kann in seiner heutigen Verfassung auch die letztere Aufgabe nicht erfüllen. Das K.J.V. ist in seiner Struktur für die Aufnahme der Praktikantenschaft nicht geeignet. Der Fortbestand der Praktikantenschaft ist daher eine dringende Notwendigkeit. Die Anfang Januar in Berlin abgehaltene und recht stark besuchte Praktikantentagung hat den Willen zur Weiterarbeit auch unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Noch ca. 100–150 Praktikanten, Mädchen und Jungen, gehören der Praktikantenschaft an. Wenn es glückt, etwa 30 Familien zur Ansiedlung zu bringen, so ist dies eine annehmbare zionistische Leistung ...

...

Schalom
Der Geschäftsführende Ausschuß des Blau-Weiß
gez. Benno Cohn [2]

---

[2] Benno Cohn (1894–1975). Jurist. Letzter Vorsitzender der ZVfD (1936–1938). 1939 in Palästina eingewandert. Mitglied der 5. Knesset (Parlament des Staates Israel).

[167]
Programm der „Makkabi“-Bewegung in Deutschland
20. JUNI 1927

Jüdische
Turn- und Sportzeitung
מכבי

Der Makkabi

Organ des Deutschen Kreises im „Makkabi“-Weltverband

28. Jg., Heft 3, 20. Siwan 5687, 20. Juni 1927

Die Bar Kochba-Vereine und der Zionismus

Ziele und Wege der Makkabi[1]*-Bewegung in Deutschland*

Von ***

Im Weltverband bzw. im Deutschen Kreis gehen Menschen daran, ausgehend von der Tatsache, daß es ein einheitliches jüdisches Volk in der ganzen Welt verstreut gibt, die für ein Volk erforderliche Lebensgrundlage durch gemeinsame Sprache, Land und Kultur im Sinne des Baseler Zionistenprogramms wiederzuschaffen. Als ihr erstes und besonderes Mittel zur Erreichung dieser Idee betrachten die Makkabi-Vereine (in Deutschland meist nach dem jüdischen Freiheitskämpfer Bar Kochba[2] benannt) die Ertüchtigung des Körpers mit Hilfe von sogenannten Gerätschaften, d. h. festen, stabilen, mehr oder minder gewichtigen Gegenständen – Turnen – und die Bewegung des Körpers im freien Spiel der Kräfte: Sport! Ausgeführt wird er in Turnhallen und zum Teil eigenen Sportplätzen, in Schauvorführungen vor anderen und im Wettkampf mit anderen bei bekannten Sportfesten. Diese Körperkultur dient, wie leicht zu verstehen ist, der Idee des Nationaljudentums in zweifacher Hinsicht. Sie schafft einen kräftigen Menschenschlag, der fähig und würdig ist, ein neues Volk zu bilden, schafft Wahrhaftigkeit und Selbstbewußtsein, und sie zeigt den Juden stark, *als Juden*, so daß seine Kraft

---

[1] Die Sportbewegung „Makkabi“ leitet ihren Namen von den „Makkabäern“ (hebr.: „Hammer“) her. Im Jahre 167 v. d. gew. Z. entfesselte das Priestergeschlecht der Hasmonäer unter Führung von Judas Makkabäus einen Aufstand gegen die syrischen Beherrscher Palästinas, die als Nachfolger Alexanders des Großen ihren Untertanen in Vorderasien den Hellenismus mit seinen religiösen Vorstellungen aufzwingen wollten. Der Aufstand war erfolgreich und im Jahre 165 wurde Jerusalem erobert und der Tempel wieder geweiht.

[2] Bar Kochba (gest. 135 n. d. gew. Z.), Anführer des Aufstandes in Judäa gegen Rom (132–135 n. d. gew. Z.).

auf sein Konto, nicht auf das Konto seines Wirtsvolkes kommt, und vermehrt das Ansehen der jüdischen Rasse.

Immerhin: dieser Sport ist nur eines der Mittel, und zwar das kennzeichnende Mittel der Bar Kochba-Vereine im zionistischen Leben; es ist ihre Eigenart im Gegensatz zu politischen, geselligen und anderen Gemeinschaften zionistischer Färbung. Er wird daher vielseitig sein, und so ist Rudern, Wandern, alle Arten Ballspiel, Boxen, Schwimmen, Laufen, Springen usw. in den Plan unserer Bünde aufgenommen, und er wird sich bestreben, sich von der für den deutschen Menschen passenden Art des deutschen Turnens nach Jahn[3] zu lösen und eine jüdische Nuance, angepaßt den Bedingungen des jüdischen Körpers, zu erlangen.

Aber: Das Turnen und der Sport sind nicht unsere einzigen Aufgaben. Wir bilden nicht nur Sportgesellschaften, sondern zionistische Gemeinschaften. Jeder Zionist, mit welcher jüdischen Sonderaufgabe er auch sein Leben erfüllen will, muß in sich den Menschen heranbilden, der geeignet ist, ein brauchbarer Sohn seines Volkes zu sein. Dazu gehört nicht nur, *im* Judentum und mit Juden zu leben, sondern vor allem *jüdisch* zu leben. Der Deutsche oder der Franzose braucht nicht zu sorgen, wie er deutsch oder französisch leben wird, denn sein „Deutscher-Sein“ oder „Franzose-Sein“ ist auf Grund jahrtausendelanger Gemeinschaftlichkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Dinge, des Landes, der Sprache, der Erinnerungen, über jeden Zweifel erhaben, rein von allen Trübungen. Der Jude muß sich erst in sein Volkstum zurückfinden. Er muß vom Willen zum jüdischen Volk übergehen ins lebendige Judentum selbst. Dieses lebendige Judentum aber gilt es meist noch zu schaffen. Dazu gehört Versenken in die Vergangenheit, in die Geschichte, dazu gehört Hineinhorchen in die jüdischen Stimmen, die aus der Bibel, aus den Dichtern hebräischer oder jiddischer Zunge sprechen, dazu gehört Miterleben des Treibens des Volkes, wie es sich ausdrückt in seinen Liedern, dazu gehört Verbindung von Ost und West, von Reich und Arm, von Hoch und Niedrig. Indem ich dies sage, kennzeichne ich unsere Methoden und unsere Taten. Ich kennzeichne vor allem das, was auf unseren sogenannten Heimnachmittagen oder -abenden, d. h. in freien Stunden die zusammengehörigen Alters- und Geschlechtsgruppen des einzelnen Vereins unter Führung eines erfahrenen Mitgliedes im Klubhause des Vereins oder in der Wohnung eines Kameraden verbringen, geschieht oder angestrebt wird.

...

---

[3] „Turnvater“ Jahn (1778–1852). Gründete 1810 eine Turnerbewegung, die sich über ganz Deutschland verbreitete und sich zu einer extrem nationalistischen Vereinigung entwickelte.

[168]
Kritik der Zionisten-Revisionisten am deutschen Zionismus
AUGUST 1927

Revisionistische Blätter

Herausgegeben vom

Landesverband der Zionisten-Revisionisten
in Deutschland

Nr. 2, August 1927, S. 6–7

Zur Kritik des deutschen Zionismus.

Auch in Deutschland gibt es einen Zionismus, der so aussieht wie in aller Welt. Könnte man den Dingen auf den Grund gehen, träte jüdisches Leben breiterer Schichten überhaupt in Erscheinung, so würde sich sogar mit Sicherheit herausstellen: Der weitaus größte Teil der Juden, die von der Volksbewegung noch zu erfassen sind, denkt und empfindet nicht anders hier als in Warschau oder New York, ihr Zionismus ist der gleiche.

Doch nicht das ist es, was man spezifisch deutschen Zionismus nennt. Diese eigentümliche Richtung wird vielmehr getragen von einer kleinen Schicht, die – in sich eng verbunden, durch Erziehung und Geistesart geeint, unter gleichen gesellschaftlichen und seelischen Bedingungen stehend, abgesondert nach allen Seiten – eine Gruppe, eine Klasse fast bildet, die den deutschen Zionismus beherrscht und nach außenhin ausschließlich repräsentiert.

---

* Die Zionisten-Revisionisten waren eine Partei innerhalb der Zionistischen Organisation, die sich im April 1925 unter Führung von Wladimir Jabotinsky als Opposition gegen die herrschende zionistische Richtung unter der Führung von Chaim Weizmann konstituierte. Der Name erklärt sich durch die Tendenz der Gruppe, die zionistische Politik der Nachkriegsperiode zu „revidieren", im Sinne der Rückkehr zu der Herzlschen Idee des Judenstaats. Die Weizmannsche Politik, wirtschaftliche Positionen in Palästina aus eigenen Kräften der Juden zu schaffen, war nach Auffassung der Revisionisten falsch, denn am Anfang müsse die politische Aktion stehen, jede größere Kolonisation könne nur gelingen, wenn sie sich auf politische Machtmittel stütze. Als solche forderten die Revisionisten vor allem: die „Jüdische Legion" als einen integralen Bestandteil der englischen Besatzungsmacht in Palästina wieder aufzustellen, den „Jewish Colonial Trust" zum Hauptinstrument aller wirtschaftlichen Tätigkeit zu entwickeln und die politische Offensive zu ergreifen, um die britische Regierung zu veranlassen, ihre Politik in Palästina der ursprünglichen Absicht und dem Geiste der Balfour-Deklaration anzupassen. Dieses revisionistische Programm verlangte die Einführung eines neuen Systems der Palästina-Politik, das als „settlement regime" bezeichnet wurde, ein System von legislativen und administrativen Maßnahmen, die ausdrücklich dazu bestimmt waren, jüdische Massenimmigration und -ansiedlung zu fördern.

Es sind assimilierte Westjuden, deutsche Juden, der Randzone der Volksgemeinschaft und des Judentums angehörig. Sie teilen das allgemeine Schicksal solcher Peripherie, ihre Vorzüge wie ihre Mängel. In solchen Randzonen entwickelt sich die gefährliche reformatorische Freiheit. Sie kann Großes erzeugen durch die Befreiung der Geistesbewegung, die Loslösung vom Herkommen; sie stellt das Ganze unter das Urteil der Person; fordert Mut und Wahrheit. Aber sie ist stets in Gefahr, durch die zentrifugale Kraft aus dem Kreis der Gemeinschaft hinausgeschleudert zu werden – die Auflösung einzuleiten, wo sie erneuern will.

Auch Herzl gehörte dieser Schicht an, ging von ihren Voraussetzungen aus. Noch seine erste zionistische Konzeption wies, trotz der Besinnung auf die jüdische Substanz, vom Zentrum des Judentums fort. Aber er fand, schon außerhalb des Kreises, das große Mittel, das – ohne die unmögliche Umkehr der Person – die entscheidende Rückwendung, die erneute Eingliederung ermöglichte: Das nationale Prinzip. Das nationale Prinzip ist in der Tat europäisch und assimilatorisch, aber es ist das adäquate Mittel, das selbsttätige, im Wesen unangetastete Volkstum einer modernen Welt einzufügen. Herzls historische Wirksamkeit beginnt erst in dem Augenblick, da er mittels dieses Prinzips westliche Erkenntnis und Methode mit dem wesenhaften Volkstum nicht in Kongruenz bringt, aber in der Zielrichtung vereinigt.

Der deutsche Zionismus kam auf seltsamen Umwegen zu dem entgegengesetzten Ende. Hier zunächst schien man am meisten mit der Rückkehr zum Volkstum Ernst zu machen, die kulturpolitische Besinnung schien unter dem Einfluß von Achad Haam am stärksten zu sein. Doch fehlten die persönlichen und sozialen Vorbedingungen zur Umkehr; statt dessen entwickelte sich eine überwuchernde, sich immer mehr komplizierende Theorie, Unstetigkeit und unerlaubte Eigenmächtigkeit. Das nationale Prinzip ward zersetzt, nur gerade dies allein wurde als assimilatorisch empfunden – in Wirklichkeit wurde es abgelehnt, weil es unter den konkurrierenden Ideen Europas dieser Schicht von Intellektuellen widerwärtig war, die vermeintlich in jüdischer Geistesbewegung fortschritt, in Wahrheit aber mit den Modeströmungen Europas von Stellung zu Stellung taumelte.

Die deutschen Zionisten sind Einzelmenschen, sind losgelöst von den natürlichen Bedingungen und Kräften der jüdischen Gemeinschaft, und nicht auf die Gemeinschaft ist ihr Blick zunächst gerichtet. Ihr persönliches Problem erkennen sie in der Judenfrage, und erst auf diesem Wege gelangen sie zu einem Gemeinschaftsideal, das ihnen genug tun soll. Dieses konstruierte, aus ihren einmaligen Bedingungen gewonnene Ideal spiegeln sie in das Endziel des Zionismus hinein; merkwürdig verschiebt es sich ihnen, und dabei gilt es zugleich als die Norm, an der aller Zionismus gemessen werden soll. Hier entspringt die drollig schulmeisterliche Haltung, das notwendige Mißverständnis, das Gekränktsein und die tatsächliche Zurücksetzung.

Hier hat auch die Zwiespältigkeit in den Fragen der palästinensischen

Gestaltung ihre Wurzeln. Auf der einen Seite finden wir utopische Ziele und utopische Mittel, eine idealistische Doktrin, die die realen Kräfte schulmeistert und verachtet. Auf der anderen Seite fehlt die Beziehung zu den immanenten großen Zielen und Kräften. Keiner der natürlichen Tendenzen, die im Zionismus sichtbar werden, gehört der deutsche Zionismus mit Selbstverständlichkeit an. Er rühmt sich selbst dessen, daß er in Palästina unmittelbar eigene Interessen nicht durchzusetzen hat, und glaubt daraus ein Vorrecht der Unparteilichkeit und Sachlichkeit herleiten zu können. So kommen diese Sachverständigen-Programme zustande, die im Gegensatz zu der extrem ideologischen Konzeption den kleinlichsten Rationalismus des Augenblicks zum Gepräge haben. Errechnet und logisch einwandfrei, haben sie nur den einen Fehler, daß sie den natürlichen Kräften der Bewegung keine Rechnung tragen, daß sie das immanente Ziel aus den Augen verlieren und mit den Idealen ihrer Urheber selbst keinen Zusammenhang mehr aufzuweisen wissen. Kommt es dann zu den politischen Entscheidungen, wo sich die natürlichen Tendenzen messen und auseinandersetzen, dann sitzt man zwischen sämtlichen verfügbaren Stühlen und schilt über blinde Unvernunft. Im eigenen Lager aber herrscht Verwirrung und Ratlosigkeit, nach außen nur verhüllt durch den persönlichen Zusammenhalt und ein bündlerisches Führerideal. Und der deutsche Zionismus, der zur Leitung berufen zu sein glaubte, taumelt hinter den Ereignissen her und muß das unverantwortliche, als unverantwortlich erkannte gut heißen.

Weil man in Idealen lebt, die mit der Volksbewegung keinen Zusammenhang haben, die abseits liegen von den natürlichen Richtpunkten der politischen Kräfte, deshalb ist man ungehemmt hyperidealistisch in der Theorie und ideenlos in der Politik. Und nur *die* realen Erwägungen können politisch wirksam werden, die durch eine politische Idee widerspruchslos geeint sind.

Wem dies zu allgemein zu sein scheint, der betrachte die vorliegende Situation: da ist alles schmerzhaft grell erleuchtet. Der deutsche Zionismus verherrlicht die Arbeiterschaft als den idealistischen Träger des Aufbaus und entwickelt ein „Konsolidierungs"programm, das sie preisgibt.[1] Der deutsche Zionismus vertritt einen ehrlichen, aber überspitzten Radikalismus der zionistischen Gesinnung und unterstützt eine Kompromißpolitik, die die Grundlagen des Zionismus opportunistischen – noch oberdrein falschen – Erwägungen opfert. Der deutsche Zionismus will Einheit, Idealismus und Sachlichkeit der Führung, und er stützt das Regime einer Parteikoalition, die

[1] Gemeint ist der Beschluß der Zionistischen Exekutive, eine Politik der Konsolidierung zu verfolgen, die nach dem Mißerfolg der vierten Alijah Masseneinwanderung nach Palästina verhindern sollte. Die ZVfD unterstützte diesen Beschluß. (Vgl. Dok. 164, Anm.*.)

Vgl. *Richard Lichtheim*, Revision der zionistischen Politik, Berlin 1930.

nicht führen kann und durch eine recht eigensüchtige do ut des[2] Politik zusammengehalten wird.

Der deutsche Zionismus fordert rücksichtslose Reform und Neugestaltung von Grund auf. Was ist das Heilmittel? Eine Komission soll entsandt werden, und die Arbeitslosenunterstützung soll eingestellt werden. Das A.C. nimmt den Vorschlag an – laut preisen unsere Führer den Sieg der guten Sache, mit der sie stehen und fallen. Wenige Wochen, und alles ist umgestoßen. Die Komission kommt nicht zustande – wer glaubt noch, daß die Arbeitslosenunterstützung eingestellt werden kann? Die Mittelchen mußten versagen, weil sie dem Problem nicht angemessen sind, weil sie den natürlichen Kräften widerstreben und schon deshalb weil das unterstützte Regime ihnen kraß widerstrebt. Aber wäre dem auch anders – wie steht der deutsche Zionismus zu seiner Sache? Er murrt und fordert und hofft auf das nächste Mal, stützt weiter das verworfene System und trägt die Mitverantwortung für das unverantwortliche, als unverantwortlich erkannte und gekennzeichnete. Heute noch murrt er und macht Vorbehalte, aber warte nur, balde – wird man auch für diesen Mißerfolg die Theorie gefunden haben. Und wenn die Theorie gefunden ist, dann ist das Gewissen mit seiner idealen Forderung beruhigt.

Es ist schade um den deutschen Zionismus. Es sind starke Kräfte in ihm und ein lebendiges und liebenswertes Menschentum. Er will das Rechte und sucht die Wahrheit. Aber er ist verstrickt in Widerspruch und hat sich der Volksbewegung entfremdet. Es besteht die große Gefahr, daß auch sein Gutes verkannt wird und daß er der Bewegung als wirksamer Faktor verloren geht. Wir, die wir ihn kennen und verstehen, wollen *das* gerade verhindern. Weil wir *um* den deutschen Zionismus kämpfen, deshalb kämpfen wir heute *gegen* ihn.

---

[2] do ut des; lat.: ich gebe, damit du gibst.

[169]
„Linkes Zentrum" gegen verantwortungslose Politik
2. SEPTEMBER 1927
PROTOKOLL DER VERHANDLUNGEN DES XV. ZIONISTEN-KONGRESSES, BASEL, 30. AUGUST BIS 11. SEPTEMBER 1927, LONDON 1927, S. 142–147

Del. Dr. Moritz Bileski (Deutschland, Linkes Zentrum – deutsch):

Als wir in Deutschland die Diskussion über die Kongreßfragen begannen, geschah dies unter dem von Blumenfeld geprägten Schlagwort *„Verantwortungspolitik"*. Es ist dies eines der stärksten Bande, die uns mit der Persönlichkeit Weizmanns verbinden, daß wir ihn stets als den typischen Vertreter einer solchen Verantwortungspolitik betrachtet haben. Es ist dies seine persönliche Leistung. Denn nicht nur seine Gegner, auch seine Freunde haben im allgemeinen nicht viel Verständnis für die Bedeutung seiner Politik gezeigt. Gegenüber dieser Verantwortungspolitik gibt es ein System der verantwortungslosen Politik. Sie ist am besten durch Beispiele zu zeichnen. Ich will hier eine Tatsache hervorheben, die hier schon gestreift worden ist. Es ist die Art der Berichterstattung in der Weltpresse, die hier seitens Delegierter vorgekommen ist. Und es handelt sich hier nicht nur um den Einfluß, den die Berichterstattung auf das große Publikum ausübt (und darunter haben wir gerade in Deutschland besonders zu leiden), sondern darum, daß von derselben Stelle aus Informationen an den organisierten Antizionismus gelangt sind, und das von Delegierten einer Partei, deren Sprecher es heute wieder einmal für nötig gehalten hat, die Größe des politischen Zionismus gegen uns in Schutz zu nehmen.

Symptome einer solchen verantwortungslosen Politik sind auch in der Rede von Jabotinsky zu konstatieren. Es ist ein Beweis von Mangel an Verantwortungsgefühl, wenn man in einer großen Kongreßrede Pogromgefahr an die Wand malt. Hier sitzen zahlreiche Delegierte aus Palästina und viele, die keineswegs die politische Haltung der Leitung billigen. Man soll sie fragen, ob sie mit einer solchen Darstellung übereinstimmen! Es wird von der politischen Opposition und leider auch von einem großen Teile des Jischuw

---

* Die Zeit nach dem XIV. Kongreß (August 1925) war in Palästina durch eine schwere wirtschaftliche Krise und Arbeitslosigkeit von fast 8000 Arbeitern gekennzeichnet. Hunger und Armut trieben viele aus dem Lande, und die Einwanderung nach Palästina ging erheblich zurück. Der XV. Kongreß beschäftigte sich natürlich mit diesen Problemen. Weizmann skizzierte einen Vorschlag zur Lösung der Krise, und Ruppin sprach über Pioniertum und seine Bedeutung für den Zionismus. In der Exekutive, die auf diesem Kongreß gewählt wurde, war die Arbeiterschaft nicht vertreten.

eine Art politischer Darstellung betrieben, die – ich möchte sie nicht als Schnellmalerei bezeichnen – darin besteht, daß man das Gesamtbild zusammensetzt aus vielen einzelnen Steinchen *einer* Farbe. Es gibt aber eine ganze Reihe positiver und negativer Momente, und ich glaube, daß die Herren von der politischen Opposition nicht nur schwarze Steinchen verwenden sollten. Es gibt noch eine große Anzahl anderer Farben. Und es ist unmöglich, lediglich im Interesse einer bestimmten politischen Konzeption eine derartige einseitige Auswahl zu treffen.

Um die Bedeutung der politischen Leistung Weizmanns zu würdigen, muß man erkennen, daß er es verstanden hat, in der Politik eine notwendige Änderung durchzusetzen. Die charakteristische Leistung der *Politik Herzls* war die *Proklamation der Juden als eines politischen Volkes.* Wir waren immer Objekte der Politik, und es ist gleichgültig, ob man mit uns Pogrome oder Emanzipationen veranstaltete; niemals wurde unsere politische Lage von unserem eigenen Willen bestimmt. Es war das Große im Herzlschen Zionismus, daß er das jüdische Volk als ein politisches Subjekt proklamierte, als ein Volk, das nicht die Ausnahmestellung des Machtlosen hat, sondern, wie die anderen Völker, für die Gestaltung seines Lebens das Instrument der Macht, der Selbstbestimmung gebraucht. Die Größe dieser Proklamation empfinden wir immer wieder und besonders auf dem Kongreß. Aber dieser Becher der Politik, den wir dem jüdischen Volke gereicht haben und der, wenn er richtig gebraucht wird, in der Tat imstande ist, dem Volk sein normales Leben wiederzugeben, enthält auch Gifttropfen. Die Politik des Zionismus ist in der ständigen Gefahr, sich an dieser *Proklamation der Macht* zu berauschen, und das war besonders gefährlich, als wir mit der Verwirklichung des Zionismus begannen. In dieser Zeit hat Weizmann es verstanden, die Berücksichtigung der Wirklichkeit als wesentliches Moment der Politik einzuführen. Es gibt für den Zionismus nur ein Instrument der Macht und das ist die Macht unserer Idee. Und es gibt keinen besseren Verkünder dieser Idee als Weizmann. Aber er weiß auch, daß dieses Instrument ein zart zu behandelndes ist, und er hütet sich davor, es abzunützen im Kampfe um einzelne politische Tagesfragen. Es ist meine Überzeugung, daß die Methode Weizmanns die einzige ist, durch die wir es erreichen konnten, daß wir jetzt politisch ernst genommen werden.

Im Sinne dieser Methode müssen wir freilich auf den Zauber der Proklamation in weitem Umfang verzichten. Wir haben vor allem zu erkennen, was um uns ist. Es ist richtig, wenn wir uns hier mit Steuer-, Zoll-, Bodenvermessungsfragen beschäftigen. Das sind die Fragen, die uns angehen, und deswegen muß unsere Politik eine langweilige Politik sein. Grünbaum[1] hat von einer

---

[1] Jizchak Grünbaum (1879–1970). Führer der radikalen Fraktion der Allgemeinen Zionisten; einer der Hauptsprecher der polnischen Judenheit in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Widersetzte sich energisch der Erweiterung der Jewish Agency, trat aber nach seiner Einwanderung 1933 diesem Gremium bei.

großzügigen politischen Initiative gesprochen. Ich betrachte derartige Forderungen solange als leere Worte, solange ich nicht weiß, was dahintersteckt. Wenn wir erkennen wollen, was um uns ist, dann müssen wir auch die Bedingungen unserer Gegner und Mitspieler sehen. Es genügt nicht, daß wir feststellen, daß unser Partner nicht tut, was wir brauchen; wir müssen uns auch fragen: Warum tut er es nicht? Vielleicht unterliegt auch er gewissen Gesetzen seines Lebens, die ihm nicht gestatten, so zu handeln, wie wir es gern haben möchten. Und nur wenn wir so denken, können wir zu einem wirkungsvollen System der Zusammenarbeit mit der Mandatarmacht kommen.

Für die Herren Grünbaum und Jabotinsky ist die Sache einfacher. Sie sagen: Das Mandat ist ein Vertrag, England hält nicht alle seine Klauseln, also haben wir einen Prozeß mit England. Und sie machen unseren politischen Leitern den Vorwurf, daß sie als *unsere* Vertreter sich bemühen, England uns gegenüber in Schutz zu nehmen. Diese Auffassung ist charakteristisch. Wenn man Politik auffaßt wie einen Zivilprozeß, dann haben sie recht. Aber das ist eine falsche Auffassung. Auch Weizmann und Sokolow haben nicht nur die Aufgabe, unsere Forderungen darzustellen. Sie sind nicht nur unsere Advokaten, sie sind auch unser Gehirn, sie haben sich und uns klar zu machen, was um uns ist.

...

Ich möchte mit zwei Bemerkungen schließen. Man wirft uns vor, daß wir *gegen die Arbeiterschaft* Front genommen hätten. Davon kann keine Rede sein. Wir halten daran fest, daß der arbeitende Jude die größte Leistung, ja den eigentlichen Sinn des Zionismus darstellt. Aber das hat nichts damit zu tun, daß wir die Pflicht haben, was in Palästina geschieht, unter eigener Verantwortung nachzuprüfen und uns für die Änderungen einzusetzen, die sich aus dieser verantwortlichen Prüfung ergeben. Ich gestehe Ihnen, daß wir nach unserer Meinung diese Pflicht bisher nicht in genügendem Maße beachtet haben. Wir wissen, es gibt in der Tat keine Verwirklichung des Zionismus gegen oder ohne die Arbeiterschaft. Aber wir wissen ebenso, daß die Durchsetzung der wirtschaftlichen Forderungen, die wir heute stellen, im absoluten Interesse der Arbeiterschaft gelegen ist. Wir sehen in der Arbeiterschaft den tragenden Pfeiler der Palästinawirtschaft. Und wir sind für Reform der Palästinawirtschaft, weil wir nicht wollen, daß dieser Pfeiler zusammenbricht.

Man hat uns Defaitisten genannt. Wenn wir das wären, wären wir nicht hier. Wir glauben, daß die wirklichen Defaitisten diejenigen sind, die sich in das Land der Illusion flüchten, weil sie den harten Kampf zwischen Zionismus und Wirklichkeit nicht ertragen können. Wir wollen diesen Kampf aufnehmen. Wir glauben, daß der Zionismus diesen Kampf bestehen kann. Und weil wir dies glauben, weil wir die Bedingungen für diesen Kampf und diesen Sieg schaffen wollen, deswegen vertreten wir das Programm, das man das Programm des Linken Zentrums genannt hat. (Lebhafter Beifall.)

[170]
STELLUNG ZU DEN JÜDISCHEN ORGANISATIONEN IN DEUTSCHLAND
30. OKTOBER 1927
CZA, Z 4/3567/I

[Anlage I – Streng vertraulich! – zum Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes der ZVfD vom 30. Oktober 1927]

Unsere Stellung zu den jüdischen Organisationen in Deutschland.

Der Landesvorstand ist der Ansicht, daß gegenüber den nichtzionistischen Organisationen in Deutschland eine durch Beschlüsse zionistischer Zentralinstanzen festzulegende Haltung erforderlich ist.

Da bisher lokale zionistische Verbände häufig selbständig in der Erledigung jüdisch-politischer Fragen vorgegangen sind, beschließt der Landesvorstand, daß auch alle Anfragen nichtzionistischer Verbände und Gruppen, die örtliche Vereinbarungen bezwecken, im Einvernehmen und nach Weisungen zionistischer Zentralinstanzen erledigt werden müssen.

Zionistische Organisationen und einzelne Zionisten sind verpflichtet, alle ihnen zu Gesicht oder zur Kenntnis kommenden die zionistische Bewegung betreffenden Zeitungsberichte, Notizen, persönliche Äußerungen von Freunden und Gegnern unverzüglich der Zentrale mitzuteilen. Eine Stellungnahme in der Presse soll, wenn irgend möglich, nur im Einvernehmen mit zionistischen Zentralinstanzen erfolgen. Der Landesvorstand gibt zunächst folgende Weisungen, die regelmäßig im Anschluß an aktuelle Vorgänge ergänzt werden sollen.

1.) Centralverein: Es besteht keine Möglichkeit des Paktierens. Der Centralverein ist die charakteristische Vertretung des antizionistischen Judentums.[1] Eine Aufgabe unserer Kampfstellung könnte erst bei grundsätzlich veränderter Haltung des C.V. gegenüber der Palästinafrage erwogen werden.

Versuche, auf Ortsgruppen des C.V. freundschaftlich einzuwirken, um eine veränderte Stellung der Leitung des C.V. herbeizuführen, sind abzulehnen. Es hat sich gezeigt, daß dem C.V. gegenüber eine Politik der Änderung der Mehrheitsverhältnisse durch Beeinflussung der Leitung seitens lokaler Vertreter unmöglich ist.

Wo jüdische Gemeinden Beiträge für den Keren Hajessod mit Rücksicht auf die in ihnen herrschenden Mehrheitsverhältnisse von Beiträgen für den C.V. abhängig machen, können zionistische Gemeindevertreter sich bei der Abstimmung über die Bewilligung einer Subvention für den C.V. der Stimme ent-

[1] Vgl. „Materialien zur Palästinapolitik des C. V. vorgelegt von der Geschäftsleitung", Alfred Hirschberg Collection, Folder 2, 7 (3966), Leo Baeck Institut, New York.

halten, falls ein angemessener Beitrag für den Keren Hajessod gesichert wird. Anderenfalls müssen sie dagegen stimmen.

2.) Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten[2]*:* Der R.J.F. soll in seinen Tendenzen nicht ohne weiteres mit dem C.V. identifiziert werden. Beachtlich sind die Tendenzen des Reichsbundes, eine selbständige Abwehrpolitik zu treiben, die den Keim eines Gegensatzes zum C.V. in sich tragen. Der Reichsbund übernimmt in Anlehnung an unsere Ideologie den Gedanken der Überwindung des Antisemitismus durch eine Tat. Unsere Aufgabe ist es, – wie es Dr. Klee als unser Vertreter auf der Tagung des R.J.F. getan hat, – die seitens des R.J.F. erfolgende Verkleinerung und Verkennung unserer Anschauung über Wesen und Überwindung des Antisemitismus hervorzuheben. Die Siedlungsbestrebungen des R.J.F. geben uns aber die Chance wirksamer Beeinflussung.

Im R.J.F. sind zunächst grundsätzliche Beschlüsse, die bei seiner Zusammensetzung vermutlich gegen uns ausfallen würden, zu verhindern. Gerade als eine noch nicht in ihrer Stellungnahme zu jüdischen Parteien festgelegte Organisation kann er bei richtiger Behandlung die Monopolstellung des C.V. beeinträchtigen.

Diese Haltung gegenüber dem R.J.F. ist durch taktische und nicht durch innere Erwägung bestimmt. Eine unterschiedliche Behandlung der Teile der gegnerischen Front ist erforderlich, auch wenn wir im einzelnen an der assimilatorischen und in vielen Fällen würdelosen Haltung des R.J.F. (Einladung anderer Frontkämpferbünde) scharfe Kritik üben müssen.

3.) Gesellschaft „Ort“[3]*:* Unsere Aufgabe ist ausschließlich, eine gewisse Kontrolle auszuüben und festzustellen, wo der „Ort“ antizionistisch auftritt. In diesem Falle ist energisch dagegen vorzugehen und sofort Nachricht zu geben.

Vor jeder lokalen Aktion des „Ort“ ist die Zentrale anzufragen, die in jedem Falle besondere Weisungen erteilt.

4.) Hilfsverein[4]*:* Der Hilfsverein beginnt mit neuer Arbeit. Es wird versucht, den Hilfsverein zur international anerkannten Organisation des deutschen Judentums zu machen. Er steht bereits im deutlichen Gegensatz zu allen anderen Organisationen („Ort“, C.V.) und man läßt durchblicken, daß wir bei der Jewish Agency in erster Linie die Repräsentanten des Hilfsvereins

---

[2] Der ehemalige Hauptmann Dr. Leo Löwenstein (1879–1956) gründete am 9. Februar 1919 einen Bund jüdischer Soldaten Deutschlands, die am Weltkrieg teilgenommen hatten. 1925 umfaßte der Bund 16 Landesverbände mit 500 Orts- und Untergruppen und etwa 40 000 Mitgliedern.

[3] Abkürzung der russischen Bezeichnung für „Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden“, gegründet 1880 in Petersburg. Zweigstellen der Organisation entstanden in vielen Ländern, darunter auch in Deutschland.

[4] „Hilfsverein der deutschen Juden“; finanzierte die Auswanderung russischer und rumänischer Juden nach Amerika.

berücksichtigen müssen, der als eine auch im Orient arbeitende Organisation bereit sein würde, die Balfour-Deklaration anzuerkennen und der nur in der Arbeit in Deutschland im Gegensatz zu den jüdisch-nationalen Tendenzen des Zionismus stehe.

Obwohl die Entwicklung vorsichtig abzuwarten ist, empfehlen wir dennoch zunächst Eintritt. Wir können bei geschickter Taktik eine gewisse Rolle im Hilfsverein spielen und können möglicherweise erreichen, daß er eine Organisation wird, die antizionistische Angriffe und Maßnahmen zu paralysieren vermag.

Bei jeder lokalen Aktion des Hilfsvereins ist die Zentrale zu befragen; in jedem Falle ist anzustreben, daß die Aufbringung der Gelder nicht in den Formen unserer Keren Hajessod-Arbeit erfolgt.

5.) Liberale Vereinigung[5]*:* Schärfster Angriff gegen die Vereinigung befördert die in ihr bestehende Krise. Unsere Arbeit besteht in der Beeinflussung und Gewinnung der jüngeren Rabbiner-Generation und in der positiven Einspannung einzelner organisierter Liberaler, die zugleich Zionisten sind, in unsere Propaganda (Vorträge: „Zionismus und Liberalismus"). In der geistigen Auseinandersetzung muß der Gegensatz Zionismus und Liberalismus in dem Sinne dargestellt werden, daß die antinationale reformerische Richtung zu bekämpfen ist, daß aber eine von nationaljüdischer Gesinnung getragene, auf dem Entwicklungsstandpunkt stehende jüdische Auffassung innerhalb der zionistischen Bewegung ihren Platz hat.

6.) Orthodoxie: Die verschiedenen nichtzionistischen orthodoxen Organisationen sind, sobald es sich nicht um die Agudah[6] handelt, abwartend zu behandeln. Es ist nur bei Wahlen und in Verhandlungen der Eindruck zu vermeiden, daß der Zionismus zwar in einem unversöhnlichen Gegensatz zum antinationalen Liberalismus stehe, dagegen einer, wenn auch antinationalen, Orthodoxie innerlich verbunden sei.

7.) Logen: Hier lassen sich bei dem verschiedenen Charakter der Logen allgemeine Richtlinien nicht geben. Die Arbeit braucht nicht so sehr darauf gerichtet zu sein, durch zionistische Vorträge den Charakter der Logen zu ändern, was regelmäßg mißlingt, sondern die einzelnen Logenmitglieder durch persönliche Stellungnahme zu Mitgliedern der Zionistischen Organisation zu machen und auf diese Weise eine legitime Stärkung des Zionismus in den Logen herbeizuführen.

Zur Keren Hajessod-Politik: Die Bemühungen der Keren Hajessod-Arbeit, möglichst viele bekannte Mitglieder nichtzionistischer Organisationen zum Anschluß an den Keren Hajessod zu bewegen, können allmählich dazu führen, daß die Keren Hajessod-Organisation als solche zu einem so starken

---

[5] „Vereinigung für das liberale Judentum e. V."; betont antizionistisch.

[6] „Agudas Jisroel" (Bund Israels). Interterritoriale Vereinigung des gesetzestreuen Judentums, gegründet in Kattowitz im Mai 1912. Eine ultraorthodoxe und bis 1948 antizionistische Organisation.

repräsentativen Faktor der deutschen Judenheit wird, daß die Gegenwirkung der antizionistischen Organisationen aufgehoben wird.

Die Auffassung, daß eine kämpferische Haltung gegenüber lokalen einflußreichen jüdischen Organisationen vermieden werden müsse, um die Eingänge für den Keren Hajessod nicht zu beeinträchtigen, ist abzulehnen. Es hat sich gezeigt, daß eine solche sogenannte versöhnliche Stellungnahme bestenfalls für eine kurze Zeit nichtssagende Freundlichkeiten einzelner Nichtzionisten hervorruft, niemals aber solche Nichtzionisten zu aktiver und auch materiell erheblicher Leistung für den Keren Hajessod veranlaßt hat. Die lokale Verständigung scheiterte – wo sie versucht wurde – schon daran, daß die nichtzionistischen Organisationen, sobald es sich um die Haltung uns gegenüber handelt, straff organisiert sind, und daß infolgedessen die Stellung von Ortsgruppen antizionistischer Organisationen doch ausschließlich von der Haltung ihrer zentralen Instanzen (z. B. der Leitung des C.V.) abhängig ist.

Grundsätzlich ist darauf zu achten, daß bei allen Sammlungen – insbesondere von „Ort" und Hilfsverein – Schädigungen des K.H. vermieden werden. Die genaueren Anweisungen gibt in jedem Falle die Zentrale des K.H.

[171]
Die dritte Generation des deutschen Zionismus
NOVEMBER 1927

Der Junge Jude[1]

1. Jg., Nr. 1, November 1927, Cheschwan 5688, S. 1–4

Unsere Lage

. . .

Wir sind die dritte Generation des Zionismus. Wenn die Zeitschrift das wird, was sie werden soll, so soll sie versuchen, dem Willen und dem Gedanken dieser jungen dritten zionistischen Generation zum Ausdruck zu verhelfen, wobei wir immer auf das zurückzukommen haben werden, was vor uns zwei zionistische und unendlich viele jüdische Geschlechter gewesen sind.

Was uns berechtigt, mit den Menschen unseres Alters und unserer Gesinnung eine weitere zionistische Generation anheben zu lassen, ist zweierlei: Wir sind die Menschen, die nach dem Kriege Zionisten geworden sind, also

[1] Die Zeitschrift „Der Junge Jude" wurde vom „Hechaluz" und dem JJWB herausgegeben; ihr Redakteur war Georg Lubinski.
Vgl. *Reinharz*, Three Generations of German Zionism, aaO.

diejenigen, für deren Zionistwerden von vornherein Palästina als eine Wirklichkeit mitbeeinflussend und mitbestimmend gewesen ist. Ganz klar, daß daher für unsere zionistische Entscheidung das Schicksal Palästinas vielleicht von größerer Bedeutung ist, als für diejenigen, die auch schon ohne dies reale Palästina Zionisten geworden sind. Gerade weil für unsere Zionistwerdung Palästina mitbestimmend gewesen ist, ist unser Zionismus untrennbar verknüpft mit dem Streben nach Erneuerung unserer Gesellschaftsform gemäß den Idealen des Sozialismus. In Palästina vollzieht sich diese gesellschaftliche Erneuerung sichtbar vor den Augen der Welt. Gegenüber der Generation vor uns, die die Erkenntnis vom nationalen Charakter des Judentums als ausreichende Motivierung für ihren Zionismus erlebte, sind wir Zionisten geworden, dies in demselben Augenblick, in dem sie die Juden als Volk erkennen [und] die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Erneuerung dieses Volkes, eben gerade aus der Bejahung des Volksgedankens, aufs stärkste empfinden. Die untrennbare Verbindung zwischen nationaler und sozialer Idee führt so zu einer neuen Konzeption des Zionismus. Wir wissen, daß diese Konzeption schon vor uns vorhanden gewesen ist, daß der Träger dieses Zionismus die palästinensische Arbeiterschaft ist. Neu ist an dieser Lage – und daher dürfen wir von ihr an ein neues zionistisches Geschlecht datieren, – daß diese Auffassung gerade jetzt sowohl in Palästina als auch in der Galuth hinter sich die stärksten organisierten Kräfte des Zionismus hat. Die Idee des Sozialismus war schon frühzeitig im Zionismus vorhanden, aber erst von dem Augenblick an, wo die Einheit des nationalen und sozialen Gedankens größere Massen ergriffen hat, hat eine neue Periode des Zionismus begonnen.

... Wir, die junge zionistische dritte Generation, die eben das Geschlecht des zionistischen Sozialismus ist, haben noch nicht begriffen, daß wir für eine Zeitlang der zionistischen Bewegung ihr Gesicht zu geben haben. Jeder von uns weiß, daß die Schwierigkeit, die diesem uns historisch auferlegten Ziele entgegensteht, nicht die Schwierigkeit des Kampfes um die Macht ist. Wir wissen, daß die Schwierigkeit zum allergrößten Teile in uns selbst liegt. Wir haben einmal diese besondere Aufgabe, die uns in der Entwicklung des Zionismus zugefallen ist, noch gar nicht erkannt. Wir stehen als Gruppe überall in der Welt noch viel zu stark abseits von dem Zentrum zionistischen Geschehens außerhalb Palästinas. Wir werden daher von den anderen empfunden als ein nachwachsendes Geschlecht, das seinen Platz nicht dort sucht, wo ihn die frühere Generation gehabt hat. Und weiterhin müssen wir uns über die ungeheure Spannung klar werden, die zwischen einer palästinozentrischen und sozialistischen Bewegung und ihrer nichtzionistischen Umwelt besteht. Die erste zionistische Generation des Westens hatte noch die Aufgabe, ihr Judentum für sich selbst zu rekonstruieren, die zweite, das Judentum der anderen in seiner Fragwürdigkeit darzustellen, die dritte Generation steht völlig isoliert da, zugewandt einem neuen palästinensischen Judentum, ohne eine Beziehung zum Judentum der anderen. Dadurch, daß der einzelne von

uns sein jüdisches Leben auf Palästina konzentriert, dadurch, daß er für sich ein jüdisches Leben von wirklichem Inhalt zu führen beginnt, verliert er den Zusammenhang mit denjenigen, deren Bindung an das Judentum nur locker ist ...

...

Es hat den Anschein, als ob die Vorbereitungszeit, die uns gegeben ist, bis wir zu voll verantwortlichen Trägern der zionistischen Bewegung werden müssen, nicht mehr lange dauern wird. Wenn wir mit Kritik unserer eigenen Bewegung und unserem eigenen Wesen gegenübertreten, werden wir feststellen müssen, daß wir für die Übernahme dieser Aufgabe keineswegs vorbereitet sind. Wir sind unvorbereitet sowohl unserem Wollen als auch unserem Wissen nach. Wir haben nicht einfach fortzusetzen, in Lücken einzutreten, sondern wir haben der Gesamtbewegung einen neuen Charakter zu geben, nicht weil man bemerken soll, daß wir auf die Bühne getreten sind, sondern weil die fortentwickelte Idee des sozialistischen Zionismus den ihr gemäßen Träger auch in der Galuth sucht und braucht. Unsere gesamte Arbeit und zum kleinen Teil auch diese Zeitschrift müssen dazu dienen, uns bereit zu machen, im gegebenen Augenblick die Verantwortung und Last dieser Arbeit zu übernehmen, der Idee ihren Träger erwachsen zu lassen.

[172]
Einstellung des deutschen Zionismus zu Problemen in der Diaspora und in Palästina
25. DEZEMBER 1927
CZA, Z 4/3567/II

Vertraulich!

Protokoll

der Sitzung des Zentralkomitees der Z.V.f.D. vom 25. Dezember 1927.

...

V. Die innerzionistische Arbeit in Deutschland:

Dr. Landsberg erstattet ein Referat über das Problem der innerzionistischen Arbeit in Deutschland, dem er folgende Leitsätze zugrunde legt:

I.

Unsere Einstellung zu der jüdischen und nichtjüdischen Umwelt muß heute notwendigerweise eine andere sein als in der Zeit, in der wir persönlich so

gut wie ausschließlich auf Palästina eingestellt waren. Es bedeutete einmal die Stärke und Werbekraft des deutschen Zionismus, daß er von seinen Menschen letzte Einstellung auf Palästina verlangte. Diese Einstellung hatte eine Erfüllung des persönlichen Palästinastrebens in naher Zeit zur Voraussetzung.

II.

Unsere Auffassung über das Tempo des Aufbaus Palästinas hat sich nach einer jetzt achtjährigen Nachkriegserfahrung wandeln müssen. Auch die minimalistischsten Hoffnungen vorsichtigster Schätzer, die eine Einwanderung von 30 000 Menschen im Jahre annahmen, sind heute phantastisch. Der Aufbau wird weit langsamer fortschreiten als wir annahmen. Dies und andere Gründe hatten zur Folge, daß sich die unmittelbaren persönlichen Palästinahoffnungen der deutschen Zionisten nicht verwirklichen ließen, nicht einmal in der Jugend, geschweige denn bei der älteren Generation, deren beste Repräsentanten bis auf einen verschwindend kleinen Teil die Palästinahoffnungen für ihre Person aufgeben mußten.

III.

Die zionistische Bewegung in ihrer Gesamtheit wurde naturgemäß in der Nachkriegszeit enger und tiefer mit Palästina und seinen Problemen verknüpft. Es kam die Verpflichtung für die Fonds zu arbeiten, die einen erheblichen Teil der zionistischen Arbeit ausfüllte, und die Kongresse wurden immer mehr Palästinaparlamente und verloren ihre Bedeutung als Tribüne der zionistischen Volksbewegung.

Lange Zeit beherrschte das Schlagwort der Tatsachenpropaganda unsere Arbeit nach außen und innen, und die Probleme der Bewegung, die Lage des jüdischen Volkes in seiner Gesamtheit, die Auseinandersetzung mit anderen jüdischen Gruppen traten in den Hintergrund.

Dies war für einen milieulosen westlichen Zionismus, wie es der deutsche ist, erträglich, solange sein Kern und insbesondere seine Jugend auf Übersiedlung eingestellt war.

IV.

Heute empfinden wir, daß das zionistische Leben stagniert, daß die Ortsgruppen nicht mehr wissen, welches nun eigentlich lebendiger Inhalt ihrer Arbeit sei, denn die Beschäftigung mit den realen Palästinafragen kann auf die Dauer nicht befriedigen, wenn nicht zugleich die Situation des Zionismus im Galuth und seine Legitimation dort zur Diskussion gestellt und geklärt wird.

V.

Die Schwierigkeiten der inneren Situation sind nicht geringer dadurch geworden, daß uns andere Gruppen außerhalb des Zionismus näher kamen. Vielfach unbemerkt von uns oder jedenfalls ohne unseren führenden Einfluß setzen sich andere lebendige Gruppen im deutschen Judentum mit dem Zionismus und mit Palästina auseinander (so in neuester Zeit der Älteren-Bund der Kameraden. Bericht über die letzte Führertagung). Durch die neutrale Keren-Hajessod-Arbeit sind wichtige Einzelpersönlichkeiten und auch ganze Gruppen (neutraler Jugendverband) für den Palästinaaufbau verpflichtet worden. Es gibt Nichtzionisten, die Maasser geben, und Teile der nichtzionistischen Jugend lernen hebräisch. Die jüdische Schule ist längst nicht mehr eine zionistische Forderung, sondern wird von wichtigen anderen Gruppen mit gleicher Entschiedenheit vertreten.

VI.

Aus dem Scheitern oder der Unmöglichkeit der Übersiedlung folgt die Notwendigkeit des Lebens in der Diaspora, des Lebens im Beruf, in der Kultur der Umwelt, im Staat, ein Leben, das zwingend und unmittelbar auch den Zionisten erfaßt, unmittelbarer und natürlicher als eine noch so innige Verknüpfung mit Palästina.

VII.

Es gilt also wiederum klarzustellen, was Zionismus über Palästina hinaus bedeutet, es gilt die Merkmale uns und den anderen deutlich zu machen, die trotz unseres Hierbleibens uns berechtigen, Zionismus zu propagieren und mit dem Anspruch aufzutreten, daß Zionismus noch immer eine besondere Lebenshaltung und jüdische Auffassung auch im Galuth bedeutet.

VIII.

Diese Merkmale sind noch immer im Baseler Programm enthalten und vielleicht wie folgt zu umschreiben:

1.) Anerkennung der Einheit des jüdischen Volkes und der inneren Verbundenheit seiner Glieder,
2.) die Überzeugung, daß diese Einheit nur durch den Aufbau Palästinas im Sinne des Baseler Programms erhalten und lebendig gestaltet werden kann; in diesem Sinne ist noch heute Zionismus Lösung der Judenfrage,
3.) das Gefühl der persönlichen Verpflichtung für Palästina,
4.) die Erkenntnis, daß unsere Stellung zur nichtjüdischen Umwelt durch diese unsere zionistische Lebenshaltung nicht nur nicht erschüttert, sondern bereinigt und gesichert wird.

IX.

Im Verhältnis zur jüdischen Umwelt ergibt sich daraus folgendes:

a) eine nach außenhin geschlossene und einheitliche zionistische Arbeit aller zionistischen Gruppen und Sonderanschauungen. Die zionistische Organisation als Mikrokosmos der Judenheit; sie ist die einzige jüdische Organisation, in der alle jüdischen Gruppen vertreten sind und in ihrer Sonderanschauung anerkannt werden.

   Daraus folgt die Notwendigkeit ständiger geistiger Auseinandersetzung der einzelnen zionistischen Gruppen innerhalb der Zionistischen Organisation, unabhängig von politischen Notwendigkeiten oder Kongreßwahlen; der Versuch, alle diese Sonderanschauungen im Jüdischen zu binden; aus diesem Grund lebendiges Einfühlen in jüdische Geschichte und Idee. (Vergl. Weltsch-Kohn, Zionistische Politik.) Hebräisch und Maasser als Gruppenforderung.

b) Geistige Auseinandersetzung innerhalb des Zionismus mit den nichtzionistischen jüdischen Gruppen. Ablehnung aller flachen Terminologie, wie Abtun der andern als Assimilanten etc.
   Z. B. Eindringen in die Entwicklungsgeschichte des Liberalismus und bei aller notwendigen Kritik Anerkennung der Verbindungslinien zwischen ihm und uns (Wandlungen im Liberalismus).

c) Alsdann und danach wiederum kämpferische Auseinandersetzung mit anderen jüdischen Gruppen, insbesondere der Jugend.

X.

Mit dieser Einstellung ist es dann aber auch notwendig, an den Problemen der nichtjüdischen Umwelt teilzunehmen, wie wir das in Wirklichkeit tun, ohne aber immer diese Teilnahme ehrlich zu bejahen.

Für die sozialistische Gruppe im Zionismus ist diese Anteilnahme Tradition und Selbstverständlichkeit. Sie muß es auch für den nicht-sozialistischen Zionismus werden, ohne daß sich natürlich im einzelnen Grundsätze für diese Anteilnahme aufstellen lassen. Aber in der Propaganda und in der inneren Arbeit des deutschen Zionismus darf man an diesen Fragen fernerhin nicht vorübergehen und es dem Einzelnen überlassen, sich zurecht zu finden. Z. B. sollten die Fragen der deutschen Republik, des europäischen Friedens, Sowjetrußlands, Amerikas von Zeit zu Zeit in die Ortsgruppenarbeit einbezogen werden, und es wird sich dann herausstellen, daß es von der zionistischen Grundhaltung aus eine spezifische Auseinandersetzung mit allen diesen Fragen gibt, mag auch die Antwort darauf verschieden sein.

XI.

Ein so gestaltetes inneres Leben des deutschen Zionismus wird unsere Menschen wieder in ihrer zionistischen Haltung stärken und arbeitsfreudiger machen, auf der anderen Seite aber auch neue Menschen gewinnen.

Letztes Ziel soll die Verbindung auch des persönlichen Lebens mit Palästina bleiben, aber es darf keine künstliche Forderung sein, sondern dieses Ziel muß aus diesem Leben heraus erwachsen und wird dann vielleicht mit mehr Erfolg verwirklicht werden als bis dahin.

...

[173]
Zionistische Propaganda und Kulturpolitik
27.–29. Mai 1928

Jüdische Rundschau

XXXIII. Jg., Nr. 42/43, 1. Juni 1928, S. 301–306

Der Breslauer Delegiertentag[1]

...

Referat Kurt Blumenfeld

Zionistische Arbeit in Deutschland:

...

Innerhalb der Z.V.f.D. bestehen verschiedene Meinungen darüber, wie wir uns

mit der nichtzionistischen Welt auseinanderzusetzen

haben, in einer Art, daß diese Auseinandersetzung zugleich eine Steigerung der zionistischen Energien sein soll. Wir haben eine doppelte Aufgabe: unsere Reihen zu stärken und in schnellem Tempo den Aufbau Palästinas zu verwirklichen. Diese Aufgabe, in möglichst kurzer Zeit möglichst große Leistungen in Palästina zustande zu bringen, besteht seit der Balfour-Deklaration. Dazu gehört Beschaffung der Mittel. Die erste große Idee war der Keren Hajessod, die Zusammenarbeit von Zionisten und Nichtzionisten bei Beschaffung der Mittel. Die Arbeit für den Keren Hajessod veranlaßte aber manche Zionisten, ihre Gesinnung hintanzusetzen. Man glaubte, dem Keren Hajessod besser zu dienen, wenn die Reibungen, die es innerhalb der jüdischen Welt gibt, beseitigt würden. Demgegenüber haben wir immer darauf hingewiesen, daß bei aller Kooperation der zionistische Kern erhalten werden muß, daß wir nicht dauernd unsere Peripherie vergrößern dürfen, ohne dabei den Kern zu stärken. Für das Gelingen des Werkes ist notwendige Voraussetzung,

---

[1] Der XXII. Delegiertentag fand vom 27. bis 29. Mai 1928 in Breslau statt.

daß die Zionistische Organisation als ein Wert an sich erhalten werden muß. Tatsächlich sind diejenigen, die am erfolgreichsten die „Bündnispolitik" betrieben haben, auch die gewesen, die am energischsten die Stärkung der Zionistischen Organisation forderten und förderten. Ich bin kein Doktrinär und würde alle Methoden für möglich halten, wenn sie sich bewährt haben. Politische Methoden erweisen ihre Wahrheit in ihrer *Wirkung.* Wer Vorschläge macht, muß auch auf Ergebnisse seiner Methoden hinweisen können. Wir haben gezeigt, daß diese Gleichzeitigkeit von Keren Hajessod und zionistischer Propaganda möglich und notwendig ist. Sogar die Nichtzionisten verstehen, daß die Verwirklichung nur durch Menschen erfolgen kann, die von einer Idee getrieben sind.

Seit 30 Jahren wirken wir auf die Außenwelt. Wir teilen nicht die Vorstellungen, die zionistische Idee habe die Bewegung angekurbelt und die anderen gleiten jetzt sozusagen in die Bewegung hinein. Eine Minorität muß durch das Tempo ausgleichen, was die Majorität durch ihre Zahl voraus hat. Wir werden immer dort wirken, wo unser, der Zionisten, Lebenstempo stärker ist als das der Umgebung. Unsere Arbeit vermag so lange wirksam zu sein, als wir selbst den Zionismus als einen Eigenwert empfinden gegenüber der Welt, mit der wir es zu tun haben. Man spricht davon, daß die zionistischen Grundbegriffe zum Teil problematisch seien, wie Volk, Staat usw. Aber unsere Auseinandersetzung ist keine terminologische, es kommt darauf an, was wir aus einem Begriff gemacht haben. Unser Nationalbegriff ist mit der Überzeugung verbunden, daß ein jüdisches Leben im Galuth eben nur als *„Galuth"-Existenz* zu bewerten ist. Wir gehen aus vom Begriff der Galuthverneinung. Wir tragen der *Tatsache* des Galuth Rechnung, aber wir glauben, die jüdische Welt könne nur existieren, wenn das jüdische Leben in Palästina zu seiner ganzen Fülle erwächst und daß dann auch das Galuthdasein wieder einen Sinn bekommt, durch den Zusammenhang mit dem zentralen Leben des Judentums in Palästina. Das unterscheidet uns von all denen, die das Galuth bejahen und bloß „auch" für Palästina sind.

Diese Erkenntnis scheint im Zionismus nicht überall fest zu sein. Wir haben das Gefühl, daß manche ihr *Privatschicksal* zum System erheben wollen. Zionisten, die erkennen, daß sie selbst nicht mehr nach Erez-Israel kommen können, wollen aus diesem persönlichen Schicksal ein System machen. Das ist menschlich begreiflich, aber eine Bewegung muß zugeschnitten sein, auf *die* Menschen, die ihr genügen. Es ist nicht leicht, bei einer demokratischen Bewegung, die älter wird, solch eine Stimmung zu erhalten. Wir müssen liebevoll, schonend und verständnisvoll mit jenen reden, die immer wieder aus ihrem Lebensschicksal heraus Seitenwege zu beschreiten versuchen, die entrinnen möchten dem Gepreßtwerden durch eine Sache, bei der die Möglichkeit nicht besteht, ganz frei zu atmen, und die das volle Glück der Erfüllung nicht erleben.

Was ist zu tun?

Darlegung des wirklichen Zustandes der jüdischen Welt.

Analyse des Bestehenden war stets der Anfang einer Bewegung, die Neues will. So war es bei Marx, so bei Pinsker und Nordau. Wir begnügen uns seit Jahren mit dem „Beinahe" und dem „Ungefähr". Auch in den Debatten über die Methoden des Zionismus würden wir anders dastehen, wenn unsere Darlegungen gründlicher aussehen würden.

Wir haben es mit einer *atomisierten jüdischen Welt* zu tun, die in Wahrheit nur durch Wiedergeburt des Einzelnen zu kollektiven Anstrengungen gebracht werden kann. Es ist ein grundsätzlicher Unterschied zwischen heutigem Galuth und den Zeiten der Entstehung des Galuth: Damals hatten wir ein volles Judentum gewissermaßen in geschlossenen Behältern, heute sind diese Behälter geplatzt, wir haben nicht nur ein assimiliertes, sondern – was schlimmer ist – ein atomisiertes Judentum. Es handelt sich in Wahrheit heute um Vereinzelte, die nicht mehr *einem* Schicksal unterworfen sind. Auf die Kraft der vorhandenen Inhalte kann man bauen, wo Fülle des Lebens vorhanden ist, wo man auf ein Leben vertrauen kann, das neue Kräfte zu entfalten imstande ist. Bei uns ist es umgekehrt. Wir leben ja nicht in einer *jüdischen* Welt. Durch *Erkenntnisse* erst muß ein Gefühl erweckt werden, das dann die Kräfte erzeugt. Wir müssen unserer erst bewußt werden. Wo Zionisten es sind, und so leben, da wächst der Respekt vor zionistischem Werk und zionistischer Bewegung. Niemals handelt es sich um den provozierenden Ton, nicht um aggressive Form des Auftretens, sondern um die wirklich innewohnende Kraft, mit der diese Sache vertreten wird. Man muß wissen, daß man nicht in einer Ebene mit den anderen steht, auch wenn man erkennt, daß viele Zionisten empirisch nicht besser sind als die anderen. Die Argumentation: „Weil manche Zionisten nicht besser sind, kann man auch nichts anderes fordern", ist falsch. Der einzelne Träger der Idee kann straucheln, aber die Idee führt ihr eigenes Leben. In ihrem Namen wird eine Forderung aufgestellt. Und auch der, der ihr selbst nicht genügt, muß wissen, daß er ein – unzureichender – Träger der Sache ist, die ganz anders ist als die übrige jüdische Welt und als er selbst.

...

Frage unserer Jugend.

Wir müssen für die Situation dieser Jugend Verständnis haben. Sie fühlt sich isoliert. Sie ist in einer ähnlichen psychologischen Verfassung wie ein Teil der älteren Zionisten; sie sucht die Schuld für die Unzufriedenheit mit sich selbst bei den anderen. Sich selbst mißtraut sie, sonst wäre nicht soviel Ressentiment in ihren Veröffentlichungen. Die Jugend versucht, sich durch bündische Enge zu bewahren, statt innere Sicherheit zu gewinnen. So verschafft man sich jene scheinbare „Freiheit des Landerziehungsheims", wo man mit dem Leben nicht zusammenstößt und daher alles ausgezeichnet geht. Es ist die Aufgabe der Jugend, die Welt zu erobern, und das kann man nur, wenn man ihr gewachsen wird. Man kann der Debatte mit alten Zionisten, mit den

verrotteten „bürgerlichen Zionisten" aus dem Wege gehen, aber nicht Auseinandersetzungen mit der europäischen Welt, die einem entgegentritt nicht nur in zufälligen Gesprächen mit Kommunisten, Assimilanten oder Literaten, sondern in der unvermeidlichen Auseinandersetzung mit den dahinterstehenden *„verkappten Religionen"*, in denen junge Juden die Möglichkeit haben, die ganze Weite zu empfinden im Gegensatz zu dem, was wir ihnen bieten. Und da ergibt sich: unsere eigentliche attraktive Kraft dieser fremden Welt gegenüber ist nur die zionistische. Die ersten Führer der Linken, die nach Palästina gingen, waren ganze Zionisten, sie werden nie auf den Gedanken kommen, daß sie fortgehen können, sich dem Schicksal des Volkes entziehen können. Nach der Danziger Jugendkonferenz sagte mir ein Arbeiterführer, er sei erschrocken, wie viele spezialistische, einengende Auffassungen des Sozialismus es bei dieser Jugend gebe, und wie die zionistische Grundauffassung fehle. Da gilt es zu zeigen, wie z. B. die Entwicklung des Liberalismus vor sich gegangen ist, welche Rolle die Juden im Sozialismus und im Bolschewismus in Rußland gespielt haben, wie überall dort plötzlich ein Judenproblem entsteht mit allen seinen Konsequenzen. Es kann dargestellt werden, daß alle Weltkultur sich in „nationaler Enge" entwickelt hat und daß erst, wer zu Hause schöpferisch war, der Welt etwas zu sagen hat. Das Durchdenken und Ausführen dieser Gedanken ist notwendig, um sich behaupten zu können. Hat man das glückhafte Gefühl, daß das jüdische Volk unser Schicksal ist, dann gibt es in dieser Welt, mit der wir zu ringen haben, keinen Gegner, vor dem wir uns fürchten müssen. Dann wird die Vorstellung unerheblich, daß es für uns günstige oder ungünstige Zeiten gibt – wir müssen uns in *jeder* Zeit bewähren. Und nach außen hin gibt es auch für unsere Jugend nur *eine* Front, nämlich die der Zionistischen Organisation. Es kommt darauf an, Menschen, die wir gewinnen wollen, zur *zionistischen* Auffassung zu bringen, nicht *auch* zur zionistischen. Die sozialistische Auffassung, die er bei uns *auch* findet, die findet er anderswo ebenso, aber die zionistische Auffassung kann er *nur* bei uns finden. Wir wollen auf diesem Delegiertentag einen festen Entschluß fassen, diese Arbeit durchzuführen mit allen, die sie mitmachen wollen, und werden uns nicht beirren lassen durch jene älteren Führer der Jugend, die als reine Parteipolitiker auftreten und ihren Anhang gegen eine zionistische Gesamtanschauung mißtrauisch machen.

...

Die Generaldebatte

Dr. Wolfsberg[2] (Misrachi): Sowohl die Anlage und der Gehalt von Blumenfelds Rede als auch die Erfordernisse des Augenblicks nötigen auch den

---

[2] Oskar Jeschajahu Wolfsberg-Aviad (1893–1957). Arzt und Schriftsteller. Ab 1920 Herausgeber der „Jüdischen Presse". Von 1926 bis 1933 Vorsitzender des deutschen „Misrachi", gehörte zu den führenden Persönlichkeiten der ZVfD. Ließ sich 1934 in Palästina als Arzt nieder und war später Israels diplomatischer Vertreter in Skandinavien und in der Schweiz.

Diskussionsredner zu einer allgemeiner gehaltenen Betrachtung unter Vernachlässigung von vielem politischen Detail, das sonst Anlaß zur Kritik geben könnte. Etwas mehr konkreter Bericht wäre freilich erwünscht gewesen. – Das Problem der Propaganda ist deshalb so sehr in den Mittelpunkt der Verhandlungen gerückt, weil wir an einen Endpunkt angelangt sind, der zum toten Punkt zu werden droht. Blumenfeld, dessen persönliche Bedeutung und Schaffenskraft wir kennen und anerkennen, hat dem deutschen Zionismus bei seinem Bemühen, um die jüdische Außenwelt zu werben, eine einseitige Richtung verliehen; die Erfolge, die Blumenfeld dessenungeachtet errungen hat, sind kein Gegenargument gegen die Behauptung, daß die durch ihn vertretene Theorie und Tendenz unzureichend bzw. unbefriedigend sei; die Energie seiner Persönlichkeit macht eben die Mängel einigermaßen wett. Die Einseitigkeit kommt schon in seiner Terminologie zum Ausdruck: Analyse und Darstellung der Wirklichkeit, deren Bedeutung außer Zweifel steht, sind ihm die adäquaten Mittel, um überzeugend für die zionistische Lehre zu werben. Uns scheint das schon psychologisch unvollständig: wir vermissen – rein terminologisch – Begriffe wie Einfühlung und verstehende Psychologie, als Ausdruck liebevollerer Versenkung in die Psyche der Menschen, die fernstehen und noch zu gewinnen sind. Auch stimmt uns die reichlich militant klingende Bezeichnung „kämpferische Propaganda" bedenklich – dies gilt weniger gegenüber Blumenfeld als anderen –, weil der Affekt uns zu heftig erscheint und allzu sehr der Blick sich dadurch nach außen kehrt. Wir sehen völlig ein, daß die Offensive des C.-V. eine Gegenwirkung bewirkt hat, und daß Zurückweisung der Angriffe und ebenso echte Auseinandersetzung Gebot ist. Aber man braucht in diesen Kampf nicht die ganze Seele zu legen und mit einem Übermaß an dialektischem Aufgebot hervorzutreten. – In dem zum Delegiertentag herausgegebenen Heft, das Beiträge zur Propaganda enthält, sehe ich ähnliche Mängel, überhaupt zu viel Subjektivismus.

Die Propaganda ruht – und hier beginnt des Misrachi entscheidendes Interesse – vor allem auf der kulturellen Reaktionsbasis. Diese ist im allgemeinen Zionismus und in Blumenfelds propagandistischem Wirken allzu schmal und historisch zu unfundiert. Die Moden des Tages überwuchern und verdrängen die großen, entscheidenden Gesichtspunkte. Man gibt sich sehr bereitwillig Strömungen hin, die nicht selten spielerisch und journalistisch sind, und ist mit einer geistreichen Formel zufrieden. Der Misrachi verlangt tiefer dringende Erkenntnis, insbesondere die Anerkennung, daß in dem großen Wissensschatz des klassischen jüdischen Kulturgutes die lebenspendenden Faktoren unerer nationalen Bewegung liegen. Wenn energisch die Verbreitung und Förderung der Kenntnis der traditionellen Literatur als Aufgabe in Angriff genommen wird, so wird die kulturelle Wurzellosigkeit und damit die Unsicherheit der Propaganda, der die objektive Basis fehlt, überwunden werden. Deshalb ist unsere spezifische Forderung jetzt mehr denn je allgemein zionistischen Bedürfnissen angepaßt. Ein Zwang zur Lebenspraxis kann auf kei-

nen ausgeübt werden. Aber die geistige und praktische Bedeutung dieser Versenkung kann erst auf dem Wege zur Darstellung gelangen. גדול שמושה של תורה יותר מלמודה[3] – Des Misrachi Aufgabe bleibt es auch nach Akzeptierung seiner kulturpolitischen Postulate, für das traditionelle Leben die Menschen zu gewinnen. Wir wollen durch die wissensmäßige Grundlegung des kulturellen und des politischen Lebens eine objektive Basis schaffen, die uns von den Zufällen frei macht, die heute entscheiden ... Im deutschen Zionismus geht vielleicht jetzt eine Epoche dahin, ohne daß es ihren Trägern zum Bewußtsein kommt. Ich habe eine außerordentliche Verehrung für die deutschen Zionisten, die fast alle ohne elterliche Tradition in jüdischer Hinsicht zu solch jüdischer Höhe gelangen konnten. Ihre große Hingabe spricht für ihre großen sittlichen Werte. Wir wissen aber nicht, ja wir glauben, daran zweifeln zu müssen, daß die künftige Generation bei gleichem Minimum an kulturellem Besitz zu gleicher zionistischer Leistung befähigt sein wird. Die kulturellen Werte können, wie das letzte Menschenalter lehrt, nicht nach Wunsch in genügender Fülle und Reife produziert und konstruiert werden, man muß deshalb auf den unendlich reichen Besitzstand zurückgreifen. Es ist unser Schicksal, mit dem Gesetz und der es tragenden Literatur unlöslich verbunden zu sein. Will man das Volk am Leben erhalten, soll man auch Individualismen zurückstellen.

Bei dem Kampf nach außen hat man zu sehr nur *eine* Front gesehen, die *Assimilation*; immer tritt nur der C.-V. in den Gesichtskreis. Man *vergißt* ganz den Teil, der als Kraftquelle viel bedeutsamer ist: die *Orthodoxie*, insbesondere die nichtseparatistische. Hier gilt es, Berührungen zu gewinnen und für unsere Zukunft neue Menschen.

In konkreter Hinsicht sei darauf hingewiesen, daß der Misrachi, von einigen, allerdings sehr prominenten Freunden abgesehen, in seiner großen Mehrheit die Fortführung und Beibehaltung der Z.V.f.D., solange nur möglich, wünscht. Ich selbst bin zwar kein Dogmatiker der Z.V.f.D., meine aber auch, daß sich die Arbeit in Deutschland noch besser sehen lassen kann als anderwärts. Die kulturelle Haltung und kulturpolitische Einstellung der Z.V.f.D. aber, und insbesondere Blumenfelds, hat bei uns in weitgehendem Maße Mißstimmung und Unzufriedenheit erweckt. Deshalb gibt es für die, welche den Territorialverband bei uns ablehnen, nur die Möglichkeit, eine Sicherung der Kulturpolitik in einem Geiste, der unseren Forderungen, damit zugleich aber auch den wohlverstandenen Interessen der Z.V.f.D. genügt, anzustreben. Nur *bei erhöhter Teilnahme an der Verantwortung* bei der Führung der Geschäfte der Z.V.f.D. wäre dergleichen möglich[4]. Sonst bliebe nur die Rolle der Opposition, denn bei den bisherigen Verhältnissen kann es wirklich nicht bleiben. Entweder man entfernt sich weiter von der gemeinschaftlichen Arbeit oder

---

[3] „Das Befolgen der Lehre ist bedeutsamer als ihr Erforschen", Traktat Brachot 7, 2.

[4] Aus Opposition zur Kulturpolitik der ZVfD beteiligte sich der „Misrachi" nicht am Geschäftsführenden Ausschuß der ZVfD.

man geht tiefer in die Z.V.f.D. hinein. Ob das gelingen kann – das hängt nicht von uns, sondern von den anderen ab.

...

... [Dr. Siegfried Moses] bringt sodann folgende

Resolutionen

ein, die unter großem Beifall *angenommen* werden:

1. *Kulturarbeit.*

Der Delegiertentag beauftragt den Landesvorstand, die Kulturarbeit in der Z.V.f.D. auszugestalten und zu vertiefen. Zu diesem Zweck soll ein Kulturdezernat errichtet werden, das mit ausreichenden Mitteln auszustatten ist.

2. *Central-Verein.*

Die von dem Central-Verein in seiner letzten Hauptversammlung gefaßte, gegen den Zionismus gerichtete Resolution[5] *erweist von neuem, daß der im Central-Verein organisierte Teil der deutschen Judenheit sich noch immer Entscheidungen in jüdischen Fragen von der Furcht um die Errungenschaften der Emanzipation aufdrängen läßt. Der XXII. Delegiertentag bedauert, daß eine Gruppe deutscher Juden im Kampf um die Gleichberechtigung von anderen jüdischen Gruppen abrückt und die Anschauung vertritt, daß volle Gleichberechtigung von einer bestimmten und immer wieder angepriesenen Gesinnung abhängig gemacht werden müsse.*

Der Zionismus verlangt demgegenüber eindeutige, zukunftsbejahende Entscheidung zum Judentum, dessen Erhaltung und Erneuerung nur durch den

---

[5] Gemeint ist die „Resolution Mecklenburg“, die im Februar 1928 vom CV auf Antrag von Georg Mecklenburg (1869–1932) mit geringfügigen Abänderungen angenommen wurde; sie lautete:

„Die von den Zionisten in der Öffentlichkeit betriebene Propaganda hat es dahin gebracht, daß die früher nur von den Judengegnern betonte Trennung von ‚Deutschen‘ und ‚Juden‘ in der öffentlichen Meinung mehr und mehr an Boden gewinnt; immer mehr verbreitet sich die Vorstellung, als gehörten die deutschen Juden nicht zum deutschen, sondern vielmehr zu einem über die ganze Erde verstreuten, in Palästina beheimateten jüdischen Volk. Dieser Zustand bringt die Errungenschaften eines mehr als hundertjährigen Emanzipationskampfes in ernsteste Gefahr.

Der C. V. muß daher wirksamer als bisher der zionistischen Anschauung entgegentreten, nach welcher das Judentum die Volks- und Kulturgemeinschaft aller Juden und Palästina ihr nationales und kulturelles Zentrum sein soll. Das von den Zionisten behauptete oder angestrebte jüdische Volk ist nicht das der auf dem C. V.-Standpunkte stehenden deutschen Juden, da diese in nationaler und kultureller Hinsicht ausschließlich dem deutschen Volke angehören. Das Vorhandensein einer nationalen Einheit der Juden aller Länder wird schon durch diese Tatsache widerlegt.

Gegenüber den Wirkungen der zionistischen Propaganda sieht der C. V. seine Aufgabe darin, *seiner* Auffassung von Deutschtum und Judentum in der Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen ...“

Aufbau eines starken nationalen Lebens in Palästina möglich ist, in dem jüdischer Eigenwert und jüdische Leistung die Achtung der Welt erringt.

Gleichberechtigung bedeutet Anerkennung unserer Art. Die klare und wahrhaftige Betonung dieses Zieles entspricht allein jüdischer Würde und gibt uns Fähigkeit und Berechtigung zu einer unserem Wesen gemäßen inneren Anteilnahme an dem deutschen politischen und kulturellen Leben.

3. *Alijah.*

Der Delegiertentag weist die Exekutive auf die schwere Lage der Chaluzorganisationen hin und ersucht sie, alle möglichen Schritte zu unternehmen, um eine den Beschlüssen des 15. Kongresses entsprechende Alijah geistig und fachlich gut ausgebildeter Chaluzim einzuleiten. Eine solche Alijah erscheint zur Wiederherstellung des lebendigen Kontaktes der Jugendbewegung und des Chaluz mit der Arbeit im Lande notwendig.

...

4. *Zur Hechaluzbewegung.*

Im Interesse der Fortführung unseres Aufbauwerkes in Palästina und einer erfolgreichen Durchführung der zionistischen Jugendarbeit in der Galuth betrachtet der Delegiertentag die Förderung der fachlichen und kulturellen Arbeit des Hechaluz als eine wesentliche Aufgabe der Z.V.f.D.

5. *Privatinitiative.*

Der Delegiertentag lenkt die besondere Aufmerksamkeit der deutschen Zionisten auf die Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung in Palästina nach Art der Gründung Dr. Brünns[6]*, die der privatwirtschaftlichen Initiative und damit auch der Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten den Weg ebnet. Der Delegiertentag erklärt es als eine Pflicht der Z.V.f.D., ähnliche Gründungen auch in Zukunft zu fördern und ihr Zustandekommen zu erleichtern.*

...

[6] Wilhelm Brünn (1884–1949). Arzt. Ließ sich 1911 in Palästina nieder und gründete ausgedehnte Orangenpflanzungen.

[174]
AUFSTELLUNG EINES GEMEINDEPROGRAMMES
[24. JUNI 1928]
SCHOCKEN-ARCHIV, 531/61

Resolution der Gemeindekommission des Delegiertentages in Breslau.

1. Die Arbeit in den jüdischen Gemeinden und Gemeindeverbänden ist eine zionistische Aufgabe.
2. Die Z.V.f.D. hat ein Gemeindeprogramm aufzustellen, das die Aufgaben der zionistischen Gemeindepolitik auch in ihren Einzelheiten enthält. Der Delegiertentag beauftragt den Geschäftsführenden Ausschuß, in allernächster Zeit, bis zum 1. Juli, eine Konferenz der in der Gemeindearbeit tätigen Zionisten einzuberufen zwecks Ausarbeitung eines detaillierten Programms für die zionistische Gemeindepolitik. Die Beschlußfassung über das Programm liegt beim Landesvorstand.
3. Für dieses Programm sollen folgende Richtlinien als bindend gelten:
   a) Der Landesvorstand hat die Aufgabe, die zionistische Gemeindepolitik in Deutschland einheitlich von sich aus zu leiten und dauernd zu überwachen. Er trägt die Verantwortung für die Gemeindepolitik. Die Z.V.f.D. hat dauernd nachzuprüfen, ob die in der Gemeindearbeit tätigen Zionisten das Gemeindeprogramm innehalten. Wahlkompromisse bedürfen der Genehmigung des Landesvorstandes der Z.V.f.D. Kandidatenlisten müssen rechtzeitig der Z.V.f.D. eingereicht werden, wobei dem Landesvorstand ein Einspruchsrecht zusteht.

---

* In den 20er Jahren gewann die „Jüdische Volkspartei" zunehmend an Bedeutung, obwohl ihre Beziehungen zur ZVfD nicht immer harmonisch und oft durch ideologische Gegensätze gestört waren. Beide Organisationen vertraten das Baseler Programm, aber die JVP sah ihr Hauptziel darin, die Wahl von Zionisten in die Vorstände der Gemeinden zu erreichen, in der Hoffnung, dort eine Mehrheit zu bekommen. Bis Mitte der zwanziger Jahre war die ZVfD der Meinung, daß diese Bemühungen sehr wenig zur Erreichung der zionistischen Ziele beitrügen. Blumenfeld vertrat den Standpunkt, daß die Bewegung sich auf die Verpflichtung der Juden für Palästina zu konzentrieren habe und daß die Arbeit von Zionisten im Rahmen der Gemeinden diese Ziele nicht fördere. Das gespannte Verhältnis zwischen der ZVfD und der JVP basierte auf Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung einer Galut-Politik, ferner hinsichtlich der Frage der Autorität der ZVfD über die JVP, zugleich aber auch auf divergierenden Auffassungen in allgemeinen Fragen zionistischer Politik, zumal einige der Wortführer der JVP Gegner von Blumenfeld und Weizmann waren.

Trotz Zurückhaltung seitens der ZVfD gelang es der JVP innerhalb der deutsch-jüdischen Gemeinden Fortschritte zu machen. Durch Verbindung mit religiösen Gruppen wie z. B. dem „Misrachi" und durch die Unterstützung vieler Ostjuden nahm die Macht der JVP ständig zu. Ihren größten Sieg errang die JVP, als Georg Kareski 1926 zum Vorsitzenden des Berliner Gemeindevorstandes gewählt wurde.

Vgl. Protokoll der Gemeindetagung vom 24. Juni 1928, Schocken-Archiv, 531/61.

b) Zionisten dürfen nur unter zionistischer Bezeichnung Gemeindeverbandswahlen durchführen und Wahlblocks und Kompromisse schließen. Etwaige Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Geschäftsführenden Ausschusses.

4. Die Jüdische Rundschau soll in Zukunft dauernd systematisch über die Gemeindepolitik und Entwicklung des Gemeindelebens berichten und im Sinne des zionistischen Programms erläutern.

[175]
Die Stellung der ZVfD zum jüdischen Liberalismus
9. SEPTEMBER 1928
CZA, Z 4/3567/III

Protokoll
der 2. Sitzung des Landesvorstandes vom 9. September 1928
in Berlin

...

Wolfsberg: ... Wir Misrachisten haben gegen die Kulturpolitik der Z.V.f.D. wiederholt, zuletzt in Breslau, Bedenken geäußert und sehen unser Mißtrauen erneut gerechtfertigt. In der Auseinandersetzung mit dem Liberalismus spannt man diesen Begriff so weit, daß sehr viele Anschauungen sich ihm einfügen; man versteht es, Begriffe so lange zu formen und zu gestalten, bis wie im Hexeneinmaleins alles Kopf steht. Ich bin mir bewußt, daß es im Liberalismus einen Flügel gibt, der eine Annäherung an manche von uns möglich macht ... Aber was bleibt vom Liberalismus? Was ist mit dem liberalen Weltverband? Die Liberale Weltkonferenz hat enttäuschen müssen, und ich bedaure es, daß der Zionismus bei dieser Gelegenheit dieses Maß von Sympathiebezeugung verschwenden mußte. Selbst was Baeck[1], mit Elbogen[2] der beste und

---

* Die Sitzung des Landesvorstandes fand etwa drei Wochen nach der Weltkonferenz für das Liberale Judentum statt, die vom 18. bis 21. August 1928 in Berlin tagte. In Erwartung dieser Tagung gab die „Jüdische Rundschau" eine Sondernummer heraus. Die Beschlüsse und Debatten der Weltkonferenz waren der Idee des Zionismus im großen und ganzen nicht feindlich und sympathisierten in einigen Fällen sogar mit ihr.

Vgl. Jüdische Rundschau, Nr. 64/65, 17. August 1928.

[1] Leo Baeck (1873–1956). Rabbiner, jüdischer Gelehrter, Religionsphilosoph und religiöser Führer des liberalen Judentums. Amtierte als Rabbiner in Oppeln, Düsseldorf und Berlin. Vorstandsmitglied des Centralvereins und Mitarbeiter an seinen Veröffentlichungen. Mitglied des „Pro-Palästina-Komitees" und der erweiterten Jewish Agency. Ab 1933 war er Präsident der „Reichsvertretung der deutschen Juden" und führte die deutsche Judenheit in ihrem Kampf um ihre Existenz und die Verteidigung ihrer Rechte. 1943 wurde er in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert. Nach seiner Befreiung im Jahre 1945 zog er nach London, wurde Präsi-

positivste Kopf, auf der Konferenz gesagt hat, ist für meinen Begriff nicht eigentlich zukunftsverheißend, weil es im Rahmen des Liberalismus nur wenig erzeugen kann. Man begrüßt bei uns im Zionismus die geringsten Chancen, die sich links ergeben, und man vernachlässigt alles, was rechts steht ... Solange führende Liberale vom alten assimilatorischen Schlage die Führer der Weltkonferenz sind, wird kein Schritt nach dem nationalen Judentum hin vollzogen werden. Solange nicht die geringste Neigung der Liberalen zur Annäherung vorhanden ist, ist dieses Verhalten des Zionismus, diese Liebeserklärung, die der Zionismus dem Liberalismus macht, für ihn bedenklich. Sie nahmen uns bei der Frage, ob diese Aktion zweckmäßig ist, jede Möglichkeit, unseren Standpunkt zu vertreten. Gäbe es eine liberale zionistische Bewegung von nennenswerten Ausmaßen, so werden wir uns nicht dagegen wehren. Wir wehren uns nur dagegen, daß Sie einer Sache, die noch nicht da ist, Dienste leisten ...

...

Blumenfeld: Ich muß mich dagegen verwahren, wenn Dr. Wolfsberg wieder von der Weltanschauung der Meinekestraße[3] sprach. Es handelt sich hier um die Leitung der Z.V.f.D., die vom Delegiertentag gewählt worden ist, wenn auch ohne den Misrachi ... Ein großer Teil unserer Aufgabengebiete ist die Zionisierung dieser Liberalen. Diese Arbeit ist für uns sehr wichtig. Man müßte verlangen, daß auch Orthodoxe und Misrachisten sich an dieser Arbeit beteiligen ... Die Liberale Weltkonferenz war uns ein Anlaß, um Repräsentanten des jüdischen Liberalismus zu Meinungsäußerungen über das Thema „Liberalismus und Nationalismus" aufzufordern. Uns kam es darauf an, den Beweis zu erbringen, daß keine Anschauung über das Wesen des Judentums zu lebendiger Wirkung gelangen kann, wenn sie nicht vom jüdischen Nationalgedanken ausgeht, und wenn sie nicht zu Ende gedacht die Erneuerung jüdischen Volkslebens in Palästina erfordert.

Es ist interessant, daß die ungelöste und, wie uns scheint, unlösbare Problematik des jüdischen Galuthdaseins von den meisten liberalen Führern anerkannt wird. Man versteht, daß Judentum als reine Bourgeoisreligion keine Entwicklungskeime zur Entfaltung bringen kann; bei der Anomalie der wirtschaftlichen und sozialen Existenz werden Zukunftshoffnungen aus-

---

dent des „Council of Jews from Germany", Vorsitzender der „World Union for Progressive Judaism" und Präsident des nach ihm benannten „Leo Baeck Instituts". Er unterrichtete auch am Hebrew Union College in Cincinnati.

[2] Ismar Elbogen (1874–1943). Gelehrter, Lehrer und führende Persönlichkeit des liberalen Judentums. Unterrichtete von 1903 an an der „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums" in Berlin. Veröffentlichte ein umfassendes Werk über die Geschichte des jüdischen Gottesdienstes. Betätigte sich auch organisatorisch innerhalb der deutschen Judenheit. 1938 zog er nach New York, wo er an einer Anzahl von Institutionen unterrichtete.

[3] Ab 1924 der Sitz des Hauptbüros der ZVfD und anderer zionistischer Organisationen.

schließlich mit der individuellen Entwicklung isolierter jüdischer Persönlichkeiten verknüpft. Aber was auch der ehrlichste und feinste Künder jüdischer Erkenntnisse zu sagen vermag, es wird niemals eine assimilierte und atomisierte jüdische Gesellschaft zu verpflichtender Tat verbinden. Hier fehlt der Zwang der Notwendigkeit, der allein in einem natürlich geschichteten Leben mit gemeinsamen Nöten und gemeinsamen Freuden, mit Gesamtheitserlebnissen gestaltend zu wirken vermag.

...

Kanowitz[4]*:* Die Jewish Agency-Politik kann tiefgreifende Wirkungen im Judentum hervorrufen. Es wird sich eine Schichtung vollziehen zwischen den Juden, die den Aufbau Palästinas mit einer gewissen Selbstverständlichkeit in ihren jüdischen Pflichtenkreis einbeziehen, und der Gruppe, die die zionistischen Hoffnungen und Sehnsüchte innerhalb dieses Palästina bauenden Judentums weiter fortsetzen und vertreten wird. Während die großen Schichten des Judentums immer mehr und mehr gewisse Staatsfunktionen gegenüber Palästina übernehmen werden, wird der Gedanke einer nationalen und kulturellen Renaissance, den wir als Zionisten mit dem Palästinaufbau verbinden, von einem neuen Zionismus vertreten werden. Innerhalb dieser Schichtung werden zu den Zionisten viele Menschen stoßen, die heute nicht bei uns sind. Es ist sicher, daß in den Kreisen der jungen Liberalen Bereitschaft vorhanden ist, an dem nationalen Renaissance-Prozeß teilzunehmen. Es wäre falsch, nach Spuren dieser Annäherung in den Spalten der C.V.-Zeitung zu suchen. Ideologische Nähe suchen wir nicht bei Herrn Holländer[5], sondern wir wissen, daß im besten Falle diese Kreise des offiziellen Judentums, die immer durch eine Bannmeile von uns geschieden sein werden, sich zu dem Gedanken des Palästinaaufbaus als einer jüdischen Pflicht unter vielen bekennen werden. Entschieden ist die Haltung der jung-liberalen Kreise, wie sie jetzt auch auf der Liberalen Weltkonferenz zum Ausdruck gekommen ist, positiv zu werten. Blumenfeld ist geneigt, der Annäherung dieser Jugend mit einer gewissen Reserve zu begegnen. Richtig ist, daß vieles, was wir heute als Annäherung an uns empfinden, zu erklären ist aus der Oppositionsstellung dieser Jugend innerhalb ihrer politischen Verbände, und man könnte befürchten, daß diese Generation, wenn sie zur Macht gelangt ist, nicht sehr viel vor der heute führenden Generation voraus haben wird. Aber vieles spricht dafür, daß man dort sein Judentum sehr, sehr ernst nimmt. In ihrer Ablehnung des Zionismus treffen natürlich diese Kreise wirkliche Schwächen unserer heutigen Situation. Ihre Einwände gegen uns kreisen um den Begriff des Galuth, und wir können nicht daran vorbeigehen, daß diese Menschen mit

---

[4] Siegfried Kanowitz (1900–1961). Arzt. Führendes Mitglied des KJV und der ZVfD. Anhänger von Blumenfeld. Wanderte 1933 nach Palästina aus.

[5] Ludwig Holländer (1877–1936). Rechtsanwalt. Von 1921 bis 1933 Führer und Ideologe des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens". Glaubte an eine Synthese zwischen Deutschtum und Judentum; befand sich in ständiger Auseinandersetzung mit dem Zionismus.

ernster Sorge die Zukunft des Galuthjudentums sehen und es als ihre primäre Aufgabe empfinden, *hier* einen Aufbau des Judentums zu versuchen. Wenn auch unsere zionistische These, daß das Judentum nur durch einen nationalen Aufbau Palästinas erhalten werden kann, schärfste Galuthverneinung in sich birgt, so müssen wir doch das Galuth als Arbeitsbasis und Energiezentrum noch für Generationen bejahen; und wir werden uns in der jüdischen Aufbauarbeit im Galuth mit dieser jungen Generation treffen, wenn wir auch vielleicht von anderen Ausgangspunkten herkommen. Wir werden uns dann entschließen müssen, ohne die Frage nach dem letzten Sinn der Arbeit hier immer wieder aufzuwerfen, bestimmte jüdische Lebenszellen gemeinsam mit dieser nichtzionistischen Jugend aufzubauen. In dieser gemeinsamen Arbeit werden wir Menschen von der Grenze ihrer jüdischen Lebensmöglichkeiten hier im Galuth überzeugen und sie zu Zionisten machen können. Wir haben den Eindruck, daß überall da, wo wir die wirklich Überlegenen in jüdischen Dingen sind, sich eine junge nichtzionistische Generation von uns willig führen und beraten läßt.

Ist unsere Jugend zu einer solchen gemeinsamen Arbeit, die andere Menschen überzeugt, fähig? ... Überall in der zionistischen Jugend sehen wir heute einen Kampf zwischen dem politischen und dem romantischen Typus. Unsere Hoffnung kann nur gegründet sein auf den Sieg des politischen Menschen und der politischen Idee des Zionismus. Auf den ersten Blick gesehen, ist unsere Jugend heute nicht jüdischer, nicht hebräischer und nicht chaluzischer als manche Kreise der nichtzionistischen Jugend, und da, wo wir wirklich überlegen sind, können wir das nicht in wirkende und werbende Kräfte umsetzen. Der J.J.W.B., der heute die stärksten zionistischen Energien in sich birgt, bleibt letzten Endes innerhalb der jüdischen Jugend wirkungslos, weil heute hier die romantische Idee die politische Idee verdrängt hat. Unsere Arbeit muß deshalb von diesen Voraussetzungen sich nach drei Richtungen hin erstrecken:

1.) die Bemühung, das deutsche Judentum zur Anerkennung seiner Verpflichtung gegenüber Palästina zu bringen;

2.) die Menschen zu sammeln, die mit uns gemeinsam an einer nationalen kulturellen Renaissance des Judentums in Palästina wirken wollen;

3.) in unserer eigenen Jugend die Menschen zu sammeln, die den Zionismus als eine politische Idee erkannt haben und fähig sind, ihre Persönlichkeit in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen, getragen von der Verantwortung für einen jüdischen Erneuerungsprozeß hier und in Palästina.

...

[176]
Gemeindeprogramm der ZVfD
4. NOVEMBER 1928
CZA, A 142/118

Gemeindeprogramm der Z.V.f.D.
Angenommen auf der Sitzung des Landesvorstandes
am 4. November 1928 [1]

...

Ziel und Richtung unserer Gemeindearbeit gibt folgendes

Programm:

I.

Die Einheit des Judentums in aller Welt – Klal Jisrael [2] – bestimmt Art und Ausmaß der Gemeindearbeit.

a) Jeder Jude ist Träger aller Rechte, jeder Jude ist auch zur verantwortlichen Mitarbeit berufen. Gleichberechtigung aller Juden ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, namentlich in bezug auf das aktive und passive Wahlrecht für Männer und Frauen zu allen Körperschaften. Das Wahlrecht beginnt mit dem 20. Lebensjahr. Karenzzeiten von mehr als einem Jahre sind unzulässig. Jegliche Abhängigkeit des Wahlrechts von der Steuerleistung (Zensus) ist ausgeschlossen.

b) Die Einheit der örtlichen Gemeinden ist zu wahren.

In den Großgemeinden ist die Trennung von Kultusverwaltung und allgemeiner Verwaltung anzustreben. Die Arbeit der Gemeinde erstreckt sich auf alle im Bezirk wohnenden Juden und hat sie alle mit gleicher Fürsorge zu umfassen. Allen stehen die gesamten Institutionen der Gemeinde zur Verfügung; die Verschiedenheit der Richtungen in Kultus und Kultur ist zu berücksichtigen. Brüderliche Gleichberechtigung ist den Minderheiten zu gewähren.

Die Gründung von Sondergemeinden ist abzulehnen. Es ist anzustreben, daß der Austritt aus der Gemeinde gesetzlich ausgeschlossen wird. In keinem Falle darf er ohne nachgewiesene Gewissensnot und mit dem Ergebnis der Befreiung von Steuern erfolgen.

c) Die Gemeinde ist eine Zelle des Klal Jisrael; darum ist sie mit den anderen Gemeinden zu kleineren und größeren Einheiten zu verbinden. Über den

---

[1] Dieses Programm wurde in der Sitzung der Gemeindekommission vom 14. Oktober 1928 entworfen.
Vgl. Schocken-Archiv, 531/61; CAHJP, INV/1471/4.

[2] Hebr.: Die Gesamtheit des jüdischen Volkes.

Gemeinden sind territoriale Gemeindeverbände, über diesen als Gesamtorganisation der Reichsverband anzustreben. Alle Verbände haben in Organisation und Arbeit den an die einzelnen Gemeinden gestellten Anforderungen zu entsprechen. Sie müssen in jedem Falle Vertreterversammlungen haben, die aus allgemeinen gleichen Wahlen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts hervorgegangen sind. Diesen Vertreterversammlungen steht die Gesetzgebung in den Verbänden zu.

Die Gewissensfreiheit der Gemeinden in religiösen Angelegenheiten darf durch die Verbände in keiner Weise berührt werden.

II.

Innerhalb der jüdischen Gemeinde ist die völlige Gleichberechtigung aller Juden anzuerkennen. Die organisierte jüdische Gemeinschaft ist Quelle und Träger aller Rechte, die nach der staatlichen Gesetzgebung den Juden autonom zustehen (Prinzip der Demokratie).

Daraus folgt:

a) Ablehnung jedes Systems, nach dem jüdische Angelegenheiten durch einflußreiche Juden als Fürsprecher erledigt werden; nur die aus allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlen auf Grund des Verhältniswahlrechts hervorgegangenen Erwählten können als Vertreter der Gemeinden und ihrer Verbände angesehen werden, nur sie sind zur Vertretung nach innen und außen berufen und verpflichtet.

b) Die Reichsverfassung gewährleistet den Gemeinden das Recht der freien Selbstbestimmung. Die Gemeinden haben demgemäß ihre Angelegenheiten selbständig zu regeln. Dieses Recht ist gegenüber den Organen der Staatsbehörden ebenso zu wahren wie vor Versuchen der Verkleinerung von jüdischer Seite zu bewahren. Dagegen keine nationale Autonomie für Juden in Deutschland.

c) Die Unabhängigkeit der Gemeinden vom Staat legt ihnen auf der anderen Seite die Verpflichtungen auf, aus eigener Initiative auf allen Arbeitsgebieten, in denen jüdische Interessen zu wahren sind, ihre Kraft einzusetzen. Dem freien Selbstbestimmungsrecht muß ein hohes eigenes Verantwortlichkeitsgefühl entsprechen. In Art und Ausmaß ihrer Arbeiten sind die Gemeinden nicht eingeschränkt und nicht einschränkbar; sie haben ihre Kompetenz selbst zu bestimmen (Kompetenz-Kompetenz).

Zum unerläßlichen Pflichtenkreise einer Gemeinde gehören:

Das Eintreten für die völlige gesetzliche und tatsächliche Gewährung aller bürgerlichen Rechte, für die gesellschaftliche Stellung und die freie wirtschaftliche Betätigung der Juden.

Wahrnehmung aller religiösen und nationalen, kulturellen und sozialen Interessen.

Förderung des jüdischen Schulwesens. Die jüdische Schule ist in

allen ihren Graden zu entwickeln und zu fördern. Sie hat neben der Vermittlung jeglicher Ausbildung, die auf öffentlichen Schulen gleicher Art gewährt wird, Erziehung im jüdischen Geiste, Vertrautheit mit den jüdischen Kulturwerten, Kenntnis hebräischer Sprache, Herstellung von Bindungen mit dem gesamten jüdischen Volksleben zum Inhalt.

Fürsorge für die Jugend, deren körperliche Ertüchtigung, Berufsberatung, Berufsumschichtung.

Wohlfahrtspflege. An Stelle einer Wohlfahrtspflege, die sich auf Unterstützung von Armen und Hilfsbedürftigen beschränkt, verlangen wir umfassende soziale Arbeit. Demgemäß gehört zu den Aufgaben der Gemeinden: Ausbildung zur Berufstätigkeit, Erwerbsfürsorge, Vermittlung und Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung sabbattreuer Mitglieder, Förderung des Genossenschaftswesens und der Kredithilfe, Fürsorge für Durchwanderer, Schutz und Beratung von ausländischen Juden.

d) Zur Befriedigung der Bedürfnisse der Gemeinde sind direkte, progressiv steigende Steuern vom Einkommen und vom Besitz zu erheben; Gebühren für die Benutzung religiöser und kultureller Institutionen sind möglichst abzulehnen.

Wo nach staatlicher Gesetzgebung eine Heranziehung der politischen Gemeinden, der Länder oder des Reiches zur Lastentragung zulässig ist, muß für Heranziehung der öffentlichen Stellen gesorgt werden.

III.

Wir erkennen, daß die gegenwärtige ökonomische und kulturelle Struktur der jüdischen Welt kaum für die Erhaltung, in keinem Falle aber für die Erneuerung des Judentums die erforderlichen Voraussetzungen bietet. Ein voll entwickeltes, schöpferisches jüdisches Leben ist nur in Erez-Israel möglich. Den sonst in der Welt erfolgenden Siedlungsversuchen der Juden werden durch die Umwelt unübersteigbare, einengende Schranken gesetzt. Wie alle jüdischen Aufgaben werden auch die Aufgaben, die der jüdischen Gemeinde gestellt sind, erst dann zu einer wahren und vollen Lösung geführt werden, wenn die lebendige jüdische Gemeinde auf das engste mit dem lebendigen, werdenden jüdischen Palästina verbunden ist.

Es ist die Aufgabe unserer Generation, die Schaffung der jüdischen nationalen Heimstätte in ihrem ganzen Umfang herbeizuführen. Und es ist daher die Pflicht der jüdischen Gemeinde, für den Palästinaaufbau, die große jüdische Aufgabe unserer Zeit, kraftvoll einzutreten.

Für die jüdische Jugend ist von der jüdischen Gemeinde ein hebräischer Sprachunterricht zu schaffen, der mit dem lebendigen Hebräisch, mit der hebräischen Kultur, wie sie sich in Palästina entwickelt, auf das engste verknüpft ist.

Die jüdischen Gemeinden sind verpflichtet, denjenigen jungen jüdischen Menschen, die sich für das Aufbauwerk in Palästina heranbilden, also für die Chaluziuth und Alijah, vollste Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Jede jüdische Gemeinde ist verpflichtet, entsprechend ihrer Bedeutung sich am Keren Hajessod zu beteiligen. Ein Verzicht auf diese Forderung ist unzulässig.

[177]
Vorbereitung für die Konstituierung der Jewish Agency
14. FEBRUAR 1929
CZA, Z 4/3366

Zionistische Vereinigung
für Deutschland

Berlin, den 14. 2. 1929
Meinekestr. 10.

Streng vertraulich!

Sehr geehrter Herr Gesinnungsgenosse,

wir berichten Ihnen heute vertraulich über einige zionistische Fragen, die zur Zeit im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen und Wirkungen auf die jüdische Welt, weit über den Kreis der Zionistischen Organisation hinaus, ausüben.

I.
Vorarbeiten für die Konstituierung der Jewish Agency in Deutschland.

Gemäß den von der Exekutive aufgestellten Richtlinien entsendet die deutsche Judenheit 6 Vertreter in den Council der Jewish Agency. Wir sind von folgenden grundsätzlichen Überlegungen bei den Wahlen zur Jewish Agency ausgegangen: Die Kongreßbeschlüsse über die Agency besagen, daß Vertreter der verschiedenen Länder möglichst auf demokratischer Grundlage gewählt werden sollen.[1] Der Wahlmodus muß den Landesverhältnissen angepaßt und im Einvernehmen zwischen der Zionistischen Organisation und den Vertretern der bestehenden jüdischen Organisationen in den einzelnen Ländern geregelt werden. Auf keinen Fall soll eine nichtzionistische Organisa-

[1] Vgl. „Protokoll des Präsidiums des Jüdischen Palästinawerks (Keren Hajessod) e. V. vom 22. Dezember 1928 ... in der Deutschen Bank". An der Sitzung nahm als Gast Dr. Weizmann, Präsident der Zionistischen Weltorganisation, teil. CZA, Z 4/3591/XI. Vgl. auch „Jewish Agency und Keren Hajessod in Deutschland, Bericht für 1929–1931", CZA, Z 4/3366.

tion zum Zwecke der Wahlen der „nichtzionistischen Mitglieder" des Council geschaffen werden. Eines der Hauptbedenken der Gegner des Agency-Planes ging dahin, daß ad hoc erzeugte *„nichtzionistische"* Palästinaorganisationen leicht die Möglichkeit haben, neben die Zionistische Organisation als gleichberechtigter Faktor zu treten und eigene antizionistische Palästinapolitik zu treiben. Die idealen Instanzen für die Entsendung der nichtzionistischen Vertreter in die Agency sind ohne Zweifel Gesamtorganisationen der Juden, wie sie etwa der Board of Deputies[2] oder das Joint Foreign Comitee[3] in England darstellen oder wie sie in Deutschland und Rumänien als Reichsverbände der Jüdischen Gemeinden vorbereitet werden. Die Vornahme der Wahlen zum Council der Agency durch Körperschaften dieser Art wäre der bei weitem beste Wahlmodus. Die auf diese Weise gewählten Vertreter können mit Recht als legitime Vertreter der Judenheit ihrer Länder auftreten. Man kann nicht gegen sie einwenden, daß sie nur einen Teil der Judenheit ihres Landes repräsentieren, und bei dieser Wahl wären die einzelnen parteipolitisch eingestellten Organisationen von vornherein ausgeschaltet. Es könnten also Ablehnungen seitens gegnerischer Verbände gar nicht zustandekommen. Es ist ja selbstverständlich, daß wir ein Interesse daran haben, daß die Wahlen zur Agency begleitet sind von einer allgemeinen Pro Palästina-Stimmung der jüdischen Öffentlichkeit und daß wir kein Interesse daran haben, daß die Wahlen zur Agency starke antizionistische Verlautbarungen und Kundgebungen hervorrufen. Es besteht eine beträchtliche Stimmung dafür, die Vertreter des deutschen Judentums durch eine Gesamtorganisation des deutschen Judentums delegieren zu lassen. Da aber der Reichsverband der Jüdischen Gemeinde[n] in absehbarer Zeit nicht zustandekommen wird und da es zur Zeit nur eine sehr einflußlose und durchaus nicht repräsentative Arbeitsgemeinschaft des Reichsverbandes gibt, dürfte wohl dieser Weg in Deutschland zunächst nicht in Frage kommen. Selbstverständlich wird man auch, wenn man jetzt einen anderen Weg geht, diesen ersten Wahlmodus als Möglichkeit für spätere Wahlen durchaus im Auge behalten müssen. Wir werden also in Deutschland voraussichtlich dem amerikanischen Beispiel folgen und die nichtzionistischen Mitglieder des Council auf einer Konferenz von Vertretern bestehender jüdischer Organisationen wählen lassen, die zusammen einen möglichst großen Kreis deutscher Juden repräsentieren. Zu dieser Konferenz würde das Präsidium des Keren Hajessod alle Verbände des deutschen Judentums einladen. Der Einladung liegt der Pakt bei, der zwischen der Zionistischen Organisation und der amerikanischen Non Partisans-Kon-

---

[2] „Board of Deputies of British Jews", die 1760 gegründete offizielle Vertretung der englischen Judenheit.

[3] Im Jahre 1878 bildeten der „Board of Deputies of British Jews" und die „Anglo-Jewish Association" das „Conjoint Foreign Committee", das bis zu seiner Auflösung 1917 tätig war. Im Jahre 1918 trat es erneut als „Joint Foreign Committee" zusammen.

ferenz[4] geschlossen worden ist. Wer an der Konferenz teilnimmt, anerkennt damit die in diesem Pakt geschaffenen Grundlagen.

Es ist müßig zu erörtern, ob etwa der C.V. seinen Standpunkt ändern wird oder ob die Liberale Vereinigung der Konferenz beiwohnen wird. Wir können damit rechnen, daß eine Reihe von Großgemeinden, die Großlogen, die Achduth[5], der Hilfsverein, die Liga für das arbeitende Palästina auf jeden Fall der Einladung folgen werden, ferner eine Reihe von Verbänden, die wir heute noch nicht aufzählen wollen, um ihren Führern nicht vorzeitige Schwierigkeiten zu bereiten.

Wie Sie wissen, hat im nichtzionistischen deutschen Judentum bereits eine Diskussion über die Beteiligung an der Agency eingesetzt. Den Anfang machte die Liberale Zeitung, die ihre Bedingungen für den Eintritt in die Agency formulierte. Als ganz indiskutabel müssen von vornherein diejenigen Vorschläge ausscheiden, die etwa auf materielle Änderungen des Inhalts der Vereinbarungen hinzielen. Etwaige Abmachungen dieser Art sind, abgesehen davon, daß sie für uns ihrem Inhalt nach untragbar sind, darum schon unstatthaft, weil wir gar nicht das Recht haben, hier in Deutschland an einen internationalen Pakt, wie ihn die Erweiterung der Jewish Agency darstellt, besondere Abmachungen zu knüpfen oder knüpfen zu lassen, die einen integrierenden Teil des Vertrages bilden sollen. Die Forderungen der Liberalen dürften etwa jetzt durch die Formulierungen von Heinrich Stern[6] präzisiert sein, der bereit zu sein scheint, den Artikel 4 des Mandats anzuerkennen, aber die Anwendung der Terminologie der Balfour-Deklaration auf das Judentum in Deutschland ablehnt. Da wir auf dem Standpunkt stehen, daß Gesinnungsänderungen beim Eintritt in die Agency von keinem Partner verlangt werden dürfen, haben wir immer betont, daß Gegenstand der Arbeiten der Jewish Agency ausschließlich das Palästinawerk ist und daß an diesem Werke auch nichtnationale Juden mitarbeiten können und sollen. *Wir werden es nur ablehnen*, anderen Partnern zu bestätigen, daß ihre nichtzionistische Gesinnung von uns bei ihrem Eintritt in die Jewish Agency in Form eines Vertrages gebilligt wird. Interessant ist, daß auch die deutsche allgemeine Presse bereits in die Diskussion eingreift. Die Frankfurter Zeitung hat in ihrem Leitartikel vom 29. Januar ausführlich in einem, wahrscheinlich von bestimmten Kreisen der Liberalen inspirierten, Artikel zur Frage der Agency Stellung genommen, und zwar in einem ablehnenden Sinne. Man hat dort ver-

---

[4] Non-Partisans Conference; wörtlich: Konferenz der nicht Parteigebundenen. Treffen von Vertretern der nichtzionistischen amerikanischen Juden, die später in die Jewish Agency eintraten.

[5] Hebr.: Einheit. Name der von Rabb. Isaak Unna (Mannheim) gegründeten Organisation gesetzestreuer Juden, die den Gedanken der Einheitsgemeinde vertraten und eine positive Stellung zum Palästinaaufbau einnahmen.

[6] Heinrich Stern (1883–1951). Vertreter des religiös-liberalen Judentums. Vorsitzender der Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde seit 1930.

sucht, den nichtzionistischen Juden die Konsequenzen ihres Eintritts in die Agency – trotz Einschränkungserklärungen – klarzumachen. Im Zusammenhang mit der Erweiterung der Jewish Agency verdient auch die jetzt zum ersten Mal zusammentretende Generalversammlung des deutschen Keren Hajessod ein besonderes Interesse. Dort wird u. a. Herr Oskar Wassermann über die Frage der Konstituierung der Jewish Agency referieren.

Wir stehen heute erst in Vorverhandlungen, aber schon jetzt haben wir den Eindruck, daß der Gedanke der Agency im deutschen Judentum außerordentliche Wirkungen hervorgerufen hat und daß hier eine Möglichkeit gegeben ist, die grundsätzliche zionistische Diskussion neu zu entfachen. Der Eintritt von Nichtzionisten in die Agency bedeutet ja nicht einen Abschluß der Diskussion, sondern im Gegenteil ein neues Stadium zionistischer Auseinandersetzung. Wir werden jetzt, verbunden durch gemeinsame Verantwortung, mit den Nichtzionisten erneut den Sinn des Palästinaaufbaus für das Judentum erörtern, die Wirkungen dieser Arbeit aufzeigen und vor allen Dingen den Nachweis erbringen können, daß eine Kolonisation Palästinas auf anderer als nationaler Grundlage undenkbar ist. Immer wieder betonen wir, daß jetzt uns Zionisten eine schwerere Aufgabe erwachsen wird als früher. Der Palästinaaufbau wird Gemeingut des Judentums werden. Die Hingabe für dieses Werk, die Stellung der Menschen für den Aufbau und für die Arbeit, die Verwirklichung unserer kulturellen und nationalen Forderungen in unserem eigenen Leben wird den Zionisten nach wie vor ihre besondere Stellung innerhalb der jüdischen Welt geben.

. . .

Wir bitten Sie, sich zu den hier dargelegten Mitteilungen, die übrigens streng vertraulich zu behandeln sind, zu äußern.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß

Zionistische Vereinigung für Deutschland

gez. Kurt Blumenfeld.

[178]
PROGRAMM DER „LIGA FÜR DAS ARBEITENDE PALÄSTINA"
JUNI 1929

Der Junge Jude
2. Jg., Nr. 2, Juni 1929, Siwan 5689, S. 55

Mitteilungen
der Liga für das arbeitende Palästina
in Deutschland

Die Liga für das arbeitende Palästina in Deutschland hat die Aufgabe, die sozialistisch gesinnten Juden mit dem Aufbauwerk der jüdischen Arbeiterschaft in Palästina zu verbinden. Die Förderung des Aufbaus der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina in sozialistischem Geiste durch die Liga kann nur dann wirklich fruchtbar werden, wenn die Verbindung zwischen den sozialistischen Juden in Deutschland und in Palästina sich gründet auf einer Kenntnis der Wirklichkeit und der Probleme des Lebens und der Arbeit in Palästina. Wir erstreben tatkräftige Hilfe der jüdischen Sozialisten aller Länder für das Arbeiterwerk in Palästina. Aber wir wollen diese Hilfe nicht als eine philanthropische Leistung organisieren, die dem guten Herzen Ehre macht, aber den Geist unberührt läßt. Wir wollen vielmehr, daß jede praktische Hilfeleistung aufgebaut wird auf dem Gefühl der geistigen Zusammengehörigkeit, auf dem Gefühl einer Gemeinsamkeit des Werkes und der Ideale. Nur wenn dies erreicht wird, wird die Bereicherung gleichermaßen auf der Seite der Förderer, wie der in ihrer Aufbauarbeit Geförderten liegen. Dies Ziel ist aber nur erreichbar, wenn wir durch Unterrichtung und Meinungsaustausch lebendigen Anteil nehmen können an der palästinensischen Wirklichkeit. Aus diesem Grunde hat sich die Liga für das arbeitende Palästina in Deutschland entschlossen, schon in dem Anfangsstadium ihrer Organisation trotz der Beschränkungen, die sie sich auferlegen muß, den Versuch zu machen, durch eine Veröffentlichung, die uns dank der freundschaftlichen Verbindung zur Redaktion des „Jungen Juden" von Zeit zu Zeit ermöglicht

---

* Die „Liga für das arbeitende Palästina in Deutschland" wurde am 30. Dezember 1928 nach einer zweitägigen Tagung in Berlin, an der Vertreter aus ganz Deutschland teilnahmen, gegründet. Die Liga diente „dem sozialistischen Aufbau der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina. Die Liga fördert das Werk der organisierten jüdischen Arbeiterschaft in Palästina, der Trägerin dieser Aufgabe, und vereinigt all diejenigen, die sich für das Werk und die Aufgabe einsetzen wollen."

Vgl. Für das arbeitende Erez-Israel, Gründungskonferenz der Liga für das arbeitende Palästina in Deutschland (Berlin, 29. und 30. Dezember 1928), Archiv der jüdischen Arbeiterbewegung.

werden wird, ihre Mitglieder mit dem Leben und Streben der jüdischen Arbeiterschaft in Palästina vertraut zu machen.

...

Der Arbeitsausschuß.[1]

[179]
Die Schlussdebatte für und gegen die Erweiterung der Jewish Agency
JULI/AUGUST 1929
PROTOKOLL DER VERHANDLUNGEN DES XVI. ZIONISTENKONGRESSES UND DER KONSTITUIERENDEN TAGUNG DES COUNCIL DER JEWISH AGENCY FÜR PALÄSTINA, ZÜRICH, 28. JULI BIS 14. AUGUST 1929, LONDON 1929, S. 140–145; S. 385–386

Kurt Blumenfeld (A. C. – spricht deutsch):

...

Nun kommen wir zu der Frage, die uns am meisten berührt: wie gestalten wir den Zionismus in dieser kommenden Zeit? Da müssen wir uns fragen,

[1] Der Arbeitsausschuß bestand aus: S. Adler-Rudel, Alfred Berger, Mosche Brachmann, Boris Eisenstadt, Georg Landauer, Kurt Loewenstein, Georg Lubinski und Fritz Naphtali.

* Im Jahre 1923 ermächtigte das Große Aktionskomitee der Zionistischen Organisation ihren Präsidenten Chaim Weizmann, eine Körperschaft zu bilden, die aus Zionisten und Nichtzionisten bestehen sollte und mit größerer Autorität vor den verschiedenen internationalen Gremien auftreten könnte. Chaim Weizmann fand in Louis Marshall, dem langjährigen Präsidenten des „American Jewish Committee", einen willigen Partner. Es dauerte sechs Jahre, in denen mit Unterbrechungen Verhandlungen geführt wurden, bis diese neue Körperschaft ins Leben gerufen werden konnte. Auf dem XV. Zionistenkongreß 1927 wurde eine „Gemeinsame Planungskommission" (Joint Survey Commission) eingesetzt, die ein konkretes Programm für die Zusammenarbeit zwischen Zionisten und Nichtzionisten formulieren sollte. Nachdem sich diese Kommission in Palästina einen Überblick verschafft hatte, legte sie ihren Bericht im Oktober 1928 vor. Der im Juli/August 1929 in Zürich zusammengetretene XVI. Kongreß nahm die Vorschläge der Kommission mit 230 Stimmen gegen 30 an. Kurz danach starb Louis Marshall, der zum Vorsitzenden der Exekutive gewählt worden war. Dies mag einer der Gründe dafür sein, daß es der erweiterten Jewish Agency von Anfang an nicht gelang, unabhängig von der Zionistischen Weltorganisation zu arbeiten. Auch erwies sich das Paritätsprinzip als unrealistisch. Ohne den notwendigen organisatorischen Rückhalt hatten die Nichtzionisten in der Diaspora Schwierigkeiten, genügend Vertreter entsprechend ihres prozentuellen Anteils für die Gremien der Jewish Agency zu stellen. Der zweite Weltkrieg und die Judenvernichtungen durch die Nazis, in denen viele Gemeinden untergingen, die durch die Jewish Agency vertreten werden sollten, beschleunigten diese Entwicklung. So vertrat die Jewish Agency von Anfang an die zionistischen Forderungen

was für das zionistische Leben und Streben entscheidend ist. Sind es politische Formeln, Definitionen, irgendwie beschlossene Ziele einer Politik oder sind es die Quellen unserer Idee, die entscheidend sind? Ich behaupte: noch niemals war in einem Volke die Kraft des nationalen Willens, die Stärke der nationalen Sehnsucht von irgend einem politischen Kalkül der Führer abhängig; sondern wo Völker um ihre Freiheit gekämpft haben, da waren ihre offen proklamierten Ziele immer sehr verschieden von den Hoffnungen, die als ewige Hoffnungen ein Volk in seinem Herzen trägt. Eine Politik, die sozusagen das politische Ziel als wichtigstes Propagandamittel einsetzt, in der an die Stelle der eigenen politischen Arbeit Propaganda tritt, scheint mir wenig mit echter Politik zu tun zu haben. Denn wenn ein Politiker glaubt, er könne Ziele nur erreichen, wenn Mann für Mann sich aufstellen läßt und einer nach dem andern die richtige Antwort gibt, so ist das keine Kraft, mit der die Welt rechnet. Die Welt rechnet nicht allein mit den proklamierten Zielen, sondern mit der elementaren Kraft des jüdischen Volkes. Ohne paradox zu werden, möchte ich behaupten, daß Jabotinsky vielleicht das unpolitischste System im Zionismus vertritt, weil er vergißt, daß Politik eine Machtfrage ist und daß die Wirkung unserer politischen Aktionen abhängt von der Größe und Stärke unserer realen Kraft im Lande. Die Größe eines Politikers besteht darin, daß er das Augenmaß für seine Forderungen hat. Ein großer Politiker hat einmal seinen Beruf dahin definiert: der echte Politiker sieht das Kleine klein, das Große groß. Ich glaube, es ist apolitisch, es ist Propaganda und Redensart, wenn man glaubt, das Wort werde eine kleine Sache groß machen oder werde eine Wirkung erzielen. Unsere Politik besteht darin, mit allen Kräften die jüdischen Machtpositionen zu verstärken und auszubauen. Beides ist eine Einheit. Wer sich im politischen Kampfe nicht lächerlich machen will, der muß versuchen, diese Einheit zu schaffen. Es ist unmöglich, gleichzeitig große Politik zu reden und zu erklären: wir können nicht dauernd mit einem Sammelapparat etwas machen, wir müssen andere Wege gehen. Ohne Zweifel müssen wir den Versuch machen, neue Quellen zu erschließen. Es gibt aber keine größere Dummheit, als diese Quellen so zu erschließen, daß man die bisherige Arbeit diskreditiert.

Wehe denen, die den Versuch machen, unsere große Arbeit für Keren Kajemeth, die wir machen müssen in der Erkenntnis der entscheidenden Bedeutung der Bodenfrage, dadurch zu schädigen, daß sie, wenn man vom Keren Kajemeth redet, so tun, als ob der Keren Hajessod der Agency etwas unrein wäre.

Die Agency ist eine Chance für uns, kein Geschenk. Auch dieser Vertrag ist kein Abschluß, sondern der *Anfang* einer Aktion. Sein Inhalt wird erst bestimmt werden durch unsere Qualität innerhalb dieses Bündnisses. Wer sich nichts zutraut, wer glaubt, er könne sich durch Paragraphen sichern, der wird

---

und wurde in den dreißiger und vierziger Jahren zu einem wichtigen Faktor in der Vertretung der palästinensischen Judenheit gegenüber der Mandatsregierung.

schließlich einsehen müssen, daß die Führung der hat, der die bessere Qualität hat. Fangen Sie an, diese Agency als existent zu behandeln, wie es Jabotinsky getan hat, zu vergessen, daß sie noch nicht existiert, dann haben Sie sie sofort erledigt. Sie ist ein Werdendes, unser Kind, durch uns geschaffen, lebendig durch unseren Geist, durch unsere Arbeit ...

...

Und zum Schluß ein Wort den Gegnern dieser Sache, die vielleicht aus gutem Willen, vielleicht aus Naivität gesagt haben: „Schauen wir zu, was dabei herauskommt!" Ich sehe diese Menschen erstaunt an und frage, was wollt Ihr eigentlich. Wenn es nämlich wirklich den zionistischen Gegnern der Agency-Politik gelingen sollte, die Sache zu schwächen und zum Scheitern zu bringen, wenn wirklich aus dieser Sache nichts wird, dann frage ich Sie: was wird aus dem Palästinawerk, was wird aus der Verwirklichung des Basler Programms? Das heißt politische Organisation, das heißt Demokratie, daß, wenn man zu einem Entschluß sich durchringt, man alles tut, um mit vereinten Kräften ein Gelingen herbeizuführen und wissen muß, wir sind auf Gedeih und Verderben verbunden. Die zionistische Idee kann vieles ertragen, aber sie kann auf die Dauer keine Stagnation in Erez Israel ertragen, und wenn die Agency von uns mit gemeinsamen Kräften bejaht wird, dann glaube ich, daß Erez Israel wachsen wird, dann werden die zionistischen Kräfte sich regen. Dann wird die Agency die nächste Etappe sein, das Höchste, was im Augenblick geschehen kann zur wahren und vollen äußeren und inneren Verwirklichung des Basler Programms. (Lebhafter Beifall.)

R. Lichtheim (A. C., Revisionist – spricht deutsch):

Wenn wir noch Wert darauf legen, in dieser Debatte das Wort zu ergreifen, so tun wir das, weil wir das Gefühl haben, daß in dieser entscheidenden Stunde die Stimme der Warnung, die wir seit sechs Jahren erhoben haben, wenigstens im Protokoll dieser entscheidenden Sitzung verzeichnet sein soll. Ich werde mich auf ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Rothenberg[1] beschränken. Herr Rothenberg sagte, es sei allen klar, daß das Agency-Projekt einige schwache Punkte enthalte, aber man habe sich überzeugt, daß die Vorteile diese Nachteile überwiegen. Wir sind aufs Tiefste vom Gegenteil überzeugt. Die Nachteile überwiegen weitaus die Vorteile.

Rothenberg hat gesagt, daß nichts wesentliches vom zionistischen Programm der Agency geopfert worden sei. Wenn es so ist, dann möchte ich Herrn Rothenberg fragen. Warum dann Fifty-Fifty, warum nicht die Schaffung einer gemeinsamen Organisation? Durch diesen Vorschlag Fifty-Fifty,

---

[1] Morris Rothenberg (1885–1950). Amerikanischer Jurist, führend in der Gemeindepolitik. Einer der Gründer des „American Joint Distribution Committees", Präsident der Zionistischen Organisation in Amerika von 1932 bis 1935. Mitbegründer der Jewish Agency.

welcher ein organisatorisch ungesundes Prinzip ist, ist eine Verwirrung der Kompetenzen entstanden, die schon auf diesem Kongreß verhängnisvoll wird. Niemand weiß in diesem Augenblick und in diesem Saale, was in Zukunft das zionistische Aktionskomitee zu sagen haben wird, was diese Zionistische Organisation mit ihren gewählten Instanzen in der Zukunft zu bedeuten haben wird. Es gibt in dieser Jewish Agency kein Prinzip einer ernstgemeinten gemeinsamen Verantwortung.

Im Entwurf steht, die Exekutive soll ermächtigt werden, im Namen der Zionistischen Organisation das Agency-Projekt zu unterschreiben „unter der Voraussetzung, daß eine solche Vereinbarung von der Exekutive nicht unterzeichnet wird, bevor der endgültige Text durch die Mehrheit der vom Kongreß als Vertreter der Zionistischen Organisation in den Council der erweiterten Jewish Agency gewählten Personen gebilligt ist". Ich frage Sie: seit sechs Jahren arbeitet man an diesem Statut und nun schlägt man dem Kongreß eine Resolution vor, welche klar und deutlich besagt: Jeder Punkt des Konstitutionsentwurfs kann durch einfache Majorität der zionistischen Council-Mitglieder abgeändert werden. Ich unterstelle keineswegs, daß hier die Absicht vorliegt, Wesentliches im Entwurf zu ändern. Aber einen solchen Vorschlag darf man dem Kongreß nach sechsjähriger Vorarbeit nicht vorlegen. Rothenberg sagte, es gebe auch Meinungsverschiedenheiten im Zionismus und er stellt diese Meinungsverschiedenheiten auf eine Stufe mit denjenigen zwischen Zionisten und Nichtzionisten. Aber die Zionisten, alle wirklichen Zionisten hatten bisher das Gemeinsame, unser Ziel. Mit jenen aber haben wir nicht das Ziel gemeinsam und darum auch nicht die politische Methode. Unsere Methode ist herausgewachsen aus diesem Kongreß und aus der Idee des Schekelzahlers, aus der Idee der Autonomie und Selbstverantwortung des jüdischen Volkes, das sich diese Tribüne geschaffen hat. Diese Tribüne ist kein Haufen von Brettern, hier hat das jüdische Volk zu der Welt gesprochen. Sie wollen aber daraus eine Versammlung von Leuten machen, die nichts zu beschließen haben und die nur als Fifty in eine Kombination hineinzugehen haben, wo man erst über das Schicksal des jüdischen Volkes entscheiden wird.

Die Partner können nicht denselben Weg gehen wie wir. Diese Leute müssen doch immer der Linie des geringsten Widerstandes folgen. Sie gehen mit uns, weil es in Palästina halbwegs vorwärts geht, aber sie sind gewiß nicht bereit, mit uns zu gehen, wenn wir vor einer eisernen Mauer stehen. Das aber war unsere Situation in der Zeit der türkischen Herrschaft, und wir sind doch vorwärts gegangen. Eine solche Politik wird man mit diesen Partnern nicht treiben können. Sie werden bereit sein, Kolonien und Sanatorien zu gründen, wir bezweifeln nicht ihren guten Willen, aber so zu stehen, wie wir in diesen dreißig Jahren, auch in allen Krisen, gestanden haben, das werden sie nicht, und darin liegt die Gefahr für unsere Politik.

Wir hatten bisher eine Einheit, eine Dreieinigkeit bestehend aus unserem Ziel, unserer politischen Methode nach außen und unserer Demokratie nach

innen. Der Schekelzahler war unsere Kraft, der Kongreß unsere Politik. Hier auf dieser Tribüne standen wir als das neu erwachte jüdische Volk. Mit dieser Idee haben wir gesiegt, damit haben wir alles erreicht, nicht durch die Macht der Kanonen, aber auch nicht durch die Macht des Geldes. Unser Ziel aber war der Judenstaat, wie wir ihn verstehen. Herzl schrieb an Baron Hirsch[2] das berühmt gewordene Wort: „Was ist eine Fahne? Eine Stange mit einem Fetzen Tuch? Eine Fahne ist mehr als das, mit einer Fahne führt man die Menschen, wohin man will, selbst ins gelobte Land." Das zionistische Ziel, die Idee des Judenstaats, das war unsere Fahne, mit dieser haben wir unsere Menschen geführt. Wir bleiben bei dieser Fahne, wir bleiben auf dieser Tribüne, wo die Fahne entrollt worden ist, hier soll die Fahne weiter flattern, und wir wollen sie schützen. (Lebhafter Beifall.)

[180]
Die arabischen Unruhen 1929
AUGUST 1929

Jüdische Rundschau

XXXIV. Jg., Nr. 68, 30. August 1929, S. 435–436

Die blutigen Kämpfe in Palästina
Die Entwicklung der Ereignisse – Die Mitschuld der Regierung
Genug des Blutvergießens! – Das jüdisch-arabische Problem

Eine Woche des Schreckens und des Grauens liegt hinter uns. Bebenden Herzens, in tiefster Erregung und aufwühlendem Schmerz haben wir – nicht nur Zionisten, sondern alle Juden und wohl die ganze zivilisierte Welt –

---

[2] Moritz von Hirsch (1831–1896). Bankier und Philanthrop.
Vgl. Herzls Brief an Hirsch vom 3. Juni 1895, *Theodor Herzls* Tagebücher, I. Bd., Berlin 1922, S. 32.

* Die Erweiterung der Jewish Agency, der Verkauf arabischen Bodens an den JNF, das Anwachsen der jüdischen Einwanderung und die deutlich sichtbare Erstarkung des jüdischen Aufbauwerkes bis zum Sommer 1929 erweckten den Widerstand der Araber und führten zu den Unruhen von 1929. Anlaß war der Streit um die Westmauer des Tempelplatzes, die sogenannte Klagemauer. Diese gehörte einer aus dem Mittelalter stammenden Tradition zufolge der moslemischen Gemeinde, die Juden hatten jedoch das Recht, an der Mauer zu beten. Kurz vor dem jüdischen Hohen Feiertag Jom Kippur des Jahres 1928 hatte der zuständige jüdische Kultusbeamte an der Mauer eine Scheidewand aufgestellt, um nach jüdisch-orthodoxer Sitte Männer von Frauen beim Gebet zu trennen. Die Araber sahen darin eine Ver-

die Unglücksnachrichten aus Palästina empfangen. Wir alle bangen um unser Teuerstes, wir beklagen über hundert Menschenleben, wir stehen ohnmächtig vor den fürchterlichen Tatsachen . . .

. . .

Im gegenwärtigen Moment haben wir vor allem eine Forderung: *Wiederherstellung der Ruhe und ausreichenden Schutz der Juden.* Dann aber wird über die Frage der Verantwortlichkeit ein Wort zu reden sein. Es besteht kein Zweifel, daß die palästinensische Regierung, wenn sie schon selbst nicht genügend unterrichtet war, sich gegenüber allen Warnungen mit einer geradezu verbrecherischen Sorglosigkeit verhielt. Die Art und Weise, wie die so delikate Frage der Klagemauer behandelt wurde, zeugt von einer geradezu erschreckenden Unfähigkeit der gegenwärtig in Palästina regierenden Persönlichkeiten, schwierige Situationen auch nur zu verstehen und sich in die Seele der durch religiöse Konflikte erregbaren Völker zu versetzen, auch wenn einem selbst das Objekt des Streites als Bagatelle erscheint. Die Erlaubnis der Öffnung der Tür zwischen Tempelplatz und Klagemauer ist völlig *unbegreiflich.* Gewiß gehört der Platz den Mohammedanern, aber eine formaljuristische Behandlung einer politisch tiefgreifenden Frage kann niemals zu einer Lösung führen. Die Regierung hat beiden Teilen gegenüber so unpsychologisch wie nur möglich gehandelt. Auch wenn, wie manche behaupten, in der Palästina-Regierung Beamte sitzen, die eine Demütigung der Juden herbeizuführen wünschten, dann waren diese Personen offenbar nicht im Bilde über die Dimensionen, die der einmal ausgebrochene Konflikt annehmen konnte. Wir müssen jetzt von der Regierung der Mandatarmacht fordern, daß *sofort eine Untersuchung angestellt wird über das Verschulden der Regierungsorgane in Palästina.* Die neue Regierung hat bereits im Falle Ägyptens gezeigt, daß sie versteht, daß es höhere Interessen gibt als die Loyalität gegen einzelne Beamte. Auch die englische Presse, die die Ereignisse als

---

letzung des status quo. Die Engländer entfernten die Scheidewand und dagegen protestierten die Juden. Am 11. Juni 1929 teilte der High Commissioner dem höchsten mohammedanischen Geistlichen, dem Mufti von Jerusalem, Haj Amin el Husseini, mit, daß die Juden das Recht hätten, ungestört dort zu beten. Diese Entscheidung befriedigte weder die Juden noch die Mohammedaner. Am 16. August unternahm eine rechtsgerichtete jüdische Jugendgruppe einen stillen Demonstrationsgang auf der Altstadtmauer. Die mohammedanische Führerschaft organisierte eine stürmische Gegendemonstration. In der darauf folgenden Woche bereisten moslemische Agitatoren das Land und hetzten die Bauern auf, „die El Aksa-Moschee vor jüdischen Angriffen zu schützen". Schließlich strömten in der Nacht zum 23. August und am nächsten Morgen Mengen bewaffneter Araber nach Jerusalem, wo sie vom Mufti mit aufhetzenden Reden begrüßt wurden. Um die Mittagszeit begann die Volksmenge das orthodoxe jüdische Viertel in Jerusalem anzugreifen. Die Unruhen griffen nach Hebron, Safed, Haifa, Jaffa und sogar nach Tel Aviv über. Englische Truppen zum Schutz der jüdischen Bevölkerung standen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung, und es vergingen drei Tage, bis aus Ägypten Verstärkung kam. Am 28. August war die Ordnung wieder hergestellt. 133 Juden waren getötet und 399 verwundet worden.

eine Schande für England betrachtet, fordert eine Untersuchung über die Mitschuld der Regierung. Persönlichkeiten, die dem palästinensischen Problem gedankenlos oder im besten Fall mit einer auf Palästina nicht anwendbaren schablonenhaften Kolonial-Routine gegenüberstehen oder gar Beamte, die die erklärte Politik der Mandatarregierung geflissentlich konterkarrieren und dem Zweck des Mandates feindlich gegenüberstehen, müssen beseitigt werden. Das Wichtigste im Lande ist ein Zustand unbedingter öffentlicher Sicherheit. Nach den blutigen Vorfällen vom Mai 1921[1] ist es gelungen, in jahrelanger mühevoller Arbeit diesen Zustand der Ruhe und Sicherheit herzustellen, und unter dem Oberkommissariat von Sir Herbert Samuel und Lord Plumer[2] ist er erhalten geblieben. Es gehörte dazu natürlich nicht nur eine feste Handhabung der Verwaltung, sondern auch ein gewisses politisches Feingefühl und Verständnis für die Besonderheit der Situation. Erst die gegenwärtige Verwaltung hat es offenkundig an diesem Verständnis fehlen lassen. Sie hat zunichte gemacht, was ihre Vorgänger aufgebaut haben. Sie hat das Prestige der englischen Mandatsregierung einer schweren Krise ausgesetzt. Während des syrischen Aufstandes von 1925, während der Unruhen in Mesopotamien, Transjordanien und anderen Ländern des Vorderen Orients konnte man stets darauf hinweisen, daß Palästina das einzige Land ist, wo der Frieden nicht gestört ist, dank der Aufbauarbeit der Juden und dank einer maßvollen und – trotz mancher schwerer Irrtümer – in ihren Richtlinien vernünftigen Politik der Verwaltung. Jetzt ist eine *Wendung* eingetreten. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß die Sicherheit im Lande der wichtigste Beitrag ist, den England zum Aufbau des Jüdischen Nationalheims leisten kann. Dieser Beitrag hat sich jetzt als fiktiv erwiesen. Wir sind überzeugt, daß die englische Regierung diesen verhängnisvollen Tatbestand erkennt. Die Mandatarmacht hat für Leben und Sicherheit der *Bürger des Landes* zu sorgen, für die sie verantwortlich ist, nicht etwa nur für das Interesse der Europäer. Befremdend wirkt z. B. in dem letzten Leitartikel der „Times", dessen Eintreten für Festhalten an der Balfour-Politik zu begrüßen ist, das Bedauern, das – ganz im Geiste kolonialer Vorzugsbehandlung – speziell über den Tod *amerikanischer* Bürger geäußert wird. Als ob nicht alle Menschenleben in *gleicher* Weise Anspruch auf Schutz hätten! Wir, Zionisten, Juden, die ganze zivilisierte Welt erwarten von ihr, daß sie mit aller Beschleunigung Sicherheit für *alle* herstellt; eine eindeutige Erklärung über die Lage erläßt, einen ernsten Versuch zur Beseitigung der aktuellen Streitpunkte unternimmt und sodann im Lande Verhältnisse schafft, die die Fortsetzung der jüdischen Arbeit im Geiste des Mandates garantieren.

*

[1] Vgl. Dok. 135.

[2] Herbert Charles Onslow Plumer (1857–1932). Zweiter High Commissioner für Palästina von 1925 bis 1928.

Aber auch in dieser Stunde der tiefen und berechtigten Erregung dürfen wir die Wahrheit nicht vergessen und nicht verschweigen: daß es *auch von uns* abhängt, ob ein Zustand dauernder Sicherheit geschaffen wird. Wir stehen heute vor dem Phänomen eines *nationalen Aufstandes* der palästinensischen Araber, der unterstützt wird von den Arabern der Nachbarländer. Auch wer bisher die Stärke der nationalarabischen Bewegung verkannte, muß jetzt einsehen, daß wir es mit einem Faktor von erheblicher Bedeutung zu tun haben. Gewiß sind allerhand äußere Umstände, vielleicht auch äußere Einwirkungen, an dem Ausbruch beteiligt; aber auch wenn wir diese Momente abziehen, bleibt die Tatsache dieser arabischen Bewegung bestehen. Und wir alle wissen, daß eine solche Bewegung nicht auf die *Dauer* mit Waffengewalt und Strenge niedergehalten werden kann. Wir Juden, *deren Entschluß zum Aufbau der Nationalen Heimstätte in Erez-Israel unerschütterlich ist*, müssen in diesem Lande für alle Zeit mit dem national aufstrebenden arabischen Volk zusammenleben. Ein solches Zusammenleben *kann* nicht auf ewiger gegenseitiger Feindschaft gegründet sein. Palästina ist von allen Seiten von arabischen Völkern umgeben. Wir *müssen* einen modus vivendi mit diesen unsern Nachbarn und Mitbürgern herstellen. Wir haben bisher – und dieser schwere Vorwurf trifft die zionistische Bewegung – noch nicht genügend ernsthaft versucht, diese wichtigste Voraussetzung unserer Lebensbedingungen zu schaffen. Die jetzigen Kämpfe werden – hoffentlich bald – vorübergehen, und dann wird das Problem in seiner ganzen Schärfe vor uns stehen. Wir werden stets unsere Position im Lande verteidigen. *Aber wir wollen kein Blutvergießen, kein Vergießen jüdischen Blutes und auch kein Vergießen arabischen Blutes.*

Auf jeden Kampf muß ein *Friedensschluß* folgen, der möglichst endgültig sein soll. Wir müssen, nach diesen Kämpfen, uns an den Verhandlungstisch setzen und müssen wissen, was wir vorschlagen können, um einerseits unsere Arbeit im Lande und unser Nationalheim zu sichern, andererseits auch den Arabern Garantien für ihre künftige Entwicklung zu geben. Der XII. Kongreß hat 1921 bereits einen dahingehenden Beschluß gefaßt, die Ausführung aber unterblieb. Wir haben stets das Schwergewicht unserer Politik nach dem Westen verlegt, nach Europa und Amerika, die arabische Welt aber vernachlässigt. Dies muß, wenn erst die Stürme vorüber sind, anders werden.

...

R.[obert] W.[eltsch]

[181]
Für eine neue Politik der Verständigung mit den Arabern
4. SEPTEMBER 1929
ARCHIV DES LBI, JERUSALEM

Dr. Georg Landauer. z. Z. München, den 4. September 1929
Jakob Klarstr. 14

An den
Geschäftsführenden Ausschuß der Z.V.f.D.
Berlin

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen,

da ich über das Zusammentreten des Landesvorstandes der Z.V.f.D. am letzten Sonntag nicht informiert war und daher zu meinem großen Bedauern an dieser Sitzung nicht teilnehmen konnte, möchte ich meiner Meinung über die durch die Vorgänge in Palästina geschaffene Lage noch nachträglich Ausdruck geben und bitte Sie, diesen Brief auch den Mitgliedern des Landesvorstandes zur Kenntnis zu bringen.

1. Ich stimme selbstverständlich mit allen darin überein, daß die *wichtigste* und *dringlichste* Aufgabe dieser Tage es ist, Leben und Eigentum der Juden in Palästina zu sichern. Die palästinensische Regierung hat ihre Pflichten in einer empörenden Weise vernachlässigt, sie hat alle Warnungen leichtsinnig unbeachtet gelassen, sie hat während der Unruhen der jüdischen Bevölkerung gegenüber eine alles eher als wohlwollende und schutzbereite Haltung bewiesen. Ich war schon früher der Meinung, daß eine Reorganisation der Palästinaverwaltung mit Energie von uns erstrebt werden muß; es ist richtig, daß dies heute mit allen Mitteln durchgesetzt werden muß.

2. Ich bin nicht der Meinung, daß die Ereignisse in Palästina der Ausgangspunkt für die Erhebung neuer, größerer, entschiedenerer politischer Forderungen sein kann. Ohne Zweifel bedeuten die Ereignisse für uns eine solche Verschlechterung der Position England gegenüber, daß wir dankbar sein können, wenn wir unter Wahrung unseres bisherigen politischen Besitzstandes aus den Unruhen herauskommen. Schon jetzt bedeutet seine bisherige Palästinapolitik eine nicht zu verkennende Belastung Englands, nicht bloß gegenüber dem bedeutenden Mohammedanertum innerhalb des Britischen Imperiums. Die Stellung der gegenwärtigen Labourregierung ist in diesen Fragen noch schwieriger als die der früheren Konservativen Regierung. Wir haben keinesfalls viel zu erwarten, – heute, wo die Zusammenstöße zwischen Arabern und Juden die Palästinapolitik Englands ins Kreuzfeuer aller ihr ungünstigen Mächte stellen und England zum Einsatz starker Kräfte zwingen, heute wohl noch weniger als früher. Ich halte es daher für einen grenzen-

losen Leichtsinn der zionistischen Führung, wenn sie die jüdischen Massen aufputscht und Hoffnungen erweckt, die zu einer nie dagewesenen Desillusionierung führen und die Zukunft des zionistischen Gedankens dadurch aufs schwerste gefährden können. (Ich weiß nicht, was der Inhalt der in den von der Z.V.f.D. organisierten Protestversammlungen gehaltenen Reden ist. Würden sie in der Linie der Londoner Memoranden und Reden liegen, so würde ich dies als einen verhängnisvollen Fehler betrachten.)

3. Die Hauptschuld für die schlimmen Vorkommnisse in Palästina jedoch der britischen Verwaltung zuzuschieben und von ihr gerade eine Lösung des jüdisch-arabischen Konfliktes zu beanspruchen, halte ich für absolut unzulässig. Nachdem wir 10 Jahre lang auf diesem Gebiet nichts geleistet, sondern geradezu eine dauernde Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen erlebt haben, einen Dritten verantwortlich zu machen, ist unwürdig und irreführend. So rufen wir „Haltet den Dieb".

4. Die Zionistische Executive hat vollkommen versagt. Sie hat die Schwere des Problems nie erkannt, sie hat die arabische Frage bagatellisiert – unsere größten Führer am meisten –, und wenn sie sie begriffen haben mag, so hat sie nichts getan. Alle Warnungen einsichtsvollerer Kreise hat man in den Wind geschlagen. So ist es immer gewesen und die in Basel gewählte Executive hat überdies als eine ihrer ersten „Ersparnismaßnahmen" das kleine, auf Schritt und Tritt gehandicapte arabische Dezernat in Jerusalem abgebaut. Kein Begreifen, keine Information, keine Aktivität. – Die wichtige Deklaration der Hitachdut auf dem 12. Kongreß[1] hat man zwar zu Prestigezwecken nach außen ausgebeutet, Konsequenzen hat man nie gezogen. Die einzige Frage, in die die Executive sich hat hineinreißen lassen, ist die unselige Klagemauer-Angelegenheit. Nie hat das Beten an der Klagemauer zu den zionistischen Grundforderungen gehört. Unsere Front liegt auf ganz anderem Gebiet. Und welchen Schaden hat man unserer kolonisatorischen Tätigkeit nun dadurch gebracht. Schon durch ihre übereifrige Betätigung auf diesem Gebiet hat die Executive ihre ganze Talentlosigkeit dem arabischen Problem gegenüber bewiesen. Und als der Sturm losging, waren alle überrascht, keiner war zur Stelle, das Land von allen Führern entblößt, die verantwortliche Executive, von zwei Außenstehenden abgesehen, durch den Chef der Buchhaltung repräsentiert!

5. Dies alles konnte nur deswegen so kommen, weil die Executive, weil die ganze Bewegung geradezu die Gefangenen der revisionistischen Opposition, der man Genüge tun mußte, waren. Unablässig haben die Revisionisten gefordert, gedroht, verhetzt, demonstriert. Sie mußten den Nachweis der Verfehltheit der Weizmannschen Politik durch etwas Sinnfälliges erbringen. Sie mußten die Berechtigung der Legionsforderung demonstrieren. Das hat jüdisches Blut gekostet. Nach allen Nachrichten, die aus Palästina zu uns

---

[1] Der XII. Zionistenkongreß wurde vom 1.–14. September 1921 in Karlsbad abgehalten. Dies war der erste Kongreß, der nach dem ersten Weltkrieg stattfand.

dringen, haben die Revisionisten in verbrecherischer Weise provoziert, im Doar Hajom[2], in Versammlungen, im Brith Trumpeldor[3], in Demonstrationen, in Lemaan Hakotel[4] usw. Die Zionistische Bewegung muß von dem schleichenden Gift des Revisionismus befreit werden. Die Geister sind genügend vergiftet und verhetzt. Auch mit der „Auswertung" der Ereignisse in Palästina geht es wieder so. Und die Z.V.f.D. verschickt allen Ortsgruppen die verbrecherisch verlogenen Berichte der ITA[5] ohne Kommentar oder Warnung. Wenn nicht eine Neuorientierung der ganzen zionistischen Ideologie und unserer öffentlichen Meinung eintritt, weiß ich nicht, wie der Zionismus sittlich bestehen, wie unser Werk in Palästina, das jüdische Leben und Gut, materiell weiter existieren soll.

6. Neben die Forderung nach Reorganisation in Palästina und Korrektur durch die Palästinaregierung tritt daher die Forderung an uns: Erneuerung der Bewegung, neue Wege der zionistischen Politik. Wir haben die Aufgabe, unverzüglich, direkt oder durch Vermittlung der Regierung, in Verhandlungen mit den Arabern einzutreten, um uns mit ihnen über unsere und ihre Hauptforderungen zu verständigen. Unverzüglich also muß ein Ausgleich der Interessen angestrebt werden. Wir können nur in Frieden mit den Arabern oder gar nicht aufbauen. Ich schlage vor, daß die Z.V.f.D. in diesem Sinne bei der Executive in London und in der bevorstehenden A.C. Sitzung vorstellig wird.

Ich hoffe, daß es uns im kommenden Winter gelingen wird, auch die zionistische Arbeit in Deutschland in diesem Geiste zu führen. Wenn die von der Z.V.f.D. veranstalteten Versammlungen schon einen Auftakt für die Winterarbeit bedeuten sollen, hoffe ich, daß ihre Veranstaltung durch die Instruierung der Ortsgruppen, die Auswahl der Redner und den Inhalt der Reden dem Rechnung tragen wird.

Hochachtungsvoll mit Zionsgruß
Georg Landauer

---

[2] Eine revisionistische Tageszeitung, die in Palästina erschien.
[3] „Brith Trumpeldor" („Betar"). Revisionistische Jugendbewegung, nach Joseph Trumpeldor (1880–1920) benannt. Vgl. Dok. 186.
[4] Hebr.: Um der Mauer willen; Name einer Jerusalemer Gruppe, die für die Rechte der Juden auf die Klagemauer kämpfte.
[5] „Jüdische Telegraphen-Agentur".

[182]
Kritik an der Haltung der „Jüdischen Rundschau“ und der ZVfD zu den Unruhen in Palästina
10. SEPTEMBER 1929
CZA, Z 4/3567/IV

Abschrift

Dr. A. Barth
Friedrich Ebertstraße 28
Berlin NW.

Berlin, den 10. September 1929.

An das
Präsidium der Z.V.f.D.
Meinekestr. 10
Berlin W.15.

Sehr geehrte Herren Gesinnungsgenossen!

Es drängt mich, Ihnen im Nachstehenden verschiedenes zu sagen, worin ich mit Ihnen in Bezug auf die Behandlung der Ereignisse in Erez Israel nicht übereinstimme ...

1. Grundsätzlich schicke ich voraus, daß ich mit Ihnen darin übereinstimme, daß unsere zukünftige Politik in mindestens dem gleichen Maße wie bisher darauf gerichtet sein muß, in Frieden mit den Arabern zu leben, und daß es absurd wäre, anzunehmen, daß man das Land aufbauen könnte, indem man nur mit Waffengewalt ständig die Araberschaft davon abhielte, ihre Feindschaft gegen uns zum Ausdruck zu bringen. Es wird vermutlich bei der A.C.-Sitzung Gelegenheit gewesen sein, zu erörtern, wie weit in dieser Beziehung bisher das Notwendige geschehen ist und welche Maßnahmen möglich sind, um die zweifellos in hohem Maße vorhandene Solidarität der Interessen zwischen uns und einem großen Teil der arabischen Bevölkerung dieser dauernd eindringlich genug zum Bewußtsein zu bringen. – Was ich aber für ganz falsch halte, ist die bis zum Überdruß erfolgende Betonung dieses Moments in den öffentlichen Äußerungen, mit denen man jetzt auf die Ereignisse reagiert.

... Glauben Sie mir, es ist nicht nur für mich, sondern für viele, die ich sprach, schwer erträglich, die Reaktion auf die Ereignisse in Erez-Israel in unserer Zeitung in der Form zu finden, in der sie dort geboten werden. – ...

2. Hinzu kommt, daß, um schon von vornherein die Stellungnahme der zukünftigen Politik dienstbar zu machen – in der, wie ich wiederhole, wir wahrscheinlich, wenn auch nicht ganz, so doch weitgehend übereinstimmen – Sie schon die Berichte über die Tatsachen selbst entsprechend zustutzen, und

das halte ich für ganz unerlaubt. Die jüdische Welt, und die zionistische gewiß, hat ein Anrecht darauf, die volle Wahrheit in ihrer ganzen entsetzlichen Deutlichkeit zu erfahren. Wir haben kein Recht, die Berichte aus Hebron in der Weise wiederzugeben, wie es in der letzten Nummer der Rundschau geschieht, daß erwähnt wird, daß sie in der englischen Presse mit allen Greueln wiedergegeben werden und dann nur einen weiteren Teil der entsprechenden englischen Presseäußerung abzudrucken ...

3. Ich nahm an, daß die sehr zurückhaltende Behandlung aller mit der Kotel[1] zusammenhängenden Fragen bei Ihnen darauf beruht, daß Sie, mit vielen unserer Freunde, unsere juristische Position in diesem Punkte für schwach halten. Ich glaube dennoch, daß die Art und Weise, wie diese Frage behandelt wird, weder ihrer Größe und Bedeutung, noch der Stärke, mit der sie das Gefühlsleben vieler Juden beherrscht, entspricht. Man braucht nicht sich Forderungen zu eigen zu machen, die von der Gegenseite ausgenützt werden könnten und kann dennoch in viel stärkerem Maße als es in der Rundschau geschieht, das Ungeheuerliche der Behandlung der Kotelfrage in den tatsächlichen Hergängen berichten und in den Kommentaren zum Ausdruck bringen.

4. Ganz unverständlich ist mir, wie in der letzten Nummer der Rundschau davon gesprochen werden kann, daß das Weißbuch von 1922 zur Grundlage der zukünftigen Arbeit gemacht wird. Ich will mich nicht auf die Frage einlassen, ob die durch das Weißbuch festgelegte Politik nicht gerade eines der Grundmomente ist, durch das es zu den gegenwärtigen Ereignissen überhaupt kommen konnte. Aber wer weiß – und Sie alle wissen es –, mit welch tiefer Resignation Weizmann 1922, nur weil er glaubte, nicht anders zu können, das Weißbuch akzeptiert hat[2], der muß sich doch sagen, daß man unserer Politik einen schlechten Dienst erweist, wenn man jetzt als Folge dieser Ereignisse dieses Weißbuch gerade als Grundlage zitiert ...

...

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß!

Dr. A. Barth.

---

[1] Hebr.: Mauer; gemeint ist die Westmauer des Tempelplatzes (die Klagemauer).

[2] Brief der Zionistischen Exekutive vom 18. Juni 1922 (Cmd. 1700, S. 28); vgl. *Adolf Böhm*, Die zionistische Bewegung, II. Bd., Jerusalem 1937, S. 244. Vgl. auch Dok. 161, Anm. 2.

[183]
UNTERSTÜTZUNG DER ARABER-POLITIK DES „BRITH SCHALOM"
16. SEPTEMBER 1929
CZA, Z 4/3567/IV

Denkschrift.
An die Zionistische Executive in London

Die durch die Ereignisse in Palästina geschaffene Lage veranlaßt die Unterzeichneten, der Exekutive die nachstehenden Darlegungen über die Behandlung des jüdisch-arabischen Problems in Palästina vorzutragen.

1. Die letzten zehn Jahre stellen eine Zeit dauernder Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Juden und den Arabern in Palästina dar. Die offizielle politische Arbeit der Zionistischen Organisation hat von diesem Sachverhalt gar nicht oder kaum Kenntnis genommen. Zwar wurde vor einiger Zeit eine sehr begrüßenswerte Enquete veranstaltet, aber eine aktive Behandlung der auf diesem Gebiet bestehenden politischen Aufgaben fand nicht statt. Die Möglichkeit einer positiven Politik gegenüber den Arabern war gegeben auf Grund der Prinzipien, die in der bekannten Resolution des XII. Kongresses ausgesprochen worden waren, sowie insbesondere auf Grund der Definitionen, die in dem Churchill'schen Weißbuch von 1922 enthalten sind, welche die Zionistische Organisation feierlich als die Prinzipien anerkannt hat, nach denen die zionistische Politik geführt werden soll. Leider aber sind nicht nur alle praktischen Maßnahmen in dieser Richtung unterblieben, sondern auch jeder Versuch, die Araber davon zu überzeugen, daß wir es mit diesen Prinzipien aufrichtig meinen und daß es wirklich nicht das Ziel zionistischer Politik ist, durch Verwandlung Palästinas in einen jüdischen Nationalstaat die Araber ihrer nationalen Rechte zu berauben. Statt dessen hat die zionistische Leitung es zugelassen, daß der Eindruck entstehen mußte, wir betrachteten dieses Weißbuch als nicht verbindlich. Sogar auf dem letzten zionistischen Kongreß blieb die Erklärung des Herrn Jabotinsky, der unter Berufung auf das Kol Nidre[1] (!!) das Weißbuch als einen Fetzen Papier bezeichnete, von offizieller Seite unwidersprochen. So haben wir nicht nur nichts getan, um die Araber zu gewinnen oder wenigstens zu beschwichtigen, sondern sogar das Vertrauen der englischen öffentlichen Meinung in die Loyalität unserer Ziele und unserer gegebenen Unterschrift systematisch untergraben.

Im Vertrauen auf die Unbedingtheit des Eintretens der Mandatarmacht für die jüdische Immigration, ignorierte die zionistische Politik die wachsenden Schwierigkeiten und verließ sich darauf, daß die Zeit für uns arbeitet,

[1] Kol Nidre – aramäisch: Alle Gelübde. Die ersten Worte des Abend-Gottesdienstes zu Beginn des Versöhnungstages. Das Kol Nidre-Gebet ist die Nichtigkeitserklärung aller im Laufe des Jahres unbedacht gemachten Gelübde, sofern sie die eigene Person betreffen.

daß das Wachstum der jüdischen Position in Palästina das Kräfteverhältnis bald zu unseren Gunsten verschieben müsse, so daß die arabische Frage sich von selbst durch ein von uns zu schaffendes wirtschaftliches und politisches fait accompli lösen werde, endlich darauf, daß in Konfliktsfällen der britische Sicherheitsdienst eine ausreichende Rückendeckung für eine solche Entwicklung bedeute.

Diesen Optimismus der zionistischen offiziellen Politik teilte eine andere Auffassung, die revisionistische, nicht. Zwar glaubte auch sie, daß durch schnelle kolonisatorische Aktion (Kolonisationsregime) die politische Konstellation so geändert werden müsse und könne, daß das arabische Problem, das lediglich als ein lokal-palästinensisches angesehen wurde, dadurch seine Lösung automatisch finde. Sie hielt jedoch die gegenwärtige Politik der Mandatarmacht für dieses Ziel nicht für ausreichend und forderte aktivere Förderung seitens England durch Maßnahmen, die im Bedarfsfalle gegenüber den Eingeborenen mit Waffengewalt zu erzwingen sind. Da diese Auffassung den Konflikt mit den Arabern als unausbleiblich betrachtet und der Mandatarmacht und ihren Organen (Palästina-Administration und Polizei) für den Fall eines Konfliktes nicht traut, glaubte sie, daß das Problem der Sicherung des jüdischen Lebens in Palästina durch Schaffung einer jüdischen Schutztruppe, sei es als Teil der palästinensischen Militärmacht, sei es als selbständiger Körper, gelöst werden müsse.

Diesen beiden Auffassungen gegenüber betonte eine andere zionistische Gruppe, hauptsächlich die im „Brith Schalom“[2] Vereinigten, daß weder die Methode des Ignorierens und stillschweigenden Weiterbauens, noch das Vertrauen auf den etwaigen Beistand Englands, noch eine jüdische Schutztruppe, die wir überdies für politisch unerreichbar halten, uns die für die Kolonisation notwendige Atmosphäre des Friedens und der Sicherheit schaffen und uns vor Konflikten bewahren oder im Falle von Konflikten schützen könne. Nach dieser Auffassung, die die Unterzeichneten teilen, können diese Garantien für unsere Arbeit in Palästina nur dadurch geschaffen werden, daß eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Juden und Arabern im allgemeinen herbeigeführt wird und allmählich auf eine Verständigung zwischen beiden Teilen der Bevölkerung über die durch die Immigration der Juden entstehenden Probleme mit allen Kräften hingearbeitet wird.

---

[2] „Brith Schalom“ – eine zionistische Vereinigung in Palästina mit Beziehungen in der Diaspora. Der „Brith Schalom“, 1925 gegründet, erreichte größte Bedeutung in den späten 20er und frühen 30er Jahren. Er bestand hauptsächlich aus Intellektuellen und im Geistesleben führenden Einzelpersönlichkeiten in Palästina, von denen viele ursprünglich aus Deutschland stammten. Sein politisches Ziel war die Errichtung eines bi-nationalen Staates in Palästina mit politischer und staatsbürgerlicher Gleichberechtigung von Juden und Arabern ohne Berücksichtigung der Zahlenverhältnisse beider Gruppen.

Vgl. *Aharon Kedar*, Brith Shalom – The Early Period (1925–1928) (hebr.), in: Studies in the History of Zionism Presented to Israel Goldstein, hrsg. von *Yehuda Bauer*, *Moshe Davis* und *Israel Kolatt*, Jerusalem 1976.

2. Wir sind uns vollständig klar darüber, daß eine solche Politik der Verständigung in ihren Konsequenzen zahlreichen hergebrachten zionistischen Anschauungen nicht entspricht. Die reale, von uns unabhängige Tatsache der Existenz der Araber in Palästina wurde von dem zionistischen Bewußtsein noch nicht rezipiert. Die Fragen der jüdisch-arabischen Verständigung sind daher nicht ohne eine vollständige geistige Neuorientierung der zionistischen Bewegung, eine Neubestimmung ihrer Zielsetzung, und ein neues Durchdenken der zionistischen Ideologie zu behandeln. Abgesehen aber von diesem allmählichen Prozeß der Neuorientierung des Zionismus halten wir es doch für erforderlich, daß bereits heute eine aktive Behandlung der arabischen Frage in Angriff genommen wird. Wir verlangen daher, daß die zionistische Exekutive ungesäumt Maßnahmen ergreift und schlagen das folgende erste Aktionsprogramm vor:

3.a) *Politik*: Das politische Departement der zionistischen Exekutive soll die Fragen der arabischen Politik in seinen Aufgabenkreis mit größter Intensität einbeziehen ...

Ein wichtiger Punkt ist Erziehung eines Nachwuchses junger zionistischer Politiker, die imstande sind, alle Zweige zionistischer Politik weiterzuführen, insbesondere aber auch die jüdisch-arabischen Beziehungen zu pflegen: z. B. Schaffung eines Studien-Stipendiums durch die Jewish Agency, das alljährlich, sagen wir drei ausgesuchte Abiturienten aus Palästina oder außerhalb des Landes in einen systematischen zionistischen Diplomatenbildungsgang schickt ...

...

b) *Erziehung*: Fernhalten von allen Boykottparolen, wie sie gelegentlich in schädlicher Weise in unserer nationalen Propaganda zum Ausdruck kommen. Jede Art Provokationen müssen unbedingt vermieden werden, insbesondere darf kein Konflikt religiöser Art von zionistischer Seite forciert werden ...

c) *Wirtschaft*: Die Erkenntnis muß verbreitet werden, daß ein aktuelles Interesse der zionistischen Bewegung, insbesondere für unsere kolonisatorische Tätigkeit, an der Hebung des wirtschaftlichen und sozialen Niveaus der arabischen Bevölkerung besteht ...

d) Dieses Aktionsprogramm soll nicht im Gegensatz zu anderen notwendigen politischen Aktionen stehen; so sind wir der Meinung, daß die Bemühungen um die Bildung der palästinensischen Polizei als einer neutralen und zuverlässigen Körperschaft mit allen Mitteln fortgesetzt werden müssen und andere Forderungen praktischer Art, wie sie auch das A.C. beschlossen hat, vertreten werden sollen.

Unsere Forderung gipfelt darin, daß die Zionistische Exekutive unverzüglich, sei es auf direktem Wege, sei es durch die Vermittlung der Regierung oder durch die Vermittlung geeigneter Persönlichkeiten in direkte Verbindung mit den führenden Gruppen der palästinensischen Araber tritt, um die

Grundlagen einer jüdisch-arabischen Verständigung zu klären. Wir glauben, daß dieser Moment umso günstiger ist, als der arabische Aufstand niedergeschlagen ist, die Araber von neuem die Unerschütterlichkeit der jüdischen Front erkannt haben und z. B. in der Proklamation des High Commissioner die Hoffnung auf einen Legislative Council[3] genommen wird. Auch haben die Araber sehr erhebliche Verluste zu beklagen und werden es vielleicht vorziehen, zu einem ihre nationale Entwicklung *neben* der jüdischen garantierenden Ausgleich zu kommen, als immer wieder neue fruchtlose Opfer bringen zu müssen und Frieden und Wohlfahrt des Landes auf Jahre hinaus zu vernichten. Wir wissen, daß diese Bemühungen vielleicht nicht zu sofortigen praktischen Erfolgen führen werden, dennoch muß man damit beginnen und sie immer wieder wiederholen.

Wir halten es auch für unnötig, besonders zu betonen, daß wir die loyale Unterstützung der Mandatarmacht und ebenso die Organisierung der jüdischen Kräfte im Sinne der Stärkung unserer zionistischen Überzeugung, daß unter allen Umständen an dem Aufbau des jüdischen Nationalheims festgehalten werden muß, als eine unerläßliche Notwendigkeit betrachten.

Berlin, 16. September 1929.

(Gez.) Dr. Moritz Bileski
Kurt Blumenfeld
Alfred Berger[4]
Fritz Naftali[5]
Dr. Alfred Landsberg
Dr. Georg Landauer
Dr. Salli Hirsch
Isaak Feuerring[6]
Dr. Robert Weltsch

---

[3] Eine aus Juden und Arabern zusammengesetzte Körperschaft für die Selbstverwaltung Palästinas, die von der englischen Mandatsverwaltung im August 1922 vorgeschlagen wurde. Der Rat sollte berechtigt sein, Anordnungen für Gesetzgebung und Verwaltung zu treffen. Der Vorschlag wurde jedoch weder von den Juden noch den Arabern angenommen, da eine Einigung über die Zusammensetzung des Rates, seiner Rechte und seiner Pflichten nicht erreicht werden konnte.

[4] Alfred Berger (1891–1940). Führendes Mitglied der „Poale Zion". Leiter des „Arbeiterfürsorgeamts der jüdischen Organisationen Deutschlands" und 1923–1929 des „Keren Hajessod". Mitglied des GA der ZVfD. Wanderte 1933 nach Palästina aus und leitete ab 1936 die Informationsabteilung der Hebräischen Universität Jerusalem.

[5] Fritz Naphtali (1888–1961). Sozialistischer Zionist, Volkswirtschaftler und Publizist. Wirtschaftssachverständiger der Gewerkschaftsbewegung und der SPD. 1951–1959 mehrfach Mitglied der israelischen Regierung.

[6] Isaak Feuerring (1889–1937). Bankier und zionistischer Führer, Mitglied der Zionistischen Exekutive; wanderte 1934 in Palästina ein, wo er sich für die wirtschaftliche Privatinitiative einsetzte. Die Mittelstandssiedlung Bet Jizchak ist nach ihm benannt.

[184]
Gründung der „Arbeitsgemeinschaft für zionistische Realpolitik“
16. SEPTEMBER 1929
ARCHIV DES LBI, JERUSALEM

Resumee

einer Sitzung im Hause von Herrn *Berger*, Montag, 16. 9. 29, abends.

Anwesend: Dr. Salli Hirsch, Dr. Bileski, Alfred Berger, Dr. Senator [1], Feuerring, Dr. Schereschewski [2], Dr. Weltsch.

Nach 4stündiger Beratung der Lage im Zionismus und der einzuleitenden Aktionen werden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es soll eine Gruppe gebildet werden, die lose organisiert ist und insbesondere jenseits der bestehenden zionistischen Partei-Gruppierungen steht. Hauptaufgabe der Gruppe ist Einwirkung auf die zionistische öffentliche Meinung und auf die Führung der zionistischen Politik im Sinne einer Vermeidung politischer Illusionen, der Untergrabung der zionistischen Moral durch eine Art Kriegspsychose und schließlich Untersuchung und Propagierung der Grundlagen einer jüdisch-arabischen Verständigung. Die Gruppe umfaßt außer den Mitgliedern des Brith Schalom noch andere Personen, die sich mit ihrer Arbeitsgrundlage identifizieren und führt den Namen „Arbeitsgemeinschaft für zionistische Realpolitik“.

2. Die Herren Dr. Weltsch und Bileski übernehmen die Führung der Geschäfte der Gruppe bis zum Eintreffen von Dr. Landauer in Berlin.

3. Es wird die Ausgabe eines Korrespondenz-Blattes beschlossen, das an alle angeschlossenen Mitglieder in Berlin und in der Provinz verschickt werden soll. Die erste Nummer soll noch in dieser Woche versandt werden und soll enthalten:

a) einen einleitenden Aufsatz von Bileski im Umfang von etwa 2 Seiten,
b) einen Bericht über die Gründung der Gruppe und ihre organisatorischen Maßnahmen.
c) Informative Mitteilungen, insbesondere Auszüge aus der palästinensischen Presse zur Korrektur des durch die Ita-Berichte usw. entstandenen Bildes der letzten Unruhen.

. . .

[1] David Werner Senator (1896–1953). Sozialarbeiter. Mitglied des KJV und dem Kreis um das „Jüdische Volksheim“ zugehörig. Im „Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands“ bis Ende 1922, ab 1923 in der Direktion des Joint für Europa tätig. Übersiedelte 1930 nach Palästina. 1930–1945 Mitglied der Exekutive der Jewish Agency; ab 1937 Administrator, 1949–1953 Geschäftsführender Vizepräsident der Hebräischen Universität Jerusalem.

[2] Simon Schereschewski (geb. 1900). Arzt. Aktiv im deutschen „Zeire Misrachi“. Überzeugter Pazifist, der dem „Brith Schalom“ angehörte. Wanderte 1934 in Palästina ein.

[185]

Der deutsche „Misrachi“ unterstützt die Stellungnahme der Zionistischen Organisation zu den Unruhen

29. SEPTEMBER 1929

CZA, Z 4/3284

Resolution

angenommen auf der Zentral-Komitee-Sitzung des deutschen Misrachi in Berlin am 29. September 1929

Die Landeszentrale und das Zentral-Komitee des Misrachi in Deutschland stehen einmütig auf dem Boden der Resolutionen des Aktions-Comités der Zionistischen Organisation, die aus Anlaß der traurigen Ereignisse in Erez-Israel zusammen mit dem Administrative Committee der Jewish Agency gefaßt wurden.[1]

Wir erwarten zuversichtlich von unseren leitenden Stellen, daß sie stark bleiben in ihren Forderungen, die den Schutz unserer durch den Völkerbund im Palästinamandat verbrieften religiösen und nationalen Rechte zum Ziele haben. Wir erwarten, daß alle Teile des jüdischen Volkes sich hinter die Forderungen der Jewish Agency stellen und ihr dadurch das Ansehen nach außen hin geben, das sie alleine befähigt, autoritativ aufzutreten und unsere Ansprüche, die auf Menschlichkeit und Gerechtigkeit gegründet sind, allen Mächten der Welt gegenüber durchzusetzen.

Wir weisen besonders hin

auf unsere Ansprüche, an der heiligen Stelle des letzten Restes unseres Tempels ungehindert und ungestört unser Gebet zu verrichten,

auf unser Recht der Einwanderung nach Erez-Israel in einem solchen Umfang, daß die Errichtung des Nationalheims, das das Mandat uns zugesprochen hat, eine Wirklichkeit werden kann,

auf unser Recht, am inneren und äußeren Schutz von Erez-Israel so starken Anteil zu nehmen, daß die jüdische Bevölkerung nicht schutzlos bleibt in Zeiten der Gefahr.

Diese uns durch Wortlaut und Geist des Palästinamandats zustehenden Rechte dürfen uns nicht geschmälert werden. Es ist unsere Überzeugung, daß diese Bestimmungen des Palästinamandats in voller Übereinstimmung mit denjenigen, die die Rechte der nichtjüdischen Bevölkerung zu sichern bestimmt

* Für eine ins Einzelne gehende Diskussion der Stellung des „Misrachi“ nach den Unruhen in Palästina vgl.: Der Delegiertentag des deutschen Misrachi, November 1929, Archiv des religiösen Zionismus, Akte 235/A.

[1] Vgl. die Beschlüsse des Administrative Committee der Jewish Agency und des Aktions-Comités der Zionistischen Organisation vom 13. September 1929, die gegen Angriffe von Arabern auf Juden und gegen die antizionistische Haltung der englischen Verwaltung protestierten, Jüdische Rundschau, Nr. 74, 20. September 1929.

sind, durchgeführt werden können. Das jüdische Volk will nichts unternehmen, was die Rechte anderer in Erez-Israel lebenden Nationen antastet und beeinträchtigt. Im Geiste der Versöhnung, in Frieden und Gerechtigkeit soll der Aufbau von Erez-Israel vor sich gehen.

Wir geben unserer festen Zuversicht Ausdruck, daß Völkerbund und Mandatsregierung ihr dem jüdischen Volk gegebenes Wort einlösen wollen und werden, wenn es klar ist, daß das jüdische Volk in seiner Gesamtheit die Schaffung der nationalen Heimstätte in Palästina unterstützt.

Wir rufen deshalb alle jüdischen Kreise zur aktiven und rückhaltlosen Mitarbeit an der Organisierung unseres Volkes unter der Parole Erez-Israels und an der materiellen Förderung des Aufbauwerkes auf.

[186]
Aufruf des „Brith Trumpeldor" zu jüdischem Selbstschutz
September 1929

Hed-Bethar[1]

Blätter des Brith Trumpeldor[2]
1. Jg., September 1929, Sonder-Nummer

Aufruf!

Seit Jahren haben wir eindringlich davor gewarnt, unser Aufbauwerk in Palästina ohne ausreichenden *legalen* Schutz vor sich gehen zu lassen. Statt auf unsere Stimme zu hören, bezeichnete man uns als „Militaristen, Faszisten, Schutzknechte des Kapitalismus", obwohl wir einzig und allein von der Sorge erfüllt waren, daß die *leichtfertige und fahrlässige Unterlassung geeigneter Schutzmaßnahmen* Opfer an jüdischem Blut zur Folge haben könnte.

Unsere Befürchtungen sind nun in erschreckendem Umfange furchtbare

[1] „Hed-Bethar" war das offizielle Organ des „Brith Trumpeldor" in Deutschland. Die erste Nummer erschien am 1. April 1929.

[2] Diese Bewegung wurde von einer Gruppe junger Zionisten in Riga (Lettland), die im allgemeinen den ideologischen Grundsätzen des Revisionismus folgte, im Jahre 1923 gegründet. Durch die Gründung eines „Brith Trumpeldor" in Palästina Anfang 1927 und den Anschluß der revisionistischen Pfadfinderorganisation „Haschachar (Brith Haschomer)" in Polen an die Leitung des „Brith Trumpeldor" in Riga wurde die Bewegung gestärkt und 1929 betrug die Gesamtzahl ihrer Mitglieder 16 000. Die erste Weltkonferenz des „Brith Trumpeldor" fand Anfang 1929 in Warschau statt.

Vgl. „Unser Programm", Hed-Bethar, 1. Jg., Nr. 1, 1. April 1929.

Vgl. auch Jüdische Rundschau, Nr. 17, 1. März 1929.

Wirklichkeit geworden. In einem Moment, in dem sich die zionistischen Führer sowie die Mitglieder der Agency auf der Reise nach ihren verschiedenen Heimatländern befanden, brach der gut vorbereitete Aufstand der verhetzten Araber aus. Es kam genau, wie es kommen mußte und wie wir es oft genug prophezeit hatten! Die Polizei und das englische Militär erwiesen sich als nicht ausreichend und als zu schwach – zum Teil als nicht genügend zuverlässig –, um den Aufruhr zu bewältigen. Der jüdische Selbstschutz[3] hat zwar mit bewundernswerter Tapferkeit und Hingebung jüdisches Leben und Eigentum häufig zu retten vermocht, aber er war infolge der Mängel, die jeder nicht-militärischen Formation anhaften, unfähig, das Unheil abzuwenden.

Schon jetzt muß gesagt werden, daß die Verantwortung natürlich in erster Linie die englische Verwaltung, nicht minder aber die bisherige zionistische Leitung trifft, die es trotz aller Warnungen zugelassen hat, daß sich unser jüdisches Aufbauwerk ungenügend geschützt vollzog, die noch bis vor nicht langer Zeit der Mandatarmacht und der Öffentlichkeit gegenüber erklärte, daß unsere politische Lage sehr zufriedenstellend sei! Noch in Zürich haben sowohl Professor Weizmann wie Colonel Kisch[4] erklärt, daß zu irgendwelcher Beunruhigung keinerlei Grund vorliegt![5]

Bereits heute steht es fest – und die Führer der arabischen Aufstandsbewegung bestätigen es durch ihre Proklamationen –, daß nicht der Streit um die Klagemauer oder eine jüdische Demonstration – morgen können die Infiat Böden[6] ein Vorwand sein – der Anlaß zu dem jetzigen Aufstand gewesen ist. Wer dies heute noch nicht erkennt, der ist entweder unbelehrbar oder versucht, sich nach dem bekannten Muster „Haltet den Dieb“ seiner eigenen Verantwortung zu entziehen!

Wir werden dagegen kämpfen, daß diejenigen, die eine moralische Mitschuld an dem jetzigen Unglück trifft, noch weiter durch ihre Ansichten die zionistische Politik maßgebend beeinflussen! Gleichzeitig aber erklären wir feierlichst, daß wir nach wie vor von dem ehrlichen Willen beseelt sind, uns lediglich für geeigneten *Schutz* unserer Arbeit einzusetzen und daß uns jegliche aggressiven oder gar Rachegedanken fernliegen, daß wir vor allem der *Einheit* im Zionismus dienen wollen, indem wir in weltanschauungsmäßigen

---

[3] Gemeint ist die jüdische Selbstschutzorganisation „Haganah“, die in ganz Palästina den Selbstschutz organisierte.

Vgl. Sefer Toldot Hahaganah (hebr.; Geschichte der Haganah), Bd. II, Teil 1, Tel Aviv 1964.

[4] Frederick Herman Kisch (1888–1943), englischer Offizier und später zionistischer Funktionär. Er nahm 1923 Weizmanns Vorschlag an, sich der Zionistischen Exekutive in Jerusalem anzuschließen und wurde ihr Vorsitzender und Leiter der politischen Abteilung. Von 1929 an stand er gleichzeitig an der Spitze der Palästina-Exekutive der Jewish Agency. Als Weizmann 1931 nicht mehr als Präsident der Zionistischen Weltorganisation wiedergewählt wurde, trat Kisch zurück.

[5] Gemeint sind die Ausführungen während der Konstituierenden Tagung des Council der Jewish Agency vom 11.–14. August 1929 in Zürich.

[6] Umstrittenes Brachland in den Hule-Sümpfen.

Fragen völlige Neutralität üben, daß wir daher alles den Interessen der Gesamtnation unterordnen und daß wir den aufrichtigen Wunsch haben, auf der Grundlage unserer nationalen Ansprüche in Frieden mit den arabischen Bewohnern Palästinas zu leben. Eindringen in die Kenntnis der arabischen Sprache und Kultur werden wir uns zur besonderen Aufgabe machen müssen.

Solange aber die Gefahr besteht, daß unser Werk in Erez-Israel gefährdet ist, halten wir es für die besondere Pflicht einer ihrer Verantwortung bewußten zionistischen Jugend, dieser Möglichkeit Rechnung zu tragen, indem sie sich zum Schutze Zions zusammenschließt und sich bereit erklärt, die Verteidigung unseres Bodens und des Lebens unserer Schwestern und Brüder selbst zu übernehmen und nicht in der unwürdigen Art eines veralteten Schutzjudentums arabischen Polizisten anvertrauen oder *nur* englischen Soldaten zu überlassen.

In dieser Weise hoffen wir, unserem Lande und der Ehre unseres Volkes zu dienen. Wir fordern die *zionistische* Jugend auf, mit uns in diesem Sinne zu wirken und sich uns anzuschließen.

Brith-Trumpeldor
Zentrale für Deutschland.

Hans Werner[7].

[187]
Klärung der politischen Stellung der ZVfD
15. OKTOBER 1929
CZA, F 4/33

Zionistische Vereinigung
für Deutschland

Berlin, den 15. Okt. 1929
Meinekestr. 10

Sehr geehrte Herren Gesinnungsgenossen!

...

... ich [will]angesichts der unbegreiflichen Mißverständnisse, die bei manchen unserer Gesinnungsgenossen anzutreffen sind, noch einmal in aller Kürze den Inhalt unserer Politik formulieren.

1.) Unsere Politik beruht auf dem Bündnis zwischen der englischen Regierung und uns. An die Verwirklichung der Balfour-Deklaration ist nur zu denken, wenn es uns gelingt, die englische Regierung dauernd für uns zu in-

---

[7] Hans Werner (1895–1966). In Posen geboren, übersiedelte er 1912 nach Hamburg; dort aktiv im „Herzl-Bund". Nach seiner Einwanderung in Palästina Buchhändler in Haifa; in der Haganah tätig.

teressieren und von ihr Maßnahmen zu erreichen, die die Durchführung unseres Werkes ermöglichen. Unsere aktuellen Forderungen sind bekannt. Der Gedanke der Übernahme des Mandats durch eine andere Macht ist als politisch sinnlos abzulehnen. Wir haben keine andere Wahl als unsere gesamte äußere Politik auf die Stellungnahme der englischen Regierung einzurichten. Daraus ergibt sich, da wir nur einen Partner haben, daß wir den Bogen in den Verhandlungen so weit wie möglich auszuspannen haben, daß wir uns aber davor hüten müssen, ihn zu überspannen und uns Refus und selbstbereitete Niederlagen zu holen.

2.) Wir werden England eine unabsehbar lange Zeit brauchen, aber wir müssen damit rechnen, daß der Mandatscharakter Palästinas nicht von dauerndem Bestand ist. Es kommt also darauf an, in absehbarer Zeit unsere Position mit allen Mitteln auszubauen. Daraus ergibt sich mit Notwendigkeit als entscheidende politische Forderung die Verbreiterung unserer Basis in der Judenheit. Der innerzionistische Kampf der letzten 6 Jahre wurde um die Frage der Jewish Agency geführt. Wir wollten stark werden durch die gesamten Kräfte der Judenheit, um eine starke Politik führen zu können auf der Basis einer gesunden und großen Wirtschaft im Lande. Die Bedeutung dieser Politik wurde gerade von der Gruppe verkannt, die sich so viel auf ihre richtigen Prognosen einbildet. Wer kann heute noch daran zweifeln, daß diese Politik richtig und notwendig war? Aktive Politik gegenüber England ist ohne verstärkte Fortsetzung der Agency Politik undenkbar. Unsere Erfolge werden umso größer sein je mehr Macht wir selbst repräsentieren. Die Vorstellung, daß man den Mangel an eigener Macht ersetzen kann durch politische Dialektik, ist sinnlos. Es kommt also alles darauf an, den Austrag aller bestehenden Konflikte so lange wie möglich aufzuschieben. Gegen diese politischen Grundsätze ist leider im Laufe der letzten 10 Jahre immer wieder verstoßen worden.

3.) Die arabische Frage ist nicht von uns erfunden worden. Es gibt keinen politischen Artikel in irgend einer großen Tageszeitung der Welt, der sich mit den Angelegenheiten Palästinas beschäftigt, in dem nicht die Araberfrage erörtert wird. Die Meinung, daß wir die Auseinandersetzung mit der arabischen Welt bis zu dem Tage aufschieben könnten, an dem wir 400 000 Juden in Palästina haben, ist leider völlig unzutreffend. An eine erfolgreiche arabische Politik ist allerdings nur zu denken, wenn die englische Regierung sich unzweideutig für uns erklärt und wenn die Araber wissen, daß die positive Stellung der englischen Regierung zu einer loyalen Durchführung der Balfour-Deklaration ein unumstößliches fait accompli ist. Andernfalls werden alle Bemühungen um die Schaffung eines modus vivendi sinnlos sein. Eine Meinung, wie sie mitunter ausgesprochen wurde, daß wir uns die Balfour-Deklaration direkt von den Arabern holen könnten, ist politisch absurd.

Es ist aber ein Verkennen der tatsächlichen Verhältnisse, wenn man auf eine schnellstens einzuleitende arabische Politik, die von einer festen Haltung

der englischen Regierung uns gegenüber begleitet sein muß, verzichten wollte. Hier liegt das Kernproblem unserer dauernden Verwurzelung im Lande.

4.) Eine Aufklärung über die Frage des Selbstschutzes: Die Haganah ist eine Einrichtung, die von der jüdischen Arbeiterschaft ausging und von uns in allen Jahren unterstützt wurde. Sie wurde aufs lebhafteste bis in die allerletzte Zeit hinein von den Revisionisten abgelehnt, die im *Gegensatz* zur Haganah die Schaffung einer Legion oder, wie es heute ausgedrückt wird, von militärischen Einheiten forderten. Es geschieht unsererseits alles, um die Haganah wirksam zu fördern. Es verbietet sich, über die Formen und Arbeitsweise der Haganah mehr mitzuteilen. Unter keinen Umständen darf diese Förderung aber durch öffentliche Propaganda geschehen. Unsere politische Aufgabe ist es, eine stillschweigende Duldung der Haganah zu erreichen.

...

Ehe von irgend einer Seite die Forderung nach einem Delegiertentag erhoben wurde, habe ich mich für die Einberufung dieser Tagung ausgesprochen. So bedauerlich es ist, daß wir in den nächsten Monaten unseren wichtigsten zionistischen Aufgaben nicht werden gerecht werden können, weil alle führenden Zionisten mit den Vorbereitungen zum Delegiertentag beschäftigt sein werden, so unerläßlich erscheint mir eine Feststellung der wirklichen Anschauungen der Mehrheit der Z.V.f.D. zu sein.

Der Geschäftsführende Ausschuß hatte zunächst für den 10. November eine Ortsgruppentagung einberufen, an die sich eine Landesvorstandssitzung anschließen sollte. Da in unserem Statut eine Ortsgruppentagung als beschließende Körperschaft nicht vorgesehen ist und wir dem Landesvorstand Zeit zur Prüfung der schwebenden Fragen lassen wollten, hat der G.A. in seiner Sitzung vom 3. 10. beschlossen, *auf den 10. November eine Landesvorstands-Sitzung einzuberufen, an der Vertreter der Ortsgruppen als Gäste teilnehmen sollen.* Auf dieser L.V.-Sitzung wird der G.A. beantragen, den Delegiertentag so schnell wie möglich, spätestens für den 25. Dezember, einzuberufen.

Sind wir schon in den innerpolitischen Kampf hineingezwungen worden, so wollen wir ihn wenigstens so sachlich und unpersönlich wie möglich führen. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, auch in den nächsten Monaten pflichtbewußte Zionisten in großer Zahl zu finden, die ihre beste Kraft den uns allen gemeinsamen zionistischen Aufgaben widmen und dafür sorgen, daß die Zionistische Organisation in Deutschland keinen Schaden leidet und auch in diesen kritischen Zeiten imstande ist, durch unermüdliche selbstlose Arbeit die auf sie entfallende Verantwortung für die Verwirklichung des Zionismus in Erez Israel zu tragen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß

Kurt Blumenfeld

[188]
FORDERUNGEN DER OPPOSITION IN DER ZVfD
1. NOVEMBER 1929

Jüdische Rundschau

XXXIV. Jg., Nr. 86, 1. November 1929, S. 577

Zum Delegiertentag
Zwei Erklärungen

I.

Die unterzeichneten Gruppen halten es für notwendig, folgendes zu erklären:

Die politische Haltung der maßgebenden Leitung der Z.V.f.D. insbesondere der „Jüdischen Rundschau" in den letzten Wochen seit den Ereignissen in Palästina steht in vielfacher Hinsicht in Widerspruch zu den Erfordernissen der gegenwärtigen politischen Situation des Zionismus und zu der von der großen Majorität der Bewegung heute geforderten Politik der entschiedenen Aktivität, wie sie in den Beschlüssen des Aktions-Comités zum Ausdruck gekommen ist. In weiten Kreisen des deutschen Zionismus, die den verschiedensten Richtungen angehören, hat diese politische Haltung der Z.V.f.D. und der „J.R." lebhaftes Befremden und Unruhe hervorgerufen. Gerade an diesem Fall hat es sich wiederum in eklatanter Weise gezeigt, wie sehr die offizielle Politik des deutschen Zionismus auch in außenpolitischen und kongreßpolitischen Fragen durch eine einzelne Gruppe bestimmt wird, die, wie es die letzten Kongreßwahlen bewiesen haben, nicht einmal die Majorität der deutschen Zionisten hinter sich hat. Diese Situation, gegen die manche Gruppen schon seit Jahren ankämpfen, erschwert die Kooperation aller Richtungen und Parteien innerhalb der Z.V.f.D. in sehr hohem Maße und macht es auf die Dauer unmöglich, die Verantwortung für die Politik der Z.V.f.D. zu tragen. Dadurch aber wird die Existenz einer starken und einheitlichen Z.V.f.D. gefährdet, die wir für notwendig halten. Aus diesem Grunde glauben die unterzeichneten Gruppen, daß jetzt der Moment gekommen ist, in dem eine Änderung der politischen Haltung der Z.V.f.D., insbesondere der „J.R." eintritt, und endlich die Forderung verwirklicht werden muß, daß die Z.V.f.D. in ihrer Politik nicht durch eine einzelne Gruppe, sondern durch eine Koalition aller im deutschen Zionismus vertretenen und zur Mitarbeit bereiten Gruppen bestimmt wird. Nur durch einen solchen organisatorischen Zustand wird auf die Dauer die Erhaltung einer starken und aktionsfähigen Z.V.f.D. möglich sein. Aus diesem Grunde erklären die unterzeichneten Gruppen, daß der Zusammen-

tritt des für Dezember in Aussicht genommenen Delegiertentages eine unaufschiebbare Notwendigkeit ist; dieser Delegiertentag wird die Aufgabe haben, eine eingehende Erörterung der politischen Probleme vorzunehmen und die organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um der Forderung nach der Verwirklichung des Koalitionsprinzips in der Leitung der Z.V.f.D. Genüge zu tun.

Vereinigung radikaler Zionisten.
Deutscher Landesverband der Union der Zionisten-Revisionisten.
Unabhängige Allgemeine Zionisten.[1]

Dr. Martin *Ascher*[2]. Dr. M. *Kollenscher*.
Dr. *Tuchler*[3].

II.

Der Geschäftsführende Ausschuß der Z.V.f.D. hat beschlossen, einen Delegiertentag für Ende 1929 einzuberufen. Wir begrüßen den Beschluß, der durch unsere Mitwirkung herbeigeführt wurde, und hoffen, daß die Tagung der Arbeit des deutschen Zionismus neue Impulse geben wird.

Der Delegiertentag ist eine aktuelle Notwendigkeit geworden, weil die Meinungsverschiedenheiten im deutschen Zionismus über die Bewertung der politischen Hintergründe der Palästinaunruhen und über die aus diesen Ereignissen zu folgernden politischen Lehren sehr erheblich sind. Selbst wer die Haltung der offiziellen zionistischen Kreise in Deutschland nicht ablehnt, wird die Auseinandersetzung auf einem Delegiertentag für notwendig erachten.

Für den Misrachi besteht aber auch unabhängig davon die seit dem Breslauer Delegiertentag vorhandene Unzufriedenheit, weil für ihn die kulturpolitische Linie der Führung der Z.V.f.D. schon seit langem schwer zu ertragen ist und erst eine Mitverantwortung für die Geschäftsführung von uns übernommen werden könnte, wenn durch eine Koalition die Vorbedingungen für eine dauernde Einwirkung auf die Grundlinie der Propaganda und der öffentlichen Vertretung des deutschen Zionismus genommen werden könnten.

Wir erwarten von dem Delegiertentag, daß er die obersten Instanzen, Landesvorstand, Geschäftsführenden Ausschuß und Präsidium so zusammensetzt,

---

[1] Für die Programme der verschiedenen Fraktionen innerhalb der ZVfD vgl. „Kongreßwahlen in Deutschland", Jüdische Rundschau, Nr. 47, 18. Juni 1929.

[2] Martin Ascher (1884–1959). Arzt. Aktiv im KJV, ließ sich 1933 in Palästina nieder.

[3] Kurt Tuchler (1894–1978). Jurist. Aktives Mitglied des Blau-Weiß und des KJV. Eine Zeitlang Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der ZVfD. Wanderte 1937 in Palästina ein.

daß die Gesamtheit der deutschen Zionisten in allen ihren Richtungen gemäß der ihnen im deutschen Zionismus zukommenden Bedeutung vertreten ist und daß die Geschäftsführung so zusammengesetzt wird, daß die berechtigten Ansprüche aller im Rahmen der Gesamtarbeit befriedigt werden. Wir haben uns an dem auf dem letzten Delegiertentag eingesetzten Geschäftsführenden Ausschuß nicht beteiligt, weil uns die Garantien für ein gedeihliches Wirken in unserem Sinne nicht gegeben schienen. Die innere Situation, vor der der deutsche Zionismus heute steht, hat unseren damaligen Befürchtungen recht gegeben. Wir fordern daher heute wiederum die Bildung eines Präsidiums der Z.V.f.D., das sich aus Vertretern verschiedener Richtungen zusammensetzt, und dessen Aufgabe es sein wird, die innere und äußere Politik der Z.V.f.D. in Bahnen zu lenken, die einerseits der Verschiedenheit der im zionistischen Lager vertretenen Anschauungen Rechnung trägt, andererseits eine Linie einhält, die auch eine Erweiterung unserer Reihen von außen her ermöglicht. Wir fordern, daß die offizielle Presse der Z.V.f.D. bei voller Wahrung der Möglichkeit freier Meinungsäußerung von Gruppen und Personen eine Haltung einnimmt, die mit der Führung der Geschäfte durch das Präsidium in der oben gezeichneten Richtung in Übereinklang steht.

Bei der durch die jüngsten Ereignisse in Erez-Israel und die Arbeitsaufnahme durch die neugebildete Jewish Agency geschaffenen Lage ist [es] erforderlich, daß der Gesamtheit eine freudige und erfolgverheißende Mitarbeit an der Z.V.f.D. ermöglicht wird, so daß diese nicht nur eine technische und organisatorische, sondern auch eine geistige und moralische Vereinigung aller Zionisten Deutschlands darstellt. Einen solchen Zustand herbeizuführen, soll der Delegiertentag behilflich sein.

Landeszentrale des Misrachi für Deutschland

[189]
INNERZIONISTISCHE AUSEINANDERSETZUNGEN ÜBER DIE ARABERFRAGE
10. NOVEMBER 1929
CZA, Z 4/3567/V

Protokoll

der erweiterten Sitzung des Landesvorstandes am 10. Nov. 1929 in Berlin

...

Dr. Goldmann: ... Ich will hier über zwei Punkte sprechen: 1.) über die Unzufriedenheit und die inneren Differenzen, die sich jetzt ergeben haben, 2.) über Vorschläge zur organisatorischen Gestaltung der Z.V.f.D.

Zur Frage der inneren Differenzen: Die Ursachen liegen in der Haltung der Jüdischen Rundschau und auch in der der Z.V.f.D., sofern sie sich mit der Rundschau identifiziert hat. Wenn man darauf hinweist, daß die Rundschau niemals Beschlüsse des A.C. abgelehnt oder bekämpft habe, so mag das formell richtig sein. Aber man bagatellisiert den ganzen Meinungsstreit dadurch, denn es handelt sich doch nicht darum nachzuweisen, daß formell alles in Ordnung ist; wenn die verschiedensten Gruppen im deutschen Zionismus das Gefühl haben, daß eine erhebliche Differenz in der Auffassung der politischen Probleme und darüber hinaus der letzten politischen Ziele besteht, dann kann man nicht sagen, daß alle diese Gruppen sich geirrt haben ... Ich will zwei Punkte herausgreifen. Der eine betrifft eine bestimmte Haltung, vielmehr einen Mangel an politischem Takt seitens der Redaktion der Rundschau in ihrer Stellungnahme zu den Ereignissen in Palästina. Viele von uns glauben, daß es politisch falsch ist, in einem Moment, wo solche Dinge passieren, die eine ungeheure Erregung im gesamten Judentum ausgelöst haben, so zu reagieren, als ob diese Dinge nicht die faktische Bedeutung gehabt hätten, die sie in der Tat hatten. Es gibt viele Artikel der Rundschau, die, wenn sie zwei Monate nach den Ereignissen erschienen wären, nicht zu bekämpfen gewesen wären. Was die Rundschau in diesen Wochen getan hat, entspricht einer bestimmten zionistischen Stimmung, die die Rundschau seit Jahren hat, einer Stimmung absoluter zionistischer Resignation ...

Dr. Goldmann weist ferner auf die Haltung der Rundschau in der Frage des Weißbuches hin. In den ersten Wochen nach den Ereignissen sagte Weizmann „wir wollen kein Weißbuch, sondern ein Blau-Weißbuch". Wenn dann die Rundschau erklärt, daß das Weißbuch von uns innerlich als Basis einer neuen Ideologie zu akzeptieren wäre, so sei das charakteristisch für den Unterschied zwischen ihrer und der Haltung Weizmanns, auch wenn Blumenfeld oder Weltsch nicht in Opposition zur Exekutive gegangen sind ...

Der gegenwärtige Konflikt beziehe sich aber vorwiegend auf die Behandlung der arabischen Frage ... Was wir ablehnen, das ist eine Politik, wie sie die Rundschau vertritt, die auf folgendes hinausläuft: Es gibt eine große nationale Bewegung der Araber, repräsentiert durch den Mufti[1] etc. Mit diesen Führern haben wir politisch zu verhandeln. Mit diesen gibt es aber nur eine Möglichkeit der Verständigung, nämlich auf der Basis weitgehendster Selbstverwaltungsrechte der Araber in Palästina. Das halten wir für einen politischen Nonsens und eine zionistische Lebensgefahr, weil wir glauben, daß es mit dieser Gruppe nur eine Einigung auf der Basis eines Verzichts auf den politischen Zionismus geben kann, mit einer Gruppe, die soziologisch die Todfeinde des Zionismus sind, die sich mit uns nie verständigen kann, weil es ihre Vormachtstellung im palästinensischen Arabertum annullieren müßte, wenn der Zionismus – auch nur im Rahmen des Weißbuches – realisiert würde. Mit

[1] Während der hier behandelten Periode war der einflußreiche radikal nationalistische Haj Amin el Husseini Mufti von Jerusalem.

dieser Gruppe kann es keine Verständigung geben. Es handelt sich heute um einen Konflikt von zwei Völkern, bei dem das höhere moralische Recht auf unserer Seite ist, und wir müssen die öffentliche Meinung darüber aufklären ...

Zur Frage des Delegiertentages und Umgestaltung der Z.V.f.D.: Man kann die oppositionellen Gruppen bewerten wie man will, aber die Z.V.f.D. ist kein so mächtiges Gebilde, daß sie es sich leisten kann, auf die Mitarbeit irgendwelcher Gruppen zu verzichten, wobei gleichgültig ist, ob diese Gruppen Majorität oder Minorität sind ... Es ist nun auf die Dauer unmöglich, daß die Leitung der Z.V.f.D., die sich aus allen Gruppen des deutschen Zionismus zusammensetzen muß, in den Händen der jeweils herrschenden Gruppe liegt, die auch die Haltung der Jüdischen Rundschau bestimmt. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die Leitung der Z.V.f.D. eine bestimmte kongreßpolitische Majorität in Händen haben muß – und wir werden immer eine solche Majorität haben – dann ist es klar, daß die anderen Gruppen nicht im Geschäftsführenden Ausschuß mitarbeiten können ... Die Aufrechterhaltung der Z.V.f.D. in ihrer heutigen Gestalt ist nur möglich, wenn sie zu einer Neutralisierung in allen kongreßpolitischen Fragen und so zu einer Koalition mit allen Gruppen kommt. Auch die Rundschau darf in Zukunft eine offizielle politische Haltung nur einnehmen, wenn alle Gruppen des deutschen Zionismus diese Haltung decken ... Diese Neutralisierung wird aber nur zu erreichen sein, wenn anstelle des einen Vorsitzenden ein Präsidium eingesetzt wird, in dem die verschiedenen Gruppierungen vertreten sind. Zu diesem Zwecke, der organisatorischen Umgestaltung der Z.V.f.D., sollte der Delegiertentag einberufen werden ...

Dr. Wolfsberg-Berlin: ...

Ich will hier nur begründen, warum ich zu den gleichen Konsequenzen komme wie Goldmann ... Ich halte mich aber mehr an die Leitung der Z.V.f.D. Die Z.V.f.D. muß Ausdruck der Bewegung sein ...

... Die Z.V.f.D. am Leben zu erhalten wird gelingen durch die Bildung einer Koalition, durch Neutralisierung in kongreßpolitischen Fragen. Alle offiziellen Verlautbarungen des Präsidiums müssen die Billigung der wesentlichen Gruppen des deutschen Zionismus, bzw. ihrer Repräsentanten im Präsidium der Z.V.f.D. finden. Es muß eine Linie angestrebt werden, die den Interessen weiter Gruppen gerecht wird ...

...

Dr. Landauer: ... Ich halte es nicht für richtig, daß hier aus der grundsätzlichen Auseinandersetzung über Fragen der zionistischen Politik und über die Haltung des deutschen Zionismus eine ablenkende Auseinandersetzung über die Haltung der Jüdischen Rundschau gemacht wird. Wenn man eine Redaktionskommission einsetzt, hat man auch noch nicht viel für die Umorientierung der Z.V.f.D. als solcher getan. Es handelt sich nicht um die Meinungen

der Rundschau, sondern ganz allgemein um eine legitime zionistische Anschauung . . .

Man macht es sich sehr bequem, wenn man sagt, „im Prinzip“ sind wir uns alle über die Notwendigkeit einer jüdisch-arabischen Verständigung einig. Aber wir stehen heute nicht nur vor prinzipiellen, sondern auch vor gewissen aktuellen Problemen der Verständigung. Wir haben den Zionismus so schnell wie möglich zu verwirklichen. Wir wollen wachsen und stärker werden im Lande. Aber wir dürfen uns nicht immer nur auf England verlassen. Wenn wir sofortige Maßnahmen zur Herbeiführung einer jüdisch-arabischen Verständigung verlangen, so deswegen, weil wir vor der Frage stehen, wie lange es sich der Zionismus erlauben kann, daß jüdische Positionen in Palästina immer wieder von den Engländern geschützt werden müssen. Wenn wir uns noch sehr oft schützen lassen werden, ist unsere Arbeit erledigt. England ist für die Sicherheit in Palästina verantwortlich und wir verlangen, daß es alle Mittel für die Garantierung von Ruhe und Ordnung anwendet. Aber wir brauchen mehr als Schutz, wir brauchen Frieden. Und darum glaube ich, daß die Forderung einer aktuellen Verständigungspolitik kein Nonsens ist.

Man hat gesagt, hier herrsche die Psychologie des geschlagenen Deutschland. Wir betrachten uns keineswegs als besiegt, wir sind es ja auch nicht. Die letzten zehn Jahre waren eine Zeit ständigen Fortschritts. Aber ohne Zweifel können wir alle aus dem Krieg lernen; wir wissen, daß Kriegspsychose und Macht-Politik auf einen Abweg führen. Der Zionismus muß durch die sittliche Kraft seiner Idee siegen. Und es ist erstaunlich und unfaßbar, daß gerade der Misrachi sich solcher Auffassung so widersetzt . . .

Die Frage der Selbstverwaltung ist *die* große aktuelle Streitfrage zwischen uns und den Arabern. Indem man sie beiseite schiebt, hat man das Problem noch nicht gelöst. Unsere politische Arbeit muß dahin gehen, durch Vorarbeit und Mitarbeit dafür zu sorgen, daß das Parlament nicht als eine arabische Aktion gegen uns kommt, damit es nicht jene Gefahren in sich birgt, von denen Radikale und Revisionisten so viel sprechen. Die Entwicklung, die rings um Palästina eingesetzt hat, Vertreter der Bevölkerung zur Verwaltung des Landes heranzuziehen, geht nicht an Palästina vorüber.

. . .

Das Ziel des Delegiertentages soll die Neutralisierung der Z.V.f.D. sein, vor allem in kongreßpolitischen Fragen. Der deutsche Zionismus hat sich bisher von den anderen zionistischen Landesverbänden gerade darin unterschieden, daß er eine geschlossene Gruppe, eine zionistische Linie darstellte. Die zionistische Bewegung muß geschlossen sein, ihr Arbeitskreis muß alle Gebiete des zionistischen Lebens erfassen können. Diese Anschauung hat uns nicht gehindert in Opposition zu treten, z. B. gegen den Kurs des Linken Zentrums, wir haben aber niemals die Konsequenzen von Goldmann und den anderen gezogen und der Z.V.f.D. ihren einheitlichen, geschlossenen Charak-

ter zu nehmen versucht. Denn die Bedeutung des deutschen Zionismus beruht nicht in seiner zahlenmäßigen Stärke, sondern in seiner geistigen zionistischen Kraft. Die erstrebte Koalition der Leitung kann hier nur eine Schwächung bedeuten.

...

Lichtheim: ... Nach den Ereignissen in Palästina hörten wir als einzigen Ausdruck unseres politischen Wollens das Wort „Verständigung mit den Arabern". Diese Phrase ist zu einer Art Narkotikum geworden, mit dem man die Zionisten einschläfert. Die Erkenntnis der wirklichen politischen Probleme in Palästina wird verschleiert ...

...

... In dem jetzigen Stadium werden alle Vorschläge, die darauf hinzielen, sich mit dem Arabertum grundsätzlich zu verständigen, nur zu einer Verhinderung der Einwanderung führen. Es ist unmöglich für eine nationale Bewegung wie den Zionismus sich von vornherein irgend welche Grenzen zu setzen. Wir halten darum das ganze öffentliche Gerede darüber für unfruchtbar und schädlich. Hinter diesen Auffassungen steckt eine gewiß sehr ehrenwerte Theorie, die man vom Standpunkt der Verständigung der Völker rechtfertigen kann, die aber leider keine Stütze in der praktischen Politik der Völker findet. Wenn wir als erste diese Idee in die Wirklichkeit zu übertragen versuchen werden, wird unser Zusammenbruch sicher sein.

Daß die Araber gegen uns sein müssen, ist zu verstehen, denn sie wollen Palästina als arabisches Land behalten. Wir betonen immer die praktische Bedeutung des Zionismus für die Araber, die darin liegt, daß wir dem Land und dem Volk großen materiellen Nutzen bringen. Das ist richtig, aber ebenso richtig ist – und das hat Dr. Ruppin auch zugegeben –, daß der rein materielle Vorteil nicht dauernd sein kann. Es ist klar, daß wir uns der wirtschaftlichen Schlüsselpositionen zu bemächtigen versuchen, daß wir die fruchtbaren Küstenebenen an uns bringen wollen, und daß solche Bewegung nicht im materiellen Interesse der arabischen Gesamtbevölkerung ist. Darum ist heute eine politische Verständigung unmöglich, abgesehen von gewissen praktischen Maßnahmen, die die Executive treffen könnte.

Im deutschen Zionismus herrscht Verzichtstimmung. In dem Memorandum[2] wird von „neuer Zielsetzung" gesprochen. Es besteht die Tendenz, das Mandat so auszulegen, als ob die Araber genau dieselben Rechte wie wir in Palästina haben. Wenn wir uns auf diesen Standpunkt stellen, so ist unsere Position beim Völkerbund vollständig verloren. Dann gibt es keine Möglichkeit mehr zu verlangen, daß den Juden auch gegen den Wunsch der Araber der Weg nach Palästina geöffnet werden muß ...

Es ist nicht wichtig, ob der deutsche Zionismus sich sein Präsidium aus drei oder fünf Leuten zusammenstellt, ob man einen Präsidenten oder ein Kollegium wählt. Politik wird von Menschen gemacht, es kommt daher darauf an,

---

[2] Vgl. die „Denkschrift", Dok. 183.

welche Menschen gewählt werden. Zur Frage der Redaktion: Die Redaktion der Rundschau muß, auch wenn sie eine politische Meinung vertritt, viel sachlicher sein und mehr Rücksicht auf Meinungen anderer Gruppen nehmen. Sie muß deren Äußerungen bringen, ohne jedesmal gleichzeitig die Meinung des Redakteurs dazu zu äußern. Dr. Weltsch hat die Tendenz, jede andere Meinung tot zu machen und nur seine eigene gelten zu lassen. Es besteht nun die Frage, ob der deutsche Zionismus in seiner politischen Gesamthaltung den Weg der Gruppe Blumenfeld-Weltsch oder den Weg der anderen Gruppen gehen will ... Die deutschen Zionisten müssen sich entscheiden, entweder dieselbe Leitung und Redaktion beizubehalten, oder – wenn sie anderer Meinung sind – den Delegiertentag einzuberufen und eine andere Leitung und Redaktion wählen.

...

Blumenfeld: ...

Ich bin für die Abhaltung des Delegiertentags eingetreten und der Geschäftsführende Ausschuß hat sich meinem Antrage einstimmig angeschlossen. Ich halte den Delegiertentag für erforderlich, da ich keine Möglichkeit sehe, die zionistische Arbeit in anderer Weise fortzuführen. Eine klare Entscheidung muß fallen. Leider sind die Parolen für die Tagung uneinheitlich. Die einen wollen die kongreßpolitische Auseinandersetzung, um anstelle der bisherigen politischen Leitung der Z.V.f.D. eine andere Leitung zu setzen, die die Machtmittel der Z.V.f.D. in anderem Sinne benutzt. Eine andere Gruppe will die kongreßpolitische Debatte zum Zwecke der Entpolitisierung der Z.V.f.D. und eine dritte Parole verlangt in erster Linie eine Änderung der zionistischen Arbeit in Deutschland. Die Opposition ist unter sich ganz uneinheitlich.

Diese Uneinheitlichkeit entspricht dem gegenwärtigen Zustand der Zionistischen Organisation. Wir sind in Parteien zerfallen und das Parteigefühl ist stärker als das Bewußtsein der Gesamtverantwortung. Die Gründung jeder neuen Gruppe wird begrüßt und als Zeichen der Stärke gedeutet. Politische Differenzierung soll die politische Reife in einer Zeit der Verwirklichung beweisen. Man könnte die umgekehrte Behauptung aufstellen. Politisch reife Völker kommen mit wenigen Parteien aus, politisch unentwickelte Völker haben eine Überzahl von Parteien. Grundsätzlich könnte man meinen, daß in der Frühzeit des Zionismus, als die Sorge für ein werdendes Erez Israel noch nicht bestand, wo man also nur gedanklich oder wie wir immer sagen, weltanschaulich getrennt war, viele Parteien möglich gewesen wären. Zum Denken braucht man keine Gehilfen. In einer Zeit des realen Aufbaus aber kommt es darauf an, möglichst weite Kreise auf große gemeinsame Ziele politisch zu einigen. Bei uns fällt es manchen Parteien schon schwer, sich sachlich ausreichend zu fundieren; sie sind zunächst Personenparteien und werden erst später zu Programmparteien. Dazu kommt noch, daß es innerhalb dieser Parteigruppen nicht einmal eine einheitliche Ansicht gibt. Fast jede dieser Par-

teien ist in sich genau so uneinheitlich wie der gesamte Weltzionismus. Wir stehen vor der Tatsache zunehmender Atomisierung. Und besonders beklagenswert ist nicht der Mangel einer einheitlichen Ansicht, sondern der Mangel einer einheitlichen Stimmung.

...

Es ist das gute Recht der Kollenscher-Gruppe, eine neue Leitung zu verlangen, aber nur dann, wenn sie selbst diese Leitung übernehmen will. Sie muß den Mut haben, den gegenwärtigen Vorsitzenden durch einen anderen zu ersetzen. Sie traut sich aber nur zu, die Arbeitskraft und Arbeitslust durch Zuwahl eines Präsidiums, das heißt einer Reihe von Aufpassern, einzuschränken. Ich glaube Ihnen beweisen zu können, daß sich auch bei Annahme Ihrer Vorschläge sachlich nichts ändern wird. Meinekestraße wird Meinekestraße bleiben. Es wird genau so sein wie heute bei der Executive der Weltorganisation. Keine Gruppe fühlt sich durch das Mitglied einer anderen Gruppe repräsentiert. Niemand glaubt, daß er die Verantwortung für das Ganze trägt. Sie werden die charakteristischen Mängel unseres parlamentarischen Systems auch in Deutschland erleben. Die Koalition wird nicht gemeinsame einträchtige Leitung aller Mitglieder des Präsidiums bedeuten, sondern ein Gegeneinanderarbeiten bei allen zu treffenden Maßnahmen. Wahrscheinlich wird man, wie man es bisher getan hat, den Vorsitzenden arbeiten lassen, aber im Falle irgend einer Entgleisung und eines Fehlers werden die Kollegen im Präsidium nicht etwa die Mitverantwortung übernehmen, sondern dann entrüstet ihren Kollegen preisgeben. Ich verstehe den Gedanken des Präsidiums bei denen, die eine Entmachtung der Z.V.f.D. erstreben, aber absolut nicht bei denen, die den Wunsch haben, die Z.V.f.D. als wirkende Kraft zu erhalten. Ein Wort in diesem Zusammenhang über die sogenannte Macht. Wir sind eine freiwillige Bewegung. Von der Macht der Meinekestraße habe ich wenig gemerkt. Für Sie ist Meinekestraße im wesentlichen ein politischer Begriff, für mich leider nur ein geographischer ...

...

Zu den kongreßpolitischen Streitfragen bemerke ich: Die Jüdische Rundschau wird in ihrer Haltung scharf angegriffen, und man will ihren Character durch ein Präsidium ändern, das mit der ständigen Überwachung von Dr. Weltsch betraut werden soll. Auch hier begehen Sie einen Irrtum. Eine Zeitung wird immer den Character ihres Redakteurs haben, wenn dieser Redakteur eine Persönlichkeit ist. Ich erkläre offen, daß ich die Überzeugung habe: Wir werden niemals einen Redakteur von den geistigen und menschlichen Qualitäten von Dr. Weltsch finden. Diese Anschauung ist nicht mit dem Anerkenntnis verbunden, daß ich mit allen in der Jüdischen Rundschau vertretenen Anschauungen einverstanden bin. Aber ich weiß, daß Dr. Weltsch durchaus bereit ist, Artikel, in denen er eine Sonderanschauung vertritt, mit seinem vollen Namen zu unterzeichnen, vorausgesetzt natürlich, daß die Mehrheit der Z.V.f.D. im großen und ganzen die von ihm verfolgte Linie

billigt. Die Auffassung, daß eine Kommission anstelle einer starken Individualität treten könne, ist für die Redaktion einer Zeitung ganz gewiß falsch, noch falscher als für die Leitung der Z.V.f.D.

...

Was die politische Grundhaltung betrifft, so genügen wenige Bemerkungen, da ich meine Ansicht bereits in einem Leitartikel in der Jüdischen Rundschau niedergelegt habe. Ich lehne jede quantitative Bagatellisierung des Zionismus ab. Unsere zionistische Arbeit muß das Ziel haben, mit aller Macht so schnell wie möglich Mittel und Menschen zu mobilisieren, um eine größere Position im Lande zu erobern. Quantität ist Qualität ... Das zionistische Problem ist nicht die Auseinandersetzung zwischen dem in Palästina lebenden Jischuw von 160 000 Juden mit den Arabern, sondern die Auseinandersetzung zwischen der gesamten zionistischen Welt, den kommenden jüdischen Bürgern, das heißt, auch allen in Zukunft einwandernden Juden, mit der nichtjüdischen Umwelt. Daher kann es keine Verständigung über die Quote der Einwanderung geben. Wir allein und unsere Kräfte haben über das Maß der Einwanderung zu bestimmen. Es bedarf keines Wortes, daß wir alle auf dem Boden der Balfour-Deklaration und des Mandates stehen und daß wir die größten Anstrengungen machen müssen, um die Mandatsregierung zu veranlassen, die für die Schaffung der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina erforderlichen Voraussetzungen herbeizuführen. Dabei ist es klar, daß unsere Politik sich mit umso größerem Erfolg auf die uns zustehenden Rechte berufen kann, je stärker wir selbst im Lande sind ...

Was nun unsere viel erörterte Haltung zur arabischen Frage betrifft, so glaube ich, daß wir bei der Verständigung mit der arabischen Welt die Regierung nicht entbehren können. Die Araber müssen fühlen, daß die Mandatsregierung entschlossen ist, die Balfour-Deklaration durchzuführen. Aber keinesfalls dürfen wir bei unseren politischen Zukunftsvorstellungen alles Heil für unsere Sicherheit und unsere Entwicklung von der Regierung erwarten. Es scheint mir eine unerläßliche Notwendigkeit zu sein, so schnell wie möglich einen modus vivendi mit den Arabern herbeizuführen, und wenn ich so schnell wie möglich sage, so weiß ich sehr gut, daß es sich auch bei bestem Willen um einen Zeitraum handeln kann, dessen Ausdehnung niemand zu bestimmen vermag. Vor allem müssen wir endlich versuchen, über die arabische Welt Bescheid zu wissen. Wir brauchen ein gut ausgebautes arabisches Departement bei der Executive, und wir dürfen uns auf die Dauer nicht mit einem Zustand beruhigen, bei dem uns bei allen Forderungen nach einer Araberpolitik die Antwort gegeben wird: wir wissen ja gar nicht, mit wem wir verhandeln sollen.

Klar ist, daß zu aktiven Verhandlungen nur die Executive berechtigt ist. Das Verhalten von Dr. Magnes[3] z. B. ist aufs Schärfste zu verurteilen.

...

[3] Judah Leon Magnes (1877–1948). Liberaler Rabbiner. Nahm an vielen Zioni-

... Ich billige die Grundhaltung der Jüdischen Rundschau, deren offizielle Artikel in keiner Weise mit den hier vertretenen Anschauungen in Widerspruch stehen. Ich habe den Eindruck, daß sehr viele Zionisten, die heute gegen die Rundschau kämpfen, sie nicht sorgfältig genug gelesen haben und Opfer einer gegen die Rundschau geführten Propagandacampagne sind. Selbstverständlich gibt es zwischen mir und Dr. Weltsch keine hundertprozentige Übereinstimmung. Wo finden Sie überhaupt zwei Zionisten, die sich völlig miteinander identifizieren können? Aber im großen und ganzen halte ich diese Linie für richtig. Nach den Zwischenfällen, die wir erlebt haben, kam es entscheidend auf die Untersuchung an, wie die Wiederkehr ähnlicher blutiger Zusammenstöße zu vermeiden sei. Und bei dieser Untersuchung mußten mit allem Ernst Fragen erörtert werden, die wir bisher immer gern von uns abgeschüttelt haben.

...

Ich bitte Sie, für den Delegiertentag zu stimmen. Wählen Sie auf diesem Delegiertentag eine Leitung, die die Mehrheit hinter sich hat. Versuchen Sie nicht, die Z.V.f.D. zu entmachten und in einen völlig verantwortungslosen Zustand zu bringen. Ich werde auch mit einer Koalition zufrieden sein, falls sich herausstellt, daß diese Koalition ein arbeitsfähiges Ganzes zu bilden gewillt ist und falls Sie für die Leitung eine Lösung finden, die den Interessen der Z.V.f.D. entspricht. Wenn Sie den Vorsitzenden durch ein Präsidium ersetzen wollen, so werde ich in dieses Präsidium nicht hineingehen. Unter keinen Umständen dürfen Sie auf den Delegiertentag verzichten. Aller Schaden, der uns durch ihn entstehen konnte, ist bereits entstanden. Wir brauchen Klarheit und eine Reinigung der Atmosphäre. Beides kann nur durch einen Delegiertentag erfolgen.

...

Dr. Weltsch: ...

...

Wenn von Goldmann gesagt wurde, daß in Deutschland eine antizionistische Kampagne gegen uns geführt wird und daß der Zionismus sich in einer schwachen Position befindet, so glaube ich, daß der Zionismus in einer *starken* Position ist, von der er aber keinen Gebrauch macht. Wir stehen ja heute nicht nur vor der von Goldmann erwähnten antizionistischen Welle in Deutschland, sondern vor einer antizionistischen Front der ganzen Welt, einer Front nach drei Seiten, sowohl innerhalb des jüdischen Lagers, als auch seitens der Araber, als auch, was für uns das entscheidendste ist, seitens fast der gesamten europäischen Welt. Wenn ich auf dem Standpunkt meiner Gegner stände,

---

stenkongressen teil und war von 1905 bis 1908 Sekretär der „Federation of American Zionists". Mitbegründer des „American Jewish Committee". Von 1925 bis 1935 Kanzler der Hebräischen Universität und ihr Präsident bis zu seinem Lebensende. Mitbegründer des „Brith Schalom". Er befürwortete den bi-nationalen Staat und wurde wegen dieser Einstellung von vielen Richtungen angegriffen.

würde ich keine Möglichkeit sehen, diese Haltung der öffentlichen Meinung gegenüber dem Zionismus zu ändern, weil nämlich auch die *Freunde*, die wir haben, nur mit einer ganz bestimmten Motivierung für uns sind. Sie sind dafür, das jüdische Nationalheim aufzubauen und zu fördern, weil sie glauben, daß dieser Aufbau in einer Form möglich ist, die nicht im Widerspruch steht zu den berechtigten nationalen Aspirationen der Araber. Hier vor diesem geschlossenen innerzionistischen Forum muß noch einmal betont werden, daß es in unserem Interesse nicht richtig ist, nur immer auf diejenigen Äußerungen Dritter hinzuweisen, die uneingeschränkt für uns zu sprechen scheinen, und die Rundschau hat sich immer bemüht, diesen Eindruck über die öffentliche Meinung der Welt richtigzustellen. Auch die liberale öffentliche Meinung in Amerika wendet sich immer stärker von uns ab. Es taucht bei unseren Freunden die Frage auf: Wie stellen sich die Zionisten den Aufbau Palästinas vor im Einklang zu der dort vorhandenen arabischen Bevölkerung? Es spielen bei der Beurteilung des Palästina-Problems auch gewisse Vorstellungen aus dem Kriege eine Rolle, z. B. die Schlagworte von Befreiung der kleinen Nationen, Selbstbestimmungsrecht der Völker etc. . . .

Alle ernsten Äußerungen der englischen Welt, die ich kenne, bewegen sich etwa auf der Linie, daß sie sagen: selbstverständlich ist es die Aufgabe Englands, Palästina zur Selbstbestimmung zu erziehen, daneben besteht die Aufgabe, das jüdische Nationalheim zu schaffen. *Beide* Aufgaben müssen erfüllt werden. Daß wir uns auf das Mandat berufen, wie Dr. Kollenscher empfiehlt, ist doch selbstverständlich, das tun wir seit 10 Jahren. Aber wir können doch dabei nicht mit der Naivität eines neugeborenen Kindes auftreten, als ob wir nicht wüßten, daß alle diese Dinge bereits seit vielen Jahren intensiv behandelt werden, z. B. von der Mandatskommission des Völkerbundes, wobei viele kompetenten Stellen zu einem für uns nicht immer angenehmen Resultat gekommen sind, nämlich zu der Ansicht, daß die im Mandat verankerte Forderung des Jüdischen Nationalheims in einem gewissen Widerspruch stehe zum Art. 22 des Völkerbundpaktes, und daß man keinen Weg sieht, um aus dem Widerspruch herauszukommen. Im Jahre 1924 hatte der Völkerbundsrat sich mit dieser heiklen Frage zu befassen und damals ist es Chamberlain gelungen, über diese schwierige Lage hinwegzukommen. England hat gesagt, in der *Praxis* seien auch diese logisch einander widersprechenden politischen Aufgaben nebeneinander durchführbar. Jedes Jahr aber kommt diese Frage wieder. Der englischen Regierung lag daran zu zeigen, daß es in der Praxis ein solches Problem gar nicht gibt, und sie konnte es bisher zeigen. Nun ist durch die letzten Ereignisse insofern eine veränderte Situation geschaffen, als die Frage wieder akut geworden ist und so die Haltung der englischen Regierung desavouiert wurde. Nun heißt es, daß es doch nicht möglich sei, aus dem Zwiespalt einen Ausweg zu finden. Nun stehen wir wieder vor einem aut aut[4] – vielleicht ist dies günstig, vielleicht ungünstig für uns.

[4] aut aut – lat.: entweder – oder.

Bei uns besteht nun Meinungs-Verschiedenheit darüber, wie wir diese weltpolitische Situation zu unseren Gunsten wenden können. Es wurde hier von einem Redner (Lichtheim) gesagt, daß wir nur dann die öffentliche Meinung und die Unterstützung der Welt gewinnen können, wenn klar gemacht wird, daß Palästina nur die Heimat der Juden, nicht aber die der Araber ist. Demgegenüber behaupte ich, daß gerade diese Formel vielleicht die einzige ist, die die ganze zivilisierte Welt *gegen* uns aufbringen wird. Es handelt sich darum, eine Gegenformel zu finden ... Uns als Zionisten interessiert doch nicht allein, was jetzt in diesem Moment geschieht, unsere Aufgabe gilt für Jahre und Jahrzehnte. Selbst wenn alle Annahmen meiner Diskussions-Gegner richtig wären, so wäre es doch nicht möglich, für einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren die arabische Bewegung mit Gewalt niederzuhalten. Wenn heute innerhalb weniger Wochen die Kämpfe in Indien sich zu Gunsten eines indischen Dominions entscheiden, wenn Irak und Ägypten in den Völkerbund aufgenommen werden – in einer solchen Zeit wird es nicht möglich sein, in Palästina eine Enklave autokratischer Kolonialherrschaft zu bilden. England wird dies auch nicht tun, der Einfluß der öffentlichen Meinung in der Politik, die Stimmung in der Presse läßt es nicht zu. Diese Dinge zu sehen, ist nicht Defaitismus, denn ich glaube, daß es einen Ausweg gibt. Aber wir sehen leider nicht, daß die Instanzen der zionistischen Welt und diese selbst diesen richtigen Weg wählen. Wir sprachen von der „Revision der zionistischen Zielsetzung". Ich bin der Meinung, daß offiziell eine solche Revision gar nicht notwendig wäre, da die Zielsetzung in dem von uns 1922 acceptierten Weißbuch so formuliert ist, daß wir auch heute eine Chance haben, unser Ziel durchzusetzen und die Freundschaft der Welt zu gewinnen ...

Es ist eine Tatsache, daß jetzt Korrespondenten der gesamten Weltpresse nach Palästina gefahren sind, auch andere Persönlichkeiten, z. B. Abgeordnete der Labour-Party, die Prozionisten waren, und nachdem sie dort mit Zionisten und Arabern gesprochen haben, sind viele von ihnen als unsere mehr oder weniger erklärten Gegner zurückgekommen. Die amerikanische Presse war solange für uns, als sie von der großen jüdischen Gemeinde New Yorks beeinflußt wurde. Aber in dem Moment, wo die amerikanischen Berichterstatter nach Palästina kommen, ändert sich das. Und zwar finden wir fast überall die Begründung, daß der Zionismus ungerecht sei, weil er keine Rücksicht auf eine bestehende arabische Bevölkerung nimmt usw. Gewiß werden wir den Zionismus auch gegen die Feindschaft der ganzen Welt nicht aufgeben. Aber hier ist doch die Frage, ob nicht von unserer Seite eine schwere Unterlassung vorliegt. Wir müssen den Zionismus so interpretieren, wie wir ihn sehen und wie wir ihn durch unsere Unterzeichnung des Weißbuches interpretiert haben: als die Schaffung des jüdischen Nationalheims in der Weise, daß auch der vorhandenen arabischen Bevölkerung ihr Selbstbestimmungsrecht gegeben wird, wobei noch die endgültige politische Form festgesetzt werden soll und wobei wir auf Jahre hinaus noch den internationalen Schutz fordern. Es gibt

für diese Forderung eine Grundlage, indem man Palästina als *Sonderfall* der Geschichte darstellt, der nicht nur gegeben ist durch die Tatsache der Aspirationen der beiden Völker, sondern auch durch die religiösen Interessen verschiedenster Religionen, und daß aus diesem Grunde Palästina alle Zeiten einem internationalen Regime unterstellt sein muß, das auch die Errichtung des jüdischen Nationalheims garantiert. Ich bin überzeugt davon, wenn wir die Dinge so darstellen, daß die Welt sieht, daß wir wirklich nicht beabsichtigen, ein Volk zu unterdrücken, daß dann ein erheblicher Fortschritt in der zionistischen Weltposition erzielt ist. Das sind die positiven Möglichkeiten unserer zionistischen Aktion, das ist aber auch das zionistische Ziel, das ich für das einzig reale Ziel halte und auch für das erstrebenswerte, für das wir unsere Kräfte einsetzen. Ich protestiere dagegen, daß hier von Defaitismus gesprochen wird, wenn man die Tatsache konstatiert, daß unser zionistisches Ziel nicht anders zu realisieren ist als durch Ausgleich mit den realen Tatsachen in Palästina.

...

Es wäre für mich viel leichter, einen Standpunkt zu vertreten, der der zionistischen Welt genehm ist und den man überall lesen kann. Es handelt sich aber hier um eine Frage des zionistischen Gewissens. Jeder Zionist weiß, in welcher schwierigen Situation wir heute stehen. In dieser Situation ist es eine zionistische Aufgabe, eine gewisse revolutionäre Tat zu tun, wenn auch nicht alle damit einverstanden sind. Ich glaube, daß die Rundschau hier ein gewisses Verdienst für sich in Anspruch nehmen darf ...

...

Der Antrag des G.A. auf Einberufung des Delegiertentages für den 29. und 30. Dezember d. Jrs. wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

...

[190]
LOYALITÄTSERKLÄRUNG FÜR WEIZMANN
23. NOVEMBER 1929
WEIZMANN-ARCHIV

Berlin, 23. November 29

Lieber und verehrter Herr Dr. Weizmann,

Ich habe Ihren Brief an Kurt Blumenfeld[1] gelesen und hörte auch von Ihren Briefen an Landsberg und Einstein[2]; ich habe das Gefühl, daß Ihre Verstimmung zum Teil auf unrichtigen Informationen oder auf Mißverständnissen beruht, und dies veranlaßt mich, Ihnen zu schreiben.

Zunächst muß ich vorausschicken: Sie wissen wohl, wie ich zu Ihnen stehe und daß mir gegenüber Mißtrauen nicht am Platze ist. Ich habe in sehr schwierigen Momenten, als alle gegen Sie zu sein schienen, mich immer hinter Sie gestellt, in der Agency ebenso wie in der Politik, nicht aus „Landsknechts-Loyalität" (wie es Jabotinsky nannte), sondern aus Überzeugung. Ich habe in Ihrer Politik eine klare Linie gesehen, die beruhte auf Erkenntnis der gegebenen Tatsachen und der wirklichen politischen Konstellation, eine Politik der Selbsthilfe, die trotz allen Schwierigkeiten vor allem den *jüdischen* Machtfaktor[3] (einerseits Agency, anderseits wirkliche Positionen im Lande) zu stärken ausging, wo die „Masse" sich viel lieber auf irgend welche Wunder von außen gestützt hätte etc. Ich glaube – wenn ich das sagen darf –, daß viele Ihrer persönlichen Freunde, von denen Sie auch jetzt vielleicht zum Teil informiert wurden, politisch durchaus nicht immer so mit Ihnen übereinstimmten. Doch das nur nebenbei.

Auch jetzt, in dieser besonders schwierigen Zeit, glaubte ich, Ihre Politik und Ihre wirklichen (vielleicht nicht immer ausgesprochenen) Absichten zu

---

[1] In einem Brief an Kurt Blumenfeld vom 13. November 1929 drückte Weizmann tiefe Betroffenheit über das Verhalten seiner engen deutsch-zionistischen Mitarbeiter aus, wobei er speziell Moritz Bileski und Robert Weltsch namentlich erwähnte. Weizmann bezog sich dabei auf die Denkschrift, die führende deutsche Zionisten am 16. September 1929 (vgl. Dok. 183) an die Zionistische Exekutive gesandt hatten. Dieser Denkschrift war ein erklärender Brief vom 15. Oktober 1929 gefolgt, der von Bileski und Weltsch unterzeichnet war (Weizmann-Archiv). Kaplansky antwortete bereits am 8. Oktober 1929 (CZA, S 25/3004) für die Exekutive. Der Hauptangriff, der in diesem Memorandum und dem Brief der deutschen Zionisten unternommen wurde, bestand in der Kritik der Behandlung der arabischen Frage durch die Exekutive. Für Weizmanns Brief an Kurt Blumenfeld vgl. CZA, Z 4/4004/I.

[2] Weizmann schrieb an Alfred Landsberg am 13. November 1929 und an Albert Einstein am 16. November 1929. In beiden Briefen drückte er ähnliche Gefühle aus wie die in seinem Brief an Kurt Blumenfeld. Vgl. Weizmann-Archiv.

[3] Bezieht sich auf die Politik der Zionistischen Organisation, so viele Siedlungen als möglich in Gegenden mit spärlicher jüdischer Bevölkerung zu errichten.

unterstützen. Als wir das Memorandum an die Exekutive schrieben, sagten Sie mir in London, Sie seien mit den Hauptgedanken völlig einverstanden und hätten stets dieses Programm vertreten. Sie sprachen zum P. M.[4] von einer Round Table Conference und von einem Middle East-Locarno[5]. In unserem zweiten Brief[6] an die Exekutive steht:

> Wir haben den Eindruck, daß die Exekutive zu ihrer unentschlossenen Haltung durch das Gefühl veranlaßt wurde, daß die Bewegung ihr ... nicht folgen würde. Aus diesem Grunde hielten wir es für wichtig, der Ex. mitzuteilen, *daß wenigstens ein Teil der Bewegung bei einer solchen Aktion hinter ihr stehen würde.*

Und zum Schluß:

> Die meisten Zionisten sind über diese Grundtatsachen völlig im Unklaren, weil sie von keiner autoritativen Stelle aufgeklärt werden, wie die Dinge wirklich liegen. Es ist die sehr schwere Pflicht der Exec., diese undankbare Aufgabe auf sich zu nehmen ... und *wir sind bereit, die Exekutive bei einer solchen Politik der Aufrichtigkeit mit allen Kräften zu unterstützen.*

Wir haben mit Besorgnis gesehen, daß nach den traurigen Vorfällen in Palästina und in einer natürlichen Erregung, die uns alle zur völligen Besinnungslosigkeit hinzureißen drohte, weite Teile, ja fast die ganze Bewegung sich nur durch ihre Wut bestimmen ließ. Man wollte Krieg führen gegen England, die Araber und die ganze Welt gleichzeitig. Wir waren der Meinung, daß sich dadurch unsere Position sehr verschlechtern kann und aus dieser schweren Besorgnis traten wir auf, und haben wir gesagt, was wir sagten.

> *Niemals aber war es unsere Absicht, noch ist es heute unsere Absicht, politische Separat-Aktionen irgendwelcher Art zu führen. Unsere „Politik" bestand ausschließlich in unserer Korrespondenz mit der Exekutive und in unsern innerzionistischen Diskussionen.*

Ich habe auch in der „Jüdischen Rundschau", soweit es nur irgend möglich war, jede Diskussion über *konkrete* Einzelheiten vermieden und mich auf die allgemeine Richtlinie beschränkt, zu betonen: Man muß wissen, daß man nicht ewig Krieg führen kann, daß man nicht mit ewigen Haßgefühlen in einem Lande zusammenleben kann, und es muß, trotz allem, ein modus vivendi gefunden werden. Wie das geschehen soll, wer und wie man verhandeln soll, wie es im Einzelnen aussehen soll, darüber habe ich geflissentlich nicht reden lassen, oder doch so, daß es sicher nicht als „Schwäche" gedeutet werden konnte.

Auf der andern Seite aber glaube ich, daß durch alle diese Äußerungen

---

[4] Prime Minister.

[5] Bezieht sich auf die Locarno-Konferenz vom Oktober 1925, auf der die Vertreter von Frankreich und Deutschland sich auf ein friedliches Zusammenleben ihrer beiden Länder einigten.

[6] Brief von Moritz Bileski und Robert Weltsch vom 15. Oktober 1929, Weizmann-Archiv.

viel weniger Schaden gestiftet worden ist oder werden kann als z. B. durch eine Bemerkung eines prominenten Zionisten, „die arabische Frage könne erst dann gelöst werden, wenn die Juden die Mehrheit im Lande haben“ [7] – diese Bemerkung, von der arab. Presse immer wieder abgedruckt, allen Europäern in Palästina vorgelegt, von den Korrespondenten der großen Zeitungen so oder so wiederholt (ich meine jetzt nicht gerade diesen Ausspruch, aber seinen Sinn) –, *das* schadet uns, nach meiner bescheidenen Meinung, mehr als alles. Ich habe sehr aufmerksam die ganze Weltpresse verfolgt. In England, Frankreich, Italien, Deutschland, und jetzt auch in Amerika fragen *alle*: Wie stellen sich die Zionisten ihr Verhältnis zur Landesbevölkerung vor? Die einzige Antwort, die von unserer Seite bekannt wird, liegt in der Richtung des oben zitierten Ausspruches. (Etwas anderes, der Wirklichkeit Näherkommendes zu sagen, würden die Zionisten als „Schwäche“ bezeichnen.) Ich will nicht darüber diskutieren, ob diese unsere Haltung richtig ist. Aber den *Effekt* kann ich beobachten: Daß nämlich allmählich auch viele, die früher unsere Freunde waren, bes. aus linken und demokratischen Kreisen, gegen uns Stellung zu nehmen beginnen. Und die *Freunde*, die wir noch haben, vertreten doch sämtlich ein Programm des „Zweinationen-Staates“, kein einziger (vielleicht mit Ausnahme von Wedgwood [8]) ein Judenstaatsprogramm. Ich kann nicht verstehen, daß angesichts dieser Situation unsere Stellung geschwächt wird, wenn man offen ausspricht: Was wir in Pal. wollen, ist ein Zweinationen-Staat; für *dieses* Ziel fordern wir und brauchen wir die Unterstützung und Loyalität der Mandatarmacht und ihrer Beamten, müssen wir große Einwanderung haben etc., aber das alles *für uns* und um des Judentums willen, nicht aber als Instrument der Beherrschung der andern Bewohner des Landes, seien sie nun Majorität oder große Minorität. Wieso ist eine solche Erklärung „Schwäche“ –? Wir haben es ja *immer* so gesagt, nicht etwa erst jetzt, nach den Pogromen. Vielleicht haben wir es nicht immer klar genug gesagt, und Sie wissen ja auch selbst, welcher üble Chauvinismus in Palästina gezüchtet wird und wie töricht sich unsere braven Leute dort benehmen, – aber unsere offizielle Politik und auch die englische ging doch stets in dieser Linie. Ist denn das besondere Klugheit, eine Pose anzunehmen, durch die man zwar nicht den Judenstaat schafft, aber alles Odium, das ein (fiktiver) Judenstaat erzeugen kann, auf sich zieht! In all den Punkten, glaube ich, denken Sie doch genau so wie wir. Sie haben in Ihrer bewundernswerten Rede auf dem Wie-

---

[7] Bezieht sich auf eine Rede von Nahum Sokolow, die er nach den Unruhen von 1929 in Zürich hielt. Vgl. die Richtigstellung des Berichtes von Sokolow in der Jüdischen Rundschau, Nr. 77 vom 1. Oktober 1929.

[8] Josiah Clement Wedgwood (1872–1943). Englischer Staatsmann und Förderer des Zionismus. Trat mit Nachdruck im Unterhaus und auch im Oberhaus, in das er 1942 gewählt wurde, für zionistische Forderungen ein. 1928 veröffentlichte Wedgwood sein Buch „Palestine: The Seventh Dominion“, in dem er für die Errichtung eines sich selbst verwaltenden jüdischen, zum Britischen Weltreich gehörigen Dominions Palästina eintrat.

ner Kongreß[9] auch den Zionisten die Position klarzumachen versucht. Wir haben Sie stets unterstützt, und ich glaube, mit gutem Erfolg, natürlich nur soweit unser „Machtbereich" der deutschen Zunge geht. Ich sehe aus Ihrem Brief an Kurt und aus andern, mir nur indirekt bekannten Äußerungen nicht, wo der eigentliche Gegensatz liegt. Aber ich respektiere selbstverständlich Ihre Auffassung der Lage und werde daraus natürlich persönlich die Konsequenzen ziehen. Ich glaube, daß auch jetzt die große Mehrheit der deutschen Zionisten (obwohl der Revision. an Boden gewinnt) hinter Ihnen steht, und wenn Sie meinen, daß durch die Haltung der „J.R." und durch ernste Meinungsverschiedenheiten dieses Verhältnis gestört wird, dann werde ich verschwinden.

In der nächsten Zeit soll hier wegen der politischen Meinungsverschiedenheiten ein Delegiertentag sein. Ich habe mich immer auf den Standpunkt gestellt, daß die politische Debatte dort unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden muß. Aber der Zweck des Deleg. Tages und all dieser Kämpfe ist mir sehr zweifelhaft, wenn *Sie* gegen uns Stellung nehmen. Denn wir haben, wie gesagt, unsern Kampf geführt, um der Exek. für das, was sie wird tun müssen, den Weg zu ebnen. Wir fürchten die Stimmung der Ernüchterung, die nachher kommen muß. Wenn Sie aber anderer Meinung sind, dann bleibt für uns natürlich nichts zu tun. Wir können dann vielleicht privat unsere Ansichten vertreten, aber wir können uns nicht als eine Art Hochverräter behandeln lassen.

Ich sende eine Abschrift dieses Briefes an Blumenfeld, der das weitere veranlassen muß.

Ich bitte Sie nur noch persönlich, mir zu glauben, daß mir nichts ferner lag als Ihnen in Ihrer schwierigen Arbeit und Lage noch mehr Erschwerungen zu bereiten.

Ich freue mich auch, zu hören, daß es Ihnen gesundheitlich besser geht, hoffentlich bessert es sich weiter.

Ihr herzlich ergebener
Robert Weltsch

---

[9] Bezieht sich auf den XIV. Kongreß, der in Wien vom 18.–31. August 1925 stattfand.

[191]
Politische Debatte und Beschlüsse
des Jenaer Delegiertentages
29.-30. DEZEMBER 1929

Jüdische Rundschau

XXXV. Jg., Nr. 2, 7. Januar 1930, S. 11–16; Nr. 1, 3. Januar 1930, S. 1–3

Die politische Debatte in Jena

...

Georg Landauer (Hitachduth und Sozialistische Zionisten):

... Nach Erringung der Balfour-Deklaration, nach ihrer internationalen Anerkennung und Sicherung durch das Mandat, bleibt *in der Kette der politischen Erfolge eine Lücke*, die nur durch die Lösung des jüdisch-arabischen Problems geschlossen werden kann. Dieser Mangel hemmt unseren Fortschritt überall. Man kann fast alle unsere Beschwerden gegen die britische Verwaltung und die Schwierigkeiten in der englischen Politik zusammenfassend als *ein Zurückweichen* Englands vor arabischen Forderungen, *d. h. vor dem ungelösten jüdisch-arabischen Problem* charakterisieren. Dieses jedoch ist ohne Aktivität von unserer Seite nicht zu lösen. Soll die Zukunft die beiden Völker zusammenführen, so muß ein entsprechender Kurs *in der gegenwärtigen Politik* eingeschlagen werden. Wir wenden uns gegen alle jene Anschauungen, die für eine Politik der Verständigung dann sind, wenn wir erst einmal das fait accompli der jüdischen Mehrheit in Palästina geschaffen haben ... Unsere Anschauung, daß in unserer Leistung unsere Stärke liegt, ermutigt uns auch zu einer Politik der Verständigung mit der arabischen Bevölkerung. Der Pfeiler, auf dem neben unserem Leistungswillen unsere Arbeit ruht, ist *das Bewußtsein unseres Rechts*, der Gerechtigkeit unserer Sache. Aber wir wollen, daß Recht und Gerechtigkeit uns auch fernerhin zur Seite stehen. *Wir wollen in Palästina in voller nationaler Freiheit leben und wollen auch die nationale Freiheit der arabischen Bevölkerung nicht antasten.* Wir erstreben keine Souveränität über eine nichtjüdische Bevölkerung, wir wünschen nicht, der jüdischen Freiheitsbewegung eine Spitze gegen andere zu geben ...

...

---

* Der XXIII. Delegiertentag fand am 29. und 30. Dezember 1929 in Jena statt. Auf ihm wurden Kurt Blumenfeld als Vorsitzender der ZVfD und Alexander Adler, Alfred Berger, Dr. Siegfried Kanowitz, Dr. Georg Landauer, Edmund Levy, Dr. Siegfried Moses und Dr. Oskar Wolfsberg als Mitglieder des GA gewählt. Vgl. Jüdische Rundschau, Nr. 1, 3. Januar 1930, S. 1 und Nr. 2, 7. Januar 1930, S. 11.

Der „Misrachi“, vertreten durch Adler, Levy und Wolfsberg, trat unter dem Einfluß seiner Jugendorganisation auf dem Jenaer Delegiertentag wieder in den GA ein.

Lichtheim (Revisionist):

... Ich habe mich seit Jahren bemüht, in die Gedankengänge meiner politischen Gegner einzudringen und glaube, daß ich diese Gedankengänge richtig etwa folgendermaßen rekonstruiere: Die Gruppe Weltsch glaubt, daß die Balfour-Deklaration und das Mandat das politische Geschenk einer ungewöhnlichen Konstellation waren, daß sie den Tatsachen weit vorauseilten, und daß wir uns daher auf einen anderen Boden stellen müßten, als er uns staatsrechtlich durch Balfour-Deklaration und Mandat gegeben war. Hieraus folgte jene Verzichtstimmung bezüglich der politischen Forderungen, die an England zu richten waren, deren Erfüllung aber nach revisionistischer Auffassung die unentbehrliche Voraussetzung aller Arbeit in Palästina ist. Nach Ansicht der Gruppe Weltsch sollten erst einmal neue ökonomische Tatsachen geschaffen werden, aus denen das jüdische Palästina dann sozusagen von alleine herauswachsen würde. Um dahin zu gelangen, hielt diese Gruppe es nicht in erster Linie für notwendig, die Forderungen an England zu richten, die wir in den Vordergrund stellen, sondern sie wünschte zunächst und vor allem die Verständigung mit den Arabern. Dies scheint mir eine richtige und loyale Deutung der Gedankengänge dieser Gruppe ...

... Es ist falsch zu sagen, die Araber haben genau das gleiche Recht in Palästina. Wir bestreiten ihnen nicht ihre Rechte als Einwohner dieses Landes, aber es ist unmöglich, das geschichtliche Recht des jüdischen Volkes mit dem Anspruch, den der Fellache auf seinen Grund und Boden hat, zu vergleichen. Wie will man dann den Anspruch des jüdischen Volkes auf Kolonisation in Palästina begründen? ... Die Welt akzeptiert den Zionismus als eine große geschichtliche Sache, die dann mit realen Mitteln durchgeführt werden muß, oder gar nicht ... Man muß doch verstehen, daß die Araber gegen den Zionismus sind. Denn wo in aller Welt ist es vorgekommen, daß eine Bevölkerung, die in einem halbleeren Lande sitzt, es gern sieht, daß ein Volk von ganz anderer geschichtlicher Entwicklung – denn wir gehen als Europäer nach Palästina – in großen Mengen einströmt, Land kauft, soviel es kann, wirtschaftliche Positionen besetzt, soviel es kann, Menschen hereinbringt, soviel es kann. Die Verständigung mit den Arabern wird kommen, wenn wir unter dem Schutz der Mandatarmacht im Lande so stark geworden sind, daß die Araber mit dem Nationalen Heim als fait accompli rechnen müssen. Eher nicht. Und darum ist es vollständig wahr, aber unvermeidlich, daß wir in Palästina auf Grund der *Macht* kolonisieren. Wer dies nicht wollte, durfte die Balfour-Deklaration nicht wollen. Wir können jetzt von dieser Linie der Politik nicht zurück, sonst ruinieren wir alles. Nur auf Grund dieser Macht wird das Jüdische Nationalheim entwickelt werden. Wenn die Jüdische Heimstätte ein fait accompli ist, wenn wir einmal die Majorität sind, dann werde auch ich jeden jüdischen Chauvinismus bekämpfen.

...

Weltsch:

...

Die zionistische Welt hat ihren geistigen Ursprung nicht in den Realitäten Palästinas, sondern in der Problematik der Judenfrage, und sie hat jahrzehntelang ihre Ideologie entwickelt, ohne sich um das konkrete Land Palästina zu kümmern. Es ist daher nicht verwunderlich – und ich bin der letzte, der einen Vorwurf daraus machen würde –, daß man in der Stunde der Verwirklichung ganz naiv das vorher entstandene abstrakte Programm des „Judenstaates“ auf das konkrete Palästina anwenden wollte. Sicher ist, daß niemand von uns in den Anfangstagen der Judenstaats-Idee an eine Entrechtung oder Unterdrückung der Araber dachte, denn man dachte überhaupt nicht an die Araber, sondern nur an das eigene legitime Ideal der möglichst freien nationalen Entfaltung. Aber der entscheidende Gesichtspunkt ist eben der, daß wir aus dem Stadium der reinen Ideologie in das Stadium der *Verwirklichung* eingetreten sind, ein Unterschied, der bis heute den meisten Zionisten nicht klar ist. Denn während wir in der Welt der Ideologie mit uns allein waren, stehen wir plötzlich in der Welt der Wirklichkeit, wo unsere Worte auch von anderen gehört und gedeutet werden und ein ganz anderes Gewicht bekommen. Wenn wir *hier* von „Judenstaat“ sprechen, so meinen wir vielleicht ... jenen sentimentalen Begriff, der uns allen aus den Anfängen des Zionismus teuer ist. Aber die Welt versteht es anders und wir dürfen uns nicht wundern, wenn sie sich darüber Gedanken macht ... *Wir* sind *Optimisten*, weil wir glauben, daß der Zionismus verwirklicht werden kann, und zwar in dem Palästina unserer historischen Verbundenheit, freilich nicht in der Form, daß Palästina ein Judenstaat wird, sondern in der Form, daß das Jüdische Nationalheim in Palästina errichtet wird an der Seite des dort bestehenden und sich gleichfalls ständig entwickelnden arabischen Gemeinwesens. Das ist es, was wir den „binationalen Staat“ nennen. Das künftige Palästina wird *politisch* die Heimat der dort wohnenden arabischen Gemeinschaft und die Heimat der dortigen jüdischen Gemeinschaft sein, und darüber hinaus ist es *ideell* der Ort des Nationalen Heimes für das jüdische *Volk als Ganzes*. Insofern ist die jüdische Beziehung zu Palästina einzigartig und nicht zu vergleichen mit der arabischen, denn für das arabische Volk in seiner Gesamtheit (zum Unterschied von den palästinensischen Arabern) ist Palästina kein „Heim“ ... Um dieses große Ziel zu erreichen, bedarf es des Aufgebots aller schaffenden jüdischen Kräfte, und das Ziel ist auch *aller Kräfte wert*. Man soll nicht geringschätzig davon reden und man soll sich die Polemik nicht zu leicht machen, indem man etwas ablehnt, was nie von ernsthaften Menschen vertreten wurde: ein „kulturelles Heim“, das aus einem Museum besteht o. ä.

Wenn wir uns auf Mandat und Balfour-Deklaration stützen, dann dürfen wir nicht Aspirationen daraus herleiten, die in diesen Dokumenten nach der wiederholten Interpretation aller zuständigen Stellen nicht enthalten sind ... Tatsächlich haben wir uns zuweilen so verhalten, als ob wir als Herren im

Lande aufträten. Dies aber schafft immer neue Hindernisse auf dem Wege der Verwirklichung des Zionismus. Wenn Goldmann das alles bagatellisiert und entrüstet sagt, alle Zionisten wollen nur Frieden, betrügt er *nur* sich selbst, alle andern werden dadurch nicht blind. Die Bereitschaft, Frieden zu machen, wenn der andere sich unterwirft, ist doch kein wirklicher Friedenswille. Und die ganze Welt beobachtet uns und stellt uns täglich die Fragen, ... wie wir uns die politische Zukunft Palästinas bzw. seiner beiden Völker denken. Darum kann man gar nicht genügend oft und eindringlich betonen, daß unsere gesamte Politik im Einklang mit den Realitäten Palästinas geführt werden muß, daß wir die Existenz der Araber bejahen und daraus Konsequenzen für unsere Zielsetzung ziehen müssen ...

...

Kurt Blumenfeld:

...

Die politische Hauptfrage, in der ich mich mit Weltsch decke und die ich schon früher berührt habe, ist die Frage des sogenannten „binationalen Staates". Es ist grundfalsch, heute so zu tun, als ob es sich im wesentlichen um einen taktischen und nicht um einen grundsätzlichen Gegensatz handelte. Die Frage, *wann* man mit den Arabern verhandelt, ist nicht geeignet, eine Spaltung im Zionismus herbeizurufen. Die Entscheidung dieser Frage liegt ausschließlich bei der Exekutive. Sie hat die Verantwortung dafür, den richtigen Augenblick nicht zu verpassen. Die Geister scheiden sich aber, wenn das Problem Judenstaat oder Zweinationalitäten-Staat behandelt wird. Ich stelle fest, daß niemand, der hier gesprochen hat, ein Ziel erstrebt, das mit dem alten Judenstaatsbegriff identisch ist. Goldmann hat den Judenstaat einen sentimentalen Begriff genannt und auch Lichtheims Judenstaatsideologie hat mit dem eigentlichen Judenstaat nicht mehr so sehr viel zu tun. Versuchen Sie aber nicht den Eindruck zu erwecken, daß den Judenstaat, d. h. den Staat, in dem die Araber sich mit nationalen Minderheitsrechten begnügen müssen, niemand erstrebt. Gewiß sind die Vorstellungen, die mit diesem Judenstaat verbunden werden, unklar genug. Aber diese Unklarheit ist immer mit der Vorstellung einer prävalierenden politischen Machtposition verbunden, die der Stellung der Staatsnation eines europäischen Nationalstaates alten Stils entsprechen soll. Berufen Sie sich nicht auf Herzl. In Herzls Schriften kam das Wort Araber nicht vor. Er hat das palästinensische Nationalitätenproblem nicht gekannt und nicht kennen können. Begnügen Sie sich auch nicht mit dem Zugeständnis begrenzter, von uns zu bestimmender Rechte für die arabische Nation. Unser Freiheitsbegriff, der seine volle Auswirkung verlangt, kann es nicht ertragen, daß wir die nämliche Freiheit nicht auch dem arabischen Volke zubilligen. Wir wollen das Palästinamandat dem Wortlaut und dem Geiste nach ausgeführt sehen, aber wir glauben, daß die Erfüllung aller unserer Wünsche vereinbar ist mit der nationalen Freiheit der arabischen Nation. Balfour-Deklaration und Mandat erstreben das Jüdische Nationalheim in

Palästina. Mit voller Deutlichkeit sei jedoch betont, daß wir unter keinen Umständen eine quantitative Bagatellisierung unserer Sache dulden können, daß es für uns keine Verhandlung über das zulässige Maß der Einwanderung geben kann. Die Frage der Alijah ist die Kernfrage des Zionismus ...

...

Weizmanns Schlußrede

...

Die Ausführungen von Dr. *Weltsch* habe ich mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Wenn er aus der ganzen Rede nur die Definition des Nationalen Heims herausgeschält hätte, so wären vielleicht Mißverständnisse und Schwierigkeiten auf dieser Tagung erspart geblieben. Was man wissen wollte und wissen will, ist, daß Palästina ein Nationales Heim für das jüdische Volk ist und daß es ein Heim für 600 000 Araber ist. Das „Nationale" Heim des arabischen *Volkes* ist in Bagdad, Kairo, Damaskus, in dem Dreieck, von dem ich gesprochen habe. Die Araber haben mehrere „nationale" Heime. Ich weiß nicht, ob diese Dinge früher in Artikeln der „Rundschau" klar zum Ausdruck kamen, aber es scheint mir, Weltsch ist ein Opfer mancher seiner Freunde. In diesem Saal ist, wie richtig betont wurde, niemand anwesend, der das Mandat und die Balfour-Deklaration um ein Jota mindern will, darüber hat man sich wohl verständigt ...

...

Ohne Ihnen ein Kompliment zu machen, die Debatte heute ist in die Tiefe gegangen. Es war eine große Debatte. Das hat Sie einander gewiß näher gebracht. Ich glaube nicht, daß Sie das Recht haben, die Freunde, mit denen ich die Ehre hatte, jahrelang zusammen zu arbeiten, des *Pessimismus* zu beschuldigen, nur weil sie *Illusionen* zerstörten, die *schon zerstört dalagen.* Im Gegenteil – wenn man trotz zerstörter Illusionen mit Mut die tägliche Arbeit tut und leistet, was hier geleistet wurde, ist man kein Pessimist. Die Kraft, Menschen zu gewinnen, Geld zu schaffen, den Aufbau zu fördern, quillt nicht aus Pessimismus. Es war auch meine traurige Pflicht, Illusionen im Zionismus zu zerstören, weil ich Realitäten sah. Würde ich Ihnen Wirklichkeiten schildern, wie ich sie in den letzten sechs Wochen sah, Sie würden sagen, man muß ein Held sein, um weiter zu gehen und weiter zu arbeiten. Und trotzdem habe ich heute morgens gesagt, wir sind ein ewiges Volk, wir werden auch dieses überstehen. Da kommt es nicht darauf an, welche Formel wir haben. Das jüdische Volk ist unzerstörbar, es findet seinen Weg, es hilft sich durch, auch durch Schwierigkeiten, die aller menschlichen Logik widersprechen. In der Formel: „Ohne Judenstaat ist das jüdische Volk in Palästina nicht möglich", steckt ein großes Stück *Assimilation.* Judenstaat, Nationalstaat, das sind Begriffe, die auf unsere Bewegung nicht passen. Deswegen haben wir trotz aller Rückschläge Siege erzielt. Rückschläge und Siege zusammen haben uns gestärkt und wir sind ein großes Stück weiter gekommen. Heute haben wir uns die Achtung der Welt erworben und stehen heute da als ein Faktor, mit dem

man rechnen wird. Die Entwicklung ist langsam und schwer, aber das sind die Geburtswehen der messianischen Zeit. Lassen Sie mich schließen mit der Hoffnung auf bessere Tage, mit der Hoffnung, daß diejenigen, die nach uns kommen, weniger von diesen Schmerzen fühlen werden und den derech hamelech [1] nach Palästina betreten können. (Starker Beifall.)

Der Jenaer Delegiertentag

...

Die Abstimmung über die außenpolitische Debatte wurde durchgeführt in der Form der *namentlichen Abstimmung* über drei Resolutionen.

Die erste Resolution, eingebracht von

Radikalen und Revisionisten

lautet:

„Der Delegiertentag mißbilligt die Haltung der „J.R.", die die eindeutige Betonung der politischen Grundauffassungen des Zionismus vermissen läßt und den Erfordernissen der gegenwärtigen Politik widerspricht."

Abgelehnt mit 47:94 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Die zweite Resolution, eingebracht von *Misrachi* und *„Unabhängigen Allgem. Zionisten"*, lautet:

„Der XXIII. Delegiertentag fordert nachdrücklich Wahrung unseres völkerrechtlich gewährleisteten Rechtes auf Schaffung einer Nationalen Heimstätte in Palästina. Er lehnt jede Zielsetzung ab. An dieser Grundeinstellung ist insbesondere festzuhalten bei den zur rechten Zeit einzuleitenden Verhandlungen, die die Schaffung eines friedlichen Zusammenlebens mit den Arabern in Palästina zum Gegenstand haben. Der Delegiertentag verlangt, daß die Haltung der „Jüdischen Rundschau", des offiziellen Organs der Z.V.f.D., mit diesen Grundsätzen in Einklang gebracht wird."

Zu diesem Antrag erklärt Herr *Blumenfeld*, daß er mit der Ablehnung des Antrages die Vertrauensfrage verbindet. Der Antrag wird sodann mit 84:54 bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

...

Die *angenommene* Resolution [2] [Blumenfelds] zur zionistischen Außenpolitik lautet:

Der Delegiertentag ermächtigt die Leitung der Z.V.f.D., zu den außenpolitischen Fragen nach den folgenden Grundlinien Stellung zu nehmen:

I. Das Fundament jeder zionistischen Politik ist der unzerstörbare Lebenswille des jüdischen Volkes, ihr notwendiges Ziel die Errichtung der nationalen im Palästina-Mandat anerkannten öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte.

II. Zur Durchführung dieser Politik verlangen wir nicht nur, daß in Zukunft unter allen Umständen Schädigungen des Aufbaus der Heimstätte durch die Regierung vermieden werden, wie sie in der Vergangenheit aus Gleich-

[1] Derech hamelech – wörtlich: Königsweg; sinngemäß: Weg ohne Hindernisse.

[2] Mit 82 : 53 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

gültigkeit oder Nachlässigkeit oder aus verständnisloser Abneigung gegen unsere Sache entstanden sind, sondern wir fordern die aktive Unterstützung der Mandatarmacht, zu deren Gewährung sie durch das Mandat verpflichtet ist und die sie uns bisher in hohem Maße vorenthalten hat.

III. Der Erfolg unserer Politik beruht entscheidend auf der eigenen Leistung des jüdischen Volkes. Daher bietet der Zusammenschluß des Gesamtjudentums in der Jewish Agency für unser Werk eine neue bedeutende Chance, die durch die Kraft und das Wachsen der Zionistischen Organisation zu einer Verbreiterung unserer politischen und wirtschaftlichen Basis geführt werden muß.

Schon heute ist unsere Position in Palästina und die Stärke des Jischuw eine zuverlässige Stütze für die Durchführung unserer nationalen Politik.

Unser Recht, in vollkommener Freiheit in das Land einzuwandern, darf nicht angetastet werden. Die volle Verwirklichung unserer Hoffnungen auf eine Wiedergeburt des jüdischen Volkes in Erez-Israel erfordert das ständige sichtbare Wachsen unseres Aufbauwerkes. Auf die Förderung und Unterstützung der Chaluzbewegung ist besonderer Wert zu legen.

IV. Die zionistische Bewegung wünscht mit dem arabischen Volk in Eintracht und in gegenseitiger Achtung zu leben und zusammen mit ihm die gemeinsame Heimat in ein blühendes Gemeinwesen umzuwandeln, dessen Aufbau allen seinen Bevölkerungsteilen ungestörte nationale Entwicklung sichert. (Resolution des XII. Zionistenkongresses.[3]) In diesem Geiste soll die Zionistische Organisation eine aktive planmäßige, die Errungenschaften des Mandates dem Wortlaut und dem Geiste nach sichernde Politik der Verständigung mit dem arabischen Volke aufnehmen, durch welche die der Schaffung der Nationalen Heimstätte entgegenstehenden Hindernisse auf friedlichem Wege beseitigt werden sollen. Politische Verhandlungen liegen ausschließlich in den Händen der Exekutive.

...

Erklärungen zu den Wahlen

Dr. Kollenscher: Meine Gruppe ist in den Wahlkampf getreten mit der Parole, für eine Koalition einzutreten. Es ist uns heute angeboten worden, in die Leitung einzutreten, aber wir haben das Angebot abgelehnt. Wenn wir von Koalition gesprochen haben, haben wir angenommen, daß sich der neue Zustand im Präsidium zeigen soll, so daß man sofort erkennt, daß eine grundlegende Änderung in der Führung der Z.V.f.D. eingetreten ist. Was uns angeboten wurde, ist, daß alle Gruppen, die gemeinsam in Opposition getreten waren, auch im Geschäftsführenden Ausschuß die Minderheit sein sollten. Darin sehen wir aber nur eine Fortsetzung des alten Zustandes, zumal sich auch in der Leitung der „Jüdischen Rundschau" und in ihrer Hal-

[3] Der XII. Zionistenkongreß fand vom 1.–14. September 1921 in Karlsbad statt.

tung nichts ändern soll. Wir wären also in dieselbe Lage versetzt gewesen, in der wir waren, als ich aus dem G.A. austrat.[4] Wir werden nunmehr außerhalb des G.A. unsere Politik in Verbindung mit den Gruppen, mit denen wir bisher zusammengearbeitet haben, fortsetzen. Es ist selbstverständlich, daß dabei unsere Mitarbeit an der gemeinsamen Arbeit so wie bisher nicht leiden wird. Wir werden in den Landesvorstand eintreten und auch in die Kommissionen gehen, in denen Sie uns Sitze anvertrauen; außerdem wird jeder einzelne von uns organisatorisch und propagandistisch seine Pflicht tun. Wir wollen alles tun, was zur Stärkung des Zionismus in Deutschland beiträgt.

Dr. Hans Bloch (Revisionisten): Das Ziel der Revisionisten im Wahlkampf zu diesem Delegiertentag war die Änderung des politischen Systems der Leitung der Z.V.f.D., im besonderen die Änderung der Redaktionsführung der „Jüdischen Rundschau". Die Majorität des Delegiertentages hat durch Annahme der Resolution Blumenfeld der bisherigen Führung das Vertrauen votiert und sich für die Politik der „Rundschau" ausgesprochen, die sich mit den Bestrebungen des Brith Schalom deckt. Die Revisionisten können folgerichtig nicht in die Leitung der Z.V.f.D. eintreten, weil sie damit die Mitverantwortung *für das herrschende System* übernehmen würden. *Gegen dieses System* werden wir unseren politischen Kampf fortführen, im übrigen aber selbstverständlich nach wie vor an der gemeinsamen zionistischen Arbeit teilnehmen.

Dr. Nahum Goldmann: Nachdem ich dem G.A. viele Jahre angehört habe, veranlassen mich schwerwiegende Motive, das Angebot, auch jetzt einzutreten, abzulehnen. Wenn ich nicht eintrete, trotzdem meine Gruppe auf dem Boden des Koalitionsgedankens steht, so geschieht es in erster Reihe nicht, weil wir hier eine Minorität sind, sondern weil wir geglaubt haben, daß wir nach dem Ausgang der politischen Debatte und Bestätigung des Kurses des Redakteurs der „Jüdischen Rundschau", Dr. Weltsch, aus gesamtzionistischen Gründen nicht die Verantwortung nach außen übernehmen können. Wir werden selbstverständlich in Zukunft zionistisch mitarbeiten, aber gleichzeitig werden wir den Kampf gegen diese Politik fortsetzen. Wir hoffen, daß der nächste Delegiertentag eine Majorität bringen wird für einen politischen Kurs, der es ihm ermöglichen wird, wieder an der Leitung teilzunehmen.

Adler[5] (Misrachi): Der Misrachi stand ebenfalls im Kampf auf diesem Delegiertentag. Wir sind in den Wahlkampf zu diesem Delegiertentag eingetreten mit der Parole der breiten Koalition. Wir haben für diese breite Koalition bis zur letzten Möglichkeit gekämpft. Nachdem es sich herausge-

[4] Vgl. Abschrift eines Schreibens von Herrn R. A. Dr. Max Kollenscher an die ZVfD datiert vom 16. September 1929, Schocken-Archiv, 531/61. In diesem Brief teilte Kollenscher seinen Rücktritt vom Geschäftsführenden Ausschuß der ZVfD mit.

[5] Alexander Adler (1884–1958). Eine führende Persönlichkeit des „Misrachi" in Deutschland. Einige Jahre hindurch Redakteur von „Zion", der Monatsschrift des „Misrachi". Wanderte 1938 in Palästina ein.

stellt hat, daß bei der Konstellation auf diesem Delegiertentag diese breite Koalition nicht durchzuführen war, hielten wir es in der gegenwärtigen schweren Lage der Arbeit in Deutschland für zionistische Pflicht, in den G.A. auch in einer Koalition, die schwächer ausgefallen ist, als wir es eigentlich gewünscht hätten, einzutreten.

Vorsitzender *Dr. Rabin*[6] nimmt sodann die Wahlen vor. Der Präsident der Z.V.f.D. und der G.A. werden mit großer Mehrheit gewählt, sodann wird die Liste des Landesvorstandes und der Stellvertreter verlesen und gewählt. Nach Abschluß der Wahlen übernimmt der Präsident des Delegiertentages, Kurt Blumenfeld, den Vorsitz.

...

[192]
Die zionistische Haltung gegenüber dem Antisemitismus
19. FEBRUAR 1930
CZA, Z 4/3567/VI

Protokoll

der 6. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 19. 2. 1930

...

Unsere Haltung und unsere Maßnahmen gegenüber der antisemitischen Bewegung in Deutschland

Blumenfeld berichtet, daß er auf seinen Reisen den Eindruck gewonnen habe, daß die Juden heute überall stark unter dem Antisemitismus leiden, und daß diese Erscheinungen allmählich einen bedrohlichen Charakter angenommen hätten. Wir müßten überlegen, welche Möglichkeiten für die Z.V.f.D. bestehen, hier wirksam einzugreifen. Wir haben bestimmte Anschauungen vom Antisemitismus, wir sehen in ihm ein unentrinnbares Schicksal der Galuth-Existenz. Zu erwägen wäre, ob man nicht mit Hilfe der Persönlichkeiten des Pro-Palästina-Komitees in den Abwehrkampf eingreifen müßte. Redner selbst beurteilt einen solchen Plan sehr skeptisch. Notwendig sei die Herstellung der Solidarität der Juden gegenüber den Antisemiten. Die Juden müßten ihre große Macht auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete in den einzelnen Ländern wirksam in den Dienst der Bekämpfung des Antisemitismus stellen. Die Form, in der der C.V. seinen Abwehrkampf führt, sei von vornherein zur Wirkungslosigkeit verurteilt, weil er mit unzulänglichen Methoden und Menschen arbeitet. Wir stehen jetzt vor der Frage, ob

---

[6] Israel Rabin (1882–1951). Rabbiner. Führend im „Misrachi". Nach dem ersten Weltkrieg bis 1933 Dozent für Bibelwissenschaft und Geschichte am Breslauer „Jüdisch-Theologischen Seminar", dann Leiter der „Misrachi"-Schule „Nezach Jisrael" in Haifa.

wir dem C.V. weiter das Monopol in der Bekämpfung des Antisemitismus überlassen oder ob wir andere Instanzen mobilisieren sollen, z. B. die Gemeinden und Landesverbände. Diese Frage sei jetzt aktuell. Der Landesvorstand wird darüber zu entscheiden haben.

Berger lehnt jede Zusammenarbeit mit dem C.V. schon deshalb ab, weil wir wissen, daß alles, was der C.V. in dieser Frage tut, von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt ist. Das polnische Judentum steht in einer aussichtslosen Situation. Man müsse evtl. mit einer starken Einwanderung nach Deutschland rechnen. – Redner fordert, daß wir 1.) erneut mit aller Energie die Forderung erheben, daß die Gemeinden und Landesverbände Träger der Abwehrarbeit werden. Die Abwehrarbeit könne nicht von einer Organisation geleistet werden, die bewußt große Schichten des deutschen Judentums ausschließt.

2.) Die Abwehrarbeit allein sei völlig ungenügend. Entscheidend sei das Projekt der wirtschaftlichen Selbsthilfe. Es käme in Frage, daß die Gemeinden eine zusätzliche Steuer von 1–2 Prozent erheben, um große Fonds für Abwehr und Hilfe zu schaffen. Diese Parole würde heute im ganzen Judentum verstanden werden.

3.) Es käme darauf an, auch das Ausland auf den Antisemitismus in Deutschland hinzulenken, evtl. müßte eine Broschüre in englischer Sprache erscheinen. Deutschland könne es sich nicht leisten, daß es sich um seines Antisemitismus willen die Gegnerschaft des Auslandes zuzieht. Das besonders Gefährliche ist darin zu sehen, daß der Antisemitismus in Deutschland in die Regierungen einzudringen beginnt (Thüringen!).[1] Dadurch wird die Frage des Antisemitismus zu einem Problem ersten Ranges.

...

Landauer: Die Frage des Antisemitismus beginnt für die Juden in Deutschland immer brennender zu werden. Wir haben die Pflicht, schon unseren eigenen Anhängern gegenüber, in dieser für sie so wichtigen Frage entscheidend mitzuwirken. Es ist notwendig, daß wir mit unserer Ideologie in den Abwehrkampf eintreten. Der Antisemitismus gewinnt an Boden. Wir müssen uns dieser Welle entgegenstellen, um den noch nicht erfaßten Teil des deutschen Volkes vor dem Antisemitismus zu bewahren. Man kann nicht sagen, daß der C.V. seine Arbeit schlecht geleistet habe, ein großer Teil seiner Tätigkeit sei notwendig und müsse auf jeden Fall gemacht werden. –

...

[1] Bis zum Rücktritt der Regierung Müller im März 1930 waren die Erfolge der NSDAP noch keineswegs außerordentlich gewesen. Am 8. Dezember 1929 war ihnen in Thüringen der Sprung über die Zehn-Prozent-Hürde gelungen: mit 11,3 Stimmprozenten wurde sie nicht nur drittstärkste Partei, sondern im Januar 1930 auch zweitstärkster Partner einer bürgerlich-bäuerlichen Koalition, die gegen eine von den Demokraten bis zu den Kommunisten reichende Opposition regierte. Der Reichstagsabgeordnete Frick zog als erster nationalsozialistischer Minister in das thüringische Innen- und Volksbildungs-Ministerium ein.

Kanowitz: Wir haben die Frage des Antisemitismus ursprünglich nur von taktischen Gesichtspunkten aus behandelt. Wir fühlen uns aber verpflichtet, in dieser Frage auch zu einer Meinungsbildung und zu einer Aktion zu kommen. Wir dürfen uns aber nicht dazu bestimmen lassen, jetzt C.V.-Methoden zu kopieren und den Versuch zu machen, mit zionistischer Ideologie wirksame Abwehrarbeit unter Nichtjuden zu betreiben. Es ist nicht bewiesen, daß die zionistische Argumentation auf den Nichtjuden überzeugender wirkt als die der Nichtzionisten. Wir gingen dabei davon aus, daß der Aufbau Palästinas allmählich seine Wirkung auf das Zusammenleben mit Juden und Nichtjuden ausüben wird. Diese Auswirkung könne aber nicht zum Gegenstand von Propaganda und Aufklärung gemacht werden, wenn sie nicht selbst spürbar wird. Es kommt für uns nicht auf Aufklärungsarbeit unter Nichtjuden an, sondern wir müssen den Juden die innere Sicherheit gegenüber dem Antisemitismus geben ...

...

[193]
Der deutsche „Hechaluz" und die Einwanderung nach Palästina in Zahlen
2. APRIL 1930
CZA, Z 4/3567/VI

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin W 15

Meinekestraße 10

Berlin, den 2. 4. 1930.

Betr.: Materialien für den Landesvorstand.

Sehr geehrter Herr Gesinnungsgenosse,

in der Anlage übersenden wir Ihnen eine Statistik, die der Hechaluz auf unsere Veranlassung angefertigt hat, aus der Sie einen ungefähren Überblick über die deutsche Alijah der letzten 10 Jahre bekommen. Da es für diese Statistik sehr wenig Unterlagen gibt, ist sie natürlich noch weniger zuverlässig als es Statistiken ohnehin zu sein pflegen. Mit diesem Vorbehalt dürfte die Statistik wohl von einigem Wert sein. Dieser Zusammenstellung kommt mit

Hinblick auf die jetzt erneut einsetzende Hachscharah und Alijah eine besonders aktuelle Bedeutung zu.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Dr. Kanowitz.

Anlage

Die Zahl der Chawerim des deutschen Hechaluz betrug im Jahre

1922/23	300	
1924	604	davon ca. 400 Blau-Weiße und ca. 113 J.J.W.B'er
1925	1003	davon ca. 280 Blau-Weiße und ca. 230 J.J.W.B'er
1926	900	davon ca. 220 Blau-Weiße und ca. 250 J.J.W.B'er
1927	455	davon ca. 147 Blau-Weiße und ca. 250 J.J.W.B'er
1928	445	davon ca. -- 250 J.J.W.B'er
1929	300	davon ca. -- 250 J.J.W.B'er
1930	400	davon ca. -- 265 J.J.W.B'er

Die Zahl der Chawerim des deutschen Hechaluz, die bis zum April 1930 zur Alijah kamen, betrug im Jahre

1919	1
1920	6
1921	6
1922	16
1923	105
1924	276
1925	285
1926	46
1927	11
1928	15
1929	150
1930	60 (nur bis April)
i. Sa.	977

Von diesen 977 Chaluzim waren ungefähr 50 % bündisch organisiert, davon 28 % im Blau-Weiß und 22 % im J.J.W.B.

Die Berechnung der Rückwanderer ist sehr schwierig, da es bis jetzt keine statistischen Unterlagen gibt. Schätzungsweise sind von diesen 977 Chaluzim, die in den Jahren 1919–1930 nach Palästina gingen, ca. 550 im Lande geblieben und ca. 425 wieder zurückgewandert. Natürlich war der Auswanderungs-

prozentsatz der Chaluzim, die kurz vor oder in den Krisenjahren in das Land kamen, sehr groß. Er betrug von den

im Jahre 1923 gekommenen ca. 40 %
im Jahre 1924 gekommenen ca. 65 %
im Jahre 1925 gekommenen ca. 50 %
im Jahre 1926 gekommenen ca. 35 %

Nach Informationen des statistischen Amtes der Histadruth [1] haben von den aus Deutschland eingewanderten Chaluzim nur sehr wenige den Beruf gewechselt.

Die Beantwortung der Frage, wieviel deutsche Chaluzim heute noch in Kwuzoth, bzw. Moschwe'owdim [2] leben, kann aus Mangel an statistischem Material nicht präzise beantwortet werden. Man kann sagen, daß ihre Zahl ungefähr 250 beträgt. Der größte Teil von ihnen, ca. 175, sind Chawerim des J.J.W.B., von Blau-Weißen leben heute ca. 45 noch in Kwuzoth. Die Zahl der deutschen Chaluzim, die heute noch in Moschwe'owdim leben, ist verschwindend gering, meist sind es Blau-Weiße.

Die Zionistische Organisation hat bis jetzt ungefähr 200 deutsche Chaluzim angesiedelt. Von diesen waren ca. 100 in Deutschland geboren. [3]

---

[1] Histadrut – Allgemeiner Gewerkschaftsbund. Der volle Name der Organisation lautet „Allgemeine gewerkschaftliche Vereinigung Jüdischer Arbeiter des Landes Israel". Wurde 1920 in Haifa gegründet.

[2] Mehrzahl für Moschaw Owdim – kooperative landwirtschaftliche Einzelsiedlungen. Beruht auf drei Grundsätzen: nationaler Boden, Selbst-Arbeit und gegenseitige Hilfe.

[3] Die folgende Statistik für die Periode von 1930–1932 ist interessant: Am 25. Juni 1932 betrug die Mitgliederzahl des „Hechaluz" in Deutschland 589. Zwischen dem 1. März 1931 und dem 31. Mai 1932 emigrierten 92 Mitglieder nach Palästina. Die Gesamteinwanderung aus Deutschland nach Palästina zwischen 1919 und dem Ende des Jahres 1932 betrug 2048, d. h. 1,6 % der gesamten jüdischen Einwanderung während dieser Jahre.

Vgl. *David Gurevich* (Hrsg.), 15 Years of Jewish Immigration into Palestine 1919–1934 (hebr.), The Jewish Agency for Palestine, Jerusalem 1935.

Vgl. auch Sonderberichte des Palästina-Amts und des Hechaluz, in: Bericht über die Tätigkeit der ZVfD 1930–1932. Erstattet dem XXIV. Delegiertentag in Frankfurt a. Main am 11. und 12. September 1932, CZA, A 142/47/2.

Vgl. auch: Die deutschen Alijoth nach Palästina, Der Junge Jude, Nr. 4, Juli–August 1930; Hechaluz – Hachschara-Plan 1930, CZA, S 6/627; Aus dem deutschen Hechaluz, Der Junge Jude, Nr. 1–2, Januar–Februar 1931.

[194]
ANTISEMITISMUS UND JÜDISCHE WIRTSCHAFTSNOT
18. MAI 1930
ARCHIV DES LBI, JERUSALEM

Protokoll
der Sitzung des Landesvorstandes vom 18. Mai 1930 in Berlin

...

Punkt 3.) Fortsetzung der grundsätzlichen Debatte über unsere Stellungnahme zum Antisemitismus und zur Wirtschaftslage der deutschen Juden.

Dr. Landauer: ... Es sei notwendig, zwischen den politischen Fragen und der eigentlichen Bekämpfung des Antisemitismus einerseits und dem Problem der Wirtschaftsnot der deutschen Juden andererseits zu unterscheiden, obgleich ein natürlicher Zusammenhang zwischen beiden Gebieten vielfach besteht. Jedoch sei das Gebiet der Bekämpfung des Antisemitismus weiter als das spezielle Problem der Wirtschaftsnot der deutschen Juden und es gäbe auf die Wirtschaftsnot bezügliche Fragen, die nicht in den Problemkreis des Antisemitismus gehören, manchmal selbst dann nicht dazu gehören, wenn sie (wie z. B. der Kampf gegen die Warenhäuser) eine antijüdische Note haben.

Wenn der Antisemitismus, insbesondere der Erfolg des Nationalsozialismus, weiter wie bisher zunehmen wird, muß der Moment kommen, wo auch die Zionisten – in kleineren Orten wahrscheinlich früher als in größeren, in Berlin möglicherweise am spätesten – die Folgen dieses Fortschritts als eine drohende und aktuelle Gefahr, die Leben, Eigentum und Rechtstellung der Juden bedrohen, ansehen; in solchen Zeiten müssen sich die Zionisten in ihrer Organisation geistig und aktionsmäßig orientieren können. Die Zionistische Organisation darf dann diese Frage nicht als außerhalb ihres Interessengebietes liegend betrachten. Denn nichts wäre verhängnisvoller, als wenn Zionisten dann etwa im C.V. die einzige aktive Kraft sähen. Ich stimme mit den Rednern der früheren Debatte überein, die jede Tätigkeit von Zionisten im Rahmen des C.V. für unmöglich halten, ich bin darüber hinaus sogar der Meinung, daß auch dann eine solche Zusammenarbeit nicht in Frage kommt,

---

* Obgleich viele Zionisten jede Annäherung an den CV ablehnten, wurde doch in zionistischen Kreisen immer wieder die Forderung nach einem inner-jüdischen Burgfrieden und nach Zusammenarbeit laut. Sie führte schließlich, nach der Auflösung des Reichstags im Sommer 1930 zur Bildung des kurzlebigen Reichstagswahlausschusses 1930, der am 21. August 1930 zusammentrat. Seine Richtlinien wurden in Vorverhandlungen von ZVfD und CV gemeinsam festgelegt. Außer diesen beiden Organisationen gehörten auch die Großloge des „Bnei Brith" der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten" und die Berliner Jüdische Gemeinde dem Ausschuß an. Der Ausschuß wurde ausschließlich zu dem Zweck ins Leben gerufen, die deutsche Judenheit politisch und finanziell für die Septemberwahlen zu rüsten, und löste sich, wie vorher vereinbart, nach dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse auf.

Vgl. *Paucker*, Der jüdische Abwehrkampf, aaO., S. 42–43; *Ragins*, aaO.

wenn die „Resolution Mecklenburg"[1] fällt, denn nicht die Weiterexistenz einer solchen Resolution ist es so sehr, die unsere Mitarbeit unmöglich macht, sondern die ganze Ideologie, die geistige Verfassung und der Arbeitsstil des C.V. werden von uns abgelehnt. Jedoch bin ich insofern anderer Meinung als zahlreicher Kritiker des C.V., als ich doch glaube, daß die geringen Erfolge des C.V. nicht lediglich auf den Fehlern seiner Arbeit, sondern auch an der objektiven Unmöglichkeit großer Erfolge überhaupt beruhen. Unsere zionistische Erkenntnis ist es ja gerade, daß wir wissen, daß in der Bekämpfung des Antisemitismus nur wenig erreicht werden kann. Trotzdem können auch wir manches tun: Wir haben zunächst durch eine öffentliche Behandlung der Frage die Zionisten in unserer Auffassung des Problems zu erziehen und zu stärken. Ich glaube aber auch, daß wir die Aufgabe haben, dem Abwehrkampf, der geführt werden muß, eine ganz neue Ideologie zu geben. Indem der C.V. die Identifizierung von Deutschtum und Judentum zur Grundtatsache seiner Argumentation nimmt, kann er gewisse Fehler nicht vermeiden, die den Abwehrkampf erfolglos machen. Der C.V. argumentiert nach der „induktiven" Methode: er beruft sich auf hervorragende jüdische Individuen, um daraus das Gesamtbild des Juden in den Augen der Umwelt zu verklären, während der Antisemitismus doch umgekehrt schließt: etwa Rathenau[2] muß beseitigt werden, weil er zur jüdischen Gemeinschaft gehört. Unsere nationale Auffassung kann hier Fundament einer völlig anderen und erfolgreicheren Arbeit sein. – Ein zweiter entscheidender Fehler des C.V. liegt in der Ableugnung des Rassenmoments, während der Antisemitismus gerade von der Wertschätzung dieses Faktors ausgeht und hier getroffen werden muß. Auch von hier aus gesehen ist eine Erneuerung der Ideologie des Abwehrkampfes erforderlich und durch uns möglich. Ich glaube, daß wir in der Tat die Möglichkeit einer solchen geistigen Beeinflussung des Judentums haben, wenn wir das Problem des Antisemitismus überhaupt in voller Schärfe behandeln und die Notwendigkeiten des Abwehrkampfes dabei nicht außer acht lassen. Wir haben doch schon immer beobachten können, wie die anderen unsere Ideologie über die Weltjudenfrage übernommen haben, ich glaube, daß wir die Führung wieder ergreifen können.

Ich bin dagegen nicht der Ansicht, daß wir, die Z.V.f.D., heute Abwehrarbeit zu leisten haben. Wir sind auf diese Arbeit nicht vorbereitet, könnten uns auch so, wie sie heute beschaffen ist, nicht hineinbegeben. Immerhin ist eine Nachprüfung unseres Verhaltens auf diesem Gebiet erforderlich, und ich empfehle die Annahme der Ihnen vorgelegten Thesen, die die Schaffung einer ständigen Kommission zur Erörterung des ganzen von mir angedeuteten Pro-

---

[1] Vgl. Dok. 173, Anm. 6.

[2] Walther Rathenau (1867–1922). Vorsitzender der AEG und Politiker. Als erster Jude in die Reichsregierung berufen. Wurde 1921 zum Minister für Wiederaufbau ernannt und im folgenden Jahr Außenminister. Im Juni 1922 von extrem rechts gerichteten Attentätern ermordet.

blemkreises sowohl nach der ideologischen wie nach der praktischen Seite hin vorschlagen. Die Kommission soll uns in einem späteren Stadium ihre Ergebnisse und Vorschläge bringen.

...

Dr. Moses: Die von mir entworfenen Grundlinien für ein Arbeitsprogramm der Z.V.f.D. sind aus dem Bedürfnis erwachsen, zu sehen, ob wir nicht schon in dieser Sitzung oder im Anschluß daran zu einem Versuch der Eingliederung dieser Aufgaben in unsere Arbeit kommen können. Ich meine nicht, daß heute Beschlüsse zu fassen sind, sondern daß die Aussprache das Ergebnis hatte, die Richtung festzulegen, in der der G.A. auf diesem Gebiet weiter arbeiten soll. Die Richtlinien gehen davon aus, daß wir die beiden Arbeitsgebiete „Bekämpfung des Antisemitismus" und „jüdische Wirtschaftsnot in Deutschland" anerkennen als zionistische Arbeitsgebiete. Tun wir das, dann müssen diese Gebiete uns ständig beschäftigen, wir müssen eine ständige Kommission schaffen, die als Organ des L.V. [= Landesvorstand] diese Dinge bearbeitet nach Analogie der Gemeindekommission.

Die Aufgabe der Z.V.f.D. und der Kommission ist in erster Reihe die interne Erörterung der Fragen vom spezifisch zionistischen Standpunkt. Nach außen hin wird die Z.V.f.D. und die Kommission nur auftreten dürfen, um eben zionistische Gesichtspunkte geltend zu machen; ferner wenn es sich um einzelne Probleme von grundsätzlicher oder besonderer Bedeutung handelt. Die Z.V.f.D. kann und soll nicht in großem Ausmaße Arbeiten der Abwehr des Antisemitismus und Bekämpfung der Wirtschaftsnot übernehmen. Das obliegt *gesamtjüdischen* Stellen.

Es gilt, Stellung zu nehmen zum C.V. Meine persönliche Meinung geht dahin, daß ein Eintritt in den C.V., ganz unabhängig von der Resolution Mecklenburg ausgeschlossen ist. Andererseits wäre es ebenso töricht, als Ziel etwa die völlige Ausmerzung des C.V. und seinen Ersatz durch neu zu schaffende Institutionen zu proklamieren. Dies ist nicht möglich und wäre auch nicht ganz gerecht, es gibt Gebiete, auf denen der C.V. kaum viel besser hätte arbeiten können. Unsere Tendenz muß dahin gehen, den C.V. in seinen Möglichkeiten zu beschränken, vor allem ihm Übergriffe in das ideologische und weltanschauliche Gebiet unmöglich zu machen. Als Ziel ist meines Erachtens aufzustellen, daß die Technik des C.V. und sein Apparat zur Verfügung stehen müssen, daß aber der Geist, in dem die Arbeit zu leisten ist, möglichst weitgehend von neutralen gesamtjüdischen Stellen zu beeinflussen ist. Für solche Stellen kämen in Frage: die Gemeinden, die Gemeindeverbände und der künftige Reichsverband.[3] Durch diese Medien sollen wir versuchen, den Geist der Abwehrarbeit zu beeinflussen. Wenn unser organisatorischer

---

[3] Die Verhandlungen mit dem Preußischen Landesverband und anderen Organisationen über die Bildung einer repräsentativen jüdischen Organisation für ganz Deutschland zogen sich lange hin. Sie kam erst nach 1933 zustande.

Vorschlag, Wirtschafts-Schutzstellen zu schaffen, verwirklicht ist, müssen auch diese Arbeiten in den Arbeitsbereich der Gemeinden einbezogen werden.

...

Werner Ilberg-Wolfenbüttel: Diese Frage hat insofern ein Interesse für uns, als sie fähig ist, die Zionisten zu bewegen, auch die einfachen Menschen zu interessieren und ihnen zu zeigen, daß wir in diesen Dingen etwas zu sagen haben. Die Menschen sind es müde, Ideologien zu hören, die nichts mit ihrem eigentlichen Leben zu tun haben. Es gehört zu einer politischen Bewegung, sich auch um das Interesse des Einzelnen zu kümmern. Wir haben zwar gesagt, daß man die Dinge anders machen müßte als der C.V., es wurde gesagt, daß man sie „mit Würde" machen müßte – das ist selbstverständlich –, aber niemand hat gesagt, wie man die Dinge machen soll. Die Methode des C.V., so schlecht sie ist, ist bisher die einzige. Von seiner Erfolglosigkeit in großen Dingen ist der C.V. genau so überzeugt wie wir. Es wird aber immer nur Erfolge im Kleinen geben, und weil wir diese Einstellung haben, können wir nicht mit der nötigen Verve auftreten. Richtig ist es schon, Gemeinden und Verbände für diese Arbeit zu interessieren. Man wird es vielleicht in Berlin, aber wohl nicht in der Provinz erreichen. Es gibt Arbeitsmethoden des C.V., gegen die wir protestieren müssen, z. B. die Art, wie er Menschen für uns zu gewinnen sucht. Daß die C.V.-Zeitung im entgegengesetzten Sinne wirkt als der C.V. wünscht, weiß man. Es stößt auch die Kreise der Linksparteien ab, in denen Sympathien vorhanden waren, die natürliche Bundesgenossen sein könnten.

...

Dr. Weltsch: Ich will kurz auf die Bemerkungen, die hier über die Haltung der Rundschau gemacht wurden, eingehen. Es ist keineswegs der Fall, daß von unserer Seite die Angelegenheit des Antisemitismus bagatellisiert wird. Wenn wir uns trotzdem nicht in ausführlicher Weise zu den Fragen des Antisemitismus in Deutschland geäußert haben, sondern uns damit begnügten, nur gelegentlich darauf hinzuweisen, so liegt das eben nicht an irgend einer Art der Einstellung von unserer Seite, sondern am objektiven Sachverhalt des Problems selbst, wie es uns als Zionisten gegenübertritt. Wir sind uns darüber klar, daß wir uns hier in einer Doppelstellung befinden, die darin beruht, daß wir als Zionisten auf Grund unserer Auffassung der Judenfrage, im Gegensatz zu der assimilatorischen, der Meinung sind, daß der Antisemitismus eine natürliche Erscheinung ist. Wenn wir jetzt den Antisemitismus benutzen, um zu zeigen, daß unsere Ideologie richtig war, dann entsteht die unangenehme Situation, daß der Anschein erweckt wird, als begrüßten wir den Antisemitismus, weil er eine Bestätigung unserer Auffassung der Judenfrage ist. Das wird natürlich von unseren Gegnern im assimilatorischen Lager ausgenutzt werden. Es ist ein beliebtes Schlagwort, daß Antisemitismus und Nationaljudentum zwei Seiten derselben Sache sind. Man muß ferner bedenken, daß es doch nicht nur auf eine ideologische Auseinandersetzung

ankommt in einem Moment, wo die Juden um ihre Existenz kämpfen. Die Juden haben ein Interesse an der effektiven Bekämpfung des Antisemitismus, die ideologische Bekämpfung interessiert sie weniger. Auf der anderen Seite können wir Zionisten gar nichts anderes tun, als diese ganze Frage ideologisch zu behandeln. Deshalb hat die Rundschau sich darauf beschränken müssen, gewisse Erscheinungen zu glossieren und sich nicht darauf einlassen können, in dieser Situation die Fragen des Antisemitismus mit großer Ausführlichkeit zu behandeln ...

...

[195]
GEGEN ENGLANDS PALÄSTINA-POLITIK UND DIE HALTUNG DER ZVfD
MAI/JUNI 1930
CZA, ZEITSCHRIFTENSAMMLUNG

Revisionistische Blätter

Organ des Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten in Deutschland
Berlin, Mai/Juni 1930, S. 5

An die deutschen Zionisten!

Die Stunde schwerster Prüfung für den Zionismus ist gekommen.

England, das große Reich, auf dessen Einsicht und Wahrhaftigkeit wir vertrauten – England, das vorgab, den Sinn und die Bedeutung der Judenfrage

---

* Die Erbitterung über die englische Politik, die in diesem Aufruf der Revisionisten zum Ausdruck kommt, ist durch den sogenannten Shaw-Bericht hervorgerufen.

Mitte September 1929 schickte das englische Colonial Office eine Royal Commission nach Palästina, um die unmittelbaren Ursachen, die zu den August-Unruhen geführt hatten, zu erforschen und erforderliche Schritte zur Vermeidung einer Wiederholung vorzuschlagen. Der Vorsitzende der Kommission war Sir Walter Shaw.

Die Kommission verhörte fünf Wochen lang Zeugen und gab schließlich am 31. März 1930 ihren Bericht heraus. Das Dokument fand zwar die Araber für die Ausschreitungen verantwortlich und tadelte den Mufti, jedoch wies die Kommission mit einer Majorität von zwei zu eins die Ansicht zurück, daß die Überfälle vorbereitet waren. Im selben Stimmenverhältnis entlastete sie Regierung und Polizei von dem Vorwurf der Passivität bei den Ausschreitungen. Sie behauptete, daß die Hauptursache der Tragödie das „arabische Gefühl der Feindseligkeit und Feindschaft den Juden gegenüber angesichts der Enttäuschung ihrer politischen und nationalen Hoffnungen und der Sorge um ihre wirtschaftliche Zukunft" sei. Sie empfahl der Regierung eine genaue Formulierung ihrer Verpflichtungen der nichtjüdischen Bevölkerung gegenüber. In der Zwischenzeit sollte die Mandatsverwaltung ihre Kontrolle

zu verstehen, das feierlich die Mission auf sich nahm, geschichtliches Unrecht wieder gutzumachen und geschichtliches Recht wieder herzustellen – England, das nur auf Grund dieser Verpflichtung vom Völkerbund das Mandat zur Verwaltung Palästinas erhielt, – England hat, geleitet von vermeintlichen politischen Vorteilen und der Erpressung von Mordbrennern schmählich nachgebend, die Sache des jüdischen Verbündeten nunmehr offen preisgegeben. Mit Auslegungskunststücken den Geist und Wortlaut des Mandats verfälschend, sieht es seine Aufgabe, wie es scheint, darin, die Wiederkehr der Juden in ihr Land zu hindern und es dem Volke Israel unmöglich zu machen, den Boden von Erez Israel zu erlösen.

...

Wir Revisionisten haben gewarnt und sind nicht gehört worden. Die Exekutive hat die Augen vor der Wirklichkeit verschlossen, sie hat die politischen Gefahren nicht gesehen, keine politische Arbeit geleistet und sich als unfähig erwiesen, ein konstruktives Programm auf der Basis des politischen Zionismus, den uns Herzl gelehrt hat, zu errichten und zu vertreten. Phantasmen nachjagend, hat sie die Erfüllung ihrer wirklichen Aufgaben verabsäumt, die Bewegung getäuscht, entkräftet und entleert und die Warner mit verblendetem Hochmut behandelt. Tyrannisch nach innen, hat sie durch Willfährigkeit nach außen ein Zeugnis guten Benehmens und „staatsmännischer Weisheit" zu erlangen gestrebt. Wenn die jüdische Revolution, die allein Zionismus bedeutet, weitergehen soll, so muß eine zionistische Revolution vorangehen, die die bankerotte Führung fortfegt, die verdorrende Bewegung neu belebt und eine neue wirkliche Leitung schafft, die unsere Sache mit Kraft und Würde vertreten kann.

Wir fordern noch einmal die sofortige Einberufung des ordentlichen Kongresses und sprechen der Exekutive, wenn sie sich diesem rechtmäßigen Forum nicht alsbald stellt, das Recht ab, weiterhin – zusammen mit einem von ihr kreierten Notabeln-Komitee – als Jewish Agency, d. i. beauftragte Geschäftsführung des jüdischen Volkes, zu fungieren.

Dem deutschen Zionisten aber rufen wir noch einmal zu:

Erkennt den unheilvollen Fehler, den ihr in Jena begingt, als ihr, verwirrt von spitzfindigen Begriffskonstruktionen, zugleich und ohne Unterschied für ein hart erhandeltes Koalitionsregime, für die kompromittierende Haltung der „Jüdischen Rundschau", für eine volksfremde Brith-Schalompolitik und für eine bankerotte Exekutive stimmtet! Erwacht, ehe es zu spät ist! Ihr wollt vom politischen Zwiespalt nicht in eurer Tagesarbeit, die ihr treu und gewissenhaft erfüllt, gestört werden; wenn es so weitergeht, so könnte es sein, daß ihr eines Tages merken müßt, daß der Sinn eurer Arbeit verloren ging.

über jüdische Einwanderung verstärken, arabische Pächter vor der Vertreibung durch jüdische Bodenkäufer beschützen und der Jewish Agency klar machen, daß sie in keiner Weise an der Regierung Palästinas teilzunehmen berechtigt sei.

Unsere Warnung und offene Darlegung der Situation bedeutet nicht Pessimismus und Entmutigung. Wir sind sicher, daß, wenn jeder an seinem Platze seine Pflicht erfüllt, die schweren Geschehnisse dieses Jahres sogar ihr Gutes bringen können.

Sie haben klare Erkenntnis gebracht, sie können den revolutionären Atem der Bewegung neu entfachen – und wenn wir wach und lebendig sind, so kann keine Gewalttat und kein Verrat auf die Dauer uns die Rückkehr in unser Land verwehren.

Landesverband der Zionisten-Revisionisten
in Deutschland.

[196]
ENTTÄUSCHUNG ÜBER ENGLANDS POLITIK
DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN ARABERN
29. JUNI 1930
CZA, Z 4/3567/VI

Protokoll
der Sitzung des Landesvorstandes vom 29. 6. 1930 in Berlin.

...

Kurt Blumenfeld:

...

Bei der Beurteilung der gegenwärtigen politischen Situation eine kurze Bemerkung über die Vergangenheit: Ich halte die Politik, die Dr. Weizmann bis zu den Unruhen[1] gemacht hat, auch heute noch für richtig, mit einer Einschränkung allerdings. Es ist versäumt worden, einen Ausgleich mit den Arabern herbeizuführen. Solange wir jedoch die Möglichkeit hatten zu wachsen, war es richtig, den wichtigsten Teil unserer politischen Arbeit in der Eroberung der jüdischen Front zu erblicken und den Versuch zu machen, so stark zu werden, wie es unsere Mittel und Möglichkeiten erlauben. Hätte man außerdem den Versuch gemacht, ernsthaft, energisch und systematisch einen Weg ausfindig zu machen, um einen Rückhalt zumindestens an gewissen Kreisen der Araber zu finden, so wäre unsere Lage wahrscheinlich wesentlich anders. Es ist kein Zweifel, daß die Unruhen hätten vermieden werden können. Wir sind den arabischen Provokateuren auf den Leim gegangen, haben uns in eine sinnlose Prestigepolitik hineinreiten lassen und haben dabei noch die gröbsten Ungeschicklichkeiten begangen. Die Demonstration an der Klagemauer war

[1] Die Unruhen vom August 1929.

das größte politische Unglück, das uns getroffen hat und alle Rückschläge, die wir seitdem erlitten haben, sind eine Folge dieses Ereignisses ... Publikationen von Mitgliedern des Brith Schalom sind genau so wie Artikel des „Doar Hajom“ und Reden von Ussischkin[2] brauchbares Material, um eine von vornherein laue Haltung uns gegenüber zu rechtfertigen. Die englische Regierung hat nie versucht, Araber und Juden an einen Tisch zu setzen, hat auch nach den Unruhen nicht das geringste getan, um die bestehenden Spannungen zu vermindern. Es sind im Gegenteil Äußerungen bekannt, in denen man den Arabern von Regierungsseite erklärt hat, wir würden euch schon entgegenkommen, aber die Rücksicht auf die Juden hindert uns daran. Die Regierung laviert und treibt anscheinend eine Politik des divide et impera[3], wobei sie jetzt in immer höherem Maße die Ansprüche der Araber berücksichtigt, ohne natürlich auch deren Aspirationen wirklich zu befriedigen ...

... Unser Ziel muß also sein, ein möglichst großes geschlossenes jüdisches Siedlungsgebiet zu erreichen. Nur wenn Juden in Erez Israel unter Juden leben, kann jene Welt erstehen, die der Zionismus erstrebt. Wir können ferner heute unter keinen Umständen eine Politik fortsetzen, in der wir der englischen Regierung irgendwie unsere Zufriedenheit ausdrücken. Das Ziel unserer Politik ist sicherlich die Schaffung eines neuen Einvernehmens und eines neuen Vertrauensverhältnisses zu England ... England muß fühlen, daß es auch für uns eine Grenze gibt, die nicht überschritten werden darf, daß wir unter allen Umständen Palästina wollen und zu radikalsten Maßnahmen entschlossen sind, wenn unser Recht auf das jüdische nationale Heim von England praktisch außer Kraft gesetzt wird ...

Alle einsichtigen Menschen in Palästina sind sich darüber einig, daß wir eine arabische Politik brauchen. Niemand weiß allerdings genau, wie sie aussehen soll. Nur eins scheint sicher zu sein: der erstrebte Ausgleich muß mit den Effendis[4] herbeigeführt werden, den jetzigen Führern des arabischen Volkes, und wir können uns nicht auf eine Fellachenpolitik[5] auf lange Sicht gegen die Effendis einlassen. Dieser Ausgleich wird meines Erachtens nicht zu einem Zustand führen, den wir so gern Verständigung nennen. Mir ist

---

[2] Menachem Mendel Ussischkin (1863–1941). Ingenieur. Führende Persönlichkeit im russischen und im Weltzionismus. Nahm am ersten Zionistenkongreß (1897) und den folgenden Kongressen teil. Mitglied des GAC von 1898–1905, 1907–1920, 1923–1941 und seit 1935 sein Vorsitzender. Mitglied des EAC von 1905–1907. Stand ab 1922 an der Spitze des „Jüdischen Nationalfonds“.

[3] divide et impera – lat.: Teile und herrsche.

[4] Ursprünglich ein türkischer Ehrentitel für Regierungsbeamte. Im volkstümlichen Sinne auf arabische Notabeln angewendet.

[5] Eingeborener Bauer oder Landarbeiter. Der Zustand der Fellachen kam oft dem der europäischen Leibeigenen nahe. Die Fellachenpolitik, d. h. eine enge Zusammenarbeit mit dem arabischen Fellachen war ein Teil der Ideologie der Arbeiterbewegung in Palästina.

kein Fall bekannt, wo nebeneinander lebende Völker in einem Staat zu einer wirklich freiwilligen Verständigung über die Grenzen ihrer Ansprüche gekommen sind. Gewiß soll eine solche Verständigung als letztes Ziel angestrebt werden, wichtiger ist aber, daß so schnell wie möglich ein erträgliches Zusammenleben geschaffen wird und wahrscheinlich wäre gleich nach den Unruhen der beste psychologische Augenblick dafür gewesen. Die Araber fühlten sich besiegt und wären möglicherweise zu einem Ausgleich bereit gewesen, der für uns von entscheidender politischer Bedeutung hätte sein können. Man darf aber für diese Arbeit niemals auf einen geeigneten Augenblick warten. Ein solcher Augenblick kommt nie ...

Unsere Bewegung steht heute in einer sehr schweren Weltsituation. Wir wirken in unserer Ideologie anachronistisch und die Gefahr liegt nahe, daß einzelne Gruppen mit angeblich modernem Ideengehalt sich der nichtjüdischen Öffentlichkeit auf Kosten der nationalen zionistischen Bewegung empfehlen. Solche Gruppen finden naturgemäß Sympathien bei ausgezeichneten Nichtjuden, aber Sympathien, die sich niemals auf die Totalität des Zionismus beziehen, sondern im Gegenteil den Zionismus ablehnen und nur mit wohlwollendem Bedauern einer aussichtslosen Minderheit innerhalb des Zionismus zustimmen. Unsere Aufgabe ist es heute, jede notwendige Politik, die wir betreiben, unabhängig zu machen von den unwandelbaren Hoffnungen der zionistischen Bewegung. Wir bekämpfen Illusionen in der aktuellen Politik. Wir leben aber nur, solange die großen mit der zionistischen Idee verbundenen Illusionen als geglaubte und erhoffte Wirklichkeit in jedem Zionisten leben. Die Bewegung muß gerade in schweren Zeiten so geführt werden, daß sie die Freude an der Größe des zionistischen Ideals stark empfindet. Eine Zeit der Einwanderungssperre kann nur ein Zionismus ertragen, der weiß, daß die Antwort auf die Judenfrage in einer großen jüdischen Siedlung in Palästina bestehen muß, und daß diese Erkenntnis stärker sein wird als die ungünstigen aktuellen politischen Verhältnisse. Ich glaube, daß auf diesem Gebiet viel versäumt worden ist. Es handelt sich nicht um eine Verschleierung der politischen Wirklichkeit. Es handelt sich auch nicht um stilistische Änderungen oder um die Einführung propagandistischer Ideen in die Politik. Es handelt sich um die wirkliche Grundlage des Zionismus. Der Jischuw erträgt schwerste Schicksale solange er mit Recht glauben und hoffen kann. Das kann er nur solange, als der Galuthzionismus ungebrochen den Ereignissen begegnet ...

Ich schlage Ihnen im Anschluß an diese Darlegungen eine Erklärung vor, die von grundsätzlicher Bedeutung sein soll. Es handelt sich darum, politische Grundgedanken, die wir vertreten haben, mit einer entschiedeneren Haltung gegenüber der englischen Regierung und vor allem mit einer viel deutlicheren Betonung unserer zionistischen Grundhaltung zu verbinden. Wir haben nicht die Aufgabe, Menschen, die wir zu politischen Erkenntnissen führen, zugleich auch zionistisch zu desillusionieren. Es gibt eine Zukunft, mag sie auch noch

fern sein, in der zionistische Illusion und zionistische Wirklichkeit nicht mehr zu trennen sein werden. – Ich bitte Sie um Annahme der folgenden Resolution:

„Der Landesvorstand der Z.V.f.D. billigt die politische Grundhaltung des Referates von Kurt Blumenfeld.

Der Landesvorstand erklärt sich insbesondere mit der Stellungnahme der Politischen Kommission der Jewish Agency einverstanden.[6] Er hält es für einen Fortschritt, daß die politische Führung der Zionistischen Organisation einen Weg sucht, um einen modus vivendi mit den Arabern in Palästina herbeizuführen. Der Landesvorstand hält es für eine Hauptaufgabe der zionistischen Politik, wirtschaftlich und politisch energisch und schnell einen Ausgleich zwischen unserem Volk und dem arabischen Volk anzubahnen. Ziel dieser Politik ist die Sicherung der vollen und freien Entwicklung des jüdischen Nationalheims.

Wir verlangen, daß unser Recht auf Einwanderung und freie Kolonisation und unsere auf eigenem Recht beruhende, international verbürgte freie und autonome politische Entwicklung unbeschränkt bleibt. Der Landesvorstand hält es für erforderlich, daß bei der Vertretung unserer politischen Forderungen fundierte praktische Vorschläge unterbreitet werden, die einen Arbeitsplan für die nächsten Jahre enthalten.

Der Landesvorstand identifiziert sich mit der Haltung der Politischen Kommission gegenüber der Britischen Regierung. Er hält es angesichts der schädlichen Maßnahmen der Regierung für erforderlich, die Kräfte der zionistischen Welt und der Judenheit so energisch einzusetzen, daß der Britischen Regierung die Entschlossenheit des jüdischen Volkes spürbar zum Bewußtsein gebracht wird. Die Zionistische Organisation muß unter allen Umständen und mit dem Aufgebot aller verfügbaren Mittel die Verwirklichung der internationalen Verträge und der Verpflichtungen der Mandatarmacht über die Errichtung des Jüdischen Nationalheims herbeiführen.

Die große Entwicklung unseres Siedlungswerkes in den letzten Jahren und die innere Festigkeit und der Mut des jüdischen Volkes in Palästina erhöhen die Zuversicht der zionistischen Welt und verpflichten die Zionistische Organisation zum höchsten Krafteinsatz. Die unwandelbare zionistische Idee wird durch die Wechselfälle der Tagespolitik nicht berührt.

Der Landesvorstand ist damit einverstanden, daß die Politik der Zionistischen Vereinigung für Deutschland im Sinne dieser Erklärung geführt wird und in der „Jüdischen Rundschau" klar zum Ausdruck kommt."

---

[6] Die Politische Kommission der Jewish Agency war am 23. und 24. Juni 1930 zusammengetreten. Sie bestätigte eine Resolution, die die Ergebnisse der Shaw-Kommission und das Weißbuch vom Mai 1930 verurteilte.
Vgl. Jüdische Rundschau, Nr. 51, 1. Juli 1930.

Dr. Moses: ...

...

... Das Referat von Blumenfeld hat – glaube ich – gezeigt, daß die Differenzen in der politischen Gesinnung zwischen Blumenfeld und dem Kreis, für den ich spreche, außerordentlich gering sind: die politischen Forderungen sind die gleichen, es gibt relativ geringe Unterschiede in der Beschwerung der politischen Forderungen. Anders ist es zweifellos schon in den Fragen der Taktik, hier sind größere Unterschiede vorhanden; so sind beispielsweise Freunde von mir der Meinung, daß es taktisch richtig ist, die Forderung nach einem Ausgleich mit den Arabern zu verbinden mit dem Hinweis auf den binationalen Staat. Daß es sich hier um eine rein taktische Frage handelt, ist deshalb zweifellos, weil wir uns in der grundsätzlichen Haltung zur Frage des binationalen Staates mit Blumenfeld einig wissen ...

... Mir scheint, daß keine Unterschiede bestehen in der politischen Gesinnung, geringe Unterschiede in der Taktik und größere Unterschiede in der Frage der Darstellung der Politik. Wenn man diese Differenz wägt und wenn man auf der anderen Seite sich die Beziehungen klar macht, die zwischen Blumenfeld und unserem Kreise Jahre hindurch bestehen, dann muß man meines Erachtens zu folgendem Ergebnis kommen: Wir haben die Führung von Blumenfeld in allen entscheidenden Fragen der zionistischen Arbeit gebilligt, und wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen, Meinungsverschiedenheiten in der Behandlung der politischen Fragen überzubewerten. Wir müssen uns vor Augen führen, welche Konsequenzen es haben würde, wenn jetzt eine Krise in der Leitung der Z.V.f.D. entstände ...

Dr. Goldmann: ... wie immer man zu aktuellen politischen Entscheidungen sich stellt, so kann in keinem Falle eine politische Meinung jetzt als maßgebend und bestimmend geduldet werden, die auf einer Verkleinerung der politischen Zielsetzung basiert. Das Gerede von der moralischen Pflicht der „Desillusionierung" in dieser Frage rührt an den Lebensnerv des Zionismus und darf keineswegs als offizielle Meinung hingenommen werden. Vieles, was in den letzten Monaten über arabische Politik gesagt wurde, wäre akzeptabel, wenn es nicht verknüpft worden wäre mit einer ideologischen Preisgabe der letzten politischen Ziele. Diese ideologische Preisgabe wird von der Majorität der zionistischen Bewegung abgelehnt. Wenn man schon glaubt, daß unsere Bewegung dauernd der Überprüfung der ideologischen Grundfragen bedarf, so muß man doch einsehen, daß in der augenblicklichen Situation derartige Überprüfungen nicht möglich sind. Wenn man sich hier darüber einig wäre, wenn jedenfalls Blumenfeld als derjenige, der die Verantwortung für die politischen Deklarationen des deutschen Zionismus wieder zu übernehmen bereit ist, diesen Standpunkt teilt, so würde das als ein Fortschritt zu begrüßen sein und dazu beitragen, den deutschen Zionismus, der in eine Outsiderposition hineingebracht wurde, wieder in die Front des Gesamtzionismus einzuordnen. Unser Kampf gegen die Rundschau und gegen den

Brith Schalom war nicht deswegen so scharf, weil Herr Weltsch sofortige Verhandlungen mit den Arabern verlangte. Herr Smilanski[7] hat auch erklärt, daß es seiner Meinung nach richtig gewesen wäre, unmittelbar nach den Unruhen die Verhandlungen mit den Arabern aufzunehmen. Aber wir wissen, bei Smilanski ist es Taktik und bei Weltsch ist es Ideologie. Es kommt darauf an, daß wir uns entschließen, diese Frage als eine rein taktische zu betrachten und sie nicht mit ideologischen Imponderabilien zu verknüpfen, wie es in den letzten Monaten der Fall gewesen ist.

...

Lichtheim: ...

...

Zur Verständigung mit den Arabern: Blumenfeld hat über diese Frage gesprochen. Eine wirkliche Verständigung zwischen beiden Völkern ist nicht möglich, dagegen die Schaffung eines modus vivendi, d. h. die Herstellung guter nachbarschaftlicher Beziehungen. Der einzige politische Faktor besteht gegenwärtig in den Effendis. Mit diesen Elementen, die die führende Rolle spielen, mußte Politik getrieben werden, nämlich die orientalische Politik, die bei diesen Leuten üblich ist. Dagegen ist es vorläufig falsch zu sagen, daß die Politik sich auf die Emanzipation der Fellachen richten sollte. Wir hätten dann gegen uns nicht nur die Effendis, sondern auch den englischen Beamten, der nicht will, daß revolutionäre Elemente gegen die Effendis geschaffen werden. Auch wir sind mit Blumenfeld der Meinung, daß eine Verständigung mit den Arabern nur mit Unterstützung der englischen Regierung möglich sein wird. Aber auch hier sind leider die Voraussetzungen nicht gegeben. Da die Verwaltung eine antizionistische ist, geht sie nicht den Weg, im Interesse des Kolonisationsprozesses und zur Sicherung des Friedens im Lande beide Völker zuammen an einen Tisch zu bringen. Daraus wird heute eine gewisse Theorie entwickelt und gesagt, wenn mit England nichts zu machen ist, muß man sich mit den Arabern direkt verständigen. Man will von den Arabern unter Hinweis darauf, daß ihnen ganz Arabien gehöre, verlangen, uns unsere Sache im kleinen Winkel am Mittelmeer zu konzedieren und ihnen dafür die Förderung ihrer Entwicklung zusagen. Vom zionistischen Gesichtspunkt wäre dies wohl diskutabel, aber im heutigen Stadium falsch. Heute betrachten die Araber uns als Exponenten der britischen Politik. Sie werden sich nicht in ein Bündnis mit uns einlassen, wenn sie hoffen können, durch weitere Unruhen und Proteste die Mandatspolitik umzubringen. Schon vor dem Kriege wurde mit den Araber-Führern unter Ausschaltung der Türken über dieses Projekt verhandelt. Im heutigen Stadium, in dem wir auf die Unterstützung Englands noch ganz angewiesen sind, über diese Dinge zu sprechen und diese

---

[7] Mosche Smilansky (1874–1953). Ließ sich 1893 in Rechowot als Landwirt nieder. Hebräischer Schriftsteller und Führer der nicht-genossenschaftlichen Zitruswirtschaft. Widmete sich öffentlichen Angelegenheiten und neigte in den späten 20er und den frühen 30er Jahren der Ideologie des „Brith Schalom" zu.

Politik zu machen, ist eine außerordentliche Gefahr. Solange das Mandatssystem besteht, solange das britische Weltreich besteht und das Mandat nicht einem anderen Volke übertragen wird, darf man in dieser Situation, so schwer und ernst sie auch ist, nicht hysterisch werden und Projekte aushekken, die ohne jede politische Basis sind und unsere Arbeit mit England nur noch erschweren werden ...

...

Blumenfeld: Meine Ausführungen sollen nicht deutlich genug gewesen sein. Ich finde, daß eine Unklarheit nicht vorhanden war, obwohl ich es vermieden habe, Parteinamen allzu deutlich zu nennen. Zunächst eine Ergänzung zu den Worten von Dr. Moses. Der Konflikt mit dem G.A. beruht auf dem Artikel[8] über den Shaw Bericht[9]. Ich habe gegen den Artikel protestiert. Ich halte ihn für falsch in seiner politischen Haltung und kann mich nicht mit ihm identifizieren ...

Wenn ich von der Billigung der politischen Grundhaltung spreche, so will ich ein erklärendes Wort hinzufügen: Entscheidend für unsere Auffassung ist unser Verhalten in der Behandlung des arabischen Problems. Wir lehnen die Proklamierung des Judenstaates als eines von uns erstrebten politischen Zieles ab. Wir erstreben wirklich einen binationalen Staat, in dem wir alle unsere Wünsche und Hoffnungen glauben verwirklichen zu können. Wir wollen mit aller Deutlichkeit aussprechen, daß wir unabhängig von unserer Volkszahl, auch unabhängig von unserem Streben nach Majorität jede Majorisierung der gleichberechtigten arabischen Nation ablehnen, ebenso sehr wie wir jede Majorisierung durch die Araber bekämpfen. Diese Auffassung ist ein praktisch politischer Ausdruck des politischen Willens der Zionistischen Organisation. Letzte Wünsche, die ein Zionist im Herzen trägt, Vorstellungen, in denen er sich die volle Zukunft jüdischen Lebens ausmalt, sind überhaupt kein Gegenstand politischer Verhandlungen ... Jede Meinung, die eine Aufgabe unseres Majoritätsstrebens verlangt, ist zu bekämpfen. Das Mandat kann man nicht damit verteidigen, daß man die Majorität ablehnt, sondern nur dadurch, daß man erklärt, wir sind bereit, alle Garantien zu geben, um eine erlangte Majorität niemals zu Unterdrückungen von anderen zu benutzen. Unser politisches Ziel ist die geschlossene jüdische Siedlung, und diese Siedlung, wenn sie volkreich genug ist innerhalb des binationalen Staates, wird unserem Jischuw das erstrebte freie Leben gewähren. Die revisionistische Meinung hingegen, daß das ganze Land einen jüdischen Charakter erhält, in dem die Araber eine Volksgruppe mit nationalen Minderheitsrechten sein sollen, muß zu unlösbaren Konflikten führen. Ein solches Streben

---

[8] Vermutlich ist der Artikel von Robert Weltsch „Politische Pessach-Betrachtung" in der Jüdischen Rundschau, Nr. 29, 11. April 1930, S. 199–200 gemeint.

[9] Der Shaw-Bericht, in dem der Zionismus scharf kritisiert wurde, erschien am 31. März 1930.

dürfte von der Welt als eine Rechtfertigung des arabischen Verhaltens gedeutet werden ...

...

Der Vorsitzende verliest sodann folgende Anträge:

Antrag Blumenfeld:

„Der Landesvorstand protestiert gegen das gegen Jabotinsky gerichtete Einreiseverbot. Er erblickt in dieser Regierungsmaßnahme einen Verstoß gegen das Recht auf freie Einwanderung von Juden nach Palästina.“ [10]

Antrag Blumenfeld:

„Der Landesvorstand mißbilligt aufs schärfste alle Versuche, die Mitglieder des Brith Schalom wegen ihrer Gesinnung zu diffamieren.“

Anträge der Revisionisten:

„Der Landesvorstand mißbilligt die politische Haltung der Jüdischen Rundschau. Der Landesvorstand mißbilligt insbesondere den Leitartikel der Rundschau zum Shaw Bericht, da dieser Artikel inhaltlich falsch und politisch schädlich ist.“

„Der Landesvorstand protestiert gegen die unsachliche und politisch schädliche Stellungnahme der Rundschau in der Angelegenheit der Verweigerung des Visums für Jabotinsky, da diese Stellungnahme der Rundschau eine politische Denunziation darstellt.“ [11]

...

Dr. Weltsch: ...

... Ich habe bei vielen Gelegenheiten, auch in Jena, klar gemacht, daß das, was wir anstreben, eine *große* jüdische Siedlung ist, die gewisse Funktionen im Gesamtjudentum erfüllen kann, daß wir „ein jüdisches Volk im Kleinen“ wollen, das heißt natürlich quantitative Erweiterung, ohne daß man diese begründen müßte mit dem Wunsch, gegenüber den Arabern Majorität zu werden. Aber ein anderer Gesichtspunkt ist der wesentliche. Was wir nämlich glauben, ist, daß diese quantitative Erweiterung der jüdischen Siedlung und überhaupt ein Fortschritt der zionistischen Arbeit nicht möglich ist mit einer Politik, wie sie im großen Ganzen bisher geführt wurde und mit einer Ideologie wie bisher. Und darum sagen wir, es muß eine Neuorientierung in Propaganda und Ideologie der zionistischen Politik stattfinden, damit wir die Möglichkeit haben, die zionistische Arbeit fortzusetzen. Es besteht nämlich folgende Situation: Die Zionistische Organisation hat eine bestimmte Politik

---

[10] Am 23. Dezember 1929 kritisierte Wladimir Jabotinsky in einer Rede in Tel Aviv die Politik der Zionistischen Exekutive. Er warnte vor Zugeständnissen an die Araber und stellte eine Liste von Forderungen auf, die der Mandatarmacht vorgelegt werden sollte. Am 25. Dezember 1929 reiste er nach Europa und Südafrika ab. Als Jabotinsky nach einer Abwesenheit von einigen Monaten nach Palästina zurückkehren wollte, weigerte sich die Palästinaverwaltung, die Wiedereintrittserlaubnis, die ihm vor seiner Abreise genehmigt worden war, anzuerkennen.

[11] Vgl. „Das Einreiseverbot für Jabotinsky“, Jüdische Rundschau, Nr. 50, 27. Juni 1930, S. 338.

seit den August-Unruhen gemacht. Die Exekutive hat Aktionen unternommen, wir haben sie nicht gestört, die große Mehrheit des Zionismus in allen Ländern hat diese Politik unterstützt, in Palästina ist sie gemacht worden. Und diese Politik hat Resultate gehabt, die Sie vor Augen sehen, und jetzt sagen Sie, die Haltung der Jüdischen Rundschau habe unsere Position geschwächt! Das scheint mir völlig paradox zu sein ... Was ich sagte, ist: die Beschlüsse des A.C. sind zum großen Teil inhaltlos und belanglos; ich hätte sie vielleicht annehmen können, aber was ich gegen sie hatte, war, daß wichtige Dinge *nicht* drin stehen. Die „Jüdische Rundschau" hat in gewissen Punkten eine Alternativpolitik zur offiziellen Politik vorgeschlagen. Wir haben gesagt, wenn eine Untersuchungskommission nach Palästina kommt, so *muß* – das liegt in den objektiven Verhältnissen – die Kommission zu Ergebnissen kommen, die für den Zionismus ungünstig sein werden, und wir sagten daher, man soll die Entsendung der Kommission verhüten, und man kann es nur auf *eine* Weise verhüten, nämlich indem *wir* mit einem Programm hervortreten in Bezug auf die zukünftige Gestaltung Palästinas, worin wir die Anwesenheit der Araber in Palästina bejahen und von uns aus konstruktiv in das zionistische Programm einbeziehen. Es ist so, daß wir weder beim Völkerbund noch bei der englischen Regierung Gehör finden, wenn wir Vorschläge präsentieren, die praktisch auf einer Ignorierung der Anwesenheit der Araber in Palästina beruhen ...

Auf Grund der Mißerfolge unserer Politik ist ein Zustand völliger Ratlosigkeit geschaffen worden. Dies hat zu seltsamen Ideen einer jüdisch-arabischen Koalition gegen England geführt. Ich stimme mit Lichtheim darin überein, wenn er diese neue Art der Verständigungspolitik ablehnt. Abenteuerliche Gedanken über jüdisch-arabische Bündnisse tauchen jetzt an allen möglichen Orten auf. Das ist aber nur ein Ausweichen vor dem Problem. Die politische Freiheit, von der Blumenfeld sprach, kann im heutigen Palästina und wahrscheinlich auch auf absehbare Zeit nur verwirklicht werden, wenn eine Staatsform gefunden wird, die dem jüdischen Volk die Existenz in Palästina „kraft eigenen Rechts und nicht aus Duldung" möglich macht *neben* dem dort lebenden arabischen Volk. Dies muß durch eine politische Konstruktion garantiert werden, die auf unseren Fall zugeschnitten ist. Das verstehen wir unter „binationalem Staat". Aber dieser Gedanke hat sich noch nicht so durchgesetzt, wie man es hier behauptet hat. Ich muß auch Landauer entgegentreten, wenn er den „Sieg" unserer Richtung bei der Londoner Sitzung übertreibt. Ich glaube nicht, daß die Beschlüsse der Politischen Kommission eine Wendung der zionistischen Politik bedeuten. Aber sie bedeuten vielleicht einen Fortschritt.

...

Die Resolution Blumenfeld wird, nachdem beschlossen wurde, statt „politische Führung" „Exekutive" zu sagen, mit 33 gegen 9 Stimmen angenommen.

Der Antrag Blumenfeld gegen das Einreiseverbot für Jabotinsky wird einstimmig angenommen.

Ferner wird der Antrag Blumenfeld über Brith Schalom (mit 32 Stimmen) angenommen.

Berger beantragt, über die Anträge der Revisionisten zur Tagesordnung überzugehen. Er zieht den Antrag auf einen Zwischenruf hin zurück, da er nicht erwartet habe, daß man aus dieser Abstimmung eine Sache des Mutes machen würde.

Der Antrag betr. Haltung der Jüdischen Rundschau wird mit 25 gegen 12 Stimmen abgelehnt. – Herr Blumenfeld erklärt, daß er sich der Stimme enthalten habe. –

Der Antrag wegen der Stellungnahme der Jüdischen Rundschau zum Einreiseverbot für Jabotinsky wird ebenfalls abgelehnt.

...

[197]
FÜR VERSTÄNDIGUNGSPOLITIK
31. JULI 1930
ARCHIV DES LBI, JERUSALEM

Korrespondenzblatt
der „Arbeitsgemeinschaft
für zionistische Realpolitik“ [1]

6. Heft, 31. Juli 1930, S. 1–2

Die innere Seite
Von Erich Cohn

Manche Zionisten glauben, das von unserer Gruppe, vom Brith Schalom und von einer Reihe anderer Personen – selbstverständlich heute noch einer Minorität, da sich die Einsicht gegen die Affekte immer nur langsam durchsetzt – vertretene Programm der Verständigung damit widerlegen zu können, daß sie die Möglichkeit einer Verständigung in der Zeit seit den Augustunruhen bestreiten.

Es kann in der Tat nicht bewiesen werden, daß eine solche Möglichkeit bestanden hat. Wohl gibt es Anzeichen dafür, daß die Araber sich nicht immer in

[1] „Arbeitsgemeinschaft für zionistische Realpolitik“, vgl. Dok. 184.
Vgl. auch: Zur politischen Krise des Zionismus, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für zionistische Realpolitik, Berlin 1931, Schocken-Archiv, 538/7.

dem Maße als Herren der Situation fühlten, wie sie es heute tun dürfen, und daß sie einer Einigung nicht abgeneigt waren. Da man es nicht für nötig hielt, diese Anzeichen zu prüfen und ihnen wenigstens inoffiziell nachzugehen, läßt es sich nicht mehr feststellen, ob der Weg zu einem Erfolge führen konnte. Ganz merkwürdig ist es, daß unsere Exekutive auch die inoffiziellen Wege perhorreszierte. Noch immer sind Friedensverhandlungen, wenn nicht der eine Kämpfer am Boden lag, durch Vermittler ohne Auftrag eingeleitet worden, durch Personen, deren Legitimation jede Partei mit Recht dementieren konnte, wenn die Bemühungen erfolglos blieben. Unserer Exekutive lag offenbar nichts an derartigen Versuchen; man denke an ihre Stellungnahme zum Falle Philby[2]! Entweder hat sie in grenzenloser Verkennung der Situation geglaubt, es werde – mit Hilfe Englands? – der Augenblick kommen, in dem die andere Partei uns werde um Frieden bitten müssen, oder sie besaß nicht den Mut, etwas zu tun, was im Augenblicke unpopulär war. Welche dieser Deutungen auch zutreffen mag – wahrscheinlich wirkte beides zusammen –, jedenfalls zeigte sich das Fehlen einer vorausschauenden Leitung der zionistischen Organisation wie früher auf dem Gebiete der Kolonisation, so jetzt auch auf dem der Außenpolitik, und das System der Systemlosigkeit, der Improvisationen und Demonstrationen griff weiter um sich und führte uns ins Bodenlose.

Man verkennt aber die Situation, wenn man die Frage der Berechtigung der Verständigungspolitik nur nach den Möglichkeiten im Laufe der letzten elf Monate beurteilt. Das Problem hat auch eine innere Seite. Die Frage der Schaffung eines modus vivendi mit den Arabern ist nicht nur ein möglichst schnell zu lösendes Problem der Tagespolitik, sondern sie setzt auch ein bisher völlig vernachlässigtes Stück der Volkserziehung auf unserer Seite voraus. Als sich zum ersten Male die Proklamation eines neuen Nationalismus, dem angeblich die Schlacken des europäischen nicht anhafteten, bewähren sollte, da zeigte es sich, daß der unsere von Dan bis Berseba kein edleres Fabrikat ist als der abendländische von der Mass [Maas] bis an die Memel usw. und in den angrenzenden Ländern. Nur in einem unterscheidet er sich von seinen älteren Brüdern. Das Rückgrat des Nationalismus dieser Sorte ist die Macht. Wo er zwar mit allen großartigen Aspirationen der anderen, aber ohne das bescheidene Quantum von Macht auftritt, das noch das kleinste selbständige Territorialgebilde aufzuweisen hat, da wird er zur Karikatur. Pressegeschrei allein und Protestresolutionen sind eine zu schwache Basis für Machtpolitik.

Der Zionismus läßt sich nur realisieren im Einvernehmen mit der nichtjüdischen Bevölkerung, die in Palästina bereits ansässig ist. Weder jetzt noch später werden wir in Palästina die alleinigen Herren spielen können. Aus dieser

---

[2] Harry St. John Bridger Philby (1885–1960). Englischer Arabist, war seit 1903 im britisch-indischen Verwaltungsdienst und 1915 politischer Agent im Irak. Durchquerte 1917–1918 Arabien. Hatte gute Kontakte zu Juden und Arabern.

Erkenntnis müssen die Konsequenzen für unser Handeln gezogen werden. Sie dem bisher mit Sensationen und Illusionen gefütterten jüdischen Volke beizubringen, wäre heute die Aufgabe aller verantwortlichen und verantwortungsbewußten Männer im Zionismus; auf sie wäre die neue zionistische Propaganda zu gründen, die für diese Epoche zu schaffen bleibt.

Wenn man an leitender Stelle einer geistigen und politischen Bewegung steht, kann man sich entweder als vox populi fühlen oder man kann die vox populi machen. Die Männer, die zur Leitung unserer Bewegung berufen wurden, waren bisher sehr bescheiden, oder sie wollten das Leichtere wählen. Sie begnügten sich damit, vox populi zu sein, und erkannten nicht die Aufgabe, die die Zeit ihnen stellte. Dadurch ist viel, vielleicht Unwiederbringliches versäumt worden. Da wir aber trotzdem den Glauben an den Zionismus nicht verloren haben und weil wir den Zionismus verwirklicht sehen wollen, verlangen wir, daß man endlich den Mut finde, die Wahrheit auszusprechen. Der Zionismus wird nicht verkleinert, wenn wir er- und bekennen, daß Palästina nichts anderes werden kann als das Land zweier Völker. Seine Aufgabe, ein national home zu schaffen, d. h. einen zur Selbsterhaltung fähigen Volksorganismus in territorialer Einheit und nationaler Freiheit, vermag er auch dann zu erfüllen. Er bleibt die unvergleichliche Renaissancebewegung eines Volkes, das des geschichtlichen Todes spottet und der Realitäten Herr wird, indem es sich ihnen anpaßt, ohne seine Eigenart preiszugeben. Ist das Defaitismus? Und ist es Stärke, einen Zionismus zu verkünden, dessen Früchte nur in einem Palästina reifen können, das es nicht gibt?

[198]
„Brith Chaluzim Dathiim“ – Erstrebtes und Erreichtes
JULI/AUGUST 1930
INSTITUT ZUR ERFORSCHUNG DER DIASPORA-JUDENHEIT, BAR-ILAN UNIVERSITÄT

Führer-Blätter des Esra[1]

IV. Jg., Heft 5, Tammus/Aw 5690, S. 11–13

Der Brith Chaluzim Dathiim[2].

Das wachsende Interesse des Bundes an Erez Jisroel äußert sich auch darin, daß in der letzten Zeit wieder einige Chaluzim aus dem Esra gekommen sind. Es erscheint daher angezeigt, über die Ausbildung gesetzestreuer Chaluzim zu berichten.

Die Hachscharah wird in Deutschland zur Zeit von zwei Organisationen, dem *Hechaluz* und dem *Brith Chaluzim Dathiim*, geleitet. Dem Hechaluz gelang es in zehnjähriger Gruppen- und Werbearbeit als Vertreter der *Histadruth* und der zionistisch-sozialistischen Arbeiter Palästinas, sich im zionistischen Kreis Deutschlands durchzusetzen. Da die Ideologie des Hechaluz, insbesondere seiner Kulturarbeit, mit der Weltanschauung der Überlieferung nicht vereinbar ist, sahen sich die im Hechaluz tätigen orthodoxen Chaluzim im Dezember 1928 dazu genötigt, einen Sonderverband zu gründen: Den Brith Chaluzim Dathiim, dem heute schon fast die Hälfte soviel Mitglieder wie dem Hechaluz in der deutschen Hachscharah angehören.

Der B. Ch. D. ist zwar dem *Brith Olamith* schel *Hapoel Hamisrachi*[3] geistig und in Arbeitsgemeinschaft verbunden, doch nicht organisatorisch angeschlossen. Diese Freiheit von parteipolitischen Bindungen und Rücksichten

[1] Der Verein „Esra“ war 1918 als eine unabhängige Jugendbewegung gegründet worden, die ihre Mitglieder zur Befolgung der jüdischen Gebote und zum Studium der Tora und des Talmud erziehen wollte. Er zog hauptsächlich die religiöse Elite der deutsch-jüdischen Jugend aus bürgerlichen Kreisen an.

[2] „Bachad“, Bund der religiösen Chaluzim. Vgl. *Joseph Walk*, The Torah va'-Avodah Movement in Germany, in: Year Book VI of the Leo Baeck Institute, London 1961.

[3] Der „Hapoel Hamisrachi“ entwickelte sich in den 20er Jahren. In dieser Zeit kamen orthodoxe Pioniere aus Polen, und besonders „Misrachi“-Jugend. Obwohl diese jungen Siedler den Zielen der „Misrachi“-Bewegung treu blieben, suchten sie doch Selbsterfüllung in einem dem Torahstudium und der Arbeit (Torah wa'Awodah) in Palästina gewidmeten Leben. Dieses Ziel wurde Grundlage der religiösen Arbeiterbewegung, die bald zur Organisation des „Hapoel Hamisrachi“ (1922 in Palästina gegründet) wurde. 1925 wurde diese Bewegung zu einer Weltorganisation („Brith Olamith schel Hapoel Hamisrachi“) mit Hauptsitz in Jerusalem.

verleihen dem B. Ch. D. seine Stärke. So ist er frei für geistige Aufgaben, und so gelang es ihm in verhältnismäßig kurzer Zeit, eine stete Linie chaluzischen Kulturwillens zu entwickeln, die in ständiger Verbundenheit mit dem thorahbewegten Leben in Erez-Israel und der Golah entstanden ist. Deutlich zeigt das Programm den Willen, am jüdischen Arbeiterleben der Gegenwart im Sinne der Volksüberlieferung teilzunehmen.

Die Arbeit des Brith steht vor allem unter dem Gesichtspunkt der Berufsumschichtung und der Umgruppierung seiner Menschen, die teils dem ostjüdischen Jischuw, teils dem traditionellen westjüdischen Mittelstand entstammen. Dem Bunde stehen hierzu die Möglichkeiten der Handwerkerausbildung, der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Ausbildung, sowie der Ausbildung in Hauswirtschaft und Krankenpflege für die Chaluzoth zur Verfügung.

...

Seit dem 1. April existieren auch zwei Bauernzentren des B. Ch. D., die mit Rodges[4] die landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten auf drei erhöhen. Die Zentren sind in Hünfeld und Burghaun (Nähe Fulda). Die Jungens arbeiten und wohnen bei Bauern und kommen allabendlich und am Schabbos in der Koscherküche zusammen. Anfangs fällt den neuen Chaluzim die Gewöhnung an die bäurische Arbeit und an das Landmilieu sehr schwer. Doch haben heute alle Mitglieder ein gutes Verhältnis zu ihrer Arbeit gefunden und sind von ihr befriedigt. Limmud[5] wird besonders eifrig am Schabbos getrieben ...

Die Mädels finden Ausbildung in der Hauswirtschaft, der Geflügelzucht und der Krankenpflege. Insbesondere die beiden letztgenannten Berufe erfordern neben einem besonders großen Aufwand an Energie auch umfangreiche theoretische Kenntnisse, also eine verhältnismäßig lange Ausbildungsdauer. Trotzdem kann man nicht damit rechnen, in Erez Jisroel in diesen Berufen sofort unterzukommen, sondern muß bereit sein, eine Zeit lang als gewöhnliche Arbeiterin zu leben. Ähnliches gilt für die Jungens, die ein Spezialfach wie etwa Melker oder Chauffeur erlernt haben.

Die Nachwuchsbewegungen des B. Ch. D. sind der Zeire-Misrachi[6], der Esra und der Brith-Hanoar[7]. Stetes Zusammenarbeiten mit den Bundesleitungen, gegenseitiger Meinungsaustausch und die Gemeinsamkeit im geistigen Ziel wirken sich zu einer starken Übereinstimmung in der Arbeit aus. Das

---

[4] Im Jahre 1927 beschloß „Bachad", ein neues Ausbildungsgut zu erwerben. In Rodges bei Fulda fand man ein geeignetes Gelände von etwa 25 Hektar, das 15 Lehrlinge aufnehmen konnte.

[5] Hebr.: Lernen.

[6] Das Ende des „Blau-Weiß", die Identifizierung des JJWB mit der Bewegung der Arbeiterschaft in Palästina und die laue Haltung des Vereins „Esra" dem Aufbau Palästinas gegenüber führten zu größerer Aktivität der religiösen zionistischen Jugend. Die ersten Gruppen der „Misrachi"-Jugend („Zeire Misrachi") wurden vor 1910 vom „Misrachi" gegründet. Nach dem ersten Weltkrieg nahm die Bewegung – hauptsächlich durch den Zustrom osteuropäischer Einwanderer – stark zu, gewann aber nur wenige Anhänger innerhalb des deutschen orthodoxen Bürgertums.

[7] Hebr.: Jugendbund; Nachwuchsbewegung der „Zeire Misrachi".

persönlich gute Verhältnis zwischen den Angehörigen der Bünde ist natürlich auch von nicht geringem Einfluß. Die ungleiche Zusammensetzung des Nachwuchses ist ein ernstes Problem des Brith Chaluzim Dathiim. Kaschrus[8] und Schabbos[9] erschweren in unserem Fall die schon ohnehin nicht leichte Hachscharah. Dazu stößt die Arbeitsbeschaffung für Ausländer in Deutschland heute auf fast unüberwindliche Hindernisse. Im Anfang des Jahres mußten durch den „Merkas" [10] des B. Ch. D. (Getzel Hackel, Salomon Bombach) etwa 40 neue Hachscharahstellen geschaffen werden. Außerdem hat man recht viele ärgerliche Amtsschikanen bei der Beschaffung der Papiere zu ertragen. Zu dieser Fülle technischer Hemmnisse kommen noch Schwierigkeiten bei den Jungens selbst. Fast ein Fünftel hat die Stellen wieder aufgegeben oder ausgetauscht.

Der größere Teil dieser Versager waren 16–17jährige, die den physischen Anforderungen der Landwirtschaft nicht gewachsen waren (Rodgeser Ausdruck hierfür: „Hachscharahleichen"). Die momentan noch in der Hachscharah stehenden Jüngeren haben sich körperlich und seelisch schwer durchkämpfen müssen. Heute sind sie alle eingewöhnt. Alle zeigten eine wirklich gute Selbsterziehung.

Im kommenden Jahre beabsichtigt der Merkas Handwerkerzentren auch in Großstädten einzurichten. Dort sollen je 10–12 Leute gemeinsam unter der Aufsicht eines Führers wirtschaften und nach ihrer Arbeitszeit (Acht/Neunstundentag) Tarbuth[11] und Fachfortbildung treiben. Von diesen Gruppen verspricht man sich auch eine weitgehende Werbewirkung für Chaluziuth bei den älteren Angehörigen der Bünde. Der Plan ist noch nicht endgültig festgelegt. Er hat den Vorteil, daß die Jungens und Mädels sich später immer noch der Landwirtschaft zuwenden können und noch den Vorteil der Biprofessionalität besitzen. Ein Vorzug für Palästina! Bemerkt muß werden, daß es ein dauerndes Bestreben des Merkas ist, die Stellenvermittlung in Hinsicht auf die eigenartige Wirtschaftsstruktur Erez-Jisroels vorzunehmen.

Die Entwicklung des kommenden Jahres wird – verschiedene Anzeichen sprechen hierfür – eine besonders günstige sein. Die Deutsche Orthodoxie scheint zu erwachen und die Notwendigkeit einer entschiedenen Chaluziuth einzusehen. Der Esra hat die Verpflichtung, mit aller Klarheit dafür einzutreten und es auszusprechen, daß jeder orthodoxe Chaluz in Erez Jisroel der Wegbereiter einer neuen jüdischen Gemeinschaft im alten Sinne ist.

Arthur Cohen[12].

---

[8] Hebr.: Einhalten der jüdischen Speisegesetze.

[9] Gemeint ist das Einhalten der Sabbat-Vorschriften.

[10] Hebr., wörtlich: Zentrale; hier: Bundesleitung.

[11] Hebr.: Kultur(arbeit).

[12] Arthur Cohen (geb. 1908). Lehrer. Gehörte zu den Jugendführern des „Esra" in Mannheim. Übersiedelte 1950 nach Israel.

[199]
Opposition des deutschen „Misrachi“ gegen die „Misrachi“-Weltorganisation
28. SEPTEMBER 1930
ARCHIV DES RELIGIÖSEN ZIONISMUS, AKTE 235/A

Resolution
des Delegiertentages der Landesorganisation des
Misrachi für Deutschland vom 28. September 1930. 6. Tischri 5691.

Getragen von dem festen Glauben an die hohen Aufgaben, die der Misrachi in der zionistischen wie auch in der allgemeinen jüdischen Welt zu erfüllen hat, erneuert der deutsche Delegiertentag sein Treugelöbnis zur misrachistischen Idee und gelobt, mit allen seinen Kräften für deren Verwirklichung zu arbeiten.

Der Delegiertentag stellt fest, daß gegenüber diesen hohen Zielen der gegenwärtige Zustand in der Misrachibewegung als untragbar bezeichnet werden muß. Die Stoßkraft der Idee ist gehemmt, die Organisation liegt darnieder, die Finanzen sind zerrüttet. Die seit Jahren von der deutschen Landsmannschaft unternommenen Versuche, hierin Änderung zu schaffen, sind fehlgeschlagen.

Die Wiener Waad Haroschi [1]-Sitzung, die aus der Erkenntnis der Gefahr für den weiteren Bestand der Weltorganisation heraus einberufen war, hat in ihrem Verlauf und in ihren Ergebnissen mit Deutlichkeit erwiesen, daß die von uns erkannten Mängel mit den Mitteln und Wegen parlamentarischer Opposition nicht beseitigt werden können. Wohl war der Waad Haroschi in der Beurteilung der Situation mit uns einer Meinung – trotzdem hat er, unter Ausnützung der augenblicklichen Machtverhältnisse, alle unsere Sanierungsvorschläge abgelehnt. Er hat dem bisherigen Merkas [2], trotz seines Versagens auf wirtschaftlichem und organisatorischem Gebiet und seiner Mißerfolge in der finanziellen Führung der Geschäfte, sein Vertrauen ausgesprochen und ihn wiedergewählt. Damit ist jede Hoffnung auf eine Änderung des bisherigen Systems geschwunden. In Erkenntnis dieser Tatsache haben die Vertreter des deutschen Misrachi auf der Waad Haroschi-Sitzung die Beteiligung an den weiteren Beratungen abgelehnt und für die Zukunft schwerwiegende Konsequenzen angekündigt.

Der Delegiertentag des deutschen Misrachi billigt die Haltung der deutschen Vertreter im Waad Haroschi und lehnt es ab, unter den obwaltenden Verhältnissen an der Verantwortung für die Beschlüsse des Waad Haroschi und die Führung der Geschäfte in Erez Israel weiter teilzunehmen.

---

[1] Hebr.: Geschäftsführender Ausschuß.
[2] Hebr.: Zentralbüro.

Der Delegiertentag

fordert die Vertreter der deutschen Landsmannschaft auf, ihre Ämter im Waad Haroschi niederzulegen,

versagt dem Merkas jedwede moralische und finanzielle Unterstützung; es wird lediglich Mass Hamisrachi [3] gezahlt,

beauftragt die neugewählte Landeszentrale, die gleichgesinnten Misrachisten aller Länder zu einer großen konstruktiven Aktion zu sammeln.

Sinn und Aufgabe dieser Aktion ist die Durchsetzung der misrachistischen Idee in ihrer Reinheit und die Schaffung der dazu notwendigen organisatorischen Bedingungen.

Der Delegiertentag beauftragt die Landeszentrale, in Gemeinschaft mit den gleichgesinnten Misrachisten auch anderer Länder stärkste Werbearbeit in der jüdischen Welt zu leisten, um Mittel und Wege zur Durchführung der misrachistischen Ziele im Sinne dieser Richtlinie für eine in Erez Israel zu leistende selbständige Arbeit zu schaffen. Diese Mittel sollen direkt palästinensischen Institutionen zugeführt werden, die vom Merkas unabhängig sind. Die Verwaltung und Verwendung dieser Mittel soll durch eigene Vertrauensleute erfolgen.

Der Delegiertentag beauftragt die Landeszentrale und die Delegation für die kommende Weida Olamith [4], falls sie auf dieser Konferenz mit ihren grundsätzlichen Forderungen zu Sanierung des Misrachi nicht durchdringt, den Austritt aus der Misrachi-Weltorganisation zu erklären. Er beauftragt ferner die Landeszentrale, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, die die Schaffung einer neuen Organisation ermöglichen, falls bei der nächsten Weltkonferenz der Austritt vollzogen wird. [5]

---

[3] Hebr.: „Misrachi"-Mitgliedsbeitrag.

[4] Hebr.: Weltkonferenz.

[5] Nachdem die Landeszentrale offiziell den Austritt aus der Weltorganisation des „Misrachi" erklärt hatte, fand am 22. November 1931 ein außerordentlicher Delegiertentag des deutschen „Misrachi" in Berlin statt. Diese Tagung bedeutete einen Markstein in der Geschichte des deutschen „Misrachi". Der erste Paragraph der auf der Tagung angenommenen Resolutionen lautete: „Die deutsche Misrachi Landesorganisation hat sich am heutigen Tag als Unabhängige Misrachi Landesorganisation Deutschlands konstituiert."

Vgl. Zion, Nr. 8/9, Oktober 1931 und Nr. 12, Dezember 1931.

[200]
Politische Wirkungsmöglichkeiten des Zionismus in der Diaspora
12. OKTOBER 1930
CZA, Z 4/3567/VI

Protokoll
der Sitzung des Landesvorstandes vom 12. Oktober 1930

...

Referat Kurt Blumenfeld

Mit diesem Referat wird die Debatte über die Winterarbeit der Z.V.f.D., mit der sich der Landesvorstand in seiner Nachmittagssitzung beschäftigt, eingeleitet:

Die jüdische und zionistische Welt ist durch die Ereignisse der letzten Monate aufgerüttelt und irritiert worden. Nach den August-Unruhen des vorigen Jahres empfanden wir diese Mischung von Unsicherheit und Hoffnung, die sich heute wiederholt. Viele Zionisten sind durch den Ausgang der Reichstagswahlen[1] in ihrer zionistischen Haltung berührt worden, verlangen neue Parolen für die Orientierung gegenüber der deutschen Politik.

Circa 2 Millionen Mark haben die Juden durch den C.-V. für die Wahlen ausgegeben; dazu kommen noch die Beträge, die einzelne Juden direkt an die Parteien abgeführt haben. Man sieht also, daß die Juden, wenn sie ihre Interessen wirklich bedroht fühlen, erhebliche Mittel hergeben können. Es besteht also auch jetzt die Möglichkeit, große Summen im deutschen Judentum zu bekommen, wobei klar ist, daß kaum jemand über seine Verhältnisse gegeben hat und zu geben braucht. Die Beurteilung der gegenwärtigen Situation wird dem leichter, der sich an ähnliche Konstellationen früherer Jahre erinnert. 1918 hielt ich in einer Zeit, in der die Juden von dem Gefühl großer Unsicherheit erfüllt waren und ihre Stellung zum Staat und zur politischen Gegenwart in neuer Form festlegen wollten, einen Vortrag über den Antisemitismus und seine Überwindung. Es handelte sich damals um dasselbe Problem, vor dem wir heute stehen. Die sogenannte Gegenwartspolitik war in den Mittelpunkt der zionistischen Auseinandersetzung gerückt worden. Wichtiger als Palästina erschien das Galuth-Leben. Damals kam es wie heute darauf an, die Zionisten zur richtigen Bewertung ihrer Arbeitsgebiete zu führen. Gegenüber der Meinung, daß die Palästina-Lösung quantitativ unerheblich sei angesichts der Nöte der Weltjudenheit und daß man dieser Erkenntnis zionistisch Rechnung tragen müsse, betonte ich damals, daß die zionistische

[1] Bei den Wahlen im September 1930 erhöhte sich die Zahl der nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstag von 12 auf 107.

Grundauffassung bei richtiger Erkenntnis unverändert bestehen bleibt. Gewiß müßte alles geschehen, um die Stellung der Juden in günstigem Sinne zu beeinflussen, aber wir müßten klaren Auges die Möglichkeiten und Grenzen unserer Arbeit auf diesem Gebiet erkennen und uns davor hüten, mit diesen Arbeiten Erwartungen zu verknüpfen, die wir bei der nichtzionistischen Welt immer als irrig erkannt haben. Heute haben wir es mit einer ähnlichen, wenn auch viel ernsteren Lage zu tun. Der C.-V. hat in all diesen Jahren in gleicher Weise weiter gearbeitet. Was er tat und tut ist, abgesehen von der Arbeit für den Rechtsschutz politisch irrelevant, großenteils ein Selbstbetrug, über den er sich selbst kaum Rechenschaft zu geben vermag. Wenn wir aber gegen ihn auftreten, müssen wir, wie Dr. Moses schon betont hat, uns davor hüten, ein politisches System aufzustellen, das sich gleichfalls als unfundiert erweisen wird. Unsere Kritik an der politischen Arbeit des C.-V. ist voll berechtigt. Umso mehr müssen wir uns vor falschen Einschätzungen der Wirkung unserer Methoden gegenüber der antisemitischen Bewegung hüten. Wir wissen bekanntlich, daß unsere Bekämpfung des Antisemitismus im wesentlichen darin liegt, daß wir die durch die judenfeindliche Bewegung uns drohenden Gefahren durch jüdische Entwicklung, durch Organisierung und Gewinnung der Judenheit für jüdische Ziele überwinden. Uns war die *innere Sicherheit* wichtig, die den Juden in früheren Zeiten ihrer Geschichte die Kraft gab, sich als Juden zu behaupten. In Zeiten schwerster Bedrohung fanden sie im Bewußtsein der Bedeutung ihres Judentums den Rückhalt für das Ertragen eines bedrohten Lebens. Über diese Erkenntnis werden wir auch heute nicht hinauskommen. Die Maßnahmen, die wir im Gegensatz zu den Methoden des C.-V. verlangen, sind ernst und wichtig, aber sie müssen von uns ohne die Prätention eines radikalen Heilmittels vorgetragen werden. Unsere Stärke liegt darin, daß wir den Selbstbetrug ausschalten. Damit ist zugleich auch klar, daß wir mit dem C.-V. niemals eine gleichartige Arbeit werden leisten können. Wir müssen verstehen, daß er seiner Natur nach die Hoffnung auf eine siegreiche Bekämpfung des Antisemitismus nicht aufgeben kann.

Jüdische Assimilation und jüdisch-nationale Bewegung sind geschichtlich gesehen die beiden notwendigen Tendenzen jüdischer Entwicklung. Beide Tendenzen gab es immer und wird es immer geben. Die Vorstellung ist schwer denkbar, daß der C.-V. durch Aufgabe seiner grundlegenden Gesinnung zu einem Verein für alle Juden werden könne, auch dann nicht, wenn einige seiner Führer einem solchen Versuch geneigt sind. Der C.-V. muß doch immer als die Organisation der Juden, deren oberstes Ziel die reibungslose Einfügung in die Umwelt ist, in erster Linie auf eine Änderung der Gesinnung der Umwelt hoffen. Er kann die Verbesserung des jüdischen Lebens immer nur von außen her erwarten. Seine Stellungnahme wird durch die Äußerungen und das Verhalten der Nichtjuden bedingt und seine jüdische Haltung bewußt danach eingerichtet. Danach kann es nicht einmal eine Gemeinsamkeit in der Apologetik geben. Die Apologetik des C.-V. muß auch in

Zukunft in einer Rechtfertigung vermeintlicher oder wirklicher Unzulänglichkeiten des jüdischen Wesens oder des jüdischen Lebens bestehen: Die Juden sind keine schlechteren Patrioten, Beweis: die Statistik der Gefallenen; die Juden haben nicht das große Geld und werden sogar immer ärmer, Beweis: Berufsstatistiken; die Juden sind an Vergehen und Verbrechen nicht übermäßig stark beteiligt; die „Werte" der jüdischen Religion können sich neben dem besten Extrakt anderer Religionen sehen lassen usw. Durch alle diese Darlegungen soll bewiesen werden, daß der Jude dem moralischen, wirtschaftlichen und geistigen *Durchschnitt* des Nichtjuden im wesentlichen entspricht. Soweit es sich um die jüdische Seite handelt, sollen diese Juden der Gefahr des Antisemitismus dadurch entgehen, daß sie von den anderen als gute *Durchschnittsbürger* und nicht als Söhne des gebrandmarkten „auserwählten Volkes" empfunden werden. Selbst der gutwilligste Repräsentant dieser C.-V.-Welt, der aus Gründen des Friedens und Wohlwollens mit uns kooperieren will, kann auf die gewohnten Argumentationen nicht verzichten. Was würde ihn sonst vom Zionismus trennen, wenn er mit uns sagt, daß die Judenheit in tatsächlicher und bewußter Distanz gegenüber dem Leben der nichtjüdischen Gruppen und Gemeinschaften ihren Platz in der Welt hat und bewußt einnehmen will. Unsere Apologetik kann immer nur in der Darstellung der Kräfte und Aufgaben der jüdischen Gesamtheit bestehen und die Bedeutung des jüdischen Lebens und der jüdischen Ziele der Welt vor Augen führen. Die Apologetik des C.-V. ist die Begleiterin der sich einfügenden Tendenzen, die Apologetik des Zionismus eine Ausdrucksform des nationalen Willens, der für die eigene Entwicklung des jüdischen Volkes eintritt.

Das Urteil wird heute dem Zionisten oft dadurch getrübt, daß gewisse uns vertraute Begriffe auch von der anderen Seite verwandt werden. Man muß dabei wissen, daß die Schwere von Worten und Formeln von der Zeit abhängt, in der sie gesprochen werden. Es war einmal eine Leistung, „jüdisches Selbstbewußtsein" zu sagen, als es sich vor Jahrzehnten um einen innerlich erkämpften Begriff handelte. Heute ist diese Formel durch langen Gebrauch glatt und inhaltlos geworden. Sie wirkt als reine Vokabel. Die Diskussion wird erschwert und undeutlich, weil auch Zionisten oft glauben, daß Vokabeln aus der zionistischen Terminologie im Munde des Gegners Anzeichen für eine veränderte Grundhaltung sind. Die Welt des C.-V. ist kein zufälliger Gegensatz, den wir durch Taktik beseitigen können. In ihr lebt der notwendige Gegenspieler des Zionismus.

Es ist begreiflich, daß die Behandlung dieser Frage ein gewisses Angstgefühl bei Zionisten erzeugt, die fürchten, im aktuellen Kampf sich nur behaupten zu können, wenn sie der falschen Patentlösung des C.-V. eine nicht minder falsche, aber schlagkräftige zionistische Augenblicks-Antwort für alle Gegenwartsfragen entgegenstellen. Auch Zionisten, die meine Auffassung teilen, glauben heute, daß sie zwar nicht für sich, aber für die jüdische Masse wirksame Versprechungen für die Verbesserung ihres wirtschaftlichen und

politischen Lebens brauchen. Wie unreligiöse Intellektuelle dem Volk die Religion erhalten wollen, so wollen diese Zionisten aus Taktik ein zionistisches Allheilmittel verbreiten, weil sie fürchten, sonst auch mit ihrer zionistischen Forderung nicht gehört zu werden. Diese Gedanken sind kurzsichtig, und gerade heute könnten wir der wahren Aufklärung der Juden den größten Dienst leisten, wenn wir uns bei allen Gefahren des Augenblicks Klarheit und ruhige Sicherheit bewahren.

Die Methoden des C.-V. haben sichtbar versagt. Die 107 Nationalsozialisten geben den Juden zu denken, die die großen Mittel für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt haben. Kein ernster Beurteiler zweifelt daran, daß die Entwicklung des deutsch-politischen Lebens durch ganz andere Faktoren bedingt ist, als durch die vom C.-V. versuchten Maßnahmen. Wir können den Juden mit Erfolg klar machen, daß für ihre Stellung entscheidend die allgemeinen Entwicklungstendenzen sind und daß wir Zionisten uns deshalb Palästina zugewandt haben, weil wir dort in grundsätzlich neuer Form in die Gestaltung unseres eigenen Lebens eingreifen; und da wir erkannt haben, daß wir nur dort Herren unseres Geschicks sind, wo wir in natürlicher Schichtung und durch eigene Kraft an der Gestaltung der allgemeinen Verhältnisse arbeiten, können wir *hier* nur (zwar wichtige, aber in ihrer Wirkung beschränkte) *positive* Maßnahmen zur Verbesserung unserer Lebensverhältnisse verlangen und durchführen: Solidarisierung der Juden für Politik und Wirtschaft, Schaffung einer legitimierten Instanz für die Vertretung der Rechte der Juden (Reichsverband), Gründung von Darlehnskassen, Büros für Stellenvermittlung, Ausnutzung der interterritorialen Beziehungen der Weltjudenheit und in diesem Zusammenhang Verwendung der Rücksichten der auswärtigen Politik für die Stellung der Juden, Ablehnung jeder Überschätzung der einzelnen von uns verwandten Mittel, aber Eingliederung aller Maßnahmen in den großen palästinozentrischen Zionismus. Wir müssen der Gefahr aus dem Wege gehen, die oft zu unserem Unglück versuchte Antithese Zionismus und Landespolitik noch einmal in Deutschland zu probieren. Die jüdischen Autonomie-Bestrebungen im Osten konnten die mit ihnen verknüpften Hoffnungen nicht erfüllen; die mit ihnen im Zusammenhang aufgestellten Forderungen waren großenteils unecht. Auch hierzu hat die Z.V.f.D. schon im Jahre 1918 im Anschluß an ein von mir gehaltenes Referat Stellung genommen. Die zionistische Landespolitik durchkreuzte immer, wenn sie sich in den Vordergrund schob, die palästinensischen Aufgaben. Wir müssen daher mit aller Klarheit alle erforderlichen Maßnahmen für das jüdische Leben im Galuth, insbesondere auch unsere erzieherischen und kulturellen Aufgaben dem auf die Verwirklichung des Baseler Programms gerichteten Zionismus *eingliedern.*

Was den Wahlkampf in den Gemeinden betrifft, so kann nicht ohne weiteres gesagt werden, daß ein entschiedener Zionismus zugleich auch mit der Wahlkampfparole verbunden sein muß. Es gibt sogar die Möglichkeit, daß

man aus radikal zionistischen Erwägungen einen Wahlkampf ablehnt, in dem es nach den bisherigen Erfahrungen weniger um grundsätzliche Auseinandersetzungen als um lokale Aktualitäten gegangen ist. Im Mittelpunkt stehen allzu oft Personenfragen und Spezialfragen des Gemeindelebens und nicht die letzten Entscheidungen für den Zionismus. Es gibt übrigens auch Zionisten, die lieber einen Wahlkampf in der Gemeinde führen als den harten Anforderungen der zionistischen Bewegung in ihrer Tagesarbeit zu genügen. Es kommt also bei einem Wahlkampf nicht darauf an, ob man ihn führt, sondern wie man ihn führt. Ich bin *heute* mit aller Entschiedenheit für den Kampf um die Gemeinde, weil ich die Hoffnung habe, daß dieser Kampf heute in besserer und großartigerer Form geführt werden *kann* als bei früheren Gelegenheiten; nicht nur weil ich an größere Anstrengungen unsererseits glaube, sondern vor allem weil die Zeit uns dazu zwingt, die Wahlen eindeutig zionistisch durchzuführen.

Wer die Verwirklichung des Zionismus will, muß sich politische Rechenschaft darüber geben, daß Palästina im nächsten Jahre schwer bedroht sein wird. Wir erwarten die neue Regierungserklärung, die uns voraussichtlich einen Legislative Council bringen wird, der unseren Vorstellungen eines freien nationalen Lebens widerspricht. (Ich will in diesem Zusammenhang nicht darüber reden, was richtige und falsche zionistische Politik in der Parlamentsfrage war. Meine Meinung kennen Sie.) Wir werden materiell schwer zu leiden haben, und es ist sehr fraglich, ob wir auch nur das kleine Budget werden aufbringen können. Trotz einer leidlich guten allgemeinen Wirtschaftslage in Palästina werden wir eine nicht unerhebliche Arbeitslosigkeit haben, erträglich in Zeiten des Aufstiegs, eine schwere politische Last aber in dieser Zeit. Ein sehender und denkender Zionist, der weiß, daß wir niemals auf Hilfe von außen bauen können und daß alles von uns selbst abhängt, der ferner weiß, daß wir nicht unbegrenzte Zeit haben und in einigen Jahrzehnten eine nicht mehr zu erschütternde Grundlage für das nationale Heim gefunden haben müssen, wird gerade im gegenwärtigen Augenblick zu einer letzten Kraftanstrengung bereit sein. Unsere Arbeit in den kommenden Monaten ist von allerhöchster Bedeutung. Und es kann nicht schwer sein, wenn wir richtig arbeiten, Zionisten dazu zu bringen, alles Tun mit einer Aktion für die Verwirklichung des Zionismus zu verbinden. Dazu kommt als neue Chance die Wirkung der Zeit auf die deutsche Judenheit. Die Seelen der Juden sind aufgelockert (ähnlich wie 1918). Die Juden zweifeln an den Grundlagen der bisherigen Orientierung und für uns gibt es keine wichtigere Aufgabe als die Schaffung eines Forums, das uns die Möglichkeit gibt, mit den Juden zu reden. Ein Einbruch in uns bisher verschlossene Kreise und Gruppen ist heute möglich. Und ich bin überzeugt, daß dieser Wahlkampf eine große Gelegenheit für die Verbreitung des zionistischen Gedankens werden kann. Überall, in allen Orten, soll zionistische Propaganda einsetzen, für die es heute eine ziemlich einheitliche Form des Auftretens gibt. Meine Erfah-

rungen geben mir Mut zu einer neuen großen Aktion, die unsere Kräfte aufs äußerste anspannt. Leicht geht es an Orten, in denen der Zionismus überhaupt noch nicht Fuß gefaßt hat; schwer ist es dort, wo die zionistische Entwicklung erstarrt ist und das zionistische Leben sich im wesentlichen in innerpolitischen Auseinandersetzungen zeigt. Aber überall können wir jüdische Menschen der bisherigen Führung entziehen. Die Mitglieder des C.-V. sind eine ungeformte Masse, von der wir Teile im gegenwärtigen Augenblick zu uns herüberführen können. Ist auch der C.-V. als solcher in seiner Natur bedingt assimilatorisch, so ist damit noch nichts über einen wichtigen Teil seiner Mitglieder ausgesagt. Den C.-V. können wir nicht ändern, aber C.-V.-er können wir in den Bannkreis des zionistischen Gedankens bringen. Es kommt nur darauf an, ob wir heute auch in einem Wahlkampf die angemessene Form für die Auseinandersetzung finden. Wir haben heute mehr und besseres zu sagen als in früheren Zeiten, uns steht eine wohl fundierte Kritik der jüdischen Entwicklung im Galuth und eine ebenso gut begründete Schilderung der großen Leistungen jüdischen Lebens in Palästina zur Seite. Wahlkompromisse oder gar die Verwirklichung des Gedankens des Eintritts von Zionisten in den C.-V. werden dazu beitragen, zugleich auch die vom C.-V. vertretenen Gesinnungen zu rechtfertigen.

Bis zum 30. November dieses Jahres[2] soll also die gesamte Propagandatätigkeit mit den Wahlen verbunden sein. Diese Propaganda soll nicht wie früher nur einem Teil von Zionisten, die sich besonders mit Gemeindeangelegenheiten beschäftigen, überlassen bleiben; sondern gerade diejenigen, die gewohnt sind, den Zionismus losgelöst von allen Nöten der Gegenwart überzeugend zu vertreten, sollen in den Wahlversammlungen werbend auftreten. In diesen Versammlungen und auch in den zionistischen Propagandaversammlungen, die wir jetzt und nach der Wahl abhalten werden, sollen die Redner von der Lage der Juden ausgehen und in ihrer Darstellung die Unzulänglichkeit der Galuthsituation und die Bedeutung des jüdischen Palästina in innerer Verknüpfung darstellen. Dabei soll die Quantität des Palästinawerks in keiner Weise übertrieben werden; aber man kann Juden klar machen, daß die zionistische Antwort auf ein Galuth von zweitausend Jahren noch schnell genug gegeben wird, wenn sie mehrere Jahrzehnte in Anspruch nimmt. Für die Wirkung dieser Reden ist (wie unsere Zionisten vielfach nicht zu begreifen vermögen, besonders diejenigen, die noch niemals propagandistische Erfolge gehabt haben) die Darstellung der politischen Ziele unerheblich. Klar ist, daß die sogenannte innerpolitische Diskussion in den Hintergrund treten muß, wenn wir überhaupt an eine einheitliche und wirksame Propaganda denken können. Kein Nichtzionist wird Zionist durch wiederholtes Anhören der Polemik zwischen den verschiedenen zionistischen Gruppen. Gewiß kann man die Politik aus den Reden nicht ausschalten und gewisse politische Grundlagen müssen fest stehen! Es muß ausgesprochen wer-

[2] Das Datum für die Berliner Gemeinde-Wahlen.

den, daß wir in Palästina ein nationales Leben in voller Freiheit erstreben, in dem die Entwicklung des jüdischen Volkes auf keinem Gebiet des Lebens eine Einengung erfährt. Mit Deutlichkeit ist zu sagen, daß wir mit einem palästinensischen Staat rechnen, in dem es zwei staatsbildende Völker gibt und daß wir jede Ordnung ablehnen, die uns der Majorisierung durch andere aussetzt.

Wenn ich vorher darauf hinwies, daß unsere Arbeit in diesem Jahre entscheidend palästinozentrisch sein muß, sei nochmals hervorgehoben, daß diese Art des Auftretens keine Bagatellisierung der Galuth-Tätigkeit bedeutet, nur eine Einordnung dieser Tätigkeit in die gesamte zionistische Arbeit. Es darf nicht zugelassen werden, daß die Palästina-Arbeit zur Nebenaufgabe wird, während sie in Wahrheit die treibende Kraft für alles ist. Wir werden uns gerade in einem Augenblick der Hemmung und künstlicher Verlangsamung des Palästinaaufbaus davor zu hüten haben, Symptome für positive jüdische Entwicklung im Galuth zu überschätzen; die Formel, wir müßten uns bei der langen Dauer zionistischer Arbeit „unterwegs einrichten", birgt eine große Gefahr.

Nur wenn wir allen Verlockungen bequemerer Arbeitsmöglichkeit widerstehen, wird uns die Wiederbelebung des Mutes der Zionisten gelingen. Das Hauptmittel für die Propaganda soll die *große öffentliche Versammlung* sein. In ihr können Zionisten ihre Sicherheit wiedergewinnen und die Kraft zum zionistischen Pathos finden. Einen nur auf rationalen Erwägungen beruhenden Zionismus kann ich mir schwer vorstellen; unsere zionistische Erkenntnis kommt ohne eine sie ergänzende zionistische Leidenschaft nicht aus. Man kann den Zionismus nur „beweisen", wenn wir viele Argumente durch Vorstellung und Willen zu ergänzen vermögen. Zionistische Hoffnung und zionistischer Glaube sind unentbehrliche Komplementärerscheinungen der zionistischen Erkenntnis. Wir haben die Bedeutung der öffentlichen Versammlung oft unterschätzt und sollten jetzt prüfen, inwieweit die anonyme Masse durch ihre Reaktion den Argumenten des Redners erst die Fülle gibt. Unmittelbare Wirkung und direkte Aktion kann und soll dort erfolgen. Ich weiß aus Erfahrung, daß eine große Zahl ausgezeichneter Zionisten in früherer Zeit in solchen Versammlungen gewonnen worden sind und ich weiß ferner, daß alle Versuche, durch indirekte Aktionen in Logen, Vereinen und Zirkeln eine zionistische Spannung zu erzeugen, nur in den seltensten Fällen zu einem uns befriedigenden Ergebnis geführt haben. Dort wird nicht die Atmosphäre erzeugt, die Menschen zwingt, sich für den Zionismus zu entscheiden. Bestenfalls erreichen wir ein gewisses Wohlwollen, das unserer K.H.-Arbeit günstig ist. Diese öffentliche Versammlung muß als eine neue Aufgabe vor uns stehen. Sie hat nur Sinn, wenn sie von den Zionisten als eine wichtige, ja feierliche Angelegenheit empfunden wird, jedes Mal als eine neue Aufgabe, bei der der Zuhörer nicht weniger mitwirkt als der Redner. (Auch unser Publikum wird immer die Redner haben, die es verdient.) Mit dieser Auffas-

sung muß Vorarbeit und Nacharbeit verbunden sein und eine verbesserte und zu erlernende Technik, die den guten Willen, alle erreichbaren Menschen zu bearbeiten, unterstützt.

. . .

[201]
AUFGABEN UND MÖGLICHKEITEN IM KAMPF GEGEN DEN ANTISEMITISMUS
[OKTOBER 1930]
SCHOCKEN-ARCHIV, 531/66

Zu den Themen: „Bekämpfung des Antisemitismus" und „Wirtschaftslage der Juden in Deutschland".

Allgemeine Grundlinien für ein Arbeitsprogramm der Z.V.f.D.[1]

Der Landesvorstand beauftragt den Geschäftsführenden Ausschuß, den Fragenkomplex gemäß folgenden Grundlinien weiter zu bearbeiten und der nächsten Landesvorstandssitzung über den Stand der Arbeiten Bericht zu erstatten.

I. Da die Bekämpfung des Antisemitismus und der Wirtschaftsnot der Juden in Deutschland als zionistische Aufgaben anzuerkennen sind, bedarf es innerhalb der Z.V.f.D. einer Institution, die sich diesen Aufgaben fortlaufend widmet. Geeignet hierfür erscheint eine ständige Kommission (nach der Analogie der Gemeindekommission), die wohl unbedenklich beide Arbeitsgebiete zusammenfassen kann.

II. Aufgabe der Z.V.f.D. auf diesen Gebieten ist vor allem die Prüfung, Erörterung und Geltendmachung der specifisch zionistischen Gesichtspunkte. Die Ständige Kommission wird demgemäß Untersuchungen der Probleme vom zionistischen Standpunkt aus, Diskussionen in unserer Presse, Veröffentlichungen von Schriften tatsächlichen und ideologischen Inhaltes anzuregen und zu fördern haben.

III. Nach außen wird die Z.V.f.D., bezw. die von ihr eingesetzte Stelle nur insoweit aktiv hervorzutreten haben, als es sich um die Wahrung der zionistischen Gesichtspunkte in Fragen der Abwehr und der Wirtschaftsnot handelt oder als Einzelprobleme von besonderer grundsätzlicher Bedeutung

---

[1] Es ist nicht bekannt, ob die folgenden Grundlinien nur ein Vorschlag waren oder ob sie eine Resolution darstellen.

auftauchen. Im übrigen kann die Bearbeitung der Probleme, insbesondere die Einzelbearbeitung nur durch *gesamtjüdische* Stellen erfolgen.

IV. Als gesamtjüdische Organe kommen in Frage:
a) der C.V. für die Bekämpfung des Antisemitismus,
b) eine noch zu schaffende Wirtschaftsschutzstelle,
c) die Gemeinden, die Gemeindeverbände und der künftige Reichsverband.

Zu a)
Da einerseits Zusammensetzung, Struktur und Geschichte des C.V. den Eintritt der Zionisten in den C.V. für absehbare Zeiten verbieten und da andererseits der Versuch, den C.V. aus der Abwehrarbeit völlig auszuschalten, aussichtslos und in diesem Ausmaße nicht einmal sachlich berechtigt sein würde, muß das Ziel sein, den C.V. möglichst in die Rolle des ausführenden Organs zu drängen: seine Technik, sein Apparat müssen zur Verfügung stehen, während der Geist, in dem die Abwehrarbeit zu leisten ist, möglichst weitgehend von einer *neutralen* gesamtjüdischen Stelle zu bestimmen ist.
Zu b)
Ausmaß der Funktionen und der Zuständigkeit der Wirtschaftsschutzstelle wird sich erst nach ihrer Errichtung festlegen lassen.
Zu c)
Wir müssen in den Gemeinden, in den Gemeindeverbänden und in dem künftigen Reichsverband unseren gesamten Einfluß dafür einsetzen, daß jede dieser Institutionen für ihren Bezirk den entscheidenden Einfluß auf die grundsätzliche Gestaltung der Abwehrarbeit und der Arbeit zur Linderung der Wirtschaftsnot für sich in Anspruch nimmt. Das gibt uns die Möglichkeit, die technische Arbeit des C.V. (und soweit nötig, auch die Arbeit der künftigen Wirtschaftsschutzstelle) durch das Medium der Gemeindeorganisationen maßgeblich zu beeinflussen.

[202]
WAHLAPPELL DER „JÜDISCHEN VOLKSPARTEI" IN BERLIN
26. NOVEMBER 1930
CZA, A 142/53/2

Hans *Goslar*
Ministerialrat und Pressechef
im Preußischen Staatsministerium.

Berlin NW. 40, den 26. XI. 1930
In den Zelten 21a

Privat!

Sehr geehrter Herr!

Am Sonntag, den 30. d. Mts. sind in der Berliner Jüdischen Gemeinde die Wahlen zur Repräsentanz und gleichzeitig zum Landesverband der Jüdischen Gemeinden Preußens. Das Schicksal der Berliner Jüdischen Gemeinde und der Organisation der preußischen Juden wird dadurch auf 4 Jahre in entscheidender politischer und wirtschaftlich krisenhafter Zeit bestimmt. Die einzige große Partei, die imstande ist, mit Mut und mit dem Willen zu einer entschlossenen jüdischen Politik und zu einem solidarischen Vorgehen gegen den ungeheuer starken Wirtschaftsantisemitismus die Interessen der Gesamtjudenheit wirksam zu vertreten, ist die auf demokratischer Grundlage aufgebaute Jüdische Volkspartei, als deren Vertreter ich seit nunmehr 8 Jahren in der Berliner Jüdischen Gemeinde arbeite. Jeder, der weiß, wie das Judentum Berlins in den 70 Jahren der Herrschaft der Liberalen Partei zerfallen ist, wie Taufe, Mischehe und Gleichgültigkeit unsere Reihen gelichtet haben, und wie eine volksfremde auf Almosenprinzipien aufgebaute Wohlfahrtspflege die alten jüdischen Prinzipien der brüderlichen Verbundenheit aller Juden durch das Gebot der Zedokoh[1] verwischt und bagatellisiert hat, Jeder, der weiß, wie die heranwachsende Jugend allem Jüdischen gegenüber wesensfremd in der Zeit aufgewachsen ist, in der dank der Gleichgültigkeit der Liberalen ein unsagbar schlechter Religions-Unterricht erteilt worden ist, – Jeder, der an die Zukunft unseres Judentums trotzdem glaubt und eine völ-

* An den Berliner jüdischen Gemeindewahlen vom 30. November 1930 beteiligten sich 77 398 Wahlberechtigte. Von der Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen erhielten die Liberalen 41 704, die „Jüdische Volkspartei" 25 526. Demgemäß erhielten die Liberalen 24 Mandate, die Volkspartei 14. Zum Vergleich seien die Wahlergebnisse vom 16. Mai 1926 angeführt. Damals erhielten die Liberalen 23 252, die Volkspartei 16 370 von den insgesamt 50 207 abgegebenen Stimmen. Trotz ihres absoluten Stimmenzuwachses gegenüber 1926, konnte die JVP ihre Mehrheit nicht behaupten, da es den Liberalen gelang, die apolitische Masse zur Stimmabgabe zu bewegen.

Vgl. Jüdische Rundschau, Nr. 95, 2. Dezember 1930.

[1] Zedokoh = Zedakah – hebr.: Wohltätigkeit.

lige Umkehr zum Besseren will, muß uns von der Jüdischen Volkspartei helfen, dieses Ziel zu erreichen.

Die Liberalen, die die Kreise der uns völlig entfremdeten kleinen reichen Oberschicht hinter sich haben, versuchen durch eine ungeheure Propaganda, die sie sich dank ihrer großen Geldmittel erlauben können (die besser für Wohlfahrtszwecke und für Stützung jüdischer Existenzen aufgewandt würden), noch einmal die Volksstimmung zu ihren Gunsten herumzureißen. Wenn wir alle unsere Pflicht tun, wird das nicht gelingen, und der 30. November wird der Beginn einer zielbewußten, auf Traditionswerten aufgebauten wirklich jüdischen Arbeit sein und wird uns die Möglichkeit geben, uns mit allen Kräften von Gemeinde wegen gegen die furchtbare Wirtschaftsnot der Berliner Juden zu stemmen.

Ich bitte Sie, unsere Liste, die Liste 2 der Jüdischen Volkspartei, am 30. November zu wählen. Im Gemeindeblatt und in einer Ihnen von der Gemeinde zugehenden Karte finden Sie Ihr Wahllokal angegeben. Ich bitte Sie sehr dringend, alle Ihre uninformierten Freunde und Bekannten sowie Ihre Familie zu veranlassen, das Gleiche zu tun. Bei den schwankenden Majoritätsverhältnissen in der Repräsentanz geht es um wenige Stimmen, kann *ein* Mandat über Majoritätsbildungen entscheiden. Lesen Sie das heute erschienene Gemeindeblatt, den Rechenschaftsbericht des Vorstandes, der im wesentlichen basiert auf den Arbeiten der Jüdischen Volkspartei in den letzten 4 Jahren in der Gemeinde, und helfen Sie uns, aus diesem schönen Anfang eine noch bessere Fortsetzung zu machen.

Mit aufrichtigem Dank für Ihre Unterstützung bin ich
Ihr hochachtungsvoll ergebener

Hans Goslar[2]

---

[2] Hans Goslar (1889–1945). Politiker und Schriftsteller. Aktiv in der Sozialdemokratischen Partei. Preußischer Ministerialrat und Pressechef der Staatsregierung bis 1932. Von Jugend an Zionist. War aktiv im deutschen „Misrachi" und in der „Jüdischen Volkspartei". In Bergen-Belsen ums Leben gekommen.

[203]
WAHLAUFRUF DER „POALE ZION“
[NOVEMBER 1930]
ARCHIV DES LBI, JERUSALEM

An die jüdische werktätige Bevölkerung,
an die jüdische Jugend!

Am 30. November finden die *Wahlen zum Preußischen Landesverband* der Jüdischen Gemeinden und zur *Jüdischen Gemeinde Berlin* statt.

Diese Wahlen haben für die jüdischen Arbeiter, Angestellten, Beamten, für die geistigen Arbeiter und die jüdische Jugend,

für alle, die unter dem Druck der kapitalistischen Wirtschaft leiden,
gerade im gegenwärtigen Augenblick eine besondere Bedeutung.

Die politische und wirtschaftliche Lage der jüdischen arbeitenden Bevölkerung in Deutschland hat sich entscheidend geändert:

Die *politischen* Interessen werden nur noch von der *Sozialdemokratie* wirksam vertreten. Nur der Sozialismus hat den Kampf gegen *den reaktionären Antisemitismus* auf sein Banner geschrieben.

Auch die wirtschaftliche Lage der jüdischen Gesellschaft hat einen tiefgreifenden Wandel durchgemacht: Die Zahl der jüdischen Arbeitnehmer ist dauernd im Wachsen begriffen, während die Zahl der selbständigen Existenzen abnimmt. Die zahlreicher gewordenen Arbeitnehmer aber kämpfen einen fast aussichtslosen

Kampf um den Arbeitsplatz,
der ihnen vom nichtjüdischen, manchmal aber auch vom jüdischen Arbeitgeber vorenthalten wird.

Diese entscheidende Änderung hat bisher in den Körperschaften des jüdischen öffentlichen Lebens, dem Preußischen Landesverband und der Jüdischen Gemeinde noch *keinen genügenden Ausdruck gefunden.*

Auch heute noch wird die jüdische Gemeinde und der Preußische Landesverband beherrscht von dem jüdischen Bürgertum, das durch Intrige und kleinlichen Interessenschacher Politik zu machen versucht,

während die Interessen der großen Massen der
jüdischen Werktätigen unberücksichtigt bleiben.

Welches sind die Folgen eines solchen Systems in der jüdischen Politik?

Ein *rückständiges Wahlrecht*, das Frauen und Ausländer beinahe rechtlos

---

* Die bei der Gemeindewahl abgegebenen Stimmen entschieden gleichzeitig über die Verteilung der Mandate für die zweite Wahlperiode des Preußischen Landesverbandes.

Bei diesen Wahlen erhielten d'e „Poale Zion“ 1911 Stimmen gegenüber 2145 Stimmen im Jahre 1926, und erzielten nur ein Mandat.

Vgl. „Das Wahlergebnis“, Jüdische Rundschau, Nr. 95, 2. Dezember 1930.

macht, gilt noch in vielen Gemeinden. Das Wahlrecht zum Landesverband und zur Jüdischen Gemeinde benachteiligt die Jugend.

Wesentliche Teile der bürgerlichen Parteien leugnen, daß es eine *besondere jüdische Wirtschaftsfrage* gibt.

Immer noch stehen im Mittelpunkt der Gemeindearbeit *nicht die aktuellen lebenswichtigen Interessen* der jüdischen Bevölkerung, sondern die Sorge für Kultus und Gottesdienst. Dadurch *verliert* ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung und insbesondere der jüdischen Jugend *das Interesse an der jüdischen Gemeinde und am Judentum überhaupt.*

Die jüdische Schule arbeitet weitgehend noch nach rückschrittlichen Lehrmethoden, die dem jungen jüdischen Menschen die Liebe zum jüdischen Wissen lebenslänglich rauben.

Die *jüdische Wohlfahrtspflege* hat noch immer nicht ihren *philanthropischen Charakter* verloren.

Die einzige sozialistische Partei,

die in dem Wahlkampf zu den jüdischen Körperschaften auftritt,

die Jüdisch-sozialdemokratische
Arbeiterorganisation Poale Zion

bejaht die Existenz eines einheitlichen jüdischen Volkes. Sie fühlt sich mit dem jüdischen Arbeiterwerk in Palästina unlöslich verbunden.

Gegenüber dem gegenwärtigen Zustande des Preußischen Landesverbandes und der jüdischen Gemeinde fordern wir:

Verstärkte Wahrnehmung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der jüdischen arbeitenden Massen in den Gemeinden und im Preußischen Landesverband.

In dieser Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression werden noch immer Unsummen für Kultus, Gottesdienst und *Synagogenneubau* ausgegeben.

Wir fordern dagegen Erhöhung der Aufwendungen *für Sozialpolitik, Berufsumschichtung und Wohlfahrtspflege, für die Produktivierung der jüdischen Massen durch Hilfe bei der Ergreifung produktiver Berufe* (Berufsberatung und Berufsfürsorge).

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit! Das jüdische *Arbeitsnachweiswesen* muß vergrößert und verstärkt werden. Die gemeinnützigen jüdischen *Darlehens- und Kreditkassen* müssen gefördert und ausgebaut werden.

Linderung der Wohnungsnot durch zusätzlichen Wohnungsbau, durch Schaffung von Jugend- und Ledigenheimen, Kindergärten und Horten.

Mit dem lebendigen jüdischen Kulturgut ist durch die moderne jüdische Schule und Volkshochschule eine Verbindung zu schaffen, durch sie ist das *Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem jüdischen Volke zu pflegen.*

Erneuerung des Geistes der sozialen Arbeit! Keine veraltete Wohltätigkeit! Der Hilfsbedürftige hat einen Anspruch auf Hilfe.

Hilfe für das arbeitende Palästina! Moralisches und materielles Eintreten für die werdende jüdische Arbeitergesellschaft in Palästina.

Wählerinnen und Wähler,
jüdische Angestellte und Arbeitnehmer, jüdische Jugend!
Unterstützt uns in unserem Kampfe!
Sorgt dafür, daß auch in der jüdischen Gemeinde und im Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden die Stimme des Sozialismus gehört werde!
Wählt am 30. November
die sozialdemokratische Liste, wählt die Liste 5

Jüdische Gemeinde:	Preußischer Landesverband:
Oskar Cohn	*Oskar Cohn*
Georg Lubinski	*S. Adler-Rudel*[2]
Samuel Lifschitz	*Josef Wahl*
Josef Wahl[1] *usw.*	*Georg Lubinski usw.*

[204]
Für Weizmanns Politik
3. JULI 1931
STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL DER VERHANDLUNGEN DES XVII. ZIONISTENKONGRESSES UND DER ZWEITEN TAGUNG DES COUNCIL DER JEWISH AGENCY FÜR PALÄSTINA, BASEL, 30. JUNI BIS 17. JULI 1931, LONDON 1931, S. 203–208

Kurt Blumenfeld (Allg., A.C. – spricht deutsch): . . .

Große Politik beginnt erst in dem Augenblick, wo sie nicht identisch ist mit Propaganda und mit Wunschbildern. Jene großen Politiker, die in die

[1] Josef Wahl (1896–1968). Mitglied des „Herzl-Bundes“ und der „Poale Zion“. Tätig im „Hilfsverein der deutschen Juden“; wanderte 1939 nach Palästina aus; Grundstücksmakler in Tel Aviv.

[2] Schalom Adler-Rudel (1894–1975). Sozialarbeiter. 1915–1918 Generalsekretär der „Poale Zion“ in Wien; 1919–1934 Geschäftsführer des „Arbeiterfürsorgeamts der jüdischen Organisationen Deutschlands“ und 1930–1934 der „Arbeitsgemeinschaft der Jüdischen Arbeitsnachweise“ der Jüdischen Gemeinde in Berlin; 1934–1936 Generalsekretär der „Reichsvereinigung der deutschen Juden“; 1936 bis 1945 Administrator des „Central British Fund“ in London. Nach seiner Einwanderung in Israel 1949–1955 Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen der Jewish Agency; 1958–1974 Direktor des LBI, Jerusalem.

* Auf dem XVII. Zionistenkongreß opponierte die Mehrheit der Delegierten gegen Weizmanns Politik, die auf der Notwendigkeit maximaler Zusammenarbeit mit der englischen Regierung basierte. Die Opposition hielt diese Politik nicht für berechtigt. Insbesondere die Revisionisten verlangten, die Erlangung einer jüdischen Mehrheit in der Bevölkerung und die Schaffung eines jüdischen Staates als letztes Ziel des Zionismus offiziell festzulegen. Diese Forderung wurde von der Mehrheit

Weltgeschichte eingingen und denen man Denkmäler setzte, waren diejenigen, die die Kraft hatten, selbst gegen demagogische Forderungen aufzutreten, aber im entscheidenden Moment als Vertreter der nationalen Hoffnungen das politisch Mögliche in die Wirklichkeit umzusetzen (*Zwischenruf*: Zum Beispiel das Weißbuch!). Es käme also darauf an festzustellen: Was ist möglich und was ist im Augenblick das Gegebene? Man hat sich bemüht, mit Analogien zu operieren, und hat ganze Welten der Vergangenheit durch historische Hinweise bemüht. Z. B. hat ein Redner die Geschichte von David und Goliath vorgetragen. Ich möchte fragen, ob dieser Vorgang des Zweikampfes sich oft in der jüdischen Geschichte wiederholt hat und ob man glaubt, daß diese Geschichte als politisches Argument zu verwerten ist. Man sagt, das Weißbuch vom Jahre 1922 haben wir *leider* unterschrieben. Ein hervorragender Parteiführer meinte auf dem vorigen Kongreß: Gewiß haben wir unterschrieben, aber wir können und müssen uns durch „Kol Nidre" von unseren Verpflichtungen befreien. Nun weiß ich nicht, ob Kol Nidre eine Sache ist, die, an die Adresse von England gerichtet, von Wirkung ist und ob es auch nicht für England dann die Möglichkeit des Vertragsbruches gibt. Ebenso wenig ist die Einführung von allgemeinen Glaubensüberzeugungen ins politische Leben vor irgend welcher Wirkung. Das absolute „Ani maamin"[1] gehört nicht in die politische Kategorie. Als zentrale Idee arbeitet es mit der Zeitlosigkeit, mit der eine andere jüdische Welt, nicht aber der Zionismus sich begnügte. Der Zionismus will den Gedanken von der Erneuerung des Judentums und des jüdischen Volkes in unserer Zeit in die Wirklichkeit überführen ...

...

Wenn Sie Proklamationen abgeben, dann zwingen Sie die englische Regierung dazu, wie es bisher immer geschehen ist, sich schützend vor die anderen zu stellen. *Das* können Sie erreichen, wenn Sie eine Mehrheit verlangen. Sie beherzigen offenbar variiert jenes Wort von Gambetta: Immer davon reden, aber nichts dazu tun. Sie treiben eine Welt, die keinen Grund hat sich zu fürchten, mit Ihren Reden in eine Angstpsychose hinein. Unter Berufung auf das, was Sie sagen, wird die Spannung in Palästina zum Siedegrade gebracht. Wir brauchen und wollen *Ruhe* für das Wachsen eines großen nationalen Jischuw, wir glauben an die Kraft des Volkes, das sich in Erez Israel offenbart, aber nur dann, wenn es uns gelingt, durch Zusammenfassung der Kräfte jedes Jahr Tausende in das Land zu bringen, auch unter schlechten Verhältnissen. Und Ihre Methoden sind es, die unsern Gegnern die Handhabe

---

zurückgewiesen, was dazu führte, daß die Revisionisten 1935 aus der Zionistischen Organisation austraten. Weizmann trat auf dem XVII. Kongreß trotz der Unterstützung von seiten des Arbeiterflügels zurück und Nahum Sokolow wurde zum Präsidenten der Zionistischen Organisation gewählt.

[1] Hebr. – wörtlich: Ich glaube. Bekannt als Einleitungsformel der von Maimonides (1135–1204) formulierten dreizehn Glaubenssätze, deren letzter von der Gewißheit auf das Kommen des Messias spricht.

geben, uns in unserer Arbeit zu erdrosseln. Sie diskreditieren den Mehrheitsgedanken, indem Sie nämlich ein leeres Wort aus einer Sache machen, die nur erarbeitet werden kann. Und wenn einer der Vorredner sagte, Zionismus werde heute zu einer Art von assimilatorischem Liberalismus, so irrt er sich, denn dieser Liberalismus ist nicht mehr modern. Die neue Assimilation vollzieht sich mit Hilfe ganz anderer Geistesrichtungen. Und ich sehe mit Schrekken, daß der Zionismus in der Tat Elemente und Embleme aufnimmt, die im Gegensatz stehen zu dem Gedanken der Erneuerung des jüdischen Lebens *(Beifall)*. Und ich gestatte mir hinzuzufügen, daß das Schlimmste dabei die Helfershelfer sind. Ich anerkenne, daß die Revisionisten mit Recht eine klare und eine eindeutige Entscheidung verlangen. Die Frage ist, ob unsere Parole die ist, daß wir das Basler Programm heilig halten und zugleich jetzt in einer schweren Zeit, wo unser Weg bedroht ist, mit allen Kräften für seine Verwirklichung arbeiten.

Ich möchte dabei eines bemerken, das vielleicht außerhalb dieser Diskussion steht, aber ein Wort, das notwendig ist: das Werk, für das wir heute arbeiten unter der Führung des größten Mannes in der jüdischen Welt, eines der genialsten Staatsmänner, die heute leben, wir verdanken es Dr. Weizmann *(lang andauernder Beifall bei einem Teil des Kongresses)*. Er hat den Mut gehabt, auf billige Popularität zu verzichten, obwohl gerade er imstande ist, allen Sehnsüchten der Massen unseres Volkes Ausdruck zu geben. Er hat die Kraft gehabt, auch unter den ungünstigsten Bedingungen gegen den Ansturm einer leidenschaftlichen öffentlichen Meinung Besonnenheit zu bewahren. Vielleicht nicht immer mit genug Kraft, aber es war schon etwas Ungeheures, daß er dies getan hat. Wir hoffen, daß die Zeit kommen wird, wo in reiner Form seine Gedanken sich durchsetzen werden.

Wir glauben, der Zionismus kann nur leben, wenn er als politische Bewegung sich selbst ernst nimmt, dem arabischen Problem ernstlich zu Leibe rückt, nicht mit Redensarten sich begnügt, wirklich ein Vertrauensverhältnis zur Mandatarmacht herzustellen versucht und wenn er die Kraft hat, die sittlich überwältigende Kraft im jüdischen Volke zu werden. Auch ich glaube an die Macht, aber an eine große Macht des liebenden, umfassenden nationalen Empfindens, das aus sich, aus seiner Wärme, aus seiner Größe neue Leistungen erzielt. Und ich glaube, daß der Weg, den Sie *(zu den Revisionisten)* gehen und gehen müssen, Untergang und Tod für die Bewegung bedeutet. Es wird hier ein neuer Pseudomessianismus geschaffen. Wir sind doch keine Sabbatai Zwi[2]-Bewegung. Wir sind die ernste politische Bewegung des Judentums unserer Tage. Wir werden alles tun, um diesen Weg zu beschreiten.

---

[2] Sabbatai Zwi (1626–1676). Schuf die größte pseudo-messianische Bewegung in der jüdischen Geschichte, die mit dem Übertritt des vermeintlichen Messias zum Islam ihr tragisches Ende fand. Die Wirkung Sabbatai Zwis auf die Juden Deutschlands ist in den Erinnerungen der Glückel von Hameln anschaulich geschildert. Vgl. Glükkel von Hameln, Denkwürdigkeiten, herausgegeben von *L. Feilchenfeld*, Berlin 1923.

Wir werden keiner Mischmasch-Exekutive unsere Zustimmung geben. Entweder soll klar Dr. Weizmanns Programm akzeptiert werden *(Zwischenrufe der Revisionisten)* oder es soll etwas anderes kommen. Gegen jede andere Sache werden wir kämpfen, um die Kraft aufrechtzuerhalten, die den Zionismus auf seinem Weg weiterbringt, und wir werden gegen die anderen Kräfte kämpfen, die an seiner Zerstörung arbeiten.

Ich schließe mit dem zionistischen Bekenntnis, daß wir in wahrer Freiheit das neue Leben aufrichten, in Verbundenheit mit unserem ganzen Volke, dem Volke der Zionisten, dem Volke des arbeitenden Judentums, dem Volke aller Elemente, denen es um die Erneuerung ernst ist. Und Sie werden erleben, daß hier ein Kampf geführt wird von Leuten, die nicht Redensarten machen, sondern die zugleich alles tun, um unmittelbar in unseren Tagen die Verwirklichung herbeizuführen *(lang andauernder und sich immer erneuernder Beifall, Widerspruch und Zwischenrufe).*

[205]
Bruch der Revisionisten mit der ZVfD
1. DEZEMBER 1931
CZA, Z 4/3567/VII

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin W 15, 1. Dezember 1931
Meinekestr. 10

Zionistische Exekutive
77, Great Russell Street
London W.C. 1.

Sehr geehrte Herren!

Der deutsche Landesverband der Revisionisten hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, in denen es u. a. heißt:

„1.) Die ZVfD und ihr Organ, die Jüdische Rundschau, hat seit Jahren in grundsätzlichen politischen Fragen des Zionismus eine Haltung einge-

---

* Das Plenum der Revisionistischen Weltexekutive trat am 28. und 29. September 1931 in Calais zusammen. Es wurde beschlossen, auf der bevorstehenden Revisionistischen Weltkonferenz für eine Union der zionistischen Revisionisten einzutreten, deren Mitglieder das Programm der Union annehmen und sich ihrer Disziplin unterwerfen müßten. Es sollte keine Pflicht mehr bestehen, den Schekel zu zahlen und somit auch nicht der Zionistischen Weltorganisation anzugehören. Die Beschlüsse der revisionistischen Tagung in Calais hatten zuerst keinen Einfluß auf die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland. In Folge der nach Calais von den Revisionisten in

nommen, die nach revisionistischer Auffassung mit den Zielen der zionistischen Bewegung unvereinbar ist und nach innen und außen schädliche Wirkung gehabt hat.

Nach dem 17. Zionistenkongreß, dessen Mehrheit sich unzweideutig in Gegensatz zu der von der ZVfD und der Jüdischen Rundschau vertretenen Auffassung des Zionismus gestellt hat, ist keinerlei Änderung in der Haltung der Leitung des deutschen Zionismus eingetreten, vielmehr wird von dieser Seite die Bekämpfung des Revisionismus und die Propagierung der vom Kongreß zurückgewiesenen Politik des früheren Präsidenten der Z.O.[1] mit größter Schärfe weiter getrieben.

2.) Der deutsche Landesverband der revisionistischen Union protestiert gegen die einseitige und intolerante politische Haltung der Leitung des deutschen Zionismus, durch welche die ZVfD aus einer neutralen Arbeitsorganisation aller zionistischen Gruppen zu einer einseitigen Kampforganisation gegen den Revisionismus umgewandelt worden ist.

3.) Zum Zeichen des Protestes beschließt die Konferenz:

a) die revisionistischen Mitglieder des Landesvorstandes der ZVfD legen ihre Ämter nieder,

b) die deutschen Revisionisten beteiligen sich nicht am Delegiertentag der ZVfD,

c) die Landeskonferenz stellt fest, daß die Mitglieder des Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten nicht verpflichtet sind, der ZVfD und ihren lokalen Organisationen anzugehören. Die deutschen Revisionisten können, soweit die Umstände dies erforderlich erscheinen lassen, als Einzelpersonen oder als lokale Gruppen den Ortsgruppen der ZVfD angehören, die Konferenz empfiehlt aber den Mitgliedern des Landesverbandes den Austritt aus den Ortsgruppen bezw. aus der ZVfD und die Begründung selbständiger revisionistischer Gruppen."

Zu diesem Beschluß hat der Geschäftsführende Ausschuß der ZVfD in folgender Form Stellung genommen:

„Das Verhalten einer Organisation, die ihren Mitgliedern den Austritt aus der ZVfD empfiehlt, untergräbt die Grundlagen der Einheitlichkeit unserer Arbeit, stellt ferner eine schwere Provokation dar und wirkt parteischädigend. Die Zugehörigkeit zu einer solchen Organisation ist daher *mit der Zugehörigkeit zur ZVfD* unvereinbar.

---

allen Ländern vollzogenen Austritte aus den zionistischen Landesorganisationen, faßte eine Konferenz des deutschen Landesverbandes der Revisionisten, welche am 11. Oktober 1931 in Berlin stattfand, die in dem Dokument wiedergegebenen Beschlüsse.

Vgl. *Joseph B. Schechtman*, Fighter and Prophet, The Vladimir Jabotinsky Story, New York 1961; Memorandum über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und dem Deutschen Landesverband der Revisionistischen Union, 18. Juli 1932, Schocken-Archiv, 531/231.

[1] Chaim Weizmann.

Der G.A. stellt fest, daß nach wie vor Zionisten jeder Richtung in der ZVfD ihren Platz haben und daß die hier ausgesprochene Unvereinbarkeit sich keineswegs gegen die Gesinnung der Revisionisten richtet, sondern gegen das parteischädigende Verhalten ihrer Landesorganisation."

...

Wir fragen die Exkutive an, was sie gegen diese die Entwicklung der Zionistischen Organisation beeinträchtigenden Angriffe getan hat oder zu tun gedenkt. Uns ist eine Stellungnahme der Exekutive bisher nicht bekannt geworden. Die Pflicht der Exekutive, die Entwicklung der Organisation zu schützen, gebietet ihr, die die Stellung der Zionistischen Organisation in der Welt überhaupt und die Autorität der Exekutive untergrabenden Beschlüsse nicht nur energisch, sondern auch wirksam zurückzuweisen. Schon das bisherige Schweigen der Exekutive hat befremdlich gewirkt und wird von den Revisionisten naturgemäß als Zustimmung aufgefaßt.

Es ist zu befürchten, was nur durch ein entschiedenes Eingreifen der Exekutive verhindert werden kann, daß weitere Störungen der zionistischen Arbeit, besonders auf organisatorischem Gebiet, erfolgen. Wir erwarten daher von der Exekutive eine völlig klare und eindeutige Stellungnahme in dieser Angelegenheit; vor allem aber bedarf es einer schnellen Erledigung.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß

Kurt Blumenfeld

[206]
Auswanderung des Mittelstandes nach Palästina
7. JANUAR 1932
CZA, A 102/12/16

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin W 15, 7. Januar 1932
Meinekestr. 10

Herrn
Dr. H. *Schachtel*[1]
Breslau

Vertraulich!

Sehr geehrter Herr Gesinnungsgenosse,

es hat sich gezeigt, daß bei vielen Juden – auch bei solchen, bei denen dies früher nie der Fall war – heute der Wunsch zur Auswanderung nach Palä-

[1] Hugo Schachtel (1876–1949). Zahnarzt. Trat 1896 in persönliche Beziehungen zu

stina besteht; insbesondere sind es Angehörige des jüdischen Mittelstandes, die noch über ein gewisses Vermögen verfügen, die derartige Pläne erwägen.

Es handelt sich hier um eine Erscheinung, der wir unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Es erweist sich nicht nur, daß Palästina in der Zeit der wirtschaftlichen und politischen Krise, die das Judentum heute mitmacht, attraktiv ist und im wahren Sinne des Wortes eine „Heimstätte" für viele Juden bedeuten kann, sondern es kann auch eine Bewegung von Menschen und Kapital nach Palästina einsetzen, die unsere Kräfte im Lande bedeutend vermehren und die Wirtschaftskrise in Palästina erleichtern kann.

Wenn es auch unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse nicht tunlich erscheint, eine öffentliche Propaganda für die Auswanderung kapitalkräftiger Elemente zu betreiben, so würde es auf der anderen Seite den Bedürfnissen der Juden und Palästinas nicht gerecht werden, wenn wir etwa uns darauf beschränken wollten, die einzelnen Fälle, die mehr oder minder zufällig an uns herantreten, zu erledigen. Es handelt sich vielmehr darum, einen besonderen Weg zu finden, unter Vermeidung öffentlicher Propaganda den Gedanken der Auswanderung in die Kreise, die dafür in Frage kommen, hineinzutragen. Die hierfür zu ergreifenden Mittel hängen von den örtlichen Bedingungen ab. Eine Erörterung der Angelegenheit in kleineren Zirkeln kann ein geeigneter Ausgangspunkt sein.

Die Devisen-Ordnung[2] macht die Mitnahme von Kapital im Falle der Auswanderung keinesfalls unmöglich. Wir haben in mehreren Fällen sogar beobachtet, daß die zuständigen Behörden eine gewisse Toleranz bei der Genehmigung der Kapital-Ausfuhr beweisen, wenn es sich um wirkliche Auswanderung handelt. Auswanderungswillige müssen sich zunächst an die örtliche amtliche Auswanderer-Beratungsstelle wenden; diese pflegt sodann Empfehlungen an die zuständige Devisen-Bewirtschaftungsstelle zu geben, und auf Grund dieser Empfehlung wird die Kapital-Ausfuhr-Erlaubnis wohl immer erteilt. Es gibt allerdings keine feststehenden Regeln für die Höhe des Betrages, dessen Mitnahme gestattet ist, im allgemeinen handelt es sich jedoch bei den Auswanderern nicht um Kapitalien in solch bedeutendem Umfang, daß Schwierigkeiten zu erwarten wären.

Wir bitten Sie, den Inhalt dieses vertraulichen Briefes zunächst mit einigen wenigen Gesinnungsgenossen zu besprechen und zu untersuchen, welche

---

Herzl. Jahrelang Vorsitzender der zionistischen Ortsgruppe in Breslau. Redakteur der 1901 begründeten Zeitschrift „Der Zionist"; Verfasser des „Zionistischen Merkbuchs" (später „Erez Israel-Merkbuch"). Übersiedelte 1933 nach Haifa.

[2] Nach dem Zusammentritt des Reichstags am 13. Oktober 1930 konnten Heinrich Brüning und sein Kabinett zwei Jahre im Amt bleiben. Brünings Politik war „spartanische Einfachheit" und Sparsamkeit im Staate. Mit seinen fiskalischen Notverordnungen beschnitt er die öffentlichen Ausgaben drastisch, setzte die Zölle für Lebensmittel herauf und erhöhte direkte und indirekte Steuern. Unter seinen Verordnungen waren auch strenge Vorschriften gegen Kapitalausfuhr aus Deutschland.

Schritte in der von uns gewünschten Richtung dort unternommen werden können.

Für einen baldigen Bericht wären wir Ihnen dankbar.

Mit bestem Zionsgruß

Dr. G. Landauer[3]

[207]
Zionismus und Kommunismus
26. JANUAR 1932

Jüdische Rundschau

XXXVII. Jg., Nr. 7, 26. Januar 1932, S. 33

Zur Auseinandersetzung mit Kommunisten
Von Dr. *Fritz Löwenstein*, Berlin.

...

In den letzten Jahren steht die Propaganda des deutschen Zionismus vor einem neuen Problem. Wenn die deutschen Nichtjuden in Scharen die Mittelparteien verlassen und zu den Nationalsozialisten oder den Kommunisten übergehen, so blieb dem in dieser Entwicklung stehenden *Juden* nur der Weg zu den *Kommunisten* übrig. So haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß weitere Teile der jüdischen Jugend in Deutschland von der kommunistischen Propaganda beeinflußt werden. Es sind Fälle zu verzeichnen, in denen junge Zionisten, Mitglieder zionistischer und sogar chaluzischer Jugendorganisationen zum Kommunismus übergegangen sind. Dabei spricht außer der allgemeinen Zeitströmung sicher noch manches andere mit. Die Stagnation unseres Palästinawerkes, der Konflikt mit den Arabern, die geflissentlich verbreitete Behauptung, als stünden wir mit dem imperialistischen England gemeinsam im Kampf gegen den nationalen Unabhängigkeitskampf der Araber, haben viel dazu beigetragen. Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen, wie weit wir selbst immer alles getan haben, um derartige Eindrücke zu verhindern.

Sicher ist, daß in den Reihen der Zionisten heute die Frage immer aktueller und akuter geworden ist: wie diskutiert man mit Kommunisten? Ebenso ist unverkennbar – und wir wollen hier wie immer der Wahrheit ruhig ins Auge

---

[3] Vgl. auch Landauers Brief an Schachtel vom 18. Februar 1932, in dem er ebenfalls auf Auswanderung des Mittelstandes gedrängt hat, CZA, A 102/12/16.

sehen – daß diese Frage mit einem starken Unterton von Besorgnis gestellt wird. Man empfindet die eigenen, aus so vielen Auseinandersetzungen mit anderen gewonnenen Argumente hier als nicht recht durchschlagend. Es gibt in unseren eigenen Reihen Unsicherheit nicht nur über die richtigen Argumente, sondern Unsicherheit gegenüber dem Kommunismus als solchem. Es gibt ein Gefühl, als wenn wir eine kleine, bestenfalls partiell bedeutsame Bewegung sind, die gegenüber dem die Lösung aller Weltfragen erstrebenden Kommunismus nicht recht aufkommen könne.

Es kann nicht der Sinn dieses Aufsatzes sein, das Problem in allen seinen Teilen erschöpfend zu behandeln. Aber einiges soll gesagt werden.

Was uns bei der Diskussion mit Kommunisten zunächst klar sein muß, ist die Tatsache, daß wir uns vielleicht zum ersten Male in der Geschichte des deutschen Zionismus (in Osteuropa liegt es anders) mit einer Bewegung auseinanderzusetzen haben, die keine bloßen Opportunitätsgesichtspunkte zu vertreten hat, wie die Assimilation. Der wirklich überzeugte Kommunist hat ein Ideal, an das er mit derselben Unbedingtheit glaubt, mit der wir an unser Ideal glauben. Weiterhin hat der Kommunist die Überzeugung, daß in Rußland heute die Verwirklichung des Kommunismus riesige Fortschritte gemacht hat und daß der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems in der übrigen Welt über kurz oder lang zum kommunistischen Siege führen muß. Wir haben es also mit einem Gegner zu tun, der von einem großen Ideal erfüllt ist und der dieses Ideal in einer Periode schneller Verwirklichung zu sehen glaubt. Schon hier stoßen wir auf eine Schwierigkeit. Die zionistische Bewegung befindet sich heute – etwa im Gegensatz zu der Zeit vor 6–7 Jahren – in einem Stadium der Stagnation unter politisch ungünstigen, finanziell schlechten Verhältnissen. Wir sind gezwungen, heute wieder, wie so oft vor dem Kriege, zu betonen, daß die Wahrheit und Richtigkeit einer Idee nicht davon abhängig ist, ob diese Idee im Augenblick im Stadium der Verwirklichung ist oder mit großen äußeren Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Assimilation und Zionismus sind naturgegebene Gegensätze, sind nicht miteinander zu vereinbaren und können nur im Kampf gegeneinander ausgefochten werden. Bei Zionismus und Kommunismus liegt es grundsätzlich anders. Die zionistische Bewegung als eine nationale Bewegung *umfaßt alle Klassen* des Volkes und demgemäß *alle ideologischen Anschauungen*. Es gibt Zionisten mit bürgerlichen und proletarischen Anschauungen und es muß und wird sie geben, und zwar innerhalb derselben Organisation, solange der nationale Unabhängigkeitskampf geht. Wir befinden uns in dieser Beziehung in keiner anderen Situation als die vielen Völker außerhalb Europas, die heute den Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit führen. Dabei hat die kommunistische Internationale es stets verstanden, daß der nationale Freiheitskampf dieser Völker ihrem sozialen Differenzierungsprozeß *vorangehen* muß und hat in einer großzügigen Art und Weise diesen nationalen Freiheitskampf unterstützt, obwohl sie sehr wohl wußte, daß der marxistischen Ge-

schichtsauffassung entsprechend in diesen jung befreiten Völkern zunächst die *bürgerlichen* Klassen zur Herrschaft kommen und die proletarischen erst langsam für ihre Befreiung kämpfen mußten. In China z. B. ist die chinesische Unabhängigkeitsbewegung von den Kommunisten unterstützt worden und nach der Erreichung der nationalen Selbständigkeit und der Vertreibung der Dynastie entwickelte sich dort eine bürgerliche Republik, die aufs schärfste gegen den Kommunismus vorging. Trotzdem war die kommunistische Politik von ihrem Standpunkt aus sicher richtig, denn nur in einem national geeinigten und politisch freien China von heute kann ein sozialer Differenzierungsprozeß und eine soziale Revolution möglich sein.

Es müßte an sich möglich sein, einem Kommunisten klarzumachen, daß auch das jüdische Volk sich in einem Stadium befindet, das vor der eigentlichen sozialen Differenzierung liegt. Es müßte möglich sein, klarzumachen, daß, wenn schon bei einem auf eigenem Boden zusammenlebenden Volke der proletarische Freiheitskampf nicht nur ein bestimmtes Maß wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung, sondern auch politische Unabhängigkeit voraussetzt, dann beim jüdischen Volk noch weit mehr Voraussetzungen erfüllt sein müssen, ehe die typische Klassenkampfsituation erreicht ist. Das Judenproblem, wie wir es gesehen haben, nicht das Problem des einzelnen jüdischen Menschen, sondern das Problem der jüdischen Massen bedeutet ihre Überführung in Produktionsverhältnisse, die den normalen Produktionsverhältnissen jedes anderen Volkes gleichen. Eine jüdische Massensiedlung in Palästina, ohne den Druck einer anders nationalen Umwelt und mit der normalen beruflichen Schichtung aller anderen Völker wird die Voraussetzungen geben, unter denen allein vom kommunistischen Standpunkt aus erfolgreich gearbeitet werden kann.

Weshalb ist eine solche Auseinandersetzung gegenüber Kommunisten bisher erfolglos gewesen? Dafür dürften in der Hauptsache drei Gründe maßgebend sein: der erste Grund sind die aktuellen politischen Verhältnisse, durch die der Anschein entsteht, als ob der Zionismus auf Gedeih und Verderb mit dem britischen Imperium verbunden sei. Auf der anderen Seite haben wir oft den Eindruck, als ob der Kampf der Sowjets gegen den Zionismus nicht nur die Folge unserer gegenwärtigen Beziehungen mit England, sondern die Folge einer naturnotwendigen Gegnerschaft zweier Weltanschauungen sei. Beides ist unrichtig. Die Juden haben ihren Anspruch auf Palästina niemals aufgegeben, ohne Rücksicht darauf, welche Macht gerade die Herrschaft in Palästina ausübte. Wir haben unter türkischer Herrschaft im Lande gearbeitet und wenn durch den Krieg das zaristische Rußland oder das wilhelminische Deutschland die Herrschaft über Palästina errungen hätte, hätten wir auch dann versucht, das Maximum des Erreichbaren in Palästina zu verwirklichen. England war die erste Macht, die unsere Bewegung anerkannt und ihr zu helfen versprochen hat. Da wir ein Recht auf dieses Land haben, dürfen wir die Hilfe *jeder* Macht in Anspruch nehmen, die sie uns

gewähren will. Hält England sein Versprechen nicht, dürfen wir es daran mahnen und mit ihm kämpfen, damit es sein Versprechen hält. Aber das bedeutet für uns keine Identifizierung mit dem System des britischen Weltreichs. Man mag über die Möglichkeiten und Aussichten einer arabischen Föderation denken, wie man will: kein Zweifel, daß vom zionistischen Standpunkt aus nur gesagt werden kann, daß wir auch gegenüber einer solchen Föderation die Verwirklichung unseres Zieles versuchen würden und daß dasselbe etwa gelten würde, wenn heute Palästina sowjetrussisch würde. Wir haben unser Werk in der Welt zu tun, in der wir uns befinden, aber wir identifizieren uns nicht mit dieser Welt.

Somit kann davon ausgegangen werden, daß die gegenwärtigen Komplikationen im Verhältnis der Sowjets zu uns nur akzidentieller Natur sind und bei einer anderen politischen Situation vergehen können. Aber ein anderes Moment ist zu berücksichtigen. Wir wiesen oben darauf hin, daß ein der jüdischen Tradition entfremdeter Zionist schwerlich imstande sein wird, die Auseinandersetzung mit orthodoxen Nichtzionisten zu führen. Dieser Gedanke ist auch hier anzuwenden. Wer grundsätzlicher Gegner des Kommunismus ist, mag sich mit dem Kommunismus auseinandersetzen; aber er mische diese soziale Auseinandersetzung nicht in das Problem „Zionismus – Kommunismus“. Denn so wenig der Zionismus als Ganzes einer politischen Machtgruppe verschrieben ist, so wenig ist er einer bestimmten Klassenauffassung verhaftet. Der Zionismus hat die Voraussetzungen für ein jüdisches Volksleben zu schaffen und die Bewegung *als Ganzes* kann sich so wenig mit kapitalistischen wie mit kommunistischen Gedankengängen identifizieren. Die zionistische Bewegung hat in sich einen starken Arbeiterflügel, der in den letzten zehn Jahren einen großen Einfluß auf die Bewegung ausgeübt hat und auch jetzt ausübt. Das Werk dieser Arbeiterschaft in Palästina ist konstruktiver Sozialismus im besten Sinne des Wortes, und Palästina ist heute wohl der einzige Platz in der Welt außerhalb Sowjetrußlands, wo es sozialistischen Aufbau gibt. Es ist klar, daß diejenigen Zionisten, die sich *diesem* Flügel zurechnen, allein imstande sind, die Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu führen. Denn bei *dieser* Auseinandersetzung handelt es sich nicht darum, den Kommunisten von seinem *Kommunismus* abzubringen, sondern ihm zu zeigen, daß die Lösung des *Judenproblems* im zionistischen Sinne nicht nur für die Juden unter allen Umständen eine Notwendigkeit bleibt, sondern auch dem Kommunismus erwünscht sein muß, weil sie allein die Schaffung eines großen bewußten Proletariats zu ermöglichen vermag. Diese Gedankengänge müssen einem Kommunisten klarzumachen sein, wenn ein sozialistischer Zionist mit ihm spricht und wenn der Kommunist – das ist freilich die Voraussetzung – nicht in Wahrheit ein *Assimilant alter Schule* ist, dem der Kommunismus ein bequemer *Vorwand* zur Ablehnung des Zionismus ist, sondern wenn er ein wirklich überzeugter und kämpfender Kommunist ist.

Es gibt noch eine dritte Voraussetzung für das Gelingen der Auseinander-

setzung mit dem Kommunismus: die Stärke der zionistischen Überzeugung, die der kommunistischen gegenübertritt, darf nicht schwächer sein, und hier berühren wir vielleicht den wundesten Punkt der ganzen Frage. Zionisten, die durch die Entwicklung der letzten zwei Jahre irre geworden sind, die nicht mehr wissen, für welches Endziel sie eigentlich kämpfen und sogar Zweifel daran haben, ob die zionistische Sache noch zu verwirklichen ist und die gegenüber arabischen Ansprüchen das Gefühl haben, vielleicht eine nicht ganz ebenso berechtigte Sache zu vertreten, sollten nicht als Vorkämpfer des Zionismus gegenüber dem Kommunismus erscheinen. Wir haben von vorneherein bei dieser Auseinandersetzung ein Minus, die unleugbaren Schwierigkeiten, in denen sich unsere Bewegung befindet und aller Voraussicht nach noch eine gewisse Zeit befinden wird. Das braucht kein großes Hindernis zu sein, wenn der *Glaube an unser Recht* und der Glaube an die Verwirklichung unserer Sache bei uns stark ist. Ohne das kann man überhaupt keine Propaganda machen und ganz gewiß nicht gegenüber einem so begeisterten und so überzeugten Gegner wie einem Kommunisten. Letzten Endes entscheiden bei Diskussionen nicht Argumente, sondern die überzeugte Persönlichkeit und das Gesamtbild der zukünftigen Entwicklung, das sie vorzuzaubern versteht. Es gibt 100 Einwände gegen den Kommunismus, wie gegen den Zionismus, die auf logischem Wege nicht zu widerlegen sind. Der Kommunist wirkt durch das Ziel der klassenlosen Gesellschaft und durch das Beispiel der Verwirklichung in Rußland. Der Zionismus kann nur wirken durch das Bild der gelösten Judenfrage durch den Aufbau Palästinas. Man pflegt zu sagen, daß Überzeugen dem Überzeugten nicht schwer fällt. Sind beide Teile überzeugt, so wird der Kampf häufig unentschieden verlaufen. Aber es ist auch nicht in erster Linie unsere Aufgabe, bereits völlig überzeugte Kommunisten zu uns herüberzuziehen, so erfreulich das im einzelnen Falle sein würde, sondern die große Mittelschicht, die heute unentschieden zwischen beiden Lagern pendelt. Sie kann nur gewonnen werden, wenn sie auf zionistischer Seite keine geringere Überzeugungskraft erblickt als auf der kommunistischen.[1]

---

[1] Vgl. auch *Gustav Krojanker,* Zionismus und Kommunismus, in: 30 Jahre V.J.St. Hasmonaea, herausgegeben von der V.J.St. Hasmonaea im Kartell Jüdischer Verbindungen, Berlin, März 1932; Georg Landauer, Leitsätze und Ergänzungen zum Referat „Zionismus und Kommunismus" (gehalten auf der Sitzung des GA der ZVfD vom 29. April 1931), den 3. Juni 1931, Schocken-Archiv, 531/61; und von kommunistischer Seite: *Otto Heller,* Der Untergang des Judentums, Wien–Berlin 1931.

[208]
VERSICHERUNG ZIONISTISCHEN EIGENTUMS GEGEN SCHADEN DURCH POGROME
12. JULI 1932
CZA, Z 4/3567/VII

[Originaldokument in hebräischer Sprache]

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Berlin W 15
Meinekestr. 10

Streng vertraulich

12. 7. 32

An die
Zionistische Exekutive
London

Liebe Freunde,

wir möchten uns in einer sehr dringenden und vertraulichen Sache an Sie wenden. In Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage in Deutschland haben wir beschlossen, unser Eigentum in Berlin – sowohl bewegliches als unbewegliches – gegen Schaden durch Pogrome zu versichern; sowohl gegen Zerstörung des Hauses, des Mobiliars, der Maschinen, als auch gegen Feuer, hervorgerufen durch Unruhen. Wir erwägen diese Versicherung durch Lloyds vorzunehmen. Aus Gründen, die Sie verstehen werden, haben wir uns dahingehend entschieden, daß Sie, die Zionistische Exekutive, die Versicherung zu unseren Gunsten beantragen und abschließen, so daß wir die Versicherten sind.

Wir ersuchen Sie, uns umgehend zu antworten, ob Sie gewillt sind, die Angelegenheit zu übernehmen. Bei Empfang Ihrer prinzipiellen Zustimmung werden wir Ihnen ein detailliertes Konzept des Antrags übersenden, das an Lloyds weiterzureichen ist.

Auf Ihre sofortige Antwort[1] hoffend, verbleiben wir mit bestem Dank und Zionsgruß

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Dr. Georg Landauer.

---

[1] Vgl. die Antwort der Exekutive vom 15. Juli 1932, CZA, Z 4/3567/VII.

[209]
PROGRAMM DES „HASCHOMER HAZAIR“
3. AUGUST 1932
ARCHIV DES KIBBUZ DALIAH, 9013/5

Jüdischer Pfadfinderbund „Haschomer Hazair“ in Deutschland

Der Bundesrat
August 1932

Choser
Bundestag Budau (C.S.R.), 1932[1]

...

Beschlüsse
(des ersten Bundestages des Haschomer Hazair in Deutschland)

A. *Der ideologische Weg des Bundes.*

1. *Analyse der jüdischen Wirklichkeit.* Die wirtschaftliche und soziale Vergangenheit des jüd. Volkes bestimmte den Charakter seines Eindringens in die kapitalistische Wirtschaft. In allen seinen Wohnländern, besonders dort, wo es in dicht gedrängten Massen konzentriert lebte, bildete das jüd. Volk eine ökonomische und kulturelle Einheit. Seine soziale Struktur war im wesentlichen überall dieselbe. Urproduktion, Landwirtschaft und Bergbau waren ihnen verschlossen. Sein Handwerk beschränkte sich auf die Endstadien der Produktion. In seiner Mehrzahl bestand das jüd. Volk aus unproduktiven Elementen, die zum größten Teil im Kleinhandel beschäftigt waren. Art und Wesen seiner Klassendifferenzierung war schon beim Eintritt in diese Epoche eine anormale.

Im weiteren Verlauf seiner Entwicklung lassen sich zwei miteinander eng verbundene Faktoren unterscheiden: die nationale Konkurrenz und die Entwicklung des Kapitalismus.

Das kapitalistische System fußt auf der freien Konkurrenz und ist ein System der Anarchie. Diesem Prozeß der allgemeinen Konkurrenz fielen die Juden, die eine aterritoriale Minderheit bildeten und sich von den Wirts-

---

* Am 16. August 1931 fand in Brieselang die Gründungssitzung des jüdischen Pfadfinderbundes „Haschomer Hazair“ statt. Etwa 110 jüdische Jugendliche wohnten der Gründung des Bundes bei.

Vgl. Protokoll der Gründungssitzung des „Haschomer Hazair“ vom 16. August 1931, Archiv des Kibbuz Daliah, 9013/5.

[1] Der erste Bundestag des deutschen „Haschomer Hazair“ fand in Budau vom 31. Juli bis 3. August 1932 statt. Die unsichere politische Lage und die dadurch veranlaßte Verlegung des Bundestages in die CSR bewirkte eine verhältnismäßig geringe Beteiligung der Ortsgruppen.

völkern in ihrem ökonomischen, gesellschaftlichen und sozialen Leben stark abhoben, zum Opfer.

Von der Tatsache, daß die Juden in allen Wirtschaftszweigen eine Einheit bildeten, wurde der Antisemitismus gespeist, der der ideologische Ausdruck der nationalen Konkurrenz war. Diese verstärkte sich in dem Maße, in dem die Konzentration des jüd. Volkes zunahm. Die nationale Konkurrenz bildete also einen Faktor, der die jüd. Wirtschaft stark beeinflußte.

Von der Entwicklung des Kapitalismus profitierten auch die Juden – besonders im Westen. Dort drangen in der Emanzipationsperiode die Juden in die Kreise der Groß-Bourgeoisie ein; dies rief eine starke Assimilationstendenz hervor, der die soziale Oberschicht des jüd. Volkes rasch zum Opfer fiel.

Die Entwicklung des Kapitalismus, die Industrialisierung und Rationalisierung, verbunden mit der sich immer mehr verschärfenden nationalen Konkurrenz des Wirtsvolkes (dem isolierenden Faktor), rüttelte stark an der schwachen ökonomischen Basis des jüd. Volkes. Die Vermittlerberufe verlieren in dieser Entwicklung immer mehr an Bedeutung, die Aufnahmemöglichkeiten in den intellektuellen und freien Berufen werden immer geringer.

Die letzte Epoche des Kapitalismus, die durch die Strukturkrise charakterisiert ist und keine „prosperity“ mehr ermöglicht, sperrt die Immigrationsländer, verschärft die Konkurrenz und zerstört die letzte Basis der jüdischen Wirtschaft. Wirtschaftliche Monopolisierung verschärft die Isolierung des jüd. Volkes. Die Möglichkeiten des Kapitalismus werden immer kleiner, die Reservearmee wächst. Antisemitismus und Boykott gegen die Juden nehmen rapid zu. All dies drängt die Juden in eine auswegslose Situation.

Die Aterritorialität und der Kapitalismus sind die Quellen der heutigen Judenfrage. Die Judenfrage ist eine spezifische. Auf dem Boden der dargelegten Entwicklungstendenzen, die einen Zerfall der ökonomischen Basis des jüd. Volkes mit sich bringt, erwachsen im Volke neue Kräfte, die zu einem Ausweg, zur Befreiung von seiner Anormalität und dem Kapitalismus drängen.

Die Zuspitzung der Judenfrage auf der ganzen Welt läßt ihren nationalen Charakter deutlich hervortreten. Die Entwicklung bringt eine Zusammenfassung der verschiedenen Anstrengungen zur gemeinsamen Befreiung mit sich und schafft in der zion. Organisation die Grundlage für die Konzentrierung großer Teile des jüd. Volkes auf dem Territorium Erez-Israel. Der Kapitalismus schuf die Judenfrage in ihrer schärfsten und entwickeltesten Form, in ihrer letzten Form; dadurch brachte er in der jüd. Wirklichkeit die Kräfte hervor, die imstande sind, diese Frage zu lösen. Aus den Bedürfnissen heraus wird das Streben nach ihrer Befriedigung geschaffen. Die Verelendung der jüd. Massen drängt sie zur Schaffung gesunder Existenzbedingungen. Die Notwendigkeit der Emigration, das Ergebnis der Judennot, wird zu einer gewaltigen dynamischen Kraft, die die Massen des Volkes bewegt. Seine Isolierung bestärkt das jüd. Volk in seinem eigenen und autoemanzipierten Werk und in der Schaf-

fung einer Kultur. Die Verschärfung der Judenfrage im Weltmaßstabe erzeugt die geeinte Kraft des jüd. Befreiungsdranges. Die spezifischen Bedürfnisse, die besondere Struktur, die eigenartige Verbindung und Abhängigkeit der wirkenden Faktoren erfordern eine spezifische Lösung.

2. *Die Lösung der Judenfrage und die soziale Revolution.* Die Juden treten in die Revolution als eine mehr oder minder geschlossene Einheit ein, eine Nation ohne Territorium, deren Produktionsverhältnisse vollkommen rückschrittlich sind. (Jede soziale Schicht hat spezifische Bedingungen und Möglichkeiten, um am Kampf der sozialen Revolution teilzunehmen.) In diesem Sinne kann die soz. Revolution die Judenfrage nicht automatisch lösen.

Die soz. Revolution wird die Produktionsverhältnisse der Juden, als Erbe des Kapitalismus, gänzlich vernichten. Die Tatsache der Anormalität wird die sozialistische Gesellschaft stark belasten und sie zwingen, einen Ausweg zu finden. Produktivierung wird nur in einem verhältnismäßig geringen Maße möglich sein. Die Emigration wird die notwendige Folge dieser Situation sein.

In den Versuchen zur sozialen Lösung der Judenfrage in der Sowjet-Union[2] sehen wir zwar das teilweise Verständnis für die Judenfrage in ihrer Konsequenz: territoriale Konzentration; sie zeigen aber schon heute einen deutlichen Mißerfolg, da sie das nationale Problem nicht zu lösen vermögen.

Die volle nationale und soziale Befreiung des jüd. Volkes wird selbst die sozialistische Revolution erst dann durchführen können, wenn die zion. Arbeit eine genügende Basis für die Produktivierung der jüd. deklassierten Massen in E.[rez] I.[srael] geschaffen haben wird und dort eine starke jüd. Arbeiterklasse entstanden sein wird, die gemeinsam mit dem arabischen Proletariat den Entscheidungskampf der proletarischen Revolution führen wird.

Da die Emigration eine unbedingte Notwendigkeit auch in der Epoche der soz. Revolution sein wird, so ist die zion. Lösung auch in dieser Epoche der vollste Ausdruck der nationalen und sozialen Befreiungstendenzen. E. I. konzentriert im internationalen Maßstab das Emigrationswerk, den Produktivierungsprozeß der jüd. Massen und schafft die einzige Möglichkeit, alle Kräfte zu vereinen.

3. *Zionismus und Sozialismus.* In Konsequenz der Analyse und ihrer Stellung zu den Fragen der soz. Revolution erklärt die Weidah[3], daß die Judenfrage ihre Lösung auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet nur auf dem Wege der Konzentration der jüd. Massen in E. I. und seiner Umgebung finden kann, durch Schaffung einer normalen ökon. Basis, Wiederbelebung der hebr. Kultur, Beseitigung der politischen und sozialen Versklavung und Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung. Die zion. Bewegung hat ihre

---

[2] Bezieht sich möglicherweise auf Birobidschan in Ost-Rußland, das als „autonome jüdische Provinz" vorgesehen war. Seit Ende der 20er Jahre versuchten die Sowjets, dort Juden anzusiedeln (Erlaß vom 28. März 1928).

[3] Hebr.: Tagung.

Wurzel in unserer nationalen Konzeption, die in den nationalen und kulturellen Elementen Werte der menschlichen Gesellschaft sieht.

Die zion. Organisation ist der Ausdruck der gemeinsamen Lebensinteressen der verschiedenen Volksschichten am Aufbauwerk in E. I., die eine Zusammenarbeit und Kooperation notwendig machen. Die Kooperation ist eine historische Notwendigkeit und wird erst dann ihren Abschluß finden, wenn eine genügende strategische Basis in E. I. geschaffen sein wird. Bei Auflösung der zion. Kooperation wird die jüd. Arbeiterklasse in E. I. der einzige und selbständige Träger und Fortsetzer des zion. Werkes sein. Die in der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft gegebenen Widersprüche einerseits – der unaufhaltbare Aufstieg des internationalen Sozialismus anderseits, werden zur Errichtung der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft führen. Der Weg dazu: Konsequenter, revolutionärer Klassenkampf, der seinen Ausdruck in dem gewerkschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiterschaft findet; Erziehung der Massen zur Eroberung der Macht und zur Leitung einer sozialist. Wirtschaft.

In Ermangelung einer ideologischen Übereinstimmung mit den beiden Arbeiterinternationalen, erklärt sich der „Haschomer Hazair" als eine unabhängige sozialistische Jugendbewegung.

Kampfziel der jüdischen Arbeiterklasse in E. I. ist die Verwirklichung des Zionismus und Sozialismus in E. I. – auf dem Wege einer chaluzisch-kolonisatorischen Tätigkeit und des gewerkschaftlichen u. politischen Kampfes des jüd. Arbeiters im Lande.

Die soz. Gesellschaftsordnung wird nur durch den gemeinsamen Kampf des jüd. und arab. Arbeiters in E. I. vorbereitet und errichtet werden können. Sie wird beiden Nationen völlige Gleichberechtigung und Entwicklungsfreiheit gewähren, und in ihr wird der entscheidende Teil des jüd. Volkes seine nationale und soziale Befreiung finden.

4. *Kibuziuth, unser gesellschaftlicher Weg.* In der Erkenntnis, daß

a. die Verwirklichung des Zionismus, die Errichtung einer jüdischen Wirtschaft in E. I., eine Erfassung aller Kräfte fordert, die durch die Schaffung von gesellschaftlichen Zellen eines gesunden nationalen Lebens und einer neuen Kultur, ein breites Produktivierungswerk der jüd. Jugend, Aufnahme der Alijah und ihre Einordnung in die verschiedenen Arbeitszweige und Wirtschaften ermöglichen und einen starken Träger der Ansiedlung und den Aufbau einer modernen, industrialisierten Wirtschaft vorbereiten sollen;

b. die Errichtung einer neuen sozialistischen Gesellschaft bedingt ist durch die Vorbereitung und Erziehung der Klasse zur Eroberung der Macht und zur Leitung der kollektiven Wirtschaft im Lande;

c. das Gelingen einer klassenbewußten, gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit der Arbeiterklasse in E. I. in ihrer chaluzischen Aufbauperiode abhängig ist von der Schulung der Arbeiterklasse und der Eroberung wirtschaftlicher Positionen;

d. in diesem Prozeß die Stellung des Kibuz sehr entscheidend ist, spricht die deutsche Bewegung des Haschomer Hazair klar und eindeutig aus, daß sie im Kibuz den einzigen Weg für sich und die gesamte chal. Jugendbewegung sieht.

...

[210]
Forderungen und Aufgaben für den Fall eines nationalsozialistischen Sieges
12. AUGUST 1932

Jüdische Rundschau

XXXVII. Jg., Nr. 64, 12. August 1932, S. 305

Hitler Reichskanzler?

...

Für die deutschen Juden

ist diese Stunde eine *Schicksalsstunde*. Wir haben stets darauf hingewiesen, daß wichtiger als offizielle politische Erklärungen die vor sich gehende *geistige Entwicklung im deutschen Volke* ist und daß der beispiellose Aufschwung des Nationalsozialismus und die Gleichgültigkeit gegenüber dessen roher antisemitischer Agitationsform beweisen, wie stark das antisemitische Vorurteil in das Gefühlsleben des deutschen Volkes eingedrungen ist. Wir haben es als Illusion bezeichnet, auf Versicherungen einzelner Staatsmänner allzu viel zu bauen, die angesichts der rapiden Entwicklung bald aus der offiziellen Machtsphäre verdrängt sein konnten, und wir haben auch niemals gewähnt, daß etwa die barbarischen Grundsätze des Nationalsozialismus in der Judenfrage ein Grund sein könnten, die Nazis von maßgebenden Regierungsinstanzen fernzuhalten, wenn die sonstigen politischen Verhältnisse ihre Berufung zur Macht ermöglichen.

Aber das ganze jüdische Volk erwartet und fordert, daß diejenigen Kräfte, von denen auch in diesem Moment die Machtergreifung der Nationalsozialisten abhängt, daß vor allem der Herr Reichspräsident, die bei der Neugestaltung beteiligten Persönlichkeiten des Kabinetts Papen-Schleicher sowie die auch weiterhin, wie immer die Regierung gebildet werde, maßgebenden, weil starke und unentbehrliche Teile des deutschen Volkes repräsentierenden Parteien, Garantien dafür fordern, daß nicht der Name Deutschlands durch Maßnahmen, die das deutsche Judentum in seiner staatsbürgerlichen Stellung, in seiner Ehre und in seiner Existenz verletzen, bemakelt wird.

Wird Hitler Reichskanzler, dann darf doch nicht das Programm der nationalsozialistischen Partei mit seinen bekannten antijüdischen Satzungen das Programm des Deutschen Reiches werden. Als Parteiführer konnte Hitler sich auf die von ihm fanatisierten Massen stützen, als Reichskanzler muß er wissen, daß Deutschland aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt ist, die Anspruch auf Respektierung ihrer Eigenart haben.

Der *Name Hitler* ist in den letzten Jahren in der jüdischen Welt weit außerhalb Deutschlands beinahe symbolhaft geworden. Er ist geradezu die Inkarnation des „Antijuden", der Name für alle feindlichen Mächte, die gegen das Judentum aufstehen. In ähnlicher Weise war vor etwa vier Jahrzehnten der Name des Wiener Bürgermeisters Luëger allenthalben in der „jüdischen Gasse" populär. Auch Luëger ist durch die von ihm entfesselte antisemitische Bewegung hochgetragen worden; bekanntlich wurde ihm nach seiner Wahl zum Wiener Bürgermeister dreimal von Kaiser Franz Joseph die Bestätigung verweigert, schließlich aber blieb Luëger Sieger. Hitlers Karriere erinnert in mancher Hinsicht an diesen Präzedenzfall, wenn auch der christlich-soziale Antisemitismus Luëgers im Vergleich zu den nationalsozialistischen Auswüchsen beinahe liebenswürdig anmutet. Aber so wie damals Luëger für den Weltantisemitismus repräsentativ war, so ist es heute Hitler. Daß dieser Mann zur obersten Regierungsstelle in Deutschland berufen werden soll, ist ein Ereignis, das nicht nur für die deutschen Juden die peinlichste Aufrüttelung bedeutet, sondern geradezu

für die ganze jüdische Gegenwart symptomatisch

ist. Man muß sich daran erinnern, daß in der kaiserlichen Zeit in Deutschland eine derartige Erscheinung unmöglich gewesen wäre, daß man damals von einem allmählichen Verschwinden des Antisemitismus überzeugt war, daß 1914 zu Kriegsbeginn und 1918 während der Revolution weite Kreise der deutschen Juden meinten, alle Unterschiede seien nun beseitigt, der Antisemitismus stigmatisiert und die Judenfrage als solche verschwunden. Der *zionistische Teil* der Judenheit war durch seine tiefere Einsicht in das Wesen der Judenfrage vor derartigen Illusionen bewahrt. Wir wußten stets, daß die tiefwurzelnden Gegebenheiten von Blut und Geschichte, daß die hierdurch bedingten Differenzen zwischen Juden und Nichtjuden auf die Dauer nicht verleugnet werden können und daß die Judenfrage um so peinlichere Konsequenzen hat, je mehr man sie verschleiern und aus dem Bewußtsein verdrängen will. Wir haben damals sowie heute gewußt, daß

nur offenes und ehrliches Bekennen zur eigenen Art

und eine offene, auf den geschichtlichen Gegebenheiten beruhende *Aussprache* zu einer Verbesserung der Lage führen kann. Wir haben es stets als Unrecht empfunden, wenn Juden, in dem Bestreben, ihre eigene Assimilation dadurch zu erleichtern, sich ablehnend und oft sogar ironisierend gegenüber den Tatsachen und Werten nationaler Eigenart und volkstümlicher Tradition schlechthin verhielten. Wir haben gerade aus unserem jüdisch-nationalen

Empfinden heraus auch leichter Verständnis finden können für die Kräfte im deutschen Volk, die ihr Volkstum wieder stärker betonen und innerlich erneuern wollen. Darum ist für *uns* die spätere Entwicklung keine so schwere Überraschung, so sehr wir auch durch die Formen und Tendenzen, die der Nationalismus in Deutschland geschaffen hat, abgestoßen und in unserem jüdischen Empfinden beleidigt werden. Eine *Kanzlerschaft Hitlers* bedeutet, jüdisch gesehen, den

völligen Zusammenbruch
des jüdischen Assimilationsgedankens.

Das Judentum ist in eine *neue Phase* getreten. Allzu lange haben sich jüdische Kreise damit begnügt, bedauernd oder protestierend das Abbröckeln der jüdischen Stellungen zu verzeichnen. Ein geistiger Umschwung im Judentum ist nicht in dem Maß eingetreten, wie man hätte erwarten müssen. Es gilt heute, *sich auf eine neue Wirklichkeit umzustellen.* Wir Zionisten haben diese Umstellung gefordert, lange ehe ein äußerer Zwang dazu bestand. Durch die Passivität und Lethargie weiter jüdischer Kreise ist die jüdische Welt, ihre innere Glaubensstärke und Lebensenergie, zusehends geschwächt worden. Nicht nur das Gesamtjudentum, sondern auch die nichtjüdische Welt blickt heute auf die deutschen Juden. Wie werden sie in dieser schweren Stunde sich verhalten? Werden sie den Stolz, die aufrechte Haltung, das Vertrauen in den Sinn der jüdischen Geschichte und den Willen zu einer neuen Zukunft beweisen, die der Moment von ihnen fordert?

[211]
Die Haltung des deutschen Zionismus in der Krise
11. SEPTEMBER 1932

Jüdische Rundschau

XXXVII. Jg., Nr. 73/74, 16. September 1932, S. 351–356

Der 24. Delegiertentag der Z.V.f.D.

...

Die zionist. Aufgabe im heutigen Deutschland

Kurt Blumenfelds Referat[1]

I.

Die zionistische Bewegung hat seit dem Tage ihres Entstehens die Verantwortung für die Gestaltung jüdischen Lebens übernommen. Sie gab dem Wort

---

[1] Rede Kurt Blumenfelds auf dem XXIV. Delegiertentag, der am 11. und 12. September 1932 in Frankfurt stattfand.

Galuth den ursprünglichen Inhalt wieder, sie erkannte den Irrtum der Assimilation, sie verkündete die Wahrheit vom lebenden jüdischen Volk, und sie stellte den Satz auf, daß nur die Schaffung der öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina die Antwort auf die Judenfrage geben kann.

In den 50 Jahren, die seit dem Erscheinen von Pinskers „Autoemanzipation" und der Bilu[2]-Auswanderung gerade in diesen Tagen verstrichen sind, ist die zionistische Position gegenüber dem Staat und gegenüber den Völkern immer wieder auf die Probe gestellt worden. Heute haben wir in einem bebesonders ernsten Augenblick allgemein politischer Entwicklung die Pflicht, mit voller Klarheit der jüdischen Welt und der nichtjüdischen Öffentlichkeit unseren Weg darzustellen, unsere Forderungen zu erheben und das durchzuführen, was gleichzeitig dem Judesein und der Zukunft des jüdischen Lebens dient.

In den letzten 50 Jahren hat sich das Gesicht der Welt geändert, und in dem Zeitabschnitt, den wir heute erleben, sind wir Zeugen der gewaltigsten politischen Umwälzung, die den Charakter des Staats überall zu verändern scheint. Unsere Bewegung entstand in der Periode des sogenannten „liberalen Staats", mit dem zugleich die Idee von der staatsfreien Sphäre der Persönlichkeit sich durchsetzte. Bei der Kritik, die heute an den politischen Formen geübt wird, die sich im 19. Jahrhundert herausgebildet haben, wird meist übersehen, daß auch die leidenschaftlich abgelehnten Vorstellungen von der Freiheit des Individuums, von den Grenzen, die dem Geltungsbereich des Politischen überhaupt gesetzt wurden, einmal eine gewaltige revolutionäre Kraft gegenüber dem absoluten Machtstaat waren. Alles, was im gegenwärtigen Moment als „antipolitisch" empfunden wird, alle liberalen Bestrebungen, denen man das Verständnis für den Staat an sich abspricht, sie waren einmal eine das alte Staatssystem zerbrechende aufbauende politische Revolution. Der große Streit, ob der Staat um der Menschen willen da ist oder ob die Menschen eigentlich nur um des Staates willen existieren, er ist in der Vergangenheit in Wahrheit schon oft ausgefochten worden. Unsere Gegenwart hat diesem Kampf neue Begriffe und schärfere Formulierungen hinzugefügt, aber dieser Kampf zwischen dem, was man heute „totaler Staat" nennt und zwischen Einzelmenschen und Menschengruppen, die das Recht auf ihre Lebenssphäre durchzusetzen versuchen, hat schon stattgefunden, ehe die moderne Nomenklatur existierte. Im übrigen wird man der durch die französische Revolution eingeleiteten politischen Entwicklung nicht gerecht, wenn man nicht anerkennt, daß zugleich mit einem liberalen Anarcho-Indivi-

---

[2] Die Bilu-Bewegung umfaßte Pioniere, die noch vor der sogenannten ersten Alijah nach Palästina gingen. Diese Gruppe war 1882 in Charkow von Studenten als Reaktion auf die russischen Pogrome jener Zeit gegründet worden. Sie hatte ihren Namen von den Anfangsbuchstaben des Satzes Jesaja 2, 5 „Bet Jaakow lechu we'nelcha" (Haus Jakobs, kommt, laßt uns gehen), der ihnen als Motto diente.

dualismus, der weder für die Nation noch für den Staat das volle Verständnis aufbrachte, in diesem 19. Jahrhundert auch der Gedanke der Nation eine schöpferische Neugeburt erfahren habe. Jener Nationalismus, der auch auf unsere Bewegung befruchtend und gestaltend eingewirkt hat, war im 19. Jahrhundert eine Freiheitsbewegung. Nach Zerstörung des absoluten Staats konnte die Vorstellung entstehen, daß die Nation das ihr gemäße Leben führen müsse, und daß ein Zustand herzustellen sei, in dem jede Menschengruppe ihren Beitrag zur Weltkultur dadurch leisten könne, daß man ihr die äußeren politischen Bedingungen geben müsse. Die nationalen Freiheitsbewegungen sind im Gegensatz zu einem Tradition und Bindung ablehnenden Liberalismus entstanden, sie sind aber zugleich aufs engste mit dem liberalen Gedanken von den Grenzen der Staatsgewalt verbunden; sie überwanden den mißverstandenen Begriff von der Freiheit des Individuums, der die Kraft und den Wert der Gemeinschaft unterschätzte, sie ergänzten und ersetzten ihn durch die Forderung nach der Freiheit und Eingliederung jeder historisch gewordenen Menschengruppe. Suchte der Liberalismus die staatsfreie Sphäre sicherzustellen, so wollten die nationalen Erhebungen, wenn man das sagen darf, die *nationsfreie* Sphäre erkämpfen. Dieser Nationalismus, der den Staat als gestaltende Lebensmacht anerkennt und in seinen Konsequenzen sich vielfach die Eigenstaatlichkeit zum Ziel setzte, glaubte, daß im Staat die Gleichberechtigung der Menschengruppe garantiert werden müsse. Er stellt fest, daß Staatsgrenzen und Volksgrenzen nur in seltenen Fällen ganz oder fast ganz zusammenfallen, und daß die Mehrheitsnation, der gewiß das Recht zusteht, den Gesamtcharakter des Staats entscheidend zu bestimmen, immer Volksgenossen haben wird – oftmals handelt es sich um Millionen von Menschen –, die in anderen Staaten leben und denen man nicht die Rolle von Parias zumuten dürfe.

Einen ganz anderen Charakter tragen die beherrschenden nationalistischen Bewegungen unserer Zeit. Vor allem der als „Nationalsozialismus" auftretende neudeutsche Nationalismus. Es ist nicht Aufgabe dieses Referates, Gründe für diese Entwicklung zu suchen und aufzuzeigen, warum der Weltkrieg, die übersteigerte Industrialisierung, die rasche Zunahme der Bevölkerung Europas, die Deklassierung der früher herrschenden und besitzenden Schichten, die ungeheuere Not der Massen, die Technisierung des Lebens, die Zurückdrängung aller geistigen und kulturellen Interessen, die Religionskrise diese Wandlung herbeigeführt haben. Wir stellen fest, daß wir in einer Welt leben, in einer deutschen Welt, die einen grundlegenden Strukturwandel durchgemacht hat und in der heute eine neue Staats- und Nationsauffassung sich durchzusetzen versucht und großenteils schon durchgesetzt hat. Die Demokratie, die in der geschichtlichen Wirklichkeit niemals Gleichheit für alle, sondern immer nur Gleichheit für gleiche war und stets nur die Herrschaft einer bestimmten Gruppe begründete, führte in ihrer übersteigerten Konsequenz zu ihrer eigenen Aufhebung. Die nicht mehr durch politische Schulung

in anscheinend übersehbaren politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen erzogenen Massen, die mit einer nur allgemeinen Hoffnung auf Besserung eines auch seelisch unerträglichen Zustandes lebten, verlangten nach Führung und Autorität. Und so entstand paradoxerweise auf demokratischem Wege der Wunsch nach der Diktatur, getragen von einem Großteil des Volkes. Dieses Verlangen war um so stärker als die Nachkriegsgeneration immer weniger imstande war, ihr eigenes Leben zu gestalten und sich mit irgendeiner Wahrscheinlichkeit auf einen ihm einen gesicherten Platz bietenden Beruf vorbereiten zu können. Gerade in den entscheidenden Jahren für die Förderung des Lebens fehlte die sichere Linie, die Selbstverständlichkeit der Lebensbehauptung auf der Grundlage bestimmter Ideale, und so verlief das Leben gleitend. Man ließ sich treiben und wartete auf das erlösende Wort von außen. Die innere Umbildung ist daher in der Masse durch eine beispiellose Vereinfachung des Gedankens gekennzeichnet. Reflexionen und logische Argumentation wird abgelehnt. Man hat das Denken nicht gelernt und will es nicht haben. „Gedanken zerstören Wirklichkeit und töten Leben", sagt ein Theoretiker dieser Bewegung. Die emotionalen Kräfte, die dumpfen Triebe, deren Bändigung sonst oberstes Ziel jeder Erziehung und auch jeder Staatsordnung war, werden plötzlich nicht nur in ihrer Tatsächlichkeit erkannt, man hält sie sogar für das Beste und Wichtigste des menschlichen Wesens. Im Zusammenhang mit einer solchen, weit verbreiteten menschlichen Haltung werden die neuen Staatstheorien verfaßt, in denen der Staat nicht wegen der Menschen da ist, sondern die Menschen ausschließlich wegen des Staates. Die Meinung, daß das Leben keines Menschen sich in konzentrischen Kreisen abspielt, die von hervorragenden Theoretikern vertreten wird, und die heute in den angelsächsischen Ländern in der sogenannten „pluralistischen" Staatstheorie mit einem gewissen Erfolg verfochten wird, findet grundsätzlich schärfste Ablehnung. Man erblickt in der Behauptung, daß der einzelne Mensch in zahlreichen verschiedenen sozialen Bindungen und Verbindungen lebt, daß die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, einer Nation, einer Gewerkschaft, einer Familie ihn von Fall zu Fall in sehr unterschiedenen Formen bindet, eine Absage an die Erforderlichkeit der politischen Einheit des Staats. Man verlangt den „totalen" Staat, in dem es keinerlei dem Politischen entzogene Gebiete des Lebens geben darf. Religion, Kultur, Bildung, Gesellschaft – sie alle sollen aufhören, als nichtpolitische Bezirke betrachtet zu werden; sie alle sollen nur in einem Staat existieren können, der potentiell jedes dieser Gebiete ergreifen kann, weil in ihm die „Identität von Staat und Gesellschaft" besteht. In diesem Staat soll alles wenigstens der Möglichkeit nach politisch sein. Dieser Staat, den Othmar Spann[3] den *„wahren"* Staat nennt, soll die ganze geistige Wirklichkeit des Menschen in sich begreifen. Er ist das menschliche Ziel schlechthin. Für diesen Menschen gibt es ebenso wie

[3] Othmar Spann (1878–1950). Österreichischer Sozial- und Nationalökonom, Theoretiker des christlichen Ständestaates.

für die Bewegung, die ihn erstrebt, nur einen einzigen Lebensinhalt: Kampf und wieder Kampf. Kampf um die Macht so schlechthin, daß sogar die politischen Erwägungen, die einem Ausgleich unter den Völkern das Wort reden und eine Stabilisierung der Beziehungen innerhalb der Staaten und innerhalb der Völker erstreben, als verabscheuungswürdiger Pazifismus empfunden werden. Die Tatsächlichkeit der kriegerischen Auseinandersetzung wird zur höchsten Lust und zum obersten Ziel erhoben, die Stellung des Rechts im Staat wird entscheidend verschoben, die Rechtsstellung wird zum praktischen Behelf, sie führt kein Eigenleben mehr, Recht wird im Grunde zum technischen Ausdruck für die Durchsetzung der von einer nie genau bezeichneten, aber von allen scheinbar sehr deutlich empfundenen obersten Machtquelle des totalen Staats.

Wir haben es heute nicht nur mit dem staatspolitischen Oberbau des neudeutschen Nationalismus zu tun. Die Bewegung, vor die sich die theoretischen Vertreter des totalen Staats gestellt haben, offenbart sich jeden Tag in eindeutigster Weise. Die Vernichtung des Judentums ist eins ihrer Hauptziele. In der offiziellen Programmschrift der nationalsozialistischen Partei heißt es: „Antisemitismus ist gewissermaßen der gefühlsmäßige Unterbau unserer Bewegung." In der großen Masse der Anhänger finden alle Ausbrüche des Judenhasses die stärkste Resonanz. Es gibt keine Minderwertigkeit des öffentlichen Lebens und kein diesen Kreisen unsympathisches Ereignis, für die nicht die Juden verantwortlich gemacht werden und deretwegen man nicht an ihnen blutige Rache nehmen will. Überall ertönen Pogromdrohungen. Jede Äußerung über Juden ist eine Verunglimpfung und Minderwertigkeitserklärung des Judentums. Der Mord an dem Menschen anderer Rasse und besonders am Juden wird verherrlicht. Man glaubt, der nationalen Erneuerung dadurch am besten dienen zu können, daß Haßgefühle gegen Andersartige erzeugt und bis zur Siedehitze gesteigert werden.

Es ist charakteristisch, daß diese Bewegung sich selbst häufig als eine messianische gebärdet, die ihrem Volk eine Heilslehre verkündet. Es ist in der Tat die Ersatzreligion einer Welt, der echte religiöse Ideale verloren gegangen sind. Der Staat wird über Gott gestellt, die Idee der Religion dem politischen Kampf dienstbar gemacht. Es ist bezeichnend, daß zahlreiche Geistliche in dieser Bewegung stehen und daß die Exzesse der Bewegung von niemandem, auch nicht von den sogenannten besonnenen und gemäßigten Elementen des Nationalsozialismus jemals kritisiert werden. Soweit wir sehen können, sind die Geistigen des Nationalsozialismus bisher bereit gewesen, jede Scheußlichkeit zu rechtfertigen und bestenfalls einmal von den „Kinderkrankheiten" dieser herrlichen Bewegung zu sprechen, wenn es schon ganz und gar nicht mehr möglich war, barbarische Brutalitäten einfach zu decken.

Im Innersten erschüttert über diese irre geleiteten Kräfte fragen wir uns: wie schwer muß der Druck sein, wenn man mit so großem Erfolg an die schlechten Instinkte der Menschen appellieren kann! Wir fragen uns auch: Glauben die

Führer wirklich, daß man auf diese Weise erst richtig zur Nation wird und daß die Erneuerung der Nation solcher Behelfe bedarf?

Der entscheidende Unterschied zwischen dem echten Nationalismus und dem von Nationalsozialismus geführten neuen Nationalismus besteht in der Stellung gegenüber dem eigenen Volkstum. Ein starker, die Zeiten überdauernder Nationalismus kann der eigenen Volksart nicht nur freudig bejahend gegenüberstehen, sondern muß auch fähig zur *Kritik am eigenen Wesen* sein. Kritiklose Bejahung der eigenen Art ist immer der Begleiter schnellen Zusammenbruchs.

II.

Unsere Auseinandersetzung kann nur mit den außerhalb des Nationalsozialismus liegenden nationalen Erneuerungstendenzen erfolgen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in allen Schichten des deutschen Volkes und, was gerade wir Zionisten sehr genau wissen, auch der anderen Völker, der Gedanke der nationalen Selbstbehauptung stärker wirkt als in früheren Zeiten. Nach einer Periode einer äußerlichen Entnationalisierung gewisser Schichten, in der die ganze europäische und amerikanische Welt uniform zu werden schien, nach einer Zeit der Verflachung eines international gefärbten Gesellschaftslebens besinnt man sich auf den Wert des eigenen Lebensgefühls. Man findet die Kontinuität der geschichtlichen Existenz wieder, die nationalen Bindungen erstarken, aber das birgt in sich auch manche Gefahren, die wir in erschreckender Form beim N.S. festgestellt haben. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß ein solcher Versuch der Erneuerung nach innen sich ernsthaft vollzieht. Es kommt darauf an, ob diese weiten Schichten des Volkes für den Grundsatz der nationalen Toleranz genügend Verständnis aufbringen. Ein wirklicher deutscher Nationalismus kann mit dem Gedanken des totalen Staats allein seine nationalen Aufgaben nicht erfüllen. Deutschlands Bevölkerung ist nicht uniform. Ferner: Millionen Deutsche leben außerhalb Deutschlands. Die nationale Idee will mit Recht sie alle umfassen. Sie kann es nicht ertragen, daß Angehörige des eigenen Volkes in einem anderen Staat unterdrückt und zu Bürgern zweiter Klasse degradiert werden. Daher finden bei hervorragenden Führern der deutschen Minderheiten, unzweifelhaft überzeugten Anhängern des deutschen Volksgedankens, die im Sinne der nationalen Idee erhobenen Forderungen auf Entrechtung von andersnationalen deutschen Staatsbürgern in Deutschland keine Sympathie. Vor wenigen Monaten kamen hier in Frankfurt zum Sängerfest Deutsche aus vielen Ländern zusammen, um eine Feier ihrer Einigung im deutschen Lied festlich zu begehen. Die Idee des Volkstums wurde bei diesem Fest so dargestellt, daß die Unmöglichkeit, Nation und Staat gleichzusetzen, in eindrucksvoller Weise offenbar wurde. Der Reichsinnenminister Freiherr *von Gayl* sprach von seinem Verantwortungsbewußtsein für die Einheit der Deutschen *innerhalb und außerhalb des Reichs.* Ein Deutsch-Amerikaner pries die Einheit der unter

vielen Regierungen lebenden Deutschen durch das Lied, das die Brücke zu dem Geburtslande der Vorfahren bildet. Der frühere Reichswehrminister Geßler nannte den Begriff des Volk[es] eine über die Staatsgrenzen herausgreifende Tatsache. Eine Entschließung feierte Deutschland als Kulturheimat aller Volksgenossen diesseits und jenseits der staatlichen Grenzen und gab ein Bekenntnis zum deutschen Schicksal. „Schicksal ist uns die Zerstreuung über viele Länder hin. Aufgabe ist uns die deutsche Gemeinschaft."

Uns Juden klingen solche Äußerungen über das Wesen und die Forderung der Nation vertraut; sie können fast wörtlich auf den jüdischen Fall übertragen werden, auf die Lage des jüdischen Volkes und auf die Bedeutung des Heimatlandes für das Volk. Sie zeigen aber auch die Berechtigung der *grundsätzlichen Unterscheidung von Staat und Nation*, die es verbietet, die Bewilligung des Staatsbürgerrechts von der Zugehörigkeit zu einer Nation abhängig zu machen. Eine solche Auffassung von Staat und Volkstum bedeutet, daß der nur äußerliche straffe Zusammenhang, in dem das Kommandowort an eine angeblich hundertprozentige Uniformmasse alles bedeutet, gering geschätzt werden muß gegenüber den Leistungen des Geistes und den Kräften des Gemütes; sie muß daher zur Frage der Gleichberechtigung der im Staat lebenden andersartigen Volksgruppen eindeutig positiv Stellung nehmen. Angehörige nationaler Minderheiten können nicht Bürger minderen Rechts sein, die auf aktive Teilnahme am Staatsleben und auch auf Beamtenstellung verzichten müssen. Würde man diese Auffassung ablehnen, dann ist nichts näherliegend, als daß der Durchschnittsjude aus einem leicht verständlichen, aber doch auch wieder von deutscher Seite nicht gebilligten Opportunitätsgefühl assimilatorische Deklarationen abgibt, wodurch jene Verfälschung gefördert wird, über die man sich auf deutscher Seite so sehr beklagt. Das Verhalten der an nationaler Erneuerung interessierten deutschen Umwelt würde sonst eine Prämie auf das Assimilantentum, ja geradezu auf das Renegatentum setzen. Eine Regierung, die sich als legitime Repräsentantin des Nationalempfindens fühlt, darf hier keine Politik mit doppeltem Boden treiben. Wir sind überzeugt und wir haben auch Grund zu der Annahme, daß die *gegenwärtige Regierung* nicht gewillt ist, dem Juden, der sich offen zu seiner nationalen Sonderart bekennt, deshalb in seiner Rechtsstellung zu beeinträchtigen.

III.

Wir sind überzeugt, daß gerade der *Zionismus* einen wesentlichen Beitrag zu dem Thema der Stellung der Juden im Staat liefern kann, weil er in voller Offenheit und unbelastet durch die Verstrickungen in einer früheren politischen Konstellation an diese Frage herangeht. Wir gehen davon aus, daß wir unsere Stellung im Staat nicht durch Verschleierung oder Verbergung unseres Judentums erkämpfen sollen, sondern gerade durch seine stolze Bejahung und offene Betätigung.

Wir sind davon überzeugt, daß die Juden ihren Wert nur *als Juden* erwei-

sen können. Wir wissen, daß das Urteil darüber, ob man mit einer Umwelt identisch ist, von dieser *Umwelt* abhängig ist. Und wir wissen ganz genau, daß unabhängig davon, wie deutsch wir uns fühlen, die anderen uns dennoch immer als undeutsch fühlen. Was wir auch immer leisten, was wir auch als Individuen leisten, wie Vieles wir auch hervorbringen – viele von uns mögen es deutsch nennen und so empfinden, – die andern nennen es jüdisch, und wenn wir große Leistungen des Geistes hervorbringen, so scheint es oft so, als ob andere wünschten, daß wir weniger leisteten.

Das Problem des *deutsch-jüdischen Kulturkonflikts* ist von uns oft genug schon vor dem Kriege freimütig behandelt worden. Sicherlich ist unsere Erkenntnis mit einem tragischen Schicksal vieler deutscher Juden eng verknüpft. Sie haben seit der Zeit der Emanzipation allzu oft Emanzipation mit Assimilation gleichgesetzt und man kann sie nicht einmal für so sehr schuldig erklären. Die nichtjüdische Welt erwartete ihr Aufgehen in die Umgebung und gerade hervorragende viel bemerkte jüdische Persönlichkeiten hofften unerkannt im Dickicht des nationalen deutschen Bestandes verschwinden zu können. Man baute ihnen die Brücke in die nichtjüdische Welt und beklagte sich dann darüber, daß die Juden allzu sehr den geistigen Besitz des deutschen Volkes verwalteten, wozu ihnen nachträglich die Berechtigung und die Fähigkeit abgesprochen wurde. Die Stellung der einzelnen Juden ist in ihrer Problematik zu verstehen, aber die Entwicklung der Welt hat dem Zionismus Recht gegeben, der schon vor 50 Jahren, als Pinskers [Autoemanzipation] erschien, mit voller Deutlichkeit erkannte, daß die vielen interessanten Einzelnen, die den Übergang von ihrer Art zu einer anderen Art, oftmals sogar mit Erfolg, zu gehen versuchten, nicht charakteristisch für das Schicksal der Judenheit sind. Wir stellten die Juden vor die sicherlich häufig schwere Wahl der Entscheidung und wir verlangten, daß sie ihr Leben und ihre Zukunft mit der Zukunft des eigenen Volkes verbinden sollten, nicht nur um des Judentums willen, sondern auch um der Normalisierung willen der Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden.

Einmal kam es uns darauf an, den Irrtum zu zerstören, der in der Sicherung der jüdischen Existenz durch Assimilation zu liegen schien. Wir fühlten, daß gerade die Grenzüberschreitung auf kulturellem Gebiet die schärfste Gegenwirkung zur Folge haben müsse. *Dann* aber war uns klar, daß *wir* nicht das Recht und die Aufgabe haben, die deutsche Welt, die *ihrer Eigengesetzlichkeit* gehorcht, zu gestalten. In der vergangenen Weltperiode wähnten die Juden, daß die Welt so werden wird, wie es ihren Wünschen und Bedürfnissen entsprach. Wir erkannten, daß es ausschließlich darauf ankommt, uns selbst so zu entwickeln, daß wir uns in der Welt zu behaupten vermögen. Die letzte Entwicklung hat sicherlich die Einsicht gefördert, daß wir nicht Wegweiser der deutschen Welt sein können. Wir *können* und *müssen* aber unsere Stimme erheben, wenn die uns unmittelbar berührende Frage der Beziehung des Staats zu seinen Bürgern und zu den in ihm lebenden andersartigen Men-

schengruppen akut wird. Die uns vertrauten gewaltigen Leistungen des deutschen Geistes geben uns die Hoffnung, daß das deutsche Volk imstande sein wird, einen menschlichen Nationalismus zu entwickeln. Der deutschen Welt stehen die Leistungen größter schöpferischer Persönlichkeiten zur Seite, die den Beweis erbracht haben, daß geniale Schöpferkraft sich ausschließlich aus der Tiefe des eigenen Erlebens befruchten läßt und nicht die Verachtung des Andersartigen als Helfer braucht. Jener Nationalismus, der das Eigene liebt und das Fremde achtet, ist ja *auch* im Bannkreis der deutschen Nation erwachsen. Wir sind hier oft dankbare Schüler deutscher Ideen gewesen.

Wir sind von ganzem Herzen bereit, mit Ehrfurcht die Besonderheit des deutschen Wesens zu respektieren. Wir müssen aber verlangen, daß unser Wesen in seiner besonderen Art, mit seinen Bedürfnissen und Forderungen von der anderen Seite respektiert wird. „Diskriminationen" kann keine Menschengruppe sich gefallen lassen und keine Mehrheitsnation wird ohne Schaden für sich selbst die Verachtung anderen Wesens zur Norm machen.

Unserer Situation entsprechend verlangen wir in Deutschland nicht die politischen Rechte einer „nationalen Minderheit". Die Forderung nach völliger nationaler Autonomie für die deutschen Juden haben wir auf unserem XV. Delegiertentag, der am 25. Dezember 1918 in Berlin stattfand, mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Wir haben auf diese Forderung nicht aus irgendwelchen opportunistischen Bedenken verzichtet, da wir den Gedanken ablehnen, daß eine solche Forderung an sich geeignet ist, die Stellung der Juden in irgendeinem Lande zu erschüttern. Es hängt jedoch ausschließlich von der Zahl der Juden und von ihrer Schichtung in einem Lande ab, in welcher Form sie ihre Forderung nach Gleichberechtigung geltend macht. In Deutschland fehlen diese Voraussetzungen. Was wir den gegebenen Umständen nach verlangen können, ist jedoch jenes Maß freier innerer Entfaltung, das wir zu erfüllen vermögen. Will man für die Zukunft die bei uns sowie bei unseren nichtjüdischen Mitbürgern gleich unwillkommene Grenzüberschreitung auf kulturellem Gebiet vermeiden, so muß man uns die Möglichkeit für die Entwicklung unseres geistigen Lebens geben. *Wir haben daher die jüdische Schule immer als unser wichtigstes Postulat betrachtet.* Wir wollen unsere Kinder zu Juden erziehen und ihnen so die Möglichkeit zur eigenen Gestaltung ihres Lebens geben. *Der seinem Volk eingegliederte Jude erliegt nicht mehr so leicht den verwirrenden und abweichenden Wirkungen der nichtjüdischen Welt.* Er gewinnt sein inneres Gleichgewicht und lernt von selbst richtig auf die Erscheinungen der Umwelt zu reagieren. Miteinanderleben ist immer die viel berufene *Frage des Takts*, eines Takts, den man niemandem durch Belehrung beibringen kann, der in dem Moment von selbst vorhanden ist, in dem jeder von beiden Teilen heiligsten und höchsten Zielen, die ihm durch die natürlichen Gegebenheiten seiner Gemeinschaft vorgezeichnet sind, zustrebt. Wer seiner selbst sicher ist, hat die natürliche Distanz, die für die Gestaltung des allgemeinen politischen Lebens erforderlich ist.

Unter keinen Umständen kann die Beteiligung der Juden am Staatsleben gesetzlich anders geregelt werden als im Sinne der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Alle Versuche der mechanischen Lösung werden und müssen scheitern. Sie führen zu einem *unwürdigen* Versteckspiel, zu der viel berufenen „Tarnung" des eigenen Wesens und erreichen das Gegenteil von dem erstrebten Ziel. Je stärker das jüdische Leben sich in Freiheit entwickeln kann, um so größer die Garantie für eine erträgliche und würdige Beziehung zwischen Juden und Nichtjuden. *Es ist sogar die einzige Garantie.*

IV.

Die Zeit ist reif dafür, die Juden zu einer neuen Einsicht zu führen. Wenn wir bemüht sind, die *neue Orientierung der Juden* in jüdischen Dingen herbeizuführen, so wollen wir mit unseren jüdischen Mitbürgern auch frei über *unsere Beziehungen zum Deutschtum* reden. Wir scheuen uns, angesichts der unerträglichen Häufung patriotischer Beteuerung von jüdischer Seite, unsere Verbundenheit mit der deutschen Welt und dem deutschen Staat zu proklamieren. Hier sei aber gesagt, daß wir es tief empfinden, welch großer Teil von Werten, die unser Inneres erfüllen, vom Deutschtum stammt. Gerade wir national bewußten Juden sind bemüht, diese Welt und diesen Staat, in dem wir leben, und in dem für absehbare Zeit ein beträchtlicher Teil unseres Volkes leben wird, zu verstehen, und wir glauben, daß es sich hier nicht um das Verständnis von nur Außenstehenden handelt, sondern daß wir dieser Welt durch viele Fäden eng verbunden sind. Unsere Beziehung ist keine nur äußerliche, sie wird nicht nur durch die Tatsache wirtschaftlicher Zusammenhänge bestimmt und es handelt sich für uns nicht um ein „Vertragsverhältnis", bei dem wir staatsbürgerliche Verpflichtungen erfüllen, um dafür staatsbürgerliche Rechte zu erhalten. Es war uns zwar verwehrt, die Erde zu pflügen und das Brot zu essen, das wir selbst gebaut haben, aber wir haben in langen Generationen uns im deutschen Leben gebildet und die Welle des Hasses, die uns entgegenbraust, kann nicht einen Augenblick die *innere Beziehung* beeinträchtigen, die uns mit der Welt der deutschen Bildung verknüpft. Obwohl das so ist, haben wir es immer abgelehnt, mit unserer vaterländischen Verbundenheit zu *paradieren*, uns auf jüdische Leistungen zu berufen oder gar die Gefallenen im Weltkrieg zu beschwören und die Schar dieser Toten als Fürsprecher bei einer uns feindlichen Welt zu verwenden.

Gerade diejenigen aber unter uns, denen es möglich war, tief in die deutsche Welt einzutauchen, fühlten in ihr ihr Sondersein, ihr Anderssein.

Für die politische Entscheidung, die wir heute vollziehen müssen, ist die Frage unserer *seelischen Mischung* unwichtig geworden. Beim schaffenden Menschen ist sie erheblich als Grundlage seiner Produktivität, beim Durchschnittsmenschen ist diese tausendfach erörterte psychische Angelegenheit allmählich uninteressant geworden. Einmal war die Feststellung der ambivalenten jüdischen Persönlichkeit für die politische Tendenz der Assimilation wich-

tig. Man verlegte die jüdische Komponente in die private Sphäre und die deutsche in die öffentliche. Durch bewußte und unbewußte *Überbetonung der nichtjüdischen Elemente* im Juden glaubte man allmählich mit der Umgebung identisch werden zu können. Wäre das gelungen, so gäbe es heute keine Judenfrage. Es ist aber zweifellos *mißlungen*. Und wir müssen heute, so schmerzlich das vielen sein mag, erkennen, daß die Assimilation der Judenheit als *Gesamtheit nicht* geglückt ist. In der innerjüdischen Auseinandersetzung kritisierten wir immer die Möglichkeit von Übergangspositionen für den politischen Bedarf. Man ist entweder *ununterscheidbar* eins, oder man ist anders. In der Wirkung auf die Welt macht es keinen Unterschied, ob eine Gruppe von Juden erklärt, daß sie nur *ein wenig* anders ist – nicht „Volk", aber vielleicht „Schicksalsgemeinschaft" oder etwa „Stamm" – oder daß eine andere Gruppe erklärt, daß sie einfach *„andersartig"* ist. Die Erfahrungen des Tags müssen jedem für die zionistische Behauptung beweiskräftig erscheinen.

Verzichten wir heute darauf, noch einmal den innerjüdischen Kampf in seinen geschichtlichen Bedingtheiten darzustellen. Es mag jüdische Menschen geben, deren einmal erlebte Grundvorstellungen durch keine Erfahrungen korrigiert werden können, die noch heute die Illusion einer ungefährdeten Ruhe lieben und „Schwarzseher" nicht dulden. Diese können aber nicht Wortführer der Judenheit in dieser Zeit sein. Wer aber die Kraft in sich fühlt, unter allen Bedingungen sich zu behaupten, der muß heute ruhig der Weltentwicklung ins Auge sehen und sich fragen, wie er seinem Sein und seiner Sehnsucht eine brauchbare Lebensgrundlage schafft.

Die jüdische Wendung muß vollzogen werden. Unsere Aufgabe ist es, den Juden zu zeigen, welch unerhörtes Glücksgefühl sie erwartet, wenn sie alle mit Willen Kinder des jüdischen Volkes werden. Wieder können sie erleben, daß sie eine eigene große Geschichte haben, daß in ihnen allen „Blut von Gewesenen zu Kommenden rollt"[4], daß es für sie eigene Vergangenheit und eigene Zukunft gibt. Wem das Glück beschieden ist, die klare Entscheidung zu treffen, der wird auch *besonnen* den Weg gehen können, der uns vorgeschrieben ist. Es ist interessant, daß heute gerade Nichtzionisten nationale Autonomie für die Juden in Deutschland fordern. Sie sind nicht geschult worden, Verantwortung für das Leben des jüdischen Volkes zu tragen und kommen deshalb zu lebensfremden Postulaten.

Die Zeit verlangt, daß *die Juden sich der Führung der jüdischnationalen Idee anvertrauen.* Eine uns wirklich restlos *befriedigende* Antwort auf unsere Judenfrage kann es in den Ländern der Welt nicht geben. Wie gute Beziehungen wir auch zur Umwelt herzustellen vermögen, wir leben im *Galuth.* Ist ein Jude aber zu dieser Erkenntnis gekommen, dann braucht er nicht mehr zu *resignieren,* weil er seine ganze Hoffnung mit einer *bestimmten Phase* der allgemeinen Entwicklung verbunden hat. Dann kann er Festigkeit

---

[4] Vgl. *Richard Beer-Hofmanns* „Schlaflied für Mirjam".

auch in schwerster Zeit haben, weil sein wahres Schicksal nicht mehr durch die Pendelschwingungen der allgemein politischen Bewegungen *allein* bestimmt wird.

Erfüllt von der Vorstellung an die den Juden eigentümlichen Aufgaben, tritt er mit offenem Visier und unbefangen in die politische Welt ein. Der Kampf um die *wirkliche* Gleichberechtigung beginnt erst dann, wenn alle Juden die Gleichberechtigung für sich *als Juden* fordern. Man hat es uns Juden verargt, daß wir mit der Behauptung auftreten: erst die jüdischnationale Bewegung des Zionismus kämpft den Kampf um die Gleichberechtigung der Juden aus. Jene Gleichberechtigung, die auf einer vorgeschriebenen *Gesinnungsgrundlage* beruht, war *bedingte* Gleichberechtigung, stand im Gegensatz zur Anerkennung von der Gleichwertigkeit jüdischer Art, die den Gesetzen ihres Seins zu folgen gewillt war.

V.

Während uns Feindschaft zur Einheit – vielleicht zur Einheit wider Willen – zusammenschweißt, ist, wie der Nichtzionist Friedrich Brodnitz[5] bemerkt, die Gefahr, daß der jüdische Inhalt unseres Seins immer mehr zu einer bloßen Formel erstarrt, heute größer denn je. Mit Reden ist dem Judentum nicht zu helfen. Alle Worte über jüdische Dinge sind unverbindlich und das Wort hat auch in der Welt im Laufe der Nachkriegsjahre an Wirkungskraft verloren. Man redet Abstraktionen, nicht Sachen. Die Konsequenzen aus dem Bewußtsein, daß die Juden eine jüdisch-geschichtliche Einheit bilden, liegen nicht in *politischen Forderungen*, liegen auch nicht in noch so differenzierten Darstellungen der jüdischen Gegenwart. Wenn wir bei Worten bleiben, dann werden wir den Gefahren erliegen, die in jedem Nationalismus verborgen sind und die unzweifelhaft auch der jüdische *Nationalismus* in sich trägt. Unserer Erkenntnis kann nur die Tat der Verwirklichung entsprechen. Was unser Ziel ist, wird zugleich zur Korrektur für unsere Gedanken: ich spreche vom *jüdischen Palästina*. Der Zionismus war vom Tage seiner Geburt an zugleich Bewegung und Verwirklichung in untrennbarer Einheit. Vor 50 Jahren begann das Werk, ein Werk der Erlösung eines Landes durch Arbeit. Seine charakteristische Form fand der Zionismus durch Theodor *Herzl*, der Phantasie und Realpolitik verband und in unserer Organisation das Hauptinstrument unserer politischen Wirkung schuf. Was der Zionismus fühlte und wollte, mußte er von Anfang an in einem schweren Leben bewähren, und die Frucht dieser Arbeit zweier Generationen sehen wir heute vor uns. Auf Grund der sichtbaren Leistung erlangte man die internationale Anerkennung

[5] Friedrich Brodnitz (geb. 1899). Arzt. Aktiv im Central-Verein, „Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände", Pressestelle der „Reichsvertretung", „Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau", Jewish Agency und Kulturbundbewegung. Wanderte Ende der dreißiger Jahre nach Amerika aus.

des Jewish National Home. Unser Land grünt wieder, es trägt wieder Früchte, es legitimiert uns, im Namen des jüdischen Volkes zur Welt zu sprechen.

Wir treten hier nicht auf als die Lobpreiser der eigenen Leistung. Wir sind auf dem Wege und wir kennen besser als andere die Unvollkommenheit der von uns geschaffenen Realität. Wir durchschauen auch alle das Getue und Gehabe, das anscheinend immer mit einer großen demokratischen Bewegung verbunden ist. Aber da wir selbst gewohnt sind, unablässig an unserem eigenen Werk Kritik zu üben und wir in unserer Presse und auf unseren Tagungen nichts beschönigen, können wir auch bei dieser Gelegenheit ruhig und fest von der Leistung sprechen, die durch die zionistische Bewegung geschaffen ist. Umgeben von böswilliger Kritik, von feindseligen Mißdeutungen, sind wir unseren Weg gegangen. Ein im Aufstieg befindliches Erez Israel steht heute hinter uns und zeigt uns und zeigt der Welt, daß Juden imstande sind, in eigener Freiheit konstruktiv zu wirken und die natürlichen Grundlagen ihres eigenen Lebens zu schaffen.

Erfüllt von der Richtigkeit unseres Weges wenden wir uns in unserer Propaganda an die jüdische Welt. Wir haben es als eine unserer Hauptaufgaben betrachtet, die jüdische Jugend zionistisch zu machen. Unser Gegner ist heute nicht mehr die alte Form der Assimilation, sondern eine neue Form, die vor allem im Kleid des *Kommunismus* uns entgegentritt. Die Jugend hat heute naturgemäß ein tiefes Gefühl für die soziale Frage, und wir haben Verständnis dafür, aber sie muß verstehen, daß sie nicht unter *Überspringung* ihres Zusammenhangs mit dem jüdischen Volk an diese Frage herangehen kann. Auch hier, genau wie in der früheren Ära, vermag der Jude erst dann als legitim Eingegliederter aufzutreten, wenn er seine Orientierung im jüdischen geschichtlichen und blutmäßigen Zusammenhang gefunden hat. Nur die zionistische Erkenntnis vermag die Juden vor neuen Illusionen eines vermeintlichen, die Grundtatsachen der geschichtlichen Zusammenhänge aufhebenden „Fortschritts" zu bewahren und sie ohne den Schmerz des Ausgeschlossenseins die Tatsache ertragen lassen, daß Juden Juden sind und bleiben. Nur der Zionismus ist daher imstande, der jüdischen Jugend die Richtung zu geben.

Was wir heute durchleben, ist nicht so neu in unserer Geschichte wie manche glauben. Nur die Juden haben sich geändert. Sie waren vormals so echt in ihrem Wesen, daß sie durch äußere Gefahr nicht erschüttert werden konnten. Das 19. Jahrhundert hat diese inneren Kräfte zerstört. Der Zionismus schafft in Palästina den neuen Rückhalt des jüdischen Volkes.

Der Delegiertentag wird die Aufgabe haben, zu den hier naturgemäß nur kurz skizzierten politischen Gedanken und Forderungen seine Meinung zu sagen und in einer *Resolution* niederzulegen.

...

[212]
KAMPF UM GLEICHBERECHTIGUNG
12. SEPTEMBER 1932

Jüdische Rundschau

XXXVII. Jg., Nr. 73/74, 16. September 1932, S. 351

Resolution zur Lage in Deutschland

I. Der XXIV. Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland billigt die im Referat des Vorsitzenden der Z.V.f.D. dargelegten Anschauungen und erklärt:

Die Juden in Deutschland stehen im Kampf um Rechtsstellung und Existenz. Beleidigungen und Herabwürdigung des Judentums, Drohungen und Gewalttätigkeiten gegen jüdisches Leben und jüdisches Eigentum sind die dauernden Begleiterscheinungen einer Bewegung, die sich im Namen der nationalen Idee an das deutsche Volk wendet. Dieser Gefährdung unserer Ehre und unserer Rechte gilt unser schärfster Kampf.

Der Zionismus verwirft einen Nationalismus, zu dessen Grundlagen die Überzeugung von der Minderwertigkeit anderer nationaler Gruppen gehört. Diesem Nationalismus, der mit den Mitteln der Staatsgewalt Menschen anderer Art oder anderer Meinung Freiheit und Lebensmöglichkeit nehmen will, setzt der Zionismus als die nationale Erneuerungsbewegung des jüdischen Volkes das Bekenntnis zur wahren nationalen Idee entgegen: aufbauende Arbeit und Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Nation, nicht Kampf verschiedener Menschengruppen gegeneinander.

Von dieser Auffassung des nationalen Gedankens geleitet, kämpft die zionistische Bewegung für die Rechtsstellung der Juden in Deutschland. Wie sie die Bedeutung des Volkstums für das Leben anderer Nationen anerkennt, fordert sie Respektierung auch des jüdischen Volkstums.

Ein Judentum, das sich frei und selbstbewußt zur jüdischen Art, zum jüdischen Schicksal, zu seinem geistigen Erbe und zu seiner nationalen Aufgabe – Palästina – bekennt, wird die Kraft zur Selbstbehauptung finden.

Vom Staate, dem wir durch Recht und Schicksal eingegliedert sind, fordern wir Wahrung der vollen Gleichberechtigung und Freiheit der Entfaltung unserer eigenen Art.

II. Die verantwortlichen Instanzen der Z.V.f.D. werden beauftragt, den Kampf für die in der Erklärung des Delegiertentages proklamierten Ziele mit allen Kräften zu führen.[1]

---

[1] Vgl. auch *Siegfried Moses*, Die innerdeutsche politische Tätigkeit der ZVfD –

[213]
Aufruf zur Unterstützung des „Politischen Fonds" der ZVfD
21. OKTOBER 1932

Jüdische Rundschau

XXXVII. Jg., Nr. 84, 21. Oktober 1932, S. 407

Zionisten!

Die Resolution des Frankfurter Delegiertentages zur Lage der Juden in Deutschland hat die Richtung der zionistischen Politik in Deutschland festgelegt. Einmütig hat der Delegiertentag die verantwortlichen Instanzen der Z.V.f.D. beauftragt, den Kampf für die Durchsetzung unserer Forderungen – Wahrung der vollen Gleichberechtigung und Freiheit der Entfaltung unserer Eigenart – mit ganzer Kraft zu führen.

Die Situation verpflichtet uns zu höchster Aktivität.

Um die politische Arbeit der Z.V.f.D., für die vom Geschäftsführenden Ausschuß Richtlinien beschlossen worden sind, schnellstens zu größter Wirkung zu bringen, ist der

Politische Fonds der Z.V.f.D.

gegründet worden. Alle Zionisten sind verpflichtet, unverzüglich Beiträge für diesen Fonds zu leisten.

Wir wenden uns daher an alle unsere Gesinnungsgenossen mit der Aufforderung, zum Politischen Fonds beizusteuern. Das Ausmaß unserer Arbeiten und das Tempo der Aktion werden vom Eingang der erforderlichen Mittel abhängig sein. Wir rechnen darauf, daß unsere Gesinnungsgenossen in Erkenntnis der Wichtigkeit dieser Sache bereitwillig, schnell und großzügig Mittel zur Verfügung stellen werden.

Nach den ernsten und von Verantwortung getragenen Verhandlungen, die in Frankfurt stattgefunden haben, und nach dem besonderen Beschluß, den der Delegiertentag über die Verstärkung unserer politischen Aktivität gefaßt hat, bedarf es keiner ausführlichen Darlegung, welche Bedeutung der wirksamen Darstellung und Vertretung unserer politischen Anschauungen in der jüdischen und nichtjüdischen Öffentlichkeit heute zukommt.

Die Aktion für den Politischen Fonds muß in wenigen Wochen durchgeführt und beendet sein!

Der Vorsitzende der Z.V.f.D.

Kurt Blumenfeld

Entwurf von Richtlinien für ein Tätigkeitsprogramm in der vor uns liegenden Arbeitsperiode, 6. 10. 1932, Schocken-Archiv, 531/231.

Der Geschäftsführende Ausschuß:

Alexander Adler, Lazarus Barth, Alfred Berger, Isaak Feuerring, Dr. Georg Landauer, Dr. Georg Lubinski, Dr. Siegfried Moses, Dr. Martin Rosenblüth [1], Dr. Heinrich Strauß [2], Dr. Oskar Wolfsberg.

Der Landesvorstand:

...

[214]
AKTIONSPROGRAMM FÜR DIE ZIONISTISCHE POLITIK IN DEUTSCHLAND
8. JANUAR 1933
CZA, Z 4/3567/VIII

Protokoll
der Sitzung des Landesvorstandes vom 8. Januar 1933
in Berlin, Logenhaus

...

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung *„Zionistische Politik in Deutschland“* nimmt das Wort
Dr. Siegfried Moses:

Die innere Einstellung der deutschen Zionisten zu dem Thema „Zionistische Politik in Deutschland“ ist sehr verschieden. Diejenigen, die die Galuth-Aufgaben sehr ernst nehmen, halten das Thema für äußerst aktuell und dringlich. Diejenigen, die fordern, daß Zionisten ihre gesamte Kraft auf den Aufbau Palästinas konzentrieren, mißbilligen jede Beschäftigung mit dem innerdeutschen Thema. Aber unabhängig von dieser Grundeinstellung betrachtet die große Mehrzahl der deutschen Zionisten – als loyale Mitglieder der Z.V.f.D. – das Thema jetzt in einem besonderen Maße und vielleicht auch in einem besonderen Sinne als aktuell seit dem Frankfurter Delegiertentag.

Dieser Delegiertentag hat sich sehr intensiv mit der Lage in Deutschland beschäftigt und einmütig einen Beschluß angenommen, der für die zionistische Politik in Deutschland richtunggebend sein sollte. Und heute – fast vier Monate nach dem Delegiertentag – glauben mit Recht alle deutschen Zionisten Rechenschaft darüber fordern zu können, was seit dem Delegiertentag

---

[1] Martin Rosenblüth (1886–1963). In verantwortlichen Posten der ZWO seit dem ersten Weltkrieg. Siehe seine Autobiographie „Go forth and serve“, New York 1961.

[2] Heinrich Strauß (geb. 1899). Jurist und Kunsthistoriker. Aktiv im „Blau-Weiß“ und in der ZVfD. Lebt in Jerusalem.

an zionistischer Politik in Deutschland geleistet worden ist, und was in der nächsten Zeit und in der Folgezeit geleistet werden soll.

Wenn [m]ein Rechenschaftsbericht bis zu einem gewissen Grade enttäuschend ausfällt, so liegt das an einer Reihe von Faktoren, über die wir uns werden klar werden müssen.

a) Soll politische Arbeit mit Aussicht auf Wirkung und Erfolg geleistet werden, so muß – nach allgemein geltenden Gesetzen – dreierlei geschehen: 1.) Es muß Klarheit über die der Politik zu Grunde liegende Ideologie herrschen. 2.) Das Ergebnis der ideologischen Überlegungen und Betrachtungen muß in mannigfachen Formen publiziert, dargelegt und erläutert werden, und es muß für das Programm, in dem die ideologischen Überlegungen gipfeln, geworben werden. 3.) Es müssen die konkreten politischen Aufgaben, die sich aus dem Programm ergeben, klargestellt und durchgeführt werden. Von denjenigen, die über den bisherigen Verlauf der Dinge enttäuscht sind, wird vielfach übersehen, daß der Frankfurter Delegiertentag von den drei Aufgaben, die ich hier skizziert habe, nur die erste in Angriff genommen und in einem befriedigenden Ausmaße gelöst hat.

...

Was ist konkret an politischer Arbeit in der Zeit seit dem Delegiertentag geleistet worden?

Ich sprach schon davon, daß die Monatsausgabe der „Rundschau" in einer größeren Auflage versandt worden ist, und ich kann hinzufügen, daß nach allen vorliegenden Berichten die Wirkung dieser Publikation gut ist und sich ständig verstärkt.

Es kann ferner – mit Zurückhaltung und mehr andeutend – registriert werden, daß die Leitung der Z.V.f.D. die Fühlung mit den in der Regierung maßgebenden Persönlichkeiten beibehalten und gefestigt hat. Das hat aus vielen Gründen nicht in weithin sichtbaren Aktionen Ausdruck gefunden. Aber unzweifelhaft scheint zu sein, daß das Auswärtige Amt und eine besonders zentrale Regierungsstelle steigendes Verständnis für unsere Haltung zeigen und auch ihrerseits Wert auf die Fühlungnahme mit uns legen. Wir hoffen und glauben, daß sich das konkret und praktisch auswirken wird, wenn wir in die Lage kommen werden, konkrete und praktische Forderungen zu stellen.

In unserer Ortsgruppenarbeit ist das politische Programm insbesondere im Zusammenhang mit den Berichten über den Delegiertentag dargelegt und diskutiert worden. Eine über diesen Rahmen hinausgehende Propaganda für das Programm ist wohl kaum irgendwo erfolgt.

Was kann und soll weiter geschehen?

Das von mir entworfene Schema für die Aufgaben, die vor uns liegen, ist den Mitgliedern des Landesvorstandes bekannt. Ich möchte nur kurz die Punkte skizzieren, zu denen der Landesvorstand eine Entscheidung fällen

müßte, wenn er – wie ich hoffe – nunmehr wirklich richtunggebend für die weitere Arbeit sein soll.

1.) Es muß klargestellt werden, in welchen Formen unser politisches Programm propagiert werden soll. Ich habe schon angedeutet, daß sich die „Jüdische Rundschau“ meiner Ansicht nach in viel stärkerem Maße als bisher mit diesen Fragen beschäftigen würde. Wenn Sie dem zustimmen, so erbitte ich vor allem auch die Mitarbeit von Landesvorstandsmitgliedern durch Lieferung von Aufsätzen für die „Jüdische Rundschau“. Darüber hinaus halte ich die publizistische Darlegung des politischen Programms in Broschüren und sonstigen Veröffentlichungen für erforderlich. Das wird im größeren Stile nur durch die Bewilligung zusätzlicher Mittel geschehen können. Erhält die Leitung der Z.V.f.D. zusätzliche Mittel nicht, so muß sie meiner Ansicht nach gleichwohl eine, wenn auch bescheidenere Erweiterung der publizistischen Arbeiten erstreben. Besonders zu überlegen wird sein, in welcher Form versucht werden soll, unsere grundsätzliche Auffassung in nichtzionistischen jüdischen Zeitungen und in nichtjüdischen Zeitungen und Zeitschriften zur Geltung zu bringen.

2.) Eine weitere Frage ist, ob Versammlungen und Zirkelveranstaltungen dem politischen Programm gewidmet sein sollen. Ich persönlich neige dazu, Zirkelveranstaltungen mit dem Thema „Politische Arbeit“ zu befürworten, da ich glaube, daß es nicht wenige Menschen innerhalb und außerhalb unseres zionistischen Kreises gibt, die das Bedürfnis haben, Fragen solcher Art in einem engen, sehr persönlichen Rahmen zu besprechen. Dagegen scheint es mir richtig, öffentliche Versammlungen nur zu machen, wenn das politische Programm und seine ideologischen Grundlagen als Basis für eine konkrete politische Forderung behandelt werden können.

3.) Damit komme ich zu dem dritten und wohl streitigsten Punkt: Nach welchen Maßstäben sollen die konkreten Einzelaufgaben ausgewählt werden, die wir uns im Rahmen der politischen Arbeit stellen? Ich glaube, daß wir unsere Arbeit dem Aufbau Palästinas nur insoweit entziehen dürfen, als es sich um Forderungen handelt, die

a) der Wahrung der vollen Gleichberechtigung und – namentlich – der Freiheit der Entfaltung unserer Eigenart dienen und somit in den durch den Frankfurter Beschluß gezogenen Rahmen fallen,

b) für uns in unserer Eigenschaft als zionistische in Deutschland lebende Juden vital sind.

Es ist klar, was diese Abgrenzung bedeutet. Sie besagt, daß wir es nicht als unsere Aufgabe betrachten können, dem C.V. dadurch Konkurrenz zu machen, daß wir politische Aktionen schon dann unternehmen, wenn wir sie als nützlich oder womöglich gar nur als nicht schädlich betrachten. Nicht einmal, daß eine Aktion für die deutschen Juden wichtig ist, wird uns genügen können, wenn es nicht um das geht, was wir deutschen Zionisten – *palästinozentrisch, aber nicht galuthverneinend wie wir sind* – als den Lebensnerv der in

Deutschland lebenden Juden empfinden. Nur in solchen vitalen Fällen werden wir das Recht ausüben, selbständig namens der Zionisten aufzutreten, wenn wir uns an sich für jeden Einzelfall die Entscheidung darüber vorbehalten, ob wir das uns grundsätzlich zustehende Recht zur selbständigen Aktion ausüben wollen. In allen übrigen Fällen aber, in denen uns im Interesse der deutschen Juden eine politische Aktion geboten erscheint, werden wir wie bisher in der Regel den Weg gehen, daß wir die Gemeinden und Gemeindeverbände zur Durchführung solcher Aktionen zu bestimmen versuchen.

Wenn ich kurz zusammenfassen soll, so würde sich nach meiner Vorstellung für unsere politische Arbeit in der vor uns liegenden Periode etwa folgendes Bild ergeben: Das Schwergewicht wird in dem Kampf um die grundsätzliche Anerkennung unseres politischen Programms liegen. Unsere politische Arbeit wird also vor allem darin bestehen, unsere Auffassung des nationalen Gedankens gegenüber unseren jüdischen Gegnern zu vertreten, sie wenn möglich in weiten Teilen des deutschen Judentums durchzusetzen und sie der nichtjüdischen Umwelt darzulegen und zu erläutern. Dagegen wird die Zahl unserer konkreten politischen Aktionen voraussichtlich gering sein. Wir selbst müssen davon durchdrungen sein, unsere Gegner und unsere Verhandlungspartner müssen wissen, daß wir uns in unserer Eigenschaft als Zionisten nur für solche politischen Forderungen einsetzen, die wir als vital betrachten; daß wir aber in diesen nicht zahlreichen Fällen mit äußerstem Ernst und Nachdruck handeln.

Dr. Bileski:

Wir haben in Frankfurt einen Beschluß gefaßt, der unserer politischen Arbeit eine Richtung vorschreiben sollte, der, wie man nach der Entwicklung der letzten Monate feststellen kann, jedoch der wahren Situation des deutschen Zionismus nicht entsprach. Schon die Einstimmigkeit, mit der die Resolution angenommen wurde, gab zu denken. Es ist das Verdienst der heutigen Tagung, daß zum Ausdruck kommt, daß es Meinungsverschiedenheiten auf diesem Gebiete gibt. Aus dem Referat von Moses ging hervor, daß eine Reihe von Zionisten sich dahin geäußert haben, daß man aus grundsätzlichen zionistischen Gründen die politische Arbeit nicht machen soll, und offenbar sind auch diese Stimmen als Hemmungen in Erscheinung getreten. Es wurde von diesen Zionisten die Meinung vertreten, der Zionismus ist eine auf Palästina konzentrierte Bewegung, uns gehen die Entwicklungen, die hier vor sich gehen, nichts an. Wir haben dem Judentum darzustellen, daß es nur in Palästina und nur durch Palästina existieren kann, und alles andere führe in den C.V. hinein. Diese Zionisten hätten sich aber gegenüber der in Frankfurt festgelegten Richtung stärker bemerkbar machen müssen. Sie müßten dann auch den Mut zur Konsequenz haben und zugeben, daß jeder Versuch politischen Einwirkens in Deutschland von uns nicht nur verfehlt, sondern verboten ist. Die Frankfurter Resolution enthielt eine Art Kriegserklärung an den die Juden bedrohenden deutschen Nationalismus. Demgegenüber werden im

deutschen Zionismus Meinungen vertreten, daß der Zionismus dem deutschen Nationalismus wenigstens ein gewisses Verständnis entgegenbringen müsse, daß vielleicht sogar eine gewisse Verwandtschaft zwischen dem deutschen Nationalismus und unserem jüdischen Nationalismus vorhanden sei, und daß man daraus gewisse Folgerungen ziehen solle. Die Diskussion über diese Frage wurde teilweise auf dem Frankfurter Delegiertentag geführt, gelegentlich auch in der „Jüdischen Rundschau", sie hat aber den deutschen Zionismus bisher nicht allzu sehr bewegt. Ich glaube, daß wir mit dieser Würdigung des neudeutschen Nationalismus uns auf einen Irrweg begeben haben. Wenn man diese Meinung als verbindlich anerkennt, hat der deutsche Zionismus nicht das Recht, den Anspruch auf politische Führung zu erheben, den wir in der Frankfurter Resolution erhoben haben und dessentwegen man zur Beteiligung am Politischen Fonds aufruft. Das Judentum wird nicht verstehen, daß gerade der Zionismus hier nicht eingreifen kann. Nach meiner Meinung ist der Zionismus für jeden deutschen Zionisten die zentrale Instanz, die ihm Richtung gibt auch für Gebiete, an die er früher gar nicht gedacht hat. Ich habe mich immer zu einer zionistischen Auffassung bekannt, die ihr Schwergewicht in der Konzentration auf Palästina hat und gerade aus dieser Anschauung heraus glaube ich, daß es sich hier nicht um einen Gegensatz handelt, ob man Palästina machen oder hier unser Judentum gestalten soll. Auch der palästinozentrischste Zionist kann in der Situation, in der sich das Judentum heute befindet, nicht mit diesem alten Gegensatz kommen. In einer ungeahnten Weise vollzieht sich hier ein Angriff auf einen Teil des Judentums, der nicht nur wegen der unmittelbaren Bedrohung von Bedeutung ist, sondern auch wegen der hier angewandten geistigen Mittel einer Welt, die wir überwinden müssen, wenn wir überhaupt an eine Zukunft des Judentums und der Menschheit glauben. Aus diesen Gründen heraus sind wir gezwungen, Stellung zu nehmen und einzugreifen etwa in der Richtung, wie sie die Frankfurter Resolution zu weisen versucht.

Wenn man diese Ansicht teilt, so gibt es eine wichtige Aufgabe für uns, nämlich einen klaren und entschlossenen ideologischen Kampf gegen die feindliche Umwelt. Die Z.V.f.D. ist auf diesem Gebiet nicht weiter gekommen, weil den Zionisten die Notwendigkeit dieses ideologischen Kampfes nicht klar gemacht worden ist. Der Versuch, die uns feindliche Ideologie zu zersetzen, ihre Bosheiten und Roheiten aufzuzeigen, wird von unserer Presse nicht mit genügender Energie gemacht. Man merkt zu wenig von dem Geist des Widerspruches gegen die nationalsozialistische Ideologie. In der Rundschau waren öfters Auseinandersetzungen mit Dr. Stapel abgedruckt.[1] In diesen Veröffentlichungen war aber niemals ein Wort darüber zu lesen, welche Fülle von Minderwertigkeit in den Äußerungen liegt, mit denen Dr. Stapel

[1] Im Jahre 1932 erschienen eine Anzahl Artikel in der „Jüdischen Rundschau", die sich mit Wilhelm Stapel, dem Redakteur der nationalsozialistischen Zeitschrift „Deutsches Volkstum" auseinandersetzten.

z. B. auch die Judenfrage zu behandeln für erlaubt hält. Noch weniger kann man sich einverstanden erklären mit manchen Äußerungen der Rundschau, die sich auf die politische Praxis in Deutschland beziehen ... Man registriert, man stellt fest, aber man protestiert nicht gegen diese Ereignisse. Worauf es ankommt, ist der Entschluß zum Protest. Ich glaube, daß es doch etwas ausmacht, wenn man unsere Stimme hört. Wir haben die Möglichkeit, dieser Kritik an den Ereignissen in Deutschland eine besondere Note zu geben. Wenn eingewendet wird, daß wir bei dieser Arbeit Gefahr laufen, in die Nähe des C.V. zu geraten, so muß ich gestehen, es würde mich nicht stören, in dieser Situation in die Nachbarschaft der liberalen Presse zu kommen. In Wirklichkeit wird unsere Art der Kritik eine andere sein, denn wir werden diese Entwicklung im Namen einer nationalen Idee kritisieren. Und einmal muß sich die berechtigte Kritik eines ideologischen Kampfes bemerkbar machen, wenn wir imstande sind, nachzuweisen, daß der Nationalsozialismus im Grunde ein Verrat an der nationalen Idee ist. Deswegen haben wir Zionisten eine ganz besondere Aufgabe in dieser Auseinandersetzung. Notwendig ist, daß die deutschen Zionisten den Willen und die innere Bereitschaft haben, ein solches Programm in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Durchführung ist gewiß nicht schwer. Es ist durchaus möglich und sinnvoll, daß wir in nichtjüdischen Zirkeln unsere Auffassung über die Judenfrage darlegen und ein politisches Programm aufstellen. Wir dürfen uns nicht damit begnügen zu warten, bis wir konkrete Forderungen zu stellen haben. Uns Zionisten steht bei dieser Auseinandersetzung auch noch ein wichtiges Mittel zur Verfügung. In diesen Besprechungen müßten wir klar machen, daß wir nicht darauf angewiesen sind, nur unsere Anschauungen darzulegen, sondern daß wir auch Möglichkeiten haben, in Verbindung mit der Frage der nationalen Minderheiten eine Politik zu führen. In diesem Sinne kann nur der Zionismus auftreten, weil alle anderen Richtungen im deutschen Judentum jüdisch nicht radikal genug sind. Aber auch eine solche politische Aktion und alles andere kann nur durchgeführt werden aus dem Entschluß heraus, die Situation, in die das deutsche Judentum gestellt ist, zu meistern.

...

Alfred Berger:

Es war bezeichnend, daß den Ausführungen von Bileski hier Beifall zuteil wurde, während wir im G.A. feststellen mußten, daß diese Fragen keineswegs die Gemüter unserer Freunde so bewegt haben. Wir müssen feststellen – und das Ergebnis für den Politischen Fonds zeigt es[2] –, daß man versteht, daß diese Frage wichtig ist, daß man aber Furcht davor hat, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Diese Furcht resultiert aus der Angst, daß Zionisten, die sich praktisch mit dieser Arbeit befassen, zu C. V.-Zionisten werden. Ich glaube, wir brauchen diese Angst nicht zu haben, und wir sollten diese Frage

[2] Die Beiträge zum „Politischen Fonds" erbrachten nur ein Sechstel der erhofften Summe von RM 30 000.

sehr ernsthaft anpacken, obwohl mir klar ist, daß auf praktisch-politischem Gebiet nicht allzu viel erreicht werden kann. Der deutsche Zionismus hat immer die Kraft gehabt, mit Schärfe zu protestieren, wenn in anderen Ländern Juden verfolgt wurden, er muß diese Kraft auch aufbringen, wenn in Deutschland selbst solche Dinge geschehen. Wir haben gerade dem C.V. gegenüber immer betont, daß wir zunächst für ihn keine Erfolgsmöglichkeit sehen. Alle, die mit diesen Dingen zu tun haben, wissen, daß der C.V. de facto nichts tut und auf Grundlage seines politischen Programms nichts tun kann. Er ist viel mehr gehemmt als wir. Seine ideologische Grundlage hindert ihn, jüdische Politik zu treiben, denn er will deutsche Politik treiben. – Das erste, was ich von politischer Betätigung der deutschen Zionisten erwarte, ist, daß es uns gelingt, die innere Haltung des deutschen Judentums zu ändern und es zu erziehen, den schädlichen Erscheinungen mit anderer Haltung gegenüberzutreten. Diese Aufgabe kann auf jeden Fall gelöst werden. Es ist nicht einzusehen, weshalb wir nicht berechtigt sein sollen, den deutschen Juden zu sagen, daß in der Tat die Lösung der Judenfrage in Deutschland unmöglich ist. Wir sind nicht verpflichtet, ein Heilmittel aufzuweisen, das es nicht gibt. Unsere Aufgabe ist es, die Situation unverhüllt klarzustellen und die Juden zu befreien von einer Ideologie, die ihnen klarmachen möchte, daß Aufklärungsbroschüren und Plakate an den Säulen imstande wären, zur Lösung der deutschen Judenfrage beizutragen. Bileski hat schon darüber gesprochen, wie wir die Dinge publizistisch zu behandeln haben. Ich glaube, daß wir darüber noch hinausgehen müssen. Diejenigen unter uns, die immer der Ansicht waren, daß der deutsche Zionismus praktische Galutharbeit treiben muß, z. B. in der Gemeinde, Wohlfahrtspflege u. dgl., haben ihre Arbeit unter dem Gesichtspunkt getan, diese Aufgaben zionistisch zu lösen. Wir haben praktisch außerordentlich viel erreicht. Wenn heute die Jüdisch-Liberale Zeitung[3] auf dem Gebiete der Wohlfahrtsarbeit, Darlehenskassen-Wesen, Berufsberatung, – Dinge, die wir immer gefordert haben und die sie noch vor fünf Jahren ablehnte – den Mut hat, sie als ihre Erfindungen zu reklamieren, so sehen wir, daß es uns gelungen ist, eine reale Politik zu treiben, die für die Lage des deutschen Judentums durchaus nicht bedeutungslos war. Jetzt rächt es sich, daß die Z.V.f.D. es Jahrzehnte lang versäumt hat, eine eigene Gemeindepolitik zu treiben und darauf eingegangen ist, sie in Verbindung mit Nichtzionisten zu führen. Dadurch wurde dieses Gebiet der Z.V.f.D. entfremdet ... Dr. Moses hat hier von Verhandlungen mit der Regierung berichtet. Wir sollten ein Amt einrichten, das diese Dinge ununterbrochen führt. – Wir haben immer gefordert, daß der jüdische Gemeindeverband das deutsche

---

[3] Die religiös-liberale „Jüdisch-Liberale Zeitung“ wurde 1921 gegründet; kämpfte später gegen den Nationalsozialismus und mußte unter dem Naziregime als erste jüdische Zeitung ihr Erscheinen einstellen. Vgl. *Margaret T. Edelheim-Muehsam*, The Jewish Press in Germany, Year Book I of the Leo Baeck Institute, London 1956, S. 169.

Judentum nach außen vertritt, weil hier das einzige demokratisch gewählte Forum ist, das das Recht hat, im Namen des deutschen Judentums zu sprechen. Das bedeutet keineswegs, daß die Z.V.f.D. nicht Sonderaktionen unternehmen kann. Notwendig ist nur, daß wir anfangen, auf diesem Gebiete zu arbeiten. Dr. Bileski sprach davon, daß wir gewisse Möglichkeiten haben, als Machtfaktor aufzutreten. Diese Möglichkeit besteht nicht nur in bezug auf die Minoritätenfrage, sondern wir können auch gerade im gegenwärtigen Augenblick darauf hinweisen, daß wir nicht nur 600 000 deutsche Juden sind, sondern daß das Weltjudentum hinter uns steht. Gerade wir Zionisten können das sagen, der C.V. darf es nicht. Für uns ist dieses Thema besonders aktuell, und wir sind verpflichtet, dem deutschen Judentum zu zeigen, daß wir das Mögliche tun. Was die Jüdische Rundschau betrifft, so muß ich sagen, daß ich ebenfalls unzufrieden bin. Wir müssen gegen diesen verlogenen und uns feindlichen neudeutschen Nationalismus Stellung nehmen. Wir müssen erkennen, daß unser Platz auf der Seite der freiheitlichen Parteien in Deutschland ist. Juden sind schon so assimiliert, daß sie dasselbe tun wie ihre Umwelt; anders ist es nicht zu verstehen, daß jüdische Anwälte dem Numerus clausus für Anwälte offiziell zustimmen, der vielleicht die Folge haben wird, daß die Söhne dieser jüdischen Anwälte sich werden taufen lassen müssen. Wir dürfen nicht glauben, daß die gegenwärtige Strömung in Deutschland uns günstig ist. Wir dürfen nicht vergessen, unser Recht beruht auf freiheitlicher Gesinnung und anerkannt wird es letzten Endes von freiheitlichen Parteien. Unser Platz wird an der Seite derjenigen sein, die mit uns die gleichen Grundanschauungen vertreten.

...

[215]
Die zionistische Haltung und Politik unter den veränderten Umständen
16./22. MÄRZ 1933
ARCHIV DES LBI, JERUSALEM

Zionistische Vereinigung für Deutschland

22. März 1933

An die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses!

Sehr geehrte Gesinnungsgenossen,

wir bringen Ihnen nachstehend den Wortlaut eines Briefes zur Kenntnis, den Herr Dr. Siegfried Moses am 16. März an die Z.V.f.D. gerichtet hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Zionsgruß

Zionistische Vereinigung für Deutschland

gez. *Landauer*

„Im Anschluß an die Besprechung vom 13. ds. Mts. und im Hinblick auf die abschließende Beratung, die im G.A. stattzufinden haben wird, möchte ich meine Meinung zu den in den letzten Wochen so vielfach besprochenen Fragen kurz zusammenfassen.

1) *Einverständnis* herrscht unter uns allen darüber, daß wir gerade auch jetzt verpflichtet sind, die Aufgaben zu erfüllen, die

zionistisch wichtig sind (Palästina und Auswanderung nach Palästina) oder nationaljüdisch wichtig sind (Beispiel: Schulfragen) oder mit Mitteln erfüllt werden können, die als zionistisch empfunden werden.

Streitig ist dagegen unter uns, in welchem Ausmaß und in welchen Formen wir in der heutigen Situation Aufgaben zu erfüllen haben, die vor den deutschen Juden stehen, ohne unmittelbar – nach Ziel oder Methoden – zionistisch interessant zu sein.

Der deutsche Zionismus ist niemals ein schmaler Zionismus, eine bloße Palästinabewegung gewesen; er hat stets die Auffassung vertreten, daß zionistische Gesinnung den ganzen Menschen formt und den ganzen Juden mit Beschlag belegt. Diese Auffassung verpflichtet: ihre notwendige logische Konsequenz ist, daß die deutsche zionistische Organisation sich jüdischen Problemen, die die Existenzgrundlagen der deutschen Juden und damit auch der deutschen Zionisten berühren, nicht mit der Begründung entziehen kann, diese Probleme seien außerzionistisch.

Die praktische Konsequenz aus der Grundauffassung der deutschen Zionisten ist in einem Augenblick der Bedrohung und Gefahr die intensive und aktive Beteiligung an den deutsch-jüdischen Aufgaben, die die Stunde stellt.

2) Auch für diejenigen, die unter den jetzigen Verhältnissen die Notwendigkeit unserer Mitarbeit an den deutsch-jüdischen Aufgaben bejahen, bleibt noch streitig, welche Argumentation den einzuleitenden Aktionen zugrundezulegen ist und ob und in welcher Form die Aktionen in Gemeinschaft mit nichtzionistischen jüdischen Stellen durchgeführt werden sollen.

a) Was die Argumentation anbetrifft, mit der wir den Kampf um die Gleichberechtigung der deutschen Juden zu führen haben, so gibt es für die Streitfragen, die sich um diese Argumentation drehen, einen unstreitigen Ausgangspunkt: als zionistisches Gemeingut ist die Erkenntnis anzusehen, daß die deutschen Juden bei der Teilnahme am öffentlichen Leben der Umwelt und im besonderen bei der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte freiwillig eine gewisse Grenze einhalten sollen. Der Streit beginnt jedoch, sobald die Frage konkretisiert werden soll, wie die Grenze zu ziehen ist und wo im besonderen die unzulässige Grenzüberschreitung anfängt.

Diese Frage mit einer präzisen Formel zu beantworten, ist schon deshalb unmöglich, weil die Antwort unter verschiedenen Zeitumständen und in gewisser Weise auch für verschiedene individuelle Verhältnisse sehr wohl verschieden lauten kann.

Mir erscheint z. B. eine Grenzziehung derart,
daß die politischen Rechte voll in Anspruch genommen werden sollen,
daß dagegen auf Betätigung im deutschen Kulturleben – gegen Gewährung kultureller Autonomie – voll verzichtet werden soll,

kaum weniger unrichtig als z. B. eine Abgrenzung, die nur die wirtschaftlichen Positionen zu halten versucht.

b) Auch die Kooperation mit nichtzionistischen jüdischen Stellen ist in gewissem Ausmaß unstreitig, soweit sie in der Form der Gemeindeaktion oder Gemeindeverbandsaktion erfolgen kann. Streitig ist, ob Aktionen zulässig sind, bei denen

entweder die öffentlich-rechtlichen Instanzen nicht Aktionsträger, sondern nur mitbeteiligt sind
oder für die überhaupt nur ein Zusammenarbeiten mit nicht öffentlich-rechtlichen jüdischen Stellen, insbesondere mit dem C.V. in Betracht kommt.

3) Die Aufgabe der Führung der Z.V.f.D. kann nicht darin bestehen, Streitfragen durch Majoritätsbeschlüsse zur Entscheidung zu bringen. Die Situation erfordert vielmehr eine synthetische Politik mit dem Ziele, die zionistischen Kräfte Deutschlands ohne Rücksicht auf Nuancen in grundsätzlichen Auffassungen zur größtmöglichen Wirksamkeit auf bedrohten Gebieten zusammenzufassen.

a) Der Verzicht auf eine Entscheidung der Frage, wo die unzulässige

Grenzüberschreitung insbesondere bei der Betätigung staatsbürgerlicher Rechte durch den deutschen Juden beginnt, wird uns dadurch erleichtert, daß

aa) eine allgemeine Formel ohnehin – wie dargelegt – nicht zu finden ist und im übrigen schon das Anerkenntnis, daß es überhaupt eine solche Grenze gibt, unserer Argumentation ein besonderes Gepräge gegenüber anderen jüdischen Gruppen verleiht;

bb) taktische Überlegungen nach unser aller Ansicht für absehbare Zeit jede Einzel-Erörterung ausschließen, die als Verzicht auf gewisse konkrete Positionen gedeutet werden könnte.

b) Für die Frage der Kooperation ergibt sich

aus der gemeinsamen Grundauffassung über die zweifellos zulässigen Kooperationsmethoden einerseits,

aus der von weiten zionistischen Kreisen als zwingend empfundenen Notwendigkeit, daß wir uns jetzt in die Arbeit einschalten müssen, andererseits

eine bestimmte Rangordnung der Kooperationsformen:

In erster Reihe müssen wir Aktionen der Gemeinden und Gemeindeverbände anstreben. Sind sie nicht in dem durch die Verhältnisse gebotenen Tempo zu erzielen, so müssen wir uns dafür einsetzen, daß gemeinsame Aktionen unter dem Namen oder zum mindesten unter der Führung der Gemeinden und Gemeindeverbände durchgeführt werden. Nur wo auch das nicht erreichbar ist, kommt eine technische Kooperation mit nichtöffentlich-rechtlichen Stellen, insbesondere mit dem C. V., in Frage. –

Basis jeder Kooperation bleibt, daß wir gesinnungsmäßige Bindungen nicht eingehen. Unsere Aufgabe wird darin bestehen, gesamtjüdische Aktionen so wirksam wie möglich zu gestalten, zugleich aber sie in der Weise zu versachlichen, daß sie nicht als Ausfluß assimilatorischer Ideologien erscheinen. In welcher Form wir in Fällen, in denen uns die Ausschaltung der C.V.-Ideologie nicht gelingt, unsere eigenen Grundanschauungen neben die C.V.-Ideologien setzen, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden.

4) Unsere grundsätzliche Haltung gegenüber jüdischen und nichtjüdischen Strömungen und Zeitereignissen wird durch politische Geschehnisse und Entschlüsse nur mittelbar berührt. Wir werden uns auch in allgemeinen Erörterungen – vor allem in der Jüdischen Rundschau – die Zurückhaltung auferlegen müssen, die die Lage gebietet. Aber die engen Grenzen, die heute die Tagespolitik setzt, können für diesen Bereich nicht gelten.

Gegen eine Regierung zu polemisieren, ist nicht unsere Aufgabe. Unsere Weltanschauung gegen andere Anschauungen abzugrenzen, ist und bleibt unser Recht." [1]

---

[1] Siehe hierzu *Robert Weltsch*, Deutscher Zionismus in der Rückschau, in: In zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag, herausgegeben von *Hans Tramer*, Tel Aviv 1962.

Personen- und Sachregister

Hinweise für den Benutzer

1. Das Register weist aus den Dokumenten sämtliche Personen-, Länder- und Orts-*Namen* aus, bis in die Fußnoten. Aus der „Einführung" sind nur die Personennamen aufgeführt.

2. Die *Sachbegriffe*, im Register alphabetisch mit den Namen zusammengeordnet, enthalten alle im Text vorkommenden Gremien, Firmen, Institutionen, Organisationen und Vereine, sowie alle für den Historiker der Zionismus-Geschichte wesentlichen Begriffe, darunter auch Wortprägungen von zeitgeschichtlichem Interesse. Von Vollständigkeit des Nachweises sachlicher Begriffe aus den Texten mußte abgesehen werden. Doch sind eine Anzahl solcher Begriffe, ihrer Bedeutung wegen, komplett registriert, für den Benutzer durch * (Sternchen) erkennbar.

3. Das Register ermöglicht, den ***Hebraismen*** aus den Texten nachzugehen.

4. Wo immer im Text lediglich „Actions-Comitee" oder „AC" steht, erwies sich als unmöglich, zu präzisieren, ob es sich um „EAC" oder „GAC" der ZWO (s. Abkürzungen) handelt.

5. In Klammern ( ) hinter Vereinen, Zeitungen u. ä. erscheinende Ziffern geben das Gründungsjahr.

6. Eingesetzte *Akzente* (wie bei: Kibbùz) dienen nur der korrekten Aussprache, grammatisch sind sie ohne Bedeutung.

7. Manche Begriffe (wie „Presse") verweisen überwiegend auf Wort-Vorkommen im Text.

8. Buch-Titel wurden nicht aufgenommen.

9. Fortgesetzt im Text vorkommende Begriffe wie „Judentum" und „Zionismus" wurden im Register nicht berücksichtigt.

Ro.

Abkürzungen

AC = Actions-Comitee (der ZWO) s. a. EAC, GAC
AIU = Alliance Israélite Universelle
AJKO = Allgem. Jüdische Kolonisationsorganisation
APC = Anglo-Palestine Company
AZF = American Zionist Federation
BJC = Bund Jüdischer Corporationen
BZK = Bund Zionistischer Korporationen
BZV = Berliner Zionistische Vereinigung
CV = Centralverein deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens
CZA = Central Zionist Archives (Jerusalem)
DCBRJ = Deutsches Komitee z. Befreiung d. russ. Juden
DIGB = Deutsch-Israelitischer Gemeindebund
EAC = Engeres Actions-Comitee (der ZWO)
GA = Geschäftsführender Ausschuß (der ZVfD)
GAC = Großes Actions-Comitee (der ZWO)
HOG = Hitachdut Olej Germania
IOME = Irgun Olej Merkas Europa
ITA = Jüdische Telegraphen-Agentur
JA = Jewish Agency
JCT = Jewish Colonial Trust
JDC = (American) Joint Distribution Committee
JJWB = Jung-Jüdischer Wanderbund
JNF = Jüdischer Nationalfonds
JR = Jüdische Rundschau
JSt = (Der) „Jüdische Student"
JVP = Jüdische Volkspartei
KC = Kartell-Convent der Verbindungen deutscher Studenten jüd. Glaubens
KH = Keren Hajessod
KJV = Kartell Jüdischer Verbindungen
KKL = Keren Kajemet l'Jisrael = JNF
KZV = Kartell Zionistischer Verbindungen
LBI = Leo Baeck Institut(e)
MB = Mitteilungsblatt, Wochenzeitung d. HOG, IOME
NJV = National-Jüdische Vereinigung
ORT = (russ., Kürzung von:) Gesellschaft z. Förderung des Handwerks u. d. Landwirtschaft unter den Juden
RJF = Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten
UOBB = Unabhängiger (Logen-) Orden Bnei Brith
VJOD = Vereinigung jüdischer Organisationen Deutschlands
VJSt = Verein(igung) Jüdischer Studenten (Studierender)
ZVfD = Zionistische Vereinigung für Deutschland
ZWO = Zionistische Weltorganisation

Personen- und Sachregister

SCHRIFTENREIHE WISSENSCHAFTLICHER ABHANDLUNGEN DES LEO BAECK INSTITUTS

36
Eugen Täubler
Aufsätze zur Problematik jüdischer Geschichtsschreibung 1908–1980
Herausgegeben und eingeleitet von Selma Stern-Täubler. 1977. XXIV, 63 Seiten. Kt.

35
Das Judentum in der Deutschen Umwelt 1800–1850
Studien zur Frühgeschichte der Emanzipation. Hrsg. von Hans Liebeschütz und Arnold Paucker. 1977. XIII, 445 Seiten. Ln.

34
Heinrich Graetz
Tagebuch und Briefe
Herausgegeben und mit Anmerkungen versehen von Reuven Michael. 1977, XIV, 469 Seiten. Mit 1 Abbildung. Ln.

33
Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914
Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker. 1975. XIV, 786 Seiten. Ln.

32
Selma Stern
Der preußische Staat und die Juden
Vierter Teil: Gesamtregister zu den sieben Bänden der Teile 1–3, hrsg. von Max Kreutzberger. 1975. VIII, 156 Seiten. Ln.

31
Bankiers, Künstler und Gelehrte
Unveröffentlichte Briefe der Familie Mendelssohn aus dem 19. Jahrhundert. Hrsg. und eingeleitet von Felix Gilbert. 1975. LII, 329 Seiten. Mit 12 Abb. und 2 Ausschlagtafeln. Ln.

30
Hans I. Bach
Jacob Bernays
Ein Beitrag zur Emanzipationsgeschichte der Juden und zur Geschichte des deutschen Geistes im 19. Jahrhundert. 1974. XV, 251 Seiten. Mit XVI Tafeln im Text und 4 Tafeln als Frontispiz. Ln.

29
S. Adler-Rudel
Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939
im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland. Mit einem Vorwort von Robert Weltsch. 1974. XV, 221 Seiten. Ln.

28
Monika Richarz
Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe
Jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678–1848. Mit einem Geleitwort von Adolf Leschnitzer. 1974. XI, 257 Seiten. Ln.

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

SCHRIFTENREIHE WISSENSCHAFTLICHER ABHANDLUNGEN DES LEO BAECK INSTITUTS

27
Erwin Lichtenstein
Die Juden der Freien Stadt Danzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus
1973. XIII, 242 Seiten. 1 Bildtafel. Ln.

26
Werner Feilchenfeld, Dolf Michaelis, Ludwig Pinner
Haavara-Transfer nach Palästina
und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939. Mit einer Einleitung von Siegfried Moses. 1972. 113 Seiten. Mit 5 Tafeln und mehreren Tabellen. Kart.

25
Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923
Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker. 1971. XI, 704 Seiten. Kart., Ln.

24
Selma Stern
Der Preußische Staat und die Juden
Dritter Teil: Die Zeit Friedrichs des Großen. 1971. Erste Abteilung: Darstellung. XV, 426 Seiten. Zweite Abteilung: Akten. Erster Halbband: V, Seiten 1–814. Zweiter Halbband: V, Seiten 815–1615. Kart., Ln.

23
Hans Liebeschütz
Von Georg Simmel zu Franz Rosenzweig
Studien zum Jüdischen Denken im deutschen Kulturbereich. Mit einem Nachwort von Robert Weltsch. 1970. VIII, 258 Seiten. Kart., Ln.

22
Leo Baeck Institute New York · Bibliothek und Archiv
Katalog Band I: Deutschsprachige jüdische Gemeinden, Zeitungen, Zeitschriften, Jahrbücher, Almanache und Kalender. Unveröffentlichte Memoiren und Erinnerungsschriften, herausgegeben von Max Kreutzberger unter Mitarbeit von Irmgard Foerg. 1970. XLI, 623 Seiten. Mit 23 Kunstdrucktafeln. Kart., Ln.

21
Moritz Lazarus und Heymann Steinthal
Die Begründer der Völkerpsychologie in ihren Briefen
Mit einer Einleitung herausgegeben von Ingrid Belke. 1971. CXLII, 421 Seiten. Mit 5 Abbildungen. Kart., Ln.

20
Horst Fischer
Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19. Jahrhundert
Zur Geschichte der staatlichen Judenpolitik. 1968. VIII, 232 Seiten. Kart., Ln.

19
Ernest Hamburger
Juden im öffentlichen Leben Deutschlands
Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848 bis 1918. 1968. XXIV, 595 Seiten. Kart., Ln.

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

